This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

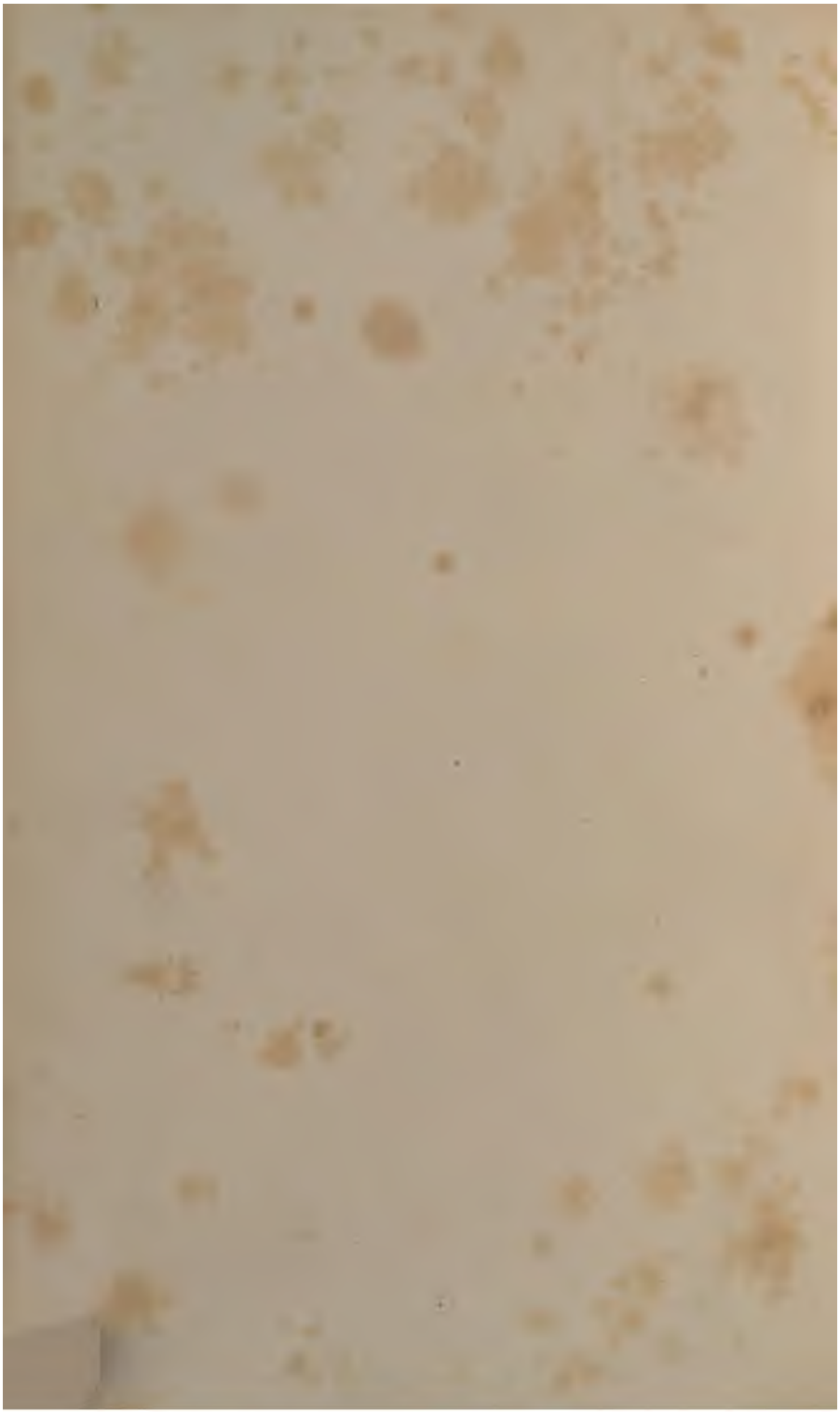
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

600035714Q



Geschichte

des

siebenjährigen Kriegs.

Von

Arnold Schaefer.

Erster Band.

Der Ursprung und die ersten Zeiten des Kriegs
bis zur Schlacht bei Leuthen.

Berlin.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Besserſche Buchhandlung.)
1867.

240. e. 182.

Verfaſſer und Verleger behalten ſich das Recht der Überſetzung in fremde Sprachen vor.

240 . c. 182.

Vorrede.

Die Geſchichte des ſiebenjährigen Kriegs ſchrieb König Friedrich im Laufe des erſten Jahres nach dem glorreich errungenen Frieden, in großen und ſcharfen Zügen, wie ſie ihm vor der Seele ſtand, unter gleichmäßiger Rückſicht auf die Politik und auf die Kriegführung.

Dieſes Werk wurde nach Friedrichs Tode im Jahre 1788 unter Hertzbergs Aufſicht zum erſten Mal in den Druck gegeben. Früher ſchon hatte General Henry Lloyd verſucht die merkwürdigen Ereigniſſe des deutſchen Kriegs wiſſenſchaftlich darzuſtellen; die Überſetzung und Bearbeitung dieſes Buches von G. F. v. Tempelhoff (1783; 2. A. 1794—1801. 5 Bde.) bildete lange Zeit die Grundlage für das Studium der Taktik Friedrichs II. Seitdem iſt eine Fülle von Berichten, Tagebüchern und einzelnen Mittheilungen, zum Theil vom höchſten Werthe, ans Licht getreten; die Wiſſenſchaft des Kriegs hat immer von neuem die Strategie, durch welche Friedrich den preußiſchen Staat vom Untergange rettete und ungetheilt zuſammenhielt, zum Gegenſtande ihrer Betrachtung gewählt. Napoleon I ſtudierte ſie auf St. Helena und gab ſein gewichtiges Urteil darüber ab, allerdings nach unzureichenden Materialien und daher nicht überall der Sache gemäß, aber in weſentlichen Puncten mit der vollen Genialität des Meiſters.

Eine neue Bearbeitung unternahmen die Offiziere des Königl. Preußiſchen großen Generalſtabs mit Benutzung des militäriſchen

Staatsarchivs und der Plankammer, nicht für das Publicum, ſondern als Studien der Generalſtabsoffiziere für den Gebrauch der Armee. Dieſer Zweck bedingt ſowohl die Mängel des als Manuſcript (Berlin 1824—47 in 6 Theilen) gedruckten Werks, an welchem abſchnittsweiſe verſchiedene mehr oder weniger geübte Hände arbeiteten, wie die Verdienſte deſſelben, welche es zu einem rühmlichen Denkmale des wiſſenſchaftlichen Geiſtes machen, der in dem preußiſchen Generalſtabe lebt und die ganze vaterländiſche Wehrverfaſſung durchdringt. In den ſpäteren Jahren ſind aus der Mitte des Generalſtabs mehrere ausgezeichnete Arbeiten über Abſchnitte des Kriegs hervorgegangen, aber eine neue Geſamtdarſtellung iſt von dieſer Seite noch nicht wieder unternommen. Die gegen Friedrich II bewaffneten Kriegsheere haben ſich in umfaſſenden auf die Acten gegründeten Schilderungen ihrer Operationen nicht verſucht, doch liegt ein anſehnlicher Stoff an Berichten, Correſpondenzen und Denkwürdigkeiten vor.

Weniger als die eigentliche Kriegsgeſchichte hat die Politik jener gewaltigen Epoche Beachtung gefunden. Lange Zeit ſind die auf Friedrichs II Befehl von Hertzberg veröffentlichten Actenſtücke des ſächſiſchen Archivs die hauptſächliche Grundlage geweſen, auf welcher ſich das Urteil über Friedrichs und ſeiner Gegner Handlungsweiſe bildete. Noch jüngſt iſt Graf Karl Friedrich Vitzthum von Eckſtädt in den Geheimniſſen des ſächſiſchen Cabinets (Stuttgart 1866) hierauf vorzüglich zurückgegangen. Bei dieſer Beſchränkung des Geſichtskreiſes konnten Parteiſchriftſteller ſich unterfangen die gegen den preußiſchen Staat geſponnenen Complotte rundweg abzuleugnen und Friedrich II für die Störung des europäiſchen Friedens verantwortlich zu machen. Es war daher das Haupterforderniß für eine neue Bearbeitung jener Geſchichte, nicht bloß die bereits früher publicierten Acten zuſammenzufaſſen, ſondern dieſe aus den Staatsarchiven zu ergän-

zen, namentlich die Berichte von neuem zur Hand zu nehmen, auf Grund deren Friedrich der große ſeine Entſchließungen faßte, und ſein ſtaatsmänniſches Verhalten in jedem Momente aus den Urkunden zu ermitteln.

Zu dieſem Zwecke durfte ich aus dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin die reichſten und gediegenſten Materialien ſchöpfen und ward dabei von den Königlichen Archivbeamten auf das freundlichſte unterſtützt. Insbeſondere bin ich dem Herrn Geheimen Staatsarchivar und Archivrath G. Friedländer zu dem herzlichſten Danke verpflichtet. Er hat meine Arbeiten Jahr für Jahr mit reger Theilnahme begleitet, jederzeit mich mit ſeinem kundigen Rathe unterſtützt und keine Mühe geſcheut um in ſchwierigen Fällen die beſonderen Acten, welche meinen Unterſuchungen Ausbeute verſprachen, ausfindig zu machen und die von mir erhobenen Fragen zu beantworten. Ohne ſeine ſelbſtverleugnende Hilfe wäre ich nicht im Stande geweſen ſo manche bisher vernachläſſigte und dunkle Partie auf Grund der Urkunden in klares Licht zu ſetzen.

Die Hauptunterlage meiner Arbeit bildet die Correſpondenz Friedrichs II und ſeiner Miniſter mit den Königlichen Geſandtſchaften zu Paris und London. Am franzöſiſchen Hofe ward Preußen von 1754 bis zum Bruche mit Frankreich im October 1756 durch den Reichsfreiherrn Dodo Heinrich von Knyphauſen vertreten; in London war während des ſiebenjährigen Kriegs Louis Michell preußiſcher Geſchäftsträger und neben ihm von 1758—1763 Knyphauſen außerordentlicher Geſandter und bevollmächtigter Miniſter. Knyphauſens Name iſt bisher in der preußiſchen Geſchichte kaum genannt. Aus den von mir mitgetheilten Actenſtücken wird ſich ergeben, mit welchem Rechte der ältere Pitt ihn hochſchätzte und Mirabeau in den letzten Tagen Friedrichs des großen ſagen durfte: le Baron de Knyphausen — c'est un homme fort habile, et peut-être le seul habile de

la Prusse. Welche Acten ich außer dieſen Papieren zu Rathe zog, erhellt hinlänglich aus meinem Buche und deſſen Beilagen. In einem Falle, wo das preußiſche Staatsarchiv nicht zureichte, bot mir das fürſtlich Wiediſche Archiv zu Neuwied eine ſehr dankenswerthe Ergänzung. Über Perſonalien erhielt ich erwünſchte Auskunft durch den Königlichen Hiſtoriographen Herrn Profeſſor Preuß, den Herrn Grafen Edzard zu Inn- und Knyphauſen auf Lützburg und die Frau Gräfin Sophie von Schwerin, die Tochter von Knyphauſens Stiefſohn Bogislav Grafen v. Dönhoff-Dönhoffſtädt.

Friedrich der große war ſein eigener Generalſtabschef und ſein eigener Staatskanzler. Seine Cabinetsminiſter, Podewils ſowohl als Finckenſtein, waren ſeine vertrauten Räthe, aber ſelbſtändig zu entſcheiden hatten ſie nicht, ſondern nur das vom Könige beſchloſſene auszuführen. Während der Friedenszeit pflegte der König die von ihnen ſeinen Weiſungen gemäß verfaßten Inſtructionen für die auswärtigen Geſandten ſelbſt zu unterzeichnen. Dieſe Einrichtung ließ ſich im Kriege nicht beibehalten, daher ordnete Friedrich II Dresden den 5 März 1757 an, daß die beiden Miniſter die von ihnen erlaſſenen Reſcripte, ohne ſie vorher an das Königliche Cabinet einzuſenden, im Namen des Königs unterzeichnen ſollten. Häufig empfiengen ſie dafür ſpecielle Anweiſung und fertigten dann die Inſtructionen ad mandatum aus. Die geſandtſchaftlichen Berichte wurden in duplo eingeſchickt, ein Exemplar für das Miniſterium, das andere für das Königliche Cabinet. Neben dieſen regelmäßigen Berichten ſchrieben die Geſandten in wichtigeren Angelegenheiten unmittelbar an den König und erhielten von ihm Immediat-Reſcripte und Inſtructionen. Von dieſen ſind viele von Friedrich eigenhändig concipiert, die meiſten nach ſeinen Marginalreſolutionen entworfen und öfters noch mit Poſtſcripten verſehen. Ich habe es um ſo mehr für meine Pflicht gehalten von dieſer ſtaunenswerthen Thätigkeit

Friedrichs des großen auch im Feldlager Proben zu geben, da in die Ausgabe seiner Werke nur die Familien- und freundschaftliche Correspondenz aufgenommen ist, mit grundsätzlichem Ausschluß der politischen.

Während die von preußischer Seite geführte politische Correspondenz so gut wie unbekannt blieb, haben die großen englischen Familien es mit Recht für eine Ehrensache angesehen aus dem von ihren Vorfahren überkommenen Erbe die historisch denkwürdigen Papiere der Öffentlichkeit zu übergeben. Die reichhaltigen Sammlungen, welche Andrew Mitchell als Gesandter bei Friedrich dem großen anlegte, sind im britischen Museum allgemeiner Benutzung zugänglich. Manche wichtige Stücke daraus sind von Friedrich von Raumer und Leopold von Ranke oder hie und da in englischen Druckwerken, namentlich der Chatham Correspondence, publiciert. Eine größere Auswahl gab Andrew Bisset heraus u. d. T. Memoirs and Papers of Sir Andrew Mitchell. II Vols. London 1850. 8°. Diese Publication ist nicht mit historischem Sinne angelegt, so viel des interessanten sie auch bietet. Der Herausgeber gieng bei den amtlichen Berichten darauf aus (preface p. X) to take chiefly such as throw light on the character of Frederic, and Mitchell's mode of exercising his diplomatic functions towards him, und nahm aus dieser Rücksicht weniger Bedacht auf die sachlich bedeutenden Stücke als auf solche, welche seinen Lesern zur Unterhaltung dienen möchten. Für einzelne Partien, z. B. Mitchell's Mission nach Braunschweig und Hannover im Februar 1757, habe ich selbst die Mitchell Papers benutzt, anderes verdanke ich Herrn Bergenroths gütiger Mittheilung. Sehr wichtige Papiere über den mündlichen und schriftlichen Verkehr Mitchell's mit Friedrich II und seinen Ministern enthält das preußische Staatsarchiv.

Die Politik der verbündeten Mächte Preußen und England

lag in der Hauptſache von allem Anfange an vor der Welt offen da und wir vermögen ſie aus den Acten Schritt vor Schritt feſtzuſtellen. Dagegen hüllten ihre Gegner, namentlich der öſterreichiſche und franzöſiſche Hof, ihre Entwürfe in das tiefſte Geheimniß und obgleich mehr als hundert Jahre verfloſſen ſind, trägt man in Wien ſowohl als in Paris noch immer Bedenken den Schleier fallen zu laſſen. Alfred von Arneth's gediegene Arbeiten haben bedeutende Abſchnitte der Regierung Maria Thereſia's aufgehellt, aber die Periode des ſiebenjährigen Kriegs berühren ſie noch nicht. Bis zu dieſer Stunde verſagt die öſterreichiſche Regierung fremden Gelehrten die Mittheilung auch der unverfänglichſten Actenſtücke. Jüngſt hat allerdings Herr Onno Klopp die Vergünſtigung erfahren, daß ihm für die zweite Auflage ſeines Buches über König Friedrich II (Schaffhauſen 1867) die Berichte Starhembergs aus Paris wenigſtens vom 18 März 1756 ab vorgelegt worden ſind. Daraus hat denn ſelbſt dieſer Schriftſteller gelernt, was er früher zuverſichtlich ableugnete, daß zu dem angegebenen Zeitpuncte der öſterreichiſche Hof mit dem franzöſiſchen nicht bloß über einen Defenſiv-Vertrag, ſondern auch über ein Offenſiv-Bündniß gegen den König von Preußen unterhandelte und ſieht ſich zu dem Bekenntniſſe genöthigt: „Der „weſentliche Inhalt der Vorſchläge, welche das letztere (nämlich „das Offenſivbündniß) betreffen, läßt ſich faſſen in die Worte: „mit dem Tage, an welchem Öſterreich durch franzöſiſche Hülfe „Schleſien und die Grafſchaft Glatz wieder gewinnt, tritt es an „Frankreich einen bedeutenden Theil der öſterreichiſchen Nieder„lande ab“ (S. 240). Wir nehmen Act von dieſer Beſtätigung der von uns gegebenen Darſtellung. Für die übrigen Thatſachen, welche Herr Klopp mit Starhembergs Berichten belegt, daß Valory im Juli 1756 angewieſen wurde Friedrich II zu erklären, im Falle eines preußiſchen Angriffs werde Ludwig XV der Kai-

ſerin beiſtehen (S. 241), daß am 20 October die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Frankreich und Preußen abgebrochen wurden (S. 253), daß Ludwig XV die Offenſiv-Allianz vom 1 Mai 1757 mit ausnehmender Freude abſchloß (S. 255), und daß der Sieg der Kaiſerlichen bei Kolin am Hofe von Verſailles gleich einem Siege der franzöſiſchen Waffen gefeiert wurde (S. 256), denn das iſt die ganze Ausbeute, hätte es wahrlich des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchivs nicht bedurft, da alle dieſe Dinge längſt actenkundig ſind.

Um ſo bedeutender fallen die Publicationen ins Gewicht, welche trotz der beſtehenden Verdicte gegen wiſſenſchaftliche Arbeiten über eine längſt vergangene Zeit aus öſterreichiſchen und franzöſiſchen Archiven erfolgt ſind. Von großer Wichtigkeit ſind die Protokolle der Kaiſerlich Königlichen Conferenz und die Depeſchen, welche der Kön. Sächſiſche Miniſter Graf Albrecht von der Schulenburg veröffentlichte u. d. T.: Einige neue Actenſtücke über die Veranlaſſung des ſiebenjährigen Krieges und der in Folge deſſelben entſtandenen Allianzen. Aus den Papieren eines Staatsmannes. Leipzig 1841. Aus der zwiſchen Wien und Brüſſel geführten Correſpondenz, welche ſich in dem belgiſchen Staatsarchiv befindet, haben Gachard und Heinrich Wuttke Mittheilungen gegeben, letzterer in den Ergänzungen zu der hinterlaſſenen Schrift Joh. Ferd. Huſchbergs: die drei Kriegsjahre 1756, 1757, 1758 in Deutſchland. Leipzig 1856. Ohnehin gewährt Huſchbergs Arbeit vielfältige Belehrung, da ſie ihrem Hauptinhalte nach aus Papieren der öſterreichiſchen Partei geſchöpft iſt, namentlich aus dem fürſtbiſchöflichen Archiv zu Würzburg.

Noch wichtigere Aufſchlüſſe ſind aus Frankreich gewonnen. Während Öſterreich keine einzige urkundliche Darſtellung der kaiſerlichen Politik und Kriegführung von 1748—1763 aufzu-

weiſen hat, ja kaum irgendwelche erhebliche Beiträge dafür, beſitzt Frankreich in älteren und neueren Publicationen eine reichhaltige Litteratur von Memoiren und Correſpondenzen. Und auch das Archiv des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris iſt nicht immer mit der gleichen Engherzigkeit wie heutzutage der Wiſſenſchaft verſchloſſen worden. Chriſtoph Koch publicierte zuerſt 1802 in ſeiner Table des traités entre la France et les puissances étrangères. Basle 1802. die zwiſchen den Höfen von Wien und Verſailles geſchloſſenen geheimen Theilungsverträge; von anderen Actenſtücken gab G. R. de Flaſſan Kenntniß in ſeiner Histoire de la diplomatie Française (Paris 1811. 2e Ed.). Unter der Regierung Louis Philipps ward Friedrich Chriſtoph Schloſſer der Zutritt zum Archiv des auswärtigen Miniſteriums verſtattet. Von ſeinen Excerpten hat Schloſſer in der Geſchichte des 18. und 19. Jahrhunderts einiges angeführt; mehrere Blätter daraus hat Wuttke veröffentlicht, dem Schloſſer von freien Stücken ſeine Auszüge zugeſchickt hatte. Auch mir ſind auf Ludwig Häuſſers freundliche Vermittelung von Schloſſers Erben jene Abſchriften zur Verfügung geſtellt worden. Ich publiciere daraus in den Beilagen das Précis der Präliminarien des am 1 Mai 1757 zu Verſailles geſchloſſenen Theilungsvertrags. Außer Schloſſer ward auch P. F. Stuhr freilich in ſehr beſchränkter Weiſe die Benutzung des gedachten Archivs gewährt; in ausgedehntem Maße durfte er das franzöſiſche Reichsarchiv und das Kriegsminiſterialarchiv benutzen. Von dieſen Arbeiten hat Stuhr in ſeinen Forſchungen und Erläuterungen über Hauptpunkte der Geſchichte des ſiebenjährigen Krieges. 2 Thle. Hamburg 1842. Rechenſchaft abgelegt und Mittheilungen gegeben, welche bisher weniger beachtet ſind als ſie verdienen.

Mir bot die kaiſerliche Bibliothek zu Paris zwei Handſchriften von vorzüglichem Intereſſe. Die eine (Suppl. franç. fol. nr. 7134

1—4) enthält in drei Bänden ein Copialbuch der Miniſterialcorreſpondenz des Herzogs von Choiſeul-Stainville während ſeiner Geſandtſchaft in Wien 1757/8; es fehlt ein Band, der Stainville's Berichte vom Jahre 1758 enthalten haben wird. Der vierte Band enthält ergänzende Beilagen, Copien von Verträgen, Denkſchriften und Correſpondenzen, die letzteren zum Theil im Original. Die andere (Suppl. franç. fol. nr. 11260—11269) führt den Titel Mouvemens des Armées du Roy en Allemagne 1757—1762 und enthält eine Geſchichte der franzöſiſchen Feldzüge in Deutſchland mit zahlreichen urkundlichen Beilagen, offenbar aus den Papieren des Generals du Muy. Dieſes mit großer Sorgfalt gearbeitete Werk iſt nicht bloß für die Kriegsgeſchichte ſondern auch für die Politik jener Zeit lehrreich.

Die Mittheilung der vom franzöſiſchen Hofe mit Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin geſchloſſenen Verträge verdanke ich der Güte des Herrn Archivraths G. C. F. Liſch.

Vom ruſſiſchen Hofe unter der Kaiſerin Eliſabeth hat ſchon Hertzberg ſächſiſche Berichte bis zum Jahre 1756 veröffentlicht, aus ſpäteren Jahren Ernſt Herrmann im fünften Bande ſeiner Geſchichte des ruſſiſchen Staats. Außerdem liegt in engliſchen und franzöſiſchen Berichten anſehnliches Material vor. Ich konnte außerdem die geheimen Zuſchriften, welche Friedrich II im Jahre 1756 aus Petersburg empfieng, und die dem preußiſchen Geſandten im Haag, von Hellen, aus den Berichten des holländiſchen Geſandten in Petersburg, de Swaert, gegebenen Mittheilungen benutzen. Für die kurze Regierung Peters III und die erſten Zeiten der Kaiſerin Katharina II ſind die Berichte der preußiſchen Geſandten ſo reichhaltig und ſo gediegen wie keine anderen.

Die Mittheilung des zu Petersburg den 22 Januar 1757 abgeſchloſſenen Vertrags der beiden Kaiſerhöfe, deſſen Inhalt bisher völlig unbekannt war, hat die Kaiſerlich Ruſſiſche Regierung auf

die Fürſprache des Königlich Preußiſchen auswärtigen Miniſteriums mit ausgezeichneter Liberalität gewährt.

In den Beilagen, welche bis zum Ende des Jahres 1757 gehen (die Nummern von ſpäterem Datum werden dem zweiten Bande beigefügt werden) habe ich neben den bisher ungedruckten Verträgen zu bequemerer Überſicht den Vertrag von Weſtminſter vom 16 Januar 1756 ſeiner urkundlichen Faſſung gemäß und die geheimen Artikel des Verſailler Vertrags vom 1 Mai 1756 abdrucken laſſen. Die Actenſtücke, deren Urſprung nicht beſonders angemerkt iſt, ſind entweder dem Geheimen Staatsarchive zu Berlin oder der Correſpondenz von Choiſeul-Stainville entnommen. Wo irgend ein Zweifel obwalten konnte, habe ich die Herkunft ausdrücklich bemerkt. Die Schreibweiſe der Acten iſt nur bei den zum erſten Male publicierten Verträgen beibehalten; in den meiſten andern Fällen hätte ich nicht ſowohl die Hand des Autors wiedergeben können als die des zur Ausfertigung oder zum Dechiffrieren verwandten Schreibers oder Copiſten.

Meine Arbeit an dieſem Bande war vor dem Jahre faſt vollendet, der Druck hat im November begonnen. Die Parallelen zu den Ereigniſſen der Gegenwart ſind von mir nicht geſucht worden, ſondern ergeben ſich aus der Sache ſelbſt. Mein ernſtes Beſtreben gieng dahin, auf Grund der mir vorliegenden reichhaltigen Materialien den handelnden Perſonen in beiden Lagern gerecht zu werden und meine Darſtellung rein zu halten von Parteizwecken, im Dienſte der Wahrheit und mit dem warmen Antheile, der Begebenheiten und Thaten gebührt, welche nach langer Friſt von neuem in dem deutſchen Volke das Bewußtſein der in ihm wohnenden Kraft und ein höheres Selbſtgefühl erweckten.

Bonn den 3 Mai 1867.

Arnold Schaefer.

Inhalt.

Erstes Buch.

Der Ursprung des siebenjährigen Kriegs.

Seite

Erstes Capitel. Das europäische Staatensystem bis zum Ausgange des österreichischen Erbfolgekriegs 3

Das Staatensystem des 17. Jahrhunderts 3. Der spanische Erbfolgekrieg. Folgen des Utrechter Friedens 6. Regierungsantritt Friedrichs II. Der erste schlesische Krieg 13. Georg II und Walpole 16. William Pitt 18. Georg II im Bunde mit Maria Theresia 20. Friedrichs II Defensivallianz mit Frankreich 24. Der österreichische Erbfolgekrieg 25. Friede von Breslau und Berlin 26. Carteret's Ministerium. Englisch-österreichische Eroberungspläne 28. Allianzverträge zu Worms und Wien 33. Offensivallianz Friedrichs II mit Frankreich. Rücktritt Carteret's; Ministerium Pelham 35. Der zweite schlesische Krieg 37. Friede zu Dresden 38. Österreichisch-russisches Bündniß zu St. Petersburg den 22 Mai 1746 40. Friede zu Aachen 41.

Zweites Capitel. Die Politik der Großmächte nach dem Aachener Frieden 44

Annäherung Englands an Preußen 44. Legge's Sendung nach Berlin 47. Erneutes Einvernehmen des britischen und österreichischen Hofs 50. Verhandlungen über die Wahl Josephs zum römischen König 51. Colonialstreitigkeiten zwischen England und Frankreich 55. Tod H. Pelham's; Ministerium Newcastle 59. Spannung zwischen dem englischen und preußischen Hofe 61. Tripleallianz zwischen Schweden, Preußen und Frankreich 62. Graf Marischal preußischer Gesandter in Frankreich 64. Streit über Ostfriesland und die neutrale Schiffahrt 65. Verstimmung Georgs II über den österreichischen Hof; der Barrierevertrag 66. Ausgang der englisch-österreichischen Allianz 71. Kaunitzens Verbalnote vom 19 Juni 1755 75. Die Kaiserin Elisabeth von Rußland 77. Williams englischer Gesandter in Petersburg 79.

Drittes Capitel. Ausbruch des Seekriegs zwischen England und Frankreich. Zustand des französischen Hofes und Einleitung des österreichisch-französischen Bündnisses 80

Colonial- und Seekrieg zwischen England und Frankreich 80. Machtstellung Frankreichs 82. Ludwig XV und die Pompadour 89.

Seite

Geheime Diplomatie 90. Rouillé Minister der auswärtigen Angelegenheiten 91. Haß der Pompadour gegen Friedrich II 92. Plan der österreichisch-französischen Allianz 93. Kaunitzens politisches System 95. Knyphausen preußischer Gesandter am französischen Hofe 101. Vorschlag einer Invasion Hannovers 104. Englische und hannöversche Subsidienverträge 105. Beabsichtigte Sendung von Nivernois nach Berlin 106. Proposition der Neutralität von Hannover 107. Instructionen von Nivernois 109. Englisch-preußische Neutralitätsconvention 111. Stiftung der österreichisch-französischen Allianz 114. Verhandlungen über einen sächsischen Subsidienvertrag 119.

Viertes Capitel. Die Verträge von Westminster und Versailles 125

Fox tritt ins Ministerium Newcastle; Pitt in der Opposition 123. Parlamentssession 175⅝ 125. Neutralitätsvertrag von Westminster den 16 Januar 1756 128. Eröffnungen an Frankreich 129. Nivernois in Berlin 131. Entrüstung des französischen Hofs 133. Englisch-russischer Subsidienvertrag vom $\frac{12}{23}$ Sept. 1755 140. Kaiserlich russische Declaration vom $\frac{14}{25}$ Febr. 1756 144. Unzuverlässigkeit der englischen Regierung 145. Verhandlungen über die österreichisch-französische Allianz 149. Valori französischer Gesandter in Berlin 151. Abschluß der Verträge von Versailles Mai 1. 1756 153.

Fünftes Capitel. Wirkungen des österreichisch-französischen Bündnisses. Bedrängniß der englischen Regierung . 156

Maria Theresia's Erklärungen an den englischen Gesandten Keith und an Karl von Lothringen 156. Kaiser Franz; Ratification der Verträge von Versailles 158. Der russisch-österreichische Offensivplan gegen Preußen 159. Louis Michell preußischer Geschäftsträger in London, Andrew Mitchell englischer Gesandter bei Friedrich II 161. Der Erbprinz von Hessen-Cassel in der preußischen Armee 164. Rundreisen österreichischer Agenten 166. Schlimmer Stand der englischen Angelegenheiten 168. Die Franzosen erobern Minorca 169. Neutralität der Holländer 170. Nordischer Neutralitätsbund. Sieg der Adelspartei in Schweden 171. Letzte Friedensversuche 173. Russische Rüstungen 174. Bestucheff in englischem Solde 175.

Zweites Buch.

Vom Ausbruch des siebenjährigen Krieges bis zum Abschluß des österreichisch-französischen Theilungsvertrags.

Erstes Capitel. Die Schilderhebung Preußens 179

Friedrich II erkennt die drohende Gefahr 179. Knyphausens Bericht über den österreichisch-französischen Theilungsplan 182. Starhembergs Instructionen 184. Berichte über die russisch-österreichischen Angriffspläne 186. Friedrichs Entschluß und Kriegsplan 189. Anfrage in Wien 195. Preußische Denkschrift für den englischen Hof 199. Zweite Anfrage in Wien 200. Aufbruch der preußischen Armee und letzte Erklärungen in Wien 202.

Seite

Zweites Capitel. Einmarsch in Sachsen. Schlacht bei Lobositz und Capitulation des sächsischen Heeres. Bruch zwischen Frankreich und Sachsen 203

Einmarsch in Sachsen am 29 August 1756 203. Verhandlungen zwischen Friedrich II und August III 205. Die sächsische Armee im Lager bei Pirna 204. 208. Schlacht bei Lobositz Oct. 1 212. Capitulation der sächsischen Armee 216. Bruch zwischen Frankreich und Preußen 218.

Drittes Capitel. Rathlosigkeit der englischen Regierung. Newcastle's Rücktritt. Pitt's erstes Ministerium . . 225

Newcastle's Rathlosigkeit 225. Corsica von Franzosen besetzt 228. Verluste der Engländer in Amerika 229. Clive in Ostindien 230. Rücktritt Newcastle's; Pitt's erstes Ministerium 231. Hannöversche Neutralitätsbestrebungen 237. Bildung einer Observationsarmee 243. Französische Friedenserbietung an England 244. Der Herzog von Cumberland zum Befehlshaber der Observationsarmee ernannt und Pitt entlassen 247.

Viertes Capitel. Proceßverfahren des Reichshofraths und Reichstags gegen Preußen. Die Allianz von Österreich, Frankreich und Rußland bis zum Theilungsvertrage von Versailles 250

Kaiserliche Decrete gegen Preußen und preußische Antworten 250. Reichstagsbeschluß vom 17 Jan. 1757 255. Kaiserliche Versicherung für die Reichsstände 257. Verhandlungen mit Rußland 257. Russische Accessionsacte zum Vertrage von Versailles Dec. 31. 1756 258. Österreichisch-russische Convention vom 22 Jan. 1757 259. Verhandlungen zwischen Wien und Versailles; Sendung von d'Estrées nach Wien 263. Soldverträge mit Baiern und Würtemberg 269. Französisch-schwedische Allianz gegen Preußen 271. Vertrag des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin mit Frankreich 273. Französisch-schwedische Erklärungen am Reichstage 275. Preußische Gegenerklärung 276. Entwurf eines hannöverschen Neutralitätsvertrags 277. Bernis französischer Minister des Auswärtigen 279. Theilungsvertrag von Versailles Mai 1. 1757 280. Eine Flugschrift über die Veränderung der deutschen Politik 297.

Drittes Buch.

Das Kriegsjahr 1757.

Erstes Capitel. Preußische und österreichische Rüstungen. Der Krieg in Böhmen bis zum Rückzuge der Preußen nach Sachsen. Eröffnung der Feindseligkeiten durch die Russen und Schweden 303

Rüstung Friedrichs des großen; geheime Instruction für den Grafen Finckenstein vom 10 Januar 1757 304. Militärische Anstalten 306. Österreichische Rüstungen 308. Karl von Lothringen zum Oberbefehlshaber erwählt 309. Österreichischer und preußischer Feldzugsplan 310.

Seite

Einmarsch Friedrichs in Böhmen 313. Schlacht bei Prag Mai 6 314. Einschließung von Prag 316. Stimmung in Wien und im Reiche; Streifzug des Obersten Mayr 317. General Oldenburg in Erfurt 319. Neutralität Baierns; Auflehnung der würtembergischen Truppen 320. Georg II lehnt die österreichischen Neutralitätsvorschläge für Hannover ab 322. Schlacht bei Kolin Juni 18 324. Aufhebung der Belagerung von Prag 329. Rückzug der Preußen aus Böhmen 330. Der Prinz von Preußen legt das Commando nieder 336. Friedrichs Apologie 337. Friedrichs Operationen in der Lausitz und Abmarsch nach Thüringen 341. Die Russen in Preußen; Schlacht bei Groß-Jägersdorf Aug. 30 343. Eröffnung der Feindseligkeiten durch die Schweden 347.

Zweites Capitel. Das Coalitionsministerium Pitt-Newcastle in England. Der Krieg in Westfalen und Hannover bis zur Convention von Kloster Zeven. Der Triumph der österreichisch-französischen Allianz . . 350

Das Ministerium Pitt-Newcastle 350. Pitt's politisches Programm 353. Die Allianz mit Preußen 354. Feldzug der französischen Armee unter d'Estrées in Norddeutschland 356. Besitznahme von Hessen und Ostfriesland 361. Treffen bei Hastenbeck Juli 26 362. Rückzug Cumberlands auf Stade 364. Marschall Richelieu französischer Oberfeldherr; Unterwerfung von Hannover und Braunschweig 365. Convention von Kloster Zeven Sept. 8 366. Rathlosigkeit Georgs II 371. Anerbieten englischer Subsidien für Preußen 374. Hannöversche Sonderverhandlungen 376. Friedrichs II Erklärung über englische Subsidien 379. Choiseul-Stainville französischer Botschafter in Wien 380. Hannöversches Neutralitätsgesuch in Wien 382. Französisch-braunschweigische Convention vom 20 Sept. 386. Zustand des russischen Hofs 388. Rückmarsch Apraxin's aus Preußen 391. Die französische Partei in Polen und Conti's Thronbewerbung 393. Neuer Subsidienvertrag mit Schweden 395. Geldanforderungen an den französischen Hof 396. Uneinigkeit zwischen Karl von Lothringen und Daun 398. Verhandlungen über die Ausstattung österreichischer Erzherzöge 399. Kriegspläne der Verbündeten 401.

Drittes Capitel. König Friedrichs höchste Bedrängniß im Herbste 1757. Geheime Unterhandlungen mit Frankreich 403

Tod der Königin Mutter von Preußen Juni 28 403. Herzog von Bevern Befehlshaber der schlesischen Armee 404. Treffen bei Moys Sept. 7. Winterfeld's Tod 407. Höchste Noth Friedrichs 409. Untreue de Prades'; Verbindung des Fürstbischofs von Breslau mit dem Kaiserhofe 410. Geheime Unterhandlungen Friedrichs II mit Frankreich 411. Vermittelung des Grafen von Wied; Missionen von Balby und von Barbut 412. Barbut Gefangener in der Bastille 416. Friedrichs II Unterhandlungen mit dem Marschall von Richelieu 418. Rathschläge Voltaire's und des Prinzen Heinrich 422.

Viertes Capitel. Feldzug der combinierten Armee zur Execution gegen Preußen. Marschall Richelieu im Halberstädtischen. Haddick's Streifzug nach Berlin. Die Schlacht bei Roßbach 428

Seite

Aufgebot der Reichsarmee 424. Der Generalfeldmarschall Prinz von Hildburghausen 426. Die französische Armee unter dem Prinzen von Soubise 427. Die combinierte Armee in Thüringen 427. Streifzüge von Turpin und Laudon 428. Friedrich II in Thüringen 429. Das Gefecht bei Gotha unter Seydlitz am 19 Sept. 431. Marschall Richelieu 433. Verhandlungen über die Neutralität des Fürstenthums Halberstadt 435. Bewegungen der combinierten Armee 439. Die Schweden unter Ungern-Sternberg 442. Haddick's Streifzug nach Berlin 442. Regensburger Executions- und Achtsverfahren gegen König Friedrich 445. Freiherr von Plotho und Notarius Aprill 447. Vertagung der Acht 449. Offensive der combinierten Armee in Sachsen 450. Schlacht bei Roßbach am 5 Nov. 454.

Fünftes Capitel. Eindruck der Schlacht bei Roßbach. Aufhebung der Convention von Kloster Zeven 462

Friedrich II über die Schlacht bei Roßbach 462. Wirkung in Frankreich und in Deutschland 463. Tod der Königin von Polen 466. Aufhebung der Convention von Kloster Zeven 467. Abberufung Cumberlands 475. Ferdinand von Braunschweig zum Befehlshaber der verbündeten Armee ernannt 477. Die letzten Verhandlungen über die Convention 480. Die Braunschweiger bei der verbündeten Armee zurückgehalten 486. Ferdinand tritt das Commando an 487. Die Entscheidung über die braunschweigischen Truppen 488. Absichten der Franzosen mit Mecklenburg; Schweriner Vertrag Dec. 1 494. Verpachtung der hannöverschen Einkünfte durch die Franzosen 496.

Sechstes Capitel. Der Krieg in Schlesien. Die Schlacht bei Leuthen 497

Fernerer Rückzug des Herzogs von Bevern 498. Lager der Preußen vor Breslau 499. Schweidnitz von den Kaiserlichen erobert 501. Schlacht bei Breslau am 22 Nov. 504. Übergabe von Breslau an die Kaiserlichen; Besorgnisse der protestantischen Schlesier 506. Fürstbischof von Schaffgotsch 507. Marsch Friedrichs II nach Schlesien; Keith fällt in Böhmen ein 509. Zieten führt die Bevernsche Armee von Glogau zum Könige. Ansprache Friedrichs an seine Generale 512. Schlacht bei Leuthen am 5 Dec. 515. Wiederherstellung der preußischen Herrschaft in Schlesien 526. Lehwaldt drängt die Schweden nach Stralsund und Rügen zurück 528. Prinz Ferdinand vor Celle; Harburg capituliert 530. Ende des zweiten Kriegsjahrs 531.

Siebentes Capitel. Mißgeschick der Engländer im See- und Colonialkriege. Verhandlungen mit Spanien. Englisch-preußische Verhandlungen bis zum Abschlusse des Subsidienvertrags vom 11 April 1758 532

Unthätigkeit und Verluste der Engländer in Amerika 532. Unternehmen gegen Rochefort im Sept. 1757 534. Anerbieten der Abtretung Gibraltars an Spanien 536. Siege in Indien 539. Clive's Sieg bei Plassey am 23 Juni 1757 540. Pitt's Rede über die Kriegführung am 14 Dec. 541. Pitt's Leitung des Kriegs 543. Verhandlungen über den englisch-preußischen Subsidienvertrag 546. Mission von Yorke nach Schlesien und von Knyphausen nach London 553. Pitt's Instructionen für Mitchell vom 25 Febr. 1758 556. Neue Instructionen

Seite

Friedrichs II 558. Entsendung von preußischer Cavallerie zu Ferdinands Armee 559. Emden von englischen Truppen besetzt 562. Knyphausen in London. Subsidienvertrag und Declaration vom 11 April 1758 564. Pitt's Rede über die englisch-preußische Convention 566. Mitchell's Abberufung. Yorke's Mission bei Friedrich dem großen 569. Mitchell auf seinem Posten bestätigt 573.

Beilagen.

I. Verträge.

1ª. Traité de subsides conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. S. le Duc de Brunswic et de Luneburg. Wolfenbüttel. 1750 Dec. 24 577
1ᵇ. Traité entre les Rois de France et de Prusse. Berlin. 1751 Jan. 2 579
2. Convention de neutralité entre les Rois de la Grande-Bretagne et de Prusse. Westminster. 1756 Jan. 16 582
3. Articles secrets du traité d'union et d'amitié défensif, conclu entre S. M. l'Impératrice Reine d'Hongrie et de Bohème et S. M. Très-Chrétienne. Versailles. 1756 Mai 1 584
4. Précis des articles préliminaires du traité secret de Versailles (conclu le 1 Mai 1757) 586
5. Convention entre l'Impératrice Reine de Hongrie et de Bohème et l'Impératrice de toutes les Russies. Petersburg. 1757 Jan. 22 591
6. Traité entre le Roi de France et le Duc de Mecklenbourg-Schwerin. Schwerin. 1757 Apr. 1 595
7. Plan de Traité entre le Roi de France et le Duc de Mecklenbourg-Schwerin. Schwerin. 1757 Dec. 1 597

II. Briefe. Berichte. Actenstücke.

1. Graf Marischal an König Friedrich II. 1754 Jan. 5 601
2—16. Aus der Correspondenz Friedrichs II mit Dodo Heinr. Freiherrn von Knyphausen, preußischen Gesandten in Paris. 1755 . 601
17. Correspondenz Friedrichs II mit Herzog Karl von Braunschweig über die Neutralität Hannovers. August bis December 1755 . . 605
18ª. Instruction Friedrichs II für den preußischen Geschäftsträger L. Michell in London vom 7 Dec. 1755 611
18ᵇ. Marginalverfügung Friedrichs II in Betreff des französisch-sächsischen Subsidientractats 612
19. Knyphausen an den König. Paris. Jan. 21. 23. 1756 612
20. Baron von Hellen an den König. Haag. Jan. 23 616
21. König Friedrichs II Aufsatz über die Unterredung mit Rivernois. Berlin. Jan. 24 616
22—27. Aus der Correspondenz Friedrichs II mit Knyphausen. Jan. 30 bis Febr. 17 617
28. Précis de la réponse donnée à M. Keith. Wien. Mai 9 . . 622
29. Aus Knyphausen's Bericht vom 4 Juni 622
30. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. 9 Juni 622

Seite
31. Knyphausen an den König. Paris. Juni 21 1756 628
32. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. Juni 22 628
33—38. Aus der Correspondenz Friedrichs II mit Knyphausen. Juni 26 bis Juli 17 628
39. Friedrich II an den Geheimenrath von Klinggräff in Wien. Juli 18 629
40a. Friedrich II an Mr. A. Mitchell. Juli 24 630
40b. 41. Friedrich II an Knyphausen. Juli 24. 26 630
42. Friedrich II an Klinggräff. Aug. 2 631
43—46. Friedrich II an Knyphausen. Aug. 3—21 632
47. Friedrich II an den Freiherrn v. Maltzahn in Dresden. Aug. 26 634
48—60b. Aus der Correspondenz des Königs und des Ministeriums mit Knyphausen. Aug. 27 bis Nov. 12 635
61. Landgraf Wilhelm VIII von Hessen-Cassel an König Friedrich II. Febr. 3 1757 639
62. Georg II von England an Friedrich II. Juni 28 641
63. Graf Alexander von Wied an Friedrich II. Juli 4 641
63a. Oberst Fischer an den Grafen von Wied. Juli 3 642
64. Minute of Privy Council. Juli 14 642
65. Friedrich II an den Grafen von Wied. Juli 18 643
66. Friedrich II an Georg II. Juli 27 643
67. Graf Holderneſſe an A. Mitchell. Aug. 16 644
68. Georg II an Friedrich II. Aug. 16 645
69. Graf von Wied an Friedrich II. Aug. 23 645
70. Marquis de Stainville an Ludwig XV. Wien. Aug. 25 . . . 646
71. Friedrich II an Georg II. Aug. 30 646
72—75. Stainville an Bernis. Wien. Aug. 31 bis Sept. 8 . . . 646
76. Etat der Armee des Herzogs von Cumberland. Sept. 8 . . . 650
77. Bernis an Stainville. Sept. 10 650
78. Bernis an den Marschall Duc de Richelieu. Sept. 12 651
79. Bernis an Stainville. Sept. 13 651
80. Oberst v. Balby an Friedrich II. Neuwied. Sept. 15 652
81. Georg II an Friedrich II. Sept. 20 652
82. 83. Stainville an Bernis. Sept. 20 652
84. a. d. Legationsrath v. Eickstedt an Friedrich II (Unterhandlung mit Marschall Richelieu). Sept. 20 653
85. Friedrich II an Eickstedt. Sept. 24 655
86. Friedrich II an den Oberst v. Balby. Sept. 26 655
87. Stainville an Bernis. Oct. 7 656
88. Etat des contributions en argent dont la levée a été ordonnée sur les pays conquis 656
89. Zahlungen der Kaiserin Königin an den König von Polen . . 657
90. Bernis an Stainville. Oct. 8 657
91. Richelieu an Stainville. Oct. 8 657
92. Eickstedt an Friedrich II. Oct. 13 658
93. Stainville an Bernis (mit dem hannöverschen Memoire). Oct. 13 658
94. Graf Kaunitz an Stainville. Oct. 11 659
95. Friedrich II an Georg II. Oct. 16 659
96. 97. Bernis an Stainville. Oct. 19. Nov. 1 660
98. Friedrich II an Georg II. Nov. 7 660
99. Bernis an Stainville. Nov. 8 661
100. Aus der Denkschrift der dänischen Regierung, Ostfriesland betreffend. Nov. 13 661
101. Stainville an Bernis. Nov. 25 662
102. Graf Marischal an den Minister Grafen Podewils. Nov. 27 . 662

Seite
103. Bernis an Stainville. Nov. 30 1757 662
104. 105. Königin Chriſtine von Preußen an Herzog Karl von Braunſchweig und deſſen Antwort. Dec. 8. 9 663
106. Graf Finckenſtein an Friedrich II. Dec. 10 664
107. Stainville an Bernis. Dec. 12 664
108. Marquis de Monciel an Bernis. Stuttgart. Dec. 14 665
109. Friedrich II an Herzog Karl von Braunſchweig. Dec. 19 . . . 665
110. Prinz Czartoriski an ſeinen Vater. London. Dec. 20 665
111. Aus Michell's Bericht. London. Dec. 20 666
112. Stainville an Bernis. Dec. 20 666
113. Bernis an Stainville. Dec. 22 666
114. Prinz Heinrich von Preußen an den Grafen Mailly. Dec. 26 . 667

Lies: S. 213 Z. 7 v. u. 30 September
" S. 272 Z. 8 v. u. „unſern Mutterbruder"
" S. 431 Z. 9 v. o. im ſiebenundbreißigſten
" S. 464 Z. 18 v. o. Schubart

Erſtes Buch.

Der Urſprung des ſiebenjährigen Kriegs.

Erſtes Capitel.

Das europäiſche Staatenſyſtem bis zum Ausgange des öſterreichiſchen Erbfolgekriegs.

Die Politik der europäiſchen Staaten ward im ſechzehnten und in der erſten Hälfte des ſiebzehnten Jahrhunderts durch die Übermacht bedingt, mit welcher die Habsburger an der Spitze der ſpaniſchen Monarchie und in Deutſchland die ſtändiſchen Freiheiten in Kirche und Staat bekämpften. Ihre Kraft brach ſich zuerſt an England und Holland; darauf gewann Frankreich unter dem Bourbonen Heinrich IV die unabhängige Haltung wieder, welche die nachfolgenden Machthaber wenigſtens nicht auf die Dauer verleugneten; der letzte und ſchwerſte Kampf endlich ward in Deutſchland und den Niederlanden ausgefochten, aber auch hier ſcheiterte das Unternehmen, im Dienſte der römiſchen Devotion und des Abſolutismus die proteſtantiſche Kirche und die politiſche Selbſtändigkeit ihrer Anhänger zu unterdrücken.

In dieſem Kampfe, der über die Freiheit Europas entſchied, traten gegen die Kaiſerlichen und Spanier auf Seiten der Proteſtanten in Deutſchland und den Niederlanden die Schweden und Franzoſen in die Schranken. Der Schwedenkönig Guſtav Adolf rettete ſeine deutſchen Glaubensgenoſſen im Augenblicke der höchſten Gefahr; die leitende Macht aber in Europa wurde nach der Abwehr habsburgiſcher Übermacht Frankreich. Indeſſen änderte ſich mit dem Siege der Charakter der franzöſiſchen Politik. Dieſelben Grundſätze, deren Anwendung im Bereiche der ſpaniſchen Monarchie die freie nationale Entwickelung ertödtet hatte, kamen auch in Frankreich zur Geltung: der Staat gieng

auf in dem Hofe und in dem unumschränkten Belieben des Königs, die ständischen Gerechtsame sowohl als die kirchlichen Freiheiten wurden unterdrückt und der römische Clerus nach Möglichkeit zum Werkzeuge des Despotismus gemacht. Wie zuvor Scharen von Niederländern, Böhmen, Österreichern, Steiermärkern, Pfälzern aus ihrer Heimat flüchteten um ihren evangelischen Glauben zu retten, so kamen nunmehr aus gleicher Ursache Franzosen und verbreiteten mit den Schilderungen ihrer Leiden überall Schrecken und Entrüstung. Dieser innern Umgestaltung entsprach der Gang der auswärtigen Politik. Eine Zeit lang freilich spielte der bourbonische Hof nach außen hin noch die Rolle eines Beschirmers der Freiheit fort, aber mehr und mehr ließ er sie fallen und gab sich unverholen seiner Herrschsucht hin. Der Glanz des französischen Ruhmes sollte das Volk über die wachsende innere Fäulniß täuschen. In alles mischten sich französische Diplomaten und Agenten mit glatten Worten und klingendem Golde und die französischen Heere, in Organisation und Führung allen andern voraus, lagen immer wieder im Felde um bald ein Stück der Niederlande bald deutsche Städte und Landschaften zum Reiche zu schlagen. So ward Frankreich für Europa gerade so gefährlich wie früher die spanische Monarchie und zwar seinen bisherigen verbündeten, den protestantischen Staaten, nicht minder als den katholischen. Wollten sie sich nicht zu Vasallen erniedrigen, so hatten sie jetzt um dieselben Güter mit den Bourbonen zu kämpfen wie früher mit den Habsburgern.

Das natürliche Mittel den französischen Übergriffen eine Schranke zu setzen war ein enger Bund der protestantischen Staaten, welche für diesen Zweck auf den Beistand der habsburgischen Fürsten rechnen konnten. Und in der That, als Ludwig XIV Anstalt machte die spanischen Niederlande zu erobern, gebot ihm die Tripleallianz zwischen England, Holland und Schweden Halt. Aber nicht lange so begnügte sich Schweden mit der Stellung einer französischen Subsidiarmacht, und die englische Nation mußte die unerhörte Schmach erfahren daß ihr König samt seinen Ministern in den Sold des französischen Hofes trat und die Interessen

seines Landes verkaufte. Damit waren die Holländer isoliert und Ludwig XIV schien ohne große Schwierigkeit die Unterjochung der vereinigten Niederlande ausführen zu können, welche einem Philipp II nicht gelungen war. In dieser Krisis des europäischen Staatssystems stand ein einziger Bundesgenosse zu den Holländern, Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Mütterlicherseits dem Hause Oranien entsprossen hatte er sich zum Staatsmann und Feldherrn in den Niederlanden gebildet, welche damals mit dem Aufgebot der ganzen Volkskraft den großen Krieg mit Spanien glorreich bestanden und zugleich in allen Künsten des Friedens blühten. Von diesem Gemeinwesen entlehnte er Grundsätze der Verwaltung, welche ihn in den Stand setzten die Thätigkeit seiner Unterthanen zu beleben und in Ackerbau, Gewerbfleiß und Handel neue Quellen des Wohlstandes zu eröffnen. Damit fand er die Mittel um ein Heer zu schaffen, welches seine von den Westmarken Deutschlands bis zu den Ostmarken hin zerstückelten Lande zu schirmen vermochte. Auf einen gefährlichen Posten gestellt wie er war, hielt er sich stets gegen kommende Gefahren in Bereitschaft und nahm die protestantischen Interessen mit ganzer Entschiedenheit wahr. Deshalb zog er für die Holländer ins Feld als Ludwig XIV sie angriff, und sowohl damals als in dem bald ausbrechenden Reichskriege lag nicht an ihm, sondern an den kaiserlichen Räthen und Feldherrn die Schuld, daß den Franzosen nicht nachdrücklicher begegnet ward. Indessen behaupteten die Niederlande unter der Führung seines Neffen Wilhelms III von Oranien ihre Unabhängigkeit; die Krone Spanien und das Reich erkauften den Frieden mit Abtretungen, und Kurfürst Friedrich Wilhelm sah die Frucht seiner Siege über die mit Frankreich verbündeten Schweden, das eroberte Schwedisch-Pommern, durch die Gleichgiltigkeit oder die Eifersucht seiner Bundesgenossen sich entwunden. Dennoch war Friedrich Wilhelm bald von neuem gegen Ludwig XIV in Thätigkeit; trotz aller Einsprache des Hofes von Versailles nahm er sich hochherzig seiner verfolgten Glaubensgenossen an und bot Wilhelm von Oranien die Hand zum Sturze der Stuarts in England. Denn indem dieser es auf sich nahm für die politische Freiheit und die pro-

protestantische Kirche in England einzuführen, führte er damit zugleich den härtesten Schlag gegen die Suprematie Frankreichs. Fortan griff England, aus der unwürdigen Dienstbarkeit erlöst, wiederum selbständig in die Angelegenheiten Europas ein, von deren Entscheidung seine eigene Wohlfahrt unzertrennlich war.

Die Staatskunst des großen Kurfürsten zeichnete seinen Nachfolgern die Bahnen vor, welche sie einzuhalten hatten. Sie waren berufen und verpflichtet in Deutschland die protestantischen Interessen zu schirmen, denen das sächsische Kurhaus sich entfremdete, als es das evangelische Bekenntniß um der polnischen Königskrone willen abschwur. Da zu jenem Zwecke Schweden keinen Rückhalt mehr bot, waren sie darauf angewiesen mit den Seemächten Holland und England gute Freundschaft zu pflegen. In diesem Sinne, ganz entsprechend den Absichten seines Vaters, unterstützte Friedrich III seinen Vetter Wilhelm, als dieser nach England hinüberging, mit brandenburgischen Regimentern, und zu dem gleichzeitig ausbrechenden Reichskriege mit Frankreich wirkte er auf das nachdrücklichste, während der kaiserliche Hof, durch den Türkenkrieg abgezogen, sich nur lässig an demselben betheiligte. Schon war das Ansehen des norddeutschen Staates so hoch gestiegen, daß Kaiser Leopold I nicht länger anstand seine Zustimmung zu der Annahme der preußischen Krone zu geben um für diesen Preis sich den Beistand des erprobten Heeres in dem spanischen Erbfolgekriege zu sichern. In allen Schlachten dieses großen Kriegs, an der Seite der Kaiserlichen wie der Engländer und Holländer bewährten die preußischen Truppen ihren Ruf und trugen wesentlich zu den Siegen bei, welche den Hochmuth Ludwigs XIV beugten. So errang sich das Königthum der Hohenzollern die europäische Anerkennung.

Jedoch mit dem Ausgange des spanischen Erbfolgekrieges und dem Frieden von Utrecht war ein Stand der europäischen Angelegenheiten herbeigeführt, der dauernde Gefahren in sich schloß. Der Zweck um dessen willen die Verbündeten zu den Waffen griffen, Frankreichs Übermacht zu beschränken und die Freiheit Europas zu sichern, war nicht erreicht. Spanien nebst den Colonien verblieb dem Enkel Ludwigs XIV und die Hoffnung der

man sich hingab, die verschiedenen Linien der Bourbonen würden in Zwietracht gerathen, erwies sich auf die Länge als trügerisch. Die gemeinsamen dynastischen Interessen überwogen schließlich die gegenseitige Eifersucht und dem Aufschwunge der britischen Seemacht suchten beide bourbonische Höfe Eintrag zu thun. Die Spanier mochten es den Engländern ebensowenig verzeihen daß sie mit Minorca einen beherrschenden Platz im Mittelmeere und mit Gibraltar den Schlüssel zur Meerenge behaupteten, als daß sie Portugal durch Verträge von sich abhängig gemacht hatten. Die Engländer, deren Gewerbfleiß und Handel stetig zunahm, empfanden mit wachsendem Widerwillen, daß das spanische Amerika ihnen so gut wie verschlossen war. Dies entsprach freilich dem hergebrachten System, die Colonien allein für das Mutterland und zwar auch hier wiederum für bevorrechtete Gesellschaften auszubeuten, aber der wachsende Unternehmungsgeist der Völker suchte die willkürlich gesetzte Schranke zu brechen. Zwar ein mächtig gebietender Staat wie England mit einer thätigen Bevölkerung vermochte wohl, so lange seine Colonien sich an dem Stande der Unmündigkeit genügen ließen, deren Häfen gegen die Fremden abzusperren: denn der Austausch der Erzeugnisse wurde durch die heimischen Schiffe in hinreichendem Maße bewirkt. Aber die verkommene spanische Monarchie, welche auf Grund päbstlicher Verleihung die Küsten in ganzer Ausdehnung für sich in Beschlag nahm, auch wo viele Meilen weit keine Ansiedlung bestand, wo die kostbaren Bau- und Farbehölzer im Walde ungenutzt moderten und die Häfen öde blieben, konnte mit vereinzelten barbarischen Züchtigungen die britischen Schiffer und Kaufleute nicht abschrecken, welche über die Verträge hinaus sich an den Küsten Amerikas einnisteten. Diese Umstände wurden zu einer nie versiegenden Quelle von Streitigkeiten und neuen Kriegen.

Nicht besser stand es zwischen England und Frankreich. Zu seinen älteren Colonien in Nordamerika hatte England die Hudsonsbailänder und am Lorenzbusen die Insel Neufundland und die Halbinsel Akadien erworben, während die Franzosen im Besitze von Canada und Louisiana verblieben und damit den Lorenz-

ſtrom und den Miſſiſippi beherrſchten. Dieſe Vertheilung der beiderſeitigen Gebiete gab um ſo eher Anlaß zu Streit, da in dem Utrechter Frieden die Grenzen nicht genau beſtimmt waren. Was die eine Nation als ihr Recht in Anſpruch nahm ward von der andern als ein Übergriff abgewehrt; die Coloniſten von beiden Seiten lagen in beſtändiger Fehde und ihre Beſchwerden und Klagen bei den Regierungen der Mutterſtaaten nahmen kein Ende.

So wenig wie in den Colonialverhältniſſen war auf dem Continente ein ſicherer Friedensſtand erreicht. Aus der ſpaniſchen Erbſchaft verblieben dem Hauſe Öſterreich allein Belgien und die italieniſchen Beſitzungen, mit Ausnahme ſchließlich von Sardinien, das der ſavoyiſchen Dynaſtie zugetheilt ward. Weder die eine noch die andere Erwerbung ſtärkte die Macht des kaiſerlichen Hauſes; vielmehr wurden die Angriffspuncte gemehrt und die Kräfte zerſplittert. In Italien konnte die Herrſchaft der Öſterreicher nicht Wurzel ſchlagen, und für Belgien bedangen die Seemächte ſich Handelsprivilegien ſo umfaſſender Art aus, daß ſchon dadurch die Erwerbung dieſer Provinzen bedeutend an Werth verlor. Prinz Eugen erklärte unumwunden daß weder dem Kaiſer noch dem Reiche daran gelegen ſei, und es blieb fort und fort ein leitender Grundſatz des Wiener Hofes ſich dieſes Beſitzthums zu entäußern, ſobald ſich ein paſſendes Tauſchobject biete. Eine ſolche Abſicht war jedoch in directem Widerſpruch mit den weſentlichſten Intereſſen ſeiner Verbündeten. Denn die Sicherheit Englands Hollands und Deutſchlands erforderte es zu verhüten, daß Frankreich in den Beſitz Belgiens komme, nach welchem es ſeit Richelieus Zeit unaufhörlich trachtete. Dieſen Zweck vermeinten die Seemächte in dem ſogenannten Barrieretractat damit zu erreichen, daß man in eine Anzahl von Plätzen holländiſche Beſatzungen legte und die früher ſpaniſchen Provinzen an Öſterreich als ein unveräußerliches Depoſitum übergab. Aber mit papiernen Verſchreibungen und halben Maßregeln ward nimmermehr eine ſichere Schutzwehr gebildet, um ſo weniger als der Friede von Utrecht unverantwortlicher Maßen die in den vorigen Kriegen eroberten Landestheile mit den wichtigſten Feſtungen auch

fernerhin den Franzoſen überließ. Dazu kam daß die vereinigten Niederlande nach den großen Opfern und Anſtrengungen der letzten Kriege ihr Wehrſyſtem vernachläſſigten und ſich von der Theilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten zurückzogen. Auf ihre Handels- und Geldintereſſen beſchränkt gaben die Holländer ſich dem trüglichen Wahne hin in Zukunft als die Zwiſchenhändler und Bankhalter aller großen Mächte in ungeſtörter Neutralität ihre Geſchäfte treiben zu können.

Mit Belgien war der Niederrhein gefährdet; nicht minder blieb der Oberrhein den Franzoſen bloßgeſtellt. Seit Jahrhunderten hatte Lothringen eine Vormauer Deutſchlands gebildet und Krieg auf Krieg war um deſſen Beſitz geführt. Ein Stück nach dem andern war davon abgeriſſen worden, zweimal hielten die Franzoſen Jahrzehnte lang das Land beſetzt, aber die Lothringer ſtanden unter allen Widerwärtigkeiten treu zu ihrem angeſtammten Fürſtenhauſe. Durch den Ryswijker Frieden war dieſes wieder in ſein Erbe eingeſetzt: aber um ihm eine militäriſch haltbare Poſition zu verſchaffen war es nothwendig, Metz Toul und Verdun ſowie den Elſaß mit Straßburg nicht in franzöſiſcher Hand zu laſſen. Damit wäre zugleich dem oberen Deutſchland, welches jetzt jedem Angriffe offen lag, ſeine Schutzwehr wiedergegeben worden. Um dieſen Preis ſtand die Mitwirkung Lothringens im ſpaniſchen Erbfolgekriege zu gewinnen. Aber ſo wichtig auch dieſe Maßregel für die Sicherung Europas gegen einen neuen Krieg war, ſie ward vereitelt durch den Sturz des Whigminiſteriums der Königin Anna von England, indem die nun regierenden Tories um ihrer Parteizwecke willen die allgemeinen Intereſſen Englands und Europas preisgaben. Die Friedensſchlüſſe von Utrecht und Raſtatt ließen Lothringen iſoliert in einer unhaltbaren Stellung und bereiteten damit die Einverleibung des Landes in Frankreich vor. Dies war aber um ſo bedenklicher, da Frankreich ſeinerſeits die Wiedereinſetzung der verjagten wittelsbachiſchen Fürſten in dem Kölner Erzſtifte und in Baiern erlangte, welche nicht allein für ihre Perſon dem Hofe von Verſailles dienſtbar blieben, ſondern bald auch die Pfälzer Linie, welche bisher gegen Frankreich angekämpft hatte, in die

gleiche Richtung hinüberzogen. Damit wurden die Rheinlande bis Düſſeldorf hinab ein den Franzoſen verpflichtetes Gebiet.

Unter ſolchen Umſtänden lag die Gefahr neuer Kriege nahe genug. Zwar hatte Frankreich den kriegeriſchen Glanz ſeines Hofes mit ſchweren Opfern an Gut und Blut bezahlt; das Selbſtvertrauen war erſchüttert, das Land erſchöpft, der öffentliche Credit zerrüttet. Die Arbeit an dem Innern des Staates und die Fürſorge für die allgemeine Wohlfahrt ward verabſäumt: Misbräuche häuften ſich auf Misbräuche. Wer in die Zukunft blickte konnte ſich der Erkenntniß nicht verſchließen, daß man auf dieſem Wege endlich zu einem allgemeinen Umſturze kommen müſſe, und wie arg auch die Verblendung und Laſterhaftigkeit des Hofes und der herrſchenden Kreiſe war, ein Gefühl der Unſicherheit und eine Ahnung des drohenden Verderbens beſchlich doch auch ſie. Darum nahm man ſich vor, der aggreſſiven Politik zu entſagen und Frieden zu halten. Aber zu lange war der franzöſiſche Staat auf Eroberungen angelegt, als daß ſeine Regierung die einmal vorgeſteckten Ziele ganz aus den Augen verlieren konnte. Noch war er durch die Organiſation ſeines Heeres den Nachbarn überlegen und ſelbſt einen Ludwig XV reizte der Ruhm, das von ſeinen Vorfahren begonnene zu vollenden und Lothringen oder die Niederlande mit Frankreich zu vereinigen.

Den Übergriffen der bourboniſchen Höfe zu wehren war die gemeinſame Aufgabe Englands Hollands und des kaiſerlichen Hofes. Jedoch fehlte viel daß ſie klar erkannt und entſchieden feſtgehalten wurde. Zwar Alberonis Verſuch die Beſtimmungen der Utrechter Verträge umzuſtoßen ward von Öſterreich und England im Einverſtändniſſe mit der franzöſiſchen Regentſchaft vereitelt. Aber bald darauf ging ihre Politik aus einander: als die Höfe von Verſailles und Madrid ſich von neuem entzweiten, verband ſich Öſterreich mit dieſem und England mit jenem, und nachdem dem Ausbruch eines neuen Krieges ſchließlich noch vorgebeugt war, blieb es der leitende Grundſatz der engliſchen Regierung, an deren Spitze damals Robert Walpole ſtand, ſich auf die innern Angelegenheiten zu beſchränken und mit allen Höfen, vorzüglich aber mit den bourboniſchen, ein gutes Einvernehmen

zu unterhalten. Die österreichische Politik ging ausschließlich darauf aus die pragmatische Sanction der Vererbung aller habsburgischen Länder auf die Kaisertochter Maria Thersia zur europäischen Anerkennung zu bringen. Aber statt sich in die Verfassung zu setzen sie nöthigesfalls gegen den Einspruch dritter mit den Waffen durchzuführen und zu diesem Zwecke sich des Beistandes bewährter Freunde zu versichern, verabsäumte der kaiserliche Hof das nothwendigste und ließ sich mit den Gegnern in Vereinbarungen ein, welche von seiner Seite mit Opfern erkauft dennoch für die Zukunft keine Gewähr boten. Zugleich suchte er an Rußland einen Rückhalt zu gewinnen und zog diese Macht in die europäischen Fragen herein ohne sich dessen bewußt zu werden, daß sie sowohl in den türkischen als in den polnischen Angelegenheiten der natürliche Nebenbuhler Österreichs war.

Die falsche Klugheit des Wiener Hofes äußerte sich vorzüglich gegen Preußen. König Friedrich Wilhelm I war von Herzen gern bereit dem Kaiserhause gegen Frankreich und die Wittelsbacher mit allen Kräften beizustehen, sobald ihm der Kaiser das auf die Erbverbrüderung von 1666 begründete Anrecht der Hohenzollern an das Herzogthum Berg mit Düsseldorf garantierte. Aber österreichischerseits spielte man nur mit ihm: um Preußen von der Allianz mit Frankreich und England abzuziehen wurden Zusicherungen ertheilt, aber sobald dieser Zweck erreicht und Preußen isoliert war, achtete man ihrer nicht, in der Überzeugung daß König Friedrich Wilhelm zu einer selbständigen Action sich unter allen Umständen nicht entschließen werde. Seitdem vollends England und Holland die pragmatische Sanction garantiert hatten, entschlug man sich aller Rücksichten. In dem polnischen Thronstreite ließen Österreich und Rußland die mit Preußen genommene Abrede ohne weiteres fallen; mit russischen Waffen ward August III von Sachsen den Polen als König aufgedrungen und Kurland statt einem preußischen Prinzen dem Buhlen der Kaiserin Anna von Rußland zugewandt. Das Anerbieten Friedrich Wilhelms, in dem mit Frankreich ausbrechenden Kriege dem Kaiser statt des vertragsmäßigen Contingents von 10000 Mann 30—40000 Mann wohlgerüsteter Truppen zu stellen, unter der

Bedingung daß er das Bergiſche mit Düſſeldorf ſchon jetzt beſetze, ward einfach abgelehnt. Obgleich die wittelsbachiſchen Fürſten von Baiern Köln und der Pfalz ihre Reichspflichten nicht erfüllten und den Franzoſen allen Vorſchub leiſteten, beharrte dennoch der kaiſerliche Hof auch fernerhin dabei den preußiſchen König an der Beſitznahme des ihm zuſtehenden Landes zu hindern, dagegen ſeinen Mitbewerber, den Erben der pfälziſchen Kur von der ſulzbachſchen Linie, vorläufig antreten zu laſſen, und ſchloß zu dieſem Ende einen Vertrag mit Frankreich. Kurz ſo gut kaiſerlich geſinnt Friedrich Wilhelm war, er mußte es zu ſeinem bitteren Kummer erfahren, daß der Kaiſer ihn ſchnöde von ſich hinwegſtieß.

Der Grund weshalb der Wiener Hof dem Könige von Preußen ſo zuwider handelte lag vorzüglich in den katholiſchen Tendenzen. So wie es von allem Anfange an öſterreichiſche Politik geweſen war den Hohenzollern die jülichſche Erbſchaft ſtreitig zu machen, wollte man auch jetzt die Verſtärkung der proteſtantiſchen Macht am Niederrheine nicht zulaſſen: grade in dieſem Puncte glaubte man eine Solidarität der katholiſchen Regierungen herſtellen zu können. Hiezu kam daß je mehr man die Wittelsbacher von der Pfalz verpflichtete, um ſo weniger der Widerſpruch der bairiſchen Linie gegen die pragmatiſche Sanction ins Gewicht zu fallen ſchien.

England und Holland nahmen an dieſer Angelegenheit nur inſoweit theil um zu verhüten daß der Friede geſtört werde; ihrer tieferen Bedeutung und ihrer künftigen Folgen achteten ſie nicht. Mit gleicher Schlaffheit hatten die Seemächte die Bourbonen in Italien Fuß faſſen laſſen, erſt in Mittelitalien, dann bei Gelegenheit des polniſchen Thronſtreites in Neapel und Sicilien: ja ſie hatten zur ſelben Zeit nichts dawider daß der Herzog von Lothringen, der erkorene Gemahl der Maria Thereſia von Öſterreich, zu Gunſten Frankreichs ſein Stammland mit Toscana vertauſchte, denn ſie waren darüber beruhigt daß Frankreich in dieſem Kriege Belgien nicht angreifen werde. Alle Erfahrungen der letzten Menſchenalter ſchienen vergeſſen zu ſein: um ſich in der Gegenwart nicht ſtören zu laſſen ſchloß man die

Augen vor der Zukunft. Gleichmüthig ließ man ein Bollwerk des deutschen Reiches nach dem andern fallen: Österreich selbst verstärkte im Westen den französischen Einfluß wie im Osten den russischen und die Seemächte sahen darin für Europa keine Gefahr.

Aber sie war darum nicht minder vorhanden. Am 31 Mai 1740 bestieg Friedrich II den preußischen Thron; fünf Monate später, den 20 October, starb Kaiser Karl VI und wenige Tage nachher die Kaiserin Anna von Rußland. Mit dem Erlöschen des Mannesstamms der Habsburger war das ganze System der europäischen Politik in Frage gestellt. Denn die vorläufig ertheilten Garantien der pragmatischen Sanction erwiesen sich, wie jeder der mit klarem Blicke die Verhältnisse erwog vorausgesehen hatte, zum größten Theile als falsche Münze die nur durch den Schein blenden sollte. Keiner der katholischen Höfe hielt sich an seine wohlverbrieften Zusagen gebunden; die Bourbonen von Frankreich und Spanien schickten sich an über das habsburgische Erbe zu verfügen. Karl Albrecht von Baiern diente zu einem brauchbaren Werkzeuge um dem Lothringer die deutsche Krone zu bestreiten und das Reich zu einer Dependenz von Frankreich zu machen; überdies hatte er nichts dawider einzuwenden daß der französische Hof Einverleibung von deutschen und belgischen Gebieten seinem eigenen Belieben vorbehielt.

Noch ehe diese längst gehegten Plane zur Reife kamen, traf Friedrich II seine Entscheidung. Es konnte ihm nicht in den Sinn kommen sich den französischen Zwecken zu verkaufen. Die ganze Geschichte des preußischen Staates wies ihn darauf hin der fremden Übermacht in Deutschland zu wehren: so gut wie seine Vorfahren gegen Franzosen und Schweden die deutsche Ehre gewahrt hatten, war auch er entschlossen vor allem andern seine Unabhängigkeit zu behaupten, und diese war um so mehr bedroht, je weiter Frankreich griff. Aber eben so wenig war er gemeint für das Erbe der Maria Thersia zu streiten ohne zuvor mit dem Wiener Hofe abgerechnet zu haben. Die Bündnisse, welche mit kurzen Unterbrechungen seit 1658 zwischen dem Kaiserhause und den Hohenzollern bestanden, dienten jenem in

allen Kriegen zu weſentlichem Vortheile: die letzteren dagegen verdankten jeden Zuwachs ihres Staates allein ihrer eigenen Kraft und ihr Verbündeter ſah ſie ungern. Die jüngſten Erfahrungen machten das Maß voll. Was Friedrich in ſeiner Jugend an ſich ſelbſt erlebt und die Vorgänge in der Bergiſchen Sache beſtimmten ſeinen Entſchluß von dem guten Willen Öſterreichs nichts zu erwarten, ſondern ſein Pfand zu nehmen und alsdann ſeine Hilfe anzubieten. Gegen Öſterreich und Frankreich zuſammen die preußiſchen Anſprüche auf Berg zu verfechten erkannte er als unausführbar und hielt ſich ſtatt deſſen an Schleſien. Schleſien war unter den deutſchen Ländern weniger als irgend ein anderes durch Natur und Geſchichte mit den übrigen Staaten des habsburgiſchen Hauſes verwachſen. Von den andren Ländern der böhmiſchen Krone ſchieden es die Gebirge; ſein Handel und Verkehr hieng von je her vorzüglich mit dem Norden und Nordweſten zuſammen, mit der Lauſitz, welche im dreißigjährigen Kriege an Sachſen abgetreten war, und mit Brandenburg. Von der öſterreichiſchen Herrſchaft hatten die Schleſier nichts als Unſegen erfahren. Mit den Böhmen führten ſie die Waffen gegen Ferdinand II, und nach deſſen Siege ergriffen ſie jede Gelegenheit um unter dem Beiſtand der proteſtantiſchen Fürſten entweder vom Kaiſer unabhängig oder doch vor Unterdrückung des evangeliſchen Bekenntniſſes geſichert zu werden. Die kaiſerliche Regierung aber glaubte Schleſiens erſt dann ganz gewiß zu ſein, wenn ſie alle Einwohner unter das Joch des Papismus gebeugt hatte. Deshalb hielt ſie die den evangeliſchen Schleſiern gewährten Zuſicherungen nicht, nahm ihnen Kirchen und Schulen, vertrieb die Geiſtlichen, drückte mit Rechtsverkürzungen aller Art oder mit offener Gewalt Familien und Gemeinden. Wenn dennoch ein großer Theil der Schleſier der evangeliſchen Kirche treu blieb, ſo war das nicht der Gerechtigkeit oder der freien Gnade ihrer Kaiſer zu verdanken, ſondern der Standhaftigkeit der Bekenner und der Theilnahme ihrer Glaubensgenoſſen. Als König Karl XII von Schweden aus Polen nach Sachſen zog, warteten ſeiner bei Steinau an der Oder Scharen von Proteſtanten um ihre Leiden zu klagen, und auf ſeine drohende Forderung wurde

in einem neuen Vertrage Zurücknahme dessen, was den ausdrücklichen Bestimmungen des westfälischen Friedens zuwiderlief, und einige weitere Begünstigungen gewährt. Aber nichts desto weniger blieb die Lage der evangelischen Schlesier eine so bedrängte, daß sie in dem Ende der österreichischen Herrschaft das Ende einer langen harten Prüfungszeit sahen und in dem preußischen Könige, dessen Vorfahren so oft nachdrücklich sich für sie verwandt, vertriebene aufgenommen, kirchlicher Noth abgeholfen hatten, mit lautem Jubel den Retter ihres Glaubens begrüßten. Dazu kam ein anderes. Es war im preußischen Regentenhause unvergessen, welch ein falsches Spiel der kaiserliche Hof in den letzten Jahren des großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm getrieben um brandenburgische Anrechte auf schlesische Lande mit einer geringen Entschädigung abzufinden und zur gleichen Zeit durch ungegründete Vorspiegelungen von dem damaligen Kurprinzen, späteren Kurfürsten Friedrich III, den Revers über deren künftige Rückgabe zu erschleichen. Diese älteren Ansprüche dienten Friedrich II zur Rechtfertigung seines Unternehmens, welches er mit den Mitteln die sein Vater zugerüstet und aufgespart hatte unverzüglich ins Werk setzte, auf eigene Faust, ohne nach einem Alliirten sich umzusehen, in der Überzeugung, daß er seine beste Hilfe in seiner Thatkraft suchen müsse und daß eine entschlossene Macht in Zeiten großer Entscheidungen nimmer allein steht. Überdies fiel mit dem Tode der Kaiserin Anna von Rußland die Sorge vor einer Einmischung von dieser Seite wenigstens einstweilen hinweg. Friedrichs Plan gieng dahin das nun vereinte Haus Habsburg-Lothringen zu nöthigen ihm in Schlesien eine Entschädigung zu gewähren: dafür war er bereit in dem bevorstehenden Kriege Maria Theresia mit Geldzahlungen und mit seinem Heere zur Behauptung ihres Erbes gegen Baiern Sachsen und Frankreich beizustehn und die Erwählung ihres Gemahls zum Kaiser zu betreiben. Aber der Wiener Hof war auch in dieser Stunde nicht gemeint sich von dem preußischen Könige Zugeständnisse abzwingen zu lassen, welche ihm vorzuenthalten die überkommene Politik war. Man wies die von ihm gemachten Anträge zurück und war rasch entschlossen ihn für sein Unter-

fangen zu züchtigen, während man über die Abſichten des franzöſiſchen Hofes ſich in eitler Täuſchung verblendete und von dieſer Seite nichts weniger als Feindſeligkeit erwartete. In einem ſolchen Verhalten wurde Maria Thereſia gerade durch die engliſche Regierung beſtärkt, welche in dieſem Stücke ſich nicht durch eine unbefangene Prüfung der Sachlage und das wahre Intereſſe Englands beſtimmen ließ, ſondern durch perſönliche Antipathien und augenblickliche Aufwallungen. England hatte, ſeit es die Garantie der pragmatiſchen Sanction gewährte, ruhig zugeſehen als Lothringen und die beiden Sicilien den Bourbonen überlaſſen wurden, ſo bedenklich ſich auch damit Frankreichs Machtſtellung verſtärkte. Dagegen berührte es kein engliſches Intereſſe, ob Schleſien oder ein Theil von Schleſien zu Preußen oder zu Öſterreich gehörte; nur das war die Aufgabe der engliſchen Politik, mit allen Mitteln einen Krieg um Schleſien zu verhüten und die preußiſchen Waffen mit den öſterreichiſchen zur Aufrechterhaltung der pragmatiſchen Sanction gegen Frankreich und ſeine Schützlinge zu verbinden; um ſo mehr da England bereits in einem Seekriege mit Spanien begriffen war, welcher die wichtigſten Intereſſen der Nation angieng. Aber König Georg II von England that gerade das Gegentheil. In ſeiner Vermittelung war kein Ernſt; er ermunterte eher Maria Thereſia zum Widerſtande und bot ihr unter der Hand Geldmittel zum Kampfe gegen Friedrich. Als ſodann die preußiſchen Waffen ihm einen Strich durch ſeine Rechnung machten, war er geſchäftig den Bruch zu heilen. Aber die ſpäte Klugheit hinkte den Ereigniſſen nach und mußte ſich beſcheiden weiteren Schaden zu verhüten: während ein raſches, nachdrückliches Eingreifen der britiſchen Regierung den Bund Preußens mit England und Öſterreich gegen Frankreich bewirken konnte, galt es nun für das höchſte Preußen zur Neutralität zu vermögen.

Die engliſche Regierung befand ſich in einem Zuſtande des Schwankens und der halben Maßregeln; durch alle Kreiſe des Volks gieng ein Gefühl des Misbehagens. Die erſten Könige aus dem Hauſe Hannover, Georg I und Georg II, fühlten ſich fremd in England und wurden als Fremde angeſehen. Auf dem

Throne behaupteten ſie ſich nicht ſowohl durch eigene Verdienſte und Tugenden, ſondern durch den Gegenſatz gegen die Stuarts, denn ſie repräſentierten das proteſtantiſche Königthum und die Erhaltung der parlamentariſchen Rechte, die Grundlagen der Freiheit und inneren Wohlfahrt Englands in Kirche und Staat. Deshalb hielt ihren Principien getreu die Ariſtokratie der Whigs zu ihnen, und die Anhänger des vertriebenen Regentenhauſes, die Tories, ſahen die Ausſichten auf eine Reſtauration um ſo mehr ſchwinden, mit je größerer Starrheit die Stuarts in der Verbannung ſich an die kirchlich-politiſchen Grundſätze anklammerten, welche ſie um den Thron gebracht hatten. Aber die Maſſe des Volks war gleichgiltig und zum Mistrauen geſtimmt: während Gewerbe und Handel in Aufnahme waren und Wohlſtand und Bildung namentlich der mittleren Stände ſich hob, herrſchte das Gefühl vor, daß die Geltung Englands ſeiner innern Kraft nicht entſpreche und ſeine Ehre nicht gehörig gewahrt werde. Dieſem Mistrauen gaben die Spaltungen der herrſchenden Partei reichliche Nahrung. Sir Robert Walpole hatte das Verdienſt durch ſeine Umſicht den Staatscredit hergeſtellt und im Innern wie nach außen hin Friede und Ruhe erhalten zu haben. Aber der Friede war damit erkauft, daß die Conflicte nicht gelöſt ſondern vertagt wurden, und im Innern war der vorhandene Riß nicht geheilt, ſondern nur verdeckt: Wähler und Abgeordnete wurden in einem ſonſt unerhörten Maße mit Gunſt oder mit baarem Gelde beſtochen und damit die parlamentariſche Oppoſition zum ſchweigen gebracht. Dieſes Syſtem ließ ſich halten ſo lange alles im gewohnten Gleiſe gieng, und Walpole wird deshalb von vielen noch heutzutage bewundert, aber einer ernſtlichen Kriſis war es nicht gewachſen. Sobald handgreiflich wurde, mit wie wenig Würde und Kraft die Regierung die auswärtigen Intereſſen der Nation vertrat, erhob ſich im Parlamente ein Sturm des Angriffs gegen Walpole und dieſer fand im Volke lauten Widerhall. Denn es entſprach dem Weſen des Regiments, welches Walpole führte, ſtatt mit Amtsgenoſſen von perſönlicher Bedeutung und ſelbſtändiger Haltung zuſammenzuwirken, ſich lieber dienſtwillige Werkzeuge oder Figuranten von

mäßigen Gaben beizugesellen. Demgemäß hatte er sich nach und nach isoliert und sah schließlich alle Männer von Talent und Charakter in der Opposition gegen sich vereinigt.

Unter den Mitgliedern des Unterhauses zog damals in den Reihen der Opposition William Pitt mehr und mehr die Blicke auf sich. Der jüngere Sohn einer adligen aber wenig begüterten Familie, hatte Pitt auf der Schule zu Eton und auf der Universität Oxford seine Studien gemacht und alsdann zu seiner weiteren Ausbildung Frankreich und Italien bereist. Nach seiner Heimkehr erhielt er ein Patent als Junker bei dem blauen Reiterregimente und in einem Alter von siebenundzwanzig Jahren (er war geboren den 15 November a. St. 1708) einen Sitz im Parlamente für den Familienflecken Old-Sarum. Gemäß den Traditionen seines Hauses und seiner eigenen Überzeugung war Pitt Whig, aber von vorn herein schloß er sich der Opposition gegen Walpole's Staatsverwaltung an. Seine erste Rede hielt er im Jahre 1736 zur Unterstützung der Adresse an den König bei Gelegenheit der Vermählung des Prinzen Friedrich von Wales mit der Prinzessin Auguſta von Sachsen-Gotha und pries dabei mit besonderem Nachdrucke das Verdienst ihrer Vorfahren, „deren „Ruhm es ist sich für die edelste Sache aufgeopfert zu haben, für „die ein Fürst sein Schwert ziehen kann, nämlich im Kampfe für „die Freiheit und die protestantische Religion." Die Rede war bei Hofe mißfällig, denn der Prinz von Wales lebte mit seinen Eltern in Unfrieden; darum büßte Pitt seinen Posten in der Armee ein und ward dafür als Kammerherr zu der prinzlichen Hofhaltung gezogen. Indessen strebte Pitt mit ernstem Bemühen danach seine angebornen Geistesgaben für den Dienst seines Vaterlandes auszubilden, sowohl in der regen Betheiligung an dem öffentlichen Leben als in der Zurückgezogenheit, zu welcher ihn öftere schmerzhafte Anfälle der Gicht nöthigten. Mit diesem Leiden, einem Erbübel seiner Familie, hatte er schon seit seinen Knabenjahren zu kämpfen und in solchen Perioden gewährten die Studien ihm die einzige Erquickung. Er war vertraut mit den alten Dichtern, mit Homer, Virgil und Horaz; er würdigte mit sicherem Urteile an Ciceros Reden „die Vielseitigkeit, die Fülle

„und Schönheit der Diction, den Adel und die Hoheit der Ge„danken" und an den demosthenischen „den unwiderstehlichen „Strom lebhafter Argumentation, die gedrungene und zwingende „Schlußfolgerung und die Tiefe und Seelengröße des griechischen „Staatsmanns." Aber neben den Alten wußte er auch die neueren Litteraturen zu schätzen: die Dramen Shakspeare's, namentlich die historischen, die Komödien Molières, die Reden Bolingbroke's, die Predigten Barrow's waren ihm nicht minder geläufig als die Dichter und Redner des Alterthums. Alle diese Studien gewannen in seinem Geiste die volle Bedeutung nicht durch den Reiz, mit welchem sie ergötzen, oder die damit gesammelte Gelehrsamkeit, sondern indem sie als eine geistige Zucht dienten, als Waffe und Rüstzeug einer männlichen, ehrenwerthen und tugendhaften Handlungsweise im öffentlichen wie im Privatleben. Die Angelegenheiten seines Volkes, sowohl in den innern als den auswärtigen Verhältnissen, waren der vorzüglichste Gegenstand seines Nachdenkens, und was er als wahr und heilsam erkannte, das vertrat er mit feurigem Pathos, mit einer Kraft und Fülle der Rede, welche für den jungen, unerfahrenen Mann, der weder durch Ahnen und Connexionen noch durch Vermögen oder Gunst sich empfahl, die widerwillige Bewunderung selbst der Gegner erzwang. An wichtigen Debatten nahm er zuerst im Jahre 1739 Theil, und zwar bei Gelegenheit der amerikanischen Händel mit Spanien, welche damals mehr als je zuvor die Gemüther erregten.

Die bourbonischen Höfe von Madrid und Versailles hatten am 7 November 1733 einen Familienpact geschlossen, in welchem der König von Spanien seinen Entschluß erklärte nicht allein den Übergriffen der Engländer zu wehren, sondern sie auch der ihnen vertragsmäßig zustehenden Handelsvorrechte zu berauben. Dagegen sollte Frankreich — dem Utrechter Vertrage zuwider — in den Genuß dieser Privilegien eintreten. Frankreich versprach, im Falle es darüber zum Kriege komme, Spanien zu unterstützen und überdies die Herausgabe von Gibraltar an Spanien mit Güte oder Gewalt zu bewirken. In Folge dieser Übereinkunft suchte die spanische Regierung einen Conflict herbeizuführen.

Zu den Repressivmaßregeln der Colonialbehörden gegen britische Schmuggler und Ansiedler, insbesondere der geschärften Durchsuchung britischer Schiffe, kam noch der Streit über die Grenzen der im Jahre 1732 gegründeten britischen Colonie Georgia, deren ganzes Gebiet Spanien für Florida in Anspruch nahm. Walpole bot alles auf um einen Krieg zu vermeiden und schloß deshalb im Januar 1739 eine Convention, welche für die geschädigten britischen Unterthanen einen Ersatz ausbedang und für die Handels- und Grenzstreitigkeiten Vereinbarung durch Commissarien vorbehielt; das Durchsuchungsrecht der Spanier war stillschweigend anerkannt. Damit war eine Frage vertagt, deren Lösung nach freisinnigen Handelsprincipien ein dringendes Anliegen der Nation war. Pitt vertrat mit beredten Worten, welche weithin nachklangen, die Interessen der britischen Schiffahrt und focht die geschlossene Convention als unsicher, unbefriedigend und unehrenhaft an. Die Opposition im Parlamente und die Bewegung im Lande ward so mächtig, daß als neue Beschwerden einliefen Walpole selbst noch in demselben Jahre den Krieg erklärte. Aber ein Minister des Friedens um jeden Preis, der als der Boden unter seinen Füßen wankte sich zum Kriege nur entschloß um seinen Posten zu behaupten, war nicht der Mann dazu einen Kampf zu leiten, bei dem es sich um nichts geringeres handelte, als die ganze spanische Colonialpolitik umzustoßen und den Spaniern Gesetze vorzuschreiben, deren sie sich mit allen Mitteln zu erwehren entschlossen waren. Zu solch einem Kampfe um die Herrschaft der See war in ihm weder der Entschluß noch hatte er dazu gerüstet: daher wurde der Krieg ohne durchgreifenden Plan, ohne Nachdruck und ohne Glück geführt. Nur ein englischer Capitän, Anson, trug aus demselben einen rühmlichen Namen davon, durch die Ausdauer, Klugheit und Entschlossenheit, mit welcher er durch feindliche Gewässer seine Fahrt um die Welt vollbrachte.

Noch ehe die französische Flotte offen den Spaniern beistand, starb Kaiser Karl VI, und England kam in den Fall seine Garantie der pragmatischen Sanction aufrecht zu halten. Nun konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß das Interesse Groß-

britanniens und ganz Europas gebiete, Frankreich daran zu hindern nach Belieben auf dem Continente zu ſchalten und über das habsburgiſche Erbe zu verfügen. Aber eine über ihre Mittel und ihre Zwecke klare Regierung mußte darauf Bedacht nehmen den Seekrieg mit aller Energie fortzuſetzen und zugleich auf dem Continente eine möglichſt ſtarke Allianz zu bilden, um Frankreich und ſeine Verbündeten entweder vom Angriffe abzuhalten oder einem ſolchen ſofort mit überlegenen Streitkräften zu begegnen. In dieſem Falle konnte ein continentaler Krieg, ſtatt die Unternehmungen Englands zur See zu lähmen, vielmehr zu deren günſtigem Ausgange beitragen. Dazu aber war, ſelbſt wenn Holland auch ſeine vertragsmäßigen Verpflichtungen ungeſäumt erfüllte, in noch viel höherem Grade als in den früheren Kriegen die thätige Mitwirkung Preußens erforderlich: denn nie zuvor erſchien Öſterreich ſo wehr- und ſo mittellos und Preußen in ſo ſtarker Waffenrüſtung als eben damals. Deshalb mußte die engliſche Regierung nicht allein Friedrich II zu einem billigen Vergleiche beſtimmen, ſondern ebenfalls in Wien, wie Pitt dies ausgeſprochen hat, die Annahme dieſes Vergleichs zur Bedingung der britiſchen Hilfe machen, von der das Schickſal des Hauſes Habsburg-Lothringen abhieng. Das aber geſchah nicht, wenigſtens blieben die Schritte welche Robert Walpole in dieſem Sinne that unwirkſam, da zu derſelben Zeit Georg II der Königin von Ungarn direct widerrieth ſich mit Preußen zu vergleichen, deſſen Übermuth und Macht man mindern müſſe, und die Verſicherung gab ihr zu Schadenerſatz verhelfen zu wollen: dabei gedachte er ſich auch des ſeinigen zu erholen. Bei dieſem Zwieſpalte der Anſichten an leitender Stelle konnte die britiſche Vermittelung nicht anders als ſchwankend und ohne Nachdruck eintreten und diente nur dazu Maria Thereſia in ſtolzem Selbſtgefühl zu beſtärken. Sie lehnte die Vergleichsvorſchläge ab, das öſterreichiſche Heer ſetzte ſich in Bewegung um Schleſien wieder zu erobern und König Georg II forderte von dem Parlamente Subſidien für Maria Thereſia im Betrage von 300000 L. St. ohne weiteren Vorbehalt. Dieſe Summe ward bewilligt an demſelben

Tage, an welchem die Nachricht vom Siege der Preußen bei Mollwitz in London eintraf.

Daß Regierung und Parlament von Großbritannien Friedrichs II Sache gegen Österreich nicht von der Erbschaftsfrage trennten und Preußen auf die Seite Frankreichs trieben, erklärt sich theils aus der damals bei der großen Mehrzahl herrschenden Unkenntniß und oberflächlichen Betrachtung continentaler Angelegenheiten, theils aus der persönlichen Politik Georgs II. Die engen Beziehungen der Freundschaft und Verwandtschaft, welche früher zwischen den Häusern Hannover und Preußen bestanden, hatten sich noch bei Lebzeiten Friedrich Wilhelms I in Unfrieden und Widerwillen verkehrt; Georg II war wie gegen diesen seinen Schwager so gegen seinen Neffen Friedrich II aufgebracht und sah jede Machterweiterung Preußens mit Verdruß, weil in entsprechendem Verhältniß die Bedeutung seines Kurfürstenthums Hannover abnahm. Die hannöverischen Interessen machten sich bei jeder Verwickelung der auswärtigen Politik in solcher Weise geltend, daß darüber in England bei allen Parteien nur eine Stimme der Mißbilligung war. Allerdings müssen wir es als Vorurteil betrachten, wenn jede continentale Maßregel der britischen Regierung als hannöverisch bezeichnet und damit verdammt wurde. Vielmehr waren bei den damaligen Zeitläuften England und das deutsche Reich auf die gleiche Politik hingewiesen und die Pflichten des Kurfürsten von Hannover und des Königs von England standen in der That den Bourbonen gegenüber nicht in Widerspruch. Ebensowenig durfte es Georg II und seinen Ministern verargt werden, wenn sie ihr Absehen darauf richteten das Kurfürstenthum vor einer feindlichen Invasion zu sichern: es mußte als eine Ehrensache des englischen Volkes gelten das Stammland ihrer Dynastie nicht einem gemeinsamen Feinde preiszugeben. Aber nichtsdestoweniger trug Georg II die Hauptschuld an jener Unzufriedenheit, sowohl durch den allgemeinen Charakter seiner Politik — denn die auswärtige Politik ward wesentlich nach seinem Sinne geleitet — als durch die besonderen Maßregeln mit denen sie ins Werk gesetzt wurde. Statt von den

großen Gesichtspunkten auszugehen, welche für England maßgebend sein mußten und denen auch Hannover sich unterordnete, war das Kurfürstenthum der Angelpunct seiner Staatsklugheit: statt im Angesichte eines Krieges, welcher über die Suprematie diesseit und jenseit des Oceans entscheiden konnte, darauf Bedacht zu nehmen daß Großbritannien und seine Verbündeten zur See und zu Lande dem Feinde mit gesamter Macht auf den Leib rückten, und zu diesem Zwecke von englischer Seite mit maritimen Rüstungen voranzugehen, den guten Willen der Continentalstaaten zu beleben und wo deren Mittel nicht zureichten mit Subsidien auszuhelfen, schienen sich alle Entwürfe des britischen Hofes in erster Linie um eine Defensive des hannöverischen Landes zu drehen. Deshalb wurde um Truppen gemarktet, beim Könige von Dänemark und Landgrafen von Hessen oder wo es sonst deren zu dingen gab, ohne daß man im Stande war mit all diesen für England höchst kostspieligen Miethcontracten — die man mit Unrecht Subsidienverträge nannte — einen starken und einheitlichen Truppenkörper zu bilden. Während in solcher Weise die britische Regierung große Aufgaben kleinlich und engherzig angriff, wurde der Unwille der Nation noch durch andere handgreifliche Beweise einseitiger hannöverischer Interessen genährt. Wenn billigerweise England auf Hannover Rücksicht zu nehmen hatte, so war es andererseits die Pflicht des Königs in seiner Eigenschaft als Kurfürst einen entsprechenden Theil an den Leistungen zu übernehmen und die gemeinsamen Zwecke uneigennützig zu fördern. Aber ganz im Gegentheile suchte Georg II, wie schon sein Vater gethan, bei jeder Gelegenheit im Namen Hannovers Geld zu machen, seine Dienste so theuer als möglich zu verwerthen und der Verantwortlichkeit und Mitleidenschaft in kritischen Momenten sich zu entziehen. Damit setzte er mehr als einmal seine Ehre auf das Spiel.

Nachdem der Angriff der Österreicher abgeschlagen und durch den bei Mollwitz erfochtenen Sieg Friedrich II die Oberhand in Schlesien gesichert war, schien die britische Regierung das früher versäumte nachholen und auf Frieden dringen zu wollen. Noch war es Zeit; über die Zahlung der vom Parlamente bewilligten

Subſidien war mit Maria Thereſia noch kein Vertrag abgeſchloſſen, und Friedrich II hatte ſeine Bedenken auf die wiederholten Anerbietungen des franzöſiſchen Hofes einzugehn noch nicht überwunden. Ohne Schwierigkeit gelang es dem Grafen Hyndford, der als außerordentlicher Geſandter in das preußiſche Lager abgeordnet wurde, den König zu Vorſchlägen zu vermögen, welche zu einer Ausgleichung ganz geeignet ſchienen. Auch jetzt beſtand Friedrich nur auf der Abtretung eines Theiles von Schleſien und war dagegen nach wie vor bereit für die pragmatiſche Sanction einzutreten, die Kaiſerwahl des Großherzogs von Toscana zu bewirken und eine Zahlung von drei Millionen Thalern zu leiſten. Aber ſo angelegentlich auch die engliſchen Geſandten, Hyndford ſowohl als der in Wien beglaubigte Sir Thomas Robinſon, zur Annahme dieſes Vergleiches riethen, ihre guten Dienſte waren umſonſt: Maria Thereſia lehnte ab und entſchied damit Friedrich II nunmehr auf die franzöſiſchen Anträge einzugehen und eine Defenſivallianz mit Frankreich auf fünfzehn Jahre abzuſchließen. In dem Vertrage vom 5 Juni 1741 garantierte Frankreich dem Könige von Preußen den Beſitz von Niederſchleſien mit Breslau: dagegen verſprach dieſer dem Hauſe Pfalz-Sulzbach ſeine Rechte auf die Herzogthümer Jülich und Berg zu cedieren, aber nur für den Fall, daß das Haus Öſterreich in dem künftigen Friedenstractate die Abtretung von Niederſchleſien mit Breslau an Preußen zugeſtehe und demſelben den ruhigen Beſitz dieſer Gebiete garantiere. Frankreich verpflichtete ſich den Kurfürſten von Baiern kräftig zu unterſtützen. Der König von Preußen verſprach bei der Kaiſerwahl dieſem Fürſten ſeine Stimme zu geben. Eine weitere Verpflichtung gegen ihn übernahm er mit dem Vertrage nicht, noch weniger trat er zu dem Bunde, welcher gegen die pragmatiſche Sanction geſtiftet war.

Mittlerweile waren nämlich die lange vorbereiteten Anſchläge zur Zerſplitterung der öſterreichiſchen Staaten gereift. Im Mai ward zu Nymphenburg das Bündniß Baierns mit Frankreich und Spanien abgeſchloſſen; bald trat auch Sardinien hinzu, und Auguſt III von Polen, geleitet von dem Grafen Brühl, forderte im Namen ſeiner Gemahlin ſeinen Theil an dem habsburgiſchen

Erbe. Um die Russen zu beschäftigen ward gemäß einer von Frankreich an Preußen ertheilten Zusage der schwedische Reichsrath, dessen Mehrheit im französischen Solde stand, zur Kriegserklärung gegen sie vermocht. Alsbald wurden die österreichischen Staaten in Italien und Deutschland mit Krieg überzogen und die Königin Maria Theresia stand der Uebermacht ihrer Feinde rath- und hilflos gegenüber, von aller Welt verlassen, allein angewiesen auf den Beistand den die Völker ihres Reiches, vor allen in kriegsmuthiger Begeisterung die Ungarn, ihr leisteten. Aber es bedurfte Zeit bis diese Streitkräfte gesammelt und organisiert waren, und baarer Geldmittel um die Kosten der Kriegsrüstung zu bestreiten. Jetzt freilich wurde es auch dem blödesten Auge klar, daß man einen argen Fehler begangen hatte, Friedrich II auf die Seite der Gegner zu drängen statt ihn durch gebotenen Vergleich zum Vorkämpfer für die pragmatische Sanction zu gewinnen. Zwar hatte Georg II in den zu Hannover am 24 Juni abgeschlossenen Verträgen sich anheischig gemacht, zur Unterstützung der Königin gemäß den älteren Stipulationen 12000 Mann Hilfstruppen in englischem Solde — Dänen und Hessen — marschieren zu lassen; ferner die vom Parlamente bewilligten Subsidien auszuzahlen, nämlich ein Drittel baar, zwei Drittel auf Rechnung der Ausrüstung von 10000 Mann hannöverischer Truppen — fernere 3000 Mann wollte Georg II auf eigene Kosten stellen —: aber sobald die Gefahr drohender wurde verweigerte er den Verträgen so weit sie Hannover angiengen die Ratification, und als gar ein französisches Corps in Westfalen vordrang, fand er nichts eiligeres zu thun als den 27 September einen Neutralitätsvertrag für Hannover abzuschließen, mit welchem er sich verpflichtete zur Kaiserwahl Karl Albrechts von Baiern seine Stimme zu geben und sich von der Theilnahme am Kriege vorläufig zurückzog. Zugleich verdoppelten die englischen Diplomaten ihre Bemühungen Maria Theresia zur Nachgiebigkeit und Friedrich II wenn nicht zur Waffenhilfe, so doch wenigstens zur Neutralität zu vermögen. Ihre Vorschläge fanden bei dem Könige von Preußen williges Gehör, denn dieser war über die Machtstellung, welche die Franzosen sowohl in Nord- als in Süd-

deutſchland erlangten, in wachſende Sorge verſetzt. So ward denn unter engliſcher Vermittelung am 9 October 1741 die geheime Convention von Klein-Schnellendorf verabredet, des Inhalts, daß die Öſterreicher dem Könige als Baſis des alsbald abzuſchließenden Friedens zu ſeinem dermaligen Beſitzſtande in Schleſien noch die Feſtung Neiße einräumten, wogegen dieſer verſprach ſeinerſeits gegen Maria Thereſia und ihre Verbündeten nicht weiter offenſiv zu verfahren. Dieſe Übereinkunft konnte freilich nicht als ein Erſatz gelten für die preußiſcherſeits früher angebotene Hilfe an Geld und Truppen; aber immerhin mußte es als ein bedeutender Gewinn angeſehen werden daß ein ſo mächtiger Gegner die Waffen ruhen ließ und dem allein verfügbaren Heere der Königin von Ungarn Raum gab nicht allein Wien zu decken, ſondern bald die Feinde aus Öſterreich zu vertreiben und nach Baiern vorzudringen.

Maria Thereſia war jedoch nicht des Sinnes auf Grund jener Convention Frieden ſchließen zu wollen: es vergiengen Wochen, ehe ſie nur ſich herbeiließ einen Bevollmächtigten zur Unterhandlung zu beſtimmen und mit Inſtructionen zu verſehen. Inzwiſchen hatte Friedrich bereits ein Bündniß mit Karl Albrecht von Baiern und Auguſt III von Sachſen geſchloſſen und war nunmehr Willens ſich nicht mehr mit Niederſchleſien abfinden zu laſſen, ſondern auch Oberſchleſien und Glatz zu erobern und damit Öſterreich gegenüber eine militäriſch geſicherte Poſition zu gewinnen. Zu dieſem Ende ergriff er wiederum die Offenſive und drang über die ſchleſiſchen Gebirge nach Mähren und nach Böhmen vor. Dieſen neuen Act des ſchleſiſchen Kriegs entſchied der Sieg des Königs bei Chotuſitz den 17 Mai 1742. Jetzt überzeugte ſich endlich Maria Thereſia von der Nothwendigkeit mit Friedrich einen Frieden zu ſchließen, nicht mehr, wie noch in den letzten Wochen verlangt war, um den Beiſtand der preußiſchen Waffen ſondern nur um deren Neutralität zu erkaufen. Die engliſche Vermittelung ſtieß auf keine Schwierigkeit mehr; kein Monat vergieng, ſo hatte Hyndford in Vollmacht des Wiener Hofes den 11 Juni die Präliminarien zu Breslau feſtgeſtellt und am 28 Juli ward der Friede zu Berlin unterzeichnet,

welchem demnächst auch Sachsen beitrat. In diesen Verträgen ward von Maria Theresia Nieder- und Oberschlesien nebst der Grafschaft Glatz an Preußen abgetreten, jedoch die Gebiete von Teschen, Troppau und Jägerndorf, durch welche die Gebirgspässe von Mähren nach Schlesien führen, behielt sie sich vor. Preußen übernahm die Rückzahlung der auf Schlesien hypothecierten Anleihe, welche Karl VI im Jahre 1735 für den polnisch-französischen Krieg zu London abgeschlossen hatte, im Betrage von 1,700000 Thalern. Dem Hofe von Versailles gegenüber konnte Friedrich sein Verfahren damit rechtfertigen, daß die französischerseits ihm gemachten Zusagen nicht erfüllt waren: er hatte niemals in seiner Defensivallianz ein Hinderniß gesehen seine besondere Sache mit Österreich zum Austrage zu bringen.

Die französische Regierung begriff vollkommen wie schwer jener Schritt in die Wage fiel: des Königs Meldung von dem bevorstehenden Friedensschlusse erwiederte der französische Staatsminister, der greise Cardinal Fleury, unverzüglich mit der Bitte auch für Frankreich den Frieden vermitteln zu wollen und schrieb das bedeutsame Wort: „Ew. Majestät wird der Schiedsrichter von Europa." Überzeugt daß für Frankreich ein schleuniger Friedensschluß nothwendig sei, wies Fleury den Marschall Belleisle an mit dem kaiserlichen Feldmarschall Königsegg über freien Abzug der französischen Truppen aus Böhmen zu verhandeln und betheuerte selber diesem österreichischen General brieflich seine friedfertigen Gesinnungen. Ganz entsprechende Erklärungen gab er dem Lothringer Marquis de Stainville, der als Vertreter des Großherzogs von Toscana in Paris verblieben war. Maria Theresia hatte es in ihrer Macht jetzt den Krieg zu beendigen und außer Schlesien sich die Anerkennung ihrer Erbrechte gemäß der pragmatischen Sanction zu sichern. Aber von einem Friedensschluß auf dieser Grundlage war die Königin von Ungarn weit entfernt. Die Abtretung von Schlesien hatte sie nur unter der Voraussetzung bewilligt dafür anderweit vollständig entschädigt zu werden, namentlich mit Baiern. Frankreich gegenüber regte sich in ihr jetzt der ganze Stolz der Habsburgerin: sie forderte daß die französische Armee in Böhmen die Waffen strecke. Fleurys Schreiben

an Königsegg ſtand alsbald in den holländiſchen Zeitungen zu leſen. Nur die tiefſte Demüthigung des bourboniſchen Hauſes ſchien eine entſprechende Genugthuung für die erlittene Unbill zu ſein.

Und wiederum trieb die engliſche Regierung ſo viel ſie konnte zu dieſer Überhebung und diente ihr zum Rückhalt. Es war nicht mehr Sir Robert Walpole, der an ihrer Spitze ſtand. Unter dem Eindrucke der widrigen Ereigniſſe des Jahres 1741 ſowohl in Amerika als auf dem Continent war ſeine Stellung unhaltbar geworden: als nach den neuen Wahlen das Parlament im December zuſammentrat, zeigte ſich's daß die ihm ergebene Majorität bedenklich zuſammengeſchmolzen war, und die Angriffe der Gegner erneuerten ſich mit wachſender Gewalt. Da entſchloß ſich Walpole endlich von ſeinem Platze zu weichen, und Georg II mußte im Februar 1742 den Miniſter entlaſſen, unter deſſen Händen der Gang der Regierung zwei Decennien lang ein ſo ungeſtörter geweſen war. Indeſſen zeigte ſich's nach Walpole's Sturze daß die Führer der Oppoſition theils nicht Muth und Entſchloſſenheit genug beſaßen, um ihren Grundſätzen getreu die Leitung der Geſchäfte zu übernehmen, theils die Patrioten nur geſpielt hatten, um ſich an die erledigte Stelle zu ſetzen. Mit Verwunderung ſah das Volk daß, während ein anſehnlicher Theil von Walpole's Collegen ruhig im Amte blieb, einige aus der Mitte der Gegenpartei ihnen zur Seite traten. Und wer auf einen Wechſel in den Principien der Regierung gerechnet hatte, mußte bald wahrnehmen, daß das neue Miniſterium wenigſtens im Innern ganz die Wege Walpole's gieng. Es wurde unverholen herausgeſagt daß England nur durch Corruption zu regieren ſei und dieſer Anſchauung gemäß der öffentliche Dienſt gehandhabt. In der äußeren Politik durfte man jedoch von Lord Carteret, der als Staatsſecretär in das Miniſterium eintrat und bald die Seele desſelben wurde, ein energiſches Auftreten erwarten. Die glänzenden Gaben, durch welche Carteret ſich ſchon in der Jugend hervorgethan hatte, befähigten ihn in hohem Grade zu ſeinem Amte: er war ſehr unterrichtet, auch mit den Verhältniſſen des Continents vertraut, raſch entſchloſſen und in den Geſchäften gewandt, der parlamentariſchen Rede mächtig und

beim Könige seines Einflusses um so sicherer, weil er mit ihm deutsch verhandeln konnte und die allgemeinen europäischen Angelegenheiten mit Eifer angriff. Aber bei all dieser staatsmännischen Begabung gieng dem Charakter Carteret's Ruhe und Stätigkeit ab. Er hatte nicht gelernt seinen feurigen Geist durch sittliche Zucht zu beherrschen; während ihm seine politische Stellung und sein öffentliches Amt die höchsten Pflichten auferlegte, ergab er sich dem Genusse des Burgunders und verfiel dem Trunke. Sich zu mäßigen und auf seinem Vorsatze zu beharren war überall seine Sache nicht. Er konnte sich aufs heftigste ereifern, aber es haftete in seiner Seele weder Haß noch Freundschaft. So ungestüm er Pläne entwarf und große Unternehmungen angriff, seine Entwürfe waren nicht durch kühle Überlegung gereift und wurden nicht mit fester Hand ins Werk gesetzt und zum Ziele geführt.

Carteret versprach sich nichts von einer Fortsetzung des Seekrieges in Amerika, der bisher nur Verluste mit sich gebracht hatte, und war mit Georg II darüber einverstanden die bourbonischen Mächte auf dem Continente zu demüthigen. Das Parlament bewilligte die zur Kriegsrüstung erforderlichen Geldmittel und für Maria Theresia neue Subsidien. Was als das wichtigste erschien, zwischen Friedrich II und dem Wiener Hofe Frieden zu stiften, gelang endlich dem unabläßigen Andringen der britischen Gesandten, und Carteret bemühte sich nicht allein diesen Friedensstand zu sichern, sondern wenn irgend möglich mit Preußen ein engeres Bündniß herzustellen. Deshalb garantierte die Krone Großbritannien am 24 Juni 1742 die Präliminarien von Breslau und schloß am $\frac{16}{25}$ November zu Westminster eine Defensivallianz mit Preußen, auf Grund einer Garantie des preußischen Ländergebietes und des Friedensvertrages von Berlin seinem ganzen Umfange nach, wogegen Preußen eine entsprechende Verpflichtung für die Besitzungen des Königs von Großbritannien in Europa übernahm; jedoch wurden in einem geheimen Artikel die englischen Besitzungen im Mittelmeer und Spanien von der preußischen Garantie ausgenommen. Zu einer Garantie des Friedens suchte die englische Regierung auch Holland und Rußland zu bestimmen, mit welchem Reiche sie um die gleiche Zeit eine

Defenſivallianz ſchloß. Carteret war dieſer Erfolge nicht wenig froh. Noch ehe die Unterzeichnung der Allianzverträge vollzogen war, kündigte die Thronrede ihren Abſchluß an, und dem franzöſiſchen Geſandten antwortete Carteret auf die Frage: 'Alſo Sie 'wollen uns nöthigen, Mylord, einen ſchimpflichen Frieden einzu'gehen?' — „Ohne Zweifel, das iſt meine einzige Beſchäftigung, „ſeit ich Miniſter bin: und ich ſchmeichle mir auch daß es damit „glücken ſoll“[1]. Aber Carteret täuſchte ſich, wenn er hoffte im Verfolg ſeines Entgegenkommens König Friedrich zu vermögen zu ſeinen Plänen mitzuwirken: vielmehr ſah dieſer Monarch je mehr ſich dieſelben entwickelten um ſo dringendere Veranlaſſung an ſich zu halten. Denn bei der wachſenden Zuverſicht trug man ſich ſchließlich auf engliſcher und öſterreichiſcher Seite mit Entwürfen, die darauf hinausliefen ſo lange Krieg zu führen bis die Bourbonen für immer unſchädlich gemacht und dem mit England verbündeten Hauſe Öſterreich auf dem Continente das Übergewicht geſichert ſei. Frankreich ſollte Elſaß, Lothringen, Burgund herausgeben. Mit dieſen Ländern mochten die Wittelsbacher abgefunden werden: dagegen rundete ſich Öſterreich mit Baiern ab und entſchädigte ſich ferner in Italien, namentlich mit Neapel und Sicilien. Denn die ſpaniſche Linie der Bourbonen ſollte keinen Fuß in Italien behalten. Überdies wünſchte man von engliſcher Seite angelegentlich die Wiedervereinigung der flandriſchen Grenzlande bis zur Somme mit den öſterreichiſchen Niederlanden. Das Kaiſerthum endlich ſollte, wenn man ja Karl VII als dermaligen Inhaber desſelben gelten ließ, wenigſtens für die Zukunft dem öſterreichiſchen Hauſe geſichert bleiben und ſchon jetzt Franz Stephan, Maria Thereſiens Gemahl, zum römiſchen König erwählt werden. So ward in abenteuerlichen Plänen das Loos über die Landkarte von Europa ausgeworfen, ehe die Länder, welche man vertheilen wollte, angegriffen, geſchweige denn erobert waren.

Es lag in der Natur der Sache daß Friedrich II, weit entfernt zu ſo umfaſſenden Projecten die Hand zu bieten, in der

[1] 1742 $\frac{\text{Nov. 23}}{\text{Dec. 4}}$ London. Bericht des preußiſchen Geſandten Andrié.

beabsichtigten Umgestaltung der europäischen Verhältnisse eine ihm drohende Gefahr sah. Die Planmacherei ins blaue hinein war an und für sich ihm zuwider: er berechnete nüchtern und ruhig die für seinen Staat wesentlichen Zwecke und die Mittel, welche ihm dafür zu Gebote standen, und bemaß danach Schritt vor Schritt sein Handeln. Jetzt hatte er gewichtigen Grund anzunehmen, daß sobald der österreichische und großbritannische Hof auf dem Continente nach ihrem Gutdünken schalten konnten und Frankreich zu einer Macht untergeordneten Ranges herabsank, kein Vertrag ihn in seinem mit dem Schwerte errungenen Besitzthume sichern werde. Deshalb trat er nach Möglichkeit den kriegerischen Plänen der Verbündeten entgegen. Schon vor Abschluß der Defensivallianz von Westminster hatte er der englischen Regierung erklärt, daß er niemals weiter gehen werde als bis zur Neutralität im Kriege mit Frankreich, daß er namentlich nie die Hand dazu bieten werde Karl VII in der Person des Großherzogs von Toscana einen römischen König an die Seite zu setzen[1]), und er ließ nicht ab auf einen allgemeinen Frieden zu dringen. Zugleich aber sammelte er seine Kräfte um wenn es noth thue in einem neuen Waffengange seine europäische Stellung zu behaupten, entschlossen nicht über sich die Würfel werfen zu lassen, sondern des Spieles Meister zu bleiben.

Zuvörderst machte seit dem Sommer 1742 sich das Übergewicht der Österreicher und ihrer Verbündeten überall geltend. Schon im Anfange des Jahres war es gelungen Karl Emanuel von Sardinien auf ihre Seite herüberzuziehen: die Angriffe der Spanier auf Ober-Italien wurden abgeschlagen und der bourbonische König Karl von Sicilien durch die Drohung eines englischen Commodore, Neapel in Brand zu schießen, dahingebracht seine Truppen abzurufen und sich für neutral zu erklären. In Deutschland sahen die Franzosen sich genöthigt im December unter schweren Verlusten aus Prag abzuziehen. In Norden that die schwedische Regierung bereits Schritte den fruchtlosen Krieg mit

[1] Kön. Instructionen für Andrié vom 1 Sept. und 16 Oct. und Erklärung an Lord Hyndford v. 11 Sept. 1742.

Rußland durch einen Friedensſchluß zu beendigen. Erſchüttert durch die gehäuften Unfälle, voll Kummer über die Zukunft ſeines Vaterlandes, ſtarb Cardinal Fleury den 29 Januar 1743 in ſeinem neunzigſten Lebensjahre und die Regierung Frankreichs fiel mehr als je zuvor den Ränken der Höflinge anheim.

Inzwiſchen ließ die britiſche Regierung es ſich angelegen ſein auch ihrerſeits im Jahre 1743 auf dem Continente die Offenſive zu ergreifen. Zu dieſem Ende wurden außer Engländern, welche nach den öſterreichiſchen Niederlanden übergeſetzt waren, und den bisherigen Subſidiärtruppen noch 16000 Mann Hannoveraner in britiſchen Sold genommen. Die betreffende Übereinkunft, welche im December 1742 dem Parlamente vorgelegt ward, ſtieß zwar auf lebhafte Oppoſition; insbeſondere tadelte Pitt die Parteilichkeit für Hannover, zu deſſen Provinz England herabgewürdigt werde, und drang darauf, daß Hannover die Truppen, welche es im eigenen Intereſſe für Maria Thereſia ins Feld ſtelle, auch ſelbſt bezahle: aber die Majorität entſchied für die Genehmigung. So ward die ſogenannte pragmatiſche Armee gebildet und im Sommer des nächſten Jahres an den Mittelrhein und Main geführt: König Georg II übernahm mit ſeinem Sohne dem Herzog von Cumberland perſönlich das Commando. Zugleich wurden auch die Holländer zu dem Entſchluß vermocht ihre neutrale Haltung aufzugeben und der Königin von Ungarn Hilfstruppen zu ſtellen. Der Feldzug lief glücklich ab. Während die Öſterreicher durch Baiern vordrangen und die kaiſerlichen Truppen zum Abſchluß einer Neutralitätsconvention, die franzöſiſchen Hilfsvölker zum Rückzuge über den Rhein nöthigten, ſchlug die pragmatiſche Armee bei Dettingen den 27 Juni 1743 den Angriff eines franzöſiſchen Heeres zurück, welches über den Mittelrhein vorgegangen war. Von neuem bot ſich nach dieſen Erfolgen die Gelegenheit den Frieden herbeizuführen, wenn die Verbündeten auf ihre Eroberungspläne hätten verzichten mögen. Aber alle Bemühungen Karls VII um einen Frieden ſcheiterten an ſeiner Forderung daß Oeſterreich ihm Baiern wieder einräumen ſollte: denn Maria Thereſia beſtand darauf ſich für den Verluſt von Schleſien mit Baiern zu entſchädigen: den

bairischen Wittelsbachern sollten dafür entweder die Niederlande oder Toscana nebst andern italienischen Gebieten zugetheilt werden. Die englische Regierung unterstützte diese Forderung und that mit der österreichischen vereint einen weiteren Schritt den Krieg zu verlängern. Am 13 September schlossen nämlich die verbündeten Mächte zu Worms einen Allianzvertrag mit dem Könige von Sardinien, welcher diesen gegen eine Abtretnng lombardischer Gebiete (mit Piacenza) und vorgeblicher Anrechte auf Finale, das im Besitze der Republik Genua war, zu stärkeren Rüstungen für den italienischen Krieg verpflichtete: England versprach Subsidien und die Mitwirkung seiner Flotte im Mittelmeer. Die pragmatische Sanction wurde in ihrem ganzen Umfange bestätigt; ferner vereinigte man sich in einem geheimen Separatartikel dahin das Haus Bourbon aus Italien zu vertreiben, und zwar sollte Sicilien dem Könige von Sardinien, Neapel aber und die vormals spanischen Besitzungen an der Küste von Toscana (Stato degli Presidii) der Königin von Ungarn zufallen. Eine nur von englischer und österreichischer Seite unterzeichnete Declarationsacte sicherte überdies der Königin für die an Preußen und an Sardinien gemachten Abtretungen jede mögliche Entschädigung und Sicherheit für die Zukunft zu. Endlich verpflichtete sich in einer am 14 October unterzeichneten Convention die englische Regierung für die Dauer des Kriegs der Königin jährlich 300000 L. St. Subsidien zu zahlen und erneuerte ihre Garantie für die österreichischen Staaten namentlich für den Fall, daß der König von Preußen den Frieden von Breslau brechen sollte. Diese Verträge waren zwar zunächst gegen die bourbonischen Höfe und Baiern gerichtet: aber ihre Vollstreckung mußte zu einer für Preußen gefährlichen Übermacht Österreichs führen und die ohne Rücksicht auf die Verträge von Breslau und Berlin ausgesprochene unbeschränkte Garantie der pragmatischen Sanction schien auch Preußen zu bedrohen. Die rege Sorge Friedrichs II ward gesteigert durch einen Vertrag, den Maria Theresia am 20 Decbr. zu Wien mit Sachsen abschloß. Denn er kannte die feindselige Stimmung des sächsischen Hofes und die Mittheilungen, welche er über den Zweck des Vertrages erhielt, bestärkten

ihn in der Anſicht, daß es damit auf die Anfechtung ſeines Beſitzſtandes in Schleſien abgeſehen ſei. Kurz was von dieſen Verträgen verlautete, verbunden mit anderen Kundgebungen, benahm Friedrich II jeden Zweifel, daß wenn der Kaiſer Karl VII erſt völlig abgethan und der Krieg in Italien entſchieden ſei, an Preußen die Reihe kommen werde. Deshalb hielt er ſich bereit ſeinen Gegnern nicht den Vorſprung zu laſſen.

Mit der Verlängerung des continentalen Kriegs war das engliſche Volk mit nichten zufrieden, und als im December 1743 das Parlament ſeine Sitzungen wieder aufnahm, erfuhren die Maßregeln, welche Lord Carteret an der Seite König Georgs II eingeleitet hatte, lebhafte Oppoſition. Wiederum war es vor allen andern Pitt, welcher mit ſchlagenden Gründen die Verkehrtheit des ſeit Beginn des Krieges verfolgten Weges darthat und vor den Gefahren warnte, denen man in thörichter Verblendung entgegengieng. Nach wie vor verwarf Pitt nicht die Aufrechthaltung der pragmatiſchen Sanction gegen den Angriff Frankreichs, ſondern die Art und Weiſe mit der die engliſche Regierung von Anfang an zu Werke gegangen war. Insbeſondere rügte er, daß man verſäumt hatte den König von Preußen zum Verbündeten zu gewinnen als es Zeit war, ja daß man vielmehr den Wiener Hof reizte deſſen Anerbietungen zu verwerfen, und ſagte voraus, daß die Fortdauer des Krieges Preußen nöthigen müſſe ſich von neuem nach der Freundſchaft und dem Beiſtande Frankreichs umzuſehen. Er wies auf den bevorſtehenden Angriff auf Flandern hin, zu dem man die Franzoſen getrieben habe, während ſie, um die Holländer in der Neutralität zu erhalten, ihn bis dahin unterlaſſen hätten, und gedachte der drohenden Gefahr einer Landung des Prätendenten in England. In der entſchiedenſten Verwerfung des Vertrages von Worms und der damit zuſammenhangenden Maßregeln nannte er Lord Carteret einen verabſcheuungswürdigen, alleinigen Miniſter, der die britiſche Nation verleugnet und von dem Tranke genoſſen zu haben ſcheine, der das Vaterland vergeſſen macht. Aber wie feurig auch Pitt mit eindringender Kenntniß und ſtaatsmänniſcher Würdigung der Verhältniſſe redete, ſeine Stimme drang im Parlamente nicht durch, die Majorität blieb auf Seiten des Miniſteriums.

So giengen denn die verbündeten Regierungen mit weitreichenden Entwürfen in das Jahr 1744 hinüber, vermochten diese aber jetzt so wenig wie früher mit entscheidenden Schlägen auszuführen: vielmehr kehrten sich bald die Angriffe ihrer Gegner gegen sie und trafen ihre empfindlichsten Stellen. Frankreich schloß einen neuen Familienpact mit dem spanischen Hofe und sicherte sich dessen fernere Mitwirkung in Italien, indem es seinerseits die Verpflichtung übernahm dem Infanten Don Philipp Mailand, Parma und Piacenza zu verschaffen, auf der Räumung von Gibraltar und Port Mahon zu bestehen und den Uebergriffen der Engländer in den Colonien, namentlich in Georgien, ein Ende zu machen. Während es bisher nur als Subsidiarmacht aufgetreten war, erklärte es im Frühjahr 1744 an England und an Österreich den Krieg. Mit französischer Unterstützung bereitete der Prätendent Karl Eduard eine neue Schilderhebung der Anhänger seines Hauses vor; die Franzosen unternahmen mit überlegenen Streitkräften die Eroberung von Belgien; in Italien brach Karl von Sicilien die ihm aufgedrungene Neutralität und verband sich wieder mit den Spaniern und Franzosen; und Friedrich II, damals im Rücken gedeckt durch freundliche Beziehungen zu der russischen Kaiserin Elisabeth, schloß am 5 Juni 1744 eine Offensivallianz mit Frankreich und dem Kaiser Karl VII und griff abermals zum Schwerte. Kurz, England und seine Verbündeten ernteten die bittersten Früchte von der herausfordernden Politik, zu der Lord Carteret den Anstoß gegeben hatte. Unter diesen Umständen wurde die Stellung dieses Ministers unhaltbar. So gern König Georg II, dessen politischen Neigungen er in hohem Grade entsprach, ihn auch behalten hätte, seine Amtsgenossen wandten sich von ihm ab und von allen Parteien verlassen trat er von seinem Posten zurück, noch ehe die Parlamentssession wieder eröffnet ward ($\frac{24\ \text{Nov.}}{5\ \text{Dec.}}$ 1744).

Nach Carteret's Rücktritt kam an die Spitze der englischen Regierung Henry Pelham, zwar kein Staatsmann ersten Ranges weder an Talent noch an Charakter, aber persönlich achtbar, besonnen und in den Geschäften gewandt und tüchtig. Ihm stand sein Bruder der Herzog von Newcastle mit seinem fürst-

lichen Reichthume und zahlreichen Anhange zur Seite, und auf den ausgeſprochenen Grundſatz, daß von allen Eroberungen abgeſehen und der Krieg, in enger Verbindung mit Holland, nur zu dem Ende fortgeſetzt werden ſolle einen billigen und ehrenvollen Frieden zu erlangen, ließen ſich Männer verſchiedener Parteien bereit finden ſich den Pelhams im Amte zu geſellen oder ihnen im Parlamente ihre Stimmen zu leihen. Unter den letzteren war Pitt, der ſchon im Februar, als die Landung des Prätendenten drohte, die Regierung rückhaltlos unterſtützt hatte und mit den nunmehr für die auswärtige Politik aufgeſtellten Grundſätzen völlig einverſtanden war. In der Verwaltung war er nicht, denn Georg II weigerte ſich ihm eine Stelle im Miniſterium einzuräumen: am wenigſten wollte er ihm die Leitung des Krieges übertragen, welche Pitt als den verantwortlichſten, aber für die Ehre und Wohlfahrt ſeines Vaterlandes wichtigſten Poſten in Anſpruch nahm. Die ſchneidende Schärfe, mit welcher Pitt bei früheren Debatten die Begünſtigung hannöverſcher Intereſſen im Rathe der britiſchen Krone rügte, und die unbegründeten und ungerechten Vorwürfe, welche er gegen die braven hannöverſchen Truppen erhob, hatte der König als perſönliche Kränkung empfunden. Das mochte er dem kühnen Redner nicht verzeihen, ſo dringend auch das Intereſſe des Staates forderte ſich eines ſo einſichtigen und entſchloſſenen Rathgebers zu bedienen, deſſen Patriotismus und Ergebenheit für das proteſtantiſche Königshaus ſich unter allen Prüfungen bewährte, auf den das Volk mit Vertrauen ſah und deſſen unbeſtechliche Tugend und glänzende Talente alle Parteien zur Achtung und Bewunderung nöthigten. So blieb denn die Mittelmäßigkeit am Ruder, und die Folge davon war, daß der Zweck den man zunächſt vor Augen hatte, der Friede, weder raſch noch dauerhaft errungen wurde, und daß England das Vertrauen ſeiner alten Bundesgenoſſen einbüßte ohne neue zu gewinnen.

Sobald die engliſche Regierung die früher mit dem Wiener Hofe gehegten Eroberungspläne aufgab, löſte ſich das enge Einverſtändniß der Verbündeten. Maria Thereſia nahm die britiſchen Hilfsgelder, die ihr ungemein zu ſtatten kamen, als Abſchlags-

zahlungen hin, aber suchte zugleich durch energische Kriegführung und durch neue Allianzen sich die selbständige Entscheidung zu sichern. Und zunächst ließen sich die Dinge günstig genug an. Friedrich II schien durch den neuen Krieg, den er begann, nur seinen Untergang beschleunigt zu haben: er konnte sich in Böhmen gegen die österreichischen und die mit ihnen vereinigten sächsischen Truppen nicht halten und Maria Theresia glaubte Schlesien schon wieder unter die Länder ihrer Krone zählen zu dürfen. Denn Frankreich leistete Preußen die versprochene Unterstützung nicht und Kaiser Karl VII starb; dazu ward Elisabeth von Rußland von ihrer Hinneigung zu Friedrich II bekehrt und durch wohl berechnete Zuträgereien mit glühendem Hasse gegen ihn erfüllt. Graf Brühl, der Meister des sächsisch-polnischen Hofes, insgeheim schon längst auf Friedrichs II Schaden bedacht, bot mit Vergnügen die Hand zu neuen Bündnissen gegen ihn, der Quadrupelallianz von Warschau vom 8 Januar 1745, durch welche König August III sich gegen die Königin von Ungarn und die Seemächte verpflichtete für britisches und holländisches Geld seine Truppen gegen Preußen zu stellen, und zu den Theilungsdeclarationen vom 3 und 18 Mai 1745, mittels deren Österreich und Sachsen übereinkamen nicht eher die Waffen niederzulegen als bis nicht bloß Schlesien erobert, sondern Preußen überhaupt auf engere Grenzen zurückgeführt sei. Maria Theresia sah fortan eine Bedingung der Sicherheit Österreichs darin, daß der König von Preußen für alle Zukunft unschädlich gemacht werde, und betrieb diese Entwürfe damals um so entschiedener, da auf andere Schadloshaltung mit deutschen Landen für sie keine Aussicht mehr war. Baiern war verloren gegangen, während die österreichischen Truppen gegen Preußen gebraucht wurden, und zumal nach dem Ableben Karls VII fand man für gut die auf Einverleibung dieses Landes gerichteten Pläne bei Seite zu legen. Aber die Anschläge zur Zerstückelung des preußischen Staates wurden vereitelt durch den Sieg der preußischen Armee über die Sachsen und Österreicher bei Hohenfriedberg am 4 Juni 1745, welcher abermals über den Besitz von Schlesien entschied. Jetzt stand die englische Regierung von jeder ferneren Mitwirkung zum Kriege gegen

Preußen ab, nachdem sie vergebens bei Maria Theresia auf einen Frieden mit dieser Macht gedrungen hatte, und schloß ihrerseits den 26 August 1745 zu Hannover einen Vertrag mit Friedrich II ab, in welchem sie diesem ihre guten Dienste zur Herstellung des Friedens versprach. Die Grundlage desselben sollte der Breslauer Friede bilden: England garantierte Preußen den Besitz von Schlesien und verpflichtete sich diese Garantie auch in den künftigen allgemeinen Frieden aufnehmen zu lassen. Dagegen willigte Friedrich II ein, nach Abschluß des Friedens zu der Kaiserwahl des Großherzogs Franz Stephan von Toscana seine Stimme zu geben.

Mit der Auflösung des Offensivbundes zwischen Preußen und Frankreich glaubten die englischen Minister viel gewonnen zu haben: aber beim Wiener Hofe fanden ihre Vorstellungen jetzt so wenig Gehör als früher. Die Fortschritte der bourbonischen Waffen in Flandern und in Italien bekümmerten Maria Theresia wenig. Alle ihre Entwürfe hatten zum Mittelpunct Friedrich II und Schlesien; wollte England hierin ihr nicht zum Ziele verhelfen so war ihr die Allianz gleichgiltig. Sie schloß am 29 August mit Sachsen ein noch engeres Bündniß gegen Friedrich II: ohne Rücksicht auf Preußen ward am 13 September die Erwählung ihres Gemahls in Frankfurt vollzogen und ein Sieg ihrer Armee sollte das Fest der Kaiserkrönung verherrlichen. Aber auch diesmal scheiterte der Angriff in der Schlacht bei Soor in Böhmen an der Feldherrnkunst des Königs und an der Tapferkeit des preußischen Heeres, und ebenso erfolglos war das Unternehmen im Winter durch Sachsen nach der Mark vorzudringen um in Berlin den Frieden zu dictieren. Die Vereinigung der zu diesem Angriffe bestimmten Truppenkörper ward durch Friedrichs II Strategie und durch den Sieg des alten Dessauer Fürsten bei Kesselsdorf verhindert; ganz Sachsen fiel in preußische Hand, und England drohte mit seinen Subsidien innezuhalten. Da ergab sich Maria Theresia darein auf Grund der zu Hannover von preußisch-britischer Seite festgestellten Präliminarien den Frieden zu Dresden am 25 December 1745 abzuschließen und die Verträge von Breslau und Berlin zu

bestätigen. In diesem Frieden übernahm die Kaiserin die Garantie aller preußischen Staaten ohne Ausnahme, dagegen garantierte Friedrich die österreichischen Besitzungen in Deutschland. König August III erhielt seine Länder von Preußen zurück. Damit wurde dem ganzen deutschen Reiche der Friede wiedergegeben, während in Italien, in den Niederlanden und zur See die Feindseligkeiten noch ins dritte Jahr fortdauerten.

Die Hartnäckigkeit, mit welcher Maria Theresia den Krieg gegen Preußen verfolgt hatte, brachte ihre Verbündeten in die äußerste Gefahr. Karl Emanuel von Sardinien war nahe daran der Übermacht seiner Feinde zu erliegen: der Infant Don Philipp konnte seinen Einzug in Mailand halten. In Belgien waren die Holländer und Engländer, von den Österreichern wenig unterstützt, nicht im Stande dem überlegenen französischen Heere unter der trefflichen Führung des Marschalls von Sachsen die Spitze zu bieten; ja nach der Niederlage der Verbündeten bei Fontenay konnte der Prätendent Karl Eduard es wagen noch einmal in Schottland das königliche Banner der Stuarts zu erheben. Der Thron des Hauses Hannover wankte, die Regierung war unentschlossen und rathlos und der Schrecken verbreitete sich über das ganze Land. Aber das Parlament hielt fest zu der protestantischen Dynastie; im Unterhause schlug Pitt, der gerade in diesen kritischen Zeiten sich bewegen ließ den Posten eines Kriegszahlmeisters anzunehmen, mit siegreicher Beredsamkeit jede unzeitige Opposition nieder, und am $\frac{16}{27}$ April 1746 machten die königlichen Truppen unter dem Herzog von Cumberland in dem Treffen von Culloden dem schottischen Aufstande ein Ende. Karl Eduards anfänglicher Erfolg und die längere Entwickelung seines Unternehmens dienten nur zum Beweise, daß eine Restauration der vertriebenen Stuarts in England keinen Boden mehr fand. Um so schwerer traf die englische Regierung der Vorwurf, daß sie im Siege nicht Milde walten ließ und statt die überwundene Partei zu versöhnen durch Rohheit und blutige Härte sich die Gemüther der Schotten von neuem entfremdete. Den schlimmsten Namen hatte sich der Herzog von Cumberland selbst gemacht: man nannte ihn 'den Henker'.

Seit im Innern Englands wie in Deutſchland der Kampf zu Ende war, wurde gegen die bourboniſchen Mächte nachdrücklicher aber nicht mit größerem Erfolge als früher geſtritten. Denn während für England und Holland der niederländiſche Krieg die nächſte Gefahr brachte, beharrte der öſterreichiſche Hof dabei ſeine beſten Kräfte anderwärts einzuſetzen. Vor allem ſuchte er ſich nunmehr in Italien ſchadlos zu halten und rechnete um ſo ſicherer darauf hier die Oberhand zu gewinnen, da im Jahre 1746 mit der Thronbeſteigung Ferdinands VI in Spanien der Einfluß, den ſeine Stiefmutter Eliſabeth Farneſe benutzt hatte um ihre Söhne in Italien zu verſorgen, ein Ende nahm. In der That waren die Öſterreicher bald wieder Herren der Lombardei, und Genua mußte ihnen die Thore öffnen: aber der Einfall, den ſie auf Betrieb der engliſchen Regierung mit den Piemonteſen vereint in die Provence unternahmen, ward nach dem Aufſtande der Genueſen rückgängig gemacht und ihre Anſtrengungen, die liguriſche Seeſtadt von neuem zu bezwingen, waren vergeblich. Zu der gleichen Zeit aber ward öſterreichiſcherſeits nichts geſpart um Eliſabeth von Rußland mehr und mehr gegen Friedrich II aufzureizen, und es gelang am $\frac{22\text{ Mai}}{2\text{ Juni}}$ 1746 zu Petersburg ein Bündniß zu Stande zu bringen[1], in welchem die beiden Kaiſerinnen für den Fall einer neuen Waffenerhebung Preußens ſich gegenſeitig Hilfe zuſicherten. Für den gegenwärtigen Krieg verpflichtete ſich Rußland in einer geheimen Erklärung, welche einen Beſtandtheil des Vertrags bildete, den Seemächten gegen angemeſſene Subſidien vierundzwanzigtauſend Mann zu überlaſſen und dieſe zu Gunſten Öſterreichs noch um ſechstauſend Mann zu verſtärken. Die hiemit eingeleiteten Subſidienverträge wurden von den Seemächten im nächſten Jahre 1747 abgeſchloſſen. Demgemäß marſchierten im Sommer 1748 36000 Ruſſen bis nach Franken um gegen die Franzoſen verwandt zu werden. Hier ward ihnen durch die inzwiſchen getroffene Übereinkunft der kriegführenden Mächte Halt geboten.

---

[1] Martens Suppl. I 272 ff. Arneth Maria Ther. erſte Regierungsj. III 333 ff. Geheimn. d. ſächſ. Cabinets I 123 ff. 230 ff.

Die Franzoſen hatten nämlich 1746 die Eroberung der öſterreichiſchen Niederlande bis auf Luxemburg und Limburg beendigt und brachen im nächſten Jahre in Holland ein. Die Engländer machten große Anſtrengungen um den Holländern zu helfen; nichts deſto weniger blieben die Franzoſen gegen das alliirte Heer unter Cumberlands Führung im Siege, und die Wehrkraft der vereinigten Niederlande ward auch damit nicht hergeſtellt, daß die herrſchende Staatenpartei, welche auf der bürgerlichen Ariſtokratie der großen Städte beruhte, geſtürzt und der Oranier Wilhelm IV, der Schwiegerſohn Georgs II, zum Generalcapitän und Erbſtatthalter erhoben wurde. Die Geldopfer, welche der Krieg forderte, wurden den Holländern und Engländern auf die Dauer unerſchwinglich. Aber nicht minder ſchwer bezahlte Frankreich ſeine Siege, und was es auf dem Continente gewann gieng zur See und in den Colonien verloren. Die britiſche Marine, welche im Beginne des Seekrieges wenig ausrichtete, hatte ſich in den letzten Jahren bedeutend gehoben: von einem königlichen Geſchwader unterſtützt hatten die Neu-Engländer ſchon im Jahre 1745 Cap Breton mit Louisburg, die wichtigſte Feſtung am Lorenzbuſen, den Franzoſen entriſſen und bereiteten jetzt einen Angriff auf Canada vor. Die franzöſiſche Kriegs- und Handelsflotte erlitt einen empfindlichen Verluſt über den andern und die Engländer behaupteten auf allen Meeren das Übergewicht. Unter ſolchen Verhältniſſen kam es zunächſt zwiſchen Frankreich und England zu einer Verſtändigung über die gegenſeitige Rückgabe der gemachten Eroberungen und der Garantie von Schleſien als Baſis des Friedens, und die Niederlande vereinigten ſich mit dieſen Mächten zu den Präliminarien, welche zu Aachen den 30 April 1748 unterzeichnet wurden. Ihre Verbündeten, außer Stande für ſich allein den Krieg fortzuſetzen, ſahen ſich gezwungen ihren Widerſpruch fallen zu laſſen. So ward am 18 October 1748 der Friede zu Aachen geſchloſſen.

Dieſer Friede trug mehr den Charakter einer vorläufigen Übereinkunft als eines ſchließlichen Austrages der Streitfragen, welche die europäiſchen Mächte unter die Waffen gebracht hatten. Die bourboniſchen Höfe erlitten keine Einbuße

an Gebiet, vielmehr wurde neben dem Könige beider Sicilien in Italien noch ein zweiter Infant der ſpaniſchen Linie, Don Philipp, der Schwiegerſohn des Königs von Frankreich, mit Land ausgeſtattet, und zwar mit Parma, Piacenza und Guaſtalla, während Karl Emanuel von Sardinien ſich mit dem im Vertrage von Worms ihm überlaſſenen Stücke mailändiſches Gebietes begnügen mußte. Aber Minorca und Gibraltar, die Stützpuncte der engliſchen Macht im Mittelmeer, waren nicht erobert und die Streitigkeiten über die Colonien zwiſchen England auf der einen und Spanien und Frankreich auf der andern Seite blieben unerledigt. Die engliſche Regierung behielt ſich ihre Anſprüche ſtillſchweigend vor, um ſie zu gelegener Zeit geltend zu machen: der franzöſiſche Hof wollte um jeden Preis ſofort Frieden haben und gönnte ſich deshalb nicht die Zeit zu weitläufigen Erörterungen. Deshalb gieng man übereilt und oberflächlich über vorhandene Schwierigkeiten hinweg, deren Löſung allein dem Frieden Dauer ſichern konnte. Zwar wurde den Franzoſen die Rückgabe ihrer überſeeiſchen Beſitzungen zugeſagt und zu ihrer hohen Genugthuung ſogar durch britiſche Geiſeln verbürgt; insbeſondere erhielten ſie zu großem Verdruſſe der Neu-Engländer Cap Breton zurück. Aber die ſtreitigen Grenzen franzöſiſcher und engliſcher Gebiete in Nordamerika wurden nicht feſtgeſtellt, ſondern man ſetzte in den Vertrag die vieldeutige Clauſel, alles auf den Fuß zurückzuführen, auf dem es vor dem Kriege war oder ſein ſollte. Damit ſah ſich jeder Theil angewieſen, das Recht, welches er zu beſitzen meinte, ſo viel an ihm war zu behaupten und zu verfechten. Eben ſo wenig wurden die Grenzen Georgiens gegen das ſpaniſche Florida beſtimmt oder die Intereſſen des britiſchen Handels in den weſtindiſchen Gewäſſern wahrgenommen, über welche zuerſt der Seekrieg entſtanden war: für den Aſſiento, welcher demnächſt erlöſchen ſollte, erhielt England keinen entſprechenden Erſatz. Mochte die engliſche Nation, des Krieges müde wie ſie war, für den Augenblick auch dieſen Friedensſchluß hinnehmen, ſo war er ihr doch von allem Anfang an widerwärtig, und ſie täuſchte ſich nicht darüber, daß der Streit über lang oder kurz von neuem entbrennen müſſe.

Da war es denn vor allem bedenklich daß die englische Regierung, während sie mit den Gegnern sich nicht klar auseinandersetzte, auf ihre bisherigen Bundesgenossen für die Zukunft nicht zählen durfte. Die Holländer zogen sich aus dem Kriege die Lehre, daß was auch geschehe sie sich neutral halten müßten um nicht ihre Renten und ihr Stillleben aufs Spiel zu setzen. Diese Gesinnung vertrat die Staatenpartei, welche überdies zu Frankreich hinneigte, sowohl aus Eifersucht auf das wachsende commercielle und maritime Übergewicht der Engländer als weil der erbstatthalterliche Hof zu England hielt. Ihr Einfluß auf die niederländische Politik machte sich nach dem frühen Tode Wilhelms IV, während seine Wittwe Anna von England unter dem Beirathe des Oberbefehlshabers der Landtruppen, des Prinzen Ludwig von Braunschweig, für den jungen Oranier die Vormundschaft führte, wieder in voller Stärke geltend: der Regentin blieb nichts übrig als die Beschlüsse der Generalstaaten formell zu genehmigen. Karl Emanuel von Sardinien hatte bei dem letzten Kriege so wenig seine Rechnung gefunden — denn von den Entschädigungen welche das Wormser Bündniß ihm zusprach wurden ihm weder Piacenza noch Finale zu Theil —, daß er es von nun an fürs klügste hielt sich nicht wieder in die Händel der großen Mächte zu mischen. Maria Theresia endlich unterwarf sich den Friedensbedingungen nur nach wiederholten Verwahrungen und mit dem äußersten Widerstreben. Daß sie Belgien zurückerhielt und daß die pragmatische Sanction, auf der ihre Nachfolge in dem habsburgischen Gesammterbe beruhte, anerkannt wurde verschlug ihr wenig: sie empfand allein die Opfer welche der Vertrag besiegelte und die Täuschung ihrer Hoffnungen. Es kränkte sie bitterlich, daß sie in Italien statt die Bourbonen verdrängt zu sehen und Genua zu züchtigen, zu Gunsten Sardiniens an dem ererbten Herzogthum Mailand Einbuße erfuhr: noch unerträglicher war es ihr, daß in diesem europäischen Vertrage Schlesien und Glatz unter gemeinsamer Garantie der betheiligten Mächte als preußisches Besitzthum anerkannt und die pragmatische Sanction nur mit dieser Beschränkung bestätigt wurde. Unter den bittersten Vorwürfen sagte sie zu dem englischen Ge-

ſandten Sir Thomas Robinſon, als dieſer ihr den bevorſtehenden Abſchluß der Präliminarien eröffnete: „Meine Feinde werden mir beſſere Bedingungen gewähren als meine Freunde. — Euer König von Sardinien muß alles haben, ohne die geringſte Rückſicht und Fürſorge für mich. — Guter Gott wie bin ich von dem britiſchen Hofe behandelt worden. Da iſt Euer König von Preußen! Wahrlich alle dieſe Umſtände zuſammen reißen zu viel alte Wunden auf und ſchlagen neue Wunden!“ Als Robinſon's Nachfolger Mr. Robert Keith der Kaiſerin den Glückwunſch zu dem Abſchluſſe des Friedens darbringen wollte, ließ ſie ihm ſagen, eine Beileidsbezeigung würde beſſer angebracht ſein. Das engliſche Bündniß hatte ihren Zwecken nicht genügt, jetzt warf ſie ihre Augen auf Frankreich. Immer von neuem hatte ſie in den letzten Jahren die Hoffnung gefaßt mit Frankreich ſich über den Frieden verſtändigen zu können. Nach Beendigung des Krieges blieb es ihr perſönlicher Gedanke ein Bündniß mit dem Hofe von Verſailles zu ſuchen und ſie ließ ſchon während des Aachener Congreſſes durch ihren Bevollmächtigten den Grafen Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg zu dieſem Ende dem franzöſiſchen, Grafen St. Severin, Eröffnungen machen. Die Verſtimmung des Wiener Hofes ward von dem ruſſiſchen getheilt: die Kaiſerin Eliſabeth fühlte ſich ſowohl durch die Rückſendung ihrer Truppen als durch die zu Gunſten Preußens ertheilte Garantie beleidigt und wartete nur auf die Gelegenheit ihrem Groll gegen Friedrich II freien Lauf zu laſſen.

Zweites Capitel.

Die Politik der Großmächte nach dem Aachener Frieden.

Durch die Lage der Dinge zu Ende des öſterreichiſchen Erbfolgekrieges war der britiſchen Regierung ein beſtimmter Gang ihrer ferneren Politik vorgezeichnet. Es konnte ſich verſtändiger Weiſe nur darum handeln, die Wohlfahrt des eigenen Landes,

welche sie vermocht hatte ohne weitere Rücksicht auf Österreich zu einem Friedensschlusse die Hand zu bieten, auch ferner allein zur Richtschnur ihres Verfahrens zu nehmen; auf dem Continent den Frieden so weit möglich zu erhalten und, da die bisherigen Verbündeten sich gleichgiltig oder erzürnt abwandten, neue Bundesgenossen zu suchen, mit denen ein aufrichtiges Einverständniß möglich war. Der einzige Fürst auf dem Festlande der, wenn Österreichs Beistand versagte, England eine starke Hand bieten konnte, war Friedrich von Preußen, und welchen Schaden andererseits das preußisch-französische Bündniß den britischen Interessen brachte hatten die Thatsachen gelehrt. Den preußischen König von einer engeren Verbindung mit dem französischen Hofe abzubringen, die zwischen ihm und Maria Theresia vorhandene Feindschaft und Verbitterung wo möglich zu heben, auf jeden Fall aber einen dritten Krieg um Schlesien zu verhüten, damit wenn ein neuer Seekrieg ausbreche, Preußen und Deutschland vielmehr gegen Frankreich gerüstet seien, das war das einfache Programm, welches sich aus einer unbefangenen Prüfung der Verhältnisse für die britische Politik ergab. Und in der That nahm die Regierung König Georgs II einen Anlauf demgemäß zu handeln. Die Bedingungen, unter denen Weihnachten 1745 der Dresdner Friede geschlossen wurde, waren wie wir gesehen haben schon am 26 August zu Hannover zwischen dem britischen Staatssecretär und dem preußischen Gesandten vereinbart. Durch die Garantieacte vom $\frac{19}{30}$ Sept. 1746 hatte England die frühere Garantie vom $\frac{25\,\text{Juni}}{6\,\text{Juli}}$ 1742 und den Allianzvertrag von Westminster vom $\frac{10}{21}$ November desselben Jahres erneuert und die Verträge von 1745 und demgemäß den preußischen Besitz von Schlesien und Glatz gewährleistet, wogegen Friedrich II seinerseits zu Berlin am 13 October 1746 sowohl die in jenem Tractate ausgesprochene Garantie der österreichischen Staaten in Deutschland und den Defensiv- und Garantievertrag mit Georg II in seiner Eigenschaft als König von England und Kurfürst von Hannover abermals bestätigte als auch die Zahlung der schlesischen Schuld gemäß dem Berliner Frieden zusicherte. Damals schon erblickten die bedeutendsten Staatsmännner in dem Könige von Preußen den einzigen

Fürsten, der durch seine Theilnahme am Kriege Belgien den Franzosen abgewinnen, die vereinigten Niederlande schützen und England in den Stand setzen könnte statt auf dem Continent für Verbündete einzutreten lieber die eigenen Angelegenheiten jenseit des Meeres wahrzunehmen. Deshalb waren die Minister darüber aus durch hohe Subsidien seinen Beistand zu erkaufen.

Aber König Friedrich war nicht des Sinnes für englisches Geld Kriegsdienste zu thun. Nachdem er Preußens Machtstellung befestigt hatte fand er seine Pflicht und seinen Beruf darin den Staat im Frieden durch gerechte und weise Regierung emporzubringen und hielt sich deshalb vom Kriege fern. Während die andern Mächte die erborgten oder mit saurem Schweiße ihrer Unterthanen zusammengebrachten Gelder in einem mehr und mehr zwecklosen Kriege vergeudeten, sah man ihn, den ruhmgekrönten Kriegsfürsten, nach errungenem Frieden als den ersten Diener seines Staats, treu im großen wie im kleinen, an der Wohlfahrt seiner Unterthanen arbeiten und in Gesetzgebung und Verwaltung, von einsichtsvollen Räthen und Beamten unterstützt, schöpferisch und belebend wirken. Der Lohn dieser Arbeit war die dankbare Hingebung der Preußen an ihren großen König und die Bewunderung von Deutschland und von Europa, das nicht umhin konnte in seiner Regierung ein glänzendes und unerreichtes Muster anzuerkennen. Niemals aber wirkte Friedrichs innere Regierung wohlthätiger als in den zehn Friedensjahren welche dem zweiten schlesischen Kriege folgten. Es war in jener Zeit, um nur das eine zu erwähnen, wo das segensreiche Werk der verbesserten Rechtspflege durchgeführt ward, welches dem Richterstande seine Würde und seine Selbständigkeit sicherte und es jedem Unterthanen möglich machte schnell zu seinem Rechte zu gelangen. Diese und andre Reformen, welche Friedrich der große mit hellem und freiem Geiste anordnete, weckten die Energie und das Selbstgefühl des Volkes und erzeugten auf allen Gebieten ein lebendiges Streben.

Die Verjüngung und Kräftigung des preußischen Staats blieb weder in Frankreich noch in England unbemerkt. Die französischen Staatsmänner sahen in Preußen ein Gegengewicht gegen das

Haus Habsburg, wollten aber nicht daß die junge aufstrebende Macht sich den Einfluß unter den Reichsständen aneigne, welchen Frankreich seit dem dreißigjährigen Kriege als sein gebührendes Theil betrachtete. In England sah man dagegen in Preußen den natürlichen Bundesgenossen, und dies um so mehr, je lästiger und unersprießlicher die österreichische Allianz wurde. Daher entsprach es vollkommen der öffentlichen Meinung und wurde von allen einsichtsvollen Staatsmännern gebilligt, daß die Regierung, nachdem sie umsonst gesucht hatte mit der Kaiserin Maria Theresia über den Friedensschluß einig zu werden, sich dahin entschied, ein vollständiges Einvernehmen mit Preußen herzustellen. Am entschiedensten waren dafür Henry Pelham und der Lordkanzler Hardwicke[1], und König Georg II gab, allerdings mit Widerstreben, seine Zustimmung zu den Schritten welche dazu erforderlich schienen. Demgemäß ward die französischerseits schon in den ersten Propositionen beantragte Garantie Schlesiens[2] im allgemeinen Frieden von England acceptiert und trotz aller österreichischer Protestationen sowohl in den Präliminarien als im Definitivfrieden festgehalten. Zu der Mission in Berlin ward von Newcastle im Januar 1748 Henry Legge ausersehen, ein jüngerer Sohn einer alten angesehenen Familie, damals einer der Lords des Schatzamtes. Legge war als Geschäftsmann, namentlich im Finanzfache, ausgezeichnet und genoß wegen seines rechtschaffenen und tüchtigen Charakters große Achtung. Die Wahl eines solchen Mannes zum Vertreter Englands bei Friedrich dem großen war eine glückliche und hatte Pitt's ausdrückliche Zustimmung erhalten[3]. Gleich in seiner ersten Audienz am 1 Mai 1748 — denn seine Sendung war bis dahin verzögert worden — erklärte Legge: „ich bin der Abgesandte eines Ministeriums, das durch den allgemeinen Beifall stark ist, und einer Nation,

[1] Coxe's Pelham I 494.

[2] Arneth, M. Thereſia's erſte Regierungsjahre III 478, 13. Geheimn. des ſächſ. Cabinets I 234: la France garantira la Silésie ainsi que l'Angleterre l'a garantie.

[3] Chatham Corresp. I 28.

die den König von Preußen ehrt und liebt als einen großen Fürſten und Helden, ſeinen Thaten eine unausſprechliche Bewunderung widmet und ihm die Garantie aller ſeiner Staaten von Europa verſchaffen will." Friedrich erwiederte mit dem Wunſche eines aufrichtigen Einverſtändniſſes in ſolcher Weiſe, daß Legge die Überzeugung faßte: des Königs Herz iſt noch deutſch, trotz der franzöſiſchen Schnörkel auf der Oberfläche[1]. In den folgenden Unterredungen gieng Friedrich näher auf ſeine Stellung zu Frankreich und den Seemächten ein. Frankreichs Hilfe ſei ihm in der Gefahr fern; auf die Dauer ſei bei einem Bunde mit dieſer Macht nichts zu gewinnen, denn ein Verbündeter der Franzoſen ſein bedeute in der That ihr Sklave ſein. Dagegen befänden ſich die Seemächte in der Lage ihm beiſtehen zu können: insbeſondere würden die weſentlich gleichen Intereſſen ſowie die ſtarken Bande der proteſtantiſchen Religion, der Staatsklugheit und des Blutes einem Bunde Preußens und Englands Feſtigkeit geben. Wenn gleich die Verwickelung der Umſtände ihn zu Frankreich hingeführt hätte, ſei er ſich doch wohl bewußt, wo die wahren und weſentlichen Intereſſen jenes Staates lägen. Sobald ein allgemeiner Friede geſchloſſen ſei, hinderten ihn ſeine Verpflichtungen gegen Frankreich nicht, mit den Seemächten in das engſte Bündniß zur Sicherung der Freiheit Europas zu treten. Friedrich erſuchte den Geſandten zu einem derartigen Vertheidigungsbündniſſe, welches abzuſchließen er bereit ſei, ſich Inſtruction und Vollmacht ertheilen zu laſſen. Übrigens lehnte er es entſchieden ab, ſo lange die Friedensverhandlungen noch ſchwebten, aus ſeiner neutralen Haltung herauszutreten. Er habe dem Andringen des Hofes von Verſailles für ſeine Zwecke etwas zu thun widerſtanden, aber ſeine Verpflichtungen gegen denſelben ſeien der Art, daß es ihm als Ehrenſache gelte nicht gegen Frankreich Partei zu ergreifen. Nach der guten Aufnahme welche er fand und der entgegenkommenden Erklärung des Königs ſprach Legge gegen Pitt die beſtimmte Hoffnung aus, man werde ſeines mächtigen Beiſtandes ſich für künftige Fälle verſichern und England und

[1] Raumer Beitr. II 227 f.

Preußen durch ein Bündniß verknüpfen können, welches für beide Theile gleich ersprießlich sei[1].

Legge glaubte noch einen weiteren Schritt thun zu dürfen. Es schien damals das Ableben des Kurfürsten Clemens August von Köln nahe bevorzustehen, der neben andern geistlichen Territorien auch das Bisthum Osnabrück inne hatte. Dieses mußte alsdann gemäß der im westfälischen Frieden stipulierten Alternative auf einen protestantischen Fürsten übergehen und zwar auf einen jüngeren Prinzen des hannövrischen Hauses. Georg II hatte es dem Herzoge von Cumberland zugedacht, aber wollte sich nicht mit dessen Inhaberschaft auf Lebenszeit begnügen, sondern bemühte sich Osnabrück als erblichen Besitz für seine Familie zu erlangen. Die Verhandlungen, welche er ohne Vorwissen seiner englischen Minister einleitete, ließ Georg II, als er Ende Mai 1748 sich nach Hannover begeben hatte, sowohl auf dem Aachener Congresse als an den Höfen von Versailles, Wien und Berlin durch seine hannövrischen Minister eifrig betreiben. Die katholischen Höfe wollten jedoch nichts davon wissen: Maria Theresia erklärte offen, daß keine Rücksicht irgend einer Art sie vermögen werde darein zu willigen. Inzwischen ließ sich Legge ohne dazu Ermächtigung zu haben auf die Sache ein und traf mit König Friedrich die vorläufige Abrede, daß Preußen das hannövrische Anliegen mit seinem Einflusse und Beistande fördern werde; dagegen solle das alte Bündniß des brandenburgischen Hauses mit den Seemächten erneuert werden. Was Österreich anbetraf, so war Friedrich bereit durch das Mittel der Seemächte für die kaiserlichen Besitzungen jede Garantie und Sicherheit zu geben[2].

Das Verfahren Legge's entsprach den Absichten des Ministeriums, welches ihn abgeordnet hatte, aber König Georg II war keineswegs davon erbaut. Er hatte in die Mission nur gewilligt um auf den Wiener Hof einen Druck zu üben, jedoch ein selbständiges Bündniß mit Preußen wollte ihm jetzt so wenig als

[1] Legge an Pitt $\frac{10}{21}$ Mai 1748. Chatham Corresp. I 30.

[2] Coxe's Pelham I 435 ff. Vgl. S. 502 Hardwicke's Brief an Newcastle. Juli $\frac{15}{26}$ 1748.

früher zu Sinne. Die Stellung welche er Preußen zugedacht hatte war keine andre als die, daß es in einer neuen großen Allianz der Seemächte mit der Kaiſerin und der Czarina neben Sardinien ſeinen Platz finden ſollte[1]. Dazu kam die Einmiſchung Legge's in kurfürſtliche Angelegenheiten, wogegen Georg II beſonders empfindlich war. Kurz der König beſchied ihn bald nach ſeiner Ankunft zu ſich nach Hannover um ihm ſein höchſtes Mißfallen zu erkennen zu geben und wenig fehlte, ſo wäre Legge ohne weiteres nicht bloß von der Geſandtſchaft ſondern auch aus dem Schatzamte entlaſſen worden. Wurde auch dies von Newcaſtle abgewendet, ſo konnte doch ſeine Miſſion in Berlin unter ſolchen Umſtänden keinen Erfolg haben, und Georg II kehrte nicht nach England zurück ohne vorher Legge von dem Poſten abzurufen, auf welchem er ſich die Achtung und den Beifall des preußiſchen Monarchen erworben hatte[2]. Inzwiſchen verlief die Verhandlung über Osnabrück ohne Reſultat. Maria Thereſia und ihr Gemahl der Kaiſer beſchwichtigten Georg II mit der Erklärung, daß wenn alle andern betheiligten zuſtimmten ſie ihren Widerſpruch fallen laſſen würden. Mittlerweile genas der Kurfürſt von Köln und überlebte ſchließlich Georg II, ſo daß von der Sache nicht weiter die Rede war.

In den Verhandlungen mit Preußen hatten die perſönlichen Neigungen Georgs II über die Entwürfe ſeines Cabinets den Sieg davon getragen, und die britiſche Politik lenkte in die alten Bahnen zurück, ohne daß die Miniſter ernſtlich widerſtrebten. Es ward nunmehr alles aufgeboten um das geſtörte Einvernehmen mit dem Wiener Hofe wieder herzuſtellen, den Unmuth der Kaiſerin zu beſchwichtigen und ſie durch weſentliche Dienſte zu verpflichten. Robert Keith, der neue Geſandte am kaiſerlichen Hofe, war durch die Milde und Lauterkeit ſeines Charakters ganz dazu geſchaffen dieſer verſöhnlichen Stimmung Ausdruck zu geben. Zum handgreiflichen Beweiſe, daß der britiſche Hof die engſte Gemeinſchaft mit dem öſterreichiſchen aufrecht zu erhalten

[1] A. a. O. I 427. 439 f.

[2] Das Abberufungsſchreiben iſt erlaſſen Hannover den $\frac{4}{15}$ Nov. 1748.

wünſche, wurde im Frühjahr 1749 zu den früheren Subſidien noch die nachträgliche Zahlung von 100000 L. St. an die Kaiſerin geleiſtet. Henry Pelham, der am entſchiedenſten dieſe Forderung als unbegründet und unzuläſſig beſtritten hatte, bequemte ſich dem Willen des Königs und der von ſeinem Bruder gegebenen Zuſicherung ſo weit, daß er ſelbſt die Bewilligung im Parlament beantragte. Und Maria Thereſia ſchien nunmehr in der That befriedigt: wiederholt erklärte ſie, daß ſie in Georg II ihren älteſten und beſten Freund erkenne.

Aber wenn auch äußerlich das gute Einvernehmen erneuert war, mit den obſchwebenden Fragen kamen die beiden Höfe unter einander nicht aufs reine. Namentlich konnten ſie über die ſtaatsrechtliche Stellung der öſterreichiſchen Niederlande zu den Seemächten ſich nicht einigen. Da faßte König Georg II einen Plan, deſſen Durchführung wie er überzeugt war die alliirten Mächte unauflöslich verknüpfen, das politiſche Syſtem von Europa und namentlich die Ruhe von Deutſchland auf die Dauer ſichern und allen ehrgeizigen Abſichten Preußens vorbeugen ſollte. Dieſer beſtand darin, ſchon jetzt die Wahl des damals neunjährigen Erzherzogs Joſeph zum römiſchen König zu bewirken, zu dieſem Zwecke eine überwiegende Mehrzahl kurfürſtlicher Stimmen zu gewinnen und gegen etwaigen Widerſtand Preußens ſich durch ein ruſſiſches Bündniß zu waffnen[1].

Im Sommer 1750 als Georg II wiederum, mit keinem unbequemeren Miniſter als Newcaſtle an der Seite, in Hannover reſidierte, ward dieſer Plan in Angriff genommen. Maria Thereſia und ihr Gemahl der Kaiſer hatten einen ſolchen Vorſchlag nicht hervorgerufen[2], aber ſie nahmen ihn mit Dank auf und wirkten an ihrem Theile dazu mit die Wahl ihres älteſten Sohnes durchzuſetzen. Auch die Generalſtaaten verſtanden ſich dazu die Maßregel, welche den Frieden Europas verbürgen ſollte, mit baarem

[1] S. über die römiſche Königswahl Coxe's Pelham II 119 ff. nebſt den Correſpondenzen im Anhange. Abelung Staatsgeſch. Eur. VII 146 ff.

[2] Coxe Pelham II 340 — 'of my own proposing, without being asked' ſagt K. Georg II.

Gelde zu unterſtützen. Die römiſche Curie gewährte die in Rückſicht auf die Jugend des Erzherzogs nachgeſuchte Dispenſation.

So begann denn das Markten um die kurfürſtlichen Stimmen. Der Kurfürſt von Mainz, Johann Friedrich Karl aus dem Hauſe der Grafen von Oſtein, war dem kaiſerlichen Hofe unbedingt ergeben und bereit die Wahl auszuſchreiben; auch des kurtrierſchen Hofes hielt man ſich ſicher. Am wichtigſten erſchien es mit den wittelsbachiſchen Höfen einig zu werden, welche als Lehnsträger Frankreichs galten. Das Geſchäft war dadurch erleichtert, daß der franzöſiſche Hof, längſt verſtimmt über die ſtolze Selbſtändigkeit des preußiſchen Monarchen, an die Stelle von Valori, der in ſeiner eilfjährigen Geſandtſchaft das Bündniß mit Preußen geſchloſſen und gepflegt hatte, den Irländer Lord Tyrconnel nach Berlin ſandte um dem Könige die Stirn zu bieten[1]. Dagegen ward Valori angewieſen den Sommer über in Hannover bei dem Könige von England zu verweilen, der ihn mit offenen Armen empfing. So wurde denn in der That mit dem Kurfürſten von Baiern ein Subſidienvertrag geſchloſſen[2], demgemäß er in den Jahren 1750—1756 von England im ganzen 120000 L. St., von Holland und von Öſterreich je 60000 L. St. bezog. Die öſterreichiſche Zahlung diente als Abfindung ſeiner Anſprüche auf Mirandola und Concordia, welche übrigens öſterreichiſcherſeits nie anerkannt waren. Dafür verſprach der Kurfürſt 6000 Mann als Hilfstruppen bereit zu halten und in den Reichsangelegenheiten „mit Hannover zu ſtimmen“; denn dies war die Formel, unter der der Wahlhandel begriffen ward. Dagegen ſtieß ſich die Verhandlung an den Forderungen von Privilegien, Territorialabtretung und Geldentſchädigung, welche Kurfürſt Karl Theodor von der Pfalz erhob. Köln, deſſen man ſich ſchon durch einen Subſidientractat vom 18 Mai 1750 verſichert zu haben glaubte, unterſtützte dieſe Anſprüche und machte von deren Erledigung ſeine Abſtimmung auf dem Wahltage abhängig. Im Jahre 1751 ſchloſſen ſowohl Kurpfalz als Köln neue Subſidienverträge mit

[1] Valori mém. I 297. Oeuvres de Frédéric IV 17.

[2] Hannover d. 22 Aug. 1750. Wenck cod. jur. gent. II 457—463.

Frankreich[1] und steigerten daraufhin den Preis ihrer Stimmen. König Friedrich von Preußen endlich, dem man zu allerletzt über diese Angelegenheit Eröffnung that, erklärte von vornherein die Wahl eines minderjährigen Prinzen zum römischen Könige unter den obwaltenden Umständen für unzweckmäßig und verwahrte sich gegen jede den Reichsgesetzen nicht entsprechende Wahlhandlung, und wenn gleich Georg II, um seine Besorgnisse zu beschwichtigen, der früher übernommenen Verpflichtung gemäß die Garantie des Dresdner Friedens von Seiten des Reiches erwirkte[2], so ließ er darum doch nicht ab auch fernerhin im Sinne seiner früheren Erklärungen zu handeln.

Um Preußen in Schach zu halten trug Georg II dem russischen Hofe einen Subsidienvertrag an, nachdem er bereits im Jahre 1750 dem österreichisch-russischen Bündnisse von 1746, jedoch nur dem Hauptvertrage, nicht den geheimen Artikeln, beigetreten war[3]. Zugleich bemühte er sich den französischen Hof, der seinerseits durch die in seinem Solde stehenden Fürsten der Wahl hinderlich war, mit Preußen zu entzweien. Damals gieng Graf Kaunitz nach Paris, in der Absicht für die von ihm und der Kaiserin längst gewünschte französische Allianz weitere Schritte zu thun und brachte zur Genugthuung des britischen Cabinets sehr bald eine Entfremdung der Höfe von Versailles und Berlin zu wege. Inzwischen wurde man mit dem Dresdner Hofe Handels einig. König August III hatte fünf Jahre lang französische Subsidien bezogen; nunmehr ließ er sich gegen Übernahme derselben Verpflichtungen wie Baiern in den Jahren 1751—1755 von den Seemächten zusammen 192000 L. St. zahlen, zwei Drittel von England, ein Drittel von Holland. Ueberdies half Georg II als Kurfürst von Hannover mit seinem gefüllten Schatze der kur-

[1] Der neue Vertrag mit Pfalz datirt vom 17 Jan. 1751; der Subsidienvertrag mit Köln vom 1 März 1751. Ein neuer Vertrag mit Köln ward am 26 Dec. 1753 abgeschlossen. Vgl. hierüber L. Ennen Frankreich u. der Niederrhein II 298 ff.

[2] S. die Actenstücke bei Wenck II 527 ff.

[3] Martens Suppl. 1807. III 26 ff. Vgl. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 201 ff.

fürſtlich ſächſiſchen Steuerkaſſe aus. Schon in den Jahren 1744 und 1745 hatte er dieſer 2½ Million Thaler Conventionsmünze vorgeſchoſſen; jetzt erhöhte er dieſes Darlehen noch um eine Million und ließ ſich dagegen die Einkünfte der Grafſchaft Mansfeld und anderer Herrſchaften verpfänden[1].

Georg II war ſeiner Sache jetzt ſo gewiß, daß er im Frühjahr 1752 einen Miniſtercongreß nach Hannover berief, zu welchem von franzöſiſcher Seite Vergennes, der Geſandte am kurtrierſchen Hofe, abgeordnet wurde[2]. Vergennes hatte bereits den Kurfürſten von Trier, einen geborenen Grafen von Schönborn, gegen die Wahl eingenommen und war in Hannover geſchäftig die pfälziſchen Anſprüche zu vertreten, welche den Hauptgegenſtand der Verhandlungen bildeten. Schließlich wurden dieſe dahin formuliert, daß Pfalz das Privilegium de non appellando für alle ſeine Gebiete, alſo auch für Jülich, erhalten ſollte, ferner die Abtretung gewiſſer Territorien, auf die es Öſterreich gegenüber Anſprüche zu haben vorgab, endlich 1,200000 fl. Entſchädigung, welche noch vom ſpaniſchen Erbfolgekriege her berechnet wurden. Von dieſer Summe waren England und Holland bereit 500000 fl. zu übernehmen; aber der Wiener Hof lehnte in herber Weiſe ab und war trotz alles Andringens und ſelbſt Drohungen engliſcherſeits nicht zu bewegen auf jene Forderungen einzugehen. Was die Zahlung anbelangte ſo ließ ſich Kaiſer Franz I ſchließlich dazu herbei fünf oder ſechshunderttauſend Gulden darein zu geben: aber die Bewilligung des begehrten Privilegiums und die Abtretung irgend eines Landſtriches ward aufs entſchiedenſte verweigert. So konnte denn Georg II im September 1752 nicht weiter kommen, als daß er ſeinerſeits die Convention mit Kurpfalz unterzeichnete[3], mit der Erklärung daß ſie giltig ſein ſollte, ſobald auch Öſterreich beiträte: aber dieſer Beitritt erfolgte nicht. Vielmehr beſchwerte ſich der öſterreichiſche Hof, daß England

---

[1] Dresdener Vertrag v. 13 Sept. 1751. Wenck II 593 ff. Über die Darlehen ſ. Gretſchel ſächſ. Geſchichte III 68.

[2] Flassan hist. de la dipl. franç. VI 12.

[3] Adelung Staatsgeſchichte VII 260.

jeden, der einen Anſpruch erhebe um die Kaiſerin zu berauben, unterſtütze; Maria Thereſia ſagte gerade heraus daß auch eine Krone zu theuer erkauft werden könne und ließ an auswärtigen Höfen erklären, daß ſie es als ihrer unwürdig betrachte die Erhebung ihrer Familie dem Einfluſſe einer fremden Macht zu verdanken.

Sehr verdrießlich kehrte König Georg II nach England zurück und beſuchte Hannover die beiden nächſten Jahre nicht wieder. Freilich war er auch jetzt von ſeinem Lieblingsgedanken, mit dem ſeiner Überzeugung nach das politiſche Syſtem von Europa ſtehen oder fallen mußte, nicht abgekommen. Er hielt für das Gelingen der Wahl ſeine Ehre verpfändet und fuhr fort eine Ausgleichung mit Kurpfalz zu betreiben. Hier war man ſchließlich nicht abgeneigt auf billigere Bedingungen einzugehen; der franzöſiſche Hof ſah im Herbſte des Jahres 1754 die Sache für ſo gut als abgemacht an[1], und Friedrich der große ließ im Januar 1755 ein Memoire über die dem neuen Könige aufzuerlegende Wahlcapitulation ausarbeiten. Da erfuhr er daß die Sache von neuem ins Stocken gerathen ſei. Diesmal war es England, welches mit dieſer Verhandlung innehielt. Es hatte für einen neuen Seekrieg mit Frankreich ſeine Maßregeln zu treffen und wollte mit dem Wiener Hofe zuvörderſt über näher liegende und dringendere Intereſſen aufs reine kommen, als die römiſche Königswahl es war.

Die Colonialſtreitigkeiten zwiſchen England und Frankreich, welche die Diplomaten beim Friedensſchluß in der Schwebe gelaſſen hatten, mußten an den Thatſachen zur Entſcheidung kommen: denn die Commiſſarien, welche im Frieden vorbehalten waren, brachten eben ſo wenig eine Vereinbarung zu wege als die Miniſter welche ſchließlich die Sache in die Hand nahmen. Die Forderungen beider Theile giengen ſo weit aus einander, daß eine Vermittelung allerdings ſchwer zu finden war. Die Franzoſen ſetzten als Grenze des britiſchen Acadiens oder Neu-Schottlands den Iſthmus, welcher die Halbinſel mit dem Feſtlande verbindet: die Engländer dagegen, welche durch die Gründung von Halifax

[1] 1754 Sept. 9. Paris. Bericht des preußiſchen Geſandten Knyphauſen.

im Jahre 1749 sich einen trefflichen Hafen sicherten, nahmen das ganze Landgebiet im Süden des Lorenzstromes bis zur Fundybai in Anspruch. Die Engländer in den Küstenprovinzen hielten sich berechtigt die Alleghanies und Apalaches zu überschreiten und im Gebiete des Ohio und Mississippi ihre Blockhäuser und Factoreien aufzuschlagen: die Franzosen hinwiederum betrachteten den Bereich dieser Ströme als ihr Eigenthum und drangen von ihnen landeinwärts an die Seen vor, welche das große Wassergebiet des inneren Nord-Amerika bilden; deshalb setzten sie den englischen Handelsleuten und Ansiedlern das Gebirge als Grenze, welche sie nicht überschreiten dürften.

Der Besitz von Landstrecken, welche bis dahin selten der Fuß eines weißen Mannes betreten hatte, konnte an sich unwesentlich erscheinen; aber die Franzosen, welche an Ort und Stelle mit dem Stand der Dinge vertraut worden waren, erkannten klar, daß es sich bei diesem gegenseitigen Ringen um den Vorsprung um nichts geringeres handele, als darum ob die französischen Colonien in Amerika überhaupt fortbestehen oder den Engländern verfallen sollten. Die Franzosen hatten an den mächtigsten Strömen des nördlichen Continents Fuß gefaßt und ihre Städte gegründet, eine beträchtliche Anzahl thätiger und unternehmender Ansiedler hatte sich in ihren Colonien niedergelassen und die Bevölkerung nahm in steigender Progression zu. Aber bei allen Vortheilen der Lage vermochten sie mit den englischen Niederlassungen nicht Schritt zu halten. In den französischen Colonien ward alles von Regierungswegen bestimmt und nach militärischen und mönchischen Vorschriften geregelt: die britischen Ansiedlungen dagegen erwuchsen aus dem Grundsatze politischer und religiöser Freiheit und hatten trotz der Willkür und dem Unverstande, welche in jener Zeit die meisten Versuche britischer Staatsmänner in Colonialpolitik bezeichnen, doch ein solches Maß von Selbstverwaltung, daß ihr Gemeinsinn und ihre Thatkraft stets neue Anregung erhielt. Sie begannen damals, während das Mutterland ihre Angelegenheiten wenig kannte und beachtete, selbständig ihren Weg zu verfolgen. Im letzten Kriege hatten sie Cap Breton eingenommen und die Eroberung von

Canada beabsichtigt, als der Aachner Friede ihre Entwürfe durchkreuzte und sie um die Frucht ihrer Anstrengungen brachte. Sie ruhten darum nicht. Ohne Regierungsbefehle zu erwarten bahnten sich ihre verwegenen Botschafter, Jäger und Kaufleute die Pfade über das Gebirge in die unerforschten Wälder und Stromgebiete. Der Verkehr den sie mit den Indianerstämmen des Westens anknüpften führte bald zu förmlichen Bündnissen mehrerer derselben mit den Briten, in Folge deren unter ausdrücklicher Genehmigung der Provinciallegislaturen feste Niederlassungen gegründet wurden. So drangen die Neu-Engländer auf verschiedenen Puncten vor, von Massachusets, Newyork, Virginien, Carolina aus: insbesondere ließ die jüngst gegründete Ohiocompagnie es sich angelegen sein sich im Gebiete dieses „schönen Flusses" — Belle Rivière wie die Franzosen ihn nannten — festzusetzen.

Die französischen Gouverneure in Canada vermochten weder Ackerbauer anzusiedeln noch wußten sie Rath zu schaffen, wie man gegen die britischen Händler den Markt für die französischen Manufacturen behaupten solle; dies um so weniger, da der in Freiheit sich entwickelnde Gewerbfleiß Englands rasch stieg und billigere Waren lieferte. Das einzige Mittel welches in ihrer Hand lag bestand darin militärisch wichtige Plätze zu besetzen und verbündete Indianer mit in den Kampf zu führen; nur so glaubten sie das Binnenland gegen die vordringenden Engländer absperren zu können. Deshalb fügten sie zu den starken Bollwerken ihrer Macht am Lorenzstrom, Quebek und Montreal, eine Reihe von Forts um die Seen und das Ohiobecken wie durch eine wohlgegliederte Kette zu verbinden. Namentlich befestigten sie Crownpoint östlich vom Champlainsee, Niagara an dem Abflusse des Erie in den Ontariosee und gründeten da, wo der Monongahela und Alleghany sich zum Ohio vereinigen, das Fort Duquesne. Aber die britischen Amerikaner waren nicht des Sinnes sich den Weg zum Westen und zu seinen Völkern verschließen zu lassen: der Gewalt setzten sie Gewalt entgegen. Am 28 Mai 1754 lieferte der Oberst George Washington, damals ein Jüngling von zweiundzwanzig Jahren, mit virginischen Milizen einer französischen Truppe ein

Gefecht auf den „großen Wiesen“ im oberen Ohiobecken, wobei der befehlhabende französische Offizier blieb. Fünf Wochen später wurde Washington durch eine stärkere Truppe zu einer Capitulation genöthigt, vermöge deren er das Ohiogebiet räumte. So entspann sich der Krieg.

Alles hieng jetzt davon ab, ob die europäischen Regierungen noch in der letzten Stunde sich vertragen oder den Streit ihrer Colonisten auch zu dem ihrigen machen würden. An der Neigung Frieden zu halten fehlte es weder den englischen noch den französischen Ministern, wohl aber an der Macht: sie beherrschten die Dinge nicht, sondern ließen sich von dem Drange der Umstände wider ihren Willen treiben. Die französischen Staatsmänner würdigten wohl die Bedeutung des Streites richtiger als die meisten englischen, aber bei der Zerrüttung der Finanzen und der Schwäche der Marine wünschte man, wenn ja der Krieg nicht zu vermeiden war, doch seinen Ausbruch hinauszuschieben; man verkannte nicht daß bei einem Seekriege für Frankreich mehr zu verlieren als zu gewinnen sei. Die Engländer in den Colonien waren der angreifende Theil, und das Vertrauen in die überlegene Kraft, welches sie vorwärts trieb, ward im Mutterlande getheilt. Hier hatte sich der Wohlstand von Jahr zu Jahr über alles Erwarten gehoben, Gewerbfleiß und Handel entwickelten sich in stetigem Aufschwunge und trachteten neue Absatzwege zu gewinnen, und in dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit empörte sich die Nation über jede Schranke, welche eine fremde Macht ihrem Vordringen in fernere Gebiete ziehen wollte. Deshalb war die öffentliche Stimmung namentlich in den Städten lebhaft für die Unterstützung der Colonisten. Die englische Regierung schwankte hin und her, seit Henry Pelham nicht mehr an ihrer Spitze stand. Dieser einsichtige Minister hatte den Credit des Staates namentlich durch Reduction der Zinsen des größten Theiles der öffentlichen Schuld von vierundeinhalb bis auf drei Procent neu befestigt — der Curs der dreiprocentigen Staatsschulden stieg unter seiner Verwaltung bis auf 106 % —; er hatte talentvolle und erprobte Männer zur Regierung herangezogen und den Parteikampf beschwichtigt. Prinz

Friedrich von Wales, um den ſich früher die Oppoſion geſammelt hatte, war 1751 geſtorben: ſeine Wittwe Auguſta von Sachſen-Gotha lebte mit ihren Kindern in ſtiller Zurückgezogenheit fern vom öffentlichen Leben. Des Königs zweiter Sohn der Herzog von Cumberland, Oberbefehlshaber der Landmacht, war über die Miniſter mißvergnügt, aber ſeine ſtaatsmänniſchen Gaben waren ſo gering · daß er eine Partei zu bilden nicht im Stande war. Er unterſtützte jedoch mit ſeinem Einfluſſe, der öfters bei dem Könige ins Gewicht fiel, die ſeiner Perſon ergebenen Anhänger. Zu dieſen gehörte vor allen Henry Fox, der ſeine Leidenſchaft für das Spiel theilte. Fox war ein für die Geſchäfte und die Debatte vorzüglich geſchickter Mann, übrigens in ſeiner politiſchen Laufbahn ſittlicher Grundſätze bar: er ließ ſich zu allem gebrauchen wobei er ſeine Rechnung fand. Damals bekleidete er die Stelle des Kriegsſecretärs, ohne Sitz und Stimme im Cabinet. Im auswärtigen Amte hatte ſich der Herzog von Newcaſtle den Grafen Holderneſſe beigeſellt, von deſſen ſchlaffer Natur ein Widerſpruch nicht zu erwarten war. Graf Granville endlich — der frühere Lord Carteret — hatte ſich dazu verſtanden von den Pelhams den Vorſitz im Geheimenrathe anzunehmen, einen hohen Ehrenpoſten ohne ſelbſtändige Thätigkeit. Andere bedeutende Staatsmänner wandten ſich der richterlichen Thätigkeit zu oder wurden durch Körperleiden gebeugt.

Die Oppoſition ruhte bis der unerwartete Tod Henry Pelham's (den 6 März 1754) neuen Zwieſpalt weckte. Denn ſein Bruder der Herzog von Newcaſtle, der als der Erbe ſeiner Macht an die Spitze des Schatzamtes trat, war ſo charakterlos und von ſo kleinlichem und beſchränktem Geiſte, daß leicht zu ermeſſen war, er werde das Miniſterium nicht zuſammenhalten und die Intereſſen der Nation nicht wahrnehmen, zumal in einer ſchweren Kriſis, welche mehr als gewöhnliche Einſicht und Thatkraft erforderte. Newcaſtle hatte überall nur perſönliche Rückſichten: er war geſchäftig dieſen durch eigene Beförderung, jenen durch Anſtellung ſeiner Freunde zu befriedigen, immer mit dem Vorbehalte daß ihm ſelbſt der ganze entſcheidende Einfluß verblieb.

Am meiſten Verlegenheit machte Newcaſtle das auswärtige

Amt und die Leitung des Unterhauſes. Niemand war anerkannter Maßen mehr zu dieſem Poſten berufen als William Pitt. Er hatte anfangs in der Oppoſition gegen Walpole und Carteret ſeinen Ruf begründet, dann, nachdem er zehn Jahre als ein Vorkämpfer in der Minorität geſtanden, nach Carteret's Sturze die Pelhams im Parlamente unterſtützt und in ſchweren Zeiten der Regierung wichtige Dienſte geleiſtet. Das Amt des Kriegszahlmeiſters, für ſeine Inhaber hergebrachter Weiſe eine Quelle der Bereicherung, verwaltete er mit einer damals unerhörten Uneigennützigkeit. Im Unterhauſe ſetzte er ſein Wort ein für die Maßregeln der Regierung oder er ſchwieg: nur einmal drang er gegen Henry Pelham's Anträge, aber ohne augenblicklichen Erfolg, auf einen ſtärkeren Beſtand der Seemannſchaft. Die Überzeugung von Pitt's ſtaatsmänniſcher Bedeutung war ſo allgemein und ſo feſt begründet, daß nicht allein die Pelhams ſondern Männer welche von ſeiner gegneriſchen Schärfe empfindlich verletzt worden waren ſich wiederholt bemühten ihm einen Platz im Cabinet zu verſchaffen: aber König Georg II blieb gegen alle Vorſtellungen taub und beharrte in hartnäckigem Widerwillen gegen den großen Redner.

Newcaſtle fügte ſich bei der damaligen Miniſterkriſis dem königlichen Willen um ſo leichter, da er ſich wohl bewußt war, Pitt werde ſich nicht am Gängelbande perſönlicher Gunſt leiten laſſen. Er bot den Poſten Fox an, der in vielen Stücken dafür geeignet war: aber als dieſer ſich ebenfalls mit dem Amte auch den entſprechenden Antheil an Macht und Einfluß ausbedingen wollte, brach er die Verhandlungen ab und behalf ſich mit Sir Thomas Robinſon, dem früheren Geſandten in Wien, ſeitdem königlichen Ober-Garderobenmeiſter, der ſich gern jeder Bedingung ſeines Gönners und Chefs fügte. So glaubte Newcaſtle gewonnen Spiel zu haben: die neuen Wahlen zu dem Parlamente, welches von 1754—1761 ſaß, giengen unter dem Zuſammenwirken aller Whigs und unter der perſönlichen Oberleitung Newcaſtle's, der Geld und Gunſt nicht ſparte, ſo ganz nach ſeinen Wünſchen von ſtatten, daß er einer gefügigen Majorität, die von ihm perſönlich abhieng, vollkommen verſichert war.

Aber wenn Newcaſtle auch in ſeinem Miniſterium und in den parlamentariſchen Kreiſen gehorſame Stimmen muſtern konnte, ſo ſtand doch hinter dieſer kleinen Welt, welche den Geſichtskreis dieſes Staatsmanns erfüllte, die große Welt mit ſtreitenden Intereſſen und forderte von ihm Vertretung der nationalen Ehre und der öffentlichen Wohlfahrt. Newcaſtle that ſein beſtes den Frieden zu erhalten: er ward nicht müde den franzöſiſchen Miniſtern und dem Hofe von Verſailles die ſchönſten Worte zu geben und fand dafür geneigte Ohren. Wie wenig es damals den Franzoſen darum zu thun war mit den Briten Händel zu ſuchen, bewies eine am 11 October 1754 von den oſtindiſchen Compagnien beider Nationen abgeſchloſſene Übereinkunft, mit welcher die ſtolzen und weitgreifenden Pläne, welche Dupleix für die Begründung franzöſiſcher Macht im Dekan verfolgt hatte, aufgegeben und die Erfolge der britiſchen Waffen thatſächlich anerkannt wurden. Aber die indiſche Politik mit ihren ränkevollen Verwickelungen ward in Europa kaum verſtanden: greifbarer waren die Colonialintereſſen, welche in Amerika um die Wette eiferten, und keine Regierung konnte es wagen dieſe geradezu preiszugeben. In England wuchs die Bewegung und die Botſchaften aus den Colonien ſchürten ſie; und ſo viel auch Newcaſtle zum Frieden redete, der Herzog von Cumberland ſetzte beim Könige militäriſche Maßregeln durch, welche die Abſichten des Miniſters durchkreuzten. So gieng man unter ſchwankender Leitung des Staates einem neuen Kriege entgegen, an deſſen bevorſtehendem Ausbruch mit Ende des Jahres 1754 kein verſtändiger mehr zweifeln konnte.

Da der Krieg drohte galt es zu erwägen in wie weit England auf ſeine continentalen Bundesgenoſſen zählen könne: dabei kam für Georg II die Sicherheit Hannovers, für die Traditionen der engliſchen Politik die Sicherheit Belgiens in erſter Linie in Betracht. Nach dem bisherigen Gange der Dinge erwartete das Cabinet von St. James nichts anderes als ein Offenſivbündniß Friedrichs von Preußen mit Frankreich, deſſen Preis für Preußen Hannover, für Frankreich die öſterreichiſchen Niederlande ſein würden. Denn der engliſche und preußiſche Hof waren mehr als je entzweit und ſelbſt die Formen fürſtlicher Courtoiſie wurden

kaum noch gewahrt. Seit Legge abberufen war, blieb die britische Gesandtschaft in Berlin anderthalb Jahre hindurch unbesetzt. Im Jahre 1750 ($\frac{20\text{ Juni}}{1\text{ Juli}}$) ward der Gesandte zu Dresden Sir Hanbury Williams bei Friedrich II beglaubigt, und dieser, schon früher geschäftig gegen Preußen zu wirken, nahm sich auf seinem Posten so viel heraus, daß der König im November 1750 seinen Gesandten von dem britischen Hofe beurlaubte und auf William's Abberufung bestand, mit der Drohung, er werde ihm sonst den Hof untersagen: kaum daß er sich durch die Rücksicht auf seinen Vollmachtgeber bestimmen ließ ihm eine Abschiedsaudienz zu bewilligen[1]. Seitdem war bis zum Jahre 1756 weder in London noch in Berlin ein Minister der beiden so nahe verwandten Könige beglaubigt und die Stimmung zwischen ihnen war so unfreundlich wie möglich.

Alle politischen Entwürfe Georgs II in dieser Zeit hatten den nächsten Zweck Preußen in Schranken zu halten: deshalb ward die römische Königswahl eingeleitet und um das Bündniß mit Rußland geworben. Friedrich der große suchte dagegen seinen Rückhalt an Frankreich. Während mit englischem und holländischem Gelde Wahlstimmen gekauft wurden, zog er wie wir sahen unter französischer Mitwirkung die Wahlverhandlungen hinaus: weit entschiedener aber noch trat er im Bunde mit Frankreich wider die russischen Entwürfe gegen Schweden auf. Denn unter dem Vorwande die in Schweden bestehende freie Regierungsform und damit die Ruhe im Norden zu beschirmen, gefährdete Rußland fortwährend die Grenzen und die Selbständigkeit Schwedens. Österreich störte es darin nicht. Einzig und allein darauf bedacht sich um jeden Preis der Dienste Rußlands gegen Preußen zu versichern hatte Maria Theresia sich in dem zweiten geheimen Separatartikel des Petersburger Vertrags von 1746 verpflichtet, zu einem Kriege gegen Schweden dem russischen Hofe entweder 15000 Mann Hilfstruppen zu stellen oder eine halbe Million Rubel Subsidien zu zahlen. König Friedrich II dagegen war

[1] Das Abberufungsschreiben ist vom 22 Januar $175\frac{0}{1}$ (a. St.); übergeben ward es am 4 März 1751.

entſchloſſen es Rußland zu wehren ſich auf Koſten Schwedens noch mehr zu vergrößern. Deshalb ſchloß er am 29 Mai 1747 mit Schweden eine Defenſivallianz auf zehn Jahre, in welcher Preußen es übernahm für den Fall eines Angriffs auf Schweden ein Hilfscorps von 9000 Mann zu ſtellen, Schweden im Fall eines Angriffs auf Preußen 6000 Mann: weitere Waffenhilfe ward vorbehalten. Dieſem Vertrage trat Frankreich zu Anfang des nächſten Jahres bei[1]. Im Jahre 1750 ſchien es als wollte Rußland zum offenen Kriege übergehen. Der öſterreichiſche Hof ſtellte ſein Contingent bereit; die ruſſiſchen Truppen zogen ſich an den Grenzen Finnlands und in Livland zuſammen; die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Rußland und Preußen wurden abgebrochen. Friedrich traf ſeinerſeits entſprechende Maßregeln und ſchloß den 24 December 1750 und 2 Januar 1751 zwei Verträge mit dem Herzoge Karl von Braunſchweig und mit Frankreich, kraft deren der Herzog ſich verpflichtete auf ſechs Jahre 4000 Mann ſeiner Truppen bereit zu halten, welche im Falle eines Kriegs zu einer Hälfte nach Magdeburg zur anderen nach Stettin in Garniſon gelegt werden ſollten. Dafür zahlte Frankreich an Preußen und dieſes wiederum an Braunſchweig jährlich 100000 Thlr. Courant: in Kriegszeiten ſollten dieſe Subſidien auf 200000 Thlr. erhöht werden[2]. Indeſſen kam es nicht zum Ausbruch des nordiſchen Krieges, da Georg II vermittelnd eintrat und die Ruſſen vermochte von einem Angriffe auf Finnland abzuſtehen[3].

Nicht lange ſo erregte die Ernennung eines neuen preußiſchen Geſandten in Frankreich Georgs II höchſten Unwillen, denn er

---

[1] Das ſchwediſch-preußiſche Bündniß ſ. Wenck II 235 ff. Die franzöſiſche Acceſſionsacte ward von Ludwig XV unterzeichnet Marly d. 24 Jan. 1748, alſo an Friedrichs Geburtstage. Sie enthält die förmliche Erklärung nous accédons — au dit traité et voulons bien comme y compris prendre part aux obligations etc. Der gegenwärtige Krieg ward gemäß dem preußiſch-ſchwediſchen Antrage ausgenommen. Vgl. über die Tripleallianz Oeuvres de Frédéric IV 18.

[2] S. die Verträge Beilagen I 1.

[3] Coxe's Pelham II 122 f.

ſah in der von Friedrich getroffenen Wahl eine abſichtliche Feindſeligkeit. Der preußiſche König übertrug nämlich dieſen Poſten ſeinem trefflichen Freunde Georg Keith Grafen Mariſhal von Schottland, deſſen jüngerer Bruder Jacob ſeit 1747 als Feldmarſchall in ſeinen Dienſten ſtand. Beide Brüder, einer der älteſten und berühmteſten Familien Schottlands entſproſſen, hatten als Jünglinge ſich an den Jacobitenaufſtänden von 1717 und 1719 betheiligt und dann als geächtete und verbannte in Frankreich, Spanien, Rußland gelebt. Längſt waren ſie den Umtrieben der Jacobiten fremd und der jüngere Keith hatte bereits vor Jahren, als er mit ruſſiſchen Aufträgen nach England kam, Georg II als ſeinen legitimen König anerkannt. Überhaupt hörten in dieſer Zeit die Anhänger des vertriebenen Regentenhauſes ſelbſt in Großbritannien auf eine politiſche Partei zu bilden: ſeit Jacob III ſeinen jüngeren Sohn zum Cardinal der römiſchen Kirche weihen ließ und der ältere Karl Eduard ſich dem Trunke ergab, blieb ihren getreuen in der Heimat von der hingebenden Geſinnung nur das ſchmerzlich theure Gedächtniß: eine Rückkehr der Stuarts auf den engliſchen Thron mußten ſie mehr und mehr für ein Ding der Unmöglichkeit erkennen. Friedrich II war damals eben ſo weit wie früher davon entfernt ſich mit den Plänen des Prätendenten zu befaſſen und hatte demgemäß den Grafen Mariſhal inſtruirt[1]. In dieſer Hinſicht alſo war der Argwohn Georgs II ungerechtfertigt. Aber allerdings durchkreuzte dieſe Miſſion die Abſichten des britiſchen Cabinets. Graf Mariſhal ward nämlich nach Frankreich abgeſandt, als im Jahre 1751 Kaunitz auf den Hof von Verſailles ſo weit eingewirkt hatte, daß dieſer einen ſtolzen und befehlenden Ton gegen Preußen annahm. Eine ſolche Sprache wies der König ſcharf und entſchieden zurück, gab aber zugleich durch die Sendung eines in Frankreich wohl bekannten Mannes, deſſen Perſönlichkeit an jedem Orte Hochachtung und Ehrfurcht erwecken mußte, ein Unterpfand daß er auf die freundſchaftlichen Beziehungen zu Frankreich den größten Werth lege. Dieſe Berechnung traf voll-

[1] Raumer Beitr. II 264 f.

kommen zu: das französische Cabinet kam wieder mit Preußen in engeres Einvernehmen und Friedrich konnte in den nächsten Jahren auf seine Unterstützung rechnen. Ein vorläufiger Handelsvertrag zwischen Preußen und Frankreich vom 14 Februar 1753 beurkundete das freundliche Verhältniß der beiden Regierungen[1].

Dagegen wurden zwischen den Königen Friedrich und Georg schon früher entsponnene Streitigkeiten mit steigender Erbitterung verfolgt. Im Jahre 1744 war der Mannesstamm der Fürsten von Ostfriesland ausgestorben und gemäß der durch kaiserliche Bestätigung verbrieften Anwartschaft hatten die Stände sofort dem Könige von Preußen gehuldigt. Friedrich legte großen Werth auf diese neue Erwerbung im Nordseegebiete und die biederen Friesen, welche sich glücklich schätzten mit einem Staate verbunden zu sein, unter dessen Schutze sie für die Entwickelung ihrer Schiffahrts- und Handelsinteressen Förderung hoffen durften, bewährten den preußischen Königen in guten und schlimmen Zeiten ihre Treue und Hingebung. Aber die hannöversche Regierung bestritt den preußischen Besitztitel und erhob ihrerseits Ansprüche auf Ostfriesland. Eine Zeitlang hatte der Streit geruht; jetzt suchte Hannover mit verstärktem Eifer seinen Anspruch vor dem Reichstage und dem Reichskammergerichte durchzufechten[2]. Obgleich diese Bestrebungen an den rechtlichen und factischen Verhältnissen nichts änderten, dienten sie doch dazu die Kluft zwischen dem englischen und preußischen Hofe noch mehr zu erweitern.

Hierzu trug noch ein anderer Streitfall bei. Während des letzten Krieges waren preußische Schiffe, welche Korn und Holz nach französischen Häfen geladen hatten, von englischen Capern aufgebracht und von den Admiralitätshöfen für gute Prise erklärt worden. König Friedrich hatte gleich beim Ausbruch des Seekriegs die erforderlichen Schritte gethan um seine Unterthanen gegen ungebührliche Belästigungen sicher zu stellen und von der englischen Regierung beruhigende Zusicherungen erhalten. Demzufolge unterwarf er sich den Sprüchen englischer Gerichte nicht, sondern bestand auf dem völkerrechtlichen Satze: frei Schiff frei

[1] Wenck II 722.

[2] Adelung Staatsgesch. Europas VII 268 ff.

Gut, den die Engländer nicht anerkennen wollten, und forderte Schadloshaltung seiner Unterthanen. Bei gutem Willen wäre die Sache leicht beizulegen gewesen, da der Minister Henry Pelham selbst die Härte des Verfahrens und die Angemessenheit einer Entschädigung zugab. Statt dessen ward mit juristischer Gründlichkeit in weitläufigen Schriftstücken unter wachsendem Verdrusse beider Theile Jahre lang hin und hergestritten, bis endlich 1752 König Friedrich von der schlesischen Anleihe, deren Zahlung er im Breslauer Frieden übernommen und bisher pünktlich geleistet hatte, die letzte Quote — 45000 L. St. — bei dem Kammergericht deponierte und die Auszahlung derselben an die Gläubiger auf so lange innehielt, bis die englische Regierung den preußischen Unterthanen gerecht geworden sei und den auf 32454¼ L. St. festgestellten Schadenersatz gezahlt haben werde. Georg II hätte damals am liebsten Michell, der als preußischer Geschäftsträger in London verblieben war, die Pässe gegeben[1]: das nächste was er befürchtete war ein preußischer Angriff auf Hannover.

In Wien, wo Graf Kaunitz, von seiner französischen Gesandtschaft zurückgekehrt, im Mai 1753 die oberste Leitung der Geschäfte übernahm, hörte man die Klagen Georgs II sehr gern und suchte seinen Unmuth zu nähren, aber dennoch fehlte immer etwas an dem völligen Einverständniß. Der Eifer Georgs für die Wahl des römischen Königs ward wie wir gesehen haben der Kaiserin am Ende lästig, das britische Cabinet dagegen klagte, es werde in seinen Maßregeln zum besten des Kaiserhauses vom österreichischen Hofe eher gehindert als gefördert. Georg II ergieng sich des öfteren in heftigen Ausdrücken über die Kaiserin und den Kaiser, „diesen hergelaufenen Fremden, dem er zum Throne verholfen habe", und wenn auch seine Minister in der Form sich mäßigten, so empfand doch die Kaiserin es bitter, daß

[1] S. die Actenstücke in Martens causes celèbres du droit des gens 1827 II 1—88. Coxe Pelham II 402 f. 484—489. Abelung Staateng. VII 331 ff. Vgl. Trendelenburg Friederichs des Großen Verdienst um das Völkerrecht im Seekrieg. Berichte d. Berl. Akad. 1866 S. 29 ff.

man ihr in hofmeisterlichem Tone immer wieder die geleisteten Dienste vorrechnete[1].

Die Verstimmung gieng bald in Verbitterung über. Für England handelte es sich in den Beziehungen zum Hause Österreich vorzüglich um die Niederlande. Ihre Unabhängigkeit von Frankreich zu sichern bildete den wichtigsten Zweck der großen Allianzen seit Wilhelm III; denn kein englischer Staatsmann konnte verkennen, daß wenn das Küstenland bis zur Schelde zur französischen Monarchie geschlagen wurde, damit Frankreich zu einer Seemacht anwuchs, der England kaum noch Stand halten konnte. Zugleich büßten die vereinigten Niederlande ihre Schutzwehr ein, England wurde von Deutschland abgeschnitten, und die Franzosen hatten die einzig geeignete Basis zu einer Invasion Englands in Händen. Nun waren nach dem spanischen Erbfolgekriege die früher spanischen Provinzen durch den Barrierevertrag von England und Holland dem Hause Österreich übergeben als ein erblicher und unveräußerlicher Besitz, welcher nie in keiner Form an einen Fürsten des Hauses Bourbon übertragen werden dürfe: es war festgesetzt, daß jederzeit nicht weniger als 30—35000 Mann im Lande stehen sollten und zwar dreifünftel kaiserliche, zweifünftel holländische Truppen, für welche letztere die kaiserliche Regierung jährlich 1,400000 fl. zu zahlen hatte. In fünf Festungen bildeten die Holländer allein, in zwei anderen mit den Österreichern zusammen die Besatzung. England garantierte den Vertrag und verpflichtete sich mit Hilfstruppen und Schiffen jeden Angriff abzuwehren. Dabei dauerte nicht allein die Sperrung der Schelde durch die Holländer fort, sondern es wurde durch denselben Vertrag der britische und holländische Handel zum Nachtheile der einheimischen Kaufleute privilegiert.

Solche Bedingungen machten den Besitz Belgiens für Österreich zu einer Last und zu einem Zankapfel unter den Verbündeten. Schon Kaiser Karl VI entzweite sich mit den Seemächten über die zu Ostende errichtete ostindische Handelscompagnie, und diese ruhten nicht bis sie aufgegeben wurde. Mit Maria Theresia

[1] Coxe Pelham II 229. 368. Austria 2d ed. V 47 f.

begannen die Verſuche ſich der Niederlande zu entäußern. Als der Erbfolgekrieg ſich entſpann und die Gefahr der Zerſplitterung des habsburgiſchen Erbes durch die Übermacht ihrer Feinde ſich enthüllte, im Auguſt 1741, hielt Maria Thereſia zwar an Schleſien unerſchütterlich feſt, aber ſie bot als Preis des Friedens dem Vaſallen Frankreichs, dem Kurfürſten von Baiern, die Niederlande, Frankreich ſelbſt die ſtarke Feſtung Luxemburg, mit deren Verluſte die Rheinlande vollends jedes Bollwerks beraubt wurden[1]. Im Fortgange des Krieges hatte ſie den Engländern und Holländern die Vertheidigung der Niederlande faſt ausſchließlich überlaſſen. Als dieſe von den Franzoſen erobert waren, erkaufte England im Frieden ihre Räumung mit der Rückgabe der eigenen Eroberungen in Amerika; von öſterreichiſcher Seite aber ward wie ſchon in den vorhergehenden Jahren[2] ſo jetzt von neuem für die Wiedererlangung Schleſiens der franzöſiſchen Regierung ein Stück der Niederlande angeboten. So viel wenigſtens erreichte Kaunitz, der kaiſerliche Bevollmächtigte, daß in dem ſechsten Artikel des Aachener Friedens, durch welchen die Niederlande der Kaiſerin zurückgeſtellt wurden, des Barrierevertrags keine Erwähnung geſchah: nur des Beſatzungsrechtes der Generalſtaaten ward ausdrücklich gedacht.

Dieſer Beſtimmung gemäß zogen nach dem Frieden die Holländer wiederum in die von den Franzoſen geräumten Feſtungen ein, aber die öſterreichiſche Regierung that nichts dieſelben in wehrhaften Stand zu ſetzen, ſondern ließ die Werke mehr und mehr verfallen; überdies verweigerte ſie die vertragsmäßigen Zahlungen, bis eine neue und billigere Übereinkunft geſchloſſen ſei. Die Holländer hörten nicht auf ſich darüber zu beſchweren und England unterſtützte ſie darin um ſo entſchiedener, je näher die Gefahr eines Krieges mit Frankreich rückte: Maria Thereſia beharrte dabei ihren Beſchwerden nicht gerecht zu werden. Nicht

---

[1] A. v. Arneth, M. Th. erſte Regierungsjahre I 328. 329. Mém. du Duc de Luynes XV 431 f.

[2] Arneth M. Th. III 131. 134. 159 f. Die Inſtruction f. d. Marquis de Hautefort (Schloſſer Geſch. d. 18. Jahrh. II³ 227) Huſchberg-Wuttke S. XL ff.

minder mißachtete die Kaiserin den Barrierevertrag durch Einführung eines neuen Zolltarifs, welcher ihre Unterthanen mit den Engländern und Holländern auf gleichen Fuß stellte. Dies brachte die privilegierten Nationen mehr als alles andere in Harnisch und es entspann sich ein hitziger Federkrieg. Die Seemächte forderten Anerkennung und Vollziehung des älteren Vertrages, die kaiserliche Regierung bestand auf einer neuen Übereinkunft mit verminderten Zahlungen und Vorbehalt eines künftig zu schließenden Handelsvertrages. Da von beiden Seiten der einmal eingenommene Standpunkt hartnäckig festgehalten wurde, war an eine Ausgleichung nicht zu denken: sowohl die zu Brüssel abgehaltenen Conferenzen als die directen Verhandlungen der Cabinette änderten nichts in dem Stande der Dinge[1]. In den Bestimmungen des Vertrages von Aranjuez, durch welche Österreich, Spanien und Sardinien dem Handel ihrer Unterthanen für ihre Staaten und Häfen in Europa gegenseitig die Privilegien der begünstigtsten Nationen zusicherten, sahen die Engländer und Holländer sich von neuem in den Vorrechten verletzt, welche sie für sich ausschließlich in Anspruch nahmen[2].

Unter diesen Umständen kam Georg II auf den Gedanken, der englische Gesandte in Wien, Robert Keith, habe es an der gehörigen Energie fehlen lassen. Er schickte daher im Jahre 1753 Sir Hanbury Williams, der damals Gesandter am sächsischen Hofe war, in außerordentlicher Mission nach Wien um alle obschwebenden Fragen, die Königswahl, den Barrierevertrag und die mit Rußland gegen Preußen zu schließende Allianz zu erörtern und durch entschiedenes und rückhaltloses Auftreten die Kaiserin auf den rechten Weg zurückzuführen. Mit Williams hatte das britische Cabinet sich einen Mann ausersehen, in dessen Natur es lag durch kecke Rede zu reizen und zu erbittern. So sehr auch die Kaiserin die Zweckmäßigkeit eines englischen Subsidienvertrages mit Rußland betonte, in jedem andern Stücke wies

---

[1] De Nény, mém. hist. et polit. des Pays-bas Autrichiens. 2e Ed. Bruxelles 1785. II 38 ff.

[2] S. den Vertrag v. 14 Juni 1752, Art. XL bei Wenck II 720.

sie die Vorstellungen von Williams mit Lebhaftigkeit zurück. Namentlich als er ihr die Theorien des Barrierevertrages aus einander setzte, rief die Kaiserin so laut daß man es in den nächsten Zimmern hörte: „Bin ich nicht die Souveränin der „Niederlande? ist es nicht meine Pflicht, meine Unterthanen zu „beschützen, welche so lange durch den Barrieretractat unterdrückt „und der natürlichen Privilegien, welche alle anderen Nationen „genießen, beraubt worden sind?" Eben so entschieden erklärte sich Kaunitz in dieser Sache und Williams reiste unverrichteter Dinge nach Dresden zurück[1].

Wozu sollte es nun dienen daß Holderneſſe dem österreichischen Cabinet aber und abermals mit dürren Worten aus einander setzte, „daß die Niederlande, mit dem Blute und dem Gelde der „Seemächte erobert, dem Hause Oesterreich übergeben seien als „ein Depositum, unter der Bedingung sie gegen die Franzosen „zu vertheidigen: daß gemäß den Grundsätzen der großen Allianz „die Einwohner dieser Lande von der Ausübung des Handels „ausgeschlossen bleiben müssen und daß der Landesherr kein Recht „habe ihre Handelsprivilegien zu erweitern"[2]. Wenn dieser Minister ferner aussprach, „jene Länder bildeten das einzige Band „zwischen dem Hause Österreich und den Seemächten, und durch „den Bruch des Barrieretractats werde dieses Band zerrissen", so ward die Kaiserin dadurch nur in ihrem Entschlusse bestärkt sich einem Bunde zu entziehen, der lästige Beschränkungen auferlegte, und sich der belgischen Niederlande zu entäußern, sobald sie Schlesien dafür gewinnen könne. Inzwischen wurden die Stände der Provinzen vermocht den Betrag der früher an Holland gezahlten 1,400000 fl. zu übernehmen, aber diese Summe kam einfach den kaiserlichen Kassen zu gute: weder wurde sie den Holländern ausgezahlt noch diente sie zu der eigenen Landesvertheidigung; das Land lag jedem Feinde offen da.

Das waren die Früchte der Politik welche den Frieden von Utrecht zu Wege brachte. Denn nicht die Urheber der großen

---

[1] Williams', Bericht Dresden 1753 Juli 15. Coxe Pelham II 469 ff.

[2] Holderneſſe an Mr. Keith 1754 April 26. Coxe Austria V 50 f.

Allianz hatten den Grundsatz aufgestellt, den Holderneſſe ihnen unterſchob, die ſüdlichen Niederlande zu bloßen Tributären von Holland und England zu machen: ſondern die an ihre Stelle berufenen Staatsmänner verleugneten und fälſchten die weſentlichſten Principien des Bundes und trugen zu gleicher Zeit der Gewinnſucht ihrer Landsleute unbillige Rechnung. Während die Holländer ſich ihres Ehrenplatzes in der Reihe der leitenden Staaten Europas begaben, hielten ſie um ſo zäher an den überkommenen Privilegien feſt, und die engliſche Regierung jener Zeit ſtimmte ihren engherzigen Grundſätzen bei. So ward das Band welches die Seemächte und Öſterreich vereinigte gelockert, um ſich ſchließlich ganz zu löſen und neuen Combinationen europäiſcher Politik Platz zu machen.

Indeſſen lebten Georg II und ſeine Miniſter immer noch des blinden Glaubens, Maria Thereſia könne und dürfe nicht anders als die früher von England empfangenen Dienſte durch die That vergelten, und dem Einverſtändniſſe des öſterreichiſchen und engliſchen Cabinets vermöchten auch die vereinigten Niederlande ſich nicht zu entziehen. Darum wurden ſie nicht müde in die Kaiſerin zu dringen, daß ſie den beſtehenden Verträgen nachkomme. Kaunitz dagegen ſuchte die Gelegenheit wahrzunehmen England von neuem in die deutſchen Angelegenheiten zu verwickeln. Der Miniſterwechſel nach Pelham's Tode kam ihm erwünſcht: er rechnete auf Robinſon's Anhänglichkeit für den öſterreichiſchen Hof und ſetzte mit Recht voraus, daß Newcaſtle viel eher ſich auf neue Subſidienverträge einlaſſen werde als ſein Bruder der bedächtige und ſparſame Henry Pelham es gethan hatte[1]. Aber während es ſich für England um Deckung der Niederlande und Hannovers gegen Frankreich handelte, blieb Ziel und Aufgabe der öſterreichiſchen Politik Schleſien wiederzugewinnen. Die britiſche Allianz hatte für Maria Thereſia nur dann noch Werth, wenn ſie dieſem Zwecke diente. Deshalb ſuchte Kaunitz England zu Verträgen heranzuziehen, welche dieſe Macht verpflichtet haben wür-

[1] Depeſche des Marquis de Hautefort. Wien 1754. April 20. Schloſſer II[2] 299.

den ſich an einem neuen ſchleſiſchen Kriege zu betheiligen, vor allem zu dem direct gegen Preußen gerichteten geheimen Artikel des Bündniſſes von St. Petersburg vom $\frac{22 \text{ Mai}}{2 \text{ Juni}}$ 1746. Jedoch dies Bemühen war vergeblich. Wenn auch die engliſche Regierung wie wir geſehen haben dem Hauptvertrage des öſterreichiſch-ruſſiſchen Bündniſſes beitrat, ſo beharrte ſie doch bei ihrer Weigerung die Acte der Garantie zu brechen, durch welche ſie Schleſien für Preußen gewährleiſtet hatte[1]. Als ſie aber angeſichts des Krieges mit Frankreich ihrerſeits verlangte, daß die Kaiſerin die Stärke der Truppen angebe, welche ſie zur Vertheidigung der Niederlande und Hannovers gegen Angriffe von franzöſiſcher und preußiſcher Seite marſchieren laſſen wolle, wich Kaunitz jeder beſtimmten Erklärung aus. Überhaupt ſah er keine Gefahr vor Frankreich, ſondern ſtellte nur immer wieder die Nothwendigkeit vor, die preußiſchen Ländergebiete zu zerſtückeln und nahm hierzu Englands Beihilfe in Anſpruch.

Das britiſche Miniſterium mochte bei einem ſolchen Programm der kaiſerlichen Politik ſich nicht beruhigen, ſondern forderte eine beſtimmte Antwort über die für die Niederlande zu treffenden Maßregeln. Um dieſem Anſinnen zu entſprechen ließ Kaunitz am 16 April 1755 durch den öſterreichiſchen Botſchafter Grafen Colloredo dem Herzog von Newcaſtle ein Schriftſtück überreichen, welches er ein Ultimatum und einen Plan gemeinſamer Operationen gegen Frankreich zu nennen beliebte[2]. Die Kaiſerin erklärte damit daß ſie für die Niederlande nicht mehr thun könne als ihr Contingent auf die volle Stärke von 25000 Mann bringen. Deshalb beantragte ſie daß die Seemächte in der Hauptſache die Vertheidigung übernähmen und ſprach die Erwartung aus daß der König von England mit Rußland einen Subſidienvertrag über 60000 Mann ruſſiſcher Truppen ſchließen werde, und daß

[1] Über die Spannung zwiſchen dem öſterreichiſchen und britiſchen Cabinet im J. 1754 vgl. Geheimniſſe d. ſächſ. Cabinets I 239.

[2] Das folgende nach den Depeſchen bei Coxe Austria V 58. Mitchell's State of Europe in 1755 with regard to England (Mitch. Pap. vol. 67 Brit. Mus.). Gachard in den Bulletins de l'Académie de Bruxelles XVII, 1 S. 378 ff.

er ferner die Subsidienverträge mit Sachsen, Baiern, Hessen und anderen Fürsten erneuere. Die holländischen und englischen Truppen nebst den Hessen und Österreichern, zusammen 70000 Mann, sollten die Niederlande gegen Frankreich vertheidigen: die Russen sollten zur kaiserlichen Armee stoßen und vereint mit dieser den preußischen Angriffen die Spitze bieten.

Das von Kaunitz dem Cabinete von St. James gestellte Ultimatum enthielt, wie damals treffend gesagt wurde, ein Nest von Subsidien und zwar so handgreiflich für Zwecke, die dem englischen Interesse frémd waren, daß man denken sollte kein Minister der britischen Krone hätte seinen Namen dazu hergeben mögen. Aber Georg II und seine Räthe waren so leicht nicht aus dem Gleise zu bringen, sondern traten volles Ernstes in weitere Verhandlungen über die österreichischen Vorschläge ein. Von Hessen, so lautete die Antwort an das kaiserliche Cabinet, stehe Seine Britische Majestät in Begriff 8000 Mann zur Vertheidigung der Niederlande in Sold zu nehmen: die Subsidienverträge mit Sachsen und Baiern sei sie bereit in Gemeinschaft mit der Kaiserin zu erneuern: ferner wolle sie alle Kosten übernehmen für ein von Rußland zu stellendes Corps von 50—60000 Mann, welches für die gemeinsame Sache verwandt werden solle. Dagegen forderte die englische Regierung von der Kaiserin zum Schutze der Niederlande, zugleich um damit einer von Frankreich etwa beabsichtigten Landung in England oder einem Angriffe auf Hannover entgegenzutreten, eine sofortige Verstärkung von 25—30000 Mann für die Niederlande, ungerechnet die Garnison von Luxemburg, als dem einzigen Mittel die Vereinigten Niederlande zur Mitwirkung zu vermögen; ferner die Aufstellung einer zweiten Armee zum Schutze von Hannover gegen Preußen.

Mittlerweile reiste Ende April König Georg II, Holderneſſe in seinem Gefolge, nach Hannover um die Verhandlungen zu beschleunigen: denn englische sowohl als französische Kriegsschiffe waren nach den amerikanischen Gewässern abgegangen und jeden Augenblick konnte ein Zusammenstoß erfolgen. Die Auskunft, welche Holderneſſe zu Brüssel von dem Gouverneur, Karl von

Lothringen, über die schwache Besetzung des Landes erhielt — sie betrug im ganzen nur 21000 Mann[1] — lautete wenig tröstlich und die Generalstaaten fanden darin einen nicht unwillkommenen Grund auch ihrerseits nichts zu thun. Indessen hatte Georg II Sir Hanbury Williams als seinen Gesandten nach Petersburg abgeordnet um die englisch-österreichisch-russische Tripleallianz, welche unmittelbar gegen Preußen gerichtet sein sollte, abzuschließen[2] und ließ die Verhandlungen über einen Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel durch Holderneſſe zum Abschluß bringen. Zugleich erklärte er sich unter dem 1 Juni gegen die Kaiserin dahin, sie möge die von ihm gestellten Bedingungen erfüllen, sonst könne er nicht mehr ihr Verbündeter sein und das ganze System von Europa müsse sich auflösen.

Aber die Drohung Georgs II that die erwartete Wirkung nicht: vielmehr nahm Kaunitz die ihm vorgehaltene Eventualität gleichgiltig auf und vergalt die Vorwürfe mit Vorwürfen. In der Antwort, welche er am 19 Juni ertheilte und Mr. Keith als Verbalnote übergab, weigerte sich die Kaiserin ihre Truppen aus dem Centrum der Monarchie zum Schutze der Niederlande, der Vereinigten Provinzen, Englands und des Kurfürstenthums Hannover marschieren zu lassen. Der beständigen Mahnung an die schuldige Dankbarkeit stellte sie die Erklärung gegenüber, daß die zu ihren Gunsten von den Seemächten ergriffenen Maßregeln von deren eigenen Interessen dictiert worden seien. Die Unsicherheit der Niederlande sei die nothwendige Folge des Verfahrens, welches die Mächte hinsichtlich des Barrierevertrags beobachtet hätten. Was die schlimmen Folgen des Verlustes der österreichischen Niederlande betraf, so ward einfach ausgesprochen: „obgleich wir es als ein Mißgeschick empfinden werden einen „Theil unserer Besitzungen zu verlieren, so können wir ein ge„ringeres Übel einem größeren vorziehen". Indessen um zu versuchen diesem verderblichen Zwiespalt ein Ende zu machen, fasse

[1] Schreiben Karls v. Lothringen an die Kaiserin 1755. Dec. 31. Bulletin de l'Acad. de Brux. a. a. O. S. 380.

[2] Seine Instructen vom 11 April 1755 s. Raumer Beitr. II 285.

die Kaiserin ihr Ultimatum dahin: sie sei bereit 25000 Mann in den Niederlanden zu halten, ungerechnet 12000 Mann Garnison in Namur und Luxemburg: jedoch unter der Bedingung daß England dazu fernere 20000 stelle und die Vereinigten Provinzen die im Barrierevertrag bestimmten Contingente oder zum mindesten 8000 Mann. Dagegen liege es Seiner Britischen Majestät ob, den vertragsmäßigen Beistand, welchen er der Kaiserin in seiner Eigenschaft als König wie als Kurfürst senden wolle, genau zu bestimmen: die angekündigten Subsidienverträge (mit Sachsen, Baiern u. s. w.) sobald als möglich abzuschließen: die russischen Truppen im britischen Solde zur Vertheidigung der Kaiserin gegen den König von Preußen zu verwenden: endlich alle erforderlichen Maßregeln zu ergreifen sich des Königs von Sardinien zu versichern, damit jedwede Ursache für die Ruhe Italiens zu fürchten gehoben sei. Nur unter diesen Bedingungen sollten die kaiserlichen Truppen in die Niederlande marschieren, und zwar sobald der kaiserliche Hof sichere Nachrichten erhalte, daß die 20000 Mann britischer Soldaten sich in Bewegung gesetzt hätten, und für die pflichtschuldige Ausführung der übrigen Bedingungen positive Zusicherung empfangen habe.

Es gieng also das österreichische Ultimatum, welches im stolzesten Tone gehalten war, darauf hinaus: wenn England etwa 100000 Mann fremde Truppen in Sold nehme und Österreich zur Verfügung stelle, dann werde die Kaiserin zu guter Letzt auch ihre Truppen in den Niederlanden um 16000 Mann verstärken und den Seemächten dieses Besitzthum ihres Hauses vertheidigen helfen. Was dabei die wahre Absicht des österreichischen Hofes sei sagte Kaunitz mündlich dem britischen Gesandten gerade heraus, als dieser ihn fragte, auf was für Grundlagen sein Monarch sich mit der Kaiserin werde verständigen können: „Mein Gott, wenn er den König von Preußen angreift“ [1].

Zu diesem Knappendienste aber waren weder Georg II noch seine Minister bereit. Sie mußten sich überzeugen daß der

[1] Coxe Austria V 64 „mon Dieu, en attaquant le Roi de Prusse“. Raumer Beitr. II 392. Vgl. Hertzberg Rec. I 251.

öſterreichiſche Hof zwar immer noch darauf ausgehe Englands Beihilfe zu gebrauchen, daß er aber jeder Gegenleiſtung für engliſche Zwecke ſich weigere. Deshalb gaben ſie auf dieſe Note keine Antwort. Ebenſowenig antwortete Kaunitz auf eine am 24 Juni, wenige Tage nach Abgang jenes Ultimatums, von Keith an ihn gerichtete Anfrage, ob die Kaiſerin Hannover im Falle es angegriffen würde beiſtehen werde, mit wie viel Truppen und binnen welcher Zeit; endlich ob die Kaiſerin den Subſidienvertrag mit Baiern erneuern und zu den Koſten des Marſches bairiſcher Truppen beitragen wolle. Er verwies einfach auf die von ihm gemachten Propoſitionen.

So war die Allianz, auf der das Gleichgewicht von Europa ſeit Generationen beruht hatte, aufgelöſt und England ſtand ohne Bundesgenoſſen Frankreich gegenüber. Aber mit der Unleugbarkeit dieſer Thatſache war noch kein beſſerer Rath gewonnen. Miniſtern wie Newcaſtle, Robinſon, Holderneſſe mangelte die geiſtige und ſittliche Kraft, welche dazu erfordert wird um an die Stelle eines hinfällig gewordenen Syſtems ein neues zu ſetzen. König Georg II, deſſen politiſcher Horizont von jeher ſeinen Pol in dem Bündniſſe mit Öſterreich gehabt hatte, fuhr gleichſam mechaniſch fort die Vorſchläge des Wiener Hofes auszuführen.

Damit wollte es nun aber gleich bei Baiern und Sachſen nicht glücken; es zeigte ſich daß die für die kurfürſtlichen Stimmen von England und Holland gezahlten Gelder unnütz weggeworfen waren. Was ihre Verwendung betraf, ſo friſteten ſich die arg zerrütteten bairiſchen Finanzen mit dieſen Zuſchüſſen während der Friedensjahre nothdürftig hin. In Sachſen benutzte ſie Graf Brühl um den Liebhabereien ſeines fürſtlichen Herrn für Oper und Ballet und Gemälde zu huldigen: es ſind damals Meiſterwerke italieniſcher Kunſt für die Dresdner Gallerie erworben worden. Aber jetzt, als mit der Erneuerung der Verträge auch entſprechende Leiſtungen ausbedungen werden ſollten, fanden die britiſchen Vorſchläge weder in Dresden noch in München Gehör: da man des Soldes einer fremden Macht nicht entrathen mochte, bewarb man ſich lieber um franzöſiſche Subſidien und durfte ſicher ſein keine Fehlbitte zu thun.

Dagegen wurden die seit sechs Jahren gehegten Entwürfe eines englisch-russischen Subsidienvertrags, welche bisher an den hohen Forderungen der kaiserlichen Minister gescheitert waren, endlich zum Abschluß gebracht. In Rußland hatte seit dem Tode der Kaiserin Anna die Wage geschwankt. Im Namen des unmündigen Iwan hatte Ostermann sich mit Friedrich II befreundet, aber bald Münnich und dem österreichischen Einflusse weichen müssen. Ihn und den Thron des unglücklichen Knaben stürzte wiederum mit Hilfe französisches Geldes die Czarentochter Elisabeth. Mit ihrer Thronbesteigung war auf lange Zeit staatsmännische Einsicht und Charakter aus der Regierung verbannt und es herrschte unter russischem Namen Trägheit und Gemeinheit. Im Innern des Reiches wie in den auswärtigen Beziehungen entschied als Kaiserin ein Weib, deren Gedanken von Putz und starkem Getränke, von Wollust und Laune beherrscht wurden, und die des Glaubens lebte durch Wallfahrten und andächtige Ceremonien als eine treue Tochter ihrer Kirche ihr zeitiges und ewiges Heil zu sichern. Ihr Urteil über Personen und Geschäfte bestimmten Kammerfrauen und Günstlinge, deren Bestechlichkeit weltkundig und ihr selbst nicht verborgen war. Zuerst unterhielt sie die freundschaftlichsten Beziehungen zu Friedrich von Preußen. Seinem Vorschlage gemäß erwählte sie im Jahre 1744 zur Gemahlin ihres Neffen und Erben Peter von Holstein-Gottorp die Prinzessin von Anhalt-Zerbst, die Tochter eines commandirenden preußischen Generals, und vermittelte die Vermählung des anderen Gottorpers, Adolf Friedrich, der auf ihre Forderung zum schwedischen Thronfolger erwählt war, mit Friedrichs Schwester Luise Ulrike.

Dies Verhältniß ward jedoch vorzüglich durch die Bemühungen von Bestucheff, der zur Würde des Großkanzlers emporstieg, noch im Jahre 1744 vollständig umgekehrt. Der französische Gesandte ward mit bewaffneten Geleite über die Grenze gebracht und die Beziehungen zu Preußen erkalteten: bald haßte die Kaiserin Friedrich II als ihren ärgsten Feind und bot ihre Hand zu jedem Bündnisse gegen ihn. Die österreichischen und sächsischen Gesandten nährten diese Stimmung mit dem schlauesten Intriguenspiel. Wir haben der Defensivallianz der beiden Kaiserhöfe,

welche am $\frac{22\ \text{Mai}}{2\ \text{Juni}}$ 1746 zu Petersburg geſchloſſen wurde, ſchon oben gedacht. In dem vierten geheimen Artikel dieſes Vertrages ward für den Fall, daß der König von Preußen entweder Öſterreich oder Rußland oder Polen angreife, der Kaiſerin Königin die Wiedererlangung von Schleſien und Glatz garantiert, und die verbündeten Höfe kamen überein gemeinſam Rath zu pflegen um die Gefahr eines Angriffs abzuwenden und ihre Geſandten an den fremden Höfen zu gegenſeitiger Vertraulichkeit anzuweiſen. Jede der beiden Mächte verpflichtete ſich 30000 Mann zu ſchleuniger Hilfleiſtung bereit zu halten und im Kriegsfalle 60000 Mann gegen Preußen zu verwenden. Der König von Polen erklärte ſein völliges Einverſtändniß mit dieſem Artikel und ſeinen Entſchluß eintretendes Falls zu dem angegebenen Zwecke mitzuwirken, wogegen er ſich im voraus ſeinen Antheil an der eventuellen Theilung Preußens ausbedang: aber in Betracht der gefährlichen Nachbarſchaft ſeines Gegners ſuchte er darum nach ihm den förmlichen Beitritt zu erlaſſen[1]. Dafür war ſein Miniſter Graf Brühl um ſo geſchäftiger den Haß gegen den preußiſchen König durch Zuträgereien aller Art zu ſchüren.

Der im Jahre 1748 auf Grund des engliſch-holländiſchen Subſidienvertrags erfolgte Einmarſch ruſſiſcher Truppen in das deutſche Reich blieb ohne weitere Folgen, da inzwiſchen der Friede zu Aachen geſchloſſen ward. Aber die Erbitterung des ruſſiſchen Hofes gegen Friedrich II trat immer offener hervor, namentlich ſeit dieſer die auf Eroberung des ſchwediſchen Finnlands gerichteten Pläne durchkreuzt hatte. Im December 1750 ward der ruſſiſche Geſandte angewieſen ohne Abſchied zu nehmen Berlin zu verlaſſen und natürlich brach ſofort auch Preußen den diplomatiſchen Verkehr ab. Im Mai 1753 ward zu Moskau in dem Geheimenrathe der Kaiſerin als leitender Grundſatz der ruſſiſchen Politik

[1] S. die Actenſtücke in dem Mémoire raisonné und deſſen deutſcher Ausgabe: gegründete Anzeige, Berlin 1756. Jenes iſt abgedruckt in Hertzberg's Recueil des déductions I 30 ff. und die Beilagen auch in den Oeuvres de Frédéric IV 42 ff. Vgl. meinen Aufſatz Graf Brühl und Friedrich der große in Sybel's hiſt. Zeitſchrift XV 116 ff. 1866.

feſtgeſtellt, ſich nicht nur dem ferneren Anwachſen des preußiſchen Staates zu widerſetzen, ſondern mit allen Kräften ihn auf den alten Fuß und in die mäßigen Umſtände zu ſetzen worin er war, ſei es daß der König von Preußen Hannover angreife oder daß Rußland ſelbſt den Krieg erkläre und anfange um dieſen unruhigen Nachbar im Zaum zu halten[1].

Indeſſen war Preußen vor einem ruſſiſchen Angriffe zunächſt ſicher, da die kaiſerliche Armee vernachläßigt und die tüchtigſten Männer, unter ihnen der Feldmarſchall Keith, beſeitigt waren um Creaturen Beſtucheffs Platz zu machen. Überdies waren die Finanzen durch ſchlechte Verwaltung und Unterſchleif zerrüttet. Ohne fremdes Geld konnte der ruſſiſche Hof kein Heer marſchieren laſſen. Daher bemühten ſich Maria Thereſia und ihre Miniſter unabläſſig Georg II in ſeinem Mistrauen gegen Preußen zu beſtärken und ihn dahin zu bringen an Rußland Subſidien zu zahlen. Wirklich trat dieſer am 30 October 1750 der öſterreichiſch-ruſſiſchen Allianz bei, aber mit ausdrücklicher Ausnahme der geheimen Artikel, welche ihm mitgetheilt worden waren[2]: er verhandelte auch über einen Subſidientractat, aber die ruſſiſchen Forderungen erſchienen ſo übertrieben, daß die Verhandlungen darüber nicht ſo bald zum Abſchluſſe kamen. Jetzt aber, im Sommer 1755, kam Sir Hanbury Williams als engliſcher Geſandter nach Petersburg mit ausgedehnten Vollmachten, um den Vertrag abzuſchließen und die Ruſſen, koſte es auch was es wolle, gegen Preußen unter die Waffen zu bringen. Da bedurfte es nur eines zündenden Funkens, und der Kampf um die Exiſtenz der preußiſchen Monarchie entbrannte.

---

[1] Hertzberg Recueil I 248 f. aus dem Berichte des ſächſiſchen Geſchäftsträgers Funck.

[2] Martens Recueil des traités Suppl. III, 26—30 (1807).

Drittes Capitel.

Ausbruch des Seekriegs zwiſchen England und Frankreich. Zuſtand des franzöſiſchen Hofes und Einleitung des öſterreichiſch-franzöſiſchen Bündniſſes.

Während in Europa noch die Waffen ruhten, war jenſeit des Oceans der Krieg zwiſchen England und Frankreich bereits in vollem Gange. Zwar tauſchten die Cabinette noch immer unfruchtbare Vergleichsvorſchläge aus: Newcaſtle fuhr fort ſeine friedfertigen Geſinnungen zu betheuern; die beiderſeitigen Geſandten, Albemarle in Paris (der zum Bedauern des franzöſiſchen Hofs in dieſer kritiſchen Zeit ſtarb) und Mirepoix in London empfiengen und gaben ſchmeichelhafte Zuſicherungen und waren eifrig bemüht den Riß zu vertuſchen.

Aber mit glatten Reden mochte man Höflinge und Weiber täuſchen; für die Sache trugen ſie nichts aus als daß die Worte der engliſchen Miniſter und die Handlungen der Regierung in ſchreienden Widerſpruch traten. Hinter den Miniſtern ſtand als oberſter Befehlshaber der Truppen in unverantwortlicher Stellung und von ſeinem Vater dem Könige hochgehalten der Herzog von Cumberland, entſchloſſen Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Noch im Februar 1755 traf General Braddock mit königlichen Truppen in Virginien ein und brachte vom Herzog von Cumberland die beſtimmte Weiſung mit, die feindlichen Forts anzugreifen: die franzöſiſche Regierung ſandte im Frühjahr ein Geſchwader mit Verſtärkungen nach dem Lorenzſtrom. Dieſem kam ein engliſches unter Boscawen zuvor und eröffnete den erhaltenen Befehlen gemäß am 8 Juni 1755 in den Gewäſſern von Neufundland den Angriff: zwei franzöſiſche Kriegsſchiffe wurden genommen, die übrigen gelangten nach Louisburg in Sicherheit. Auf dem Feſtlande von Amerika drangen die engliſchen Truppen und die Milizen an vier Puncten gegen Canada vor. Von Neuſchottland aus nahmen ſie die franzöſiſchen Forts auf der Landenge und

am andern Gestade der Fundybai: die dortigen französischen Ansiedler wurden vertrieben, das Gebiet des St. Johnsflusses gehörte seitdem den Briten. Dagegen erreichten die Angriffe, welche auf Fort Duquesne, auf Niagara und auf Crownpoint beabsichtigt waren, ihr Ziel nicht. Bei dem ersten Zuge, zu dem die besten Kräfte verwandt wurden, erlitt General Braddock am 9 Juli 1755 in den Wäldern des Monongahela eine Niederlage und wurde selbst tödlich verwundet; bei dem zweiten Zuge brachten die Engländer wenigstens Verstärkung nach Oswego, ihrem Hauptplatz am Ontariosee: im Gebiet der Seen S. Georg und Champlain endlich kämpften sie mit Glück — hier fiel am 8 September einer der tüchtigsten französischen Generäle, der Sachse Dieskau —; aber die Franzosen behaupteten ihre Posten und setzten sich auch in Ticonderoga fest. Den Winter über erfüllten Einfälle der mit ihnen verbündeten Indianer Virginien und Carolina mit Schrecken: viele englische Niederlassungen wurden verbrannt und die Bewohner ermordet. Noch fühlten die Franzosen sich militärisch überlegen und der neue Gouverneur de Vaudreuil, selbst in Canada geboren, war ganz der Mann dazu ihren Muth zu beleben: wenn Frankreich sie nicht im Stiche ließ waren sie des besten Erfolges sicher.

Inzwischen hatte die englische Regierung einen neuen Gewaltact ausführen lassen, der auch auf die europäischen Gewässer sich erstreckte: als Admiral Hawke Ende August mit der Canalflotte in See gieng, erhielt er Befehl alle französischen Schiffe aufzubringen, eine Maßregel von welcher, da keine Kriegserklärung vorausgegangen war, hunderte von Kauffahrern betroffen wurden. Über diesen Bruch des Völkerrechts herrschte in Frankreich allgemeine Entrüstung: während bisher der Handelstand den lebhaftesten Wunsch nach Fortdauer des Friedens gehegt hatte, kam jetzt jedermann überein daß der Krieg eine Sache der Nothwendigkeit sei.

Nur die französische Regierung schien anderer Meinung zu sein. Zwar rief sie nach Eingang der Nachricht von dem Seegefechte bei Neufundland ihren Gesandten von London ab, aber den Krieg erklärte sie nicht, vielmehr gab sie ein von ihrer Ma-

rine erobertes engliſches Kriegsſchiff wieder frei. Dieſes Verfahren, ſagte man, ſollte dazu dienen England zu beſchämen und die franzöſiſche Ehrenhaftigkeit vor Europa zu conſtatieren: in Wahrheit aber verbarg ſich unter dem Scheine des Edelmuths die Unfähigkeit zu einem männlichen Entſchluſſe, die feige Scheu vor jeder Anſtrengung und der Wunſch den Krieg, wenn er ja nicht zu vermeiden ſei, ſo lange als möglich hinauszuſchieben.

Es bedurfte neuer Gewaltſchritte von engliſcher Seite um das franzöſiſche Cabinet aus ſeinem Schlummer aufzuſchrecken. Nachdem im November die königliche Thronrede und die Adreſſen des Parlaments kundgaben, daß England nicht mehr an Frieden denke und bald darauf wieder ein franzöſiſches Kriegsſchiff genommen war, forderte Ludwig XV am 21 December noch einmal Rückgabe der gemachten Priſen und als die engliſche Regierung dieſe verweigerte, ordnete er am 23 Januar 1756 auch ſeinerſeits die Beſchlagnahme der engliſchen Schiffe an. Damit war die Thatſache des Krieges mit England anerkannt.

Daß die franzöſiſche Regierung den Fehdehandſchuh ſo zögernd aufnahm ſetzte Freund und Feind in Erſtaunen. Denn überraſchen konnte billiger Weiſe der Krieg niemand. Der letzte Friede war mit dem ſtillſchweigenden Vorbehalte geſchloſſen worden die amerikaniſche Frage in einem künftigen Kriege auszufechten. Die Sache war volksthümlich. Es galt für unbeſtreitbar, daß von dem Beſitze der amerikaniſchen Colonien die Entwickelung der franzöſiſchen Fiſcherei und Schiffahrt, das Gedeihen der Induſtrie und des Handels abhange, und ſo wenig auch der Hof ſich um die öffentliche Wohlfahrt kümmerte, der Ruhm in Amerika England überwunden und für Frankreichs Seemacht eine neue glänzende Periode begründet zu haben ſchien ſelbſt das verflachte Gemüth eines Ludwig XV reizen zu müſſen. Für die Colonien war der Friede weit gefährlicher als der offene Krieg, denn ſie hatten nicht die gewaltſamen Angriffe, ſondern den langſam aber ſtetig wirkenden Druck der britiſchen Anſiedelung und Betriebſamkeit zu fürchten. Bei einem kräftig geführten Kriege, unter einer anerkannt tüchtigen Leitung, mit der nöthigen Zahl königlicher Truppen, welche Frankreich leicht hergeben konnte, geſtützt auf den Kriegshafen

Louisburg und auf die Festungen am Lorenzstrom, im Bunde mit den kriegerischen Indianerstämmen, waren sie im Stande binnen wenig Jahren ihren Gegner zu überwältigen, dessen militärische Anstalten den französischen nicht von fern gleichkamen und dessen Milizen andauerndem Felddienste widerstrebten.

Dazu kam daß die allgemeine Lage von Europa für Frankreich so günstig wie nur möglich war. England war isoliert, ohne Bundesgenossen auf dem Continente, deren feindliche Haltung Frankreich vom Seekriege abziehen konnte; Frankreich dagegen war fast mit allen Mächten des Continents im besten Einvernehmen. Gegen Ludwig XIV standen die Seemächte und das Haus Habsburg im Bunde: jetzt verlangte Holland nichts weiter als Neutralität und der Wiener Hof buhlte um die Gunst des französischen. Eine Anzahl kleiner deutscher Höfe, unter ihnen die kurfürstlichen von Köln und Pfalz, zehrten von französischem Golde, andere wie Baiern und Sachsen waren lüstern danach. Preußen stand mit Frankreich in Defensivallianz und erklärte sich bereit dieses Bündniß, dessen Termin zu Ende gieng, zu erneuern. Der russische Hof schloß den Miethvertrag mit England, aber daß russische Truppen direct gegen französische operieren würden, war nicht zu fürchten. Es kam nur darauf an, wenn Rußland seine Grenzen überschritt, die unter sich wie mit Frankreich verbündeten Staaten Schweden und Preußen vereint agieren zu lassen und ihnen jeden möglichen Beistand zu gewähren. Der Wille dem bestehenden Bündnisse nachzukommen war in Preußen wie am schwedischen Hofe vorhanden. Friedrich II erkannte es für ein wesentliches Interesse Preußens zu verhüten daß Schweden keinen weiteren Abbruch durch Rußland erleide. Das schwedische Volk war voll Begier sich an den Russen zu rächen: der König von Schweden Adolf Friedrich von Holstein-Gottorp und seine Gemahlin Luise Ulrike von Preußen wußten daß die russische Kaiserin, welche früher ihre Thronfolge durchgesetzt hatte, jetzt diesen Schritt bereue und ihren Haß auf sie geworfen habe. Sie beide, vor allem die geistvolle und feurige Königin, sehnten sich nach Erlösung von der Knechtschaft, in der die Oligarchie des Reichsraths das Königthum und den Staat hielt, und sie hofften,

daß nach den traurigen Erfahrungen der letzten Zeiten diesesmal ein nationaler Krieg zur Herstellung der königlichen Würde und Macht beitragen werde. Die französische Regierung hatte mit Schweden im Jahre 1754 einen neuen Subsidienvertrag abgeschlossen und hielt die Führer der Majorität des Reichsraths in ihrem Solde; ein Abfall Schwedens von dem Bündnisse war daher vorläufig auch in dem Falle nicht zu besorgen, wenn diese Machthaber die Oberhand behaupteten. Zu einer wirksamen Diversion gegen Rußland konnte der französische Hof die osmanische Pforte vermögen, welche namentlich seit dem Frieden von Belgrad auf Frankreich fest vertraute und auch in den letzten Jahren die Zusicherung erneuert hatte, sobald die Russen Schweden bekriegten, gemäß ihrem im December 1739 mit Schweden geschlossenen Bündnisse Rußland angreifen zu wollen.

Auch Dänemark war in französischer Pflicht. Der regierende König Friedrich V hatte schon von seinem Vater einen Subsidienvertrag mit Frankreich überkommen und jüngst erst wiederum im Jahre 1754 erneuert. Früher mit einer Tochter Georgs II vermählt, war er nach deren Tode und einer neuen Heirat mit Juliane Marie von Braunschweig-Wolfenbüttel mit seinem früheren Schwiegervater völlig entzweit. Allerdings war auf eine offene Parteinahme Dänemarks gegen England nicht zu rechnen, denn das Land bedurfte des Friedens schon wegen seiner sehr belasteten Finanzen und die leitenden Minister, der schlaue Moltke und der eher zu England sich hinneigende Bernstorff, waren darauf bedacht neutral zu bleiben. Dieses Zuwarten war für Dänemark geboten, so lange das königliche Haus der Furcht lebte, es möchte die Gottorpsche Linie die ihr widerfahrene Beraubung rächen und ihr gebührendes Theil an Schleswig zurückfordern. Deshalb ward mit allen Mitteln dahin gearbeitet den Verzicht der Gottorper auf Schleswig und die Vertauschung ihres holsteinischen Antheils gegen Oldenburg nnd Delmenhorst zu erlangen. Adolf Friedrich hatte noch als Thronfolger von Schweden in einen Vertrag dieses Inhalts für die jüngere Linie gewilligt: aber der regierende Herzog Peter von Holstein-Gottorp war fest entschlossen sich seiner Rechte nicht zu entäußern, sondern sie geltend zu machen

sobald er den russischen Thron bestiegen haben werde. Diese Sorge nöthigte Dänemark vorläufig von feindlichen Schritten gegen Schweden gänzlich abzusehen. Die Republik Polen war längst in den europäischen Verwickelungen ein leidender Theil: ihre Cooperation kam nach keiner Seite in Anschlag. In ihrem Innern drängte für den Augenblick nichts zur Entscheidung: denn obgleich die Gefahr des Untergangs vor Augen stand, blieb alles beim alten und jeder Versuch schreiende Misbräuche abzustellen war umsonst: seit zwanzig Jahren war kein Reichstag mehr zu Stande gekommen. Übrigens hatte Frankreich eine starke Partei und manche patriotisch gesinnte Männer erwarteten dort Hilfe in der letzten Noth zu finden. Der königlich polnische Hof war durch Verwandschaft mit den Bourbonen verknüpft; August III hatte eine Tochter an den König beider Sicilien, eine andere an den Dauphin von Frankreich vermählt.

Von den jüngeren bourbonischen Häusern hatte Ludwig XV keinen Widerstand zu besorgen. Karl von Neapel wartete bedächtig der Zeit, da er sicher auf dem spanischen Throne sitzen werde, um dann mit England Abrechnung zu halten; sein Bruder Philipp von Parma, Ludwigs XV Schwiegersohn, setzte alle seine Hoffnungen auf Frankreich. Am Hofe ihres ältesten Bruders, des in Trübsinn versunkenen Ferdinand VI von Spanien, waltete zwar die Abneigung gegen das französische Cabinet vor. Daher gelang es die zwischen England und Spanien obwaltenden Irrungen wegen des Assiento durch den Vertrag von Madrid im Jahre 1750 zu erledigen: in gleichem Sinne ward im Jahre 1752 der Vertrag von Aranjuez mit Österreich und Sardinien geschlossen, durch welchen, zumal nach dem Beitritt des Königs beider Sicilien und des Herzogs von Parma, die Ruhe Italiens eine neue Bürgschaft erhielt. Aber wenn auch auf Spaniens Mitwirkung zum Kriege gegen England für den Augenblick nicht zu rechnen war, so konnte man doch gewiß sein, daß die Regierung jenes unglücklichen Fürsten sich zu keinem Acte der Feindseligkeit gegen Frankreich entschließen werde. Ein Bündniß mit England, um die See vollends unter britische Herrschaft zu bringen, war unmöglich nach den unaufhörlichen Streitigkeiten über

die spanischen Colonien, angesichts der englischen Besatzungen in Port Mahon und Gibraltar und bei der offenkundigen Freundschaft zwischen den Portugiesen und Engländern, endlich auch nicht zum geringsten Theile wegen der spanischen Rechtgläubigkeit, welche mit den Ketzern nicht gemeine Sache machen wollte.

Rechnete man zu all diesen Umständen den Zauber hinzu, mit dem der bloße Name Frankreichs damals in Europa wirkte, die große Zahl gewandter und erfahrener Diplomaten, ein sieggewohntes Heer, so durfte man mit Zuversicht sagen, daß die französische Regierung, wenn sie ihre Mittel richtig verwendete, auf dem Festlande keinen Feind zu scheuen brauchte. Wollte sie den Frieden in Europa erhalten um alle ihre Kräfte auf den See- und Colonialkrieg zu concentrieren, so war sie vor jedem Angriff auf dem Continente sicher. Denn niemand konnte zweifeln, daß Georg II und seine Räthe nicht daran dachten von den Niederlanden oder Hannover aus die Offensive zu ergreifen. Sie hatten keine größere Sorge als die, diese Länder und die britischen Inseln selbst gegen mögliche Invasionen zu decken und schlossen nur zu diesem Zwecke die Soldverträge mit deutschen Fürsten und der russischen Kaiserin ab. Von Österreich war es offenkundig, daß es nicht einmal zu ausreichender militärischer Deckung Belgiens Anstalt treffen wollte, geschweige denn daß es zu einer Diversion gegen Frankreich den Engländern die Hand geboten hätte. Man wußte am französischen Hofe sehr wohl daß der Kaiserin Maria Theresia nichts so sehr am Herzen lag als Schlesien wieder zu erobern. Aber damit hatte es vorläufig gute Wege. Friedrich der große war jetzt so gut wie früher allein im Stande Schlesien gegen die Österreicher zu behaupten. Wollte Frankreich jedoch für seinen Verbündeten ein übriges thun, so lag es in seiner Macht ihm die Truppen der deutschen Fürsten, welche im französischen Solde standen, gegen Österreich oder Rußland zur Verfügung zu stellen.

So günstig lagen die Umstände, wenn Frankreich auf dem Continente Frieden halten wollte, aber noch größere Vortheile durfte es sich versprechen, wenn es dem Seekriege durch eine Diversion zu Lande Nachdruck gab. Die für England empfindlichsten

Stellen waren Belgien und Hannover. Im vorigen Kriege waren die österreichischen Niederlande durch die französischen Waffen erobert; man hatte sie zum Schmerze des Heeres und der Nation zurückgegeben um dafür die verlorenen Colonialgebiete von England wiederzuerhalten und alle betheiligten hatten die Ausführung der dahin gehenden Bestimmungen garantiert. Um dieselben Colonien erneuerte sich der Krieg: wie nahe lag es, wenn man einen Vorwand suchte, das Unterpfand, dessen man sich im Frieden entäußert hatte, jetzt wieder zu nehmen. Der wehrlose Zustand, in welchem das sonst so hartnäckig bestrittene Belgien sich befand, lockte zur Eroberung und von dort nach Hannover gieng der Weg durch befreundete Territorien. Die Holländer konnte man durch Zusicherung der Neutralität und durch Handelsprivilegien gewinnen; zogen sie doch schon vor Ausbruch des Krieges ihre Besatzungen aus den Barrierepläßen zurück. Österreich war entfernt, und es galt den Versuch, ob es sich nicht zu einem Tausche seiner niederländischen Provinzen bestimmen lasse, etwa gegen Baiern, dessen Kurhaus am Erlöschen war und dessen künftige Erwerbung seit dem spanischen Erbfolgekriege ein Object der österreichischen Politik bildete. Im äußersten Falle konnte es durch Preußen beschäftigt werden. Was die Engländer betraf, so mangelte ihnen jede Operationsbasis um Belgien oder Hannover, wenn sie in raschem Anlaufe erobert waren, den Franzosen wieder zu entreißen. Und wenn man die Gesinnung Georgs II und seiner Minister erwog, so war mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß sie die Interessen der britischen Colonien preisgeben würden um Hannover wiederzuerlangen und Frankreich nicht zum Meister des Continents werden zu lassen.

Wer möchte leugnen daß in solchen Unternehmungen Frankreichs eine große Gefahr für England nicht allein, sondern in höherem Grade noch für Deutschland und damit für Preußen lag, dessen König, obwohl er durch die Umstände zur Allianz mit Frankreich genöthigt worden war, darum nicht minder die Gefahren der Übermacht Frankreichs mit wachsamer Sorge erwog. Gieng doch schon im Jahre 1742 sein Urteil dahin, daß selbst wenn er mit dem Könige von Großbritanien nicht Freund sei, die gute Politik

ihm nicht erlaube franzöſiſche Truppen in Hannover zu dulden[1]. Aber ganz ſo bedenklich wie im öſterreichiſchen Erbfolgekrieg, wo es daran war daß die Franzoſen ſich zu Herren und Meiſtern von ganz Deutſchland machten, konnte eine Diverſion der Franzoſen gegen Hannover während des jetzigen Seekrieges nicht erſcheinen. Überdies wußte Friedrich II zu gut, wie gefährliche Anſchläge der öſterreichiſche und ruſſiſche Hof, mit denen der engliſche bis dahin Hand in Hand gieng, gegen ſeinen Staat ſpannen, als daß er ſich ſo leicht hätte entſchließen ſollen das einzige Bündniß welches ihm einen Rückhalt gewährte aufzugeben.

Aber freilich alle die Vortheile, welche Frankreich vor England erringen konnte, hiengen ab von der Thatkraft und Entſchloſſenheit, mit der man ſich ihrer zu verſichern wußte, und wurden zu nichte an dem ſittlichen Bankerott des Hofes und der Regierung. In andern Ländern wurden alte Schäden getilgt und durch Geſetzgebung und Verwaltung das gemeine beſte befördert, jedoch in Frankreich, wo das Bedürfniß dringender und tiefer gefühlt ward als irgendwo ſonſt, nahm man höchſtens einmal einen ſchwachen Anlauf zu Reformen um bald wieder in die alten Misbräuche zu verfallen. Die innere Verwaltung war ohne Einheit und Kraft, voll Willkür und Ungerechtigkeit; mitten im Frieden herrſchten z. B. in der Provence die traurigſten Nothſtände und für ihre Abhilfe geſchah nichts. Nicht beſſer ſtand es mit Flotte und Heer. Der Marſchall von Sachſen hatte eine durchgreifende Neugeſtaltung des Heerweſens nach Art des preußiſchen für nothwendig erklärt und namentlich beſſere Verpflegung und Beſoldung der Mannſchaften gefordert. Statt ſeinem Rathe zu folgen vergab man die Offizierſtellen wie geiſtliche Pfründen nach Gunſt und Gnaden und überbürdete das Heer mit unnützen Höflingen. Die Herſtellung der Flotte wurde als eben der Friede geſchloſſen war nach einem großartigen Plane mit augenfälligem Eifer betrieben: aber bald ſtellte man den koſtſpieligen Schiffbau wieder ein als ſei man des ewigen Friedens gewiß, während England Jahr aus Jahr ein neue Fahrzeuge auf den Stapel legte. Jetzt, als die Noth drängte, gieng

[1] Ranke Preuß. Geſch. III 43, 1.

man ans Werk um das verſäumte nachzuholen und es zeigte ſich was Frankreich vermochte, wenn es ſich zuſammennahm: in einem Jahre wurden, freilich zum Theil aus grünem Holze, denn ältere Vorräthe hatte man nicht, fünfzehn Kriegsſchiffe fertig gebaut. Wenn man ſo fortfuhr konnte man noch immer mit Ehren beſtehen und Frankreichs maritime Stellung behaupten, aber bald brauchte man wieder das Geld für andere Zwecke nöthiger als für eine ſo widerwärtige Sache, wie dem Hofe der Krieg mit England war.

Der Grund des Ruins lag eben da, woher die Abhilfe kommen ſollte, in dem Könige und der Regierung. Von früher Jugend an hatte Ludwig XV ſich den Lüſten hingegeben und jeder ernſten Thätigkeit abhold die Langeweile welche ihn quälte durch immer neue Vergnügungen zu zerſtreuen geſucht. Durch den beſtändigen Sinnenreiz ward jedes edlere Gefühl ſeiner Seele abgeſtumpft, bis er endlich in elender Schlaffheit ſeine Perſon und ſeinen Staat der Leitung einer Buhlerin überließ, welche auch nachdem ihre Reize verblüht waren ihn als ſeine vertraute umgarnt hielt. Dies war Jeannette Poiſſon, verehelichte Madame d'Etioles und durch ihren königlichen Liebhaber Marquiſe de Pompadour. Vor ihr beugten ſich die Großen des Reichs wie die Stimmführer der Litteratur. Längſt hatte ſie bei der Ernennung der Miniſter und bei wichtigen Beſchlüſſen aller Art die Hand im Spiele: ſie traute ſich das Talent zu auch die europäiſche Politik nach ihrem Sinne zu lenken. Dabei waren ihre Triebfedern dieſelben welche ſie zur Meiſterin in den Künſten der Maitreſſe gemacht hatten, ihre Selbſtſucht und ihre Eitelkeit. Das Staatswohl und das Glück des Volkes kam für ſie nicht in Betracht. Mit Liſt und Klugheit verfolgte ſie ihren Weg; ſie beſtand nicht auf ihrer Meinung und drängte ſie den Miniſtern nicht auf, geſchweige denn dem Könige; ſie gab dem Widerſpruche nach, um wenn ihre Stunde gekommen war ſchließlich doch ihren Willen durchzuſetzen. Ihre Abſicht gieng dahin den Einfluß, welchen der Prinz Conti beim Könige hatte, zu beſeitigen und auf die Allianz mit der Kaiſerin Maria Thereſia ein neues politiſches Syſtem zu gründen, deſſen Seele ſie ſelbſt ſein würde.

Ludwig XV war nicht ohne Sinn für die Fragen der auswärtigen Politik und nicht ohne Intereſſe für das Getriebe der Diplomatie, ſo lange er mehr zuſchauen konnte als zum thätigen Eingreifen genöthigt war. Er wußte zu ſchweigen und die Zeit zu erwarten. Natürlich faßte er alles unter höfiſchen und dynaſtiſchen Geſichtspuncten auf: wo perſönliche Vorliebe oder Abneigung hinzukam, war er der größten Opfer fähig und in ſeiner Ungnade und ſeinem Haſſe unverſöhnlich. Niemals ward er von Grundſätzen der Staatskunſt beſtimmt, ſondern von einem engen Kreiſe leitender Ideen, an welche er ſeine königliche Ehre und ſein Seelenheil gebunden glaubte. Wenn er dieſe im Spiele glaubte, war er im Stande ſchnelle und kühne Entſcheidungen zu treffen und daran mit Zähigkeit feſtzuhalten. Aber wo es darauf ankam nicht nach flüchtigem Gutdünken oder Gemüthserregung, ſondern nach bedächtiger Erwägung der Gründe, nach Maßgabe der Wege und Mittel und allen Bedingungen des Erfolges einen Entſchluß zu faſſen und dieſem gemäß zu handeln, da trat ſeine Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit und der gänzliche Mangel ſittlicher Spannkraft zu Tage. Dem Cardinal Fleury hatte er ein unbegrenztes Vertrauen geſchenkt: nach deſſen Tode gab es keinen leitenden Miniſter mehr. Er wollte ſelbſt regierender König ſein wie Ludwig XIV, aber da er den Ernſt der Geſchäfte ſcheute, beförderte er nur die Cabale. Männer vom höchſten Range und Dienſterfahrung getrauten ſich ſelbſt in den dringendſten Fällen nicht mit dem Könige offen und freimüthig über Staatsangelegenheiten zu reden, weil es gegen die Etikette war, der ſie mit knechtiſcher Unterwürfigkeit ſich fügten: dafür klagten ſie um ſo bitterer im vertrauten Kreiſe.

Ludwig XV ſelbſt richtete neben der amtlichen Geſchäftsbehandlung durch ſeine Miniſter noch eine geheime Diplomatie ein, welche der Prinz Conti leitete. Sie hatte den Zweck die Miniſter zu controlieren und in gewiſſen Fällen eine andere Politik zu treiben als die, welche ſie als Beamte der Krone mit königlicher Genehmigung handhabten. Auf den Prinzen Conti war das lebhafteſte Intereſſe für Polen vererbt und mitten in einem Leben voll Ausſchweifungen verfolgte er doch mit Eifer

seinen Zweck eine künftige polnische Königswahl auf sich zu lenken. Zu diesem Ende arbeitete er seit Jahren daran die französische Partei in Polen zu verstärken, ein ewiges Bündniß der Republik mit der Türkei, mit Schweden und mit Preußen einzuleiten, und so die Herrschaft, welche mittelst des sächsischen Königshauses Österreich und Rußland in Polen ausübten, zu brechen. Er glaubte sich seinem Ziele nicht fern als der Seekrieg mit England ausbrach und Bündnisse mit Österreich sowohl als mit Sachsen in Aussicht genommen wurden, welche den Absichten des Prinzen schnurstraks zuwiderliefen.

Um so willkommener waren sie seiner Feindin der Marquise. Conti hatte die Pompadour durch eine andere Favorite zu verdrängen gesucht. Dies war nicht gelungen, die Pompadour behauptete den Platz, aber die Nähe der Gefahr zeigte ihr die Nothwendigkeit den Prinzen Conti ganz zu entfernen und um dem Hofe sicher zu gebieten auch die Politik zu beherrschen. Es gelang ihr zusehends. Das Ministerium war uneinig und ohne Kraft. Noch zählte es Mitglieder welche ihr widerwärtig und feind waren; um so ergebener zeigten sich andere, vor allen der Großsiegelbewahrer Machault und Rouillé, der Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten. Rouillé ward, nachdem er lange in finanziellen Ämtern gearbeitet und zuletzt das Ministerium der Marine bekleidet hatte, am 28 Juli 1754 in einem Alter von fünfundsechzig Jahren zum auswärtigen Ministerium berufen. Für diesen wichtigen Posten besaß er weder Talent noch Erfahrung. Seine Kenntniß der Geschichte und der Politik war dürftig: vergebens suchte er durch den hochfahrenden Ton, den er gegen tüchtige Untergebene und gegen fremde Gesandte annahm, die Blößen welche er sich gab zu verdecken. Ohne tiefere Einsicht und ohne festes System, nicht fähig einen selbständigen Entschluß zu fassen, folgte er einzig den Eingebungen der Pompadour, welche ihrerseits sich vorzüglich von dem Abbé Grafen Bernis berathen ließ.

Die Marquise scheute nichts mehr als den Krieg, weil dessen Ausbruch dem Kriegsminister d'Argenson, ihrem geschworenen Feinde, eine gewichtigere Stimme geben mußte und in das üppige Wohlleben des Hofes einen grellen Mißton brachte. Obgleich sie

alles aufbot durch immer neue Luſtbarkeiten jeden erſten Gedanken zu verſcheuchen, ſo verſank Ludwig XV doch öfters in trübe Stimmung und konnte ſich der Reue und der Sorge über den Gang der Dinge nicht völlig entſchlagen. Wie leicht konnte ein Krieg ihn aus dem Taumel aufſchrecken und Männer der That an das Ruder des Staates bringen. Deshalb hinderte ſie auf alle Weiſe den offenen Bruch mit England: ſie hatte ſich einmal in den Sinn geſetzt, man werde ſicherlich durch Mäßigung und rückſichtsvolles Betragen England beſänftigen und den Frieden erhalten. Namentlich ſeit dem Ende des Jahres 1754 machte ſie ihren Einfluß überall geltend. Ohne Vorbeſprechung mit ihr ward kein wichtiger Beſchluß über innere oder auswärtige Angelegenheiten gefaßt, oft ergriff ſie ſelbſt die Initiative. Unter ſolchen Umſtänden hielt ſie es an der Zeit den ſchon früher gehegten Plan eines Bündniſſes mit dem öſterreichiſchen Hofe wieder aufzunehmen. Damit war der Prinz Conti abgethan und Preußen, bisher der angeſehenſte Bundesgenoſſe Frankreichs, mußte in den zweiten oder dritten Rang zurücktreten.

Von jeher war König Friedrich der Pompadour zuwider. In den erſten Monaten ihres Glückes am Hofe, im Jahre 1745, hatte er Ludwig XV durch den Vertrag von Hannover empfindlichen Verdruß bereitet. In den folgenden Kriegsjahren erwies er Frankreich keinen directen Dienſt, ſondern wahrte jederzeit ſtolz ſeine Neutralität und ſeine Selbſtändigkeit. Von den Geſandten aller Höfe empfing die Pompadour Huldigungen, von keinem weniger als von dem preußiſchen. Es ſchmeichelte ihrer Eitelkeit in hohem Grade, daß Maria Thereſia ſich durch ihren Geſandten Grafen Starhemberg ihr Bildniß ausbat. Ein gleiches thaten die Brüder Friedrichs: aber der König ſelbſt ließ ſich zu einer ſolchen Bitte ſo wenig als zu irgend einer andern Aufmerkſamkeit herab, vielmehr wurden ihr beißende Spötteleien deſſelben über ſie und ihren Herrn hinterbracht. Von Kindesbeinen an hatte Friedrich nie einen guten Witz oder eine treffende Spitze zurückhalten mögen: weder die Schläge ſeines Vaters noch ſo mancher viel ſchmerzlichere Streich, welchen gereizte Empfindlichkeit gegen ihn und ſeinen Staat führte, konnten die angeborene Neigung unterdrücken.

Gerade hierin fühlte er sich geistesverwandt mit Voltaire, dessen leichtes glänzendes Talent und Formgewandheit ihn in solchem Grade fesselte, daß er sich trotz der schlimmen Erfahrungen, die er mit diesem seinem litterarischen Lehrmeister machte, nie völlig von ihm losriß. Es ist bekannt, wie übel Voltaires Aufenthalt am preußischen Hofe ablief. Für die erfahrene Kränkung nahm Voltaire boshafte Rache, indem er der Pompadour Spottgedichte, welche der König auf sie gemacht hatte, in Abschrift zufertigte; bald darauf ließ er sie mit den übrigen Poesien Friedrichs, welche das als Manuscript gedruckte Exemplar enthalten hatte, nachdrucken. Der ganze Kreis von leichtfertigen Schöngeistern, der sich um die Favorite drehte, namentlich der Abbé Bernis, war darin arg mitgenommen und entbrannte vor Zorn über die scharfen Stiche des fürstlichen Schriftstellers. Manches gesprochene oder nicht gesprochene Wort, das Voltaire in Umlauf setzte, steigerte noch die Erbitterung: am tiefsten mochte die Pompadour die Verachtung reizen, mit der Friedrich, als sie ihn durch Voltaire ihrer Verehrung versichern ließ, erwiedert hatte: „ich kenne sie nicht" — „je ne la connois pas". Er sollte sie kennen lernen.

Denn um Bundesgenossen war der Hof von Versailles nicht verlegen: wenn Preußen seine Gunst verscherzte, so bewarb sich der Kaiserhof um so eifriger an dessen Stelle einzutreten. Die französischen Gesandten, Marquis de Hautefort und nach ihm Marquis d'Aubeterre — 'einer der liebenswürdigsten Menschen, die man sehen kann, ein gereifter Franzose', wie ein preußischer Berichterstatter sagt — wurden in Wien mit ausgesuchter Auszeichnung behandelt. Die Kaiserin sprach gegen sie offen aus, wie sehr sie ein Bündniß mit dem Könige von Frankreich wünsche. Statt wie bisher durch ihre Zwietracht den Frieden von Europa zu stören, seien Österreich und Frankreich vielmehr berufen vereint den Frieden zu erhalten und, wenn eine Macht zweiten Ranges ihn störe, diese in engere Grenzen zurückzuführen. Das galt Preußen. „Ich habe der Ruhe von Europa meine theuersten „Interessen zum Opfer gebracht und Schlesien abgetreten," sagte sie einst zu Hautefort, „aber wenn je zwischen ihm und mir der Krieg „wieder entbrennt, so trete ich in alle meine Rechte wieder ein

„oder ich gehe darin unter, ich und der letzte meines Hauſes.“ Zwar für den Augenblick, verſicherte ſie, habe ſie nicht die Abſicht um Schleſiens willen wieder Krieg anzufangen: aber ſie hatte des Kummers um dieſe Provinz ſo wenig Hehl als der Abſicht ſich ihrer wieder zu bemächtigen, ſobald die Umſtände im Laufe der Zeit ſich günſtig geſtalteten[1].

Den Plan des Bündniſſes mit Frankreich hatte Maria Thereſia ſelbſt mit dem Grafen Kaunitz entworfen[2] und die ganze Sache ruhte jahrelang in ihrer Hand, ohne daß andere Räthe oder der Kaiſer ins Vertrauen gezogen wurden. Schon auf dem Aachener Congreſſe machte Kaunitz dem Grafen St. Severin Anträge in dieſem Sinne und knüpfte mit deſſen Gönnerin der Marquiſe de Pompadour eine Correſpondenz an. So ungern die Kaiſerin ihren tüchtigſten Miniſter entbehren mochte, jede andere Rückſicht trat vor dem Wunſche zurück den Hof von Verſailles zu gewinnen: deshalb gieng Kaunitz im Jahre 1751 ſelbſt als Botſchafter nach Frankreich. Seine Vorſtellungen, welche durch genaue Kenntniß der deutſchen und der europäiſchen Verhältniſſe unterſtützt wurden, verfehlten nicht bei den franzöſiſchen Miniſtern Eindruck zu machen: aber die Kluft, welche die Intereſſen des öſterreichiſchen Hauſes und Frankreichs trennte, war durch den zweihundertjährigen Gegenſatz zu ſehr befeſtigt, als daß ſie es verantworten mochten auf ein Bündniß einzugehen, welches ſtatt den Frieden zu ſichern nur neuen Krieg und zwar zum Vortheile des ſo lange bekämpften Gegners in Ausſicht ſtellte. Wenn daher auch das Einvernehmen mit Preußen vorübergehend erſchüttert ward, bald ſchien es von neuem hergeſtellt. Zwar war Madame de Pompadour ganz für die öſterreichiſche Allianz eingenommen, aber die Miniſter mit denen ſie die Sache erwog, ihre eigenen Creaturen, widerſprachen ihr ſo entſchieden daß ſie es nicht wagte dem Könige einen Plan vorzulegen, gegen den im ganzen Geheimenrath nur eine Stimme

[1] Hauteforts Bericht vom 24 Oct. 1750 (Schloſſer II[3] 297) Huſchberg-Wuttke S. XLIV. Duclos mém. secr. II 103 f.

[2] Vgl. Stainvilles Bericht an Bernis vom 25 Aug. 1757. Die Kaiſerin ſagte von der franzöſiſchen Allianz: je suis la première avec Kaunitz qui l'aie desirée.

sein werde. Sie fürchtete ihre Stellung zu gefährden und erklärte daher Kaunitz, man müsse eine gelegenere Zeit abwarten.

Kaunitz war weit davon entfernt die Sache übereilen zu wollen: daß eine günstige Stimmung erweckt und die ersten Schritte zu einem engeren Verhältnisse gethan waren, galt ihm schon als ein nicht geringer Gewinn. Er blieb noch auf seinem Posten, scheinbar ohne irgend ein wesentliches Geschäft: seine Rede war, er sei nur deshalb nach Frankreich gekommen um dem Könige und der Marquise den Hof zu machen. Dem äußeren Scheine nach zu urteilen hatte seine Mission kein weiteres Resultat, als daß die beiden Höfe seitdem auf freundlicherem Fuße mit einander verkehrten und öfters Geschenke mit einander tauschten. Nicht anders verhielt sich Graf Georg von Starhemberg, der im Jahre 1753 an die Stelle von Kaunitz trat. Ohne im Augenblick eine bindende Erklärung zu fordern behauptete er die Gunst der Madame de Pompadour und bestärkte sie in dem Verlangen das Bündniß mit Österreich endlich doch durchzusetzen. Der beginnende Seekrieg brachte auch für diese Frage die Entscheidung.

Inzwischen arbeitete Kaunitz in Wien als Haus-, Hof- und Staatskanzler darauf hin das politische System, zu dessen Durchführung Frankreich an seinem Theile mitwirken sollte, nach allen Beziehungen einzuleiten und zu begründen. Wer nur das geckenhafte äußere dieses Ministers sah und von den Thorheiten hörte, mit denen er halbe Tage zubrachte, mochte denken daß er in lauter Frivolität aufgehe: aber wer genauer beobachtete und durch die seltsame Hülle hindurchdrang, mußte in Kaunitz einen Staatsmann erkennen von scharfem methodischem Verstande, von festen Grundsätzen und von beharrlicher Willenskraft. Maria Theresia wußte ihn nach Gebühr zu schätzen und ehrte ihn durch rückhaltloses Vertrauen und zarte Aufmerksamkeit. So sehr die Kaiserin auch sich selbst beherrschen lernte, so entsprang doch immer ihre Staatskunst zum guten Theile aus dem Gemüthe und ward von unmittelbaren Impulsen, von Haß und Vorliebe bestimmt. Kaunitz dagegen gab keiner Leidenschaft Raum: er brachte Regel und Methode in die österreichische Politik und entwarf mit der nüchternsten Erwägung das System, auf welchem

ſeiner Überzeugung nach die Größe des Kaiſerhauſes beruhte. Darum gieng er mit der Zuverſicht des Meiſters an das Werk, zu dem er ſich berufen wußte.

Durch Kaunitz erhielt das auswärtige Miniſterium am öſterreichiſchen Hofe erſt ſeine wahre und volle Bedeutung. Bei der bisherigen collegialiſchen Behandlung der Geſchäfte hatten in der That ſubalterne Referenten die wichtigſten Entſcheidungen beherrſcht, und den fremden Geſandten fiel es nicht ſchwer von Verhandlungen und Beſchlüſſen Kenntniß zu erhalten. Dagegen arbeitete Kaunitz als Chef mit wenigen von ihm erprobten Beamten ſeiner Wahl und gab dem Miniſterium Einheit und undurchdringliche Verſchwiegenheit. Jetzt konnte die diplomatiſche Kunſt mit ſicherer Berechnung auf ihre Ziele losſteuern und der endliche Erfolg ſchien keinem Zweifel zu unterliegen. Aber die Meiſterſchaft der formalen Methode, welche Kaunitz wie kein anderer beſaß, macht noch nicht einen großen Staatsmann, ſondern die Tiefe, Einfachheit und Wahrheit der politiſchen Gedanken, und dieſe vermiſſen wir bei ihm. Ebenſo wie Kaunitz für ſeine Perſon ſchlimmer als das Gift jeden friſchen Luftzug fürchtete, war auch ſein politiſches Syſtem nicht ein geſundes, aus den natürlichen Lebensbedingungen der unter dem habsburgiſchen Scepter vereinigten Völker entſprungenes, ſondern ein Treibhausgewächs, welches den Keim des Verderbens ſchon in ſeiner Wurzel trug.

Sein Hauptaugenmerk richtete Kaunitz auf die deutſchen Angelegenheiten. Die Auflöſung des Reichskörpers betrachtete er als unausbleiblich und als nahe bevorſtehend: die Vorſtellung aber, daß das deutſche Volk mit dem Falle ſeiner alten Verfaſſung nicht untergehen, ſondern ſich verjüngen und nach neuen Formen ſeines ſtaatlichen Daſeins ringen werde, lag völlig jenſeit ſeines Horizonts. Für ihn handelte es ſich nur darum aus den Trümmern des Reiches ſo viel zu retten um das Übergewicht des öſterreichiſchen Hauſes zu behaupten und zu befeſtigen. Das konnte geſchehen theils durch Abrundung ſeiner Territorien und neue wohlgelegene Erwerbungen, theils indem man die katholiſchen Höfe in immer engere Verbindung mit dem Kaiſerhauſe zog und das Mistrauen der Proteſtanten nach Möglichkeit beſchwichtigte.

Im Reiche war für diese Pläne kein Gegner zu fürchten außer Preußen; dieses aber stand überall im Wege. Die Einverleibung Schlesiens in den preußischen Staat brachte Österreich nicht nur um eine reiche Provinz, sondern sie gab auch den Protestanten in Deutschland ein erhöhtes Gewicht und drohte die bisherige Stellung der Parteien zu ändern. Seit dem Ausgange des sechzehnten Jahrhunderts hatte die österreichische Dynastie aufgehört unter den Religionsparteien zu vermitteln und den Frieden zu erhalten und war statt dessen auf die Unterdrückung der Protestanten in ihren eigenen Territorien wie außerhalb derselben ausgegangen. Im Prager und westfälischen Frieden behielten Österreich und Baiern außer der Rheinpfalz alles was sie in den ersten Jahren des dreißigjährigen Krieges den Protestanten entrissen hatten. Auch nachher blieben Beeinträchtigungen nicht aus; dazu wurden zwei Kurhäuser, Pfalz und Sachsen, katholisch, während die Protestanten keinen Zuwachs erfuhren. Da erhob sich durch die Erwerbung von Schlesien Preußen zu einer protestantischen Macht auf dem Continente; die evangelische Kirche war in einer Provinz, in der sie fast verloren schien, gerettet und die Siege Friedrichs hoben nicht Preußen allein, sondern das ganze protestantische Deutschland aus dem Stande der Demüthigung und Duldung zu stolzem Selbstgefühl empor. In den österreichischen Landen ward auch unter Maria Theresia das System der Unterdrückung der Protestanten beibehalten; im Reiche gieng damals die Politik des Kaiserhofes dahin, zwar den Gedanken an einen Religionskrieg nicht aufkommen zu lassen, überhaupt niemand um seines Bekenntnisses willen zu verfolgen, aber eben so wenig den Protestanten über diesen Stand der Gnade hinaus eine selbständige Macht zu gestatten. Demgemäß waren Maria Theresia und Kaunitz — denn der Kaiser Franz blieb diesen Plänen vorläufig fremd — darin einverstanden, daß der preußische Staat aufgelöst und zerstückelt werden und daß vor allem andern Schlesien an Österreich zurückfallen müsse. Nicht allein daß diese Provinz für die katholischen Interessen hochwichtig erschien[1], sondern Preußen

[1] Maria Theresia's Schreiben an Card. Fleury v. 21 April 1741. Arneth M. Th. erste AA. I 192.

beherrschte mit derselben auch die Verbindung von Sachsen und Polen und gefährdete Sachsen selbst. Wenn Friedrich II dieses Land, das er schon einmal in Händen hatte, eroberte und die brandenburgischen Fürstenthümer in Franken, welche auf wenig Augen standen, mit seinen Staaten verband, so war Österreich vom Reiche so gut wie ausgeschlossen. Deshalb mußten die unruhigen und aufstrebenden Hohenzollern auf die Mark Brandenburg beschränkt und für immer unschädlich gemacht werden.

In Polen wucherte der Haß der Parteien üppig fort und jede Seite suchte durch fremden Einfluß sich zu verstärken. Wohl war es ein Wunsch der Kaiserin daß die nächste Königswahl auf ihren Schwager Karl von Lothringen oder einen ihrer jüngeren Söhne fallen möge. Aber die Aussichten darauf waren so unsicher, daß die österreichische Regierung sich auch andere Combinationen gefallen ließ und namentlich der von dem sächsischen Hause erstrebten Erblichkeit nicht entgegentrat. Darüber mochte in der Zukunft entschieden werden: für jetzt war die Hauptsache, daß man mit dem sächsisch-polnischen wie mit dem russischen Hofe in dem Hasse gegen Friedrich II eines Sinnes war. Von ihnen also war keine Störung des österreichischen Systems, sondern thätiger Beistand zu erwarten.

Der Gegner, den der österreichische Hof zu fürchten hatte, war Frankreich. Bei jeder polnischen Königswahl, in der Türkei, in Italien, in den Niederlanden, in Deutschland stand diese Macht Österreich gegenüber: ihre Diplomatie, ihr Geld und ihre Heere durchkreuzten von jeher die Pläne des habsburgischen Hauses. Dieser Widerstreit der Habsburger und Bourbonen hatte die Geltung eines unumstößlichen Princips gewonnen, welches eine Generation von Fürsten und Staatsmännern der andern überlieferte.

Aber sollte es drum nicht möglich sein ein anderes System auszudenken, welches sich statt auf die Zwietracht der beiden Höfe, auf ihre Einigkeit gründete? Wenn dies gelang, wenn Österreich und Frankreich sich verständigten und zusammenwirkten, waren die beiden Mächte jedem Gegner überlegen und lenkten die Geschicke Europas nach ihrem Belieben. Im Reiche hörte die Spal-

tung auf: die Höfe welche Frankreich besoldete dienten fortan ebensowohl wie die dem Kaiserhause ergebenen Reichsstände den habsburgischen Zwecken; die militärischen wie die diplomatischen Kräfte, welche sich jetzt an einander rieben, wirkten dann auf den einen Feind und mußten in raschem Anlaufe ihn überwältigen.

Um dieses Ziel zu erreichen galt es eine Basis zu finden, auf der die habsburgischen und bourbonischen Interessen sich vereinigten, und eine solche war durch die Geschichte beider Dynastien gegeben. Die eine wie die andere hatte so weit ihr Arm reichte bei ihren Unterthanen den Protestantismus unterdrückt und die Katholicität gewaltsam hergestellt. Damit begründeten sie einen natürlichen Gegensatz zu den protestantischen Mächten, und wenn dieser auch um politischer Rücksichten willen oft genug verdeckt war, so trat er doch wie schon in den Zeiten Karls V so auch später mehrmals wieder zu Tage, namentlich bei dem Ryswijker Friedensschlusse und neuerdings im Verlaufe des polnisch-lothringischen Kriegs. Mit dieser innern Geschichte beider Dynastien, durch welche sie die katholischen Großmächte geworden waren, trafen die persönlichen Tendenzen der Monarchen zusammen. Maria Theresia war eine fromme, eifrige Katholikin und sah im Protestantismus nur Abfall von Gott. Weil der französische Hof katholisch war, hatte sie nach ihrer Thronbesteigung zu ihm das beste Zutrauen gehabt, und so bitter sie enttäuscht ward, achtete sie es dennoch auch fernerhin einem Glaubenssatze gleich sich seine Freundschaft zu erwerben. Ludwig XV vermeinte die Menge seiner Sünden durch fromme Werke decken zu können und hielt sich der ewigen Gnade versichert, wenn er nach dem Vorbilde seiner Ahnen die Ketzerei vertilgte. Gerade damals, vorzüglich in den Jahren 1754 und 1755, waren die Häscher gegen die „Prediger der Wüste" und gegen angesehene Bekenner des Evangeliums in eifriger Thätigkeit; Geistliche wurden gehängt und Greise auf die Galeeren geschleppt. Je tiefer der König in Unsittlichkeit versank, um so eifriger ward seine Devotion, und die Verbindung mit protestantischen Fürsten beschwerte sein Gewissen.

Graf Kaunitz war nichts weniger als von kirchlichem Eifer

beseelt: ihm galt es nur das politische Princip, welches sich auf die katholischen Tendenzen der Monarchen begründen ließ. Kamen diese zu dem Entschluß sich mit einander zu verbünden, so erschien ihm die Verständigung über die zwischen Österreich und Frankreich obwaltenden Differenzen nicht allzu schwierig. Die wesentlichen Objecte des Streites bildeten Italien und Belgien. Daß in Italien das Haus Lothringen im Besitz von Toscana bleibe, lag im Interesse Frankreichs, damit nicht die Ansprüche auf das Stammland wieder auflebten, welches damals Frankreich noch nicht förmlich einverleibt war. Die Niederlande aber konnte man dem bourbonischen Hause anbieten unter der Bedingung der Beihilfe zur Eroberung von Schlesien. Damit erreichte Ludwig XV, was früheren Feldherrn und Staatsmännern in Frankreich als das höchste Ziel des Ruhmes gegolten hatte, und bot den Seemächten die Stirn; Österreich aber ward in den Stand gesetzt den Nebenbuhler im Reiche zu vernichten.

Freilich ließ sich gegen diesen Plan einwenden; Frankreichs Übermacht möge dadurch zum Schaden wie des deutschen Reiches so auch Österreichs erhöht werden, und England, von Österreich verlassen, könne sich mit Preußen verbinden. Aber Kaunitz ward durch solche Bedenken an seinem System nicht irre. Er kannte die innern Schäden des französischen Hof- und Staatswesens und fürchtete das Wachsthum der französischen Macht nicht; ja im Gegentheil hielt er sich überzeugt, Frankreichs Geltung werde nicht wachsen, sondern eher abnehmen, sobald es im Reiche nicht als selbständige Macht für die Gegner des österreichischen Hauses, sondern nur subsidiarisch für österreichische Zwecke mit Geld und Truppen wirke. Ferner deckte sich Österreich durch sein Einvernehmen mit Sachsen und Rußland. In Petersburg hatte Graf Nicolaus Esterhazy, der österreichische Botschafter, die entscheidende Stimme: der Bruch aller diplomatischen Beziehungen mit Frankreich bestand noch fort. Der Wiener Hof that vorläufig nichts ihn zu heben, sondern hielt vor dem französischen Hofe die mit dem russischen und polnischen und vor diesen wiederum die mit Frankreich gepflogenen Verhandlungen geheim. Im schlimmsten Falle, wenn das Bündniß mit Frankreich sich nicht bewähren sollte,

hoffte Kaunitz an jenen nordischen Höfen einen Rückhalt zu finden. Übrigens schien der unmittelbare Gewinn, den die Begründung einer österreichisch-französischen Allianz gegen Preußen dem Kaiserhause bringen sollte, von so entscheidender Bedeutung zu sein, daß dafür kein Opfer zu groß erachtet werden dürfe.

Was endlich England anbetraf, so bemühte sich wie wir gesehen haben der österreichische Hof fortwährend den Widerwillen und Argwohn König Georgs II gegen Preußen zu nähren und britisches Geld für österreichische Zwecke zu erlangen, und bisher nicht ohne Erfolg. Noch im Jahre 1755 war Hannover ein Mittelpunkt feindseliger Machinationen gegen Preußen, wie das russische Bündniß darthat. Aber zu gleicher Zeit von England Dienste empfangen und um Frankreichs Gunst werben war nicht mehr möglich, als diese Mächte in offenen Krieg geriethen: jetzt mußte Österreich für die eine oder die andere Macht sich entscheiden. In der Zuversicht daß ihr das französische Bündniß nicht entgehen werde wandte sich Maria Theresia von England ab. Sie weigerte sich irgend einen Schritt zu thun, der Frankreich beunruhigen konnte, und stellte in ihrem Ultimatum an England so übertriebene Forderungen, daß sie zu erfüllen unmöglich war.

Das Verfahren der österreichischen Regierung war nicht allein dem englischen, sondern auch den andern Cabinetten unerklärlich, denn noch schien sie des englischen Bündnisses nicht entrathen zu können. Bis dahin verrieth auch dem kundigen und aufmerksamen Beobachter nichts eine Änderung der französischen Politik. Nach wie vor empfieng König Friedrich von Preußen die geheimsten Mittheilungen und sein Gesandter genoß das besondere Vertrauen welches dem Vertreter eines befreundeten Monarchen gebührte.

An die Stelle des Grafen Marischal war als preußischer Gesandter am französischen Hofe im Jahre 1754 Dodo Heinrich Reichsfreiherr zu Inn- und Knyphausen getreten, ein junger Mann, der vermöge seiner Talente und Leistungen zu den vorzüglichsten Diplomaten gezählt werden muß, welche Preußen je gehabt hat. Knyphausen stammte aus einem alten Hause friesischer Edlen und Häuptlinge, welches seit dem sechzehnten Jahrhunderte eine Reihe angesehener Generale und Staatsmänner in oranischen,

ſchwediſchen, ſpäter brandenburgiſchen Dienſten hervorbrachte. Dodo I war einer der ausgezeichnetſten Generale Guſtav Adolfs. Sein Enkel Dodo II trat in den Dienſt des großen Kurfürſten und erhöhte als Kammerpräſident den Ertrag der Domänen zum größten Vortheil für den Staat. Nach ſeinem Tode im Jahre 1698 gieng der größere Theil der in der Familie noch erhaltenen oſtfrieſiſchen Stammgüter auf den älteren Sohn über: der jüngere Friedrich Ernſt erwählte den preußiſchen Staatsdienſt und bekleidete namentlich unter König Friedrich Wilhelm I die wichtigſten diplomatiſchen Miſſionen. Im Jahre 1725 zum Staats- und Cabinetsminiſter ernannt bot er als ſolcher alles auf um die Doppelheirat zwiſchen dem engliſchen und preußiſchen Königshauſe durchzuſetzen und erwarb ſich das vorzügliche Vertrauen der Königin. Als dieſer Plan durch die Intriguen Seckendorffs und Grumbkows vereitelt ward und der Kronprinz Friedrich für ſeinen Eigenſinn und die verſuchte Flucht büßen ſollte, ergieng den 28 Auguſt 1730 an Knyphauſen die königliche Weiſung um ſeine Dimiſſion nachzuſuchen, die ihm übrigens in Gnaden ertheilt wurde, und ſich mit ſeiner Familie nach der Commanderie Lietzen zu begeben. Damit endeten ſeine ſechsunddreißigjährigen Staatsdienſte. Er ſtarb ſchon im nächſten Jahre und hinterließ ſeiner Wittwe, einer Tochter des früheren Miniſters von Ilgen, die Sorge für eine zahlreiche Familie. Den älteſten Sohn führte ein jugendliches Abenteuer in die Fremde nach Batavia; der zweite, Dodo Heinrich, geboren am 3 Auguſt 1729, betrat die diplomatiſche Laufbahn. Zuerſt wurde er als Geſandtſchaftsſecretär dem preußiſchen Geſandten in Stockholm, von Rohd, beigegeben, darauf dem Grafen Mariſhal, als dieſer im Jahre 1751 den Poſten eines preußiſchen Geſandten in Paris übernahm.

An der Seite dieſes edlen und vielerfahrenen Mannes, dem er ſtets das dankbarſte Andenken bewahrte, bildete ſich Knyphauſen zum Diplomaten aus und gewann nicht allein ſein Vertrauen ſondern auch die volle Zufriedenheit des Königs und der Miniſter Podewils und Finckenſtein. Als Graf Mariſhal wegen ſeines Alters und abnehmenden Gedächtniſſes der Geſandtſchaft nicht mehr vorzuſtehen vermochte, wurde er zunächſt, im November

1753 ermächtigt ſich von Knyphauſen vertreten und durch dieſen die regelmäßigen Berichte erſtatten zu laſſen. Wenige Monate darauf rief König Friedrich II den Grafen Mariſhal von der Geſandtſchaft ab[1] und übertrug ihm den Ruheposten eines Gouverneurs von Neuenburg; an ſeiner ſtatt ward Knyphauſen in dem jugendlichen Alter von fünfundzwanzig Jahren bevollmächtigter Miniſter am franzöſiſchen Hofe. Durch die Lebendigkeit und Schnellkraft ſeines Geiſtes, ſeine feine Bildung und angenehmen Formen, ſeinen edlen Geſchmack und ſeinen Kunſtſinn gewann er die Gunſt der höheren franzöſiſchen Geſellſchaft und die Zuneigung der angeſehenſten Männer; ſeine wachſame Umſicht, ſeine klare und ſcharfe Auffaſſung und ſein nach Mariſhals Urteil bewundernswürdiges Gedächtniß verlieh ſeinen Berichten einen ausgezeichneten Werth. König Friedrich lohnte ihm durch ſein Vertrauen, verſäumte jedoch nicht, ſo oft in den erſten Jahren ſeine Relationen ihm oberflächlich und gehaltlos erſchienen, ihn mit ſtrenger Rüge auf die weſentlichen Gegenſtände hinzuweiſen, denen er ſeine Aufmerkſamkeit zuwenden ſollte[2]. Die großen Dienſte, welche Knyphauſen bald dem preußiſchen Staate zu leiſten Gelegenheit fand, hoben ſein angeborenes Selbſtgefühl und gaben ihm das Recht nicht bloß des Königs Befehle zu vollziehen und ihm auf das freimüthigſte zu berichten, ſondern auch Rathſchläge zu ertheilen, welche jederzeit ſorgfältig erwogen und oft befolgt wurden.

Knyphauſen war durchdrungen von der Wichtigkeit der franzöſiſchen Allianz für Preußen, und obwohl er die Erbärmlichkeit der Cabinetsregierung eines Ludwigs XV gebührendermaßen würdigte, hielt er es doch für möglich, daß eine Umwandlung zum beſſern eintrete, welche Frankreich in kurzem wieder zu ſeinem früheren Ruhm und Anſehen erheben werde. Deshalb ließ er es ſeine angelegentlichſte Sorge ſein dieſe Allianz aufrecht zu erhalten und als der Termin, bis zu welchem ſie geſchloſſen war, zu Ende gieng, ihre Erneuerung einzuleiten.

[1] S. den Brief des Grafen Mariſhal an den König vom 5 Januar 1754. Beil. II 1.

[2] S. Beil. II 2.

Längere Zeit verlief über den französisch-englischen Streithändeln, ehe von Feindseligkeiten in Europa überhaupt die Rede war: erst seit dem Frühjahre 1755 wurde der Fall eines Continentalkrieges ernstlich erwogen. König Friedrich war entschlossen, sich an einem solchen nicht zu betheiligen, es sei denn daß die Haltung Englands und seiner Verbündeten ihn zwänge die Waffen zu ergreifen, und ließ dies unter der Hand durch die Herzogin von Braunschweig dem Könige Georg II erklären[1]. Als daher Rouillé im April einen Angriff auf Hannover zur Sprache brachte, bei welchem Preußen mitwirken sollte, erwiederte Friedrich II sofort, daß er sich auf ein solches Project, das leichter zu entwerfen als seinerseits auszuführen sei, nicht einlassen könne, um so weniger da Frankreich den Vertrag von 1744 nicht erfüllt und 1745 Preußen im Stiche gelassen habe[2]. Dagegen wies er die französische Regierung auf Flandern hin, das für sie in einem Feldzuge zu gewinnen stehe. Zunächst ließ Rouillé die Sache fallen, nicht ohne gelegentlich die Besorgniß zu äußern, daß der König von England Preußen zur Neutralität bestimmen werde[3]. Das geschah lange ehe englischerseits dazu irgend ein Schritt gethan wurde, aber Rouillé faßte keinen Entschluß um durch Befestigung des französisch-preußischen Bündnisses solchen Anträgen Englands zuvorzukommen.

Friedrich II war fest überzeugt daß England und Frankreich sich nicht mehr über einen Frieden verständigen würden. Im Juni 1755 reiste er an den Rhein und im tiefsten Incognito nach Holland und beschied Knyphausen nach Wesel um mit ihm mündlich den Stand der Dinge durchzusprechen; auch Darget, früher Secretär der französischen Gesandtschaft in Berlin und dann in Friedrichs Diensten, so wie der Johanniterbailli de Froulay kamen von Paris herüber. Der Inhalt dieser Unterredung ist nicht verzeichnet: nur auf einen Ausspruch, den er gethan, beruft sich der König noch einige Wochen später: daß da

[1] 1755 April 19. Hannover. Flemmings Bericht an das sächsische Cabinet nach einer Mittheilung von Holderneſſe. Geheimn. d. sächs. Cabinets I 240.

[2] Mai 6. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Vgl. Aug. 2. 9.

[3] Juni 6. Paris. Knyphausen an den König. Vgl. Stuhr Forschungen I 14 f.

die Erklärungen, welche Mirepoix von den englischen Ministern empfangen habe, von der Nation nicht autorisiert gewesen, dieser Gesandte sie nur habe ansehen dürfen als Privatmeinungen einiger englischer Minister, nicht als eine Antwort von Nation an Nation. Auch von anderer Seite hören wir daß die von Frankreich England gegenüber zu ergreifenden Maßregeln, namentlich in Betreff der Niederlande, in diesen Unterredungen erörtert wurden[1].

Mittlerweile war Georg II angelegentlichst um die Sicherung des Kurfürstenthums bemüht. Am 18 Juni unterzeichnete Holdernesse zu Hannover den Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel über vorläufig 8000 Mann, welche auf 12000 verstärkt und im Dienst der englischen Krone in Deutschland, den Niederlanden oder England verwandt werden sollten[2]. Mit dem Markgrafen von Brandenburg-Anspach und dem Fürstbischof von Würzburg ward von der hannöverschen Regierung am 6 September ein Miethvertrag über 5000 Mann geschlossen. Dies geschah, wenigstens was Würzburg anbetraf, unter ausdrücklicher Billigung des österreichischen Hofes[3], der unter allen Umständen des Bischofs gewiß war. Dem Herzoge von Braunschweig eröffnete Georg II die Aussicht auf die Vermählung seiner älteren Tochter mit dem Prinzen von Wales und erbot sich, seine Truppen gegen eine doppelt so hohe Zahlung, als der preußisch-französische Vertrag ihm gewährte, in Sold zu nehmen. Der Herzog erklärte, nach Ablauf seines Vertrages mit Frankreich, d. h. mit Ende des Jahres 1756, sei er nicht abgeneigt auf dieses Anerbieten einzugehen[4].

So viel stand fest: der braunschweigische Hof, welcher seither mit Hannover gespannt war, suchte jetzt dessen Freundschaft und war bereit auch die Verständigung zwischen Preußen und Hannover einzuleiten. Alles dies wußte Rouillé; dazu verfehlte Knyphausen nicht zu erinnern, daß der Allianzvertrag zwischen Preußen und

[1] 1755 Aug. 9. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 5. Vgl. Valori mém. I 295 f.

[2] S. den Vertrag bei Wenck III 67 ff.

[3] Huschberg S. 9 f.

[4] 1755 Juli 1. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

Frankreich bald ablaufe; aber nichts vermochte die franzöſiſche Regierung aus ihrer Indolenz zu reißen.

Da kam am Abend des 17 Juli der von Mirepoix aus London eingeſandte Bericht von dem Seegefechte bei Neufundland und traf das franzöſiſche Cabinet wie ein Wetterſchlag aus heiterem Himmel: denn es hatte keine Gefahr anziehen ſehen oder doch ſich die Miene gegeben keine zu befürchten. Jetzt ſchien es alles Ernſtes Entſchlüſſe faſſen und ſich mit Friedrich II berathen und verbünden zu wollen. Am 24 Juli erklärte Rouillé dem preußiſchen Geſandten, daß der König den Herzog von Nivernois zu einer vertraulichen Sendung an den preußiſchen Hof auserſehen habe um ſeine Abſichten mitzutheilen und gemeinſame Maßregeln gegen England zu vereinbaren. Rouillé bemerkte, daß Nivernois nur kurze Zeit, bloß zur Ausführung dieſes Auftrags, in Berlin verweilen ſolle, aber fügte hinzu, da es jetzt nothwendiger als je ſei am preußiſchen Hofe einen Vertreter zu haben, der Friedrich II genehm ſei und ſein Vertrauen genieße, ſo werde man unverzüglich den jetzigen Geſandten de la Touche abberufen und durch den Marquis de Valori erſetzen oder wen ſonſt etwa der preußiſche Monarch wünſchen möge.

Was die Abberufung von de la Touche und die Ernennung von Valori betraf, ſo entſprach die franzöſiſche Regierung damit einem Wunſche, den Friedrich zu Weſel nachdrücklich geäußert hatte[1]. Nicht minder deutete die außerordentliche Sendung von Nivernois auf freundliche Abſichten. Nivernois ſtand zum Marſchall von Belleisle in verwandtſchaftlichen Beziehungen und war bei Hofe, namentlich auch bei der Pompadour, ſehr wohl gelitten; bei ſeiner erklärten Bewunderung für Friedrich den großen verſprach ſich Knyphauſen von ſeiner Miſſion den beſten Erfolg. König Friedrich hieß ſeine Ernennung willkommen, nicht minder die des Marquis von Valori zum Geſandten, vorausgeſetzt, daß dieſer das Vertrauen des Miniſteriums genieße[2]. Aber ſein Be-

[1] 1755 Juli 20. 24. 31. Compiègne. Knyphauſen an den König. Beil. II 3. 4. Valori mém. I 298. Luynes XIV 201 f. 207. 218.

[2] Aug. 2. Potsdam. Friedrich II an Knyphauſen.

denken, daß Frankreich keinen Plan und kein bestimmtes System verfolge, ward nicht gehoben, und der stets zunehmende Einfluß der Pompadour, welche schon damit umgieng den Abbé Bernis zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu machen, war nicht geeignet sein Vertrauen zur französischen Regierung zu erhöhen[1]. Alle Umstände bestärkten ihn in dem Vorsatze seine neutrale Haltung zu wahren. Der Vorschlag in Flandern einzurücken ward im französischen Conseil verworfen[2]; der Kurfürst von Baiern, dessen Verpflichtungen gegen England mit dem Juli 1756 endeten, erklärte sich bereit einen Subsidienvertrag mit Frankreich einzugehen, aber man hielt ihn hin um Österreich nicht zu beunruhigen. Dagegen äußerte Rouillé daß man Sachsen, dessen Vertrag mit den Seemächten zu Michaelis des Jahres ablief, einen Subsidienvertrag anbieten müsse[3], ein Plan, der bei der feindseligen Stimmung des sächsischen Hofes gegen Preußen dem Könige Friedrich nur höchst ungelegen sein konnte und daher von allem Anfange an von ihm bekämpft wurde.

Während die französische Regierung unentschieden hin und her schwankte, empfieng König Friedrich ein Schreiben von seinem Schwager dem Herzog Karl von Braunschweig, des Inhalts, daß Lord Holdernesse am 10 August bei ihm erschienen sei und den Wunsch ausgesprochen habe unter seiner Vermittelung im Namen König Georgs II mit Preußen Maßregeln zu vereinbaren, um die Ruhe Deutschlands bei dem bevorstehenden Kriege zu sichern. Zu diesem Zwecke begehrte er ein förmliches Versprechen des Königs von Preußen, daß er nichts gegen die deutschen Lande des Königs von Großbritannien unternehmen und eine etwaige französische Invasion selber nicht unterstützen, sondern vielmehr verhindern wolle[4].

[1] 1755 Aug. 9. 26. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Aug. 22 u. 29. Paris. Knyphausen an den König (Beil. II 5. 6).

[2] Aug. 19. Compiègne. Knyphausen an den König.

[3] Juli 27. Compiègne. Knyphausens Bericht.

[4] Aug. 11. Braunschweig. Schreiben des Herzogs Karl an den König m. d. Précis des discours de Mylord Holdernesse. Beil. II 17, 4. Die ganze Correspondenz des Herzogs Karl mit König Friedrich II über die hannöversche Neutralität s. Beil. II 17.

Friedrich II erwiederte dieses Entgegenkommen zunächst mit dem Vorschlage, man möge doch dem drohenden Übel nicht mit Palliativmitteln begegnen, sondern es an der Wurzel angreifen und versuchen die amerikanischen Streitigkeiten durch einen redlichen Frieden beizulegen. Wenn befreundete Mächte, etwa Österreich und Preußen, sich der Vermittelung unterzögen und England und Frankreich ihre guten Dienste genehm hielten, stehe zu hoffen, daß bis zum nächsten Frühjahr der Friede hergestellt sei. An diesem heilsamen Werke erklärte er seinerseits mit allem möglichen Eifer arbeiten zu wollen[1]. Auf diesen Vorschlag gieng König Georg II nicht ein; er ließ vielmehr durch Holderneſſe antworten, daß der Gegenstand des Streites für die englischen Colonien in Amerika von der äußersten Wichtigkeit sei und daß Frankreich so ungerechte Ansprüche erhebe und so wenig Neigung zur Versöhnung gezeigt habe, daß er nicht habe unterlassen können die nachdrücklichsten Gegenmaßregeln zu ergreifen und von einem neuen Versuche zur Ausgleichung sich keinen Erfolg verspreche. Um auch den König von Preußen davon zu überzeugen machte sich Holderneſſe anheischig, sobald er nach England zurückgekehrt sei, eine klare Darstellung von dem Stande der Sache und dem Verlaufe der Verhandlungen mit Frankreich zu geben. Inzwischen sprach er von neuem das Verlangen seines königlichen Herrn aus zu wissen, was er im Falle eines französischen Angriffes auf Hannover von der Freundschaft des Königs von Preußen zu erwarten habe[2].

Die Wichtigkeit dieser Eröffnungen verkannte Friedrich der große keinen Augenblick. Eben damals begann der amerikanische Krieg sich auch auf Europa auszudehnen und die jüngsten Maßregeln der Engländer zerstörten vollends die Hoffnungen auf Herstellung des Friedens. König Friedrich sah voraus, daß über kurz oder lang der französische Hof ihn von neuem zu einer Invasion Hannovers drängen werde. Zu einer solchen war er von Anfang

[1] 1755 Aug. 12. Potsdam. Antwort des Königs an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 17, 5.

[2] Extrait de la lettre de Lord Holdernesse au Duc de Brunswig (o. D.), bei dem Schreiben des Herzogs an den König vom 22 August 1755. Beil. II 17, 7.

an entschlossen nicht mitzuwirken: er kam aber jetzt zu der klaren Erkenntniß, daß er sie verhindern müsse um Deutschland vor den Leiden eines europäischen Krieges und seine Staaten vor feindlichen Angriffen zu sichern. Deshalb lag es im deutschen und im preußischen Interesse die Neutralität Hannovers ausdrücklich zu stipulieren. Eine solche Convention konnte bewirken daß Rußland Frieden hielt, mit dem wie er wohl wußte der englische Subsidienvertrag so gut wie abgeschlossen war. Was Frankreich betraf so hatte dessen Regierung jüngst einen solchen Widerwillen gegen einen Continentalkrieg bezeigt, daß kaum zu bezweifeln war, sie werde gegen einen Vertrag, der den Frieden Deutschlands sicherte, wenig einzuwenden haben. Jedesfalls war nach den obwaltenden Verhältnissen nicht anzunehmen, daß sie einer solchen Übereinkunft zwischen Preußen und England zuwider den Entschluß fassen sollte auf eigene Gefahr den Krieg nach Deutschland zu spielen.

Deshalb setzte Friedrich II durch die Hand des Herzogs von Braunschweig den Briefwechsel mit Holderneſſe fort und gab zu verstehen, daß wenn der König von England annehmbare Vorschläge thue, man sich vielleicht über die Neutralität von Hannover einigen könne, daß Preußen aber bestimmt sich nicht zuerst aussprechen werde[1]. Zugleich ließ er durch seinen Gesandten in Paris an Rouillé die Meldung gelangen, daß ihm eigenthümliche und wichtige Anträge gemacht seien, über die er sich vorbehalte dem Herzog von Nivernois sogleich nach seiner Ankunft das nähere mitzutheilen.

Diese Eröffnung, deren Beziehung auf England keinen Augenblick verkannt wurde, nahm der französische Hof mit Dank entgegen[2] und es hatte den Anschein als solle Nivernois' Sendung nunmehr beschleunigt werden. Knyphausen war am 24 October im Stande über den wesentlichen Inhalt der für Nivernois bestimmten Instructionen zu berichten. Diese giengen dahin dem

[1] 1755 Sept. 1. Potsdam. Friedrich II an den Herzog Karl von Braunschweig. Beil. II 17, 8.

[2] Sept. 13 im Lager bei Breslau. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 9. Oct. 2. Fontainebleau. Knyphausen an den König.

Könige von Preußen den Plan für den Seekrieg und die dazu getroffenen Maßregeln zu entwickeln; ferner über die Diverſion gegen Hannover ſeine Meinung zu vernehmen und die Mittel darzulegen, welche Frankreich anwenden wolle um Preußen vor jedwedem ruſſiſchen Angriffe ſicher zu ſtellen. Dieſe ſollten beſtehen erſtens in einem Manifeſt der osmaniſchen Pforte, wo möglich mit Truppenbewegungen verbunden; zweitens einem zwiſchen Schweden und Dänemark zu ſtiftenden Seebunde; drittens einer Conföderation in Polen um den Durchmarſch der Ruſſen zu verhindern; viertens einem Bunde deutſcher Fürſten auf der Baſis gegenſeitiger Garantie ihrer Beſitzungen. Für den Fall, daß Friedrich auf die franzöſiſche Propoſition eingehe, war Nivernois befugt, des Königs Meinung über die Preußen zu gewährenden Vortheile zu vernehmen; und eine beſondere Weiſung ermächtigte ihn, demſelben die Garantie von Oſtfriesland und den Beſitz der neutralen Inſeln Tabago, St. Vincent, St. Lucie anzubieten, zu deren Eroberung Frankreich ihm leicht verhelfen könne. Endlich hatte Nivernois Befehl nichts zu verabſäumen um ſich über die von engliſcher Seite dem Könige gemachten Anträge, über die Art wie ſie aufgenommen ſeien und die dermaligen Beziehungen Preußens zu England genau zu unterrichten. Auch ſollte er verſuchen den König zu überreden, daß er zu dem franzöſiſch-ſächſiſchen Subſidienvertrage ſeine Zuſtimmung gebe[1].

Solches Inhalts waren die Propoſitionen, auf Grund deren Nivernois die franzöſiſch-preußiſche Allianz erneuern ſollte. Unbeſtimmt und jämmerlich wie ſie waren[2] dienten ſie nur dazu Friedrich in dem Entſchluſſe zu befeſtigen ſich durch Frankreich nicht in den Krieg verwickeln zu laſſen und ihn zu überzeugen, daß die franzöſiſche Allianz ihm kaum noch irgend eine Gewähr biete. Man trieb Preußen zum Angriffe auf Hannover, ohne gegen die Folgen eines ſolchen Unternehmens die mindeſte Garantie zu gewähren. Öſterreich war nicht mit einem Worte genannt,

[1] 1755 Oct. 24. Paris. Knyphauſen an den König. Vgl. Oeuvres de Frédéric IV 31 f.

[2] Nov. 8. Potsdam. Friedrich II an Knyphauſen. Beil. II 14.

gegen Rußland, dessen Angriff nach dem Abschlusse seines Bündnisses mit England in kürzester Frist zu erwarten war, hatte man nur Phrasen. Nicht einmal der Seebund zwischen Dänemark und Schweden, um den sich der französische Gesandte zu Kopenhagen, Präsident Ogier, thätig bemühte, wollte zum Abschlusse kommen. Denn der dänische Hof wünschte zwar eine Deckung mehr zu gewinnen, aber er scheute dabei jeden Schritt der die russische Kaiserin reizen konnte sich der Rechte des Hauses Gottorp anzunehmen. Deshalb hatte er das Jahr zuvor ein Bündniß mit Preußen abgelehnt[1]. Die gegenseitige Garantie deutscher Fürsten war noch kein Unterpfand ihrer Hilfe: überdies war nicht gesagt wen man dabei im Sinne habe. Daß die französische Regierung trotz Friedrichs entschiedenem Proteste immer wieder auf Sachsen zurückkam, mußte vollends Argwohn erwecken. Dazu kam, daß die seit dem Juli so oft als unverzüglich bevorstehend angekündigte Sendung von Nivernois immer wieder hinausgeschoben wurde, Beweis genug daß während von Canada schlimme und schlimmere Botschaften eingiengen, der französische Hof sich dennoch zu keinem Entschlusse ermannen konnte, und daß ihm an der Erneuerung des preußischen Bündnisses nicht eben viel gelegen war. Ohne irgend eine Meldung davon empfangen zu haben schöpfte König Friedrich bereits Verdacht, daß zwischen den Höfen von Versailles und Wien geheime Verhandlungen gepflogen würden[2], und stand deshalb um so weniger an, auf eigne Hand ohne auf den französischen Botschafter zu warten die von England angetragene Neutralitätsconvention anzunehmen, ein Entschluß, welchem die Rücksicht auf die feindselige Gesinnung des russischen Hofes gegen Preußen den Ausschlag gab.

Wir haben der ersten Propositionen gedacht, welche im August gemacht wurden. Das damals verheißene Exposé über die Angelegenheiten der britischen Colonien sandte Holderneſſe Ende Septembers an den Herzog von Braunschweig mit einem Schreiben, in welchem er aussprach, daß wenn der König von Preußen

[1] 1754 Nov. 25. Paris. Knyphausens Bericht.
[2] 1755 Nov. 15. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 15.

ſich offen für die Neutralität Hannovers und die Erhaltung des Friedens in Deutſchland ausſprechen wolle, die engliſche Regierung einen Mann beſonderes Vertrauens als Miniſter wählen werde, der dem Könige von Preußen genehm ſei um dieſe Unterhandlung in Berlin unter ſeinen Augen zu führen[1]. Friedrich II erwiederte hierauf zunächſt mit der Verſicherung, daß er nie irgend eine Abſicht gegen die deutſchen Lande des Königs von England gehegt habe, auf die er weder Rechte noch Anſprüche beſitze, und daß er keinen andern Wunſch hege als die Erhaltung des Friedens. Aber er könne für zukünftige Ereigniſſe nicht einſtehen, welche ihn nöthigen könnten wider ſeinen Willen aus der Unthätigkeit herauszutreten um Conjuncturen zu verhüten, deren Gefahren auf den Staat den er regiere zurückfallen könnten. Er gieng auf die Bedenken ein, welche er ſich machen müſſe ſich von Frankreich, ſeinem bisherigen Verbündeten, abzuwenden und betonte aufs nachdrücklichſte ſeine Pflicht ſich durch keine Neigung, ſondern einzig und allein durch die Wohlfahrt des ihm anvertrauten Staates leiten zu laſſen. Deshalb ſei es nothwendig daß, wenn der König von England oder irgend ein anderer Fürſt ihm Vorſchläge machten, die Intereſſen Preußens und jener andern Nation übereinſtimmten und daß, wenn man von ihm eine Erklärung fordere, man ſie ebenſo wohl von der andern Seite gebe[2].

Dieſes Schreiben blieb längere Zeit unerwiedert. König Georg II machte zuvörderſt den Verſuch von Kaiſer und Reich Maßregeln gegen den Durchzug der Franzoſen durch deutſche Reichsgebiete zu erlangen. Zu dieſem Ende richtete das hannöverſche Miniſterium am 12 October Circularſchreiben an ſämtliche Reichsſtände und an den Reichsvicekanzler das Geſuch um den Erlaß von Dehortatorien an die rheiniſchen Fürſten, erhielt aber von dieſem im Namen des Kaiſers am 4 November eine ausweichende Antwort, welche ihn belehrte daß der Kaiſer nichts

[1] 1755 Sept. 30. Whitehall. Lord Holderneſſe an den Herzog von Braunſchweig. Beil. II 17, 10.

[2] Oct. 13. Potsdam. Friedrich II an den Herzog von Braunſchweig. Beil. II 17, 11.

für Hannover thun wolle[1]. Inzwischen hatte König Friedrich erfahren, daß der englisch-russische Subsidienvertrag am 30 September zu Petersburg unterzeichnet sei. Jetzt suchte er sich durch seine Gesandten, namentlich Klinggräff in Wien und Hellen im Haag, sowie schließlich von dem englischen Ministerium selbst Gewißheit darüber zu verschaffen, wie viel England über den russischen Hof vermöge. Die Gesandten berichteten hierauf einstimmig, daß die russische Regierung, feil und selbstsüchtig wie sie sei, ohne Zweifel fortan von dem englischen Golde abhangen werde[2]. Die britischen Minister erklärten, daß es bei dem Könige von Preußen stehe den Marsch russischer Truppen zu verhindern. In diesem Sinne schrieb Holderneſſe am 21 November an den Herzog von Braunschweig[3]; am 28 November machten die britischen Staatssecretäre Fox und Holderneſſe dem preußischen Geschäftsträger Michell Mittheilung von dem mit Rußland abgeschlossenen Vertrage und gaben dabei die Versicherung, daß König Georg II, weit entfernt feindselige Absicht gegen den König von Preußen zu hegen, bereit sei nicht allein alle älteren Garantieacte zu erneuern, sondern sich eng mit ihm zu verbinden um den Frieden in Deutschland zu erhalten[4].

Damit that die englische Regierung was Friedrich II begehrt hatte. Unverzüglich nahm dieser am 7 December die englische Proposition an und erklärte sich einverstanden für die Dauer der gegenwärtigen Kriegswirren mit dem Könige von England einen Neutralitätsvertrag zur Erhaltung des Friedens in Deutschland abzuschließen. In diesem sollten weder die Franzosen noch die Russen benannt werden um niemand zu beleidigen und Preußen freie Hand zu lassen auf die Aussöhnung der beiden entzweiten Nationen hinzuwirken[5].

---

[1] Huschberg S. 13 f.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 30. XXVII 3, 281.

[3] Beil. II 17, 12.

[4] 1755 Nov. 28. London. Michell an den König. Vgl. Friedrichs Schr. an den Herzog von Braunschweig vom 8 Dec. Beil. II 17, 13.

[5] Dec. 7. Potsdam. Königliche Instruction für Michell. Beil. II 18a.

Friedrichs II Muthmaßung, daß ein Bündniß zwiſchen Öſterreich und Frankreich im Werke ſei, erwies ſich durch den ferneren Verlauf der Dinge als wohl begründet, jedoch iſt es uns noch nicht vergönnt auf Grund authentiſcher Zeugniſſe den Gang der geheimen Verhandlungen vollſtändig zu enthüllen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der öſterreichiſche Hof, ſeit ſein Bruch mit England entſchieden war, alſo ſeit dem Juli 1755, ſeine Bemühungen um die franzöſiſche Allianz verdoppelte. Einflußreiche Perſonen unterſtützten ihn darin: gleich an erſter Stelle begegnen wir einem Lothringer, der als Geſandter von Toscana im Dienſte des Kaiſers ſtand, dem Marquis Stainville, Vater des ſpäteren Miniſters Herzog von Choiſeul. Dieſer berichtete am 2 Mai 1755 der Kaiſerin Maria Thereſia von einer Unterredung, welche er mit Herrn von Montmartel gehabt habe, dem vielvermögenden Financier, um deſſen Gunſt die Pompadour nicht minder warb als der Finanzminiſter Séchelles. Montmartel ſprach ſich dahin aus, Frankreich müſſe gegen die bisherigen Alliirten Englands Neutralität beobachten; ja es müſſe der Kaiſerin anbieten die Herſtellung der Handelscompagnie von Oſtende durch einen Tractat zu garantieren, mit dem Verſprechen ihre Flagge gegen jedermann zu ſchützen[1]. Die Pariſer Geſellſchaft trug ſich mit Anekdoten über einen Brief, den die Kaiſerin auf Kaunitzens Andringen in freundſchaftlichen Ausdrücken an die Pompadour geſchrieben habe[2]. Dies hat Maria Thereſia auf das nachdrücklichſte in Abrede geſtellt; ſie giebt nur zu der Marquiſe im Jahre 1756 ein „nicht ſowohl prächtiges als artiges“ Geſchenk gemacht zu haben. Ihre Miniſter hätten ihr den Hof machen müſſen wie alle andern, aber ein vertrauliches Verhältniß habe nicht beſtanden, die Verhandlungen ſeien nicht durch ſie gegangen[3].

Das letztere iſt nicht wahr. Wenn auch die Kaiſerin ihrer

---

[1] Gachard, Bull. de l'Acad. de Bruxelles XVII, 1 S. 391.

[2] Hans Stanley an W. Pitt. Paris 20 Aug. 1761 bei Thackeray Chatham II S. 598 f. Valori mém. I 320. Duclos m. s. II 112 f.

[3] Maria Thereſia an die Kurfürſtin Mar. Antonia von Sachſen. 10 Oct. 1763 in C. v. Weber, M. Ant. Walp., Churf. zu S. I 144.

Frauenwürde nicht so viel vergab, um der Pompadour mit eigenhändigen Briefen zu schmeicheln, so haben Kaunitz und Starhemberg es in ihrem Namen und Auftrage um so angelegentlicher gethan und ihren Zweck durch die regierende Buhlerin zu erreichen gesucht. Es ist Thatsache daß diese es war, welche jeden Plan eines continentalen Krieges, insbesondere eines Angriffs auf die österreichischen Niederlande hintertrieb. Darüber wurde wie wir gesehen haben um die Mitte August im Conseil Beschluß gefaßt. Gerade zu dieser Zeit waren Ludwig XV scharfe Worte Friedrichs des großen über die Schwäche und Kopflosigkeit der französischen Regierung hinterbracht worden, welche ihn mit Ärger und Mistrauen erfüllten und welche er nie verziehen hat. Jetzt erklärte er sich geneigt den österreichischen Anträgen auf eine Allianz Gehör zu geben, und nahm einen Entwurf derselben im September von dem Gesandten der Kaiserin entgegen. Die Basis aller weiteren Verhandlungen war österreichischerseits die Forderung, daß Frankreich dem Bündnisse mit Preußen, französischerseits, daß Österreich dem Bündnisse mit England entsage[1]. Es stimmt vollkommen dazu, daß Kaunitz vom August an mit dem englischen Gesandten Keith in Wien so gut wie gar nicht mehr über Geschäfte sprach[2].

Von den Verhandlungen am französischen Hofe hat Duclos in einem Aufsatze über die Ursachen des Kriegs von 1756 folgendes erzählt[3]. Madame de Pompadour zog zunächst den Grafen Bernis ins Vertrauen. Bernis rieth von der österreichischen Allianz ab. Dennoch sprach die Marquise mit Ludwig XV davon und dieser ging über Erwarten lebhaft auf den Plan ein. Er bezeigte die freundschaftlichsten Gesinnungen für die Kaiserin, die er früher ungerechter Weise bekriegt habe; dagegen war er ungehalten über den

[1] Aus der Instruction des Königs für den Grafen Stainville als Gesandten am österreichischen Hofe, v. 31 Juli 1757. Stuhr Forschungen I 20. Schr. d. Königs v. Fr. an die Kaiserin v. 29 Juni 1756. (Fr. Albr. Gr. v. d. Schulenburg) neue Actenst. Leipz. 1841 S. 31. Knyphausen an König Fr. d. 21 Juni 1756 (Beil. II 31).

[2] Raumer Beitr. II 298 f.

[3] Mém. secr. II 113 ff.

König von Preußen, den ketzerischen Schöngeist, der ihn mit seinen Spöttereien persönlich beleidige. Seinen Wünschen entsprach eine Allianz der katholischen Höfe, welche den akatholischen Mächten Gesetze vorschreiben könne; damit werde England seines mächtigsten Bundesgenossen beraubt und jede Gefahr eines continentalen Krieges beseitigt. Ehe jedoch Ludwig XV einen definitiven Entschluß faßte, sollte Bernis mit Starhemberg das nähere besprechen.

Diese Besprechung, fährt Duclos fort, fand des folgenden Tags, den 22 September, zu Babiole statt, dem Lusthause der Madame de Pompadour oberhalb Bellevue. Starhemberg setzte den von Kaunitz entworfenen Plan in allen seinen Details auseinander; zur genaueren Feststellung desselben hatten darauf Bernis und Starhemberg mehrere geheime Unterredungen in einem Quartiere des Palastes Luxembourg, über welches Duclos verfügen konnte. Zur Entscheidung einer so wichtigen Angelegenheit schien die Mitwirkung des Conseils erforderlich; indessen war vorauszusehen, daß mehrere Mitglieder desselben, namentlich Puisieux und St. Severin sowie der Kriegsminister d'Argenson lebhaften Widerspruch erheben würden; überdies gehörte Bernis nicht zum Conseil. Deshalb verwies der König die Sache an ein besonderes Comité zur Vorberathung, und bestimmte zu diesem Machault Rouillé Séchelles und den Grafen St. Florentin, endlich Bernis, kurz lauter Creaturen der Pompadour. Das Comité hielt seine erste Sitzung am 20 October und empfieng von Bernis die Mittheilung des Entwurfs einer Allianz mit Österreich, im wesentlichen so wie sie später wirklich vereinbart wurde. Der leitende Grundsatz war, jeden Keim zu Mißhelligkeiten zwischen Frankreich und dem Kaiserhause zu zerstören. Dieses gab die Verbindung mit England für immer auf und überließ die Niederlande dem Infanten Don Philipp, Ludwig XV Schwiegersohne; es willigte in die Erblichkeit der polnischen Krone unter Garantie der Freiheiten der Republik mit Rücksicht auf die Pforte; bei den zu treffenden Gebietsvertheilungen sollte Schweden ganz Pommern erhalten. Schlesiens wird bei Duclos an dieser Stelle nicht gedacht.

Es leuchtete ein wie große Vortheile Österreich bot, dennoch wurden die Bedenken nicht verhehlt, welche der Rücktritt von dem langerprobten Systeme französischer Politik erwecken mußte. Es ward geltend gemacht, man werde Preußen und die Reichsfürsten, Polen und die Pforte sich entfremden und die Protestanten nöthigen sich an England anzuschließen, und das alles auf die Gefahr, daß die Allianz mit dem Wiener Hofe nur so lange bestehe bis dieser seine eigenen Zwecke erreicht habe. So lebhaft auch Bernis diese Einwürfe bestritt, so kam doch das Comité zu der Erklärung, daß Frankreich, bevor es sich über die österreichischen Anträge entscheiden könne, die weiteren Schritte Englands und Preußens abwarten müsse. In diesem Sinne ward der Kaiserin geantwortet. Sie forderte nunmehr den französischen Hof zu Gegenvorschlägen auf, und Bernis entwarf darauf einen Unions- und Garantietractat beider Höfe für ihre Besitzungen in Europa. Diesem sollte Preußen beitreten können; England aber ward wegen seines Friedensbruches ausgeschlossen. Ludwig XV war darüber verstimmt daß keine engere Allianz beliebt ward und die Kaiserin machte die größten Schwierigkeiten in die Garantie des preußischen Staates zu willigen: aber in Erwägung daß ein solcher Vertrag sie vor jedem feindseligen Schritte Frankreichs sicher stelle und daß Friedrich II selbst zu einem Kriege Anlaß geben werde sprach sie endlich ihre Zustimmung aus.

Duclos darf im allgemeinen als wohl unterrichtet und glaubwürdig gelten; auf die Einzelheiten jedoch die er mittheilt dürfen wir nicht allzu großes Gewicht legen, zumal er jenen Aufsatz erst nach Ende des Kriegs niedergeschrieben hat.

Was zunächst die Motive anlangt, so erhellen diese ganz entsprechend dem Berichte von Duclos auch aus anderen Zeugnissen. Ludwig XV selbst hat dem Herzog von Choiseul erklärt, er sei des Glaubens, Gott werde ihn nicht verdammen, wenn er als König die katholische Religion aufrecht erhalte, und er habe in keiner anderen Absicht sich mit dem Hause Österreich verbündet als um den Protestantismus zu vernichten[1]. Nicht minder be-

[1] St. Priest, hist. de la chute des Jésuites. Paris 1844. S. 49 aus Choiseuls Papieren.

stätigen uns vollkommen zuverlässige Nachrichten, daß Duclos den thatsächlichen Verlauf der geheimen Berathungen im wesentlichen genau kannte und wahrheitsgetreu aufzeichnete.

Wir haben gesehen daß das französische Cabinet im Juli beschloß vor allen Dingen sich mit Friedrich II zu verständigen. Belleisle und Nivernois bekannten sich als Vertreter dieser Politik und damals schien auch Bernis derselben Ansicht zu sein. Aber so gute Worte auch dem preußischen Gesandten gegeben wurden, schon im August verräth nichts daß dem Hofe an dem Einverständnisse mit Friedrich II etwas gelegen sei. Dagegen gieng im September ein schottischer Emigrant Namens Douglas als französischer Emissär nach Petersburg, wie er dort sagte auf ärztlichen Rath, um die Wohlthat des kalten Klimas zu genießen. Er verkehrte mit dem österreichischen Gesandten und mit den Grafen Schuwaloff, welche über die Gunst der Kaiserin geboten, und erreichte seinen Zweck, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland einzuleiten[1]. Daß diese Mission in der Zeit erfolgte, wo der englisch-russische Subsidientractat abgeschlossen ward, findet seine Erklärung in der Nachricht, daß der französische Hof — ohne Zweifel aus österreichischen Mittheilungen — überzeugt war, die Czarin werde binnen sechs Monaten ihren Vertrag mit England brechen[2]. Der Einfluß von Bernis am Hofe von Versailles wuchs sichtlich; er ward zur Mission nach Madrid ausersehen; aber so wichtig diese auch war, seine Abreise ward bald ins unbestimmte verschoben[3]. Gegner einer Allianz mit Österreich wurden dahin gebracht aus dem Conseil auszutreten, wie St. Severin[4] (aber noch vor dem Datum, welches Duclos

[1] Williams Berichte aus Petersburg v. 7 Oct. 1755 und 9 Juli 1756 in Raumers Beitr. II 297. 346. 348. Die ersten geheimen Instructionen für Douglas d. d. 1 Juni 1755 wurden von Conti mit Rücksicht auf die polnischen Angelegenheiten entworfen und von Ludwig XV genehmigt. Boutaric corr. secr. de Louis XV. Paris 1866. I 203.

[2] Madame de Pompadour au Comte d'Affry. Lettres de M. la Marqu. de Pompadour. Londr. 1772. I 29.

[3] 1755 Sept. 15. Paris. Knyphausen an den König. Sept. 26 Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.

[4] Sept. 19. Paris. Knyphausens Bericht. Vgl. Luynes XIV 265. XV 441.

der Conferenz zu Babiole gibt), oder ihre beabsichtigte Berufung in dasselbe unterblieb, so die des Marschalls von Belleisle[1]. Weder mit diesem noch mit Conti sprach Ludwig XV in dieser ganzen Zeit ein Wort über Staatsangelegenheiten[2]. Nivernois klagte gegen Knyphausen, daß er den König nicht dahin bringen könne ihm den Befehl zur Abreise zu ertheilen[3]. Die für ihn bestimmten Instructionen enthalten nichts, was mit der schließlichen Proposition von Bernis, das österreichische und preußische Bündniß zu combinieren, in Widerspruch stünde: der vorgeschlagene deutsche Bund zu gegenseitiger Garantie des Besitzstandes stimmt vollkommen dazu. Die verzögerte Entschließung schob Rouillé darauf, man müsse die englische Thronrede abwarten: als diese, am 13 November gehalten, nichts weniger als versöhnlich lautete, wollte man sehen, was das Parlament darauf beschließe.

In dem gleichen Verhältniß wie der französische Hof sich Preußen entfremdete, trat ein vertrauteres Verhältniß zu Österreich ein. Rouillé scheint freilich noch im September des Glaubens gewesen zu sein, daß Österreich sich nie von England trennen werde[4]; er galt in der That so wenig, daß man die wichtigsten Verhandlungen hinter seinem Rücken einleitete: später leugnete er zwar, daß mit Österreich ein Neutralitätsvertrag geschlossen sei, aber sprach doch von allgemeinen Zusicherungen, die man gegeben und empfangen habe[5]. Von österreichischer Seite wurden die englisch-braunschweigischen Verhandlungen benutzt um Mißtrauen gegen Preußen zu erregen, und der Subsidienvertrag mit Sachsen befürwortet; hatte doch Maria Theresia schon im Jahre 1751, ehe der sächsisch-englische Vertrag zu Stande kam, sich für die Erneuerung des französischen Subsidienvertrags mit August III

[1] 1755 Oct. 12. Fontainebleau. Knyphausen an den König. Belleisle wurde erst am 16 Mai 1756 zum Staatsminister und damit zum Mitgliede des Staatsrathes ernannt. Luynes XV 55.

[2] Nov. 24. Paris. Knyphausen an den König.

[3] Oct. 27. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 12. Vgl. Valori Mém. II 299.

[4] Sept. 14. Rouillé an Aubeterre. Schlosser II 302.

[5] Oct. 27. Dec. 1. Paris. Knyphausens Berichte und Schreiben an den König.

verwandt[1]. Die Verhandlungen mit dem Könige August III hatte die französische Regierung ohne auf Preußens Einwendungen Rücksicht zu nehmen im August eingeleitet[2]. Hinterher versicherte Rouillé zwar dem preußischen Gesandten die Verhandlung fallen lassen zu wollen, wenn Preußen es wünsche; aber obgleich König Friedrich nach Empfang des von seinem Gesandten in Dresden erstatteten Berichtes der französischen Regierung die Erklärung abgeben ließ, er wolle mit Sachsen nicht in derselben Allianz sein[3], nahm die Verhandlung über den sächsischen Subsidienvertrag nichtsdestoweniger ihren Fortgang.

Am 7 October traf der jüngst ernannte sächsische Gesandte Ludwig Siegfried Graf Vitzthum von Eckstädt in Paris ein, ein welterfahrener und geschäftskundiger Edelmann, und empfieng alsbald von Rouillé das erneuerte Anerbieten eines Subsidienvertrags; der Botschafter am königlich polnischen Hofe, Graf Broglie, ward angewiesen nach Sachsen abzureisen um diese Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen. Indessen ergaben sich zwischen den allgemeiner gehaltenen Erklärungen Rouillés und den bestimmteren Propositionen Broglies auffallende Widersprüche die damit zusammenhiengen, daß Broglie in die geheime Diplomatie eingeweiht war und die französische Partei in Polen zu unterstützen und zu verstärken suchte[4]. Broglie forderte nämlich von dem sächsischen Cabinet außer denselben Leistungen, zu welchen Sachsen sich in dem bisherigen Vertrage den Seemächten ver-

---

[1] 1751 Febr. Hautefort's Bericht über seine Audienz bei der Kaiserin. Maria Theresia sagte: la Saxe me tient fort au coeur, c'est au point que je voudrois que le roi lui continuât ses subsides, car elle en a besoin (Schlossers Excerpte).

[2] Über die französisch-sächsische Verhandlung s. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 247 ff.

[3] Der französische Courier traf am 24 August in Dresden ein; Potsdam den 1 Sept. wies König Friedrich Knyphausen an zu sagen, que-je ne saurois pas être avec les Saxons dans une même alliance (Beil. II 7). Schon vor Eingang dieser Instruction empfieng Knyphausen von Rouillé die Versicherung, nach Preußens Wunsch die Verhandlung mit Sachsen aufgeben zu wollen. Knyphausen an den König Sept. 5.

[4] Vgl. Stuhr Forsch. I 22. Boutaric corr. secr. I 63 ff.

pflichtet hatte, die Lösung der mit den kaiserlichen Höfen bestehenden Bündnisse, und auch das französische Cabinet hielt wenigstens daran fest, daß König August III die mit den Höfen von Wien und Petersburg geschlossenen Verträge mittheile und sich verpflichte den gemäß dem neuen englisch-russischen Vertrage zu erwartenden Durchmarsch russischer Truppen durch Polen nicht zu gestatten. Diese Vorbedingung des Subsidienvertrags lehnte die sächsische Regierung am 11 December ab und damit ruhte vorläufig die Verhandlung.

In dieser ganzen Angelegenheit war auf die wiederholte Einsprache des Königs von Preußen nicht geachtet worden. Als Friedrich in Folge von Broglies Abreise nach Dresden dem französischen Ministerium erklären ließ, daß von dem Verfahren Frankreichs in dieser Sache die Erneuerung seines Bündnisses abhange, erwiederte Rouillé, die Verhandlungen mit dem sächsischen Hofe seien schon zu weit vorgeschritten als daß man noch mit Ehren zurücktreten könne, wenn sich nicht ein triftiger Vorwand darbiete[1]. Nähere Mittheilungen wurden dem preußischen Gesandten nicht gemacht, dagegen ward Starhemberg von dem Stande der Verhandlungen in Kenntniß erhalten; er verfehlte auch nicht dem sächsischen Gesandten zu eröffnen, daß niemand anders als der König von Preußen die Schwierigkeiten hervorgerufen habe, welche den Abschluß verhindert hätten[2]. Für die sächsischen Subsidien hatte sich Augusts III Tochter die Dauphine und ihr Gemahl der Dauphin, bisher ohne allen Einfluß auf die Politik, eifrig bemüht und sie blieben auch fernerhin dafür thätig. König Friedrich aber hatte inzwischen seinen Entschluß gefaßt und gab seinem Gesandten die Weisung über den sächsischen Vertrag kein Wort weiter zu verlieren[3].

Alle diese Umstände geben uns die Bestätigung, daß seit dem August 1755 Ludwig XV sich dahin entschied auf die von Öster-

---

[1] 1755 Nov. 7. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 13.

[2] [illegible]hums Bericht vom 14 Dec. 1755. Geheimnisse I S. 288 f.

[3] 1755 Dec. 5. 26. Paris. Knyphausen an den König und dessen Marginalverfügung zu dem letzteren Schreiben. Beil. II 18b. Vgl. Nivernois an Broglie. Berlin 1756 Febr. 20. Oeuvr. de Nivernois I 227.

reich angetragene Allianz einzugehen, daß jedoch vorläufig noch Preußen eine Stelle in dem neuen Syſteme zugedacht ward, unter der Vorausſetzung daß es ſich gegen Hannover gebrauchen laſſe. Indeſſen ward die Miſſion des Herzogs von Nivernois an Friedrich II ſo lange hinausgeſchoben, bis die Meldung erfolgte, daß England auf dem Puncte ſtehe mit Preußen einen Neutralitätsvertrag abzuſchließen.

Seltſam aber hatten ſich die Wege der europäiſchen Diplomatie in dieſen Zeiten verſchlungen. Maria Thereſia verfolgte beharrlich den Plan ein Bündniß mit Frankreich zu ſchließen und bot zugleich alles auf, die Hilfsquellen des mit Frankreich verfeindeten Englands gegen Preußen auszubeuten. Die engliſche Regierung ſuchte gegen Frankreich und Preußen ihre Stütze in Öſterreich und Rußland und griff in dem Augenblicke, wo ſie mit ſchwerem Gelde Rußland erkauft zu haben meinte, zu dem viel einfacheren Mittel mit Preußen die Neutralität zu vereinbaren. Dies geſchah zu dem Zwecke ſowohl Ruſſen als Franzoſen den Einmarſch in Deutſchland zu verwehren und den Frieden auf dem Feſtlande zu ſichern, theils um Hannovers willen theils aber um Maria Thereſia den Vorwand zu entziehen, daß ſie ihre Truppen gegen Preußen zuſammenhalten müſſe und deshalb Belgien nicht ſtärker beſetzen könne. Der franzöſiſche Hof gieng auf die öſterreichiſchen Allianzpläne ein und gedachte zu gleicher Zeit über Preußens Streitmacht gegen den König von England zu verfügen; und Friedrich II ſchmeichelte ſich mit der Hoffnung, während er ſich mit England verſtändigte, nichtsdeſtoweniger in einem Defenſivbündniſſe mit Frankreich verbleiben zu können. So kreuzten ſich die Fäden älterer Beziehungen und neuer Combinationen, bis der natürliche Gang der Dinge die unverträglichen Elemente von einander ſchied.

Viertes Capitel.

Die Verträge von Westminster und Versailles.

Friedrich der große faßte den Entschluß auf den Vertrag mit England einzugehen in der Hoffnung, daß dieser dazu dienen werde das in englischem Solde stehende Rußland von einem Angriffe auf Preußen abzuhalten. Zugleich vertraute er, je sichtlicher die Erschlaffung Frankreichs ward, um so mehr auf die Kraft des englischen Volks. Noch aber fehlte viel daß die Regierung diese richtig zu leiten verstand. Der Herzog von Newcastle fuhr fort an der Spitze des Ministerium seinen Einfluß dahin auszuüben die wahrhaft berufenen Männer von den entscheidenden Stellen fernzuhalten. Indessen verwickelte er sich in immer größere Rathlosigkeit. Er hatte Sir Thomas Robinson zum Staatssecretär und zum Leiter des Unterhauses ausersehen, und die Aufgabe schien nicht schwer, da die Majorität leichthin für alles stimmte was das Ministerium verlangte. Aber einen so ungeschickten Vertreter hatte die Regierung noch nie gestellt: Pitt und Fox gaben ihn um die Wette dem Gelächter preis und Newcastle mußte fürchten daß seine getreuen ihm am Ende abtrünnig werden möchten. Deshalb suchte er Fox zu gewinnen und die Unterhandlung gelang: gegen die Gewährung des Eintritts in das königliche Cabinet, aber ohne entsprechenden Antheil an der Regierungsgewalt, verstand sich Fox dazu die ministeriellen Maßregeln im Unterhause zu unterstützen. So gieng die Session ohne Schwierigkeit zu Ende: am 25 April 1755 ward sie geschlossen und Tags darauf erfolgte die Ernennung von Fox als Lord Commissioner. So hatte Newcastle mit diesem Gegner und durch ihn auch mit dem Herzog von Cumberland seinen Frieden gemacht.

Seitdem waren Pitt und Fox geschiedene Leute. Pitt verzieh es nicht daß Fox ihn verließ und sich auf unehrenhafte Bedingungen hin Newcastle ergab. Pitt hatte zehn Jahre lang gewissenhaft sein untergeordnetes Amt verwaltet und sich der Op-

position enthalten, in der Hoffnung die königliche Ungnade zu überwinden und an den Platz berufen zu werden, auf dem er zum besten des Landes und der Krone wirken könne. Diese Hoffnung war getäuscht, er sah daß der Entschluß feststand ihn auf die Seite zu schieben. Damit fühlte er sich jeder weiteren Rücksicht enthoben: ja er erkannte es als seine Pflicht, da große Entscheidungen sich vorbereiteten, mit aller Kraft eine Administration zu bekämpfen, deren längeres Verbleiben im Amte unwiderbringlichen Schaden stiften mußte. Denn ihr Oberhaupt Newcastle war unentschlossen und feige, das ganze Ministerium ohne rechten Zusammenhalt, der Stimmen im Parlamente sicher, aber voll Scheu vor der wachsenden Aufregung des Volkes, in Angst vor dem was die Franzosen thun könnten ohne selbst zu wissen was zu thun sei.

Der offene Bruch Pitts und seiner Freunde mit dem Ministerium erfolgte über die Subsidienverträge, welche Georg II in Hannover durch Holderneſſe abschließen ließ. Der für die Dauer der Abwesenheit des Königs eingesetzte Regentschaftsrath genehmigte sie ohne weiteres, aber Legge, der Kanzler der Schatzkammer, verweigerte seine Unterschrift für die zur Ausführung erforderlichen Schatzanweisungen. Voller Bestürzung wandte sich Newcastle an Pitt und suchte ihn zu vermögen die Subsidienverträge im Parlamente zu vertheidigen: unter dieser Bedingung bot er ihm einen Sitz im Cabinet an und eröffnete ihm die Aussicht auf den Posten des Staatssecretärs. Aber die Unterhandlung war umsonst. Pitt verwarf entschieden Newcastle's System durch andre als die in voller Autorität mithandelnden Räthe der Krone die Geschäfte mit dem Parlamente zu erledigen. Ganz unbedingt versprach er seine Mitwirkung um den für einen nationalen Zweck unternommenen Krieg nachdrücklich zu führen: er war auch bereit für Hannover einzustehen, wenn es um Englands willen angegriffen werde, aber nicht mit Subsidien. Jedoch verstand er sich dazu aus Rücksicht auf den König den hessischen Vertrag gutzuheißen, sobald er keinen Präcedenzfall bilden solle: den russischen Vertrag aber weigerte er sich zu genehmigen. Damit zerschlug sich die Unterhandlung.

Jetzt nahm Newcastle gegen die Opposition von Legge, Pitt und dessen Schwäger, den Grenvilles, von denen der älteste Graf Temple im Oberhause saß, seine Zuflucht wieder zu Fox, und dieser ließ sich willig finden für die Verträge, von deren Unzweckmäßigkeit auch er überzeugt war, im Parlamente einzustehn. Dafür ward ihm der Posten des Staatssecretärs zugesichert, wogegen Robinson in sein früheres Amt eines königlichen Garderobenmeisters zurückkehrte. Die Publication der Veränderungen im Ministerium, welche schon im September beschlossen waren, ward bis nach der Adreßdebatte verschoben[1].

Am 13 November 1755 eröffnete König Georg II die Session des Parlaments. Die Thronrede sprach von der zum Schutze der amerikanischen Colonien vorgenommenen Flottenrüstung und Truppensendung, von den Maßregeln, welche getroffen seien um Frankreich an ferneren Uebergriffen zu hindern, England für die erfahrenen Feindseligkeiten Genugthuung zu verschaffen und Anschlägen gegen seine Königreiche und seine übrigen Besitzungen zu begegnen. Sie gedachte der Versicherung fortdauernder friedlicher Gesinnungen, welche der König von Spanien ertheilt habe und nahm zur Durchführung der nationalen Sache die kräftige und freudige Unterstützung des Parlaments in Anspruch. Hiebei ward auf die verstärkte See- und Landmacht und auf die mit Rußland und Hessen-Cassel abgeschlossenen Verträge hingewiesen.

Die Adressen, welche in beiden Häusern fast gleichlautend beantragt wurden, erwiederten die Thronrede mit Dankes- und Vertrauensbezeigungen und gaben die Zusicherung im Falle eines Angriffs auch Hannover schützen zu wollen. Aber sie riefen lange und heftige Debatten hervor. Im Oberhause sprachen Temple und Halifax gegen die im hannöverschen Interesse ergriffenen Maßregeln und Temple gab sogar seinen förmlichen Protest zu Protokoll. Im Unterhause währte die Debatte funfzehn Stunden, und obwohl die Adresse mit einer Majorität von 311 gegen 105 Stimmen angenommen wurde, hatte das Ministerium doch eine moralische Niederlage erlitten. Das Ereigniß jenes Abends

[1] Lord Mahon hist. of England. 5th Ed. 1858 ch. XXXII. IV 49 sqq.

war die Rede von Pitt[1], welche wie ein lange zurückgehaltener Strom mit überwältigendem Ungeſtüm hervorbrach. Sein Angriff galt der Sache ſowohl wie den Perſonen. Die Subſidienverträge verwarf er, namentlich den ruſſiſchen, weil er Preußen provociere und einen Continentalkrieg entflammen werde, während es ſich für England darum handle jetzt endlich für die ſo lange gekränkte und ſo lange vergeſſene Bevölkerung von Amerika einzuſtehn. Er tadelte die unparlamentariſche Einmiſchung des königlichen Namens und alle die Künſte, welche man anwende um die Würde des Unterhauſes zu erniedrigen. Die Verbindung von Newcaſtle und Fox beleuchtete er durch ein Bild voll bitteres Hohns: „Ich ſah zu Lyon den Zuſammenfluß der Rhone und „der Saone, der eine ein gelinder, ſchwacher, ſtiller Strom, und „obwohl ſtill doch ohne Tiefe, der andere ein rauſchender und „ungeſtümer Strudel, aber ſo verſchieden ſie ſind, ſo kommen ſie „ſchließlich zuſammen: und lange, lange mögen ſie vereinigt blei„ben einander zum Troſte, und zum Ruhme, zur Ehre und zur „Sicherheit unſeres Volkes".

Pitts Beredſamkeit war auf ihrer Höhe. Wie glänzend ſich auch ſein Talent ſchon vor Jahren in der Oppoſition gegen Walpole und gegen Carteret entfaltete, ſo hatten doch in den folgenden Zeiten fortgeſetzte Studien, der ſtete Verkehr mit den bedeutendſten Männern und die Erfahrung in den Geſchäften ſein Urteil gereift und ſein Selbſtvertrauen gehoben. Vor einem Jahre hatte er durch die Ehe mit einer edlen Frau, Lady Heſter Grenville, ſein häusliches Glück begründet und ſich mit einer der angeſehenſten Familien verbunden. Jetzt gab der Unmuth über die kränkende Zurückſetzung die er erfuhr zugleich mit der wachſenden Gefahr des Landes ſeinen Reden einen höheren Schwung. Er war durchdrungen von der Überzeugung, daß er und kein anderer im Stande ſei England zu retten, und ließ ſich in ſeiner Zuverſicht nicht dadurch irren, daß die Trabanten von Newcaſtle und die willenloſen Anhänger des Hofs in weit überwiegender Majorität

[1] H. Walpole to R. Bentley 1755 Nov. 16. Lord Orford Works V 348 f. Deſſ. Memoires of the reign of George II I 412—416.

ihm gegenüberstanden. Ein Meister in der Rede aus dem Stegreife wie es keinen zweiten gegeben hat, war er jeden Augenblick zum Angriff oder zur Abwehr bereit, mochte es gelten mit Laune und Spott einen Gegner dem Gelächter preiszugeben oder niedrige und gemeine Grundsätze mit sittlicher Entrüstung zu bekämpfen oder mit vollem Nachdrucke in ergreifenden und begeisternden Worten das Recht und die Interessen des Landes zu vertreten. Rückhaltlos aus voller Seele dringend, freimüthig und wahrhaftig, bildeten und befestigten seine Reden im Parlamente die Grundsätze und Ansichten zwar nicht der stumpfen Masse, aber doch vieler empfänglicher Mitglieder, und was davon draußen verlautete ward mit Begierde aufgegriffen und bestimmte die öffentliche Meinung, welche sich immer lebhafter wider das Ministerium kundthat. Und wie durch den bedeutenden Inhalt, den Ausdruck einer wohlbegründeten Überzeugung und männlichen Entschlossenheit, so fesselte Pitt die Versammlung durch seinen meisterhaften Vortrag, durch den Adel seiner Haltung, die Anmuth und Würde seiner Gestalt, sein lebhaftes Geberdenspiel: er hat Gegner durch einen Blick seines großen feurigen Auges verstummen gemacht. Dazu endlich eine Stimme von wunderbarer Klarheit Fülle und reicher Modulation, deren leisester Ton auf den fernsten Sitzen deutlich vernommen ward, und die in vollkräftiger Erhebung dem Klange einer Orgel vergleichbar durch die Vorsäle und Stiegen hinabdrang bis in die Halle von Westminster.

Zwei Tage nach der Adreßdebatte, am 15 November, ward Fox zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten für das südliche Departement ernannt: am 20 erfolgte die Entlassung von Legge, Pitt und George Grenville; James Grenville nahm Tags darauf seinen Abschied. Graf Temple stellte seinen Schwager Pitt vor äußeren Sorgen sicher, indem er ihn dazu vermochte ein Jahrgeld von 1000 L. St. von ihm anzunehmen. In den ferneren Parlamentsverhandlungen suchte die Opposition Maßregeln zu rascherer Bemannung der Flotte und zur Bildung und Organisation einer Miliz für die Landesvertheidigung durchzusetzen, aber ihre Bemühungen wurden entweder schon im Unterhause oder im Oberhause vereitelt. Ebenso vergeblich bekämpfte sie die Ver-

trage mit Hessen-Cassel und mit Rußland: sowohl diese als alle die Abkommen welche die Minister beantragten wurden genehmigt. So weit es auf die Beschlüsse des Parlaments ankam, konnten die Minister mit den Ergebnissen der Session zufrieden sein, es galt nun zu zeigen wie sie die ihnen anvertrauten Mittel anzuwenden verstanden.

Mittlerweile wurden die Verhandlungen über den Neutralitätsvertrag mit Preußen rasch zum Abschlusse geführt. Zu Ende Decembers gieng der von englischer Seite aufgestellte Entwurf bei Friedrich II ein: am 4 Januar 1756 wurden die Instructionen und Vollmachten für Louis Michell ausgefertigt, der als Gesandtschaftssecretär in London zurückgeblieben war und jetzt zum Geschäftsträger ernannt wurde, und am 16 Januar fand zu Westminster die Unterzeichnung des Vertrages statt.

Der Vertrag besteht aus vier Artikeln. Im Eingange wird der Zweck bezeichnet, während der Zwistigkeiten welche sich in Amerika zwischen England und Frankreich erhoben haben, den Frieden in Europa und insbesondere in Deutschland zu erhalten. Zu diesem Ende versichern sich die contrahierenden Mächte Frieden und Freundschaft und versprechen einander demzufolge ihre Territorien weder direct noch indirect anzugreifen, sondern im Gegentheil alles aufzubieten um ihre Verbündeten von Unternehmungen gegen dieselben abzuhalten. Sollten fremde Mächte Truppen in Deutschland einrücken lassen, so werden die contrahierenden Theile ihre Streitkräfte vereinigen um sich dem Ein- oder Durchmarsche solcher fremder Truppen und diesem Friedensbruche zu widersetzen und um die Ruhe in Deutschland zu sichern. Die zwischen ihnen bestehenden Allianz- und Garantieverträge werden ausdrücklich erneuert namentlich der Vertrag von Westminster vom 18 November 1742, die Convention von Hannover vom 26 August 1745 und die wechselseitige Accession der beiden Garantieacte vom 13 October 1746.

Dieser Vertrag, an dessen Zustandekommen Friedrich II fast nichts weiter that, gebunden hatte er sich durch ihn an niemand zu weiter nichts als zu seiner eigenen Neutralität. Dazu kam ein geheimer Zusatzartikel, der Friedrich II zur conditio sine

qua non seiner Genehmigung des Vertrages aufgestellt hatte. Durch diesen wurden die österreichischen Niederlande ausdrücklich von der Deutschland betreffenden Neutralitätsconvention ausgenommen, um so mehr da Preußen im achten Artikel des Dresdener Friedens der Kaiserin Königin nur die Staaten garantiert habe, welche sie in Deutschland besitze.

Endlich wurde hinsichtlich der vom letzten Seekriege sich herschreibenden Streitigkeiten in einer besonderen Erklärung festgestellt, daß sobald der König von Preußen den auf die schlesische Schuld gelegten Beschlag aufhebe und den Rest der schlesischen Schuld gemäß dem ursprünglichen Vertrage auszahlen lasse, der König von England die Summe von 20000 L. St. zahlen lassen werde, womit alle Ansprüche des Königs von Preußen und seiner Unterthanen erledigt sein sollten[1]. Am 13 Februar wurden die Ratificationen ausgewechselt und zugleich die Sendung von Andrew Mitchell als englischem Gesandten am preußischen Hofe angekündigt, während Michell gemäß dem Wunsche der englischen Regierung als Minister Friedrichs am englischen Hofe verblieb[2]. Der Abschluß eines Handelsvertrages ward vorbehalten und später auf ruhigere Zeiten verschoben. Die beiderseits zugesicherten Zahlungen wurden prompt und pünctlich geleistet, so daß am 23 Juni die Generalquittungen ausgetauscht werden konnten[3].

So war der Zwiespalt zwischen England und Preußen endlich abgethan und der Weg zu einem freundlichen Einverständnisse betreten. Es fragte sich nun, wie Frankreich, der bisherige Alliirte Preußens, und der jüngst mit England verbündete russische Hof diesen Neutralitätsvertrag aufnehmen würden.

König Friedrich hatte am 23 December seinen Gesandten am französischen Hofe angewiesen die Mittheilung zu machen,

---

[1] S. den Vertrag in den Beilagen I 2.

[2] 1756 Febr. 13. Bericht von Michell und Schreiben von Holderneſſe an Podewils. Febr. 28. Podewils Antwort an Holderneſſe.

[3] Juni 25 Michell's Bericht. Die Auszahlung der Abfindungssumme an die beschädigten Schiffsrheder ordnete König Friedrich am 22 Mai an. Trendelenburg Ber. d. Berl. Ak. 1866 S. 36. Über die Rückzahlung der schlesischen Schuld ebend. S. 52, 4.

daß England ihm neue Vorschläge für die Aufrechterhaltung der Neutralität in Deutschland gemacht, und am 3 Januar die Erklärung hinzugefügt, daß er im Hinblick auf die von Österreich und Rußland gegen seine Staaten beabsichtigten Angriffe sich veranlaßt sehen dürfte auf diese Anträge einzugehen[1].

Unmittelbar nach Empfang dieses königlichen Schreibens, welches einen Entschluß von höchster Bedeutung ankündigte, unternahm es Knyphausen seinem Monarchen noch einmal Vorstellungen zu machen: nicht gegen die Neutralität Preußens an sich, denn diese entsprach auch seiner Überzeugung, sondern über die Form des Verfahrens Frankreich gegenüber. Seiner Ansicht nach waren die Gebrechen der französischen Regierung nur zufällig und mit der Zeit stand ein neuer Aufschwung Frankreichs zu erwarten: deshalb erachtete er es für wichtig einen so mächtigen Alliirten nicht augenblicklichen Vortheilen zu opfern. Er rieth daher dem Könige seine Verhandlung mit England nicht ohne Vorwissen Frankreichs zum Abschlusse zu führen, sondern mittlerweile darauf hinzuarbeiten, daß Frankreich zur Neutralität Deutschlands seine Zustimmung gebe. Diese meinte er erlangen zu können, da die französische Regierung ohnehin kaum noch auf Preußens Mitwirkung zu einem Einfall in Hannover hoffe und diese Diversion so gut wie aufgegeben habe. Dagegen werde es schwer halten den französischen Hof zu beruhigen, wenn Preußen insgeheim mit England verhandle und seinen Vertrag erst nach erfolgtem Abschluß mittheile. Denn in diesem Falle werde der König von Frankreich über das ihm versagte Vertrauen empfindlich sein und man werde hinter dem Vertrage bedenkliche Geheimnisse suchen, kurz es werde ein Sauerteig von Ärgerniß daraus entstehen, der fortdauernde Gährung hervorbringen werde[2].

Dieser Rathschlag Knyphausens kam zu spät. Friedrich II hatte ein so entschiedenes Mistrauen gegen die französische Regierung gefaßt, daß er den Abschluß des Neutralitätsvertrags mit England nicht von ihrer Zustimmung abhängig machen wollte.

---

[1] 1755 Dec. 22. 1756 Jan. 3. Berlin. Friedrich II an Knyphausen.
[2] 1756 Jan. 21. Paris. Knyphausen an den König. Beil. II 19.

Von der ersten ihm gemachten Proposition hatte er ihr eine Anzeige zukommen lassen und genaue Mittheilung darüber an Nivernois zugesagt. Monate waren vergangen, als der erneute Antrag und zwar nunmehr direct von der englischen Regierung an ihn ergieng und noch hatte der französische Bevollmächtigte sich nicht auf den Weg gemacht. Jetzt noch die Entscheidung über die englischen Propositionen in die Länge zu ziehen mußte sowohl im Hinblick auf England als auf Rußland sehr bedenklich erscheinen. Überdies hatte Knyphausen, so richtig er sonst den französischen Hof beurteilte, doch einen Factor außer Berechnung gelassen, der sich bis dahin noch seiner Beobachtung entzog, nämlich den wachsenden Einfluß Österreichs, dem es gelungen war Mistrauen gegen Preußen zu wecken und zu nähren. Kurz König Friedrich war überzeugt keine schuldige Rücksicht zu verletzen, als er den Schritt that, welchen die Fürsorge für die Sicherheit seiner Staaten gebot, und hoffte daß der französische Hof sich in die vollendete Thatsache finden werde.

Auf die von Wien und vom Haag eingegangene Meldung, daß England alles aufbiete um mit Preußen und andern Staaten einen Neutralitätsbund abzuschließen, begab sich endlich der Herzog von Nivernois auf die Reise und traf am 12 Januar in Berlin ein. Nach seiner Antrittsaudienz am 14 Januar ließ er einen Tag nach dem andern vergehen ohne von Geschäften zu sprechen: inzwischen redete er, ein vollendeter Hofmann, mit Bewunderung von dem Könige, den Manufacturen, von allem was er in Berlin sah[1]. Endlich am 24 Januar, dem königlichen Geburtstage, hatte er mit Friedrich dem großen eine lange Unterredung auf Grund der Instructionen, welche diesem längst bekannt waren, und trug im Namen Ludwigs XV auf Erneuerung des Allianzvertrages von 1741[2] und Preußens Mitwirkung zur Invasion Hannovers an. König Friedrich erzählt selbst, er habe Nivernois auf das

[1] 1756 Jan. 17. Podewils an den König.

[2] Den Vertrag vom 5 Juni 1741 nennt Nivernois selbst Oeuvres posth. I 236. Das Offensivbündniß vom 5 Juni 1744 bezog sich nur auf die Dauer des damaligen Kriegs, der Vertrag vom 2 Januar 1751 nur auf die braunschweigischen Subsidien.

Anerbieten der Entschädigung mit Tabago erwiedert, er wolle nicht in die Fußstapfen des Marschalls von Sachsen treten, dem diese Insel einmal zugetheilt war, und werde nicht wie ein Kaufmann Krieg führen. Man möge sich nach einem geeigneteren Gouverneur von Barataria umsehen — der Insel des Sancho Pansa[1]. Aber mit dem leichten Scherze war die Sache nicht abgethan, sondern Friedrich der große bemühte sich alles Ernstes den französischen Botschafter von seinem Rechte und seiner Pflicht zu überzeugen sich in dem französisch-englischen Kriege neutral zu halten und sich dieser Neutralität durch einen förmlichen Vertrag zu versichern.

Dieses Hauptstück der Verhandlung hat König Friedrich zur Instruction seiner Minister noch an demselben Tage niedergeschrieben[2]. Sein Recht gründete er darauf daß er Frankreichs amerikanische Besitzungen nicht garantiert habe, daß also der daraus entsprungene Krieg ihn nicht angehe; daß seine Defensivallianz mit Frankreich ihn zu keinem offensiven Schritte verpflichte: endlich daß diese Allianz abgelaufen sei, ihn also nicht weiter binde. Was den Sachverhalt anbetraf, so gieng er davon aus, daß er selbst nur hunderttausend Mann ins Feld führen könne, dagegen Hannover, Österreich, Rußland zusammen das doppelte. Wären diese in einem Lager, so würde er sie angreifen, aber da sie durch ihre geographische Position ihn nöthigten seine Kräfte zu theilen, sei er überall der schwächere. Solle er einen Krieg anfangen, wenn es ihm an der Kraft zur Abwehr mangele? Nein, denn das wäre unter allen Arten von Kriegen der lästigste und gefährlichste. Unthätig bleiben, wenn die Russen in das Reich einrückten, könne er nicht, denn die Vereinigung mit ihnen werde seine Feinde allzu stark machen. Aber den Einmarsch der Russen und damit den Krieg zu vermeiden gebe es nur ein Mittel, nämlich den von England vorgeschlagenen Neutralitätsvertrag abzuschließen: deshalb müsse er ihn schließen. Für Frankreich sei es besser, wenn die Russen nicht nach Deutschland kommen: denn

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 282. IV 31.
[2] Beil. II 21.

es habe um ſo viel Feinde weniger zu bekämpfen. Wenn man einwenden wolle, England möge immerhin ſein Geld in Subſidien vergeuden, ſo ſei zu erwägen, daß in gleichem Verhältniſſe auch die Ausgaben Frankreichs wachſen um der vermehrten Zahl von Feinden Widerſtand zu leiſten. Überhaupt, je verwickelter der Krieg werde, um ſo viel ſchwieriger ſei es ihn zu beendigen, als wenn er auf die beiden jetzt entzweiten Mächte beſchränkt bleibe. Aber es genüge nicht, daß Preußen ſich neutral verhalte ohne einen Neutralitätsvertrag zu ſchließen, denn alsdann würden weder die Ruſſen am Marſche gehindert noch alle anderen Verwickelungen verhütet, welche ihr Marſch herbeiführen werde. Alſo ſei ſein Neutralitätsvertrag für Frankreich ebenſo zuträglich als er für Preußen im gegenwärtigen Augenblicke unabweislich ſei. Und endlich wenn ganz Deutſchland in Krieg gerathe und ſich das unterſte zu oberſt kehre, ſei das ein Vortheil für Frankreich? Nein, denn es würde dabei nichts gewinnen als vielleicht ſeine Alliirten vernichtet zu ſehen, die in anderen Zeitläuften ihm ſehr nützlich ſein könnten. Alſo entſpreche die Neutralität den Intereſſen aller[1]. Übrigens ſei er nach wie vor bereit die Defenſivallianz mit Frankreich zu erneuern, wobei ſein Neutralitätsvertrag durchaus nicht im Wege ſtehe.

Um Nivernois noch vollſtändiger von der Beſchaffenheit des Neutralitätsvertrages zu überzeugen, legte Friedrich ihm in den nächſten Tagen das Original deſſelben vor, welches am 25 Januar in Berlin eingegangen war, und ließ ihm eine Abſchrift davon geben[2].

Friedrich der große ſollte bald erfahren, daß ſeine Gründe auf den franzöſiſchen Hof keinen Eindruck machten, ſondern daß

[1] So weit nach der Relation des Königs. Das Folgende nach des Königs Schreiben an Knyphauſen vom 3 Februar 1756.

[2] Jan. 26 expedierte Nivernois einen Courier mit ſeinem Berichte über die Unterredung mit dem Könige, Jan. 29 früh einen zweiten mit dem Berichte über die Convention, welche er vom leſen faſt auswendig wußte; die Copie der Convention ſandte er am 1 Febr. ab. (Nach Briefen von Podewils an den König.) Vgl. Oeuvres de Frédéric IV 32. Oeuvres posth. du duc de Nivernois I 30 f.

dort einzig und allein Rückſichten äußerer Convenienz und perſönliche Stimmungen den Ausſchlag gaben. In einer Unterredung, welche am 21 Januar ſtattfand, brachte Rouillé ſelbſt die von Wien gemeldeten Beſtrebungen Englands zur Stiftung eines Neutralitätsbundes in Deutſchland zur Sprache. Knyphauſen ſuchte den Miniſter zu überzeugen, daß ein ſolches Bündniß der Abſicht Frankreichs den Krieg nur zur See zu führen vielmehr günſtig als hinderlich ſei, da es in Verbindung mit den Übereinkünften für die Ruhe Italiens und dem mit Holland beabſichtigten Neutralitätsvertrage den Continent vor jeglichem Kriegsbrande ſicher ſtelle. Er fügte hinzu, daß Frankreich um ſo eher damit einverſtanden ſein könne, da es ja auf den Plan eines Einfalls in Hannover verzichtet zu haben ſcheine, ein Unternehmen das in Folge der von England geſchloſſenen Bündniſſe nothwendig einen europäiſchen Krieg herbeiführen müſſe. Rouillé gab zu, daß Frankreich für den Augenblick gegen Deutſchland nichts im Schilde führe und daß ein Einfall in Hannover mit großen Schwierigkeiten verknüpft ſei. „Indeſſen", ſagte er, „wenn dies „auch unſere gegenwärtige Anſicht iſt und es allen Anſchein hat, „daß wir in Deutſchland nichts unternehmen werden, ſo würde es „doch ſehr demüthigend für uns ſein, wenn uns die Hände gebun„den wären, zumal es nicht gewiß iſt, ob unſere Anſchläge zur See „glücken werden". Einen andern Ton ſchlug Rouillé ſchon nächſter Tage an, auf Grund von Berichten aus dem Haag und aus London, welche den bevorſtehenden Abſchluß eines engliſch-preußiſchen Vertrages meldeten: wenn Frankreich ſich in einem ſo kritiſchen Augenblicke von Preußen verlaſſen ſehen ſollte, werde es leicht Gelegenheit finden dafür Vergeltung zu üben[1].

Alsbald verbreitete ſich die Nachricht von der am 16 Januar erfolgten Unterzeichnung des Vertrages, aus der in London durchaus kein Geheimniß gemacht war, und nun konnte Rouillé nicht Worte genug finden um auszudrücken, wie ſchmerzlich es dem

[1] 1756 Jan. 23. Paris. P. S. zu Knyphauſens Schreiben an den König vom 21 Januar. Beil. II 19. Über die Correſpondenz aus dem Haag (zwiſchen dem franzöſiſchen Botſchafter Bonnac und Rouillé Dec. 30. Jan. 13) ſ. Stuhr Forſchungen I 29. 31.

Könige von Frankreich geweſen ſei den Abſchluß eines ſolchen Vertrags in demſelben Augenblicke zu vernehmen, welchen er gewählt habe um dem Könige von Preußen das koſtbarſte Unterpfand ſeiner Freundſchaft darzubieten und ihm durch eine feierliche Geſandtſchaft die Geſinnungen des zärtlichſten und aufrichtigſten Vertrauens zu beſtätigen. Wenigſtens hätte der König von Preußen, dem dieſe Sendung vor mehreren Monaten angekündigt ſei, dem Ruhme des Königs die Demüthigung erſparen können, daß ein erlauchter Bürger, der ſich durch ſeine Anhänglichkeit für den preußiſchen Monarchen hervorgethan, bei dieſer Gelegenheit den Feinden Frankreichs zur Trophäe diente[1].

So viel war von vorn herein klar, daß die Sache an ſich und das franzöſiſche Staatsintereſſe kaum erwogen wurde; vielmehr ſprachen Rouillé und andere Miniſter wiederholt aus, daß man ſich über die Neutralität habe verſtändigen können: ſondern es handelte ſich um die Form. Ludwig XV ſah den ganzen Vorgang nur von der Seite an, daß Friedrich II aus ſeiner Verhandlung mit England vor ihm ein Geheimniß gemacht habe und daß die Sendung eines außerordentlichen Bevollmächtigten an den preußiſchen Hof ins lächerliche falle. Das reichte hin um das Maß ſeines Unwillens zu erfüllen und ihn zu einem unverſöhnlichen Feinde Friedrichs des großen zu machen.

Allerdings ſuchte Rouillé Gründe hervor um den Zorn ſeines königlichen Herrn auch gegen den Vertrag an ſich zu rechtfertigen. Er fand dieſen in Widerſpruch ſowohl mit der zwiſchen Frankreich und Preußen noch beſtehenden Defenſivallianz als mit dem ſchwediſch-preußiſch-franzöſiſchen Vertrage. Überdies bringe er Frankreich um die Frucht aller Bündniſſe, die es zum Theil Preußen zu Gefallen im Reiche geſchloſſen habe, während die Engländer ihre deutſchen Hilfstruppen zu ſich herüberholen könnten. Kurz der einfache Neutralitätsvertrag ſollte einen Bruch der heiligſten Verpflichtungen und unberechenbaren Schaden für Frankreich in ſich ſchließen.

---

[1] 1756 Jan. 30. Febr. 2. 8. Knyphauſen an den König. Vgl. desſelben Schreiben vom 21 Juni. Beil. II 22. 23. 31.

Inzwiſchen traf der von Nivernois erſtattete Bericht über ſeine Unterredung mit Friedrich dem großen ein und vermeldete ſowohl die von dem preußiſchen Könige ausgeſprochenen Motive für den Neutralitätsvertrag mit England als deſſen Anerbieten, auch unter den jetzigen Umſtänden die Defenſivallianz mit Frankreich zu erneuern. Darüber ward am 4 Februar zu Verſailles von einem Comité, zu welchem auch der Marſchall von Belleisle berufen war, Berathung gepflogen. Von vorn herein ſchien nur eine Stimme zu ſein, daß man eine fernere Allianz mit Preußen rundweg ablehnen und Nivernois ſofort zurückberufen müſſe. Indeſſen wie arg die Verblendung und der Knechtesſinn am franzöſiſchen Hofe auch war, ſo vermochte doch das Wort eines erfahrenen Mannes ſich noch Gehör zu verſchaffen. Belleisle wagte es für Friedrich II ſeine Stimme zu erheben und ſtellte vor, wie unbeſonnen es ſei, ſich ſo ganz den Gefühlen der Empfindlichkeit hinzugeben. Preußen, welches in Deutſchland Öſterreich die Wage halte, ſei ein ſo wichtiger Alliirter, daß es nur zu Frankreichs Schaden dienen werde, wenn man dieſe Macht auf die Seite der Feinde treibe. Deshalb müſſe man wo möglich trotz des Neutralitätsvertrages die Defenſivallianz erneuern.

Obgleich Belleisle allein ſtand und niemand ſich getraute offen in gleichem Sinne zu ſprechen, ſo fiel doch der Beſchluß des Comités dahin aus Nivernois einſtweilen noch in ſeiner Miſſion zu belaſſen, und Belleisle beſtimmte auch Ludwig XV ſeine Genehmigung dazu zu ertheilen[1]. Nivernois ſollte demnach in Berlin verbleiben, bis der Marquis von Valori, der ſchon im Sommer 1755 vor dem Einverſtändniſſe mit Öſterreich zum Nachfolger von de la Touche auserſehen war, auf ſeinem Poſten eingetroffen ſein werde[2]. Übrigens bekannten ſich auch andere wohlerfahrene Männer zu Belleisles Anſicht. So drückt ein Schreiben von Aubeterre, dem franzöſiſchen Geſandten in Wien, an den Miniſter Rouillé die Überzeugung aus, der König von Preußen habe

[1] 1756 Febr. 8. Paris. Knyphauſen an den König.

[2] Febr. 16 unterzeichnete Ludwig XV die Vollmacht für Valori. Mém. de Valori I 295ⁿ. Vgl. o. S. 106. Luynes XIV 431.

ſich entſchloſſen den Vertrag mit England einzugehen erſtens aus Furcht vor den Ruſſen, zweitens weil er die Meinung hege, ſeine Exiſtenz ſei für Frankreich ſo wichtig, daß, er möge thun was er wolle, die franzöſiſche Regierung doch nie leiden könne daß man ihn ſchwäche[1]. Ähnlich urteilten Nivernois und Valori über den preußiſch-engliſchen Vertrag[2].

König Friedrich ſah mit unerſchüttertem Sinne dieſem Sturme zu, entſchloſſen Schritt vor Schritt ſich nur von dem Intereſſe des Staates leiten zu laſſen. Noch glaubte er, das Drohen und Schnauben des Hofes von Verſailles werde ſich legen, und hielt es für undenkbar daß dieſer mit dem öſterreichiſchen vereint auf ſein Verderben ſinnen könne. Deshalb ſpornte er ſeinen Geſandten aufs höchſte an alles Geſchick, alle Talente, alle Gewandtheit deren er fähig ſei aufzubieten um das franzöſiſche Miniſterium dahin zu bringen, daß es ſich in den Neutralitätsvertrag finde, und demſelben jeglichen Verdacht, Mistrauen und Ärger zu benehmen: ja bei dieſer Gelegenheit ward Knyphauſen ſogar an die Pompadour gewieſen, was bisher nie geſchehen war[3].

Friedrich ließ es ſich angelegen ſein Knyphauſen mit Gründen auszurüſten, welche ſeine Berechtigung und Würde gegen die Vorwürfe des franzöſiſchen Cabinets wahren ſollten. Er wiederholt die Motive, welche er Nivernois auseinander geſetzt hatte, aber in ſcharfer Faſſung, und weiſt die Einwendungen Rouillés nachdrücklich und entſchieden zurück.

Preußen iſt in ſeinem Rechte, heißt es in dieſen königlichen Inſtructionen, und erfüllt eine Pflicht, die es ſich ſelbſt ſchuldig iſt, wenn es in dem amerikaniſchen Kriege neutral bleibt. Dieſe Neutralität ſich mittelſt eines Vertrags zu ſichern, konnte es durch

---

[1] 1756 Febr. 11. Wien. Aubeterre an Rouillé (Schloſſers Geſch. d. 18 Jahrh. II 303, 29). Huſchberg-Wuttke S. LX f.

[2] Nivernois Schreiben an die franzöſiſchen Geſandten in Dresden, Regensburg und Wien. Febr. 20. 21. März 1. Oeuvres posth. de Nivernois I 225 ff. Valori mém. I 296. 302. Vgl. Luynes XIV 401. Darget's Schreiben an Friedrich II vom 2 März. Oeuvres de Frédéric XX 68 f.

[3] Jan. 24. Berlin. Febr. 7. 10. Potsdam. Friedrich II an Knyphauſen. Beil. II 25. 26.

die Defenſivallianz von 1741 ſich nicht hindern laſſen, denn ſie läuft im Juni ab, wo die Operationen beginnen werden. Wollte man dieſen Zeitpunkt abwarten um eine Vereinbarung zu treffen, ſo würde jede Macht ihre Miethvölker aufgeboten haben und Deutſchland würde von Barbaren aller Art, von Ruſſen Kalmüken Tataren, überſchwemmt worden ſein. Solchen Übelſtänden mußte man vorbeugen.

Die preußiſch-ſchwediſche Allianz betrifft nur das Gleichgewicht der Macht im Norden und hat mit den franzöſiſch-engliſchen Händeln nichts zu ſchaffen. Wenn aber Rouillé glaubt, daß dieſe Allianz auf die gegenwärtigen Verhältniſſe Europas Anwendung finde, warum bedient er ſich nicht der Hilfe der in Frankreichs Solde ſtehenden Mächte um die franzöſiſchen Seerüſtungen zu verſtärken? Scheint es doch daß man im vorliegenden Falle gegen die Subſidiarſtaaten Nachſicht übt und dagegen die Verpflichtungen, welche freie und unabhängige Mächte eingegangen ſind, über Gebühr ausdehnen will.

Rouillé behauptet ferner, die Neutralität Deutſchlands bringe Frankreich um die Frucht der mit deutſchen Fürſten geſchloſſenen Subſidienverträge. Dawider iſt zu erwägen, daß die Verträge, welche durch des Königs von Preußen Hände gegangen ſind, die Ruhe Deutſchlands zur Baſis haben; daß niemand dabei an den Stockfiſchkrieg und an den Ohio dachte, ſondern daß ſie veranlaßt wurden durch die Bewegungen der Ruſſen an den Grenzen von Finnland, welche Schweden mit Krieg bedrohten. Dieſe Verträge, darauf berechnet die Ruhe Deutſchlands zu erhalten, können nicht dazu dienen ſie zu ſtören.

Rouillé glaubt, daß der Vertrag von Weſtminſter England in den Stand ſetze ſich ſeiner Hilfstruppen auf den britiſchen Inſeln zu bedienen. Das iſt allerdings mit einem Theile derſelben der Fall: die Heſſen ſind hinüberbeſchieden und das holländiſche Hilfscorps wird ebenfalls in Anſpruch genommen. Aber iſt es für Frankreich nicht beſſer, daß die Engländer 14000 Mann Hilfstruppen zur Vertheidigung der britiſchen Inſeln herüberholen, als daß eine Armee von 80000 Mann nach Flandern und eine von 60000 Mann an den Rhein marſchiert? Und davor wird

die französische Regierung durch den Neutralitätsvertrag gesichert, gegen den sie sich so heftig sträubt und an dem sie alles von der schlimmsten Seite auszudeuten sucht.

Was die Expedition gegen Hannover anbelangt, so hätte Frankreich diese im August des vorigen Jahres unternehmen sollen: jetzt, wo man dem Feinde Zeit gelassen Vorkehrungen zu treffen, würde sie übel angebracht sein. Überdies möge Rouillé doch bedenken, daß der König von England und die englische Nation Hannover nicht mit gleicher Zärtlichkeit ansehen: daß man die Eroberung Hannovers auf englische Subscription, unterzeichnet und ausbezahlt in London, ausführen könne; daß da der jetzige Krieg eine Angelegenheit der englischen Nation sei, welche sich in Rücksicht auf ihren Handel lebhaft dabei betheilige, der Einfluß des Königs nicht so viel vermöge, daß die Nation für Hannover ihre wahren Interessen opfere. Vielmehr werde ein Einfall in dieses Land keine andere Wirkung haben als die Russen ins Reich zu ziehen und einen allgemeinen Krieg herbeizuführen.

Kurz Frankreich hat so wenig Grund über die Neutralität Preußens ungehalten zu sein als über die Spaniens, und der Umstand des Eintreffens von Nivernois ändert an der Sache nichts, denn nicht der persönliche Charakter, sondern die annehmbaren Bedingungen entscheiden den Erfolg der Mission. Rouillé ärgere sich, daß der König von Preußen nicht seine Erlaubniß erbeten habe den Vertrag zu schließen; das aber sei sein königliches Recht und es bedürfe dazu nicht der Erlaubniß eines andern Fürsten. Übrigens erkenne der Minister stillschweigend den von Preußen gethanen Schritt als gerechtfertigt an, wenn er damit schließe, daß nur seine Erlaubniß gefehlt habe um diesen Act legitim zu machen[1].

Die Argumentation des Königs von Preußen hätte Eindruck machen können wenn die französische Regierung auf Gründe gehört hätte; aber da ihre Triebfeder Laune und Leidenschaft war blieb sie ohne Wirkung. Die Pompadour regierte. Ihre Anmaßung kannte keine Schranke mehr. Damals mußte die Königin

[1] 1756 Febr. 17. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 27.

von Frankreich es sich bieten lassen, daß durch königliche Verfügung die Marquise zu ihrer Palastdame ernannt wurde. Man versicherte bei Hofe daß sie auf sehr ernste Gedanken gekommen sei und hinfort christlich leben wolle. Den preußischen Minister empfieng sie nicht[1], dagegen wurden seit Ende Januar die Unterhandlungen mit Starhemberg mit großem Eifer betrieben und ließen den baldigen Abschluß eines französisch-österreichischen Bündnisses erwarten.

Friedrich der große mochte anfangs an einen so übereilten Schritt des französischen Hofes nicht glauben: er vermuthete daß es sich wohl nur um die Neutralität der Niederlande handele[2]: aber bald belehrten ihn die Berichte seines Gesandten, daß viel umfassendere Pläne im Werke seien. Unter diesen Umständen bot die von Preußen versuchte Vermittelung zwischen England und Frankreich wenig Aussicht auf Erfolg, obgleich Nivernois mit dem Könige dahin übereinstimmte, daß die englischen Vorschläge billig und annehmbar seien: nur hätten sie einige Wochen früher eingehen müssen, bevor die Franzosen in Kriegseifer gerathen wären. Damals schrieb der königliche Cabinetsrath Eichel voller Sorge: „Der Himmel wende alle Sachen zum besten, so „wie S. Kön. Majestät Dienst und Ruhm und die Wohlfahrt „dero Staaten es erfordert, daran ich auch nicht zweifeln will[3a].

Je mehr die Aussicht auf Verständigung mit Frankreich schwand, um so wichtiger wurde es für Friedrich darüber ins klare zu kommen, ob England auf Grund des Neutralitätsvertrages Rußland vermögen könne Friede zu halten oder nicht. Bald sollte es sich zeigen, daß die Regierung Georgs II, unähnlich früheren englischen Staatsmännern, die es als ihre Pflicht erkannten die Moskowiter von Europa fern zu halten, einen Brand angefacht hatte, den zu löschen sie nicht im Stande war. Als Georg II einen preußischen Angriff auf Hannover befürchtete und Maria Theresia zur Verstärkung ihrer Truppen in Belgien zu bewegen hoffte, im

[1] 1756 Febr. 13. 27. Knyphausen an den König. Luynes XV 322 ff. 338 f.
[2] Febr. 10. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen.
[3] Febr. 22. Potsdam. Eichel an Podewils.

April 1755, empfieng Sir Hanbury Williams für seine Mission nach Petersburg die Weisung alles zu thun um die Russen gegen Preußen unter die Waffen zu bringen: er sollte vorstellen, daß Rußland bloß eine asiatische Macht bleiben werde, wenn es still sitze und dem Könige von Preußen Gelegenheit lasse seine ehrgeizigen Vergrößerungspläne auszuführen[1]. Williams, nach Mitchells Ausspruch ein Mann von vielem Geist aber wenig Urteil[2], hatte während er Gesandter am Hofe Augusts III war Pläne zur Theilung Preußens ausgesonnen und ließ es auch jetzt an sich nicht fehlen bei jedermann Haß gegen Friedrich II zu erregen. Es gereichte ihm zu besonderer Genugthuung, daß selbst die Großfürstin Katharina mit schlauer Verstellung ihm eines Tages sagte, sie erkenne in dem Könige von Preußen, der das schlechteste Herz von der Welt habe, den natürlichen und furchtbarsten Feind Rußlands[3].

Das englische Ministerium unterließ nicht den Gesandten mit den erforderlichen Geldern auszustatten um die unersättliche Habsucht des Großkanzlers Bestucheff und seiner Creaturen zu befriedigen: auch der Vicekanzler Woronzoff nahm sein Theil dahin. So brachte denn Williams am 9 August 1755 einen Subsidientractat zu Stande, der bei Kaunitz gebührenden Beifall fand und, obgleich nicht ohne Bedenken, auch von der englischen Regierung genehmigt ward, so daß am $\frac{19}{30}$ September die Unterzeichnung zu Petersburg erfolgen konnte.

Der Vertrag sollte eine Bestätigung und weitere Ausführung der am 11 December 1742 zu Moskau abgeschlossenen Defensivallianz bilden und ward auf vier Jahre geschlossen. Die Kaiserin verpflichtete sich an der Grenze von Livland gegen Litthauen ein Heer von 55000 Mann und 40 bis 50 Schiffe bereit zu halten. Der Befehlshaber dieser Streitmacht sollte angewiesen werden, auf die erste Requisition Seiner Britannischen Majestät mit 45000 Mann schleunigst eine Diversion zu machen und zu der-

[1] 1755 April 11. Instruction von Holderneſſe für Sir Hanb. Williams. Raumer Beiträge II 285 f.

[2] Finckensteins Bericht über seine Unterredung mit Mitchell v. 17 Juni 1756.

[3] 1755 Oct. 2. Raumer II 296.

selben Zeit die übrigen 10000 Mann einzuschiffen um diese an geeigneter Stelle landen zu lassen. Dagegen machte der König von England sich verbindlich von dem Tage an, wo diese Truppen über die russische Grenze giengen, jährlich 500000 L. St. Subsidien zu bezahlen und, wenn der Krieg ausbreche, ein Geschwader in die Ostsee zu senden. Aller und jeder Ertrag ihrer Plünderungen sollte den russischen Truppen zu gute kommen. Die Bewilligung des freien Durchmarsches durch polnisches Gebiet machte England sich anheischig erforderlichen Falls auszuwirken. Von den geheimen Artikeln verpflichtete der erste England für die Friedenszeit innerhalb jener vier Jahre 100000 L. St. jährliche Subsidien an Rußland zu zahlen, der zweite enthielt das Versprechen beider Mächte, alles was sich auf Verhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feinde beziehe, einander vertraulich mitzutheilen und alles aufzubieten um bei dem Friedensschluß den beiderseitigen Vortheil wahrzunehmen[1].

Damit hatte der russische Hof erlangt, was er im Vereine mit dem österreichischen so lange vergebens erstrebt hatte. In Folge dessen faßte das große Conseil der Kaiserin am 7 October den Beschluß den König von Preußen ohne weitere Verhandlung anzugreifen nicht bloß wenn dieser Fürst einen Verbündeten Rußlands angreifen sollte, sondern sobald er von einem oder dem andern dieser alliirten mit Krieg überzogen werde[2]. Dieser jähe Eifer zur Zerstörung des preußischen Staates hatte mit den natürlichen Zielen der russischen Politik nichts zu schaffen, denn diese lagen in Polen und der Türkei, und in beiden Ländern mußte Rußland eher von Österreich als von Preußen Widerstand gegen seine Absichten erwarten. Nur die fernere Schwächung Schwedens zunächst durch die Losreißung Finnlands war ein Gewaltschritt, der Friedrich II sofort unter die Waffen gebracht haben würde. Aber die hierauf gerichteten Pläne ruhten vorläufig, so daß kein anderer Beweggrund als Selbstsucht und blinde Leidenschaft die Machthaber Rußlands dahin brachte den Absichten der

[1] Wenck III 75–83.

[2] 1755 Oct. 13. 20. Petersburg. Berichte des sächsischen Geschäftsträgers Funck. Hertzberg Rec. I 249. 57. Oeuvres de Frédéric IV 70.

Maria Theresia zu dienen. Denn für sie allein, nicht für Großbritannien, sollten die russischen Streitkräfte in Bewegung gesetzt werden.

Nachdem der russische Subsidientractat abgeschlossen war, kam die englische Regierung endlich zu der Einsicht, daß sie von Österreich im Stiche gelassen sei, und gieng deshalb den Neutralitätsvertrag mit Preußen ein. Damit verlor der Vertrag von Petersburg allen Sinn, denn er war nicht auf den Frieden in Deutschland berechnet, sondern auf den als unvermeidlich angenommenen Kriegsfall, und zwar war er direct gegen Preußen angelegt. Aber das britische Ministerium schmeichelte sich mit der Hoffnung, nachdem einmal die russische Regierung in Sold und Pflicht genommen sei, werde es nicht schwer fallen auch zu der veränderten Politik ihre Zustimmung zu erlangen.

Zu diesem Ende gab Holderneſſe am 26 December, als der Vertrag mit Preußen schon so gut wie abgeschlossen war, dem Gesandten in Petersburg neue Instructionen. Er leugnete nicht, daß der erste Zweck der mit dem russischen Hofe gepflogenen Unterhandlung gegen Preußen gerichtet gewesen sei, behauptete aber zugleich, was der Wahrheit nicht entsprach, es habe vor allem dadurch der Friede in Europa erhalten werden sollen. Er deutete auf die mit dem Wiener Hofe eingetretene Spannung hin und eröffnete im tiefsten Geheimniß dem Gesandten, was er mit dem preußischen Geschäftsträger Michell verhandelt habe sowie daß der Entwurf eines Neutralitätsvertrages mit Preußen aufgestellt sei. Auf einen solchen Vertrag einzugehen sei der König von Preußen vorzugsweise durch den zwischen England und Rußland geschlossenen Tractat veranlaßt worden. Holderneſſe erklärte, König Georg II halte sich überzeugt, die Kaiserin werde bei ihrer bekannten hochherzigen Gesinnung ebenso befriedigt sein, daß sie durch einen Federstrich für den Frieden und die Erhaltung ihres Verbündeten so viel bewirkt habe, als wenn sie Gelegenheit gehabt hätte die Tapferkeit ihrer Truppen und die Größe ihrer Kriegsmacht zu zeigen[1]. Am 6 Februar sandte

[1] Raumer Beitr. II 300 ff.

Holderneſſe eine Copie des Vertrags von Weſtminſter nach Petersburg und bemerkte dabei: Öſterreich hat ſeither immer erklärt, es könne nichts für England thun, ſo lange es nicht gegen Preußen geſichert ſei; dies iſt jetzt der Fall, und beſſer als durch bloße Mittel der Gewalt. Sollte aber der Wiener Hof jemals die Hoffnung gehegt haben, Seine Majeſtät würde die Hand zu dem wilden und ausſchweifenden Plane bieten, die Macht des Königs von Preußen zu zerſtören, ſo iſt es hohe Zeit ihn zu enttäuſchen und zu überzeugen, daß keine Rückſicht jemals Seine Majeſtät bewegen wird auf eine ſo unausführbare und ungerechte Unternehmung einzugehen[1].

Durch die neue Wendung der britiſchen Politik war Williams in hohem Grade bloßgeſtellt, aber ſeine gewohnte Zuverſicht verließ ihn nicht. Noch am 17 Februar ſchrieb er dem Miniſter, er werde zu verhüten wiſſen, daß der preußiſche Vertrag am ruſſiſchen Hofe eine üble Wirkung hervorbringe. Aber bald ergab ſich das Gegentheil. Die Kaiſerin, welche Monate lang warten ließ, ehe ſie den Vertrag mit England unterzeichnete, vollzog ihre Unterſchrift am $\frac{14}{25}$ Februar, aber mit einer Declaration, welche beſagte: das Bündniß gelte nur, inſofern der König von Preußen die Staaten des Königs von England oder ſeiner Verbündeten angreife[2]. Unter den Verbündeten aber verſtand die Kaiſerin keinen andern als Öſterreich. So ward die Urkunde dem beſtürzten Geſandten ausgehändigt. Williams ſuchte ſich damit zu tröſten, daß Rußland den König von Preußen in Schach halten und zwingen werde der Verbindung mit England treu zu bleiben, eine Anſchauung für die er bei einem Miniſter wie Newcaſtle auf Beifall rechnen mochte. Ja er ließ ſich durch die ſcheinbar harmloſe Vertraulichkeit des öſterreichiſchen Geſandten Grafen Eſterhazy bethören, daß er meinte, dieſer unterſtütze ihn in dem Bemühen den Verdruß der Kaiſerin zu beſchwichtigen, obgleich Eſterhazy nicht unterließ ihm die Erklärung zu vermelden, die ruſſiſche Kaiſerin hoffe, der engliſche und der Wiener Hof wür-

[1] Raumer Beitr. II 305 f.
[2] Ebend. S. 307 f. 344.

den einen Plan entworfen haben um Preußen herunterzubringen, wozu sie jederzeit eifrig und bereitwillig helfen werde[1].

Auf diese Weise konnte es freilich nicht gelingen den englischen Einfluß wiederherzustellen: im Gegentheil ward die Sprache des russischen Hofes immer hochfahrender und achtete keine Rücksicht, die eine Macht wie England für sich fordern durfte. Zur Rechtfertigung der dem Subsidienvertrage angehängten Declaration las Fürst Galitzin, der kaiserliche Gesandte in London, gegen Ende März dem britischen Staatskanzler eine Note vor, in welcher unter vielen Klagen Beschwerden und Vorwürfen der englischen Regierung geradezu die Berechtigung abgesprochen wurde ohne vorherige Vereinbarung mit der Kaiserin sich auf ein Bündniß oder eine Übereinkunft mit dem Könige von Preußen einzulassen: denn der zweite geheime Artikel des Vertrages von St. Petersburg verpflichte die contrahierenden Theile von allen Verhandlungen mit dem gemeinsamen Feinde einander vertrauliche Mittheilung zu machen. Holderneſſe bestritt diese Behauptung und erklärte, der Artikel beziehe sich auf den wirklich eingetretenen Kriegsfall und die geleistete Beihilfe der Kaiserin: jetzt aber sei Friede und kein gemeinsamer Feind vorhanden. Zugleich mit dem Berichte von dieser Unterredung sandte er die Declaration zu dem Subsidienvertrage, welche mit der Ratification am 16 März in London eingetroffen war, zurück und gab den Entschluß der englischen Regierung kund sich lediglich an den Vertrag zu halten. König Georg II meinte, je weniger man von der Declaration spreche, desto besser; Williams solle sorgen daß sie in der Stille ganz unterdrückt werde, damit Preußen keinen Anstoß daran nehme[2].

So war die englische Regierung wieder auf dem heillosen Wege, statt den Fehler den sie gemacht hatte, zu erkennen und auf Abhilfe zu denken, vor den offenbaren Thatsachen die Augen zu verschließen und sich thörichten Illusionen hinzugeben. Ein

[1] Raumer Beitr. II 310 f.

[2] 1756 März 30. Holderneſſe an Williams. Raumer Beiträge II 314 f. Vgl. den sächsischen Bericht Hertzberg Rec. I 250. Die am 16 März erfolgte Ankunft der russischen Ratification meldet Michell.

Grund dieſes Verhaltens lag darin, daß Georg II ſich der Frucht ſchämte, welche ſeine kurzſichtige hannöverſche Politik erzeugt hatte, und die Miniſter, welche ſich zu dienſtfertigen Werkzeugen derſelben hergegeben hatten, fuhren lieber fort engliſches Geld für fremde Zwecke zu zahlen um den Schein des Bündniſſes zu retten, als daß ſie der parlamentariſchen Oppoſition gegen den ruſſiſchen Vertrag nachträglich Recht gegeben hätten.

Das allerbedenklichſte Spiel trieb die engliſche Regierung mit Preußen. Sie hatte Friedrich II verſichert, es liege in ihrer Macht Rußland zum Frieden anzuhalten, und ſich mit ihm vertragsmäßig verbunden den Einmarſch fremder Truppen in Deutſchland zu verhindern. Sobald jene Zuſicherung ſich als falſch erwies und die Gefahr einer fremden Invaſion im Anzuge war, mußte ſie daher in Wahrheit und Treue ſich verpflichtet fühlen dem Könige von Preußen offene Mittheilung zu machen und mit ihm zu erwägen, auf welche Weiſe der Gefahr vorgebeugt werden könne.

Nach dieſem in der Natur der Sache liegenden Grundſatze handelten Georg II und ſeine Miniſter nicht. Nicht von engliſcher Seite ward Friedrich II vor Rußland gewarnt, ſondern er mußte ſeine Nachrichten allein aus den Quellen ſchöpfen, welche er ſich anderswo zu eröffnen wußte. Ja noch mehr: während Williams von Berathungen der ruſſiſchen Miniſter über die Frage, ob man den Vertrag mit England für null und nichtig erklären ſolle oder nicht, von dem wachſenden Einverſtändniſſe des öſterreichiſchen und ruſſiſchen Cabinets, dem leidenſchaftlichen Haſſe der Kaiſerin Eliſabeth gegen die Perſon und die Macht des preußiſchen Monarchen berichtete[1], war das britiſche Miniſterium nur darauf bedacht ſolche Meldungen vor König Friedrich II zu verhehlen oder ſo oft dieſer auf Grund empfangener Nachrichten ſich Auskunft und aufrichtigen Beſcheid erbat, die Sache zu vertuſchen und ſeine Sorge zu beſchwichtigen[2]. Die engliſche Re-

[1] 1756 März 27. April 11. Raumer II 314 f. 318 ff.

[2] Juni 22. Berlin. Mitchell an Holderneſſe: I have carefully concealed much of Sir Hanbury Williams's letter of the 5th to your Lordship and endeavoured to palliate as far as possible the bad situation of our affairs in that country. Mitchell Papers I 187.

gierung verſicherte immer von neuem, ſie ſei der Ruſſen gewiß: ja noch im Juni erklärte Holderneſſe dem preußiſchen Geſchäftsträger, ſie hoffe demnächſt freundliche Beziehungen zwiſchen Preußen und Rußland herzuſtellen[1]. Länger freilich konnte die Täuſchung, welche durch die immer von neuem mit guter Zuverſicht erfüllten Berichte von Williams genährt wurde, vor der handgreiflichen Thatſache nicht beſtehn, daß Rußland mit Öſterreich einig war und mit Frankreich ſich verſtändigte, nicht zu friedlichen Zwecken, ſondern um zur Umwälzung des europäiſchen Staatenſyſtems mitzuwirken.

Das Verhalten der engliſchen Regierung, ſo unverträglich mit Treu und Glauben und ſo widerſinnig wie es war, würde unbegreiflich ſein außer bei einem Miniſter wie Newcaſtle, dem Unwahrheit und Intrigue zur andern Natur geworden war und deſſen gänzliche Unfähigkeit täglich mehr zu Tage trat. Hat doch ſelbſt ein Freund von Newcaſtle's Amtsgenoſſen Fox, der jüngere Horace Walpole, dieſes Jahr das der ärgſten Mißregierung genannt, das er in England erlebt habe[2]. Damals waren Hof und Miniſterium in Ängſten vor einer franzöſiſchen Landung und vergaßen darüber jede andere Sorge für die auswärtigen Beſitzungen und die Verbündeten Englands. Was Preußen betraf, ſo fürchtete man, wenn König Friedrich erfahre, in wie ſchwieriger Lage ſich England befinde, werde er ſich vielleicht nach andern Freunden umſehen. Deshalb ſuchte man ihn in eine trügeriſche und, wenn Friedrich nicht ſelbſt wachſam geweſen wäre, unheilvolle Sicherheit einzuwiegen.

Jene Landung aber war ein leeres Phantom. Im December war von der franzöſiſchen Regierung der Vorſchlag des Marſchalls Belleisle genehmigt worden vor allem andern den Engländern Minorca zu entreißen[3], aber dieſe Abſicht durch Scheinrüſtungen in den nördlichen Häfen zu maskieren. Dieſer Plan gelang vollkommen. Die engliſchen Miniſter hatten ſeit dem

[1] 1756 Juni 4. Michell's Bericht (de mettre bien V. M. avec la cour de Russie). Dazu die Antwort des preußiſchen Miniſteriums vom 15 Juni.

[2] Lord Orford Mem. II 54.

[3] 1755 Dec. 29. Knyphauſen an den König.

Januar Kenntniß von dem französischen Plane gegen Minorca und den dazu getroffenen Vorbereitungen: aber die Meldungen von den mit möglichst viel Geräusch und Aufsehen ins Werk gesetzten Rüstungen am Canal setzten sie so in Alarm, daß sie für jede vernünftige Vorstellung taub waren. Für das Mittelmeer thaten sie gar nichts. Der einzige Gedanke der sie einnahm war die Vertheidigung Englands. Aber zu dieser boten sie nicht die Kraft des englischen Volkes auf, sondern vereitelten im Oberhause eine Maßregel, welche sie im Unterhause gut geheißen hatten, nämlich das von Pitt und seinen Freunden beantragte Gesetz über die Organisation der Landmiliz in England[1], ganz entsprechend ihrem Verfahren in Amerika, wo sie die von den Colonisten ausgeführte Landesvertheidigung gegen Franzosen und Indianer höchst ungern sahen und sie nach Möglichkeit reglementierten und lähmten. Ihre einzige Hilfe waren die fremden Truppen, deren Berufung nach England schon Anfang Februar beschlossen war[2], und sie beharrten dabei auch, als sie nicht länger zweifeln konnten daß die Franzosen im Mittelmeer ernstliche Absichten hatten und als sie sich gedrungen sahen um diesen zu begegnen dorthin ein Geschwader zu beordern.

Am 23 März entbot der König dem Parlamente, daß er zur Abwehr einer von den Franzosen beabsichtigten feindlichen Invasion in Großbritannien oder Irland das Corps von 8000 Hessen requiriert habe. Als beide Häuser diese Botschaft mit Dankadressen erwiederten, gegen die nicht eine Stimme sich erhob, ließ Georg II einen weiteren Schritt thun, welcher ihm den Gewinn brachte einen ansehnlichen Theil seines kurfürstlichen Heeres auf englische Rechnung zu übertragen. Am 29 März schlug Fox im Unterhause eine Adresse an den König vor, welche die Bitte enthielt ein entsprechendes Corps hannöverscher Truppen nach England herüberkommen zu lassen. Dieses sollte einen Ersatz bilden für das Contingent der Holländer, welches aus Rücksicht auf Frankreich nicht gestellt ward. Auch dieser Antrag ward von

[1] Parliam. Hist. XV 704 ff.

[2] 1756 Febr. 6. Michell's Bericht.

beiden Häusern genehmigt, vom Unterhause nicht ohne nachdrückliche Opposition und die zornige Misbilligung von Pitt, der die angeborne Kraft der Nation für hinreichend zur Vertheidigung des Landes erklärte[1]. Aber nichts war natürlicher als daß die Verzagtheit der Regierung sich dem Volke mittheilte und daß mit dem Mistrauen in ihre Einsicht und Entschlossenheit auch die Furcht vor Frankreichs Überlegenheit zunahm[2].

So war Friedrich der große mehr als je auf sich selbst angewiesen und folgte mit größter Spannung dem Verlaufe der Unterhandlungen, welche seit dem Januar am französischen Hofe über das Bündniß mit Österreich mit sichtlichem Eifer gepflogen wurden. Das Geheimniß, welches selbst dem französischen Gesandten in Wien vorenthalten wurde, war um so schwerer zu durchdringen, da die Conferenzen meistens nur zwischen der Pompadour, Bernis, dem Abbé de la Ville und Starhemberg stattfanden. Rouillé und Machault erhielten nur oberflächliche Kenntniß von der Sache, andere Minister, welche aus ihrer Misbilligung kein Hehl machten, wurden mit ihren Einreden abgewiesen[3]. Erst am 16 März konnte Knyphausen melden, daß es sich um den Tausch eines Theiles von Belgien gegen Parma und Piacenza handele: dies aber sei nur der erste Zweig eines Projectes, das noch viel umfassendere und weiter reichende Ziele habe[4].

Indessen zogen sich die Verhandlungen in die Länge, nicht sowohl durch den Widerspruch angesehener Männer — denn dieser schwieg vor dem erklärten Willen des Königs — als durch die Schwierigkeiten, welche in der Sache lagen. Für den amerikanischen Krieg war nichts so wesentlich als die Mitwirkung Spaniens. Noch die letzte englische Thronrede hatte ein merkwürdiges Zeugniß davon abgelegt, welchen Werth die englische Regierung dem friedlichen und neutralen Verhalten des spanischen Hofs beimaß. Es galt in den regierenden Kreisen als ein politischer Glaubenssatz, daß die britische Macht es wohl mit

[1] Parliam. Hist. XV 700 ff.
[2] 1756 März 30 u. Mai 21. London. Michell's Berichte.
[3] Febr. 13. März 1. Knyphausen an den König.
[4] März 16. Knyphausen an den König.

Frankreich oder mit Spanien, aber nimmer mit beiden zuſammen aufnehmen könne. Um ſo dringender erſchien es für den franzöſiſchen Hof alles aufzubieten um die Familienpacte der Dynaſtien zu erneuern und in dem ſpaniſchen Volke den leicht erregbaren Haß gegen England aufzuſtacheln. Deshalb war ſchon im Herbſte Bernis zum außerordentlichen Geſandten am ſpaniſchen Hofe ernannt worden, jedoch die Verhandlungen über die öſterreichiſchen Anträge, welche von ihm geleitet wurden, verzögerten ſeine Abreiſe. Jetzt waren die Franzoſen im Begriffe Minorca mit dem feſten Platze Port Mahon zu erobern: gelang ihnen dies, ſo konnte um die Engländer vollends aus dem mittelländiſchen Meere zu vertreiben ein Verſuch auf Gibraltar gemacht werden. Mit dieſen ſpaniſchen Seefeſtungen hatte man den Preis in Händen, um den ſelbſt die ſtumpfſinnigſte Regierung Spaniens ſich des Bündniſſes gegen England ſchwerlich weigern durfte, während andererſeits der Abſchluß eines Bündniſſes mit Öſterreich, welches auch Italien ſo weſentlich berührte, ohne vorgängiges Einvernehmen mit dem Hofe von Madrid, den ſpaniſchen Stolz kränken und Mistrauen erwecken mußte. Deshalb war es im Werke die Verhandlungen über die öſterreichiſch-franzöſiſche Allianz zu vertagen, bis man Minorca erobert und mit Spanien ſich verſtändigt habe.

Einer ſolchen Abſicht trat jedoch die öſterreichiſche Regierung im April aus allen Kräften entgegen, und um jede Schwierigkeit zu beſeitigen ſchlug ſie vor, zunächſt nur die Baſis des neuen Syſtems zwiſchen Öſterreich und Frankreich vertragsmäßig feſtzuſtellen, hiervon den bourboniſchen Höfen von Madrid und Neapel Mittheilung zu machen um dieſe wo möglich zum Beitritt zu bewegen, und alsdann nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Puncte zur Durchführung der Allianz einen neuen Vertrag abzuſchließen[1]. Dieſer Vorſchlag ward gebilligt und die Unterhandlung über die vorläufigen Verträge möglichſt beſchleunigt.

[1] Vgl. Ludwigs XV Schr. v. 29 Juni 1756 über das öſterreich. Memoire vom April. (v. d. Schulenberg) u. Actenſtücke 2. 1841 S. 32. Kaunitz Schreiben an den König. Paris 9 April 1756.

Während diese Verhandlungen noch in der Schwebe waren, suchte man die andern Höfe über den Stand der Dinge im unklaren zu halten. Nivernois, der von Friedrich dem großen mit der höchsten Auszeichnung behandelt wurde[1], blieb bis zum 3 April in Berlin: er verließ den preußischen Hof erst nachdem er dem Könige als Nachfolger von de la Touche den Marquis de Valori vorgestellt hatte. Valori hatte keinen Auftrag zu neuen Verhandlungen mit Preußen, ja er ward nicht einmal von den Instructionen, welche Nivernois erhalten hatte, und der von ihm geführten Unterhandlung in Kenntniß gesetzt[2]. Seine Instruction gieng nur dahin alle Aufmerksamkeit anzuwenden um zu entdecken, wie weit die Verpflichtungen zwischen Preußen und England gehen, welche Absichten der König von Preußen vorzüglich in Beziehung auf England, Österreich und Rußland hege und wie er gegen Frankreich und dessen Verbündete sich zu verhalten denke, damit auf Grund seiner Berichte der König von Frankreich über die Erneuerung des Bündnisses mit Preußen einen definitiven Beschluß fassen könne[3]. Aber die Sendung dieses Mannes, in welchem Friedrich der große einen alten werthen Freund seines Hauses begrüßte, zeigte an sich schon die Absicht des Hofes von Versailles nicht geradezu mit Preußen zu brechen.

Ja die französische Regierung that noch mehr um ihre Großmuth zu beweisen. Sie ließ nämlich die seit dem 1 Februar fällige Rate der braunschweigischen Subsidien, welche absichtlich zurückgehalten war, am 22 April 1756 mit 33333 Thlr. an den preußischen Minister Grafen Podewils auszahlen. Am 12 Mai stellte Herzog Karl über deren Empfang die Quittung aus[4], die

---

[1] Oeuvres de Nivernois I 31 ff. Mém. de Valori II 6.

[2] Mém. de Valori II 10. 12. 47.

[3] Mém. de Valori I 39 f. Die Instruction ist datirt Versailles den 26 Februar 1756.

[4] Pr. St. A. Vgl. Rouillés Schr. an Valori Apr. 11 1756. Mém. de Valori II 9 und die Instruction für den Marschall v. Richelieu v. 13 Nov. 1757. Stuhr Forsch. I 348. Meiners u. Spittler n. Götting. hist. Magazin 1794 III 330.

letzte, denn die beiden noch übrigen Raten wurden nicht mehr bezahlt. Dieſem Entgegenkommen ſchien es zu entſprechen daß nunmehr die preußiſche Vermittelung in den Differenzen mit England mit Dank angenommen wurde. Die franzöſiſche Regierung formulierte ihre Bedingungen, unter denen die Rückgabe der von den Engländern aufgebrachten Schiffe in erſter Linie ſtand, und die durch das preußiſche Cabinet übermittelte engliſche Gegenerklärung ward am 20 April von Knyphauſen zu Verſailles übergeben[1]. Auch auf die von Spanien nicht mit beſonderem Ernſte eingeleitete Vermittelung ließ der franzöſiſche Hof ſich ein.

Gleichermaßen vermied die engliſche Regierung jeden Schritt, der ihre Abſichten verrathen hätte, ohne jedoch die Verſtellung ſo weit zu treiben wie der franzöſiſche Hof. Maria Thereſia verbarg ihre Empfindlichkeit darüber nicht, daß ihr früherer Verbündeter Georg von England ſich jetzt mit Friedrich von Preußen vertragen habe. Aber das britiſche Miniſterium ſchmeichelte ſich mit der Hoffnung den Unwillen der Kaiſerin über den unſchuldigen Vertrag, der nichts weiter als Deutſchland vor franzöſiſchen Unternehmungen ſichern und in Frieden erhalten ſolle, beſchwichtigen und ſie von den Plänen einer Allianz mit Frankreich abbringen zu können. Am 7 April überreichte der engliſche Geſandte Keith dem Grafen Kaunitz eine vollſtändige Copie des Vertrags von Weſtminſter, von welchem er am 3 Februar nur das Hauptſtück, ohne den Separatartikel und die Declaration, mitgetheilt hatte. Hiebei gab er im Namen ſeiner Regierung die Verſicherung, wenn wider alles Erwarten der König von Preußen das Haus Öſterreich angreifen ſollte, werde der König von England ungeachtet dieſes Vertrags nicht verfehlen, ſeine Verpflichtungen gegen die Kaiſerin Königin zu erfüllen und ſelbſt den Beiſtand der ruſſiſchen Kaiſerin in Anſpruch zu nehmen. Dieſe bedeutſame Erklärung ward von Kaunitz mit trockener und kalter Förmlichkeit hingenommen und die darauf vorbehaltene Antwort ließ über einen Monat auf ſich warten.

[1] Abgedruckt Mém. de Valori II 34 f.

Das gleiche geſchah gegenüber den Bemühungen des ſardiniſchen Geſandten um Erneuerung der freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen Öſterreich und England[1].

Endlich trat am franzöſiſchen Hofe die Entſcheidung ein, welche Kaunitz ſo lange mit allen Mitteln ſeines Geiſtes erſtrebt hatte. Gegen die fortgeſetzten Beſtrebungen der Gegner des neuen Syſtems gab ein Schreiben, welches Graf Starhemberg am 20 April an die Pompadour richtete[2], den Ausſchlag. In dieſem erörterte der kaiſerliche Geſandte die wider die Allianz erhobenen Einwände und faßte die Gründe für dieſelbe noch einmal zuſammen. Er gab zu, daß ſie die Politik Frankreichs ändere, aber in der Art, daß dieſelbe vereinfacht werde. Statt einer Menge kleiner nach Subſidien und Geſchenken dürſtender Alliirten werde Frankreich auf dem Continente einen einzigen Bundesgenoſſen haben, von dem es eben ſo viel Beiſtand empfange als es ihm leiſte. In einem Landkriege werde Frankreich leicht über ſeine Feinde die Oberhand gewinnen. Da jeder Grund zur Eiferſucht zwiſchen beiden Mächten wegfalle, ſtehe ihrer Union nichts mehr im Wege. Spanien, über das Loos Italiens beruhigt, werde am Kriege theilnehmen und ſich an England rächen können; Holland, der Erhaltung der Barriere verſichert, werde neutral bleiben. So werde Frankreich im Stande ſein in voller Sicherheit ſeine Kräfte gegen England zu verwenden. Die Türken und die Polen würden über die Allianz der beiden Höfe ſehr befriedigt ſein. Der König von Preußen werde auf gemeinſame Koſten für ſeine heimlichen Verträge beſtraft werden, und die Stände des Reichs bei deſſen Oberhaupte an dem Könige von Frankreich eine mächtige Stütze haben. Was Dänemark und Schweden betreffe, ſo werde die durch das in Rede ſtehende Bündniß bewirkte Steigerung der franzöſiſchen Macht dieſe Staaten dem Hofe von Verſailles noch unwandelbarer verpflichten und ſie beſtimmen nöthigesfalls ſich gegen Rußland zu erklären.

---

[1] Raumer II 317. 324 ff.

[2] Flassan hist. de la diplomatie fr. VI² 48 ff.

Die von Starhemberg entwickelten Gründe überwanden die letzten Bedenken Ludwigs XV. Am 1 Mai 1756 ward zu Versailles das Bündniß zwischen Österreich und Frankreich unterzeichnet. Die ersten Acte umfaßten eine Neutralitätsconvention, einen Unions- und Freundschaftsvertrag, der als defensiv bezeichnet war, und zwei Separatartikel, lauter ostensible Schriftstücke: überdies fünf geheime Artikel als Basis des demnächst zu schließenden geheimen Bundesvertrags.

In der Neutralitätsconvention versprach die Kaiserin sich in keiner Weise an den französisch-englischen Händeln zu betheiligen, deren Gegenstand sie nicht angehe und hinsichtlich deren sie keine Verpflichtung habe, sondern sich vollkommen neutral zu verhalten. Der König von Frankreich versprach dagegen weder die Niederlande noch andere Reiche Staaten und Provinzen, die zur Botmäßigkeit der Kaiserin Königin gehörten, mit Krieg zu überziehen. Dasselbe Versprechen leistete die Kaiserin Königin in Betreff der Staaten des Königs von Frankreichs.

In dem Unions- und Freundschaftsvertrage, der wie es im Eingange hieß dazu dienen sollte den Frieden unter beiden Staaten noch fester zu begründen und so weit es von ihnen abhange den Weltfrieden zu erhalten, ward eine aufrichtige und beständige Freundschaft und Einigung unter beiden Mächten festgesetzt. Der westfälische Friede von 1648 und alle nachfolgenden Friedensverträge wurden erneuert und bestätigt. Beide Theile übernahmen gegenseitig die Garantie ihrer Staaten und verpflichteten sich sie gegen jedweden Angriff zu vertheidigen: jedoch nahm Österreich gemäß dem Neutralitätsvertrage den gegenwärtigen Krieg mit England aus. Für den Fall eines feindlichen Angriffs ward dem bedrohten Theile ein Hilfscorps von 24000 Mann zugesichert, und zwar 18000 Mann Infanterie, 6000 Mann Cavallerie. Jedoch ward der Macht, welche die Hilfe in Anspruch nahm, vorbehalten anstatt der effectiven Mannschaft ein Aequivalent in Geld zu fordern, und zwar 8000 Reichsgulden monatlich für je 1000 Mann Infanterie, 24000 Reichsgulden für je 1000 Mann Cavallerie. Die contrahierenden Mächte behielten sich vor gemeinschaftlich andere Mächte zum Beitritt zu

diesem „rein defensiven" Vertrage einzuladen. — Die Separatartikel betrafen nichts weiter, als die Rangordnung und die Anwendung der französischen Sprache.

Von den geheimen Artikeln setzte der erste fest, daß obgleich in der Defensivallianz der gegenwärtige Kriegsfall zwischen Frankreich und England von der Garantie und Waffenhilfe ausgeschlossen sei, dennoch wenn auf Veranlassung dieses Krieges andere Mächte als England einen Angriff auf französische Provinzen unternähmen oder dabei mitwirkten, die Kaiserin Königin zur Garantie und Vertheidigung der angegriffenen Provinzen die in dem Unionsvertrage ausgemachte Hilfe leisten werde. Die gleiche Verpflichtung übernahm der König von Frankreich für den Fall, daß auf Veranlassung des gegenwärtigen französisch-englischen Krieges irgend eine Macht die Lande der Kaiserin Königin angreife. Der zweite bestimmte daß die gemeinschaftlichen Einladungen, dem Defensivtractat beizutreten, ergehen sollten an den römischen Kaiser als Großherzog von Toscana, an den König von Spanien, den König beider Sicilien, den Infanten Don Philipp Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla und andre Fürsten, über welche man künftig übereinkommen werde. In dem dritten Artikel sprachen die beiden Mächte ihren Entschluß aus sich zu verständigen und zu vergleichen über alle die Fälle, welche in dem letzten Frieden von Aachen nicht gehörig vorgesehen seien sowie über alle Gebietsstreitigkeiten und andere Gegenstände, welche eines Tags die Ruhe von Europa stören und die gedachten Mächte und ihre Verbündeten veruneinigen könnten, so wie auch über die Angelegenheiten, welche insbesondere die Ruhe Italiens angiengen. Zu diesem Ende verpflichteten sie sich nach gemeinsamer Übereinkunft unter einander und mit anderen dabei betheiligten Mächten die geeignetsten Mittel zu ergreifen. In dem vierten Artikel versprachen sie während des gegenwärtigen Krieges keinen Vertrag abzuschließen oder zu erneuern ohne einander vorher vollständige Mittheilung zu machen. Der fünfte Artikel endlich besagte, daß diese geheimen Artikel zugleich mit der Neutralitätsconvention, dem Defensivvertrage und den Separatartikeln ratificiert werden sollten.

Alle dieſe Actenſtücke wurden gezeichnet von Starhemberg, Rouillé und Bernis, der franzöſiſcherſeits der eigentliche Unterhändler geweſen war[1].

Fünftes Capitel.

Wirkungen des öſterreichiſch-franzöſiſchen Bündniſſes. Die Bedrängniß der engliſchen Regierung.

Maria Thereſia und Kaunitz ſahen ihre langjährigen Bemühungen mit Erfolg gekrönt; die Allianz mit Frankreich war begründet und der lebhafte Antheil, den Ludwig XV an dem Bündniſſe nahm, das er mit Stolz als ſein eigenſtes Werk betrachtete, ſicherte dem neuen politiſchen Syſteme dauernden Beſtand. Jetzt ſäumten die neu verbündeten nicht ſich England gegenüber zu erklären. Am 4 Mai empfieng Knyphauſen die franzöſiſche Antwort auf die letzten engliſchen Propoſitionen, eine einfache Ablehnung, ohne daß, wie Friedrich wünſchte, die Gegenbedingungen Frankreichs präciſiert wurden[2]. Am 9 Mai ertheilte Kaunitz die Antwort auf die am 7 April erfolgte Mittheilung des Vertrags von Weſtminſter in Form einer Verbalnote, welche in ſpitzigem Tone gehalten und darauf berechnet war zu conſtatieren daß die alten Beziehungen zwiſchen Öſterreich und England gelöſt ſeien[3]. Auf weitere Erörterungen einzugehen weigerte ſich Kaunitz, namentlich lehnte er irgend welche Erklärung über die Unterhandlungen mit Frankreich ab.

Keith beruhigte ſich bei dem von Kaunitz ertheilten Beſcheide nicht, ſondern erbat eine Audienz bei der Kaiſerin. Maria

---

[1] Vgl. Knyphauſens Bericht vom 4 Juni 1756 Beil. II 29. Die Verträge (ohne die geheimen Artikel) ſ. Wenck III 139—147. Die geheimen Artikel (Koch-Schöll hist. des traités III 19) ſ. Beil. I 3.

[2] 1756 Mai 6. Paris. Knyphauſen an den König (eingeg. Potsdam Mai 20). S. das Actenſtück in Valori mém. II 35 ff.

[3] Gachard Bull. de l'Acad. de Brux. XVII 1, 393*. Beil. II 28.

Thereſia empfieng ihn am 13 Mai, ihrem vierzigſten Geburtstage. Als Keith auf die ihm übergebene Note eingieng, leugnete ſie an der Auflöſung des „alten Syſtems“ ſchuld zu ſein, ſondern der König von England, indem er den Vertrag mit Preußen abgeſchloſſen, habe ſie und jenes Syſtem verlaſſen. „Ich und „der König von Preußen ſind unvereinbar und keine Rückſicht „auf der Welt ſoll mich je bewegen in eine Vertragsgenoſſen„ſchaft einzutreten, an der er Theil hat.“ Im weiteren Geſpräche deutete die Kaiſerin auf den möglichen Abſchluß eines Vertrags mit Frankreich hin und erklärte: „die Abtretungen, „welche England im Dresdner und Aachner Frieden von mir „erzwang, haben mir Arme und Beine abgeſchnitten. Von „Frankreich habe ich wenig zu fürchten. Ich bin außer Stande „mit Nachdruck zu handeln und ſehe mich genöthigt Maßregeln „zu ergreifen, welche geeignet ſind das was mir noch bleibt „ſicher zu ſtellen.“ Als Keith einwarf: „Wollen Sie, die „Kaiſerin und Erzherzogin, ſich ſo weit erniedrigen ſich in die „Arme Frankreichs zu werfen?“ erwiederte die Kaiſerin raſch: „Nicht in die Arme, ſondern auf die Seite Frankreichs.“ Sie ſchloß die Unterredung mit den Worten: „Es ſteht nicht mehr „in meiner Macht an weit abliegenden Vorgängen theilzunehmen; „deshalb kann ich mich um die entfernten Landſchaften meiner „Staaten wenig kümmern. Meine Hauptaufgabe iſt meine Erb„lande zu ſichern. In Wahrheit habe ich nur zwei Feinde zu „fürchten, den König von Preußen und die Türken, und ſo lange „ich und die Kaiſerin von Rußland in ſo gutem Einvernehmen „bleiben wie es jetzt zwiſchen uns beſteht, werden wir Europa „überzeugen, daß wir im Stande ſind uns gegen dieſe wenn „auch furchtbaren Gegner zu vertheidigen[1].“

Am folgenden Tage berichtete die Kaiſerin ihrem Schwager dem Prinzen Karl von Lothringen nach Brüſſel über die dem engliſchen Geſandten ertheilten Erklärungen und die Gründe, welche ſie dazu beſtimmt hätten. Den Plan, welchen der König

[1] 1756 Mai 16. Keith Bericht an Holderneſſe; ſ. Coxe Austria V 69 f. Raumer Beitr. II 329 ff.

von England ihr beinahe in aller Form vorgelegt hätte, das Syſtem der großen Allianz zwiſchen den Seemächten und Deutſchland zu erneuern, nachdem die durch Preußens Verbindung mit Frankreich entſtandene Spaltung gehoben ſei, und ſo einen mächtigen Bund gegen Frankreich zu bilden, nannte die Kaiſerin eben ſo abgeſchmackt als gefährlich für ſie. Abgeſchmackt, denn ſie würde den zweiten Platz einnehmen; gefährlich, denn der König von Preußen würde über die Streitkraft dieſes Bundes verfügen: die katholiſche Religion, die Würde der Kaiſerkrone, alles würde der Sorge geopfert werden dieſen Monarchen bei dem Bündniſſe zu erhalten. Kurz ſie ſehe ſich gezwungen von der Illuſion dieſer alten Vorurteile eines Syſtems des europäiſchen Gleichgewichts zurückzukommen.

Wir ſehen, der Haß der Kaiſerin gegen Friedrich II und die Furcht vor ſeiner Überlegenheit ließ keine andere Erwägung aufkommen, und das Gefühl des Triumphes, welches ſie in jenen Tagen erfüllte, hob ſie leicht über jeden Zweifel an der Weisheit ihrer Entſchließungen hinweg. In gleicher Stimmung ſchrieb Kaunitz drei Tage ſpäter an den Prinzen Karl bei Überſendung der franzöſiſchen Verträge: „Wir haben den Rubicon überſchritten „und die Vorſehung muß das übrige thun. Wir müſſen hoffen, „daß nachdem wir für unſere Sicherheit geſorgt haben die Gunſt „des Schickſals uns gleichermaßen die Gelegenheit verſchaffen „wird unſern Vortheil zu bedenken[1].“

Zunächſt aber galt es den Widerſpruch im eigenen Hauſe zu überwinden, denn Maria Thereſia und Kaunitz ſtanden allein den Überzeugungen des Kaiſers und aller andern Miniſter gegenüber. Kaiſer Franz war dem lothringiſchen Blute nicht ſo entfremdet, daß ihm nicht ein Bund mit Frankreich aufs äußerſte zuwider geweſen wäre, und ſeine Geſinnung theilten namentlich ſein erſter Miniſter der Reichsvicekanzler Graf Colloredo in Hinblick auf die deutſchen Verhältniſſe und Graf Batthiany, der

[1] Das Cabinetſchreiben der Kaiſerin vom 14 Mai und das Schreiben des Grafen Kaunitz vom 17 Mai 1756 iſt publiciert von Gachard, Bull. de l'Acad. de Brux. XVII, 1 S. 393—397.

Gouverneur des Erzherzogs Joseph. Daher gab es lebhafte Debatten in der Conferenz, welche am 19 Mai in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin im Staatsministerium abgehalten wurde. Kaunitz setzte die Vorzüge der französischen Allianz im allgemeinen und die günstige Fassung der einzelnen Stipulationen aus einander. Der Kaiser unterbrach ihn und verließ schließlich mit einem Proteste gegen einen so unnatürlichen Bund die Sitzung. Die Kaiserin gebot jedoch dem Staatskanzler seinen Vortrag zu beendigen und sprach ihre Zustimmung so nachdrücklich aus, daß sie damit den Widerspruch ihrer Räthe zum Schweigen brachte: sie bekannte mehrmals, daß sie noch keine Convention in Zeit ihrer Regierung mit so vergnügtem Herzen unterschrieben habe. Was den Kaiser betraf so übernahm sie es seine Zustimmung nachträglich zu erwirken. So ward die Ratification der Verträge vollzogen und die betreffenden Urkunden am 28 Mai zu Versailles ausgewechselt[1].

Nachdem dieser wichtige Schritt gethan war, beantwortete Kaunitz die Propositionen des russischen Hofes, über welche Graf Esterhazy am 22 April berichtet hatte. Von der russischen Regierung war ein Plan zu unverzüglicher Offensive und zur Theilung der preußischen Monarchie vorgelegt, dermaßen, daß Schlesien und Glatz an Österreich zurückkomme, Preußen an Polen, dagegen Kurland und Semgallen nebst einer weiteren Ausgleichung Rußland zufalle. Nach Beginn der Operationen wären Sachsen und Schweden zum Beitritt aufzufordern und ersterem Magdeburg, letzterem das brandenburgische Pommern zuzusichern. Die Russen wollten ihre Operationen im August anfangen: um den Kriegsplan mit Österreich zu vereinbaren, ward Etat und Vertheilung der russischen Streitkräfte mitgetheilt und von der österreichischen Regierung die nämliche getreue Mittheilung verlangt.

Die Instruction für Esterhazy, mit welcher Kaunitz diese Eröffnungen erwiederte, ist vom 22 Mai datirt. Sie enthält zwörderst die Versicherung, daß der österreichische Hof alles

[1] Auszug des Protocolls der Conferenz v. 19 Mai. N. Actenstücke 1841 S. 24 ff. Vgl. Coxe Austria V 67 f. 75 (aus den Depeschen von Keith).

mögliche thun werde um die große Idee auszuführen und daß er zu allem was zu des Königs von Preußen mehrerer Schwächung dienen könne, mit Freuden die Hände bieten werde. Für die Ausführung jedoch des ganzen Vorſchlags wird die vorgängige Zuſtimmung des franzöſiſchen Hofs als nothwendig bezeichnet, da ſonſt das Unternehmen zu Öſterreichs und Rußlands Schaden ausſchlagen werde. Bei der Mittheilung der Defenſivallianz von Verſailles biete ſich dem ruſſiſchen Hofe Gelegenheit zu erklären, daß er zur Herſtellung der Beziehungen mit Frankreich ganz geneigt ſei, jedoch nur unter der Bedingung, daß der franzöſiſche Hof in die große Abſicht eingehe. Dadurch werde dieſer nicht wenig angetrieben werden ſich willfähriger zu zeigen und nicht ſo viele Rückſicht auf den König von Preußen zu nehmen, welche hauptſächlich an dem bisherigen Verzuge Urſach ſei. „Allein wenn auch unſere dermalige und in der größten „Kriſis ſtehende Negociation noch ſo glücklich geht, ſo kann doch „ſolche allem Anſehen nach vor etlichen Monaten nicht zum „Schluſſe gelangen und alsdann wäre die Zeit allzuſehr ver„ſtrichen, als daß noch in dieſem Jahre die Armee zuſammen„gezogen, in Marſch geſetzet und die Operationen zu gleicher Zeit „angefangen werden könnten, daß alſo dieſe bis in das nächſte „Frühjahr ausgeſetzt bleiben müßten. Inzwiſchen würde alles „darauf ankommen das Spiel recht zu verdecken und den Ver„dacht, welchen England und Preußen ſchon gehegt haben, auf „die thunlichſte Art zu verhindern, folglich unſer Vorhaben bis „zum wirklichen Ausbruch geheim zu halten. Hierzu kann nun „der ruſſiſche Hof durch ſein vorſichtiges Betragen und Äußerung „um ſo mehreren Vorſchub geben, da auf denſelben England und „Preußen hauptſächlich Achtung geben und von uns beiden nichts „widriges vermuthen, ſo lange die ruſſiſch-kaiſerlichen keine de„terminierte Entſchließung merken laſſen[1].“

Das Spiel war fertig. Gegen Preußen und England nahm Kaunitz die Maske der Neutralität und Friedfertigkeit vor. Die Hitze des ruſſiſchen Hofs, von vereiligem Ausbruche abgelenkt,

[1] R. Actenſtücke S. 35 ff.

diente dazu die immer noch laue französische Regierung anzufeuern. Bis dahin war Frankreich zu nichts weiter verpflichtet als im Falle eines Angriffs die österreichischen Lande vertheidigen zu helfen. Jetzt war es die Aufgabe mit dieser Macht entweder von vorn herein das vorbehaltene definitive Bündniß und zwar als ein offensives abzuschließen, oder wenn sich diese Verhandlung hinausziehe es dahin zu bringen, daß Preußen zuerst zu den Waffen greife, sei es um Hannover gegen eine französische Invasion zu vertheidigen oder um einen Angriff gegen Österreich oder dessen Bundesgenossen zu erheben. Dann war Frankreich schon durch die Defensivallianz zur Theilnahme am Kriege verbunden, was nicht der Fall war, wenn der Angriff von Österreich oder von Rußland ausgieng. Daß aber unter allen Umständen der Krieg nicht früher als zum künftigen Frühjahr beginnen werde nahm Kaunitz mit solcher Bestimmtheit an, daß er die Anschaffung von Pferden und Material zur Kriegsbereitschaft bis dahin verschob. Im nächsten Jahre entfalteten sich dann seinen Dispositionen gemäß die Streitkräfte, deren Übermacht mit unwiderstehlicher Gewalt Preußen erdrücken sollte.

Die Frage war, ob der Entwickelung dieses neuen Systems der continentalen Großmächte die Staaten, gegen welche es gerichtet war, gleichgiltig zusehen würden oder nicht. Preußen und England mußten aus der Entrüstung, welche nicht bloß Frankreich sondern auch Österreich und Rußland gegen die Neutralitätsconvention von Westminster zur Schau trugen, sich die Lehre ziehen, daß sie auf einander angewiesen seien und die Maßregeln welche ihre Sicherheit gebot gemeinsam zu erwägen hätten.

Die diplomatischen Beziehungen des britischen und preußischen Hofes waren hergestellt. In London blieb als preußischer Geschäftsträger Louis Michell, ein geborener Waadtländer. Durch Andrié, den früheren Minister Friedrichs II am britischen Hofe, in den preußischen Dienst gezogen, hatte er während der mehrjährigen Vacanz der Londoner Gesandtschaft die Geschäfte als Legationssecretär eifrig und treu besorgt und jüngst den Vertrag von Westminster zum Abschlusse geführt. Da die britischen Minister sein Verbleiben wünschten, überwand König Friedrich das

Bedenken, sich an so wichtiger Stelle durch einen Ausländer vertreten zu lassen, den er nie mit Augen gesehen hatte[1]. Michell rechtfertigte das ihm geschenkte Vertrauen durch pünctliche Befolgung der ihm ertheilten Instructionen und gewissenhafte Berichterstattung. Weiter reichte sein Beruf nicht: ein so achtbarer und ehrenwerther Mann er war, so war er doch nicht dazu geschaffen durch seine Rathschläge auf die Entschließungen des Königs einzuwirken oder auf die leitenden Staatsmänner Englands Einfluß zu gewinnen.

Viel bedeutender war der englische Gesandte, welcher zu Friedrich dem großen abgeordnet wurde. Andrew Mitchell, der einzige Sohn eines angesehenen Geistlichen in Edinburg, hatte eine tüchtige Schule durchgemacht und durch Reisen auf dem Continent Vielseitigkeit der Anschauungen und Lebenserfahrung erworben. Unter den ausgezeichneten Männern mit denen er verkehrte fühlte er sich namentlich in Paris zu Montesquieu hingezogen. Nach England zurückgekehrt, betrat er die juristische Laufbahn, ward aber im Jahre 1742 als Unterstaatssecretär für Schottland in den Staatsdienst gezogen und war seit 1747 Mitglied des Parlaments. Zu einer auswärtigen Mission ward er zuerst im Jahre 1752 verwandt, als königlicher Commissar bei den zu Brüssel über den Barrierevertrag gehaltenen Conferenzen. Jetzt hatte man ihm die Gesandtschaft in Wien angetragen, da man Keith durch einen der Kaiserin nicht so persönlich zugethanen Minister zu ersetzen wünschte. Diesen Posten schlug Mitchell aus, dagegen erklärte er sich gern bereit die preußische Gesandtschaft zu übernehmen[2].

Als Gesandter am preußischen Hofe bewährte sich Mitchell eine lange Reihe von Jahren hindurch so vorzüglich, daß britische Staatsmänner von sehr verschiedenartigem Schlage ihm ihre Anerkennung zollen mußten. In nicht minderem Grade gewann er das Vertrauen und die Hochschätzung Friedrichs des großen und der bedeutendsten Männer seiner Umgebung, namentlich der

[1] 1756 Jan. 1. Eichel an Podewils.

[2] Febr. 13. Holderneſſe an Podewils und Michells Bericht v. dems. T.

Minister Podewils und Finckenstein, sowie seiner Landsleute des Feldmarschalls Keith und seines Bruders des Grafen Marischal. Mitchell stand in einem Alter von achtundvierzig Jahren als er seinen Posten am preußischen Hofe antrat, und Eigenschaften, welche in der diplomatischen Laufbahn zu gewinnen und zu behaupten schwer ist, männlicher Freimuth, Offenheit und Stärke des Characters, Freudigkeit des evangelischen Glaubens, waren durch die Prüfungen des Lebens in ihm gereift und befestigt. Ein abgesagter Feind aller Ränke und Winkelzüge erfüllte er seine Pflichten mit einer seltenen Hingebung nicht bloß im gemächlichen Hofleben, sondern unter allen Strapazen und Gefahren des bald ausbrechenden Kriegs. Mit scharfer Beobachtung verfolgte er sowohl die preußische Politik und ihre Beziehungen zu England als die europäische Politik überhaupt, so daß seine Correspondenzen und Tagebücher und die von ihm gesammelten Papiere, welche das britische Museum aufbewahrt, eine reiche und unerschöpfte Quelle für die Geschichte jener Zeit bilden.

Die Instructionen, welche König Georg II am 12 April unterzeichnete, wiesen Mitchell an, sich dem Könige von Preußen möglichst angenehm zu machen, das engste Vertrauen zwischen der britischen und preußischen Regierung herzustellen und gemeinsame Maßregeln zu vermitteln. Ein bestimmter Plan aber war noch nicht gefaßt und die Mittheilungen, welche Mitchell gemacht wurden, z. B. über den Stand der Dinge am russischen Hofe, waren unvollständig und oberflächlich. Mitchell traf am 8 Mai in Berlin ein und war am 11 und 12 mit Podewils bei dem Könige in Potsdam. Mitchells Persönlichkeit machte gleich bei seinem ersten Auftreten einen sehr günstigen Eindruck. Friedrich II kam dem Gesandten in so offener und herzgewinnender Weise entgegen, daß dieser seinerseits sich gedrungen fühlte des Königs Güte durch ein gleich offenes und gerades Verfahren zu erwiedern[1]. Das hatte die Wirkung, daß Friedrichs Vertrauen zu Mitchell täglich wuchs und daß ihm bald die Berichte der preußi-

[1] Mitchell's Journal hgg. v. L. Ranke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. I 153. Podewils Depesche an Michell vom 15 Mai 1756.

ſchen Geſandten entweder im Originale vorgelegt wurden, um daraus zu copieren was für die engliſche Regierung von Intereſſe war, oder daß ihm Auszüge derſelben in Abſchrift gegeben wurden.

Als Mitchell ſeine erſten Unterredungen mit Friedrich dem großen hatte, hielt der König für das laufende Jahr den Frieden auf dem Continente noch für geſichert. Indeſſen machte Rußland ihm Sorge, und die beſchwichtigenden Erklärungen der engliſchen Regierung beruhigten ihn nicht völlig. Noch ward die Möglichkeit erwogen, daß im Fall ein franzöſiſches Heer über den Rhein gegen Hannover vordringe, ein ruſſiſches Hilfscorps von 30000 Mann etwa in Roſtock landen könne; indeſſen erklärte Friedrich, es werde ihm ſehr unlieb ſein fremde Mannſchaft, woher ſie auch ſei, im Reiche zu ſehen; er hoffe, die Ruſſen werden nicht kommen, ſofern man ihrer nicht dringend bedürfe. Sie möchten dann als Pfand für die Treue Rußlands dienen und verhindern daß dieſe Macht nicht die Gegenpartei ergreife[1].

Die preußiſche Regierung verfolgte damals mit großer Aufmerkſamkeit die Verhandlungen des öſterreichiſchen Cabinets mit den deutſchen Fürſten. In den Reichsangelegenheiten hatten Preußen und Hannover, ſelbſt während ſie mit einander in bitterem Streite lagen, doch ſtets zuſammengeſtanden, ſo oft es galt die Proteſtanten gegen katholiſche Übergriffe zu beſchirmen. Das hatte ſich zu großem Verdruſſe des Wiener Hofes im Jahre 1750 gezeigt, als die Proteſtanten in den Hohenlohiſchen Religionsbeſchwerden zur Selbſthilfe ſchritten[2], und neuerdings bei der im landgräflich heſſiſchen Hauſe geſchehenen Religionsveränderung.

Der Erbprinz Friedrich von Heſſen-Caſſel war nämlich im Jahre 1749 heimlich zur römiſchen Kirche übergetreten und communicierte in derſelben im September 1754 öffentlich zu Aachen. Sofort traf der alte Landgraf Wilhelm VIII, ein geſtrenger und dem Glauben ſeiner Väter ergebener Herr, wirkſame Maßregeln

[1] Auszüge aus Mitchell's Berichten vom 14 u. 27 Mai 1756 bei Raumer II 334—339.

[2] Abelung Staatengeſchichte VII 174 ff. Coxe Pelham II 338 f. Schloſſer Geſch. d. 18 Jhdts. II 265 ff.

damit die Abtrünnigkeit seines Sohnes dem Lande und dem regierenden Hause nicht zu weiterem Schaden gereiche. Er entbot ihn auf der Stelle zu sich nach Cassel und nöthigte ihn am 1 October eine eidliche Declaration und am 28 desselben Monats eine Versicherungsacte für die hessischen Lande auszustellen, durch welche die Erziehung der erbprinzlichen Söhne in der evangelisch-reformierten Kirche und die unverrückte Beibehaltung des hergebrachten Religionsstandes festgesetzt wurde. Um die Familie von jedem Einfluß des Erbprinzen unabhängig zu machen, übertrug der Landgraf die von ihm erworbene Grafschaft Hanau auf seinen ältesten Enkel und setzte für den Fall seines eigenen Ablebens dessen Mutter Maria von Hannover zur Vormünderin des Prinzen ein. Nähere Bestimmungen wurden mit den Ständen vereinbart und in dem Landtagsabschiede vom 11 Januar 1755 bestätigt. Überdies gab der Erbprinz an dem gedachten 28 October Reversalien an das Corpus Evangelicorum für die Aufrechthaltung der Versicherungsacte, und dieses sowohl als die Könige von Preußen, Großbritannien, Schweden, Dänemark und die Generalstaaten der Niederlande ertheilten derselben ihre Garantie[1]. Damit war die hessische Frage als eine gemeinsame Angelegenheit aller evangelischen Staaten anerkannt.

Je dankbarer das hessische Land für das entschlossene Verfahren des Landgrafen war, um so unzufriedener waren die römische Curie und die katholischen Höfe, die von Versailles und von Wien an ihrer Spitze, daß alle an den hessischen Religionswechsel geknüpften Hoffnungen zu nichte werden sollten, und obgleich die Rechtmäßigkeit der getroffenen Verfügungen nicht anzufechten war, trösteten sie sich doch damit daß die abgedrungenen Verpflichtungen und Eide sich zu gelegener Zeit würden lösen lassen[2]. Es war im Werke den Erbprinzen nach Wien zu ziehen, aber der Landgraf kam zuvor und sorgte dafür daß er statt dessen im

[1] Adelung Staatengesch. VII 462 ff.

[2] 1756 Febr. 21. Berlin. Nivernois an den französischen Residenten in Regensburg. Oeuvr. posth. I 229. Rouillés Erklärung in Knyphausens Bericht v. 17 Mai 1756.

April 1756 ſich nach Berlin begab um in die preußiſche Armee einzutreten, zu großer Freude ſeines Schwiegervaters des Königs Georg II[1].

Um dieſelbe Zeit ward von Wien der General Pretlak auf eine Rundreiſe zu verſchiedenen deutſchen Höfen geſchickt um vorzuſtellen, daß die engliſch-preußiſche Convention, weit entfernt zum beſten des Reichs zu dienen, ein offenbarer Eingriff in die kaiſerliche Machtvollkommenheit ſei und daß, wenn ja Franzoſen in Weſtfalen oder Hannover einrücken ſollten, dieſe Invaſion nicht als eine Feindſeligkeit gegen einen Reichsſtand betrachtet werden dürfe, ſondern als ein Unternehmen eines Königs gegen einen andern. Pretlak fand an den meiſten Höfen williges Gehör und befeſtigte namentlich den Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt in ſeiner Ergebenheit für das Kaiſerhaus: in Caſſel jedoch, wo er ein kaiſerliches Handſchreiben übergab und für den Erbprinzen den Rang eines Generals der Artillerie und ein Regiment anbot, waren ſeine Bemühungen fruchtlos. Trotz der — wie der Erbprinz zu dem franzöſiſchen Geſandten in Berlin ſagte — unglaublichen Intriguen des Wiener Hofs gelang es nicht ſeines Vaters Sinn zu beugen oder ihn ſelbſt von Berlin wegzulocken[2]. Pretlak hatte damals noch nicht ſeinen Übertritt zur katholiſchen Kirche erklärt und wurde deshalb vorzüglich zu den proteſtantiſchen Reichsſtänden abgeordnet; andere, namentlich geiſtliche Höfe, wurden ſpäter von dem kaiſerlichen und fürſtlich würzburgiſchen Geheimenrath von Fechenbach bereiſt und von dieſem ſehr eifrigen Katholiken zur Wahrnehmung der kirchlichen Intereſſen angetrieben[3]. Entſprechend den von Wien ergangenen Aufforderungen ſetzte der Biſchof von Speier ſich mit andern Kirchenfürſten ins Vernehmen um „dem von dem Corpus Evangelicorum geübten Unweſen" entgegenzutreten und zu bewirken, daß „die „katholiſchen Stände ſich feſt zuſammenſetzen und dem kaiſerlichen

[1] 1756 März 22. April 18. Berlin. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 4. 21. April 30. London. Michells Bericht.

[2] März 16. April 27. Berlin. Inſtructionen für Michell. Mai 1. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 29.

[3] Mai 15. Podewils an Michell.

„Hofe sich mit Bestand anschließen möchten[1].“ Kurfürst Max Joseph von Baiern war bereits von Frankreich gewonnen und ließ sich zu einer Erneuerung des Subsidienvertrages mit England nicht herbei. Sein Oheim Clemens August von Cöln begann Magazine anzulegen und verbot die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken, Maßregeln welche auf den erwarteten Einmarsch der Franzosen bezogen wurden[2].

Dergleichen Vorgänge erhöhten die Spannung und versetzten die Protestanten in Unruhe: aber um was es sich handelte wurde erst klar durch den Abschluß der Verträge von Versailles am 1 Mai und die nachfolgenden Erklärungen des österreichischen und französischen Hofes. Das Geheimniß war bei dieser Gelegenheit strenger als gewöhnlich am französischen Hofe bewahrt: wenn auch die Thatsache, daß die Unterzeichnung stattgefunden habe, schon früher verlautete, so ward doch der Inhalt der Verträge erst bekannt, nachdem am 28 Mai die Ratificationen ausgewechselt waren.

Die publicierten Actenstücke entsprachen vollkommen ihrem Zwecke vorbehaltlich weiterer Übereinkünfte die Bundesgenossenschaft von Frankreich und Österreich zu beurkunden. Die Neutralitätsconvention enthielt nichts befremdliches: aber der Unions- und Freundschaftsvertrag bezeugte nicht allein in jedem Worte die engsten Beziehungen beider Mächte, sondern ließ in den Bestimmungen über den mit Truppen oder mit Geld zu leistenden Beistand hinlänglich erkennen, wie ernstlich sie es mit der Bethätigung ihrer Freundschaft meinten. Zwar war der gegenwärtige Krieg zwischen Frankreich und England ausgenommen: es stand wiederholt zu lesen, daß der Vertrag „rein defensiv“ sein solle: aber ganz abgesehen von den geheimen Artikeln (denn diese blieben in der That geheim) war es klar daß dieser Vertrag den Franzosen den Weg nach Deutschland bahnte. Der Wiener Hof hatte das deutsche Reich in die Freundschaft und Union,

[1] 1756 März 22. Schreiben des Bischofs von Speier an den Bischof von Würzburg. Huschberg-Wuttke S. 24.

[2] Huschberg S. 28 f.

welche er mit Frankreich eingieng, nicht mitbegriffen: die Franzoſen konnten gegen Hannover marſchieren und den Krieg in Deutſchland entzünden und der kaiſerliche Hof ſtand ihm dabei freundſchaftlich zur Seite. Jüngſt hatte die engliſche Regierung von neuem mit unermüdlicher Zudringlichkeit in Wien vorſtellen laſſen, die Kaiſerin werde, ſelbſt wenn ſie die vertragsmäßige Hilfe nicht gewähren wolle, doch dem Könige ihre Freundſchaft bewahren; wenn das Haus Öſterreich gänzlich vergeſſen wolle, wie viel es dem Beiſtande Englands verdanke, dürfe es auf dieſen nicht wieder rechnen; und hatte darauf die Antwort von Kaunitz empfangen: dem Londoner Hofe ſtehe es frei zu thun was ihm beliebe[1]. Jetzt bekannten die britiſchen Miniſter, daß ſie über den Umfang der in dieſem Vertrage von Öſterreich und Frankreich übernommenen Verpflichtungen erſtaunt ſeien und betheuerten um ſo angelegentlicher die Freundſchaft mit Preußen pflegen zu wollen, Verſicherungen, die zwar von Herzen kamen, aber bei dem ſchlimmen Stande der engliſchen Angelegenheiten vorläufig von zweifelhaftem Werthe waren.

Die Maßregeln, welche zur Abwehr einer franzöſiſchen Invaſion der britiſchen Inſeln dienen ſollten, waren ins Werk geſetzt: die heſſiſchen Truppen wurden am 18 Mai — demſelben Tage an welchem endlich die Kriegserkärung an Frankreich proclamiert wurde[2] — die hannöveriſchen am 21 Mai ausgeſchifft. Jetzt ward die Milizbill im Oberhauſe bei der dritten Leſung verworfen und am 27 Mai die Seſſion geſchloſſen. Aber der laſtenden Sorge um das gemeine Wohl, dem Misbehagen über die Subſidien an fremde Fürſten und die Verwendung fremder Truppen in England gab der Sprecher des Hauſes der Gemeinen Onslow in ſeiner letzten Anſprache an den König offenen Ausdruck[3].

Die Furcht vor der Macht Frankreichs war in England größer

---

[1] 1756 Juni 5. Berlin. Miniſterialdepeſche an Michell: — que la cour de Londres étoit la maitresse de faire tout ce qu'il lui plairoit.

[2] Die engliſche Kriegserklärung iſt datirt Kenſington den 17 Mai 1756. Die franzöſiſche Kriegserklärung erfolgte zu Verſailles am 9 Juni.

[3] Parliam. Hist. XV 776.

als je. Man wußte, daß die französische Regierung, während die englische Canalflotte für die nähere Gefahr in Bereitschaft gehalten wurde, sowohl nach Westindien als nach Canada Verstärkungen geschickt hatte, und obgleich diese nicht sehr beträchtlich waren, nahm man doch für gewiß an, daß die regulären französischen Truppen den britischen Streitkräften überlegen sein würden[1].

Dazu kam die Botschaft daß Port Mahon auf Minorca von den Franzosen belagert werde. Am 10 April gieng der Admiral La Galissonière von Toulon unter Segel: sieben Tage später landeten die von dem Herzog von Richelieu befehligten Truppen, mehr als 12000 Mann. Die englische Besatzung in ihrer Friedensstärke von 2600 Mann reichte kaum hin die ausgedehnten Werke von San Felipe, der Citadelle von Port Mahon, zu besetzen; die höheren Offiziere waren meist auf Urlaub abwesend. Jedoch ward die Vertheidigung mit der Hoffnung auf baldigen Entsatz unternommen. Mehr als ein Monat vergieng: endlich am 19 Mai erschien Admiral Byng mit dem Geschwader, welches am 7 April von Spithead gesegelt war, lieferte den Franzosen ein unentschiedenes Gefecht und fuhr darauf nach Gibraltar zurück um wenigstens diesen Platz zu decken. Minorca blieb seinem Schicksale überlassen. Das kleine Häuflein wehrte sich bis zum 28 Juni: dann ward die Festung den Franzosen übergeben. Gibraltar, nach den Berichten seines Gouverneurs verwahrlost wie eine vater- und mutterlose Waise[2], ward nicht angegriffen. In England tobte man gegen den Admiral Byng, dem alles Unheil beigemessen ward und die Regierung bot ihren Einfluß auf um das Volk in dieser Meinung zu bestärken und den Admiral als Opfer für ihre Sünden bluten zu lassen. Zwar hatte Byng nicht das äußerste gethan um den Platz und die britische Ehre zu retten, jedoch den größeren Theil der Schuld trug die Regierung, welche beim Ausbruch des Krieges jegliche Fürsorge für

[1] 1756 April 20. Mai 21. London. Michells Berichte.

[2] Aug. 20. 27. Sept. 20. Lord Tyrawly an Fox. Chatham Corresp. I 200 ff.

ihre Häfen im Mittelmeere verabſäumte und im letzten Augenblicke ein Geſchwader von unzulänglicher Stärke und Bemannung hinausſandte.

Die Schwäche Englands erleichterte der franzöſiſchen Regierung die Verhandlungen mit den Seemächten zweiten Ranges. In Holland war die Regentin Anna vor Freude außer ſich geweſen über den Vertrag, den ihr Vater Georg II mit Friedrich von Preußen abgeſchloſſen[1], und ihr Wunſch, das altbeſtandene Bündniß zwiſchen Holland und England auch ferner gepflegt zu ſehen, ward von allen Anhängern des oraniſchen Hauſes getheilt: um ſo entſchiedener neigten die Generalſtaaten zu Frankreich ohne jedoch durch einen offenen Bruch mit England den holländiſchen Handel gefährden zu wollen. So entſpannen ſich Unterhandlungen, bei denen tüchtige Diplomaten thätig waren, von engliſcher Seite Joſeph Yorke, der Sohn des Lordkanzlers Hardwicke, von preußiſcher von Hellen, von franzöſiſcher Graf d'Affry, ein Schweizer von Geburt. Von vorn herein ſchien der engliſche Einfluß zu überwiegen: noch im Februar rechnete die engliſche Regierung ſo ſicher auf Holland, daß ſie die vertragsmäßigen Hilfstruppen gegen die franzöſiſche Invaſion requirierte und die Heſſen auf kürzeſtem Wege über Holland kommen laſſen wollte: aber die nachdrücklichen Proteſte der franzöſiſchen Regierung wandten das Blatt: die Holländer lehnten es ab ihre Truppen zu ſtellen und geſtatteten nicht einmal den Durchmarſch der Heſſen. Nachdem hierauf die Franzoſen ihnen einige Zollbegünſtigungen gewährt hatten, gelobten die Generalſtaaten am 25 Mai dem Könige von Frankreich die ſtrengſte Neutralität beobachten zu wollen und empfiengen dafür am 10 Juni die Zuſage daß ihr Gebiet und die belgiſchen Barriereplätze nicht verletzt werden ſollten[2]. Mit dem Austauſch dieſer Erklärungen war die Auflöſung des engliſch-holländiſchen Bündniſſes und die zwiſchen Frankreich und der Republik obwaltende Freundſchaft förmlich beſtätigt; man hielt ſich verſichert, daß, was auch über Belgien verfügt werden möge, die Holländer ſich ruhig verhalten würden.

[1] 1756 Jan. 23. Haag. Hellen an den König. Beil. II 20.
[2] Flaſſan VI 55 ff. Vgl. Stuhr F. I 63 ff.

Dagegen ließen sich die Holländer nicht bewegen mit Dänemark und Schweden in einen Bund zum Schutze ihres Handels und ihrer Schiffahrt gegen die kriegführenden Mächte zu treten. Die französischen Minister bemühten sich seit Jahr und Tag um diesen Seebund, einen Vorläufer der bewaffneten Neutralität. Nachdem nunmehr auch der russische Hof erklärt hatte, daß er durchaus nichts dagegen habe, ward am 12 Juli zu Stockholm der Vertrag über die „maritime Union" zwischen Dänemark und Schweden unterzeichnet[1] und beiderseits wurden ein paar Kriegsschiffe ausgerüstet. Die Regierungen waren willens, so viel sie es ohne offenbaren Schaden nur irgend thun konnten, Frankreich vor England zu begünstigen, ein Verhältniß das unter Umständen für den englischen Handel und Schiffsbau recht lästig werden konnte.

Der Einfluß der französischen Gesandten an den skandinavischen Höfen war im Steigen. Baron Ogier stand zu Kopenhagen in hoher Gunst, zu Stockholm gebot Graf Havrincourt unbedingt. Auf dem schwedischen Reichstage, der im October 1755 zusammentrat, war der Streit zwischen dem Königthum und der Oligarchie des Reichsraths meist durch Verwendung des französischen Geldes entschieden worden, und zwar mit einem völligen Siege der Adelspartei. Dem Könige ward auch der Schatten von Macht entzogen, der ihm bisher noch zustand, jeder Einfluß auf Ernennungen, jede Entscheidung irgend einer Art. Fortan mußte der König der Mehrheit des Reichsraths beipflichten und durfte ihre Beschlüsse nicht aufschieben noch hindern: hatte der Reichstag oder wenn dieser nicht versammelt war der Reichsrath entschieden, so ward die Beistimmung des Königs als vorhanden angenommen. Es bildete sich eine Verschwörung gegen die regierenden Machthaber zu Gunsten des Königs, an deren Spitze Freiherr Gustav Jakob Horn und Graf Erich Brahe standen, dieser Oberst des königlichen Leibregiments, jener Hofmarschall; aber das Vorhaben ward entdeckt und die Häupter fielen am 23 Juli 1756 auf dem Block: desgleichen wurden die Bauernunruhen, namentlich der

[1] Wenck III 148 ff.

Aufſtand der Dalekarlen, unterdrückt und beſtraft. Dem Könige war für dieſen Fall das Begnadigungsrecht entzogen und er ergab ſich in ſein Loos. Die Königin, welche von glühendem Zorne erfüllt war und die Stunde der Vergeltung herbeiſehnte, ward natürlich von Graf Ferſen und der ganzen herrſchenden Ariſtokratie aufs bitterſte gehaßt und man nahm jede Gelegenheit wahr um ſie zu kränken; mußte ſie ſich doch ſogar darüber ausweiſen, ob ſie die Krondiamanten und den bei ihrer Vermählung ihr von den Ständen verehrten Schmuck nicht veräußert habe: aber förmlich Hand an ſie zu legen und ihr den Prozeß zu machen wagte man ſchließlich doch nicht.

Nirgends war man mehr mit dieſen Siegen der herrſchenden Adelspartei in Schweden einverſtanden als am ruſſiſchen Hofe, und deſſen perſönliche Anhänger wirkten dazu mit: denn die ruſſiſche Regierung fürchtete eine freie und mächtige Krone Schweden. So lange Schweden einen Theil von Pommern beſaß, fand auch Friedrich der große, obgleich er das Loos ſeiner Schweſter beklagte und das Treiben der ſchwediſchen Herren in ſcharfen Noten verurteilte, kein Intereſſe an einer durchgreifenden Verfaſſungsänderung jenes Reiches. England aber, das an einem freien Schweden einen natürlichen Bundesgenoſſen finden mußte, ſah gleich einem unbetheiligten Zuſchauer zu, wie der franzöſiſche Hof die ſchwediſche Staatsgewalt vollſtändig in Sold und Pflicht nahm.

Je mehr die engliſche Regierung ihren Einfluß ſchwinden ſah, um ſo ſtraffer übte ſie Gewalt gegen den Seeverkehr neutraler Völker mit Frankreich. Gegen die Holländer glaubten ſie eine beſondere Nachſicht zu üben, als ſie auf die dringendſten Beſchwerden ihre bisher aufgebrachten Schiffe freigab und die Eigenthümer für die Ladung entſchädigte. Um eine rechtliche Baſis zu gewinnen erließ ſie im Auguſt die Erklärung, daß ſich ſämtliche Häfen Frankreichs im Blokadezuſtande befänden und daß demnach alle dahin beſtimmten Schiffe von England als gute Priſe behandelt würden. Dieſer Misbrauch der Seemacht verletzte die Holländer an der empfindlichſten Stelle und verſtärkte ihre Neigungen für Frankreich. König Friedrich hatte beim Abſchluß des Vertrags

von Westminster von der principiellen Entscheidung über das Recht der Neutralen im Seekriege abgesehen, welches er so eifrig verfochten hatte, und sich mit der Schadloshaltung seiner Unterthanen begnügt. Aber aufgegeben hatte er es darum nicht, sondern um den Handel seiner Unterthanen vor Schädigung und Belästigung durch die britische Marine zu sichern drang er wiederholt auf den ihm mündlich zugesagten Handelsvertrag, den die englische Regierung jetzt liegen ließ[1].

Während dieser zunehmenden Verwickelung der europäischen Politik verhandelten Friedrich der große und seine Minister eifrig und vertraulich mit dem englischen Gesandten Mitchell, immer noch in der Hoffnung, daß es gelingen werde den Frieden auf dem Continente zu erhalten, ja vielleicht ihn auch zwischen England und Frankreich herzustellen. Die französische Antwort auf die britische Gegenerklärung berechtigte freilich kaum dazu: ja der Schluß erschien so anstößig, daß der König ihn weder der englischen Regierung noch dem Gesandten mittheilte. Aber er hielt es für gut, um von mözlicher Weise eintretenden Umständen Vortheil zu ziehen, die Verhandlung noch einigermaßen in Gang zu halten[2]. Nicht lange so berichtete Knyphausen, das französische Ministerium wünsche trotz der sicheren Einnahme von Port Mahon Frieden mit England. Unmittelbar nach Empfang dieser Immediatdepesche schickte König Friedrich einen Auszug an Podewils, den Mitchell sollte lesen und copieren dürfen, und wies seinen Minister an, dem Gesandten vorzustellen, daß Frankreichs Unternehmungen im Mittelmeer und in Amerika so gut in Zug kämen, daß England zur Defensive greifen müsse; damit aber werde es nie etwas gewinnen und auf die Länge in arge Bedrängniß gerathen. Viel heilsamer als solch eine Kriegführung würde ein ehrlicher Friede sein[3]. Dieselbe Überzeugung sprach

---

[1] 1756 Juni 1. Berlin. Ministerialdepesche an Michell.

[2] Mai 24. Mündliche Resolution des Königs (auf Podewils Schreiben vom 23 Mai).

[3] Mai 24. Paris. Knyphausen an den König. Juni 2. Potsdam. Königliches Cabinetschreiben an Podewils.

der König am 7 Juni in einem Schreiben an Podewils aus[1], bei Überſendung einer für den engliſchen Hof beſtimmten Denkſchrift, in welcher die Vorkehrungen erörtert wurden, welche Preußen und England unverzüglich gegen etwaige Unternehmungen ihrer Feinde zu treffen hätten. Denn gelinge es nicht vor Ablauf des Jahres den Frieden herzuſtellen, ſo müßten ſie zur Vertheidigung gerüſtet ſein: die geringſte Verſäumniß könne ſonſt mit der Zeit ihren beiderſeitigen Ruin herbeiführen.

Friedrichs Hoffnung auf einen Friedensſchluß zwiſchen England und Frankreich beruhte weſentlich auf der Vorausſetzung, daß König Georg den ruſſiſchen Hof gewinne: dann meinte er werde Deutſchland ruhig bleiben. Aber dieſe Vorausſetzung erwies ſich noch im Laufe des Juni als unzweifelhaft falſch. Alle Berichte, welche Friedrich von Wien und Dresden, vom Haag, von Stockholm, von Danzig empfieng, beſtätigten das Einverſtändniß des ruſſiſchen Hofs mit dem öſterreichiſchen über einen Angriff auf den preußiſchen Staat. Der öſterreichiſche Geſandte Graf Eſterhazy behauptete ſein vorwiegendes Anſehen; der franzöſiſche Emiſſär Douglas ward von der Kaiſerin empfangen[2] und der engliſche Geſandte immer mißgünſtiger angeſehen[3]. Um den Feldzug noch im laufenden Jahre eröffnen zu können, ſetzten ſich Truppen aus dem Innern des Reichs in Bewegung, mit denen die Armee in Liefland auf 140000 Mann gebracht werden ſollte.

Freilich wurden im Juni, nachdem der Vorſchlag der öſterreichiſchen Regierung, den Anfang der Operationen bis in das künftige Frühjahr zu verſchieben, in Petersburg eingegangen war, für dieſes Jahr Gegenbefehle erlaſſen und der zum Oberbefehl auserſehene General Apraxin begab ſich aufs Land ſtatt ſeine Reiſe zur Armee anzutreten[4]. Aber daß dieſe veränderte Dispoſition nicht aus Rückſicht auf den engliſchen Hof getroffen ſei, verkannte ſelbſt Williams nicht. Klarer noch als er durchſchaute

[1] Raumer Beitr. II 340 f.

[2] 1756 Juni 1. Berlin. Miniſterialdepeſche an Michell.

[3] Juni 22. 29. Miniſterialdepeſchen an Michell.

[4] Mai 29. Juni 12. Petersburg. Williams Berichte bei Raumer II 339. 343. Vgl. die ſächſiſchen Berichte b. Hertzberg Rec. I 117—128.

Keith das Geheimniß, und ſchrieb ſchon am 7 Juni aus Wien: Rußland und Öſterreich ſind aufs engſte verbunden und handeln in Übereinſtimmung. Sie wollen England nur täuſchen und in den Schlaf lullen, bis alle Plane zwiſchen ihnen reif ſind und alles vorbereitet iſt[1]. Überdies war die Sprache der ruſſiſchen Regierung unzweideutig: Fürſt Galitzin erhielt die Weiſung dem britiſchen Staatsſecretär zu erklären, daß die Kaiſerin bei der Clauſel beharre, welche den Subſidienvertrag allein gegen Preußen wirkſam machte[2].

Nachdem alle bisher gemachten Verſuche den ruſſiſchen Hof auf andere Gedanken zu bringen fehlgeſchlagen waren, blieb noch das Mittel der Beſtechung. Am 9 Juli meldete Williams, daß Beſtucheff ſich beklage mit ſeinem Gehalte von 7000 Rubel nicht unabhängig leben zu können und bereit ſei gegen ein Jahrgeld von 2500 L. S. dem Könige von England zu dienen und ganz anzuhangen: ferner daß die Großfürſtin Katharina, voll Anhänglichkeit für den König von England und ſehr unzufrieden über die Unterhandlungen des kaiſerlichen Hofs mit Frankreich, um thätig wirken zu können Geld brauche und zwar begehre ſie 20000 Ducaten. Dieſe Gelder wurden am 8 Auguſt von dem britiſchen Miniſterium bewilligt[3], eben ſo fruchtlos wie frühere. Denn der Haß der Kaiſerin gegen Preußen und damit auch gegen das mit Preußen verbündete England war ſo glühend daß Beſtucheff, der ſelbſt ihn früher angefacht hatte, auch bei dem beſten Willen ſeinem fremden Lohnherrn zu dienen nichts dagegen vermochte, und Katharina war viel zu klug das Geld zu andern als ihren eigenen Zwecken zu verwenden. Aber ſo ſehr ließ die engliſche Regierung ſich durch die Rückſichten auf Rußland beſtimmen, daß ſie in Erwiederung der königlichen Denkſchrift vom 7 Juni Preußen zwar jeden möglichen Beiſtand im Falle eines Angriffs verſprach, ſei es mit Geld oder mit einer Flotte in der

---

[1] Raumer II 340.

[2] 1756 Juni 25. London. Holderneſſe an Williams. Raumer II 344 f. Michells Berichte vom 18 u. 25 Juni.

[3] Lord Mahon's hist. of Engl. IV app. XVI sqq. Raumer II 347 ff.

Ostsee, aber den Abschluß eines engeren Bündnisses vorläufig ablehnte um den russischen Hof dadurch nicht zu reizen[1].

Friedrich der große wußte was er von den beiden kaiserlichen Frauen zu erwarten hatte, die, so verschieden sonst an Charakter und Sitte, in ihrem Hasse übereinstimmten, und bereitete in der Stille alle Maßregeln vor, welche die Sicherheit seiner Staaten ihm zur Pflicht machte. Der Freundschaft Englands im allgemeinen gewiß, konnte er die von den Umständen gebotenen Entschließungen nicht von einem in sich haltlosen britischen Ministerium abhängig machen. Den Ausschlag gaben die von sehr guter Hand erstatteten Berichte über die zwischen den Höfen von Wien und Petersburg zum Angriffe auf Preußen getroffenen Dispositionen, die Kriegsrüstungen der Österreicher in Böhmen und Mähren und die Meldungen von dem Stande der österreichisch-französischen Unterhandlungen. Aus all diesen Umständen erkannte Friedrich, daß der Krieg unvermeidlich sei und daß die Sicherheit des preußischen Staates fordere den Feinden zuvorzukommen, ehe sie ihre Rüstungen vollendet und ihre Streitkräfte vereinigt hätten.

[1] 1756 Juli 2 u. 9. London. Michells Berichte.

Zweites Buch.

Vom Ausbruch des ſiebenjährigen Krieges bis zum Abſchluß des öſterreichiſch-franzöſiſchen Theilungsvertrags.

Erſtes Capitel.

Die Schilderhebung Preußens.

Die Überzeugung, daß die zwiſchen den Höfen von Wien und
erſailles geſchloſſene Freundſchaft binnen kürzeſter Friſt zu einem
riege gegen Preußen dienen ſolle, gewann Friedrich der große
ht vor dem Juni 1756. Die im Mai erfolgte Unterzeichnung
s öſterreichiſch-franzöſiſchen Bündniſſes hatte ihn nicht in glei-
m Maße beunruhigt wie den engliſchen Hof: denn er hatte
längſt vorausgeſehen und lebte noch des Vertrauens, das Ein-
nehmen jener beiden Höfe werde nicht von Dauer ſein; wenig-
s werde Frankreich ſich nicht auf größere Leiſtungen zu Gun-
Öſterreichs einlaſſen als es in dem Vertrage vom 1 Mai
agt habe. Daher hielt er noch an der Hoffnung feſt, daß
riede auf dem Continent zunächſt nicht werde geſtört werden.
ie Berichte des königlichen Geſandten aus Paris beſtärkten
ich in ſeiner Meinung. Fortwährend bemüht einen Bruch
n Preußen und Frankreich zu verhüten, meldete Knyphauſen
e franzöſiſche Regierung ſich noch immer mit Friedens-
n trage, trotz der bevorſtehenden Einnahme von Port
; daß die neue Allianz zwar nicht der jetzt im geheimen
errſchenden Partei, aber den aufgeklärteſten und urteils-
Mitgliedern deſſelben im höchſten Grade zuwider ſei;
darin nur eine Hofintrigue der Pompadour und ihres
ſehen dürfe, darauf angelegt den König dem Einfluſſe
nern wie Belleisle zu entziehen. Die ganze Nation

ſei empört darüber[1]. Franzöſiſche Politiker erkannten an, daß es Preußens Aufgabe ſei das europäiſche Gleichgewicht wieder herzuſtellen und, um ſich gegen Öſterreichs Übermacht in Deutſchland zu ſichern, ſich an England und der Pforte eine Stütze zu verſchaffen; jedoch riethen ſie, es möge Preußen gerade jetzt dem franzöſiſchen Hofe noch einmal die Erneuerung des Defenſivbündniſſes von 1741 antragen[2]. In Folge dieſer Berichte ward in der That ein Vertragsentwurf in Berlin aufgeſetzt, in welchem der gegenwärtige franzöſiſch-engliſche Krieg ausgenommen und von dem Könige von Frankreich erklärt werden ſollte, daß er der am vergangenen 16 Januar zu London geſchloſſenen Convention ſich nicht widerſetzen, ſondern vielmehr den König von Preußen in der Erhaltung der Neutralität und der öffentlichen Ruhe Deutſchlands unterſtützen werde[3].

Indeſſen verhandelt wurde auf dieſer Grundlage nicht mehr. Zwar waren die Gegner der öſterreichiſch-franzöſiſchen Allianz, welche theils durch politiſche Erwägungen theils durch den Haß gegen die Urheberin des neuen Syſtems die Marquiſe beſtimmt wurden, nicht unthätig. Der Dauphin ließ eine Denkſchrift dagegen ausarbeiten: eine andere, von Favier verfaßt, wie es heißt im Auftrage des Kriegsminiſters d'Argenſon, wurde in den erſten Tagen des Auguſt eingereicht[4]. Aber was ſelbſtändig urteilende Männer im Widerſpruch mit der Pompadour und ihrem Anhange auch für Gründe anführen mochten, Ludwig XV beharrte in der Feindſchaft gegen den König von Preußen und nahm daran allein ſeine Richtſchnur. Bald ſollte dies noch klarer zu Tage kommen.

Die wahre Lage der Dinge und die ihm drohende Gefahr

[1] 1756 Mai 24. Juni 7. 18. 21. Paris. Knyphauſen an den König. Vgl. Luynes XV 340.

[2] Juni 21. Juli 2. Paris. Knyphauſen an den König.

[3] Projet d'un nouvel traité d'Alliance entre S. M. le Roy de Prusse et S. M. T. C. ohne Datum) liegt bei Knyphauſens Depeſchen vom 2 Juli.

[4] Das im Auftrage des Dauphins verfaßte Memoire d. d. 1 Juli 1756 f. Soulavie mémoires I 229 ff. Favier, doutes et questions sur le traité de Versailles du 1 Mai 1756 iſt abgedruckt in L. P. Ségur, politique de tous les cabinets de l'Europe. 2e ed. Paris an IX. III, 251 ff. Vgl. Flaſſan VI 53. Über andere Denkſchriften vgl. Stuhr Forſchungen I 37 ff.

erkannte König Friedrich seit der Mitte Juni. Um diese Zeit entnahm er aus den diplomatischen und militärischen Berichten die Gewißheit, daß die Kaiserin Maria Theresia sich zum Kriege gegen ihn anschicke und daß es ihr gelungen sei, Rußland von England gänzlich abzubringen und zu einem Angriffe auf Preußen zu vermögen, der im nächsten Frühjahr eröffnet werden solle. Unter diesen Umständen zweifelte Friedrich nicht, was er sich und seinem Staate schuldig sei. Er war nicht gesonnen abzuwarten bis seine Feinde ihn wie ein Wild im Gehege umstellt hätten, sondern faßte den Entschluß ihnen zuvorzukommen und den ersten Stoß auf Österreich und Sachsen zu führen. Das sollte im Spätsommer geschehen, wo die Russen außer Stande waren noch im laufenden Jahre auf dem Kriegsschauplatze zu erscheinen. Aber von diesem schon längst als möglich betrachteten Entschlusse bis zur That war noch ein weiter Weg. Denn Friedrichs Stärke lag nicht darin allein daß er kühne und große Gedanken hatte und diese ins Werk setzte, sondern daß er sie mit der schärfsten Umsicht prüfte, die Wirkungen auf seinen Staat, alle denkbaren Folgen und Wechselfälle gewissenhaft erwog, stets bereit, besserer Überlegung Raum zu geben: daß er, sobald nicht die äußerste Noth ihn zwang, nicht mehr unternahm als er durchzuführen vermochte, und nicht eher als bis er die Mittel seines Handelns vollständig vorbereitet hatte. Niemals aber hatte es eine ernstlichere Überlegung gegolten als jetzt, wo Österreich und Rußland vereint ihre Kräfte gegen Preußen kehrten, wo Frankreich, das früher verbündete, zu den Feinden hielt, und wo das befreundete England eher selbst der Hilfe bedürftig als zur Unterstützung seiner Verbündeten fähig schien. Von höchstem Gewichte war dabei die Frage, ob im Falle Preußen mit Österreich und Rußland in Krieg verwickelt werde, Frankreich seinen wesentlichsten Interessen zuwider sich in die Unruhen Deutschlands mischen werde oder nicht. Diese Frage sollte Knyphausen auf sein Gewissen und seine Ehre beantworten[1].

Bis der König auf diese Frage ausführlichen Bericht erhielt,

[1] 1756 Juni 19. 26. Potsdam. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 33.

vergieng ein voller Monat; aber jede der zunächſt eingehenden Depeſchen Knyphauſens lehrte ſchon hinlänglich, daß die Macht der Pompadour und ihrer Anhänger von neuem zunahm und damit auch das Intereſſe für das öſterreichiſche Bündniß. Der Bruder der Pompadour erhielt den Orden vom heiligen Geiſt; wie früher St. Severin, ſo trat nunmehr aus dem Conſeil auch Puiſieux aus, unter deſſen Miniſterium der Aachener Friede geſchloſſen war. Daß Bernis an Rouillés Stelle das auswärtige Miniſterium zugedacht ſei, ward wiederholt verſichert; für die Geſandtſchaft in Madrid ſollte der Lothringer Stainville, damals Geſandter am päbſtlichen Hofe, beſtimmt ſein. Bernis und Starhemberg hatten Tag für Tag Conferenzen mit dem ſpaniſchen Geſandten, bei denen es ſich nicht bloß um den Beitritt Spaniens zu dem Vertrage von Verſailles, ſondern um ein Offenſivbündniß zwiſchen Frankreich und Spanien handelte. Zugleich drängte man die Republik Genua einen neuen Vertrag mit Frankreich zu ſchließen, der die Beſetzung der Inſel Corſica mit franzöſiſchen Truppen zum Zwecke hatte[1]. Aus dieſen Meldungen, von denen natürlich der engliſche Geſandte Mitchell Kenntniß empfieng, konnte König Friedrich vorläufig entnehmen, weſſen er ſich vom franzöſiſchen Hofe zu verſehen hatte: vollſtändigere Information brachte ihm der vom 15 Juli datierte Bericht, mit welchem Knyphauſen die an ihn gerichtete Anfrage beantwortete[2].

Knyphauſen war noch der irrigen Überzeugung, daß der Vertrag von Verſailles bis jetzt keine anderen als die veröffentlichten Artikel enthalte, und erklärte das Gerücht über einen vom Wiener Hofe entworfenen Plan, einen Krieg zwiſchen den katholiſchen und proteſtantiſchen Reichsfürſten anzuſtiften, für unbegründet. Aber aus ſehr guter Quelle hatte er erfahren daß der öſterreichiſche und franzöſiſche Hof, um ihrem Bunde ewige Dauer zu geben, aufs ernſtlichſte damit umgiengen über den Tauſch der öſterreichiſchen Niederlande gegen die Beſitzungen der Infanten

[1] 1756 Juli 2. 4. Knyphauſens Immediatbericht an den König und Miniſterialdepeſche. Beil. II 34. 35.

[2] Juli 15. Compiègne. Knyphauſen an den König. Beil. II 37.

in Italien ein festes und endgiltiges Abkommen zu treffen[1]. Man behaupte, daß Spanien, dem nach dem gegenwärtigen Kriege Minorca und Gibraltar zufallen sollten, gern bereit sei auf diesen Plan einzugehen, daß dagegen der König von Neapel, der bei seiner Thronbesteigung in Spanien Neapel seinem jüngeren Sohne zugedacht habe, Widerspruch erhebe. Aber während über einen Vertrag der Art zwischen Frankreich Österreich und Spanien verhandelt werde, bemühe sich die österreichische Regierung aus allen Kräften Frankreich sofort zu einem Separatbündnisse zu vermögen für den Fall, daß Preußen und England sich enger verbinden und Österreich angreifen. Zu diesem Ende habe die Kaiserin erklärt, falls es ihr gelinge mit Beistand Frankreichs und seiner Alliirten dem Könige von Preußen Schlesien zu entreißen, ganz Belgien an Frankreich überlassen zu wollen, um so mit einem Schlage jenen Plan auszuführen. Bis man hiezu die schließlichen Anordnungen treffe, sei es nothwendig Preußen alle möglichen Hilfsquellen abzuschneiden. In Folge dieser Vorstellungen habe Frankreich mit Rußland angeknüpft und Baiern so gut wie gewonnen. Um den Abschluß des von ihm vorgeschlagenen Vertrags zu beschleunigen, verbreite der österreichische Hof die Nachricht daß die preußischen Truppen in Schlesien verstärkt würden und die böhmische Grenze bedrohten: auch der sächsische zeige sich über die preußischen Truppenbewegungen außerordentlich beunruhigt. Der Minister Rouillé hatte Veranlassung genommen darüber mit Knyphausen zu sprechen und bemerkt daß, wenn der König von Preußen Österreich angreifen sollte, Frankreich nicht umhin könne sich mit dieser Macht zu vereinigen um den Angriff abzuschlagen. Aber dies war nicht die einzige Klippe welche Preußen zu fürchten hatte, sondern Knyphausen glaubte ferner annehmen zu müssen, daß Österreich sich eifrig bemühe Frankreich zu einem Angriff auf das Kurfürstenthum Hannover zu bestimmen, um einen Vorwand zu haben über Preußen herzufallen, sobald sich der König dieser Invasion widersetze. So leicht werde

[1] Vgl. Geheimnisse des sächs. Cabinets I 339 f. (v. März 1756). Mém. du Duc de Luynes XV 92. Juni 3 1756.

die franzöſiſche Regierung ſich wohl nicht dazu entſchließen, aber da eine anſehnliche Partei im Conſeil einen Landkrieg wünſche, könne es vielleicht nächſtes Jahr dazu kommen; denn für dieſes Jahr mache die dermalige Vertheilung der franzöſiſchen Truppen — über welche Knyphauſen ſchon am 11 Juli genau berichtet hatte — ein ſolches Unternehmen unmöglich. Unter dieſen Umſtänden würde es eine arge Selbſttäuſchung ſein zu meinen daß Preußen irgend welche Unterſtützung bei Frankreich finden werde, das die öſterreichiſchen Miniſter völlig bezaubert hätten. Aber ſo ſehr ſie ſich auch bemühten Frankreich dahin zu bringen in Deutſchland Krieg zu erheben, der König dürfe verſichert ſein daß dieſe Diverſion zuverläſſig in dieſem Jahre nicht ſtatthaben könne.

Knyphauſen war in der That von dem Stande der Angelegenheiten, die am franzöſiſchen Hofe betrieben wurden, gut unterrichtet. Was zwiſchen Öſterreich und Rußland verhandelt ward kam jedoch nicht zu ſeiner Kunde, da ſelbſt der franzöſiſche Hof davon nur theilweiſe Mittheilung empfieng. Wir kennen die Inſtructionen für den geheimen Vertrag mit Frankreich, welche nach den von der k. k. Conferenz zu Wien am 19 Mai gefaßten Beſchlüſſen an Starhemberg erlaſſen wurden[1]. Dieſe ſtellten als Bedingungen sine qua non auf: 1) daß der König von Frankreich nicht allein zur Wiedereroberung von Schleſien und Glatz, ſondern zu einer noch weit größeren Schwächung des Königs von Preußen ſeine ausdrückliche Zuſtimmung gebe; 2) daß er zum Gelingen des Planes thätig mitwirke, indem er der Kaiſerin ein anſehnliches Truppencorps ſtelle, welches entweder mit kaiſerlichen Truppen aus den Niederlanden verbunden oder für ſich allein auf Begehren der Kaiſerin ſich dorthin verfüge, wo das Bedürfniß es erfordere; 3) daß die von Frankreich der Kaiſerin gewährten Geldzahlungen demſelben Riſico unterliegen wie das ganze Unternehmen, und daß demnach die von der Kaiſerin zu machenden Abtretungen nicht unter dem Titel eines Verkaufes geſchehen, ſondern des Tauſches und gegenſeitiger Convenienz; 4) daß die

[1] B. d. Schulenburg, N. Actenſtücke. Leipz. 1841 S. 29 f.

vollständige Abtretung der Niederlande nur unter der Bedingung geschehe, daß sie dem Infanten Don Philipp zugetheilt werden, mit Ausnahme des Herzogthums Luxemburg und der Herrschaften Chimay und Beaumont, welche Frankreich zufallen. Dagegen trete der Infant an die Kaiserin seine drei Herzogthümer ab und verzichte auf alle Ansprüche, welche er nach dem Aachener Vertrage auf die Succession in Neapel erheben könnte. Hiermit waren die Grundzüge gegeben: weitere Vorschriften, welche sich über die einzelnen zu erörternden Fragen erstreckten und auch solche Puncte umfaßten, welche man wohl anregen aber nicht unbedingt festhalten wollte, wurden in der Conferenzsitzung vom 2 Juni beschlossen. In diesen Instructionen ward die gemeinschaftliche Offensive noch mehr in den Vordergrund gestellt, und Kaunitz sprach in seiner Abstimmung die vollständige Hoffnung aus, Frankreich werde auf diesen neuen Offensivtractat eingehen[1].

Wirklich that Ludwig XV hiezu alsbald den ersten Schritt. In einem königlichen Cabinetsschreiben, welches am 29 Juni 1756 übergeben ward, faßte er die Absichten, welche ihn bei dem Wunsche, die Defensivallianz mit der Kaiserin durch einen geheimen Vertrag zu befestigen, geleitet hätten, dahin zusammen: 1) den Bund unabänderlich zu machen durch Beseitigung aller Hindernisse, die seine Dauer gefährden könnten; 2) die Ruhe Italiens und insbesondere die Ausstattung der Infanten Karl und Philipp sicher zu stellen und die Zwistigkeiten zu verhüten, welche darüber in Zukunft zwischen dem französischen und österreichischen Hofe entstehen könnten; 3) in einem für beide Theile so vortheilhaften Übereinkommen neue Mittel zu finden um an England eine gerechte Vergeltung zu üben, ohne daß Frankreich verbunden sei offensiv gegen den König von Preußen aufzutreten. Aber jetzt, nachdem Starhemberg ausführliche und bestimmte Instructionen empfangen habe, gab er, der König von Frankreich, seine Zustimmung, daß seine Bevollmächtigten die Verhandlungen über das Detail beginnen sollten mit der Unterzeichnung eines Artikels, welcher feststelle, daß die von der Kaiserin Königin zu

[1] A. a. O. S. 27—29. 31.

machenden Abtretungen nicht eher statthaben, als nach der Wiedereroberung von ganz Schlesien und der Grafschaft Glatz, und nachdem sie in den friedlichen und anerkannten Besitz dieser Lande getreten sei. Nach dieser Zustimmung sprach das königliche Schreiben die Erwartung aus, daß Starhemberg sich nunmehr über den Inhalt seiner Instructionen auslasse, und erklärte, daß von Seiten Frankreichs alles geschehen solle um die Vollendung eines Werkes zu befördern, dessen Anfang schon den beiden Monarchien so schmeichelhafte Hoffnungen eröffnet habe[1].

Damit war der Grund gelegt, jetzt giengen Starhemberg und Bernis daran die einzelnen Capitel des weitschichtigen Theilungsplanes zu bearbeiten, der Deutschland, die Niederlande und Italien umfaßte und die europäischen Verhältnisse von Grund aus umgestalten sollte. Aber mitten in ihre Unterhandlungen hinein fiel wie ein Wetterschlag der Entschluß Friedrichs des großen das Schwert zu ziehen.

Als Friedrich im Juni von Knyphausen Bericht erforderte, war die Entscheidung noch in der Schwebe: als der Bericht eingieng, bestärkte er nur den König in seinem Vorsatze. Den Ausschlag gaben die bestimmten und sicheren Nachrichten, daß die russische Regierung mit der österreichischen übereingekommen sei im nächsten Frühjahr loszuschlagen; daß aber die dermalige Stärke der russischen Truppen und ihre Vertheilung der Art sei, daß sie auf keinen Fall in dem laufenden Jahre ihre Operationen beginnen könnten; endlich daß die Franzosen wenigstens für dieses Jahr nicht in Deutschland einfallen würden.

Seine Nachrichten über die russischen Pläne hatte König Friedrich zum Theil aus den Mittheilungen entnommen, welche ihm Weingarten, der Secretär des österreichischen Gesandten de la Puebla, aus dessen Correspondenz mit Wien und Petersburg übermachte. Gerade damals jedoch schöpfte Puebla Verdacht und Weingarten mußte am 12 Juni von Berlin flüchten[2]. Nach wie

---

[1] A. a. O. S. 31 ff.: Réponse du Roi remise le 29 Juin 1756. S. namentlich S. 33 f.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 34 f. Mém. de Valori II 79.

vor aber, ſchon ſeit dem Jahre 1753, erhielt Friedrich durch den beſtochenen ſächſiſchen Kanzliſten Mentzel Copien aller wichtigen Depeſchen, welche aus Wien und Petersburg in Dresden einliefen[1]. Daß unter öſterreichiſcher Vermittelung an der Herſtellung des Einverſtändniſſes zwiſchen Rußland und Frankreich gearbeitet werde, meldete Hellen aus Holland. Von Petersburg ward zu dieſem Zwecke der geheime Hofrath Bectejeff nach dem Haag geſchickt und reiſte um die Mitte Juli von dort nach Paris[2]. Der engliſche Courier Pollock, welcher am 6 Juni Petersburg verlaſſen hatte und am 18 Juni in Berlin war, meldete, daß er von Narwa bis Riga und weiterhin bis Mitau marſchierende und lagernde Truppen und Transportcolonnen angetroffen; daß die ruſſiſche Armee gemeinſchaftlich mit den Öſterreichern Preußen angreifen ſolle, war in Petersburg die gangbare Meinung. Aus Öſterreich endlich erhielt König Friedrich Berichte über Munitions- und Provianttransporte, welche nach Böhmen und Mähren giengen, und von dem bevorſtehenden Marſche ungariſcher Regimenter[3].

Zu dieſen übereinſtimmenden Botſchaften über die kriegeriſchen Anſtalten der Öſterreicher und Ruſſen kamen Schreiben aus Rußland an den König „im höchſten Vertrauen von ſehr guter Hand". Ihr Inhalt war von ſolchem Gewichte daß dadurch jedes fernere Bedenken niedergeſchlagen ward. Das erſte, welches König Friedrich am 19 Juni empfieng, brachte die Nachricht, daß die für den laufenden Sommer beabſichtigten Kriegsoperationen zum nächſten Jahre vertagt ſeien und daß die im Marſche begriffenen Regimenter Gegenbefehl erhalten hätten. Das zweite, welches am 8 Juli in Friedrichs Händen war, gieng des näheren auf den

---

[1] Oeuvres de Frédéric a. a. O. Auszug aus dem Unterſuchungsprotokoll Mentzels, Warſchau d. 25 u. 26 Sept. 1757. Kriegskanzley 1758 I 61—65, zu ergänzen aus d. N. Actenſtücken L. 1841 S. 7.

[2] 1756 Juni 7. Friedrich II an Finckenſtein. Vgl. Stuhr Forſch. I 45 f.

[3] Juni 12. Wien. Klinggräff an den König. Juni 19. Potsdam. Friedrich II an Klinggräff, über eine bei ſeiner Ankunft im Lager von Pitzpuhl bei Magdeburg (Juni 15) ihm zugegangene Meldung. Vgl. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 282. Hertzberg Recueil I 134 ff.

Stand der Dinge am ruſſiſchen Hofe ein. Demnach waren zu Anfang des Jahres die beiden Kaiſerhöfe übereingekommen Preußen zu gleicher Zeit anzugreifen, der öſterreichiſche mit 80000 und der ruſſiſche mit 120000 Mann. Dieſes Vorhaben ſollte ſchon in dieſem Jahre bewerkſtelligt werden, weil es aber dem ruſſiſchen Hofe an Recruten, an Matroſen und an Getreide um die Magazine zu füllen gefehlt, ſo habe man die Ausführung ſolches Planes bis auf künftiges Frühjahr verſchoben. Noch war hinzugefügt, daß Bectejeff auf ſeiner Reiſe durch Pommern nach Frankreich die dortigen Küſten in Augenſchein genommen, um zu ſehen, ob man auf ſelbigen füglich landen könnte[1].

Dieſe wichtigen Schreiben wurden nicht, wie Valori vermuthete[2], von engliſcher Seite übermittelt, ſondern erſt nachträglich ins franzöſiſche übertragen und Mitchell mitgetheilt[3].

Wir können nicht zweifeln daß der Briefſteller kein anderer war als der Großfürſt Peter. Was er von den Plänen des ruſſiſchen Hofes ſchrieb, war vollkommen der Wahrheit gemäß, aber von der angeblich bereits erfolgten Unterzeichnung eines neuen Vertrags der beiden Kaiſerhöfe war er falſch berichtet. Bis dahin verhandelte der öſterreichiſche Hof nur auf Grundlage des Bündniſſes von 1746 und beeilte ſich nicht die weiter gehenden Entwürfe zu formulieren, freilich aus keinem andern Grunde, als weil ohnehin der gleiche Haß gegen den König von Preußen den Bund feſt genug beſiegelte und weil Kaunitz erſt den Hauptvertrag mit Frankreich zu Stande bringen wollte, ehe er mit Rußland neue Vereinbarungen traf[4]. Preußen war deshalb um nichts ſicherer. Die ruſſiſchen Geſandten an allen Höfen ſprachen offen

---

[1] Hertzberg Recueil I 108. 141; den deutſchen Text giebt die „Beantwortung der Anmerkungen" Berlin 1757. Kriegs-Canzley 1757 II 74. Über die Motive der Vertagung vgl. den Bericht des ſächſiſchen Legationsſecretärs Praſſe, Petersburg d. 21 Juni 1756 Rec. I 128 (Kr. C. a. a. O. S. 56) und den Auszug eines Briefes aus Petersburg v. 22 Juni Beil. II 32.

[2] Valori mém. I 304. 307. II 196.

[3] 1756 Juli 8. Eichel an Finckenſtein auf königlichen Specialbefehl. Die Schreiben ſelbſt finden ſich im geheimen Staatsarchiv zu Berlin nicht vor.

[4] S. o. S. 160.

von den Angriffsplänen ihrer Kaiserin. Ebenso galt es im österreichischen Heere für ausgemacht, daß man zwar nicht in diesem Jahre gegen Preußen losbrechen werde, wohl aber im nächsten Frühjahr. Aus Dresden schrieb Broglie am 23 und 25 Juli, wenn der König von Preußen mit Angriffsplänen umgehe, habe er Unrecht deren Ausführung zu verschieben. Sollte er indessen zum Angriff übergehen, so werde man ihm begegnen, denn die Kaiserin versammle beinahe 100000 Mann in Böhmen und Mähren. „Ich glaube daß bei der Stellung, welche die Preußen „und Österreicher gegen einander einnehmen, der Krieg wenig„stens im Jahre 1757 ausbrechen muß[1].“

Unter diesen Umständen traf Friedrich der große seine Entscheidung. Jene Schreiben aus Petersburg dienten einmal zur Bestätigung der von allen Seiten ihm zugehenden Nachrichten über die gegen seine Staaten gesponnenen Angriffspläne und gaben diesen eine bestimmte Form; es blieb danach dem Könige kein Zweifel daß er zur Vertheidigung und zur Erhaltung Preußens Krieg führen müsse. Aber nicht darin lag die höchste Bedeutung jener vertraulichen Mittheilungen, sondern in der Gewißheit welche sie gaben daß die Russen für dieses Jahr nicht im Felde erscheinen würden. Knyphausens Berichte überzeugten Friedrich, daß die Franzosen eben so wenig im laufenden Jahre in Hannover einfallen könnten. Also hatte er es gegenwärtig noch nicht mit den Heeren dreier Mächte zu thun, sondern nur mit den kaiserlichen, und auch mit diesen noch nicht in voller Kriegsrüstung, da der Wiener Hof darauf rechnete die Offensive erst im künftigen Jahre zu eröffnen. Preußen dagegen hatte die Mittel zum Kriege in Bereitschaft. Im Staatsschatze lagen einschließlich der Einzahlungen auf eine bei der kurmärkischen Ritterschaft gemachte Anleihe beinahe achtzehn Millionen Thaler, eine Summe welche für die Mobilmachung und wenigstens für zwei Feldzüge hinreichte[2]. Das Heer stand zu Befehl. König Friedrich hatte sich bei den im Mai und Juni abgehaltenen Manövern von

[1] 1756 Juli 23. 25. Broglie an Bonnac b. Stuhr F. I 48. Vgl. (v. Cogniazo) Geständnisse eines österr. Veterans I 224 f. (aus Pueblas Munde). II 190.

[2] A. F. Riedel, der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt 1866 S. 81.

der Schlagfertigkeit ſeiner Truppen überzeugt und durch ein großes Avancement die allerhöchſte Zufriedenheit beurkundet. Jetzt ſollte ſich das preußiſche Heer von neuem bewähren und gegen die ringsum drohenden Feinde den erſten Schlag thun.

Friedrich handelte nach dem Grundſatze melius praevenire quam praeveniri. Wenn er zauderte und wartete bis die Heere der Öſterreicher, Ruſſen und vielleicht auch der Franzoſen zuſammenwirkten, war Preußen ohne Rettung verloren, und daß die kluge Diplomatie eines Kaunitz und der glühende Haß der über drei Reiche gebietenden Frauen zu dem Puncte gelangt war dem Werke der Rache freien Lauf zu laſſen, ward von Tage zu Tage mehr zur Gewißheit. Aber noch wurde dem Könige Friedrich gerade durch das ſyſtematiſche und bedächtige Verfahren des Staatsmannes, der die Seele des gegen ihn gebildeten Bundes war, eine Friſt bis zum nächſten Frühjahr gegönnt: es fragte ſich wie er ſie benutzen ſollte. Männer des Cabinets von minder kühnem Gemüthe würden alles daran geſetzt haben mit jeglicher Feinheit diplomatiſcher Künſte der drohenden Coalition zu begegnen. In dieſem Sinne erklärte Hertzberg, der damals als geheimer Legationsrath die von preußiſcher Seite ausgegebenen Staatsſchriften bearbeitete, wenige Monate nach Friedrichs II Tode in einer akademiſchen Rede, es ſei zweifelhaft, ob die gegen Preußen gefaßten Pläne zur Ausführung gekommen wären, wenn der König nicht angegriffen hätte, und ob es gefährlicher war ſie abzuwarten als ihnen zuvorzukommen[1]. Dieſe Anſicht, der Hertzberg Worte lieh, wie ſie dem Charakter Friedrich Wilhelms II und dem Weſen der unter ihm befolgten Politik entſprachen, ward, als es die Entſcheidung galt, von Knyphauſen gehegt und ſie war auch die Meinung der Brüder des Königs. Es ſprach für eine ſolche Meinung der Umſtand, daß Frankreich durch ſein Defenſivbündniß mit Öſterreich ſich verpflichtet hatte zur Abwehr eines von Preußen ausgehenden Angriffs zu helfen, nicht aber ſelbſt an einem Angriffe auf den preußiſchen Staat ſich zu betheiligen. Friedrich der große

[1] N. Mém. de l'Acad. R. 1785. Berlin 1787 S. 333 f. Richtig urteilt darüber Th. Bernhardt in Sybels hiſt. Z. XII 22 f.

urteilte anders, und zwar auf Grund der Summe sorgfältig gewonnener Informationen, welche er allein vollständig überschaute. Er sah klar vor Augen daß der österreichische Hof alles hervorsuchte um ihn zu reizen und ihn als den angreifenden Theil erscheinen zu lassen, und er konnte nicht zweifeln, daß seine Feinde zu gelegener Zeit einen Vorwand finden würden sich selbst als die gekränkten hinzustellen und alle Schuld des Kriegs auf Preußen zu schieben.

Eine Zeitlang boten die seit der Regierung König Friedrich Wilhelms I immer wiederholten Beschwerden des Herzogs Christian Ludwig von Mecklenburg-Schwerin über preußische Werbungen und Preßgänge dem Wiener Hofe Gelegenheit zu Anklagen Preußens. Schon im April waren in dieser Sache kaiserliche Decrete in beleidigendster Form gegen die preußische Regierung erlassen, die dieser selbst zuerst aus den Zeitungen bekannt wurden[1]. Als diese Angelegenheit nach dem Tode des alten Herzogs (Mai 30) und dem Regierungsantritt seines Sohnes Friedrich auf den Weg gütlicher Verständigung gebracht wurde, war bereits neue Klage über die österreichischerseits verfügte Erhöhung der Eingangszölle an der schlesischen Grenze von 60 % auf 100 %. Andererseits drängte der kaiserliche Hof Frankreich zur Invasion Hannovers, welche Preußen nicht dulden durfte. Kurz die österreichische Regierung suchte Preußen bald hier bald dort in Händel zu verwickeln, welche eine Veranlassung bieten konnten den Beistand des verbündeten französischen Hofs in Anspruch zu nehmen. Daß die Dinge so lagen, war der Schluß den König Friedrich mit Wahrscheinlichkeit zog. Ob er richtig geurteilt, konnte so lange in Zweifel gezogen werden als die Angriffspläne des österreichischen und russischen Hofes nicht urkundlich nachgewiesen waren. Heutzutage liegen die Actenstücke vor und thun für jeden der sie lesen kann und die Wahrheit sehen will mit voller Klarheit dar, daß die Höfe von Wien und von Petersburg darüber einig waren im Frühjahre 1757 Preußen

[1] Mém. de Valori II 27. Vgl. Friedrichs II Schr. an Knyphausen. Potsdam d. 13 Juli 1756. Beil. II 36.

anzugreifen und daß Maria Thereſia und Kaunitz der wohlbegründeten Überzeugung lebten bis dahin auch den franzöſiſchen Hof zu vertragsmäßiger Betheiligung am Kriege gegen Preußen zu vermögen.

Das einzige Mittel zu wirkſamer Gegenwehr gegen dieſe Anſchläge lag darin anzugreifen, ſo lange Preußen es mit Öſterreich allein zu thun hatte, das mit den finanziellen Anordnungen und mit den Rüſtungen noch im Rückſtande war. Friedrich rechnete darauf die Öſterreicher zu ſchlagen und möglicher Weiſe ſoweit zu ſchwächen, daß im nächſten Jahre ihre Alliirten die Laſt des Krieges tragen müßten, wozu ſie keine Luſt verſpüren würden. Auf jeden Fall kam der Vorſprung den er gewann ihm zu gute, und das Zaudern und Abwarten ſeinen Feinden. Dieſer erſte Entſchluß bedingte aber einen zweiten. Von allem Anfange ſtand es dem preußiſchen Könige feſt, daß er mit ſeinem Angriffe nicht bloß Mähren und Böhmen ſondern auch Sachſen treffen müſſe. Die Feldzüge von 1744 und 1745 hatten ihn in der empfindlichſten Weiſe belehrt, daß es nicht gerathen ſei gegen die öſterreichiſchen Staaten vorzugehen, während Sachſen zweideutig oder feindſelig im Rücken blieb[1]. Erſt dann waren Schleſien und die Marken gedeckt, die Zufuhren geſichert und für den Angriff ſowohl als die Vertheidigung die natürliche Baſis gewonnen, wenn die preußiſchen Waffen die Lauſitzer und ſächſiſchen Gebirge und den Elbſtrom bis Böhmen beherrſchten. Als feindlich aber mußte der ſächſiſche Hof Friedrich gelten nach dem ganzen Verfahren, welches der allein gebietende Graf Brühl auch nach geſchloſſenem Frieden beobachtete, und zwar als ein Feind, der ſo lange er im Finſtern ſchlich, viel böſes anſtiften konnte, der aber zu Boden lag, ſobald man ihm geradeswegs zu Leibe gieng.

Die natürliche Aufgabe eines minder mächtigen Staates, der zwiſchen zwei größere geſtellt iſt, geht dahin die unter ihnen verhandenen Gegenſätze durch ſeine guten Dienſte ſo viel wie möglich zu heben, durch eine feſte unparteiliche Haltung beiden Nachbarn Achtung einzuflößen und zugleich ſeine Kräfte ſo zu Rathe

[1] Vgl. Valori's Schreiben an Rouillé vom 31 Aug. 1756. Mém. II 161.

zu halten, daß er im äußersten Falle einer Vergewaltigung nicht wehrlos unterliege. Davon hatte Brühl das gerade Gegentheil gethan. Um seinen Herrn mit andern als Staatsangelegenheiten zu beschäftigen, verschwendete er für Lustbarkeiten des Hofs mit vollen Händen und fröhnte seiner eigenen Habsucht in der schamlosesten Weise. Seit mit dem Herbste 1755 die englischen Subsidien ausfielen, war Brühls Finanzverwaltung vollends an den Bankerott gekommen. Das hatte das Militärwesen vor allem zu entgelten. Die Armee, welche im Jahre 1745 60000 Mann, im Friedenstande von 1746 über 40000 Mann stark gewesen war, ward seitdem binnen zehn Jahren allmählich bis auf 22000 Mann vermindert[1] und selbst dieser schwache Bestand nicht gehörig bezahlt. Aber bei dieser fortschreitenden Entwaffnung zeigten Brühl und seine Agenten sich nur um so geschäftiger auswärtige Höfe, namentlich den russischen, gegen den verhaßten König von Preußen aufzuhetzen. Vollkommen der Wahrheit gemäß besagt die später veröffentlichte preußische Staatsschrift: „die „sächsischen Minister an den auswärtigen Höfen haben die gröbsten „Erdichtungen, die härtesten Verleumdungen und alle verhaßte „Mittel einer unechten Staatskunst angewandt um Seine Königliche Majestät mit allen Mächten von Europa, sonderlich aber „der Kaiserin von Rußland zu veruneinigen“[2]. Friedrich wußte aus den Papieren des sächsischen Cabinets, daß der sächsische Hof die gegen ihn gerichteten Anschläge billigte und beförderte und dieses gefährliche Spiel durch eine äußerlich neutrale Haltung zu verdecken meinte, wie denn auch die geheimen Verhandlungen des österreichischen Hofes mit Frankreich und mit Rußland ohne Betheiligung Sachsens geführt wurden[3]. Sollte nun bei dieser offenkundigen Feindseligkeit Friedrich warten bis es dem heuch-

[1] S. die actenmäßige Darstellung von Heinr. Aster, Beleuchtung der Kriegswirren zw. Preußen u. Sachsen v. Ende Aug. b. Ende Oct. 1756. Dresd. 1848. S. 14 ff. In der angegebenen Zahl sind 2500 Mann Reiterei inbegriffen welche in Polen standen.

[2] Mém. raisonné in Hertzberg Recueil I 26. Gegründ. Anzeige S. 31. 67.

[3] (v. d. Schulenburg) Neue Actenstücke S. 15 ff.

lerischen und falschen Minister gefiel die Larve abzuziehn und sich hinterrücks den Gegnern Preußens beizugesellen, um des Antheils an der Beute nicht verlustig zu gehen? Vielmehr war es Friedrichs von lange her befestigte Überzeugung, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen mit Österreich keinen Krieg führen könne ohne zuvörderst Hand auf Sachsen zu legen, und daß er im Stande sei aus den Papieren der sächsischen Minister die Gewaltthat die er damit begieng als eine nothgedrungene Abwehr vor Europa zu rechtfertigen. Dabei lag Friedrich der Gedanke fern Sachsen für sich erobern zu wollen: aber er nahm keinen Anstand die reichen Hilfsquellen dieses Landes zu benutzen um Preußen die ungeheure Last des Krieges gegen übermächtige Feinde nicht allein tragen zu lassen.

Die Maßregeln für den Krieg traf König Friedrich bedächtig und mit so geringem Aufsehen als möglich. Als die russischen Truppen nach den preußischen Grenzen zu marschierten, sandte er Ende Juni ein Truppencorps nach Stolp in Pommern und versah den Feldmarschall Lehwaldt mit Instructionen für den Fall eines Angriffs der Russen[1]. Das nächste war daß er, unter dem Vorwande zur Deckung der hannöverschen Lande ein Lager bei Halberstadt errichten zu wollen, Anordnungen traf die westfälischen Regimenter heranzuziehen und daß er Befehl ertheilte die schlesischen Festungen zu verproviantieren[2]. Sofort bildete die österreichische Regierung ein Heerlager bei Königgrätz, ein anderes bei Prag und setzte die ungarischen Regimenter in Bewegung. Diese militärischen Anstalten beunruhigten die preußischen Befehlshaber in Schlesien und auf Grund ihrer Berichte erließ Friedrich weitere Befehle. Seine Truppen waren so vertheilt daß sie in kürzester Zeit losschlagen konnten: jetzt wurden die beurlaubten eingezogen und die Mobilmachung eingeleitet. An den Feldmarschall Keith und die andern Offiziere, welche sich in den böhmi-

[1] 1756 Juni 23. Oeuvres de Frédéric XXX 201 ff.

[2] Juni 29. Potsdam. schreibt Friedrich II an Klinggräff von dem Lager bei Halberstadt. Am 26 Juli traten die westfälischen Regimenter ihren Marsch an.

schen Bädern aufhielten, war am 23 Juni der Befehl erlassen in den ersten Tagen des Juli zurückzukehren[1]. Den Feldzugsplan entwarf der König mit dem jüngst beförderten Generallieutenant Hans Karl von Winterfeld und zog bei der Ausarbeitung desselben im Detail für das Proviant- und Fuhrwesen den Intendanten der Armee General von Retzow hinzu. Hierauf reiste Winterfeld nochmals nach Böhmen und Sachsen um Pferde zu kaufen und Stärke, Stellung und Absichten der Gegner zu erkunden. Außer den genannten Generalen wurden die Feldmarschälle Schwerin (der am 10 Juli eintraf) und Keith sowie die Generallieutenants Schmettau und Ferdinand von Braunschweig zum Könige nach Potsdam beschieden um Rath und Auskunft zu ertheilen und Verhaltungsbefehle zu empfangen.

Der Entschluß des Königs war gefaßt, der Kriegsplan festgestellt und alle Vorbereitungen dahin getroffen, daß die Armee gegen Ende August losschlagen konnte. Nicht früher die Waffen zu erheben schien schon aus dem Grunde gerathen, weil damit jede Möglichkeit einer russischen Offensive oder einer französischen Invasion für dieses Jahr ausgeschlossen ward. Jetzt galt es dem britischen Cabinet die Nothwendigkeit darzuthun, in der Preußen sich befand den Krieg zu eröffnen. Nicht daß König Friedrich auf die Mitwirkung der englischen Regierung gezählt hätte, denn sie war selbst rath- und hilflos, und hatte für Preußen nichts als schöne Worte und leere Hoffnungen in Bereitschaft: aber er wollte nicht ohne Einvernehmen mit der verbündeten Macht zum Schwerte greifen. Er lud deshalb Mitchell zu sich nach Potsdam und hatte am Morgen des 17 Juli eine Unterredung mit ihm[2]. Er theilte ihm die Berichte über die drohenden Bewegungen der Österreicher an den preußischen Grenzen mit und erklärte, daß er entschlossen sei ins Feld zu ziehen um seinen Feinden zuvorzukommen, als dem einzigen Mittel der Rettung gegen so zahl-

[1] Preuß Urkundenbuch I 241. II 131.

[2] S. Mitchell's Journal herausg. v. L. Ranke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. I 158 ff. Vgl. das Cabinetsschreiben an Knyphausen v. 17 Juli 1756 Beil. II 38.

reiche und ſo mächtige Gegner, deren Streitkräfte, wenn einmal vereinigt, den ſeinigen um vieles überlegen ſeien.

Mitchell ſuchte den König zu beruhigen. Er ſtellte ihm vor, die Berichte möchten übertreiben: die Abſicht der Öſterreicher gehe vielleicht dahin ihn zu reizen den erſten Schlag zu thun, damit ſie dann berechtigt wären franzöſiſchen und ruſſiſchen Beiſtand zu fordern. Da antwortete Friedrich raſch und lebhaft, indem er dem Geſandten feſt ins Geſicht ſah: „Wie, Herr? was ſehen „Sie in meinem Geſichte? glauben Sie daß meine Naſe dazu „gemacht iſt Naſenſtüber hinzunehmen? Bei Gott, die werde ich „mir nicht bieten laſſen.“ Er zeigte Mitchell noch andere Berichte und ſchloß, indem er vor dem Bilde Maria Thereſiens ſtehen blieb: „dieſe Dame will Krieg und ſie ſoll ihn bald haben. „Ich kann nichts dagegen thun als meinen Feinden zuvorkommen: „meine Truppen ſind bereit und ich muß verſuchen dieſe Ver„ſchwörung zu brechen, bevor ſie zu ſtark wird.“ Mitchell fuhr fort abzureden: er machte Rückſichten auf den ruſſiſchen Hof geltend, deſſen Neutralität zu hoffen ſei, wenn der Angriff von Öſterreich ausgehe, und rieth von der Kaiſerin Königin über ihre Rüſtungen eine Erklärung zu fordern. Falle die Antwort nicht befriedigend aus, ſo werde alle Welt es berechtigt finden, wenn der König die Macht, welche ihm zu Gebote ſtehe, zu ſeiner Vertheidigung gebrauche. Friedrich widerſprach: das werde die Sache nur ärger machen; er laufe Gefahr eine anmaßende und beleidigende Antwort zu erhalten, die er ſich nicht gefallen laſſen werde. Mitchell bemühte ſich ſeinen Vorſchlag weiter zu begründen, aber der König ſchloß endlich die lange Unterredung mit den Worten: „Sie kennen die Leute nicht: das wird ſie nur ſtolzer „machen und ich werde mich ihnen nicht fügen.“ Darauf gieng der König zur Tafel und ließ während derſelben Mitchell auffordern noch zu bleiben und abends die italieniſchen Sänger zu hören. Nach dem Ende der Burletta im Garten rief Friedrich den Geſandten zu ſich und ſagte: „ich habe über den Vorſchlag, „den Sie dieſen Morgen ſo warm empfahlen, nachgedacht und „werde meinen Miniſter in Wien anweiſen bei der Kaiſerin ſelbſt „eine Audienz nachzuſuchen, ohne die Dazwiſchenkunft ihres Mi-

„niſters. Vielleicht erhalte ich durch Überraſchung eine Antwort: „aber wenn ſie Zeit haben ſie vorzubereiten, wird ſie ſo aus„fallen wie ich Ihnen ſagte.“

Am nächſten Tage, den 18 Juli, ſandte der König an ſeinen Geſandten Klinggräff die Weiſung bei der Kaiſerin eine Privataudienz nachzuſuchen und in dieſer ihr in ſeinem Namen beſcheiden und mit gebührender Höflichkeit zu ſagen, daß er, der König, da er von vielen Seiten die Bewegungen ihrer Truppen in Böhmen und Mähren erfahre und die Zahl der Regimenter, die ſich dahin begäben, ſie, die Kaiſerin, frage, ob dieſe Rüſtung in der Abſicht geſchehe ihn anzugreifen[1]. Am 24 Juli traf der Courier mit dieſer Inſtruction in Wien ein und am nächſten Tage erſuchte Klinggräff den Grafen Kaunitz ihm eine Privataudienz bei der Kaiſerin zu verſchaffen, in welcher er ihr den Inhalt der empfangenen Weiſungen vortragen könne: übrigens eröffnete er Kaunitz auf deſſen Verlangen wohin der Auftrag lautete. So hatte der Staatskanzler vollauf Muße ſeine Rathſchläge zu überdenken.

Die Audienz des preußiſchen Geſandten fand am 26 Juli ſtatt. Die Kaiſerin hörte ſeine Anfrage an und las darauf die von Kaunitz aufgeſetzte Antwort ab, „daß, da die allgemeinen „Angelegenheiten ſich in einer Kriſe befänden, ſie es angemeſſen „erachtet hätte Maßregeln für ihre eigene Sicherheit und die „ihrer Verbündeten zu ergreifen, welche übrigens auf niemandes „Nachtheil abzielten[2]“. Damit brach ſie die Audienz ab und entließ den Geſandten. Dieſe „energiſche und dunkle“ Antwort war, wie Kaunitz dem ſächſiſchen Geſandten am nächſten Tage auseinanderſetzte, darauf berechnet, jede weitere Verhandlung, welche die Kriegsrüſtungen verzögern oder die Kaiſerin irgendwie binden könnten, abzuſchneiden. Man rechnete darauf, daß der

[1] 1756 Juli 18. Potsdam. Der König an Klinggräff. Beil. II 39.

[2] Juli 27. Wien. Klinggräff an den König: que les affaires générales étant en crise, elle avoit jugé à propos de prendre des mésures pour sa propre sureté et celle de ses alliés, et qui ne tendoient au préjudice de personne. Vgl. Flemmings Berichte an den Grafen Brühl v. 28 u. 31 Juli. Hertzberg Recueil I S. 59 ff. (Oeuvres de Fréd. IV 73) 244 f.

König von Preußen entweder durch die kostspielige Kriegsbereitschaft seinen Schatz erschöpfe und bei langsamem Feuer sich verzehre oder daß er einen übereilten Schritt thue. Übrigens ward durch ein vom 24 Juli datiertes Circularrescript dem Reichstage zu Regensburg eröffnet, daß die Kaiserin Königin in Hinblick auf die Rüstungen des Königs von Preußen befohlen habe die in Böhmen und Mähren stehenden Truppen zusammenzuziehen und dieselben aus den übrigen Erblanden zu verstärken[1].

Indessen so klug auch Kaunitz seine Schritte bemaß, nicht minder entschieden gieng König Friedrich seinen Weg. Bereits am 24 Juli theilte er Mitchell einen Bericht über das österreichische Lager bei Eger mit und fügte hinzu: „ich habe noch „viele andere empfangen: es bleibt mir nichts übrig als prae„venire quam praeveniri". Eine schriftliche Erklärung, welche Valori am 26 Juli im Namen seines Hofes abgab, daß, wenn die Kaiserin angegriffen werde, Frankreich durch die Verträge verpflichtet sei, ihr beizustehen, beantwortete der König dahin, daß bisher Preußen nur Defensivmaßregeln ergriffen habe: aber daß der Wiener Hof, nicht zufrieden damit in jeder Weise an den schlesischen Grenzen Vorbereitungen zum Kriege zu treffen, auch noch den König von Preußen für den Angreifer gelten lassen wolle. Zugleich ließ er dem Gesandten einen Auszug aus der an Klinggräff ertheilten Instruction in Abschrift mittheilen[2]. An demselben Tage gieng der inhaltschwere Bericht Knyphausens vom 15 Juli über die österreichisch-französischen Entwürfe ein, dessen Inhalt wir oben besprochen haben. Der König erwiederte ihn unverzüglich mit einer Darlegung der Gründe, welche den Krieg für ihn unvermeidlich machten. Er erklärte dabei: „ich betrachte „das französische Ministerium als zu schwach und zu beschränkt „sich vor den Schlingen des österreichischen zu hüten: Graf Kau„nitz wird sie führen und sie so weit fortreißen, daß sie ihre Augen

[1] Sammlung der neuesten Staats-Schriften. Frankfurt u. Leipzig. 1757 S. 16 ff.

[2] 1756 Juli 15. Instruction für Valori. Juli 26. Valori an den König von Preußen und dessen Antwortschreiben (bei Valori's Depesche vom 27 Juli). Valori Mém. II 101. 121. 127.

„erst zu spät öffnen. Meine Lage ist auf jede Weise gefährdet; „nur durch einen kühnen Streich kann ich mich herausziehen[1]".

Eben an diesem Tage ward Mitchell eine Denkschrift übergeben, in welcher König Friedrich dem britischen Hofe den Entschluß seinen Feinden zuvorzukommen ankündigte. Er begehrte keine Hilfe von dem Könige von England: wenn dieser Fürst ein Geschwader in die Ostsee schicken wolle, werde er es ihm Dank wissen: wenn er seiner Flotte anderswo zu bedürfen glaube, namentlich zur Vertheidigung seiner Insel, so verzichte er auf diesen Beistand. Er wolle aus Freundschaft für ihn den Anfang seiner Operationen bis zum Ende des August, etwa den 24, verschieben, damit die Franzosen in diesem Jahre außer Stande wären in Deutschland einzufallen. Zugleich aber drang er in den König von England, er möge die Holländer bestimmen ihre Landtruppen zu verstärken, kleinere deutsche Contingente in Sold nehmen und die hannöverische Armee vermehren, so daß bis zum nächsten Frühjahr eine Armee von wenigstens 74000 Mann gebildet werde. Diese werde die Franzosen am Rheine aufhalten und Franken Hessen Westfalen decken können. Wenn jene dann ihre Küsten entblößten um eine Armee gegen Deutschland marschieren zu lassen, so könnte die englische Flotte daraus Gewinn ziehen und durch Landungen die Bretagne und die Normandie alarmieren: hielten sie die Küsten besetzt, so würden sie ihre Armee am Rheine nicht über 50000 Mann bringen: dann würden die Verbündeten ihnen überlegen sein und sie unnütz an den Ufern des Rheines festhalten, ein eben so großer Gewinn für die gemeine Sache als eine gewonnene Schlacht. Aber zur Ausführung dieses Planes gelte es nicht einen Augenblick zu verlieren: „warten wir „zu mit gekreuzten Armen, so werden wir einer nach dem an„dern erdrückt werden, weil wir versäumten uns der Vortheile „zu bedienen, welche der Zeitgewinn und unsere Wachsamkeit uns „darbieten konnte[2]". Mit diesem Memoire war der Plan vorgezeichnet, den Pitt später aufnahm, nachdem die Franzosen bis

[1] 1756 Juli 26. Berlin. Friedrich II an Knyphausen. Beil. II 41.

[2] Aus den Mitchell Papers. Brit. Mus.

an die Elbe vorgedrungen waren: aber um ihn zu fassen und durchzuführen bedurfte es eines Staatsmannes an Stelle der unfähigen und unentschlossenen Minister, welche noch in England am Ruder saßen.

Anfangs August hatte König Friedrich die Antwort der Kaiserin in Händen und zugleich die Depesche des sächsischen Gesandten, welche aus Kaunitzens Munde sie commentierte. Schon vorher hatte er den Entschluß gefaßt, für den voraussichtlichen Fall, daß die Kaiserin einer bestimmten Erklärung ausweiche, eine zweite Frage zu stellen[1]. Die Instruction dazu gieng am 2 August an Klinggräff ab. Die erste Anfrage war ganz allgemein und im rücksichtsvollsten Tone gehalten, so daß niemand daran den geringsten Anstoß nehmen konnte: aber nachdem man für gut befunden hatte ihn mit stolzen und nichtssagenden Redensarten abzufertigen, änderte auch König Friedrich seine Sprache und nahm den Ton an, den er seiner Ehre schuldig zu sein glaubte. Der Zweck, weshalb er in Wien weitere Erklärungen forderte, war ein doppelter: entweder gelang es noch in der letzten Stunde den Frieden zu befestigen; dann war sein heißester Wunsch erfüllt: oder Maria Theresia gab ihre feindlichen Absichten offen kund; dann war Friedrich vor Europa gerechtfertigt wenn er das Schwert zuerst gegen sie zog, und niemand durfte ihn darum mit Grund für den Angreifer halten. Wenn aber sein Krieg mit der Kaiserin als nothgedrungene Abwehr eines wider ihn beabsichtigten Angriffs gelten mußte, so lag für die Mächte, welche mit Österreich Vertheidigungsbündnisse geschlossen hatten, also namentlich für Frankreich, keine Verpflichtung zur Theilnahme an diesem Kriege vor. Zwar rechnete Friedrich nicht mehr darauf den französischen Hof umzustimmen: aber er wollte doch kein Mittel versäumen darauf hinzuwirken und vor der Welt klar zu machen wie es zwischen ihm und der Kaiserin stehe. Deshalb mußte seine zweite Anfrage auf die von dem österreichischen und russischen Hofe gegen Preußen gehegten Entwürfe geradezu eingehen und so gefaßt sein, daß eine aus-

[1] 1756 Juli 26. Berlin. Friedrich II an Knyphausen. Beil II 41.

weichende Antwort darauf mit dem förmlichen Zugeſtändniſſe, daß der Angriff auf Preußen beſchloſſen ſei, gleichbedeutend war.

Demgemäß lautete die königliche Inſtruction für den Geſandten dahin, unverzüglich die Kaiſerin um eine Audienz zu bitten und ſie um beſtimmtere Erklärungen zu erſuchen. Weder ihre noch ihrer verbündeten Staaten ſeien von einem Angriffe bedroht, wohl aber die ſeinigen. Er ſei auf eine Weiſe die keinen Zweifel zulaſſe davon unterrichtet, daß ſie zu Anfange des Jahres eine Offenſivallianz mit Rußland gegen ihn geſchloſſen habe. Darin ſei beſtimmt, daß Rußland ihn mit 120000 Mann, die Kaiſerin Königin mit 80000 Mann unerwartet angreifen wollten. Der Plan, welcher zum Mai dieſes Jahres ins Werk geſetzt werden ſollte, ward verſchoben, weil es den Ruſſen an Recruten für die Armee, an Matroſen für die Flotte, an Korn zur Ernährung des Heeres mangelte, und die beiden Höfe kamen überein das Unternehmen auf das nächſte Frühjahr zu verſchieben. Da er nun von allen Seiten von Truppenbewegungen und Rüſtungen in Böhmen und Mähren vernehme, halte er ſich berechtigt von der Kaiſerin eine förmliche und kategoriſche Erklärung zu verlangen, daß ſie keine Abſicht habe ihn in dieſem oder dem nächſten Jahre anzugreifen. „Ich muß wiſſen ob wir in Krieg „oder Frieden ſind: ich mache die Kaiſerin zur Schiedsrichterin „darüber. Wenn ihre Abſichten lauter ſind, ſo iſt jetzt der Augen„blick ſie an den Tag zu legen: aber wenn man mir eine Ant„wort im Orakelſtile giebt, unbeſtimmt oder nicht bündig, ſo wird „die Kaiſerin ſich alle Folgen vorzuwerfen haben, welche die ſtill„ſchweigende Beſtätigung der gefährlichen Pläne, die ſie mit „Rußland gegen mich entworfen hat, nach ſich ziehen muß, und „ich nehme den Himmel zum Zeugen, daß ich an dem Unglück, „das daraus entſpringen wird, unſchuldig bin[1]“.

Am 7 Auguſt war die Inſtruction in Klinggräffs Händen und dieſer ſetzte Kaunitz von ſeinem Auftrage in Kenntniß. Der Kanzler, dem die wiederholte Anfrage ſehr ungelegen kam, forderte von dem Geſandten ein ſchriftliches Memoire. Von dem

[1] 1756 Aug. 2. Friedrich II an Klinggräff. Beil. II 42.

Könige dazu ermächtigt übergab es Klinggräff unter dem Datum des 18 Auguſt und empfieng darauf am 21 Auguſt im Namen der Kaiſerin die Erwiederung, daß ſie den Inhalt der Denkſchrift des Geſandten mit Erſtaunen und der gerechteſten Empfindlichkeit vernommen habe. Die Denkſchrift ſei ſowohl dem Gegenſtande als den Ausdrücken nach der Art, daß die Kaiſerin die Schranken der Mäßigung, welche ſie ſich vorgezeichnet, überſchreiten müßte, wenn ſie auf alles was ſie enthalte antwortete. Das jedoch wolle ſie erklären laſſen, daß die Nachrichten von einem zwiſchen ihr und der Kaiſerin von Rußland abgeſchloſſenen Angriffsbündniſſe falſch und erdichtet ſeien. Daraus werde ganz Europa erſehen daß die traurigen Ereigniſſe, welche der Geſandte ankündige, ihr, der Kaiſerin Königin, niemals beigemeſſen werden könnten[1].

Friedrich II erwartete mit der äußerſten Ungeduld die Antwort der Kaiſerin, welche über Krieg und Frieden entſcheiden mußte. Wenn ſie ihm Sicherheit bot, war er ſeinerſeits nach wie vor bereit Frieden zu halten. Statt deſſen empfieng er am Abend des 25 Auguſt die ſtolze Abfertigung, welche ſeinem Geſandten ertheilt war. Jetzt zauderte er keinen Augenblick mehr, denn es war offenbar, daß man in Wien Krieg und nichts anderes wollte. Am 26 Auguſt giengen die Befehle zum Einmarſch in Sachſen ab. An demſelben Tage wies er ſeinen Geſandten in Dresden an, dem Könige von Polen von dieſem Einmarſch und ſeiner Abſicht Sachſen in Beſchlag zu nehmen Anzeige zu machen. Zugleich ſandte er an Klinggräff nach Wien die Inſtruction, wegen der von ihm verlangten Verſicherung, daß die Kaiſerin ihn weder in dieſem noch im künftigen Jahre anzugreifen beabſichtige, noch ein drittes Mal anzufragen. Dabei ſchrieb er dem Geſandten: „ich marſchiere, aber bin zur Ver„ſtändigung noch jetzt bereit, wenn der Wiener Hof dazu ge„eignete Vorſchläge thut[2].“ An dieſem wie an dem nächſten Tage conferierte er mit dem engliſchen Geſandten und eröffnete

[1] Jo. Ch. Adelungs Staatsgeſch. Europens VIII Anhang S. 11—16.

[2] 1756 Aug. 26. Potsdam. Friedrich II an Klinggräff.

ihm seinen Entschluß sich Sachsens zu versichern. Sonnabend den 28 August setzte er sich an der Spitze seiner Garden in Marsch. Klinggräff übergab am 2 September ein der empfangenen Instruction entsprechendes Memoire welches die Erklärung enthielt, daß sobald die Kaiserin die verlangte Versicherung förmlich und bestimmt ertheilen werde, der König sogleich seine Truppen zurückziehen wolle. Unmittelbar darauf gieng die Nachricht von dem Einmarsche der Preußen in Sachsen ein. In Folge dessen lehnte die österreichische Regierung in ihrer vom 6 September datierten Antwort jede weitere Erklärung ab[1]. Die beiderseitigen Gesandten empfiengen ihre Pässe. Zwischen Maria Theresia und Friedrich sollten zum dritten Mal die Waffen entscheiden.

Zweites Capitel.

Einmarsch der Preußen in Sachsen. Schlacht bei Lobositz und Capitulation des sächsischen Heeres. Bruch zwischen Frankreich und Preußen.

Die Absicht Friedrichs II bei seinem Einmarsche in Sachsen war, den König von Polen entweder zu nöthigen ihm die Besetzung des Landes zu gestatten und die sächsische Armee ihm zu überlassen oder die Sachsen in ihren Quartieren zu entwaffnen und sie außer Stande zu setzen seine Operationen gegen Böhmen zu hindern. Alsdann gedachte er in Böhmen Fuß zu fassen und die österreichischen Truppen so weit wie möglich, vielleicht über Prag, zurückzuwerfen. Zu diesem Ende überschritt die von dem Könige persönlich befehligte Hauptarmee von 70000 Mann in drei Corps getheilt, welche sich bei Dresden vereinigen sollten, am 29 August die sächsische Grenze. Feldmarschall Schwerin war beauftragt mit 27000 Mann Schlesien und das Glatzer Land zu

---

[1] Adelung Staatsgesch. VIII Anh. S. 17—19.

decken und von dort gegen Königgrätz in Böhmen vorzudringen, wo der kaiserliche Feldzeugmeister Fürst Piccolomini seine Truppen zusammenzog[1].

Ganz unerwartet kam der sächsischen Regierung der Einmarsch der Preußen nicht. Die Maßregeln, welche in diesem Falle zu ergreifen sein möchten, waren von dem Feldmarschall Rutowski und der Generalität schon seit dem Juni erwogen worden[2]. Man gieng davon aus, daß bei dem dürftigen Stande der Armee, welche, die in Polen stehenden vier Cavallerieregimenter zusammen von 2500 Mann eingerechnet, nicht ganz 20000 Mann zählte, es unmöglich sei mit dem preußischen Heere den Kampf aufzunehmen. Das einzige was zu thun blieb war die Armee in Sicherheit zu setzen. Man mußte also die Truppen zuvörderst zusammenziehen und, wenn die Österreicher außer Stande waren alsbald zu ihrer Unterstützung vorzugehen, nach Böhmen zurückweichen um sich dort mit der kaiserlichen Armee zu vereinigen. Aber einen solchen Entschluß zu fassen, der die Schwäche Sachsens und die Pflichtversäumniß seiner Regierung ohne Umschweif ent-

---

[1] Das folgende vorzüglich nach Heinr. Aster, Beleuchtung der Kriegswirren zw. Preußen u. Sachsen vom Ende August bis Ende October 1756. Dresden 1848. (Gf. Karl Fr. Vitzthum v. Eckstädt) Geheimnisse d. sächs. Cabinets. Ende 1745 bis Ende 1756. Stuttg. 1866. Vgl. Sammlung der neuesten Staatsschriften v. J. 1756. Flf. u. Lpz. 1757 S. 214—266 u. die von dem sächs. Geh. Kriegsrath Le Coq verfaßte Schrift: natürliche Vorstellung der Wahrheit: entgegengesetzet dem Preußischen sogenannten gründlichen und überzeugenden Bericht von dem Betragen derer Höfe zu Wien u. Dresden. Warschau 1756, abgedruckt Teutsche Kriegs-Canzley auf d. J. 1757 I 932—1035. In den Beilagen ist die Correspondenz der beiden Könige in Übersetzung mitgetheilt: den französischen Text der meisten Stücke s. in J. Ch. Adelung Staatsgeschichte Europens VIII Beil. Nr. 6—26 S. 19 ff. u. vollständig Geheimn. d. sächs. Cabinets I 419. 436. II 55. 66. 72—74. 79—81. 83. 90. 103—106. 109—113. 255 f. 258 f. 261 f. In den Oeuvres de Frédéric IV 236 ff. ist eine ungenaue Rückübersetzung aus dem Französischen abgedruckt. Vgl. Sybels hist. Zeitschr. XV 157. XVI 116[a].

[2] Frédéric Oeuvres IV 81 erwähnt die Aufstellung sächsischer Truppen zwischen Elbe und Mulde au mouvement que quelques régiments firent pour se rendre en Poméranie. Vgl. o. S. 194. Die Worte sind genau und es ist nichts daran zu ändern.

hüllte, waren König August III und sein Minister Brühl nicht fähig und die Generale, Rutowski an der Spitze, waren in dem weichlichen und prunkenden Hofleben zu sehr aller männlichen Gesinnung bar geworden, als daß sie für die ihrer Überzeugung nach nothwendigen Maßregeln fest und entschieden eingetreten wären. Vielmehr fügten sie sich dem alleingebietenden Einflusse Brühls, obgleich sie dessen unheilvolle Wirkungen erkannten. Überdies war der ganzen Armee und vor allem Rutowski die Verbindung mit den Österreichern, welche durch die Verfeindung des sächsischen Hofes mit Preußen zur Nothwendigkeit wurde, mehr als je zuwider, seit die Österreicher die sächsische Armee bei Kesselsdorf im Stiche gelassen hatten. Deshalb ließ man den Gedanken das Land zu räumen gänzlich fallen. Man begnügte sich oberhalb Dresden zwischen Pirna und Königstein einen Lagerplatz auszuwählen, der vermöge der Natur des Terrains gegen ein anstürmendes Heer leicht zu vertheidigen war, und ersuchte am 1 Juli die österreichische Regierung nahe der sächsischen Grenze ein hinreichendes Armeecorps aufzustellen und den in Böhmen befehligenden Feldmarschall Brown anzuweisen auf alle Fälle insgeheim mit dem sächsischen Feldmarschall Rutowski Abrede zu nehmen. Nachdem hierauf eine zustimmende Antwort ertheilt war, sah man von anderen Vorkehrungen ab. Weder für Geld noch für Munition noch für Vorräthe von Lebensmitteln ward gesorgt. Die Concentration der sächsischen Truppen wurde am 27 August und den nächsten Tagen ausgeführt, ehe die Preußen sie hindern konnten: nun suchte Brühl sein Heil in Unterhandlungen.

Der preußische Gesandte in Dresden, Freiherr von Maltzahn, erklärte am 29 August gemäß der eigenhändigen Instruction seines Monarchen dem Könige von Polen, daß der König von Preußen durch das ungerechte Verfahren und die gefährlichen Absichten des Wiener Hofes genöthigt sei die Waffen zu ergreifen und durch Sachsen nach Böhmen zu marschieren. Dabei werde er genaue Mannszucht halten lassen und das Land so viel es die Umstände gestatteten schonen, insbesondere dem königlichen Hause alle nur mögliche Rücksicht angedeihen lassen. Übrigens werde

man es ihm im Hinblick auf die Vorgänge in den Jahren 1744 und 1745 nicht verdenken können, daß er die nöthige Vorsicht gebrauche um nicht wieder in ähnliche Umstände zu gerathen. Er verlange jedoch nichts eifriger als die baldige Wiederherstellung des Friedens und den Eintritt des Zeitpunctes, da er S. M. von Polen in den ruhigen Besitz ihrer Lande wieder einsetzen möge[1]. In ähnlichem Sinne war das Manifest abgefaßt, welches beim Einmarsch der preußischen Truppen bekannt gemacht wurde. August III ließ auf die mündliche Erklärung des Gesandten noch an demselben Tage die schriftliche Antwort ertheilen, daß er den königlich preußischen Truppen den unschädlichen Durchmarsch durch seine Lande nicht verwehren wolle, unter der Voraussetzung daß alle etwaige Lieferungen und Leistungen um marktgiltige Preise richtig und baar bezahlt würden. Im übrigen berief er sich auf seine gewissenhafte Beobachtung des Dresdner Friedens und sprach die Überzeugung aus, S. K. Majestät in Preußen werde bei seiner Erklärung, an den jetzigen Mishelligkeiten zwischen Preußen und Österreich nicht im mindesten theilnehmen zu wollen, sich beruhigen und über Sachsen nichts verhängen, was der Reichsstandsfreiheit entgegen laufen und S. K. M. nöthigen könnte an das gesamte Reich und an die Garants der allgemeinen und besonderen Friedensschlüsse zu recurrieren.

Noch im Laufe dieses und des nächsten Tages kamen von allen Seiten Berichte von der Einnahme Leipzigs und anderer Städte und von dem gebieterischen und gewaltsamen Auftreten der Preußen. Deshalb ließ man sich an der dem preußischen Gesandten ertheilten Erklärung nicht genügen, sondern sandte in der folgenden Nacht Generallieutenant von Meagher an König Friedrich ab mit einem königlichen Schreiben vom 29 August, welches sich auf die für den Marsch der Preußen zu treffenden Anordnungen bezog und über Maltzahns mündliche Eröffnung beruhigende Erklärung forderte. Nachträglich ward General Meagher noch beauftragt über die feindliche Begegnung und Vergewalti-

[1] Die königliche Instruction d. d. Potsdam den 26 August s. Beil. II 47. Vgl. Aster 114. Geheimn. d. sächs. Cabinets I 395.

gung von Seiten der preußischen Truppen Vorstellungen zu machen und auf Räumung der von ihnen besetzten Städte anzutragen. Friedrich II empfieng den sächsischen General am 1 September zu Pretzsch zwischen Wittenberg und Torgau und gab ihm ein Antwortschreiben an August III mit. In diesem setzte er die um der Erhaltung des Friedens willen mit dem Wiener Hofe geführten Verhandlungen aus einander und erklärte: „die Triebfedern meines Handelns sind weder Habsucht noch Ehrgeiz, „sondern der Schutz, den ich meinen Völkern schuldig bin und „die Nothwendigkeit Anschlägen zuvorzukommen, die von Tag „zu Tag gefährlicher werden würden, wenn der Degen nicht „diesen gordischen Knoten zerschnitte, da es noch an der Zeit ist." Dem Könige und seiner Familie versprach er aufmerksame und hochachtungsvolle Behandlung, aber beklagte daß derselbe sich den Rathschlägen eines Menschen hingebe, dessen böse Absichten ihm allzu wohl bekannt seien und dessen schlimme Anschläge er aus den Urkunden beweisen könne. Das Schreiben schloß mit allgemeinen Versicherungen ohne eine bestimmte Zusage zu geben.

Graf Brühl hatte ohne auf einen Bericht des Generals Reagher zu warten sich schon am 30 August nach einem andern Unterhändler umgesehn und fand den englischen Gesandten Lord Stormont sehr willig den erbetenen Dienst zu übernehmen, in der Erwartung daß seine Regierung, welche den Dresdener Frieden vermittelt habe, diesen Schritt gutheißen werde. Lord Stormont ward ermächtigt dem Könige von Preußen einen Neutralitätsvertrag anzubieten, nach dessen Abschlusse die sächsischen Truppen von der böhmischen Grenze in andere Theile der sächsischen Lande verlegt werden sollten. Ferner ward die Hoffnung ausgesprochen daß dem Könige von Polen Gewißheit für die Sicherheit seiner Person und seiner Familie sowie seiner Hauptstadt gegeben werde. Lord Stormont reiste nach Torgau, gewann aber bald in den Unterredungen, welche er mit dem Feldmarschall Keith und König Friedrich selbst hatte, die Überzeugung, daß an einen Neutralitätsvertrag nicht zu denken sei. Er fand den König entschlossen für die Herbeischaffung der Kriegsbedürfnisse den

ganzen Elbstrom in seiner Gewalt zu haben und die sächsische Armee nicht in seinem Rücken zu lassen. Er fürchte sie nicht, sagte er, wenn sie vor ihm stehe, wohl aber wenn sie hinter ihm stehe. Sobald aber die von der Kaiserin Königin zu erwartende Antwort günstig ausfalle, d. h. sobald sie erkläre Preußen weder dieses noch künftiges Jahr angreifen zu wollen, werde er mit seiner ganzen Armee zurückgehen.

So wenig wie diese Missionen führten die Schreiben, welche August III und Friederich II am 3 und 5 September wechselten, die Unterhandlungen einen Schritt weiter. Der sächsische Hof mußte sich überzeugen, daß zu einem Neutralitätsvertrage nicht die mindeste Aussicht sei. In dieser Bedrängniß ward am 2 und 3 September vom Ministerrathe beschlossen, daß der König mit der Armee sich nach Böhmen und von dort, um nicht gezwungen zu sein, auf alle Bedingungen welche der Wiener Hof vorschreibe einzugehen, nach Polen begeben möge. Demgemäß, da August III willenlos that was seinen Räthen beliebte, ward bei den kaiserlichen Behörden in Prag und bei der Kaiserin selbst der Durchmarsch nachgesucht und der König begab sich in das Feldlager seiner Truppen. Der gefaßte Entschluß sollte am 4 und am 5 September ausgeführt werden, aber man verfiel auf neue Bedenken. Die hohe Generalität war damit unzufrieden die einmal ausgewählte von Natur feste Stellung ohne weiteres aufzugeben und, da das Fuhrwesen nicht organisiert war, Artillerie und vor allem ihre Equipagen zurücklassen zu müssen. Sie fürchtete auf dem einer Flucht ähnlichen Marsche das Nachdringen der Preußen, deren Reiterei sich bereits in ihren Flanken zeigte, und äußerte Besorgniß für die persönliche Sicherheit des Monarchen: auch werde dessen Entfernung mit der Armee von dem Könige von Preußen übel gedeutet werden und dem Lande zum Schaden gereichen. Auf diese Erwägungen hin wurden die bereits ertheilten Befehle zurückgenommen und, nachdem man das Land zuerst preisgegeben hatte, verabsäumte man nun auch die Rettung des Heeres. Das geschah während die Lebensmittel schon knapp und die Cassen so leer waren, daß Brühl den kaiserlichen Hof um 150000 fl. bat, welche auch verabfolgt wurden.

Friedrich II hatte indessen am 5 und 6 September seine Armee concentriert, besetzte am 9 Dresden und nahm am 10 sein Hauptquartier zu Groß-Sedlitz unterhalb Pirna, von wo man das sächsische Lager weithin übersah. Am 13 September rückte die preußische Avantgarde unter dem Befehle des Herzogs Ferdinand von Braunschweig über Nollendorf in Böhmen ein und trieb in den nächsten Tagen die österreichische Avantgarde über die Eger zurück. Am 14 September brach Feldmarschall Brown aus dem Lager bei Kolin gegen die Eger auf, mit einer Armee, welche in voller Stärke 80000 Mann zählen sollte[1], aber noch keineswegs vollständig mobil war. Die sächsische Armee war auf allen Seiten eingeschlossen, jedoch konnte auf Wald- und Bergpfaden die Correspondenz mit Böhmen unterhalten werden. An demselben 10 September, an welchem König Friedrich in Sedlitz eintraf, hielt die sächsische hohe Generalität mit Brühl einen Kriegsrath auf Veranlassung eines Schreibens von Kaunitz an den österreichischen Feldmarschall Brown[2], in welchem die Ursachen entwickelt waren, weshalb man die Sachsen weder entsetzen noch degagieren könne. Es mangelten nämlich der Armee in Böhmen noch Geschütze, Munition, Pontons, Pferde, Bedürfnisse aller Art, da das Wiener Cabinet des festen Glaubens gewesen war zur Eröffnung der Operationen noch bis zum nächsten Jahre Zeit zu haben[3]. Brühl äußerte im Kriegsrathe zwar den Wunsch, daß die sächsische Armee noch jetzt versuchen möge sich nach Böhmen durchzuschlagen, aber da die Generale einmüthig erklärten, das sei zu spät und schlechterdings unmöglich, bestand er nicht weiter darauf. Demnach ward beschlossen stehen zu bleiben, erneute Vorstellungen wegen schleunigen Entsatzes an Brown und den Wiener Hof zu richten und mit dem Könige von Preußen nochmals zu verhandeln[4]. So ward der Ruin der Armee entschieden von Männern, die im

[1] Aster Beil. Nr. 11 S. 23.

[2] Geheimn. II 44 f.

[3] Aster S. 264 f. (v. Coquiazo) Geständnisse eines österreich. Veterans I 188 ff. II 190 ff. Vgl. Brown's eigene Erklärungen. Geheimn. II 5. Aster 199.

[4] Aster 237 ff. Geheimnisse II 46 ff. 427 ff.

üppigen Hofleben alle Spannkraft eingebüßt hatten, die in unterthänigen Redensarten einmal über das andere erstarben, aber zu einer männlichen That unfähig waren, denen die Sorge für ihren Bauch und ihre Equipagen über die Ehre ihrer Waffen gieng. Allerdings hatte das sächsische Lager den großen Nachtheil daß ein Ausweg aus demselben schwer zu gewinnen war: aber am 10 September war es noch möglich, wenn auch mit schweren Opfern, die preußische weit ausgedehnte Stellung zu durchbrechen und über Peterswalde und Nollendorf den Weg nach Böhmen zu erzwingen: denn die Truppen waren treu und brav und das Offiziercorps mit Ausnahme der höchstgestellten tüchtig. Die Disciplin und Ausdauer der sächsischen Armee ward weder durch das Verharren in thatenloser Einschließung noch durch Entbehrungen aller Art gebrochen und ihre Gegner selbst haben ihr die wohlverdiente Anerkennung nicht versagt[1].

Daß die Verhandlungen, welche nach dem Beschlusse des Kriegsraths von neuem mit König Friedrich angesponnen wurden, etwas fruchten würden, redete sich selbst im sächsischen Hoflager niemand ein: um so leichter nahm man es damit nach entgegengesetzten Seiten Versprechungen auszubieten. An dem gedachten 10 September schrieb Brühl an den Feldmarschall Brown und nach Wien um die so eben versagte Hilfe doch noch herbeizuziehen und versicherte: „wir werden uns alsdann mit der kaiserlichen Armee vereinigen und so lange der Krieg dauert vereinigt bleiben;" König August III dagegen versicherte Friedrich II alles was zu seiner Beförderung möglich sei beitragen zu wollen, namentlich ihm auch die Elbe frei zu lassen. Ebenfalls an demselben Tage ward für den Feldmarschall Rutowski eine Instruction entworfen, durch welche diesem für den Fall der Abreise des Königs nach Polen das unumschränkte Commando Macht und Gewalt über die Armee und die Festungen Sonnenstein und Königstein übertragen und zum voraus alle Capitulationen, welche die Armee einzugehen gedrungen werden könnte,

[1] S. die preußischen Zeugnisse bei Aster S. 436. 440; vgl. 491. Mitchell Pap. I 210. 212 f. Friedrichs des großen Ausspruch Geheimn. II 303 f.

genehmigt wurden. So machte sich der jüngst noch mit eitlem und erborgtem Glanze blendende Hof mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut, ohne alle eigene Selbstbestimmung die Gesetze hinzunehmen, welche die Großmuth seiner Freunde oder Feinde ihm vorschreiben möchte.

Friedrich II erwiederte den Brief des Königs von Polen am 11 September. Er hatte so eben aus Wien die letzte Antwort, mit welcher alle Verhandlungen abgebrochen wurden, empfangen und wiederholte mit Bezug hierauf und auf die bösen Absichten des sächsischen Ministers die bestimmte Erklärung, daß er im Beginn eines von der Kaiserin Königin gegen ihn angestifteten Krieges erstens sich des Elbstroms versichern müsse, zweitens daß er keine Armee im Rücken lassen könne, welche nur den Augenblick erwarten würde um, wenn er mit seinen Feinden recht verwickelt wäre, etwas wider ihn zu unternehmen. Dem Könige und seiner Familie stehe der Weg durch das preußische Heer offen. Dieser Briefwechsel ward die nächsten Tage fortgesetzt. Am 14 September empfieng August III in seinem Lager den Generallieutenant von Winterfeld, welcher von König Friedrich den mündlichen Antrag eines Defensiv- und Offensivbündnisses überbrachte: Sachsen müsse Glück und Unglück Preußens in dem Kriege theilen. Diesen Vorschlag verwarf August III sofort und wiederholte seine Ablehnung in einem Schreiben vom 15 September unter Hinweisung auf sein Defensivbündniß mit der Kaiserin, welches ihn verpflichte derselben mit 6000 Mann zu Hilfe zu kommen, wenn in dem gegenwärtigen Falle der Angreifer nicht zweifelhaft wäre; deshalb werde davon nicht mehr die Rede sein[1]. Noch an demselben Tage ersuchte er den König von Preußen zu gestatten, daß er sich mit seinem Minister und Gefolge frei und ungehindert über Breslau nach Polen begeben könne. Friedrich erwiederte, er hoffe, der König werde geruhen erst die wegen der Armee angefangenen Unterhandlungen zum Schlusse zu bringen: dann sollten die verlangten Pässe unverzüglich aus-

[1] Den Bericht des Generals von Arnim, welcher das Schreiben überbrachte, über seine Unterredung mit König Friedrich s. Geheimnisse II 93 ff.

gefertigt und die Postpferde durch Schlesien bereit gestellt werden. Die Correspondenz der beiden Fürsten endete erst am 18 September mit einem Schreiben Friedrichs, in welchem dieser schließlich sein Bedauern aussprach, daß der König von Polen mit den Feinden Preußens Verbindungen eingegangen sei, welche ihn nach seinem eigenen Geständniß nöthigten das beste seiner Person und seiner Staaten hintanzusetzen. Wenige Tage darauf, am 21 September, ward an die in Polen stehenden vier sächsischen Reiterregimenter Befehl erlassen nach Böhmen zu marschieren und sich dort unter österreichisches Commando zu stellen.

Inzwischen hatten die preußischen Truppen die sächsischen immer enger eingeschlossen und deren Vorposten zurückgedrängt: diese hatten gemessenen Befehl von ihren Waffen keinen Gebrauch zu machen. Am 21 September wurden die ersten Schüsse gewechselt. Die sächsischen Generale hatten die Zeit versäumt sich mit der Armee durchzuschlagen und warteten jetzt im Lager bei Pirna ab, ob die Preußen sie angreifen oder die Österreicher sie erlösen würden. Die preußische Armee griff die Verschanzungen nicht an. König Friedrich hatte, nachdem er die ungemeine Festigkeit der sächsischen Stellungen in Augenschein genommen, den Beschluß gefaßt keinen Sturm zu unternehmen, sowohl um seine eigene Armee nicht einem starken Verluste auszusetzen als um die sächsischen Truppen zu schonen, auf deren künftige Dienste er zählte. Ihm war die Hauptsache „sich der „Leute Meister zu machen und so viel möglich ohne sonderlich „Blutvergießen". Deshalb ließ er es bei der Einschließung bewenden mit der sichern Aussicht, daß in kürzester Frist der Hunger zur Capitulation nöthigen werde. Es kam darauf an ob der kaiserliche Feldmarschall diesen Ausgang verhindern konnte.

Brown war von der Kaiserin ermächtigt worden, was die Umstände erlaubten zum Entsatze der Sachsen zu thun und trat zu dem Ende um Mitte September den Marsch nach der Eger zu an, wo er bei Budin lagerte. Dort empfing er am 22 September die Vorschläge welche Brühl ihm aus dem sächsischen Hauptquartier gesandt hatte. Sie beruhten auf der Voraussetzung, daß es unmöglich sei die preußische Hauptmacht auf dem linken

Elbufer zu durchbrechen: daher bleibe kein anderer Ausweg als daß die sächsische Armee unter den Kanonen des Königsteins auf das rechte Elbufer gehe. Um dort die Hand zu bieten, sollte Brown über Schandau den Sachsen entgegen kommen. Selbst mit dem Terrain nicht bekannt, verließ sich Brown auf die Einsicht der sächsischen Offiziere und versprach am 11 October mit einem hinlänglichen Corps zur Stelle zu sein. Sein Plan gieng dahin mit seiner Hauptmacht auf dem linken Elbufer nach Lobositz und von da weiter auf die Anhöhen bei Außig dem preußischen Observationscorps entgegen zu marschieren um sein Unternehmen desto mehr zu verdecken: alsdann die Hauptarmee zu verlassen um sich zu dem Corps zurückzubegeben, welches den Sachsen Hilfe bringen sollte, mit diesem persönlich bei Leitmeritz über die Elbe zu gehen und es nach Schandau zu zu führen.

Ganz so wie er gedacht konnte Brown seinen Plan nicht ins Werk setzen. König Friedrich war beunruhigt über die Bewegungen des kaiserlichen Heeres. Um die Straße nach Sachsen und die Elbe sicher zu beherrschen hatte er die unter Ferdinand von Braunschweig nach Böhmen entsandten Truppen allmählich verstärkt und den Feldmarschall Keith an ihre Spitze gestellt: am 28 September begab er sich selbst zu diesem Observationscorps. Die Aufstellung desselben in der Gegend von Außig schien ihm nicht vortheilhaft zu sein: um den Feind schärfer zu beobachten führte er es am 29 und 30 September durch das Mittelgebirge auf den Flecken Lobositz an der Elbe zu. Unterwegs erfuhr er daß Feldmarschall Brown eben dahin in Marsch sei. Das entschied zur Schlacht.

Die österreichische Armee, etwa 33000 Mann stark mit 94 Geschützen, lagerte am 30 October zwischen Lobositz und dem Dorfe Sulowitz, in der Fronte theilweise durch einen Bach und Gräben gedeckt, in der Mitte die Infanterie, auf beiden Flügeln, namentlich auf dem linken die Cavallerie. Die Abhänge der gegenüberliegenden Höhen, an denen sich Weinbergsmauern hinzogen, waren von den leichten Truppen besetzt. Einige Stunden später war die preußische Armee, welche 24000 Mann zählte,

zur Stelle und besetzte die Höhen, welche die Ebene von Lobositz beherrschen, den zur Elbe abfallenden Loboschberg und den Radostitzer oder Homolkaberg sowie das zwischen ihnen liegende Defilee. Um die Abhänge der Höhen entspann sich schon am frühen Morgen des 1 October das Vorpostengefecht und wurde vorzüglich am Loboschberge, wo der Oberstlieutenant Laudon befehligte, lebhaft unterhalten.

Um sieben Uhr morgens, als der dichte Nebel sich etwas lichtete, begann die Schlacht. Die preußischen schweren Geschütze, welche in zwei Brigaden den beiden Flügeln zugetheilt waren, hatte Oberstlieutenant Karl Friedrich von Moller am Lobosch- und Homolkaberge aufs vortheilhafteste postiert. Unter ihrem raschen Feuer drangen die Regimenter aus der Enge hervor und von den Höhen herab. Den linken Flügel befehligte der Herzog von Bevern, den rechten am Homolkaberge der König. Als ihm die Österreicher durch das preußische Geschützfeuer erschüttert schienen, ließ König Friedrich die Reiterei, welche bisher zwischen den Höhen hinter der Infanterie gehalten hatte, vorgehen und von ein paar Regimentern einen Angriff machen. Diese warfen in scharfem Anprall die ihnen gegenüberstehende Reiterei aus einander und drangen vor, bis sie in das Feuer der österreichischen Infanterie geriethen und zugleich in der Flanke angegriffen wurden. Sie wichen, aber erneuerten bald ihren Angriff, diesmal von allen übrigen Schwadronen unterstützt, ohne Befehl und nicht mit dem Willen des Königs. Dieser zweite Angriff führte die preußische Reiterei bis in die Niederungen von Sulowitz. In dem durchschnittenen Terrain brach sich ihre Kraft: die österreichischen Regimenter hielten standhaft aus; von vorn und von den Seiten beschossen, zugleich von feindlicher Cavallerie in der Flanke gefaßt, wurde die preußische Reiterei mit Verlust geworfen und zog sich nach der Anordnung des Königs hinter die Infanterie, während das erneute Feuer der preußischen Geschütze die Österreicher am offensiven Vorgehen bei Sulowitz hinderte. Jetzt beschloß Brown den Versuch zu machen von Lobositz her den preußischen linken Flügel von dem Loboschberge zu verdrängen. Lascy leitete diesen kühnen Sturm, aber die preußischen Grenadiere, welche

ihre Patronen verschossen hatten, giengen mit gefälltem Bajonnet den angreifenden Truppen entgegen und trieben sie die Anhöhe hinab. Von neuem gieng die preußische Artillerie vor und schoß Lobositz in Brand, wo sich das österreichische Fußvolk zusammendrängte. Der preußische linke Flügel, aus der Mitte verstärkt, verfolgte den errungenen Vortheil und nahm den brennenden Ort.

Damit war nach siebenstündigem Gefechte das Treffen für die Preußen entschieden. Aber auch die Österreicher hatten den ersten Waffengang in diesem Kriege mit Ehren bestanden. Unverfolgt giengen sie in ihre früheren Stellungen zurück. Ihr Verlust an Mannschaft war geringer als der Verlust der Preußen. „Ich „glaube daß nicht bald so hartnäckig als diesmal gestritten wor„den", schrieb Brown nach der Schlacht, und König Friedrich erklärte in einem Schreiben an Schwerin: „seit ich die Ehre „habe die Truppen zu befehligen, habe ich keine solchen Wunder „der Tapferkeit gesehen." Aber er mußte bekennen daß er nicht mehr die alten Österreicher vor sich habe.

Nach der Schlacht bei Lobositz konnte Feldmarschall Brown nicht daran denken, auf dem linken Elbufer so weit als er gewollt hatte vorzudringen, vielmehr zog er sich am folgenden Tage wieder über die Eger zurück. Aber seine Hauptabsicht verfolgte er unverdrossen, da König Friedrich mit seinem schwächeren Corps bei Lobositz stehen blieb. Am 6 October übergab Brown den Oberbefehl über die Hauptarmee bei Budin dem General Grafen Lucchesi und gieng selbst mit 8—9000 Mann ein paar Meilen oberhalb Leitmeritz bei Raudnitz über die Elbe um der mit den sächsischen Oberbefehlshabern getroffenen Abrede zu entsprechen. Von Raudnitz zog er über Grabern Kamnitz Rumburg Schluckenau Rixdorf Lichtenhain nach Schandau: dorthin wollten die Sachsen ihm entgegen kommen. Es war die felsigste und unwegsamste Gegend, welche für diese Operationen ausersehen war, allerdings gerade darum von den Preußen weniger stark besetzt. Brown hielt auf den Tag Wort. Vom 11 bis 14 October stand er mit seinen Truppen von Lichtenhain bis Altendorf unweit Schandau den Preußen gegenüber und wartete auf den Anmarsch der sächsischen Armee.

Aber die Sachsen kamen nicht. Ihre Anstalten waren so mangelhaft und unzweckmäßig, daß sie nicht früher als in der Nacht vom 12 zum 13 October über die Elbe gehen konnten. Die Mannschaften hatten vor dem Übergange ihr letztes Brod gegessen: nun standen sie bei Regen Sturm und Kälte am Fuße des Lilienstein auf ungangbarem Terrain, das keine Möglichkeit des Entkommens durch die immer stärker sich scharenden Preußen darbot, welche auch das verlassene sächsische Lager ohne Verzug besetzten. Von Brown gieng eine Meldung ein daß er, da die Preußen auf seiner Seite sich stets verstärkten, am 14 October seinen Rückmarsch antreten werde. Damit schwand die Hoffnung auf österreichische Hilfe. Jetzt suchten die sächsischen Generale am Morgen des 14 Octobers um eine Waffenruhe nach, welche die Preußen bewilligten und sofort für die Verpflegung der hungernden Truppen Sorge trugen. August III, der sich mit Brühl auf den Königstein begeben hatte, ertheilte auf die Vorstellungen seiner Generale noch an demselben Tage Rutowski die Vollmacht zur Capitulation und diese ward am 16 October abgeschlossen unter den Bedingungen wie sie Friedrich II, der am 13 October aus Böhmen wieder eingetroffen war, genehmigte. Die sächsische Armee, nach einem Rapporte vom 11 October 18558 Mann, nach preußischen Berichten 16—17000 Mann, gab sich gefangen; die Offiziere verpflichteten sich bis zum Frieden nicht gegen Preußen zu dienen. Pauken, Standarten und Fahnen wurden nach dem Königstein gebracht. Für diese Festung wurde am 18 October eine Neutralitätsconvention abgeschlossen, nach welcher während des ganzen Krieges die Elbe für die preußischen Transporte frei blieb und die Festung für die Bedürfnisse der Besatzung ungehinderte Communication behielt. Die kriegsgefangene Armee zwang Friedrich II in seine Dienste zu treten und forderte von ihr den Eid der Treue, unter Gewaltmaßregeln, denen die dem angestammten Fürstenhause treu ergebenen Truppen aufs äußerste widerstrebten und die dem preußischen Heere keine wahrhafte Verstärkung gewährten. Wer konnte verließ bei erster Gelegenheit die preußischen Reihen, ganze Bataillone marschierten im nächsten Frühjahre nach Polen ab. Von den Offizieren, denen

zwischen Kriegsgefangenschaft oder Entlassung aus sächsischem und Übertritt in preußischen Dienst die Wahl gelassen ward, wählten dreiundfünfzig den letzteren, fünfhundertundachtundsechzig zogen die erstere vor. König August III trat am 20 October mit den Prinzen Xaver und Karl, mit Brühl und einem Hofgesinde von mehreren hundert Köpfen die Reise nach Warschau an: die übrige königliche Familie verblieb in Dresden, namentlich die Königin und der Kurprinz Friedrich Christian und seine Gemahlin Marie Antonie von Baiern.

So hatte Friedrich der große binnen sieben Wochen Sachsen in seine Gewalt gebracht: immerhin ein bedeutender Erfolg, die Grundlage für die Kriegsunternehmungen des nächsten Feldzugs. Aber während das preußische Heer durch die Ausdauer der sächsischen Truppen länger als einen Monat festgehalten wurde, verstrich die Jahreszeit für einen böhmischen Feldzug, welcher bei der mangelhaften Ausrüstung der Österreicher den größten Erfolg erwarten ließ. Da ungewöhnlich früh rauhe Witterung eintrat räumten die preußischen Truppen vor Ende October, sowohl von der Hauptarmee als der von Schwerin befehligten — denn auch diese war gegen das österreichische Corps unter Piccolomini über Nachod bis in die Nähe von Königgrätz vorgedrungen — ihre Stellungen in Böhmen und bezogen die Winterquartiere in Sachsen, der Lausitz und Schlesien. Dresden war König Friedrichs Hauptquartier und das ganze Land stand mit Steuern und Leistungen aller Art ihm zu Gebote. Von vorn herein waren die kurfürstlichen Cassen mit Beschlag belegt: die Kammer- und Landeseinkünfte mußten an das preußische Felddirectorium abgeliefert werden und außerordentliche Kriegssteuern und Lieferungen wurden ausgeschrieben. Die königliche Familie ward mit Artigkeit behandelt und die zu ihrer Hofhaltung nothwendigen Gelder wurden ausgezahlt, dagegen ward der üppige Hofstaat, der an dem Mark des Landes gezehrt hatte, aufgelöst und die Gehalte der Beamten auf das nothdürftigste herabgesetzt. Das mußte der Drang der Umstände entschuldigen und die Preußen hielten wenigstens strenge Ordnung und Kriegszucht. Nur Brühls Palast und Gärten erlitten Verwüstungen, welche als ein Act persönlicher Rache des

Königs gegen den Miniſter allgemeine Misbilligung hervorriefen. Zur Rechtfertigung des Verfahrens gegen Sachſen ward Mitte Octobers die „gegründete Anzeige des unrechtmäßigen Betragens und der gefährlichen Anſchläge und Abſichten des wieneriſchen und ſächſiſchen Hofes" veröffentlicht, welche Hertzberg auf Grund der Originalbriefſchaften des ſächſiſchen Hofes abfaßte. Dieſe geheimen Papiere, deren Copien König Friedrich meiſtens ſchon vorher in Händen hatte, waren am 10 September durch den Commandanten von Dresden General von Wylich in den Gemächern der Königin, welche ſie perſönlich zu vertheidigen ſuchte, in Beſchlag genommen worden: und ſie lieferten von der feindſeligen Geſinnung des ſächſiſchen Cabinets, welches nur die günſtige Gelegenheit hatte abwarten wollen um gegen Preußen loszubrechen, den handgreiflichen Beweis[1]. Je mehr die Gefahr wuchs, der Preußen im nächſten Jahre zu begegnen hatte, um ſo mehr Gewicht legte König Friedrich darauf die öffentliche Meinung über die Pläne ſeiner Feinde aufzuklären.

Die ruſſiſche Regierung hatte unverzüglich nach Beginn des Kriegs den Willen verkündet ihren Alliirten nachdrücklich gegen Preußen beizuſtehen: das gleiche that Frankreich. Es war vorauszuſehen daß der Einmarſch der preußiſchen Armee am franzöſiſchen Hofe große Senſation machen werde, da ſeit Entwickelung der öſterreichiſchen Allianz die früher wenig beachtete ſächſiſche Verwandtſchaft mit immer günſtigeren Augen angeſehen ward. Überdies trat mit Eröffnung des Kriegs zwiſchen Preußen und Öſterreich die durch den Vertrag von Verſailles eingegangene Verpflichtung der Hilfe mit Truppen oder mit Geld in Kraft.

Die erſte Nachricht von dem Einfall der Preußen in Sachſen überbrachte dem franzöſiſchen Hofe am 6 September ein Courier des Geſandten in Dresden Grafen Charles de Broglie, mit Briefen des Königs und der Königin an die Dauphine voll dringender Bitten um Hilfe. Die Dauphine warf ſich ihrem

[1] Mémoire raisonné sur la conduite des Cours de Vienne et de Saxe. Berlin 1756 in Hertzbergs Recueil I 1—64. Vgl. Sybels hiſt. Zeitſchr. XV 119 ff.

Schwiegervater zu Füßen und flehte ihn an ihre Eltern in ihrer Bedrängniß nicht zu verlassen. Ludwig XV richtete sie auf und versprach nichts zu versäumen um ihre Thränen zu trocknen und den König von Polen zu rächen. Der ganze Hof legte die größte Theilnahme an ihrem Schmerze an den Tag. Starhemberg empfieng die Versicherung, daß Frankreich seiner Verpflichtung gewissenhaft nachkommen werde, und ein Rundschreiben Rouillés vom 10 September setzte die französischen Gesandten in Kenntniß, daß der König entschlossen sei der Kaiserin die Unterstützung zu gewähren, welche er ihr schuldig sei, und nicht minder seine übrigen Alliirten zu vertheidigen: die durch Subsidienverträge gebundenen deutschen Fürsten wurden angewiesen ihre Truppen so schleunig als möglich bereitzustellen. Um die militärischen Maßregeln zu berathen wurde ein Comité niedergesetzt, dem außer d'Argenson dem Kriegsminister Belleisle und Paulmy angehörten, und es wurde beschlossen bei Metz ein Observationscorps in der durch den Vertrag von Versailles bestimmten Stärke von 24000 Mann aufzustellen. Es wurden dazu Regimenter aus der Normandie beordert, doch hieß es vorläufig daß darum nicht minder Verstärkungen nach Amerika abgehen sollten. Von anderer Seite jedoch, namentlich durch den Herzog von Richelieu, ward das Project einer Invasion Westfalens und Hannovers eifrig betrieben. Es war von vorn herein so gut wie beschlossene Sache den Continentalkrieg in großem Maßstabe zu unternehmen. Indessen lehrte die von Knyphausen eingesandte und von König Friedrich aufs dankbarste entgegengenommene Übersicht der gegenwärtigen Vertheilung der französischen Truppen, daß eine Operation derselben vor dem nächsten Frühjahr nicht möglich sei[1].

Bald ließ die erste Aufregung am französischen Hofe nach. Mit Befriedigung ersah man aus der Correspondenz Friedrichs mit August III daß Preußen keine Ansprüche auf das Kurfürstenthum Sachsen erhebe und daß der Person des Königs von Polen

[1] 1756 Sept. 10. 12. Knyphausen an den König. Beil. II 50. 51. Das Rundschreiben von Rouillé s. Stuhr Forsch. I 339 ff. Über die Meinungen am französischen Hofe vgl. Luynes XV 225. 229 f.

und seiner Familie jede Rücksicht gezollt werden solle. Anfangs hatte man auf König Friedrichs Erklärungen, daß er die Waffen nicht zum Angriffskriege erhebe, sondern daß er in Nothwehr begriffen sei und seinen Feinden zuvorkommen müsse, kaum geachtet und Rouillé hatte gegen den sächsischen Gesandten den Krieg von Preußen gegen Österreich mit dem Kriege des thönernen Topfes gegen den eisernen verglichen. Allmählich fand man jedoch, daß die Auszüge aus den sächsischen Depeschen, welche Knyphausen dem Minister Rouillé vorlas und von welchen dieser sich eine Copie erbat (die Originale wurden bald darauf in Berlin Valori vorgelegt), das zwischen dem sächsischen Hof und Preußen obwaltende Verhältniß in ein ganz anderes Licht setzten; es ward beschlossen vorläufig den französischen Gesandten nicht von Berlin abzurufen[1]. Dazu kam daß man mit dem österreichischen Hofe noch nicht einig war. Starhemberg nahm im Namen der Kaiserin auf Grund des Vertrags von Versailles das Hilfscorps von 24000 Mann in Anspruch und verlangte, es solle sich mit der österreichischen Armee vereinigen: die französischen Militärs dagegen erklärten, es sei Frankreich nicht würdig Subsidiartruppen nach Böhmen unter österreichischen Befehl zu schicken, und bestanden darauf, die königlichen Truppen müßten für sich operieren. Um diesem Grundsatze entsprechend einen Kriegsplan zu vereinbaren und den Zwiespalt der Meinungen auszugleichen ward der Generallieutenant Duc d'Estrées nach Wien abgeordnet[2]. Die französische Regierung begann sich zu überzeugen wie lästige Verpflichtungen die österreichische Allianz auferlege, jedoch der Eifer Ludwigs XV für dieselbe ließ nicht nach und die Pompadour mit den Höflingen so wie die Dauphine hielten ihn im Zuge. Vor allem bemühten sie sich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen zu bewirken. Und dies gelang[3].

[1] 1756 Sept. 17. Knyphausen an den König. Rouillés Wort „c'est la guerre du pot de terre contre le pot de fer" s. Geheimn. d. sächs. Cab. I 60.

[2] Sept. 20. Knyphausens Bericht. Über die von d'Estrées geführten Verhandlungen s. u. Cap. 2.

[3] Das folgende nach den: Acta betreffend die zwischen S. K. M. und der Krone Frankreichs wegen des franz. Ambassadeurs am sächsischen Hofe des C.

Der französische Gesandte am sächsischen Hofe Graf Broglie war in Dresden geblieben und zeigte sich sehr geschäftig einen Verkehr mit dem sächsischen Lager und mit den Österreichern zu unterhalten, den König Friedrich allen Grund hatte nicht zu dulden. Am 14 September ward ein nach Prag abgesandter Courier angehalten und seine Briefschaften Broglie unberührt zurückgestellt. Dem Gesandten selbst ward erklärt, eins oder das andere stehe ihm frei, entweder im Lager bei dem Könige von Polen oder in Dresden bei der königlichen Familie zu verweilen; aber ein Zwischenverkehr könne nicht gestattet werden. Broglie berichtete darüber an seine Regierung und setzte die geheime Correspondenz mit Wien und dem sächsischen Lager fort[1]. Auf Broglie's Bericht erhob die französische Regierung bei der preußischen Beschwerde und erließ an den Gesandten den ausdrücklichen Befehl, August III ein königliches Schreiben persönlich zu überbringen. Wahrscheinlich enthielt dieses außer anderen Zusicherungen und der Aufforderung seine Stellung zu behaupten das Versprechen, daß Ludwig XV bereit sei der Geldverlegenheit des sächsischen Hofes abzuhelfen. Als erste Zahlung für den König von Polen waren am 11 September 300000 Livres an den Gesandten nach Dresden abgesandt worden[2].

Um die Befehle seines Königs auszuführen forderte Broglie abermals Pässe zum sächsischen Lager, und als diese ihm verweigert wurden, machte er sich am 6 October mit eigenem Wagen und Pferden und berittener Dienerschaft auf und versuchte mit Gewalt durch die preußischen Posten zu fahren. So kam er bis zum Dorfe Heidenau in der Nähe von Pirna. Hier wurde er von dem wachthabenden Offizier angehalten und empfieng von dem Markgrafen Karl von Brandenburg, der während der König

---

de Broglie entstandenen Brouillerie. Pr. St. A. Vgl. Aster a. a. O. S. 309. 335 f. 342. Mitchell Pap. I 215 f. Mém. de Valori II 180 ff. 349—359.

[1] Die von Broglie seit Mitte September bis zum 6 October mit Brühl und General Dyherrn geführte Correspondenz ist in Übersetzung mitgetheilt i. d. Geheimn. d. sächs. Cabinets II 106—109. 126 f. 130. 146—148. 162—169. 189 f.

[2] Aus dem Registre des dépenses secrètes de la cour in Meiners u. Spittler, n. Götting. hist. Mag. 1794 III 328.

in Böhmen war die Armee commandierte, persönlich den Bescheid daß niemand gestattet werden könne das Lager zu passieren, daß er aber neue Befehle des Königs einholen wolle. Broglie drohte, schalt und nahm mit der Erklärung, er gehe nicht vom Platze auch wenn er acht Tage liegen bleiben sollte, Quartier in dem Dorfe, wo ihm eine Wache zum Schutze gegen Marodeurs gegeben wurde. Am folgenden Tage ließ er wieder anspannen und wurde ebenso wie das erste Mal angehalten: am 8 October nachmittags fuhr er nach Dresden zurück. König Friedrich gab an diesem Tag die Weisung „der Franzose muß mit Höflichkeit geschoren werden, aber nicht hereingelassen," und wies Podewils an über Broglies „ganz unanständiges" Benehmen gegen Valori sich zu beschweren; auch Knyphausen erhielt Auftrag „billige Remedur" zu fordern. Nach erfolgter Capitulation der sächsischen Armee am 16 October ward Broglie eröffnet, daß es jetzt nur von ihm abhange zum Könige von Polen zu reisen, dagegen Couriere nach Prag und der Orten zu schicken könne nicht gestattet werden.

Diese Vorgänge gaben den Ausschlag. Broglies Bericht über die ihm widerfahrene Behandlung ward Ludwig XV vorgelesen; die Dauphine, welche durch die letzten Briefe ihrer Mutter aufs heftigste aufgeregt war[1] und demnächst eine Fehlgeburt that, erneuerte ihre Bitten; dazu nahm die Pompadour mit Bernis und ihrem ganzen Anhange die Gelegenheit wahr, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Entfernung des preußischen Gesandten eine Scheidewand zwischen Frankreich und Preußen aufzurichten. In Folge dessen setzte Rouillé am 20 October Knyphausen in Kenntniß daß an den königlichen Gesandten zu Berlin der Befehl ergangen sei, da der König von Preußen in Betreff des Grafen Broglie die heiligsten Satzungen des Völkerrechts verletzt habe, seinen Posten zu verlassen[2].

---

[1] S. einen dieser Briefe (o. D.) Luynes XV 237 f.; ein früheres Schreiben, Dresden d. 6 Sept. S. 231 f. Vgl. Luynes' Aufzeichnungen vom 27 u. 28 Oct. S. 251 ff.

[2] 1756 Oct. 21. Fontainebleau. Oct. 25 Paris. Knyphausens Berichte. Beil. II 57. Rouillés Ordre an Valori v. 19 Oct. s. Mém. de Valori II 210 ff.

König Friedrich hatte auch diesen Schritt vorausgesehen: schon am 28 October schrieb er Knyphausen, da der französische Hof in Leidenschaft ganz blind sei, werde er sich keine Rücksicht mehr auferlegen, ohne jedoch aus Furcht vor französischen Drohungen zu sterben. Am 30 October nach Eingang von Knyphausens Bericht sandte er seinem Gesandten den Befehl Frankreich zu verlassen[1]. Knyphausen hatte in den letzten Wochen, während seine amtliche Thätigkeit beendigt war, noch Gelegenheit die Bestürzung wahrzunehmen, welche die Capitulation der sächsischen Armee hervorbrachte, auf deren Entsatz durch die Österreicher der französische Hof mit Zuversicht gerechnet hatte. Es änderte wenig, wenn Starhemberg von Verrätherei der Sachsen sprach, Äußerungen, wie sie damals auch zu Wien und im österreichischen Lager umliefen, begünstigt durch Brühls Bestreben sich zu entschuldigen und die Generale zu verdächtigen[2]. Auch die preußische Denkschrift mit den Actenstücken, von der Knyphausen Exemplare vertheilte, machten auf mehrere Mitglieder des Conseils eine für Preußen so günstige Wirkung, daß sie laut und offen das Verfahren des österreichischen und sächsischen Hofes tadelten. Um die Schrift noch mehr zu verbreiten veranstaltete der Gesandte einen Abdruck in Paris. Schon ward lebhaft erörtert, daß die Allianz mit Österreich Frankreich nur Opfer auferlege und gar keinen Vortheil gewähre: denn der Krieg, welchen Frankreich mit England führe, sei von der Hilfleistung Österreichs ausgenommen; zu Gunsten Frankreichs sei keine Ausnahme gemacht. Die nach Deutschland bestimmten Truppen sah man als Schlachtopfer an, welche man dem Idol des habsburgischen Hauses preisgebe: Preußens Niederlage sei gegen das Interesse Frankreichs. „Trotz aller Geschicklichkeit," schreibt Knyphausen am 5 November, „welche der österreichische Hof angewandt hat um die Augen der „französischen Regierung und der Nation zu verblenden, beginnt „die Binde zu fallen und es gibt fast niemand, der nicht die

[1] S. Beil. II 58. 59.

[2] Geheimn. d. sächs. Cabinets II 281 ff. 371. Aster a. a. O. Beil. Nr. 18 S. 37 ff.

„Unzuträglichkeit des Vertrags von Verſailles anerkennt und mit „der größten Verachtung davon ſpricht. Aber die ſtarrſinnige „Vorliebe des Königs für die neuen Verbindungen und die perſönliche Erbitterung, welche er gegen E. M. gefaßt hat, werden „ſchwer zu überwinden ſein[1]."

Valori empfieng den Befehl zur Abreiſe am 30 October. In den nächſten Tagen hatte er noch mit Podewils eine Unterredung, in welcher er den Miniſter erſuchte, den König ſeiner ehrfurchtsvollſten perſönlichen Anhänglichkeit zu verſichern und den aus ſo leichtfertigen Gründen und ſo übereilt gefaßten Beſchluß ſeines Hofes beklagte. König Friedrich bewahrte dieſem würdigen Manne, der ſchon bei ſeinem Vater als Geſandter beglaubigt die erſten zehn Jahre ſeiner Regierung ihm zur Seite geſtanden und ihm wichtige Dienſte geleiſtet hatte, ein dankbares Andenken und gab ihm, als er 1774 im zweiundachtzigſten Lebensjahre ſtarb, in dem Beileidſchreiben an ſeinen Enkel das ehrende Zeugniß: „Männer ſeines Gepräges ſind in dieſem Jahrhundert ſelten geweſen[2]."

An Broglie ſandte Friedrich die Weiſung dem Könige von Polen zu folgen, wie er ſo oft begehrt, und um dem unſtatthaften Verkehr, den er zwiſchen Dresden und der öſterreichiſchen Armee unterhalten habe, ein Ende zu machen ſein ganzes Perſonal mitzunehmen. Demzufolge nahm Broglie am 16 November ſeine Päſſe um über Prag nach Polen zu reiſen, hinterließ aber noch einen Secretär als bei der Königin von Polen beglaubigt. Auch dieſer erhielt Ende November von dem Könige von Preußen die Weiſung Dresden zu verlaſſen. Knyphauſen reiſte am 16 November von Paris ab und ward alsbald nach ſeiner am 3 December erfolgten Ankunft von Berlin nach Dresden zum Könige beſchieden. Als Beweis der Anerkennung für ſeine ausgezeichneten Dienſte befahl der König ihm bis Ende Februar ſeinen bisherigen Gehalt auszuzahlen, alsdann ein Wartegeld

---

[1] 1756 Oct. 8. 29. Nov. 5. 8. Knyphauſens Berichte. Beil. II 55. 60. Vgl. Luynes XV 247. 340. 341 f.

[2] Mém. du Marquis de Valori II 224.

von monatlich hundert Thalern[1]. In Jahresfriſt ſollte ihm von neuem eine Miſſion von höchſter Wichtigkeit am engliſchen Hofe übertragen werden.

Drittes Capitel.

Rathloſigkeit der engliſchen Regierung. Newcaſtle's Rücktritt. Pitt's erſtes Miniſterium.

Als Friedrich der große den Entſchluß faßte den Knoten zu zerhauen und ſich Sachſens bemächtigte, verharrte die ihm verbündete engliſche Regierung in vollſtändiger Rathloſigkeit: jetzt als Frankreich offen mit Preußen brach und ſich zum Continentalkriege anſchickte, löſte das Miniſterium Newcaſtle ſich auf, unfähig länger dem wachſenden Unwillen der Nation die Stirn zu bieten. König Friedrich hatte den engliſchen Geſandten Mitchell und durch ihn das Miniſterium fortwährend in genauer Kenntniß vom Stande der Sache erhalten und Rathſchläge ertheilt, wie der wachſenden Gefahr zu begegnen ſei. Das ward mit Dank und leeren Verſicherungen der beſten Abſichten erwiedert, aber zu Entſchlüſſen und Thaten kam es nicht. Noch trug man ſich mit der Furcht vor einer Landung der Franzoſen in England und verſäumte darüber die Gelegenheit ihnen auf dem Continent Widerſtand entgegenzuſetzen. Unentſchloſſen und unthätig wie es ſelbſt war ſuchte das engliſche Miniſterium auch Friedrich II zu beſtimmen die Waffen nicht zu erheben, ſondern abzuwarten daß der ruſſiſche Hof ſich eines beſſeren beſinne. Man gab zu, daß der preußiſche König in ſeinem Rechte ſei, wenn er ſeinen Feinden zuvorkomme, aber bat ihn ſeine Operationen noch anſtehn zu laſſen und, wenn er dies nicht zu thun vermöge, zu erklären, wie viel Truppen er für Hannover verwenden wolle. Denn ein feindlicher Handſtreich gegen das Kurfürſtenthum könne

[1] Kön. Handſchreiben. Dresden d. 20 Dec. 1756.

den König von England zu Schritten zwingen, welche für den englisch-französischen Krieg verderblich wären und das Ministerium in eine schreckliche Verlegenheit gegenüber dem Parlamente und der Nation brächten: ja es könne nicht ausbleiben daß Großbritannien gezwungen werde sich von Frankreich Gesetze vorschreiben zu lassen. Wenigstens für den Winter, wo doch auch im schlimmsten Falle kein Angriff der Russen zu befürchten sei, möge er Hilfstruppen für Hannover stellen[1].

Auf diese Vorstellungen erklärte Friedrich II, er sei selber außer Stande seine rheinisch-westfälischen Provinzen zu decken, wolle aber dennoch für den Fall, daß die Franzosen an den Rhein marschieren sollten, dem Könige Georg II die in Pommern stehenden 11000 Mann zur Verfügung halten, welche über Tangermünde und das Cellische binnen zwanzig Tagen bei Hannover eintreffen könnten, während die Franzosen von der Normandie bis zur Weser vierzig Tagemärsche hätten. Brot, Fleisch und Futter sollte von Hannover den Truppen geliefert werden. Im Februar werde er aber diese Truppen nach Preußen abrufen müssen, es sei denn daß gegen alle Erwartung die Kaiserin von Rußland neutral bleibe. In diesem Falle stellte er bald darauf noch 20000 Mann seiner Truppen für Hannover zur Verfügung[2].

Auf die Generalstaaten suchte Friedrich durch seinen Gesandten im Interesse Englands einzuwirken, ließ aber nicht ab die englische Regierung zu ermahnen, daß sie nicht durch veraltete Forderungen in Betreff der neutralen Schiffahrt die Holländer aufbringen möge. Insbesondere bildete die sehr weit getriebene Ausdehnung des Titels der zu confiscierenden Marinebedürfnisse einen Streitpunkt. Preußen selbst hatte Klage zu führen: ein Königsberger Schiff war angehalten worden und König Friedrich bestand auf Genugthuung und Entschädigung für den Eigenthümer; überhaupt möge die englische Regierung genau bestimmen was für Waaren England als Contrebande behandeln wolle. Zugleich er-

[1] 1756 Aug. 6. 10. Michell's Berichte. Vgl. Holderneſſe's Schreiben an Mitchell. Raumer II 375–377.

[2] Aug. 19. Berlin. Friedrich II an Mitchell. Raumer II 386 f. Sept. 7. Ministerielle Instruction für Michell.

innerte er daran daß der verheißene Handelsvertrag, für den ein preußischer Entwurf längst vorgelegt sei, in England ganz in Vergessenheit gerathen zu sein scheine[1].

Die Meldung daß Friedrich der große nach Sachsen marschiere erhielt der preußische Gesandte Michell durch ein königliches Immediatschreiben am Sonnabend den 4 September und machte sofort dem Minister Holderneſſe Mittheilung. Am folgenden Tage empfieng er zu Kensington von König Georg II die Wünsche des besten Erfolgs der preußischen Waffen. Der Eindruck dieser Nachricht auf die englische Nation war ein günstiger: ihrer Kraft bewußt in dem dumpfen Drucke, der auf den Gemüthern lastete, fühlte sie sich gehoben durch die entschlossene That des verbündeten protestantischen Fürsten. Holderneſſe beeiferte sich zu erklären, daß England ihn so viel wie möglich unterstützen werde: in diesem Sinne sollten an den sächsischen und österreichischen Hof Erklärungen erlassen werden. Die Verwendung des Gesandten in Dresden für August III, von der übrigens Friedrich II erklärte, daß sie ihm in keiner Weise unangenehm gewesen sei, ward von dem englischen Ministerium gerügt. Mitchell hatte schon am 12 August die Ermächtigung verlangt den König ins Feld zu begleiten. Diese ward am 8 September ertheilt und Friedrich nahm Mitchell mit offenen Armen auf[2]. Damit unterzog sich dieser wackere Mann nach freier Wahl einem Leben voll Beschwerden und Gefahren, einzig erfüllt von dem Verlangen seinem Vaterlande an entscheidender Stelle zu dienen.

Die englische Regierung beschäftigte sich nunmehr ernstlicher mit dem Gedanken gegen die Franzosen eine Armee in Westfalen aufzustellen und die hannöverschen und hessischen Truppen nach Deutschland zurückzusenden. Aber während man auf Maßregeln gegen künftige Gefahren dachte, traten überall die schlimmen Wirkungen der bisherigen Versäumnisse hervor.

---

[1] 1756 Aug. 17. Friedrich II an Mitchell. Mitchell P. I 201. Sept. 7. Ministerielle Instruction für Michell.

[2] Sept. 7. 10. 17. Michell's Berichte. Mitchell Pap. I 194. 203—206.

Im Mittelmeere hatten die Engländer seit dem Verluste von Minorca keine Position mehr. Die Franzosen fürchteten, sie möchten sich der Insel Corsica bemächtigen, auf der sie leicht mit den Aufständischen Verbindungen anknüpfen konnten, und drängten deshalb die Republik Genua, welche seit dem 1 April 1755 bereits 1,200000 Livres jährliche Subsidien von Frankreich bezog, in die Besetzung der Insel mit französischen Truppen zu willigen. Die Genuesen hatten erst vor zwei Jahren mit vieler Mühe den Abzug der königlichen Truppen erlangt, welche während des vorigen Kriegs hinübergesandt waren, und fürchteten mit gutem Grunde daß die Franzosen auf Corsica bleibenden Fuß fassen möchten. Daher sträubten sie sich nach Kräften gegen das neue Ansinnen; die Verhandlungen zogen sich ein paar Monate hin. Knyphausen meldete diesen Stand der Dinge bereits am 2 Juli und die preußische Regierung setzte sofort die englische in Kenntniß, aber die erste wie alle folgenden Mahnungen blieben ohne alle Wirkung. Admiral Hawke erschien Ende Juli mit zweiunddreißig Segeln vor Port Mahon und nahm auf seiner Fahrt französische Kauffahrer weg, während de la Galissonnière im Hafen von Toulon lag und seine Schiffe ausbesserte: aber er segelte nach Gibraltar zurück. Nach Corsica zu fahren hatte Hawke keinen Befehl und erhielt ihn auch später nicht. Noch am 5 August schrieb Knyphausen, „jedermann, der an dem Er„folge der britischen Waffen Antheil nimmt ist höchst erstaunt „daß die englische Regierung aus dem Widerstande, auf den die „französischen Forderungen bei der Republik stoßen, nicht den „Vortheil zieht sich der Insel zu bemächtigen statt das Ende „dieses Plaidoyers mit dem Phlegma abzuwarten, welches sie „bisher gezeigt hat." König Friedrich schrieb an den Rand der Depesche: „das englische Ministerium ist überall feige." Auch jetzt blieb seine Warnung ungehört. So bequemten sich denn die Genuesen am 14 August zu Compiègne einen Vertrag zu unterzeichnen, demgemäß der König von Frankreich für die Dauer des Krieges sechs Bataillone seiner Truppen nach Corsica schicken sollte, denen St. Florent, Calvi und Ajaccio eingeräumt wurden. Die Republik machte sich anheischig zur Besatzung der Insel ein

Regiment Schweizer anzuwerben und empfieng zu den früher stipulierten Subsidien noch 600000 Livres im ersten Jahre, in den folgenden je 300000. Im Falle die Neutralität, welche die Republik bewahren wollte, angetastet würde, sollten weitere Hilfstruppen von Frankreich gestellt und die jährlichen Zahlungen um 600000 Livres erhöht werden.

Noch war es für die Engländer Zeit das versäumte einzubringen. Denn gerade jetzt war ein großer Mann, Pasquale Paoli, an die Spitze des corsischen Aufstandes getreten und machte im Innern der Insel der genuesischen Herrschaft bald ein Ende. Kaum behaupteten die Genuesen die Küstenplätze, während die Überfahrt der französischen Truppen sich noch Monate verzögerte. Die französische Regierung schwebte in größter Sorge, Hawke möchte die französische Flotte angreifen. Die Sorge war überflüssig. Einmal, zu Ende October, mußte sie vor Stürmen auf der Rhede von Antibes Schutz suchen: das zweite Mal gelang die Überfahrt[1]. Hawke fuhr mit seinem Geschwader zum Winterlager nach England. So ward diese italienische Insel in ihrem Freiheitskampfe von England verlassen und den Franzosen preisgegeben, wie die Zukunft lehrte nicht bloß für diesen Krieg, sondern zu bleibendem Erwerbe.

Nirgends ergriff England die Initiative: trotz der Erbärmlichkeit ihres Hofs legten die Franzosen dennoch mehr Regsamkeit und Thatkraft an den Tag. In Amerika gieng es schlimmer und schlimmer. Hatten im vorigen Jahre die Engländer im Ohiobecken eine Niederlage erlitten, so verloren sie jetzt die Position am Ontariosee, welche sie seit 1727 behauptet hatten; Fort Bull ward im April von den Franzosen genommen, am 13 und 14 August die Forts Ontario und Oswego. An diesem wichtigen Waffenplatze erbeuteten die Franzosen über hundert Geschütze, Schiffe und Kriegsvorräthe aller Art. Damit waren sie Herren des ganzen Gebietes der großen Seen, deren Abfluß der

[1] 1756 Juli 2. Aug. 5. 15. 20. Sept. 24. Nov. 12. Knyphausens Berichte. Mouvem. de l'armée du Roy I, 19 f. 329. Koch, table des traités II 17. Vgl. Mém. du Duc de Luynes XV 135. 191.

Lorenzſtrom bildet. Mit der Eroberung von Oswego eröffnete der Marſchall Marquis de Montcalm ſein Obercommando in Canada. Unter einem Gouverneur von ſolchem Eifer für die Behauptung und Ausbreitung der franzöſiſchen Colonien in Amerika, wie Vandreuil ihn beſaß, und einem militäriſchen Befehlshaber von der raſtloſen Energie, welche Montcalm an den Tag legte, hofften die canadiſchen Franzoſen die Engländer vollends zu verdrängen. Angeſichts der von ihnen gewonnenen Erfolge traten die Indianer mehr und mehr auf franzöſiſche Seite oder verpflichteten ſich zur Neutralität. Die britiſchen Coloniſten in Virginien wichen vor ihren Einfällen zurück: in den nördlichen Provinzen, namentlich in Pennſylvanien, ſorgte die Miliz für die Landesvertheidigung, aber die engliſchen Miniſter und deren Werkzeuge mistrauten ihr und lähmten ihre Thätigkeit ſtatt ſie zu wecken und zu fördern. General Abercrombie und der neue Oberbefehlshaber Graf Loudoun trafen ſpät mit wenigen neuen Bataillonen und ohne volle Ausrüſtung ein und thaten nichts gegen den Feind.

In Oſtindien hatten die Engländer ſo wenig wie die Franzoſen für den Krieg Vorbereitungen getroffen, doch war zum Glücke Englands ein bereits bewährter Mann, Robert Clive, ſeit kurzem zum Oberſtlieutenant befördert, wieder nach der Präſidentſchaft Madras zurückgekehrt. Er kam, ein Retter in der höchſten Noth, als der Stapelplatz des britiſchen Handels im Gangesgebiete verloren gieng. Am 20 Juli 1756 nahm der Nabob von Bengalen, Surajah Dowlah, Calcutta und das Fort William. Der Gouverneur und der commandierende Offizier begaben ſich beim Anzuge der Gefahr auf die Flucht: einhundertundſechsundvierzig Engländer geriethen in Gefangenſchaft und wurden in die ſchwarze Höhle eingeſperrt, aus der nach einer Nacht voll Entſetzen und Qualen nur dreiundzwanzig noch lebend herausgezogen wurden. Dieſe Vorgänge erfüllten Madras und die anderen britiſchen Plätze mit Schrecken und Beſtürzung, aber das nöthigſte ward nicht verſäumt. Man rüſtete um den verlorenen Poſten wiederzuerobern, und ehe die Kenntniß von dem Unglück das Mutterland erreichte, am 2 Januar 1757, hatten Clive und Admiral Watſon Calcutta wiedergenommen.

Wohl hätte es für die Engländer verhängnißvoll werden können, wenn damals, ehe ihre Macht sich wieder befestigte, die Franzosen in hinreichender Stärke hätten gegen sie auftreten können. Der Plan dazu war vorhanden. Thomas Arthur Graf Lally-Tollendal, Abkömmling einer irischen Familie, welche den Stuarts in die Verbannung gefolgt war, hatte im österreichischen Erbfolgekriege sich hervorgethan und war zum Maréchal de Camp und Obersten eines irischen Regiments in französischen Diensten befördert worden. Kühn und abenteuerlustig, nicht gewarnt durch das Schicksal von la Bourdonnois und Dupleix, denen jüngst erst für ihre Dienste in Indien mit schnödem Undank gelohnt war, trug er sich mit Plänen die Briten aus Indien zu verdrängen und statt ihrer dort Frankreich mächtig zu machen. Im October 1756 machte er den Vorschlag, daß der König ihn mit fünf bis sechstausend Mann nach Pondichery absenden möge um den Engländern Madras zu entreißen. Der Vorschlag wurde gebilligt[1], aber über den Entwürfen des Continentalkriegs verspätet und verkümmert. Lally traf erst gegen Ende April 1758 in Pondichery ein, mit dem Titel eines Generalgouverneurs und Generallieutenants, aber bloß mit 1200 Mann Soldaten. Damals waren die Engländer längst in der Verfassung ihm zu begegnen.

Die Unglückspost von Indien war noch nicht nach Europa gelangt, aber ohnehin war es offenbar, wie schlimm die Dinge für England standen. Newcastle fieng an sich an den Gedanken zu gewöhnen, es werde nichts übrig bleiben als sich von Frankreich den Frieden dictieren zu lassen. Nur störte ihn dabei die voraussichtlich heftige Opposition des Parlaments, und wenn auch diese durch die geschlossene Schaar bezahlter und ergebener Jaherren überstimmt ward, der Sturm der in der Nation ausbrechen würde: murrte sie doch schon jetzt über Pflichtvergessenheit der Regierung. Ihre Interessen geradezu verrathen war gefährlich, denn in Folge der Misernte herrschte Theuerung und die hungernde Menge war

[1] 1756 November 1. Paris. Knyphausens Bericht. Vgl. Mitchell's Schreiben an Holdernesse. Dresden d. 9 Dec. Chatham corresp. I 206. Luynes XV 265 f. 302 f.

des äußerſten fähig. Daß ein anderer Miniſter an ſeiner Stelle England vor einer ſolchen Schmach retten könne, kam Newcaſtle nicht in den Sinn; ſeine Sorge war nur die öffentliche Meinung zu beſchwichtigen, der Oppoſition jede Stütze zu entziehen und ſeine Anhänger zuſammenzuhalten. Im königlichen Hauſe bewog er deshalb Georg II zu einer Nachgiebigkeit, welche dieſem ſehr ſchwer fiel. Dem Prinzen von Wales ward zugeſtanden, daß er auch nachdem er mündig geworden war in Leiceſter Houſe mit ſeiner Mutter zuſammen wohnte, und daß ſein Gouverneur Graf Bute als königlicher Oberkammerherr an die Spitze ſeines Hofhalts trat. Newcaſtle erntete für ſeine Gefälligkeit keinen Dank: Leiceſter Houſe blieb gegen den königlichen Hof und das Cabinet in Oppoſition und Pitt und ſeine Freunde wurden damals gern dort geſehen. Den Herzog von Cumberland hatte Newcaſtle verpflichtet als er Fox ins Miniſterium aufnahm, aber dies Verhältniß löſte ſich, denn Fox hielt es nicht länger auf ſeinem Poſten aus. Er hatte den Namen eines Staatsſecretärs geführt und im Unterhauſe die Maßregeln der Regierung verfochten, aber die vertraulichſten Mittheilungen und die Entſcheidung behielt Newcaſtle für ſich. Für deſſen Ungeſchick und Verkehrtheiten jetzt im Parlamente einzuſtehen hatte Fox keine Neigung. Als vollends im October die Verluſte in Amerika gemeldet wurden nahm er ſeinen Abſchied.

Umſonſt ſah ſich Newcaſtle nach einem andern Führer des Unterhauſes um, nach einem Sprecher, der mit Pitt ſich meſſen konnte, ja der nur den Muth hatte ihm ins Geſicht zu ſehn. Als er niemand fand der ihm dienen wollte, bot er im Namen des Königs Pitt den Eintritt ins Miniſterium an. Aber Pitt ſchlug es ab Newcaſtle an die Seite zu treten, der ihn nur zu ſeinem Werkzeuge machen wollte um im Cabinet ſein altes Spiel fortzuſetzen. Eben ſo beſtimmt weigerte er ſich mit Fox zuſammen ins Miniſterium zu treten. So kam es endlich nach vielfältigen Verhandlungen dahin, daß Newcaſtle am 11 November zurücktrat nachdem er ſich dreiunddreißig Jahre im Amte gehalten hatte, und daß der Herzog von Devonſhire, ein verſtändiger und ehrenwerther Mann, ein neues Miniſterium bildete, in welchem

Devonſhire ſelbſt die Stelle des erſten Lords des Schatzes einnahm. Mehrere Mitglieder des früheren Miniſteriums behielten ihre Ämter, unter ihnen der Staatsſecretär Holderneſſe. Ihm trat Pitt als Staatsſecretär zur Seite, um die Leitung des Unterhauſes ſowohl als der auswärtigen Politik zu übernehmen; ſein Schwager Graf Temple wurde erſter Lord der Admiralität, Legge Schatzkanzler. Graf Granville verblieb Präſident des Staatsraths.

Die neuen Miniſter genoſſen das Vertrauen des Volkes, aber König und Parlament ſtanden ihnen mistrauiſch und widerwillig gegenüber. Georg II hegte für Newcaſtle keine Achtung: er hat einmal geſagt, als Kurfürſt von Hannover würde er ihn nicht zu ſeinem Kammerherrn gemacht haben; aber er wußte mit ihm fertig zu werden und ließ ihn als Haupt der Whigariſtokratie gelten. In Pitt dagegen und ſeinen Freunden ſah er die Gegner ſeiner perſönlichen Politik, welche ſich ihm als Räthe aufgedrungen hatten und deren er ſich je eher je lieber zu entledigen wünſchte. Wie dem Könige ſo waren auch dem Herzoge von Cumberland die neuen Miniſter zuwider. Am Parlamente hatten ſie keinen Rückhalt. Das Oberhaus war ſchwierig und das Unterhaus, in ſeiner Majorität von Newcaſtle abhängig, ließ ſich die neue Verwaltung nur gefallen, weil es für den Augenblick nicht anders gieng: von einer kräftigen Unterſtützung derſelben war keine Rede. Um den Poſten zu behaupten und alle offene und verſteckte Gegnerſchaft zu überwinden, bedurfte es der vollen Energie namentlich Pitt's, und dieſem verſagte gerade jetzt die Kraft: ein heftiger Anfall der Gicht warf ihn viele Wochen lang aufs Krankenlager.

Trotz all dieſer erſchwerenden Umſtände ward zum beſten des Landes manche wichtige Maßregel ins Werk geſetzt. Die Thronrede, mit welcher am 2 December die Parlamentsſeſſion eröffnet wurde, unterſchied ſich durch offene und entſchloſſene Sprache weſentlich von den ſeither üblichen Redensarten. Die Unterſtützung und Erhaltung der britiſchen Colonien in Amerika ward als eine Hauptaufgabe vorangeſtellt: „die wachſenden Gefahren, „denen ſie durch unſere letzten Verluſte ausgeſetzt ſein mögen, „erfordern kräftige und raſche Entſchlüſſe.“ Für die Vertheidi-

gung des Heimatlandes ward der Gesetzentwurf zur Bildung einer Nationalmiliz angekündigt. Was den Continent betraf, so ward die dem deutschen Reiche und dem Protestantismus in demselben durch den Einfall fremder Truppen drohende Gefahr als ein Ereigniß bezeichnet, das die Gemüther des englischen Volkes empfindlich berühren müsse und das die Augen von Europa auf diese neue und gefährliche Krisis gezogen habe. Die kurfürstlichen Truppen sollten nach den deutschen Landen zurückkehren, da der König mit Vergnügen auf den Eifer seines Volkes für die Vertheidigung seiner Person und seines Reiches baue. Den Gemeinen ward in Betreff des Budgets die Erwartung ausgesprochen, daß sie kräftige Anstrengungen, wenn auch mit größeren Ausgaben verbunden, einer weniger wirksamen und deshalb weniger sparsamen Kriegführung vorziehen würden.

Der königlichen Rede entsprach die That. Das Parlament bewilligte die Erhöhung der Streitmacht auf 55000 Mann, die Seesoldaten eingeschlossen, für den Seedienst und gegen 50000 Mann für den Landdienst. Die Milizbill gieng durch beide Häuser, jedoch setzte das Oberhaus, welches in der vorigen Session die ganze Maßregel vereitelt hatte, wenigstens die Beschränkung der Milizen auf 32340 Mann durch, die Hälfte der im Unterhause beantragten und genehmigten Zahl. Im Volke ward die Errichtung dieser Miliz anfangs mit Freuden begrüßt, aber unter der Einwirkung der ihr abgeneigten Aristokratie bald als lästig verschrieen, so daß sie nicht wie beabsichtigt war sich zu einer nationalen Landwehr entwickelte. Für das Heer und die Flotte wurden die Rüstungen von der Regierung eifrig betrieben: überall war statt des hergebrachten Schlendrians rasche und lebhafte Thätigkeit zu spüren. An Mannschaften gebrach es nicht. Bisher waren die Bergschotten noch immer als Rebellen angesehen worden: Pitt that mit Zuversicht den nach vieler Meinung bedenklichen Schritt gerade unter ihnen Truppen für den königlichen Dienst zu werben, zunächst zwei Bataillone jedes von 1145 Mann[1]. Sein Vertrauen ward alsbald gerechtfertigt: die

[1] Journals of the House of Commons XXVII S. 657. 697 (1757 Jan. 18. Febr. 10.) Vgl. Lord Mahon's Hist. III 18. IV 89.

Hochländer drängten ſich zu den königlichen Fahnen und kämpften bald unter den beſten für die Ehre Großbritanniens. Zugleich ſuchte Pitt den Eifer der Coloniſten anzufeuern ihrerſeits ſo ſchnell und ſo ſtark als möglich zu rüſten. Die Gouverneure, welche darüber mit den Provinziallegislaturen zu verhandeln hatten, wurden angewieſen Beſchwerden der Coloniſten über ungebührliche Zumuthungen abzuſtellen. Der Oberbefehl ward dem Grafen Loudoun noch ferner belaſſen: die neuen Verſtärkungen führte Admiral Holbourne nach Halifax hinüber. Nach dem Mittelmeer ward ein Geſchwader unter Admiral Osborn beordert: nicht minder giengen in kürzeſter Friſt nach Weſtindien und nach Oſtindien Kriegsſchiffe und Mannſchaften ab.

Während dieſe Rüſtungen für die Colonien ins Werk geſetzt wurden, ward auch die Lage des Continents ernſtlich erwogen. Friedrich der große, ſehr wenig erbaut über die Spaltungen in England, ſtellte in lebhaften Farben die Gefahren dar, mit welchen die Coalition von Frankreich und Öſterreich die Freiheit von ganz Europa bedrohe, England nicht minder als Deutſchland und den Proteſtantismus überhaupt, und drang darauf keinen Augenblick zu verlieren um zu Lande und zu Waſſer Maßregeln zum Widerſtande zu ergreifen[1]. „Der König liebt ein offenes Ver„fahren und erwartet eine offene Antwort," ſchrieb Mitchell am 20 November[2].

Der Wille war vorhanden. Nach einer Berathung, welche an Pitt's Bette gehalten war, erklärte Holderneſſe dem preußiſchen Geſandten im Namen des Miniſteriums, daß der Beſchluß gefaßt ſei im Bunde mit Preußen das bisher befolgte Syſtem beizubehalten, nämlich eine Armee in Weſtfalen aufzuſtellen, alles aufzubieten um Rußland zur Neutralität zu bewegen, im Falle dies nicht gelinge die Eiferſucht der osmaniſchen Pforte zu erregen und mit den Holländern wo möglich ſich zu vergleichen. Für die Wahl eines Befehlshabers der weſtfäliſchen Armee

---

[1] 1756 (Nov. 10). Dresden. Friedrich II an Mitchell. Mitchell P. I 217 ff. Raumer Beitr. II 411 ff.

[2] Mitchell an Holderneſſe. M. P. I 221.

erſuchte man König Friedrich um ſeinen Rath, da es unter den gegenwärtigen Umſtänden nicht möglich ſei, daß der Herzog von Cumberland das Commando erhalte. Die Vertheidigung von Hannover erkannte das Miniſterium für eine Pflicht Englands, da die Franzoſen es in Folge des amerikaniſchen Kriegs mit ihrem Angriffe bedrohten: es liege ebenſo ſehr im engliſchen Intereſſe ihnen hier zu begegnen als in Amerika. Aus demſelben Grunde wolle man auch Preußen beiſtehen, da es durch ſeine Verbindung mit England in den Krieg mit Öſterreich verwickelt ſei[1].

So waren die Principien feſtgeſtellt, aber die Ausführung ließ auf ſich warten. Pitt konnte weder dem Könige Vortrag halten noch fremde Miniſter ſehen; ein einziges Mal empfieng er Michell im Bette. König Friedrich drängte zur Entſcheidung[2]: Michell mußte antworten, die Miniſter hätten die beſten Abſichten von der Welt, aber unglücklicher Weiſe verzögere die Krankheit des Staatsſecretärs jeden Beſchluß[3]. Nicht früher als gegen Ende Januar konnte Michell melden, daß man glaube mit einem Obſervationscorps von höchſtens 48000 Mann Weſtfalen decken zu können: daß man Dänemark zu vermögen hoffe, gegen 100000 L. St. jährlicher Subſidien 8—12000 Mann Soldaten und ſechs bis acht Kriegsſchiffe zu ſtellen, mit denen ſich einige engliſche verbinden ſollten: endlich daß Williams von der ruſſiſchen Geſandtſchaft abberufen werden ſolle[4]. König Friedrich war durch dieſen Bericht nicht befriedigt. So wenig auch Williams ſich in Petersburg bewährt hatte, ſo mußte doch die Entfernung des engliſchen Geſandten im jetzigen Augenblicke dem Feinde vollkommen freies Spiel geben: jede Möglichkeit einer Gegenwirkung hörte auf und es verſiegte damit eine Quelle regelmäßiger Berichte aus Rußland, welche für Preußen von

[1] 1756 Nov. 26. London. Michell's Bericht. Holderneſſe eröffnete die Unterredung mit der Erklärung qu'il avoit ordre à me déclarer etc.

[2] Dec. 28. Königl. Inſtruction für Michell pour engager les ministres Britanniques à se décider ultérieurement sur les mesures à prendre.

[3] 1757 Jan. 11. Michell's Bericht.

[4] Jan. 25. Michell's Bericht.

höchster Wichtigkeit waren. Deshalb widerrieth er diesen Schritt entschieden[1]. Was Dänemark betraf, so billigte er zwar die Vorschläge und ließ sie durch seinen Gesandten unterstützen, aber die großen Erwartungen, welche Pitt davon hegte, theilte er nicht: er sah voraus, wie es auch zutraf, daß Dänemark gegen Rußland weder Truppen noch Schiffe stellen werde. Umsonst mahnte er immer von neuem, daß England gegen den Angriff der Russen ihm durch die Absendung eines Geschwaders in die Ostsee den wirksamsten Beistand leisten möge. Eine Observationsarmee endlich von nicht viel über 40000 Mann war seiner Überzeugung nach zu schwach um gegen die Franzosen etwas auszurichten[2]. Vor der Hand also war Friedrich II auf sich allein angewiesen. Aber von dem ernsten Entschluß des englischen Ministeriums sich ihrem Verbündeten treu zu erweisen empfieng er bald thatsächliche Beweise. Zunächst in Beziehung auf Hannover.

An der Spitze „der zur kurbraunschweig-lüneburgischen Regierung verordneten Räthe" zu Hannover stand der Präsident Gerlach Adolf von Münchhausen, ein um die Kurlande und vorzüglich um die unter seiner Leitung gegründete Universität Göttingen hochverdienter Mann, in der Politik aber ganz von dem herzebrachten hannöverschen Grundsatze beherrscht, aus der Verbindung mit England für Hannover möglichst viel Vortheil zu ziehen ohne dafür einen Gegendienst zu leisten, und was Preußen betraf, zwar in Lebensfragen des protestantischen Interesses am Reichstage mit dieser Macht zu stimmen, im übrigen aber ihr so weit es sich thun ließ, in den Weg zu treten. Sein Bruder der Geheimerath Philipp Adolf, welcher in London als kurfürstlicher Minister an der Seite des Königs die hannöverschen Sachen zu bearbeiten hatte, theilte seine Ansichten und wußte sie bei Georg II in Geltung zu erhalten. Übrigens war in Hannover Münchhausen den andern Räthen, namentlich von Schwicholt und dem Kriegsminister Steinberg an Einsicht und Sachkenntniß weit überlegen.

---

[1] 1757 Febr. 8. Braunschweig. Mitchell an Holderneſſe. M. P. I. 227 ff.

[2] Randbemerkungen des Königs zu Michell's Bericht.

Wir haben früher gesehen daß, als der Seekrieg zwischen England und Frankreich auch nach dem Festlande von Europa überzugreifen drohte, Georg II darauf Bedacht nahm seinen kurfürstlichen Landen die Neutralität zu sichern und für den Nothfall einer französischen Invasion Hilfstruppen in Bereitschaft zu haben. Zu diesem Zwecke war von der englischen Regierung im Juni 1755 der Subsidienvertrag mit dem Landgrafen von Hessen-Cassel und im Januar 1756 der Neutralitätsvertrag mit Preußen geschlossen worden. Die hannöversche Regierung ihrerseits schloß im September 1755 Subsidienverträge mit Anspach und Würzburg, welche ihr zusammen gegen 4000 Mann, nöthigesfalls noch mehr, zur Verfügung stellten[1]. Diese Verträge beruhten auf der Voraussetzung der fortdauernden Allianz Georgs II mit Maria Theresia und wurden auf den Wink des Wiener Hofes im August 1756 sowohl von Würzburg als von Anspach gekündigt. Vergebens suchte man dafür Ersatz in Darmstadt; der Landgraf Ludwig VIII hielt seine Truppen für den Dienst der Kaiserin bereit und wies die hannöverschen Anträge zurück. So mußte man sich mit den kleineren Contingenten begnügen, welche Schaumburg-Lippe und Sachsen-Gotha liefern konnten und hatte allen Grund den längst beabsichtigten Vertrag mit Braunschweig-Wolfenbüttel abzuschließen. Mit dem Ausbruch des Kriegs in Deutschland kamen diese Verträge zu Stande. Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe stellte nach dem Vertrage vom 28 August 1756 ein Bataillon von 800 Mann, ferner 300 Mann Artillerie und eine Schwadron, gegen eine Zahlung von 3000 Thalern in den ersten vier Monaten, später von 2500 Thalern, machte aber die Bedingung daß dasselbe nicht direct gegen den Kaiser und nicht jenseit der See gebraucht werden dürfe. Herzog Friedrich von Sachsen-Gotha, der Bruder der verwittweten Prinzessin von Wales, verpflichtete sich durch den Vertrag vom 21 September zwei Bataillone jedes von 800 Mann zu stellen und empfieng

[1] Die genauen Angaben über die von der hannöverschen Regierung abgeschlossenen Subsidienverträge hat mir der Kön. Archivar Prof. Dr. Schaumann aus den Acten des hannöverschen Archivs gütigst mitgetheilt. Über Würzburg und Anspach vgl. Wuttke-Huschberg S. 264 f.

dafür an Werbegebühren für den Mann 25 Thaler, an Subsidien monatlich 1500 Thaler. Aus den mit dem Herzog Karl von Braunschweig gepflogenen Verhandlungen gieng ein am 5 October 1756 unterzeichneter Subsidien- und Allianzvertrag auf sechs Jahre hervor, wonach Braunschweig 6000 Mann Infanterie mit der nöthigen Feldartillerie und zwei Schwadronen Dragoner in vollständiger Ausrüstung und voller Zahl bereit zu halten versprach, gegen eine Anzahlung von 100000 Thalern zur ersten Ausrüstung und von jährlich 175000 Thalern Subsidien. Alle diese Truppen sollten im Felde an Sold und Emolumenten gleich den hannöverschen gehalten werden, insbesondere beim Übertritt in englischen Sold, auf den es von vorn herein abgesehen war.

Während die hannöversche Regierung sich der Truppencontingente geldbedürftiger Fürsten, auf deren Bereitwilligkeit sie zählen durfte, zur Abwehr eines französischen Angriffs versicherte, verfolgte sie mit weit größerem Eifer ihren Hauptzweck, das Kurfürstenthum vor jeder Verwickelung in den englisch-französischen oder preußisch-österreichischen Krieg zu bewahren, selbst auf die Gefahr hin, daß der preußische Staat darüber zu Grunde gehe. Das Bündniß der Höfe von Wien und Versailles störte sie in ihren Plänen nicht; vielmehr hofften die hannöverschen Minister gerade durch den Wiener Hof es dahin zu bringen daß Frankreich die Neutralität von Hannover anerkenne. Sie verfehlten nicht geltend zu machen, daß König Georg II den Vertrag von Westminster mit Preußen in seiner Eigenschaft als König von England, nicht als Kurfürst von Hannover, abgeschlossen habe: Hannover sei durch keinen Vertrag an Preußen gebunden. Das gewaltthätige Verfahren Preußens gegen Sachsen misbilligten sie laut und suchten jeden Schritt zu vermeiden, der in Wien Anstoß geben konnte: namentlich schoben sie die Ratification des mit Braunschweig verhandelten Subsidienvertrags unter immer neuen Vorwänden hinaus.

Daß diese hannöversche Staatsklugheit ihr Ziel verfehlen mußte, konnte jeder der nicht von dem beschränktesten Sondergeiste eingenommen war leicht ermessen. Die französische Re-

gierung kannte zu gut die verwundbare Seite des Königs von England, als daß sie nicht, sobald sie einmal zu Lande Krieg zu führen beschloß, gerade auf sein Stammland hätte losgehen sollen: und Maria Thereſia brauchte die französische Mitwirkung gegen Preußen so dringend, daß sie diesen Absichten nicht hinderlich sein mochte. Jedoch begegneten sich allerdings die hannöverschen Vorstellungen mit den Wünschen des Wiener Hofes. Gelang es nämlich einen hannöverschen Neutralitätsvertrag in der Weise zu schließen, daß die Operationen der Franzosen gegen Preußen dadurch nicht gehemmt wurden, so war Friedrich II vollständig isoliert und nach menschlichem Ermessen rettungslos dem Untergange preisgegeben, da er alsdann allen großen Continentalmächten ohne irgend einen Verbündeten gegenüberstand.

Aus diesem Grunde trat Kaunitz in die Unterhandlungen ein, welche im October 1756 von hannöverischer Seite mit der Forderung des kaiserlichen Beistandes gegen eine französische Invasion eingeleitet, zunächst vom Wiener Hofe mit der Gegenforderung des Beistandes gegen Preußen erwiedert wurden. Schon damals ward auch die Neutralität Hannovers erörtert[1]. Am 4 Januar gieng Kaunitz einen Schritt weiter. Er übergab dem hannöverschen Gesandten Freiherrn von Steinberg ein Memoire des Inhalts, daß die Kaiserin für diesmal auf den vertragsmäßigen Beistand, den der König sowohl als Souverän von England wie als Kurfürst von Hannover ihr schulde, verzichten wolle, ausgenommen die Verpflichtungen, welche der Kurfürst als Reichsstand habe. Dagegen aber verlange sie daß König Georg II als Kurfürst sich durch eine förmliche Convention verpflichte dem Könige von Preußen keine Hilfe an Geld oder an Truppen zu gewähren, weder direct noch indirect, und daß er für diese Verpflichtung alle erforderlichen Garantien gebe. Die Kaiserin wolle sich dagegen nach getroffener Vereinbarung mit dem Könige von Frankreich für sich und seine Alliirten zu einem Sicherheitsvertrage für Hannover erbieten, unter der Bedingung daß der König von

[1] 1756 Oct. 5. Nov. 12. London. Michell's Berichte. Vgl. Stuhr F. I 97. Kaunitzens Memoire v. 4 Jan. 1757 s. Huschberg-Wuttke S. XXVIII, 1.

England als Kurfürst sich verpflichte für die Fürsten einzustehen, deren Truppen er in Sold habe[1]. Aus den mündlichen Erläuterungen von Kaunitz ergab sich unter anderm, daß Hannover den Franzosen freien Durchmarsch verstatten und ihnen die erforderlichen Plätze zur Deckung ihrer Magazine und Straßenzüge einräumen solle.

Solchen Bedingungen sein Erbland zu unterwerfen war König Georg II nicht gesonnen. Er mochte sie anfangs nicht für möglich halten: indessen die weiteren Verhandlungen, die sowohl in Wien als von der hannöverschen Kanzlei in London mit dem kaiserlichen Gesandten Grafen Colloredo geführt wurden, ließen keinen Zweifel daß jene Forderungen ernstlich gemeint seien. Darauf stellte Georg II am 20 Februar durch seinen Gesandten in Wien in Erwiederung der österreichischen Denkschrift vom 24 Januar nochmals die Anfrage: wie weit man die Neutralität zu erstrecken willens sei und worin die Sicherheit bestehen solle, welche man in dergleichen Fällen zu geben gedenke, und ließ mündlich erklären, der König-Kurfürst habe die Absicht zwar die französischen Truppen von seinen Staaten abzuhalten, aber an dem österreichisch-preußischen Kriege keinen Theil zu nehmen. Von diesen Erklärungen setzte er vorläufig weder seine englischen Minister noch den König von Preußen in Kenntniß. Erst gegen Mitte Februar wurden die Propositionen, welche zu einer Verständigung nicht geführt hatten[2], der preußischen Regierung mitgetheilt und einstweilen steuerte nun Hannover in demselben Fahrwasser mit England und Preußen.

Aber zum Handeln war die beste Zeit verloren. Im December hatte König Friedrich Georg II den Plan vorgelegt so bald als möglich die Observationsarmee hinter der Lippe zwischen Wesel und Lippstadt aufzustellen, so daß sie sich auf Wesel als

[1] Huschberg-Wuttke S. XXIX, 1. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welches S. K. M. v. Grosbritannien als Kurfürst — beobachtet haben 1758 S. 95 (Kriegs-Canzley 1758 III 835 ff.).

[2] 1757 Febr. 17. Friedrich II an Mitchell. Raumer II 418. Febr. 22. Berlin. Ministerialdepesche an Michell. Das Promemoria v. 20 Febr. s. Kriegs-Canzley 1758 III 105 ff. Vgl. S. 801 f.

ihren Waffenplatz stütze und damit einen Rheinübergang beherrsche. Von dieser Stellung aus könne die Armee sich nach Bedürfniß zum Rhein oder zur Weser wenden, namentlich, im Fall die Franzosen gegen Hessen marschierten, rheinaufwärts ziehn: inzwischen würde die Belagerung von Wesel die Franzosen vom Vordringen in Westfalen abhalten. Um die hannöversche Regierung zur Annahme dieser Vorschläge zu bestimmen und die genauere Abrede zu treffen, sandte Friedrich im December den Generallieutenant Schmettau nach Hannover, zugleich mit dem Auftrage die Verhandlung zwischen Hannover und Braunschweig endlich zum Abschluß zu bringen. Aber Schmettau kam unverrichteter Dinge zurück. Was den Operationsplan betraf, so hatten die kurfürstlichen Räthe für militärische Gründe keinen Sinn und kein Verständniß. Für sie war entscheidend, daß der Einmarsch in die bis dahin noch neutralen kurkölnischen Territorien die Folge haben würde, daß der Kurfürst sich gegen Hannover erkläre, und daß nach einem solchen Vorgehen die Kaiserin schwerlich die Neutralität Hannovers zugestehen möchte[1]. Aber einige Wochen später gerieth Georg II vor der seinem Kurfürstenthum unmittelbar drohenden Gefahr in neue Sorge und wollte auf deren Abwehr Bedacht nehmen. Deshalb reiste Schmettau Ende Januar abermals nach Hannover und auf König Friedrichs Vorschlag auch der englische Gesandte Mitchell, dieser von König Georg II beauftragt über den braunschweigischen Subsidienvertrag durch mündliche Besprechung in Hannover und Braunschweig eine Verständigung herbeizuführen; Vollmacht zum Abschlusse ward ihm jedoch nicht ertheilt.

Mitchell fand in Hannover eine sehr kalte Aufnahme. Umsonst bemühte er sich die Minister zu überzeugen, daß das einzige Mittel der Sicherheit für England, Hannover und Preußen darin bestehe, daß zwischen den beiden Königen ein durchgängiges Einvernehmen und volles Vertrauen obwalte. Dem widersprachen sie zwar nicht, aber stimmten auch nicht offen zu und thaten gerade das Gegentheil. Dagegen fand Mitchell bei dem

[1] Oeuvres de Frédéric IV 105 ff.

Herzog von Braunschweig, der Geld brauchte und der Sache seines Schwagers des Königs von Preußen zu dienen wünschte, offenes Entgegenkommen. In Nebenpuncten gab Mitchell nach: dafür ließ der Herzog die Bedingung, seine Truppen abberufen zu können sobald sein Land angegriffen werde, auf die Zusicherung des Gesandten fallen, König Georg II werde Braunschweig so gut schützen wie sein eigenes Land. Als Anfangstermin der Subsidien bedang sich der Herzog den 1 September 1756 aus, zur Entschädigung für die in Folge des Bruchs mit Frankreich ausgebliebene Zahlungsrate. Nach wenigen Tagen konnte Mitchell den Entwurf, wie er aus seinen Besprechungen in Hannover und Braunschweig hervorgegangen war, an den König zur Entscheidung einsenden. Georg II genehmigte und unterzeichnete die von Mitchell verabredete Uebereinkunft noch in demselben Monat.

Durch den Abschluß dieses Vertrages war die Vereinigung der Braunschweiger mit den Hannoveranern Bückeburgern Gothaern und Hessen, lauter Truppen welche den preußischen in Ausrüstung, Disciplin und Waffenübung ebenbürtig waren, zur Vertheidigung des nördlichen Deutschland gegen die französische Invasion gesichert[1]. Es kam nun darauf an aus diesen verschiedenen Truppen, von denen ein ansehnlicher Theil noch in England stand, ein Heer zu bilden und dieses zweckmäßig zu verwenden. Schmettau sparte keine Mühe die hannöverschen Minister endlich zu bewegen Maßregeln für den bevorstehenden Feldzug zu treffen, aber er kam keinen Schritt vorwärts. Umsonst trug er die Gründe vor welche geböten daß die Observationsarmee den Franzosen bis an den Rhein entgegengehe: ihm ward geantwortet, es genüge die Weserlinie zu halten; über die Weser dürfe die Armee nicht gehn um nicht als angreifender Theil zu erscheinen. Am Ende gewann Schmettau bei seinen Unterhandlungen die Überzeugung, daß namentlich die Minister Steinberg und Schwicholt an der Neutralität der hannöverschen Lande selbst gegen den Willen des Königs von England festzu-

[1] Mitchell's Journal 1757 Febr. Brit. Mus. Die Unterzeichnung des Vertrags mit Braunschweig meldet Michell London d. 1 März.

halten wünschten. Unter diesen Umständen erhielt Schmettau die Weisung zu erklären, daß König Friedrich beschlossen habe die Festungswerke von Wesel zu sprengen und die Besatzung, 4500 Mann, mit der Observationsarmee zu vereinigen. Ferner sollte er der hannöverschen Regierung anzeigen, daß er Befehl habe entweder bei Abgang der Marschordre an sämmtliche Truppen gegenwärtig zu sein oder ungesäumt nach London zu gehn um dem Könige von England mündlich die Verzögerung zu melden, durch welche seine Minister den Gang des so nothwendigen Geschäfts aufhielten. Nach Empfang dieses Befehls ließ Schmettau seinen Reisewagen packen, fuhr bei den zur Conferenz versammelten Ministern vor und kündigte ihnen an, daß er komme um sich für die Reise nach London gemäß den königlichen Instructionen zu beurlauben. Äußerst betroffen über die ihnen gemachten Eröffnungen versicherten die Minister neue bestimmte Weisungen aus England erhalten zu haben, welche ihnen zu einem thätigen Verfahren Vollmacht gäben und erließen in seiner Gegenwart Marschbefehle an die garnisonierenden Truppen. Bald erfuhr Schmettau daß der Herzog von Cumberland zum Befehlshaber ausersehen sei und verblieb bis zu dessen Ankunft in Hannover um ihm für den Feldzug im Auftrage des preußischen Königs Rathschläge zu ertheilen[1].

Es hatte der englischen Mitwirkung bedurft um über die hannöverschen Anstände mit Braunschweig hinwegzukommen. Der gute und entschlossene Wille, von dem die englische Regierung beseelt war, bewährte sich in demselben Monat auch französischen Anträgen gegenüber. Nämlich zu der gleichen Zeit als der Wiener Hof den König von Frankreich dazu vermochte in die Neutralität von Hannover zu willigen, um Friedrich den großen desto sicherer zu verderben, ward auch England ein Separatfriede von Frankreich angeboten. Der französische Gesandte im Haag, Graf d'Affry, machte Ende Januar dem englischen Gesandten Joseph Yorke die Eröff-

[1] Lebensgesch. des Grafen v. Schmettau v. s. Sohne. Berlin 1806. S. 321 ff. Königliche Instructionen für Schmettau vom 27 Jan. u. 17 Febr. in Preuß Urkundenb. II 11 f. Vgl. Westphalen Gesch. d. Feldzüge des H. Ferdinand I 260 ff.

nung, daß Frankreich unter gewiſſen Bedingungen bereit ſei mit England Frieden zu ſchließen. Das engliſche Miniſterium wies jedoch am 8 Februar den Geſandten an zu erwiedern, daß England auf Friedensanträge, in welchen der König von Preußen nicht inbegriffen ſein ſollte, nimmer eingehen werde. Zugleich erklärte Pitt perſönlich dem preußiſchen Geſandten, es ſei ſein feſter Entſchluß nicht ohne Preußen Frieden zu ſchließen und angeſichts der franzöſiſchen Anerbietungen in der nachdrücklichſten Kriegführung nirgendwie nachzulaſſen. Pitt's Verfahren war ebenſo ſehr durch die Intereſſen Englands als durch die dem verbündeten Preußen ſchuldige Rückſicht geboten; denn der Friede hätte nach dem damaligen Stande der Dinge eine Verzichtleiſtung auf die freie Entwickelung der britiſchen Coloniſation in Nordamerika in ſich ſchließen müſſen. Aber wir dürfen billig zweifeln ob das Miniſterium Newcaſtle mit gleicher Feſtigkeit die franzöſiſchen Vorſchläge zu einem Sonderfrieden zurückgewieſen haben würde[1].

Jetzt war endlich Pitt ſo weit hergeſtellt, daß er mit dem Könige berathen und ins Unterhaus kommen konnte. Am 17 Februar legte er eine königliche Botſchaft vor, welche die Mitwirkung des Unterhauſes in Anſpruch nahm um eine Obſervationsarmee zur Vertheidigung der kurfürſtlichen Lande des Königs aufzuſtellen und ihn in den Stand zu ſetzen ſeinen Vertrag mit dem Könige von Preußen zur Sicherung des deutſchen Reiches gegen den Einfall fremder Armeen und zur Unterſtützung der gemeinſamen Sache zu erfüllen. Auf Grund dieſer Botſchaft beantragte Pitt für das laufende Jahr die Bewilligung einer Summe von 200000 L. St., welche am 22 Februar genehmigt wurde. Die Rede, welche Pitt bei dieſer Verhandlung hielt, iſt leider nicht aufgezeichnet: wir hören nur, daß er mit Würde und Nachdruck und unter dem Beifall des Hauſes die Wichtigkeit der beantragten Maßregel hervorhob für England ſowohl als für die Freiheit von Europa, welche durch die Allianz der Höfe von Wien und Verſailles aufs höchſte gefährdet ſei. Deshalb müſſe England Preußen aus allen Kräften unterſtützen. Er ſprach von

[1] 1757 Febr. 8. 11. 25. Michell's Berichte.

der Unbeständigkeit Rußlands und sagte von Österreich: „ohne „das Blut und die Schätze von England würde der Wiener Hof „sich nicht in der Lage befunden haben Preußen seine schlimmen „Absichten und England seine Undankbarkeit zu beweisen[1].“ Für diese Rede ließ König Friedrich der große dem englischen Staatssecretär in sehr verbindlicher Weise danken und Pitt erwiederte diese Anerkennung mit dem Ausdruck seiner Hingebung und seiner Verehrung für einen Fürsten, „welcher als das unerschütterliche „Bollwerk von Europa der mächtigsten und boshaftesten Ver„schwörung Stand hält, welche je die Unabhängigkeit der Mensch„heit bedrohte[2].“

Pitt fühlte sich in der Bewunderung des preußischen Königs um so mehr bestärkt, je unerquicklicher sein Verhältniß zu Georg II war. Bei jeder Gelegenheit kam es zu Tage, daß sein Eifer für den öffentlichen Dienst die persönliche Abneigung des Königs nicht beschwichtigte. Am 28 Januar hatte das Kriegsgericht seinen Spruch über Admiral Byng gefällt und denselben zwar von Verrätherei und Feigheit freigesprochen, aber weil er nicht das äußerste gethan um Port Mahon zu entsetzen oder die französische Flotte zu schlagen, ihn zum Tode verurteilt, jedoch aufs wärmste der königlichen Gnade empfohlen. Aber Georg II zeigte keine Neigung Gnade für Recht ergehen zu lassen und die Masse des Volkes, von Anfang an gegen Byng aufgereizt, forderte sein Blut. Da fühlten sich Mitglieder des Kriegsgerichts selbst in

[1] 1757 Febr. 22. Michell's Bericht. Journals of the House of Commons XXVII 717—724. Hansard, Parliam. Hist. XV 782 f., welcher übrigens fälschlich damit eine im Jahre 1758 geführte Debatte verbindet. Der Vertrag mit Preußen, auf den die königliche Botschaft sich bezieht und der in der Committeeberathung des Unterhauses vorgelegt wurde, ist der am 16 Januar 1756 unterzeichnete Vertrag von Westminster. Daß der von Koch II 29 ff. (Schöll III 30 ff.) publicierte angeblich englisch-preußische Vertrag vom 11 Jan. 1757 gefälscht ist und zwar im April 1757, habe ich in Foß Zeitschr. f. preuß. Geschichte 1866 III 250 ff. nachgewiesen. Aus den Acten des sächsischen Staatsarchivs hat denselben Aster, Kriegswirren Beil. 5 S. 12 mit dem Datum des 15 Jan. 1756 publiciert.

[2] März 12. Dresden. Mitchell an Pitt. März 31 London. Pitt an Mitchell. Chatham Corresp. I 224—227.

ihrem Gewissen getrieben dahin zu wirken, daß die Strenge ihres Spruches gemildert werde und veranlaßten, daß die Sache im Parlamente zur Sprache kam. Pitt erklärte sich offen dafür Milde walten zu lassen: als man ihm sagte, er setze seine Popularität aufs Spiel, entgegnete er: „Mir steht Gerechtigkeit höher als „Popularität." Unter Berufung auf die Stimmung des Unterhauses gieng Pitt den König persönlich um Gnade an, wurde aber kurz abgewiesen mit den Worten: „Ihr habt mich gelehrt „die Gesinnung meiner Unterthanen nicht nach dem Unterhause zu bemessen." Georg II unterschrieb das Urteil und Byng ward am 14 März erschossen. „Das ist ein schlechtes „Pflaster auf eine garstige Wunde" sagte Friedrich II unwillig zu Mitchell.

Über dieser Angelegenheit und der noch obschwebenden Untersuchung über die Ursachen des Verlustes von Minorca war die Spannung zwischen dem neuen Ministerium und den Anhängern von Newcastle und Fox so sehr gewachsen, daß eine ministerielle Krisis schon seit Anfang März als bevorstehend angesehen wurde. Zugleich stand Pitt, soweit Hannover in Frage kam, die durch Münchhausen in London vertretene hannöverische Regierung mistrauisch und eifersüchtig gegenüber, fort und fort darauf bedacht unter irgend einer Form für Hannover die Neutralität zu erlangen[1]. Georg II gieng nicht ohne weiteres auf diese Vorstellungen ein, sondern wies sie öfters zurück, aber dennoch nahm er sie sich mehr zu Herzen als die Rathschläge Pitt's. Eine Hauptfrage für diesen und seine Freunde war die Ernennung des Oberbefehlshabers der Observationsarmee, welche sie ihrem erklärten Gegner dem Herzog von Cumberland nicht anvertrauen wollten. Schon das vorige Ministerium hatte mit Zustimmung König Friedrichs II an den Prinzen Ludwig von Braunschweig gedacht, der sich in österreichischen Diensten während des vorigen Kriegs ausgezeichnet hatte: dieser aber lehnte ab und zog es vor ruhig in Holland zu bleiben. Jetzt von neuem um Rath gefragt, hatte Friedrich den Prinzen Ferdinand von Braunschweig mit

[1] 1757 März 4. Michell's Bericht.

Auszeichnung genannt, jedoch hinzugefügt, ihm mangele Entschiedenheit; auch seinen Bruder den Prinzen von Preußen nannte er Mitchell als wohlgeeignet: aber vor allen empfahl er doch den Herzog von Cumberland, aus dem Grunde, weil er allein als königlicher Prinz der hannöverischen Regierung gegenüber die nöthige Auctorität besitzen werde[1].

Der förmliche Beschluß über den Oberbefehl der Observationsarmee ward vorläufig noch ausgesetzt, aber am englischen Hofe galt es seit Anfang März für ausgemacht, daß der König keinen andern als seinen Sohn damit betrauen werde. Es handelte sich nur noch um die Bedingungen, welche der Herzog von Cumberland stellte. Vor allem forderte der Herzog Verstärkung der Armee durch englische Truppen; ferner hielt er die vom britischen Parlamente gewährte Beisteuer zu den Kriegskosten für unzureichend. Jedoch ließ er schließlich diese Forderungen fallen, welche Georg II zwar keineswegs für unberechtigt hielt, aber für den Augenblick nicht glaubte durchsetzen zu können, und nahm das Commando an. Um dieses mit allem Nachdruck führen zu können ward er, wie Georg II am 1 April 1757 durch Holderneſſe dem preußischen Gesandten eröffnen ließ, mit königlichen Vollmachten versehen um die hannöversche Regierung nach seinem Gutdünken zu leiten: mit einem Worte, der König sein Vater ermächtigte ihn in der Regierung des Kurfürstenthums vollständig als sein Statthalter zu verfahren.

So weit war alles geregelt und die Abreise des Herzogs schien bevorzustehn, da trat er mit seiner letzten Bedingung hervor, der Entlassung von Pitt. Das Körperleiden des Ministers mußte dazu den Vorwand abgeben. Cumberland erklärte rund heraus, er wolle an der Seite seines Vaters kein Ministerium zurücklassen, mit dem er nicht übereinstimme und auf das er nicht zählen könne. Pitt sei in Folge seiner fortwährenden Unpäßlichkeit nicht im Stande sein Amt gehörig zu versehen: habe er doch

[1] 1756 Nov. Mitchell's Journal (Brit. Mus.), vgl. mit den Auszügen aus Mitchell's Bericht b. Raumer Beitr. II 415 f. Von Ferdinand sagte König Friedrich: il n'a pas l'esprit décisif. Über die Ablehnung des Prinzen Ludwig von Braunschweig berichtet Michell schon am 5 October 1756.

ſeit Antritt ſeines Miniſteriums nicht öfter als ſechsmal mit dem Könige gearbeitet und nur fünfzehnmal den Unterhausſitzungen beigewohnt[1].

Es bedurfte nur dieſer Erklärung des königlichen Prinzen um den Fall des Miniſteriums zu entſcheiden. Dem Könige war Pitt verhaßt und Temple unausſtehlich: ſchon im Januar hatte er durch einen Vertrauten Newcaſtle auffordern laſſen doch wieder ins Miniſterium zu treten: „ich kann mich nicht als König „anſehen ſo lange ich in den Händen dieſer Schurken bin." Aber Newcaſtles Furcht vor der Verantwortlichkeit (denn noch ſchwebte die Unterſuchung wegen des Verluſtes von Minorca) war größer als ſein Ehrgeiz: ſo hielt denn auch der König an ſich bis der ausgeſprochene Wille ſeines Sohnes, deſſen Dienſte für die Rettung des Kurfürſtenthums unentbehrlich ſchienen, allem Zaudern ein Ende machte. Aus der Sache ward kein Hehl gemacht und die Bildung eines neuen Miniſteriums offen betrieben; aber noch war Pitt im Amte, entſchloſſen den Platz, den er zum beſten ſeines Vaterlandes einnahm, nur auf den ausdrücklichen Befehl des Königs zu verlaſſen. Man wartete einige Tage: alsdann gieng den 5 April Holderneſſe zu Pitt's Schwager dem Grafen Temple und kündigte dieſem ſeine Entlaſſung an, und da Pitt dem Hofe auch jetzt den Gefallen nicht that um ſeinen Abſchied zu bitten, ließ der König am 6 ihm die Siegel abfordern, ebenfalls durch Holderneſſe, der willen- und charakterlos durch ein Miniſterium wie das andere hindurchgieng[2]. Nachdem der Herzog von Cumberland ſo auf die roheſte Weiſe die Cabale und die Anarchie neben den Thron geſtellt hatte, reiſte er am 19 April zur Armee nach Deutſchland ab.

König Friedrich verſäumte nicht Pitt nach der Entfernung

---

[1] 1757 April 1. Michell's Bericht: que ce prince (Cumberland) ne vouloit pas laisser son père avec un ministère qu'il n'agréoit pas et sur lequel il ne pouvoit compter, vu l'indisposition continuelle du Ch. Pitt, qui ne sauroit agir comme il seroit à souhaiter, n'ayant travaillé avec le roi que six fois et assisté seulement quinze autres à la chambre des communes, depuis qu'il étoit ministre.

[2] April 6. Michell's Bericht. Mahon's hist. IV 98 ff.

vom Amte ausdrücklich seiner vollen Hochachtung zu versichern[1]. Er sah wohl ein daß nur unter der Leitung dieses Staatsmannes England seinen Feinden gewachsen und seinen Freunden vertrauenswürdig und hilfreich sein werde.

Viertes Capitel.

Proceßverfahren des Reichshofraths und Reichstags gegen Preußen. Die Allianz von Österreich, Frankreich und Rußland bis zum Theilungsvertrage von Versailles.

Während König Friedrich sich bemühte mit England und Hannover Maßregeln zu vereinbaren um dem bevorstehenden Einbruche der Franzosen und der Russen in Deutschland zu begegnen, waren die ihm feindlichen Cabinette geschäftig ihn im Laufe des nächsten Jahres dem sicheren Untergange zu überliefern. Der Wiener Hof hatte alle Künste aufgeboten die Überwältigung des preußischen Staates zu einer europäischen Angelegenheit zu machen: dennoch verschmähte er es nicht seine Stellung an der Spitze des heiligen römischen Reiches zu benutzen um auch dieses in den Kampf, der zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern sich entsponnen hatte, hereinzuziehen und die Reichstände zu vermögen den Staat ihres mächtigsten Genossen zertrümmern zu helfen. Dieser Misbrauch des kaiserlichen Amtes führte nicht zu erheblicher Verstärkung des gegen Preußen unternommenen Angriffs, sondern diente nur dazu aller Welt darzuthun, daß die Reichsconstitutionen zu leeren Formen herabgesunken und dem Untergange verfallen waren. Denselben Weg betrat der königlich polnische Hof. Auf der einen Seite suchte er die Hilfe der großen europäischen Mächte als Garanten

---

[1] 1757 April 23. Ministerielle Instruction an Michell in Königlichem Auftrage.

des westfälischen Friedens gegen Preußen nach, auf der andern flüchtete er sich dem Friedenstörer gegenüber unter den Schutz der Reichsgesetze.

Der Widerspruch zwischen hochtrabenden Worten und thatsächlicher Ohnmacht der Reichsbehörden wurde vom ersten Augenblicke an recht handgreiflich dargestellt. Am 13 September 1756 erließ Kaiser Franz I auf Bericht des Reichshofraths an den König von Preußen als Kurfürsten von Brandenburg ein Dehortatorium, mit welchem er ihm gebot und anbefahl, von allen Empörungen, friedbrüchigen Vergewaltigungen und feindlichen An- und Überziehungen der kursächsischen und anderer Reichslande abzustehen, allen verursachten Schaden und Kosten unweigerlich zu erstatten und sofort wie solches geschehen gehorsamst anzuzeigen. Schließlich war hinzugefügt, daß das begangene schwere Verbrechen gemeingefährlicher Empörung nach den Reichsgesetzen werde bestraft werden. Durch ein ferneres kaiserliches Rescript von demselben Tage wurden Offiziere und Gemeine der preußischen Armee von kaiserlicher Macht und oberster Gewalt wegen der dem Könige von Preußen und Kurfürsten von Brandenburg geleisteten Eide entladen und angewiesen die zur Empörung führenden Fahnen und Dienste zu verlassen[1].

So war der mächtigste Reichsstand durch einen Machtspruch der kaiserlichen Kanzlei verdammt, ungehört, ohne Vorwissen Rath und Bewilligung der Kurfürsten Fürsten und Stände, und es waren damit die Satzungen der Wahlcapitulation des Kaisers Franz und alles Rechtsherkommen einfach mit Füßen getreten. Preußen blieb die Antwort darauf nicht schuldig. Zwar ward durch die kaiserlichen Rescripte der preußischen Armee nicht ein Mann abspenstig gemacht, aber die preußische Regierung unterließ nicht durch ihre Manifeste und Denkschriften auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu wirken und gewann an dieser

[1] Sammlung d. neuesten Staats-Schriften (T. Kriegskanzley) auf d. J. 1756. Frankf. u. Leipz. 1757. S. 65—83. Die preußischen in österreichischen Diensten stehenden Unterthanen und Vasallen wurden durch königliches Patent vom 2 Nov. zurückberufen; umgekehrt die österreichischen durch k. k. Avocatoria vom 6 Dec. 1756. A. a. O. S. 392. 891.

einen schon damals nicht verächtlichen Bundesgenossen. Am Regensburger Reichstage hatte Friedrich der große einen ehrenfesten und standhaften Bevollmächtigten, Erich Christoph Freiherrn von Plotho, der keine Antwort schuldig blieb, sondern auf Grund der erhaltenen Instructionen beharrlich seine Verwahrungen und Proteste einlegte und für jeden groben Klotz einen groben Keil bereit hielt. Aber nicht allein daß Preußen zuversichtlich sein Recht am Reiche behauptete und seinen Freunden damit Muth einflößte, auch die kleineren Reichsstände und die an Ergebenheit für das Kaiserhaus gewöhnten Höfe geriethen in Unruhe über das summarische Einschreiten des Reichshofraths, dessen Willkür jede Rechtssicherheit aufzuheben drohte. Die Magistrate der größeren Städte z. B. Nürnberg und Ulm veröffentlichten die kaiserlichen Rescripte nicht: der Rath von Frankfurt ließ es ruhig geschehen daß die betreffenden Anschläge vom Volke heruntergerissen wurden: ja selbst in Regensburg, dem Sitze des Reichstags, mußte der Magistrat erst durch Androhung der Execution zur Bekanntmachung gezwungen werden. Die geistlichen Höfe warteten auf den Kurfürsten von Mainz, der die Rechtsgiltigkeit der Decrete beanstandete: erst nach wochenlangen Verhandlungen und nachdem die Kaiserin ihm einen Subsidientractat gewährt hatte, ließ er sich herbei „sich endlich vor den Riß zu stellen" und die Avocatorien zu publicieren. Sein Beispiel hatte vielfache Nachfolge, aber selbst der Fürstbischof von Würzburg, Adam Friedrich Graf von Seinsheim, der schon im October ebenfalls nach Abschluß eines Subsidientractats seine Truppen mit den österreichischen vereinigte, entschloß sich erst Ende Januar, nachdem der Reichskrieg beschlossen war, zu der Proclamation[1]. Bei den weltlichen Fürsten war die Gleichgiltigkeit oder das Widerstreben noch allgemeiner: kurz, gleich die erste Probe lehrte daß der Kaiser und sein Reichshofrath der Reichsstände keineswegs unbedingt sicher sei.

Unterdessen waren den ersten Decreten andere gefolgt. Am

[1] Huschberg S. 60 f. 116. Die lange Reihe der Reichshofrathsconclusa, die Publicierung der kaiserlichen Avocatoria betreffend s. Samml. d. neuesten Staats-Schriften auf d. J. 1756. I. Kriegskanzley auf d. J. 1757.

10 October erließ Kaiſer Franz gemäß dem Erkenntniß des Reichshofraths vom vorherigen Tage den Befehl an den kaiſerlichen Hoffiskal gegen den Kurfürſten von Brandenburg einzuſchreiten: zugleich ergiengen an die Reichskreiſe wiederholte kaiſerliche Mandate, in denen Kriegsrüſtungen anbefohlen wurden[1]. Die preußiſche Antwort, welche am 3 November zu Regensburg übergeben ward[2], hob unter anderm hervor, daß da die Kaiſerin Königin zu Ungarn und Böhmen in ſolcher Qualität und als eine ſouveräne Macht gegen S. K. M. von Preußen zu dero Unterdrückung und Ruin mit auswärtigen Mächten Bündniſſe geſchloſſen und ſolche mit deren und beſonders des kurſächſiſchen Hofes Zuthun und Vorwiſſen zur Ausführung zu bringen beabſichtigt habe, ſo ſei wohl auf keine Weiſe abzuſehen, wie Allerhöchſtderoſelben als einer ebenmäßig ſouveränen Macht und gekrönten Haupte verwehrt oder verdacht werden könne, gegen ſolche auf dem Ausbruch geſtandene gefährliche Abſichten ſich zu ſetzen und die von Gott Ihnen verliehenen Defenſionsmittel zu dero und Ihrer Lande Sicherheit an Hand zu nehmen, ohne daß ſie jemanden in der Welt, wer es auch ſei, davon Rechenſchaft zu geben ſich verbunden erachten. — Die Achtung gegen die Perſon des Kaiſers, ſo ihm als Kurfürſt obliege, habe der König nie verletzt: wenn aber von dem Reichshofrath wider die Vorſchrift der Reichsgeſetze und Wahlcapitulation gegen ihn procedieret werden wolle, ſo ſei er an jene ausſpürigen und illegalen Verordnungen nicht gebunden. Nothgedrungen habe er zu ſeiner und ſeiner Lande Sicherheit die ſchleunigſten Rettungsmittel ergriffen und erkläre gegen das geſammte Reich in ganz Europa feierlichſt, daß er von andern Reichsſtänden keinen Fuß breit Erde an ſich zu reißen, ſondern nur bei demjenigen, ſo er von Gott und Rechtswegen und durch feierliche Tractate beſitze, ſich behaupten wolle[3]. Der Umſturz der Reichsverfaſſung ſei ein leeres Ge-

[1] Samml. d. neueſten Staatsſchr. auf d. J. 1756 S. 183—214.

[2] A. a. O. S. 395—408.

[3] Eine anonyme Schrift „Kurzer, doch gründlicher Bericht, daß das Königreich Böhmen Sr. K. M. in Preußen zuſtehe“ ließ König Friedrich den 16 Januar 1757 zu Dresden öffentlich durch den Henker verbrennen.

ſchrei, womit der Reichshofrath ſeine in dieſem Vorfall incompetenten und illegalen Verfügungen zu beſchönigen ſuche. Der König ſei mit Kaiſer und Reich in keinen Krieg verwickelt und gebe zu erwägen, ob nicht bei den Kriegsunruhen zwiſchen der Kaiſerin Königin und dem Kaiſer Karl VII weit eher als jetzt ein Umſturz des Reichsſyſtems zu befürchten geweſen ſei. — Man wolle den König von Preußen als einen Störer der allgemeinen Ruhe und Reichsfeind anſehen, eine Beſchuldigung von der er ſo weit entfernt ſei, daß er gerade zu des Reiches Ruhe und Sicherheit die bekannte Neutralitätsconvention mit dem Könige von England abgeſchloſſen habe.

Dieſe Denkſchrift hatte eine für Preußen ungemein günſtige Wirkung. Als daher ein ſpäteres königliches Schreiben vom 30 October in Kraft der vom Reiche übernommenen Garantie des Dresdener Friedens Hilfe und Beiſtand der Reichsſtände für Preußen begehrte, entnahm das kurmainziſche Directorium aus der ſcharfen Faſſung deſſelben den Vorwand das Schreiben nicht zur Dictatur zuzulaſſen, worauf Plotho es mit einer neuen Denkſchrift drucken ließ[1]. Neben dieſen Wortgefechten gieng aber das ernſtliche Bemühen der preußiſchen Regierung her die Reichsſtände zur Erklärung ihrer Neutralität zu vermögen, wogegen der kaiſerliche Hof Anträge dieſer Art für eine Abſagung der reichsſtändiſchen Pflichten erklärte, wider welche er nach der Schärfe der Geſetze verfahren werde. Namentlich gebot er wiederholt die Bekanntmachung der Avocatorien und die Aufhebung der preußiſchen Werbungen im ganzen Gebiete des Reiches[2]. So ward ein Reichstagsbeſchluß der Neutralität von vorn herein niedergeſchlagen. Nicht beſſer ergieng es dem Plan einer Reichsmediation, welcher von Hannover ausgegangen, von Preußen gebilligt und von andern Reichsſtänden gern aufgenommen, die Räumung Sachſens und die Beruhigung Deutſchlands auf die einfachſte Weiſe zu erreichen gedachte. Ein kaiſerliches Reſcript,

---

[1] Sammlung d. neueſten Staatsſchriften a. a. O. S. 533—541.

[2] 1756 Dec. 10. Kurbrandenburg. Geſandtſchafts Pro Memoria m. Beil. ebend. 585—664.

welches am 14 December den Gesandtschaften mündlich kundgemacht wurde, erklärte, der Kaiser könne und werde in eine Reichsmediation, die sich unter der Hand hervorthun wolle, niemals willigen[1].

Nachdem diese Versuche den Frieden in Deutschland zu erhalten vereitelt waren, schritt der Reichstag am 10 Januar 1757 zur Beschlußfassung über die kaiserlichen Propositionen die Reichsbewaffnung gegen Preußen betreffend. Preußen protestierte unter Hinweis auf die Gefährdung des deutschen Vaterlandes durch die fremden Armeen, welche man gegen die Reichsgesetze und die Wahlcapitulation auf deutschen Boden zu führen beabsichtige, und wiederholte die Versicherung, daß die Restitution aller kursächsischen Lande, sobald solche mit hinlänglicher Sicherheit und ohne Gefahr der preußischen Lande möglich sei und zu einem dauerhaften Frieden gelangt werden könne, unverweilt geschehen solle. Hannover stimmte der früheren kaiserlichen Abweisung ungeachtet dahin, von gesamten Reiches wegen die Vermittelung einer Pacification zu versuchen, und diesem Votum schlossen sich alle herzoglich sächsischen Häuser an, ferner Brandenburg-Kulmbach, Braunschweig-Wolfenbüttel, Baden-Durlach, Würtemberg, Holstein-Glückstadt, Hessen-Cassel, die nassauischen Fürsten, Meklenburg-Strelitz, die wetterauischen, fränkischen und westfälischen Grafen. Mehrfach war diesen Abstimmungen der Antrag hinzugefügt den Kaiser zu bitten gemäß der Wahlcapitulation den Eintritt fremder Truppen in das Reich zu verhindern und die Verwüstung, mit der es bedroht sei, abzuwenden. Dagegen stimmten sämmtliche katholische Reichsstände und von den protestantischen Pfalz-Zweibrücken, Brandenburg-Anspach, Meklenburg-Schwerin, Holstein-Gottorp, Hessen-Darmstadt, Schwarzburg für die kaiserliche Proposition, und es erhielt diese in allen drei Collegien, aus denen der Reichstag bestand (der Kurfürsten, Fürsten und Städte), die Majorität. Demgemäß ward unter dem 17 Januar der Reichstagsbeschluß erlassen, der Kaiser möge nach

[1] Huschberg S. 101 f. Vgl. das königl. preußische Schreiben an die sächsischen Herzöge v. 4 Jan. 1757. T. Kriegs-Canzley auf d. J. 1757 I 217 ff.

den Reichsordnungen überhaupt, insbesondere aber nach Maßgabe der Executionsordnung des westfälischen Friedens und der kaiserlichen Wahlcapitulation fortfahren, um nicht allein den König von Polen zum Besitz seiner Kur- und Erblande nebst Ersetzung der erlittenen Schäden und Unkosten, sondern auch sich selbst und der Kaiserin als Königin und Kurfürstin von Böhmen zur Erlangung hinlänglicher Genugthuung oberstrichterlich zu verhelfen. Zu diesem Ende sollten die gesamten Reichsstände und Kreise die *armatura ad triplum* ungesäumt in dienst- und marschfertigen Stand stellen. Dieser Beschluß ward am 29 Januar im Namen des Kaisers ratificiert und die Erwartung ausgesprochen daß Fürsten und Stände darauf halten würden, daß der Reichsschluß allerseits erfüllet werde[1].

So war der Reichskrieg gegen Preußen decretiert.

Natürlich ward sowohl gegen diesen Beschluß als gegen das Verfahren des kurmainzischen Reichsdirectoriums in diesen Verhandlungen von preußischer Seite Protest eingelegt; auch Hannover und andere protestantische Stände behielten sich alle ferneren Maßnehmungen vor. Aber bei Protesten und Verwahrungen gedachte die preußische Regierung nicht stehen zu bleiben, sondern sie machte Hannover den Vorschlag, die Gesandten von Regensburg abzurufen und sie mit den Gesandten der übrigen in der Minorität verbliebenen Reichsstände an einem anderen Orte zusammentreten zu lassen um gegen die illegalen Beschlüsse gemeinsame Maßregeln zu vereinbaren. Aber ein so entschiedener Schritt entsprach wenig der vermittelnden Stellung, welche Georg II als Kurfürst und seine hannöverschen Räthe einzunehmen suchten, und obgleich die englischen Minister den preußischen Vorschlag für zweckmäßig erkannten, so wagten sie doch nicht bei dem ohnehin mistrauischen Könige ihre Ansicht geltend zu machen[2]. So unterblieb die förmliche Lossagung Preußens vom Regensburger Reichstage, von welcher der Eintritt in die

[1] Kriegs-Canzley 1757 I Nr. 1—9.

[2] 1757 Febr. 8. Berlin. Preußisches Ministerialschreiben an das hannöversche Ministerium. März 4. London. Michell's Bericht.

von König Friedrich in seinen alten Tagen mit der Stiftung des Fürstenbundes aufgenommene deutsche Politik die Folge sein mußte. Plotho hatte auch ferner die Aufgabe sich von seinem Platze nicht verdrängen zu lassen, sondern der Majorität gegenüber auf Preußens Recht zu bestehen.

Die Verhandlungen am Reichstage dienten dem Wiener Hofe als ein Mittel um zu erproben, wie weit die kaiserliche Autorität noch reiche und, wenn Preußen überwunden werde, eine Grundlage für die künftige Befestigung und Ausdehnung seiner Herrschaft im Reiche zu gewinnen. Dieser Gesichtspunkt durfte für höher gelten als die wirkliche Verstärkung des Angriffs durch die ständischen Contingente, zu deren Erlangung überdies erst Geld und gute Worte aufgewendet werden mußten. Namentlich verstand Kaiser Franz sich dazu am 22 Februar den Ständen des Reichs „kräftiglich" die kaiserliche Versicherung zu geben, daß er von der Handlung seines kaiserlichen Amts nicht eher nachlassen werde, bis auch dem gesamten Reich und allen dessen Kreisen der jetzt zu machende Aufwand werde erstattet sein[1].

Daß die Kreise mit ihren Rüstungen nicht eilten wußte man in Wien so gut als anderswo; daher bemühten sich Maria Theresia und Kaunitz um so mehr die endgiltige Vereinigung mit Rußland und mit Frankreich zu beschleunigen, von der die rasche Entscheidung des Krieges abzuhängen schien.

Noch ehe die Höfe von Wien und Versailles über den Kriegsplan und die Theilungsprojecte sich vollständig einigten, wurden sowohl von französischer als von österreichischer Seite Verträge mit Rußland abgeschlossen. Schon hierbei zeigten sich die Folgen einer bloß dynastischen Coalition, welche vom Hasse gegen die Person des Königs von Preußen eingegeben war ohne daß nach den Interessen der Staaten nur gefragt wurde.

Seit dem Juli des vorigen Jahres waren Bectejeff am französischen und Douglas am russischen Hofe als Gesandte beglaubigt. Es ward ernstlich darauf Bedacht genommen statt der bisherigen Entfremdung zwischen Frankreich und Rußland enge

[1] T. Kriegs-Canzley 1757 I 107. 111. Vgl. 121. 208. 280.

Beziehungen herzustellen. Aber für diese wollte sich nirgends eine Basis bieten. Ein Defensivtractat, welcher eine gegenseitige Garantie in sich schloß, konnte Frankreich gegen das feindliche England wenig nützen, um so mehr aber sein Verhältniß zu Schweden, Polen, der Türkei zerrütten; denn diese Reiche gegen Rußland zu sichern war bisher die Aufgabe der französischen Politik gewesen, und die Pforte wenigstens, welche schon bei dem Bündnisse mit Österreich außer Acht gelassen war, wollte man durch eine zu enge Verbindung mit Rußland nicht von sich stoßen. Daher verfiel man am französischen Hofe auf den Gedanken einen Handelsvertrag zu schließen, mittelst dessen die Engländer vom russischen Markte verdrängt werden sollten.

Aber auch dieser Plan scheiterte an den gegebenen Verhältnissen. Der russische Handel war von dem englischen Capital abhängig. Die englischen Häuser zu Petersburg pflegten auf die Lieferung russischer Producte Vorschüsse auf lange Fristen zu machen, mindestens auf ein Jahr oder fünfzehn Monate: wie war daran zu denken, daß sich eine entsprechende Anzahl französischer Capitalisten finden sollte, welche bereit wären, um dieses Geschäft in die Hand zu nehmen, nach Rußland zu übersiedeln? Dazu kam daß, abgesehen von den gegenwärtigen Kriegsläuften, die französische Handelsmarine überhaupt nicht zahlreich genug war um für einen so ausgedehnten und entfernten Verkehr eintreten zu können. Man dachte deshalb irgend einen Stapelplatz zu wählen, etwa Hamburg, der diesen Handel vermitteln könnte. Endlich fürchtete man auf französischer Seite wiederum, daß Schweden und Dänemark, welche bisher Frankreich mit den Producten versorgten, welche Rußland liefern konnte, namentlich mit Bedürfnissen für die Marine, durch einen russischen Handelsvertrag veranlaßt werden möchten sich an England anzuschließen. Deshalb erschien auch dieses Project als unausführbar[1].

Schließlich vereinigte man sich dahin, daß die Kaiserin von Rußland der Neutralitätsconvention und dem Freundschafts- und Unionsvertrage von Versailles und den beiden Separatartikeln

[1] 1756 Sept. 27. Paris. Knyphausens Bericht. Beil. II 52.

beitrat und von dem Könige von Frankreich und der Kaiserin Königin als ihre gemeinsame Freundin und Bundesgenossin aufgenommen wurde. Die Accessionsacte ward am 31 December 1756 a. St. zu Petersburg unterzeichnet. In derselben ward übrigens Frankreich von Hilfsleistungen gegen Persien oder gegen die osmanische Pforte, Rußland von solchen gegen England oder italienische Staaten ausdrücklich dispensiert. Die geheimen Artikel des Versailler Vertrages waren der russischen Regierung nicht mitgetheilt[1].

Wenige Wochen später, am 22 Januar 1757 a. St., unterzeichneten zu Petersburg Bestucheff und Woronzoff für Rußland, Esterhazy für Österreich eine Convention, welche den Vertrag vom 22 Mai 1746 zu ersetzen bestimmt war.

Wir haben früher gesehen, daß die russische Regierung schon im April des vorigen Jahres den Entschluß gefaßt hatte die Feindseligkeiten gegen Preußen zu eröffnen und Österreichs Mitwirkung dafür in Anspruch nahm, daß es aber den dringenden Vorstellungen von Kaunitz gelang die Vertagung des Angriffsplans auf das nächste Frühjahr zu bewirken. In Folge dessen erhielt die im Marsche begriffene Armee noch vor Mitte Juni Gegenbefehl und es behielt auf Esterhazy's Betrieb dabei auch dann sein Bewenden, als um dieselbe Zeit der sächsische Hof in seiner ersten Sorge vor einem Einmarsche der Preußen auf Grund des Defensivvertrages vom Jahre 1744 russische Truppen sich zum Beistande erbat[2]. Sobald aber die kriegerischen Bewegungen des preußischen Heeres zu Petersburg gemeldet wurden, erließ die Kaiserin Elisabeth am $\frac{4}{15}$ September eine Erklärung, in welcher sie ihren Entschluß kundthat den Einbruch in die Staaten ihrer Verbündeten nicht mit gleichgiltigen Augen ansehn, sondern dem angegriffenen Theile nachdrücklich beistehen zu wollen. Die Entgegennahme fernerer Raten der englischen Subsidien ward von der Hand gewiesen. Damals machte König Friedrich durch Williams einen neuen Versuch Bestucheff zu be-

[1] Martens supplém. III 33–44.

[2] Raumer Beiträge II 405 f. Vgl. o. S. 159 u. 187.

ſtechen: er bot ihm für ſeine guten Dienſte hunderttauſend Thaler. Dies Mittel wirkte. Beſtucheff reichte dem engliſchen Geſandten die Hand und ſagte: „von dieſer Stunde an bin ich des Königs „Freund, doch ſehe ich nicht wie ich ihm jetzt dienen kann. Hätte „ich dies zwei Monate früher gewußt, ſo möchte ſich vieles haben „thun laſſen. Aber er hat den Krieg begonnen und nichts kann „die Kaiſerin hindern Öſterreich beizuſtehn; alle Beſchlüſſe ſind „darüber gefaßt. Es iſt wahr, er findet uns etwas unvorbereitet, „und Sie wiſſen, unſere Bewegungen ſind langſam. Ich kann „nicht verſprechen jetzt etwas zu thun, weil es außer meiner „Macht liegt, doch mögen Sie dem Könige von Preußen ver„ſichern: alles was Mardefeld (der frühere preußiſche Geſandte) „gegen mich mag unternommen haben, iſt vergeſſen, und ich bin „bereit, ſobald ſich die Gelegenheit darbietet, dem Könige durch „mehr als bloße Worte zu beweiſen daß ich zu ſeinem Dienſte „ſtehe." Zu dieſer Umwandlung Beſtucheffs wirkte noch etwas anderes als das preußiſche Geld, nämlich die geheimen Beziehungen zu der Großfürſtin Katharina, welche ſich um jene Zeit anſpannen und durch die Kränklichkeit der Kaiſerin und die Ausſicht auf die bevorſtehende Thronveränderung genährt wurden. Katharina trug ihre Geſinnungen für König Friedrich von Preußen nicht ſo zur Schau wie ihr Gemahl der Großfürſt Peter, aber gegen den engliſchen Geſandten misbilligte auch ſie das Benehmen des Wiener Hofes gegen England und erklärte, ein Bündniß zwiſchen England Rußland Holland Preußen und einigen deutſchen Fürſten könne allein Europa retten[1].

Aber dieſe geheimen Einverſtändniſſe und Umtriebe mußten einſtweilen vor dem Willen der Kaiſerin und ihrem glühenden Haſſe gegen Preußen ſich verbergen. Beſtucheff fuhr fort dem gegenwärtigen Zuge der Politik des Kaiſerhofes zu dienen, bis die Stunde der Umkehr komme. Die Klagen der Königin von Polen, Zuträgereien wie die, daß der König von Preußen in Rußland einfallen wolle um Iwan III aus dem Gefängniſſe zu befreien und auf den Thron zu ſetzen, verbitterten die Stimmung

[1] 1756 Sept. 28. Williams Bericht b. Raumer II 399 ff.

immer mehr[1], und der österreichische Hof bot alles auf, um für den nächsten Feldzug die russische Regierung zu der kräftigsten Betheiligung am Kriege zu vermögen. So kam am 22 Januar das neue Bündniß zu Stande, zu dem auch Bestucheff seine Unterschrift hergab.

Die Einleitung dieser Convention bezeichnete als besonderen Zweck des Vertrages den König von Preußen zu zügeln: die beiden Kaiserinnen sind entschlossen gegen diesen gemeinsamen Feind, den Störer der öffentlichen Ruhe, ihre Streitkräfte zu verwenden und nicht eher die Waffen niederzulegen als bis man dahin gelangt sei mit göttlicher Hilfe, welche ihre gerechte Sache beschützen werde, ganz Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder unter die Herrschaft der Kaiserin Königin zurückzuführen und der Macht jenes Fürsten ausreichende Schranken zu setzen, dessen ungerechte Anschläge keine Schranken kennen. Die Convention besteht aus acht Artikeln. Im ersten bestätigen die Kaiserinnen für sich, ihre Nachfolger Erben Reiche und Staaten den Vertrag vom 22 Mai 1746 und namentlich den vierten Separatartikel desselben, welcher die Grundlage des gegenwärtigen Vertrags bilden soll. Die Kaiserin Königin verpflichtet sich während der ganzen Dauer des Kriegs gegen den König von Preußen wenigstens 80000 Mann regulärer Truppen zu verwenden (Art. II): die Kaiserin von Rußland die gleiche Zahl regulärer Truppen und fünfzehn bis zwanzig Linienschiffe, Fregatten, Bombardiergalioten und mindestens vierzig Galeeren (Art. III). Beide Theile werden einander die genauen Bestände ihrer Armeen mittheilen und zu denselben Generäle abschicken, welche im Kriegsrathe Sitz und Stimme erhalten, und werden den Operationsplan unter einander vereinbaren: und da der König von Preußen dermalen den größten Theil seiner Streitmacht gegen die Armeen der Kaiserin Königin verwendet, verpflichtet sich die Kaiserin von Rußland ihre Armee so rasch wie möglich in die Staaten des gedachten Königs vordringen zu lassen, wogegen die Kaiserin Königin verspricht, in diesem Falle die preußischen Truppen zu

[1] 1756 Oct. 30. Ebend. 403.

beſchäftigen um die Operationen der ruſſiſchen Armee zu unterſtützen (Art. IV). Beide Kaiſerinnen geloben einander mit ihrem gemeinſamen Feinde dem Könige von Preußen ohne beiderſeitiges Einvernehmen keinen Waffenſtillſtand noch Frieden zu ſchließen, ſondern vielmehr den Krieg fortzuſetzen, bis die Kaiſerin Königin in den friedlichen Beſitz von ganz Schleſien und der Grafſchaft Glatz wieder eingetreten und die Wiederbeſitznahme ihrer Staaten ihr durch einen feierlichen Friedenstractat gewährleiſtet iſt, den die Kaiſerin von Rußland garantiert (Art. V). Da die Ruhe von Europa nimmermehr ſichergeſtellt werden kann, ſobald man nicht dem Könige von Preußen die Mittel nimmt ſie zu ſtören, werden die Kaiſerinnen alles aufbieten um der Menſchheit dieſen Dienſt zu leiſten und zu dieſem Zwecke ſich mit allen Mächten vereinigen, bei denen ſie dieſelben Geſinnungen vorausſetzen dürfen (Art. VI). Da nicht alle zu dieſem Zwecke nothwendigen Maßregeln ſich im voraus feſtſetzen laſſen, verſprechen die Kaiſerinnen einander in allem was auf dieſe Übereinkunft Bezug hat im Einverſtändniß zu handeln und ſie mit der Genauigkeit und dem Eifer zu erfüllen, den durch Intereſſe und Freundſchaft eng verbundene Mächte einander ſchuldig ſind (Art. VII). Die Ratification ſoll ſpäteſtens binnen zwei Monaten erfolgen; inzwiſchen ſollen die bereits ergriffenen Maßregeln und die aus dieſer Übereinkunft ſich ergebenden keinen Aufſchub erleiden (Art. VIII).

Dem Vertrage ſind vier Separatartikel und ein geheimer Separatartikel angehängt. Der erſte behält den Beitritt anderer Mächte, insbeſondere, wenn er ihn wünſcht, des Königs von Frankreich vor. Der zweite bezieht ſich auf Schweden. Beide Kaiſerinnen werden dahin wirken daß der König von Schweden mit ſeinen Truppen zu der Erniedrigung des Königs von Preußen mitwirkt, und verpflichten ſich in dieſem Falle ihm reelle Vortheile, entſprechend dem Antheile welchen er an dem Kriege nehmen wird, zu verſchaffen. Nach demſelben Grundſatze wird man gegenüber dem Kopenhagener Hofe verfahren. Der dritte Artikel beſtimmt, daß, obwohl der König von Polen und Kurfürſt von Sachſen durch den Treubruch des Königs von Preußen faſt außer Stande iſt, ſeinen Verpflichtungen nachzukommen und

demgemäß zu dem Plane der Erniedrigung des Königs von Preußen beizutragen und mitzuwirken, die beiden Kaiserhöfe dennoch alles daran setzen wollen um ihm nicht allein wieder zum Besitze seines Kurfürstenthums zu verhelfen, sondern ihm auch auf Kosten des Königs von Preußen eine angemessene Entschädigung zu verschaffen. Der vierte Artikel enthält Vorbehalte in Betreff der Anwendung der französischen Sprache in diesem Vertrage. In dem geheimen Separatartikel endlich verpflichtet sich die Kaiserin Königin statt der in dem vierten geheimen Separatartikel vom 22 Mai 1746 bestimmten Summe von zwei Millionen Gulden an die Kaiserin von Rußland jährlich, so lange der Krieg dauert, eine Million Rubel zu bezahlen, und zwar 500000 Rb. nach Auswechslung der Ratificationen und 500000 Rb. sechs Monate später und so fort praenumerando in halbjährigen Raten. Dafür verzichtet die Kaiserin von Rußland auf jede weitere Geldforderung an die Kaiserin Königin[1].

Aus dem österreichisch-russischen Allianztractate spricht der Haß gegen Preußen bitterer als es bei Staatsverträgen sonst der Fall zu sein pflegt, und wenn auch, wie es in einem späteren Vertrage heißt, aus höheren Gründen der Theilungsplan noch nicht förmlich festgestellt ward, so war doch alles darauf angelegt unter möglichst allseitiger Mitwirkung der europäischen Mächte den preußischen Staat zu erniedrigen und zu zerstückeln. Daß damit auch Deutschland zerstückelt und in fremde Hände veräußert ward, war eine Erwägung die vor den Interessen des habsburgischen Hauses schweigen mußte. Das nächste war daß bei dem deutschen Reichstage in der Person des Hofraths von Büttner ein russischer Ministerresident beglaubigt wurde, eine Neuerung, welche zu Regensburg nicht geringes Aufsehen und Kopfschütteln verursachte[2].

Die Subsidien, welche der österreichische Hof den Russen versprach, waren so beträchtlich, daß um sie zu zahlen er des Beistands von Frankreich bedurfte; ein Grund mehr den so lange

[1] S. den Vertrag Beil. I 5.

[2] Huschberg-Wuttke S. 132, 16.

ſchon verhandelten und in ſeinen Grundzügen feſtgeſtellten geheimen Allianzvertrag endlich zum definitiven Abſchluſſe zu bringen. Ehe man jedoch dazu gelangte mußten ſich die Höfe von Wien und Verſailles erſt über den Plan der Kriegführung verſtändigen, was wider Erwarten nicht geringe Schwierigkeiten machte. Denn die verſchiedenen Intereſſen Frankreichs und Öſterreichs machten bis zu einem gewiſſen Grade ſelbſt im Cabinette Ludwigs XV ihr Recht geltend und die öſterreichiſche Regierung war ſich deſſen zu wohl bewußt, daß die neue Allianz nur von dem Willen des Königs und der Pompadour und ihres Anhangs getragen wurde, im Widerſpruch mit den Geſinnungen des Volkes und des Heeres und der erfahrenen Staatsmänner, als daß ſie durch entſchiedenes Feſthalten ſelbſt berechtigter Forderungen die ohnehin ſtarke Oppoſition gegen den Continentalkrieg noch hätte verſtärken mögen.

Wir haben erzählt, daß Maria Thereſia nach Eröffnung der Feindſeligkeiten im September 1756 den Zuzug des franzöſiſchen Hilfscorps von 24000 Mann begehrte und daß der franzöſiſche Hof Anſtand nahm dieſe dem Vertrage von Verſailles vollkommen entſprechende Forderung zu gewähren[1]. So einſtimmig war die Generalität und der Hof, daß ſelbſt der Unterhändler des Vertrags, Graf Bernis, ſein Werk preisgab. „Nichts würde uns „mehr in Abhängigkeit verſetzt haben," äußerte er in einem vertraulichen Briefe, „als unſer Truppencorps in Böhmen oder Mähren; das hieß dem Wiener Hofe 24000 Geiſeln zu ſeiner Verfügung ſtellen, ſtatt daß wir am Rheine unſere eigenen Herren „ſind."

So ſtand es denn in den herrſchenden Kreiſen feſt, daß wenn Frankreich nach dem Willen des Königs ſich am Continentalkriege betheilige, es als ſelbſtändige Macht eingreife und ſeine Waffen nicht bloß gegen Preußen, ſondern auch gegen Hannover richte.

---

[1] S. o. S. 220. Corresp. du Card. de Bernis. Londr. 1790 II 24 f. Bernis an Par. du Verney, Fontainebleau d. 18 Oct. 1756. Das folgende nach Stuhr Forſch. I 75 ff. u. Mouvements des armées du Roy pendant l'année 1757. I 25 ff.

Im October ward der Herzog d'Estrées nach Wien gesandt um die französischen Entwürfe dem österreichischen Cabinette annehmbar zu machen. Seine Instructionen wiesen ihn an dasselbe zu überzeugen, daß es unnütz und nachtheilig sei 24000 Mann nach Mähren zu entsenden, welche zweckmäßiger zu einem directen Angriffe auf den Feind zu verwenden seien. Statt dessen sei der König von Frankreich bereit als Garant des westfälischen Friedens sich mit einem Heere von 80—90000 Mann am Kriege zu betheiligen, und zwar solle eine Armee von 50—60000 Mann sich am Rheine sammeln und gegen die rheinisch-westfälischen Besitzungen des Königs von Preußen und gegen die Armee, welche der König von England aufstelle, ins Feld ziehen; andere 30000 Mann sollten von den Grenzen Flanderns aus die österreichischen Niederlande decken und die Holländer in der Neutralität erhalten. Überdies wollte Frankreich den König von Schweden ebenfalls als Garanten des westfälischen Friedens dazu vermögen von Pommern aus die preußischen Staaten anzugreifen.

Maria Theresia und Graf Kaunitz waren mit diesen Vorschlägen durchaus nicht einverstanden. Sie mochten sich nicht entschließen den Vortheil, welcher ihnen im Vertrage von Versailles zugestanden war, Frankreich als Subsidiarmacht zu benutzen, aus der Hand zu geben um die lästige Bürgschaft des westfälischen Friedens zu verstärken und die Franzosen als selbständige Macht im Reiche handeln zu lassen. Auch besorgten sie, wenn Frankreich mit Hannover seinen Zweck erreiche, werde es zum Kriege mit Preußen keinen großen Eifer mehr zeigen. Deshalb stellte Kaunitz in einer Denkschrift vom 27 November einen doppelten Gegenvorschlag auf. Entweder möge der König von Frankreich dem Königreich Hannover und dessen Söldnern Neutralität anbieten: werde diese angenommen, so billige die Kaiserin Königin, daß die französische Armee sich vom Niederrheine her der preußischen Lande bemächtige und alsdann über die Weser gegen Magdeburg vorrücke. In dem Falle aber, daß ein Neutralitätsvertrag nicht zu Stande komme, beantragte der kaiserliche Hof, daß das französische Observationscorps gegen die Niederlande und die norddeutschen Fürstenthümer am Rheine aufgestellt

werde, und daß außerdem noch im Februar königliche Truppen in der Stärke von 40000 Mann über den Oberrhein durch Schwaben und die Oberpfalz und das Vogtland nach Sachsen marschierten. Die Kaiserin werde dieses Corps mit 10000 Mann verstärken und ihm Unterstützung und Rückhalt gewähren, indem sie zu gleicher Zeit den König von Preußen mit 110000 Mann bedrängen lasse.

Nach reiflicher Berathung des dazu niedergesetzten Comités, in welchem Belleisle's Stimme von besonderem Gewichte war, wurde am 12 December von dem französischen Hofe die Antwort auf die österreichischen Vorschläge erlassen. Zwar in die Neutralität von Hannover willigte das Cabinet von Versailles unter der Bedingung, daß den französischen Truppen gegen Bezahlung für ihren Unterhalt freier und ungehinderter Durchmarsch durch das Kurfürstenthum zugesichert werde; jedoch könne Frankreich Hannover keine Anträge machen, sondern lege die Verhandlung darüber ganz in die Hand des österreichischen Hofes. Dagegen ward der Vorschlag mit 40000 Mann durch das Vogtland in das Kurfürstenthum Sachsen vorzudringen aus militärischen Gründen entschieden abgelehnt. Denn der König von Preußen sei der Gebirgspässe Herr und werde von seiner Centralstellung aus sich mit gesamter Macht auf das französische Heer werfen ehe die Österreicher diesem zu Hilfe kommen könnten; überdies werde die Verpflegung der Armee im Vogtlande sehr schwierig sein. Die vertragsmäßigen 24000 Mann könnten spätestens Anfangs März marschieren und über Pilsen oder Eger zum österreichischen Heere stoßen. Außerdem aber gedenke der König von Frankreich der Kaiserin durch eine größere Armee im Norden beizustehen; er sei nämlich bereit 60000 Mann französischer Truppen, ungerechnet die leichten Truppen und die deutschen Söldner, an der Maas und am Niederrhein aufzustellen um nach Befinden von dort später zum Angriff überzugehen. In diesem Gegenvorschlage war zum Scheine zwar die Bereitwilligkeit ausgesprochen, das vertragsmäßige Hilfscorps nach Böhmen zu schicken, aber nichtsdestoweniger stand der Entschluß fest, daß es nicht geschehen solle. Dies hätte bei der herrschenden Stimmung die Pompadour selbst

dem Heere nicht zu bieten gewagt. Vielmehr ward d'Eſtrées an demſelben Tage, an welchem die Denkſchrift ausgefertigt wurde, dahin inſtruiert, daß es die Abſicht des Königs ſei das Heer am Niederrhein auf 85000 Mann zu bringen, dafür aber von der Stellung des Hilfscorps entbunden zu werden.

Kaunitz verbarg ſeine Verſtimmung über die franzöſiſchen Entwürfe nicht. Sowohl in mündlicher Verhandlung als in einer neuen Denkſchrift vom 4 Januar 1757 nahm er die Stellung der 24000 Mann franzöſiſcher Hilfstruppen in Anſpruch und ſprach den Wunſch der Kaiſerin aus, daß dieſelben ſich ſchon im Februar in Marſch ſetzen möchten. Dieſes franzöſiſche Corps ſollte mit 150000 Öſterreichern vereint gegen Sachſen operieren; gegen die Lauſitz und Schleſien wolle die Kaiſerin andere 100000 Mann aufbringen, mit denen die Ruſſen ſich vereinigen würden. Die franzöſiſche Hauptarmee von 60000 Mann werde zweckmäßiger ſich am Main und Rhein verſammeln; dort könnten öſterreichiſche und Reichstruppen, etwa 36000 Mann, ſich an ſie anſchließen.

Schon am 6 Januar erwiederte d'Eſtrées die öſterreichiſche Denkſchrift mit dem Gegenvorſchlage, daß das franzöſiſche Hilfscorps von 24000 Mann an den Main rücke und im weiteren Vorgehen ſich bei Erfurt mit 36000 Mann öſterreichiſcher und Reichstruppen vereinige. Zugleich ſolle die franzöſiſche Hauptmacht Hannover zur Neutralität nöthigen und alsdann in zwei Abtheilungen gegen Halberſtadt und gegen Halle vordringen. Hier würden von Erfurt her, während das Reichsheer im Rückhalte bleibe, jene 24000 Mann ſich mit ihr vereinigen und die Preußen über die Elbe werfen. Dieſer Entwurf hatte die Neutralität Hannovers zur Vorausſetzung. Für den Fall dagegen, daß Hannover nicht neutral bleibe, erklärte d'Eſtrées, werde der Kaiſerin die bei Erfurt vereinigte Armee zur Verfügung ſtehen, während die franzöſiſche Hauptarmee den Kurfürſten von Hannover in Schach halte und im September die Belagerung von Weſel unternehme.

Damit war wiederum die weſentlichſte Forderung der Kaiſerin beſeitigt, die Mitwirkung der 24000 Mann Franzoſen zu

dem Angriffe des österreichischen Heeres auf Sachsen, und große Dinge für den Fall der Neutralität von Hannover versprochen, an deren Zustandekommen weder d'Estrées noch die französische Regierung ernstlich glaubte. Die wahre Meinung sagte d'Estrées einige Tage später gerade heraus, daß wenn der österreichische Hof auf seinen Forderungen beharre, er auf das Vorrücken der französischen Truppen über den Rhein nicht rechnen dürfe.

Die Sache war nicht zu ändern. Wollte Maria Theresia Frankreichs Beistand gewinnen, so mußte sie sich den Bedingungen fügen, unter denen er ihr gewährt wurde. Demnach verzichtete Österreich vorläufig auf die Stellung des französischen Hilfscorps: dafür sollten aber wenn Hannover nicht neutral bleibe, zum kaiserlichen Heere 6000 Würtemberger und 4000 Baiern stoßen, welche der König von Frankreich in Sold nehmen wollte. Die französische Hauptarmee sollte auf 105000 Mann gebracht werden und vom Niederrheine gegen die Elbe vordringen. Im Falle der Neutralität von Hannover sollten 70000 Mann unverzüglich auf Magdeburg rücken und diese Festung belagern; 35000 Mann sollten Wesel einschließen. Komme die hannoversche Neutralität nicht zu Stande, so werde die französische Armee im April die Belagerung von Wesel unternehmen und nach Einnahme dieses Platzes bis zum 10 Juli über die Weser gehen und an die Elbe vorrücken. Zur Belagerung von Magdeburg versprach die österreichische Regierung das schwere Geschütz zu liefern. Man nahm als selbstverständlich an, daß diesem Unternehmen die Vertreibung der Preußen aus Sachsen vorausgegangen sein müsse, so daß die Elbe für die Transporte zur Verfügung stehe. Zur französischen Armee sollten vier Bataillone österreichischer Infanterie und künftig noch zwei Husarenregimenter stoßen. Nach einer späteren Übereinkunft sollten die eroberten Gebiete nach Verhältniß der dabei verwandten Truppenzahl unter beide Mächte getheilt werden, das militärische Commando aber dem Theile verbleiben, welcher die Eroberung gemacht und in die Waffenplätze Besatzung gelegt hätte. Über die Rang- und Dienstverhältnisse der combinierten Truppen ward am 25 Februar eine Convention von d'Estrées und dem Grafen

Reipperg, dem Präsidenten des Hofkriegsraths unterzeichnet, in welcher bestimmt ward, daß der Befehlshaber der schwächeren Armee, auch wenn er im Range höher stehe, stets die zweite Stelle einzunehmen habe; im übrigen sollte das Dienstalter über den Vorrang entscheiden[1].

Nachdem hiemit der Zweck der Sendung im wesentlichen erreicht war, verließ d'Estrées, jüngst zum Marschall von Frankreich befördert, am 1 März Wien um den Oberbefehl über die französische Armee in Deutschland zu übernehmen.

Nunmehr zögerte der französische Hof nicht länger im Reiche seinem Einverständnisse mit Österreich gemäß zu handeln. Die früheren Verträgen gemäß von den Kurfürsten von Köln und von der Pfalz zu liefernden Söldner, von jenem 1800, von diesem 6000 Mann[2], wurden eingefordert und von dem letzteren am 28 März zugleich mit dem Abschluß einer Convention über die Besetzung von Düsseldorf durch französische Truppen eine französische Garantieacte übergeben, durch welche der Kurfürst für den Wegfall der am 24 December 1741 gewährten preußischen Verzichtleistung auf Berg und Jülich gesichert werden sollte[3]. Am 29 März ward die französische Militärconvention mit dem Kurfürsten von Baiern, am 30 mit dem Herzoge von Würtemberg unterzeichnet und zwar sollten die Miethstruppen so bald wie möglich nach Böhmen marschieren. Baiern lieferte vier Regimenter jedes zu tausend Mann zur alleinigen Verfügung des Königs von Frankreich und empfieng für jedes Regiment in Friedensjahren 64473 fl., in Kriegsjahren 78507 fl. Der Kurfürst verpflichtete sich die Regimenter vollzählig zu erhalten. Zur Montierung ward aller drei Jahre im Frieden, aller zwei Jahre im Kriege für jedes Regiment die Summe von 20000 fl. gezahlt. Wenn der König das Truppencorps nicht mehr verwendet, ist er nach der Rückkehr desselben in das Kurfürstenthum zu keiner weiteren Zahlung verpflichtet: indessen wird er noch für einen

---

[1] Vgl. T. Kriegs-Canzley 1757 I 769.

[2] Stuhr Forsch. I 104.

[3] Koch-Schöll III 38 f. 126 ff. m. d. Datum d. 2 März.

ferneren Monat die Zahlung leisten. Im Falle der Kurfürst seine Armee durch neue Aushebungen um vier Regimenter jedes zu tausend Mann verstärkt, wird der König ihm ein für allemal 193312 fl. auszahlen. In Verfolg dieser Bestimmung übernahm der König von Frankreich durch einen neuen Vertrag vom 31 Juli 1757 fernere 2800 Mann bairischer Truppen gegen ein Jahrgeld von 219819 fl. 36 Xr. und anderweite Zahlungen für Mobilmachung, Ersatzmannschaften und Montierung[1].

Herzog Karl Eugen von Würtemberg bezog schon seit 1752 325000 L. an französischen Jahrgeldern[2]. In den neuen Subsidienvertrag, nach welchem er sich verpflichtete fünf Regimenter jedes zu tausend Mann zu stellen, wurden dieselben Zahlungssätze aufgenommen, welche der bairische Vertrag vom 29 März enthält, und außerdem zur Mobilmachung für jedes Regiment 48328 fl. bewilligt. Aber ein geheimer Artikel erhöhte die Zahlung für je 1000 Mann in Friedensjahren auf 69473 fl. und in Kriegsjahren auf 83507 fl.; überdies sollten die Zahlungen noch vier Monate nach der Entlassung des Hilfscorps fortgesetzt werden[3].

Der bairische Subsidientractat mit Frankreich erregte kein Befremden. Der früher mit England und Holland eingegangene Vertrag war im vorigen Jahre abgelaufen und die Seemächte hatten keine Neigung bezeigt Zahlungen, von denen sie nicht den mindesten Nutzen zogen, über den einmal bestimmten Termin hinaus fortzusetzen. Ohne fremde Zuschüsse glaubte aber damals der bairische Hof nicht bestehen zu können. Daher hatte Kurfürst Maximilian Joseph bei Zeiten sich dem Hofe von Versailles angetragen und dessen vorläufige Zusage empfangen. Die

---

[1] S. die Conventionen mit Baiern in Murhard-Martens nouveau suppl. au recueil de traités. 1839. II 613–624.

[2] Die an Baiern und Würtemberg sowie an Kurköln, Kurpfalz u. a. geleisteten Zahlungen s. Meiners u. Spittler, n. Götting. hist. Magazin 1794 III 332–338. Über Würtemberg vgl. Stablinger Gesch. des würtemb. Kriegswesens 1856 S. 402 ff.

[3] Eine Copie des Vertrages befindet sich in der Ambassade de Mr. de Choiseul à Vienne T. III (Kaiserl. Bibliothek zu Paris. Manuscr. suppl. franç. nr. 7134).

Unterzeichnung des Vertrags ward verschoben bis man sich mit dem Wiener Hof geeinigt hätte, aber die französischen Zahlungen hatten schon im September 1756 begonnen. Der Kurfürst folgte mit diesem Bündnisse dem längst hergebrachten Zuge des Wittelsbachischen Hauses, um so leichteres Herzens, da die großen katholischen Höfe einig waren. Des früheren Widerstreits zwischen Baiern und Österreich ward dazumal so wenig beim Heere als bei der Bevölkerung gedacht. Angesehene Beamte und der Beichtvater des Kurfürsten standen im Solde des französischen Hofs.

Nicht so gleichgiltig nahmen die protestantischen Würtemberger den neuen Dienstvertrag ihres Landesfürsten mit Frankreich hin. Sie erblickten damals in Preußen eine Stütze der evangelischen Kirche gegen die katholischen Mächte, und es rief unter ihnen den bittersten Unwillen hervor daß ihr liederlicher Herzog, um seinen zerrütteten Finanzen aufzuhelfen, die würtembergischen Truppen zum Kriege gegen Friedrich den großen an Frankreich verdang. Des Herzogs Bruder Friedrich Eugen diente nach wie vor im preußischen Heere und that sich unter dessen Generalen rühmlichst hervor.

Um dieselbe Zeit wie diese Soldverträge mit deutschen Fürsten, am 21 März 1757, ward zu Stockholm auch eine französisch-schwedische Allianz gegen Preußen abgeschlossen, welche König Adolf Friedrich als willenloses Werkzeug seines Reichsrathes genehmigen mußte. Den adligen Machthabern war es mit ihrem Hasse gegen den Bruder ihrer Königin bitterer Ernst: schon im vorigen Jahre berichtet der englische Gesandte aus Stockholm: „es gibt nichts so arges was man hier nicht vom „Könige von Preußen sagte. Daß er Englands verbündeter ist „erhöht seine Schuld und man triumphiert im voraus, daß sich „Rußland wider ihn erklären werde[1].“ Es verstand sich daher von selbst, daß die am 22 November von Preußen gestellte Forderung, Schweden möge der im westfälischen Frieden für das Herzogthum Magdeburg übernommenen Garantie nachkommen, stolz abgewiesen wurde, und daß die schwedische Regierung auf

[1] Raumer Beitr. II 401 f. (vom 24. Sept. 1756).

die bis zum Mai 1757 mit Preußen geschlossene Defensivallianz, welche vor wenig Jahren als ein wichtiger Schutz Schwedens gegen Rußland gegolten hatte, keine Rücksicht nahm.

Der neue Vertrag der Kronen Frankreich und Schweden kam um so leichter zu Stande, da diesmal der französische Einfluß durch den russischen verstärkt wurde. Schweden verpflichtete sich damit, unter Bezugnahme auf die bereits an den schwedischen Minister auf dem Regensburger Reichstage erlassenen Weisungen, die Garantie des westfälischen Friedens mit Frankreich vereint zu leisten. Im Falle Schweden von Preußen nicht angegriffen werde, garantierte Frankreich der Krone Schweden den Besitz von Pommern in den Grenzen des Stockholmer Vertrages von 1720, unter Abstellung aller von Schweden auf Grund desselben gegen Preußen erhobenen Beschwerden. Erfolge aber ein Angriff von preußischer Seite, so versprach Frankreich Schweden in den Besitz von Pommern gemäß dem Vertrage von St. Germain en Laye vom Jahre 1679 zu setzen. Im Falle der Betheiligung am Kriege verpflichtete sich Schweden ohne Zustimmung des Königs und der Kaiserin Königin, welcher der Beitritt zu diesem Vertrage offen gehalten wurde, sich mit Preußen nicht zu vergleichen[1].

Der schwedische Reichsrath stand längst im Solde Frankreichs und hatte die Zusage eines neuen Subsidienvertrags; daher schämte er sich nicht mit den Überlieferungen schwedischer Politik zu brechen und sich den alten Feinden Schwedens, Rußland und Österreich, beizugesellen um die einzige protestantische Monarchie auf dem Festlande zu verderben. Es war geradezu ein Verrath an den Landesinteressen, daß die regierenden Herren die Eroberung Preußens durch die Russen begünstigten, statt diesen tödlichen Schlag gegen die Freiheit des Nordens, wie der dänische Minister Bernstorff ihn mit richtiger Erkenntniß bezeichnete, aus allen Kräften abzuwehren. Das Volk war unwillig über den Krieg gegen Friedrich II, „unsern Mitbruder", wie er als Bruder der schwedischen Königin genannt ward, aber eingeschüchtert und ohne Führer wie es war regte es sich nicht.

[1] Koch-Schöll III 34 ff.

Für die katholiſchen Mächte war der nächſte Gewinn von der ſchwediſchen Allianz die Spaltung der Proteſtanten: ſie konnten um ſo leichter den Schein von ſich abwenden, als ſei der Proteſtantismus bedroht. Aus demſelben Grunde, weil damit die Neutralität von Holland und Dänemark geſichert werde und ein Bund der proteſtantiſchen Staaten nicht mehr zu fürchten ſei, war die franzöſiſche Regierung mit der Neutralität von Hannover einverſtanden[1].

Mit Schweden und Frankreich verhandelte auch Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, deſſen Beſchwerden über preußiſche Übergriffe keine Erledigung gefunden hatten. Denn eine am 1 Auguſt 1756 zu Regensburg von dem preußiſchen und dem mecklenburgiſchen Geſandten unterzeichnete Übereinkunft war in Folge des ausbrechenden Krieges von König Friedrich II nicht ratificiert worden. Am 1 April ward zu Schwerin von Champeaux, dem franzöſiſchen Abgeſandten beim niederſächſiſchen Kreiſe, und den großherzoglichen Miniſtern das franzöſiſche Bündniß unterzeichnet, in welchem Frankreich für die Streitigkeiten des Herzogs mit ſeinen Nachbarn, insbeſondere mit den Königen von England und Preußen in Betreff der an ſie verpfändeten mecklenburgiſchen Ämter, ſeine guten Dienſte verſprach. In einem Separatartikel ward die Erklärung niedergelegt, daß wo in dem Vertrage von Feinden Seiner Allerchriſtlichſten Majeſtät und ihrer Verbündeten die Rede ſei, unter dieſem Ausdruck die Könige von England und von Preußen ſowohl in ihrer Eigenſchaft als Könige wie als Kurfürſten zu verſtehen ſeien, und alle welche ſich mit ihrer Partei verbinden[2]. Dieſer für Mecklenburg höchſt gefährlichen Politik ſchloß ſich der beſſer berathene Herzog Adolf Friedrich von Strelitz nicht an, ſondern gab ſeinem Abgeordneten auf dem Reichstage die Weiſung ſich in allen Dingen nach den Schritten von Kurbraunſchweig zu richten[3].

---

[1] Corresp. du Card. de Bernis II 34 f.

[2] S. den Vertrag Beil. I 6.

[3] Buchholz Geſch. d. Churmark Brandenburg VI 238. Vgl. Boll Geſch. Mecklenb. II 304.

Wie zu Schwerin so waren die französischen Agenten auch an andern Orten geschäftig die Reichsstände gegen Preußen und Hannover aufzubieten. Zu diesem Ende reiste seit dem December der bei dem Kurfürsten von Baiern und dem fränkischen Kreise beglaubigte Chevalier Hubert de Folard, ein Neffe des berühmten Militärschriftstellers, in außerordentlicher Mission bei den einzelnen Höfen umher. Von preußischer Seite suchte man theils durch Rundschreiben[1] theils durch besondere Missionen seinen Einflüsterungen entgegen zu wirken. Am meisten war den verbündeten Mächten daran gelegen den Landgrafen von Hessen-Cassel dahin zu bringen den mit England geschlossenen Vertrag zu brechen. Folard kam am 19 Januar nach Cassel und bot dem Landgrafen die vortheilhaftesten Bedingungen, wenn er seine Truppen in den Sold des Königs von Frankreich geben und mit ihm und seinen Alliirten auf dem Reichstage und in allen andern Beziehungen Hand in Hand gehen wolle. Dagegen drohte er für den Fall der Weigerung mit den härtesten Maßregeln, welche die beiden zum Einmarsch in Deutschland bestimmten französischen Armeen gegen die Landgrafschaft vollstrecken würden. Der alte Landgraf ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern hielt trotz seines Unmuths über die Unthätigkeit Georgs II an der einmal ergriffenen Partei unerschütterlich fest und wies die französischen Anträge höflich aber entschieden zurück, mit der Erklärung daß gegenüber dem gewaltsamen und verfassungswidrigen Verfahren des kaiserlichen Hofes dem Reiche allein mit der vergebens beantragten Friedensvermittelung gedient sein könne[2]. Er beharrte dabei auch dann, als ihm französischerseits das Anerbieten gemacht wurde den Rest seiner Truppen in Sold zu nehmen, ohne daß er behindert sein solle, das Corps welches in englischem Solde stehe auch ferner darin zu belassen, unter der Bedingung daß es in England verbleibe[3]. Nicht bessern Er-

[1] 1757 Jan. 15. Berlin. Schreiben des Cabinetsministeriums an die Geheimenräthe zu Gotha Braunschweig Cassel Stuttgart Baireuth Anspach.

[2] Febr. 3. Cassel. Landgraf Wilhelm an den König von Preußen. Beil. II 61.

[3] 1758 Mai 6. Haag. Mittheilung aus dem Berichte des holländischen

folg hatten die den Herzögen von Sachsen-Gotha und Braunschweig gemachten Anerbietungen.

Im März überschritten die französischen Truppen die Grenzen Deutschlands. Nun zögerten Frankreich und Schweden nicht länger sich als Garanten des westfälischen Friedens auf dem Regensburger Reichstage vernehmen zu lassen. Frankreich war an demselben seit dem Januar durch den Bürgermeister von Straßburg, von Mackau, vertreten: der schwedische Reichstagsgesandte war Baron von Greiffenheim. Diese übergaben im Namen ihrer Souveräne am 30 März zwei gleichlautende vom 14 März datierte Erklärungen in lateinischer Sprache, Mackau dieselbe auch französisch, des Inhalts daß die beiden Könige als Garanten der westfälischen Friedenstractate alle in ihrer Macht stehenden Kräfte anwenden wollten, um den Lauf der das deutsche Reich verwüstenden Drangsale zu hemmen, den Beschädigten Erstattung zu verschaffen, namentlich die Gerechtsame der drei im Reiche befestigten Religionen zu handhaben und damit endlich überhaupt die deutsche Freiheit wider alle Eingriffe sicher zu stellen[1].

Am 26 April kam eine zweite vom 20 März datierte Erklärung der französischen Regierung zum Vortrag, nämlich die Anzeige des Einmarsches französischer Truppen in Deutschland, welcher auf Grund der Requisition der von Preußen angegriffenen und bedrohten Reichsstände und der Kaiserin Königin erfolge um mit den Reichsständen und besonders mit dem Könige von Schweden dahin beizutragen, daß die Beobachtung des öffentlichen Friedens und insonderheit die Freiheit der drei im Reiche garantierten Religionen behauptet, den Bundesgenossen Sr. Majestät Genugthuung verschafft und endlich die Ordnung und die Ruhe in Deutschland hergestellt werde. Um die protestantischen Reichsstände zu beruhigen ward die Versicherung hinzugefügt, daß der Vertrag von Versailles weder directe noch indirecte Verabredungen wider

---

Gesandten Berckenrode über seine Unterredung mit Bernis vom 30 April 1758. Vgl. d. Betragen S. Allerchristl. Majestät. Kriegs-Canzley 1758 III 8. 20.

[1] Ges. Nachr. u. Urk. 1758 S. 535 ff.

die proteſtantiſche Religion enthalte. Auch ward auf die von der Kaiſerin dem Könige von England für ſeine deutſchen Staaten angebotene Neutralitätsconvention Bezug genommen, zu welcher der König, mehr von dem Unglück des Reiches als von dem Gefühl einer gerechten Rache bewegt, ſeine Einwilligung gegeben habe[1].

Preußen antwortete auf die franzöſiſchen und ſchwediſchen Erklärungen durch Gegendeclarationen vom 14 April, welche wiederum von Kurmainz zur Reichsdictatur nicht zugelaſſen und daher von Plotho durch den Druck bekannt gemacht wurden. Der König von Preußen berief ſich darauf, daß von ſeiner Seite den Reichsconſtitutionen kein Eintrag geſchehen ſei, ſondern daß er nothgedrungen, um der auf dem Ausbruch geſtandenen Gefahr zuvorzukommen und zur Rettung und Vertheidigung ſeiner rechtmäßigen Beſitzungen wider Willen die Waffen ergriffen habe, und wiederholte die Erklärung, daß er nichts zu acquirieren gedenke, ſondern ſobald ihm für ſeine Staaten die nöthige Sicherheit verſchafft ſei, die ſächſiſchen Lande unverzüglich räumen werde. Er verwahrte ſich dagegen, daß die von ihm ergriffenen Maßregeln nach den Abſichten ſeiner Feinde ausgelegt würden, und ſprach die Erwartung aus, daß der König von Frankreich die Garantie des weſtfäliſchen Friedens zu Gunſten des königlichen Kurhauſes ausüben und ſich nicht minder der im XXII Artikel des Aachner Friedens von 1748 zugeſicherten Garantie des preußiſchen Beſitzes von Schleſien und der Grafſchaft Glatz erinnern werde. Was den Religionszuſtand betreffe, ſo ſei es reichskundig, daß von Seiten der katholiſchen Stände wohl ſchwerlich das geringſte Gravamen mit Grunde gegen die evangeliſchen anzuführen ſein dürfte, und daß alſo dieſe ſich ebenfalls der Garantie gegen die Bedrückung und Eingriffe der katholiſchen zu verſprechen haben würden, indem die evangeliſchen Stände die faſt unzählbaren Gravamina, darunter die in den öſterreichiſchen Erblanden gegen die Evangeliſchen bisher vorgenommenen äußerſten Bedrückungen, ganz unerledigt ſähen. Was die Freiheit und Vorrechte der Reichs-

[1] Geſ. Nachr. u. Urk. 1758 S. 766 ff. Kriegs-Canzley 1757. II 433.

stände anbelange, so ward darauf hingewiesen daß der Wiener Hof fortfahre das den Reichsständen zustehende Recht des Kriegs und des Friedens und der daraus fließenden Neutralität zu vereiteln, freie Reichsstände durch die nach Willkür verlangten Contingente und ausgeschriebene Römermonate contribuabel zu machen und die nicht consentierenden mit Execution zu bedrohen. Der Krone Schweden wurden in der im wesentlichen gleichlautenden Gegendeclaration noch besonders die Garantie von Magdeburg, die noch nicht erloschene Defensivallianz und gegenseitige Garantie der beiderseitigen Staaten und ihre Pflichten als Mitglied des Corpus Evangelicorum vorgehalten, in welcher Eigenschaft sie sowohl die hessischen Religions-Reversalien garantiert als an den Beschwerden wegen der in den österreichischen Erblanden verfolgten evangelischen Unterthanen theilgenommen habe. Schließlich erklärte der König von Preußen, wenn die Krone Schweden die Remedur von besagten gegen den westfälischen Frieden offenbar angehenden Beschwerden und Eingriffe im Auge habe, so werde Preußen nebst andern patriotischen Reichsständen einer solchen auf feste Begründung des echten deutschen Reichssystems gerichteten Absicht nach allen Kräften willigst die Hand bieten[1].

So ward mit Erklärungen und Gegenerklärungen gestritten, während von allen Seiten die fremden Heere gegen die deutschen Lande heranzogen. Im Anfange des Monats April giengen die Franzosen über den Rhein. Zu dieser Zeit wurden auch die Verhandlungen über die hannöversche Neutralität wieder aufgenommen. Am 26 April übergab Graf Colloredo zu London dem hannöverschen Minister von Münchhausen einen von Starhemberg mit dem französischen Ministerium vereinbarten Entwurf eines Neutralitätsvertrags in zwölf Artikeln. Danach sollte das Kurfürstenthum Hannover vollkommene Neutralität beobachten und weder seine eigenen noch seiner Verbündeten Truppen gegen die Kaiserin und ihre Verbündeten verwenden: dagegen würden diese nichts gegen die Staaten des Kurfürsten unternehmen. Der Kurfürst sollte unter keinem Vorwande weder

[1] Ges. Nachr. u. Urk. 1758 S. 747 ff. Kriegs-Canzley 1757. II 427.

direct noch indirect den König von Preußen mit Geld oder Mannschaft unterstützen noch seine Truppen in Deutschland und irgend einem der Staaten der Kaiserin Königin weder für den König von Preußen noch gegen die Kaiserin und ihre Alliirten dienen lassen. Der Kurfürst sollte sich verpflichten den Truppen der Kaiserin und ihrer Alliirten den unschädlichen Durchmarsch (transitus innoxius) durch seine Lande links von der Aller zu gewähren, die Stadt Hannover ausgenommen. Die Stadt und Festung Hameln soll der Kaiserin oder den Garanten dieser Convention oder einem mit der Kaiserin verbündeten Reichsfürsten in Verwahrung gegeben werden, mit der Bestimmung, daß den kaiserlichen und verbündeten Truppen die Freiheit bleibt durch die Stadt zu marschieren, darin zu verweilen, Magazine anzulegen u. s. w. Der Kurfürst verpflichtet sich Brücken und Heerstraßen in gutem Stande zu erhalten: den Aufwand für neu anzulegende Brücken bestreiten die Verbündeten. Der Kurfürst darf keine Vermehrung in seinen Truppen vornehmen: über die Quartiere und Garnisonen, in welche dieselben zu vertheilen sind, wird eine besondere Übereinkunft Bestimmung treffen. Sollte das Kurfürstenthum von irgend einer Macht angegriffen werden, so werden die Kaiserin und ihre Verbündeten es vertheidigen. Die Kaiserin wird Rußland und Dänemark auffordern die Convention zu garantieren: sie soll für die ganze Dauer des österreichisch-sächsisch-preußischen wie des französisch-englischen Krieges in Kraft bleiben[1].

Noch war auf diesen Entwurf eines Vertrags, der die Franzosen ohne weiteres zu Herren der Länder zwischen Weser und Elbe gemacht hätte, keine Antwort ergangen, als zu Versailles der so lange vorbereitete geheime Allianzvertrag endlich unterzeichnet wurde. Noch in den letzten Monaten, während d'Estrées

[1] 1757 Apr. 29. Michells Bericht. Eine Übersetzung des Entwurfs ist abgedruckt in der Schrift: Das Betragen Sr. Allerchristlichsten Maj. des Königs in Frankreich, entgegengestellet dem Betragen des Königs in Engelland, Churfürsten zu Hannover o. O. 1758 Beil. III (Teutsche Kriegs-Canzley 1758 III 108. Vgl. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welches S. K. M. v. Grosbritannien u. s. w. a. a. O. S. 800 ff. Flassan VI 89. Huschberg S. 4. 322 ff.

in Wien war, hatte sich am französischen Hofe der Widerwille gegen die unter der Aegide der Pompadour geleitete Politik laut geäußert, aber Ludwig XV beharrte unerschütterlich bei dem österreichischen Bündnisse. Den Unterhändler desselben Abbé Bernis, der im Jahre 1755 zum Gesandten in Madrid, 1756 in Wien bestimmt worden war, ernannte er zum Mitgliede des Staatsraths, vorläufig als Minister ohne Portefeuille; denn Rouillé ertrug es in einem Amte zu bleiben, von dem er nur den Titel führte, bis ihm am 25 Juni 1757 der Abschied gegeben und Bernis förmlich zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Diese Veränderung war lange vorausgesehen: aber ein unerwarteter Streich höfischer Intrigue war es, daß am 1 Februar der Kriegsminister d'Argenson und der Siegelbewahrer und Marineminister Machault entlassen und auf ihre Güter verbannt wurden. D'Argenson war der Pompadour längst verhaßt; Machault's unbedingte Ergebenheit hatte kürzlich in ihren Augen die Probe nicht bestanden. Das Kriegsministerium erhielt d'Argenson's Neffe, der Marquis de Paulmy; die Marine ward Moras übertragen, der nichts davon verstand, und um so weniger die für den Seedienst wesentlichen Anforderungen an die Finanzen durchzusetzen vermochte. Mit den Parlamenten, welche gegen die im vorigen Jahre neu eingeführten drückenden Steuern lebhaft remonstrierten, war ein bitterer Streit; viele Räthe ertrugen Absetzung, Verbannung und Haft lieber als daß sie ihren Protest aufgaben. Man rechnete auf eine Jahreseinnahme von 283 Mill. Livres und schlug das Deficit vorläufig auf 160 Millionen an[1]. Indessen Geld ward geschafft, mit Hilfe von Lotterieanlehen und andern Lockmitteln, welche die gewinnsüchtigen reizten, aber die bürgerliche Arbeit schädigten und die Staatskasse für die Folge schwer belasteten.

Hinter dem Entschlusse des französischen Königs der Kaiserin zu Liebe einen oder ein paar glänzende Feldzüge auszuführen, trat jede andere Erwägung zurück. Man trug Sorge Ludwig XV im Hasse gegen Friedrich von Preußen zu bestärken. Am 5 Ja-

[1] Luynes XVI 49 ff.

nuar hatte Damiens das Messer gegen den König gezückt und ihn verwundet: daß der König von Preußen unterließ bei dieser Gelegenheit Ludwig XV brieflich seine Theilnahme zu bezeigen ward fast einer Mitschuld an dem Attentate gleichgeachtet. Im April endlich, als die Unterzeichnung des österreichischen Allianzvertrages von neuem sich verzögerte, scheint Ludwig XV ein Schriftstück vorgelegt worden zu sein, welches seine Erbitterung aufs höchste steigern mußte, ein angeblich neuerdings von Preußen mit England geschlossener Allianzvertrag, welcher dem Könige von Preußen eine Million Pf. St. Subsidien zusicherte und die gegenseitige Verpflichtung der beiden contrahierenden Theile enthielt, die Franzosen nicht bloß über den Rhein zurückzutreiben, sondern den Krieg in das Innere von Frankreich zu spielen um diese Macht zu zwingen den Frieden unter den Bedingungen anzunehmen, welche man ihr dictieren werde[1]. Nunmehr befahl Ludwig XV die Unterzeichnung des geheimen Unions- und Freundschaftsvertrages, der dazu bestimmt war den Schlußstein des Bundes zwischen dem habsburg-lothringischen und dem bourbonischen Hause und das Fundament des darauf zu errichtenden europäischen Staatensystems zu bilden. Starhemberg, Rouillé und Bernis unterschrieben diesen Theilungsvertrag zu Versailles den 1 Mai 1757. Absichtlich wählte man den Jahrestag der vorläufigen Verträge, welche die Einigung der Häuser Habsburg und Bourbon zuerst beurkundet hatten. Die Ratificationen der Monarchen wurden erst im folgenden Monat ausgewechselt[2].

Der Vertrag besteht aus zweiunddreißig Artikeln; dazu kommen drei Separatartikel und sieben weitere nicht gezählte Se-

---

[1] Vgl. über diese Fälschung o. S. 246.

[2] Den Vertrag publicierte zuerst Koch table des traités 1802 II 43 ff.; daher Schöll III 129 ff. Koch überschrieb den Vertrag: traité d'union et d'amitié défensif entre la France et l'Autriche, avec dix articles séparés; signé le 1 mai 1757, et non ratifié. Dasselbe wiederholte Schöll 1817, obgleich Koch seinen Irrthum längst berichtigt hatte, Tableau des révolutions de l'Europe 2. Ed. 1813. II 358, 1: par le traité du 1 Mai 1757 la France convint aussi avec l'Autriche du partage d'une grande

paratartikel. Der Zweck des Vertrages geht der Einleitung zufolge dahin, nicht allein die Gewaltthätigkeit des Königs von Preußen abzuwehren und ſich den Bemühungen ſeiner Verbündeten zu ſeinen Gunſten zu widerſetzen ſowie den beiden von ihm angegriffenen Mächten vollen Schadenerſatz und Sicherheit für die Zukunft zu verſchaffen, ſondern auch die Ruhe von Europa und inſonderheit des deutſchen Reiches dadurch ſicher zu ſtellen, daß die Macht des Königs von Preußen auf ſolche Schranken zurückgeführt wird, daß er nicht mehr im Stande iſt die öffentliche Ruhe zu ſtören. — Da die im Vertrage vom 1 Mai 1756 feſtgeſetzte Hilfe von 24000 Mann für den gemeinſamen Zweck unzureichend ſein würde, verſpricht der König der Kaiſerin erſtens ein Corps von 4000 Baiern und 6000 Würtembergern zu ſchicken und dieſe Truppen während des ganzen Kriegs auf ſeine Koſten zu unterhalten, zweitens 105000 Mann von ſeinen eigenen Truppen oder von ſeinen Söldnern ebenfalls während des ganzen Kriegs zu verwenden, und zwar in dem laufenden Jahre gemäß der darüber abgeſchloſſenen Separatconvention (Art. I). Der König zahlt an die Kaiſerin während der ganzen Dauer ihres Krieges mit Preußen jährliche Subſidien im Belaufe von zwölf Millionen Gulden deutſcher Währung (vom 1 März 1757 an gerechnet). Die erſte Zahlung erfolgt mit zwei Millionen ſofort nach der Auswechslung der Ratificationen. Die Zahlungen ſollen unter keinen Umſtänden unterbrochen oder nicht weiter fortgeſetzt werden, ſelbſt nicht im Falle eines Waffenſtillſtandes, außer wenn dieſer über ein Jahr verlängert wird (Art. II). Der König ſetzt die benannte Hilfe an Truppen und an Geld ſo lange fort, bis die Kaiſerin durch einen mit dem Könige von Preußen geſchloſſenen und von dem Könige von Frankreich ſowie

---

partie de états prussiens etc. — *Ce traité a réellement été ratifié* entre les deux puissances, ce dont j'avais douté en le publiant pour la première fois, en 1802, dans mon Recueil des traités. Vgl. Martens Suppl. au Recueil des Traités. 1808. Tom. IV. table chronol. 1757 Mai 1. Das die Ratification betreffende Protocoll (Wien 1757 Juni 14) veröffentlichte v. d. Schulenburg, n. Actenſtücke 1841 S. 42 ff. Die Präliminarien ſ. Beil. I 4. Vgl. u. S. 292.

von den andern Mächten, welche diesem Vertrage beitreten, garantierten Vertrag in den ruhigen und gesicherten Besitz des Herzogthums Schlesien und der Grafschaft Glatz in deren vollem früherem Umfang gesetzt ist (Art. III). Überdies wird die Kaiserin Königin in den Besitz des Fürstenthums Crossen gesetzt werden, mit einer ihr convenierenden Ausdehnung an Land zum Bereiche ihrer Erbstaaten. Die gegenwärtigen Besitzer solcher Lande werden vermittelst eines zu vereinbarenden Tausches mit königlich preußischen Gebieten entschädigt werden (Art. IV). Die contrahierenden Theile verpflichten sich nicht eher die Waffen niederzulegen und Frieden zu schließen, bis der König von Preußen genöthigt ist, vollständig und unwiderruflich die Herzogthümer Schlesien und Magdeburg, die Fürstenthümer Crossen und Halberstadt, das früher schwedische Pommern und alles was er aus der Erbschaft der alten Herzöge von Cleve besitzt sowie das Oberquartier von Geldern abzutreten (Art. V). Sollte eine Änderung in diesen Bestimmungen nöthig werden, so werden die contrahierenden Theile die betreffenden Maßregeln vereinbaren, in der Weise jedoch, daß der König von Preußen allermindestens durch die Entziehung der gedachten Provinzen oder ihres Äquivalents geschwächt werde (Art. VI). Wegen Ausführung der in Artikel IV und V festgesetzten Dispositionen soll nach gemeinsamem Einverständnisse mit der Krone Schweden, den kurfürstlichen Höfen von Baiern Sachsen und der Pfalz und der Republik der Niederlande verhandelt werden (Art. VII). Dem Könige von Polen Kurfürsten von Sachsen soll das Herzogthum Magdeburg und der Saalkreis zugetheilt werden, und die contrahierenden Theile behalten sich vor, ausgedehntere Besitzungen, namentlich das Fürstenthum Halberstadt, diesem Antheile hinzuzufügen, im Falle und insoweit der König von Polen, um die im vierten Artikel festgesetzten Anordnungen zu erleichtern auf einen angemessenen Austausch eines Theiles der Lausitz mit dem gedachten Fürstenthum Halberstadt eingeht. Überdies erklären sie daß wenn die künftige Wahl eines Königs von Polen auf einen der Prinzen des sächsischen Kurhauses fällt, sie damit vollkommen einverstanden sein werden (Art. VIII). Beide Mächte zahlen zu gleichen

Theilen Subsidien an Schweden und Sachsen, entsprechend den Bemühungen dieser Mächte um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags (ungerechnet die durch frühere Übereinkunft mit Schweden bedungenen Subsidien). Der Betrag derselben soll die Summen, welche die contrahierenden Theile jetzt darauf verwenden können, nicht überschreiten, und was Sachsen betrifft auf die Kosten der Unterhaltung von 10000 Mann beschränkt werden (Art. IX). Die Kaiserin Königin verwendet gegen Preußen mindestens 80000 Mann eigene Truppen (Art. X). Die Kaiserin Königin verpflichtet sich, sobald sie in den zugestandenen und garantierten Besitz von Schlesien und Glatz und der ferner zu ihren Gunsten vereinbarten Theilung getreten ist und die übrigen Anordnungen des gegenwärtigen Vertrages, namentlich der Artikel V und VI, ausgeführt und durch einen Friedensvertrag mit Preußen gesichert sind, an den König von Frankreich zu vollem Eigenthum und Souveränetät abzutreten die Herrschaften Chimay und Beaumont, die Städte und Häfen Ostende und Nieuport, die Städte Ypern Furnes und Mons, das Fort Knocke und eine Meile Gebietes im Umkreise dieser Städte und Forts, mit dem Rechte freien Durchzugs auf den großen Straßen und freier Schiffahrt auf den Canälen und Flüssen welche dahin führen. Artillerie, Kriegs- und Mundvorräthe verbleiben zur Verfügung der K. K. (Art. XI). Nach der Ratification dieses Vertrages und unmittelbar nach der ersten Subsidienzahlung überträgt die K. K. den königlichen Truppen die Besetzung der Städte und Häfen Ostende und Nieuport auf so lange als die Unterstützung an Truppen und Geld von Seiten des Königs gemäß Art. I und II dauern wird, ohne den Souveränetäts- und andern Rechten der K. K. zu präjudicieren (Art. XII). Wenn die contrahierenden Theile sich genöthigt sehen sollten Frieden zu schließen ohne die Anordnungen dieses Vertrags, namentlich Art. III, IV, V und VI, ins Werk zu setzen, so wird der König seine Truppen aus Ostende und Nieuport zurückziehen und die K. K. ohne weiteres wieder in den vollen Besitz dieser Plätze treten (Art. XIII). Die K. K. beabsichtigt die nöthigen Schritte zu thun, um sobald die Umstände es erlauben die Wahl eines römischen Königs zu

Gunsten des Erzherzogs ihres ältesten Sohnes zu bewirken und der König verspricht diese Schritte zu unterstützen und seine guten Dienste nachdrücklichst zur Vollziehung dieser Wahl anzuwenden (Art. XIV). Da die Absicht der contrahierenden Theile dahin geht die katholische Religion im Reiche aufrecht zu halten ohne jedoch die Rechte und Freiheiten der beiden protestantischen Religionen anzutasten, so wie diese durch die Verträge von Münster und Osnabrück festgesetzt sind, so erneuern und bestätigen sie die besagten westfälischen Verträge und werden die Krone Schweden einladen insbesondere diesem Artikel als Mitbürgin derselben beizutreten (Art. XV). Da die K. K. und der König von Frankreich hoffen dürfen vermittelst der vorstehenden Artikel die Ruhe im Reiche wie in ihren Staaten auf unerschütterlichen Grundlagen sichergestellt zu haben, wollen sie ihren Blick auf Puncte richten, welche, in dem Aachner Frieden nicht hinlänglich bestimmt, früher oder später zu Zwistigkeiten oder offenem Kriege Anlaß geben könnten, und haben zu dem Ende für nothwendig erachtet eine neue Übereinkunft über die Ausstattung des Infanten Don Philipp zu treffen und die Thronfolge in den Königreichen Neapel und Sicilien festzustellen, und werden vereint ihre guten Dienste anwenden um den König von Spanien, den König beider Sicilien und den Infanten Don Philipp zu vermögen, den in den folgenden Artikeln zur Sicherung der Ruhe Italiens getroffenen Anordnungen beizutreten (Art. XVI). Demgemäß verspricht die K. K., sobald sie in den zugestandenen und garantierten Besitz von ganz Schlesien und Glatz sowie der weiteren im vierten Artikel bestimmten Theilung getreten und alle Anordnungen dieses Vertrags, namentlich die des fünften und sechsten Artikels, vollzogen und durch einen Friedensvertrag mit Preußen gesichert sind, an den Infanten Don Philipp, Herzog von Parma, Piacenza und Guastalla alles zu übertragen, was sie in den Niederlanden besitzt, mit Ausnahme dessen was nach Art. XI davon abgetrennt werden soll, damit der genannte Infant Don Philipp und seine männliche und weibliche Nachkommenschaft diese Lande mit voller Souveränetät besitze, in derselben Weise und unter denselben Verpflichtungen und Be-

dingungen wie die K. K. sie bisher besessen hat (Art. XVII). Indessen behält sich die K. K. für sich und ihre Erben vor 1) Sitz und Stimme auf dem Reichstage und das Präsentationsrecht für das Reichskammergericht, Rechte die bisher an dem Besitz der Länder des burgundischen Kreises geknüpft waren; 2) die Verleihung des Ordens vom goldenen Vließ; endlich 3) Wappen und Titel des Hauses Burgund in gleicher Weise wie sie dieselben bisher geführt hat (Art. XVIII). Im Falle die ganze männliche und weibliche Nachkommenschaft des Infanten in gerader und legitimer Linie ausstürbe oder derselbe mit Tode abgienge ohne legitime Nachkommen zu hinterlassen, fallen die nach Art. XVII in seinen Besitz übergegangenen Staaten an die K. K. oder ihre Erben zurück, mit Ausnahme der Stadt Tournay und ihres Gebietes, welche alsdann in gleicher Weise wie die in Art. XI benannten Plätze an die Herrschaft Frankreichs übergehen sollen (Art. XIX). Dem Herzog Karl und der Prinzessin Charlotte von Lothringen wird der Infant ihr bisher aus den Niederlanden bezogenes Einkommen jenem von 560000, dieser von 42000 Brabanter Gulden auch ferner auf ihre Lebenszeit anweisen. Sollten jedoch die contrahierenden Theile im Verlauf der Ereignisse es vorziehen dem Herzog Karl eine Ausstattung an Land aus den Staaten des Königs von Preußen zu gewähren, welche für die ihm und seiner Schwester angewiesenen Einkünfte ein genügendes Äquivalent bildete, so behalten sich die contrahierenden Theile vor alsdann eine Übereinkunft in dieser Hinsicht zu treffen (Art. XX). Der Infant wird zur selben Zeit, wo die Abtretung der Niederlande geschieht, an die K. K. und ihre Erben die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla abtreten und zu Gunsten der kaiserlichen Majestäten allen Ansprüchen auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese und zu Gunsten des Königs beider Sicilien allen Ansprüchen auf die Nachfolge in den Königreichen Neapel und Sicilien entsagen (Art. XXI). Aus Gefälligkeit für den König von Frankreich willigt die K. K. ein, daß fünf Monate nachdem sie vorläufig den vollständigen und ununterbrochenen Besitz von Schlesien und Glatz erlangt hat, der König von Frankreich und der Infant Don Philipp

vorläufig in den Besitz der in Art. XI und XVII ihnen zugesicherten Städte und Lande treten, mit Ausnahme der Stadt und des Herzogthums Luxemburg, welche in der Macht der K. K. gemäß dem folgenden Artikel verbleiben. Zu gleicher Zeit tritt die K. K. vorläufig in den Besitz der Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla (Art. XXII). Die K. K. behält das Herzogthum und die Stadt Luxemburg bis zur definitiven Abtretung der Niederlande, und verspricht unmittelbar, nachdem die Art. III, IV, V und VI durch einen zwischen ihr und dem Könige von Preußen geschlossenen Vertrag sichergestellt sind, ihre Truppen aus dem Herzogthume und der Stadt zu ziehen. Die Befestigungen der Stadt, die Schlösser und Forts von Luxemburg werden auf Kosten Frankreichs zerstört und rasiert und die Stadt und das Herzogthum gleichwie die übrigen Niederlande dem Infanten zu erblichem Besitze übergeben (Art. XXIII). Sollte gegen allen Anschein der Infant sich weigern im ganzen oder theilweise auf die an den Tausch geknüpften Bedingungen einzugehen, so wird dieser nicht statthaben und die K. K. in dem Besitze des ihm zugedachten Theiles der Niederlande verbleiben, mit Ausnahme der Stadt und des Gebiets von Tournay, welche dem zu Gunsten des Königs vereinbarten Antheil hinzugefügt werden. Überdies werden die Festungswerke von Luxemburg auf Kosten Frankreichs und zu der im vorigen Artikel bestimmten Zeit zerstört (Art. XXIV). Wenn dagegen der Infant sich entschließt den Tausch einfach anzunehmen, so werden die contrahierenden Mächte der legitimen Nachkommenschaft des Königs beider Sicilien in männlicher und weiblicher Linie die Thronfolge im Königreich beider Sicilien garantieren, jedoch unter der Voraussetzung daß S. Sicil. M. den Stato degli Presidii (d. i. Elba Piombino ꝛc.) an den Küsten von Toscana an den Kaiser als Großherzog von Toscana abtritt und zu Gunsten JJ. KK. MM. allen Ansprüchen auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese entsagt (Art. XXV). Die K. K. beabsichtigt für den Erzherzog Leopold, welcher die Prinzessin Maria Ricarda, einzige Tochter des Erbprinzen von Modena, heiraten wird, die Expectanz der Nachfolge im Herzogthum Modena beim Kaiser nach-

zusuchen. Die zu dem Ende seiner Zeit von der Kaiserin zu thuenden Schritte wird der König mit seinen guten Diensten beim Reichstage und den deutschen Fürstenhöfen unterstützen (Art. XXVI). Den am 1 Mai 1756 unterzeichneten Unions- und Freundschaftsvertrag von Versailles erneuern die contrahierenden Theile mit Freude und Herzlichkeit, und die K. K. verspricht, im Falle die durch den gegenwärtigen Vertrag getroffenen Anordnungen sich nicht vollständig durchsetzen lassen und sie sich entschließen sollte, sich mit geringeren Vortheilen zu begnügen, sich mit dem Könige über eine entsprechende Ausgleichung der ihm und dem Infanten Don Philipp zu gewährenden Vortheile zu verständigen. Seinerseits wiederholt der König das Versprechen den oben bestimmten Beistand an Truppen und Geld während der ganzen Dauer des Kriegs zwischen der K. K. und dem Könige von Preußen zu leisten (Art. XXVII). Der König verspricht die Liquidation und Rückzahlung der lothringischen Schulden zu Gunsten des Kaisers binnen Jahresfrist zu erledigen und die Termine der von Frankreich zu leistenden Zahlungen zu vereinbaren; in der gleichen Frist sollen die seit dem letzten Kriege restierenden Forderungen der Kaiserin für französische Kriegsgefangene und an Vergütung für Artillerie niederländischer Plätze liquidiert und die Zahlungstermine bestimmt werden (Art. XXVIII). Die Kaiserin verpflichtet sich, sobald alle zu ihren Gunsten getroffenen Bestimmungen ausgeführt und vollzogen sind, dazu mitzuwirken daß in dem zwischen Frankreich und England zu schließenden Frieden Minorca an Frankreich abgetreten werde und die im Utrechter Frieden über die Befestigungen und den Hafen von Dünkirchen getroffenen Anordnungen abgeschafft und vernichtet werden, und wird was in dieser Hinsicht in dem besagten Frieden festgesetzt wird garantieren (Art. XXIX). Die contrahierenden Theile sind übereingekommen befreundete und verbündete Mächte zum Beitritte einzuladen, unter der ersten Hauptbedingung daß sie die Bestimmungen dieses Vertrags von vorn herein und später in dem allgemeinen Frieden garantieren. Demgemäß haben sie beschlossen sofort die Einladung zu richten an den römischen Kaiser nicht

bloß in seiner Eigenschaft eines Großherzogs von Toscana, sondern auch sobald die Umstände es erlauben, in der eines römischen Kaisers und unter Mitwirkung der Fürsten und Stände des Reichs; ferner an die Kaiserin von Rußland, die Krone Schweden, den König von Polen, die Kurfürsten von Baiern und der Pfalz und andere Mächte über welche man sich vereinigt. Ausdrücklich wird die Verpflichtung erneuert den König von Spanien, den König beider Sicilien und den Infanten Don Philipp zum Beitritt zu vermögen (Art. XXX). Der Vertrag bleibt geheim so lange die contrahierenden Theile es nothwendig und angemessen finden, und dieselben verpflichten sich nur nach gemeinsamem Einverständnisse davon Kenntniß zu geben (Art. XXXI). Die Ratificationen sollen spätestens binnen sechs Wochen ausgewechselt werden (Art. XXXII).

Die drei numerierten Separatartikel betreffen Formalien; die nicht gezählten enthalten folgende Bestimmungen: Wenn der König von Spanien während des gegenwärtigen Krieges ohne legitime Erben sterben sollte, verpflichtet sich die K. K. den Infanten Don Philipp nicht in dem Besitze von Parma, Piacenza und Guastalla zu stören, unter der Bedingung daß der Infant in diesem Falle keine Ansprüche auf die Königreiche Neapel und Sicilien noch auf die Allodialgüter der Häuser Medici und Farnese erhebt (1). Sollte es den contrahierenden Theilen nothwendig erscheinen dem Könige von Sardinien eine Entschädigung für seine Ansprüche auf das Herzogthum Piacenza zu gewähren, so werden sie die geeigneten Mittel unter einander vereinbaren, ohne daß jedoch dieses Äquivalent je in irgend Weise auf Kosten der K. K. erfolgen oder ihr zur Last fallen könnte (2). Der dritte Separatartikel bestimmt die Militärstraßen von Lille und Dünkirchen nach Ostende und Nieuport. In dem nächsten (4) Artikel sagen sich beide Monarchen von allen früher mit England und Preußen geschlossenen Verträgen los und verpflichten sich überdies in Zukunft keine Verträge, Acte oder Conventionen abzuschließen ohne vorher einander volle Kenntniß davon gegeben zu haben. Wenn eine Macht, welche zum Zwecke der Ausführung dieses Vertrags von beiden contrahierenden Theilen oder von

einem derselben Subsidien empfängt, sich außer Stande befindet ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so soll der Ausfall an Streitkräften anderweit ergänzt werden und dazu die für jene bestimmten Subsidien dienen (5). Der sechste Artikel betrifft die von dem Könige und dem Infanten zu übernehmenden Schulden der Niederlande, welche nach der von der K. K. mitgetheilten Übersicht sich auf 37,710249 fl. 7 ß 10 ₰ belaufen. Der letzte Artikel sichert dem gegenwärtigen Vertrage seine volle Wirkung auch für den Fall daß zwischen der Kaiserin und dem Könige von Preußen kein Friedensvertrag abgeschlossen werde, sondern dieser Fürst den von ihm erregten Krieg durch seinen Beitritt zu irgend einem andern Vertrage beendige.

Der Umfang des geheimen Theilungsvertrags von Versailles ist dem Zwecke angemessen, welchem er dienen sollte, ein neues System der europäischen Politik zu bilden und sowohl für Deutschland und die Niederlande als für Italien Anordnungen zu treffen, welche den Interessen der Häuser Habsburg und Bourbon entsprächen und jedem künftigen Zwiste unter ihnen vorbeugten. Das österreichische Cabinet war von seinem Werke höchst befriedigt. Wir finden in dem Protocoll der geheimen kaiserlichen Conferenz vom 14 Juni 1757 die Bemerkung, an der Ratification sei kein Anstand zu nehmen, indem Starhemberg fast in allen Artikeln eher mehr als weniger erhalten habe[1]. Die Richtigkeit dieses Urteils ergibt sich aus der Vergleichung des Tractats sowohl mit den Starhemberg ertheilten Instructionen, welche wir aus dem Conferenzprotocoll vom 2 Juni 1756 kennen, als mit den Präliminarien, wie diese einige Monate früher, vor Unterzeichnung des österreichisch-russischen Vertrags, etwa Ende December 1756 festgestellt waren[2]. Kaunitz und Starhemberg hatten das diplomatische Spiel meisterlich geführt und über die französische Politik einen Sieg davon getragen, der in der Geschichte nicht seines gleichen hat.

[1] R. Actenstücke S. 42.

[2] Den Auszug aus dem Protocoll v. 2 Juni 1756 s. a. a. O. S. 27—29; vgl. S. 29 f. die Beilage zum Protocoll vom 19 Mai 1756. Die Präliminarien s. Beil. I 4.

Denn die Summe des weitschichtigen Theilungsvertrags lief auf nichts anderes hinaus, als daß Frankreich mit seiner hergebrachten Politik vollständig brach und zu eigenem Schaden für habsburgische Zwecke seine beste Kraft einsetzte. Zwar wurden die österreichischen Niederlande dem Schwiegersohne des Königs von Frankreich Don Philipp versprochen, und es sollten dabei eine Anzahl Plätze und Herrschaften Frankreich einverleibt und Luxemburg geschleift werden: die kränkenden Bestimmungen des Utrechter Friedens über Dünkirchen sollten unter Österreichs Garantie für immer beseitigt werden, von einem Bunde Österreichs mit England nimmermehr die Rede sein. Das mochte dem französischen Stolze schmeicheln, übrigens trug es für Frankreich wenig aus, ob Belgien unter den Habsburgern oder unter einem spanischen Bourbonen stand, denn auch von dem Wiener Hofe war das Land so gut wie wehrlos gelassen und der Barrieretractat hatte sich nicht als eine Schutzwehr sondern nur als eine Fessel Belgiens erwiesen. Das Bündniß mit England aber löste der Kaiserhof nicht erst in Folge der Opfer, zu denen Frankreich sich verstand, sondern es war gelöst ehe die französische Allianz ins Werk gesetzt wurde. Überhaupt wurden dem bourbonischen Hause zwar eventuelle Gewinnste zugesagt: dafür aber zahlte Frankreich im voraus mit baaren Leistungen an Geld und Menschen um dem habsburgischen Hause unverhältnißmäßig viel größere Vortheile zu verschaffen. War dieses im sicheren Besitze derselben, so mochten auch die Bourbonen ihr Theil dahinnehmen: erreichte Österreich seine Absichten nicht, so gieng Frankreich ohne Lohn und ohne Dank aus dem Kriege.

Österreich dagegen erlangte Frankreichs Unterstützung für die höchsten Ziele seiner Wünsche. Zunächst zur Vernichtung des preußischen Staates, um die Hohenzollern zu Markgrafen von Brandenburg und Herzogen von Hinterpommern zu machen, denn das waren die einzigen Territorien, welche man ihnen allenfalls noch vergönnen wollte, ein Fürstenthum von so geringer Bedeutung, daß es der Kaiserin kaum würdig schien seine Unterwerfung unter die ihm vorzuschreibenden Gesetze in einen besondern Friedensvertrag zu fassen. Maria Theresia gab Belgien

auf, das ihr wie ihrem Vater zur Last geworden war, jedoch nicht ohne für den Fall des Aussterbens des neuen bourbonischen Fürstenhauses sich und ihren Erben den Heimfall vorzubehalten. Für Belgien aber gewann sie einen um mehr als die Hälfte beträchtlicheren Ersatz unmittelbar an den Grenzen ihrer deutschen Erblande. Sie erhielt Schlesien zurück, überdies zu bequemerer Abrundung das von Albrecht Achilles für Brandenburg erworbene Fürstenthum Crossen und von der sächsischen Lausitz ein beliebiges Stück, für welches die Entschädigung aus den von dem großen Kurfürsten von Brandenburg an der Saale und Elbe erworbenen Landen genommen ward. Bei diesem Tausche ward dem sächsischen Kurhause viel weniger zugetheilt, als während des zweiten schlesischen Krieges in den Leipziger Theilungsdeclarationen vom 3 und 18 Mai 1745 demselben zugesprochen war. In diesen war dem leitenden Gedanken des sächsischen Hofes, durch Erwerbung eines Stückes von Niederschlesien eine Verbindung mit Polen herzustellen, gewillfahrt worden: der Vertrag von Versailles dagegen richtete zwischen Polen und Sachsen eine breite Scheidewand von österreichischen Territorien auf. Das dem sächsischen Kurhause außer der Anweisung von deutschen Landen von Ludwig XV, „aus Zärtlichkeit für seine vielgeliebte Tochter die Dauphine", wie es in den Präliminarien hieß, gemachte Zugeständniß, die künftige Erwählung eines sächsischen Prinzen zum Könige von Polen gutheißen zu wollen schloß eine Verzichtleistung auf die bisherigen französischen Bestrebungen in sich, um derentwillen eine ansehnliche Partei in Polen ihr Vertrauen auf Frankreich setzte. Über die Erwerbung der wittelsbachischen Oberpfalz und des Fürstenthums Sulzbach für Österreich, welche in den Instructionen als eine der Bedingungen worin nachzugeben wäre aufgeführt ist, enthält der Vertrag keine Übereinkunft: man begnügte sich für die Theilung des preußischen Staates Verhandlungen mit dem bairischen und pfälzischen Kurhause vorzubehalten. In Italien wurden unter Frankreichs Garantie durch Parma und Piacenza, Elba und die früher spanischen Küstenstriche, endlich künftighin auch durch Modena, dessen Herzog schon für diesen Krieg der Kaiserin seine Truppen

überließ, die Besitzungen des habsburg-lothringischen Hauses ansehnlich erweitert und durch militärisch wichtige Plätze verstärkt, Sardiniens begründete Ansprüche aber bei Seite geschoben, alles ohne irgend eine Gegenleistung von österreichischer Seite. Im Zusammenhang mit diesen Transactionen stand die Vereinigung der niederländischen und italienischen Kanzlei mit der Hof- und Staatskanzlei, welche im April durch ein kaiserliches Decret angeordnet wurde. Zu dem Gewinn an Land und Leuten kamen die für den Schwager und die Schwägerin der Kaiserin ausbedungenen Pensionen, die Zusage des französischen Königs bisher nicht beizutreibende lothringische und belgische Geldforderungen zu ihren und ihres Gemahls Gunsten zu erledigen, die früher verhinderte römische Königswahl zu befördern. Weit über ihr eigenes Erwarten in Haupt- und Nebenpuncten hatten Maria Theresia und Kaunitz ihre Vorschläge zur Annahme gebracht, und es ward auf das bündigste festgestellt, daß der französische Hof zu seinen Hilfsleistungen unbedingt und auf unbeschränkte Zeit verpflichtet war, aber wenn der gemeinsame Plan nicht gelang daraus nicht die geringste Forderung an Österreich ableiten durfte. In den Präliminarien waren die Subsidien an Geld und Truppen vorläufig nur auf vier Jahre bewilligt und, im Falle die Eroberungs- und Tauschpläne sich als unausführbar erwiesen, die Fortdauer der französischen Besetzung von Ostende und Nieuport während der nächsten zehn Jahre nach dem Frieden ausbedungen: in dem Theilungsvertrage selbst war weder von dem einen noch dem anderen mehr die Rede.

Neben den ausdrücklichen Zugeständnissen, welche der Vertrag der Kaiserin gewährte, kam auch in Betracht was die österreichische Diplomatie von demselben ferngehalten hatte. Zwar sagte sich Österreich ausdrücklich von dem englischen Bündnisse los und ließ die im vorigen Jahre erklärte Neutralität fallen. Aber keine Clausel des Vertrages verpflichtete Österreich thätig gegen England aufzutreten. Die Bestimmungen der Präliminarien, daß Fiume und Triest sowie die toscanischen Häfen den englischen Schiffen verschlossen sein sollten, giengen in den Vertrag nicht über: der französische Hof begnügte sich mit den deshalb ge-

gebenen Zusicherungen. Was Minorca betraf und Dünkirchen, so versprach der österreichische Hof nichts als seine guten Dienste um in dem zwischen Frankreich und England zu schließenden Frieden die französischerseits verlangten Zugeständnisse auszuwirken. Eben so wenig war von der Garantie der Canalinseln, wenn Frankreich, oder Gibraltars, wenn Spanien diese Eroberung mache, in dem definitiven Vertrage die Rede. Die Präliminarien bestimmten, wenn Hannover auf die Neutralität nicht eingehe, solle Bremen und Verden an Schweden zurückgegeben werden: in dem Vertrage ward Hannover mit keinem Worte erwähnt. Kurz es war alles vermieden, was die Möglichkeit einer künftigen Verständigung der Häuser Habsburg und Braunschweig ausschloß. Auch Ostfriesland, welches Hannover Preußen streitig zu machen suchte und worauf auch Graf Kaunitz, dessen Mutter aus dem Hause der Cirksena stammte, längst Ansprüche angemeldet hatte, war für jetzt mit Stillschweigen übergangen. Außer den für Sachsen und Schweden ausbedungenen und für den Kurfürsten von der Pfalz und für Holland in Aussicht gestellten Antheilen an preußischen Ländern enthielt der Vertrag keine Bestimmung, welche der kaiserlichen Politik im voraus lästige Verpflichtungen auferlegte. Auch über die osmanische Pforte, deren die Präliminarien gedacht hatten, schwieg der Vertrag. Das am 16 Juni 1753 zu Moskau von Österreich und Rußland geschlossene Bündniß, welches die Kaiserhöfe verpflichtete, daß wenn einer von ihnen von den Türken angegriffen werde, auch der nicht angegriffene Theil der Pforte den Krieg erklären solle[1], durfte unbeschadet des österreichisch-französischen Bündnisses fortbestehen.

Unter so günstigen Bedingungen, mit der Aussicht auf ansehnliche Erweiterung der habsburgischen Macht, hatte das österreichische Cabinet ein politisches System aufgestellt, in welchem die katholischen Mächte sich vereinigten um den protestantischen

[1] Martens Suppl. III 30 ff. (1807). Vgl. die Erklärung über die Fortdauer dieser Verpflichtung vom 21 März 1760 ebend. S. 58 f. Sie war schon in dem Articulus secretissimus des Petersburger Vertrags von 1746 enthalten. Vgl. Arneth M. Th. erste R. J. III 335.

Gesetze vorzuschreiben. Damit war ein Grundsatz durchgeführt, dem Maria Theresia von Anfang ihrer Regierung an nachgetrachtet hatte. Statt des ihrem Gefühle widerstrebenden Verhältnisses daß die beiden katholischen Großmächte, jede mit Protestanten verbündet, einander bekämpften, waren sie jetzt vereint und die Protestanten zwiespaltig: man hatte Protestanten gegen Protestanten unter die Waffen gebracht, andere protestantische Staaten vermochte man wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Gerade diese Bedeutung der österreichisch-französischen Allianz ist noch später unter ausdrücklicher Zustimmung von Kaunitz vorzüglich hervorgehoben worden[1].

Darüber also kann kein Zweifel sein, die habsburgische Hauspolitik wie Maria Theresia und Graf Kaunitz sie auffaßten, hatte einen unvergleichlichen Triumph gefeiert: aber wir müssen hinzusetzen, nie hatte sie sich der Wohlfahrt des deutschen Volkes feindseliger und dem Protestantismus gefährlicher gezeigt. Die Odermündungen waren Schweden zugedacht; auf Preußen hatten die Russen ihr Absehen gerichtet: in der Hand deutscher Regierungen sollten von den Ostseeküsten nur Hinterpommern und Mecklenburg verbleiben. Belgien, das als eine Schutzwehr der freien Niederlande und Deutschlands in europäischen Verträgen feierlich als ein unveräußerliches Erbtheil Österreichs anerkannt war, ward den Bourbonen überlassen, Luxemburg, ein Vorwerk der Rheinlande, der Zerstörung preisgegeben. Es klang fast wie Hohn gegen Deutschland, daß Frankreich die Unkosten der Zerstörung dieser Festung, welche damals für die schönste in Europa galt, auf seine Rechnung übernehmen wollte. Dem Reiche verblieb von dem ehemaligen burgundischen Kreise nichts als der Anspruch der Kaiserin auch ferner für denselben Sitz und Stimme auf dem Reichstage zu führen und das Präsentationsrecht zum Reichskammergerichte auszuüben. Das war der Lohn für Unterthanen voll Treue und Anhänglichkeit für das habsburgische Haus.

---

[1] Nény, mém. hist. et polit. des Pays-bas Autrichiens. 2e Ed. 3. Vgl. Gachard, bulletins de l'Acad. de Bruxelles VII

Auch in diesem Kriege stritten die belgischen Regimenter unter den kaiserlichen Fahnen auf den deutschen Schlachtfeldern, und die Stände der Provinzen beeiferten sich der Kaiserin außerordentliche Beisteuern, freiwillige Darlehen, Hilfe jeder Art für den Krieg zu gewähren, in welchem sie für nichts weiter als ein Tauschobject angesehen wurden. Und es handelte sich nicht bloß darum Belgien einem fremden Fürstenhause zu überweisen, sondern zu gleicher Zeit wurden die wichtigsten Küstenstädte und Grenzbezirke abgerissen, mit deren Verlust dem Lande vollends die eigene Lebenskraft entzogen und ihm eine unhaltbare Zwitterstellung aufgedrungen ward.

Dem Grundsatze gemäß, welcher gleich bei der Einleitung des Bündnisses von Österreich und Frankreich aufgestellt wurde, die beiderseitigen Territorien so auszugleichen, daß eine feindselige Berührung unmöglich werde, gab der kaiserliche Hof die überrheinischen Lande wehrlos der französischen Machtentwickelung preis. Die Gefahr ward um so dringender, wenn zu gleicher Zeit der preußische Staat, der am Niederrheine wie am Pregel und Memelstrome auf der Wacht gestanden hatte um die deutschen Marken zu schirmen, zu Boden geworfen und in Stücke zerschlagen wurde. Wenn es gelang die Arbeit von vier Generationen, durch welche aus tiefem Elende ein in Wohlstand Geistesbildung und Kraft aufstrebender protestantischer Staat von europäischer Bedeutung geschaffen war, mit Hilfe der Russen, Schweden und Franzosen zu zerstören und an fremde oder katholische Höfe zu vertheilen, so war das nördliche Deutschland unheilbar zerrüttet und der Protestantismus auf dem Continente von der Gnade der andersgläubigen abhängig. Über kurz oder lang mußte aber der Ruin der preußischen Monarchie auch auf Österreich zurückwirken, dem die Hohenzollern schon oft mit ihren Waffen beigestanden hatten und das für große Krisen des Beistandes, den ein starkes Preußen zu bieten vermochte, nicht entrathen konnte, ohne an den Rand des Verderbens geführt zu werden. Diese Überzeugung trug der damals sechszehnjährige Erzherzog Joseph in sich. Als er den Beschluß der Conferenz vom 14 Juni über die Ratification des Theilungsvertrags mit Frank-

reich und die Abberufung des kaiserlichen Gesandten aus London erfahren, machte er seinem Vater die lebhaftesten Vorstellungen: man wolle ihn zum Vasallen von Frankreich machen, das sei das Werk seines Oheims Karl und andrer Generale und Minister. Die Kaiserin solle doch statt dessen mit dem Könige von Preußen sich über einen vernünftigen Frieden einigen. Das erschien seiner kaiserlichen Mutter als knabenhafter Eigensinn und ward als solcher bestraft[1].

In der That war der Kampf Friedrichs des großen gegen die Übermacht der europäischen Cabinette ein Rettungskampf für Deutschland und ward als solcher in tausend deutschen Herzen empfunden. Darin lag zugleich seine Bedeutung für das europäische Völkerleben überhaupt, welche von den gleichzeitigen englischen Staatsmännern, vor allem von Pitt, vollkommen gewürdigt wurde.

Preußen unter seinem heldenmüthigen Könige bestand die Probe und gieng durch Noth und Drangsal gestählt aus dem Kriege hervor. Aber der Krieg schlug Deutschland schwere Wunden und verzehrte viel edle Kräfte und unter den schlimmen Folgen des österreichisch-französischen Bündnisses hatte noch die nächste Generation zu leiden. Frankreich und England waren in einem Kriege um ihre Colonien begriffen, den die englische Regierung so viel an ihr war von dem europäischen Continente fernzuhalten suchte, während ebenfalls alle erfahrenen Staatsmänner Frankreichs die vorhandenen Kräfte auf Amerika und die See concentrieren wollten. Es lag in der Hand der Kaiserin Maria Theresia im Einverständnisse mit England und durch England mit Preußen Deutschland den Frieden zu erhalten. Statt dessen reizte die österreichische Regierung hier die Leidenschaften des russischen dort des französischen Hofes auf: sie verwickelte die Franzosen in den deutschen Krieg und zog sie damit von der Vertheidigung ihrer Colonien ab, in der sie bis dahin glücklich und den Engländern überlegen gewesen waren. Durch den deut-

[1] Nach einem von Schlaberndorf mitgetheilten Berichte aus Wien vom 18 Juli 1757.

ſchen Krieg kam Frankreich um ſeine wichtigſten Colonialgebiete, und was auch ſpäter geſchah um die franzöſiſche Seemacht wieder herzuſtellen, große nationale Aufgaben hatten die Franzoſen in der neuen Welt nicht mehr zu verfolgen. Sobald ihre Kräfte entfeſſelt waren, ergoſſen ſie ſich über das Feſtland von Europa und ſuchten vor allem Deutſchland heim. Und für das Kaiſerhaus ſelbſt iſt die Strafe nicht ausgeblieben, daß Maria Thereſia um ihre Rache an Friedrich dem großen zu kühlen und Schleſien wieder zu erobern, Ludwig XV und der Pompadour ſchmeichelte und dieſe Machthaber zu Verträgen bewog, welche die Verleugnung und Verhöhnung der nationalen Intereſſen Frankreichs beſiegelten und, obwohl niemals vollſtändig erfüllt, den Bankerott des Staates beſchleunigten. Für die Sünden des verworfenen Königs von Frankreich und die ſittliche Fäulniß, welche ſein Hof und ſein Regiment verbreitete, hat Marie Thereſiens jüngſte Tochter Antoinette mit ihrem Blute gebüßt.

Der Inhalt des geheimen Theilungsvertrages verlautete nicht ſo bald: nur aus den Handlungen der Regierungen, aus dem Umfange der Allianzen, den Truppenrüſtungen und Märſchen entnahmen die Völker, daß große Pläne zur Umgeſtaltung Europas im Werke ſeien. Schon ward von vielen Reichsſtänden und zwar nicht bloß proteſtantiſchen, ſondern ſogar auch von geiſtlichen Höfen die Beſorgniß geäußert, daß die kaiſerlichen Waffen im Siege die Grenzen der Mäßigung überſchreiten möchten[1]. Stimmen lebhafter Parteinahme für und wider wurden in Flugſchriften vernommen. Kaum eine unter dieſen iſt ſo ruhig gehalten und wägt ſo ſorgfältig die Wirkungen der öſterreichiſch-franzöſiſchen Allianz ab, als eine zu Lüttich in franzöſiſcher Sprache gedruckte Denkſchrift über die ſeit dem Aachener Frieden in dem politiſchen Syſtem von Deutſchland eingetretenen Veränderungen[2]. Sie entwickelt die Beſorgniſſe, welche die Vereinigung

[1] Huſchberg S. 135 f.

[2] Mémoire important sur le changement arrivé dans le système politique de l'Allemagne depuis le traité d'Aix la Chapelle. à Liège 1757 4° (zuerſt in dem Journal encyclop. de Liège I part. 3); deutſch u. d. T. Abhandlung üb. d. Veränderung u. ſ. w. Frankf. 1757.

von Preußen, Hannover, England, die Bildung eines Fürstenbundes, dessen Haupt der König von Preußen war, bei dem Kaiserhofe habe erwecken müssen; sie tadelt mit scharfen Worten das Verfahren der englischen Regierung gegen die französischen Kauffahrer, Preußens Härte gegen Sachsen und schildert die erstaunlichen Erfolge des kaiserlichen Hofes. „Kaiser und Reichs„hofrath, Reichstag, Kreistage, Calviniſten Lutheraner Katholiken, „alles vereinigt sich um den König von Preußen zu bekämpfen. „Selbst seine Verwandten wagen nicht ihre Stimmen zu ver„weigern. Seine Freunde, der Kurfürst von Hannover, alle die „Fürsten, welche den gefürchteten Verein der mißvergnügten „bildeten, wagen kaum für eine Vermittelung sich auszusprechen, „von der sie wohl wissen, daß der kaiserliche Hof sie nie an„nehmen wird. — Zu Versailles verspricht und gewährt man „viel. Zu Petersburg verspricht und gewährt man alles."

Nachdem die Denkschrift die Maßregeln beider kriegführenden Parteien beleuchtet hat, schildert sie in lebendigen Zügen die Lage von Deutschland. „Und welches ist der Sammelplatz dieser frem„den und einheimischen Armeen, dieser sechs- oder siebenmal„hunderttausend Streiter, welche von Nord und Süd, von Ost „und West kommen, von diesen sechs bis siebenmalhunderttausend „Menschen, welche diese Streiter in ihrem Troß nach sich ziehen?" „„Das deutsche Reich."" Wer wird sie ernähren? „„Eben dieses „„Reich."" Welches Gebiet werden die Parteigänger und die „leichten Truppen verwüsten? „„Das des Reiches."" Welche „Städte und Festungen beabsichtigt man zu belagern und ihre „Werke zu zerstören? „„Die des Reiches."" Die besuchtesten „Messen des Reiches sind gesunken; wird der Krieg sie auf„richten? Der Handel des Reiches ist zerstört; wird der Krieg „ihn wieder herstellen? Zieht der Überfluß bei den Armeen nicht „stets Theurung und manchmal Hungersnoth nach sich? — Wie „viele Menschen richtet nicht der Krieg zu Grunde für einen, „den er reich macht!"

„Es ist wahr, man verspricht den Deutschen daß der Opera„tionsplan nicht von der Art ist, wie die bloße Leidenschaft, der „Ehrgeiz oder die Rache ihn eingeben; daß er weise berechnet

„ist, bemessen nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und des „Völkerwohles; daß er dazu dienen soll, das Blutvergießen zu „verhüten, das Gleichgewicht in dem deutschen Reichskörper herzu„stellen und sein altes System zu befestigen, die Gesetzvollstreckung „und die kaiserlichen Constitutionen zu sichern und die Unterthä„nigkeit im Reiche zu erhalten; um in dem ersten oder höchstens „dem zweiten Feldzuge mit einem entscheidenden Schlage die „unter den kriegführenden Mächten entstandenen Streitigkeiten „zu beendigen: daß drei erhebliche Belagerungen zu diesem Plane „gehören um sich Sicherheiten zu verschaffen für Bedingungen, „welche man als die Grundlage der Wiederkehr des Friedens „aufstellen wird; mit einem Worte, um Deutschland aus der „Knechtschaft zu reißen. Wie mächtige Apostel der deutschen Frei„heit sind doch sechs bis siebenhunderttausend Streiter!"

„Zu welcher Zeit, an welchem Orte wird der Sieger, wer „es auch sei, Halt machen? Wenn seine Mäßigung ihm nicht „Einhalt thut, welche Macht wäre im Stande sich seinen Fort„schritten zu widersetzen, in der Mitte oder selbst im Anfange „seiner Eroberungen? Kennen Ehrgeiz und Haß eine Grenze, „wenn sie vom Siege begleitet sind?"

„Welche Frucht wird nach alle dem das Reich von diesen „Schlachten ernten? — „„Keine."" — Wird es seine Grenzen „ausdehnen? — „„Nein, es wird keinen Zoll breit Landes dabei „„gewinnen."" — „Wird es freier werden?" — „„Weit gefehlt."" „— — Man hat das Schwert angerufen, und das Schwert „wird über Deutschland entscheiden."

Drittes Buch.

Das Kriegsjahr 1757.

Erſtes Capitel.

Preußiſche und öſterreichiſche Rüſtungen. Der Krieg in Böhmen bis zum Rückzuge der Preußen nach Sachſen. Eröffnung der Feindſeligkeiten durch die Ruſſen und Schweden.

König Friedrich nahm für den Winter ſeinen Aufenthalt in Dresden inmitten ſeines in weitem Bogen an den Meißner Lauſitzer und ſchleſiſchen Gebirgen lagernden Heeres. Feſtes Muthes verfolgte er die Entwürfe ſeiner Feinde und ſpannte jeden Nerv an um gegen die Übermacht ſich in dem Kriege zu behaupten, zu dem der Feldzug des verwichenen Herbſtes nur das Vorſpiel gebildet hatte. Seine Mußeſtunden verwandte er auf die Geſchichte der großen Feldherrn früherer Zeit: er beſuchte das Schlachtfeld von Lützen, auf dem Guſtav Adolf den Heldentod gefunden hatte, und ſtudierte die Feldzüge von Turenne Eugen und Marlborough. In den erſten Monaten hoffte er noch auf thätigen Beiſtand von England und Hannover. Wenige engliſche Kriegsſchiffe würden die Zufuhren für die ruſſiſche Armee behindert und ihre Bewegungen gelähmt haben: in Weſtfalen konnte die hannöverſche Obſervationsarmee, wenn ſie auf Weſel geſtützt die Landſchaft ſüdlich von der Lippe vertheidigte, die franzöſiſche Armee längere Zeit in ihrem Vordringen aufhalten.

Wir ſahen daß dieſe Hoffnungen zu nichte wurden. Seit dem Januar konnte Friedrich der große nicht mehr zweifeln, daß er gegen die ungeheuren Rüſtungen von Öſterreich Frankreich Rußland keinen Beiſtand zu erwarten habe, ſondern auf ſich allein und die Treue und Hingebung ſeiner Unterthanen an-

gewiesen sei. Am 4 Januar kam er nach Berlin um persönlich mit seinen Ministern zu berathen und ihnen seine Befehle zu ertheilen. Er erwog jeden denkbaren Fall, unglückliche Schlachten, Gefährdung der Hauptstadt, seine eigene Gefangenschaft oder Tod. Für diese äußersten Fälle legte er in die Hände des ihm vertrautesten Ministers Grafen Finck von Finckenstein folgende eigenhändig niedergeschriebene Instruction:

Geheime Instruction für den Grafen von Finck.

Berlin den 10 Januar 1757.

In der kritischen Lage, in der unsere Angelegenheiten sich befinden, muß ich Ihnen meine Befehle geben, damit in allen Unglücksfällen, welche in der Möglichkeit der Ereignisse liegen, Sie zu den Schritten, welche zu ergreifen sind, autorisiert seien. 1. Wenn es geschähe (was der Himmel verhüte), daß eine meiner Armeen in Sachsen gänzlich geschlagen würde, oder daß die Franzosen die Hannoveraner aus ihrem Lande verjagten und sich darin festsetzten und uns mit einer Invasion der Altmark bedrohten, oder daß die Russen durch die Neumark vordrängen, ist es nothwendig die königliche Familie, die höchsten Gerichtshöfe, die Minister und das Finanzdirectorium zu retten. Wenn wir in Sachsen auf der Leipziger Seite geschlagen sind, ist der geeignetste Ort für die Überführung der königlichen Familie und des Schatzes Cüstrin; in diesem Falle müssen die königliche Familie und all die oben genannten unter dem Geleite der ganzen Garnison sich nach Cüstrin begeben. Wenn die Russen durch die Neumark eindringen oder uns ein Unglück in der Lausitz zustieße, wird alles nach Magdeburg übergeführt werden müssen. Die letzte Zuflucht endlich ist Stettin, aber dahin darf man erst in dem alleräußersten Falle gehen. Die Garnison, die königliche Familie und der Schatz sind unzertrennlich und gehen stets zusammen; ferner müssen dazu gethan werden die Diamanten der Krone und das Silberzeug der großen Gemächer, welches in solchem Falle ebenso wie das goldene Tafelgeräth sofort zu Gelde gemacht werden muß. Geschähe es daß ich getödtet würde, so müssen die Dinge ihren Gang gehen ohne die mindeste Veränderung und ohne daß man

bemerke, daß sie in andern Händen sind, und in diesem Falle müssen Eidesleistungen und Huldigungen beschleunigt werden sowohl hier als in Preußen und vor allem in Schlesien. Wenn ich das Misgeschick hätte vom Feinde gefangen genommen zu werden, so verbiete ich daß man die mindeste Rücksicht auf meine Person nehme noch daß man die geringste Erwägung anstelle über das was ich etwa aus meiner Haft schriebe. Wenn ein solches Unglück mir zustieße, will ich mich für den Staat opfern und muß man meinem Bruder gehorchen, welcher sowie alle meine Minister und Generäle mir mit ihrem Kopfe dafür einstehen werden, daß man weder eine Provinz noch ein Lösegeld für mich anbietet und daß man den Krieg fortsetzt und seine Vortheile verfolgt ganz als wäre ich nie auf der Welt gewesen.

Ich hoffe und ich darf glauben daß Sie, Graf Finck, nicht nöthig haben werden von dieser Instruction Gebrauch zu machen, aber im Fall eines Unglücks ermächtige ich Sie sie anzuwenden, und zum Zeichen daß sie nach reifer und nüchterner Überlegung mein fester und standhafter Wille ist, unterzeichne ich sie mit meiner Hand und versehe sie mit meinem Siegel.

(L. S.) Friedrich.

Das gesammte Staatsministerium und die Chefs der höchsten Gerichte wurden durch königliche Ordre vom 12 Januar angewiesen allem demjenigen genau Folge zu leisten, was auf gewisse Fälle ihnen der Staats- und Cabinetsminister Graf von Finckenstein im Namen Sr. Königlichen Majestät, nach der ihm ertheilten schriftlichen geheimen Instruction, sagen und eröffnen und von ihnen verlangen werde[1].

Noch an demselben Tage, an welchem er diesen Act selbstverleugnender Fürsorge für die Zukunft seiner Staaten vollzog, verließ König Friedrich die Hauptstadt und betrat sie erst nach Ende des Krieges wieder. Die Regierungsgeschäfte waren ge-

[1] Allerhöchst eigenhändige Instruction weiland S. M. Königs Friedrichs II f. d. Staats- u. Cabinetsminister Grafen Finck von Finckenstein vom 10 Januar 1757. Facsimile nach dem im Kön. Geh. Staatsarchiv aufbewahrten Original. Berlin am 24 Januar 1854. 4°. Die Instruction ist abgedruckt in den Oeuvres de Frédéric X 317—320.

ordnet, die Rechtspflege gesichert, die Finanzen wohl bestellt. Die Kosten des Kriegs lagen wenigstens für das kommende Jahr im Staatsschatze bereit und König Friedrich nahm darauf Bedacht mit dem Gelde so zu wirtschaften daß er den letzten Thaler in der Tasche behalte um seinen Feinden den Frieden vorschreiben zu können. Die Steuerkraft des Landes noch mehr anzuspannen erschien nicht räthlich, daher wurde keine neue Steuer ausgeschrieben, wohl aber in den westlichen Landen, welche der französischen Invasion ausgesetzt waren, Steuervorschüsse erhoben. In der Kurmark war schon im vorigen Jahre eine Anleihe bei der Ritterschaft gemacht; ein gleiches geschah jetzt auch in anderen Provinzen. So ward von den preußischen Ständen zur Landesvertheidigung ein Darlehen von 500000 Thalern verlangt, eine Summe welche nicht allein in kurzer Frist aufgebracht, sondern durch den Patriotismus der betheiligten noch um fast 80000 Thaler überschritten wurde[1].

Zu den Mitteln und Einkünften des preußischen Kriegsschatzes kamen die aus dem Kurfürstenthum Sachsen gewonnenen Erträge, außer den hergebrachten Steuern außerordentliche Contributionen, Lieferungen und Naturalleistungen aller Art, welche mit schwerem Drucke auf dem Lande lasteten. Schon war auch durch Ausmünzung geringhaltiger Goldmünzen eine neue Finanzquelle für die Kriegführung eröffnet und es wurden Vorschläge gethan auch das Silbercourant zu verschlechtern. Diese wies jedoch der König im Januar 1757 noch mit Unwillen zurück, weil sie seinen Landen zu höchstem Verderben gereichen müßten. Doch behielt er für nichtpreußische Gebiete auch diese Auskunft im Auge und bald genug drängte ihn die Noth dazu zu greifen.

Vor allem war König Friedrich mit den Plänen des nächsten Feldzugs beschäftigt, um den Krieg mit dem größten Nachdruck zu führen und so rasch als möglich zu entscheiden. Am 29 Ja-

[1] T. v. Hasenkamp, Ostpreußen unter dem Doppelaar. S. 31—33. Vgl. Hertzberg Recueil I. V. X f. Im allgemeinen s. Riedel, der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt S. 81 ff. J'espère d'avoir le dernier écu et de la leur prescrire (sc. la paix) schreibt König Friedrich an Marschall Keith d. 15 Mai 1757. Varnhagen Keith S. 146.

nuar hatte er deshalb zu Haynau eine Conferenz mit Schwerin und Winterfeld: des Sieges gewiß schrieb er, als er von dort nach Dresden zurückgekehrt war, an seine Schwester von Baireuth: „man wird dieses Frühjahr sehen was Preußen ist und daß wir „durch unsere Kraft und vorzüglich durch unsere Disciplin mit „der Überzahl der Österreicher fertig werden[1].“ Das preußische Heer ward unablässig in den Waffen geübt und neue Mannschaften verstärkten seine Zahl. Noch glaubte Friedrich auf die Dienste der Sachsen rechnen zu dürfen, aus denen zehn Regimenter und fünf Grenadierbataillone formiert waren; dazu wurden vier Bataillone leichter Truppen zu 500 Mann und einige Garnisonbataillone neu errichtet. Ferner ward der Bestand jeder Compagnie der Linieninfanterie, jeder Schwadron Dragoner und Kürassiere vermehrt, im ganzen um 21500 Mann. Damit stieg der Etat der Feldtruppen auf 152000, der Garnisonen auf 58800 Mann. Eine größere Verstärkung des Heeres erschien bei der immer noch dünnen Bevölkerung des Landes nicht thunlich, und die auswärtigen Werbeplätze lieferten bei dem gleichzeitigen Aufgebot so vieler Kriegsvölker nur wenig Rekruten. Zur Vertheidigung der Provinzen gegen feindliche Angriffe ordnete der König im Laufe des Jahres eine Maßregel an, welche Hertzberg vorgeschlagen hatte, nämlich die Errichtung einer Landmiliz, zu welcher jedes Dorf zwei Mann bereit halten sollte[2]. Vollständig wurde diese Einrichtung nicht durchgeführt: dem Widerwillen des Königs gegen ungeregelte Kriegführung entsprach es den Krieg allein den Soldaten vorzubehalten, Bürgern und Bauern die Arbeiten des Friedens; aber in einzelnen Provinzen, namentlich Preußen Pommern und der Mark, ist die wenn auch noch unvollkommene Organisation einer Landwehr von Nutzen gewesen.

Die Hauptstärke der preußischen Kriegsmacht lag in der Einheit ihrer Leitung durch den größten Feldherrn seines Jahrhunderts, der auf den unbedingten Gehorsam aller seiner unter-

[1] 1757 Febr. 5. Oeuvres XXVII 1, 292.

[2] Hertzberg Rec. a. a. O. Dess. précis de la carrière diplomatique hgg. v. Rud. Köpke in Schmidt's Zeitschr. f. Geschichtswiss. 1844 I 19. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 276 f.

gebenen rechnen konnte. Die Armee bestand zum größeren Theile aus Landeskindern und ward durch unausgesetzte Übungen und eiserne Disciplin zusammengehalten. Das Offiziercorps war auserlesen und erprobt und von echtem Kriegergeiste und Wetteifer durchdrungen. Unter den Generalen waren höchst verdiente Männer, voll Muth und Hingebung, der größere Theil jedoch mehr dazu geschaffen die Befehle des Königs unter dessen Augen pünctlich auszuführen, als in schwierigen Verhältnissen selbständig das rechte zu treffen und die ganze Verantwortung zu tragen. Mit einem Worte, das preußische Heer war der bewaffnete Arm des königlichen Staatsmanns, der seine eigenen Hilfsquellen und die Anstalten seiner Feinde in eine Rechnung zog und in tiefem Geheimniß seine Pläne entwarf, mit wenigen vertrauten ihre Ausführung vorbereitete und überwachte und wenn der Augenblick gekommen war mit vollendeten Thatsachen seine Zwecke kundthat.

Nicht minder als König Friedrich war die Kaiserin Maria Theresia von Eifer beseelt vor Ablauf des Winters die Zurüstung ihrer Heere zu vollenden. Aus den entfernten Provinzen des Kaiserreichs wurden die Truppen herangezogen; Kriegsmaterial und Mundvorräthe waren in Prag und andern Orten Böhmens aufgespeichert. An Geldmitteln gebrach es nicht. Willig übernahmen die Kronlande neue Lasten und für dringende Fälle bildeten die von dem Kaiser Franz angesammelten Schätze einen Rückhalt; bald sollten auch die französischen Subsidien flüssig werden[1]. Alle Kräfte über welche die Kaiserin gebot konnte sie gegen Preußen kehren: denn auf keiner andern Seite hatte sie einen Feind zu fürchten. Der türkische Divan sah dem Kriege der christlichen Mächte stumpfsinnig zu, Italien verharrte in tiefer Ruhe, über Belgien war Maria Theresia mit Frankreich einig und durfte das Land von Truppen entblößen. Nach Mitte Januars trafen die durch neue Werbungen verstärkten niederländischen Regimenter, 24000 Mann, mit siebenzig Geschützen, in Böhmen ein.

Das kaiserliche Heer war tapfer und kriegstüchtig, seit dem Aachner Frieden in Bewaffnung und Exercitium nach dem preußi-

[1] Die erste Zahlung von 2 Mill. fl. (=5 Mill. Livres) erfolgte am 15 Juli

schen Vorbilde reorganisiert, an Artillerie und leichten Truppen der preußischen Armee überlegen. Die Verstärkung und Ausbildung der Artillerie war das Werk des Fürsten Wenzel von Liechtenstein. Im übrigen machte sich um die neuen Heereseinrichtungen der Feldmarschall Graf Leopold Daun besonders verdient und erwarb das Vertrauen der Kaiserin in vorzüglichem Grade. Daun war ein durchaus nüchterner kaltbedächtiger Mann, vornehm und von gemessenen Formen, pünctlich und gewissenhaft im Dienste seiner Kirche und seiner Monarchin, aber von beschränktem Geiste und in der Scheu vor Verantwortung bis zur Ängstlichkeit behutsam. Im Heere genoß größeres Zutrauen der Feldmarschall Graf Brown, der Sohn eines Irländers der wie so viele Anhänger der Stuarts in fremde Waffendienste übergetreten war, ein umsichtiger und muthiger General, streng gegen sich und andere, ein abgesagter Feind aller Leichtfertigkeit. Seines verschlossenen Wesens halber war er in den Hofkreisen nicht wohl gelitten. Maria Theresia erkannte Browns Verdienste an und ehrte ihn, aber den Oberbefehl gegen den König von Preußen hatte sie für die Dauer ihm nicht zugedacht. Dazu war vielmehr ihr Schwager Prinz Karl von Lothringen bestimmt.

In Karl von Lothringen sah Maria Theresia den geborenen Krieger. Es blieb ihr unvergessen daß im Erbfolgekriege er zuerst die Feinde aus Österreich vertrieben und bis über den Rhein gedrängt hatte. Später kam es zu Tage daß dem Prinzen die ersten Eigenschaften eines Feldherrn, ruhige Überlegung, Besonnenheit und Geistesgegenwart, mangelten. Er zankte mit den Generalen und war bei den Truppen im höchsten Grade unbeliebt. Nach den Erfahrungen des letzten Krieges stimmten alle verständigen Männer überein, daß dem Prinzen kein Oberbefehl wieder anvertraut werden dürfe. Aber die Kaiserin beharrte bei der einmal gefaßten guten Meinung und wollte ihrem Schwager Gelegenheit geben die Scharten von Chotusitz Striegau Soor mit der Besiegung Friedrichs auszuwetzen. Deshalb war es umsonst daß mehrere Reichsfürsten sich mit dringenden Gegenvorstellungen an Kaunitz wandten und vorschlugen den Prinzen, der schon vor Jahren als Reichsfeldmarschall bestallt war, die

Reichsarmee befehligen zu lassen, dagegen Brown bei seinem Commando in Böhmen zu erhalten. Sie empfiengen die Antwort, die kaiserlichen Majestäten hätten beschlossen dem den Oberbefehl übernehmenden Herzog von Lothringen den Grafen Brown als Feldmarschall beizuordnen[1]. So ward der Zwiespalt in das Obercommando gelegt, wovon die Folge war daß auch bei den untergebenen keine Harmonie und strenge Subordination herrschte. Diese Übelstände wurden noch gesteigert durch den Einfluß des Hofes auf die Leitung der Operationen. Über dem Feldherrn stand nicht die Kaiserin allein und Graf Kaunitz mit Rücksichten persönlicher Gunst und politischer Erwägungen, wie der Coalitionskrieg sie mit sich brachte, sondern dazwischen noch der Hofkriegsrath, der in der Hauptstadt gemäß den Intentionen des Cabinets die Kriegspläne bearbeitete, an seiner Spitze Graf Neipperg, der nach dem Türkenkriege von Kaiser Karl VI auf die Festung geschickt, später bei Mollwitz von den Preußen geschlagen und in den Niederlanden nicht glücklicher, dennoch von seiner eigenen Einsicht vollkommen überzeugt blieb und des allerhöchsten Vertrauens sich erfreute. Der Hofkriegsrath sah die Dinge meist anders an als die commandierenden Generale; er brauchte Zeit um sich zu entscheiden und die in seinem Schooße gefaßten Beschlüsse blieben kein undurchdringliches Geheimniß.

König Friedrich wurde durch wohlbezahlte Spione, zu deren Diensten sich auch Pfaffen hergaben, über die in Wien gefaßten Beschlüsse auf dem laufenden erhalten[2]. Am 7 December kannte er den ersten österreichischen Kriegsplan, der dahin gieng Sachsen und Schlesien mit drei Corps anzugreifen. Über Eger und das Vogtland sollten Franzosen, deutsche Völker und Österreicher vorrücken, Brown über Friedland auf Bunzlau und Glogau vorgehen und Niederschlesien erobern, Piccolomini Oberschlesien in Besitz nehmen. Damals gedachte König Friedrich selbst mit 40000 Mann zuerst sich gegen die Franzosen zu wenden und mit seiner

[1] Huschberg S. 140.

[2] 1756 Dec. 22. 1757 Jan. 15. Friedrich II an Winterfeld. Preuß Urkundenbuch V 34. 37.

übrigen Armee die Stellungen in Sachsen und Schlesien zu decken, ein Plan gegen den Schwerin nachdrücklichen Widerspruch erhob; denn damit werde den Österreichern die Eroberung von Schlesien erleichtert, auf welche ihr ganzes Absehen gerichtet sei[1]. Indessen gab der österreichische Hof in Folge des französischen Widerspruches jenen Angriffsplan auf; eben so wenig drang Brown mit seinen Vorschlägen durch, mit der kaiserlichen Armee allein zeitig die Offensive zu ergreifen[2]. Der Hofkriegsrath glaubte nichts übereilen zu dürfen. Daß der König von Preußen Böhmen angreife sei kaum zu erwarten, wenigstens könne es wegen des Futterstandes nicht früh im Jahre noch wegen mangelnder Magazine mit raschem Vordringen geschehen: überhaupt werde er, auf allen Seiten von Feinden bedroht, nichts anderes versuchen als sich in Sachsen zu vertheidigen. Deshalb sollte die österreichische Armee zunächst den Preußen gegenüber ihre Stellungen in Böhmen und Mähren halten. Wann aber die Franzosen und die Russen vordrängen und der König sich mit diesen entweder selbst einließe oder doch seine Streitkräfte theilte, sollte die österreichische Armee zum Angriffe übergehen und den Preußen Sachsen und vor allem Schlesien entreißen.

König Friedrich urteilte anders als der kaiserliche Hofkriegsrath sich vorstellte; er wußte daß die einzig wirksame Defensive in einer kräftigen Offensive liegt und daß ihm keine Rettung blieb, wenn er sich von den Feinden matt setzen ließ. Sein Gedanke, in welchem er sich mit Winterfeld begegnete, gieng dahin die Österreicher zu schlagen ehe die Franzosen herankämen: dann meinte er würden sich bei den Franzosen „die stolzen Wellen legen" und er werde nach Bedürfniß entweder gegen sie oder gegen die Russen seine Waffen wenden. „Es wird das Jahr scharf hergehen," schrieb er an Winterfeld, „aber man muß die Ohren steif halten und jeder der Ehre und Liebe für das Vater-

---

[1] Preuß Urkundenbuch V 25. Geschichte des Geschlechts von Winterfeld i. Urkunden verfaßt von Ludw. Gustav v. Winterfeld-Damerow. 1863. Th. II Bd. 2 S. 1031. v. Schöning, der siebenjährige Krieg I 62 f.

[2] (v. Cogniazo) Geständnisse II 268 ff.

„land hat muß alles daran ſetzen: eine gute Huſche, ſo wird „alles klärer werden'."

Um den Hauptſchlag mit Nachdruck führen zu können zog Friedrich vor Beginn des Feldzugs auch die Regimenter heran, welche ſeit dem vorigen Juni in Pommern aufgeſtellt waren um für den Feldmarſchall Lehwaldt, der mit 20000 Mann in Preußen ſtand, eine Reſerve zu bilden. Im März trafen ſie in der Lauſitz ein und dienten dazu die von den Öſterreichern oft beläſtigten preußiſchen Quartiere beſſer zu decken. Der Operationsplan ward am 30 März zu Frankenſtein von Schwerin Winterfeld und dem vom Könige mit ſpeciellen Inſtructionen und Bedenken abgeſandten Generalmajor von der Goltz nochmals im Detail berathen. Die Abſicht war den Feind in den böhmiſchen Quartieren zu überraſchen, einzelne Abtheilungen aufzureiben und durch eine Schlacht gleich im Beginn des Feldzugs ſich die Überlegenheit zu ſichern. Mit dem von Schwerin und Winterfeld unterzeichneten Berichte erklärte der König ſich vollkommen einverſtanden und traf ſeine Anordnungen dahin, daß die Armee am 15 April marſchfertig war. Aber ſo ſehr auch der Angriffsplan geheim gehalten wurde, drang doch eine Kunde davon durch: am 8 April hatte man in Browns Hauptquartier die Nachricht daß die Preußen am 16 April in Böhmen eindringen würden[2]. Die Meldung fand jedoch keinen Glauben, da alle Umſtände für das Gegentheil ſprachen. War es doch land- und ſtadtkundig, daß die Preußen alles auf die Vertheidigung Sachſens berechneten: die Arbeiten zur Befeſtigung von Torgau und Dresden wurden beſchleunigt, an den Straßen nach Böhmen wurden Bäume geſchlagen und Verhaue angelegt, endlich an verſchiedenen Puncten

[1] 1757 März 7. Dresden. Friedrich II an Winterfeld. Über die Offenſive ſchreibt W. an den König den 19 März; am 21 erwiedert dieſer freudig zuſtimmend, das ſei auch ſeine Idee. Am 25 entwickelt er nochmals brieflich ſein Bedenken. v. Winterfeld a. a. O. S. 1043. 1045. Vgl. S. 1031. Preuß Urkundenbuch V 52 f. 54 f. Lebensgeſch. I 403 f.

[2] Stuhr Forſch. I 245 nach dem Schreiben des franzöſiſchen Offiziers d'Haumont vom 8 April. Luynes XVI 17 hat unter dem 10 April eine Nachricht über den preußiſchen Angriffsplan.

Scheinbewegungen ausgeführt, welche ihren Zweck erfüllten die kaiserlichen Generale vollständig irre zu leiten.

Die österreichische Armee stand in einer Stärke von 133000 Mann vom westlichen Böhmen bis Mähren. Mit 117000 Mann rückten die Preußen in vier Abtheilungen am 18 April und den nächsten Tagen in Böhmen ein. Feldmarschall Schwerin, der selbst über Trautenau gieng, eröffnete den Einmarsch mit den in Schlesien und der Grafschaft Glatz stehenden Truppen. Der österreichische General Serbelloni, der das Corps des jüngst verstorbenen Fürsten Piccolomini befehligte, blieb bei Königgrätz unthätig stehen; Schwerin dagegen beschleunigte seine Bewegungen dermaßen, daß er am 26 April sich mit dem von der Lausitz her vordringenden Corps des Herzogs August Wilhelm von Braunschweig-Bevern vereinigen konnte. Diese zweite Abtheilung des preußischen Heeres hatte bei Reichenberg den kaiserlichen Feldzeugmeister Grafen Königsegg zurückgeschlagen, machte aber des schwierigen Terrains halber nur langsame Fortschritte, bis Schwerins Anmarsch die Österreicher zum Rückzuge nöthigte. Die Vereinigung der beiden Armeecorps fand bei Kosmonos nahe der Iser statt. Der Thätigkeit welche der zweiundsiebzigjährige Feldmarschall bei diesen Operationen entwickelte, zollte Winterfeld, der unter ihm befehligte, seine höchste Bewunderung. Die vereinigten Corps giengen alsdann auf das rechte Ufer der Iser bis in die Nähe der Elbe vor: dort erwartete Schwerin die weiteren Befehle des Königs.

König Friedrich rückte am 22 April über Peterswalde und Rollendorf, Prinz Moritz von Anhalt von Marienberg her am 21 über Kommotau in Böhmen ein; ihre Truppen vereinigten sich am 24 April bei Linay an der Bila. Am 27 ward der Übergang über die Eger ausgeführt. Feldmarschall Brown gab die Stellung bei Budin auf und zog mit dem von der oberen Eger herankommenden Corps des Herzogs von Arenberg vereinigt auf Prag zurück. König Friedrich folgte ihnen und traf am 2 Mai mit 44000 Mann vor Prag ein. Die größere Hälfte seiner Truppen ließ er auf dem linken Moldauufer unter dem Feldmarschall Keith zurück, der auf den weißen Berg gestützt in

einem Halbkreise, welcher oberhalb und unterhalb die Moldau erreichte, den Hradschin und die Kleinseite von Prag einschloß: mit 20000 Mann gieng er selbst am 4 Mai auf das rechte Moldauufer hinüber und erwartete ungeduldig den Anmarsch von Schwerin, der an demselben Tage bei Brandeis die Elbe passierte. Königsegg hatte sich schon am 2 Mai mit dem Hauptheile seiner viel schwächeren Truppen nach Prag zurückgezogen.

Der Einmarsch der Preußen in Böhmen setzte die Österreicher außer Fassung. Die günstigsten Stellungen und die für die später beabsichtigte Offensive reich versehenen Magazine, Millionen an Werth, gaben sie preis um nur die Concentration ihrer Armee bei Prag zu erreichen. Und diese war ihnen gelungen, wenn auch nicht ohne Verlust und unter erschöpfenden Märschen. Nunmehr wählte Prinz Karl von Lothringen, der am 30 April den Oberbefehl übernommen hatte, an der Ostseite von Prag eine feste Stellung um den Truppen die nöthige Ruhe zu geben und die Verstärkungen abzuwarten, welche der Feldmarschall Daun heranführen sollte, der den Oberbefehl über das Serbellonische Corps und die in Mähren stehenden Truppen erhielt. Ein Angriff von preußischer Seite ward im kaiserlichen Hauptquartier nicht vorausgesehen. Die Österreicher beherrschten den Zizkaberg hart an der Stadt und die von diesem landeinwärts sich erhebenden Höhen. Weiter östlich dachen sich die Höhen ab, aber wie am Nordabhange so ward auch auf dieser Seite der Zugang durch eine von Bächen durchschnittene Niederung mit feuchtem Acker und Wiesengrund, zum Theil abgelassenen Teichen, ungemein erschwert. Diese Hindernisse schienen den König von Preußen von dem Versuche die kaiserliche Armee mit stürmender Hand aus ihrer Stellung zu vertreiben abschrecken zu müssen.

Aber König Friedrich ließ sich in seinem Vorsatze nicht irren. Ihm lag alles daran die Wirkung seines Einmarsches in Böhmen durch einen entscheidenden Schlag zu krönen: er durfte dem Feinde nicht Zeit lassen sich zu sammeln und zu verstärken. Sobald daher Schwerin nach einem nächtlichen Marsche in der Frühe des 6 Mai zu ihm gestoßen und damit 64000 Preußen gegen 60000 Österreicher vereinigt waren, befahl er die Schlacht, und

er greise Feldmarschall selbst meinte nach anfänglichen Bedenken: frische Fische gute Fische."

Die Dispositionen zur Schlacht wurden von dem Könige mit Schwerin und Winterfeld getroffen. Die steilen Abhänge, welche or der rechten preußischen Flanke lagen, waren zum Angriff nicht eignet: daher marschierte die preußische Armee links ab und Schwerin unternahm mit dem linken Flügel um 10 Uhr den ngriff auf die sanfter ansteigenden Höhen in der rechten Flanke er kaiserlichen Armee. Die Reiterei eröffnete das Treffen und ach mehreren vergeblichen Angriffen warf Zieten mit der Reserve ie österreichische Reiterei: bei der Verfolgung fielen jedoch seine Mannschaften über ein feindliches Lager her und tranken sich so oll, daß sie für den Tag nicht weiter zu brauchen waren. Gleich- eitig gieng die preußische Infanterie des ersten Treffens vor: ber der sumpfige Boden bot unerwartete Hindernisse, die öster- eichischen Geschütze wirkten mörderisch und die Grenadiere warfen ie anrückenden Preußen zurück. Kaum waren die Bataillone ieder geordnet so nahm Schwerin einem Junker die Fahne aus r Hand und ritt vor ihrer Fronte um sie zu erneutem Sturme führen: da ward er von Kartätschenkugeln hingestreckt und die n ihm befehligte Infanterie wich abermals.

Aber die siegreich vordringenden österreichischen Grenadiere den nicht unterstützt. Gleich im Beginn des Gefechtes war marschall Brown, der auf dem rechten Flügel befehligte, er verwundet; Prinz Karl, der mit äußerster Anstrengung abmühte das frühere Versäumniß nachzuholen und die zur icht erforderlichen Dispositionen zu treffen, ward von einem krampfe befallen, der ihm die Besinnung nahm. So fehlte sterreichern jede Oberleitung: auf ihrer Seite löste sich die ht in lauter Einzelgefechte auf. Diesen Umstand benutzten ußen. Der König persönlich ordnete mit frischen Truppen iten Treffens einen neuen Angriff an und warf den rechten der Österreicher, zugleich drang der Herzog von Bevern rum vor und schließlich erstürmten auch die Truppen der Ferdinand von Braunschweig und Heinrich von Preußen, i die größte Bravour zeigte, die ihnen gegenüberliegen-

den steilen Abhänge. Damit war die Schlacht auf allen Puncten entschieden: die Höhen vor Prag waren in den Händen der Preußen, die Österreicher theils über die Sazawa, theils in die Stadt Prag gedrängt.

Der Sieg war glänzend, aber theuer bezahlt. Der Verlust der Preußen war nicht viel geringer als der der Österreicher: er belief sich nach der mäßigsten Angabe auf 12500 Mann[1]. „Schwerins Tod," schreibt König Friedrich, „welkte die Lorbern „des Sieges, der mit zu kostbarem Blute erkauft war. An diesem „Tage fielen die Säulen der preußischen Infanterie; Fouqué „und Winterfeld wurden gefährlich verwundet: es blieben Haut„charmoy, Goltz, der Prinz von Holstein, Manstein und eine „große Zahl tapferer Offiziere und alter Soldaten, welche zu „ersetzen ein blutiger und grausamer Krieg keine Zeit ließ[2]."

Die nächste Folge der Schlacht war die Einschließung des größeren Theiles der kaiserlichen Armee mit dem Prinzen Karl von Lothringen in Prag. Auf dem linken Moldauufer befehligte auch ferner Feldmarschall Keith die preußischen Verschanzungen; auf dem rechten zog der König den Halbkreis: sowohl oberhalb der Stadt als unterhalb ward durch Schiffbrücken die Verbindung zwischen beiden Heerestheilen hergestellt. Eine förmliche Belagerung unternahm König Friedrich nicht; dazu war seine Armee, wenn sie gleich durch Heranziehung der detachierten Corps verstärkt war, dennoch im Verhältniß zu der Besatzung nicht zahlreich genug: sondern er rechnete darauf die in der Stadt eingeschlossene Armee, welche 44000 Mann zählte, durch den Hunger zur Capitulation zu nöthigen oder, wenn sie den Versuch machen sollte sich durchzuschlagen, sie vollends aufzureiben. Auch die Beschießung, welche den 29 Mai begann, hatte nur den Zweck Magazine in der Stadt zu zerstören. Das österreichische Obercommando hinderte die Preußen wenig. Ein Ausfall in Masse um sich den Weg zu bahnen ward nicht beabsichtigt: selbst als

[1] Gesch. d. 7jähr. Kriegs bearb. v. d. Offizieren des großen Generalstabs I 195. Der König gibt den eigenen Verlust auf 18000, den der Österreicher auf 24000 Mann an.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 119 f.

nach heftigen Regengüssen das Hochwasser der Moldau am 30 Mai die beiden preußischen Schiffbrücken zerriß verhielt die Besatzung sich ruhig. Durch einzelne Ausfälle von der Wachsamkeit der Preußen belehrt erachtete Prinz Karl seine Befreiung anders als durch den Beistand der Daunschen Armee für unthunlich und suchte durch sparsame Eintheilung des Mundvorraths sich so lange wie möglich zu fristen. Dies Verhalten ward auch von dem kaiserlichen Hofe ausdrücklich gebilligt.

Ganz Europa harrte in gespannter Verwunderung auf die Entscheidung. Der König von Preußen, über dessen Länder seine Feinde das Loos warfen und den sie mit einem Feldzuge zu überwältigen gedachten, stand jetzt auf dem Puncte gerade umgekehrt ihnen Gesetze vorschreiben zu können. Die zur Eroberung Schlesiens gemachten Zurüstungen waren vernichtet, das kaiserliche Heer geschlagen und mit Gefangenschaft bedroht; ein zweites Heer, eben erst in der Bildung begriffen, war zu schwach gegen die siegreichen Preußen so bald eine neue Schlacht zu wagen. Das gewaltige Unternehmen des Königs von Preußen schien seiner Vollendung nahe zu sein. In Wien fürchtete man das schlimmste und laut erhoben sich die Vorwürfe gegen Kaunitz als den Anstifter des unseligen Kriegs, dessen Ende gar nicht abzusehen war[1]. Vor der Schlacht bei Prag war Kaunitz in Dauns Hauptquartier gereist um den Generalen die Köpfe zurecht zu setzen und sie zu rascher Unterstützung des Prinzen von Lothringen zu vermögen: er kam von dort mit der Überzeugung zurück daß Daun vor der Hand nichts unternehmen könne und suchte nun die Verbündeten zu raschem Vorgehen zu bestimmen. Von allem Anfange an hatte es in der Absicht der österreichischen Regierung gelegen daß die russische Hauptmacht sich nicht nach Preußen, sondern nach Schlesien wenden sollte um mit einem österreichi-

[1] Vgl. Stuhr Forsch. I 243 ff. Huschberg-Wuttke S. 151. In dem Conferenzprotocoll vom 14 Juni 1757, die Ratification des Geheimen Tractats mit Frankreich betreffend, ist das Bedenken verzeichnet, „ob unsere dermaligen betrübten Umstände die Ratification zugeben." Es wird aus dem Grunde beseitigt, „weil unsere größte Hülfe von Frankreich zu erwarten." N. Actenstücke S. 42.

ſchen Corps vereint dieſe Provinz zu erobern. Aus Rückſicht auf Polen, welche die franzöſiſche Regierung geltend machte, war von dieſem Plane abgeſehen worden, aber jetzt kam Kaunitz darauf zurück, daß der ruſſiſche Feldmarſchall Apraxin ein Corps von mindeſtens 24000 Mann nach Niederſchleſien marſchieren laſſen möge um eine Diverſion zu machen oder zu den Öſterreichern zu ſtoßen. Auch ward über einen Vertrag verhandelt, demzufolge 30000 Mann Ruſſen durch Polen nach Mähren marſchieren und in öſterreichiſchen Sold treten ſollten[1]. Nicht minder dringende Vorſtellungen wurden an den franzöſiſchen Hof gerichtet und von neuem die Entſendung franzöſiſcher Truppen von der Armee d'Eſtrées nach dem Vogtlande und nach Böhmen nachgeſucht, diesmal ebenſo vergebens wie früher. Statt deſſen erklärte König Ludwig XV aus eigenem Antriebe ſich entſchloſſen, um der Kaiſerin einen neuen Beweis ſeiner Freundſchaft zu geben, unter den Befehlen des Prinzen Soubiſe im Elſaß eine zweite Armee auszurüſten, welche Franken Schwaben und Baiern gegen Einfälle der Preußen decken und dem Reichstage zu Regensburg Schutz und Sicherheit gewähren ſollte[2].

Und fürwahr es ſchien die höchſte Zeit zu ſein ſich der Reichsſtände zu verſichern, damit nicht der Reichskrieg gegen Preußen noch ehe er begonnen ein klägliches Ende nähme. Während des Marſches nach Prag am 29 April hatte König Friedrich den Oberſten von Mayr, einen gewandten und verwegenen Parteigänger, der früher in öſterreichiſchen bairiſchen und ſächſiſchen Dienſten ſtand und ſeit zwei Jahren in die preußiſche Armee getreten war, mit einem Streifcorps in das Reich geſchickt. Es waren nicht mehr als zwei Bataillone Freiwilliger zu Fuß und 200 Huſaren, zuſammen 1500 Mann, mit fünf Kanonen, beuteſüchtige Abenteurer aus aller Herren Länder, aber mit ſtrenger Mannszucht zuſammengehalten. Mayr nahm zunächſt in Böhmen öſterreichiſche Magazine weg, namentlich das ſehr beträchtliche zu Pilſen, und veräußerte oder vertheilte die Vorräthe, rückte

[1] Stuhr I 254. 279 f.
[2] Ebend. S. 171.

mann in die Oberpfalz und brandschatzte bairische, bambergische, pfälzische, nürnbergische Ämter. Am 26 Mai stand er vor Nürnberg. Er verlangte von dem Rathe der Stadt freien Durchmarsch für das Corps von 15000 Mann zu Fuß und drei Regimentern Husaren, dessen Vortrab er bilde, ferner Vereinigung der Nürnberger Kriegsvölker mit den preußischen zum Kriege gegen die Franzosen und Neutralität der Reichsstadt im Kriege des Königs mit der Kaiserin. In ihrer Noth fragten die Nürnberger bei dem gerade in ihren Mauern versammelten Kreisconvente an und schickten ihren Obersten von Imhof in das königliche Feldlager vor Prag mit dem Auftrage, für Erlaß der gestellten Forderungen 80000 fl. anzubieten. Dieses Angebot wies König Friedrich als seiner unwürdig zurück; er verlange nichts als daß die Stadt sich aus den das Reich gar nichts angehenden Privathändeln des wienerischen Hofes heraushalte und strenge Neutralität beobachte.

Unterdessen war Mayr in Franken weiter gezogen, hatte verschiedene Reichsgebiete heimgesucht und kanonierte am 9 Juni bei Bach an der Regnitz mit fränkischen Reichstruppen, mit Bambergern und Würzburgern, 6000 an der Zahl, welche den Auftrag hatten „besagten Mayr einzufangen, auf daß an demselben, andern zum Abscheu, die verwürkten Strafen mögen vollzogen werden.“ Die brandenburgisch-baireuthischen Gebiete wurden sorgfältig geschont. Friedrichs Schwester Wilhelmine war außer sich vor Freude über die Thaten des kleinen Häufleins, deren Nachrichte ihre Erlanger Zeitungen ins Reich hinaustrugen: dem tapfern Mayr verlieh sie den Orden de la sincérité et probité. Am 18 Juni stand dieser bei Culmbach: nach mehrtägiger Rast zog er ins Coburgische und von dort über Saalfeld nach Sachsen und Böhmen zurück[1].

Mit einem andern Corps von ein paar tausend Mann erschien der preußische Generalmajor von Oldenburg vor der kurmainzischen Stadt Erfurt, und verlangte daß ihm die Thore geöffnet würden, da der Kurfürst gegen den König von Preußen parteiisch

[1] Allg. Leb. gr. Helden 1759 III 159 ff. Heldengeschichte IV 360 ff.

und feindselig verfahre. Man getraute sich nicht sein Ansinnen zu verweigern: die kaiserliche und kurfürstliche Besatzung räumte die Stadt und zog sich in die Citadelle zurück. Nun forderte der General Oldenburg von der Stadt und der Klostergeistlichkeit Contributionen von über 200000 Thalern, aber ehe diese eingetrieben werden konnten, ward auch diese Abtheilung wiederum zur königlichen Hauptarmee nach Böhmen beschieden[1].

So lange König Friedrich Prag belagerte, wurden im Reiche diese Streifcorps allerdings für nichts geringeres angesehen als für die Vorläufer größerer Truppenkörper. Die Abgeordneten in Regensburg fürchteten für ihre Sicherheit; schon kamen Flüchtlinge an und das gemeine Volk wurde unruhig. Viele der Gesandten, unter ihnen der kurmainzische, hielten dafür, die Versammlung möge sich einstweilen nach Frankfurt zurückziehen. Der würzburgische begehrte von dem Fürstbischof Gewährleistung seiner Effecten und Schadloshaltung, wenn seiner Person etwas zustoßen sollte. Der Schrecken griff um sich: schon verbot der Kurfürst von Mainz seinen Unterthanen feindselige Reden über den König von Preußen zu führen: der Kurfürst von Baiern sandte einen Obersten in das Lager vor Prag und ließ die Erklärung abgeben, daß er allen gegen Preußen geschlossenen Verbindungen entsage und zur Neutralität entschlossen sei[2]. Von dieser kurfürstlichen Entschließung setzte die Regierung zu Amberg durch Circular vom 20 Mai die Beamten in Kenntniß und ließ auch dem Obersten Mayr davon Meldung thun. Die auf dem Marsche zur französischen Armee begriffenen kurpfälzischen Truppen erhielten Befehl bis auf weiteres Halt zu machen. In den Stiftern des Kurfürsten von Köln erhoben die Stände Widerspruch gegen die Kriegsrüstungen: die kurfürstlichen Räthe und viele der kurfürstlichen Offiziere galten für preußisch oder hannöverisch, wenigstens nicht für bourbonisch gesinnt.

Noch bedenklichere Dinge geschahen in Würtemberg. In

[1] Heldengeschichte IV 371 ff. Huschberg-Wuttke S. 268. 277 ff.

[2] Oeuvres de Frédéric IV 121. XXVII 1, 395. Stuhr a. a. O. I 247 ff. 317 ff. Huschberg-Wuttke S. 266 ff. Brodrück Feldzug der Reichsarmee v. 1757 S. 26.

diesem Lande herrschte tiefe Betrübniß daß der Herzog, der alles seiner Eitelkeit opfere, sich den Franzosen verkauft habe: in den Kirchen wurde um seine Erleuchtung und den Sieg des Königs von Preußen gebetet. Und es blieb nicht bei den stillen Klagen der bekümmerten Unterthanen, sondern hohe Beamte und angesehene Mitglieder der Landstände und der Bürgerschaft von Stuttgart reizten die Soldaten auf, den Dienst gegen die protestantischen Glaubensgenossen zu verweigern. Vieles Zuredens bedurfte es nicht das gewaltsam zusammengepreßte Militär, so weit es aus Eingebornen bestand, zu empören. Als am 20 Juni der herzogliche General von Werneck mit dem französischen Gesandten und dem Marschcommissar die in Stuttgart einquartierten Truppen mustern wollte, brach der Unwille in offene Meuterei aus: von allen Seiten schrieen die Soldaten sie wollten sich lieber todt schlagen lassen als für den König von Frankreich gegen Preußen kämpfen. Mit Mühe wurden die beiden Franzosen vor ihrer Wuth gerettet und die wichtigsten Posten mit zuverlässigen Mannschaften besetzt. Von mehr als 3000 blieben nur 400 aus der Fremde geworbene bei den Fahnen, die andern giengen in hellen Haufen davon mit dem Rufe daß sie zum Obersten Mayr nach Franken zögen. Der General ließ sie ziehen und gab manchem selber noch Urlaub auf unbestimmte Zeit: dann machte er bekannt daß allen, welche binnen gesetzter Frist sich wieder einstellen würden, die Strafe geschenkt sein solle[1]. Nicht anders als die Würtemberger waren die übrigen Truppen des schwäbischen Kreises, namentlich die Badener, gesinnt: laut äußerten Offiziere und Gemeine ihren Widerwillen mit den Franzosen gegen Preußen kämpfen zu sollen. Graf Pergen gab sich die größte Mühe die Rüstungen für die Reichsarmee in Gang zu bringen, aber mit geringem Erfolge. Im Juni schrieb er von dem oberrheinischen Kreise: „hier verliere ich beinahe mein „Latein, denn die Parteilichkeit aller dieser Protestanten für den „König von Preußen erscheint unglaublich[2]."

[1] Stuhr a. a. O. S. 319 f. Vgl. La pure vérité. Lettres et mémoires sur le Duc et le Duché de Virtemberg. Augsb. 1765 S. 85—87.

[2] Huschberg-Buttke S. 266. Brodrück Feldzug der Reichsarmee v. 1757 S. 23 ff. 27 f.

So erhob sich weit und breit die Volksstimme gegen den kaiserlichen Hof und die Dienstverträge mit Frankreich: die fürstlichen Höfe schwankten in ihren Entschließungen. In Frankreich selbst herrschte Schadenfreude über die Niederlage der neuen Alliirten, und am Hofe Ludwigs XV kam die Besorgniß auf, der König von Preußen werde das Reich zum Frieden bringen, die österreichische Armee in Prag aushungern, die Kaiserin werde einen Sonderfrieden eingehen und Frankreich allein auf dem Kriegsschauplatze lassen[1].

Die Preußen und ihre Verbündeten jubelten: auch Hannover hoffte von Friedrichs Siegen seine Rettung. Wir haben oben die Bedingungen des im April von Colloredo übergebenen österreichisch-französischen Entwurfes einer Neutralitätsconvention für Hannover mitgetheilt: wenige Tage darauf trafen Mitchell's Berichte vom 19 April in London ein, mit der Meldung von dem Einmarsch des Königs von Preußen in Böhmen und seinen ferneren Feldzugsplänen[2]. Jetzt verwarf König Georg II den Vertrag für Hannover mit Entrüstung und vermerkte den Eifer, mit welchem der dänische Gesandte Graf Rantzau den Minister von Münchhausen zum Eingehen auf die Neutralität zu bestimmen suchte, sehr ungnädig. Rantzau hatte den vermittelnden Vorschlag gethan, daß die Kaiserin und der König von Frankreich von dem Durchzuge durch das Kurfürstenthum Hannover abstehen und ihre Truppen durch Hessen und die Herzogthümer Braunschweig und Sachsen marschieren lassen sollten: König Georg aber ließ ihm eröffnen, daß Ehre und Gerechtigkeit ihm verböten die Länder befreundeter Fürsten dem Durchzuge der Franzosen preiszugeben. Colloredo, dem im Interesse seines Hofs sehr viel daran gelegen war die Neutralität Hannovers zu erlangen, erbat eine persönliche Audienz beim Könige, wurde aber, als er die Convention befürworten wollte, von Georg II höhnisch abgefertigt. Die schriftliche Antwort, welche im Namen des Königs Münchhausen an Collo-

[1] Stuhr Forschungen I 113 aus Belleisles Schreiben an seinen Sohn.

[2] Vgl. o. S. 277 f. Mitchell's Schreiben an den Herzog von Cumberland und den Grafen Holderneſſe vom 19 April f. Mitchell Pap. I 237. 241.

redo ertheilte, gieng dahin daß der König alle geeigneten Maßregeln ergreifen werde die fremden Truppen von seinen Besitzungen und ihrer Nachbarschaft fern zu halten, um die Gefahr welche ihnen drohen könnte desto wirksamer abzuwenden[1].

Die kriegerische Stimmung des englischen Hofs ward genährt durch die Berichte aus Böhmen. Am 19 Mai brachte ein von Yorke aus Holland abgesandtes Fischerboot die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Prag. „Dies glückliche Ereigniß," schrieb Holderneſſe, „hat den Hof und die ganze Nation mit der „höchsten Freude erfüllt und die Bewunderung, welche wir schon „für den Heldenmuth des Königs von Preußen hegten, auf den „höchsten Grad erhoben; Weiber und Kinder singen sein Lob; „die ausgelassensten Freudenbezeigungen gehen auf den Straßen „vor sich. Kurz er ist der Abgott des Volkes geworden[2]."

Den König Friedrich fand der englische Gesandte Mitchell nach der Prager Schlacht siegesfroh aber mitten unter seinen großen Erfolgen gemäßigt. Er hatte das Bewußtsein, daß wenn es ihm gelänge Prag zur Übergabe zu bringen, er die Entscheidung in der Hand habe. In seinen letzten Lebensjahren äußerte er gegen den General Rüchel, „gewann ich noch eine „Schlacht, so konnte ich auf den Wällen von Wien den Frieden „unterzeichnen[3]." Sein Gedanke war nach der Einnahme von Prag die Hauptarmee persönlich nach Mähren zu führen; ein Corps von 30000 Mann mainabwärts durch das Bambergische und Würzburgische nach Hessen zu schicken um das Schattenbild der Reichsarmee zu verscheuchen und die Franzosen über den Rhein treiben zu helfen; endlich gegen die Russen, deren Heeresmassen Feldmarschall Lehwaldt mit nur 28000 Mann gegenüberstand, Truppen zu detachieren, die jenen gerade durch Polen in den Rücken gehen sollten. Kurz dann glaubte er im Stande zu

---

[1] 1757 Mai 6. Michell's Bericht. Wahrhafte Vorstellung des Betragens, welche S. K. M. von Grosbritannien ꝛc. Kriegs-Canzley 1758 III 802. Vgl. Huschberg S. 323.

[2] Mai 20. Holderneſſe an Mitchell. Mitchell Pap. I 249. Raumer II 427.

[3] Mitchell's Journal Mai 10 a. a. O. S. 329. E. F. W. Phil. v. Rüchel, mil. Biogr. von de la Motte Fouqué I 40 angeführt von Preuß Fr. d. gr. II 51.

sein nach allen Seiten, wo sie erfordert wurden, Streitkräfte zu senden und den Krieg rasch zu beendigen.

Mittlerweile bildete Feldmarschall Daun eine Armee zum Entsatze von Prag. Am Tage der Prager Schlacht war er bis auf fünf Meilen, sein Vortrab bis auf zwei Meilen herangekommen, im ganzen 30000 Mann, deren Ausrüstung jedoch in vielen Stücken noch mangelhaft war. Auf die Nachricht von dem Siege der Preußen gieng er zurück um weitere Verstärkungen an sich zu ziehen. König Friedrich entsandte gegen ihn ein Observationscorps zunächst nur von 5000 Mann zu Fuß und 12500 Mann Reiterei unter dem Befehle des Herzogs von Bevern. Vor diesem wich Daun Schritt vor Schritt auf der Straße nach Iglau und Wien, aus eigener Behutsamkeit und den Befehlen der Kaiserin gemäß, welche ihn anwiesen nur um Deckung der Erbstaaten besorgt zu sein und sich vor der preußischen Armee sehr in Acht zu nehmen. So konnte Bevern mit seiner unverhältnißmäßig schwächeren Macht am 17 Mai Kolin mit beträchtlichen Magazinen und am 5 Juni Kuttenberg erobern. Übrigens wuchsen Dauns Streitkräfte bei jedem Schritte, den er zurückthat; mit Geschütz und allem Kriegsbedarf ward er reichlich versehen und immer mehr Verstärkungen trafen ein. Er zog die über die Sazawa versprengten Truppen von dem Heere des Herzogs Karl an sich, die in Ungarn und Mähren gelagerten kamen heran, mit ihnen die vier sächsischen Reiterregimenter, welche früher in Polen gestanden hatten: so vermehrte sich sein Heer allmählich auf über 50000 Mann und ward dem nach und nach ebenfalls um mehrere Bataillone verstärkten Bevernschen Corps an Cavallerie um die Hälfte, an Infanterie dreifach überlegen.

Daun verharrte nichtsdestoweniger in seiner passiven Haltung und gieng bis Goltz-Jenikau zurück: da erhielt er von der Kaiserin Befehl, weil Prag sich nur noch bis zum 20 Juni halten könne, zur Rettung des in der böhmischen Hauptstadt belagerten Heeres eine Schlacht zu wagen. Für diese ward ihm völlig freie Hand gelassen: er sollte für den Ausgang nicht verantwortlich sein, aber nie vergessen, daß er die letzten Streitkräfte des Reiches

in seiner Hand habe. Zugleich wurde zur Belebung des Eifers der Armee den Grenadieren, welche das Treffen bei Prag so rühmlich eröffnet hatten, auf Lebenszeit doppelte Löhnung ausgesetzt. Nach diesem Befehle begann Daun am 12 Juni gegen die Preußen vorzugehn. Bevern zog sich nach Kuttenberg, Kolin und weiter auf der nach Prag führenden Kaiserstraße bis Planian zurück und vereinigte sich am 14 Juni südlich von jener Straße in der Nähe von Kaurzim mit dem Könige.

König Friedrich war nämlich, nachdem er die wiederholten Berichte des Herzogs von Bevern über die zunehmende Stärke der Österreicher ungläubig aufgenommen und mit dem Befehle erwiedert hatte Daun nach Iglau zu treiben, endlich selbst aufgebrochen um das Commando der Observationsarmee zu übernehmen, die kaiserlichen Feldtruppen zu schlagen und damit die Capitulation von Prag zu entscheiden. Die Verstärkungen, welche er zu diesem Ende heranführte, waren nicht bedeutend: sie brachten die Armee nicht höher als auf 18000 Mann Infanterie und 13000 Mann Cavallerie. Denn um seinen Hauptzweck nicht zu verfehlen hielt er es nicht für gerathen die Armee vor Prag in ihren ausgedehnten Stellungen allzu sehr zu schwächen[1]: überdies hatte alles was bisher vorgegangen war ihn in der falschen Zuversicht befestigt, mit welcher er Zahl und Leistungsfähigkeit des feindlichen Heers und Dauns Feldherrntüchtigkeit gering achtete.

Die kaiserliche Armee zählte jetzt 54000 Mann und war in allen Waffengattungen, namentlich auch an Artillerie, den Preußen überlegen, an Fußvolk fast doppelt so stark. Sie bezog am 16 Juni ein Lager bei Krichnow in einer Stellung die in der Fronte unangreifbar war: sobald Daun wahrnahm daß die Preußen sich nordwärts nach seinem rechten Flügel wendeten, marschierte er am Abend des 17 auf die südlich der Straße von Planian nach Kolin sich erhebenden Höhen, welche den Geschützen freies Spiel gaben und dem Feinde die Reserven verdeckten. Am frühen Morgen des 18 Juni traten die Preußen unter die Waffen und zogen auf der Kaiserstraße heran. Nachdem man die Aufstellung des

[1] Vgl. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 271.

österreichischen Heeres überblickt hatte, gab der König in dem Gasthofe zur goldenen Sonne (Slate Slunze) den versammelten Generalen die Disposition zur Schlacht. Der linke Flügel der Österreicher erschien durch seine Stellung und Stärke wohl gesichert: deshalb ward auf das strengste verboten auf diesen einen Angriff zu unternehmen. Die Schwäche des Feindes lag auf dessen rechter Flanke, und der Plan des Königs gieng dahin von dieser Seite her ihn zu überflügeln. Deshalb sollte die Armee ihren Marsch nach Kolin zu fortsetzen bis ihre Spitzen den österreichischen rechten Flügel umfassen könnten: dann sollte die Reiterei unter Zieten die österreichische Reiterei auf dem äußersten Flügel angreifen und, nachdem diese geworfen, General von Hülsen mit der Infanterie des linken Flügels, von Zieten unterstützt, das Dorf Kretschor nehmen. Wenn dies geschehen sollte das Hauptcorps vom Centrum unter dem Prinzen Moriz von Anhalt vorgehen und, Kretschor zur linken lassend, jenseit dieses Dorfes den Hülsenschen Truppen die Hand bieten. Hinter dem angreifenden Corps des Prinzen Moriz bildeten sechs Bataillone ein zweites Treffen: hinter den Linien der Infanterie blieb der Rest der Cavallerie unter dem General Pennavaire in Reserve. Der rechte Flügel aber unter dem Herzog von Bevern sollte auf der Kaiserstraße dem Dorfe Chotzemitz gegenüber stehen bleiben um nach Bedürfniß ebenfalls weiter nach links herüber gezogen zu werden.

Nach ein Uhr begann die Schlacht. Gemäß der Disposition des Königs ward die von Nadasty befehligte österreichische Reiterei von Zieten aus dem Felde geschlagen und Hülsen eroberte das Dorf Kretschor und die an demselben errichteten Batterien. Aber Feldmarschall Daun hatte den preußischen Angriffsplan richtig ermessen und die Verstärkung des rechten Flügels angeordnet, so daß Hülsen um weiter vordringen zu können die Unterstützung des Hauptcorps unter dem Prinzen Moriz abwarten mußte. Diese erfolgte nicht so wie die ursprüngliche Disposition bestimmt hatte, ein verhängnißvoller Fehler, den der König dem Prinzen Moriz Schuld gab, der unmittelbar auf dem Schlachtfelde von ihm die heftigsten Vorwürfe erfuhr: nach anderen Berichten, die

in späterer Zeit von anhaltischer Seite ausgiengen, hätte Prinz Moriz vergebens dem Könige widersprochen, dessen Befehle seiner eigenen früheren Anordnung entgegengesetzt waren[1]. Das Corps rückte nämlich statt sich halblinks zu halten um jenseit des Dorfes Kretschor den Hülsenschen Truppen die Hand zu bieten, weiter rechts geradezu auf die österreichische Fronte vor, so daß der König um die dadurch entstehende Lücke auszufüllen und den Zusammenhang mit dem Hülsenschen Corps herzustellen, die Bataillone des zweiten Treffens in die Linie einrücken lassen mußte. Jetzt drangen die Preußen von neuem nachdrücklich vor und eroberten südlich von Kretschor eine österreichische Batterie. Zu gleicher Zeit entspann sich auf dem rechten Flügel das Treffen, dem wiederholten strengen Befehl des Königs zuwider. General Manstein befahl die feindlichen leichten Truppen, welche seine Bataillone sehr belästigten, zurückzutreiben; daraus wurde ein blutiger Kampf um das Dorf Chotzemitz, in den schließlich die ganze Infanterie des rechten Flügels verwickelt ward und der nicht abgebrochen werden konnte, ohne hier die Schlacht verloren zu geben.

Bis dahin waren die Preußen im Siege. Sie hatten sieben Angriffe gegen immer frische Truppen ausgeführt: die Österreicher waren überflügelt und hart bedrängt. Schweres Geschütz wurde zurückgeführt und einzelnen Regimentern der Befehl zum Rückzuge nach Suchdol ertheilt; Feldmarschall Daun stand im Begriffe die Schlacht abzubrechen. Aber im Hinblick darauf, daß ein großer Theil seiner Truppen noch nicht in den Kampf gekommen war, entschied er sich vorläufig noch auszuharren. Es kam darauf an ob die Preußen, deren Reihen sich unter dem feindlichen Feuer lichteten, die errungenen Vortheile zu behaupten vermöchten. „Vier frische Bataillone", sagt der König, „und

[1] S. über diese Streitfrage J. Kutzen, über die vermeintliche Schuld Friedrichs des großen an dem Verluste der Schlacht von Kolin. Abhandl. der Schles. Gesellsch. f. vat. Cultur. Phil. hist. Abth. 1862 S. 86 ff. Dess. Gedenktage deutscher Geschichte I 2 Aufl. 1860. Zur Beurteilung der Schlacht vgl. Mitchell Pap. I 352 f. Dauns ersten Bericht vom Schlachtfelde, Chotzemitz d. 18 Juni s. Luynes XVI 87.

die Schlacht war gewonnen". Aber er hatte nicht eines mehr zur Verfügung. Er sandte die Reservereiterei unter General Pennavaire vor und diese sprengte gegen die österreichische Cavallerie an, aber vor dem Kartätschenfeuer machte sie kehrt, warf sich auf die eigene Infanterie und riß auch diese in die Verwirrung hinein. Umsonst sucht ihr Commandant und endlich der König in Person sie gegen den Feind zu führen: neue Geschützsalven treiben sie unaufhaltsam in die Flucht bis über die Kaiserstraße. Inzwischen hatte der Cürassieroberst von Seydlitz, vom äußersten linken Flügel herbeigeholt, an der Spitze einer Brigade einen glänzenden Angriff ausgeführt: mit zehn Schwadronen sprengte er zwei Infanterie- und zwei Cavallerieregimenter und kehrte mit eroberten Fahnen zurück: vor frischen feindlichen Regimentern mußten seine braven Reiter weichen.

In diesem Augenblicke, gegen vier Uhr, griff Oberstlieutenant von Benkendorf mit einem sächsischen Dragonerregiment das preußische Fußvolk an und brachte es in Unordnung. Seinem Beispiele folgten die andern beiden sächsischen Regimenter, das österreichische Dragonerregiment de Ligne, Graf Starhemberg mit tausend deutschen Reitern, bald noch andre Regimenter. Diese Reitergeschwader faßten die Preußen von allen Seiten, und nun ward Stoß auf Stoß von des Prinzen Moriz und Hülsens Bataillonen eines nach dem andern aufgelöst[1]. Von den Flüchtlingen bringt der König vierzig Mann zusammen und führt sie vorwärts: auch diese verlaufen sich nach und nach während er an ihrer Spitze reitet; da fragt sein Adjutant Major John Grant: „Wollen Ew. Majestät die Batterie allein nehmen?" König Friedrich betrachtete noch einmal durch sein Fernglas die feindliche Stellung: dann ritt er nach dem rechten Flügel zum Herzog von Bevern um die Befehle für den Rückzug zu geben.

Die Schlacht war für die Preußen verloren, von der Infanterie und zwar den besten Regimentern die größere Hälfte

[1] Schlichtegroll Nekrol. f. d. 19 Jhdt. IV 41—48 gibt Benkendorfs eigenen Bericht.

todt oder gefangen: von 18000 sammelten sich nur 6000 Mann. Der Verlust der Cavallerie war gering: sie hatte nicht anhaltend und nachdrücklich am Treffen theilgenommen und von den feindlichen Batterien wenig gelitten. Zieten blieb bis spät abends auf dem Schlachtfelde stehen und vergalt einen von Nadasty unternommenen Angriff nochmals so kräftig, daß dessen Reiter in wilder Unordnung durch den Hohlweg, aus dem sie heraufgekommen waren, zurückflüchteten. Dann folgte Zieten der auf das rechte Elbufer nach Nimburg abziehenden Armee. Die Österreicher belästigten sie nicht: um nichts auf Spiel zu setzen untersagte Daun seinen ohnehin sehr erschöpften Truppen die Verfolgung. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten betrug 8000 Mann.

Nach dem Verluste der Schlacht von Kolin stand bei König Friedrich die Überzeugung fest, daß nun Prag nicht mehr genommen werden könne, und er beschloß unverzüglich die Belagerung aufzuheben, ehe Daun dem einschließenden Heere in den Rücken käme. Am 19 Juni frühmorgens überbrachte Major Grant dem Oberbefehlshaber vor Prag Feldmarschall Keith und dem Herzog Ferdinand von Braunschweig, der auf dem rechten Moldauufer commandierte, den mündlichen Befehl das Geschütz abzufahren, die Magazine aufzuräumen, kranke und verwundete zurückzusenden. Am Nachmittage traf Friedrich selbst ein. Das Heer hatte nicht glauben wollen, daß der siegreiche König geschlagen sei, bis man ihn durch das Lager nach seinem Quartiere reiten sah, nur von einem Pagen begleitet, von Arbeit und Wachen erschöpft, sein bedeutendes munteres Auge niedergeschlagen und mit einem tiefen Nebel bedeckt[1]. Am nächsten Tage zog die Armee von Prag ab, vom rechten Moldauufer unter dem Befehle des Königs über die Elbe nach Nimburg zur Vereinigung mit den bei Kolin geschlagenen Truppen, vom linken

[1] v. Westphalen, Gesch. d. Feldzüge des Herzogs Ferdinand I 201. Henckel v. Donnersmark mil. Nachlaß I² 230. 235 f. Über einen angeblich nach der Schlacht von König Friedrich an den Grafen Marischal gerichteten Brief s. Sybels hist. Zeitschr. XV 317 ff. u. Jos. Kutzen, Abhandl. d. Schles. Gesellsch. f. vaterländ. Cultur Phil.-hist. Abth. 1866 S. 19 ff.

Ufer unter Keith nach Leitmeritz, wo die Hoſpitäler und die Vorräthe für die Belagerung von Prag ſich befanden.

König Friedrich hielt ſchon damals die völlige Räumung Böhmens für unvermeidlich, aber er wollte ſie ſo lange wie möglich aufſchieben um die böhmiſchen Grenzlande für ſein Heer auszunützen und damit das weitere Vordringen der kaiſerlichen Armee zu erſchweren. Um Schleſien ſowohl als Sachſen zu decken erſchien es nothwendig die Theilung ſeines Heeres, das höchſtens noch 73000 Mann zählte, in zwei Corps beizubehalten. Das eine, welches er von Nimburg aus verſtärkte, ſollte die Transporte nach Sachſen ſichern und bereit ſtehen um ſobald es erforderlich ſein würde ſich über Dresden gegen die Franzoſen und Reichsvölker in Marſch zu ſetzen. Zu dieſem Zwecke und in der Erwartung, daß die Öſterreicher mit der Hauptmacht gegen Sachſen vordringen würden, übernahm er ſelbſt das Commando dieſes Corps. Das andere ſtärkere Corps ſollte das rechte Elbufer und die Straßen nach der Lauſitz decken und gegen den Winter ſich der Vertheidigung Schleſiens unterziehen. Unzufrieden mit dem Prinzen Moriz von Anhalt übertrug er den Oberbefehl über dieſes Corps ſeinem Bruder Auguſt Wilhelm dem Prinzen von Preußen, in dem Glauben damit die Stimmung der Truppen zu heben. Um ihn zu berathen ſetzte er ihm Winterfeld an die Seite, ferner auf des Prinzen eigenen Wunſch Schmettau: außerdem befehligten unter ihm der Herzog von Bevern Fouqué Golz Zieten.

Die Öſterreicher drängten den König von Preußen bei dieſen Maßregeln nicht. Dann gieng am Tage nach der Schlacht wieder in ſein früheres Lager bei Krichnow zurück und ließ am 20 Juni den ambroſianiſchen Lobgeſang ſingen. Auf die Nachricht von dem Abzug der Preußen von Prag ſetzte er ſich langſam in Bewegung und vereinigte ſich am 26. anderthalb Meilen von Prag mit der Armee des Prinzen von Lothringen. Dieſer hatte am 18 Juni in Prag die Meldung von der bevorſtehenden Schlacht empfangen und ohne ſich dadurch zu einem Ausfalle aufgefordert zu fühlen dem weiteren Verlauf der Dinge unthätig zugeſehen. Erſt auf den Nachzug des von Keith befehligten Armeetheiles ließ er einen Angriff machen, bei dem ein preußi-

scher Brückentrain und fünf Kanonen erobert wurden. Über die nunmehr von dem vereinigten kaiserlichen Heere zu unternehmenden Operationen, welche durch den Verlust der früher angelegten Magazine und die Erschöpfung von Prag erschwert wurden, mußten die Befehle des Hofkriegsraths erwartet werden.

In Wien herrschte große Freude daß die dem Kaiserhause drohende Gefahr überstanden und der Zauber der Unbesieglichkeit des preußischen Königs zerstört war. Zum Gedächtnisse des Sieges stiftete die Kaiserin am 22 Juni den militärischen Maria-Theresia-Orden als Belohnung der kriegerischen Verdienste der Oberoffiziere ihrer Armee und fremder Offiziere welche in derselben als Freiwillige dienten. Jetzt konnte sie auch gegen ihre Verbündeten wiederum eine selbstbewußte Sprache führen: die mit dem russischen Hofe wegen Überlassung von Truppen verhandelte Convention ward nunmehr für überflüssig erklärt und gegenüber den französischen Vorschlägen, welche die Vertreibung der Preußen aus Sachsen als die nächste und wichtigste Aufgabe bezeichneten, zu der die französischen und die kaiserlichen Streitkräfte zusammenwirken könnten, der Hauptzweck des österreichischen Hofes, die Eroberung von Schlesien festgehalten. Demnach ward beschlossen den Preußen durch die leichten Truppen den Rückzug zu erschweren, sie ohne eine Schlacht zu liefern aus Böhmen zu verdrängen und alsdann die Eroberung von Schlesien zu unternehmen. Zu dem Ende sollte die vereinigte Armee des Prinzen von Lothringen und des Grafen Daun nach der Lausitz hin marschieren um dem Feinde die Verbindung zwischen Sachsen und Schlesien zu benehmen und ihn in Ungewißheit zu setzen, ob die kaiserliche Armee sich in der Folge nach Schlesien oder durch die Oberlausitz nach Sachsen wenden würde[1]. Um die Reichsarmee in Bewegung zu bringen wurden zwei Husarenregimenter nach Franken geschickt.

Diesen Befehlen gemäß gieng die kaiserliche Armee am 1 Juli über die Elbe und bewegte sich in gemessenem Schritte vorwärts. Auf dem linken Elbufer, im Mittelgebirge, setzte sich

[1] (v. Cogniazo) Geständnisse eines österreich. Veterans II 380 f.

Oberstlieutenant Laudon mit seinen Croaten fest und machte die Straßen nach Sachsen unsicher: auf dem rechten Ufer ward Nadasty bis Gastdorf vorgeschoben, um die in und bei Leitmeritz lagernde preußische Armee zu beobachten. Die Hauptarmee folgte zunächst der nach Reichenberg führenden Straße: vor ihr her schwärmten die zahlreichen leichten Truppen, welche Ungarn Croatien Slavonien und die Militärgrenze gestellt hatten, eifrig und geschickt den Preußen die Zufuhren abzuschneiden und ihre Verbindungen zu unterbrechen, aber eine furchtbare Landplage für das durch seine Leibeigenschaft ohnehin blutarme böhmische Landvolk, dem diese Barbaren auch das letzte Brod nahmen, das ihnen die Brandenburger noch gelassen hatten[1].

Der Prinz von Preußen übernahm am 1 Juli zu Jung-Bunzlau an der Iser das Commando. Da es hier an Futter und Brod mangelte marschierte er am 4 Juli über Hirschberg nach Neuschloß, am 7 auf Winterfelds Rath nach Böhmisch Leipa. Hier stand er hinter dem Flüßchen Polzen, das bei Tetschen in die Elbe mündet, in einem vielfach durchschnittenen waldigen Berg- und Hügellande, über sieben Meilen von Zittau, fünf Meilen von Leitmeritz, drei Meilen von Tetschen. Die Verbindung mit Zittau konnte theils auf dem Umwege über Georgenthal und Rumburg theils auf der graden Straße, welche zwei Meilen östlich von Leipa über Niemes und Gabel führt, unterhalten werden: auf dieser kamen die Proviantwagen, welche aus den Magazinen von Zittau den Mundvorrath herzuführten. Gabel ward von den Preußen besetzt.

König Friedrich hatte anfangs die rückgängigen Bewegungen des Prinzen und die Wahl seiner Stellungen, welche geeignet schienen die Österreicher in Schach zu halten, gebilligt, aber immer mit Hinweisung darauf, wie wichtig es sei wenigstens bis zum 15 August sich in Böhmen zu halten: jetzt aber ward er unruhig. Am 7 Juli schrieb er: „ich bitte Euch in Gotte„Namen nicht weiter rückwärts zu gehen, denn ich sage Euch„in Sachsen gibt es kein Futter"; am 8. setzte er ihn vo

[1] v. Cogniazo a. a. O. II 376.

seinem Plane in Kenntniß, nach Mitte August sich selbst gegen die Reichstruppen zu wenden, während der Prinz den Feind von der Lausitz abwehre und drang in ihn einen Schritt vorwärts zu thun, das werde auf den Feind einen guten Eindruck machen; am 14. schrieb er von neuem: „wenn Ihr Euch stets zurück„zieht, so werdet ihr binnen hier und vier Wochen nach Berlin „gedrängt sein. Der Feind thut nichts als Euch folgen“[1]. Wohl erkannte er jetzt daß sein Bruder der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen sei, wie er wenige Wochen später urteilte: „mein Bruder hat Geist, Kenntnisse, das beste Herz von der Welt, aber keine Entschlossenheit, vielmehr ist er schüchtern und kräftigen Maßregeln abgeneigt[2]“. Für die Handlungsweise seines königlichen Bruders in dem letzten Jahre hatte der Prinz kein Verständniß: wie sein Bruder Heinrich von Anhänglichkeit für den französischen Hof erfüllt, verwünschte er die Neutralitätsconvention mit England[3], welcher Preußen die französische Allianz geopfert habe: er haßte alle die welche seiner Meinung nach den König in seinen kriegerischen Plänen bestärkten, namentlich Winterfeld. Daher nützte es wenig, daß Winterfeld in seiner Nähe war, denn dessen Rathschläge wurden in der Hauptsache nicht befolgt. Je mehr der König diesem General vertraute, mit um so größerer Mißgunst ward er im Hauptquartier des Prinzen von Preußen angesehen, von diesem selbst, von Schmettau, von Zieten und anderen. Während die Generale unter einander haderten, lockerte sich die Disciplin; die Soldaten wurden missmuthig und Desertion riß ein.

Bis dahin hatte sich die Armee des Prinzen nutzlos mit den leichten Truppen herumgeschlagen: endlich drängte auch die um

---

[1] Des Prinzen Relation ist abgedruckt in v. Aretin Beiträge z. Gesch. u. Lit. IV 71 ff.; die Correspondenz mit dem Könige s. Oeuvres de Frédéric XXVI 118 ff. Winterfelds Briefe an den König vom 6 und 15 Juli s. Preuß Urkundenbuch V 62 f. Schmettaus Bemerkungen s. in Preuß F. d. gr. II 408 ff. Vgl. Lebensgesch. d. Gr. v. Schmettau S. 353 ff.

[2] Apologie de ma conduite militaire. Oeuvres XXVII 3, 275.

[3] 1756 Juli 31. Valori an Rouillé. Mém. de Valori II 130 („ah, la maudite convention!“).

zwei Drittel überlegene Hauptmacht des Feindes. Am 14 Juli gieng das österreichische Hauptcorps, welches die Straße nach Reichenberg verlassen hatte, auf der Straße nach Zittau bis Niemes vor: an demselben Tage griff General von Maquire, von dem General Herzog von Arenberg unterstützt, Gabel in der linken Flanke der Preußen an. Durchdrungen von der entscheidenden Wichtigkeit dieses Postens für die Armee that General von Puttkamer das äußerste ihn zu vertheidigen bis die erbetene Hilfe käme: aber sie kam nicht. Nach dem Eingange seiner Meldung ward, statt alles daran zu setzen Gabel zu behaupten und dadurch, es koste was es wolle, die directe Communication mit Zittau frei zu halten, ein großer Kriegsrath berufen. In diesem erschien Winterfeld nicht. Von den versammelten Generalen ward räsonniert und gestritten, und das Ende war, daß Gabel preisgegeben und der Rückzug über den Kamm des Lausitzer Gebirges nach Rumburg und Zittau beschlossen wurde. Puttkamer vertheidigte Gabel bis zum Abend des 15 Juli; dann, als der erwartete Beistand ausblieb, ergab er sich mit 2000 Mann kriegsgefangen dem fünffach überlegenen Feinde, der diesen braven in Bewunderung ihres Heldenmuthes die ehrenvollsten Bedingungen gewährte.

Den Abmarsch der Armee des Prinzen eröffnete Schmettau am 16 abends. Am 17 setzte sich der große Troß in Bewegung: gegen Abend brach der Prinz mit dem Heere auf, dessen Avantgarde Winterfeld führte. Der Marsch von fünf Meilen währte über fünf Tage: erst am 22 Juli stand der Prinz mit seinem Heere eine Meile von Zittau. Es war nämlich auf die blinde Angabe hin, daß die gerade Straße nach Rumburg abgeschnitten sei, der weitere Bogen über Kamnitz Kreibitz Schönlinde nach Rumburg beliebt worden, ein Weg der sich als sehr schlecht und für den großen Troß unbrauchbar erwies. So mußten denn alle Pontons, das Proviantfuhrwerk, viele Munitionswagen entweder dem Feinde zur Beute überlassen oder verbrannt werden. Ausgehungert kamen die preußischen Truppen bei Zittau an, woher ihnen Brod zugeführt wurde, und waren demnächst Zuschauer des Brandes dieser Stadt und der Magazine.

Gleichzeitig nämlich hatte die kaiserliche Armee in kleinen Märschen sich auf der Straße nach Zittau bewegt: General von Maquire erschien am 19 vor der Stadt, am 20 die Hauptarmee. Mit seinem, wie man es in Wien nannte, „verwünschten Schleichen" kam das kaiserliche Heer zu spät um vor Ankunft der ersten preußischen Züge unter Schmettau und Winterfeld Zittau zu besetzen. Um das versäumte nachzuholen und die noch übrigen Mundvorräthe der Preußen zu zerstören ließ Prinz Karl von Lothringen die Stadt mit glühenden Kugeln und Granaten in Brand schießen. Die Verbrennung der offenen Handels- und Gewerbstadt war eine Brutalität, welche Freund und Feind mit gleichem Abscheu verurteilten. Vom militärischen Gesichtspunkte betrachtet war die Einnahme von Zittau nicht einmal des Pulvers werth das man dabei aufgewandt hatte, denn die Preußen waren viel zu schwach um zur Behauptung ihrer fast geleerten Magazine eine Schlacht zu wagen[1]. Der Prinz von Preußen behielt seine Stellungen bei Zittau bis zum 24 Juli; in der folgenden Nacht marschierte er nach Löbau und am 27, wegen der Verpflegung seiner Truppen aus den Magazinen zu Dresden, von dort nach Bautzen, unangegriffen, aber unter zunehmender Auflösung des Heeres: in den drei Tagen liefen fünfhundert Mann zu den Österreichern über.

Winterfeld schrieb damals an den König: „Ew. K. M. haben „die einzige Gnade und machen bald eine Änderung bei dem „hiesigen Corps oder kommen bald zu uns. Es erfordert meine „Pflicht darum zu bitten. — Bei alle dem Kriegsrath halten „kommet nichts heraus, sondern es muß einer allein mit Resolu„tion commandieren, so ist noch alles zu redressieren[2]."

König Friedrich säumte nicht. Auf die Nachricht von dem Verluste von Gabel beschloß er schleunigst nach Sachsen zurückzugehen. Die längst begonnene Räumung der Magazine und Lazarethe zu Leitmeritz war am 20 Juli ausgeführt: am 21 marschierte die Armee über Loboſitz Linay Nollendorf in die

[1] v. Cogniazo Erinnerungen II 388 f. Vgl. Huschberg-Wuttke S. 180 f.
[2] 1757 Juli 26. Löbau. v. Schöning der siebenjähr. Krieg I 74.

Gegend von Pirna. Hier ließ Friedrich den Prinzen Moriz von Anhalt mit einer Abtheilung zur Deckung der Elbe zurück: die übrigen Truppen führte er nach Bautzen und vereinigte ſie am 29 Juli mit dem Corps ſeines Bruders.

Friedrich war aufs höchſte entrüſtet. Von dem Marſche nach Sachſen aus ſchrieb er an ſeine Schweſter von Baireuth: „das „ſchlechte Verhalten meines Bruders von Preußen nöthigt mich „Leitmeritz zu verlaſſen; ich hoffe ſeine Dummheiten wieder gut „zu machen, wenn dies menſchenmöglich iſt. — Ich ſpotte der „Reichstruppen, der Franzoſen, der Schweden, der Öſterreicher, „wenn ſie einer dem andern folgen wollten, aber wenn ich ſo „viel Arme hätte wie Briareus, ſo könnte ich doch nicht aus„reichen dieſe wiedergebärende Hydra abzuthun, die ſich tagtäg„lich vervielfacht und mich von allen Seiten umlagert[1].“ Damals wußte er das ſchlimmſte noch nicht. Die auf dem Rückzuge nach der Lauſitz erlittenen Unfälle ſteigerten ſeinen Zorn aufs höchſte und beſtimmten ihn ohne irgend eine perſönliche Rückſicht die Truppen und ihre Befehlshaber ſeine Unzufriedenheit empfinden zu laſſen. Er verbot den Truppen welche er mitbrachte mit den Regimentern der andern Armee umzugehn: dem General Goltz trug er auf ſeinem Bruder und ſeinen Generalen zu ſagen, ſie verdienten daß über ihr Betragen ein Kriegsgericht gehalten werde, wo alsdann ſie alle die Köpfe verlieren müßten: jedoch wolle er im General auch den Bruder nicht vergeſſen. Schmettau empfieng die Weiſung dem Könige nicht unter die Augen zu kommen und ſich nach Dresden zu begeben. Winterfeld ward von den Bezeigungen der Ungnade ausgenommen und erhielt den Befehl die Rüge des Königs im Parolekreiſe zu verleſen; dieſer ſtand unweit und horchte ob es wörtlich geſchehe.

Nach dieſen Vorgängen legte der Prinz von Preußen unverzüglich das Commando nieder. Sein Lebensmuth war gebrochen; er ſtarb das Jahr darauf, den 12 Juni 1758, zu Oranienburg. Das Verfahren Friedrichs war hart: er hatte mit unrichtigem Urteile ſeinen Bruder auf einen Poſten geſtellt,

[1] 1757 Juli 22. Linay. Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 298 f.

für den es ihm an Einsicht Erfahrung und Thatkraft gebrach. Seine Strenge gründete sich darauf daß der Prinz seinen bestimmten Befehlen zuwider gehandelt und den Rath des Generals, an den er ihn vorzüglich verwies, nicht befolgt hatte. In der verzweifelten Lage, in welche er durch die Fehler seines Bruders versetzt war, hielt er es für seine Pflicht ohne Rücksicht auf die Person nach dem Grundsatze zu verfahren, den er einige Wochen später dem Prinzen Moriz von Anhalt vorhielt: „hier ist keine „Complaisance für den Prinzen, sondern der General muß seine „Schuldigkeit thun, sonsten hört alles auf[1]."

In den nächsten Tagen, während er die Vorbereitungen traf den Österreichern eine entscheidende Schlacht zu liefern, schrieb König Friedrich zwei Aufsätze nieder um im Falle er unterliege vor seinem Volke und vor der Nachwelt Rechenschaft abzulegen und sein Verhalten als König und als Feldherr zu rechtfertigen. Da dieser Fall nicht eintrat wurden sie nicht publiciert; erst neuerdings sind die beiden höchst bedeutsamen Actenstücke aus dem Staatsarchive an die Öffentlichkeit getreten[2]. In der Vertheidigung seines politischen Verhaltens entwickelt er die Gründe, welche im vorigen Jahre seinen Entschluß entschieden, um seinen Feinden zuvorzukommen den Krieg mit dem Einmarsche in Sachsen zu eröffnen, und fährt alsdann fort: „Wie konnte ich ahnen, „daß Frankreich 150000 Mann in das Reich schicken würde? „Wie konnte ich ahnen, daß das Reich sich erklären, daß Schweden sich in diesen Krieg mischen, daß Frankreich an Rußland „Subsidien zahlen, daß die Engländer trotz der dafür geleisteten „Gewähr Hannover nicht unterstützen, daß die Holländer sich „ruhig von den Franzosen und Österreichern einschließen lassen, „daß Dänemark die Russen und die Schweden agieren lassen „würde ohne daran Anstoß zu nehmen, mit einem Worte, daß „die Engländer mich preisgeben würden? Die Staatsmänner „können nicht in der Zukunft lesen: was der gemeine Mann

[1] 1757 Aug. 20. Bernstädel. v. Schöning a. a. O. I 76 f.

[2] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 269—286: Raisons de ma conduite militaire und Apologie de ma conduite politique.

„Zufall nennt und die Philosophen mitwirkende Ursachen, entzieht „sich ihrer Berechnung. Wir haben Grundsätze zur Richtschnur „unseres Urteils, und diese bestehen in dem Interesse der Fürsten „und in dem was die bestehenden Bündnisse von ihnen fordern: „überdies ist dieser letztere Punct fraglich. Nun war durch die „Verträge Frankreich nur verpflichtet der Königin von Ungarn „mit einem Hilfscorps von 24000 Mann beizustehn. Frankreich „hatte keinen Vertrag mit dem Könige von Polen, keine Ver„bindung verpflichtete es ihm zu helfen. Ludwig XIV bekriegte „den Herzog von Savoyen, den Schwiegervater des Herzogs von „Bourgogne. Niemals haben die Bande des Bluts auf die Po„litik der Könige Einfluß gehabt; wie war es vorauszusehen daß „die Thränen der Dauphine, die Verleumdungen der Königin „von Polen und die Lügen des Wiener Hofs Frankreich in einen „seinen Interessen diametral entgegengesetzten Krieg hineinziehen „würden? Seit undenklicher Zeit ist Frankreich mit Österreich in „Krieg gewesen, ihre Interessen stehen in diametralem Gegen„satze. Frankreichs Politik ist allezeit gewesen einen mächtigen „Alliirten im Norden zu haben, dessen Diversionen ihm nützlich „sein könnten. Schweden, das ihm ehemals diente, hat seine „Macht und seinen Einfluß auf die Angelegenheiten des Con„tinents verloren. Es blieb ihm also nur Preußen. Wer konnte „sich vorstellen daß eine unerklärliche Geistesumwandlung und „die Intrigue einiger Klatschschwestern es vermöchten seine In„teressen und das einzige System das ihm dienlich ist preiszu„geben? Wozu an Rußland Subsidien zahlen, wozu Schweden „bewaffnen, wozu das Reich gegen Preußen aufreizen, bloß um „diese Macht zu zerstören? Entspringt dies Verhalten aus Un„willen über den zu London geschlossenen Neutralitätsvertrag? „Diese Rache würde mir sehr übertrieben erscheinen. Geschieht „es zu Gunsten einiger Abtretungen, welche die Königin von „Ungarn Frankreich in Flandern gewährt hätte? Dieser Köder „würde mir sehr grob erscheinen, und ich weiß nicht ob für die „Folge Frankreich nicht voraussehen muß, daß trotz all dieses „schönen Scheines das Wachsthum des Hauses Österreich, für „welches es gegenwärtig so warm arbeitet, mit der Zeit zu

„seinem größten Nachtheile umschlagen muß. Frankreich nimmt „zum Vorwande seines Einmarsches in das Reich die Garantie „des westfälischen Friedens. Im Jahre 1745, als wir in Sachsen „einmarschierten, wünschten mir diese Garanten des westfälischen „Friedens zu meinen gelungenen Waffenthaten Glück. Wie wird „denn was im Jahre 1745 gut war im Jahre 1757 schlecht? „Warum macht Schweden eine Schilderhebung, weil tausend „Mann leichter Truppen durch einige Dörfer des Würzburger „Gebiets gezogen sind? Unsere Feinde haben ihrem Verfahren „nicht einmal Farbe geben können, die Vorwände sogar haben „ihnen gefehlt. War es möglich vorauszusehen daß in einem „sehr ernstlichen Kriege, der die englische Nation, das politische „System und die Freiheit von Europa angeht, die Cabalen und „Parteiungen im Innern so sehr gegen die Wohlfahrt der Na„tion überwiegen würden, daß die Minister die Interessen von „Europa über ihren heimischen Zänkereien vergäßen? Wie konnte „ich voraussehen daß, während sie mir ein Geschwader für die „Ostsee versprochen hatten, sie es mir rundweg abschlagen wür„den in dem Augenblick, da ich es am nöthigsten brauchte? Ich „sage nichts von dem Schattenbilde des Reiches, das für seine „Tyrannen arbeitet; denn seine Schwäche hat jederzeit sich unter „die vorwaltende Macht gebeugt, deren Drohungen es fürchtete. „Aber Holland, das die Verträge bricht die es mit England hatte „und das sich von allen Seiten von den Franzosen umringen „läßt; aber die Dänen, welche sehen daß Schweden sich von „seinen Verträgen losmacht und daß es, nachdem es Pommern „wiedergenommen hat, ebenso alles was es abgetreten hat zurück„fordern kann; aber eben dieses Dänemark das ruhig sieht, welche „Macht die Russen sich auf der Ostsee anmaßen und keine Hilfs„mittel vorbereitet um sich Holstein zu erhalten, sobald es dem „Großfürsten von Rußland, wenn er Kaiser geworden ist, be„lieben wird es zurückzunehmen: das sind solche Ereignisse, welche „die menschliche Klugheit nicht vorauszusehen vermöchte. Möge „man wenn man will mich vor dem Tribunal der Politik an„klagen; ich behaupte daß seit der Liga von Cambray Europa „kein so unheilvolles Complot gesehen hat als dieses, daß selbst

„die Liga von Cambray sich mit dem gefährlichen Triumvirat „nicht vergleichen läßt, das sich jetzt erhebt, das sich das Recht „beilegt Könige zu ächten, und dessen ganzer Ehrgeiz noch nicht „enthüllt ist. Wird man einen Reisenden der Unbesonnenheit „anklagen, gegen den drei Straßenräuber mit ihren Banden sich „verbündet haben, wenn er im Dickicht eines Waldes ermordet „wird, den zu durchschreiten seine Geschäfte ihn nöthigten? Wird „nicht jedermann auf die Spur der Räuber ausgehn um sie zu „ergreifen und den Händen der Gerechtigkeit zu übergeben, welche „ihnen ihren wahren Lohn ertheilen wird?

„Armselige Menschen, die wir sind! Die Menge urteilt über „unser Verhalten nicht nach unsern Beweggründen, sondern nach „dem Erfolge. Was bleibt uns also zu thun? Es kommt darauf „an glücklich zu sein."

Die Rechtfertigungsschrift des Königs Friedrich hat in jüngster Zeit einem Schriftsteller zur Unterlage gedient seine Handlungsweise zu verurteilen. Er zieht nämlich aus den Fragen, die der König aufwirft, „wie konnte ich ahnen, daß sie so handeln würden?" den Schluß daß Friedrich selber anders gehandelt haben würde, wenn er das Verhalten Frankreichs und der andern Mächte vorausgesehen hätte. „Dieses andere Handeln aber des„jenigen, der den Krieg beginnt, kann nur das Nichtbeginnen „des Krieges sein[1]."

Wir vermögen nicht zu entscheiden ob Friedrich der große, wenn er vorausgesehen und vorhergewußt hätte, daß er die ungetheilte Macht der drei Continentalreiche Österreich Rußland und Frankreich und ihres Anhanges gegen sich haben würde, allein, ohne daß das verbündete England ihm Beistand leistete, die Geisteskraft besessen hätte den ungeheuren Entschluß zu fassen dennoch den ersten Schlag zu thun und seinen Feinden den Vorsprung abzugewinnen. Das aber dürfen wir auf Grund der Acten und der Thatsachen sagen, daß wenn auch alle die furchtbaren

[1] Onno Klopp, König Friedrich II und die deutsche Nation S. 225 ff., namentlich S. 235. 241. Desselben offener Brief betreffend die Ansichten über den K. Friedrich II von Preußen 1862 S. 29.

Drangsale und Gefahren, welche seiner Person und dem preußischen Staate drohten, von allem Anfange an in ihrem ganzen Umfange klar vor seiner Seele gestanden hätten, die Rathlosigkeit seiner Freunde, der blinde jedes andere Interesse verleugnende Haß seiner übermächtigen Feinde, die schlimmen Wechselfälle des Kriegs, er dennoch als König und als Kriegsherr keinen andern Entschluß fassen durfte, wenn er nicht den Ruhm seiner Ahnen, die Kraft seines Volkes und die Zukunft seines Staates kleinmüthig preisgeben wollte. Der gefaßte Entschluß führte entweder zur Rettung des preußischen Staates oder zu einem ehrenvollen Untergange: auf jedem andern Wege war die Auflösung Preußens und seine schimpfliche Erniedrigung gewiß.

In der Entwickelung der Gründe seines militärischen Verfahrens rechtfertigt sich König Friedrich wegen des vergangenen und motiviert den Entschluß den er auszuführen im Begriffe stand, nämlich den Österreichern als dem gefährlichsten Feinde eine Schlacht zu liefern; wenn er sie gewinne die Lausitz von ihnen zu säubern, dort ein Corps in der Defensive zu lassen, nach Schlesien Verstärkungen zu schicken und sich selber gegen die Franzosen zu wenden. Denn bereits marschierte die französische Hauptarmee, nachdem sie am 26 Juli den Herzog von Cumberland geschlagen hatte nach dem Halberstädtischen zu: die andere Armee, mit den Reichstruppen vereinigt, gieng nach Thüringen vor. Die Russen hatten sich der Stadt Memel bemächtigt und setzten sich gegen Königsberg in Bewegung; die schwedischen Truppen sammelten sich in Stralsund. Daher war keine Zeit zu versäumen. Wohl konnten diesen immer drohender anwachsenden Gefahren gegenüber die erlittenen Verluste den Muth auch des entschlossensten Mannes beugen: hatte doch das Heer in vier Monaten 50000 Mann eingebüßt und betrug nur noch 70000 Mann. Aber König Friedrich verzagte nicht: „in „diesen unglückseligen Zeiten," schrieb er an d'Argens, „muß man „sich mit Eingeweiden von Eisen und einem Herzen von Erz „rüsten um alle Empfindlichkeit zu verlieren[1]." Mit brennender

[1] 1757 Juli 19. Oeuvres XIX, 44.

Ungeduld betrieb er die Wiederherſtellung des Fuhrweſens und die übrigen zur Verpflegung der Truppen nothwendigen Maßregeln: endlich am 15 Auguſt konnte er von neuem die Offenſive ergreifen.

Mit nicht viel über 40000 Mann marſchierte König Friedrich gegen die öſterreichiſche Armee, welche 80000 Mann ſtark nordöſtlich von Zittau an der Neiſſe ſtand und bot ihr ein Treffen an. Aber je eifriger der preußiſche König die Schlacht wünſchte, um ſo ſorgfältiger vermieden ſie ſeine Gegner. Der Hofkriegsrath hatte vorgeſchrieben daß die Armee wegen mangelnder Magazine und um die übrigen Diverſionen (nämlich der Franzoſen Ruſſen Schweden) abzuwarten, noch drei Wochen ſtehen bleiben ſollte. Daher begnügten ſich der Herzog von Lothringen und Feldmarſchall Daun die feſten und wohlgedeckten Stellungen, welche ſie gewählt hatten, zu behaupten. Die preußiſchen Generale fürchteten einen verwegenen Angriff, der nur zum eigenen Verderben führen könne, und mehrere derſelben beſchwuren den Prinzen Heinrich dem Könige die Gefahren eines ſolchen Unternehmens vorzuſtellen. Der König hörte ſeinen Bruder ruhig an und erwiederte: „man muß in ſolchen Dingen zwar nicht zu „ſchwarz ſehen, indeß werde ich morgen nichts eher unternehmen, „als bis ich das Terrain aufs genaueſte unterſucht habe, und „überhaupt nichts aufs Spiel ſetzen, wenn ich nicht Hoffnung „habe es auszuführen[1].“

Das Bemühen Friedrichs gieng dahin die Öſterreicher aus ihrer Stellung heraus zu manövrieren, was ihm nicht gelang. Bis zum 20 Auguſt blieb er ihnen gegenüber ſtehen: dann marſchierte er am hellen Tage mit klingender Muſik nordwärts. Das wenigſtens war ihm gelungen den preußiſchen Soldaten ihr Selbſtvertrauen wiederzugeben und die Zuverſicht der Feinde herabzuſtimmen. Das kaiſerliche Obercommando war fortan ſchwerfälliger und zwieſpältiger als je. Auf anderen Puncten zeigten öſter-

[1] Generalſtab I 293 f. Henckel v. Donnersmarck mil. Nachlaß I 2, 275 f. Über die Stellungen der Öſterreicher vgl. Keith's Brief an Mitchell M. P. II 463 sq. Er ſchließt: „at least we have let the world see that this great victorious army dares not risk a battle with us on equal terms.

reichische Befehlshaber kühne und erfolgreiche Entschlossenheit. Oberst von Jahnus war von Münchengrätz aus mit 7—8000 Mann leichter Truppen über die schlesische Grenze nach Landeshut vorgedrungen. Um ihn von dort zu vertreiben zog General Kreutz von Schweidnitz mit einem etwas stärkeren Corps aus: aber Jahnus traf seine Anordnungen mit großer Umsicht und ließ statt den Angriff der Preußen abzuwarten seine Kroaten und Grenzer ihrer Natur gemäß in aufgelösten Rotten sich auf den Feind stürzen. Damit wurden die Linien der tapfer fechtenden Preußen gebrochen und diese mit großem Verluste zum Rückzuge genöthigt. Das geschah am 14 August. Wenige Tage später am 18 August schlug Oberst Laudon mit höchstens 4000 Mann leichter Truppen aus Ungarn und den Grenzlanden den Angriff zurück, welchen Moriz von Dessau mit der Überzahl auf seine Stellung bei Schönau oberhalb Pirna machte. Dabei kam Laudon der Übertritt der Sachsen zu statten, welche haufenweis den ihnen aufgezwungenen preußischen Dienst verließen.

König Friedrich war nicht im Stande in abwartender Haltung dem kaiserlichen Heere gegenüber zu verbleiben: es schien ihm die höchste Zeit in Thüringen den Franzosen und der Reichsarmee zu begegnen. Deshalb übertrug er den Oberbefehl über den Haupttheil seines Heeres, 45000 Mann, dem Herzog von Bevern, welchem er Winterfeld, recht eigentlich den Mann seines Vertrauens, beiordnete, mit der Weisung die Lausitz so lange als möglich zu halten und alsdann Schlesien zu vertheidigen. Er selbst marschierte am 25 August nach Dresden und nachdem er das Corps des Prinzen Moriz von Dessau an sich gezogen hatte, weiter nach Thüringen, im ganzen mit 25000 Mann, entschlossen in der Gegend von Erfurt den vereinigten französischen und Reichstruppen eine Schlacht zu liefern.

Auf dem Marsche nach Thüringen empfieng König Friedrich zu Rötha an der Pleisse die Meldung, daß seine Truppen in Preußen von den Russen geschlagen seien. Er hatte sich außer Stande gesehen zur Vertheidigung von Preußen mehr als 20000 Mann Feld- und 8000 Mann Garnisontruppen zurückzulassen, welche Feldmarschall von Lehwaldt befehligte. Lehwaldt

war ein General von erprobter Treue und hatte sich in den früheren Kriegen, namentlich in der Schlacht bei Kesselsdorf, ausgezeichnet; jetzt war er ein Greis von zweiundsiebenzig Jahren. Daß es Lehwaldt gelingen werde mit einer so geringen Streitmacht Preußen gegen ein fünffach überlegenes russisches Heer zu vertheidigen, konnte Friedrich nicht erwarten: aber während er sich genöthigt sah gegen das österreichische Heer seine Streitkräfte möglichst zusammennehmen, wollte er doch die entfernte Provinz nicht völlig von Truppen entblößen und dadurch eine feindliche Invasion gleichsam herausfordern. Dabei rechnete er auf die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Bewegungen russischer Armeen und auf den Eindruck der in Böhmen von ihm errungenen Erfolge, welche den Einfluß des feilen Bestucheff und anderer Gegner der österreichischen Allianz verstärken und wenigstens die Neutralität des russischen Hofs veranlassen könnten. Auch hoffte er auf irgendwelche bewaffnete Demonstrationen der osmanischen Pforte, welche der englische Gesandte James Porter und der preußische Agent Haude (unter dem Namen von Rexin) über das russisch-österreichische Bündniß zu beunruhigen suchten. Vor allem aber bemühte er sich die früher verheißene Absendung eines englischen Geschwaders in die Ostsee auszuwirken, dessen Erscheinen, wie er fest überzeugt war, die Russen bestimmen werde sich ruhig zu verhalten. Hätte er bei Kolin gesiegt und Prag erobert, so würde er ein Truppencorps durch Polen in den Rücken der Russen geschickt haben. Übrigens wies er Lehwaldt, an den ersten den besten der ihm zu nahe komme bei den Ohren zu kriegen und den andern an ihm ein Exempel zu geben. Wenn es sich darum handele die Russen in Polen zu verfolgen oder ihre Magazine allda zu zerstören, solle er sich kein Bedenken darüber machen, sondern den Feind da nehmen wo er ihn finde[1].

Lehwaldt nahm zum Ersatze des Abgangs bei seinen Trup-

[1] S. die königlichen Ordres bei v. Ollech, Fr. d. gr. v. Kolin b. Leuthen. Berl. 1858 S. 8 ff. Über die russische Invasion handelt am genauesten L. v. Hasenkamp, Ostpreußen unter dem Doppelaar. Königsb. 1866.

pen Aushebungen vor und bildete ſechs Compagnien Landmiliz, im ganzen 2000 Mann, zur Küſtenbewachung und zur Verſtärkung der Beſatzungen in den befeſtigten Plätzen Königsberg Pillau und Memel. Sobald der ſpäte Eintritt des Frühjahrs es erlaubte, ſetzte in Folge der gemeſſenen Befehle der Kaiſerin die ruſſiſche Armee ſich in Bewegung und überſchritt die Grenzen von Kurland und polniſch Litthauen. Ihre Stärke betrug über 100000 Mann regulärer Truppen, alſo erheblich mehr als wozu das Bündniß vom 22 Januar Rußland verpflichtete. Das ruſſiſche Fußvolk bewährte bald ſeine unerſchütterliche Ausdauer und Todesverachtung, die Artillerie, welche dreihundert Stück Geſchütz zählte, war vortrefflich; dagegen konnte die Cavallerie ſich nicht entfernt mit der preußiſchen meſſen. Die irregulären Truppen, Koſaken Tataren Kalmüken, verbreiteten Entſetzen durch die Frevel, welche ſie verübten. Schon in Polen führte man bittere Klagen über die Zuchtloſigkeit der ruſſiſchen Truppen; in Preußen vollends fiel jede Rückſicht hinweg. Die rohen Barbaren ſengten und brannten zum größten Schaden der eigenen Armee, deren Subſiſtenzmittel ſie zerſtörten. Die Verpflegung war überhaupt ſchwierig und unzulänglich, da kein organiſiertes Fuhrweſen vorhanden war. Den Oberbefehl führte Graf Apraxin, ein träger und feiſter Wüſtling, der ohne Verdienſt durch Weibergunſt und Ränke zum Range des Feldmarſchalls emporgeſtiegen war. Er war im Einverſtändniſſe mit Beſtucheff und verſicherte die Großfürſtin Katharina ſeiner Ergebenheit: daher hielt er ſein Augenmerk weniger auf den Feind, den er bekriegen ſollte, als auf die Vorgänge am Hofe gerichtet. An ſeiner Seite befand ſich als öſterreichiſcher Commiſſar Feldmarſchallieutenant von St. André. Unter Apraxin ſtanden einzelne tüchtige unter Münnich und Keith gebildete Generale, welche ihre Schuldigkeit thaten, ſo wenig auch ein Krieg gegen Preußen im Bunde mit Öſterreich und Frankreich in der Armee zuſagte. Denn es war unvergeſſen daß unter franzöſiſcher Vermittelung der öſterreichiſche Hof im Jahre 1739 den Frieden von Belgrad abgeſchloſſen hatte, welcher den Ruſſen mitten in ihren Siegen über die Türken Halt gebot.

Die russische Hauptarmee marschierte in drei Colonnen über Wilna nach Kowno um dort über den Niemen zu gehen; eine vierte führte General Fermor durch Samogitien auf Memel zu. Fermor überschritt am 28 Juni mit 28000 Mann die preußische Grenze. Von der kaiserlichen Flotte unterstützt nöthigte er schon am 5 Juni Memel zur Capitulation und ließ die preußischen Unterthanen der Kaiserin den Eid der Treue schwören. Das gleiche geschah auch in den andern Orten welche die Russen besetzten. Fermors weiteres Vorgehen wurde durch die Schwerfälligkeit des Hauptheeres verzögert, welches nicht vor Ende Juli in Preußen einrückte. Wenn Lehwaldt einen Offensivstoß gegen die Russen wagen wollte, so war es jetzt geboten Fermors Armeecorps anzugreifen. Aber in dem Kriegsrathe, welchen er am 4 Juli abhielt, scheint kaum die Möglichkeit eines solchen Unternehmens erwogen zu sein: die Generale bestanden vielmehr auf einer rückgängigen Bewegung auf Königsberg um diese Hauptstadt vor einem Handstreiche der russischen Flotte zu decken. Darauf gieng der Feldmarschall nicht ein, sondern nahm eine Stellung hinter dem Pregel anfangs bei Insterburg, dann bei Wehlau, und erbat für sein weiteres Verhalten königliche Befehle. König Friedrich gab diese zu Leitmeritz am 11 Juli dahin, daß er absolut nichts vorschreiben könne, was der Feldmarschall jetzt zu thun habe: aber wie er noch jüngst ihn ermuntert hatte den Feind anzugreifen wo er ihn finde, so warnte er auch diesmal vor Rückmärschen im Anfange des Feldzugs und fügte mit Bezugnahme auf die ertheilte Vollmacht hinzu: „nur bitte ich Euch auf das höchste die Contenance nicht „zu verlieren, sondern frisch, obgleich nach gutem Überlegen, „Eure Resolution zu nehmen, und wenn Ihr die genommen habt, „alsdann nicht davon abzugehen; überhaupt aber keinen Kriegs„rath zu halten, denn da sieht man nur alle Schwierigkeiten „ein, und wenn man die gesehen hat, so kommt weder Schluß „noch sonst etwas heraus."

In Folge der königlichen Befehle war von einem Rückzuge auf Königsberg nicht weiter die Rede, aber eben so wenig kam es zu einem Angriffe auf die getrennten russischen Corps. Ende

Juli drang auch Apraxin, dem die Kaiserin gedroht hatte, wenn er nicht alsbald gegen den Feind vorgehe, werde sie ihn des Commandos entsetzen, mit der Hauptarmee in Preußen ein und vereinigte sich am 18 August in der Gegend von Insterburg mit dem Fermorschen Corps. Am 27 und 28 August giengen die Russen über den Pregel und nahmen der preußischen Armee gegenüber bei Groß-Jägersdorf eine feste Stellung ein. Bei der Wahl derselben leitete die russischen Generale die Absicht Rücken und Flanken durch natürliche Hindernisse dem Feinde unzugänglich zu halten und den zu erwartenden Angriff in der Fronte durch die Infanteriemassen und das Geschützfeuer zu brechen. Trotz der Übermacht von 80000 Russen gegen 24000 Preußen wagte Feldmarschall Lehwaldt am 30 August die Schlacht und suchte vorzüglich den linken Flügel der Russen zu fassen. Der Beginn des Treffens war seinem kühnen Unternehmen günstig. Die russische Cavallerie und die erste Linie der Infanterie wurde geworfen, drei Batterien erobert; auf allen Puncten kämpften die preußischen Truppen mit der höchsten Tapferkeit. Aber das russische Kartätschenfeuer von den weiter zurückliegenden Höhen herab erschütterte ihre Reihen, und als Graf Peter Rumänzoff auf dem russischen linken Flügel zwanzig frische Bataillone von der Reserve zum Angriffe vorführte vermochten sie das Schlachtfeld nicht länger zu behaupten, sondern zogen in guter Ordnung über den Pregel in ihr früheres Lager bei Wehlau zurück. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten betrug 4600 Mann; achtundzwanzig Geschütze fielen den Russen in die Hände: aber die Ehre ihrer Waffen hatten die Preußen gegen den mehr als dreifach überlegenen Feind rühmlich verfochten.

König Friedrich sprach dem alten Feldmarschall auf dessen Bericht mit den gnädigsten und freundlichsten Worten guten Muth ein und empfahl ihm das Feld zu halten: vor allem warnte er ihn sich nicht vom Feinde in Königsberg einschließen zu lassen. Der Noth Preußens Abhilfe zu schaffen und das schwache Truppencorps Lehwaldts zu verstärken war Friedrich II außer Stande.

Die Nachrichten von der Niederlage der Preußen bei Kolin

trieben auch die schwedische Regierung dazu ihre Truppen ins Feld rücken zu lassen. Die Einschiffung begann Ende Juli; gegen den September waren in Stralsund und der Umgegend 18000 Mann Infanterie und 4000 Mann Cavallerie versammelt, welche vorläufig Generallieutenant Graf Hamilton befehligte. Die Mannschaften waren tüchtig, aber ihre Ausrüstung war mangelhaft, ein Theil der Pferde in Folge der Seefahrt unbrauchbar[1]. Der schwedischen Armee stand kein zur Vertheidigung der preußischen Grenzen irgend hinreichendes Truppencorps gegenüber. Der mit dem Commando beauftragte Generalmajor Heinrich von Manteuffel mußte sein Hauptaugenmerk darauf richten Stettin zu decken, das nur schwach besetzt war; im Felde konnte er nicht mehr als vier Bataillone und fünfhundert Husaren verwenden. Übrigens wankte die von Truppen entblößte preußische Provinz in ihrer Treue nicht und war zu Opfern willig. Gemäß einem Beschlusse der pommerschen Stände wurde die Landmiliz auf eine Stärke von 5000 Mann gebracht und auf ständische Kosten unterhalten, außerdem ein pommersches Provinzial-Husaren-Corps und zwei Freicompagnien zur Landesvertheidigung errichtet. König Friedrich faßte damals auch die Ausrüstung einer Flotille ins Auge, welche er im Frieden verabsäumt hatte. Am 16 Juli 1757 erließ er aus dem Hauptquartiere zu Leitmeritz an den pommerschen Kammerpräsidenten von Aschersleben den Befehl mit dem Generalmajor von Manteuffel nach dessen Ankunft wegen der Inseln Usedom und Wollin und der Odermündungen Swine und Divenow zu sprechen; inzwischen, wenn er es nöthig fände, den Hafen mit einer Defension von Schiffen zu decken und darüber mit erfahrnen Seemännern zu reden. Zunächst wurde jedoch nichts der Art ins Werk gesetzt[2].

---

[1] Nicht alle schwedischen Transporte erreichten ihre Bestimmung. Eine Nachricht aus Colberg d. 23 Oct. besagt: gestern ist hier das dritte schwedische Schiff aufgebracht, auf welchem sich ein Offizier, 24 Reiter, 3 Knechte, 10 Matrosen, 29 Pferde befanden.

[2] Nach einem gedruckten Blatte o. D. „kurze aber wahre Nachricht von „der im letzten Kriege hier errichteten Flotille," dessen Mittheilung ich der Güte

Als von der einen Seite das Vordringen der Ruſſen in Preußen und ihr Sieg bei Groß-Jägersdorf, von der andern die Eroberung der weſtfäliſchen, heſſiſchen und hannöverſchen Lande durch die Franzoſen gemeldet ward, traten endlich die ſchwediſchen Truppen in Marſch und giengen am 12 September über die Peene. Ohne erheblichen Widerſtand zu finden beſetzten ſie Demmin Anclam Ückermünde Paſewalk. Das von Landmiliz vertheidigte Fort Peenemünde ward am 23 September zur Übergabe gezwungen. Den Schweden ſchien der Weg nach der Mark Brandenburg offen zu ſtehen.

Auf dem Reichstage zu Regensburg berief ſich der ſchwediſche Geſandte abermals auf die von Schweden geleiſtete Garantie des weſtfäliſchen Friedens und motivierte die Invaſion des preußiſchen Pommern mit dem Streifzuge preußiſcher Truppen durch Franken und gegen Erfurt. Nach Eröffnung der Feindſeligkeiten wurden die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Preußen und Schweden abgebrochen.

Gefährlicher, als der Einfall der Schweden und Ruſſen in die preußiſchen Staaten ſich anließ, waren die Fortſchritte, welche die Franzoſen im nördlichen Deutſchland machten. Der niederſächſiſche Krieg ſchien beendet. Am 8 September unterzeichnete der Herzog von Cumberland die Convention von Kloſter Zeven, der zufolge die von ihm befehligte verbündete Armee außer Thätigkeit trat und ſich auflöſen ſollte. Statt dem preußiſchen Staate gegen die vordringenden fremden Heere Beiſtand zu leiſten, vermeinte Georg II, um ſeine kurfürſtlichen Lande zu retten, zu dem guten Willen der Kaiſerin Maria Thereſia ſeine Zuflucht nehmen zu müſſen.

---

des Herrn Freiherrn J. v. Bohlen-Bohlendorf verdanke. Im Übrigen ſ. Heldengeſch. IV 762 ff. Geſch. d. pr. ſchwed. Kriegs 1757—1762 von v. d. * n. Berl. 1858.

Zweites Capitel.

Das Coalitionsministerium Pitt-Newcastle in England. Der Krieg in Westfalen und Hannover bis zur Convention von Kloster Zeven. Der Triumph der österreichisch-französischen Allianz.

Während König Friedrich alle Kräfte zusammennahm um seinen Feinden die Spitze zu bieten, war in England auf die unverantwortliche Forderung des Herzogs von Cumberland Pitt's starke Hand vom Staatsruder entfernt; Monate lang trieben persönliche Ränke und Parteiungen ihr Wesen. Der nunmehr auch auf dem Continent entbrennende Krieg forderte Entschließungen, und die Minister, welche noch inmitten der Krisis im Amte blieben, begnügten sich nothdürftig die laufenden Geschäfte abzuthun. Das Parlament saß und beschäftigte sich mit einer Untersuchung über die Versäumnisse des früheren Ministeriums in Betreff der Insel Minorca, bei welcher nichts herauskam. Das Volk grollte dem Hofe und der regierenden Aristokratie und fürchtete neue Unfälle; den abgegangenen Ministern Pitt und Legge bezeugten viele Städte durch Ertheilung des Ehrenbürgerrechts und andere Ehrengaben ihr Vertrauen. Newcastle dagegen ward verachtet und Fox gehaßt. Jeder von ihnen versuchte ein Ministerium zu bilden aber brachte keins zu Stande.

Endlich nach einer dreimonatlichen Krisis, in der schließlich auch Holdernesse seine Entlassung nahm, genehmigte König Georg II die Bildung eines Coalitionsministeriums, über welches Newcastle und Pitt übereingekommen waren. In diesem Ministerium, welches am 29 Juni ins Amt trat, erhielt Pitt mit dem Posten des ersten Staatssecretärs (für das südliche Departement) die ausschließliche Leitung der auswärtigen und Colonial-Angelegenheiten und zugleich die Leitung des gegenwärtigen Kriegs. Zum Staatssecretär für das nördliche Departement ward wiederum Holdernesse ernannt, von jeher gewohnt sich dem Willen eines anderen unterzuordnen und auch jetzt bereit ohne allen selbstän-

digen Einfluß Pitt's Entschließungen zu vollziehen. Newcastle wurde erster Lord des Schatzes, aber ohne den vollen Einfluß, der mit diesem hohen Amte verbunden zu sein pflegte; denn Legge wurde Schatzkanzler und auch in die übrigen Stellen des Schatzcollegiums kam nicht einer von Newcastle's persönlichen Anhängern. Zum ersten Lord der Admiralität wurde nach dem Willen des Königs Lord Anson ernannt, ein bewährter Seecapitän, aber als Minister ohne alle Bedeutung. Pitt's Schwager Temple, der in dem vorigen Ministerium diese Stelle eingenommen hatte, erhielt das Amt des Großsiegelbewahrers. Fox ließ sich mit dem in Kriegszeiten sehr einträglichen Posten des Zahlmeisters für das Landheer abfinden, mit welchem ein Sitz im Cabinet nicht verbunden war: so weit war sein Selbstgefühl gesunken. Präsident des Staatsraths blieb Graf Granville. Der Herzog von Bedford übernahm die Statthalterschaft von Irland.

So waren in diesem Ministerium alle Häupter der Whigaristokratie vereinigt, und statt daß jüngst ihr Zwiespalt die Regierung gelähmt hatte, war nunmehr die Einstimmigkeit des Parlaments für alle vorzuschlagenden Maßregeln gesichert. Georg II fügte sich in das unvermeidliche. „Sire, schenken Sie mir Ihr „Vertrauen" sagte Pitt, „und ich werde es verdienen"; der König antwortete „verdienen Sie es und Sie sollen es haben" und hielt Wort. Das Volk jubelte, daß neben den wie es schien unvermeidlichen Trägern der großen Familiennamen durch seine einmüthige Stimme Männer von bewährtem Talent und Charakter wiederum auf den Posten berufen waren, der ihnen gebührte; vor allem Pitt, ein britischer Staatsmann wie seit Cromwell keiner an der Spitze der Regierung Englands gestanden hatte. Darüber vergaß man daß diese Verwaltung die Gebrechen an sich trug, welche jedes Coalitionsministerium mit sich führt. Pitt hatte sowohl in Beziehung auf die amtliche Stellung seiner Freunde und Verwandten als für seinen Geschäftsbereich Newcastle seine Bedingungen vorgeschrieben: er hatte es durchgesetzt daß er für den Krieg, in dem England begriffen war, über die Wehrkraft und die finanziellen Hilfsmittel des Landes

frei und unbeschränkt verfügen konnte, ohne alle Rücksicht auf hannöverische Interessen, so weit diese nicht mit den englischen zusammenfielen. Newcastle fügte sich, so hart es ihn ankam, da die Noth gebot, aber es konnte nicht fehlen, daß der in Ränken grau gewordene Herzog über kurz oder lang gegen den durch seine Geistesgröße so hoch gestiegenen Emporkömmling wiederum seine alten Künste übte. Auch jetzt behielt Newcastle einen weitreichenden Einfluß: in der innern Verwaltung hatte er freie Hand seine persönlichen Anhänger zu befördern. Pitt erkannte Maßregeln der Gesetzgebung zum gemeinen besten, namentlich eine Reform der Wahlgesetze, für höchst nothwendig. Sie wurden um so dringlicher, je größere Opfer das Volk für die kräftige Durchführung des Krieges brachte: aber unter den bestehenden Verhältnissen konnte natürlich von Gesetzen, welche das Familienpatronat im Staate beschränken und die herrschende Corruption abstellen sollten, nicht die Rede sein.

Damals, wo es galt der Kriegsgefahr zu begegnen, war die öffentliche Meinung damit befriedigt, ein einiges und starkes Ministerium zu haben, in welchem Pitt den zunächst entscheidenden Platz einnahm. Zwar erschien die Lage Englands den erfahrensten Staatsmännern nach den erlittenen Verlusten und den schlimmen Botschaften von den Fortschritten der Franzosen in Westfalen und dem Siege der Österreicher über die Preußen verzweifelt zu sein. Graf Chesterfield schrieb am 4 Juli: „Wir „sind fortan keine Nation mehr; ich sah niemals so furchtbare „Umstände", und ähnlich urteilte einige Wochen später Horace Walpole[1]. Aber die Mittelclassen des Volkes verzagten nicht, sondern sie lebten der Zuversicht daß unter dem rechten Führer England seinen Feinden schließlich doch obsiegen werde. Da der Handel keine wesentliche Störung erlitt war Geld im Überfluß vorhanden. So fest stand der Staatscredit, daß auf die mitten in der Cabinetskrisis ausgeschriebene neue Anleihe von drei Millionen Pfund nicht weniger als sechs Millionen gezeichnet wurden,

[1] Chesterfield Letters ed. by Lord Mahon IV 213. Hor. Walpole to Sir H. Mann v. 3 Sept. W.'s Letters ed. by P. Cunningham III 103.

ein handgreiflicher Beweis, wie Michell bemerkt, über welche Mittel England gebot und eine wie glänzende Rolle es spielen könnte, wenn es gut geleitet würde[1].

Die Aufgabe Pitt's war klar vorgezeichnet. Es war eine Lebensfrage für Großbritannien zur See und in den Colonien von neuem die Oberhand zu gewinnen, namentlich das britische Nordamerika gegen die Franzosen zu vertheidigen. Dies konnte theils direct durch die Flotte und die in Amerika thätigen Streitkräfte geschehen theils indirect, indem man Frankreich in Europa zu schaffen machte. Die überseeischen Unternehmungen wurden durch die Transporte, die Schwierigkeit der Verpflegung und die Natur der Wildniß beschränkt; überdies hatte die englische Regierung nur eine mäßige Truppenzahl zur Verfügung, wenn sie nicht die britischen Inseln selbst einem feindlichen Einfalle bloßstellen wollte. Daher mußte es ihr vorzügliches Bestreben sein Frankreich auf dem europäischen Continente zu beschäftigen.

Diesem Zwecke diente der deutsche Krieg, in welchen sich der französische Hof in seiner Verblendung tiefer und tiefer verwickelte. Selbst wenn die von den verbündeten Höfen von Wien und Versailles verfolgten Pläne, den preußischen Staat aufzulösen und nach ihrem Belieben über Belgien Italien und Deutschland zu verfügen, nicht mit dem bereits begonnenen englisch-französischen Kriege zusammengefallen wären, hätte England um seiner eigenen Interessen willen kaum umhingekonnt solchen Unternehmungen entgegenzutreten. Je weiter Frankreich und dessen Verbündete um sich griffen, um so mehr sah England seinen Handel und seinen Gewerbfleiß vom Continente ausgeschlossen. Ganz abgesehen davon daß es eine Ehrenpflicht für England war die Erblande seines Souveräns nicht den französischen Angriffen preiszugeben, es durfte nicht ruhig zusehen, daß die deutschen Nordseeküsten mit den Handelsplätzen Emden und Bremen französischer Occupation verfielen, in deren Hintergrunde beim Ende des Kriegs die Entschädigung mit flandrischen Küstenstädten lag.

[1] 1757 April 19. Michell's Bericht.

Auf dem Continente aber konnte England den Waffen Frankreichs nur vermittelst seiner Bundesgenossen widerstehen und namentlich mit Hilfe des Fürsten, der unter Englands Verbündeten allein eine selbständige Macht besaß, Friedrichs des großen. Zwar konnte die englische Regierung auf eigene Hand deutsche Truppen von ihren fürstlichen Herren in Sold übernehmen und, wenn sie den rechten Mann fand, aus ihnen einen Heereskörper bilden. Aber diese Soldverträge versprachen nur so lange Bestand, als das zusammengebungene Heer das Feld behauptete. Denn die Angebote kamen von beiden Seiten, und um des dermaligen Soldgebers willen Land und Leute preiszugeben durfte leicht als eine unstatthafte Zumuthung gelten, wenn der Parteiwechsel sich unter dem harmlosen Namen der Neutralität oder der Pflichten gegen Kaiser und Reich verbergen ließ. Und selbst wenn dieses alliirte Heer im englischen Solde auch den Franzosen widerstand, so war es doch unausbleiblich verloren, sobald Preußen unterlag und die Österreicher ihren Verbündeten mit ganzer Macht helfen konnten. Dann waren die beiden katholischen Großmächte Frankreich und Österreich im Bunde mit Rußland die Meister des Continents und Frankreich konnte seine Streitkräfte wiederum ungetheilt zur See und in den Colonien verwenden.

Aus diesen Gründen waren alle Parteien in England darüber einig, daß man König Friedrich von Preußen in dem Kriege, in welchem er als Verbündeter Englands begriffen war, auf das nachdrücklichste unterstützen müsse. Das englische Volk begrüßte seine Siege gleich Triumphen der eigenen Waffen und feierte ihn als den Vorkämpfer des Protestantismus: seine Niederlage bei Kolin ward als ein harter Schlag für die gemeinsame Sache schmerzlich empfunden. Bisher hatte Friedrich von der englischen Regierung nichts als gute Worte erhalten: jetzt galt es zu entscheiden was geschehen solle um den mit dem Vertrage von Westminster eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Von preußischer Seite ward beantragt die westfälische Armee mit englischen Truppen zu verstärken, vor allem aber ein englisches Geschwader in die Ostsee zu schicken um die preußischen

Küſten gegen Ruſſen und Schweden zu decken. König Friedrich war der feſten Überzeugung, wenn England nur mit wenigen Kriegsſchiffen ihm dieſen weſentlichſten Beiſtand leiſte, würden ſowohl die Ruſſen als die Schweden Ruhe halten[1]. Die engliſche Regierung ſchien dieſen Wunſch erfüllen zu wollen. Im Juni voriges Jahres hatte Newcaſtle Verſprechungen ertheilt; und neuerdings, noch während der Miniſterkriſis, ließ König Georg II unter dem 16 Juni dem ruſſiſchen Hofe die Erklärung abgeben, daß im Falle die Kaiſerin fortfahre, preußiſche Häfen zu blokieren und Truppen nach den preußiſchen Staaten zu beordern, er ſich vermöge ſeines mit Preußen geſchloſſenen Vertrages genöthigt ſehen werde den Handel der preußiſchen Unterthanen im baltiſchen Meere durch eine dahin abzuſendende Flotte zu decken. Aber es blieb bei den Worten. Pitt hatte ſchon in ſeinem früheren Miniſterium ausgeſprochen, daß vor der Hand die Entſendung von Kriegsſchiffen nicht möglich ſei, und beharrte auch jetzt bei dieſer Anſicht.

Im übrigen lauteten Pitt's Zuſagen über die Erfüllung der Bundespflicht Englands ſo beſtimmt wie möglich. Die Thronrede, mit der am 4 Juli die Parlamentsſeſſion geſchloſſen wurde, verkündeten den Entſchluß der Regierung, die wohlbegründeten Rechte der britiſchen Krone und Unterthanen zu vertheidigen und zu verhindern, daß ihre wahren Freunde und die Freiheiten von Europa durch eine nicht provocierte und unnatürliche Verbindung unterdrückt würden. Am folgenden Tage gab Pitt dem preußiſchen Geſandten die Verſicherung, die engliſche Nation werde, wie auch das Loos der Waffen fallen möge, eher ihre eigenen Intereſſen opfern als leiden daß ihr Verbündeter, der König von Preußen, einen Zoll von ſeinem Gebiet einbüße[2]. Das war hochherzig geſprochen, aber thatſächlich hatte es noch dabei ſein Bewenden, daß die engliſche Regierung die von Preußen vorgeſchlagenen Maßregeln ablehnte und Friedrich den großen gegen den Bund

[1] Mitchell Papers I 241. 248 u. 144 f. vom 19 April, 18 Mai und 11 Juni 1757.

[2] 1757 Juli 5. Michell's Bericht.

der feindlichen Mächte nur in so weit unterstützte, daß sie die mit den hannöverschen Truppen vereinigten Hessen besoldete und hunderttausend Pfund zu den hannöverschen Kriegskosten beitrug.

Nicht lange, so trat ein was König Friedrich vorausgesagt hatte. Die Observationsarmee in Westfalen erwies sich als unzureichend, und die Franzosen überzogen ganz Norddeutschland. Alles Land bis zur Elbe fiel in feindliche Gewalt und die dortigen Fürsten, Georg II als Kurfürst von Hannover inbegriffen, suchten die Gnade der verbündeten Höfe von Wien und Versailles nach: das Bindeglied der englisch-preußischen Allianz schien gebrochen. Wir haben den Verlauf dieser Begebenheiten näher zu betrachten.

Nach dem im Februar zwischen den Höfen von Wien und Versailles verabredeten Feldzugsplane sollte die „große" französische Armee, „die Dauphine", wie man sie nannte, im Frühjahr sich der preußischen Lande am Niederrhein und in Westfalen wie Ostfrieslands in raschem Anlaufe bemächtigen und hierauf durch das Hannöversche, Braunschweigische und Halberstädtische gegen Magdeburg vorrücken; mit der Belagerung dieses festen Platzes sollte die Campagne geschlossen werden. „Man „wird versucht", sagt ein französischer Berichterstatter, „wenn „man diesen Plan liest die Specialkarten zu verbrennen und sich „an die Postkarten zu halten"; so sehr schienen diese Entwürfe den herrschenden Vorstellungen von methodischer Kriegführung zu widersprechen.

Nach Mitte März überschritt die französische Armee die deutschen Grenzen. Ihr Etat belief sich auf 110000 Mann mit 100 schweren Geschützen; dazu kamen aus den Niederlanden vier österreichische und späterhin zehn kurpfälzische Bataillone. An der Spitze des Heeres stand eine zahlreiche Generalität vom höchsten Adel Frankreichs, welche die Intriguen des Hofs in das Feldlager verpflanzte. Der Oberbefehl war gemäß der Anciennetät dem Marschall d'Estrées übertragen, einem diensterfahrenen, jedoch über die Maßen bedächtigen und kleinlichen Manne. Er gehörte nicht zu den Günstlingen des Hofs und der regierenden Mätresse und war von vorn herein dem Neide und den Ränken derer bloß-

gestellt, die sich selbst oder ihre Freunde an seine Stelle wünschten. Von den königlichen Prinzen war der Herzog von Orleans beim Heere; Conti hatte das Commando auf Grund früher empfangener Zusagen lebhaft begehrt, aber ward von Ludwig XV ungnädig abgewiesen. Diesen Feind hatte die Pompadour nicht mehr zu fürchten. Das nächste Anrecht nach d'Estrées glaubte der Marschall de Richelieu zu haben. Zu dessen Gunsten unterhielt der Generalstabschef Graf Maillebois mit seinem Schwager dem Kriegsminister Paulmy einen geheimen Briefwechsel voller Gehässigkeit gegen seinen Obergeneral. Bis zu d'Estrées Ankunft bei der Armee befehligte der Prinz von Soubise aus dem Hause Rohan, ein Hofmann von beschränkter militärischer Einsicht aber in höchster Gunst, denn er war jedes Winkes der Pompadour gewärtig, mochte es gelten eine abgedankte Courtisane des Königs in die Ehe zu bringen oder sonst ihre Absichten zu unterstützen. Als nach dem Attentat von Damiens die Stellung der Marquise einen Augenblick gefährdet war, hatte Soubise nicht abgelassen sich zu ihr zu halten. Ihm wurde daher einstweilen unter dem obersten Befehle des Marschalls das Commando eines abgesonderten Corps gegeben: bald sollte ihm eine seiner würdigere Aufgabe zuertheilt werden. Das Offiziercorps verdankte seine Beförderung zum großen Theile vornehmer Geburt und höfischer Gönnerschaft; eine Menge Volontärs in den höheren Graden waren dem Heere nur zur Last: aber neben den üppigen und hochmüthigen Weichlingen zählte es in seinen Reihen auch manche feingebildete und in den Waffen erprobte Offiziere. Die Mannschaften wurden schlecht bezahlt und giengen daher auf Raub und Plünderung aus. Überhaupt war die Disciplin der Armee erschlafft und die Subordination von oben bis unten gelockert.

Am linken Rheinufer kamen die Franzosen zuerst in befreundete Gebiete, in denen sie sich nach Bequemlichkeit einrichteten. Sie legten Besatzung nach Köln Jülich und Düsseldorf und machten diese Städte zu ihren Waffenplätzen. Nur die preußische Festung Geldern leistete Widerstand: auf diesem isolierten Posten hielt sich General von Salmuth Monate lang und zog im August mit kriegerischen Ehren ab. Ungehindert konnten die

Franzosen über den Rhein gehn, sowohl in den kölnischen und pfälzischen Gebieten deren Fürsten Frankreich in Sold und Pflicht hatte als im Herzogthum Cleve. Die Festung Wesel, in welcher unter dem nominellen Oberbefehl des Erbprinzen von Hessen-Cassel Generallieutenant la Motte befehligte, ward gemäß der im Januar von König Friedrich erlassenen Ordre am 24 März geräumt; die Kanonen und Munitionsvorräthe wurden nach Holland und von dort nach Magdeburg gerettet, die Werke gesprengt. Die Besatzung, 4500 Mann, marschierte nach Lippstadt um sich mit der alliirten Armee zu vereinigen. Am 8 April zogen die Franzosen in Wesel ein.

So war der Rhein und die Maas den französischen Transporten geöffnet. Die Holländer machten anfangs Umstände die freie Durchfahrt durch Mastricht zu gestatten und der englische Gesandte Yorke erhob Protest gegen eine solche Begünstigung der feindlichen Unternehmungen: aber da Ludwig XV darauf bestand und auch Graf Cobenzl von Brüssel aus im Namen der kaiserlichen Regierung das französische Ansinnen befürwortete, gaben die Generalstaaten am 6 April ihre Einwilligung. Die Regentin Anna weinte bitterlich, daß sie einen Beschluß genehmigen sollte, der den Angriff auf die Erblande ihres Vaters erleichterte, aber sie hatte nicht die Macht sich dessen zu weigern.

Nunmehr breiteten sich die Franzosen auch auf dem rechten Rheinufer an der Lippe und Ems aus: noch im Laufe des April besetzten sie Münster Hamm und Lippstadt. Am 27 April übernahm der Marschall d'Estrées zu Wesel das Commando und suchte vor allen Dingen durch Errichtung von Magazinen die Verpflegung der Armee sicher zu stellen, wofür die Lande der verbündeten Reichsfürsten nicht minder als die occupierten preußischen Gebiete hart in Anspruch genommen wurden. Überall am Rhein und in Westfalen war die Bevölkerung den Franzosen feindselig, denn diese benahmen sich in Freundes- wie in Feindesland mit gleicher Anmaßung. Zwar wurden die preußischen Unterthanen außer den übrigen Kriegslasten noch durch Contributionen gedrückt; indessen zwang doch ihre treue Anhänglichkeit für ihren König selbst den Feinden Achtung ab: „der König von Preußen

„wird von seinen Unterthanen angebetet" schrieb der General Graf St. Germain am 20 April nach Frankreich[1].

Mittlerweile hatte der Herzog von Cumberland, der am 17 April in Hannover angekommen war, hinlängliche Muße seine „Observationsarmee" zusammenzuziehen. Sie belief sich in voller Stärke, das hessische Corps, welches erst im Mai von England zurückkam, und die von Wesel ausgerückte preußische Besatzung eingerechnet, ungefähr auf 52000 Mann, davon über 27000 Mann Hannoveraner, 6000 Braunschweiger, 12000 Hessen, 800 Gothaer, 1200 Bückeburger[2].

Mit einer aus so verschiedenen Contingenten zusammengesetzten Armee das einheitliche französische Heer, welches an Truppen doppelt und an Artillerie dreifach überlegen war (die verbündete Armee hatte nur zweiunddreißig schwere Geschütze), von Westfalen abzuwehren war unter allen Umständen eine schwierige Aufgabe. Indessen hätte ein geschickter und entschlossener General an der Spitze dieser kleinen, aber aus tüchtigen und kampfmuthigen Mannschaften zusammengesetzten Armee den Franzosen das Vordringen auf deutschem Boden gar sehr erschweren können, um so mehr da das französische Obercommando ohne Energie handelte. Aber dem Herzog von Cumberland giengen alle zu einer kräftigen Gegenwehr erforderlichen Eigenschaften ab. Das Terrain, auf welchem er operieren sollte, war ihm nur oberflächlich bekannt. Unter die seinem Befehle untergebenen Truppen trat er als ein Fremdling; er schlug ihre Leistungsfähigkeit nicht hoch an und wußte ihr Vertrauen nicht zu gewinnen. Überall war er kein General, der es verstand die schwachen Seiten des Feindes wahrzunehmen und die Initiative zu ergreifen.

Den von König Friedrich vorgeschlagenen Feldzugsplan aufzunehmen und die Franzosen am Rheinübergange zu hindern war es zu spät, aber eben so wenig wollte Cumberland sie an

---

[1] Corresp. partie du C. de St. Germain avec M. Paris du Verney. Londres 1789 I 100.

[2] Vgl. mit den Listen i. d. Gesch. des siebenj. Kriegs hgg. v. d. Offizieren des gr. Generalstabs I Beil. D. Renouard Gesch. des Kriegs in Hessen ꝛc. I Beil. III.

der Weſer erwarten, welche wie er richtig einſah durchaus keine Schutzwehr bildete. Daher ſchlug er einen Mittelweg ein und nahm, ohne dem Feinde das Münſterland ſtreitig zu machen, an den Defileen des Teutoburger Waldes bei Bielefeld und etwas weiter weſtlich bei Brackwede eine Poſition, welche er nach Kräften verſchanzte um hier den Franzoſen Stand zu halten. Dieſe ſetzten ſich nach langem Zögern wieder in Bewegung. Als der Marſchall d'Eſtrées zum Heere abgieng hielt der franzöſiſche Hof noch die Annahme des für Hannover angebotenen Neutralitätsvertrags für möglich; nachdem derſelbe von Georg II abgelehnt und bald darauf der Verluſt der Schlacht vor Prag und die Einſchließung des kaiſerlichen Heeres gemeldet war, erließ Ludwig XV wiederholt Befehle zur Beſchleunigung der Operationen. D'Eſtrées machte noch einen letzten Verſuch: er ſchrieb am 14 Mai an den Herzog von Cumberland, wenn man den Franzoſen freien Durchmarſch durch Hannover gewähre, ſolle das Kurfürſtenthum durchaus nicht beläſtigt werden, aber der Herzog gab die Antwort, nur mit Gewalt der Waffen könnten die Franzoſen ihr Begehren erzwingen.

Nach Empfang dieſer Erklärung brach d'Eſtrées am 21 Mai von Weſel auf und rückte, durch ſchlechtes Wetter und ſchlechte Wege aufgehalten, langſam und ſchwerfällig gegen den Herzog von Cumberland vor. Am 13 Juni lagerte die franzöſiſche Armee drei Meilen von deſſen Stellungen entfernt bei Rheda an der Ems, und es ward beſchloſſen am nächſten Tage anzugreifen. Der Herzog von Cumberland wartete jedoch den Angriff nicht ab, ſondern gab um nicht umgangen zu werden noch denſelben Abend ſeine befeſtigte Poſition auf und zog unter Zurücklaſſung beträchtlicher Vorräthe in ungeordneten und eilfertigen Nacht- und Tagemärſchen über die Weſer zurück, auf deren rechtem Ufer er bei Minden wiederum Halt machte. Damit war Heſſen dem Feinde preisgegeben. Landgraf Wilhelm VIII hatte den lockenden Anerbietungen des franzöſiſchen ſowohl als den Vorſtellungen des kaiſerlichen Hofes widerſtanden und an ſeinem Vertrage mit Georg II feſtgehalten. Jetzt verfügte der Reichshofrath am 23 Juni gegen ihn die Execution, wenn er binnen

vier Wochen den Reichsbeschlüssen nicht nachkomme[1]. Die ausschreibenden Fürsten des oberrheinischen Kreises, welche mit Zuziehung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt die Execution vollstrecken sollten, wurden durch die Franzosen dieser Mühe überhoben. Der Landgraf mußte in seinen alten Tagen — er war ein Greis von fünfundsiebenzig Jahren — am 5 Juli von Cassel flüchten und mit seiner Schwiegertochter eine Zuflucht in Hamburg suchen. Demnächst wurden die Hauptplätze des hessischen Landes, namentlich Cassel und Marburg, besetzt und das Land mit Contributionen und Requisitionen aller Art besteuert. Durch Hessen eröffneten sich die Franzosen die Verbindungen mit dem Main, woher eine zweite französische Armee, deren Oberbefehl dem Prinzen Soubise übertragen ward, mit der Reichsarmee nach Thüringen und Sachsen vorrücken sollte.

Um dieselbe Zeit detachierte d'Estrées eine Truppenabtheilung nach Ostfriesland, welche am 3 Juli im Namen des Königs von Frankreich Emden in Besitz nahm. Die Holländer wurden besorgt, jedoch ließ alsbald der französische Hof im Haag erklären, daß hiebei ein Misverständniß obgewaltet habe und daß Befehl erlassen sei diesen Irrthum zum Vortheil der Kaiserin Königin zu verbessern. Die hochmögenden Herren hatten kaum hiebei Beruhigung gefaßt, als sie die Meldung erhielten, daß am 19 und 20 Juli die belgischen Plätze Ostende und Nieuport unter Vorbehalt der Souveränetät der Kaiserin Königin von Franzosen besetzt seien. Sie sahen sehr wohl ein, daß der österreichische Hof sich damit über den Utrechter Frieden und den Barrierevertrag hinwegsetzte; bereits verlautete auch daß jene Besetzung ein Unterpfand für künftige Abtretungen in den österreichischen Niederlanden bilden sollte. Aber so höchst bedenklich ihnen diese Fortschritte der französischen Macht auch waren, sie fanden es

[1] Kriegs-Canzley 1757 II 977. Vgl. das Conclusum vom 9 Sept. III 532. Dazwischen kam ein Requisitionsschreiben der Reichskanzlei vom 1 Juli um freien Durchmarsch der Franzosen und Verpflegung gegen baare Zahlung, ein leerer Trost für die Hessen, denn die Franzosen spotteten der Reichskanzlei. Huschberg S. 338 f.

doch nicht gerathen irgend etwas zu thun um sich aus ihrer Verlegenheit herauszureißen und künftigen Gefahren vorzubeugen.

Inzwischen hatte d'Estrées, durch neue königliche Befehle zu größerer Eile angespornt, seine Anordnungen zum Weitermarsche getroffen, und führte, statt wie man in Hannover erwartete sich nach der Niederweser zu wenden, am 15 und 16 Juli unterhalb Höxter bei Corvey und Tonnenburg völlig ungestört sein Heer über die Weser. Erst in den letzten Tagen war der Herzog von Cumberland bis über Hameln vorgegangen und stellte seine Truppen, auf diese Festung gestützt, südlich von der nach Hannover und Hildesheim führenden Straße bei Hastenbeck auf, entschlossen um doch etwas gethan zu haben dem Feinde eine Schlacht anzubieten. Die preußischen Bataillone nahmen an diesem Marsche nicht mehr Theil. Überzeugt daß bei der ungeschickten und unentschlossenen Führung die alliirte Armee ihrer sicheren Auflösung entgegengehe, hatte König Friedrich an das preußische Corps den Befehl erlassen nach Magdeburg zur Verstärkung der Besatzung abzumarschieren.

Die Franzosen zogen in einer Stärke von mehr als 70000 Mann mit 70 schweren Geschützen heran: der Herzog hatte nicht viel über 36000 Mann mit etwa 30 schweren Geschützen beisammen. Indessen schien seine Stellung für einen erfolgreichen Widerstand wohl geeignet. Sie war auf dem rechten Flügel durch einen morastigen Anger gedeckt und lehnte sich mit dem linken Flügel an die bewaldete Ohnsburger Höhe, welche der Herzog nach den empfangenen Berichten für unersteiglich hielt. Den Hauptangriff erwartete er im Centrum bei dem Dorfe Hastenbeck und errichtete daher rechts und links von diesem Batterien. Aber seine Voraussetzung trog; d'Estrées richtete am 26 Juli den Hauptangriff auf die Ohnsburg. Trotz des tapferen Widerstandes der hannöverschen Grenadiere und Jäger ward diese von der Übermacht genommen, und die französische Artillerie beschoß von der Höhe herab nachdrücklich das Centrum der alliirten Armee. Jetzt sah der Herzog von Cumberland den begangenen Fehler ein und verstärkte seinen linken Flügel aus dem Centrum um die Ohnsburg wieder zu nehmen. In Folge dieser Schwächung des Centrums

gieng auch Haſtenbeck und die links von dieſem Dorfe aufgeſtellte Batterie verloren. Zugleich vernahm man vom äußerſten linken Flügel her ein heftiges Feuern und ſchöpfte daraus die Beſorgniß daß die Armee völlig umgangen werden könne. Deshalb befahl der Herzog den Rückzug, ſehr zur Unzeit, denn ſein rechter Flügel ſtand noch völlig unberührt und auf dem linken trat eine Wendung ein, welche den Marſchall d'Eſtrées vermochte ebenfalls ſeiner Armee den Befehl zum Rückzuge zu ertheilen.

Die hannöverſchen Oberſten von Breitenbach und von Dachenhauſen, welche an der Hildesheimer Straße in Reſerve ſtanden, erblickten in dieſer Gegend nichts vom Feinde und faßten daher auf eigene Fauſt den Entſchluß ſich der wichtigen Ohnsburger Höhe wieder zu bemeiſtern. Durch den Wald verdeckt marſchierten ſie um den jenſeitigen Abhang: Breitenbach ſtieg von hier mit ſeinen drei Bataillonen Infanterie die Höhe hinan, faßte die Franzoſen ganz unerwartet in der rechten Flanke und brachte deren zehn Bataillone in ſolche Verwirrung, daß ein Bataillon auf das andere feuerte und daß ſie völlig aufgelöſt die Höhe herab nach dem Dorfe Vorenberg flohen. Die Hannoveraner richteten die eroberten Kanonen nun umgekehrt in die rechte Flanke der Franzoſen. Am ſüdlichen Fuße empfieng Dachenhauſen mit ſeinen fünf Schwadronen die fliehenden und jagte ſie auch aus dem Dorfe Vorenberg hinaus. Zugleich hatte der damals einundzwanzigjährige Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand von Braunſchweig die Batterie mit dem Bajonnet wieder erobert. Im franzöſiſchen Hauptquartier war ſchon vor der Schlacht das Gerücht verbreitet, daß Preußen im Anzuge ſeien; die Vorgänge auf dem rechten Flügel ſchienen es zu beſtätigen und erweckten die Furcht, daß ein ſtarkes Corps das franzöſiſche Heer zu überflügeln drohe. Deshalb befahl der Marſchall den Rückzug, und als die Generale Guerchy, Cornillon, Chabot und andere dagegen proteſtierten, forderte er aufs beſtimmteſte Gehorſam für ſeine Befehle[1]. Somit traten die Franzoſen den Rückzug

[1] Das Mémoire du C. de Maillebois und die dagegen gerichteten éclaircissements présentés au Roi von d'Eſtrées ſind in den handſchriftlichen

an und ſetzten ihn ſo lange fort, bis die wiederholten Meldungen auch dem Oberfeldherrn keinen Zweifel mehr ließen, daß der Feind die Schlacht verloren gebe und ſich auf allen Puncten zurückziehe.

Unwillig gehorchte die verbündete Armee dem Befehle des Herzogs von Cumberland, aus ihren Stellungen zu weichen, denn ſie fühlte ſich nicht überwunden. Ihr Verluſt betrug 377 todte und 1091 verwundete: keine Trophäe fiel dem Feinde in die Hände außer einigen Stücken von der wiedereroberten Batterie. Die Franzoſen zählten nach ihren eigenen Berichten 1055 todte und 1277 verwundete: dazu hatte Oberſt Breitenbach von der Ohnsburg zwei bis dreihundert Gefangene und mehrere Geſchütze hinweggeführt. Von einer Verfolgung des abziehenden deutſchen Heeres war nicht die Rede. Aber der Herzog von Cumberland hatte vollſtändig den Kopf verloren. So bitter er es hinterdrein beklagte voreilig das Feld geräumt zu haben, er beharrte auch ferner dabei dem Feinde den Rücken zu wenden und zog ohne deſſen Anmarſch irgendwo abzuwarten eiligſt die Weſer hinab bis über die Aller: ſpäter, als die Franzoſen folgten, am 24 Auguſt über die Wümme der Niederelbe zu, wo er bei Bremervörde an der Oſte ein Lager bezog.

Es war der verkehrteſte Weg den Cumberland einſchlagen konnte. Er öffnete damit dem Feinde den Weg in das Herz des preußiſchen Staates und gab das ganze hannöverſche und braunſchweigiſche Land mit reichen Vorräthen und gefüllten Caſſen wehrlos preis. Statt mit Hilfe des treu ergebenen Volkes jeden Schritt zu vertheidigen und wenn nöthig auf Magdeburg oder wenigſtens auf Lüneburg zurückzugehen und ſich mit König Friedrich in Verbindung zu ſetzen, verrannte er ſich in eine Sackgaſſe, in welcher, wenn der Feind ſeinen Vortheil wahrnahm, der

---

Mouvements des Armées du Roi 1757. S. 436—539 mit andern Berichten und Denkſchriften über die Schlacht mitgetheilt. Die Streitſchriften von Maillebois und d'Eſtrées ſ. überſetzt Kriegs-Canzley 1758 III 334 ff. Danziger Beiträge X 356—417. Das Memoire von Maillebois iſt wiederholt abgedruckt bei Luynes XVI 307 ff. Von dem Befehle zum Rückzuge ſagt d'Eſtrées: je commandai cependant comme quelqu'un qui vouloit être obéi.

alliirten Armee kein anderes Schicksal wartete als mit Schimpf und Schande die Waffen zu strecken.

Jetzt war es an den Franzosen das preisgegebene Land in Besitz zu nehmen und auszubeuten. Dies blieb einem neuen Befehlshaber vorbehalten. Der Hof von Versailles, von dem hitzigen Drange erfüllt den Krieg in Deutschland rasch zu entscheiden und mit der langsamen Bedächtigkeit des Marschalls d'Estrées im höchsten Grade unzufrieden, hatte schon am 1 Juli nach Empfang der Berichte über den Sieg des kaiserlichen Heeres bei Kolin dessen Abberufung beschlossen und den Herzog von Richelieu ihm zum Nachfolger bestimmt, in der Meinung daß der Eroberer von Minorca das französische Heer siegreich in das Herz des preußischen Staates führen werde. Zugleich wurden achtzehn Bataillone und zweiunddreißig Schwadronen zur Verstärkung der Armee beordert. Die Veränderung des Commandos ward im Auftrage des Königs schon am 2 Juli insgeheim an Maillebois gemeldet: d'Estrées selbst empfieng die königliche Ordre erst am 30 Juli, am Tage des Abmarsches der hannöverschen Besatzung von Hameln, und übergab am 4 August seinem Nachfolger den Oberbefehl.

Richelieu war durch seine Instructionen angewiesen so rasch wie möglich den Feind über die Elbe zu werfen um gemäß den Vorschlägen des Wiener Hofs den nächsten Feldzug mit der Belagerung von Magdeburg zu eröffnen[1]. Der Lösung dieser Aufgabe schien nichts im Wege zu stehn. Keine Stadt dachte an Widerstand, vielmehr eilten die Abgeordneten von Hannover und andern Orten Tagereisen weit nach dem französischen Hauptquartiere um unterthänig zu versichern, daß man die Thore öffnen werde sobald die königliche Armee heranziehe. Der Herzog von Braunschweig stellte sein ganzes Land mit einziger Ausnahme der Herrschaft Blankenburg den Franzosen zur Verfügung und versprach alles zu liefern was sie fordern würden[2]. Es

[1] Corresp. du Maréchal de Richelieu. Londres 1789 S. 29 ff. (vom 17 Juli 1757). Vgl. die mém. hist. du Duc de Richelieu. Paris 1829 VI 79 ff.

[2] Vgl. Stuhr Forsch. I 124 f.

handelte sich also nur um die Marschroute und die Einrichtung in dem herrenlosen Lande. Maillebois hatte schon am Tage nach dem Treffen bei Hastenbeck an den Kriegsminister geschrieben: „unsere Truppen begehen alle möglichen Schändlichkeiten, plün„dern die Kirchen und gehen mehr dem Raube als den Flinten„schüssen nach." Unter dem neuen General besserte sich die Disciplin nicht, denn Richelieu, von seinen jungen Jahren her wegen seiner Galanterie und seines Glückes bei den Weibern berufen, seit dem vorigen Kriege seiner Unterschlagungen wegen übel berüchtigt, fröhnte schamlos seiner Habgier und seine Untergebenen meinten das gleiche Recht zu haben wie der Obergeneral. Als Richelieu später seines Commandos entsetzt ein prächtiges Lusthaus von dem geraubten Gelde baute, nannten es die Pariser spottweise „den Pavillon von Hannover."

Richelieu nahm am 7 August sein Hauptquartier in Preußisch-Minden, am 10 traf er in Hannover ein, wo er länger als eine Woche verweilte um in den öffentlichen Cassen aufzuräumen, Contributionen auszuschreiben und Anstalten für die Verpflegung zu treffen, welche bei dem Vorgehen über Hannover hinaus sehr schwierig und umständlich wurde. Am 22 August brach er auf und gieng am 29 bei Verden über die Aller. Der Rath von Bremen, der nebst der Bürgerschaft die guten Beziehungen zu England erhalten wollte, suchte um Anerkennung der Neutralität nach, aber er ward beschieden daß Bremen als Reichsstadt so wenig wie Köln berechtigt sei den kaiserlichen Hilfstruppen seine Thore zu schließen. Kaum hatten die Franzosen sich der Weser versichert, so gewannen sie auch an der Niederelbe einen wichtigen Stützpunct. Am 3 September wurde nämlich Harburg, das eine Besatzung von 900 Mann mit 28 Geschützen hatte, von fünfundfünfzig französischen Reitern überrumpelt: das Schloß übergab der Gouverneur am folgenden Tage. Das verbündete Heer, vollständig eingeengt, schien der Kriegsgefangenschaft nicht entgehen zu können.

Da nahm sich König Friedrich V von Dänemark des rathlosen Herzogs von Cumberland an und suchte durch seine guten Dienste eine Convention zu vermitteln. Von der englischen Re-

gierung war im Juli dem däniſchen Hofe von neuem ein Bündniß angetragen worden mit 100000 Pfund Subſidien und der Verpflichtung einem engliſchen Geſchwader freie Fahrt durch den Sund zu gewähren und dies mit einigen Schiffen zu verſtärken, für welche er noch weitere Vergütung empfangen ſollte[1]. Das Anerbieten ward abgelehnt, aber nichtsdeſtoweniger ſah man in Kopenhagen die unerhörten Erfolge der mit den Schweden und Ruſſen verbündeten Franzoſen mit Beſorgniß. Auch kam in Betracht, daß Dänemark in dem während des nordiſchen Kriegs am 26 Juni 1715 mit Georg I abgeſchloſſenen Allianzvertrage die Herzogthümer Bremen und Verden dem Hauſe Hannover garantiert und ſich verpflichtet hatte, gemäß dieſer Garantie, wenn es die Noth erfordere, mit 8000 Mann innerhalb ſechs Wochen Beiſtand zu leiſten. Um dieſer Verpflichtung enthoben zu werden machte die däniſche Regierung, als der Krieg ſich den hannöverſchen Grenzen näherte, bei der franzöſiſchen gegen die Beſetzung der Herzogthümer Vorſtellungen und erreichte ſo viel, daß am 11 Juli 1757 zu Kopenhagen eine Convention unterzeichnet wurde, in welcher Frankreich zuſagte die Herzogthümer weder mit Truppen überziehen noch mit Contributionen belaſten zu wollen, vorausgeſetzt daß auch die hannöverſchen Truppen ſie nicht beträten. In dieſem Falle wollte der König von Dänemark nicht weiter für die Neutralität einſtehen[2].

Dieſe Convention ward hinfällig ehe der König von Frankreich ſie ratificierte, da der Herzog von Cumberland ſeine ganze Armee gerade in jene Herzogthümer führte. Um ſo mehr lag dem däniſchen Hofe daran die hannöverſche Regierung durch andere gute Dienſte darüber zu beſchwichtigen, daß er ſich hinter ihrem Rücken mit Frankreich über die Aufhebung ſeiner vertragsmäßigen Verpflichtungen verſtändigt hatte. Dabei kam man ihm von hannöverſcher Seite entgegen. Cumberland verſuchte zuerſt ſich unmittelbar mit Richelieu zu verſtändigen und trug dieſem

[1] 1757 Juli 5. London. Michell's Bericht. Vgl. Mitchell Papers I 258.

[2] Lynar Staatsſchr. II 428 ff. Vgl. Flaſſan VI 89 f. Stuhr Forſch. I 196 f

einen Waffenſtillſtand an; da er jedoch eine abſchlägige Antwort erhielt[1], wandte er ſich an den König von Dänemark und bat um deſſen Vermittelung.

Dieſelbe Bitte ſtellte auch der franzöſiſche Geſandte Ogier im Namen des franzöſiſchen Oberbefehlshabers. Richelieu hatte nämlich gleich nachdem er das Commando aus d'Eſtrées Händen übernommen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gefunden. Er klagte über die in ſeinem Heere herrſchende Unordnung, über die Erſchöpfung ſeiner Truppen durch Strapazen und Krankheiten und die Entbehrungen in dem unwirthlichen Lande: er trug Bedenken ſich in die Herzogthümer Bremen und Verden hineinzuwagen, ein Land wie ſeine Phantaſie es ihm vormalte „von Gebirgen „ſtrotzend, wo alle Wege unterbrochen und die Lebensmittel er„ſchöpft ſind," und behauptete außer Stande zu ſein bei der rauhen Jahreszeit die Belagerung von Stade zu unternehmen, welche zur Sicherung ſeiner Quartiere nothwendig ſei. Deshalb wünſchte er durch däniſche Vermittelung die Hannoveraner zur Unthätigkeit zu bringen, um ſeiner Armee ruhige Quartiere zu verſchaffen und ſie zu reorganiſieren, ſo daß er im Frühjahr Soubiſe verſtärken und überhaupt den zwiſchen den Höfen von Wien und Verſailles vereinbarten Plan ausführen könne[2]. Obgleich Richelieu nicht unterlaſſen hatte zu bemerken daß er zu dem Vorſchlage einer Vereinbarung nicht ermächtigt ſei, glaubte Ogier dennoch nicht ſäumen zu dürfen den König von Dänemark um ſeine Verwendung zu erſuchen.

So ſah ſich Friedrich V von beiden Seiten umworben. Es konnte nicht fehlen daß er ſich gern bereit finden ließ den Ver-

---

[1] Cumberlands Schreiben vom 22 Auguſt und Richelieus Antwort ſ. Lynar Staatsſchriften II 82—84.

[2] Flaſſan VI 94 f. aus Richelieus Schreiben an Ogier (les duchés de Bremen et de Verden, pays hérissés de montagnes, où tous les chemins sont rompus, et les moyens de subsistance épuisés). Richelieu an M. du Verney v. 2 Sept. 1757 i. d. Corresp. du C. de Bernis avec M. Paris du Verney Londr. 1790 II 161 ff. Ogier an Bernis d. 30 Aug. d. Stuhr Forſch. I 127 f. (Soulavie) mém. du mar. duc de Richelieu IX 178 ff. Mém. hist. de Richelieu VI 89 ff.

mittler zu machen und wie er glaubte gleichermaßen die Könige von Frankreich und von England zu verpflichten. Am 3 September erhielt der königliche Statthalter von Oldenburg und Delmenhorſt, Rochus Friedrich Graf zu Lynar, den Befehl ſich zur Vermittelung eines Waffenſtillſtands in die Hauptquartiere der beiden kriegführenden Armeen zu begeben. Dieſem Unterhändler gelang es alsbald eine Übereinkunft zu Stande zu bringen, welche am 8 September von Cumberland zu Bremervörde, am 10 von Richelieu zu Kloſter Zeven unterzeichnet wurde[1].

Die vom 8 September datierte Convention von Kloſter Zeven ſetzte einen Waffenſtillſtand feſt und verfügte die Rückſendung der bei der Armee Cumberlands befindlichen Hilfstruppen der Heſſen, Braunſchweiger, Sachſen-Gothaer und Bückeburger in ihre reſpectiven Lande. Den hannöverſchen Truppen verblieb Stade nebſt einem geringen Bezirke um dieſe Feſtung ſo wie das Herzogthum Lauenburg: die franzöſiſche Armee behielt alle Poſten und Länder, in deren Beſitze ſie ſich befand. In den angehängten Separatartikeln wurde die Vertheilung der hannöverſchen Truppen dieſſeit und jenſeit der Elbe genauer feſtgeſtellt und hinſichtlich der Abſonderung und Verlegung der Hilfstruppen eine zwiſchen den Höfen zu treffende Übereinkunft vorbehalten, da dieſe Truppen nicht als kriegsgefangene anzuſehen ſeien. Vermöge einer beſondern Erklärung vom 13 September bewilligte Richelieu die Räumung der freien Reichsſtadt Bremen. Eine am 16 September zu Bremervörde unterzeichnete Übereinkunft beſtimmte in Folge der geſchloſſenen Convention die Rückgabe der Gefangenen beider Theile außer den preußiſchen.

Mit der Convention von Kloſter Zeven war Dänemark ſeiner Verpflichtungen überhoben; an die Stelle der Garantie und der bewaffneten Hilfsleiſtung trat die Redensart: S. M. der König von Dänemark habe, gerührt von den Leiden der Lande Bremen und Verden, denen er ſtets ſeinen beſonderen Schutz gewährt habe, ſeine Vermittelung angewandt und Graf Lynar ſich ver-

[1] S. die Acten von der Convention von Kloſter-Seven in Lynar's hinterlaſſ. Staatsſchriften 1797 II 71—810.

pflichtet von seinem königlichen Herrn die Garantie der geschlossenen Convention zu erlangen[1]. Der niedersächsische Krieg schien mit der bevorstehenden Auflösung der alliirten Armee sein Ende erreicht zu haben, denn man durfte voraussetzen daß die hannöversche Regierung weder die Mittel noch den Willen haben werde sich einem Frieden wie ihn die Sieger dictieren mochten zu entziehen. Noch hatte die Armee einen Effectivbestand von 41230 Mann: wenn die 17000 Mann Hilfstruppen sich von ihr trennten, blieb nur ein Corps von 24000 Mann zurück[2].

Das Verfahren des Herzogs von Cumberland vom Beginn des Feldzugs bis zum Abschlusse der Convention setzte die Zeitgenossen in nicht geringe Verwunderung. Wenn er auch in dem früheren Kriege durchaus kein Feldherrntalent gezeigt hatte, so durfte doch niemand ihm persönlichen Muth absprechen. Auch diesmal setzte er in dem einzigen Treffen das er bestand sich kaltblütig der Gefahr aus. Im Kriegsrathe that er zu öfteren Malen kühne, ja verwegene Vorschläge. Aber er ließ dergleichen Entwürfe auf erhobene Bedenken stets wieder fallen. Denn sein Muth beruhte nicht auf klarer Überlegung und standhafter Entschlossenheit, sondern entsprang augenblicklicher Erregung, welche alsbald wieder in Zweifel und Haltlosigkeit umschlug. Er schwankte zwischen soldatischer Kampfeslust und den kleinmüthigen Friedensgedanken der hannöverschen Regierung hin und her: als er sich nicht anders zu helfen wußte nahm er zu den letzteren seine Zuflucht. So kam er dazu die Convention von Kloster Zeven abzuschließen.

Diese war ihrem Inhalte nach kaum etwas anderes als eine Capitulation, aber gegen diese Benennung protestierte Cumberland so bestimmt[3], daß Richelieu, dem es um einen raschen Abschluß zu thun war, sich zufrieden gab ohne die möglichen Folgen dieses Zugeständnisses zu bedenken. Der Unterschied lag darin, daß eine von den beiden Befehlshabern abgeschlossene Capitulation als eine militärische Übereinkunft sofort in Kraft

[1] Wenck III 152 ff. Lynar a. a. O. II 138 ff. 146 ff. 158 ff. 181 ff.
[2] Beil. II 76.
[3] Mouvem. des armées du Roi en 1757 I 123.

trat: die Convention dagegen bedurfte der Ratification der beiderseitigen Regierungen. Daß sein Vater diese versagen werde, dachte Cumberland nicht; in ihm sträubte sich nur sein militärisches Ehrgefühl gegen den Schimpf capituliert zu haben. Richelieu schmeichelte sich mit der Hoffnung daß die Convention nichts anderes als die Einleitung zu dem hannöverschen Neutralitätsvertrage bilde, über welchen bereits in Wien verhandelt wurde.

Wir haben früher dargelegt, welche Schritte gethan wurden um einen Neutralitätsvertrag für Hannover zu Stande zu bringen. Der zu Ende April von Colloredo übergebene Vertragsentwurf ward von König Georg II abgelehnt, nicht sowohl in der Überzeugung daß eine Neutralität für Hannover mit Ehren überall nicht zu erlangen stehe, als weil die Bedingungen, welche die Kaiserin vorschrieb, den gehofften Vortheil völlig aufhoben. Deshalb ward der bewaffnete Widerstand gegen die französische Invasion versucht und die hannöversche Regierung durch die dem Herzog von Cumberland ertheilten Vollmachten zu einer regeren Thätigkeit für kriegerische Maßregeln angetrieben. Der mächtige Eindruck, welchen der Sieg der Preußen vor Prag und die Einschließung dieses Platzes machte, bestärkte Georg II in dieser Haltung.

Da weckte das Vordringen der Franzosen über den Rhein die Sorge dieses Monarchen von neuem. Seit dem 15 Juni stand seine Armee auf dem rechten Weserufer, die Franzosen konnten nach Gefallen sich in Westfalen und Hessen ausbreiten; die Gefahr rückte immer näher an Hannover heran. Unter diesen Umständen kam die hannöversche Regierung wieder auf die Neutralität zurück und beschloß Ende Juni den Freiherrn von Hardenberg nach Paris abzuschicken. Georg II selbst richtete am 28 Juni an Friedrich II ein Schreiben, welches die Erwartung aussprach, daß nach der Einnahme von Prag die Preußen seinem Sohne zu Hilfe kommen würden[1]: aber schon die nächste Post brachte mit der Botschaft von der Schlacht bei Kolin die bitterste Enttäuschung dieser Hoffnung.

[1] Beil. II 62.

Eben damals ward das englische Ministerium neu constituiert, und die Nation versprach sich von Pitt's Energie die Wiederherstellung der so tief erschütterten Macht Großbritanniens. Jedoch für sein nächstes Anliegen fand Georg II bei diesen Ministern keinen Trost. Zwar erkannte Pitt die Bedeutung des Continentalkrieges für die englischen Interessen unverholen an: während er mit allen Kräften an der Verstärkung der britischen Streitmacht in Nordamerika arbeitete, entwarf er zu gleicher Zeit den Plan, durch eine Diversion an der französischen Küste die Franzosen von Deutschland abzuziehen, und ordnete auf die Nachricht von der Einnahme von Emden ein paar Kriegsschiffe ab um den Hafen zu blokieren[1]. Aber an dem Grundsatze, welchen er bei der Bildung des Ministeriums mit seinen Amtsgenossen vereinbart hatte, in keine Maßregel zu willigen, welche auch nur den Schein haben könnte auf Kosten Englands hannöversche Sonderinteressen zu begünstigen, hielt Pitt unerschütterlich fest und weigerte sich demzufolge britische Truppen zur Unterstützung des Herzogs von Cumberland nach Deutschland zu senden. So dringend dieser auch unter Fürsprache des preußischen Gesandten seine Bitte um Beistand wiederholte und so lebhaft König Georg II seine persönlichen Wünsche geltend machte, das Ministerium beharrte dabei diese Maßregel für unmöglich zu erklären und that diesen Beschluß am 29 Juli definitiv dem Herzoge kund.

Das Verhalten des englischen Ministeriums in dieser Angelegenheit gründete sich nicht allein auf die Voraussetzung, daß das Eintreten für Hannover bei der englischen Nation Argwohn und Unwillen erregen werde, sondern außerdem auch auf das Mistrauen in die Kriegführung des Herzogs von Cumberland. Jedes andere Mittel das sich ihm darbot war Pitt bereit zu ergreifen, namentlich war er entschlossen das Bündniß mit Friedrich dem großen zu befestigen und den Landgrafen von Hessen in der Allianz zu erhalten. An demselben 29 Juli ward dem landgräflichen Geschäftsträger in London eine förmliche Declara-

[1] 1757 Juli 12. Michell's Bericht.

tion eingehändigt, in welcher Georg II als König von Großbritannien dem Landgrafen zusicherte ihn nie zu verlassen und sowohl bei der Kriegführung als beim Friedenschluß seine Interessen gleich den eigenen wahrzunehmen. Kein Gedanke aber lag Pitt ferner als sich durch die Invasion Hannovers zu einem unvortheilhaften Frieden bestimmen zu lassen. Er hatte den Krieg in seinem ganzen Umfange vor Augen und lebte der Überzeugung daß die Schläge, welche man den Franzosen dort wo die wichtigsten Interessen Englands auf dem Spiele standen, zur See und in den Colonieen, versetzen werde, auch dazu dienen müßten, ihre augenblicklichen Vortheile auf dem Continente aufzuwiegen[1].

So standen die Dinge als die Meldungen von dem Treffen bei Hastenbeck Georg II in die tiefste Bekümmerniß versetzten. Er versammelte seine Minister und stellte ihnen seine bedrängte Lage vor; dabei erklärte er, wenn man ihn von englischer Seite unterstütze und für die erlittenen Verluste entschädige, werde er nicht aufhören auch als Kurfürst an der gemeinen Sache festzuhalten. Mehrere Minister waren geneigt den Herzog von Cumberland mit einem englischen Truppencorps zu unterstützen, aber Pitt widerstand ihnen und ließ sich nur zu dem Beschlusse herbei, vorläufig bis das Parlament zusammenträte zu den früher bewilligten 100000 L. St. für die niedersächsische Armee nochmals die gleiche Summe zu gewähren und dem Landgrafen von Hessen in Anerkennung seines standhaften Beharrens beim Bunde 20000 L. St. für ihn und seine Schwiegertochter als außerordentliches Geschenk auszuzahlen. Damit war freilich nicht viel geholfen. Münchhausen sagte gerade heraus, wenn sein Herr als Kurfürst noch länger von der Partie sein solle, müsse man ihn für die sämtlichen Einkünfte des Kurfürstenthums entschädigen; wie die Sache liege, bleibe ihm nichts übrig, als sich aus dem Spiele zu ziehen[2].

Mittlerweile wuchs die Sorge um Hannover. Unter dem

[1] 1757 Juli 29. Aug. 2. Michell's Berichte.

[2] Aug. 5. 9. Michell's Berichte. Vgl. Pitt's Brief an Geo. Grenville vom 11 August und dessen Antwort vom 14 Aug. Grenville Papers I 206. Chatham Corr. I 243 ff.

2 August meldete der Herzog von Cumberland, der damals bei Nienburg an der Weser stand, bald werde er keine Armee mehr haben um das Feld zu halten, keine Lebensmittel um sie zu nähren, ja keinen Raum um sie in Bewegung zu setzen. Er beschwerte sich über die hannöversche Regierung, welche nicht für den nöthigen Unterhalt des Heeres gesorgt und die Zahl der Truppen höher angegeben habe als sie in Wirklichkeit sei[1].

Von dem Könige von Preußen kamen nicht bessere Nachrichten, aber das englische Ministerium säumte nicht die Verhandlungen mit ihm wieder aufzunehmen. Am 17 Juli erließ Holderneſſe an Mitchell ausführliche Instructionen über die Ansichten und Entschließungen der englischen Regierung. Er versichert, daß es sich jetzt zeigen solle, daß nicht die glänzenden Erfolge der preußischen Waffen allein das Bündniß ungebrochen und unerschüttert halten, sondern daß die Freundschaft des Königs von England sich im Unglück gleichwie in den Zeiten des größten Glückes erweisen werde. Nach einer allgemeinen Erörterung der Lage, namentlich der norddeutschen Angelegenheiten sowie der Beziehungen zum dänischen und russischen Hofe und zur ottomanischen Pforte kommt der Minister auf die Art und Weise, in welcher die Kraftanstrengungen Englands sich der gemeinen Sache am nützlichsten erweisen können. Er geht von dem Satze aus: „wir müssen Kaufleute sein auch während wir Krieger „sind; unser Handel hängt ab von der zweckmäßigen Anwendung „unserer Seemacht, und die Reichthümer, welche die wahren „Hilfsmittel unseres Landes sind, beruhen auf seinem Handel.“ Darauf gestützt wiederholt er die Erklärung daß die Absendung einer Flotte in die Ostsee in dem gegenwärtigen Momente unmöglich sei. Aber die Canalflotte solle zugleich dem Zwecke dienen Großbritannien zu vertheidigen, den Handel zu beschützen und so viel Landtruppen zu decken als hinreichend seien die Küsten Frankreichs zu beunruhigen, um diese Macht zu nöthigen einen großen Theil ihrer Truppen aus Deutschland zurückzuziehen. Holderneſſe hob weiter hervor, daß der König von England die

[1] 1757 Aug. 16. Michell's Bericht.

äußerste Sorge und Wachsamkeit der Kriegführung in Amerika zuwende, wo die Haupturſache der jetzigen Kriegsunruhen liege; und zwar werde zugegeben werden müſſen, daß der Ausgang des großen Wettſtreites zwiſchen England und Frankreich über die Bedingungen des künftigen Friedens entſcheiden werde. Indeſſen ſei der König von England entſchloſſen den König von Preußen ſo viel er vermöge zu unterſtützen. Mannſchaften könnten von England nicht geſtellt werden: dagegen könne es als ſein Bundescontingent Geld liefern. Darauf einzugehen ſollte der Geſandte den König von Preußen vermögen mit der nachdrücklichen Verſicherung, daß ſobald die Umſtände es erforderten, der König von England bereit ſei ihn mit einer ſolchen Geldſumme zu verſehen als angemeſſener Weiſe bei dem Parlamente beantragt werden könne. Ganz in demſelben Sinne meldete Michell, das Miniſterium ſei entſchloſſen König Friedrich mit den einzigen wirkſamen Hilfsmitteln welche das Königreich im Stande ſei ihm zu gewähren, nämlich mit Geld zu unterſtützen, und zwar wurde in einer ſpäteren Unterredung die Summe von 500000 L. St. angeboten[1].

Die engliſchen Propoſitionen vom 17 Juli giengen in der Nacht des 26 zu Pirna ein, während des Rückmarſches der königlichen Armee aus Böhmen, unmittelbar nachdem die Meldung von den traurigen Vorgängen bei der Armee des Prinzen von Preußen eingegangeu war. Am nächſten Morgen hielt Mitchell dem Könige Vortrag. Friedrich der große nahm das Anerbieten engliſcher Subſidien mit lebhaftem Danke für die Großmuth des engliſchen Königs und der Nation entgegen, aber er meinte c'est la moutarde après diner. Er wünſche nicht ſeinen Verbündeten zur Laſt zu fallen. Man möge warten bis die Dinge in der Lauſitz entſchieden ſeien: wenn es ihm dort glücke, wolle er ſich weiter erklären. „Wenn ich geſchlagen werde, „ſo iſt überall keine Veranlaſſung auf die gemachten Vorſchläge

[1] 1757 Juli 17. Holderneſſe an Mitchell. Mitchell Papers I 254 ff. Vgl. die Minute of Privy Council v. 14 Juli. Beil. II 64. Juli 16 u. 29. Michell's Berichte.

„zu antworten, denn dann ist England außer Stande mich zu „retten, und ich möchte nicht mit meinem Willen die Großmuth „meiner Verbündeten mißbrauchen, indem ich sie in kostspielige „Verpflichtungen hineinziehe, welche keinem entsprechenden Zwecke „dienen können". Mitchell fügt seinem Berichte hinzu: „die „edle Hochherzigkeit dieser Antwort freute mich, aber sie über„raschte mich nicht: denn ich habe den König von Preußen groß „im Glücke gesehen, aber noch größer im Unglücke"[1]. An demselben Tage schilderte König Friedrich dem Könige von England ohne allen Rückhalt brieflich die schwierige Lage in welche die letzten Unfälle ihn versetzten: „Wenn ich Spanien Dänemark „Holland und Sardinien ausnehme, habe ich ganz Europa wider „mich; dabei fürchte ich nicht für die Gegenden, wo ich meine „Heere entgegenstellen kann, wohl aber für die wo wer kommt „niemand sich gegenüber findet[2]".

König Georg II entnahm aus diesem Schreiben die Gewißheit, daß sein Neffe von Preußen ein verlorener Mann sei und daß er selber seine eigenen Wege gehen müsse um sein Land Hannover, seine Armee und seinen in Stade verwahrten Schatz zu retten. Noch an dem Tage, an welchem die Briefe eingiengen, den 12 August, sandte er an seinen Sohn Befehl und Vollmacht für Hannover um jeden Preis mit dem Marschall von Richelieu einen Neutralitätsvertrag abzuschließen. Hiefür ward der dänische Hof um seine Vermittelung ersucht. Ferner erhielt der hannöversche Gesandte in Wien, Freiherr von Steinberg, die Weisung bei dem kaiserlichen Hofe die Neutralität Hannovers nachzusuchen und zu versprechen, daß König Georg an den in Deutschland entstandenen Unruhen auch künftighin als Kurfürst keinen Theil nehmen und die Armee nicht länger zusammenhalten wolle, wenn man seine deutschen und seiner gesammten Alliirten Länder der Last des Krieges völlig entheben wolle. Ähnliche Versicherungen wurden durch Vermittelung des dänischen Gesandten dem französischen Ministerium ertheilt.

---

[1] Mitchell Papers I 266. 362.

[2] 1757 Juli 27. K. Friedrich II an K. Georg II. Beil. II 66.

Seinen engliſchen Miniſtern eröffnete Georg II nachträglich den gefaßten Entſchluß als Kurfürſt über einen Separatfrieden zu verhandeln, aber von dem Inhalte der ertheilten Inſtructionen und Vollmachten ſetzte er ſie nicht in Kenntniß. Gegenüber dieſer Eröffnung des Königs erklärten die Miniſter insgeſamt ihre Misbilligung; ſie würden nie zu einem ſolchen Verfahren ihre Hand bieten. Zugleich ließen ſie von dem Könige ſich die Ermächtigung ertheilen, dem preußiſchen Geſandten in ſeinem Namen zu verſichern daß auf jeden Fall, die Folgen möchten ſein welche ſie wollten, England ſich nie von den Intereſſen des Königs von Preußen trennen werde[1].

Fürwahr ein eigenthümliches Verhältniß, in welchem Georg II die eine Hand zum Frieden nach Wien ausſtreckte und mit der andern Preußen ſeiner unverbrüchlichen Ausdauer im Bunde verſicherte. Seinen Entſchluß meldete er Friedrich II brieflich mit den Worten: „ich bin das Opfer meines Vertrauens und meiner „Treue gegen meine Verpflichtungen. Ew. Majeſtät wird ſelbſt „urteilen, daß ich keinen andern Ausweg habe als zu verſuchen, „ob es noch Zeit iſt meine treuen Verbündeten und meine armen „Unterthanen von der furchtbaren Knechtſchaft und der Unter„drückung zu retten, in welcher ſie ſich durch die ungerechte Wuth „Frankreichs und die unwürdige Undankbarkeit des öſterreichiſchen „Hauſes befinden[2].

König Friedrich ward durch dieſe Wendung nicht überraſcht. Er kannte das doppelte Spiel der hannöverſchen Miniſter von lange her und hatte es kommen ſehen, daß ſie es von neuem mit der Neutralität verſuchen würden. Die erſte Nachricht von

---

[1] 1757 Aug. 16. Michell's Bericht. Die Erklärung von demſelben Tage lautete: qu'à tout événement et quelles qu'en soyent les conséquences, l'Angleterre ne se séparera jamais des intérêts de V. M. Vgl. Holdernesse's Schr. an Mitchell v. demſ. Tage Beil. II 67. Die von Steinberg abgegebene Erklärung ſ. Wahrhafte Vorſtellung des Betragens, welches S. K. M. v. Großbritannien als Churfürſt beobachtet haben. Kriegs-Canzley 1758 III 811. Münchhauſens Schreiben London den 11 u. 12 Aug. ſ. Lynar a. a. O. II 78 ff.

[2] Aug. 16. K. Georg II an K. Friedrich. Beilage II 68.

dieſen Verhandlungen kam aus Berlin. Dort wurde am 20 Auguſt ein Reiſender angehalten, der ſich für einen Kaufmann ausgab, aber auf polizeiliche Vernehmung wies er einen Paß des Herzogs von Cumberland zur Reiſe über Breslau nach Wien vor, und ſo ließ man ihn paſſieren. Am 23 Auguſt gieng bei dem Miniſterium in Berlin ein Schreiben des hannöverſchen Miniſters von Steinberg aus Verden ein, mit der Anzeige daß der König ſein Herr im Begriff ſtehe als Kurfürſt von Hannover einen Separatfrieden einzugehen um das Kurfürſtenthum, die hannöverſche Armee und deren Hilfstruppen zu retten; dabei war die Bemerkung nicht unterlaſſen, daß ja Hannover mit Preußen in keinem Allianzvertrage ſtehe.

Die gleiche Mittheilung, daß auf Befehl des Königs Georg der Miniſter von Steinberg einen Courier nach Wien geſandt habe, um über einen hannöverſchen Neutralitätsvertrag zu unterhandeln, erhielt Mitchell, der ſeit Ende Juli in Dresden verweilte, durch ein Schreiben des Herzogs von Cumberland. Mitchell war entrüſtet. „Ich kann nicht beſchreiben", ſagt er in ſeinem Tagebuche, „was ich bei dieſer Gelegenheit ausſtand. Es „lag ſo viel Perfidie in der Maßregel an ſich und ſie ward mit „ſo gemeinen und niedrigen Künſten eingeleitet um ſie vor dem „Könige von Preußen zu verbergen, daß ich auf die ganze Sache „mit Verachtung und Abſcheu blickte[1]". Und an Holderneſſe ſchrieb Mitchell: „warum wurde der König von Preußen nicht „vorher befragt? Ich kann mit meinem Kopfe dafür einſtehen, „daß er jedem vernünftigen Vorſchlage für Hannover beigepflichtet „hätte. Was wird die Nachwelt von einer Regierung ſagen, die „zur Sicherung Hannovers den Vertrag von Weſtminſter ab„ſchloß und duldete daß die hannöverſchen Miniſter offen ſagen, „ſie hätten keinen Vertrag mit dem Könige von Preußen? — „Mit Unterhandlungen iſt es für uns vorbei: nach ſolchen Vor„gängen wird niemand uns trauen. Ich weiß nicht wie ich dem

[1] Mitchell Papers I 364 f. (Journal v. 30 Aug.). Miniſterialdepeſche an Michell Berlin d. 27 Aug. 1757.

„Könige von Preußen ins Gesicht sehen soll, und Ehre, Mylord, „wird nicht mit Geld erkauft[1]."

Am folgenden Tage, den 29 August, traf König Friedrich auf dem Marsche von der Lausitz nach Thüringen in Dresden ein. Mitchell übergab das königliche Schreiben und theilte mit, was er über die hannöversche Sonderverhandlung wußte, zu welcher seiner festen Ueberzeugung nach, wie er betheuerte, kein englischer Minister zustimme noch mitwirke. Friedrich der große kannte die Redlichkeit Mitchell's und ließ ihn daher das Verhalten der hannöverschen Regierung nicht entgelten: er empfieng ihn aufs freundlichste und besprach mit ihm in vollem Vertrauen was gegenwärtig zu thun bleibe. Im Verlaufe dieser Unterredung, welche am 30 August stattfand, kam Mitchell seiner Instruction gemäß auf die von England angebotenen Subsidien zurück und Friedrich erwiederte, zu seinem Leidwesen seien diese jetzt nöthig geworden. Da die Franzosen und die Russen sich eines so großen Theils seiner Lande bemächtigt hätten, sehe er seine Hilfsquellen schwinden und müsse daher sehr gegen seinen Willen seinen Verbündeten zur Last fallen. Wenn er es bis zum Winter hinhalten könne, werde Zeit sein darüber zu verhandeln; für das nächste Jahr werde eine Beisteuer von vier Millionen Thaler nothwendig sein. Auf die Einwendungen Mitchell's gegen einen so hohen Betrag entgegnete Friedrich, bisher habe er nichts erbeten, nur die Noth zwinge ihn dazu; wolle man aber einmal Maßregeln vereinbaren, so müßten sie wirksam sein.

Nach der Tafel las König Friedrich Mitchell den von Georg II empfangenen Brief und sein Antwortschreiben vor[2]. Georg II hatte das Loos seiner Verbündeten, des Landgrafen von Hessen und des Herzogs von Braunschweig beklagt; mit Bezug hierauf erinnerte Friedrich II in seiner Antwort daran, daß der Verlust von Cleve Mark Minden Ostfriesland Ravensberg, der ihn be-

[1] 1757 Aug. 28. Dresden. Mitchell an Holderneſſe. M. P. I 268 f. Raumer Beitr. II 440.

[2] Aug. 30. K. Friedrich an K. Georg II. Beil. II 71. Mitchell's Bericht vom 31 August f. Mitchell P. I 270 ff.; vgl. M's. Journal S. 365 f.

troffen, nur eine Folge des von ihm mit England geschlossenen Vertrages sei. Wenn seine Hilfe nicht so nachdrücklich gewesen sei als er beabsichtigt habe, so liege die Schuld davon an den Moskowitern: er habe stets erklärt, wenn man das Königreich Preußen nicht vor dem Einfalle dieser Horden sichere, befinde er sich außer Stande beträchtliche Hilfe zu leisten. „Ich habe seitdem „Unglücksfälle erfahren; ich bin weit entfernt sie für verzweifelt „anzusehen, aber ich werde mir nie einreden, daß das Unglück „eines Verbündeten ein Grund sei ihn zu verlassen. Ich bin nie „gegen den Frieden gewesen; ich habe ihn stets gewünscht, aber „ehrenvoll und dauerhaft. Ew. Majestät weiß besser als jemand „sonst was ihr zukommt zu thun; ich erwarte stillschweigend und „unerschüttert die Entwickelung dieses Ereignisses."

Diese ließ denn auch nicht auf sich warten. Es waren damals die Flitterwochen des österreichisch-französischen Bündnisses. Wie viel war nicht im letzten Winter über die Verwendung französischer Truppen in Oberdeutschland hin und her verhandelt worden: auf die Botschaft von der Schlacht bei Prag hatte Ludwig XV sie aus eigenem Antrieb gewährt und um sein Wohlwollen aufs deutlichste zu bezeigen den in höchster Gunst stehenden Prinzen Soubise an die Spitze dieser zweiten Armee gestellt. Nicht lange so erhielt der förmliche am kaiserlichen Hofe höchst unbeliebte Marschall d'Estrées in der Person Richelieu's einen Nachfolger, der mit der Pompadour sich verständigt hatte und gesonnen schien den Absichten der beiden Höfe mit raschen Schlägen zu entsprechen. An die Spitze des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten trat am 25 Juni Abbé Bernis auch dem Titel und Namen nach, der Heber und Leger der österreichischen Allianz. Mit dieser Ernennung war das neue politische System auch äußerlich zu voller Anerkennung gebracht.

Nunmehr wurde auch die königliche Gesandtschaft zu Wien wiederum besetzt. Von dieser war Aubeterre im August des vorigen Jahres abberufen um als Gesandter nach Madrid zu gehen und am Kaiserhofe für Bernis Platz zu machen. Einstweilen blieb in Wien nur ein Geschäftsträger, de Ratte; neben ihm verhandelte im Winter d'Estrées den Operationsplan und

während der Monate Mai und Juni verweilte Broglie im beſonderen Auftrage am öſterreichiſchen Hofe, ehe er ſich wieder zu Auguſt III nach Polen begab. Als Bernis zum Staatsſecretär der auswärtigen Angelegenheiten beſtimmt wurde, erhielt den Botſchafterpoſten in Wien der Lothringer Stephan Franz Marquis de Choiſeul-Stainville[1], deſſen Vater als toscaniſcher Geſchäftsträger am franzöſiſchen Hofe dem habsburgiſch-lothringiſchen Hauſe mit hingebender Treue diente. Der jüngere Marquis hatte bis dahin noch nicht Gelegenheit gehabt ſeine glänzenden Gaben und ſeinen hochfliegenden Ehrgeiz in einer einflußreichen Stellung zu entfalten. Als Geſandter am päbſtlichen Hofe lud er den Haß der Jeſuiten auf ſich, aber Madame de Pompadour, ſeine mächtige Gönnerin, beſchwichtigte den Verdruß Ludwigs XV und bewirkte daß der Mann ihres beſonderen Vertrauens als außerordentlicher Geſandter und bevollmächtigter Miniſter nach Wien abgeordnet wurde um das beſte Einvernehmen zwiſchen den beiden eng verbundenen Höfen zu pflegen. Dieſer Aufgabe unterzog ſich Stainville, indem er ohne den Haß gegen Friedrich den großen zu theilen das öſterreichiſche Bündniß als die einmal feſtgeſtellte Baſis der franzöſiſchen Politik hinnahm und auf dieſer ſo viel wie möglich im franzöſiſchen Intereſſe zu operieren ſuchte. Denn ebenſo wie er ſich Bernis geiſtig überlegen fühlte dachte er auch nicht daran ſich Kaunitz und dem Kaiſerhofe unterzuordnen.

Stainville traf am 20 Auguſt in Wien ein und wurde von Kaunitz mit Vertrauen und Offenheit, von der Kaiſerin und dem Kaiſer, der nach Kaunitzens Verſicherung von ſeinem Widerſtreben gegen die franzöſiſche Allianz völlig zurückgekommen war, ausgezeichnet gnädig empfangen. Maria Thereſia ſprach ihre Freude aus, das langjährige Ziel ihrer Wünſche in dieſer Allianz verwirklicht zu ſehen: auch verſäumte ſie nicht ſich über den König von Frankreich und den Hof berichten zu laſſen und ihre Freundſchaft und Hochachtung für Madame de Pompadour auszudrücken[2].

---

[1] Luynes mém. XV 475 v. 24 März 1757; vgl. S. 406. 415 v. Februar.

[2] 1757 Aug. 25. Stainville an Bernis und an den König (Beil. II 70).

Es handelte sich gerade darum die Erfolge der französischen Waffen in Niederdeutschland zu Verträgen mit den dortigen Fürsten zu benutzen. Schon hatte der Herzog von Braunschweig seinen Legationsrath von Moll in Wien zum Abschlusse einer Neutralitätsconvention ermächtigt, und Kaunitz war um so geneigter sie zu bewilligen, als er es für wahrscheinlich hielt daß alsdann der Landgraf von Hessen ein gleiches Gesuch stellen werde. Diese Angelegenheit schwebte noch, als am 30 August von Steinberg mit dem dänischen Gesandten Bachoff von Echt, der schon für die braunschweigischen Vorschläge sich lebhaft verwandt hatte, bei Kaunitz eine Audienz erbat und gemäß den Tags zuvor empfangenen Instructionen die Neutralität Hannovers beantragte. Steinberg war als hannöverscher Geschäftsträger in Wien geblieben, auch nachdem zwischen England und dem Kaiserhofe die diplomatischen Beziehungen abgebrochen waren. Gemäß der dem französischen Hofe ertheilten Zusage erhielt nämlich Graf Colloredo vor Ende Juni den Befehl den Hof Georgs II zu verlassen und reiste am 5 Juli von London ab. Selbstverständlich nahm nun auch der englische Gesandte in Wien, Robert Keith, seine Pässe, die ihm am 26 Juli zugefertigt wurden. Maria Theresia versagte es sich nicht dem würdigen Manne mit sinnig ausgewählten Geschenken den Beweis ihrer persönlichen Hochschätzung zu geben.

Steinberg ersuchte den Grafen Kaunitz die Kaiserin zu vermögen ihrerseits mit Hannover eine Neutralitätsconvention zu schließen und zum gleichen Zwecke sich bei dem Könige von Frankreich zu verwenden: insbesondere bat er dringend daß die Kaiserin an den Marschall von Richelieu ein Schreiben richten möge um diesen zu bestimmen auf die Vorschläge, welche der Herzog von Cumberland ihm machen werde, einzugehn. Der dänische Gesandte unterstützte im Namen seines Königs die Bitten des hannöverschen. Kaunitz fragte nach den Bedingungen, welchen der Kurfürst von Hannover sich unterwerfen wolle, und mußte zu seinem Befremden vernehmen, daß der Gesandte darüber nicht instruiert sei; man habe ihm nur gemeldet, daß derselbe Courier, welcher ihm die königlichen Weisungen einhändigte, dem Herzog

von Cumberland die Propositionen überbringe, welche dieser dem Marschall von Richelieu machen solle. Dieses sonderbare Benehmen des Königs Kurfürsten, von der Kaiserin die Gewährung eines Gesuches zu erwarten, dessen Inhalt sie nicht kenne, und alle übrigen Beschwerden des Kaiserhofes hielt Kaunitz dem hannöverschen Gesandten in stolzer Sprache vor. Der schriftliche Bescheid, welcher am nächsten Tage im Namen der Kaiserin gegeben wurde, führte die von Kaunitz mündlich ertheilte Antwort nur des weiteren aus.

Kaunitz hatte die Angelegenheit unverzüglich mit Stainville besprochen und kam, wie dieser berichtet, mit dem französischen Gesandten überein, daß der hannöversche Hof den Kopf verloren haben müsse, indem er einen derartigen Vorschlag in solcher Form mache, oder daß er die verbündeten Höfe zu besten habe um Zeit zu gewinnen. Stainville war der Meinung alle Vorschläge zu verwerfen, es sei denn daß die Hessen Braunschweiger Gothaer sich von der Armee des Herzogs von Cumberland trennten und nach besonderen, mit den betreffenden Fürsten zu schließenden Übereinkünften zerstreut würden, daß die Hannoveraner das Herzogthum Verden den königlichen Truppen überließen und zwischen Stade und Lüneburg und jenseit der Elbe vertheilt würden; daß ferner der Kurfürst von Hannover gegen den König von Preußen am Reichstage stimme und sein Contingent stelle, und was das Kurfürstenthum betreffe, daß dieses bis zum Ende des mit England geführten Kriegs occupiert bleibe.

Diese Forderungen fand Kaunitz denn doch etwas stark[1]. Aber als am 2 September ein neuer Courier des Herzogs von Cumberland eintraf mit der Meldung, daß Richelieu den nachgesuchten Waffenstillstand verweigert habe, und mit der erneuten Bitte, daß die Kaiserin sich bei dem französischen Marschall verwenden möge, da die Zeit kostbar sei, schlug Kaunitz dies Anliegen rundweg ab: ohne Einvernehmen mit dem Könige von Frankreich werde die Kaiserin keinen Schritt thun, und wenn die Zeit für den Herzog kostbar sei, so sei sie es nicht für die Kaiserin[2].

[1] 1757 Aug. 31. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 72.

[2] Sept. 3. Wien. Stainville an Bernis.

In denſelben Tagen, unter dem 3 September, wandte ſich auch der Landgraf von Heſſen, nachdem er einen vergeblichen Verſuch gemacht hatte, von Richelieu den Erlaß der in Heſſen ausgeſchriebenen Contributionen zu erlangen, durch den pfalzgräflich zweibrückenſchen Geſandten von Pachelbel an den franzöſiſchen Hof und erbot ſich ſeine Truppen von der hannöverſchen Armee zurückzuziehen, wenn der König ihm billige Bedingungen gewähren und die heſſiſchen Lande in ſeinen Schutz nehmen wolle. Der franzöſiſche Hof war jedoch keineswegs geſonnen die einmal erlangten Vortheile leichtes Kaufes aus der Hand zu geben. Die von dem däniſchen Geſandten vorgetragenen hannöverſchen Propoſitionen hatte er mit Bezug auf die Feindſchaft Englands abgelehnt[1]; die Verhandlung über die heſſiſchen und braunſchweigiſchen Truppen verwies er nach Wien. Übrigens war Bernis der Meinung daß kein Neutralitätsvertrag geſchloſſen werden dürfe, bevor nicht die betreffenden Fürſten ihre Truppen von den hannöverſchen getrennt hätten und für die Winterquartiere der franzöſiſchen Armee, die Beſetzung der feſten Plätze und die Entwaffnung der Truppen alle Vorbereitungen getroffen ſeien. Das Waffenſtillſtandsgeſuch erſchien ihm vollends abgeſchmackt; er ſandte am 12 September an Richelieu den königlichen Befehl ſich darauf nicht einzulaſſen, die Neutralitätsvorſchläge anzuhören, aber ſie einfach zu berichten, denn der Friede mit Hannover könne nicht von dem Frieden mit England getrennt werden[2].

In dem Vorſatze Hannover für England büßen zu laſſen wurde der Hof und die Diplomatie von Frankreich durch die Nachricht beſtärkt, daß die engliſche Canalflotte Truppen an Bord genommen habe um eine Landung an der franzöſiſchen Küſte zu unternehmen. Gerade in den Tagen, da die Flotte in See gieng (den 8 September), empfieng Stainville von Kaunitz die Mittheilung von neuen Vorſtellungen des hannöverſchen Geſandten und von einem Schreiben Georgs II an die Kaiſerin, welches in

---

[1] 1757 Sept. 6. Kopenhagen. Bernſtorff an Lynar aus dem Berichte des däniſchen Geſandten Grafen Wedel-Friis, Paris d. 26 Auguſt.

[2] Sept. 13. Bernis an Stainville. Vgl. Beil. II 78. Huſchberg S. 352 f.

allgemeinen Ausdrücken Vorschläge für den Neutralitätsvertrag enthielt. Davon nahm der französische Gesandte Veranlassung zu erklären: wenn die fünfzehntausend Engländer, deren Landung in Frankreich zu vermuthen stehe, die geringste Forderung zuwider den herkömmlichen militärischen Regeln stellten, müsse das Kurfürstenthum Hannover für den Schaden aufkommen, und ein von den Engländern verbranntes französisches Dorf werde unerbittlich den Brand einer französischen Stadt nach sich ziehen. „Der „Minister der Kaiserin," fügt Stainville seinem Berichte hinzu, „antwortete nichts auf diese meine Erklärung, ich glaube weil „er sie gerecht fand."

Übrigens befremdete es Stainville, daß Kaunitz bei der Verwerfung der hannöverschen Anträge, welche an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ, doch immer nur den einen Grund geltend machte, daß König Georg II durch seine Verbindung mit Preußen und die Ablehnung der im April ihm von österreichisch-französischer Seite gemachten Neutralitätsvorschläge die Operationen gegen den König von Preußen beeinträchtigt und verzögert habe[1]. Es stellte sich klar heraus, daß der kaiserliche Hof die Sache Hannovers von der Englands scheiden wollte, während die französischen Minister, Stainville so gut wie Bernis ihr Absehn darauf richteten mit Hannover dem Könige von England wehe zu thun und daraus für den französisch-englischen Krieg Gewinn zu ziehn. Es heiße eine schlechte Meinung vom französischen Hofe haben, schrieb Bernis am 10 September, wenn man glaube, er werde einen Feind im Todeskampfe schonen gerade während dieser durch starke Rüstungen die französischen Besitzungen in Europa und Indien bedrohe. Der dänischen Regierung ward ihre vermittelnde Thätigkeit sehr verübelt: Kaunitz gab zu daß man in ihr einen versteckten Feind zu fürchten habe, und als Bachoff sich wieder bei Stainville einfand, warf dieser ihm die Unterstützung des hannöverschen Gesandten und die Rolle eines englischen Ministers die er gespielt habe in scharfen Worten vor[2].

[1] 1757 Sept. 8. Stainville an Bernis. Beil. II 75.

[2] Stainville a. a. O. Kaunitzens Ansicht in dem Berichte vom 14 Sept. Vgl. Stainville's Brief an Richelieu vom 23 Sept. Mém. de Richelieu IX 204.

Es schien dahin gekommen, daß in Europa keine andere Sprache als die der Unterwürfigkeit unter den Willen Frankreichs und Österreichs laut werden durfte.

Von Tage zu Tage stieg die Siegeszuversicht zu Wien. Am 10 September überbrachte Graf Montazet, der französische Militärbevollmächtigte bei der Armee des Prinzen von Lothringen, den kaiserlichen Majestäten die Botschaft von dem Siege Radasty's bei Moys in der Lausitz und von dem Tode Winterfelds; am 11 empfieng Kaunitz einen Courier mit dem Berichte vom Siege der Russen bei Groß-Jägersdorf; in den nächsten Tagen meldete Richelieu die Convention von Kloster Zeven. Obgleich diese Convention die Auflösung der niedersächsischen Armee verfügte, hielt es Stainville doch für gerathen, seinen Instructionen gemäß am 20 September die mit dem Herzog von Braunschweig zu treffenden Stipulationen zu unterzeichnen. Das Geschäft ward ohne viel Umstände abgemacht. Der herzogliche Geschäftsträger von Moll legte seine Vollmacht vor ohne nach der Stainville's zu fragen, welche erst nachträglich ausgefertigt und am 3 October vom französischen Ministerium abgesandt wurde; man datierte sie einfach auf den 6 September zurück.

Die Convention mit Braunschweig schrieb vier Bedingungen vor: 1) Der König von Frankreich hält die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel besetzt so lange der Krieg dauert und das königliche Hauptquartier gebraucht die in den dortigen Zeughäusern vorräthige Artillerie, Waffen, Munition. 2) Der Herzog ruft seine Truppen von der Armee des Herzogs von Cumberland ab und entläßt sie in seinem eigenen Lande. Ihre Waffen werden in den Zeughäusern zu Braunschweig und Wolfenbüttel abgelegt, und die Ober- und Subalternoffiziere geloben eidlich während dieses Krieges weder gegen Frankreich noch dessen Verbündete zu dienen. Inzwischen wird dem Herzog gestattet zur Sicherheit seiner Person und seiner Schlösser eine Leibwache von der Stärke eines Bataillons und zweier Schwadronen zu behalten. 3) Die von dem Marschall von Richelieu und dem Armeeintendanten getroffenen Anordnungen bleiben in Kraft so wie sie gegenwärtig geregelt und festgestellt sind. 4) Der Herzog

von Braunschweig liefert sein Contingent an Geld und Truppen nach der Reichsmatrikel. Seine Truppen marschieren unverzüglich zur Reichsarmee ab und der Herzog befiehlt seinem Gesandten in Regensburg gemäß den vom Kaiser genehmigten und bestätigten Reichstagsbeschlüssen zu stimmen. Unter diesen Bedingungen wird der König dem Herzoge seine Gnade wieder schenken; man wird ihm und den Prinzen und Prinzessinnen seines Hauses die gebührende Rücksicht zollen, weder seine Einkünfte und Cassen noch die kirchliche, bürgerliche und gerichtliche Verwaltung seiner Länder antasten, keine Contributionen an Geld daselbst erheben und sich mit der Winterquartier-Verpflegung begnügen, welche für die höheren Offiziere und die Regimenter, die in den Landen seiner Durchlaucht des Herzogs überwintern, ausgemacht werden wird.

Somit war der braunschweigisch-hannöversche Vertrag zerrissen und Braunschweig stand den französischen Intendanten für die ungemessenen Bedürfnisse der Armee und dem Reichshofrathe für die Execution gegen Preußen zur Verfügung. Kaunitz billigte die Form des Abschlusses und unterzeichnete auch im Namen der Kaiserin die Artikel, durch welche Braunschweig vom Könige von Frankreich zu Gnaden angenommen wurde. „Jetzt gibt es in „Deutschland keinen Feind der gemeinen Sache als den König „von Preußen," bemerkte Stainville triumphierend in seinem Berichte über diesen wichtigen Act[1]. Der Herzog von Braunschweig unterschrieb die Ratification zu Blankenburg den 6 October; Stainville nahm sie entgegen und sandte sie am 21 October seiner Regierung ein.

Eine gleiche Übereinkunft wie sie mit Braunschweig getroffen ward empfahl Kaunitz auch für Hessen und Gotha, da die von dem Marschall Richelieu geschlossene Convention Erläuterungen erfordere. Alsdann schien um den Schlußstein zu der Vereinzelung Preußens zu legen und die Dienste der von der alliirten

[1] 1757 Sept. 20. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 83. Die dem Berichte beigefügte Convention mit dem Herzoge von Braunschweig s. Lynar II 280 ff. Kriegs-Canzley 1758 III 119 ff.

Armee abgesonderten Truppen für den großen Bund zu sichern, nur eine Maßregel noch nothwendig zu sein, nämlich die hessischen und braunschweigischen Truppen in Sold zu übernehmen. Mit dem Abschlusse dieser neuen Soldverträge glaubte man jedoch nicht allzu sehr eilen zu sollen; man war überzeugt, die betreffenden Fürsten um so wohlfeiler haben zu können je länger man sie warten ließ.

Aber mitten in dem Siegesrausche der verbündeten Höfe von Wien und Versailles und unter den wechselseitigen Freundschaftsbezeigungen mangelte doch immer etwas an dem Zusammenwirken ihrer Kräfte, und mehr als eine Sorge störte ihr Behagen. Vor allem gab der russische Hof Grund zur Unzufriedenheit. Es blieb dem Grafen Esterhazy nicht verborgen daß Bestucheff von seinem feindseligen Eifer gegen Preußen zurückgekommen sei und sich auf die englische Seite neige. Die Folge war daß der Vicekanzler Woronzoff entschiedener die andere Partei ergriff, aber vorläufig blieb doch Bestucheff der erste Minister[1]. Niemand bezweifelte daß die Kaiserin Elisabeth dem Bündnisse gegen Preußen unbedingt zugethan sei, aber sie war indolent und kränklich, man fürchtete ihre baldige Auflösung und wußte der an ihrem Hofe herrschenden Cabalen nicht Meister zu werden. Kaunitz meinte, er werde Bestucheff die Pein gedenken die er ihm mache, aber so lange der Krieg währe müsse man sich verstellen und so viel Vortheil von Rußland zu ziehen suchen als möglich[2]. Aus diesem Grunde wurden um der Eitelkeit der Kaiserin zu schmeicheln die ausgesuchtesten Redensarten gewechselt und um ihre Minister zu bestechen das Geld nicht gespart. Bestucheff trug kein Bedenken sich von beiden kriegführenden Parteien bezahlen zu lassen; neben dem englischen Jahrgehalte steckte er die französischen Geschenke ein, unter anderm 5000 Ducaten im Herbst 1757[3].

---

[1] Vgl. Luynes XVI 14 vom 6 April 1757.

[2] 1757 August 31. Stainville an Bernis. Sept. 10. Bernis an Stainville. Beil. II 72. 77.

[3] Registre des dépenses secrètes de la cour. Paris 1793 I 141 (nr. 226) 1757 Sept. 18 gratification de 5000 ducats d'or au C. de Be-

Die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen Frankreich und Rußland waren nach allen Regeln der höfiſchen Sitte hergeſtellt. Am franzöſiſchen Hofe trat Michael Beſtucheff mit dem Auguſt 1757 an die Stelle des früheren einſtweiligen Geſchäftsträgers Becteieff. Frankreich ward ſeit dem Juli in Petersburg durch den Marquis de l'Hôpital vertreten, den früheren Geſandten in Neapel, einen Freund von Bernis und Belleisle[1]. Als Geſandtſchaftsſecretär ward l'Hôpital der abenteuerliche Chevalier d'Eon beigeordnet, der ſich früher in Weiberkleidern mit Douglas nach Petersburg begeben hatte und zur Vorleſerin der Kaiſerin ernannt worden war. Jetzt hatte d'Eon den Auftrag eine geheime Correſpondenz zwiſchen Ludwig XV und Eliſabeth zu vermitteln, von der l'Hôpital nicht wiſſen durfte. Douglas hatte ſich das Verdienſt erworben die Beziehungen zwiſchen Frankreich und Rußland hergeſtellt und den ruſſiſchen Beitritt zum erſten Vertrage von Verſailles vermittelt zu haben. Aber um Geſandter bleiben zu können erſchien er nicht vornehm genug und ſchließlich zog er ſich durch Überſchreitung ſeiner Vollmachten die königliche Ungnade zu. Er ließ ſich nämlich durch Eſterhazy und die ruſſiſchen Miniſter bereden am 31 December 1756 bei Vollziehung der ruſſiſchen Acceſſionsacte zum Vertrage von Verſailles einen „allergeheimſten“ Artikel zu unterzeichnen, durch welchen Frankreich verpflichtet ward im Falle eines ruſſiſch-türkiſchen Kriegs an Rußland Subſidien zu zahlen. Dieſem Artikel, der den Traditionen der franzöſiſchen Politik in Beziehung auf die osmaniſche Pforte allzu ſehr widerſprach, verſagte Ludwig XV die Ratification; er rief Douglas unverzüglich ab und wies ihm Bourges zum Aufenthaltsorte an[2].

---

stuchef, grand chancelier de la Russie. Am 15 Jannar (S. 126 nr. 4): présent pour la Russie par M. de l'Hôpital 30534 L.

[1] Ernannt war l'Hôpital ſchon im Jahre 1756. Dec. 15 empfiengen er und ſeine Begleiter Zahlungen für die Reiſe nach Petersburg a. a. O. I 123 Nr. 226.

[2] 1759 Oct. 14 erhielt Douglas eine Unterſtützung von 1200 L. a. a. O. I 186 Nr. 291. Er ſtarb 1765. S. Boutaric corresp. secr. de Louis XV. Paris 1866 I 84 f. 341. Lettres, mém. et négoc. du Chev. d'Eon. Londres 1764 S. IV. 361ᵃ. 382. Über die ruſſiſche Acceſſionsacte ſ. o. S. 259.

Größere Sorge noch als die Unzuverläſſigkeit der ruſſiſchen Miniſter machte der Kaiſerin Maria Thereſia die blinde Schwärmerei des ruſſiſchen Thronfolgers für den König von Preußen. Aber ſie kannte ſeine Geldverlegenheit und beſchloß den Verſuch zu machen ihn zu erkaufen. Im Auguſt ſchloß ſie durch Eſterhazy mit dem Großfürſten Peter eine förmliche Übereinkunft, durch welche dieſer gegen Empfang von hunderttauſend Thalern ſich verpflichtete den Intereſſen der Verbündeten zu dienen. Kaunitz meinte, das Geld ſei zum Fenſter hinausgeworfen und er hatte Recht[1].

Gerade zur ſelben Zeit nämlich, am 19 Auguſt, nahm Peter von Sir Hanbury Williams, der von Petersburg abberufen ſich zur Reiſe anſchickte, ſchriftlich Abſchied mit den Worten: „meine „Intereſſen ſind von mehr als einer Seite an die des Königs „von England geknüpft. Ich hoffe daß der gemeinſame Feind „der beiden Reiche es eines Tags empfinden ſoll.“ Beſonders verbindlich ſchrieb an Williams die Großfürſtin Katharina und erklärte in ihrem Briefe: „ich werde alle nur erdenkbaren Ge„legenheiten ergreifen um Rußland zu dem, was ich für ſein „wahres Intereſſe erkenne, zurückzuführen; und dies beſteht darin „mit England eng verbunden zu ſein, ihm überall den möglich„ſten Beiſtand und das Übergewicht zu gewähren, welches es „zum beſten von ganz Europa und inſonderheit von Rußland „über Frankreich, ihren gemeinſamen Feind, haben muß, deſſen „Größe Rußland zur Schmach gereicht[2].“

In dem Briefe war viel Verſtellung, aber in der That ſah Katharina in der öſterreichiſch-franzöſiſchen Diplomatie und deren Anhang ihre Gegner und wußte, während ſie nur um Liebeshändel ſich zu kümmern ſchien, den beiden Höfen einen ſchlimmen Streich zu ſpielen. Sie hatte Beſtucheff, dem Peter mit ſchnöder Verachtung begegnete, in ihr Intereſſe gezogen und ſich für den Fall einer Thronveränderung ſeiner Dienſte verſichert.

---

[1] 1757 Aug. 31. Stainville an Bernis. Beil. II 72; in der Anmerkung Hecht's Meldung aus Hamburg vom 13 September.

[2] Raumer Beitr. II 451 f.

Mit Bestucheff spielte Apraxin unter einer Decke und hatte deshalb, wie man in Wien sehr wohl wußte, seine Operationen so spät und so langsam als möglich ausgeführt. Der Sieg der russischen Armee erhöhte das Zutrauen zu ihren Leistungen kaum: unmittelbar nachdem er ihn erfahren schrieb Stainville: es würde thöricht sein für unsere Sache auf moskowitischen Beistand zu rechnen; Apraxin werde schwerlich Königsberg nehmen, sondern seine Winterquartiere in Polen suchen[1].

Als Stainville dies schrieb befand sich die russische Armee schon auf dem Rückmarsche. Die Kaiserin Elisabeth war zu öfteren Malen von tiefen Ohnmachten befallen worden und man erwartete ihren baldigen Tod. Deshalb bestimmte Bestucheff auf Befehl der Großfürstin den Feldmarschall seine Truppen zurückzuziehen um sie für den beabsichtigten Staatsstreich in Bereitschaft zu haben. Den Vorwand für den Rückzug, welcher in einem am 7 September von Apraxin gehaltenen Kriegsrathe beschlossen wurde, gab der Mangel an Lebensmitteln ab, der allerdings in den durch den Krieg verwüsteten Landschaften arg genug war: aber der Vormarsch hätte dem Heere neue Hilfsquellen aufgethan und die Zufuhr von der See ermöglicht. Statt dessen gieng die russische Armee noch im September bis über die Memel zurück. Ihr Weg ward mit brennenden Ortschaften, mit Mord und Gräuel jeder Art bezeichnet. Alle Bande der Disciplin lösten sich: viele Mannschaften wurden von Seuchen hingerafft: einer geschlagenen ähnlich kam die Armee in die kurischen und litthauischen Gebiete, in denen sie ihre Quartiere nahm. Die Kaiserin war außer sich, als sie von dem Rückzuge erfuhr, und befahl die Wiederaufnahme der Operationen. Aber Monate vergiengen bis das Heer wieder reorganisiert und von neuem marschbereit war.

Neben diesem für die meisten Zeitgenossen unbegreiflichen Ränkespiel am Petersburger Hofe ergaben sich genug andere Schwierigkeiten. Wir haben erwähnt daß die preußischen Unterthanen genöthigt wurden der Kaiserin von Rußland den Huldigungseid zu leisten. Ein solches Verfahren fand Stainville ganz

[1] 1757 Sept. 12. Stainville an Bernis.

außer der Ordnung und erhob gegen Kaunitz nachdrücklichst Beschwerde. Der kaiserliche Hofkanzler bemerkte zur Entschuldigung des russischen Feldmarschalls, dieser habe sich zu jener Maßregel nur deshalb entschlossen, um seine Truppen desto leichter von Ausschweifungen abzuhalten, und in gleichem Sinne erklärte sich die Kaiserin Maria Theresia. Stainville zeigte sich jedoch von einer so nichtigen Ausrede wenig befriedigt und Kaunitz versprach nach Petersburg zu schreiben um dies Verfahren abzustellen[1]. Ernstlich gemeint war diese Zusage schwerlich; der österreichische Hof glaubte gewiß damals so wenig gegen die russische Besitzergreifung Preußens Einsprache thun zu dürfen als er es im nächsten Jahre unter gleichen Verhältnissen that; jedoch verlor diese Angelegenheit an Bedeutung, da die Russen ohnehin Preußen bis auf Memel räumten.

Eine nicht geringe Verlegenheit aber bereitete dem österreichischen Hofe die in aller Form gestellte Forderung des russischen, daß Frankreich dem Petersburger Vertrage vom 22 Januar beitrete, daß der geheime österreichisch-französische Vertrag an Rußland mitgetheilt und eine Vergrößerung Rußlands, angemessen den Frankreich und Schweden zugedachten Vortheilen, vereinbart werde. Eine solche Vereinbarung war allerdings vorbehalten, aber unter den obwaltenden Umständen verspürten weder der österreichische noch der französische Hof die geringste Neigung sich darauf einzulassen. Bernis erkannte die Gebietserweiterung Rußlands in der Nachbarschaft Deutschlands als einen politischen Fehler, den der Wiener Hof am ersten bereuen werde, und ohne Zweifel übersah Kaunitz am wenigsten die möglichen Nachtheile, nur daß bei ihm der nächste Zweck, Rußland gegen Preußen zu gebrauchen, jedes andere Bedenken zurückdrängte. Vorläufig kam man überein daß Österreich erklären solle, es sei noch nicht an der Zeit Frankreich alle diese Vorschläge zu machen; zumal nach dem Rückzuge der russischen Armee müsse man gelinder auftreten und sich auf die bloße Einladung beschränken, daß Frankreich dem Vertrage vom Januar beitrete[2].

[1] 1757 Sept. 20. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 82.

[2] Oct. 19. Nov. 1. 8. Versailles. Bernis an Stainville. Beil. II 96. 97. 99.

Inzwischen hatte die russische Regierung die englische Verwahrung zu Gunsten Preußens durch eine am 15 August von Galitzin an Holderneſſe übersandte Erklärung in stolzer und drohender Sprache zurückgewiesen und, indem sie sich das Recht der Blokade preußischer Häfen vorbehielt, gegen die Absendung einer britischen Flotte nach der Ostsee protestiert[1]. Auch trat Rußland am 5 November dem zwischen Österreich Frankreich und Schweden am 21 März zu Stockholm geschlossenen Vertrage bei[2].

Am französischen Hofe kamen neben dem Bemühen im Sinne der österreichischen Allianz Rußland gegen Preußen zu gebrauchen fortwährend noch die polnischen Gesichtspunkte in Betracht. Die französische Partei in Polen blickte auf das neue System des Hofes von Versailles mit unverholenem Abscheu, denn sie sah voraus daß der russische Hof den preußischen Krieg dazu benutzen werde sich mit seinen Truppen in Polen einzunisten um beim Tode Königs August III eine seiner Creaturen auf den Thron zu erheben. Es war in ihrem Sinne geschehen, daß die französische Regierung im November 1755 den Subsidienvertrag mit Sachsen an die Bedingung knüpfen wollte, daß König August III den Russen keinen freien Durchmarsch durch Polen gewähre, eine Forderung, welche Graf Brühl für unannehmbar befand[3]. Damals hatte es sich um die von dem englisch-russischen Subsidienvertrage erwarteten Wirkungen gehandelt. Die Partei der polnischen Patrioten änderte seitdem ihre Gesinnungen nicht. Sie bekämpfte im jüngst vergangenen Winter aus allen Kräften den Plan des österreichischen Hofs russische Truppen durch Polen nach Schlesien marschieren zu lassen. So groß war ihre Erbitterung, daß man in Wien befürchtete, es möge sich in Polen eine Conföderation bilden um sich dem Durchmarsche der Russen mit Gewalt zu widersetzen[4].

In Polen urteilte man vollkommen richtig, daß das neue

[1] 1757 Aug. 19. London. Michell's Bericht.
[2] Koch-Schöll III 174.
[3] Geheimnisse des sächs. Cabinets I 281 ff.
[4] Stuhr F. I 280. Vgl. o. S. 110.

Syſtem des Hofes von Verſailles die Unterordnung der franzöſiſchen Politik unter die Beſtrebungen der engverbundenen Höfe von Wien und Petersburg bedeute. Ludwig XV ſchmeichelte ſich jedoch mit der Hoffnung durch den perſönlichen Einfluß, den er auf die ruſſiſche Kaiſerin gewinnen werde, die polniſchen Angelegenheiten um ſo leichter im franzöſiſchen Intereſſe leiten zu können. Zu dieſem Zwecke und zunächſt noch in der Abſicht dem Prinzen Conti die polniſche Thronfolge zu verſchaffen knüpfte Ludwig die geheime Correſpondenz mit Eliſabeth an: denn trotz ſeiner Entzweiung mit Conti hatte Ludwig dieſen Plan, der den Angelpunct ſeiner polniſchen Politik bildete, noch nicht aufgegeben. Um Conti Gelegenheit zu bieten ſich in Polen feſtzuſetzen, war es im Werke daß die Kaiſerin Eliſabeth dieſem Prinzen Curland zuwende und ihm das Commando einer ruſſiſchen Armee übertrage. Eliſabeth und der Vicekanzler Woronzoff giengen auf den Plan ein; es ſchien ſich nur noch um die förmliche Genehmigung Ludwigs XV zu handeln. Dieſe erfolgte nicht ſogleich. Die Pompadour verſtand es den Bruch zwiſchen dem Könige und dem Prinzen immer mehr zu erweitern. Darüber verzögerte ſich die Entſcheidung, bis die Krankheit der Kaiſerin Eliſabeth und der Rückzug der ruſſiſchen Armee dazwiſchentrat.

Nicht minder wie die geheime Diplomatie Ludwigs XV im Sommer 1757 am ruſſiſchen Hofe der polniſchen Thronfolge des Prinzen Conti Wege zu bahnen ſuchte war Graf Broglie in Warſchau bemüht die franzöſiſche Partei zu verſtärken. Er verfügte über bedeutende Geldſummen und hatte nichts geringeres vor, als den Sturz des Grafen Brühl und die Abdankung des Königs Auguſt III herbeizuführen um für Conti Platz zu machen[1]. Dieſe Umtriebe blieben den ruſſiſchen Parteigängern in Polen nicht verborgen. Sie wünſchten für jetzt alles im bisherigen Stande zu belaſſen und mit Hilfe der Höfe von Petersburg und Wien die franzöſiſche Partei niederzuhalten.

[1] 1757 Juli 20. Sept. 15. 21. Dec. 6. Ludwig XV an Tercier. Stuhr F. I 278 f. Boutaric corresp. secr. I 222—226 u. die Einleitung S. 86—88. Vgl. de la Fortelle, la vie militaire de Mad. d'Eon. Paris 1779 p. 30.

Das entsprach den Ansichten des Grafen Kaunitz, denn er glaubte, wenn nur erst Schlesien wieder österreichisch sei, in dem so überwiegend katholischen Polen genug Handhaben zu besitzen um dem Vorwalten des russischen Einflusses zu begegnen.

Da die von Rußlands Beistand gegen Preußen gehegten Hoffnungen in dem ersten Feldzuge völlig getäuscht wurden, bemühte sich der französische Hof um so mehr der schwedischen Kriegführung Nachdruck zu geben. Auch dazu war vor allem Geld erforderlich. Deshalb wurde zu Stockholm am 22 September ein neuer österreichisch-französisch-schwedischer Subsidienvertrag abgeschlossen, in welchem außer den früher von Frankreich bewilligten Subsidien Schweden noch für das erste Kriegsjahr 4,200000 Livres, für die folgenden 3,150000 Livres, zugesprochen wurden, halb von Österreich, halb von Frankreich zu zahlen. Dafür sollte Schweden 20000 Mann im Felde halten; wenn es diese auf 25000 Mann verstärkte, sollten die jährlichen Subsidien auf 4,200000 Livres erhöht werden. In einem geheimen Artikel wurde verfügt, daß Schwedisch-Pommern wieder auf die Grenzen des westfälischen Friedens ausgedehnt werden solle. Die zum Abschlusse des Vertrags von dem schwedischen Reichsrathe bestellten Commissare empfiengen für ihre Willfährigkeit von Ludwig XV Geschenke im Betrage von 90000 Livres[1].

Die mit diesem Vertrage ausbedungene Truppenzahl erschien Bernis noch nicht hinreichend zu sein und er schlug deshalb vor, Österreich möge gemäß dem (fünften) Separatartikel des geheimen Versailler Vertrags die Rußland gewährten Subsidien ganz oder zum größeren Theile zurückziehen und auf Schweden übertragen, damit dieses seine Truppen auf 40000 Mann bringe. In Wien wünschte man, daß Richelieu 12000 Mann Franzosen zu den Schweden stoßen lasse[2]. Der französische Hof war dazu bereit und gedachte mit diesem Corps die Hessen und Braun-

[1] Koch-Schöll III 168 ff. Registre des dépenses secr. I 145 nr. 284.

[2] 1757 Oct. 3. Versailles. Bernis an Stainville. Oct. 2. Wien. Stainville an Bernis. Vgl. Mém. du mar. de Richelieu IX 191. 206.

ſchweiger zu vereinigen, zumal es nicht räthlich erſchiene ſo anſehnliche proteſtantiſche Truppenkörper in die Armee der katholiſchen Monarchen aufzunehmen.

Es fragte ſich aber wer dieſe bezahlen ſollte. Der franzöſiſche Hof erklärte ſich außer Stande die wachſenden Unkoſten allein zu übernehmen. Giengen doch ohnehin die Summen, mit denen die franzöſiſche Monarchie als „Pächterin von Europa", wie man ſie ſpäter genannt hat, auswärtige Höfe und Stimmführer beſoldete, über alles Maß hinaus. Schon empfiengen Baiern Würtemberg Pfalz franzöſiſchen Sold außer den Zahlungen für ihre Truppen, welche durch eine nachträgliche am 13 Auguſt ratificierte Convention über 2800 Mann bairiſcher Truppen noch um 219819 fl. 36 kr. erhöht waren; ferner der Kurfürſt von Köln, der Pfalzgraf von Zweibrücken, der Fürſtbiſchof von Lüttich, die beiden Markgrafen von Brandenburg, die Republik Genua; dazu kamen die drei Subſidien für Schweden, eins für Dänemark und die Gelder, welche der in Dresden verbliebenen Königin von Polen ausbezahlt wurden[1]. Der öſterreichiſche Hof war nicht geneigt zu neuen Subſidien beizutragen und ſtellte ſeinerſeits eine Gegenrechnung auf für die an Sachſen gezahlten Beträge, die ſich auf beinahe eine Million Gulden belief, und verlangte vertragsmäßige Übernahme der Hälfte dieſer Koſten auf franzöſiſche Rechnung[2]. Da fand man denn am franzöſiſchen Hofe daß man es in Wien mit dem Gelde ſo gar genau nehme.

Und die Klagen hatten kein Ende. Die Reichsſtände beſchwerten ſich, daß die ihnen gegen das Verſprechen baarer Zahlungen abverlangten Lieferungen für die franzöſiſche Armee un-

---

[1] 1757 Nov. 1. Verſailles. Bernis an Stainville. Vgl. Registre des dépenses secrètes de la cour connu sous le nom de livre rouge Paris 1793 u. die daraus gefertigte Zuſammenſtellung in Meiners u. Spittler u. Götting. hiſtor. Magazin 1794 III 324 ff. Im Jahre 1757 betrugen die Zahlungen für die Königin von Polen eine Million Livres; für Brandenburg-Baireuth und Anſpach (einſchließlich der Geſchenke für markgräfliche Miniſter und Secretäre) 223625 L.; für Würtemberg 1,712724 L.; Baiern 2,247217 L., Pfalz 2,046248 L., Köln 937500 L.

[2] S. Beil. II 89.

bezahlt blieben, und der Reichsvicekanzler Graf Colloredo bat, es möchten doch um sie zu beschwichtigen wenigstens einige Abschlagszahlungen geleistet werden. Für die eroberten norddeutschen Lande sollte eine kaiserlich königliche Verwaltung eintreten, und diese wurde auch bestellt, aber die französischen Commissäre kümmerten sich um sie nicht im mindesten[1]. Verschiedene Entwürfe wurden aufgestellt um den Antheil der beiden Mächte an den Einkünften festzustellen, ohne irgend welchen Erfolg; endlich schlug Stainville vor, die österreichische Regierung möge der französischen sowohl für die Vergangenheit als für die Zukunft die Einkünfte der von den französischen Armeen eroberten Länder überlassen. Diese würde davon die Winterquartiere der mit den französischen vereinigten kaiserlichen Truppen bezahlen und die hessischen und braunschweigischen Truppen in ihren Sold nehmen. Den von Stainville ohne Ermächtigung gethanen Vorschlag nahm Kaunitz auf und legte ihn einer Denkschrift zu Grunde, welche er dem französischen Hofe überreichen ließ. Ludwig XV gab der beantragten Übereinkunft seine Zustimmung und ertheilte Stainville Vollmacht zum Abschluß[2]. Damit war die Ausbeutung der eroberten Landschaften völlig der Willkür der Franzosen anheimgestellt. Um so lebhafter drang nun Kaunitz darauf, daß Frankreich die in dem geheimen Vertrage Österreich zugesagten Subsidien auch wirklich zur Verfallzeit zahle und nicht Monat auf Monat in Rückstand lasse[3]. Vor Ablauf Novembers sollten von den Subsidien vertragsmäßig drei Quartale mit 22,500000 Livres (= 9 Mill. fl.) gezahlt sein; man brachte es aber nicht weiter als bis zu 9,000000 Livres (= 3,600000 fl.)[4]. Die Beschwerden des kaiserlichen Kanzlers waren also wohlberechtigt und unbestreitbar. Nichtsdestoweniger fielen sie dem französischen Cabinet

[1] 1757 Oct. 12. Versailles. Mémoire von Starhemberg übergeben.

[2] Oct. 28. Stainville an Bernis. Nov. 8. Bernis an Stainville mit der königlichen Vollmacht vom gl. D. Vgl. Stainville's Schreiben an Richelieu vom 24 Oct. Mém. du mar. de Richelieu IX 205.

[3] Nov. 19. Stainville an Bernis.

[4] Ludwig XV wies am 15 Juli 5 Mill., 22 Sept. 2 Mill., 12 Nov. 2 Mill. Livres an.

höchſt unbequem und läſtig, da zu ihrer Abſtellung die baaren Mittel fehlten; es hätte lieber geſehen wenn die Kaiſerin ſich an dem guten Willen hätte genügen laſſen.

Mehr als alle dieſe Verhältniſſe ward die Wirkung der öſterreichiſch-franzöſiſchen Allianz durch die Verſchiedenheit der Meinungen über die militärjſchen Operationen gehemmt. Der franzöſiſche Hof wollte vor allem die Preußen aus Sachſen vertreiben, der öſterreichiſche dagegen erſt Schleſien erobern bevor er ſeine Macht auf Sachſen richtete. Als der König von Preußen aus der Lauſitz nach Thüringen gegen die combinierte franzöſiſche und Reichsarmee zog, drangen die Franzoſen mit größtem Eifer darauf daß die kaiſerliche Armee ihm nach Sachſen folgen möge um ihn zwiſchen zwei Feuer zu nehmen; aber alle Vorſtellungen waren vergebens. Unwillig ſchrieb Stainville: „der öſterreichiſche „Hof träumt von nichts als von Schleſien.“

Nun wünſchte man wenigſtens auf der ſchleſiſchen Seite eine energiſche Kriegführung, aber die militäriſchen und diplomatiſchen Berichte brachten nichts als Klagen über den Unverſtand der kaiſerlichen Behörden, mit welchem nach den letzten Erfolgen ein Stolz verbunden ſei, der nicht die geringſte Einwendung zulaſſe, über den völligen Mangel einer durchgreifenden Oberleitung der Armee, den Zwieſpalt der Oberbefehlshaber[1]. Unter dem Eindruck dieſer Nachrichten ſchrieb Bernis am 13 September: „welch „ein Triumph wäre es für den König von Preußen und was „für ein Anſehn würde er auf Koſten der verbündeten Höfe im „Reiche gewinnen, wenn es ihm gelänge mit ungeſtrafter Ver„achtung allen öſterreichiſchen Streitkräften zu trotzen um ſeinen „Plan gegen die Armee von Soubiſe auszuführen[2].“

Die Hauptſchwierigkeit lag in der Stellung des Prinzen Karl von Lothringen, über deſſen Unfähigkeit nur eine Stimme war. Ihm das Commando abzunehmen erſchien unmöglich gegenüber der Erklärung des Kaiſers, daß er darin eine perſönliche Beſchimpfung ſehen werde. Die Kaiſerin hatte gewünſcht daß Daun

[1] 1757 Aug. 31. Sept. 12. Stainville an Bernis.

[2] Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79.

an der Stelle Brown's, der am 26 Juli den in der Schlacht vor Prag empfangenen Wunden erlegen war, die Stelle eines Mentors bei ihrem Schwager übernehme: aber Daun war dieſer Rolle überdrüſſig. Er vertrug ſich mit dem Prinzen den er nicht achtete durchaus nicht: er hatte eine ſo geringe Meinung von ihm, daß er unter ſeinem Oberbefehl nichts unternehmen mochte, und bat deshalb angelegentlich um Verſetzung zu dem Armeecorps, welches zum Einmarſche in Schleſien zuſammengezogen werden ſollte. Aber wer ſollte dann dem Prinzen Karl zur Seite ſtehen? Unter dieſen Umſtänden kam Kaunitz auf den Vorſchlag zurück, welcher im Frühjahr von mehreren Reichsfürſten vergeblich gemacht war, daß der Prinz Karl das Commando der Reichsarmee ſtatt des Prinzen von Hildburghauſen übernähme, dieſer das nach Schleſien beſtimmte Armeecorps, während Daun allein an der Spitze der Hauptarmee in der Lauſitz bliebe[1]. Der franzöſiſche Hof, der für Soubiſe beſorgt war, verſicherte Kaunitz des vollkommenen Einverſtändniſſes mit ſeinem Vorſchlage, aber obgleich es die Kaiſerin betrübte, daß man ihr ſo übel diene[2], vermochte Kaunitz es dennoch nicht durchzuſetzen daß der Oberbefehl über die kaiſerliche Hauptarmee dem Prinzen Karl abgenommen und in die Hände eines bewährten Feldherrn gelegt wurde.

Ein volles Einverſtändniß der verbündeten Höfe war bei dem beſten Willen ſelbſt in ihren eigentlichen Hausangelegenheiten nicht herzuſtellen. Maria Thereſia wünſchte einen ihrer beiden älteſten Söhne Joſeph oder Karl mit Ludwigs XV Enkelin Iſabella von Parma zu vermählen und erhielt, als ſie die Sache vorläufig am franzöſiſchen Hofe beſprechen ließ, zur Antwort, man bedauere daß ſie ſchon einem ſiciliſchen Prinzen beſtimmt ſei. Doch dieſe Angelegenheit drängte nicht und blieb fernerer Beſprechung vorbehalten, bei welcher ſchließlich der Wunſch des öſterreichiſchen Hofes durchdrang.

[1] 1757 Sept. 7. Wien. Stainville an Bernis. Oeuvres de Frédéric IV 140 wird irrthümlich erzählt, Kaunitz ſei gerade in dieſen Tagen beim Heere geweſen.

[2] Oct. 21. Stainville an Bernis.

Bedeutsamer war ein Widerstreit der Absichten mit dem Herzogthum Parma und der Ausstattung des jüngeren damals erst dreizehnjährigen Erzherzogs Karl, dem ebenfalls die Hand einer Infantin zugedacht war. Der geheime Vertrag von Versailles bestimmte im XXI Artikel, daß zu derselben Zeit, wo die österreichischen Niederlande an den Infanten Don Philipp übergeben würden, die Kaiserin Königin für sich und ihre Erben in den Besitz von Parma und Piacenza treten solle. Hinterher erwog man am französischen Hofe, daß das habsburgische Haus, wenn seine Gebiete von den deutschen Erblanden bis zum tyrrhenischen Meere reichten, über ganz Italien gebieten werde, und suchte das leichtsinnig gegebene Versprechen durch früher nicht vorgesehene Bedingungen einzuschränken. Man erklärte nämlich, daß die auch im Aachener Frieden bestätigte Bestimmung des achten Artikels der Quadrupelallianz von 1718 in Anwendung kommen müsse, der gemäß der Kaiser niemals in irgend einem Falle sich die Staaten von Toscana und Parma aneignen dürfe: also müßten diese beiden Herzogthümer dem zweiten Erzherzoge zufallen, sobald der älteste zum Kaiserthrone gelange[1]. Diese Schlußfolgerung bestritt der Wiener Hof; er wollte die Berufung auf die Quadrupelallianz, deren Bestimmungen durch die Friedensschlüsse von Wien und Aachen beseitigt seien, nicht gelten lassen, und schlug vor den Erzherzog mit Preußisch Geldern und der Grafschaft Mark auszustatten[2]. Das war wiederum aus mehr als einem Grunde dem Hofe von Versailles nicht genehm. Im VII Artikel des geheimen Vertrages war in allgemeinen Ausdrücken von einem dem Kurfürsten von der Pfalz und der Republik der Niederlande zu gewährenden Gewinnantheile die Rede: dieser sollte nach der Meinung Frankreichs in den Cleviſchen Landen (also mit Einschluß der Grafschaft Mark) für den Kurfürsten und in Preußisch Geldern für Holland bestehen, welches man damit an die Allianz fesseln und von England völlig trennen werde: oder, wenn man das Herzogthum

[1] 1757 Oct. 31. Versailles. Bernis an Stainville.
[2] Nov. 17. Wien. Stainville an Bernis.

Magdeburg nicht erobere, so könne man das sächsische Kurhaus mit Cleve und den zugehörigen Landen entschädigen. Überdies ward bemerkt daß, wenn rheinische Lande an einen österreichischen Erzherzog überwiesen würden, dieser damit in die Nachbarschaft eines Prinzen des französischen Königshauses käme. Das sei in Widerspruch mit dem Geiste des Allianzvertrags, welcher dahin gehe die Staaten der Fürsten beider Häuser so von einander zu trennen, daß man für die Zukunft jeden Grund zu neuen Zwistigkeiten unter ihnen beseitige. Damit kam der französische Hof auf den Vorschlag zurück dem Erzherzog Karl wenn nicht beide Herzogthümer so doch eins derselben, entweder Toscana oder Parma, zu überweisen[1].

So viel Schwierigkeiten und Bedenken ergaben sich unter den verbündeten Höfen mitten in dem Laufe glänzender Erfolge in den Monaten, da noch kein Gegner ihre Entwürfe durchkreuzte, sondern Hannover Hessen Braunschweig nichts anderes wünschten als zu Gnaden angenommen zu werden und Preußen, auf sich allein angewiesen, einen Schlag nach dem andern erfuhr. Bis in den November, ehe die ersten Rückschläge eintraten, ergiengen sich die Verbündeten in stolzen Entwürfen. Maria Theresia wollte noch in diesem Jahre die Eroberung von Schlesien vollenden. Stainville trieb gemäß den Wünschen seines Hofes dazu, daß zum Winter der König von Polen wieder nach Dresden zurückgeführt werde: dann werde man des ganzen Elbstroms Meister sein und das Belagerungszeug zu Wasser nach Magdeburg hinabsenden können[2]. Die Belagerung dieser Festung sollte das erste Unternehmen des nächsten Feldzugs sein und Österreich dazu das schwere Geschütz oder baare Zahlungen hergeben: Kaunitz erklärte sich im Namen der Kaiserin bereit statt anderer Lieferungen zwei Millionen Gulden für diesen Zweck beizusteuern[3].

Aber in die Siegesträume fielen bereits die Schatten be-

[1] 1757 Nov. 30. Versailles. Bernis an Stainville.

[2] Oct. 7. Stainville an Bernis.

[3] Oct. 1. 28. Stainville an Bernis.

nach Thüringen auf. Ehe er der Feinde ansichtig wurde erreichte ihn eine Unglückspost nach der andern: in Dresden die Meldung daß Hannover seinen Frieden mit der Kaiserin machen wolle, in Rötha an der Pleiße daß Lehwaldt von den Russen geschlagen sei; bei Erfurt endlich erfuhr Friedrich den Abschluß der Convention von Kloster Zeven, den Marsch der Franzosen nach dem Halberstädtischen und Winterfelds Tod in dem Gefechte bei Moys. Die erschütternde Trauerkunde von dem Verluste eines Freundes steigerte zugleich die Sorge um Schlesien und die zur Vertheidigung dieses Landes bestimmte Armee.

Als König Friedrich mit dem kleineren Theile seines Heeres, etwa 20000 Mann, gen Thüringen zog, übertrug er den Oberbefehl über das größere Corps von 40000 Mann, welches die Lausitz und Schlesien vertheidigen sollte, dem Herzoge von Bevern, der unter den fürstlichen Personen seiner Armee — denn nur einer solchen wollte er das selbständige Commando gegen den Prinzen Karl von Lothringen übertragen — der geeignetste zu sein schien. August Wilhelm Herzog von Braunschweig-Bevern, von früher Jugend an Soldat, hatte sich in den schlesischen Kriegen ausgezeichnet und war durch das Vertrauen des Königs zum Commandanten von Stettin und zum Generallieutenant befördert worden. In der Schlacht bei Lobositz hatte er mit höchster Auszeichnung den linken Flügel commandiert und im vergangenen Frühjahr an der Spitze eines der in Böhmen einrückenden Armeecorps rühmliche Gefechte bestanden. Nach der Schlacht bei Prag, in welcher seine Umsicht und sein Muth sich von neuem bewährte, befehligte er das gegen Daun aufgestellte Observationscorps und manövrierte geschickt gegen den mehr und mehr sich verstärkenden Feind. Deshalb hielt König Friedrich ihn für ganz geeignet auch jetzt gegen die überlegene kaiserliche Armee sich in der Defensive zu behaupten. Der Herzog trug Bedenken diesen ehrenvollen Auftrag zu übernehmen. Er fühlte sich der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen und bat den König einen General, der mehr Erfahrung und genauere Kenntniß des Landes besitze als er, mit dem Oberbefehl zu beauftragen. Aber Friedrich erwiederte, er kenne den Herzog besser als dieser sich

ſelbſt und ſei mit ſeinem bisherigen Verhalten durchaus zufrieden; auch ſtünden ihm wackere Generale zur Seite, vor allen Winterfeld und Zieten, von denen jener mit dem Terrain ganz genau bekannt ſei.

So fügte ſich denn der Herzog dem königlichen Willen. Er ward angewieſen der doppelt ſo ſtarken öſterreichiſchen Armee gegenüber gute Poſitionen zu wählen, dieſe möglichſt zu behaupten, ſo lange die Heerverpflegung es irgend geſtatte; jedes allgemeine Treffen zu vermeiden, außer wenn der Vortheil augenſcheinlich auf ſeiner Seite ſei; denn alles komme darauf an die Armee bis Ende September zu erhalten; zu dieſer Zeit hoffte König Friedrich Soubiſe zurückgetrieben zu haben und ſich wieder nach Schleſien wenden zu können. Deshalb ſolle die Armee, ſobald das Futter zu fehlen anfange, auf Görlitz zurückgehn und auf dem linken Neißeufer unter dem Schutze der Landskrone ein feſtes Lager beziehn. General von Winterfeld ſolle jedoch mit ſeinem Corps auf dem rechten Neißeufer bleiben um von dieſer Seite die Magazine in Görlitz zu decken. Dort ſolle der Herzog ſich ſo lange als möglich halten und auch über die in Bautzen ſtehenden Truppen verfügen. Endlich bezeichnete Friedrich es als eine Hauptſache, daß der Herzog ſich von Schleſien nicht abdrängen laſſe und, wenn der Rückzug dahin nöthig werde, dafür ſorge daß der Feind nicht ungehindert ein ſtarkes Corps durch die Lauſitz nach der Mark Brandenburg ſchicken könne.

Am 25 Auguſt zog der König ab. Die Öſterreicher, in ausgedehnte Cantonnements vertheilt, unternahmen nichts gegen die Preußen. Der Zwieſpalt zwiſchen Karl von Lothringen und dem ihm beigeordneten Feldmarſchall Daun lähmte jeden Entſchluß. Als der franzöſiſche Militärbevollmächtigte Graf Montazet den Prinzen zu größerer Thätigkeit aufforderte, erhielt er von ihm die Antwort: „Was wollen Sie das ich thun ſoll? Sie ſehen ja daß der Feldmarſchall nichts thun will, und ich will nichts auf meine Verantwortlichkeit nehmen[1].“ Dennoch brach der Herzog von Bevern, dem ſeine Stellung zu exponiert erſchien, der

[1] Stuhr I 266 aus Montazet's Bericht vom 23 Auguſt 1757.

leichteren Verpflegung halber schon am 31 August nach Görlitz auf. Das war der Anfang der rückgängigen Bewegungen, das erste Zeichen daß die Heeresleitung nicht in fester Hand ruhte. Was dem Herzoge abgieng, muthiges Selbstvertrauen, konnte ihm ein beigeordneter General selbst dann kaum geben, wenn er sein Freund gewesen wäre. Das aber war Winterfeld nicht. Schon früher hatte die hohe Gunst, in der dieser beim Könige stand, bei Zieten und anderen Generalen Eifersucht erweckt. Die letzten Vorgänge mit dem Prinzen von Preußen hatten vollends Bevern und die meisten höheren Offiziere in des Prinzen Umgebung aufs äußerste gegen Winterfeld aufgebracht, denn sie sowohl als der Prinz selbst schrieben die königliche Ungnade nicht ihrem Verhalten sondern Winterfelds Berichten zu. Daher blickte man mit Argwohn auf ihn als einen bösen und gefährlichen Mann und suchte seinen kühneren Vorschlägen zuwider aus den königlichen Instructionen vornehmlich die Mahnungen der Vorsicht heraus.

Ein Hauptpunct war die Verpflegung, welche Friedrich mit der äußersten Thätigkeit geregelt hatte. So wie er die Armee in der Lausitz verließ, begann die Ordnung nachzulassen, und die Sorge um den Unterhalt verstärkte die Neigung des neuen Befehlshabers sich keiner Verantwortlichkeit auszusetzen.

Das Lager, welches der Herzog von Bevern bezog, befand sich auf dem linken Neißeufer unmittelbar südlich von Görlitz. Die Landskrone lag vor dem rechten Flügel: sumpfige Wiesen und scharf abfallende Ränder erschwerten die Zugänge zur Front und zum linken Flügel, und durch Verhaue und Redouten wurde die natürliche Festigkeit der Stellung erhöht. Winterfeld blieb gemäß der königlichen Disposition mit etwa 10000 Mann auf dem rechten Neißeufer. Seine Stellung lehnte sich an die Vorstadt von Görlitz und zog sich südlich nach Unter-Moys. Der Jäkelsberg südöstlich von diesem Dorfe vor dem rechten Flügel war mit Grenadieren und Geschützen besetzt. Der Herzog bemerkte daß diese Stellung nicht gesichert sei: Winterfeld glaubte jedoch, wenn der Feind angreifen wolle, ihm bei Zeiten entgegengehen zu können.

Der Rückmarsch der Preußen brachte auch die Österreicher in Bewegung. Prinz Karl verließ am 2 September sein Hauptquartier Zittau und besetzte die von jenen aufgegebene Stellung; bald darauf trieben die dringenden Befehle der Kaiserin, den Abmarsch des Königs von Preußen nicht unbenutzt zu lassen, das kaiserliche Heer zu weiterem Vorgehen. Der von dem Hofkriegsrathe vorgeschriebene Kriegsplan enthielt die Bestimmung vor allem Schlesien zu erobern. Um dahin sich den Weg zu eröffnen galt es zunächst die so viel schwächere preußische Armee aus der Lausitz zu verdrängen. Am 5 September nahm General Andreas Haddick die Stadt Bautzen ein, welche Tags zuvor bis auf ein Freibataillon von den preußischen Truppen geräumt war. Damit wurde die directe Verbindung zwischen Bevern und dem Könige unterbrochen.

Ein noch weit bedeutenderes Unternehmen führte der jüngst zum Feldzeugmeister ernannte kühne Nadasty aus, wie versichert wird auf den Vorschlag und unter Mitwirkung des französischen Generals Montazet[1]. Nadasty zog auf dem rechten Neißeufer mit 25000 Mann heran, den Preußen unbemerkt, bis am Vormittage des 7 September seine Bataillone den Sturm auf den Jäkelsberg eröffneten. Winterfeld war zu einer Berathung bei dem Herzog von Bevern als man die ersten Kanonenschüsse vernahm, und eilte mit den Worten: „aha das sind meine Gäste, „ich will sie bewirthen" zu seinem Corps.

Schon hatten die Österreicher die Höhe erstürmt: Winterfeld führte die nächsten Bataillone ins Gefecht und trieb den Feind wieder hinab; wenn jetzt frische Truppen herzukamen war noch nichts verloren. Diese aber trafen nicht so rasch ein als nöthig war, wie man behauptete durch absichtliche Säumniß des Prinzen Friedrich Karl von Bevern. Ja es wurde sogar das Dorf Moys ohne alle Noth geräumt und von den Österreichern besetzt, welche alsbald den am Jäkelsberge tapfer kämpfenden Truppen in den Rücken kamen. Da ward Winterfeld durch die Brust geschossen. Die Preußen gaben die Höhe auf und zogen sich zurück, ohne

[1] Stuhr I 267.

daß die Österreicher, mit den errungenen Vortheilen zufrieden, sie verfolgten: am andern Morgen zogen sie auch vom Jäkelsberge wieder ab. Winterfelds linker Flügel, auf welchem Zieten die Reservecavallerie hatte vorrücken lassen, war nicht angegriffen worden. Zwei Tage später gab Bevern in zunehmender Sorge um die Verpflegung das Lager bei Görlitz auf und zog über den Bober nach Bunzlau. Die Straße nach Berlin war damit den Österreichern offen gelegt.

Die Österreicher gaben ihren Verlust in dem Gefechte bei Moys auf 1500 Mann und 79 Offiziere an. Der preußische betrug gegen 2000 Mann; aber schwerer als alles andere wog der Tod von Winterfeld. Ein Krieger von den glücklichsten Anlagen, gebildet in der harten Schule des Dienstes unter Friedrich Wilhelm I und Leopold von Dessau, hatte er in den ersten schlesischen Kriegen Scharfblick Einsicht und Entschlossenheit wie kein anderer bewährt und sich durch seine Leutseligkeit und seine hervorragenden militärischen Eigenschaften in seltenem Grade das Zutrauen seiner Untergebenen und die Freundschaft des Königs erworben. Er war nicht wie man ihm nachgesagt hat der Anstifter des siebenjährigen Krieges. So wenig wie er an den litterarischen Bestrebungen Friedrichs Theil hatte, denn die französische Schöngeisterei war ihm fremd und der König wechselte mit ihm nur deutsche Briefe, eben so wenig ward über Fragen der Politik sein Rath begehrt oder gehört. Winterfeld war ganz Soldat, er lebte und webte für die Ehre und den Ruhm des preußischen Heeres. In allen Entwürfen und Unternehmungen, welche bis zur Schlacht bei Kolin den Erfolg zu verbürgen schienen, war er Friedrichs rechte Hand; mancher Brief des Königs schließt mit den Worten: „schreibe er mihr hierüber frei „seine Gedanken." Auch die Unfälle des Rückzugs aus Böhmen, deren Zeuge er war ohne sie verhüten zu können, erschütterten Winterfelds Zuversicht nicht; seine Meinung war, der König solle um alles andere unbekümmert die Franzosen schlagen und nach Frankreich einmarschieren um in Versailles den Frieden zu dictieren.

Als vierzehn Tage vor seinem Tode König Friedrich von

Winterfeld Abschied nahm sagte er: „bald hätte ich vergessen ihm „seine Instructionen zu geben; nur diese habe ich für ihn: erhalte „er sich mir." Am 14 September schrieb Friedrich eigenhändig unter eine für Winterfeld bestimmte Ordre, daß eine verflogene Zeitung von seinem Tode ihn in große Sorgen setze; „wende der „Himmel alles zum besten". Am 17 September bei Empfang von Beverns Bericht rief er unter Thränen: „ich werde Mittel wider „die Menge meiner Feinde finden, aber wenige Winterfelde „wieder bekommen," und nach vielen Jahren gedachte er seiner gegen Rüchel mit den Worten: „er war ein guter Mensch, ein „Seelenmensch, er war mein Freund."

Noch denselben Tag schüttete Friedrich in einem langen Briefe sein Herz vor seiner Schwester von Baireuth aus und erklärte nach der Schilderung all des Misgeschicks das ihn seit drei Monaten betroffen und in düsteren Todesgedanken: „ich bin fest „entschlossen noch ferner gegen das Unglück anzuringen; aber „zugleich bin ich entschlossen nicht meine Schande und die Schmach „meines Hauses zu unterzeichnen[1]." Wohl bedurfte es königlicher Selbstbeherrschung mitten in solcher Trübsal an Thatkraft nicht zu ermatten, nie verstimmt und entmuthigt zu erscheinen, sondern durch seine Standhaftigkeit und Zuversicht sein Heer und seine Generale bei frischem Muthe zu erhalten[2]. Unter diesen war Seydlitz jederzeit voll frisches Sinnes und zu kühnen Reiterstücken aufgelegt: dagegen Prinz Heinrich und die zu ihm sich hielten, obgleich tapfer vor dem Feinde, verurteilten alles was der König that und sahen ein Ende mit Schrecken voraus. Trost und Erquickung fand Friedrich der große in dieser schweren Zeit mehr als je in poetischen Ergüssen, in denen er seine tiefsten Empfindungen niederlegte.

Zu allem andern Kummer dieser schweren Zeit kam die Untreue von solchen auf deren Dank und Ergebenheit Friedrich gezählt hatte. Es stellte sich heraus daß sein Vorleser Abbé de Prades eine verrätherische Correspondenz mit Frankreich unter-

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 305.

[2] 1757 Sept. 17. Mitchell an Holderneſſe. Mitchell P. I 273.

hielt. De Prades war, nachdem die Sorbonne seiner deistischen und materialistischen Grundsätze halber gegen ihn ein verdammendes Urteil gefällt hatte, auf d'Alemberts Vorschlag im Jahre 1752 von Friedrich II in Dienst genommen. Zwei Jahre später erlangte er nach gethanem Widerrufe auf Verwendung des Königs und unter Vermittelung des Fürstbischofs von Breslau die päbstliche Gnade und die Aufnahme in das Doctorencollegium der Sorbonne. Seitdem ließ de Prades sich nicht allein die Unterstützung katholischer Interessen bei Friedrich II angelegen sein, sondern glaubte seinen Eifer für dieselben noch auf andere Weise bethätigen zu sollen. Beim Ausbruch des Kriegs versah er die französische Gesandtschaft zu Berlin mit Nachrichten über die preußischen Rüstungen und ward im nächsten Winter zu Dresden beredet eine verrätherische Correspondenz mit Frankreich zu unterhalten. Diese blieb längere Zeit geheim: im September jedoch ward König Friedrich vom Haag aus gewarnt und ließ, da der Verdacht sich bestätigte, de Prades verhaften und nach Magdeburg bringen. Nach einigen Monaten befreite er den Abbé von der Haft und verwies ihn auf das schon früher ihm übertragene Canonicat nach Glogau[1]. Gefährlicher noch als dieser Spionsdienst war die geheime Verbindung, welche der Fürstbischof von Breslau mit dem kaiserlichen Hofe anknüpfte. Davon erhielt König Friedrich im September eine Kunde, welche ihn bewog am 22 September einen Verhaftsbefehl gegen den bischöflichen Hofkanzler Romberg zu erlassen: dem Commandanten von Breslau verbot er jeden ferneren Umgang mit dem Fürstbischof[2].

Neben den Plänen sich durch eine Schlacht wenigstens auf

---

[1] Henckel-Donnersmarck I[2] 301 f. (vom 17 September). Vgl. Friedrichs II Briefe an d'Argens vom 15 Nov. 19 Dec. 1757 u. 14 (Jan.) 1758. Oeuvres de Frédéric XVIII 45. 47. 49. Preuß Lebensgesch. II 115. Über de Prades Verdammung durch die Sorbonne und seine Aussöhnung mit der Kirche s. Aug. Theiner Zustände d. kathol. Kirche in Schlesien von 1740—1758. Regensb. 1852 II 134 ff.

[2] K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 317. 319. Friedrichs Befehl v. 6 Oct. an den Generallieut. v. Katt s. (v. Ollech) Friedrich d. Gr. v. Kolin b. Leuthen S. 42.

einer Seite Luft zu machen beschäftigten damals den König Friedrich Versuche eine Friedensverhandlung einzuleiten. Dazu war weder in Petersburg noch in Wien die geringste Aussicht: die einzige Möglichkeit Friedensanträgen Eingang zu verschaffen schien in Frankreich vorzuliegen. Wir wissen daß Friedrich nach dem Abschlusse des Vertrages von Westminster alles aufbot den französischen Hof zu beschwichtigen und daß er immer wieder Hoffnung faßte, Frankreich müsse von seiner verkehrten Politik zurückkommen, zu Österreichs Vortheil und zu seinem eigenen Schaden in Deutschland Krieg zu führen. Seit die diplomatischen Beziehungen abgebrochen waren fiel die Gelegenheit zu unmittelbarer Einwirkung hinweg. Friedrich wartete ruhig ab, welchen Eindruck seine militärischen Erfolge machen würden. Am Hofe von Versailles war dieser kein anderer als daß die Freundschaft für die Kaiserin größere Anstrengungen erfordere; von einer Änderung des von der Pompadour und Bernis eingeleiteten Systems war bei Ludwig XV keine Rede. Dagegen erfuhr Friedrich von der tiefen Verstimmung aller Kreise, die nicht unmittelbar zum Hofgesinde gehörten und versuchte im Vertrauen darauf nach der Schlacht bei Kolin von neuem mit Frankreich anzuknüpfen.

Am 28 Juni schrieb er seiner Schwester von Baireuth, sie möge die Franzosen bestimmen sich über Friedensbedingungen vertraulich auszusprechen und sich dafür verbürgen daß er ein solches Vertrauen nicht misbrauchen werde[1]. Die Markgräfin wandte sich deshalb an den auch an ihrem Hofe beglaubigten Chevalier Folard und dieser meldete die Proposition seinem Ministerium; aber Bernis ließ sich auf nichts ein, sondern theilte Folards Bericht sogleich Starhemberg mit. Kaunitz blieb nichtsdestoweniger in Sorge vor geheimen Unterhandlungen zwischen Preußen und Frankreich; namentlich beunruhigten ihn Folards Gesinnungen und sein Verkehr mit der Markgräfin von Baireuth in solchem Grade, daß Stainville am Ende rieth Folard

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 293.

auf einige Zeit aus Deutschland zu entfernen, ein Vorschlag auf den jedoch der französische Hof nicht eingieng[1].

Außer der Einleitung von Verhandlungen mit den französischen Ministern versuchte König Friedrich auch seine schlimmste Feindin in Frankreich, die Marquise de Pompadour, zu bestechen und zu seiner Partei herüberzuziehen. Auf den Vorschlag der Markgräfin versah er den Oberkammerherrn des Baireuther Hofs Alexander de Riqueti Grafen von Mirabeau mit geheimen Aufträgen und ermächtigte denselben der Favorite für die Vermittelung eines Friedens bis zu 500000 Thalern anzubieten, ja bei günstigen Bedingungen noch mehr[2]. Wie weit Mirabeau gieng wissen wir nicht. Es findet sich keine weitere Nachricht über seine Reise vor. Nur so viel steht fest daß er nichts ausgerichtet hat.

Inzwischen wurden noch andere Wege eingeschlagen. Oberst Fischer, von Geburt ein Würtemberger, in französischen Diensten als einer der schlauesten und kühnsten Parteigänger berufen, zog am 20 Juni mit seinem Freicorps von Köln rheinaufwärts nach Frankfurt und war am 3 Juli in Neuwied, wo er von dem regierenden Grafen Alexander wohl aufgenommen wurde. Dieser, ein sehr unterrichteter und thätiger Herr, hatte auf Fleury's Betrieb in dem lothringischen Kriege den Unterhändler gemacht und in den Jahren 1735—1738 die Präliminarien und den Frieden zu Wien vermittelt[3]. Voll Antheil für die Sache Friedrichs des großen, in dessen Armee er selbst den Rang eines Obersten bekleidete und sein Bruder Friedrich Karl Ludwig als General mit Auszeichnung diente, besprach Graf Alexander mit Fischer das neue System der französischen Politik und vernahm, daß der französische Hof sich gegen seine eigentliche Absicht gleichsam bei den Haaren in den Krieg für die Vergrößerung Öster-

[1] 1757 Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79. Dec. 4. Stainville an Bernis. Stuhr Forsch. I 324.

[2] Juli 7. Leitmeritz. Friedrich II an die Markgräfin. Oeuvres XXVII 1, 295 f. Vgl. Geo. Horn Voltaire u. die Markgräfin v. Baireuth. 1865 S. 159.

[3] Vgl. v. Stramberg Rhein. Antiqu. III 3, 430 f.

reichs habe hineinziehen lassen. Im Heere gebe es vielleicht nicht zehn Franzosen, welche nicht an dem geringsten Schlage theilnähmen der den König von Preußen treffe. Der Marschall von Belleisle hege für diesen eine unbegrenzte Anhänglichkeit. Wenn der König von Preußen Vorschläge thun lasse, werde Belleisle dieselben ohne Zweifel mit seinem ganzen Ansehen bei Hofe unterstützen; im gräflichen Hause zu Neuwied könne die ganze Sache mit einem Bevollmächtigten, den der französische Hof binnen drei Wochen senden werde, verhandelt und Präliminarien unterzeichnet werden. Der Graf von Wied ließ sich die von Fischer mündlich gegebenen Erklärungen schriftlich wiederholen und sandte diesen Brief und seinen eigenen Bericht am 4 Juli an den König von Preußen ab[1].

Nach Empfang dieses Schreibens versicherte König Friedrich II in einem Briefe an den Grafen vom 18 Juli seine Bereitwilligkeit Unterhandlungen anzuknüpfen. Er fügte hinzu, da ihm seine Ehre über alles gehe, werde er sich nie zu schimpflichen Bedingungen verstehn; alle seine deutschen Verbündeten müßten inbegriffen sein und zweitens müsse man sich näher erklären. Wenn die Franzosen sich über diese beiden wichtigen Puncte deutlich aussprächen, könne er jemand senden um das übrige abzumachen[2]. Der Graf von Neuwied versprach hierauf den Befehlen des Königs mit derselben Hingebung nachkommen zu wollen, mit der sein Bruder für ihn kämpfe, und meldete, er habe den seinem Hause sehr ergebenen anspachschen Kammerherrn Barbut de Maussac insgeheim nach Versailles gesandt, wo sich übrigens seit dem 18 Juni die Verhältnisse zu Ungunsten Preußens geändert hätten[3]. Dennoch beschloß nunmehr Friedrich II einen zuverlässigen Mann nach Neuwied und eventuell nach Frankreich abzuordnen und bestimmte zu dieser Mission den Obersten Johann Friedrich von Balby, einen seiner tüchtigsten Ingenieure, der die flandrischen Feldzüge in der französischen Armee unter dem Mar-

[1] 1757 Juli 3. Andernach. Oberst Fischer an den Grafen von Neuwied. Juli 4. Neuwied. Der Graf von Neuwied an König Friedrich. Beil. II 63.

[2] Juli 18. Friedrich II an den Grafen von Neuwied. Beil. II 65.

[3] 1758 Aug. 4. Neuwied. Graf von Neuwied an den König.

ſchall von Sachſen mitgemacht hatte. Friedrichs Weiſungen gemäß fertigte der Cabinetsrath Eichel am 14 Auguſt für Balby Inſtructionen zum Abſchluß von Präliminarien an, welche vier unabänderliche Bedingungen vorſchrieben: 1) keine Abtretung preußiſcher Provinzen, alſo überhaupt nichts abzutreten; 2) einen Waffenſtillſtand um Zeit zu haben ſich mit ſeinen Alliirten zu verſtändigen; 3) Einſchluß der deutſchen Verbündeten; 4) Erklärung die frühere Allianz mit Frankreich erneuern zu wollen[1].

Balby kam am 23 Auguſt unter dem Namen van der Heyn in Neuwied an. Wenige Stunden zuvor waren wichtige Depeſchen an König Friedrich abgegangen[2]. Barbut nämlich, jüngſt aus Frankreich zurückgekehrt, hatte einen zehn Bogen langen Bericht über ſeine Unterredung mit Belleisle niedergeſchrieben und auf Grund der eingezogenen Information verſchiedene Vorſchläge gemacht, wie zu einem vortheilhaften Frieden zu gelangen ſei. Vor allem rieth er dem Könige von Preußen Neuenburg und Valangin an die Pompadour abzutreten, um mit ihrer Hilfe Frankreich von dem Bündniſſe der Feinde Preußens zu trennen. Dieſem nicht chiffrierten Berichte fügte der Graf von Wied ein Schreiben an den König bei[3]. Unterwegs in Frankfurt am Main empfieng der preußiſche Courier noch weitere geheime Papiere

---

[1] Pr. St. A. Cabinetspapiere. Rep. XI 89. 1. Point de cessions des provinces de S. M., ainsi rien céder. 2. un armistice pour avoir le tems de s'accorder avec ses alliés. 3. inclusion des alliés de l'Allemagne. 4. qu'on renouvellera l'alliance précédante avec la France. Balby unterſchrieb dieſe Inſtruction mit folgenden Worten: ces points m'ont été remis à Dresden par Mons. le conseiller privé d'Eichel le 14 d'Aoust 1757 avec recommandation de ne pas m'écarter d'aucun point, et si difficultés pourroient y être faites, d'aller *ad referendum* sans rien décider.

[2] 1757 Aug. 24. Neuwied. Graf von Wied an König Friedrich.

[3] Aug. 23. Neuwied. Graf von Wied an den König. Beil. II 69. Das Verlangen der Pompadour nach Neuenburg wird durch ihre Feindſchaft gegen den Prinzen Conti genährt worden ſein, denn auch dieſer ſuchte damals die von ſeinem Großvater Franz Ludwig auf Neuenburg erhobenen Anſprüche wieder hervor; ſ. Ludwigs XV Brief an Tercier vom 15 Sept. Stuhr I 279*. Boutaric corr. secr. de Louis XV I 87. 224.

und Briefe von dem königlichen Geschäftsträger Freytag und dem Secretär des Herzogs von Richelieu mit auf den Weg.

In äußerster Spannung harrte man zu Neuwied drei Wochen lang eben so vergeblich auf die Ankunft des von Fischer verheißenen französischen Unterhändlers als auf die Befehle des Königs von Preußen, als am 15 September zum höchsten Schrecken aller betheiligten aus dem preußischen Hauptquartier die Nachricht eintraf, daß der Courier in Oschatz von österreichischen Husaren angehalten und die Depeschen ihm abgenommen seien. Balby erstattete schleunigst dem Könige einen kurzen Bericht über den Inhalt des verlorenen Packets und suchte ein Versteck im Westerwalde: er wartete alsdann zu Dillenburg die ferneren Befehle des Königs ab. Der Graf von Wied fürchtete seine Grafschaft der Plünderung preisgegeben zu sehen und dachte daran nach Frankreich oder nach Holland zu flüchten. Um den üblen Eindruck der aufgefangenen Schriftstücke zu verwischen schrieb er an Kaunitz und schickte den Kammerherrn Barbut von neuem nach Frankreich, ausgerüstet mit Beglaubigungsschreiben an den Minister Grafen Bernis und an den König von Frankreich so wie mit einem angelegentlichen Empfehlungsbriefe an den Marschall von Belleisle[1]. Erst mehrere Wochen nachher, am 6 October, empfieng Balby ein Immediatschreiben des Königs Friedrich vom 26 September, in welchem dieser, unter Hindeutung auf eine direct von ihm eingeleitete Unterhandlung, Balby ermächtigte der Pompadour die Zusage geben zu lassen, daß er, sobald der Friede zwischen Frankreich und ihm geschlossen sei, ihr auf Lebenszeit das Fürstenthum Neuenburg und Valangin mit allem Zubehör und Einkünften abtreten wolle mit Vorbehalt des Heimfalls an ihn nach ihrem Tode. Dafür erwarte er daß die Marquise allen ihren Einfluß dahin anwenden werde daß die Friedensbedingungen für ihn vortheilhaft oder doch nicht lästig seien und daß im äußersten Falle alles wieder in den Stand wie vor dem Kriege gesetzt werde[2].

[1] Die Concepte o. D. befinden sich im fürstlichen Archive zu Neuwied.

[2] 1757 Sept. 26. Kirschleben. Friedrich II an Balby. Beil. II 86. Mitchell war über Neuenburg falsch berichtet. M. P. I 378.

Für solche Anerbietungen war es zu spät. Kaunitz hatte den gegnerischen Zug längst abgeschlagen ehe er gethan war. Laudon sandte den wichtigen Fang, welchen seine Husaren gemacht, sporenstreichs nach Wien. Schon in den ersten Tagen Septembers konnte Kaunitz dem Grafen Stainville eröffnen, er habe Nachrichten vom französischen Hofe, daß der König von Preußen neue und umfassendere Friedensvorschläge gemacht habe und daß diese an Madame de Pompadour gerichtet seien, welcher der König von Preußen für den Fall, daß sie bei dem Könige von Frankreich deren Genehmigung auswirke, das Fürstenthum Neuenburg anbiete. Stainville erwiederte, schon dieser Umstand allein beweise daß die Nachricht falsch sei. Vor seiner Abreise habe man das Gerücht in Umlauf gesetzt daß Madame de Pompadour Souveränin dieses Fürstenthums zu sein wünsche, aber er sei gewiß daß das Gerücht grundlos sei[1]. Nicht minder versicherte Bernis in seiner nächsten Depesche, die Meldung in Betreff Neuenburgs sei eine aus Dummheit oder Bosheit erfundene Chimäre. Seit den durch Folard übermittelten Anträgen habe der König von Preußen keine neuen Friedensvorschläge gemacht[2].

Kaunitz hatte sich das Terrain gesichert und Starhemberg mit den nöthigen Weisungen versehen, bevor Barbut wieder am französischen Hofe eintraf. Bernis empfieng den Abgesandten des Grafen von Wied am 22 September und nahm seine Beglaubigungsschreiben und die Entschuldigungen, welche er hinsichtlich der aufgefangenen Depesche vorbrachte, mit der größten Artigkeit entgegen: aber zwei Tage später, am Abend des 24 September, holten drei Gefreite Barbut aus dem Bette und führten ihn in die Bastille ab. Barbut berief sich auf das Völkerrecht, auf die Gesetze der Gastfreundschaft, auf Treu und Glauben, seine Klagen blieben ungehört. Er schrieb an Bernis, an den König von Frankreich, er verlangte wenigstens gehört zu werden, alles umsonst. Nach einer Haft von fast vier Monaten wandte er sich brieflich an Starhemberg und nahm die Vermittelung des kaiser-

[1] 1757 Sept. 3. Wien. Stainville an Bernis. Beil. II 73.

[2] Sept. 13. Fontainebleau. Bernis an Stainville. Beil. II 79.

lichen Gesandten für sich als den Abgesandten des Reichsgrafen von Wied, des Directors der westfälischen Grafenbank, in Anspruch; Starhemberg würdigte weder dies noch ein späteres Schreiben einer Antwort. Wieder vergiengen Monate mit vergeblichen Klagen. Barbut wurde fünfmal ins Verhör genommen und man gab ihm zu verstehen, daß der Hof von Versailles nicht sowohl aus eigenem Antriebe als aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Wiener Hofs gegen ihn so hart verfahre. Als seine Lage sich immer noch nicht änderte wandte sich Barbut mit seinen Beschwerden an den Grafen von St. Florentin und erhielt in dessen Auftrage den Bescheid, man erwarte nur noch einige Aufklärungen vom Auslande — nämlich von Wien —, dann werde seine Haft ein Ende nehmen. Endlich am 28 September 1758 wurde ihm eröffnet, daß nach erneuter Prüfung der Gründe seiner Verhaftung die Grafen St. Florentin und Bernis geneigt seien ihn auf freien Fuß zu setzen. Nochmals vergiengen zehn Tage, bis am 7 October nach einer Gefangenschaft von länger als einem Jahre Barbut die Bastille verlassen und nach Neuwied zurückkehren durfte[1].

Inzwischen war Oberst Fischer, der eigentliche Urheber der geheimen Verhandlung, durch die mächtige Fürsprache, welche er bei den hohen französischen Militärs fand, von jeder Verfolgung frei geblieben. Zwar meinte Stainville, man solle ihn wie alle andern welche in dem Verdachte stünden sich mit dem Feinde eingelassen und preußisches Geld genommen zu haben für die Dauer des Krieges einsperren[2], aber man glaubte seine Dienste bei der Armee nicht entbehren zu können.

Wenden wir uns von diesem Acte französischer Cabinetsjustiz wiederum zu den Mitteln und Wegen, welche König Friedrich einschlug um den französischen Hof zum Frieden

[1] 1758 Oct. 24. Neuwied. Barbut's Bericht an den Grafen von Wied, nebst Auszügen aus dem Schreiben Barbut's an Bernis vom 13 Oct. 1757, an Starhemberg vom 7 u. 20 Januar 1758. Fürstl. Archiv zu Neuwied.

[2] 1757 Nov. 23. Wien. Stainville an Richelieu. Soulavie, mém. du mar. de Richelieu IX 252 f. Vgl. ebend. S. 198.

zu vermögen. Balby war kaum nach Neuwied abgereiſt, als Friedrich einen Brief der Markgräfin von Baireuth empfieng, welcher den Rath Voltaires meldete mit dem Marſchall von Richelieu in Unterhandlung zu treten[1]. König Friedrich that auch dieſen Schritt. Am 6 September, nach Empfang der Nachricht von dem Siege der Preußen bei Großjägersdorf, richtete er an Richelieu ein ſchmeichelhaftes Schreiben, in welchem er den franzöſiſchen Marſchall aufforderte den Frieden zu ſtiften und wenn er dafür keine Inſtructionen habe ſie ſich auszubitten. Mit Überbringung dieſes Schreibens beauftragte er den Legationsrath Eickſtedt, ſeinen früheren Geſchäftsträger am landgräflichen Hofe zu Caſſel.

Nicht früher als am 15 September empfieng Eickſtedt den von Richelieu erbetenen Paß, welcher auf den Namen von Thüringshofen lautete; am 20 wurde er zu Braunſchweig von Richelieu empfangen, der bereits durch Voltaire ſelbſt von dem der Markgräfin gemachten Vorſchlage Kenntniß hatte[2]. Nachdem der Marſchall das königliche Schreiben geleſen, ſagte er, er habe zu Friedensunterhandlungen keinen Befehl und keine Inſtruction; aber er glaube vernommen zu haben, daß der König von Preußen dem Könige von Frankreich geſchrieben oder mit ihm habe reden laſſen. Als Eickſtedt verſicherte nichts davon zu wiſſen, erklärte Richelieu, er werde durch einen Courier ſeinem Hofe Bericht erſtatten. In der ferneren Unterredung entwickelte Richelieu die Schwierigkeit der Sache und rückte damit heraus, daß Frankreich außer Schleſien der Kaiſerin Königin auch Parma und Piacenza verſprochen habe, wogegen ſie die Niederlande an Frankreich oder was daſſelbe ſei an den Infanten überlaſſe. Vor allem meinte er habe König Friedrich Vorſchläge thun ſollen ſtatt ſolche zu erwarten. Frankreich werde große Opfer fordern, denn es gelte

---

[1] Oeuvres de Voltaire. Deux-Ponts 1792 LXXVII 273 f. (Auguste). Die Antwort der Markgräfin iſt vom 19 Auguſt datiert; der dieſer beigefügte Brief des Königs (vgl. Oeuvres de Frédéric XXIII 10*) iſt nicht erhalten. Vgl. Geo. Horn a. a. O. S. 162 ff.

[2] Oeuvres de Voltaire LXXXV 260 ff. 272 f.

die Kaiſerin zufrieden zu ſtellen und Sachſen zu entſchädigen. Eickſtedt entgegnete, es handle ſich nicht darum jemand Bedingungen vorzuſchreiben der in den letzten Zügen liege: wenn man durch den Frieden ebenſo viel verlieren ſolle als durch den Krieg, ſo liege kein entſcheidender Grund vor ihn einzugehn. Richelieu ſchloß damit ſein beſtes thun zu wollen um dem Vertrauen des preußiſchen Königs zu entſprechen. Spät abends händigte Richelieu dem preußiſchen Sendboten ſein Antwortſchreiben an den König ein, das in den höflichſten Ausdrücken gehalten war, und kam nochmals darauf zurück, der König von Frankreich, der den Frieden lebhaft wünſche, müſſe ſchon unterrichtet ſein, denn Bernis ſchreibe ihm: „ich wünſche Ihnen Glück daß Sie den „Frieden ſchließen werden[1].“

Eickſtedt begab ſich hierauf nach Clausthal um abzuwarten daß Richelieu ihn nach der Rückkehr ſeines Couriers wieder zu ſich beſcheide. Dort empfieng er von Friedrich II die Inſtruction, bei erſter Gelegenheit Richelieu zu ſagen, es ſei wahr daß der König von Preußen jemand nach Frankreich geſchickt habe, aber nur um ſich über die Stimmung des Hofs in Betreff eines Friedensſchluſſes zu unterrichten. Was die Friedensbedingungen angehe, ſo erwarte er die Vorſchläge, welche man ihm machen werde, um darauf antworten zu können. Wenn übrigens der Marſchall von Abtretungen und dergleichen rede, ſo ſolle Eickſtedt ihm beſcheidentlich erwiedern, daß Vorſchläge dieſer Art nicht die geeigneten Mittel ſeien den Frieden anzubahnen; er möge ſich deſſen erinnern was Ludwig XV im Jahre 1672 be-

[1] 1757 Sept. 20. Braunſchweig. Eickſtedt's Berichte an den König. Beil. II 84. Der Brief des Königs d. d. Rötha ce 6° Sept. 1757 und Richelieus Antwort d. d. Bronswick ce 20° Sept. 1757 ſind abgedruckt Corresp. partic. et histor. du Maréchal de Richelieu en 1756, 1757 et 1758. Londres 1789 S. 189 ff. (Soulavie) mém. du mar. de Richelieu IX 175 ff. In dem Schreiben des Königs hieß es nach dem Concepte: Je *sais*, M. le duc, — cependant *très* persuadé — fait *tout* pour signer d. tr. — — Je vous adresse M^r *d'Eickstedt*. In Richelieu's Antwort (welche in den Abdrücken nicht datiert iſt): dont je suis convenu avec M. *d'Eichestet*. Gedruckt iſt M. Delcheset und Delchezet.

gegnete, als er in Utrecht ſtand und die Friedensanträge der Holländer verwarf[1].

Erſt am 13 October frühmorgens war Eickſtedt wieder bei dem Marſchall von Richelieu um die Antwort des franzöſiſchen Hofs zu vernehmen. Dieſe war in denſelben Tagen beſchloſſen, in denen Starhemberg die Verhaftung Balbut's auswirkte, und entſprach vollkommen den Wünſchen des öſterreichiſchen Hofs. Sie lautete dahin: „der König von Frankreich, nachdem er als Garant des weſtfäliſchen Friedens und als verbündeter Schwedens und der Kaiſerin Königin ſich verpflichtet geſehen habe an dem gegenwärtigen Kriege theilzunehmen, befinde 1) daß er nicht allein auf das Friedenswerk eingehen könne, ſondern nur im Verein mit Schweden und den Reichsfürſten; 2) im Verein mit dem Kaiſer, der Kaiſerin Königin, der Kaiſerin von Rußland und dem Könige von Polen als Kurfürſten von Sachſen; daß 3) das Friedensgeſchäft reifliche Überlegungen und Erörterungen erfordere, welche nicht die Sache eines Generals der Armee ſeien, ſondern natürlicher Weiſe mit dem Miniſter von Frankreich und denen der Kaiſerin Königin erfolgen müßten." Richelieu beobachtete diesmal eine gezwungene Zurückhaltung; auf die Mittheilung von der Sendung nach Paris erwiederte er, der König habe mit zu vielen Leuten von der Sache reden laſſen, mit dem Marſchall von Belleisle und andern[2]. Noch an demſelben Tage reiſte Eickſtedt aus dem franzöſiſchen Hauptquartier ab.

Alſo auch dieſer Verſuch die öſterreichiſch-franzöſiſche Allianz zu löſen war fehlgeſchlagen. Übrigens ſpann ſich ein geheimer Verkehr zwiſchen Friedrich II und Richelieu fort. Balby wartete zu Dillenburg mehrere Wochen auf einen Vertrauten von Richelieu; da dieſer nicht kam, reiſte er ſelbſt in ſeiner Verkleidung zu dem Marſchall[3], mit dem er von Flandern her perſönlich bekannt war. Von ihm erfuhr Balby daß zu Friedensverhandlungen für jetzt

---

[1] 1757 Sept. 24. Kirſchleben. Friedrich II an Eickſtedt. Beil. II 85. Vgl. Voltaire siècle de Louis XIV (1752) Chap. X.

[2] Oct. 13. Halberſtadt. Eickſtedt an den König. Beil. II 92.

[3] Oct. 20. Dillenburg. Balby an den König.

keine Aussicht sei, aber er vermochte doch so viel, daß Richelieu die preußischen Gebiete mit größerer Schonung behandelte. Mehr als die Worte wirkten bei dem habsüchtigen Marschall die klingenden Argumente. Bei den Verhandlungen über die Contributionen des Fürstenthums Halberstadt, auf welche wir zurückkommen, flossen preußische Gelder — man sprach von 100000 Thalern — in Richelieus Tasche und trugen erheblich dazu bei seinen Kriegseifer zu mäßigen[1].

Gerade zu dieser Zeit, wo die Bemühungen den französischen Hof zu Gunsten Preußens umzustimmen vereitelt wurden, gab Ludwig XV persönlich der Kaiserin Maria Theresia einen ausgesuchten Beweis seiner Freundschaft für sie und seines Hasses gegen Friedrich den großen. Dem französischen Hofe war gemeldet daß die österreichische Armee die Belagerung von Schweidnitz unternehmen solle; da fiel Ludwig XV ein daß der König von Preußen ihm seiner Zeit einen Plan dieser neuerbauten Festung mit eigenhändiger Aufschrift geschenkt habe. Von diesem Plane sandte er jetzt eine Copie nach Wien, damit er bei der Belagerung gebraucht werde; jedoch hatte er noch so viel Schamgefühl, daß er wünschte, nur die Kaiserin und Kaunitz möchten um den Ursprung des Planes wissen[2].

Friedrich II hatte alle Wege eingeschlagen welche er nur erdenken konnte um die Übermacht seiner Feinde zu theilen und sich wenigstens auf einer Seite Luft zu machen. Er kannte die gemeinen Leidenschaften, von denen die Creaturen französischer Hofgunst erfüllt waren, und that das äußerste um sie sich dienstbar zu machen. Aber wie weit er sich auch herabließ, er blieb fest in dem Entschlusse den preußischen Staat nicht zu zerstückeln und den Frieden nicht durch Abtretungen preußischer Provinzen zu erkaufen. Das Resultat der fruchtlos betriebenen Unterhand-

[1] Oeuvres de Frédéric IV 144 f. F. A. v. Retzow, Charakteristik I 197 f. Um dieselbe Zeit scheint Friedrich II sich einer Courtisane am französischen Hofe bedient zu haben um seine Zwecke zu erreichen, wenn der Brief à Madame Thérèse (1757 Oct. [13] Naumburg) echt ist. Oeuvres de Frédéric XVII 343. Vgl. Preuss avertiss. S. XVI.

[2] 1757 Oct. 8. Bernis an Stainville. Beil. II 90.

lungen war die Gewißheit daß die Rettung oder ein ehrenvoller Untergang allein mit den Waffen zu erringen ſei.

Zwar Voltaire, den nicht der Wunſch leitete dem Könige von Preußen einen Dienſt zu erweiſen, ſondern die Eitelkeit bei den großen Zeitbegebenheiten die Hand im Spiele zu haben, war um neue Vorſchläge nicht verlegen. Er rieth dem Könige Friedrich in mehreren Briefen ſtatt ſich wie ein verzweifelter den Tod zu geben den Frieden mit Opfern zu erkaufen und ſuchte ſeinen Rathſchlag mit den Worten aufzudringen: „ein „Menſch der nur König iſt kann ſich für ſehr unglücklich halten, „wenn er Staaten verliert, aber ein Philoſoph kann ſich der „Staaten begeben[1].“

Ähnlich wie Voltaire urteilte des Königs eigener Bruder Prinz Heinrich. Dieſer war vom Scheitel bis zur Zehe Franzoſe geworden[2] und ſah von dem Tage an, da Friedrich II ſich von Frankreich abwandte nichts als Unglück voraus. Die für den Abſchluß des Vertrages von Weſtminſter entſcheidenden Gründe kannte er nicht oder mochte er nicht kennen: für ihn ſtand es feſt: „er hat uns in dieſen unſeligen Krieg geſtürzt.“ Was ſein königlicher Bruder ſeitdem als Regent und als Feldherr that, ſah er gleichermaßen für verkehrt, thöricht und unheilbringend an: wer dieſen läſtern mochte war ihm willkommen. Dabei war er im Felde brav und vollzog die königlichen Befehle pünktlich. Friedrich der große bewies ihm brüderliches Vertrauen und zeichnete ihn aus wo ſich nur Gelegenheit bot um ſeiner Eitelkeit zu ſchmeicheln[3], aber die Abneigung ſeines Bruders, welche ſich ſeit der dem Prinzen von Preußen widerfahrenen Ungnade mehr und mehr verbitterte, vermochte er nicht zu überwinden. Prinz Heinrich ſah keine Rettung aus der verzweifelten Lage als daß

---

[1] Oeuvres de Frédéric XXIII 9—14.

[2] French to the bone nennt ihn Mitchell 1757 Dec. 19. Mitchell P. I 110. Vgl. des Prinzen Brief an Valori v. 16 Jan. 1756 (avec les sentimens d'un ancien Gaulois). Valori mém. II 342 f. Friedrichs Brief vom 5 April 1758. Oeuvres XXVI 172.

[3] 1757 Oct. 6 widmete er ihm die Ode à mon frère Henri Oeuvres XII, 1—7. Vgl. Henckel v. Donnersmarck I 2, 313.

man unter jeder Bedingung sich mit Frankreich vergleiche. Noch am 12 October erklärte er seinem Bruder, er sehe keinen Grund die Sache aufs äußerste zu treiben. Er wäre ja nicht der erste Fürst, der sich gezwungen sähe eine Provinz abzutreten. Die Standhaftigkeit im Unglück bestünde nicht darin eine verlorene Partie halten zu wollen, sondern darin sich der geeignetsten Mittel zu bedienen dem völligen Ruin vorzubeugen[1].

Des Sinnes war König Friedrich nicht: ihn däuchte es eine unerträgliche Schmach, den preußischen Staat den er groß gemacht und zu einer europäischen Macht erhoben, jetzt verstümmelt seinen Feinden zu Füßen zu legen. Sein Entschluß stand unerschütterlich fest, wie er in der poetischen Epistel an Voltaire vom 9 October ihn aussprach: „in der Gefahr zu scheitern, muß „ich dem Sturme trotzend denken, leben und sterben als König[2]".

Viertes Capitel.

Feldzug der combinierten Armee zur Execution gegen Preußen. Marschall Richelieu im Halberstädtischen. Haddicks Streifzug nach Berlin. Die Schlacht bei Roßbach.

Nichts lag in den Herbstmonaten des Jahres 1757 dem Könige Friedrich schwerer auf der Seele als daß er, während die Drangsal Preußens sich auf allen Seiten steigerte, den combinierten Reichs- und französischen Truppen gegenüberstand ohne ihnen eine Schlacht liefern zu können.

---

[1] Henckel I[2] 319. Vgl. Friedrichs II Brief vom 19 Oct. b. Schöning siebenj. Krieg I 78.

[2] Oeuvres XXIII 15 Pour moi menacé du naufrage, Je dois en affrontant l'orage Penser vivre et mourir en roi. Die Markgräfin sandte den Brief am 16 Oct. an Voltaire. Oeuvres de Voltaire LXXVII 277. Vgl. Friedrichs II Brief an die Markgräfin vom 8 October. Oeuvres XXVII 1, 307.

Lange genug hatte es gewährt ehe die Executionsarmee gegen den König von Preußen überhaupt auf die Beine gebracht wurde. Erst am 9 und 11 Mai ward zu Regensburg beschlossen die Reichsarmee mit der dreifachen Matrikularstärke auf den Kriegsfuß zu setzen und zu den Kriegskosten dreißig Römermonate auszuschreiben. Am 19 Mai erfolgte für diese Beschlüsse die kaiserliche Bestätigung[1]. Nun wurden Kreistage gehalten und die säumigen durch Excitatoria gemahnt. Am schärfsten ward dem Rathe der Stadt Nürnberg sein in der Angst vor dem Mayrschen Streifcorps gestelltes Neutralitätsgesuch vorgehalten; dem kaiserlichen Drohschreiben waren ausdrücklich die Worte beigefügt: „wir meinen all dieses ernstlich[2]."

Nachdem die Schlacht bei Kolin geschlagen war setzten sich Ende Juni allgemach die Contingente nach Franken zu dem Sammelplatze Fürth in Bewegung. Von manchen desertierte die Hälfte unterwegs und was sich zusammenfand, eine buntscheckige Menge, von einigen hundert reichsunmittelbaren Ständen aufgebracht, stellte die verrotteten Zustände des heiligen römischen Reichs in ihrer ganzen Blöße dar. Der ständigen Soldaten waren wenige, die meisten namentlich für die Gebiete, welche ein paar Mann zu stellen hatten, wurden für den augenblicklichen Bedarf aus Landstreichern und Zuchthäuslern recrutiert, deren man sich so mit guter Manier entledigte. Die oft wiederum noch unter verschiedene Compagnien vertheilten Contingente, der Spott der Reichsstände selbst unter deren Fahne sie auszogen, wurden weder durch straffe Disciplin noch durch gemeinsame Übungen zur Einheit formiert. Schlecht gekleidet und genährt, denn ein geordnetes Verpflegungswesen bestand nicht, da jeder Reichsstand selber für seine Leute sorgen sollte, zum größeren Theile mit unbrauchbaren Gewehren versehen, befehligt von unwissenden und eingerosteten Offizieren, konnten diese ungeregelten Haufen sich nicht als einen Heereskörper fühlen, der seine kriegerische Ehre zu wahren hat. Von Interesse für die Reichsverfassung, zu deren

[1] Kriegs-Canzley 1757 I 203—277.
[2] Ebend. II 1002 ff.

Vertheidigung sie befehligt waren, konnte bei ihnen nicht die Rede sein: im Gegentheil versichern Augenzeugen: „fast alle, alle „mit einander, sie seien wes Landes und Glaubens sie wollen, „sind entweder aus Neigung oder Furcht preußisch gesinnt[1].“

Übrigens fiel das Reichsaufgebot dadurch noch jämmerlicher aus, als seine Verfassung es mit sich brachte, daß es mit keinem größeren deutschen Truppenkörper verbunden ward. Ja im Gegentheil entzog man dem Reichsheere absichtlich die kriegstüchtigeren Bestandtheile: so wurden von Baiern und Würtemberg die besten Truppen, um die französischen Subsidien zu verdienen, zur Verstärkung der kaiserlichen Armee nach Böhmen geschickt.

Eine anerkennenswerthe Ausnahme machten die hessen-darmstädtischen Truppen. Landgraf Ludwig war dem Kaiserhause mit Leib und Seele ergeben und rief seinen Sohn den Erbprinzen Ludwig aus dem preußischen Kriegsdienste ab. Dieser fügte sich mit lebhaftem Widerstreben Ende Augusts dem väterlichen Gebote und beurlaubte sich von dem Posten eines preußischen Generallieutenants um sich auf seine reichsunmittelbaren Besitzungen nach Pirmasens zu begeben. Des Erbprinzen Gemahlin Karoline aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken, eine der edelsten deutschen Frauen ihrer Zeit, welche man später „die große Landgräfin“ genannt hat, verließ erst zu Ende Octobers die preußischen Staaten und war mit ihrem Gatten treu bemüht ihre Achtung und Verehrung für den großen König auch ferner durch die That zu beweisen[2]. Der jüngere Prinz Georg Wilhelm hatte schon im Jahre 1747 seinen Abschied aus der preußischen Armee genommen und war damals als Generalfeldmarschallieutenant einer der wenigen tüchtigen Oberoffiziere der Reichsarmee, deren Dienst ihm jedoch vor Ablauf eines Jahres durch die Zurücksetzung, die er aus höfischen Rücksichten erfuhr, gründlich verleidet wurde.

---

[1] Brodrück, Feldzug d. Reichsarmee v. 1757. Lelpz. 1858 S. 78. Diese gediegene Arbeit bildet die Grundlage für die hier gegebene Darstellung. Vgl. Luynes XVI 168.

[2] 1757 Oct. 30. Karoline von Hessen an Friedrich II. Oeuvres de Frédéric XXVII 2, 135. Brodrück 60 ff.

Von den meiſt über alle Vorſtellung erbärmlichen Truppen der geiſtlichen Stifter unterſchieden ſich vortheilhaft die würzburgiſchen Regimenter, welche in öſterreichiſchem Solde ſtanden: außer dieſen ließ die Kaiſerin zwei Huſaren- und zwei Küraſſierregimenter zum Reichsheere marſchieren, deſſen Reiterei faſt ganz unbrauchbar war. Die Zahl der nach und nach „tropfenweiſe" zuwachſenden Mannſchaften betrug gegen 30000 Mann, ungerechnet das vorübergehend mit derſelben verbundene Laudonſche Corps von 3500 Mann kaiſerlicher Truppen.

Selbſt dem beſten General hätte es nicht gelingen können aus ſolchen Beſtandtheilen binnen einigen Monaten ein ſtreitbares Heer zu ſchaffen. Der Befehlshaber den der kaiſerliche Hof ſich auserſah war dazu ſicherlich nicht berufen. Prinz Joſeph Friedrich von Sachſen-Hildburghauſen, der jüngere Sohn einer damals in ihren Finanzen zerrütteten Linie des erneſtiniſchen Hauſes, nahm in jungen Jahren öſterreichiſche Kriegsdienſte, ward katholiſch und heiratete nach des Prinzen Eugen Tode deſſen Nichte und Erbin Victorie von Savoyen. Unter Eugen hatte er ſich im lothringiſchen Kriege ausgezeichnet und behauptete die Gunſt Karls VI auch nachdem er in dem Türkenkriege von 1737 auffälliges Ungeſchick bewieſen hatte[1]. Während der früheren Kriege der Maria Thereſia hatte er nicht im Felde geſtanden, ſondern an der Militärgrenze und im Innern befehligt: aber die Kaiſerin war ihm gewogen und glaubte ihn zum Befehlshaber der Reichsarmee ganz geſchaffen. Denn er war einerſeits kaiſerlicher Generalfeldmarſchall und katholiſch, andererſeits aus einem reichsfürſtlichen und zwar evangeliſchen Hauſe entſproſſen. Seine früheren Misgriffe waren ihm ſo gut wie Neipperg verziehn, und die große Einbildung die er von ſich hatte und ſein hochfahrendes Weſen erweckten bei unkundigen die Meinung, daß ein ſolches Selbſtgefühl in bedeutenden Eigenſchaften ſeinen Grund haben müſſe. Als ein weiterer Vorzug erſchien es daß er an vornehmer Geburt, militäriſchem Rang und Dienſtalter dem franzöſiſchen General vorangieng, mit dem er zuſammen operieren ſollte.

[1] Vgl. Arneth Mar. Ther. früh. Regierungsj. II 166 ff.

Denn dahin waren die verbündeten Höfe von Wien und Versailles übereingekommen, daß mit den Reichstruppen vereint das französische Hilfscorps unter dem Prinzen Soubise Sachsen den Preußen abnehmen solle[1]. Soubise's Armee zählte dreißig Bataillone und zweiundzwanzig Schwadronen, zusammen 24000 Mann, und bestand zu einem Drittel aus fremden Soldtruppen, namentlich Schweizern und Deutschen. Es zeugt von dem großen Eifer des französischen Hofs für den deutschen Krieg, daß von den 237 Bataillonen und 226 Schwadronen des stehenden Heeres nur 57 Bataillone und 72 Schwadronen in Frankreich zurückblieben. Die französischen Regimenter gehörten nicht zu den besseren der Armee, denn diese waren schon anders verwendet. Die Disciplin war locker, die Verpflegung kostspielig, aber durch die Willkür und Unterschleife der Kriegscommissare oft mangelhaft; dazu war das Corps mit einer Überzahl von vornehmen Volontärs und unnützem Troß belastet. Soubise war durch seine Instruction vom 19 Juli angewiesen sich den Befehlen des Prinzen von Hildburghausen zu unterstellen, aber in dessen Abwesenheit das Commando über sämtliche combinierte Truppen zu übernehmen. Bei den weiteren bis zum October fortgesetzten Verhandlungen über die Dienstordnung ward daran festgehalten, daß Soubise in seiner Eigenschaft als Obergeneral der königlichen Armee immer der zweite nach dem General en Chef bleibe; in der That gehorchte er diesem trotz aller höflichen Redensarten nur so weit es ihm beliebte.

Die Reichs-Executionsarmee brach am 11 August von Fürth nach Thüringen auf, nachdem der Generalfeldmarschall am 7 August ein Disciplinspatent erlassen hatte, welches außer andern erbaulichen Vorschriften die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten anwies, sich zu befleißen alle Generale sonderlich aber ihre Offiziere vom Regiment, wohl kennen zu lernen[2]. Am 29 August war der Prinz Hildburghausen in Erfurt, wo Soubise mit den ersten

---

[1] Vgl. Correspond. du Card. de Bernis avec M. Paris du Verney. Londres 1790 II 64 f. vom 12 Juli.

[2] Kriegs-Canzlei 1757 III 295—313.

französischen Truppen am 25 August eingezogen war, und traf mit diesem Abrede über die fernere Disposition der combinierten Armee. Diese ward wesentlich bestimmt durch die Nachricht daß der König von Preußen von der Lausitz aufgebrochen sei und sich nach Thüringen in Marsch gesetzt habe.

Ein Vorspiel des Krieges hatte in Thüringen schon begonnen. Um die dortigen Reichsstände mit Contributionen den Regensburger Edicten gefügig zu machen und statt der Preußen in kursächsischen Gebieten Geld einzuziehen, ward Oberst Turpin von der Armee Richelieus mit seinem Regimente von 450 Reitern befehligt von Hessen aus bis in die Leipziger Gegend vorzurücken. Turpin führte seinen Auftrag unangefochten aus: am 17 August von Eschwege ausgeritten, kam er am 23 nach Weißenfels, am 26 nach Merseburg; seine Streifpartien drangen bis Zeitz und Borna südlich von Leipzig und bis Halle vor. Von der andern Seite her ließ Laudon, der mit seinen leichten Truppen bei Cotta dem Prinzen Moriz von Dessau gegenüberstand, die kursächsischen Erblande durchstreifen: ungarische Husaren kamen am 13 und wieder vom 21 August bis 2 September nach Grimma und Wurzen an der Mulde sowie nach Oschatz und machten die Communication zwischen Leipzig und Dresden unsicher[1].

Nach Empfang einer Botschaft von Turpin setzte sich Laudon am 29 August in Bewegung um mit dem französischen Oberst vereint einen Handstreich gegen Leipzig zu versuchen. Unterwegs erfuhr Laudon den Marsch des Königs von Preußen und beeilte

[1] Wegen des Interesses, das sich an Laudons Streifzug knüpft, und der Dürftigkeit der Nachrichten über denselben (vgl. Brodrück S. 364 f.) theile ich die aus einer handschriftlichen Chronik von Grimma entlehnten Angaben mit, welche ich Herrn Prof. Chr. G. Lorenz verdanke (vgl. v. dems. die Stadt Grimma. Leipz. 1864 S. 726). „Am 13 Aug. kamen etwa 50 ungarische Husaren nach Grimma und giengen nachmittags wieder zurück. Aug. 21 um Mittag kamen wieder etwa 2 Compagnien Husaren und ritten nach 5 Uhr nach Wurzen und Eilenburg und theils nach Oschatz. Sept. 1 kamen wieder 17 österreichische Husaren hieher und hielten vor dem Brückenthor, da ihnen die nöthigen Portiones und Rationes gereicht werden mußten. Sie giengen nach kurzem Aufenthalte nach Oschatz. Den 2 Sept. kam das gestrige österreichische Husarencommando von Oschatz und Strehla wieder hieher zurück und giengen mittags um

sich diesem einen Vorsprung abzugewinnen. Aber Turpin traf er nicht mehr an. Sobald dieser von Laudon die Meldung erhalten, daß die Preußen im Anzuge seien, begab er sich auf den Rückmarsch nach Thüringen und stieß, nachdem er Soubise Bericht erstattet hatte, wieder zur Armee Richelieus. Unter bewandten Umständen blieb Laudon nichts übrig als den Marsch der preußischen Armee zu beobachten und sich unter die Befehle des Prinzen von Hildburghausen zu stellen, der damit einen trefflichen General und ein vorzügliches Corps von 3500 Mann leichter Truppen zu seiner Verfügung erhielt.

Hildburghausen war nach empfangener Meldung der Ansicht, man müsse die Saale zu halten suchen und an diesem Flusse die noch im Marsche begriffenen Heeresabtheilungen vereinigen, also gerade das thun was König Friedrich wünschte. Soubise dagegen, der geringes Verlangen trug sich persönlich mit dem königlichen Feldherrn zu messen, bestand darauf bei Annäherung der Preußen nach Eisenach, wenn nicht weiter, zurückzugehn um dort die Armee zu concentrieren. So gieng der Marsch der Preußen, welche man im Weimarschen und in Erfurt freudig als Befreier empfieng, ungehindert von statten: am 13 September zogen sie in die Stadt Erfurt ein, welche Hildburghausen am 10, Laudon erst vormittags verlassen hatten. Die Besatzung von Erfurt zog sich auf die Citadelle Petersberg zurück und gieng ein Neutralitätsabkommen ein.

Die Reichsarmee und die französische bezogen ein Lager bei

---

12 Uhr nach Colditz zu." In Oschatz sind keine Aufzeichnungen erhalten. H. F. Bellger hist. Beschr. d. St. Colditz. Leipz. 1832 S. 243 erwähnt am 14 Aug. den Durchmarsch von ein paar hundert österreichischen Husaren durch Colditz, welche am 24 August mit 11 gefangenen Preußen zurückkehrten und am 25 nach Freiberg aufbrachen. Sie rückten am 31 Aug. wieder ein; abends 7 Uhr erschien Laudon selbst und um 10 Uhr folgten gegen 1500 Kroaten. Diese zogen sämtlich am 1 Sept. nach Borna, kamen aber schon den 2 Sept. von da wieder zurück und giengen weiter nach Freiberg zu. Ist die letzte Angabe richtig, so gehörten diese Truppen zu der Abtheilung des Oberstlieutenants Gerlichich, welche dem Marsche der Preußen zur Seite blieb und später in Thüringen wieder zu Laudon stieß. Laudon selbst gieng mit 1500 Mann von Borna westwärts. Brodrück 225 f. 230.

Eisenach und gewannen, nachdem sie vollständig beisammen waren, am 17 September eine Stärke von über 50000 Mann. Ihre Stellungen in dem gebirgigen Terrain waren der Art, daß Friedrich II sie mit einer viel schwächeren Macht nicht angreifen konnte: überdies hatte er zu besorgen daß Richelieu sich nach dem Halberstädtischen wende, wohin er schon vor der Convention von Kloster Zeven den Oberst Fischer und andere leichte Truppen geschickt hatte und daß der österreichische General Marschall von Bieberstein, der mit 15000 Mann bei Bautzen stand, etwas gegen die Mark Brandenburg unternehmen möge. Deshalb ließ König Friedrich am 14 September den Prinzen Ferdinand von Braunschweig, welcher seit 1755 Gouverneur von Magdeburg war, mit sieben schwachen Bataillonen, zehn Schwadronen Kürassieren und hundert Husaren nach dem Halberstädtischen aufbrechen[1]. Prinz Moriz von Dessau blieb mit zwölf Bataillonen und zehn Schwadronen vorläufig an der Saale, um die Verbindung mit der Elbe zu unterhalten und zur Vertheidigung der Mark näher bei der Hand zu sein. Friedrich selbst behielt bei Erfurt nur fünfzehn Bataillone und fünfundzwanzig Schwadronen, etwa 12000 Mann. Um die Feinde über seine geringe Stärke zu täuschen wechselte er öfters die Quartiere und schob die Truppen bald da bald dort vor. Falls die combinierte Armee vorrücken sollte, beabsichtigte er die abgesonderten Heerestheile an sich zu ziehn und eine Schlacht zu liefern.

Um der herzoglichen Familie einen Besuch zu machen und sich über die feindliche Armee näher zu unterrichten begab sich König Friedrich am 15 September in Begleitung des Prinzen Heinrich und anderer Generale mit der Vorhut nach Gotha. Dort ward er aufs freundlichste empfangen. Herzog Friedrich III hatte ein Bataillon Infanterie in hannöverschen Dienst gegeben und trotz der kaiserlichen Rescripte, welche ihm an Stelle von Kursachsen die kreisamtliche Ausschreibung der Beschlüsse des Reichshofraths und Reichstags zuwiesen, bis dahin beharrlich verweigert sich an irgend einer der gegen Preußen genommenen Maßregeln zu

[1] 1757 Sept. 13. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 33.

betheiligen. In diesem Verhalten ward der Herzog durch seine von Friedrich dem großen wegen ihres Geistes und ihres Interesses für Kunst und Litteratur besonders hochgeschätzte Gemahlin Luise Dorothea von Meiningen bestärkt[1]. Der König selbst kehrte abends mit seinem Gefolge in die Gegend von Erfurt zurück und bestellte zum Commandanten von Gotha Friedrich Wilhelm von Seydlitz, welchen er in Anerkennung der bei Kolin bewiesenen Bravour verhältnißmäßig jung — Seydlitz stand im siebenundzwanzigsten Lebensjahre — zum Generalmajor befördert hatte.

Die von Seydlitz befehligte Avantgarde bestand aus zwanzig Schwadronen, zusammen höchstens 2400 Pferden. Das Dragonerregiment Meineke von fünf Schwadronen und zehn Schwadronen von Seydlitz und Szekely Husaren[2] lagerten in und bei Gotha, fünf Schwadronen Dragoner, das Regiment Katt, über anderthalb Meilen entfernt bei Gamstädt an der Straße nach Erfurt.

Das Obercommando der combinierten Armee wollte der preußischen Reiterei, die weder Infanterie noch Geschütze mit sich führte, den Besitz von Gotha nicht vergönnen, sondern beschloß sie zu vertreiben und ihr Hauptquartier dorthin zu verlegen. Daher ging am 19 September ein Corps von 10000 Mann, bestehend aus österreichischer Cavallerie, Laudons Grenzern, leichten französischen Truppen, französischen und reichständischen Grenadieren, von Eisenach heran. Vor dieser Überzahl räumten die Preußen Gotha. Sobald aber Seydlitz sah daß der Feind ihm nicht sichtlich folge, machte er, verstärkt durch die inzwischen herangekommenen fünf Schwadronen Katt Dragoner wieder kehrt und attaquierte so kühn und so geschickt, daß in Gotha die Meinung

---

[1] Oeuvres de Frédéric IV 146 und die Briefe an die Herzogin XVIII die Markgräfin XXVII 1, 306.

[2] Eine Schwadron von dem (rothen) Husarenregimente des Obersten Alex. v. Seydlitz; die übrigen von dem (grünen) Regimente Szekely. Dieses bestand aus zehn Schwadronen; vermuthlich geleitete eine Schwadron den König zurück, der mit 21 Schwadronen nach Gotha aufgebrochen . Gesch. d. siebenj. Krieges hgg. v. gr. Generalstab I 357.

aufkam, der König von Preußen müsse in eigener Person mit seinem Heere zur Stelle sein. Unterdessen waren die Prinzen von Hildburghausen und Soubise mit ihrem Gefolge, in welchem sich die Prinzen von Baden-Baden, Baden-Durlach und Darmstadt, General Pretlak u. a. befanden, auf dem herzoglichen Schlosse angekommen und warteten der Zurüstung des Mahles, welches zu vierundzwanzig Gedecken im Tafelgemach befohlen war, als der Anmarsch der preußischen Armee gemeldet ward. Es hatte damit um so weniger auf sich, da die Stadt Gotha zu jener Zeit mit Wall und Graben umgeben war und das Schloß Friedenstein noch seine besondere Befestigung hatte; vor einem Handstreiche des Feindes also durfte man sicher sein. Aber die hohe Generalität zog es vor sich das Mittagsmahl zu versagen und eilte davon, nachdem sie stehendes Fußes in dem Zimmer der Herzogin einen kalten Imbiß genommen hatte. Ein paar Stunden später rückte Seydlitz wieder in Gotha ein und nahm mit seinen Offizieren als willkommene Gäste an der herzoglichen Tafel Platz, während die Mannschaften an zurückgelassener feindlicher Bagage reiche und lustige Beute machten[1].

Das Gefecht bei Gotha hatte für den Gang der Operationen keine entscheidende Bedeutung; schon zwei Tage darauf, am 21 September, zog König Friedrich seine preußische Avantgarde von Gotha zurück. Aber der Stimmung des preußischen Heeres gab es einen nachhaltenden Aufschwung. Das Obercommando der combinierten Armee hatte sich in seiner ganzen Kopflosigkeit bloßgestellt. Die preußische Reiterei dagegen faßte zu ihrer Leistungsfähigkeit und Überlegenheit volle Zuversicht und

[1] Mit Brodrücks kritischer Untersuchung dieser Vorgänge sind zu vergleichen die Auszüge aus dem Parolebuche der herzoglichen Garde du Corps i. d. wissensch. Beilage der Leipz. Zeitung 1860 Nr. 75 f. Ferner verdanke ich der gütigen Mittheilung des Herrn Generalmajors Heinrich von Seydlitz einen Plan der damaligen Befestigung der Stadt Gotha und des Friedensteins, eine handschriftliche Nachricht aus den Fourierbüchern des Hofmarschallamts (von der Brodrück S. 251 einen ungenügenden Auszug gibt) und (Pleißners) „ausführlichen und wahrhaften Bericht ꝛc." Baireuth 1759. 4° (der wahre Druckort ist Gotha).

erfüllte sich mit unbedingtem Vertrauen zu ihrem kühnen und genialen Führer, und König Friedrich erkannte in Seydlitz einen Reitergeneral, dem er die höchsten Aufgaben anvertrauen durfte.

Am Tage des Gefechts bei Gotha wurde ein österreichischer Courier aufgehoben, welcher Laudon das Generalmajorspatent überbringen sollte. Friedrich II überschickte Laudon das Patent durch einen Trompeter und ließ ihm dazu gratulieren. Ein gleiches geschah mit Nadasty's Bestallung als Banus von Croatien, welche mit der Equipage des Generals in der Lausitz von den Preußen erbeutet war.

Bald machte die combinierte Armee neue Anstalten sich in Marsch zu setzen. Auf die Nachricht davon räumte Friedrich am 28 September Erfurt und bezog erst ein Lager bei Buttelstädt, alsdann wenige Tage später am 3 October bei Buttstädt nördlich von Weimar. Hier wollte er abwarten, ob Hildburghausen und Soubise ihm eine Schlacht anbieten oder ob er in die Nothwendigkeit versetzt werde gegen Richelieu oder nach der Mark zu marschieren.

König Friedrich war in peinlicher Ungeduld, wie die Dinge sich entwickeln würden, ohne im Stande zu sein für jetzt den Knoten zu zerhauen. Nicht minder ungehalten waren die verbündeten Höfe über den langsamen Fortgang der mit großem Aufwande gegen Preußen eingeleiteten Operationen. Die Vorsicht von Soubise fand der französische Hof noch am ersten gerechtfertigt: um so unzufriedener war er mit dem Marschall v. Richelieu. Als dieser an d'Estrées Stelle zum Oberbefehlshaber der königlichen Armee ernannt wurde, versprach man sich von ihm eine rasche Durchführung des Feldzugsplans bis zur Belagerung von Magdeburg. Statt dessen kamen die Operationen in Stocken und in dem Heere, welches d'Estrées nach Westen zusammengehalten hatte, riß arge Unordnung ein. Richelieu klagte über den zunehmenden Mangel an Disciplin, über die Schwierigkeit der Verpflegung, die Nothwendigkeit dem erschöpften Heere Ruhe zu gönnen; endlich schloß er ohne alle Genehmigung die Convention von Kloster Zeven ab und begann nach Vernichtung der Befehle seines Hofs seine Truppen in einem weiten Umkreise in Cantonnements zu legen.

Kaum hatte Richelieu die Anordnungen zur Dislocation seines Heeres getroffen, als er die Meldung von dem Marsche des Königs von Preußen nach Thüringen erhielt, welche ihn bewog sich am 14 und 15 September mit mehr als 40000 Mann über Braunschweig und Wolfenbüttel nach Halberstadt in Marsch zu setzen. In dieser Gegend hatte indessen Prinz Ferdinand von Braunschweig die leichten französischen Truppen in einigen Gefechten geworfen: als die feindliche Hauptmacht herankam räumte er Halberstadt und zog sich nach Wanzleben zwei Meilen vor Magdeburg zurück. Am nächsten Tage dem 28 September besetzten die Franzosen Halberstadt. Streifpartien ihrer Truppen drangen in die Altmark vor, ja sie setzten unterhalb Magdeburgs über die Elbe und fielen in die Priegnitz ein; mehrere Landräthe wurden als Geiseln für die ausgeschriebenen Contributionen fortgeführt. Auf der andern Seite gieng später eine Abtheilung bis Bernburg und weiter vor. Auf ernstliche Operationen ließ sich Richelieu trotz der Weisungen seines Hofes nicht ein. Er nahm seinen Aufenthalt in Halberstadt, während die Truppen theils dort theils bei Gröningen Quedlinburg Oschersleben lagerten, und hatte keinen lebhafteren Wunsch als seiner Armee ruhige Winterquartiere zu verschaffen um sie in diesen für den nächsten Feldzug zu reorganisieren. Dies war allerdings dringend geboten. Denn die Mannschaften hatten stark gelitten und die Insubordination von oben bis unten nahm immer mehr überhand, ohne daß der Marschall ihr zu steuern wußte. Unverholen schrieb Richelieu am 3 October an Soubise, wie höchst verdrießlich es ihm sein würde, wenn der König von Preußen heranzöge um ihm eine Schlacht zu liefern, während seiner Armee Ruhe unentbehrlich sei. „Das Übermaß ihres Elends und ihrer Zucht„losigkeit rufen Reden und einen Ton hervor der erzittern macht. „Ich sage davon dem Hofe nicht den zehnten Theil, weil es „unnütz ist und weil ich nach angestelltem Versuche und nähere „Prüfung gesehen habe, daß für dieses Jahr keine Abhilfe mög„lich ist[1]."

[1] 1757 Oct. 3. Richelieu an Soubise. Stuhr Forsch. I 342. Ähnlich

Die Quartiere seiner Armee hoffte sich Richelieu durch eine Übereinkunft mit dem Könige von Preußen zu sichern. Er schrieb nämlich im Fürstenthum Halberstadt durch den Commissar de la Salle unerschwingliche Lieferungen aus und erklärte auf die Gegenvorstellungen der preußischen Beamten, das einzige Mittel dagegen sei ein Waffenstillstand bis zum 1 Mai; dann werde er den größten Theil der Armee zurückziehen und in dem ganzen Umfange der besetzten Landschaften von der Weser her in die Winterquartiere legen; ja er hoffe binnen dieser Zeit werde zum Frieden Aussicht sein. Die Proposition Richelieus ward am 1 October durch den Kriegsrath von Horst dem Prinzen Ferdinand hinterbracht, der unverzüglich dem Könige berichtete[1].

Friedrich II war über den Antrag erfreut und beauftragte den Prinzen Ferdinand die Sache ins klare zu bringen und eine Convention dahin abzuschließen, daß nicht bloß das Halberstädtische sondern alle preußischen Lande diesseit der Weser von ferneren Bedrückungen befreit blieben. Zugleich ward der Commissar de la Salle durch ein Schreiben des Marschalls Keith eingeladen nach Magdeburg zu kommen, unter dem scheinbaren Vorwande sich persönlich von der guten Behandlung der französischen Gefangenen zu überzeugen. Unterdessen hatte Richelieu schon am 10 October den halberstädtischen Kammerdirector Dietrichs direct an den König abgesandt, mit formulierten Vorschlägen, welche aber nur das Halberstädtische betrafen. Friedrich erklärte im wesentlichen seine Zustimmung, forderte jedoch daß außer dem Fürstenthum Halberstadt auch das Herzogthum Magdeburg, die Grafschaften Mansfeld und Hohenstein, ferner die Altmark Priegnitz und Uckermark in der Convention mitinbegriffen würden. Dem Prinzen Ferdinand gab er Vollmacht zur Unterzeichnung, zugleich mit dem Befehle binnen vierundzwanzig Stunden nach Empfang der von Richelieu unterschriebenen Übereinkunft nach Wittenberg

---

schreibt er an Stainville am 8 October: parmi toutes les misères de cette armée qui ont enfanté le désordre le plus effroyable, le ton et l'indiscipline qui ne peuvent pas se croire. Beil. II 91.

[1] S. die Actenstücke Westphalen II 63 ff. Vgl. Stuhr I 137 ff. Corresp. du M. de Richelieu en 1756—1758. Londres 1789 S. 242 ff.

und Herzberg aufzubrechen um zur Deckung Berlins gegen die Österreicher mitzuwirken.

Auf die weitergehende Forderung des Königs von Preußen gieng Richelieu nicht ein, sondern hielt daran fest die Convention auf das Fürstenthum Halberstadt zu beschränken. Für dieses wurden die Zahlungen und Lieferungen an die französischen Magazine festgestellt, dagegen sollten alle Feindseligkeiten in demselben aufhören und die Bode von den beiderseitigen Truppen nicht überschritten werden. Die Dauer der Convention wurde bis zum 15 April angesetzt. Obgleich eine wesentliche Absicht des Königs nicht erreicht war, unterzeichnete Prinz Ferdinand dennoch am 18 October die Convention[1], weil ihm die Nachricht zugegangen war, daß am 16 October der österreichische General Haddick Berlin besetzt habe, und sah mit höchster Spannung dem von Richelieu gezeichneten Exemplare entgegen, bis dieser ihn am 21 October benachrichtigte, daß er zur Unterzeichnung erst die Ermächtigung seines Hofes abwarten müsse.

Richelieu hatte ohne Vollmacht der französischen Regierung die Convention von Kloster Zeven abgeschlossen und hinterher die vom 12 September datierten Instructionen empfangen, welche die zu Kopenhagen eingeleitete Verhandlung tadelten und ihm vorschrieben alle ihm gemachten Vorschläge nur entgegenzunehmen um davon seiner Regierung Bericht zu erstatten[2]. Dennoch wurde sein Verfahren gutgeheißen und belobt, aber mit der Weisung in jedem künftigen Falle keine Convention auf eigene Hand zu unterzeichnen ohne vorher zu berichten und keine Unterhandlung, welche nicht rein militärisch sei, abzuschließen, ohne zuvor

[1] Die Propositionen von Richelieu, Halberstadt den 10 October, und die auf königlichen Befehl Naumburg den 13 October von Eichel dazu gemachten Bemerkungen s. Westphalen II 104 ff.; den danach von Prinz Ferdinand aufgestellten Entwurf der Convention (d. d. Halberstadt d. 16 October) S. 91 f. und die von Richelieu schließlich festgestellte Fassung, Halberstadt d. 17 Oct., S. 88 ff. Zugleich wurde ein Cartell über Auswechselung der gefangenen verabredet. S. 98.

[2] 1757 Sept. 12. Fontainebleau. Bernis an Richelieu. Beil. II 78. Vgl. o. S. 384.

königliche Instructionen und Befehle dazu empfangen zu haben[1]. Deshalb hatte der Marschall in diesem Falle seine Absicht, durch eine mit den Preußen abzuschließende Convention die Winterquartiere und die Verpflegung seines Heeres sicher zu stellen, dem Ministerium gemeldet und die königliche Genehmigung seines Verfahrens nachgesucht. Diese aber wurde nicht ertheilt. Der Wiener Hof hatte aus den Verhandlungen Richelieus mit preußischen Beamten Argwohn geschöpft[2] und that was er konnte um sie zu hintertreiben. Als daher Bernis Starhemberg von den Plänen Richelieus in Kenntniß setzte, legte der österreichische Gesandte so entschiedenen Widerspruch ein, daß der französische Hof um ihn zu beruhigen die Versicherung gab die Convention nicht genehmigen zu wollen. Jedoch ward zur Entscheidung über die Winterquartiere ein außerordentlicher Commissar, Generallieutenant de Crémille, mit königlicher Vollmacht abgesandt.

Mittlerweile hatte Richelieu bereits am 8 October einer schon früher erhaltenen Weisung gemäß zwanzig Bataillone Infanterie und achtzehn Schwadronen unter dem Befehle des Duc de Broglie über Nordhausen nach Mühlhausen zur combinierten Armee abgeschickt und ließ andere Abtheilungen den Rückmarsch in die ihnen bestimmten Winterquartiere antreten. Sowohl von diesen Bewegungen der französischen Truppen als von der Verzögerung des Abschlusses der Convention setzte Prinz Ferdinand am 21 October König Friedrich in Kenntniß und erhielt darauf den Befehl ungesäumt nach Berlin aufzubrechen, eine Bestimmung welche noch während seines ersten Marsches am 24 October dahin abgeändert wurde, daß Ferdinand sein kleines Corps schleunigst nach Leipzig führen solle, wo er am 28 October beim Könige eintraf. Schon vorher war an den Kammerdirector Dietrichs der Befehl erlassen das von dem Prinzen Ferdinand unterschriebene Exemplar der Convention zurückzuschicken. Dieser that es um so bereitwilliger, da die Franzosen inzwischen im Halber-

[1] 1757 Sept. 20. Bernis an Richelieu. Stuhr F. I 129 f.

[2] Vgl. 1757 Nov. 23. Dec. 3. Stainville an Richelieu. Mém. du M. de Richelieu IX 211. 213. 214. Stainville schreibt u. a. votre négociation — a produit un esprit diabolique ici contre vous.

städtischen so arg fouragiert geplündert und gewüstet hatten, daß der ursprüngliche Zweck der Übereinkunft, die Landschaft vor Erpressungen zu schützen, gänzlich verfehlt war.

Jetzt aber kamen die Franzosen von neuem auf die Convention zurück. Zwar blieb der Kriegsminister Paulmy dabei stehen, daß er auf die militärischen Gründe zur Rechtfertigung der Convention nicht eingehen wolle, da die Politik es verbiete die Genehmigung zu ertheilen[1]. Aber die Militärs kümmerten sich wenig um die politischen Bedenken des Hofs. General Crémille, der am 4 November in Halberstadt ankam, erklärte sich mit allen von Richelieu vorgeschlagenen Maßregeln einverstanden, namentlich genehmigte er auch auf Grund seiner Vollmachten den Abschluß der Convention. Demgemäß beschied Richelieu am 5 November den Kammerdirector Dietrichs zu sich um die Auswechselung vorzunehmen. Als dieser erklärte, die Convention sei seit dem 31 October nicht mehr in seinen Händen, gerieth der französische Marschall in heftige Aufregung und trug ihm auf sofort an den Prinzen Ferdinand zu berichten. Dietrichs that was ihm befohlen war, fügte aber die Erklärung hinzu, mit einer Übereinkunft unter den früher verabredeten Bedingungen könne jetzt dem Lande nicht mehr gedient sein. Damit hatte die halberstädtische Verhandlung ein Ende. Ohne eine Antwort abzuwarten brach Richelieu am 6 November mit dem Hauptquartier nach Braunschweig auf und empfieng dort die Botschaft von Soubises Niederlage bei Roßbach.

Die mit Richelieu geführten Unterhandlungen boten dem Könige Friedrich die Gewähr, daß ein weiteres Vordringen der französischen Hauptarmee außer Frage sei. Aber noch gab er die Hoffnung nicht auf die combinierte Armee zum Schlagen zu bringen. Kriegsrath wurde bei dieser genug gehalten um zu erwägen, auf welche Weise die ihr gestellte Aufgabe, das Kurfürstenthum Sachsen von den Preußen zu befreien, zu lösen sei Der Prinz von Hildburghausen wollte die Offensive ergreifen und brachte Soubise so weit, daß am 27 September die Befehl

[1] Stuhr F. I 147 aus Paulmy's Schreiben vom 21 u. 30 October.

zum Abmarsche aus den Lagern bei Eisenach erlassen wurden. Am 1 October stand die Armee bei Gotha, die Vorhut unter dem Grafen von St. Germain in Erfurt.

Über die ferneren Operationen wurde am 2 October Kriegsrath gehalten. Soubise hatte von dem Kriegsminister Paulmy die Anzeige empfangen, daß Richelieu befehligt sei der Armee in Thüringen nach Bedürfniß Truppen zu Hilfe zu schicken. Dabei hob der Minister hervor, wie wichtig es sei den König von Preußen so weit wie möglich von Dresden zu entfernen und fügte hinzu: „der König ist überzeugt, daß Sie zu viel auf „Ihren Ruhm geben um ohne Noth sich dem zweifelhaften Aus„gange einer Schlacht auszusetzen." Auch Belleisle war der Meinung, daß dem Könige von Preußen nichts unbequemer sei als wenn die combinierte Armee jeder Schlacht ausweiche[1]. Aber dieser Ansicht gemäß zu handeln ohne den Zweck des ganzen Feldzugs zu verfehlen war nur unter der Bedingung möglich, daß die österreichische Hauptarmee gegen die Elbe und die Mark ihre Kraft richtete. Da das nicht geschah, sondern die Österreicher nach Schlesien giengen, wäre wenn die combinierte Armee in Unthätigkeit verharrte König Friedrich ungestört Herr von Sachsen geblieben.

Daher der Widerstreit der Befehlshaber. Soubise wollte nichts wagen, sondern nur den Schein retten; schrieb er doch am 27 September an Paulmy: „das wichtigste ist, daß wir den „Augenblick wahrnehmen den König von Preußen zu verfolgen, „wenn er sich von Erfurt zurückzieht, damit wir sagen können „daß wir ihn zum Rückzug gezwungen haben. Im übrigen be„dürfte es wenn wir etwas ausrichten wollen der Hilfe von „Richelieu." Im Kriegsrathe widersprach Soubise jeder offensiven Bewegung und forderte den Abmarsch der Armee nach Langensalza und an die Unstrut, um die von Richelieu zu erwartenden Verstärkungen aufzunehmen. Hildburghausen dagegen verwarf den Seitenmarsch an die Unstrut schon aus dem Grunde,

[1] S. Stuhr I 185 f. die Auszüge aus Briefen von Paulmy und Belleisle vom 19 September 1757.

viertausend Mann. König Friedrich vermuthete daß nicht bloß das ganze Marschallsche Corps gegen Berlin in Marsch sei, sondern daß auch die Schweden dies Unternehmen unterstützen würden. Von diesen war noch im September ein Corps unter dem General Lieven in die Uckermark eingerückt und trieb dort Fouragelieferungen und eine Contribution von 200000 Thalern ein. Den Oberbefehl hatte am 9 October der Feldmarschall Freiherr von Ungern-Sternberg übernommen und den bisher preußischen Pommern angekündigt, daß sie hinfort keine andere Souveränetät als die der Krone Schweden anerkennen sollten, welche nach dem Rechte der Waffen ein unstreitiges Recht auf ihren Gehorsam und ihre Unterwerfung erlangt hätte[1]. Aber es hatte bei den stolzen Worten sein Bewenden. Ungern-Sternberg war im Frieden ergraut und kannte keine größere Sorge als ja keinen Schritt zu thun, der ihm den Kopf kosten könne. Bei ihm war an eine Offensive nicht zu denken. Um keine Verantwortung zu tragen berief er wegen der geringsten Kleinigkeit den Kriegsrath und war jederzeit nur auf sicheren Rückzug bedacht[2].

Den Zug nach Berlin führten die Österreicher keineswegs mit dem erforderlichen Nachdruck aus. Es waren nicht mehr als 3400 Mann mit vier Geschützen, welche unter dem Befehle des Feldmarschalllieutenants Andreas Haddick sich von der Lausitz in Marsch setzten. Berlin hatte als Besatzung nur fünf Bataillone Landmilizen, nicht viertausend Mann an der Zahl. Wären diese dem Feinde entgegengegangen, so hätten sie ihn zurückschlagen mögen: zur Vertheidigung der weitläufigen Residenz reichten sie nicht aus. Am 16 October gegen Mittag trafen die Österreicher vor der preußischen Hauptstadt ein, erstürmten das schlesische Thor und drangen in die Köpenicker Vorstadt ein. Zwei Bataillone warfen sich ihnen entgegen und wurden zusammengehauen. Mit den übrigen Truppen geleitete der Commandant Generallieutenant von Rochow die Königin und die Minister nach Spandau und ließ dem kaiserlichen General melden, daß er die Stadt geräumt

[1] Heldengesch. IV 804.

[2] Montalembert corresp. I 10. 21 f. 38. 47. 69.

und seiner Discretion überlassen habe. Haddick forderte von dem Magistrate als Ablösung von der Plünderung eine Brandsteuer von 500000 Thalern und 100000 Thaler für seine Truppen. Darauf wurden ihm nach einigen Stunden 185000 Thaler als Abschlagszahlung überbracht: auf den Rest der Contribution wartete Haddick nicht. Er hatte die Nachricht erhalten, daß Prinz Moriz von Anhalt am 14 October bei Torgau die Elbe passiert habe, und trat daher noch vor Tagesanbruch am 17 October den Rückmarsch über Storkow und Beeskow nach der Lausitz an. Aus Berlin führte er 426 Gefangene und sechs Fahnen als Beute mit sich: geblieben war auf österreichischer Seite der General Baboczay und wenige Mannschaften. So gieng die Kriegsgefahr diesmal leichter als befürchtet war an Berlin vorüber[1].

Am folgenden Tage, den 18 October, zog Prinz Moriz in Berlin ein, wo er bis zum 21 October stehen blieb. König Friedrich war am 18 October in Torgau. Von dort marschierte er nach Annaburg und Herzberg um die Rückkehr des Prinzen Moriz abzuwarten und alsdann über Görlitz auf die belagerte Festung Schweidnitz zuzuziehen, da der Stand der Dinge in Schlesien von Tage zu Tage bedenklicher wurde. Berlin stärker zu besetzen war Friedrich nicht im Stande; daher ordnete er an daß die königliche Familie und die Minister sich für die nächste Zeit zu größerer Sicherheit nach Magdeburg begeben sollten. Unter diesen Umständen traf am 23 October von Keith die Meldung ein, daß die Reichsarmee nebst den Franzosen nach der Saale vorrücke. Dies änderte Friedrichs Plan. „Weil diese „Leute sich jetzt herauswagen," schrieb er umgehend an den Feldmarschall, „so schmeichle ich mir, daß indem ich ihnen entgegen„gehe es zu einer Schlacht kommen wird, durch welche ich sie „von mir abschütteln werde." Dem Prinzen Ferdinand befahl er über Halle nach Leipzig zu marschieren: eben dorthin brach er selbst auf und Prinz Moriz folgte in Eilmärschen nach. Am

[1] S. Haddicks Berichte vom 18 und 19 October 1757. Danziger Beyträge III 467 ff.; einen Berliner Bericht S. 340 ff.

27 October war die königliche Armee, 31 Bataillone und 45 Schwadronen, zusammen 24000 Mann, bei Leipzig vereinigt um die Reichsexecutionsarmee aus dem Felde zu schlagen.

Denn mit der Execution gedachte der kaiserliche Hof jetzt Ernst zu machen, sowohl auf dem Reichstage als im Felde. Die Klagschriften hatten sich bei den Reichshofraths- und Reichstagsacten zu Stößen gehäuft. Auf die sächsischen Denkschriften folgte in erster Reihe eine Klage von Kaunitz über den Einmarsch preußischer Truppen in seine Grafschaft Rietberg in Westfalen[1], später klagte Kurköln über den Einmarsch der hannöverschen Truppen in das Münstersche und Paderbornsche[2]. Preußen dagegen erhob Klage über den völkerrechtswidrigen Einfall französischer Truppen in die preußischen Lande und ersuchte den Reichstag sich des Königs als eines Reichsmitstandes kräftigst anzunehmen und die Krone Frankreichs zu vermögen, nicht bloß jene Lande zu räumen sondern auch den verursachten Schaden zu ersetzen[3]. Das gleiche geschah nach dem Einrücken schwedischer Truppen in das preußische Vorpommern[4]. Dazwischen wurden neue Beschwerdeschriften des kursächsischen Gesandten über die Ausbeutung des Landes durch die preußischen Militärbehörden angebracht, und ein kaiserliches Commissionsdecret vom 8 Juli eröffnete dem Reichstage die Beschwerde der Königin von Polen, und forderte auf Grund derselben die Reichsstände auf werkthätig alles dahin beizutragen, damit die übermüthigen stets angehäuften Vergehungen des in der Empörung befangenen und in solcher immer weiter greifenden Königs von Preußen Majestät in die Schranken der Gesetze zurückgebracht werden mögen[5].

Aber es wurde ein noch mächtigeres Rüstzeug gegen den König von Preußen hervorgeholt. Um die lästigen Beschwerden

[1] Reichshofrathsconclusa v. 26 u. 28 April u. 26 August. Kriegs-Canzley 1757 II 418 ff. III 266 ff.

[2] Vorstellung d. churcölln. Gesandtschaft vom 16 Juli 1757 ebend. III 100 ff.

[3] Chur-brandenb. Gesandtschafts-Memoriale d. d. 30 April, dictato 10 Mai 1757 eb. II 824 ff.

[4] Sept. 29. dict. Oct. 13 III 857 ff.

[5] Ebend. II 1008 ff. III 34 ff. III 3 ff.

und Proteste des preußischen Gesandten abzuschneiden und der Execution gehörigen Nachdruck zu geben schien das sicherste Mittel, König Friedrich in des Reiches Bann und Acht zu thun. Den Antrag darauf setzte der kaiserliche Reichshoffiscal Emilian Gottfried Helm Wien den 31 März 1757 auf: die Citation selbst erließ Kaiser Franz mit der Gegenzeichnung des Reichsvicekanzlers Grafen Colloredo am 22 August dahin: „also heischen „und laden Wir Ihn, Churfürsten zu Brandenburg, von Römisch-„Kaiserlicher Macht, auch Gerichts- und Rechts wegen hiemit „ernstlich, und wollen daß derselbe innerhalb zwey Monaten dem „nächsten nach Insinuir- oder Verkündigung dieser Unser Kai-„serlichen Ladung — selbst oder durch einen gevollmächtigten „Anwald an Unserm Kaiserlichen Hof, welcher Orten derselbe „alsdann seyn wird, erscheine, um zu sehen und zu hören daß „er, Churfürst zu Brandenburg, ob erzehlter Ursachen wegen — „in Unsere und des Reichs-Acht, mit Verlustigung aller von Uns „und dem Reich habenden Lehen, Gnaden, Privilegien, Expecta-„tiven und Freyheiten mit Urthel und Recht gesprochen und erkläret „werde, oder aber erheblich beständige Ursachen, ob er einige „hätte, warum sothane Erklärung nicht geschehen solle, dargegen „in Rechten fürzubringen und darauf der Sachen und allen deren „Gerichts-Tägen und Terminen bis zum Beschluß und endlichen „Entscheid abzuwarten." Das merkwürdige Schriftstück schloß mit den Worten: „Darnach weiß Er, Churfürst, sich zu richten[1]."

Jüngst erst hatte Plotho von neuem Verwahrung eingelegt, daß die zwischen dem König von Preußen und dem Wiener Hofe entstandenen Kriegswirren keineswegs vor die Reichsgerichte

---

[1] Die amtliche Ausgabe trägt den Titel: Citatio ad videndum et audiendum, se declarari in poenam Banni Imperii et privari omnibus feudis, Juribus, gratiis, Privilegiis et expectativis in Sachen den gewaltsamen Königlich-Preußischen, Chur-Brandenburgischen Einfall in die Königl. Böhmisch-Churfächsische Lande, auch weitern Anzug in die Reichs-Lande betreffend, in specie Fiscalis Imperialis aulicus contra den König in Preußen, als Churfürsten zu Brandenburg. Wien den 22 Augusti 1757. Wien, Prag und Triest, zu finden in den Trattnerischen Buchhandlungen 1757. 4° (48 Seiten). Abgedruckt Kriegs-Canzley 1757 III 542 ff.

gehörig seien, indem S. Königliche Majestät als ein Souverän und gekröntes Haupt von Ihren Handlungen niemanden in der Welt, wer es auch sei, Rede und Antwort in solchen Fällen zu geben verbunden sei[1]. Die Verwahrung gegen den Misbrauch des kaiserlichen Namens und der Reichsgerichte als Waffen in dem Kriege, in welchem das habsburgisch-lothringische Haus das königliche Haus von Preußen bekämpfte, ward nicht allein von den Verbündeten Preußens als wohlbegründet angesehen, sondern nicht minder von einer großen Zahl anderer Reichsstände beider Confessionen, welche fürchteten daß nach der Erniedrigung Preußens der kaiserliche Hof auch sie in drückende Unterthänigkeit versetzen und seinen Sonderzwecken vollends dienstbar machen würde.

Dieses Widerstreben deutscher Reichsstände vermochte den Wiener Hof seine Schritte nicht zu übereilen, sondern sie ganz nach seinen kriegerischen Erfolgen zu bemessen. Bereits am 12 Juli 1757 waren durch ein im Namen der Kaiserin Königin erlassenes Patent sämtliche Schlesische Landeseinwohner als ihre Unterthanen und Vasallen der allerhöchsten Gnade und landesmütterlichen Schutzes versichert worden[2]; am 21 September entbot Maria Theresia selbst den getreuen Ständen, Unterthanen und Einwohnern ihres Erb-Herzogthums von Ober- und Niederschlesien so wie ihrer Grafschaft Glatz Heil und Gnade und rief sie zu patriotischem Eifer in dem ihren Truppen zu leistenden Beistande auf. Zugleich ließ die Kaiserin zu Regensburg und an den befreundeten Höfen die Erklärung abgeben, daß sie durch das Königlich Preußische Betragen sich von aller Verbindlichkeit der Breslauer, Berliner, Reichsgarantie und Aachischen Tractaten frei achte und alle Rechte der Souveränetät über Schlesien und Glatz wiederhergestellt habe[3]. Im October endlich ward Haddicks Zug nach Berlin angeordnet und dem Prinzen

[1] Chur-brandenb. Pro Memoria d. d. 30 Juli 1757. Kriegs-Canzley 1757 III 94 ff.

[2] Danziger Beytr. III 50 ff. Kriegs-Canzley III 157 ff.

[3] Danziger Beyträge III 462 ff. Das K. K. Patent auch Kriegs-Canzley III 632 f.

von Hildburghausen befohlen ohne weiteres Säumen über die Saale nach Kursachsen vorzudringen. Damit schien auch der Zeitpunct gekommen zu sein mit der Achtserklärung Ernst zu machen.

Am 8 October erließ der Reichshoffiscal an den kaiserlichen Notarius Aprill zu Regensburg das dienstliche Ersuchen die fiscalische Citation vom 22 August dem kurbrandenburgischen Gesandten Freiherrn von Plotho zu insinuiren. Am 14 October begab sich zu dem Ende Aprill mit zwei Zeugen in die Wohnung des Gesandten und leitete die Citation mit einigen Worten ein. Plotho nahm die Actenstücke aus den Händen des Notars. „Nachdem nun hochgedachter Freyherr von Plotho die Citationem fiscalem eingesehen und deren Formalia ihm zu Gesicht gekommen, solche von ihm gelesen und vernommen worden, hat Se. Excellenz sich anfänglich entfärbet und kurz hiernach etwas mehrers entzündet, bald darauf aber, da er mit Attention in die Citationem fiscalem eingesehen und betrachtet, sind Se. Excellenz, Freyherr von Plotho, in einen heftigen Zorn und Grimm gerathen, und also zwar, daß dieselbe sich nicht mehr stille zu halten vermocht, sondern mit zitternden Händen und brennendem Angesicht, beyde Arme in die Höhe haltend, gegen mich aufgefahren, dabey auch die Fiscal-Citation nebst dem Apponendo annoch in seiner rechten Hand haltend, in diese Formalia wider mich ausgebrochen: „Was, du Flegel! insinuiren?“ Ich antwortete hierauf: „Dieses ist mein Notariat-Amt, deme ich nach„zukommen habe.“ Dessen aber ungeachtet fiel mich Er, Freyherr von Plotho, mit allem Grimme an, ergriffe mich bey denen vorderen Theilen meines Mantels, mit Vermelden: „Willst du „es zurück nehmen?“ Da mich nun dessen geweigert, stoßte und schob er sothane Citation, benebst dem Apponendo, vorwärts zwischen meinen Rock mit aller Gewalt hinein, und da er, mich annoch bey dem Mantel haltend, zum Zimmer hinausgedrücket, rufte er zu denen zwey vorhanden gewesenen Bedienten: „Werfet ihn über den Gang hinunter!“ Welche aber an diesem Actu selbsten ganz verhaftet, nicht wußten was sie eigentlich thun sollten, sondern haben nur mich samt denen zwey

Zeugen zurück begleitet und aus dem Hause uns zu verfügen genöthiget." So meldet der Notarius Aprill in dem Protocoll, welches er nebst seinen beiden Zeugen unterschrieben und besiegelt hat[1].

Dieser Vorgang machte verdienter Maßen zu Regensburg und im ganzen Reiche das größte Aufsehen; nicht bloß in Preußen sondern aller Orten jubelte das Volk über den kurzen Proceß, den der preußische Gesandte mit der Achtserklärung gemacht, und Plothos Namen war seitdem in aller Munde. Goethe hat uns geschildert mit welcher Gunst Plotho, „ein kleiner gedrungner, mit schwarzen Feueraugen hin und wieder blickender „Mann", sieben Jahre später von der zur Kaiserkrönung in Frankfurt aus allen Gegenden Deutschlands versammelten Menge aufgenommen wurde. „Aller Augen waren auf ihn gerichtet, „besonders wo er ausstieg. Es entstand jederzeit eine Art von „frohem Zischeln, und wenig fehlte, daß man ihm applaudirt, „Vivat oder Bravo zugerufen hätte[2]." Solch ein Vorurteil hatte das Volk für den Mann gefaßt, der als Vertreter des Königs von Preußen den erstarrten Formeln der kaiserlichen Kanzlei Hohn sprach, als der österreichische Hof sie nicht im Dienste der Nation, sondern für seine Sonderinteressen von neuem zu handhaben unternahm.

Der Reichshofrath that nichts um das Gespött von sich abzuwehren. Am 27 October faßte er den Beschluß, nachdem der kurbrandenburgische Gesandte von Plotho die kaiserliche Citation dem zur Insinuation gebrauchten Notario wieder aufgedrungen, die geschehene Insinuation zwar für hinlänglich anzunehmen, solche aber annoch in Regensburg zur gemeinkündigen Wissenschaft affichieren zu lassen. Demnach wurde der Magistrat von Regensburg angewiesen das Original der kaiserlichen Ladung an

[1] Amtliche Ausgabe: Notariats-Instrument, aufgesetzt von Georg Matthias Joseph Aprill, betreffend die fiscalische Citation Sr. Majestät des Königs von Preußen, als Chur-Fürstens von Brandenburg ꝛc. ꝛc. Stadt am Hof 1757. 4° (8 SS.). Abgedruckt Kriegs-Canzley 1757 III 946 ff. Preuß Fr. d. gr. II 397 ff.

[2] Goethe WW. Ausg. l. H. XXIV 289 f.

das Rathhaus anzuschlagen. Endlich sollte der kaiserliche Hofsiscal gegen Plotho wegen seines respectvergessenen Betragens excitiert werden[1]. Plotho versäumte natürlich nicht gegen die „zudringliche und illegale" Insinuation am 29 November in bester Form Rechtens zu protestieren[2].

Damit hatte dieses Zwischenspiel vorläufig ein Ende. Der kaiserliche Hof überzeugte sich, wie wenig Anklang er mit der beabsichtigten Achtserklärung im Reiche fand; auch der französische Hof mahnte ab[3]. Dazu kam in Wien noch das sachliche Bedenken[4], daß wenn der König von Preußen in die Reichsacht gethan werde, die Reichsstände verlangen könnten, über die Vertheilung seiner Länder mitgehört zu werden und die Reichsconstitutionen darauf anzuwenden. Diese entsprachen aber den Absichten des Wiener Hofs mit nichten. Denn in der Wahlcapitulation hatte Kaiser Franz I sich förmlich verpflichtet: „was „dem in die Acht erklärten abgenommen wird, das sollen und „wollen wir uns und unserem Haus nicht zueignen, sondern es „soll dem Reich verbleiben, vor allen Dingen aber dem be„leidigten Theil daraus Satisfaction geschehen." Ferner war bestimmt, daß bei verwirkten Gütern des Ächters den seines Verbrechens in der That nicht theilhaftigen Agnaten an ihrem Successionsrecht in Lehen und Stammgüter nicht präjudiciert sein solle[5]. Durch diese Satzungen sah man sich in willkürlicher Verfügung gar sehr beschränkt und zog es vor die Wirkungen der Acht, ohne sie ausdrücklich zu verhängen und demnach ohne Einreden der Reichsstände, doch zu Gunsten von Österreich und Sachsen eintreten zu lassen. Außerdem mochte man sich nicht verhehlen daß zwischen den verdammenden Beschlüssen und den Thaten der Executionsarmee eine zu weite Kluft liege, und daß

---

[1] Kriegs-Canzley 1757 III 845 f.

[2] Ebend. III 959 ff.

[3] 1757 Nov. 8. Versailles. Bernis an Stainville.

[4] Nov. 19. Wien. Stainville an Bernis u. das beigefügte Mémoire sur l'idée de faire procéder actuellement au ban de l'Empire.

[5] Wahl-Capitulation I J. K. M. Frantz I v. J. J. Moser. Frankf. 1745. I 75 Art. XX § 6 u. 8.

es nicht gerathen sei durch die Ausschließung des preußischen Gesandten den König von Preußen und seine Verbündeten dahin zu drängen, sich vom Reichstage förmlich loszusagen und ein engeres Bündniß unter sich zu bilden. So lange aber der König von Preußen seiner Stimme am Reichstage nicht förmlich beraubt sei, schien es auch nicht zweckdienlich Plotho von Regensburg wegzuweisen, denn alsdann werde ein anderer Minister kommen, der vielleicht einsichtsvoller und gewandter und demzufolge gefährlicher wäre als er. Daher wurde das Achtsverfahren stillschweigend vertagt[1], und Plotho behauptete seinen Platz in Regensburg, „denen sämtlichen anwesenden fürtreflichen „Gesandtschaften zu beständigem Wohlwollen und Freundschaft „sich bestens empfehlend[2].

Bereits stand König Friedrich im Reiche als Sieger da.

Der Wiener Hof hatte längst mit allen Kräften auf die Offensive der combinierten Armee gedrungen um die Preußen aus Sachsen zu vertreiben. Darüber, daß dies als eine Hauptaufgabe des diesjährigen Feldzugs betrachtet werden müsse, war auch Stainville mit Kaunitz völlig einverstanden und veranlaßte daß österreichischerseits die nöthigen Vorbereitungen getroffen wurden, um sobald als Soubise herankomme bei Pirna eine Schiffbrücke über die Elbe zu schlagen[3]. Auf Grund der gepflogenen Besprechungen verfaßte Kaunitz eine vom 6 October datierte Denkschrift, welche die bisherigen Erfolge aufzählte und vorschlug, daß Richelieu sich von Halberstadt nach Torgau aufmachen möge: alsdann werde der König von Preußen sich über die Elbe zurückziehn oder gegen Richelieu wenden. „In beiden „Fällen," fuhr Kaunitz fort, „kann Soubise in größter Schnellig„keit in die Gegend zwischen Pirna und Dresden rücken und „General Marschall sich mit ihm verbinden; alsdann werden „beide vereinigt im Stande sein Dresden und vielleicht auch „Torgau und Wittenberg einzunehmen; ist dies erreicht dann

[1] 1757 Dec. 5. Versailles. Bernis an Stainville.

[2] Schlußworte des Churbrandenburgischen Gesandtschafts-Pro Memoria v. 29 Nov. 1757.

[3] Stuhr I 201 f. (aus Stainvilles Bericht vom 5 October 1757).

„hat man genug gethan und kann Winterquartiere beziehen. „Während dies alles vorbereitet wird, mag um den österreichi„schen Truppen Beschäftigung zu geben Haddick einen Zug nach „Berlin unternehmen[1].“ Stainville billigte diesen Plan, aber sah nach wie vor eine Bedingung seines Gelingens darin, daß die Österreicher von Schlesien her dazu mitwirkten. Deshalb beantragte er in einem Schreiben an Kaunitz vom 17 October, daß General Marschall von dem Prinzen Karl mit 12000 Mann verstärkt werde. Jedoch umsonst. Als Stainville am 18 October sein Begehren im Namen des Königs von Frankreich persönlich der Kaiserin vortrug, erhielt er den mündlichen Bescheid, daß es unmöglich sei dem General Marschall aus Schlesien Truppen zu schicken[2].

So blieb also der Armee von Hildburghausen und Soubise überlassen zu thun was sie vermochte. Nach Empfang der Denkschrift von Kaunitz und der aufmunternden Schreiben von Stainville schienen beide Feldherrn einmüthig zum Vorgehen entschlossen, und der gleichzeitig gemeldete Abmarsch des Königs von Preußen bestärkte sie in diesem Entschlusse. Die Vortruppen unter St. Germain setzten sich am 13 October über Weimar nach der Saale in Bewegung: am 16 October brach Hildburghausen mit dem Hauptcorps der Reichstruppen von Langensalza auf. Am nächsten Tage übernahm Soubise zu Mühlhausen den Befehl über das von Richelieu gesandte Hilfscorps. Diese Truppen erschienen freilich in einer Verfassung, welche die Zustände der französischen Hauptarmee im schlimmsten Lichte zeigte, ohne Zelte, ohne Proviantwagen, ohne Artillerie und Munition, die meisten so abgerissen daß man sie erst mit frischen Kleidern und Schuhen versehen mußte[3]. Um das Fuhrwesen zu organisieren wurden weit und breit von den Franzosen in Thüringen Wagen und Gespanne aufgetrieben und damit die Zufuhren der Reichstruppen unterbrochen.

[1] Stuhr I 199 f.
[2] Stuhr I 213 f.
[3] Westphalen II 129. Luynes XVI 241. Brodrück S. 282.

Es war natürlich daß die ohnehin sehr mäßige Kampfbegier Soubise's durch die solchergestalt empfangene Verstärkung nicht besonders angefeuert wurde. Zwar bei der Conferenz, die er am 19 und 20 October zu Erfurt mit Hildburghausen hatte, lauteten seine Reden vortrefflich; er sprach von nichts als von dem Winterfeldzuge: aber man wußte schon was man davon zu halten hatte. Die Reichsarmee gieng in den nächsten Tagen über die Saale, und Laudon, der in Zeitz stand — nur noch mit 800 Mann, denn die Mehrzahl seiner Kroaten und Grenzer hatte er nach Ablauf ihrer Dienstzeit entlassen müssen —, erhielt Befehl zu ihrem linken Flügel zu stoßen. Von den Franzosen waren leichte Truppen bei der Vorhut, andere Abtheilungen zogen nach Naumburg und Weißenfels, aber die französische Hauptmacht blieb auf dem linken Saalufer zurück.

Bis zum 25 October rückte die Reichsarmee gegen Leipzig vor: Laudon kam nach Lützen und schickte Streifpatrouillen um Leipzig herum in der Richtung von Eilenburg. Andere Scharen erreichten Zwenkau und Markkleeberg: ganz in der Nähe von Leipzig, bei Connewitz, scharmuzierten ungarische Husaren mit den Preußen. Man erwartete bestimmt die Einnahme von Leipzig und Laudon machte deshalb dem Oberfeldherrn die dringendsten Vorstellungen, aber vergebens. Hildburghausen that nichts weiter als daß er zweimal am 24 und am 25 October an den preußischen Feldmarschall Keith die Aufforderung richtete die Stadt zu übergeben. Keith täuschte sich darüber nicht, daß er mit seinen wenigen Truppen, ohne Munition, Leipzig gegen einen Angriff nicht halten könne: aber in Erwartung der Ankunft des Königs beschloß er das äußerste zu thun und wies daher die Capitulation mit der Erklärung zurück, daß er den Reichsgeneral für den der sächsischen Stadt verursachten Schaden verantwortlich mache. Hildburghausen, bereits von dem Marsche des Königs von Preußen unterrichtet, wollte nicht zum Angriffe schreiten ohne der Theilnahme Soubise's an den Operationen im Osten der Saale sicher zu sein, und diese blieb ihm versagt. Während darüber verhandelt wurde empfieng Soubise am 29 October die königlichen Befehle, welche ganz im Sinne seiner wiederholten Berichte ihn

anwiesen seine Truppen auf das rechte Saaluser zurückzuziehen und seine Winterquartiere zwischen Halle und Bernburg zu nehmen; von Bernburg ab sollten sich die Bode entlang Richelieu's Winterquartiere anschließen[1]. Leichte Truppen sowohl von Richelieu's als von der combinierten Armee kamen in diesen Tagen nach Halle und brandschatzten. Die Verbindung mit Richelieu glaubte man leicht unterhalten zu können, denn dieser hatte sich jüngst bereit erklärt nöthigesfalls außer den früher gesandten Verstärkungen noch weitere an Soubise abzugeben.

Damit war die Einheit in den Zwecken der combinierten Armee wieder aufgehoben. Soubise hielt sich nunmehr verpflichtet allein auf die Sicherheit seiner Quartiere Bedacht zu nehmen: Hildburghausen dagegen empfieng aus Wien einen Courier nach dem andern mit der Aufforderung vorzurücken und zu schlagen[2]. Freilich konnte er jetzt nicht daran denken in den Ebenen von Leipzig den Preußen eine Schlacht zu liefern. Schon drängte Seydlitz mit der preußischen Avantgarde und warf am 29 October die Vorposten bei Lützen: auf allen Puncten zogen Franzosen und Reichstruppen über die Saale zurück.

König Friedrich hatte, nachdem sein nächster Zweck Leipzig zu entsetzen erreicht war, den durch die raschen Märsche erschöpften Truppen einige Tage Rast gegönnt. Am 31 October gieng es wieder vorwärts. Die eine Colonne führte er selbst nach Weißenfels, die andere Feldmarschall Keith nach Merseburg; dieser entsandte den Prinzen Ferdinand von Braunschweig mit einigen Regimentern nach Halle, von wo die feindlichen Truppen nach Zerstörung der Brücke abgezogen waren. Bei Weißenfels wurde der Übergang über die Saale streitig gemacht; Prinz Georg von Darmstadt stellte sich an die Spitze einiger französischer Grenadiercompagnien und hielt mit diesen die anrückenden Preußen so lange auf, bis die bedeckte Holzbrücke in Brand gesetzt war. Wie bei Weißenfels und Halle wurde auch bei Merseburg die

[1] Vgl. Stuhr I 357 ff. 223. Westphalen II 130. Mouvem. des armées du Roi 1757 I 168.

[2] 1757 November 7. Weimar. Hildburghausens Bericht an den Kaiser. Urkdbuch 301.

Saalbrücke zerstört. Weitere Versuche den Preußen den Übergang zu wehren wurden nicht gemacht: nachdem neue Brücken geschlagen waren, giengen sie den 3 November an den gedachten drei Puncten ungehindert über die Saale und vereinigten sich abends bei Braunsdorf an der Straße von Weißenfels nach Merseburg, eine Meile südöstlich von dem Lager der combinierten Armee.

Denn diese war wieder vereinigt. Tags zuvor hatte Soubise nach Beschluß seines Kriegsraths das Hauptquartier von Merseburg nach Mücheln verlegt und sein Heer bei diesem Orte lagern lassen. Hildburghausen führte seine Truppen aus dem Lager vor Weißenfels ebendorthin um mit den Franzosen in Verbindung zu bleiben, obgleich er es als zweckmäßiger erkannte bis über die Unstrut zurückzugehen, da ein Theil der Reichstruppen, durch den Marsch der Preußen auf Weißenfels zur oberen Saale abgedrängt, ein anderer von ihm selbst nach Kösen und Freiburg dirigiert, erst jenseit der Unstrut wieder zu ihm stoßen konnte.

Werfen wir einen Blick auf die Örtlichkeit, in welcher die Heere einander gegenüberstanden. Die große Straße von Leipzig nach Frankfurt führt am rechten Saalufer über Weißenfels und Naumburg, überschreitet die Saale bei Kösen und wendet sich über Eckartsberga nach Weimar. Diese Straße hatten beide Heere verlassen und sich auf das linke Ufer gezogen, auf einen Terrainabschnitt, der nach Südwesten durch die von der goldenen Aue herkommende Unstrut begrenzt wird, welche bei Naumburg in die Saale fließt, im Süden und Osten durch die Saale, welche von Naumburg bis Merseburg einen weiten Bogen bildet, der sich nach Nordwesten öffnet. Die von Merseburg ausgehenden Straßen nach Weißenfels Naumburg und Freiburg an der Unstrut sind Sehnen dieses Bogens. Es ist ein wellenförmiges Hügelland, Ausläufer der nordthüringischen Grenzplatte, welche von dem Merseburger Flachlande nach der Unstrut und nach Nordwesten zu mehr und mehr sich erhebt. An dem höheren Rande der Platte nahmen die Franzosen und Reichstruppen ihr Lager, mehr in der Tiefe die Preußen. Die nächste Verbindung der letzteren gieng rückwärts nach Nordost auf Merseburg; für

westlich hinter der combinierten Armee lag Freiburg mit der Unstrutbrücke.

Während der Nacht vom 3 zum 4 November nahm die combinierte Armee südlich von Mücheln eine Stellung, deren rechter Flügel, aus Reichstruppen gebildet, sich auf die Höhe von Branderode stützte und durch Verhaue noch mehr befestigt ward. In der Frühe des nächsten Morgens setzte König Friedrich sein Heer in Bewegung um die feindliche Stellung zu recognoscieren und wo möglich anzugreifen, aber er fand sie so stark und die Terrainschwierigkeiten so erheblich, daß er den Plan an diesem Tage zu schlagen aufgab. Jedoch gieng er nicht wieder auf Braunsdorf zurück, sondern bezog südwestlich von diesem Orte näher an den Feind zwischen Bedra und Roßbach ein Lager, in der Absicht die Bewegungen der Gegner zu beobachten und wenn sie aufbrächen ihren Nachtrab anzufallen.

Daß Friedrich II am 4 November mit seinem Heere in Schlachtordnung heranmarschierte und ohne einen Kampf zu wagen sich zurückzog, erfüllte die Befehlshaber und die Truppen der combinierten Armee, namentlich die Franzosen, mit hoher Zuversicht. Sie sandten den Preußen Kanonenschüsse nach, die Trommeln wirbelten, die Pfeifen und Trompeten schmetterten, als gälte es einen Sieg zu feiern, und man besorgte nur, das kleine Häuflein möge sich aus dem Staube machen ehe es zur Schlacht komme. Auf dieser bestand jetzt Hildburghausen: da es offenbar sei daß der König von Preußen die überlegene Armee nicht angreifen werde, müsse man ihn angreifen und schlagen. Ihn bestärkte in seinem Entschlusse der sächsische General von Dyherrn, der um eine Schlacht zur Befreiung Sachsens auszuwirken in das Hauptquartier gesandt war.

Es war nicht zu leugnen daß man der preußischen Armee, deren Aufmarsch und deren Lager von der höheren Stellung der combinierten Armee übersehen ward, eine doppelte Truppenzahl entgegenstellen konnte. Friedrich II hatte nicht mehr als etwa 22000 Mann mit 72 Geschützen. Dagegen war von der Reichsarmee allerdings nur der kleinere Theil zur Stelle, etwas über 10000 Mann mit 30 Geschützen, aber Soubise hatte seine Re-

gimenter meiſtens beiſammen, ungefähr 33000 Mann mit 79 Geſchützen. Wenn man überhaupt ſich mit den Preußen meſſen wollte, ſo mußte es jetzt geſchehen. Ein längeres Abwarten war wenigſtens für die Reichstruppen unmöglich: für ſie konnte es ſich nur um eine Schlacht oder unverzüglichen Rückzug handeln, denn ihre von allem Anfang an ſchlechte Verpflegung war durch den Saalübergang bei Weißenfels völlig geſtört. Lebensmittel waren in Erfurt Jena und andern Orten aufgehäuft, aber es fehlte an Transportmitteln, und man wußte in jenen Gegenden nicht wo die Truppen zu ſuchen ſeien. So kam es daß dieſe, während ſie bei naßkalter Herbſtwitterung in dürftiger und abgeriſſener Bekleidung Tag und Nacht in Bereitſchaft ſtanden, ſeit fünf Tagen kein Brot hatten und Hunger und Durſt litten. Kein Wunder daß unter ihnen die ärgſte Unordnung einriß und daß ſie gegen das Landvolk die ſchlimmſte Ungebühr trieben. Beſſer ſtand es bei den Franzoſen, aber auch ihnen wurden die Lebensmittel knapp.

Den Vorſtellungen Hildburghauſens und mehr noch dem ſtürmiſchen Verlangen ſeiner eigenen Offiziere gab Soubiſe nach: die Schlacht ward für den folgenden Tag, den 5 November, beſchloſſen. Der von dem franzöſiſchen Generalſtabe gebilligte Plan des Reichsfeldmarſchalls gieng dahin, das preußiſche Lager, welches in der Fronte durch den Leibebach gedeckt war, auf der linken Flanke zu umgehen und durch die Feldflur von Reichertswerben anzufallen. Dieſer Plan war gut ausgedacht, aber er konnte nur dann gelingen, wenn er mit größter Vorſicht und Präciſion ausgeführt wurde. Denn während die Armee um die Preußen zu überflügeln in einem weiten Bogen ſüdlich um das preußiſche Lager herummarſchierte, bot ſie ihre linke Flanke ungedeckt dem Stoße eines feindlichen Angriffes dar. Es galt einen ſolchen möglichſt lange vorauszuſehen und zu dem Ende das vorliegende Terrain ſorgfältig zu recognoſcieren, um bei Zeiten aus den Marſchcolonnen eine Schlachtlinie formieren und dem Angriffe die Spitze bieten zu können, da in dieſem Falle ihrer überlegenen Stärke keine Gefahr drohte. Dies ward jedoch verabſäumt. Nur das eine geſchah um die beabſichtigte Umgehung

zu verdecken, daß St. Germain mit seiner Division, acht Bataillonen und zwölf Schwadronen, frühmorgens die Höhe zwischen Branderode und Schortau in der Fronte des preußischen Lagers besetzte und eine Kanonade eröffnete. Um die Verbindung zwischen diesem Corps und der marschierenden Armee zu unterhalten rückten Laudons Grenzer auf die Höhe hinter Almsdorf gerade westlich von Roßbach und plänkelten von dort mit den preußischen Vorposten. Hildburghausen sandte noch zwei Regimenter nach Freiburg um den Übergang über die Unstrut und die Verbindung mit seinen weiter zurückstehenden Truppen zu sichern. Für einen Rückzug war keine Sorge getragen und kein Sammelplatz bestimmt, wie Laudon sagt[1] „vermuthlich aus der Ursach, „weil unsere starke Armee, die dem Feind weit überlegen war, „nothwendiger Weise einen guten Ausgang hoffen ließ."

Die Vorbereitungen zur Schlacht, so weit man deren zu bedürfen glaubte, waren getroffen, das Lager der combinierten Armee war längst in Bewegung und in Erwartung weiterer Befehle: aber Stunde auf Stunde vergieng, bis Hildburghausen neue Bedenken Soubise's überwunden hatte. Endlich nach eilf Uhr setzte sich das Heer in Marsch: voran Hildburghausen mit den beiden kaiserlichen Kürassierregimentern und der übrigen deutschen Reiterei, dazu zehn französische Schwadronen, bei denen sich der Duc de Broglie und der Marquis de Castries befanden. Dann folgte die französische Infanterie in zwei langen Parallelcolonnen, zwischen ihnen auf dem Fahrwege die Artillerie; dahinter französische Reserveinfanterie und Cavallerie. Etwas weiter zurück, rechts von den französischen Truppen, marschierte die Reichsinfanterie mit ihren Geschützen.

So war man bei dem Dorfe Pettstädt angelangt, gerade südlich von dem preußischen Lager, als Broglie sich zu Soubise begab und den Vorschlag that für diesen Tag keinen Angriff mehr zu unternehmen, sondern in der Flanke der Preußen, rechts an Reichertswerben angelehnt, ein Lager zu beziehen. Das

[1] 1757 November 7. Gera. Laudons Bericht an Karl von Lothringen. Beobachtungen 312.

leuchtete Soubise ein: er gebot Halt, rief seine Generale zusammen und sandte zu Hildburghausen um ihn von dem gefaßten Entschluß in Kenntniß zu setzen. Hildburghausen war außer sich; er eilte zu Soubise und rief in barschem Tone aus: „so seid „ihr Herren Franzosen; wenn der Feind vorrückt zieht ihr euch „zurück, und wenn es sich darum handelt gegen ihn zu mar„schieren, macht ihr Halt.“ Auch Dyherrn machte dem französischen General die lebhaftesten Vorstellungen. Während dieses Gesprächs kam Broglie's Bruder Graf Revel von der Spitze der Avantgarde hergeritten und versicherte daß außer einigen Husaren von dem Feinde keine Katze zu sehen sei. In demselben Augenblicke — es war nach halb drei Uhr Nachmittags — brach das preußische Heer auf und die Reiterei schlug die Straße nach Merseburg wie zum Rückzuge ein. Jetzt widerstand Soubise dem Ungestüm der in ihn dringenden Generale nicht länger: es wurde beschlossen so schnell als möglich dem abziehenden Feinde zu folgen. Hildburghausen Soubise Broglie sprengten nach der Spitze der Reiterei vor, auch die Fußtruppen verdoppelten ihre Schritte, die französischen Reserven drängten sich zwischen die Marschcolonnen und die Artillerie, unter Siegesjauchzen gieng es vorwärts, denn das preußische Heer schien überflügelt und das Manöver gelungen. Die Cavallerie ließ Reichertswerben rechts und ritt auf den gegenüberliegenden Janushügel zu, mehrere hundert Schritt vor der Infanterie voraus, welche Reichertswerben noch nicht erreicht hatte. Da brachen die Preußen hervor.

König Friedrich hatte keinen Angriff vermuthet. In dem Aufmarsche von St. Germain sah er nur eine Deckung für den Rückzug nach der Unstrut, und als die feindliche Armee in Bewegung kam, hielt er einen Theil seiner Truppen bereit um die abziehende Arrieregarde anzugreifen. Das Heer trat noch nicht unter die Waffen. Die Zelte blieben aufgeschlagen. Die Soldaten kochten ab. Indessen, während der König bei Tafel saß, sah der Flügeladjutant Hauptmann Gaudy von dem Oberboden des Schlosses von Roßbach, daß die feindliche Armee nicht die Straße des Rückzugs nach Freiburg verfolgte, sondern nach Pettstädt abschwenkte, offenbar in der Absicht die preußische Stellung

zu umgehen. Dieſer Meldung, welche ſeiner Vorausſetzung widerſprach, ſchenkte der König keinen Glauben und verwies ſie dem Adjutanten in ungnädigen Ausdrücken. Jedoch auf Gaudy's Betheuerung ſich nicht geirrt zu haben, ſtieg er ſelbſt mit Keith, Ferdinand von Braunſchweig, Seydlitz und dem Prinzen Heinrich hinauf. Anfangs ſah er nur die Reiterei und blieb bei ſeiner Meinung, es ſei ein Recognoſcierungsdetachement, bald aber kamen auch die Infanteriecolonnen zum Vorſchein: es war klar daß der Feind die preußiſche Armee in der Flanke angreifen wolle. Auf der Stelle war Friedrichs Entſchluß gefaßt dieſen Angriff ſich nicht entwickeln zu laſſen, ſondern während des Aufmarſches die Feinde in Front und Flanke anzugreifen. Schon hatte Seydlitz ſatteln laſſen, denn ihm, dem jüngſten Generalmajor, übertrug der König für dieſen Tag das Commando über die geſamte Reiterei. Die Soldaten beobachteten in höchſter Spannung den Anmarſch der Feinde und warteten des Befehls. Jetzt ward das Signal zum Aufbruch gegeben. „In weniger als zwei Minuten „lagen alle Zelte, als wenn ſie auf dem Theater mit einer Schnur „gezogen wären, auf der Erde, und die Armee war in vollem „Marſche[1].“

Der Abmarſch, durch die Anordnung des Lagers vorbereitet, geſchah nach dem linken Flügel hin: voran Seydlitz mit der Reiterei in zwei Treffen, hierauf die Infanterie, ebenfalls in zwei Treffen, rechts neben ihr das ſchwere Geſchütz. Um St. Germain zu beobachten, der in ſeiner Stellung ſich nicht rührte, ließ König Friedrich den Oberſt Mayr mit ſeinem Freibataillon und einigen Schwadronen bei Schortau halten. Der Marſch begann wie in der Richtung nach Merſeburg: dann wurde rechts abgeſchwenkt. Ein nach beiden Seiten ſanft abfallender Rücken, deſſen höchſte Spitze der Janushügel heißt, verdeckte dieſen Flankenmarſch dem Feinde vollſtändig.

[1] Aus dem Briefe des darmſtädtiſchen Regierungsraths Mollinger vom 8 Nov. 1757. Brodrück 115. Auch franzöſiſche Berichte verglichen das Abbrechen des Lagers mit einer décoration d'opéra. Geſch. d. ſiebenj. Kriegs hgg. v. d. gr. Generalſtab I 366.

Nach halb vier Uhr kam man an den Feind. Das Geschütz fuhr auf den Janushügel hinauf und eröffnete von der Höhe herab das Feuer: gleichzeitig ließ Seydlitz zum Angriff blasen und sprengte hinter der Höhe hervor mit dem Rufe Marsch Marsch seinen Reitern voran in gestrecktem Galopp gegen die rechte Flanke der feindlichen Reiterei. Diese ganz unvermuthet überfallen suchte aus ihren Colonnen heraus aufzumarschieren; die österreichischen Kürassiere nahmen den Stoß der Preußen kräftig auf und schlugen mehrere Attaken zurück: auch ein paar französische Regimenter, vom Marquis de Castries geführt, betheiligten sich am Gefechte. Sofort ließ Seydlitz auch sein ganzes zweites Treffen vorgehen und warf damit die feindliche Reiterei in Verwirrung hinter Reichertswerben. Dort schien sie sich nochmals setzen zu wollen, unterstützt durch acht Schwadronen, welche Soubise von der Reserve herbeigerufen hatte; aber vor einem neuen Angriffe der Preußen wirbelte alles durch einander, kaiserliche französische und Kreisreiterei, und suchte in wilder Flucht das weite. Seydlitz verfolgte eine Strecke, dann gebot er Halt und ließ die Schwadronen sich von neuem formieren.

Unterdessen hatten Soubise und Hildburghausen, der selbst leicht verwundet war, sich zurückbegeben um die Infanterie zur Schlacht zu ordnen. Die Artillerie wickelte sich mühsam zwischen den Marschcolonnen heraus und begann den preußischen Geschützen zu antworten: das französische Fußvolk, zusammengedrängt wie es war, suchte sich in Bataillonscolonnen zu formieren: zur Deckung zog Soubise den Rest der Cavallerie von der Reserve heran. Alle diese Bewegungen geschahen schwerfällig und ohne Ordnung, denn es gebrach an kriegerischer Zucht und pünktlichem Gehorsam: eben noch so übermüthig verloren jetzt Mannschaften und Offiziere durch das preußische Feuer und die Niederlage der eigenen Cavallerie alle Fassung. Die preußische Infanterie marschierte über den Janushügel her und schwenkte links ein an Reichertswerben vorüber auf die feindliche rechte Flanke, mit ihr gieng die von dem Obersten Karl Friedrich von Moller befehligte Artillerie vor und unterhielt ein lebhaftes Feuer. Französische Regimenter von altberühmtem Namen, voran die Bri-

gabe Piemont, schienen ihrem Angriffe stehen zu wollen, aber als die ersten sieben Bataillone der Preußen, vom Prinzen Heinrich geführt, auf vierzig Schritt herankamen und durch ihr rasches Gewehrfeuer und die Kartätschensalven die vordersten Glieder zusammenstürzten, wandte die Brigade den Rücken und mit ihr das ganze französische Fußvolk. Es war nicht möglich ein Bataillon wieder vorzuführen, jegliche Ordnung hörte auf, Cavallerie Artillerie Infanterie alles durch einander wich zurück.

Bereits waren auch die Reichstruppen, welche vollends nicht zum Aufmarsch kamen, im Rückzuge begriffen: die trierschen und fränkischen Regimenter feuerten, sobald sie die Cavallerie fliehen sahen, ihre Gewehre in die Luft ab und warfen sie weg. Auf dieses Knäuel des Rückzuges stieß Seydlitz mit seinen Reitern und machte die Auflösung vollständig. Die Schweizerbrigade Wittemer versuchte sich gegen seinen Angriff zu setzen, wurde aber zersprengt und größtentheils gefangen. Die Fuhrknechte an den Geschützen schnitten die Stränge durch und ritten davon: in unaufhaltsamem Gedränge flüchteten die verworrenen Massen über Freiburg und die Unstrut. Nur ein paar Regimenter blieben in leidlicher Ordnung, von den deutschen das kaiserlich würzburgische und darmstädtische Regiment, von den französischen die Brigade la Mark und einige Schweizerregimenter: die übrigen bildeten einen wirren Haufen, in dem nicht zwei Mann vom selben Regiment beisammen waren. Nach Freiburg marschierten auch Laudon und St. Germain mit seinem vorgeschobenen Corps, welches der Schlacht müßig zugesehen hatte. Die Preußen verfolgten die fliehenden nur eine kurze Strecke: mit einbrechender Finsterniß machten sie Halt und lagerten die Nacht unter den Waffen. Das rettete die Flüchtlinge: „unser größtes Glück war, allergnädigster Herr," berichtete Hildburghausen an den Kaiser[1], „daß es Nacht ge„worden ist, sonsten wäre, bei Gott, nichts davon gekommen."

Der Verlust der Preußen bestand in 165 todten und 376 verwundeten, darunter drei todte und zwanzig verwundete Offi-

[1] 1757 Nov. 7. Weimar. Brodrück S. 303. Vgl. Mollingers Brief S. 116 f. Mitchell Papers I 289. Oeuvres de Frédéric IV 154.

ziere. Der Verluſt der combinierten Armee läßt ſich auch mit annähernder Genauigkeit nicht angeben, da viele Mannſchaften aus der Flucht nach der Heimat entliefen oder bei den Preußen Dienſte nahmen. Nach preußiſchen Angaben blieben 700 todt und 2000 verwundet; fünftauſend Gefangene, darunter über zweihundert Offiziere, 72 Geſchütze, Fahnen Standarten und viel Bagage waren die Beute der Sieger[1]. Unter den gefallenen war Graf Revel, der ſo eifrig zur Schlacht angetrieben hatte: auf preußiſcher Seite waren Seydlitz und Prinz Heinrich verwundet. König Friedrich dankte dem Heere und zeichnete Seydlitz durch die Verleihung des ſchwarzen Adlerordens und die Beförderung zum Generallieutenant und zum Chef des bisher von ihm befehligten Rochowſchen Cüraſſierregiments aus.

Fünftes Capitel.

Eindruck der Schlacht bei Roßbach. Aufhebung der Convention von Kloſter Zeven.

Am Abend der Schlacht bei Roßbach ſchrieb Friedrich der große an ſeine Schweſter von Baireuth um ſie an ſeiner Freude theilnehmen zu laſſen. „Siehe da nach ſo viel Unfällen, Dank „dem Himmel, ein günſtiges Ereigniß; und man wird davon „ſagen, daß 20000 Preußen 50000 Franzoſen und Deutſche „geſchlagen haben. Nun werde ich in Frieden ins Grab ſteigen, „da der Ruf und die Ehre meiner Nation gerettet iſt. Wir „können Unglück erfahren, aber wir werden nicht entehrt ſein[2].“

[1] Vgl. Brodrück 312. 351 f. Der franzöſiſche Bericht bei Weſtphalen II 133 gibt den Verluſt des franzöſiſchen Heeres auf 6069 Mann an, worunter 491 Offiziere; ein anderer (Mouvemens des armées du Roi 1757 I S. 309) auf 6400 Mann, worunter 514 Offiziere, 63 Kanonen, 15 Standarten, 7 Fahnen ꝛc.

[2] Oeuvres de Frédéric XXVII 1, 310 f. Friedrich ſchrieb auch an

Dieſe Siegesfreude durchdrang nicht bloß das preußiſche Heer und Volk und ſie ward nicht bloß von den verbündeten Engländern getheilt, ſondern ſie erfüllte alle deutſchen Lande, und die Franzoſen ſelbſt ſtimmten in die Bewunderung des preußiſchen Königs und ſeines Heeres ein. „Das Misgeſchick zeigte „den König größer ſtolzer als er je geweſen war“ heißt es in einem Berichte aus dem franzöſiſchen Hauptquartier[1]. Sowohl dieſer als andere Berichte franzöſiſcher Offiziere über die ſchmähliche Niederlage die ſie erlitten wiſſen die Disciplin des unvergleichlichen preußiſchen Heeres und die meiſterhaften Manöver, durch welche König Friedrich ſie aus dem Felde geſchlagen, nicht genug zu rühmen.

Im franzöſiſchen Volke war es nicht anders. So widerwärtig war ihm der Krieg, den die Pompadour und ihr Geſinde angezettelt hatte, daß man in den geſelligen Kreiſen, auf den Promenaden, in den Theatern offen für Preußen Partei nahm und daß die wenigen, welche es mit dem Hofe hielten, kaum laut davon reden durften[2]. Zwar ſuchte man die Schuld der Niederlage auf die Verbündeten zu werfen, wie Soubiſe an den Kriegsminiſter ſchrieb: „vor allem gilt es die Ehre der Nation „in etwas zu retten und das Unglück auf die Reichstruppen zu „ſchieben. Unſere Dispoſition war meiner Meinung nach ſehr „gut; der König von Preußen hat uns nur nicht die Zeit ge„laſſen ſie auszuführen[3]“. Die öffentliche Meinung ließ ſich dadurch nicht irren, ſondern ſah die Schuld da wo ſie war, in den Höflingen welche Weibergunſt an Poſten ſtellte, zu denen männliche Geſinnung und erprobte Einſicht erforderlich war.

Weit höhere Schadenfreude empfand man in Deutſchland. Die Franzoſen vom Obergeneral bis zum gemeinen Soldaten herab hatten auf die Reichstruppen und die Bevölkerung hoch-

ſeine Gemahlin die Königin (il est nuit close, demain nous poursuivons l'ennemi jusqu'à l'Unstrut).

[1] 1757 Nov. 20. Duderſtadt Weſtphalen II 129. In den Mouvemens des armées du Roi 1757 I 792 trägt der Bericht das Datum des 17 Nov.

[2] Duclos mém. secr. II 147. 185 (Petitot LXXVII).

[3] 1757 Nov. 10. Nordhauſen. Soubiſe an Paulmy. Stuhr I 378.

müthig herabgesehen, überall das beste Theil für sich genommen, Bürger und Bauern geplagt und mishandelt: namentlich zuletzt im Kursächsischen Dörfer ausgeplündert, verbrannt und Kirchen geschändet: was Wunder, daß man jetzt jubelte ihren Hochmuth zu Falle gebracht zu sehen. Man erzählte sich, daß im Getümmel ein preußischer Husar einen Franzosen verfolgte: ein Österreicher kam ihm zu Hilfe. „Deutscher Bruder," rief der Preuße, „laß „mir den Franzosen." „Nimm ihn" war die Antwort. Das war die Stimmung in dem verbündeten Heere. Und das ganze Volk fühlte sich darob erhoben, daß ein deutscher König mit seinem Heere den Fremden die Schärfe des deutschen Schwertes gewiesen hatte. Der Zauber des französischen Namens war gebrochen, die deutsche Ehre war gerächt. Mit Friedrichs Bilde schmückte sich jede Hütte, sein Name lebte in aller Munde, an seinen Thaten richtete sich das Selbstgefühl des Volkes auf; sie gaben nach Goethes Wort der deutschen Poesie den ersten wahren und höheren eigentlichen Lebensgehalt. So dichtete später der Schwabe Schubert:

Als ich ein Knabe noch war
Und Friedrichs Thatenruf
Über den Erdkreis scholl;
Da weint' ich vor Freude über die Größe des Mannes,
Und die schimmernde Thräne galt für Gesang.

Als ich ein Jüngling ward
Und Friedrichs Thatenruf
Über den Erdkreis immer mächtiger scholl;
Da nahm ich ungestüm die goldne Harfe,
Drein zu stürmen Friedrichs Lob.

Wo so viel Empfänglichkeit war, mochten selbst Gleims Kriegslieder eines preußischen Grenadiers, so wenig sie vom lebendigen Volksliede in sich hatten, tausende von Lesern finden, vielfältig abgeschrieben, ja gesungen werden. Was von echtem Gesange das deutsche Volk damals allein besaß, die geistlichen Lieder erklangen auch im preußischen Heere und rüsteten es mit frischem Muthe aus. Als die preußischen Regimenter am 4 November in Schlachtordnung auszogen, stimmten sie Paul Gerhards

Morgenlied an „Wach auf mein Herz und singe". Dann hörte man sie singen „In dich hab' ich gehoffet Herr", und hernach gieng der Marsch weiter fort unter dem Liede „Es woll' uns „Gott genädig sein[1]".

Die Freude über den Sieg der Preußen war darum nicht geringer, daß mit den Franzosen auch die Reichstruppen geschlagen waren. Denn in den damaligen Reichsbehörden und dem Reichstage sah das deutsche Volk nicht mehr seine Vertretung und in der Reichsexecutionsarmee nicht sein Heer. Daß diese zusammengestoppelten Bruchtheile von Contingenten an den preußischen Heeressäulen zerstoben, galt als ein Schritt zum Umsturze des veralteten und verfallenen Gebäudes: je vollständiger damit aufgeräumt wurde, um so eher konnte man auf einen besseren Neubau hoffen.

Und es schien ein Ende nehmen zu müssen. „O der Schande", schrieb Mollinger am Abend nach der Schlacht nach Darmstadt, „schlecht habe ich mir es alle Zeit voraus vermuthet, aber doch „so gar schlecht nicht[2]." Die erste Flucht gieng nach Freiburg. Hier besprachen Hildburghausen und Soubise, daß die Franzosen die Unstrut und die Reichstruppen die Saale besetzen sollten. Aber da war kein Halten. Ohne sich irgendwo zu sammeln flüchteten die Franzosen in aufgelösten Haufen auf verschiedenen Wegen durch Thüringen westwärts bis hinter das Eichsfeld, ja bis Hessen zurück, Soubise über Laucha, Wiehe, Sachsenhausen, Nordhausen nach Duderstadt, wohin Richelieu ihm Verstärkung sandte. Dort fieng man endlich an so weit es gehen wollte die Armee zu reorganisieren. Die Reichsarmee, welche die an der Schlacht nicht betheiligten Regimenter aufnahm, schlug die Richtung nach Arnstadt ein. Für den 6 November war Eckartsberga zum Hauptquartier bestimmt. Aber Nachmittags um 4 Uhr erscholl der Ruf: „die Preußen kommen", und sofort war die ganze Armee wieder auf den Beinen und marschierte die Nacht

[1] Ad. Müller, die Schlacht b. Roßbach 1857 S. 49 aus dem Missivenbuche des Predigers Jo. Schieriz zu Neumark.

[2] Brodrück 111.

durch nach Weimar. Von dort gieng es unaufhaltsam weiter über den Thüringerwald nach dem Bambergschen. „Der König „in Preußen," schrieb Hildburghausen von Weimar aus an den Kaiser, „hat sich vor gewiß verlauten lassen, daß er sein Winter„quartier in fränkischen und angrenzenden Kreisen nehmen wolle. „Wann er wirklich dieses im Sinn hat, allergnädigster Herr, „wird er es auch leichtlich exequieren, es sei denn, daß ihm „anderwärts eine Diversion in seinem Land gemachet werde; „daß ihn aber die Reichstruppen davon abhalten sollten, da bitte „E. K. M. ich um Gottes willen sich nicht damit zu schmeicheln[1]."

In Wien ward man durch die Nachrichten von der Schlacht peinlich überrascht. Schon die Meldung daß Soubise, statt an die Elbe vorzurücken, Befehl erhalten habe über die Saale zurückzugehen hatte Kaunitz mit Bestürzung aufgenommen, denn er sah dadurch sein ganzes System erschüttert[2]: auf eine Niederlage der combinierten Armee durch die so viel schwächeren und so oft geschlagenen Preußen war er vollends nicht gefaßt. Jedoch tröstete er sich mit der sicheren Aussicht in wenigen Wochen die Eroberung von Schlesien zu vollenden. Am allertiefsten aber nahm die Königin von Polen Maria Josepha sich die Niederlage des Reichsheeres zu Herzen. Gründlicher als diese habsburgische Fürstin konnte niemand die Preußen hassen. So peinlich ihre Lage war, sie hatte in Dresden ausgehalten, in der festen Zuversicht daß ihre Erlösung bevorstehe, und hatte stets Wege zu finden gewußt, auf denen sie geheime Correspondenzen mit dem österreichischen Hofe und Feldlager unterhielt. Am 30 August hatte sie dem Durchmarsche des kleinen preußischen Heeres, welches wie sie meinte seinem sicheren Verderben entgegengieng, mit dem ganzen Hofe von den Fenstern des Schlosses zugesehen und seitdem so viel sie durch ihre Bitten und Botschaften vermochte dazu beigetragen eine Schlacht herbeizuführen. Endlich ward die Schlacht geschlagen, aber damit ihre Hoffnungen vernichtet. Die Preußen

---

[1] 1757 November 7. Weimar. Hildburghausens Bericht an den Kaiser. Brodrück 305.

[2] Nov. 5. Stainville an Bernis.

feierten den Sieg, in Dresden und dem ganzen Lande ward die Botschaft desselben von den Kanzeln verkündigt. Das brach ihr das Herz: nach wenigen kummervollen Tagen machte in der Nacht zum 17 November ein Stickfluß ihrem Leben ein Ende. Höchst achtungswerth in ihrem Privatleben hatte sie mit ihren Kindern die bodenlose Finanzwirthschaft des Grafen Brühl beklagt ohne ihrem Gemahl die Augen öffnen zu können. Jetzt saß August III mit dem Günstlinge in behaglicher Ruhe zu Warschau, wo die Polen ihm ein demüthigendes Mitleid bezeigten ohne irgend welchen Beistand zu leisten, während die Königin mit dem Lande für die thörichte und gewissenlose Cabinetspolitik büßte.

König Friedrich war nicht in der Lage den bei Roßbach erfochtenen Sieg in das Reich hinein zu verfolgen. Niemand kam es weniger in den Sinn als ihm die Bedeutung dieser Schlacht zu überschätzen. „Es ist ein Anfang des Glückes," schrieb er, „aber ich brauche noch viel: eine gewonnene Schlacht bringt mir „keinen anderen Vortheil, als daß ich mich mit Sicherheit an„deren Feinden widersetzen kann[1]." Schlimme Botschaften vom Herzog von Bevern riefen ihn nach Schlesien. Am 6 November war Friedrich über die Unstrut gegangen und hatte die Reichstruppen bei Eckartsberga allarmiert; am nächsten Tage ließ er ihnen bis gegen Erfurt nachsetzen: weiter konnte er nicht gehen. Am 8 November stand er schon wieder in Freiburg; von dort gieng er über Merseburg nach Leipzig und brach am 13 November wiederum nach Schlesien auf.

Grade in diesen Tagen galt es wichtige Besprechungen über den Oberbefehl der niedersächsischen Armee und deren fernere Operationen. Denn ein Glück kam zum andern: die Convention von Kloster Zeven ward zu nichte und die hannöverschen Truppen griffen wiederum zu den Waffen. Das englische Bündniß, welches bisher Friedrich dem großen so wenig genützt hatte, sollte

[1] 1757 Nov. 12. Leipzig. Friedrich II an Finckenstein. Klaproth Staatsrath S. 427. Nov. 15. Torgau. F. II an d'Argens. Oeuvres XIX 45. Über Friedrichs II Entschluß vgl. Keith an Mitchell. Nov. 16. Naumburg: for my own part I see nothing he could do but what he has done. M. P. II 468.

jetzt nach Pitts festem Willen sich thatkräftig bewähren, und selbst König Georg II war zu der Erkenntniß gekommen, daß es für Hannover keine andere Rettung aus Feindeshand gebe als im engsten Verein mit Preußen.

Die britischen Minister waren von König Georg II über die Weisungen, welche er seinem Sohne dem Herzog von Cumberland und der hannöverschen Regierung zum Abschlusse eines Neutralitätsvertrages ertheilt hatte, im unklaren gehalten worden: eben so wenig wurden ihnen die Berichte Cumberlands vorgelegt. Aber sie ließen darum nicht nach auf die Vorstellungen des preußischen Gesandten in den König zu dringen die öffentliche Erklärung abzugeben, daß die englische Regierung an der von den hannöverschen Ministern eingeleiteten Verhandlung keinen Theil habe, daß vielmehr die britische Krone fortfahren werde ihre Verpflichtungen gegen den König von Preußen gewissenhaft zu erfüllen und ihn nachdrücklich zu unterstützen. Georg II sträubte sich, und verstand sich nicht eher dazu diesen Schritt zu genehmigen, als bis die Minister ihr Verbleiben im Amte davon abhängig machten. So erfolgte denn die Erklärung der englischen Regierung am 16 September in der Form einer auf Befehl des Königs erlassenen und von Holderneſſe unterzeichneten Botschaft an den preußischen Gesandten, welche auch den übrigen Gesandtschaften mitgetheilt und in den Zeitungen veröffentlicht wurde[1].

Zu gleicher Zeit ward die Convention von Kloster Zeven bekannt und erregte in England bei der Regierung und im Volke den höchsten Unwillen. Niemand aber war mehr entrüstet als König Georg II selbst. Er hatte den Waffenstillstand und die Neutralität Hannovers gewollt, aber die Bestimmungen der Convention erschienen ihm unerträglich, da durch dieselben die Ehre der hannöverschen Truppen beschimpft und dem Lande nicht die geringste Sicherheit gewährt wurde. Das erste war, daß er seinem Sohne befahl nach England zurückzukehren und sein Be-

[1] 1757 Sept. 13. 16. Michells Berichte. Die Erklärung der englischen Regierung (à Whitehall le 16 Septembre 1757) ist öfters zusammen mit einem gefälschten Briefe Friedrichs II als ein Brief Georgs II gedruckt. Vgl. v. Sybels hist. Zeitschrift XV 320 ff.

nehmen zu rechtfertigen. Zugleich richtete er an Friedrich II ein Schreiben, welches ſeinen Verdruß über die Widerſprüche, in die er nicht ohne eigene Schuld gerathen war, deutlich abſpiegelt. Er erklärte darin daß er als Kurfürſt dem Könige von Preußen nicht weiter beiſtehen könne: dagegen gab er die Verſicherung, daß von Seiten Englands alles geſchehen ſolle was menſchenmöglich ſei um Preußen zu unterſtützen[1].

Es bewandte nicht bei dieſen allgemeinen Verheißungen. Mit Bezug auf die durch Mitchell eingeleitete Subſidienverhandlung erklärte Holderneſſe dem preußiſchen Geſandten am 23 September[2], wenn König Friedrich den Willen und die Macht habe den Krieg fortzuſetzen und nicht ohne Englands Mitwirkung und Theilnahme Frieden zu ſchließen, ſei die engliſche Regierung bereit zu dieſem Zwecke Preußen vier Millionen Thaler Subſidien zu gewähren. Holderneſſe theilte ferner mit, daß die Miniſter in Folge der Convention von Kloſter Zeven dem Könige eröffnet hätten, für die fernere Beſoldung der hannöverſchen Truppen könnten ſie nicht einen Heller zahlen. Dem Landgrafen von Heſſen ward erklärt, da die engliſche Regierung an den ſeinen Truppen auferlegten Bedingungen keinen Theil habe, ſtehe es bei ihm ſie auch ferner im britiſchen Solde zu belaſſen, vorausgeſetzt daß er ſie in den Dienſt des Königs von Preußen treten laſſe.

In den Maßregeln zum Widerſtande gegen den gemeinſamen Feind begegneten ſich die Beſtrebungen der engliſchen Miniſter und die hannöverſchen Intereſſen Georgs II. Pitt und ſeine Amtsgenoſſen ſahen die Gefahr vor Augen, daß die Franzoſen, welche ſich in Belgien ſchon häuslich einrichteten und die Neutralität der Holländer nach ihrem Belieben ausbeuteten, im Bunde mit dem Hauſe Habsburg in Deutſchland Meiſter blieben und Englands einziger Alliirter, der König von Preußen, der Übermacht unterliege. Ihnen galt es nach wie vor als ein Funda-

[1] 1757 Sept. 20. Kenſington. Georg II an Friedrich II. Beil. II 81. Vgl. Mitchell's Journal vom 9 u. 10 October. M. P. I 376.

[2] Sept. 23. Michells Bericht.

mentalſatz der britiſchen Politik und eine Bedingung der Sicherheit Englands, es nicht dahin kommen zu laſſen, daß auf dem ganzen Continente Frankreichs Wille gebiete und England nirgends mehr eine Stütze finde. Darum waren ſie entſchloſſen Preußen als die einzige proteſtantiſche Macht auf dem Feſtlande nicht untergehn zu laſſen. Dazu kam die fernere Erwägung daß, während Frankreich durch den deutſchen Krieg feſtgehalten ward und ſeine Kräfte theilte, England um ſo mehr im Stande ſein werde zur See und in den Colonien das verlorene Übergewicht wieder zu erlangen.

Georg II mußte in ſeiner Eigenſchaft als Kurfürſt mitſamt ſeinen hannöverſchen Räthen endlich ebenfalls zu der Einſicht kommen, daß um Hannover aus Feindes Hand zu retten kein anderes Mittel bleibe als ein ehrlicher Kampf im Bunde mit England und Preußen. Der ſchlau erdachte Ausweg, Hannover von dem Kriege der großen Mächte auszuſondern und durch einen Neutralitätsvertrag vor allem Schaden zu behüten, hatte das Land nur um ſo ſchneller ins Verderben geführt. Die Convention von Kloſter Zeven ließ das Kurfürſtenthum in der Gewalt des Feindes. Noch hoffte Georg II, daß Maria Thereſia ſich der früher empfangenen Wohlthaten „ihres älteſten und beſten Freundes“ erinnern und Hannover die Neutralität zugeſtehen werde, welche ſie vor wenig Monaten ſelbſt angeboten hatte. Aber dieſe Hoffnung ward bitter getäuſcht. König Georg mußte es erleben daß ſeine Bitten und Vorſchläge in Wien mit einem Stolze und Hohne zurückgewieſen wurden, der ihn empörte und klar erkennen ließ, daß an dem kaiſerlichen Hofe durch die neue Freundſchaft mit den Bourbonen jede Spur dankbarer Erinnerung an die älteren Dienſte des Hauſes Hannover verwiſcht ſei.

Nun ſah Georg II vollends ein daß die Convention dem hannöverſchen Lande nicht den mindeſten Nutzen bringe. Der Waffenſtillſtand ſollte den Feindſeligkeiten ein Ende machen, aber trotz deſſelben erſtiegen franzöſiſche Truppen das Schloß Schaumburgfels im Fürſtenthum Grubenhagen, plünderten es und machten die dort in Garniſon liegenden Invaliden zu Kriegsgefangenen. Die Gelderpreſſungen und Gewaltthätigkeiten wurden nicht ver-

mindert, sondern vermehrt, und die hannöverschen Unterthanen täglich härter behandelt. Die unter den herbesten Bedrohungen an sie gemachten Forderungen waren so übermäßig, daß man leicht sah, es werde eine gänzliche Verheerung und Verderben des Landes das Ende der Sache sein[1]. Auf die darüber erhaltenen Berichte ließ König Georg Anfangs October durch seinen Gesandten an Kaunitz eine Denkschrift überreichen, in welcher das Elend und die Erschöpfung des hannöverschen Landes in lebhaften Farben geschildert und die unerschwinglichen Forderungen der Franzosen aufgezählt wurden. „Der von der verbündeten „Armee besetzte Landestheil soll vier Millionen Rationen liefern, „50000 Sack Weizen, 107000 Sack Roggen, und weit entfernt „sich damit zu begnügen hat der Intendant Baron de Lucé unter „Androhung militärischer Execution von dem Fürstenthum Calen„berg 550000 Thaler Contribution gefordert, zahlbar in drei „Terminen, deren letzter am 20 December abläuft. Überdies „drückt die Ausstattung der Hospitäler, die Einquartierung, die „Lieferung der in diesem Lande so kostspieligen Feurung und so „vieler anderer Gegenstände die Unterthanen nieder, denen man „dazu noch von den üblichen Steuern nichts erläßt, welcher sich „eben so wie aller königlicher Kassen die Franzosen gleich anfangs „bemächtigt haben, so daß wenn nicht bald Abhilfe geschieht, das „Kurfürstenthum auf eine lange Reihe von Jahren ruiniert sein „wird." Auf Grund dieser Beschwerden sprach der König die Erwartung aus, daß die Kaiserin ihre guten Dienste bei dem Könige von Frankreich erneuere, damit die Friedensverhandlung beschleunigt werde und damit man von den neuerdings erhobenen Forderungen abstehe[2].

Kaunitz zog die in so entschiedenem Tone gehaltene Denkschrift in sorgfältige Erwägung. Er hatte es an der Zeit gefunden über die neuerdings gestellten hannöverschen Anträge sich stolz und wegwerfend zu äußern, aber die Neutralität Hannovers entsprach seinen Entwürfen zu sehr, als daß er sie unter allen

[1] Wahrhafte Vorstellung ꝛc. Kriegs-Canzley 1758 III 827.
[2] Beil. II 93.

Umſtänden hätte verſagen mögen. Natürlich mußte er einſehen daß dieſe Neutralität von der Bedingung abhange, daß die Franzoſen das Kurfürſtenthum ſchonten. Deshalb kam er gegen Stainville, der darauf beſtand Hannover für die Feindſeligkeiten Englands gegen Frankreich büßen zu laſſen und den hannöverſchen Geſandten nicht länger am öſterreichiſchen Hofe zu dulden, immer wieder darauf zurück, man dürfe Georg II nicht zum äußerſten treiben, ſondern müſſe den Unterſchied zwiſchen dem Könige von England und dem Kurfürſten von Hannover gelten laſſen: man möge den größtmöglichen Vortheil aus dem Beſitze Hannovers ziehen, aber doch nicht die Hoffnung abſchneiden, daß die Laſten des Landes vermindert werden dürften. Dieſe Anſicht verwarf Stainville ſo entſchieden, daß Kaunitz Anſtand nahm die hannöverſche Denkſchrift durch ihn an den franzöſiſchen Hof gelangen zu laſſen. Er beauftragte damit Starhemberg und ſandte Stainville erſt einige Tage ſpäter eine Abſchrift ohne auf den Inhalt näher einzugehen[1]. Damit erreichte Kaunitz nicht mehr als daß Bernis ſich das fernere Verbleiben des hannöverſchen Geſandten in Wien gefallen ließ[2]: aber zu irgend einem reellen Zugeſtändniß an Hannover war der franzöſiſche Hof nicht zu bewegen und ein ſolches zu fordern getraute ſich die Kaiſerin nicht.

Bereits wartete auch König Georg II nicht länger auf die guten Dienſte des Kaiſerhofes und die Nachgiebigkeit der Franzoſen. Statt die Vollſtreckung der Convention, ſo weit ſie militäriſcher Natur war, zu überwachen, brach Richelieu mit ſeiner Hauptmacht nach Halberſtadt auf, und die franzöſiſche Regierung, ſtatt ſie als eine militäriſche Übereinkunft einfach zu beſtätigen[3], beanſtandete die Ratification und machte dieſe von

[1] 1757 Oct. 7. 13. Stainville an Bernis. Beil. II 87. 93.

[2] Oct. 24. Verſailles. Bernis an Stainville.

[3] Mém. du M. de Richelieu IX 180 ff. Vgl. Mouvemens des armées du Roi en 1757 I 124: le ministère politique de France, qui ne manie jamais les affaires de guerre sans les froisser, prit mal-adroitement le change sur ce mot (convention) et voulut effectivement tourner en traité, dont on peut différer la ratification, une capitulation, que le droit de la guerre oblige le souverain d'observer telle que son général l'a accordé.

neuen Bedingungen abhängig, welche mit den zwiſchen Richelieu und Cumberland abgeſchloſſenen Artikeln in Widerſpruch ſtanden[1]. Die Convention beſtimmte in dem erſten Separatartikel, daß die heſſiſchen braunſchweigiſchen und andern Hilfsvölker jede in ihrer Herren Lande zurückgeſchickt, und daß in Anſehung ihrer Trennung und Verlegung in gedachten Landen das nöthige von den Höfen verabredet werden ſolle, indem beſagte Völker nicht für Kriegsgefangene anzuſehen ſeien. Zu dieſen Verabredungen und mehr noch zu Subſidienverträgen mit Frankreich war der Landgraf von Heſſen nicht minder als der Herzog von Braunſchweig vollkommen bereit. Mit der Genehmigung jenes Fürſten wurde den heſſiſchen Truppen am 20 September vom Herzog von Cumberland der Rückmarſch anbefohlen. Schon war die erſte Abtheilung bis Verden gekommen, als am 21 September der Landgraf von ſeinem Miniſter von Donop aus Braunſchweig ein Schreiben erhielt, welches beſagte, auf die Anfrage, wie es bis zum Abſchluſſe der vorbehaltenen Übereinkunft der Höfe mit den heſſiſchen Truppen gehalten werden ſolle, habe der Marſchall Richelieu erwiedert, daß die Truppen nach ihrer Ankunft in Heſſen ihre Waffen abzugeben hätten. Donop drückte dem franzöſiſchen Marſchall ſein Befremden über dieſe unerwartete Zumuthung aus und berichtete an den Landgrafen nach Hamburg.

Der alte Landgraf war über die hannöverſche Kriegführung, durch welche Heſſen den Franzoſen preisgegeben war, längſt entrüſtet geweſen und hatte ſich ſchon vor der Zevener Convention um eine Ausgleichung mit Frankreich bemüht[2]. Aber ſeine Truppen entwaffnen zu laſſen war er nicht geſonnen. Er wandte ſich vielmehr ſofort an den Herzog von Cumberland und vermochte dieſen nicht allein den in Marſch begriffenen heſſiſchen Diviſionen Halt zu gebieten und die vorderſten Abtheilungen zurückzurufen, ſondern auch von der eben eingeleiteten Verlegung der meiſten hannöverſchen Truppen über die Elbe abzuſtehen, kurz die ganze

[1] Die Actenſtücke ſ. Lynar Staatsſchr. II 233 ff. Vgl. Weſtphalen I 286 ff. 302 ff. Huſchberg 361 ff.

[2] S. o. S. 384.

verbündete Armee zusammenzuhalten, bis der Zweifel über die Vollziehung der Convention gehoben sei. Hievon setzte Cumberland unverzüglich den Marschall von Richelieu mittelst eines Schreibens in Kenntniß, entschlossen seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen, aber unberechtigten Zumuthungen sich mit Gewalt zu widersetzen.

Um diesen Zwischenfall zum Wege gütlicher Unterhandlung zu bringen und die den Hannoveranern auferlegten Kriegslasten zu erleichtern sollte wiederum die dänische Vermittelung helfen. Graf Lynar eilte nach Halberstadt in das französische Hauptquartier. Richelieu war persönlich mit den von seinem Hofe erhobenen Anständen und nachträglichen Forderungen sehr unzufrieden[1], aber er wagte nicht eigenmächtig sich darüber hinwegzusetzen, um so weniger da der Herzog von Braunschweig in dem Wiener Vertrage vom 20 September die Bedingungen zugestand[2], denen auch die Hessen sich unterwerfen sollten. Unter diesen Umständen wußte Lynar nichts besseres zu thun, als mit Richelieu am 27 September die neuen Bedingungen zu formulieren. In diesen Erläuterungen der Convention, wie man sie zu nennen beliebte, ward zuvörderst bestimmt, und zwar als eine Bedingung ohne deren Annahme der französische Hof die Convention nicht ratificieren werde, daß der Waffenstillstand während des ganzen dermaligen Krieges dauern solle; ferner daß die hannöverschen Völker nicht wider den König von Frankreich und dessen Alliirten dienen, nicht vermehrt und nicht recrutiert werden dürften. Was die Hessen betraf, so ward erklärt, es scheine der Billigkeit seiner allerchristlichsten Majestät gemäß zu sein, dem Landgrafen dieselben Bedingungen zu verwilligen, welche der Tractat mit dem Herzoge von Braunschweig enthalte, oder wenigstens geschehen zu lassen, daß besagte Völker in die Staaten

---

[1] 1757 Sept. 29. Halberstadt. Richelieu an Paris du Verney. — doutes que très mal-à-propos on a voulu élever sur la capitulation du Duc de Cumberland, que l'on a voulu métamorphoser en traité politique, plein de ruses et de dessous des cartes. Corresp. p. 224.

[2] Über die braunschweigische Convention vgl. o. S. 386.

S. M. von Dänemark aufgenommen werden, welcher dieſelben aufnehmen und für ſie Gewähr leiſten wolle. Endlich wolle S. K. Däniſche Maj. dero gute Dienſte anwenden damit ausgemacht werde, wie man den franzöſiſchen Kriegsvölkern das nöthige verſchaffen wolle, ohne daß die übrigen Auflagen bis auf den gänzlichen Ruin des Landes getrieben werden ſollen.

Dieſe Erläuterungen überſandte Richelieu am 29 September an den franzöſiſchen Hof, Lynar an den däniſchen und an den Herzog von Cumberland. Bis zur Entſcheidung der beiden Höfe blieb die Vollſtreckung der Convention ſuspendiert. Richelieu lagerte ohne ſich um die verbündete Armee zu kümmern, zu deren Beobachtung er nur ein Corps von nicht 10000 Mann zurückgelaſſen hatte, im Halberſtädtiſchen. Die Heſſen blieben in den zuletzt ihnen angewieſenen Standorten und auch die braunſchweigiſchen Truppen marſchierten vorläufig nicht nach Hauſe ab.

So ſtanden die Dinge, als am 30 September der mit der Zevener Convention nach London abgeſandte Courier ein königliches Schreiben zurückbrachte, durch welches das höchſte Misfallen ausgedrückt und der Herzog von Cumberland von dem Heere abberufen wurde. Von einer Aufhebung der Convention war in dieſem Schreiben noch nicht die Rede. Inzwiſchen gewann König Georg die Überzeugung, daß keine Ausſicht ſei durch den guten Willen der Kaiſerin Maria Thereſia einen Neutralitätsvertrag für Hannover zu erlangen, und daß der gegenwärtig beſtehende Waffenſtillſtand dieſem Lande kein beſſeres Loos bereite als der Krieg ihm verhängen könne. Es fragte ſich nur wie er ſich die Hände frei machen ſollte. Da erhielt er den Bericht des hannöverſchen Miniſteriums, welcher ihm meldete daß die franzöſiſche Regierung die Ratification der Convention beanſtande und neue Forderungen erhebe. Nunmehr war auch Georgs Entſchluß gefaßt, nicht allein die aufgeſtellten Erläuterungen zu verwerfen, ſondern die Convention auch ſeinerſeits nicht zu ratificieren. Demgemäß erließ er an die hannöverſche Regierung den Befehl jede fernere Unterhandlung mit dem Marſchall von Richelieu abzubrechen und im Einvernehmen mit dem Landgrafen

von Heſſen alles vorzubereiten um die Armee, zu deren Leiſtungsfähigkeit er das beſte Zutrauen hatte, wieder in Thätigkeit zu ſetzen[1].

Dieſen Entſchluß des Königs von England billigte Friedrich der große, aber er rief ihn nicht hervor, wie man vielfältig behauptet hat. Das Schreiben vom 20 September, mit welchem Georg II als Kurfürſt ſich von Preußen losſagte, empfieng Friedrich nicht früher als am 9 October und beantwortete es am 16 October mit dem Hinweiſe darauf, daß die Convention nicht ratificiert und von den Franzoſen in mehreren Puncten gebrochen ſei, und mit Vorſchlägen, wie der Feind aus Hannover und über die Weſer gejagt werden könne[2]. Dieſen Brief erhielt Georg II erſt nachdem die Verwerfung der Convention und die Wiederaufnahme der Operationen der hannöverſchen Armee längſt beſchloſſene Sache war.

Während jeder neue Bericht vom Continente ſchlimmere Folgen der Convention zu melden hatte und in dem engliſchen Volke die Erbitterung über die ſo übel abgelaufene hannöverſche Politik des Königs immer höher ſtieg, kehrte am 12 October der Herzog von Cumberland zurück. Auf ihn entlud ſich der ganze Verdruß ſeines Vaters. Als Cumberland bei Hofe erſchien, ſagte Georg II laut: „das iſt mein Sohn der mich zu „Grunde gerichtet und ſich entehrt hat.“ Niemand wagte dem Herzog das Wort zu reden, aber Pitt gedachte nicht der Mißgunſt, welche dieſer ihm noch jüngſt bewieſen hatte, ſondern gab der Wahrheit die Ehre. Als der König äußerte, er habe ſeinem Sohne keinen Befehl zu ſolch einem Vertrage gegeben, erwiederte Pitt mit Feſtigkeit: „aber ausgedehnte Vollmacht, Sire, ſehr „ausgedehnte Vollmacht.“ In Folge der königlichen Ungnade erbat der Herzog von Cumberland am 15 October die Entlaſſung von allen ſeinen militäriſchen Ämtern. „Welche Comödie,“ bemerkte König Friedrich zu dem Berichte ſeines Geſandten[3]. Un-

[1] 1757 Oct. 10. London. Michells Bericht.

[2] Oct. 16. Leipzig. Friedrich II an Georg II. Beil. II 95.

[3] „Quelle comédie“ am Rande von Michells Bericht vom 18 October 1757.

ſtreitig hatte Cumberland großes Ungeſchick bewieſen und ſowohl als Militär wie als Unterhändler Fehler auf Fehler begangen: aber die Quelle des Übels lag in der hannöverſchen Neutralitätspolitik und den damit zuſammenhangenden halben Maßregeln, welche Georg II wenigſtens zu einem guten Theile ſelbſt verſchuldet hatte. Nach König Friedrichs Meinung war es auch nicht zu rechtfertigen, daß die engliſchen Miniſter in der äußerſten Bedrängniß Hannover jede Waffenhilfe verſagt hatten[1].

Die Oberleitung des engliſchen Heerweſens, welche bisher dem Herzog von Cumberland zugeſtanden hatte, gieng nunmehr an den König und das Miniſterium über: den Oberbefehl der britiſchen Armee erhielt Lord Ligonier, ein erprobter Veteran. Um ſeine Befehle in Betreff der verbündeten Armee in Vollzug zu ſetzen, ſandte Georg II den Geheimenrath Philipp Adolf von Münchhauſen aus London nach Stade ab und wies den Generalmajor Grafen von der Schulenburg an, aus dem dortigen Hauptquartier zum Könige von Preußen zu reiſen um den Prinzen Ferdinand von Braunſchweig als Befehlshaber der verbündeten Armee zu erbitten. Münchhauſen kam am 28 October zu Stade an. Am 1 November begab ſich Schulenburg als Jäger verkleidet auf die Reiſe nach Leipzig. Hier traf er den engliſchen Geſandten Mitchell, welchem er entſprechende Inſtructionen zu überbringen hatte, und beſprach die weiteren Schritte. König Friedrich war auf dem Marſche um die Franzoſen und Reichstruppen zu ſchlagen. Sobald in Leipzig die Nachricht vom Siege bei Roßbach eingegangen war, machte Schulenburg ſich zum preußiſchen Hauptquartiere auf und traf am 7 November mit König Friedrich zuſammen; alsbald beſchied dieſer auch Mitchell zu ſich nach Merſeburg. Theils dort, theils in den nächſten Tagen zu Leipzig wurden die das Obercommando betreffenden Fragen und die von Schulenburg entworfenen Pläne für den Feldzug der niederſächſiſchen Armee zwiſchen dem Könige, Schulenburg, Mitchell und dem Prinzen Ferdinand beſprochen[2].

---

[1] 1757 Oct. 11. Mitchell's Tagebuch. M. P. I 377.

[2] Weſtphalen I 314 f. Mitchell's Journal Nov. 8—12. M. P. I 382 f.

Der von König Georg gestellte Antrag kam zur günstigsten Stunde. Die Auflösung der Armee von Soubise erleichterte die Befreiung Hannovers von Richelieus Armee, und König Friedrich konnte mit um so mehr Sicherheit nach Schlesien aufbrechen, wenn die niedersächsische Armee wieder die Waffen gegen die Franzosen ergriff. Die in London getroffene Wahl des neuen Feldherrn war Friedrich hoch erwünscht und wurde durch die That im vollsten Maße gerechtfertigt. Sie empfahl sich dem englischen Hofe durch den doppelten Wunsch, einen General aus der Schule Friedrichs des großen und einen Prinzen des Hauses Braunschweig an die Spitze des Heeres zu stellen, eine Rücksicht, welche um so eher ins Gewicht fallen durfte, als es sich um den Oberbefehl von Truppen nicht eines Landes, sondern mehrerer fürstlicher Herren handelte. Daher war schon im vorigen Winter, als Pitt in seinem früheren Ministerium der Ernennung von Cumberland zum Befehlshaber der Observationsarmee vorbeugen wollte, von Ferdinand die Rede gewesen; jetzt gab Georg II dem erneuten Vorschlage Pitt's bereitwillig seine Zustimmung[1].

Prinz Ferdinand — oder wie er nach der damals geltenden Sitte meistens genannt wird Herzog Ferdinand — von Braunschweig stand in seinem siebenunddreißigsten Lebensjahre. Er hatte eine gediegene Ausbildung erhalten, allerdings in französischem Stile, jedoch hatte der Geschmack, den er an der fremden Sprache und Litteratur fand, seiner Liebe für das deutsche Vaterland und seinen religiösen Grundsätzen keinen Abbruch gethan. Mit großer Hingebung hieng er dem Freimaurerorden an und bestärkte sich darin in den wohlwollenden menschenfreundlichen Gesinnungen, welche in seinen späteren Jahren von Heuchlern und Schwindlern vielfältig misbraucht wurden. Für die preußische Armee bestimmte ihn sein Bruder, der regierende Herzog Karl von Braunschweig. Friedrich II nahm sich seines jugend-

[1] S. o. S. 247. Daß die Wahl schließlich auf Pitts Rath erfolgte, sagt Friedrich Oeuvr. IV 177 ce fut lui qui persuada au Roi d'Angleterre de mettre le prince Ferdinand de Brunswic à la tête de l'armée des alliés et de le demander au roi de Prusse.

lichen ſtattlichen und liebenswürdigen Schwagers mit Vorliebe an. An der Seite und unter den Augen des preußiſchen Königs bildete ſich Ferdinand in den beiden ſchleſiſchen Kriegen zum General und zeichnete ſich durch Tapferkeit und Beſonnenheit aus. In den erſten Feldzügen des neuen Kriegs befehligte er wiederum unter der unmittelbaren Leitung des Königs, etwa das Commando der Avantgarde beim erſten Einmarſch in Böhmen oder die halberſtädtiſche Expedition ausgenommen: ſelbſtändig vor andern preußiſchen Generalen ſich hervorzuthun war ihm noch keine Gelegenheit geboten. Aber die Wahl hätte nicht glücklicher ſein können. Bald genug zeigte es ſich, daß Ferdinand mit ſeiner fürſtlichen Geburt und ſeiner militäriſchen Ausbildung gerade die perſönlichen Eigenſchaften verband, welche erforderlich waren um aus den Truppen verſchiedener Landesherrn einen ſtets ſchlagfertigen Heereskörper zu ſchaffen. Mit den verſchiedenen Fürſten und Behörden, mit denen er zu thun hatte, verkehrte er unter den angenehmſten Formen, aber in den ſachlichen Forderungen feſt und entſchieden: ſeine Geſchäftsführung war ſtreng geregelt, ſeine Entſchließungen wohl vorbereitet, aber bis zum Zeitpunct der Ausführung ſein Geheimniß. Er wußte das Vertrauen der Offiziere und der Mannſchaften zu gewinnen und den Geiſt des Heeres ſo zu beleben, daß es fortan dem zahlreicheren Feinde muthig die Spitze bot. „Er nahm dabei," wie ſein Generalſecretär von Weſtphalen ſagt[1], „zu ſeinem Ziele nie „ſeinen eigenen Ruhm, ſondern er ſetzte ſein Ziel höher, in die „Ehre und das Wohl ſeines Hauſes und ſeines Vaterlandes, „das er vor allem über die Schmach, von einem ſtolzen eitlen „Feinde willkürliche Gebote anzunehmen, erheben wollte." Chriſtian Heinrich Philipp von Weſtphalen war ſchon ſeit ſechs Jahren an der Seite des Prinzen als ſteter Gefährte Berather und Freund; in höherem Grade ſollte er in den folgenden Jahren ſeine lautere Treue und Selbſtverleugnung, ſeine Einſicht und Entſchloſſenheit bewähren. Denn obgleich Weſtphalen nicht Soldat war, gebührt ihm doch an der rühmlichen Heeresleitung Ferdi-

[1] I 35 f.

nands ein wesentlicher Antheil: ohne den Namen und den Rang war er in der That der Generalstabschef des Prinzen.

Sobald Schulenburg den Wunsch Georgs II vorgetragen hatte, gestand Friedrich II ihn in der verbindlichsten Weise zu[1] ohne über die dazwischen liegenden Dinge irgend Vorwürfe zu erheben und setzte den Prinzen Ferdinand selbst davon in Kenntniß. Ferdinand nahm die Berufung, deren große Verantwortlichkeit er vollkommen würdigte, nicht ohne Bedenken am 9 November an. Er behielt sich vor, aus der preußischen Armee nicht auszuscheiden, sondern in derselben seinen Rang und seinen Gehalt nach wie vor innezuhaben; ferner machte er die Bedingung daß er eine umfassende Vollmacht vom Könige von England erhalte und daß er mit diesem wie mit dem Könige von Preußen in unmittelbarer Beziehung stehe, ohne von den hannöverschen Ministern abzuhangen[2]. Friedrich II erklärte daß diese Bedingung keine Schwierigkeit finden werde, daß aber Prinz Ferdinand sich darüber mit Mitchell und dem Grafen Schulenburg einverstehen müsse. In Erwartung einer solchen Vollmacht oder doch einer persönlichen Berufung von Seiten des Königs von England begab sich Ferdinand am 16 November nach Magdeburg und von dort auf die wiederholten dringenden Bitten der hannöverschen Minister am 20 zur Armee. Glücklich kam er einem französischen Streifcommando zuvor, welches ihn unterwegs aufheben sollte, und traf am 23 November abends zu Stade ein. Hier wurde er als ein Retter in der Noth empfangen. Denn Richelieu schickte sich an die Vollstreckung der Convention mit den Waffen zu erzwingen und Ferdinands Bruder der Herzog von Braunschweig schien entschlossen die Wiener Übereinkunft auszuführen.

Mit den von Lynar aufgestellten Erläuterungen der Convention von Kloster Zeven war Ludwig XV eben so wenig einverstanden als Georg II. Während der letztere darin ungebührliche

[1] 1757 Nov. 7. Freiburg. Friedrich II an Georg II. Beil. II 98.

[2] Nov. 9. Merseburg. Prinz Ferdinand an Friedrich II. Westphalen II 147 f. Vgl. 315 ff. 339 ff.

Überſchreitungen erblickte, welche ihn berechtigten der Convention ſeine Genehmigung zu verſagen, genügten ſie den Anſprüchen Ludwigs XV und ſeiner Miniſter nicht von ferne. Auf das Anerbieten die heſſiſchen Truppen in die Staaten des Königs von Dänemark zu verlegen gab der franzöſiſche Hof nicht einmal eine Antwort. Von däniſcher Vermittelung mochte er nichts weiter hören. Was Heſſen betraf, ſo war man in Verſailles der Meinung, der Landgraf werde erſt dann auf die franzöſiſchen Vorſchläge willig eingehen, wenn ſeine Truppen ebenſo wie die braunſchweigiſchen entwaffnet ſeien[1]. Demgemäß ward an Richelieu beſtimmt der Befehl erlaſſen, daß die heſſiſchen Truppen, ſobald ſie in ihr Land zurückkämen, das Gewehr von ſich legen und des Kriegsdienſtes entlaſſen werden ſollten; daß überhaupt dem Landgrafen von Heſſen keine andere Bedingungen zu gewähren ſeien als die, welche der herzoglich braunſchweigiſche Miniſter zu Wien unterſchrieben habe.

Die ſtolze Sprache des franzöſiſchen Hofs entſprach den thatſächlichen Verhältniſſen nicht mehr. Gleich auf die erſte Nachricht daß der König von Frankreich die Erläuterungen der Convention nicht genehmige, gab der heſſiſche Miniſter Donop dem Marſchall Richelieu in Gegenwart Lynars die Erklärung ab, daß der Landgraf lieber den letzten Blutstropfen daran ſetzen als ſeine Truppen einer ſo ſchimpflichen Entwaffnung unterwerfen wolle. Höchſt bekümmert ſein Werk vereitelt zu ſehen berichtete Lynar am 17 October des langen und breiten an das hannöverſche Miniſterium. Dieſes hatte unterdeſſen von König Georg II den Befehl empfangen die Convention als null und nichtig anzuſehn und für die Wiederaufnahme des Kriegs Fürſorge zu treffen. Zu gleicher Zeit ward von dem engliſchen Miniſterium dem Landgrafen Wilhelm erklärt, für die heſſiſchen Truppen könne nur in dem Falle, daß ſie zur freien Verfügung Englands blieben, fernere Zahlung erfolgen. Von dieſen Ent-

[1] 1757 Oct. 19. Verſailles. Bernis an Stainville. Beil. II 96. Bernis an Richelieu. Mém. du M. de Richelieu IX 185 f. Die Acten der weiteren Verhandlungen gibt vollſtändig Lynar Staatsſchriften II.

ſchließungen ward öffentlich noch nichts kundgethan, aber Richelieu erfuhr genug um ſich nicht darüber zu täuſchen, daß die Convention von Kloſter Zeven und damit der Waffenſtillſtand bald zu nichte werden müſſe. Er änderte daher ſeine Sprache und bot dem heſſiſchen Miniſter die Wahl, der Landgraf möge entweder ſeine Truppen entwaffnen laſſen oder ſie in franzöſiſchen Dienſt geben. Da dieſes Entgegenkommen die beabſichtigte Wirkung nicht hatte und Donop einer Unpäßlichkeit halber ſeine Wohnung nicht verließ, begab ſich Richelieu am 1 November mit Lynar zu ihm und erklärte, für den zu hoffenden Fall, daß der Landgraf der Zevener Convention nachzukommen beabſichtige, wolle er genehmigen, daß die heſſiſchen Truppen ohne Aufſchub in ihre Heimat zurückkehrten. Er gebe die Verſicherung bei ſeinen Ehren und Würden ſie nicht zu entwaffnen, ſondern ihnen Cantonnements anzuweiſen, in denen ſie alle Bedürfniſſe befriedigen könnten. Donop verſprach über dieſe Propoſition dem Landgrafen berichten zu wollen.

Wenige Tage nachher begab ſich Richelieu, äußerſt verſtimmt über die Vereitelung der halberſtädtiſchen Neutralitätsconvention, von Halberſtadt nach Braunſchweig und richtete von dort aus am 9 November, nach Empfang der Nachricht von der Schlacht bei Roßbach, ein verbindliches Schreiben an den Landgrafen, in welchem er wiederholt ſein Ehrenwort gab, daß die heſſiſchen Truppen nicht entwaffnet werden ſollten: die Vollziehung der Convention von Seiten Heſſens werde hoffentlich noch eine viel engere Verbindung zwiſchen dem Landgrafen und dem König von Frankreich herbeiführen, welche dieſer wie ihm ſcheine lebhaft wünſche. An demſelben Tage ſchrieb Richelieu auch an den einſtweiligen Befehlshaber der hannöverſchen Armee, Generallieutenant von Zaſtrow, und forderte ihn auf die Convention zu vollſtrecken, deren Bruch in dem erneuerten Kriege ſchreckliche Folgen nach ſich ziehen müſſe.

Aber weder die Verheißungen noch die Drohungen Richelieus machten Eindruck. Der auf Mitchell's Betrieb von König Friedrich mit der Botſchaft des Sieges bei Roßbach an König Georg II abgeſandte Major Grant erſtattete ſowohl zu Hamburg dem Land-

grafen als zu Stade den hannöverſchen Miniſtern Bericht über die veränderte Lage der Dinge und über die bevorſtehende Ankunft des neuen Oberbefehlshabers Ferdinand von Braunſchweig und richtete damit die Gemüther zu höherer Zuverſicht auf[1]. Der Landgraf erklärte dem franzöſiſchen Geſchäftsträger in Hamburg, er ſei an dem Abſchluſſe der Convention unbetheiligt und müſſe ſich weitere Unterhandlungen vorbehalten[2]. Noch beſtimmter ſchrieb er am 16 November dem Marſchall von Richelieu, er könne bei der Erſchöpfung und Verwüſtung ſeines Landes, ohne der noch übrigen einzigen Hilfe ſich zu berauben, ſeine Truppen der Unterwürfigkeit Großbritanniens nicht entziehen, um ſo weniger, da der Marſchall auch noch letzthin eben ſo wenig als vorher über die Verlegung derſelben ſich deutlich erkläre. Es ſei ihm daher unmöglich über die von dem Marſchall ihm gethanen Vorſchläge irgend einen Entſchluß anders als mit Genehmigung und Einverſtändniß Englands zu faſſen. Eben ſo rückhaltslos ſprach Zaſtrow in ſeinem Antwortſchreiben vom 14 November aus, nicht bloß die früher geforderte Entwaffnung der Heſſen, ſondern eine Reihe anderer Thatſachen entbänden den König von England von dem Vollzuge der Convention, nämlich dieſelbe Zumuthung der Entwaffnung der braunſchweigiſchen Hilfstruppen, die Beſetzung des Schloſſes Scharzfels, das vertragswidrige Zurückhalten der hannöverſchen Kriegsgefangenen, die gewaltſame Wegführung eines Theils der dem hannöverſchen Heere zugeſicherten Magazine, endlich die ungeheuren Erpreſſungen, welche nach Abſchluß der Convention erſt mit vermehrter Härte begonnen hätten. Hierüber habe er die ferneren Befehle des Königs von England zu erwarten.

Richelieu wußte ſich nicht anders zu helfen als daß er abwechſelnd gute Worte und Drohungen anwandte um die Convention ſchlechthin, ohne die geringſte weitere Bedingung oder Zuſatz, zu erhalten. So erklärte er Lynar, dafern die Vollziehung

[1] Feldzüge der alliirten Armee i. d. Jahren 1757—1762 nach dem Tagebuche des Generaladjutanten von Reden hgg. v. W. A. v. d. Oſten. Hamburg 1805 I 69. Über Grants Sendung vgl. Mitchell Papers I 382 f.

[2] Stuhr I 163 aus Champeaux Bericht vom 14 Nov. 1757.

nicht bald geſchehe, werde er es den hannöverſchen Miniſtern beimeſſen und es ſie vorerſt entgelten laſſen, folglich damit anfangen ihre Häuſer zu verbrennen und dem Erdboden gleich zu machen; nachgehends werde er mit den königlichen Paläſten auf gleiche Art verfahren. Am franzöſiſchen Hofe hatte Richelieu ſeinen Willen durchgeſetzt: das Miniſterium war endlich auf ſeine Propoſitionen eingegangen an der Convention nicht zu mäkeln, ſondern im Verfolg derſelben mit Heſſen und Braunſchweig Sonderverträge zu ſchließen. Anfang Novembers hielt man in Verſailles noch daran feſt die Entwaffnung der Hilfscorps vornehmen zu laſſen und erſt nachdem dieſe vollzogen ſei über Soldverträge mit Braunſchweig und Heſſen und zwar zu Wien in Verhandlung zu treten[1]. Der hiebei beſtimmende Grund, daß der Wiener Hof einen Theil der zu zahlenden Subſidien tragen ſolle, fiel mit dem Abſchluß der zwiſchen Kaunitz und Stainville vereinbarten Convention über die Einkünfte der eroberten Länder hinweg[2]. Deshalb wurde nunmehr beſchloſſen Richelieu den Urlaub zu ertheilen, welchen er nachgeſucht hatte um ſein Verfahren am Hofe zu rechtfertigen und ſein erſchüttertes Anſehen durch ſeine perſönliche Gegenwart wieder zu befeſtigen. Richelieu ward angewieſen, für die Dauer ſeiner Abweſenheit den Oberbefehl an einen General nach eigener Wahl zu übertragen, am liebſten an du Menil, der ſich ſchon in München und an andern deutſchen Höfen als fähigen Unterhändler gezeigt habe. Dieſer ſollte ſchleunigſt die Subſidienverträge abſchließen, zuerſt mit Braunſchweig, dann mit Heſſen: auch rechnete man auf einen raſchen Abſchluß der Verhandlungen mit dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin[3].

---

[1] 1757 Nov. 1. Bernis an Stainville. Nach Richelieus Angabe Mém. IX 186 f. willigte Bernis in ſeiner Depeſche vom 24 Oct. ein, nicht auf der Entwaffnung der Heſſen zu beſtehen.

[2] S. o. S. 397.

[3] 1757 Nov. 8. Verſailles. Bernis an Stainville; vgl. deſſen Schreiben vom 14 Nov. Nach den Mém. de Richelieu IX 187 wurden die Vollmachten zum Abſchluß der Capitulation am 7 November abgeſandt und trafen am 14 Nov. ein.

Nicht lange waren dieſe Inſtructionen abgegangen mit denen man alle Schwierigkeiten beſeitigt zu haben meinte, ſo kamen von verſchiedenen Seiten Nachrichten, daß der König von England als König und als Kurfürſt die Abſicht habe das hannöverſche Heer zuſammenzuhalten und zu verſtärken, und ein Bericht Richelieus vom 6 November beſtätigte, daß die hannöverſchen Truppen demnächſt die Convention von Zeven brechen würden. In demſelben Augenblicke, wo die erſten Nachrichten von Soubiſes Kataſtrophe am franzöſiſchen Hofe eintrafen, ſah man mit Schrecken, „daß die hannöverſche Hydra aus ihrer Aſche ſich erhebe mit mehr Köpfen als vorher.“ Deshalb wurde Richelieu am 13 November ermächtigt unverzüglich mit Braunſchweig und mit Heſſen Verträge ſowohl über die für Überlaſſung der Truppen zu zahlenden Subſidien als über die Behandlung der betreffenden Länder abzuſchließen, und es wurden zur Erleichterung der Verhandlungen unmaßgebliche Entwürfe beigelegt. Um den Landgrafen von Heſſen ganz beſonders zu verpflichten, erklärte Ludwig XV ſich ſogar bereit der von dem Erbprinzen über die Aufrechthaltung der proteſtantiſchen Religion ausgeſtellten Verſicherungsacte ſeine Garantie zu ertheilen. Die däniſche Einmiſchung ſollte jedoch von dieſen Verhandlungen ausgeſchloſſen bleiben[1].

Für ſolche Entwürfe war es zu ſpät. Als Richelieu ſie am 19 November empfieng, war der Ausführung der Zevener Convention von hannöverſcher Seite bereits mit Gewalt entgegengetreten. An demſelben 14 November, an welchem General von Zaſtrow in ſeinem Schreiben an Richelieu die von franzöſiſcher Seite geſchehene Verletzung der Convention conſtatiert hatte, be-

[1] 1757 Nov. 13 instructions pour M. le Mar. Duc de Richelieu. Stuhr I 343 ff. Vgl. Bernis' Brief v. 22 Nov. Mém. de Richelieu IX 187. Am 18 October hatte der zweibrückenſche Miniſter v. Pachelbel Vorſchläge zu einem heſſiſchen Subſidienvertrage an Bernis übergeben (Betragen des Kön. in Frankreich Beil. XIV. Kriegs-Canzley 1758 III 136), am 28 Oct. ſandte der braunſchweigiſche Miniſter v. Schlieſtedt einen Entwurf ein (Stuhr I 149). Über die heſſiſche Verſicherungsacte vgl. o. S. 165.

fragte das hannöversche Ministerium den hessischen General von Wutginau und den braunschweigischen General von Imhof, ob sie mit ihren Truppen sich den Befehlen des zu erwartenden Oberbefehlshabers fügen wollten. Beide Generale behielten sich vor von ihren fürstlichen Herren Verhaltungsbefehle einzuholen. Diese ergiengen von Seiten des Landgrafen dahin, daß die hessischen Truppen sich den Befehlen des Prinzen Ferdinand unterwerfen würden. Imhof dagegen erklärte am 18 November, er habe aus Blankenburg noch keine Antwort erhalten, traf aber insgeheim Vorbereitungen um aus dem Lager hinter der Schwinge bei Stade aufzubrechen und zu den Franzosen zu marschieren, deren nächste Posten sieben bis acht Meilen entfernt bei Rotenburg an der Wümme standen. Denn er hatte allerdings gemessene Befehle des Herzogs empfangen, mit den Truppen nach Braunschweig abzumarschieren: der Erbprinz sollte ebenfalls das Heer verlassen und sich über Hamburg zu seinem Oheim Ludwig nach Holland begeben.

General Imhof schauderte als er die herzogliche Ordre las, aber stand nicht an sie auszuführen[1]. Um Mitternacht sandte er seine Avantgarde voraus, um vier Uhr morgens den 19 November brach er mit den übrigen Truppen auf und marschierte über die Schwingebrücke bei Mulsum. Hier traten ihm Hannoveraner und Hessen entgegen: Imhof selbst und der General von Behr wurden gefangen genommen und nach Stade abgeführt; Oberst von Zastrow, nunmehr der älteste im Commando, und die übrigen Offiziere willigten ein mit den Truppen nach Stade zurückzukehren und hier die weiteren Befehle des Herzogs abzuwarten.

An demselben Tage brachen die bei Zeven stehenden hessischen Divisionen auf und besetzten am 20 November Bremervörde. Die dort lagernden 45 französischen Dragoner marschierten ab. Man hatte ihrem Hauptmanne die Wahl gelassen, mit den Hessen in dem Orte zu bleiben oder sich zurückzuziehen: er

[1] 1757 Nov. 23. Stade. Imhofs Bericht an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 140 ff. Vgl. Stuhr I 161 ff.

wählte das letztere. Übrigens ſetzte das hannöverſche Generalcommando am folgenden Tage den Marſchall Richelieu von der Verlegung des heſſiſchen Corps nach Bremervörde, welche durch die Rückſichten auf die Sicherheit und den Unterhalt der Truppen geboten ſei, in Kenntniß, mit dem Bemerken daß auch die Stellung der andern Truppentheile verändert werden müſſe. Inzwiſchen war auch Richelieu von Braunſchweig aufgebrochen und hatte ſeine Truppen nach der Niederelbe in Marſch geſetzt um die Auflöſung der hannöverſchen Armee mit Gewalt zu erzwingen. Am 23 November nahm er ſein Hauptquartier zu Lüneburg: von dort wurde Winſen und die Hoper Schanze an der Elbe beſetzt und die Verbindung mit Harburg eröffnet, wo franzöſiſche Beſatzung lag. Der Übermacht über welche Richelieu gebot ſchien es ein leichtes ſein zu müſſen die feindliche, in ſich zwieſpältige, und durch die ſchwankende Waffenruhe mehr noch als den unglücklichen Feldzug verſtimmte und erſchütterte Armee vollends einzuſchließen und zu vernichten.

Unter dieſen ſchwierigen Umſtänden traf Prinz Ferdinand von Braunſchweig bei dem verbündeten Heere ein. In Bergedorf erwartete ihn ſein Neffe, der damals zweiundzwanzigjährige Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand und berichtete tief erſchüttert von den Befehlen ſeines Vaters, der ſich dem franzöſiſchen Hofe völlig untergeben habe, und von den widrigen Vorgängen mit den braunſchweigiſchen Truppen. Ferdinand bewog ſeinen Neffen mit ihm zum Heere zurückzukehren und dort die Entſcheidung dieſer Angelegenheit abzuwarten. In Hamburg empfieng Ferdinand von dem Landgrafen von Heſſen die ſtärkſten Verſicherungen aus allen Kräften an dem beſtehenden Bündniſſe feſthalten zu wollen. Am 23 November führte eine Blankeneſer Barke mit günſtigem Winde die beiden Prinzen von Braunſchweig nach Stade, dem hannöverſchen Hauptquartier und damals zugleich dem Sitze der hannöverſchen Regierung.

Noch war von König Georg II keine Vollmacht für den neuen Oberbefehlshaber eingegangen, aber es kam demſelben von allen Seiten guter Wille entgegen; ſein zugleich milder und entſchloſſener Character war ganz geeignet die obwaltenden

Schwierigkeiten zu besiegen. Sobald Ferdinand die nothwendigsten Anordnungen getroffen hatte, richtete er am 28 November ein Schreiben an den Marschall von Richelieu mit der Nachricht, daß er von dem Könige von Großbritannien berufen sei die aus seinen und seiner Alliirten Truppen bestehende Armee zu befehligen, und daß die königlichen Verhaltungsbefehle dahin lauteten diese Armee in Activität zu setzen. Die hannöversche Regierung veröffentlichte eine vom 26 November datierte „vorläufige Anzeige der Ursachen, welche J. K. M. von Großbritannien als „Kurfürst zu Braunschweig und Lüneburg zu Wiederergreifung „der Waffen gegen die aufs neue im Anzuge begriffene französische Armee bewogen[1]." Prinz Ferdinand zog sogleich die in Cantonnements aus einander gelegte Armee, welche noch 32000 Mann stark war, zusammen und rückte über Buxtehude gegen den Marschall von Richelieu vor. Am 29 November ließ er den französischen Commandanten von Harburg zur Capitulation auffordern und da diese verweigert wurde am nächsten Morgen die Beschießung anfangen. Um diese zu decken blieb eine Abtheilung zurück. Mit dem übrigen Heere marschierte Ferdinand vorwärts. Am 4 December ward Lüneburg besetzt: an demselben Tage bestand Generalmajor Schulenburg ein glückliches Gefecht mit der französischen Arrieregarde. Überall waren die Franzosen im Rückzuge begriffen, denn Richelieu, durch mancherlei Gerüchte geängstigt, suchte eine Deckung hinter der Aller und nahm sein Hauptquartier in Celle.

So war der erste Schritt zur Befreiung Norddeutschlands von einem übermüthigen Feinde gethan und der Armee das Bewußtsein ihrer Thatkraft zurückgegeben. Noch aber war die unerquickliche braunschweigische Angelegenheit nicht ins reine gebracht. Vor Ferdinands Ankunft war in Stade bereits ein herzoglicher Rath eingetroffen, welcher der hannöverschen Regierung über den Vorgang bei Mulsum die bittersten Vorwürfe machte und den Truppen im Namen des Herzogs untersagte, ferner mit den Hannoveranern Gemeinschaft zu halten oder gegen die Franzosen

[1] Lynar II 793 ff.

zu fechten. Prinz Ferdinand bemühte sich ohne der Sache etwas zu vergeben den Zwiespalt so weit möglich in Güte beizulegen. Das hannöversche Ministerium bestimmte er den braunschweigischen Generalen ihren Degen zurückzugeben, unter der Bedingung, vorerst auf ihr Ehrenwort in Stade ruhig zu verbleiben, ferner einen vertrauten Abgeordneten nach Blankenburg an den Herzog zu senden. An diesen schrieb Ferdinand persönlich und erklärte, er habe die Interessen der beiden Könige, die Sache des Vaterlandes und, fügte er hinzu, die Sache des Herzogs selbst zu vertreten. Er beschwur seinen Bruder bei den Banden des gemeinsamen Blutes, bei allem was ihm theuer sei, die Sache der er schon so viel geopfert nicht zu verlassen. Sein höchster Trost werde sein, wenn der Herzog seinen Truppen befehle in der verbündeten Armee auch ferner zu dienen: auf der andern Seite gebiete seine Pflicht ihm zu erklären daß, da das Wohl des Vaterlandes es fordere, er fest entschlossen sei, komme daraus was da wolle, die Truppen nicht abmarschieren zu lassen, sondern sie nöthigesfalls mit Gewalt am Rückmarsche zu hindern. In Ausübung derselben Pflicht habe er den Erbprinzen genöthigt den Befehlen des Herzogs zuwider bei der Armee zu bleiben[1].

Während Prinz Ferdinand seinen Bruder umzustimmen suchte, verständigte er sich mit dem dermaligen Befehlshaber der braunschweigischen Truppen dahin, daß diese bis auf weitere Befehle des Herzogs den Bewegungen der verbündeten Armee folgen sollten, und erklärte dem Erbprinzen, daß die Umstände nicht verstatteten daß er nach seinem Vorsatze die Armee verlasse: er müsse diesen aufgeben oder gewärtigen daß er mit Gewalt daran gehindert werde. Diesen Ausspruch that Ferdinand absichtlich in Gegenwart von Lynar, der sich noch einmal in Stade eingefunden hatte: außerdem stellte er schriftlich seinem Neffen vor, daß er in diesem Falle über das Gebot seines von den Feinden unter-

[1] 1757 Nov. 24. Stade. Prinz Ferdinand an den Herzog Karl von Braunschweig. Westphalen II 151 ff. gibt die ganze in dieser Angelegenheit von Ferdinand geführte Correspondenz. Vgl. Stuhr I 350—354.

drückten Vaters die Pflichten und Dienſte ſtellen müſſe, welche das Vaterland von ihm fordere. Um jeden Zweifel zu heben, nahm Ferdinand nicht allein die ganze Verantwortlichkeit für das Verhalten des Erbprinzen auf ſich, ſondern befahl demſelben auch in Vollmacht des Oberbefehlshabers ſeine Dienſte wie bisher fortzuſetzen[1]. Mit dem Berichte über dieſe Vorgänge fertigte Prinz Ferdinand einen Eilboten an König Friedrich ab und erſuchte dieſen um ſeine wirkſame Vermittelung: nicht minder ſetzte er Mitchell und den König von England von dem Stande der Dinge in Kenntniß.

Noch war bei dem Herzog Karl der Unwille über die Nichtachtung ſeiner fürſtlichen Befehle und die Furcht vor dem franzöſiſchen Hofe mächtiger als alle Gründe, mit denen ſein Bruder ihn zu überzeugen ſuchte, daß Braunſchweig der von Hannover und Preußen verfochtenen deutſchen Sache ſich nicht entziehen dürfe: im Gegentheil wiederholte er ſowohl ſchriftlich als mündlich durch Abgeordnete die an die Truppen und den Erbprinzen erlaſſenen Befehle. Ferdinand ließ ſich dadurch nicht irren. Das Verbleiben des Erbprinzen beim Heere war um der braunſchweigiſchen Truppen willen nothwendig, daher beharrte Ferdinand ſeinem Neffen gegenüber auf der Erklärung daß er ſeine Entfernung nimmermehr geſtatten könne. Der Erbprinz war von Natur geneigt ſein eigenes Urteil dem entſchiedenen Widerſpruche und dem feſten Willen anderer unterzuordnen. In dem gegenwärtigen Conflicte gehorchte er der Stimme des Oheims und des Generals um ſo eher, da er deſſen Verfahren im Herzen billigte und in ihm ſein Muſter und Vorbild ſah.

Der Erbprinz alſo blieb beim Heere. Nun galt es der braunſchweigiſchen Truppen ſich zu verſichern, unter denen die wiederholten Befehle des Herzogs eine ſolche Gährung erzeugten, daß ein offener Ausbruch von Widerſetzlichkeit zu befürchten ſtand. Dem vorzubeugen verſammelte Prinz Ferdinand die Offiziere um ſich und fragte ſie, ob das brave Corps ſich jetzt von ſeinen

[1] 1757 Nov. 27. Buxtehude. Déclaration faite à M. le prince héréditaire. Weſtphalen II 152 f. Vgl. I. 359.

Waffenbrüdern absondern wolle, während alle übrigen mit Freuden marschierten und jeder beherzte Mann, froh über die endlich gebotene Gelegenheit eine zu lange erduldete Schmach zu rächen mit Begierde den Degen gegen den Feind zücke, der noch vor wenig Tagen dem Heere drohte so lange es ruhig stand, aber nun fliehe und nichts anderes erwarte als mit Schimpf aus dem Lande gejagt zu werden. Er schilderte das Elend und die Verwüstung, welche die Franzosen durchgehends und besonders im Braunschweigischen angerichtet: indessen sei kein Unterthan so übel daran als der Herzog, dem sein eigener Wille genommen sei; er müsse in seinem Aufenthalte unter den Feinden nur nach ihrer Vorschrift handeln. So sei er genöthigt worden einen Vertrag gleichsam gegen sich selbst zu zeichnen: die letzte Stütze des Hauses und des Landes, die Truppen, hätten davon das Siegel und das Opfer sein sollen. „Es schaudert mich," fuhr er fort, „wenn „ich gedenke, daß nur noch ein Augenblick zwischen ihrem un„vermeidlichen Verlust und ihrer Errettung gewesen, und daß „dieser für die Ehre meiner Landsleute verhängnißvolle Augen„blick gerade derjenige ist, in welchem ich zu Ihnen komme; ich „danke dem Höchsten um so mehr, daß sich das Blatt nun ganz „gewendet hat und Sie mit mir Ihren Degen zum Dienst des „Vaterlandes ziehen können." So lange die Convention von Kloster Zeven nicht aufgekündigt war, habe sein Bruder nicht umhingekonnt mit den Feinden zu unterhandeln und ihren Zumuthungen gemäß Befehle zu erlassen. Jetzt sei glücklicherweise diese schädliche und unrühmliche Convention gebrochen und aufgerufen. Was durch sie vorgeschrieben war und ihre Folge sein konnte, falle mit ihr: an die Stelle der gefahrvollen, betrüglichen Ruhe, welche ihr zweideutiger Stand bewirkte, sei der offene sichere Krieg getreten. Von ihm erwarte auch sein Bruder seine Rettung, die Rettung seines Hauses und seines Landes. Dieser könne zwar von dem Druck der Lage gehindert jetzt zu ihnen nicht sagen, vereinigt dazu eure Kräfte mit den übrigen, aber er wisse daß sie sich selbst sagen: seid Eurer Ehre eingedenk und bleibt dem Eide treu, den Ihr dem Könige geschworen habt. „Hierzu fordere ich selbst Sie auf," schloß Prinz Ferdinand seine

Anrede, „zugleich als General des Königs und als Bruder Ihres „Herrn mit dem ich nur ein Intereſſe habe. Nehmen Sie mich „in dieſer doppelten Eigenſchaft zu Ihrem Bürgen an, einmal „dafür daß Ihr Eifer für die gemeinſame Sache Ihnen nie „nachtheilig werden und Sie für jeden Schritt vertreten und „ſchadlos geſtellt ſein ſollen, was ich Ihnen hiermit im Namen „Sr. Majeſtät verſpreche, und dann daß Ihr Herr ſelbſt Ihnen „ſeinen Dank und Gefallen bezeugen wird, daß Sie mir gefolgt, „ſobald es ihm die Umſtände erlauben, wozu der glückliche „Augenblick, wie ich hoffe, nicht mehr entfernt iſt.“

Bei dieſer von militäriſchem Ausdruck belebten Rede hatten ſich die vorher finſtern Stirnen aufgeheitert: jetzt wandte Ferdinand ſich an Zaſtrow, der das Corps commandierte, mit den Worten: „wozu ſind Sie für Sich entſchloſſen, Herr Oberſt;“ „Ihren Befehlen Gehorſam zu leiſten, gnädiger Herr,“ erwiederte der tapfere Mann, „und ich hoffe, niemand ſchließt ſich hier aus.“ In gleichem Sinne antworteten die übrigen Offiziere[1]. Dem Beiſpiele der Offiziere folgten die Mannſchaften. Damit war die Gefahr überwunden daß ſechstauſend Mann deutſcher Truppen den Franzoſen ausgeliefert wurden: das brave braunſchweigiſche Corps ward in der Waffenbrüderſchaft mit den Hannoveranern und Heſſen erhalten und half zur Befreiung Norddeutſchlands aus Feindeshand.

Herzog Karl gab ſich mit der vollendeten Thatſache zufrieden. Ferdinand betheuerte ihm in mehreren Briefen, daß er in dieſem Falle nur als General handeln könne. Von der verbündeten Armee, welche ihm anvertraut ſei, bildeten nach den feierlichen Verpflichtungen, die der Herzog mit dem Könige von England eingegangen ſei, die braunſchweigiſchen Truppen einen Beſtandtheil; daher müſſe er, im Falle ſie ſich auflehnen ſollten, die äußerſten Mittel anwenden und ſie entwaffnen. Endlich beſchwur Ferdinand den Herzog ſeinen Sohn nicht zur Verzweiflung zu bringen, der eben ſo wie er ſelbſt keinen Augenblick zögern werde den herzoglichen Befehlen zu gehorchen, ſobald Ehre und Pflicht

[1] Weſtphalen I 360—362.

es gestatteten[1]. Diese brüderlichen Worte blieben nicht ohne Wirkung. Auch die hannöversche Regierung bemühte sich den Unwillen des Herzogs über ihr Verhalten gegen ihn zu beschwichtigen: namentlich verstand sie sich zu dem Versprechen demselben für die erlittenen Verluste eine außerordentliche Schadloshaltung zu gewähren. Seinen ernstlichen Willen der Wiener Convention nachzukommen glaubte Herzog Karl bewiesen zu haben: Abschriften der betreffenden Correspondenz übersandte er sowohl dem Marschall Richelieu zur Kenntnißnahme des französischen Hofes als dem Grafen Kaunitz[2]. Überdies verminderte sich seine Furcht vor den Franzosen, da die Operationen der verbündeten Armee einen so guten Anfang nahmen.

Den Ausschlag gab die gleichzeitige Meldung von der Schlacht bei Leuthen. Auf den Rath des Grafen Finckenstein machte die Königin Elisabeth Christine zugleich mit der Nachricht von diesem entscheidenden Siege der preußischen Waffen brieflich ihrem Bruder Vorstellungen über die Absicht seine Truppen von der verbündeten Armee abzurufen. Herzog Karl antwortete darauf mit der Erklärung, er wolle sein möglichstes thun, aber er müsse sein gegebenes Wort halten. Übrigens würden nach den Befehlen, welche Prinz Ferdinand gegeben, die braunschweigischen Truppen sich nicht von der Armee trennen[3]. Von dem Inhalte dieses Schreibens machte König Friedrich am 16 December Ferdinand vertrauliche Mittheilung und ließ dem Erbprinzen von Braunschweig die Versicherung geben, er nehme es auf sich ihn mit seinem Vater zu versöhnen, wenn dieser ihm noch zürnen sollte. An den Herzog selbst schrieb Friedrich, jetzt sei der Augenblick wo es gelte auszuharren. Er brauche sich kein Dementi zu geben. „Wenn Ihr Sohn Ihnen nicht gehorcht, so geschieht es allein

---

[1] 1757 Dec. 7. Amelinghausen. Dec. 8. Ebstorf. Prinz Ferdinand an den Herzog Karl. Westphalen II 160 ff. 164 ff. Die Anrede an die Offiziere ward zu Ebstorf gehalten.

[2] Auszüge daraus Kriegs-Canzley 1758 III 90 ff. 133 ff.

[3] 1757 Dec. 8. (Magdeburg.) Die Königin von Preußen an d. Herzog Karl u. dessen Antwort Dec. 9. Blankenburg. Dec. 10. Finckenstein an den König. Beil. II 104—106.

„kraft meiner Überredung; werfen Sie Ihren ganzen Zorn dar„über auf mich, denn ich habe ihm versichert, daß alles was Sie „ihm schrieben nichts als eine Fratze sei, daß Sie wollten daß „er nicht gehorche und daß ich alles auf mich nehme; ich mache „es zu meiner Angelegenheit und nehme ihn offen unter meinen „Schutz[1].“ Das war das letzte Wort in dieser Sache.

Durch die erneuten Siege Friedrichs des großen und durch die Entschlossenheit, mit welcher Ferdinand von Braunschweig das niedersächsische Heer zusammenhielt, wurden die weitgreifenden Pläne vereitelt, welche die Höfe von Wien und Versailles an das Vordringen der französischen Armee bis zur Elbe geknüpft hatten. Statt daß deren nächste Aufgabe die Belagerung von Magdeburg bilden sollte, hatte sie jetzt um ihre Winterquartiere im Gebiete der Weser zu kämpfen. Man hatte die Absicht gehegt, nachdem man die braunschweigischen und hessischen Truppen in französischen Sold genommen, diese 18000 Protestanten zu der schwedischen Armee in Pommern stoßen zu lassen. Von dieser Verstärkung der Kriegsmacht der Schweden, der alten Beschützer des Protestantismus, hatte man sich die günstigste Wirkung auf die Protestanten im ganzen Reiche versprochen. Mit den deutschen Truppen sollten französische verbunden werden und ein französischer General das ganze Corps befehligen. Diesem Entwurfe gemäß sandte Marschall Richelieu Ende October den Marquis de Montalembert in das schwedische Hauptquartier um die gemeinsamen Operationen zu verabreden[2].

Bald darauf ward Soubise bei Roßbach geschlagen. Richelieu erkannte gleich nach Empfang der Nachricht von dem Siege der Preußen, daß jene Pläne nicht mehr ausführbar seien und gab

---

[1] 1757 Dec. 16. Hauptquartier vor Breslau. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 173. Dec. 19 an den Herzog von Braunschweig. Beil. II 109. Vgl. Friedrichs Brief an die Königin v. 17 Dec. Oeuvres XXVI 30 und an den Prinzen Heinrich aus derselben Zeit b. Schöning siebenjähr. Krieg I 104.

[2] Octob. 21. Wien. Stainville an Bernis nach einem Briefe Richelieus vom 13 October. Nov. 1. Versailles. Bernis an Stainville. Vgl. Corresp. de M. le marquis de Montalembert. Londres 1777 I 3 ff.

sofort am 9 November dem schwedischen Feldmarschall Ungern-Sternberg Kenntniß von der veränderten Sachlage[1]. Aber das französische Ministerium ließ sich in seinem Vorsatze nicht so bald stören. Man bedurfte zu diesem Unternehmen der Dienste des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin. „Wir müssen Herren „seines Landes sein," schrieb Bernis noch am 14 November; man beabsichtigte Dömitz und andere Plätze mit französischen Truppen zu besetzen[2]. Ganz so bereitwillig als der Hof von Versailles erwartet hatte gieng der Herzog Friedrich auf die französische Einlagerung nicht ein: er machte mancherlei Gegenbedingungen, nicht bloß auf Kosten von Preußen, sondern auch von Hannover und Schweden. Daraufhin wurde ein Vertrag entworfen und am 1 December zu Schwerin unterzeichnet, der eine weitere Ausführung des Bündnisses vom 1 April sein sollte. Herzog Friedrich versprach darin für den Fall daß die französische Armee den Kriegsschauplatz nach Brandenburg und Pommern verlege, seine Feste Dömitz dem Könige von Frankreich für die Dauer des Kriegs in Verwahrung zu geben; ferner sollten französische Truppen die an Preußen und Hannover verpfändeten mecklenburgischen Ämter besetzen und während des Krieges „für „die Sache des Reiches" benutzen. Dafür versprach der König von Frankreich keinen Frieden zu schließen ohne daß der Herzog in alle Theile seines Landes, welche ihm im Kriege etwa entrissen worden seien, wieder eingesetzt werde. Für andern Schaden ward der Herzog an das Versprechen des Kaisers gewiesen, der allen Reichsständen Schadloshaltung zugesagt; übrigens war Frankreich in diesem und andern Puncten freigebig mit dem Versprechen seiner guten Dienste ohne weitere Verpflichtungen zu übernehmen. Mecklenburg sollte die zwölf seit 1735 an Hannover und Preußen verpfändeten Ämter zurückerhalten, ferner das Herzogthum Lauenburg, von Schweden Wismar mit den Ämtern Neukloster und Poel. Dagegen erklärte sich der Herzog groß-

[1] Eine aufgefangene Copie seines Schreibens s. Henckel-Donnersmarck I 2, 369 f. Vgl. Corr. de Montalembert I 40.

[2] 1757 Nov. 14. Versailles. Bernis an Stainville.

müthig bereit an die Krone Schweden seine Ansprüche an Schweden, Dänemark, das sächsische Kurhaus, sowie an zwei Canonicate in Halberstadt und Magdeburg abzutreten[1].

Diesen Vertrag schloß der Herzog von Schwerin in der Erwartung, daß Richelieu den Prinzen Ferdinand bei Harburg angreifen und die Elbe behaupten werde. Statt dessen erfuhr Champeaux, der französische Gesandte zu Schwerin, schon am nächsten Tage, daß die französische Armee sich an die Aller zurückziehe und schrieb in höchster Bestürzung dem Kriegsminister Paulmy: „alle meine Unterhandlungen wegen Dömitz, wegen „der Besetzung der mecklenburgischen Lande, wegen der den Schweden zu bringenden Hilfe werden zu Schanden[2]."

Nichtsdestoweniger fand Ludwig XV für gut den Vertrag zu ratificieren. Dies schien unbedenklich, weil dem Herzoge zur Erreichung seiner Wünsche nur die guten Dienste Frankreichs, ohne förmlich bindende Verpflichtung, zugesagt wurden. „Der Herzog „läuft genug Gefahr," schrieb Bernis an Stainville, „um zu „verdienen daß man ihm wenigstens Hoffnungen läßt[3]." Es bezeichnet die Heuchelei und die Verworfenheit der Regierung Ludwigs XV, daß sie einen Fürsten, dem sie nicht helfen konnte noch wollte, mit kaltem Blute dazu verlockte die Feindseligkeit Preußens und Hannovers immer schärfer zu reizen. Übrigens scheint die Auswechselung der Ratificationen des durch den ferneren Gang des Krieges für Frankreich werthlos gewordenen Vertrags unterblieben zu sein: im Schweriner Archiv ist nur der Entwurf des Vertrags, nicht die Ratification desselben vorhanden.

Gerade in den Tagen, da Ferdinand von Braunschweig die niedersächsische Armee wiederum ins Feld führte, ward zu Celle am 11 December durch den Armeeintendanten Baron von Luce ein Decret des königlich französischen Staatsraths vom 18 October bekannt gemacht, welches recht dazu angethan war in Norddeutschland die Sehnsucht nach Befreiung von der fremden

[1] S. den Vertragsentwurf vom 1 Dec. 1757. Beil. I, 7. Über die Verpfändung s. E. Boll Gesch. Mecklenburgs II 267.

[2] Stuhr I 167 f.

[3] 1757 Dec. 22. Versailles. Bernis an Stainville. Beil. II 113.

Unterdrückung zu steigern. Das Decret verkündete die Verpachtung aller Einkünfte des Kurfürstenthums Hannover an Jean Faidy, Bürger von Paris[1]. Es ließ sich voraussehn daß dieser Pächter alles aufbieten würde um aus dem eroberten Lande so viel nur immer möglich herauszuschlagen. Um so dringender ward der Wunsch daß Ferdinand seine Operationen beschleunigen und nachdrücklich durchführen möge.

Sechstes Capitel.

Der Krieg in Schlesien. Die Schlacht bei Leuthen.

Durch die neue Wendung der Dinge in Thüringen und Niedersachsen wurden Maria Theresia und Kaunitz noch nicht allzu tief betroffen. Denn der anfangs so glänzende Feldzug der französischen Armee hatte den Stolz der Minister Ludwigs XV zu einer so bedenklichen Höhe gesteigert, daß ein Rückschlag der sie traf, obgleich er die Beendigung des Kriegs in weitere Ferne rückte, dennoch in Wien nicht ohne eine gewisse Genugthuung vernommen ward. Während das kaiserliche Heer langsam vorrückte und keinen neuen entscheidenden Schlag ausführte, hatte Frankreich in den hannöverschen Angelegenheiten die Stellung einer helfenden Macht verlassen um seine eigenen Zwecke in einer Weise zu verfolgen, welche dem Wiener Hofe von allem Anfange an wenig zusagte. Jetzt stand Österreich daran sein unverrückt verfolgtes Ziel, die Eroberung Schlesiens, in demselben Augenblicke zu erreichen, wo die eigenwilligen Pläne Frankreichs zerstoben. Der Nachtheil, welcher von diesem Umschwunge der gemeinsamen Sache drohte, ließ sich damals noch nicht in seinem ganzen Umfange übersehen: aber den Bruch der Zevener Convention hatte Kaunitz längst erwartet und durfte annehmen daß der französische Hof

[1] Kriegs-Canzley 1758 III 845.

von nun an auf die österreichischen Vorschläge bereitwilliger eingehen werde als bisher.

In Schlesien setzte der Herzog von Bevern mit dem preußischen Heere die rückgängige Bewegung auf der großen Straße fort, welche über Liegnitz nach Breslau führte, mehr durch die Schwierigkeit der Verpflegung bestimmt als durch die Unternehmungen der Kaiserlichen: „die Sorge für das tägliche Brot „belastete die Seele des Feldherrn[1]." Der österreichischen Armee kam die Abwesenheit des Königs von Preußen und die Schwäche des feindlichen Heeres wenig zu statten. Denn über der fortwährenden Uneinigkeit des Prinzen von Lothringen und des Feldmarschalls Daun kam man zu keinem thatkräftigen Entschlusse, und was gemäß den von Wien aus ertheilten Vorschriften geschah ward langsam und umständlich ausgeführt.

Die Hauptmacht der Österreicher zog von der großen Straße südlich über Lauban und Löwenberg nach Goldberg und bedrohte Liegnitz und die Verbindung mit Breslau. Um dieser Bewegung zuvorzukommen brach Bevern, der jetzt von der Verpflichtung auf die Deckung der Marken Bedacht zu nehmen ausdrücklich entbunden war, am 18 September von Bunzlau auf und bezog jenseit Liegnitz und der Katzbach bei Barschdorf ein neues Lager. Was nun zu thun sei, darüber giengen die Meinungen der preußischen Generale, welche bei dem Oberfeldherrn sich aufdringlich geltend machten, vollständig aus einander. Wäre Bevern nur seinen eigenen Gedanken nachgegangen, so hätte er sich mit seiner ganzen Streitmacht südöstlich in die Gegend des Würchensees gezogen, ziemlich in gleicher Entfernung von Breslau und Schweidnitz, rückwärts in Verbindung mit Glogau, und hätte zur Behauptung dieser Stellung eine Schlacht gewagt: aber er ließ sich durch die gegen jenen Plan geltend gemachten Rücksichten auf die Magazine in Liegnitz bestimmen seinen Vorsatz

[1] Gesch. d. siebenj. Krieges bearb. v. d. Off. d. gr. Generalstabs I 397. Vgl. außerdem (v. Ollech) Fr. d. gr. v. Kolin b. Roßbach u. Leuthen. Berl. 1858. Auszüge aus französischen Berichten s. Stuhr I 267 ff.; das Journal der kaiserlichen Armee Danziger Beytr. 1757 III 477 ff. 619 ff. Vgl. Huschberg-Wuttke 194 ff.

aufzugeben. Mehrere Generale waren überhaupt der Meinung, da man das Feld doch nicht zu halten vermöge, solle man die Besatzungen der festen Plätze gehörig verstärken und mit dem Reste der Armee zwischen Schweidnitz und Neiße wie mit einem fliegenden Corps agieren; andere riethen gleich nach Glogau zu marschieren um die Verbindung mit dem Könige zu erhalten.

In der That ließ sich Bevern bewegen am 20 September sieben Bataillone nach Schweidnitz Brieg Glatz Neiße und Kosel zu entsenden und schwächte dadurch sehr zur Unzeit sein ohnehin nicht starkes Heer. Jedoch hielt er noch an der Möglichkeit eine Schlacht zu liefern fest. Deshalb verwarf er die Vorschläge zu weiterer Zersplitterung seiner Truppen und gab die Absicht nicht auf die Verbindung mit Breslau zu behaupten. Diese ward indessen durch das Vorrücken der Österreicher, welche am 26 September von den Höhen von Wahlstatt aus gegen das preußische Lager bei Barschdorf eine zwecklose und wenig wirksame Kanonade eröffneten, mehr und mehr bedroht.

Bevern beschloß der kaiserlichen Armee rasch zuvorzukommen. Am 27 September ordnete er den Abmarsch an, scheinbar nach Glogau, aber er verfolgte diese Straße nicht, sondern überschritt oberhalb Steinau bei Diebau die Oder, und marschierte von da stromaufwärts nach Breslau und durch die schlesische Hauptstadt auf das linke Oderufer zurück. Am 1 October stand die Armee, von welcher übrigens abermals Truppen entsendet waren, westlich von Breslau hinter der Lohe in ausgedehnten Stellungen, welche man durch Verschanzungen zu verstärken suchte. Die kaiserliche Armee zog erst am folgenden Tage auf der großen Straße heran, und Karl von Lothringen mußte als er nach Lissa kam, anderthalb Meilen vor Breslau, zu seinem höchsten Verdrusse sich überzeugen, daß die Preußen, welche er bei Glogau wähnte, ihm gegenüber gelagert seien. Im ersten Eifer war er willens sie sofort anzugreifen um durch eine Schlacht sich den Besitz von Breslau und sichere Winterquartiere auf dem linken Oderufer zu verschaffen. Aber auf den Rath seiner Generale stand er davon ab. Es wurde beliebt zuerst die Belagerung von Schweidnitz zu unternehmen und zwar unter Mitwirkung der von

Frankreich beſoldeten Baiern und Würtemberger. Inzwiſchen ſollte die Hauptarmee das preußiſche Lager vor Breslau beobachten und erſt nach der Einnahme von Schweidnitz und Vereinigung aller Streitkräfte angriffsweiſe vorgehen. Die früher beabſichtigte Verſtärkung der in der Lauſitz zurückgelaſſenen Truppen unterblieb um die Hauptaufgabe, die Eroberung Schleſiens, mit allen Mitteln durchzuſetzen.

Der Marſch der preußiſchen Armee nach Breslau ward von Freund und Feind als ein Meiſterſtück bewundert und that dar, daß es dem Herzog von Bevern an Einſicht und Geſchick nicht gebrach: es war das Herrſchtalent und die Willensſtärke, welche ihm abgiengen. Je ſchwieriger die Umſtände wurden, um ſo mehr richtete er ſein Abſehen dahin, ſtatt ſelbſt ſeine Zeit und ſeinen Ort wahrzunehmen, den Willen des Königs zu treffen. Deshalb wartete er ſtets deſſen Befehle ab, welche aber natürlich den veränderten Umſtänden nicht entſprachen, und that in ängſtlicher Sorge vor unausbleiblichen Vorwürfen lieber nichts, als daß er entſcheidende Entſchlüſſe auf eigene Hand faßte[1].

Schwierig genug waren die Verhältniſſe mit denen Bevern zu kämpfen hatte. Seine Armee belief ſich nach Abzug der Garniſonen und der Kranken nur auf einige 20000 Mann: insbeſondere war die Cavallerie heruntergekommen. Die Kaiſerlichen dagegen ſtanden ihm in einer Stärke von 60000 Mann gegenüber, ein Misverhältniß, welches ſich ſpäter noch ſteigern ſollte und in ſeinem Gemüth die ſchlimmſten Befürchtungen weckte. Dennoch war er entſchloſſen um Breslau nicht verloren zu geben die vor dieſer Stadt genommene Stellung um jeden Preis zu halten und wo möglich von ihr aus die öſterreichiſche Armee anzugreifen. Bei dieſem Vorſatze beharrte er gegen die Anſicht eines am 3 October verſammelten Kriegsraths, in welchem die Meinung der meiſten Generale dahin gieng, um nicht bei Breslau vom Feinde völlig eingeſchloſſen zu werden, müſſe man ſich ſogleich auf das rechte Oderufer zurückziehen und die Verbindung mit Glogau ſichern. König Friedrich war mit den von Bevern angeordneten

[1] Vgl. Weſtphalen I 211 ff.

Maßregeln einverstanden und befahl ihm durchaus Breslau zu decken; zugleich erneuerte er einmal über das andere die Vorschrift, er möge allen Kriegsrath abschaffen und mehr Vertrauen zu sich selbst haben. „In einem Kriegsrath kömmt nichts weiter „heraus, als daß nach vielem vergeblichen Streiten die timide „Partei den größeren Haufen macht" schrieb er am 13 October.

Sieben Wochen lang standen bei Breslau Preußen und Österreicher einander gegenüber und verschanzten ihre Lager nach Möglichkeit. Die Österreicher beherrschten das linke Oderufer und schlugen auch unterhalb Breslau eine Brücke, auf der leichte Truppen auf das rechte Ufer übergiengen. Erheblichen Schaden richteten diese jedoch nicht an. Am 19 October hielt Prinz Karl einen Kriegsrath um zu erwägen ob ein Angriff auf die preußischen Linien zu unternehmen sei. Der Beschluß war kein anderer als der frühere; ein Angriff ward durchaus unthunlich befunden. Demnach beschränkte sich die Thätigkeit der kaiserlichen Armee auf die Belagerung von Schweidnitz. Diese Festung war in den Friedensjahren von König Friedrich II am Fuße des Riesengebirges zu dem Zwecke angelegt, die von Trautenau in Böhmen nach Breslau zu führenden Pässe zu decken; deshalb erschien ihr Besitz, der die kürzeste Verbindung mit Böhmen eröffnete, für die bei Breslau gelagerte kaiserliche Armee von großer Wichtigkeit. Die Werke waren nicht sehr ausgedehnt und nicht von besonderer Stärke. Friedrich II verließ sich darauf, daß die Österreicher während des letzten Kriegs in Belagerungen wenig geleistet hätten. Überdies glaubte er daß der Platz sich gegen eine regelmäßige Belagerung sechs Wochen lang halten könne: binnen dieser Zeit gedachte er sie zu entsetzen.

Die Belagerung von Schweidnitz ward dem Feldzeugmeister Nadasty aufgetragen. Er hatte 30000 Mann zu seinem Befehle, darunter 6800 Baiern und 6000 Würtemberger. Die gute Ausrüstung der letzteren wird besonders gerühmt; auf ihre Dienstwilligkeit war jedoch nicht zu zählen. Nach dem Aufstande vom 20 Juni hatte der Herzog von Würtemberg einen Generalpardon erlassen und die Truppen wiederum unter seinen Fahnen vereinigt, aber als sie ausmarschieren sollten brach am 14 August

im Lager bei Geißlingen eine neue Meuterei aus; zum dritten Male verweigerten sie im September bei Kolin den Gehorsam[1].

Am 13 October ward Schweidnitz eingeschlossen. Zur Mitwirkung bei der Belagerung war eine Anzahl französischer Ingenieure von Soubises Armee gesandt worden; Riverson, der Chef des Ingenieurcorps, leitete die Arbeiten, denen der von Ludwig XV übersandte Plan der Festung zu Grunde gelegt werden konnte. Am 26 October wurden die Laufgräben eröffnet und trotz mehrerer Ausfälle der Besatzung fortgeführt; am 31 begann die Beschießung, welche auf die Festungswerke wie auf die Stadt und die Magazine zerstörend wirkte. Aussicht auf baldigen Entsatz war nicht vorhanden. Allerdings hatte König Friedrich im October, da sein längeres Verbleiben in Thüringen unnütz schien, die Absicht sich nach Schlesien zu wenden, und zwar gedachte er, wie er nach Haddicks Abzug von Berlin am 22 October Bevern schrieb, über Görlitz in die Gegend von Schweidnitz zu marschieren. Er wollte damit nicht allein die Festung sichern, sondern auch Bevern Luft machen, dem er den Befehl ertheilte bei dem zu erwartenden Abzuge der feindlichen Armee deren Nachtrab mit aller Macht anzugreifen. Diesen Plan vereitelte jedoch der Anmarsch der combinierten Armee auf Leipzig, welcher die Aussicht bot durch eine Schlacht die Franzosen und Reichstruppen zu verjagen. Wir wissen wie vortrefflich ihm sein Vorhaben gelang, wie rasch er von der Verfolgung umkehrte um sich nach Schlesien zu begeben, und wie er abermals durch die Verhandlungen über den Ferdinand von Braunschweig zugedachten Oberbefehl aufgehalten wurde. Nicht früher als am 13 November war er im Stande von Leipzig nach Schlesien aufzubrechen.

Dort hatten sich inzwischen die Dinge für die Preußen bedeutend verschlimmert. Die Belagerung von Schweidnitz nahm einen raschen Verlauf: Bevern sah den baldigen Fall des Platzes und in Folge dessen die Verstärkung der ihm gegenüberstehenden Armee auf 80—90000 Mann voraus. Schon am 16 October hatte er dem Könige gemeldet, daß er kein anderes Mittel sehe

[1] Stuhr I 321. Vgl. Wuttke-Huschberg 284.

sowohl Breslau als Schweidnitz zu retten, als nach der Theilung der kaiserlichen Armee einen Angriff zu unternehmen. Da König Friedrich in seinen nachfolgenden Schreiben sich über diesen Plan nicht aussprach, zögerte er mit der Ausführung, und kam später zu dem Entschlusse, so lange Schweidnitz sich noch halte die Ankunft des Königs abzuwarten: wenn aber die Festung erobert werde, eine Schlacht zu wagen, ehe der Feind mit seiner vollen Übermacht ihn einschließe und angreife.

Noch ehe dieses Ereigniß eintrat bestimmte ihn der öftere Brand, den man in der Festung wahrnahm, und die Verstärkung des feindlichen Feuers am 11 November die Befehle zu einer Schlacht für den folgenden Morgen zu ertheilen. Während er damit beschäftigt war überbrachte ein Feldjäger ein Schreiben des Cabinetsraths Eichel mit der Botschaft des bei Roßbach erfochtenen Sieges und die mündliche Meldung daß der König nächstens einen Courier senden werde. Statt durch diese Siegesnachricht, welche die Stimmung des eigenen Heeres erheben und die des feindlichen niederdrücken mußte, in seinem Entschlusse bestärkt zu werden, ließ Bevern sich durch das einstimmige Anliegen aller Generale bereden die königlichen Befehle abzuwarten. Diese trafen am 12 November abends ein und enthielten die volle Billigung des von Bevern gefaßten Entschlusses die österreichische Armee anzugreifen ohne die Ankunft des königlichen Armeecorps zu erwarten. In Folge dessen wiederholte Bevern am 13 November die früher ertheilten Befehle für den am nächsten Morgen zu unternehmenden Angriff. Aber in der Nacht, gerade als der Aufmarsch beginnen sollte, kam die Meldung daß Schweidnitz capituliert habe: auch besagte eine, wie sich später ergab falsche, Nachricht daß bereits ein Theil des Belagerungscorps auf dem Marsche nach Breslau begriffen sei. Unter diesen Umständen ließ Bevern sich bereden seine Befehle zurückzunehmen und, statt ein Treffen zu wagen, die ferneren Bewegungen des Feindes und allenfalls dessen Angriff im Lager abzuwarten. Damit war die letzte Möglichkeit einer für die preußische Armee günstigen Entscheidung preisgegeben. Überdies zersplitterte Bevern noch durch neue Entsendungen nach Brieg seine Streitkräfte.

Die Übergabe von Schweidnitz wurde durch einen in der Nacht vom 11 zum 12 November unternommenen Sturm entschieden, bei welchem namentlich die Baiern und Würtemberger ins Feuer kamen. Mehrere Außenwerke wurden genommen, und obgleich noch eine längere Vertheidigung möglich war, gaben die Commandanten von Geers und Grumbkow den Platz verloren und capitulierten. So waren die Österreicher nach siebzehntägiger Belagerung Herren dieser wichtigen Festung mit 180 Geschützen, einem großen Munitions- und Mundvorrath und 236000 Thalern Cassengeldern: die Besatzung — 5800 Mann — ward kriegsgefangen.

Mit der Einnahme von Schweidnitz war der erste Theil des österreichischen Kriegsplans ausgeführt. Nunmehr ward seit dem 15 November die gesamte kaiserliche Streitmacht vor Breslau zusammengezogen. Um der Annäherung des Königs Friedrich zuvorzukommen, glaubte man mit dem Angriffe auf das preußische Lager vor dieser Stadt nicht länger säumen zu dürfen. Deshalb befahl Karl von Lothringen am 22 November die Schlacht.

Gemäß den königlichen Befehlen, welche ihn anwiesen alles daran zu setzen um Breslau zu behaupten, hatte Bevern sich entschlossen der kaiserlichen Armee Stand zu halten. Auf einen günstigen Erfolg rechnete er selbst so wenig als seine Generale. Das Übergewicht von mehr als 80000 Mann Kaiserlicher gegen 28000 Preußen, welche sehr ausgedehnte Linien vertheidigten, war zu groß als daß der Ausgang zweifelhaft sein konnte. Obgleich die Dispositionen der Österreicher nicht zweckmäßig waren und die preußischen Truppen sich meistens wacker schlugen, so überwältigte doch die Masse der Angreifer die schwächeren Gegner, deren Oberfeldherr nicht einmal mehr mit voller Kraft durchzugreifen vermochte. Zwar behauptete sich Zieten auf dem linken Flügel gegen Nadasty, aber das Centrum und der rechte Flügel der Preußen wurden geschlagen und der Rückzug durch Breslau angetreten.

Bevern war tief erschüttert sowohl durch die Unfälle, welche er vorausgesehen und nicht abzuwenden gewußt hatte, als durch die strengen königlichen Befehle, in denen wegen des unterlassenen

Angriffs bittere Vorwürfe erhoben und ihm nebſt ſeinen Generalen mit kriegsgerichtlicher Unterſuchung gedroht ward. Er ſah keine andere Möglichkeit als ſich höchſtens noch am 24 November bei Breslau zu halten und alsdann den Rückzug nach Glogau anzutreten, war aber darüber um ſo mehr bekümmert, da der König ihm ſeine baldige Ankunft gemeldet und die Behauptung von Breslau als die höchſte Pflicht eingeſchärft hatte. Indeſſen zögerten die Öſterreicher mit dem ferneren Angriffe, und Bevern konnte manches thun um die Stadt noch ein paar Tage zu halten; da wurde er bei einer Beſichtigung der Vorpoſten in der Frühe des 24 Novembers von Truppen des Generals Beck gefangen. Die Gefangennahme geſchah unter ſolchen Umſtänden, daß man begreift wie ſowohl auf preußiſcher wie auf öſterreichiſcher Seite die Meinung aufkommen konnte, daß Bevern um die ſchwer auf ihm laſtende Verantwortlichkeit nicht länger zu tragen, ſich freiwillig ausgeſetzt habe: aber vor ſeinem eigenen Berichte und dem Zeugniſſe des höchſt gewiſſenhaft geführten Gaudyſchen Journals kann dieſer Verdacht nicht beſtehen[1].

Für das eben geſchlagene preußiſche Heer war die Gefangennahme des Feldherrn ein neues ſchweres Mißgeſchick. An Beverns Stelle trat als der älteſte General von Kyau. Dieſer, allein darauf bedacht den Rückzug nach Glogau unverzüglich auszuführen, traf keine Vorkehrung irgend einer Art um die Vertheidigung von Breslau bis zur nahe bevorſtehenden Ankunft des Königs zu veranlaſſen. Der von Friedrich II neu ernannte Gouverneur Johann Georg von Leſtwitz, ein in Ehren ergrauter General, aber durch die letzten Unglücksfälle außer Faſſung gebracht und durch körperliche Anſtrengungen und Wunden erſchöpft, hatte

---

[1] Oeuvres de Frédéric IV 160 le prince de Bevern s'avisa d'aller reconnaître le corps de M. de Beck, qui campait près de lui; il était seul, et se laissa prendre par des pandours. In dem vom 26 November datierten Berichte von Stainville heißt es, Bevern habe ſich fangen laſſen vermuthlich um für Preußen in Wien zu unterhandeln. Retzow I 233 entſcheidet ſich für die damals allgemein verbreitete Anſicht, daß Bevern ſich abſichtlich gefangen nehmen ließ. S. dagegen Beverns eigenen Bericht v. Ollech S. 105 f. u. Gaudy's Journal b. Kutzen, Gedenktage II 167 f.

nichts eiligeres zu thun als noch am nämlichen Tage, dem 24 November, unter der Bedingung freies Abzuges der Besatzung Breslau an die Österreicher zu übergeben; ja er ließ es geschehen daß diese einige Stunden vor dem Ausmarsche der Garnison in die Stadt einrückten. Die Folge davon war die Auflösung aller militärischen Ordnung. Die Mannschaften glaubten daß es mit dem Könige von Preußen zu Ende sei und giengen haufenweise zu den Kaiserlichen über: von der Besatzung, welche vor der Capitulation 4288 Mann zählte, marschierten 479 Mann nebst 120 Offizieren mit achtundvierzig Fahnen, die Trümmer von zehn Bataillonen, unter den kriegerischen Ehrenbezeugungen des kaiserlichen Heeres aus den Thoren von Breslau hinaus[1].

Nach diesen Ereignissen schien Schlesien für Preußen verloren zu sein. Die Protestanten sahen mit Furcht und Zittern der Wiederkehr der österreichischen Herrschaft entgegen. „Es ist nicht „zu beschreiben," hieß es in dem Briefe eines bei der kaiserlichen Armee befindlichen Offiziers[2], „wie niedergeschlagen die pro„testantischen Unterthanen dieses Landes sind. Das ihnen vor„gemachte Schreckbild der Religionsgefahr hat bei ihnen so tiefen „Eindruck hinterlassen, daß sie bei Anrückung unserer Völker „schon zittern und nichts anderes glauben, als daß sie nunmehr „gewaltthätig zur Änderung der Religion angetrieben würden, „weshalb dann auch von der hohen Generalität der schärfste „Befehl ergangen von allem sich zu enthalten, was nur von „weitem diese Leute in ihrer irrigen Meinung bestärken könnte." Das kaiserliche Patent vom 21 September diente nicht zu ihrer Beruhigung, denn in diesem hatte Maria Theresia zwar verheißen „Unsern Schutz und Kaiserl. Königl. Gnade der Anklebung „und Treue eines jeden ohne Ansehen der Religion angedeihen „zu lassen," aber diese Zusicherung galt den einzelnen und schloß künftige Maßregeln zur Beschränkung der freien Religionsübung nicht aus. Die Minister Podewils und Finckenstein unterließen

[1] S. den österreichischen Bericht Danziger Beyträge 1757 III 622—626. 646 f. Cogniaczo Geständnisse II 416 f. Huschberg 211. Die Liste der Mannschaften s. Schöning Gesch. d. brand.-preuß. Artillerie II 360.

[2] Huschberg 200.

nicht in einem am 29 October an die Schlesier erlassenen königlichen Patente auszusprechen: „nicht allein das Exempel aller „Zeiten sondern auch das Verfahren so die Kaiserin Königin „noch jetzo gegen ihre unglückliche protestantische Unterthanen „ausübet, kann endlich zum Beispiel dienen, was die Protestanten „in Schlesien von dem angebornen Verfolgungsgeiste des Hauses „Österreich zu gewarten haben[1]."

Die ferneren Vorgänge nährten die Besorgnisse der Schlesier. In der Capitulation von Schweidnitz hatten die preußischen Befehlshaber als vierzehnten Artikel aufgestellt: „daß die Stadt „bei allen ihren Privilegien erhalten, auch die evangelische Reli„gion ihr freies Exercitium beibehalten möge." Darauf verfügte Nadasty: „dieses dependiret nur von Kaiserl. Königl. Gnaden." Mehr Rücksicht ward auf Breslau genommen. Auf die in der Capitulation dieser Stadt ausgedrückte Bitte, daß der Magistrat, die Stadt und Bürgerschaft mit sämtlichen Einwohnern, wie auch die zur Stadt gehörigen Dorfschaften bei dem freien ungekränkten Religionsexercitio A. C. mögen belassen werden, verfügte derselbe Nadasty: „wird accordieret, vermöge bereits herausgegebenen „Kaiserlich Königlichen allerhöchsten Patentes," und auch der Nachtrag, welcher die Reformierten einschloß, ward nicht beanstandet. Ja Prinz Karl von Lothringen ernannte, um die Evangelischen zu beruhigen, einen General reformierten Bekenntnisses, von Sprecher, zum Gouverneur der Stadt und einen Lutheraner, von Wulffersdorff, zum Commandanten.

Dergleichen Maßregeln jedoch, welche jeden Augenblick geändert werden konnten, machten wenig Eindruck: in der Hauptsache waren auch die Breslauer auf das kaiserliche Patent verwiesen, welches für die Zukunft der evangelischen Kirche Schlesiens keine Gewähr bot. Und welche Bedrängnisse ihr von neuem drohten, war aus den unverholen geäußerten Hoffnungen eines Theiles des katholischen Clerus zu schließen. An der Spitze desselben stand Graf Philipp Gotthard v. Schaffgotsch. Dieser gehörte einem Hause an, welches unter seinen Vorfahren Blutzeugen des

[1] Danziger Beyträge 1757 III 520.

evangelischen Glaubens zählte. Der Gunst Friedrichs II verdankte er die Erhebung zum bischöflichen Coadjutor und zur fürstbischöflichen Würde von Breslau. Als Bischof war er mit der landesherrlichen Autorität, wie sie Friedrich II ausübte, in Widerspruch gerathen, aber er nahm nicht allein die vielfältigen Beweise königlicher Gnade dankbarlichst entgegen, sondern beeiferte sich auch nach Ausbruch des Krieges in seinen Hirtenbriefen den Klerus und das Volk zur Treue und zum Gehorsam gegen den Herrscher aufzufordern, verordnete Fürbitten und Dankgebete für den Sieg der preußischen Waffen „über unsere rachgierige und hochmüthige „Feinde," und legte den Geistlichen die Verpflichtung auf bei Verlust ihres Seelenheils jedem zur Beichte kommenden Soldaten vor der Absolution die Wichtigkeit des dem Könige geleisteten Eides einzuschärfen[1]. Als aber die preußischen Heere einmal über das andere unterlagen, änderte der Fürstbischof, überall ein Mann von schwankendem Charakter, sein Benehmen. Wir haben gesehen daß König Friedrich schon im September um sein Einverständniß mit dem Feinde wußte: nach dem Einzuge der Österreicher in Breslau hielt Schaffgotsch vor dem Prinzen Karl von Lothringen und dessen Generalität in eigener Person das Hochamt zur Feier des Sieges ab.

Auch den protestantischen Geistlichen Breslaus wurde geboten einen Dankgottesdienst in ihren Kirchen zu veranstalten, und sie kamen dem Befehle mit mehr oder weniger unterthänigen Huldigungen gegen die neue Herrschaft nach. Der Oberstlandescommissarius Graf Kollowrat nahm die Beamten für die Kaiserin in Eid und Pflicht. Manche derselben traten zurück, die meisten ließen sich jedoch bereit finden ihre Geschäfte im Dienste Österreichs fortzuführen. Nicht bloß nach der Ansicht des österreichischen Hofes und seiner Anhänger, sondern nach der Meinung des Volks war Schlesien wieder eine kaiserliche Provinz und stand die Besitzergreifung der noch übrigen Plätze und Kreise

[1] Hirtenbriefe vom 21 Sept. 1756, 21 März u. 13 Mai 1757. Vgl. Aug. Theiner Zustände d. kath. Kirche in Schlesien II 146. K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 307 f.

binnen kürzeſter Friſt zu erwarten. Nur eins blieb noch zu vollbringen um den durch die öſterreichiſchen Waffen errungenen Gewinn ſicher zu ſtellen, nämlich die vollſtändige Schwächung und der Ruin der preußiſchen Armee. Dieſen wenn irgend möglich noch vor Ablauf des Jahres herbeizuführen ward Prinz Karl von Lothringen durch die dringendſten kaiſerlichen Befehle angewieſen.

Die Gelegenheit den ſchleſiſchen Feldzug mit einer Feldſchlacht zu beſchließen ſollte nicht auf ſich warten laſſen: ſchon war König Friedrich bei der Hand ſie anzubieten. Am 13 November brach er von Leipzig auf und marſchierte mit 18 Bataillonen und 28 Schwadronen, zuſammen höchſtens 14000 Mann, nach der Lauſitz und Schleſien; am 18 November ſtand er bei Königsbrück gerade nördlich von Dresden. Die öſterreichiſchen Truppen verſuchten es nicht ſeinen Marſch zu hindern, ſondern räumten die Lauſitz um Böhmen zu decken. Friedrich ließ nämlich dem Prinzen Heinrich, den er zum commandierenden General für die Leipziger Gegend wie für das Halberſtädtiſche und Magdeburgiſche ernannte, von ſeinem Heere nur 2500 Mann zurück. Den Reſt von 6000 Mann, bei denen ſich General Mayr mit ſeinem Freicorps befand, ſchickte er unter Feldmarſchall Keith nach Böhmen um dort eine Diverſion zu machen.

Dieſe Abſicht gelang. Keith rückte über Chemnitz und Marienberg am 23 November nach Sebaſtiansberg in Böhmen und ſprengte überall aus, daß er geradeswegs nach Prag marſchiere. Um ihm zuvorzukommen eilte Laudon, der mit ſeiner kleinen Truppe von 700 Mann am 13 von der Saale her in Freiberg eingetroffen war, nach Prag: aus der Lauſitz zogen Marſchall und Haddick eben dahin. Der Schrecken in Böhmen war groß: die Bevölkerung wollte ihren Augen nicht trauen als ſie die Preußen ſah: weit und breit, ja in der feſten Stadt Prag ſelbſt herrſchten die lebhafteſten Beſorgniſſe.

Keith nahm eine Stellung bei Poſtelberg im Saatzer Kreiſe und ſandte nach verſchiedenen Seiten Truppenabtheilungen aus, namentlich nach Prag zu und über Loboſitz nach Leitmeritz. Von Leitmeritz war wenige Tage zuvor ein großer Transport von

Monturen Waffen und Munition nach Schlesien abgegangen: aber ein ansehnliches Magazin von Mehl und Getreide ward von den Preußen erbeutet und zerstört. Lange jedoch war für Keith kein Bleiben in Böhmen. Von der einen Seite rückten Marschall, Haddick und Laudon heran, von Karlsbad her die früher mit der Reichsarmee vereinigten Reiterregimenter. Dazu erhielt Keith Nachricht von der Capitulation von Schweidnitz, der Schlacht bei Breslau und der Gefangennahme des Herzogs von Bevern. Unter diesen Umständen trat er, nachdem der Hauptzweck seines Einfalls in Böhmen, die Österreicher von der Lausitz abzuziehen, erreicht war, am 30 November den Rückmarsch an und war am 5 December wieder in Chemnitz, ohne einen Mann verloren zu haben.

König Friedrich gedachte anfangs gemäß dem früher schon gehegten Plane geradezu auf Schweidnitz zu marschieren um die Festung zu entsetzen und den Österreichern vor Breslau in den Rücken zu kommen. Diese Absicht vereitelte die Capitulation von Schweidnitz, von welcher er am 18 November bestimmte Meldung erhielt. Jetzt richtete er seinen Marsch auf Breslau, noch in der Hoffnung, daß es Bevern gelingen könne die Österreicher von dort zurückzuschlagen. Am 24 November langte er zu Naumburg am Queis an und ließ die Truppen den folgenden Tag rasten. Bei seiner Ankunft war die ganze Gegend von dem Gerüchte erfüllt daß Bevern die Österreicher zurückgeschlagen habe. Friedrich eilte die frohe Botschaft nach allen Seiten zu melden, namentlich seinem Bruder Heinrich: dieser theilte sie dem in Leipzig verweilenden englischen Gesandten Mitchell mit, der sofort an seine Regierung berichtete[1].

Die Freude war kurz: am nächsten Tage erfuhr Friedrich Beverns Niederlage, und während er das von 4000 Österreichern besetzte Liegnitz zur rechten lassend auf die Oder zu marschierte, kam Tag für Tag eine Unglückspost nach der andern, von Beverns

[1] 1757 Nov. 24. Naumburg. Friedrich II an Moriz von Anhalt und an Keith. (v. Ollech) Leuthen S. 100 f., vgl. S. 79 f.; an Prinz Heinrich Schöning d. siebenjähr. Krieg I 92. Vgl. Mitchell Papers I 385 (Journal vom 26 Nov.). Auf diese falsche Siegesnachricht bezieht sich Newcastle am 8 Dec. ebend. I 291.

Gefangenschaft, dem Abzuge der Armee von Breslau nach Glogau, endlich der Capitulation von Breslau. „Ihr könnt nicht glauben," schrieb er am 30 November dem Prinzen Heinrich, „in welch „schauderhaftem und verworrenem Zustande ich die Dinge in „Schlesien vorgefunden habe." Aber seine Zuversicht wankte nicht: „wenn es dem Himmel gefällt, wird alles sich zum besten wen„den" fügte er hinzu, und mit klarem Sinne und festem Muthe verfolgte er den Plan das kaiserliche Heer in seinem verschanzten Lager vor Breslau anzugreifen und damit Schlesien wieder zu erobern. Denn er sah ein daß, wenn er nicht schlage, die ganze Armee des Prinzen Karl von Lothringen die Winterquartiere in Schlesien nehmen und Brieg Cosel Neiße und Glatz bis zur Eröffnung des künftigen Feldzuges von selbst aus Mangel an Lebensmitteln fallen, folglich alles verloren sein würde. Bei der verzweifelten Lage in der er sich befand glaubte er auch das höchste wagen zu müssen[1].

Das milde Herbstwetter, welches bis in den December anhielt, erleichterte die Bewegungen des preußischen Heeres. Es kam darauf an, was demselben an Zahl abgieng, durch Einsicht und Willenskraft zu ersetzen und den Muth und Pflichteifer, welcher ihn selbst den königlichen Feldherrn beseelte, den Offizieren und Mannschaften mitzutheilen.

Auf die Truppen, welche unter seiner Führung bei Roßbach gesiegt hatten, konnte König Friedrich unbedingt zählen. Einen Marsch von einundvierzig Meilen auf großentheils schlechten Wegen hatten sie, drei Rasttage eingerechnet, in sechszehn Tagen zurückgelegt, für jene Zeit eine außerordentliche Leistung; sie brannten von Begierde sich mit den Österreichern zu messen. Am 28 November trafen sie zu Parchwitz ein. Hier, eine Meile von der Mündung der Katzbach in die Oder, halbwegs zwischen Glogau und Breslau, wollte König Friedrich sich mit der schlesischen Armee vereinigen. Wie sehr er ihren Befehlshabern zürnte,

[1] 1757 Nov. 30. Dec. 1. Friedrich II an den Prinzen Heinrich. Schöning I 93 ff. 96 f. Gaudy's Journal i. d. Oeuvres de Frédéric XXVII 3, Vorwort S. XXXIV.

hatten schon seine früheren Ordres kundgethan: jetzt befahl er dem Commandanten von Glogau die Generale Kyau Lestwitz und Katt zu verhaften, welche wegen der Übergabe von Breslau und der sie begleitenden Umstände vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten; dagegen beförderte er Offiziere, welche sich ausgezeichnet hatten, unter andern von Wedell zum Generalmajor, von Retzow, von Driesen, seinen Bruder den Prinzen Ferdinand und den Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg zu Generallieutenants. Den Oberbefehl über die Bevernsche Armee übertrug er dem Generallieutenant Hans Joachim von Zieten. Diesen wies er an sie von Glogau nach Parchwitz zu führen und, um die schwere Artillerie zum Sturme auf die Verschanzungen zu verstärken, Festungsgeschütze mitzubringen. Zieten kam den königlichen Befehlen eifrig und pünctlich nach. Am 2 December waren die preußischen Truppen vereinigt, mit den 14000 Mann, welche Friedrich selbst von Thüringen mitbrachte, etwa 20000 Mann von der schlesischen Armee, die Trümmer von 30½ Bataillonen und 100 Schwadronen[1], also zusammen gegen 34000 Mann, worunter etwa 12000 Reiter. An Artillerie waren 96 leichte Bataillonskanonen und 71 schwere Geschütze vorhanden, von denen zehn Zwölfpfünder, jeder von 29 Centner Rohrgewicht, und vier fünfzigpfündige Mörser von Glogau herzugeführt waren.

Nachdem das preußische Heer vereinigt war, galt es das entmuthigte schlesische Armeecorps nicht durch fortgesetzte Strenge niederzudrücken, sondern es bei der Ehre zu fassen und zum Wetteifer anzuspornen. König Friedrich berief deshalb am 3 December seine Generale und Stabsoffiziere und hielt an sie eine eindringliche Ansprache. „Ihnen, meine Herren," sagte er, „ist

[1] Gesch. d. siebenj. Kriegs hgg. v. d. gr. Generalstab I 435 und Beil. G ist die Zietensche Armee nur zu 18000 Mann gerechnet. Gaudy a. a. O. schätzt die Stärke der vereinigten Armee zwischen 33000 und 34000 Mann; die Zahl von 33000 Mann gibt auch Friedrich II Oeuvres IV 167. Dagegen schreibt Friedrich am 1 Dec. an den Prinzen Heinrich (Oeuvr. XXVI 164): par ce que contiennent les listes nous sommes 39000 h^{s}. Die österreichischen Berichte sprechen von 40000 Mann. Vgl. Kutzen Gedenktage II 171 f., der die Schlacht bei Leuthen mit ausgezeichneter Sorgfalt behandelt hat.

„es bekannt daß es dem Prinzen von Lothringen gelungen ist „Schweidnitz zu erobern, den Herzog von Bevern zu schlagen „und sich zum Meister von Breslau zu machen, während ich „gezwungen war den Fortschritten der Franzosen und Reichs„völker Einhalt zu thun. Ein Theil von Schlesien, meine Haupt„stadt und alle meine darin befindlich gewesenen Kriegsbedürf„nisse sind dadurch verloren gegangen, und meine Widerwärtig„keiten würden aufs höchste gestiegen sein, setzte ich nicht ein „unbedingtes Vertrauen in Ihren Muth, Ihre Standhaftigkeit „und Ihre Vaterlandsliebe, die Sie bei so vielen Gelegenheiten „mir bewiesen haben. Ich erkenne diese dem Vaterlande und „mir geleisteten Dienste mit der innigsten Rührung meines „Herzens. Es ist fast keiner unter Ihnen, der sich nicht durch „eine große ehrenvolle Handlung ausgezeichnet hätte, und ich „schmeichle mir daher, Sie werden bei vorfallender Gelegenheit „nichts an dem mangeln lassen, was der Staat von Ihrer „Tapferkeit zu fordern berechtigt ist. Dieser Zeitpunct rückt „heran: ich würde glauben nichts gethan zu haben, ließe ich die „Österreicher im Besitze von Schlesien. Lassen Sie es sich also „gesagt sein, ich werde gegen alle Regeln der Kunst die zwei„mal stärkere Armee des Prinzen Karl angreifen wo ich sie „finde. Es ist hier nicht die Frage von der Anzahl der Feinde „noch von der Wichtigkeit ihres gewählten Postens: alles dies, „hoffe ich, wird die Herzhaftigkeit meiner Truppen und die „richtige Befolgung meiner Dispositionen zu überwinden suchen. „Meine Herren, die Feinde stehen bis an die Zähne in ihrer „Verschanzung: hier müssen wir sie angreifen, entweder sie „schlagen oder alle da bleiben. Keiner muß denken anders durch„zukommen, und wem dies nicht ansteht, der kann gleich seinen „Abschied bekommen und nach Hause gehen.“ Der König hielt inne: alles um ihn schwieg, nur der Major Billerbeck rief aus: „Ja das müßte ein infamer Hundsfott sein, nun wäre es Zeit.“ Der König lächelte und fuhr fort: „Schon im voraus hielt ich „mich überzeugt daß keiner von Ihnen mich verlassen würde; „ich rechne also ganz auf Ihre treue Hülfe und auf den gewissen „Sieg. Sollte ich bleiben und Sie für Ihre Dienste nicht be-

„lohnen können, so muß es das Vaterland thun. Gehen Sie „nun ins Lager und wiederholen Ihren Regimentern, was Sie „jetzt von mir gehört haben."

Welch begeisternden Eindruck seine Worte gemacht hatten nahm Friedrich auf den Gesichtern der versammelten Offiziere wahr: er schloß mit der Ankündigung der Strafen, welche diejenigen treffen würden, welche ihre Schuldigkeit verabsäumen sollten. „Das Regiment Cavallerie, welches nicht gleich, wenn „es befohlen wird, sich unaufhaltsam in den Feind stürzt, lasse „ich nach der Schlacht absitzen und mache es zu einem Garnison„regimente. Das Regiment Infanterie, das, es treffe worauf „es wolle, nur zu stocken anfängt, verliert die Fahnen und die „Säbel, und ich lasse ihm die Borten von der Montierung ab„schneiden. Nun leben Sie wohl, meine Herren; in kurzem „haben wir den Feind geschlagen oder wir sehen uns nie wieder[1]."

Durch die Rede des Königs ward die Ehrbegier seiner Feldhauptleute entflammt und sie theilten ihren untergebenen die gleiche Stimmung mit; auch der König richtete da und dort an die Mannschaften ermunternde Worte, welche alsbald weiter getragen wurden. Sie wirkten um so mehr, da das Heer, welches Friedrich der große jetzt um sich hatte, fast ausschließlich aus Preußen bestand: das fremde Kriegsvolk, welches aus aller Herren Landen der Werbetrommel gefolgt oder zum Dienste gepreßt war, hatte sich unter den letzten Wechselfällen verlaufen. Überdies ward den Truppen bessere Beköstigung gereicht, kurz kein Mittel versäumt sie für die bevorstehende Entscheidungsschlacht zu ermuthigen und zu stählen. Die alte Zuversicht kehrte bei allen

[1] Oeuvres de Frédéric XXVII 3, 261 aus Fr. Aug. v. Retzow's Characteristik 2. Aufl. Berlin 1804 I 240 f. Vgl. Preuß Vorwort S. XXXI ff. Kutzen a. a. O. 176 ff. Retzow hat die Rede nach langen Jahren aus dem Gedächtnisse mit Benutzung der Aufzeichnung von Kaltenborns (Briefe eines alten preuß. Offiziers 1790 I 53) niedergeschrieben. Daß er den Hauptinhalt getreu wiedergegeben hat, wird durch andere Mittheilungen bestätigt: an einer Stelle wird seine Fassung von dem damaligen Leibpagen des Königs Geo. Karl Gans Edler zu Putlitz berichtigt; s. Preuß a. a. O. XXXV. Kaltenborns Aufzeichnung bei Kutzen a. a. O. S. 178 f.

Truppentheilen zurück; lauter Jubel erscholl im Lager; mit Ungeduld erwartete das Heer den Befehl zum Aufbruch.

Dieser erfolgte am nächsten Tage dem 4 December. Die auf der großen Straße nach Breslau vorrückende Avantgarde stieß zuerst bei Neumarkt auf Widerstand, der bald überwältigt wurde; und der Gewinn war nicht gering. In dem Städtchen nämlich hatte das kaiserliche Armeecommando während der Belagerung von Breslau die Feldbäckerei errichtet und von dieser jetzt wiederum für den bevorstehenden Marsch 80000 Brotportionen in Bereitschaft setzen lassen, welche nun den Preußen zu gute kamen. Die Armee lagerte die Nacht über um Neumarkt: die Defileen jenseit des Ortes waren in ihrer Hand. Noch am Abend erhielt der König die sichere Meldung, daß Prinz Karl das Lager vor Breslau aufgegeben habe und im Anmarsche begriffen sei. Eine willkommenere Botschaft konnte Friedrich nicht empfangen als die, daß der Feind statt hinter seinen Schanzen ihm im Felde begegnen wolle. Freudig rief er dem Prinzen Franz von Braunschweig zu: „der Fuchs ist aus seinem Loche gekrochen, „nun will ich auch seinen Übermuth bestrafen."

Das österreichische Heer hatte nach der Schlacht bei Breslau das von den Preußen verlassene Lager hinter der Lohe bezogen und wartete dort die Entscheidung des Hofkriegsraths über die nunmehr zu beziehenden Winterquartiere ab, deren Entwurf durch Eilboten nach Wien eingesandt war. Der Anmarsch des Königs von Preußen machte im Hauptquartier geringen Eindruck, denn man bildete sich fest ein, nach dem Verlust der Plätze Schweidnitz und Breslau werde er bei der vorgerückten Jahreszeit nichts mehr unternehmen, sondern aus Schlesien abziehn, da er in dem von den Österreichern noch nicht besetzten Reste der Provinz keinen hinreichenden Proviant für das Winterlager auftreiben könne. Überhaupt sprach man, stolz auf die gewonnenen Siege, nicht anders als verächtlich von der preußischen Armee, der „Potsdamer Wachtparade" wie das Stichwort unter den höheren Offizieren lautete. Daß König Friedrich der von österreichischen Truppen besetzten Stadt Liegnitz durch einen Seitenmarsch auswich, statt sie anzugreifen, schien diese Meinung zu bestätigen.

Daher ſah man jede Gegenmaßregel für überflüſſig an, ja man ſuchte nicht einmal Fühlung mit dem Feinde zu gewinnen: weder der Marſch der Preußen und ihre Aufſtellung bei Parchwitz wurde beunruhigt noch kam es in Frage das kleine königliche Heer vor deſſen Vereinigung mit dem Bevernſchen anzugreifen.

So gieng die günſtigſte Zeit zu Unternehmungen des kaiſerlichen Heeres ungenutzt verloren. Erſt die wiederholten dringenden Meldungen von dem Ausmarſche der Bevernſchen Armee aus Glogau um zu dem königlichen Corps zu ſtoßen belehrten den Prinzen von Lothringen, daß Friedrich einen Angriff im Schilde führe; zugleich empfieng er von Wien den Befehl, ehe er die Winterquartiere beziehe, dem Könige von Preußen noch eine Schlacht zu liefern. Um feſtzuſtellen wo dies geſchehen ſolle ward am 2 December Kriegsrath gehalten. In dieſem gab Graf Daun ſeine Meinung dahin ab in der feſten Stellung hinter der Lohe den preußiſchen Angriff abzuwarten, und für dieſelbe Anſicht ſprach ſich mit dem größten Eifer und Nachdruck Graf Serbelloni aus. Dagegen ward geltend gemacht, daß man mit dieſer paſſiven Haltung Liegnitz ausſetze und dem Könige von Preußen die Möglichkeit laſſe über Striegau die Verbindungen mit Böhmen zu unterbrechen. Der Befehl der Kaiſerin werde nicht durch ein Stillehalten in Poſitionen, welche der nicht halb ſo ſtarke Feind nicht anzugreifen vermöchte, ſondern nur durch eine Feldſchlacht vollführt. Auch ſei es unter der Würde der ſiegreichen kaiſerlichen Waffen ſtehn zu bleiben und das Spiel nicht auszuſpielen, wo ſie alle Trümpfe in Händen hätten. Denn die Dinge lägen ſo, daß ſie mit einer Schlacht nicht bloß den Feldzug ſondern den ganzen Krieg zu einem ruhmvollen Ende bringen könnten. Dieſe Anſicht vertrat auf das lebhafteſte Graf Lucchesi und die Mehrheit ſtimmte ihm zu. Auch Prinz Karl entſchied ſich dafür; denn es entſprach ſeinem Charakter aus träger Sorgloſigkeit zu kühnen Entſchlüſſen überzugehn und nichts reizte ihn mehr als die ſichere Ausſicht mit einem großen Schlage an dem Könige von Preußen für die Tage von Czaslau Hohenfriedberg Soor und Prag glänzende Genugthuung zu nehmen.

Der Plan der Offenſive des Prinzen Karl von Lothringen

beruhte auf der Voraussetzung, daß König Friedrich zunächst nichts anderes vorhaben könne als Liegnitz anzugreifen. Dorthin setzte also der kaiserliche Feldherr am 4 December sein Heer in Marsch und gieng bei Lissa über die Weistritz, das sogenannte Schweidnitzer Wasser, welches wenig unterhalb Breslau in die Oder mündet. Hier kamen ihm die von Neumarkt verjagten Mannschaften in voller Flucht entgegen und verbreiteten die Schreckenskunde, daß die Preußen geradeswegs heranmarschierten. Dieser Umstand versetzte den Prinzen von Lothringen in sichtbare Verlegenheit: er hielt von neuem Kriegsrath und beschloß, statt seinerseits weiter vorzurücken, das Heer die Nacht unter dem Gewehre lagern zu lassen und vor der Weistritz den feindlichen Angriff abzuwarten.

Das zunächst vorliegende Terrain war eben: einige Büsche und Dörfer dienten als Stützpuncte für die Aufstellung der Armee: nach Süden und Westen hin stieg es wellenförmig empor. Man glaubte hier den Andrang der Preußen mit der vollen Übermacht abschlagen zu können. Das kaiserliche Heer zählte 80—90000 Mann, über 55000 Mann Infanterie, 14000 Mann Reiterei, 16000 Mann leichter Truppen und 210 Geschütze, war also dem preußischen zwei bis dreimal überlegen; jedoch hatten die Preußen mehr schweres Geschütz, welches die Österreicher meistens in Breslau und in den Verschanzungen vor der Stadt zurückgelassen hatten.

Das Centrum der kaiserlichen Armee in zwei Treffen ward von der Masse des Fußvolks gebildet: zwischen die beiden Treffen waren einzelne Abtheilungen Reiterei vertheilt. Seine Bestimmung war die beiden von Neumarkt her nach Breslau führenden Straßen zu beherrschen, die nördlichere große Straße welche durch Frobelwitz nach Lissa gieng und die südlichere sogenannte kleine Straße über Leuthen. Beide Dörfer lagen vor dem ersten Treffen: sie wurden mit Infanterie besetzt und seitwärts durch Batterien vertheidigt, namentlich Frobelwitz nach dem rechten Flügel zu, wo man den Hauptangriff erwartete. Auf den beiden Flügeln ward die Reiterei aufgestellt. Über diese Schlachtordnung hinaus wurden jedoch, um jeder möglichen Umgehung vorzubeugen, in der

Verlängerung beider Flanken Armeecorps vorgeschoben, auf dem rechten Flügel, dessen Reiterei Graf Luccheſi befehligte, bis zu dem Dorfe Nippern die Grenadiere des Reservecorps unter dem Herzog von Arenberg nebst Cavallerie und leichten Truppen, auf dem linken Flügel das Corps Nadasty's, bei welchem sich außer österreichischen Regimentern die würtembergischen und bairischen Hilfsvölker befanden. Dieser äußerste linke Flügel reichte bis über das hochgelegene Dorf Sagschütz. Um sich gegen eine Überflügelung zu sichern, formierte Nadasty beim Anmarsche der Preußen einen Haken, von Sagschütz ab hinter einer von Gräben durchschnittenen Niederung rückwärts bis zu nahe gelegenen Teichen; dahinter war auf der Anhöhe eine Batterie von vierzehn schweren Geschützen aufgefahren. Prinz Karl glaubte sich gegen eine Überflügelung hinlänglich vorgesehn zu haben und achtete um dieser Rücksicht willen des von dem Grafen Montazet ernstlich erhobenen Bedenkens nicht, daß die Schlachtlinie eine Ausdehnung von mehr als einer Meile erhalte und daß nur eine verhältnißmäßig geringe Reserve zur Verfügung bleibe. Mehr als eine halbe Meile westlich von Frobelwitz jenseit Borne hielt an der großen Straße der sächsische General Graf Nostitz mit einer Avantgarde, welche aus den drei sächsischen Dragonerregimentern, von denen bei Kolin die Entscheidung ausgegangen war, und zwei kaiserlichen Husarenregimentern bestand. So erwartete man die preußische Armee.

König Friedrich brach mit seinem Heere in der fünften Stunde des 5 Decembers auf. Der Morgen war trübe und feucht. Eine Avantgarde von neun Bataillonen und 45 Schwadronen unter dem Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg eröffnete den Marsch: die Armee folgte in vier Colonnen flügelweis abmarschiert, in der Mitte die Infanterie, zu beiden Seiten die Cavallerie. Noch in der Morgendämmerung stieß die Avantgarde auf die feindliche Cavallerie vor Borne. Graf Nostitz hatte keine bestimmten Verhaltungsbefehle: er glaubte seine Stellung vertheidigen zu sollen und bat wiederholt den Prinzen Karl um Unterstützung durch Infanterie. Als er den abschlägigen Bescheid empfieng war es zu spät das Gefecht abzubrechen. Die preußi-

sche Reiterei griff ihn von vorn und bald auch in der Flanke an: mit schwerem Verluste sah Nostitz seine Reiter nach Frobelwitz auf das Centrum des kaiserlichen Heeres zurückgeworfen. Er selbst stürzte sich mit Todesverachtung in die feindlichen Säbel und starb nach wenigen Wochen an den erhaltenen Wunden.

Mit Mühe konnten die preußischen Husaren gesammelt und zurückgezogen werden: sie wollten gerade auf die österreichische Armee hineinreiten. Einige hundert gefangene, welche sie gemacht hatten, die Erstlinge des Sieges, wurden an der Armee vorüber nach Neumarkt zurückgeführt. Unterdessen rückten auch die Marschcolonnen über Borne vor und breiteten sich angesichts des rechten österreichischen Flügels aus: dieser schien unmittelbar ihrem Angriffe ausgesetzt zu sein. Auf das dringendste verlangte Lucchesi Verstärkung. Nach anfänglichem Zögern gab man seinen erneuten Vorstellungen nach. Daun ritt selbst zum rechten Flügel und der Rest der Reserve aus dem Centrum und ein Theil der Cavallerie des linken Flügels ward nach der vermeintlich bedrohten Seite beordert.

Aber König Friedrichs Absehen war nicht dahin gerichtet. Südwestlich von Borne auf dem Scheuberge recognoscierte er mit Moriz von Dessau die feindliche Stellung, welche von dort großentheils zu übersehen war. Das österreichische Centrum lag ihm in seiner ganzen Stärke vor Augen, aber als den entscheidenden Punct des Schlachtfeldes erkannte er Sagschütz auf dem linken Flügel des Feindes. Wenn es gelinge diese Position mit der frischen Kraft seiner Soldaten zu nehmen, sei das schwerste vollbracht und die Rückzugslinie des Feindes so wie seine Verbindung nach Süden mit dem Gebirge gefährdet. Deshalb ließ er bei Borne nur die leichte Infanterie zurück, drei und ein halbes Bataillon, und befehligte die Marschcolonnen rechts in zwei Treffen abzuschwenken und zunächst in südlicher, dann in südöstlicher Richtung parallel den österreichischen Linien bis gegenüber dem äußersten linken Flügel des Feindes zu marschieren. Diese Bewegung verdeckte anfangs die südwärts sich hinziehende Hügelreihe, an der die Dörfer Radaxdorf und Lobetinz liegen. Friedrich selbst ritt mit einer Abtheilung Husaren

über die Höhe und überwachte mit größter Sorgfalt das Verhalten des Feindes und den Marsch seiner Truppen. Das Terrain auf dem er operierte kannte er genau durch die dort abgehaltenen Manöver: in die Umgegend, welche er nicht übersehen konnte, sandte er Streifpartien aus, um sicher zu sein daß im Rücken und in der Flanke seiner Armee kein Feind vorhanden sei. Der Marsch geschah in schönster Ordnung, als wenn es zur Revue gegangen wäre. Prinz Moriz und Zieten hielten darauf daß die Distanzen streng inne gehalten wurden, damit die Truppen jeden Augenblick schlagfertig dastehen konnten.

Die Österreicher rührten sich nicht. Weder ward eine Recognoscierung gegen die Höhen unternommen noch der rechte Flügel vorgeschoben. Zwar Nadasty erkannte deutlich, welches Wetter gegen seinen Flügel im Anzuge sei: durch mehr als zehn Offiziere ließ er dem Prinzen Karl die Absichten des preußischen Königs melden und um Unterstützung bitten, aber er fand kein Gehör. Von Frobelwitz her, wo der Prinz Karl sich befand, übersah man den Marsch der Preußen nur unvollkommen. Man erschöpfte sich in Muthmaßungen über ihre unerklärlichen Bewegungen und Daun wie andere Generale waren der Meinung, sie würden wenigstens an diesem Tage der Schlacht ausweichen, ja sich vielleicht seitab nach Striegau zu wenden um der kaiserlichen Armee die Verbindung mit Böhmen abzuschneiden.

Die preußische Armee setzte, sich allmählich halblinks ziehend, ihren Marsch fort, bis ihr rechter Flügel mit der Avantgarde jenseit des Dorfes Schriegwitz dem äußersten linken Flügel der Österreicher gegenüber war. Hier schwenkten die beiden Treffen in Schlachtordnung ein. Die von Zieten befehligte Cavallerie des rechten Flügels hielt mit der linken Flanke an Schriegwitz und ward in der rechten Flanke durch sechs Bataillone Fußvolk von der Avantgarde gedeckt. Die Infanterie des rechten Flügels unter Moriz von Dessau hatte Schriegwitz zur rechten. Vor ihrer Fronte befanden sich die übrigen drei Bataillone der Avantgarde nebst den von Glogau mitgebrachten zehn schweren Geschützen. Diese vorgeschobene Abtheilung, welche General von Wedell befehligte, war zum ersten Sturme auf die feindlichen

Positionen bestimmt. Die Infanterie des linken Flügels unter Generallieutenant von Retzow stand auf der Höhe dicht hinter dem Dorfe Lobetinz. Vor der Cavallerie des linken Flügels lag auf 800 Schritt Entfernung Radaxdorf, jenseit dieses Dorfes in gerader Richtung das vom Feinde besetzte Leuthen. Es waren vierzig Schwadronen unter Generallieutenant von Driesen. Hinter jedem Cavallerieflügel hielten zehn Schwadronen Husaren zur Deckung der Flanke: die übrige Reserve unter dem Prinzen von Würtemberg blieb hinter dem Centrum. Friedrichs Plan war die sogenannte schiefe Schlachtordnung anzuwenden, d. h. den rechten Flügel zum Angriff vorgehen zu lassen, den linken Flügel aber zurückzuhalten und mit diesem den rechts geführten Stoß zu verstärken; deshalb ordnete er dessen Stellung und Bewegung in der Art an, daß ein unzeitiges und zweckwidriges Vorgehen wie bei Kolin nicht möglich war.

Um ein Uhr Mittags begann die Schlacht. Unter lebhaftem Feuer seiner schweren Geschütze, „der Brummer" wie die Soldaten sie nannten, rückte Wedell gegen Sagschütz auf Nadasty's Flanke vor: ihm folgte die Infanterie des rechten Flügels, deren Bataillone sich staffelweise in Abständen von fünfzig Schritt halbrechts zogen. Vor dem überlegenen preußischen Geschützfeuer räumten die Würtemberger einen von ihnen besetzten vorspringenden Busch und wichen zu der Batterie seitwärts von Sagschütz zurück: bald machten auch die Baiern kehrt und zogen sich eilends nach dem Centrum gegen Leuthen hin. Auch die österreichischen Bataillone auf der äußersten Flanke hatten gegen das preußische Feuer ihre Stellung nicht behaupten können. Wedell zog sich mehr und mehr nach rechts hinüber und griff, von dem Prinzen Moriz mit den sechs Bataillonen des äußersten Flügels und einem Bataillone des ersten Treffens unterstützt, die von der österreichischen Artillerie besetzte Höhe bei Sagschütz an. Sie ward im Sturm genommen: der ganze feindliche Flügel bog sich zurück und suchte im Winkel mit der ursprünglichen Schlachtordnung südöstlich von Leuthen eine neue Fronte gegen die Preußen zu bilden.

Bis dahin hatten erst zehn preußische Bataillone gefochten,

bei dem letzten Angriffe ohne Mitwirkung des Geschützes, welches durch die Gräben aufgehalten nicht so rasch folgen konnte. Jetzt kam auch die Cavallerie an den Feind. Sie überwand nicht ohne Mühe die feuchte Niederung; ihr erster Angriff ward von Nadasty's Reiterei abgeschlagen, aber rasch war sie wieder gesammelt, sprengte die feindlichen Schwadronen und warf sich auf die weichende Infanterie, die Baiern und Würtemberger, von denen viele zu gefangenen gemacht wurden. Als vollends von der Reserve her ungeheißen die zehn Schwadronen Zietenscher Husaren vorbrachen, gerieth Nadasty's Reiterei völlig in Verwirrung und sammelte sich erst wieder hinter dem Centrum der Armee.

So war der linke Flügel der Kaiserlichen geschlagen ohne von ihrer noch unberührten Hauptmacht Unterstützung zu empfangen. Zu spät sah Karl von Lothringen ein, wo König Friedrich ihn fassen wollte. Er beorderte ein Bataillon nach dem andern zur Verstärkung, aber aus weiter Entfernung hergeholt kamen die Mannschaften erschöpft und außer Athem auf den Kampfplatz und wurden bataillonsweise, wie sie vorgiengen, zurückgeschlagen. Immer mehr kamen die sechs Bataillone der preußischen Avantgarde den Kaiserlichen in die linke Flanke: auch das schwere Geschütz war herangezogen und spielte von neuem. Der Rest von Nadasty's Infanterie drängte sich um Leuthen zusammen. Dieses Dorf ward jetzt der Schlüssel der österreichischen Stellung. Das Centrum und der rechte Flügel wandte sich nach links um einigermaßen eine parallele Stellung zur preußischen Angriffsfronte zu gewinnen. Einige Regimenter wurden auf die Südseite von Leuthen herübergezogen, wo man in aller Eile eine Art von Brustwehr aufwarf. An der Nordseite von Leuthen auf dem Windmühlenhügel wurden Geschütze aufgefahren.

Die Hauptmacht der Preußen hatte sich inzwischen fortwährend im Anschluß an Wedells Vorgehen nach rechts gezogen. Jetzt rückte das Fußvolk zunächst des rechten Flügels zum Sturm auf Leuthen vor. Die vor dem Dorfe aufgestellten Österreicher wurden geworfen, aber im Dorfe selbst entspann sich ein hartnäckiges Gefecht. Die geschlossenen Gehöfte und der mit Mauern umgebene Kirchhof inmitten derselben waren von dem fränkischen

Regimente Roth-Würzburg besetzt und wurden aufs tapferste vertheidigt. Hier war es wo der Hauptmann von Möllendorff an der Spitze des dritten Gardebataillons Bahn brach. Das Sturmcommando stutzte, da rief Möllendorff dem Commandeur zu: „hier ist nicht zu bedenken," und als jener unentschlossen blieb, sprang er vor mit den Worten: „ein anderer Mann her! „Leute folgt mir!" Ein Thorweg ward gesprengt, der Hof gestürmt, und nun Gehöft um Gehöft, endlich auch der Kirchhof genommen.

Leuthen war erobert, aber hinter dem Orte setzten die Österreicher sich von neuem in dichten Massen und schreckten mit ihrem Geschützfeuer die vorbrechenden Preußen zurück. Der Kampf zog sich hin und her. Auch der linke preußische Flügel trat ins Gefecht ohne die Entscheidung geben zu können. Das schwere Geschütz der Preußen — dabei auch die zehn „Brummer", welche von der rechten Flanke herbeigeholt waren — riß empfindliche Lücken in die tiefen Reihen des Fußvolks, aber vermochte das feste Gefüge der kaiserlichen Regimenter nicht zu brechen.

Es war um die vierte Stunde Nachmittags, als Lucchesi mit der Cavallerie des rechten Flügels herankam und die wie es schien entblößte linke Flanke des um Leuthen kämpfenden preußischen Fußvolks mit einem höchst gefährlichen Angriff bedrohte. Aber Driesen mit der preußischen Cavallerie kam ihm zuvor. Er war angewiesen eine Überflügelung der Infanterie zu verhüten und hatte sich zu dem Ende bei Radaxdorf vorüber in die Flanke der veränderten österreichischen Aufstellung gezogen. So wie Lucchesi seine Schwenkung begann, um seine Reiter gegen die preußische Infanterie zu formieren, sandte König Friedrich Driesen den Befehl anzugreifen. Rasch und umsichtig ward dieser Befehl vollzogen. Driesen schickte der feindlichen Reiterei zehn Schwadronen Baireuth-Dragoner in Flanke und Rücken und führte selbst mit den übrigen dreißig Schwadronen den Hauptstoß so unerwartet und mit so unwiderstehlicher Gewalt, daß das ganze feindliche Corps über den Haufen geworfen wurde. Lucchesi fiel und seine Geschwader flohen vollständig aufgelöst hinter der Infanterie weg nach Lissa. Diese erfaßte ein panischer Schrecken.

Von der siegreichen preußischen Reiterei in der Flanke und im Rücken überholt, verzweifelte sie am längeren Widerstande: die Gewehre wurden weggeworfen, die Geschütze verlassen: was konnte rettete sich nach den Brücken, die über das Schweidnitzer Wasser führten: Massen von gefangenen ergaben sich den preußischen Husaren. Noch hielten sich die kaiserlichen Regimenter Wallis und Baden-Durlach auf dem Windmühlenhügel, bis die Baireuth-Dragoner ihnen in den Rücken kamen und sie meist gefangen nahmen. Vom Regimente Baden-Durlach rettete sich ein Offizier und acht Soldaten vom Schlachtfelde, wenig mehr vom Regimente Wallis.

Als die Dämmerung hereinbrach war die Schlacht auf allen Puncten von den Preußen gewonnen. In grenzenloser Unordnung flüchteten die Österreicher zurück; zur Deckung des Rückzuges waren keine Truppen mehr bereit. Nur Nadasty hatte einen Theil seines Corps wieder geordnet und leitete dessen Rückzug mit Einsicht und Geschick. Nach der mäßigsten Rechnung betrug der österreichische Verlust an todten und verwundeten gegen 10000 Mann: 12000 Mann wurden auf dem Schlachtfelde gefangen genommen. „Wäre die Nacht nicht hereingebrochen," sagt Friedrich in seiner Geschichte[1], „so wäre die Schlacht die entscheidendste „des Jahrhunderts gewesen." Die Preußen erbeuteten 51 Fahnen und Standarten und 116 Kanonen: sie hatten 6300 todte und verwundete, darunter über 200 Offiziere.

König Friedrich hatte die Bewegungen seines Heeres persönlich geleitet und sich dabei so sehr ausgesetzt, daß er einmal sogar unter das Feuer der von seinem Bruder dem Prinzen Ferdinand geführten Division des ersten Treffens gerieth. Aber er sah sein Bemühen und seine Hingebung reich belohnt, denn er zerschmetterte mit der Kraft seines Geistes die Übermacht seiner Feinde und errang einen Sieg, dessen Preis der Besitz von Schlesien war. Über die Genialität und Kunst, mit welcher er die Schlacht einleitete und durchführte, ist unter den kundigen stets nur eine Stimme gewesen. Es mag genügen das Urteil des ersten Na-

[1] Oeuvres IV 167.

poleon anzuführen, welcher sich dahin ausspricht: „die Schlacht „bei Leuthen ist ein Meisterstück von Bewegungen, Manövern „und Entschlossenheit: sie allein würde hinreichen Friedrich un„sterblich zu machen und ihm seinen Rang unter den größten „Feldherrn anzuweisen. Er greift eine der seinigen weit über„legene, in Schlachtordnung aufgestellte und siegreiche Armee an, „mit einer Armee welche zum Theil aus eben erst geschlagenen „Truppen besteht, und trägt einen vollständigen Sieg davon ohne „ihn mit einem unverhältnißmäßig großen Verluste zu erkaufen[1].“ Den rühmlichsten Antheil am Siege hatten auch die preußischen Generale, namentlich Moriz von Anhalt. Diesen ernannte der König noch auf dem Schlachtfelde zum Feldmarschall und äußerte dabei: „Sie haben mir so bei der Bataille geholfen und alles „vollzogen, wie mir noch nie einer geholfen hat,“ königliche Worte, die Moriz vor seinem Ende in die Archive seines Hauses einzeichnen ließ.

Die Nacht hinderte die Verfolgung, aber König Friedrich ruhte noch nicht. Es lag ihm daran Lissa und damit den Übergang über das Schweidnitzer Wasser in seine Hand zu nehmen, ehe der Feind sich dort festsetzen möchte. Daher ritt er vor die Front der Avantgarde und fragte, ob noch einige Bataillone Lust hätten ihm bis Lissa zu folgen. Sofort traten drei Bataillone an; zu diesen nahm er noch das Seydlitzische Kürassierregiment und gieng nach Lissa vor. Dort angekommen befahl er sogleich die Brücken zu besetzen und so lange die Munition hinreichte die Kanonen abzufeuern, auch die Nacht über Gewehrfeuer zu unterhalten um den geschlagenen Feind zu alarmieren. Er selbst ritt mit kleinem Gefolge nach dem Schlosse. Als er eintrat sah er sich gegen seine Erwartung mitten unter kaiserlichen Offizieren: aber ohne die Fassung zu verlieren rief er ihnen zu: „Bon soir, messieurs. „Gewiß sind Sie mich hier nicht vermuthen. Kann man hier „auch noch mit unterkommen?“ Die so angeredeten geleiteten den König ehrerbietig zum oberen Stockwerk, während allmählich sich ein stärkeres Gefolge um ihn sammelte.

[1] Mém. p. servir à l'hist. de France sous Napoleon. Tom. V écr. p. Montholon p. 178.

Auch die Armee zog sich näher nach Lissa heran. Ein Grenadier hob das Lied an: „Nun danket alle Gott," seine Waffenbrüder stimmten zu tausenden mit ein und sangen den Choral über das Schlachtfeld hin bis zu Ende. Die Generale und Stabsoffiziere begaben sich noch am Abend in das königliche Hauptquartier und wünschten Friedrich Glück zum Siege. „Nach „so gethaner Arbeit ist gut ruhen," war seine Antwort: hierauf dankte er für den bewiesenen Muth und Eifer und befahl der ganzen Armee bekannt zu machen, wie sehr er mit ihrem vorzüglich tapferen Betragen zufrieden sei. Noch an demselben Abend meldete er seiner Schwester Wilhelmine und seinem Bruder Heinrich brieflich den Sieg, dem letzteren mit den Worten: „mein theures Herz, heute, einen Monat nach dem Tage Eures „Ruhmes, bin ich so glücklich gewesen die Österreicher ebenso „abzufertigen. Ich glaube daß wir 8000 gefangene haben, wunder„viel Kanonen und Fahnen. Ferdinand befindet sich vortrefflich; „kein General ist getödtet[1]."

Die österreichische Armee war durch die Schlacht völlig „aus „einander gestöbert" und das Obercommando nicht danach angethan sie wieder zusammenzufassen. Die frühere Stellung hinter der Lohe wieder einzunehmen ward für unthunlich befunden. Karl von Lothringen ließ in Breslau eine starke Besatzung zurück und trat am 6 December auf einem südlichen Umwege, um nicht den Preußen seine Flanke zu bieten, den Rückzug nach Schweidnitz an. Dieser ward den Kaiserlichen fast noch verderblicher als die Niederlage auf dem Schlachtfelde, nicht sowohl unmittelbar durch die Verfolgung, welche Zieten und später der von Glatz her zu ihm stoßende General Fouqué betrieb, als durch die zunehmende Auflösung der Armee, welche bei dem eintretenden Regen- und Schneewetter auf grundlosen Wegen unter Verlust ihres Gepäcks ohne Zelte, ohne Lebensmittel, in abgerissener Kleidung über das Gebirge langsam und unbehilflich sich nach Böhmen fortschob. Prinz Karl brachte nicht mehr als 35000 Mann zurück, unter ihnen über die Hälfte kranke. Breslau, zu

[1] 1757 Dec. 5. Lissa. Oeuvres de Frédéric XXVI 165. XXVII 1, 311.

dessen Belagerung König Friedrich sogleich nach der Schlacht vorrückte, capitulierte am 21 December. Die über 17000 Mann starke Besatzung, darunter dreizehn Generale, wurde kriegsgefangen. Am 28 December räumte der kaiserliche Oberst von Bülow Liegnitz, nachdem ihm und seinen Truppen in Anerkennung ihrer wackeren Haltung freier Abzug mit militärischen Ehren zugestanden war. So war noch vor Ablauf des Jahres ganz Schlesien wieder in preußischer Hand, mit Ausnahme der Festung Schweidnitz, deren Belagerung bis zum Frühjahr aufgeschoben ward.

Der Wiederherstellung der preußischen Herrschaft in Schlesien folgten Maßregeln der Gnade für die derselben treu verbliebenen und der Strenge gegen abtrünnige und pflichtvergessene. Die evangelischen Unterthanen, welche bisher außer für ihr eigenes Kirchenwesen zu dem katholischen hatten beitragen müssen, wurden durch Cabinetsordre vom 31 December von Erlegung der Stolgebühren an die katholische Pfarrgeistlichkeit entbunden: eine spätere Cabinetsordre vom 3 März 1758 enthob die evangelischen Einwohner der Entrichtung von Zehnten Garben und Brote an katholische Pfarrer. Eine Anzahl Äbte und Stiftsgeistlicher in Breslau wurden wegen ihres Verhaltens beim Einzuge der Österreicher und während ihrer Occupation verhaftet und erst im Februar unter Niederschlagung der Untersuchung von fernerer Ahndung ihres Betragens entbunden. In Glatz ward der Caplan Andreas Faulhaber, den Fouqué im September hatte verhaften lassen, weil er nach Aussagen eines eingefangenen Deserteurs den Bruch des Fahneneides in der Beichte als eine nicht allzu schwere Sünde bezeichnet haben sollte, auf königlichen Befehl am 30 December gehängt.

Der Fürstbischof Schaffgotsch hatte durch seinen Wankelmuth und Gunstdienerei Maria Theresia nicht zu gewinnen vermocht, sondern war von ihr nach seinem im österreichischen Schlesien belegenen Schlosse Johannisberg verwiesen worden. Nach der Schlacht bei Leuthen begab er sich nach Nikolsburg in Mähren und meldete von dort am 30 Januar dem Könige Friedrich in einem unterwürfigen Schreiben, daß er in Rücksicht auf die königliche Ungnade beschlossen habe sich nach Rom zu begeben.

Friedrich antwortete am 15 Februar mit einem Briefe, in welchem er den Fürstbischof als einen Verräther bezeichnete, der auf die Seite seiner Feinde getreten sei und von freien Stücken einen Posten verlassen habe, auf dem schon die Betrachtung der Pflichten seines Standes ihn hätte festhalten sollen. Beide Schreiben wurden durch die Zeitungen veröffentlicht, die bischöflichen Einkünfte mit Beschlag belegt und das Privatbesitzthum des Bischofs confisciert und an den meistbietenden verkauft, alles nach königlicher Machtvollkommenheit.

Die Untersuchung gegen die königlichen Beamten, welche ihre Dienstpflicht verletzt hatten, ward durch eine außerordentliche Commission geführt und im Januar beendet. Die Urteile lauteten bei einigen auf Entlassung, bei anderen auf Geldbuße und Festungshaft[1]. Der kriegsgerichtliche Spruch über die Generale Katt Lestwitz und Kyau ward im März unter dem Vorsitze des Prinzen Moriz von Anhalt gefällt und lautete für Kyau auf sechsmonatlichen, für Katt auf einjährigen, für Lestwitz auf zweijährigen Festungsarrest, für den letztgenannten zugleich auf Cassation. Der Herzog von Braunschweig-Bevern wurde von österreichischer Seite mit größter Achtung behandelt und schon im Mai 1758 aus der Gefangenschaft entlassen. Friedrich II verkannte nicht daß er mit dem rechtschaffensten Willen geleistet hatte, was in seinen Kräften stand, und setzte ihn von neuem in das früher von ihm bekleidete Festungsgouvernement von Stettin ein, in welchem er durch seine guten Dienste die in dem schwierigen schlesischen Commando gemachten Fehlgriffe in Vergessenheit brachte und den König völlig wieder mit sich aussöhnte[2].

Mit Ende des Jahres ward auch der Feldzug in Pommern und Niedersachsen beendigt. Nachdem der schwedische Feldmarschall Ungern-Sternberg von Richelieu die Mittheilung empfangen hatte, daß die französische Armee außer Stande sei ihm den

---

[1] K. A. Menzel n. Gesch. d. Deutschen XI 301 ff. Vgl. (v. Klöber) Schlesien seit dem J. 1740. N. A. Freiburg 1788 II 601 ff.

[2] (v. Ollech) Leuthen. S. 149 ff. 109 f.

verheißenen Beistand zu gewähren, zog er seine Truppen aus dem preußischen Pommern in die Winterquartiere diesseit der Peene zurück und hielt jenseit dieses Flusses nur Demmin Anclam und die Inseln Usedom und Wollin besetzt. Diese Bewegung war kaum ausgeführt, als die Preußen am 23 November die Schweden von der Insel Wollin verjagten und ihnen dabei mehrere hundert gefangene abnahmen. Sie setzten auch nach Usedom über, zogen aber da die Schweden sich verstärkten von dieser Insel wieder ab.

Winterruhe sollte jedoch den Schweden überhaupt nicht vergönnt sein. Nach Empfang der Berichte über den Abmarsch der Russen aus Preußen befahl König Friedrich am 29 September und 2 October[1] dem Feldmarschall Lehwaldt mit seinem ganzen Corps in die Gegend von Marienwerder zu ziehen und sich für den weiteren Marsch nach den Marken und der Elbe in Bereitschaft zu halten. Später änderte er diesen Befehl dahin, daß Lehwaldt nach Pommern gegen die Schweden marschieren solle. In Preußen blieben nur schwache Besatzungen zu Pillau und Königsberg, und bei Tauroggen Grenzposten von Husaren und Landmiliz zurück. Am 4 November brach Lehwaldt mit 24 Bataillonen Infanterie, 50 Schwadronen Cavallerie und zwei Artilleriecompagnien von der Weichsel auf, vereinigte zu Anfang Decembers seine Truppen bei Stettin und rückte trotz der eintretenden Winterkälte nach Vorpommern. Am 30 December nöthigte er die Schweden Demmin zu übergeben, wo sich beträchtliche Vorräthe an Geschützen, Munition und Proviant vorfanden. Um dieselbe Zeit wurden Anclam und die Insel Usedom vor den Preußen geräumt. Auf allen Puncten zogen sich die Schweden in Unordnung zurück und hielten außer der Insel Rügen nur das Fort Peenemünde und die Festung Stralsund besetzt. Diese ward, während Lehwaldt sein Hauptquartier in Greifswald nahm, seit dem 9 Januar auf der Landseite von preußischen Truppen blockiert.

[1] A. a. O. S. 37—41. Vgl. Gesch. d. preuß.-schwed. Kriegs. Berlin 1858 S. 10 ff.

Die niederſächſiſche Armee, deren erſte Operationen von ſo gutem Erfolge begleitet waren, ſah ſich im December in ihrem Vorgehen gehemmt. Prinz Ferdinand wagte nicht dem früher mit König Friedrich verabredeten Plane gemäß an die Weſer auf Nienburg und Minden vorzurücken, bevor er nicht die Franzoſen von der Aller verdrängt habe, und dies wollte ihm nicht gelingen. Inzwiſchen drohte Richelieu zur Strafe für den Bruch der Capitulation die Städte zu plündern, die königlichen Schlöſſer in Brand zu ſtecken, die Güter der Offiziere einzuziehen. Er ſtand mit ſeiner Hauptmacht bei Celle und ließ am 13 December ohne allen Nutzen für ſeine Stellung die Vorſtadt niederbrennen, über hundert Gebäude mit großen Warenlagern, wobei die Kinder des Waiſenhauſes in den Flammen umkamen. Solche Barbarei veranlaßte den Prinzen Ferdinand zu der ſchriftlichen Drohung, wenn der Marſchall fortfahre in dieſer Weiſe den Krieg zu führen, werde er Repreſſalien gegen die Küſten von Frankreich und die mit Frankreich verbündeten Länder unausbleiblich machen[1]. Zu einem ernſtlichen Kampfe kam es nicht. Prinz Ferdinand lagerte Celle gegenüber unter wachſenden Beſchwerden ſeiner Truppen durch die Jahreszeit und die Schwierigkeit der Verpflegung: endlich verzichtete er fürs erſte darauf die Franzoſen von der Aller zu vertreiben und ließ zu Ende Decembers ſeine Armee weiter rückwärts Cantonnementsquartiere beziehen. Zu deren Sicherung war es ein weſentlicher Gewinn, daß die franzöſiſche Beſatzung in Harburg am 30 December capitulierte. Inzwiſchen hatte Prinz Heinrich ein paar Bataillone von ſeinen Truppen und von der Beſatzung von Magdeburg unter dem General Jungkenn dazu verwandt die letzten franzöſiſchen Truppen aus der Altmark und dem Halberſtädtiſchen zu vertreiben. Richelieu verlegte ſeine Armee in Winterquartiere zwiſchen der Aller Ocker und Leine und nahm ſein Hauptquartier in Hannover; Soubiſe, der durch königlichen Befehl vom 29 November Richelieu's Obercommando unterſtellt worden war, lagerte mit ſeinen Truppen in Heſſen.

[1] Weſtphalen I 401. Vgl. Friedrichs II Briefe an Ferdinand vom 12. u. 28 Dec. 1757. Ebend. II 177 180. 182.

So endete das zweite, an großen Ereigniſſen und erſtaunlichen Wechſelfällen reiche Jahr des Krieges in Deutſchland. Während die Souveraine von Öſterreich Rußland Frankreich und in ihrem Dienſte Schweden und das Reich ihre Heerſchaaren aufboten um die preußiſche Armee zu vernichten, gewann Friedrich der große durch den kühnen Einmarſch in Böhmen und den Sieg vor Prag eine gebietende Stellung, in welcher er den Muth ſeiner Freunde und Verbündeten befeſtigte und die Zuverſicht ſeiner Gegner tief erſchütterte. Die Niederlage bei Kolin, der Rückzug aus Böhmen und der unglückliche Feldzug des Herzogs von Cumberland warfen ihn in die Defenſive zurück. Von Weſten und Oſten, von Süden und Norden drangen die Feinde mit Übermacht vor: alle preußiſchen Provinzen, Sachſen und Thüringen, Heſſen, Hannover und Braunſchweig wurden mit Krieg überzogen, ein Schlag nach dem andern brachte Friedrich an den Rand des Untergangs. Da ſiegte er bei Roßbach und jagte die Franzoſen und Reichstruppen bis Heſſen und Franken zurück: die niederſächſiſche Armee, von einem neuen Feldherrn zuſammengehalten, griff wieder zu den Waffen, das ruſſiſche Heer gab unter den Intriguen des Hofes die gemachten Eroberungen preis, und die Schlacht bei Leuthen entriß den Öſterreichern den ganzen Gewinn eines ſiegreichen Feldzugs. König Friedrich an der Spitze ſeines ruhmgekrönten Heeres war wiederum Herr aller ſeiner öſtlichen Staaten und hatte für die franzöſiſche Occupation ſeiner weſtfäliſchen und rheiniſchen Lande an dem Beſitz Sachſens und des ſchwediſchen Pommerns reichlichen Erſatz. Aber mit den erfochtenen Siegen hatte Friedrich ſeine Feinde noch nicht überwunden und ihren Bund nicht geſprengt. Nirgends bot ſich eine Ausſicht auf Frieden, ſondern es galt für die Fortſetzung des Kriegs im kommenden Jahre zu rüſten. Bis dahin war König Friedrich allein auf ſeine eigene Kraft angewieſen: es handelte ſich jetzt darum feſtzuſtellen, in welchem Maße England Preußen beiſtehen wolle den großen europäiſchen Krieg, von deſſen Ausgang auch die engliſche See- und Colonialmacht bedingt war, zu einer glücklichen Entſcheidung zu bringen.

Siebentes Capitel.

Misgeschick der Engländer im See- und Colonialkriege. Verhandlungen mit Spanien. Englisch-preußische Verhandlungen bis zum Abschlusse des Subsidienvertrags vom 11 April 1758.

Die Erschütterung der preußischen Macht während des Jahres 1757 ward in England und den britischen Colonien mit ängstlicher Theilnahme begleitet. Denn man war auf beiden Seiten des Oceans sich dessen bewußt daß der Rückschlag zur See nicht ausbleiben werde. Daher betete man um Sieg für die preußischen Waffen[1] und begrüßte ihre Triumphe mit lautem Jubel, denn sie neigten die Wagschale zu Gunsten Englands und der Weltstellung des Protestantismus. Aus ihnen leuchteten nach trüber Zeit wieder die ersten Strahlen der Hoffnung auf, während die englische Kriegführung und Diplomatie in diesem Jahre eben so erfolglos war als in dem vergangenen. Pitt hatte eine schwere Zeit der Prüfung zu bestehen, bis seine Entwürfe von thatkräftigen Männern entschlossen durchgeführt wurden.

Noch war Muth und Unternehmungsgeist auf Seiten der Franzosen. Die englischen Befehlshaber, unentschlossen und saumselig, kamen überall zu spät und thaten lieber nichts als daß sie für ein gewagtes Unternehmen die Verantwortlichkeit trugen. Der englische Obergeneral Graf Loudoun war angewiesen Louisburg auf der Insel Cap Breton anzugreifen, das Bollwerk der französischen Herrschaft im Lorenzbusen, und Admiral Holbourne ward zu diesem Zwecke mit einem wohlversehenen Geschwader und neuen Regimentern nach Amerika hinübergesandt. Loudoun wußte jedoch mit seinen Vorbereitungen immer nicht fertig zu werden, während die Franzosen die Zeit benutzten nach Louisburg Verstärkungen zu werfen, welche ungehindert ihr Ziel erreichten. Sie waren

[1] G. Bancroft hist. of the U. St. Boston 1852. IV 280. Mitchell P. I 279.

aufs beste gerüstet und die Flotte unter dem Contreadmiral Dubois de la Mothe bereit sich mit den Engländern zu messen. Aber diese kamen nicht. Loudoun hatte endlich im August zu Halifax seine Landungstruppen eingeschifft und die Expedition war segelfertig, als man aus den eingezogenen Nachrichten sich überzeugte, daß gegen sechszehn englische Linienschiffe die Franzosen deren siebenzehn hatten, welche mit einem größeren „Gewichte von Metall" versehen seien. Daraufhin ward beschlossen die ganze mit großen Kosten eingeleitete Unternehmung aufzugeben.

Kaum hatte Loudoun sich wieder auf die Fahrt nach Newyork begeben, so erreichte ihn die Botschaft von dem Verluste des Forts William Henry. Nach der Eroberung der festen Plätze am Ontariosee bildete dieses am Georgsee (Lac du St. Sacrement) gelegene Fort den nächsten Zielpunct der französischen Angriffe, welche schon im Winter versucht wurden. Während Loudoun in Halifax lag, führte Marschall Montcalm, durch keine Schwierigkeit und kein Hinderniß abgeschreckt, seine aus königlichen Truppen, französischen Canadiern und Indianern bestehende Streitmacht heran. Der Commandant der Feste Oberstlieutenant Munro wehrte sich tapfer, damit General Webb, der bei dem Fort Edward am oberen Hudson stand, Zeit gewinne zum Entsatze heranzuziehn. Aber statt den erbetenen Beistand zu bringen schickte General Webb den schriftlichen Rathschlag zu capitulieren. Am 9 August ward das Fort übergeben und von den Franzosen geschleift. Die Engländer hatten im Ohiobecken und im Gebiete des Lorenzstroms keinen Posten mehr. „Um Gottes willen," schrieb der Commandant von Albany an den Gouverneur von Massachusets, „strengen Sie sich an eine Provinz zu retten. Newyork selbst kann fallen. Retten Sie das Land; verhüten Sie den Umsturz der britischen Heerschaft in Amerika[1]."

Im September segelte Holbourne, der mit einigen Schiffen verstärkt und durch erneute Verhaltungsbefehle zur Thätigkeit angespornt war, auf die Höhe von Louisburg um die französische

[1] Bancroft IV 266 f.

Flotte bei ihrer Rückfahrt nach Europa anzugreifen. Aber in der Nacht vom 24 auf den 25 September setzte ein Sturm der englischen Flotte furchtbar zu, ein Schiff von 60 Kanonen scheiterte, andere konnten nur mit Mühe die See halten. Dubois segelte in ungestörter Fahrt nach Brest und etwas später traf Holbourne mit einem Theile seiner Flotte zu Spithead ein.

An der Küste von Guinea brachte Capitain de Kersaint sechszehn englische Schiffe mit Negersklaven und anderer reicher Ladung auf und führte sie nach Martinique hinüber. Im Mittelmeer beschützte de Caumont, der zu Malta Station nahm, die französische Schiffahrt nach der Levante. Die Franzosen litten größeren Schaden durch die englische Caperei als sie selbst der englischen Schiffahrt zufügten, doch hatte auch diese in dem laufenden Jahre noch empfindliche Einbuße, sobald die Kauffahrer nicht durch Kriegsschiffe geleitet wurden.

Diesen Nachtheilen konnte gründlich nur begegnet werden, wenn man die französische Marine an ihrer Wurzel faßte und die feindlichen Kriegshäfen zerstörte. Auf nichts geringeres waren Pitt's Gedanken gerichtet. Ein solches Unternehmen erschien seinen eigenen Landsleuten unerhört. Sie hatten jüngst vor einer französischen Landung in England gezittert und die Regierung hatte zu deren Abwehr die britischen Streitkräfte nicht für zureichend gehalten, sondern deutsche Truppen herbeigeholt. Daß umgekehrt in früheren Zeiten Engländer in Frankreich gelandet waren schien aus der Erinnerung geschwunden zu sein; ja die französische Regierung hielt sich für so sicher daß sie um des deutschen Krieges willen ihre Küsten völlig entblößte. Von der Seine bis zur Garonnemündung wurden zur Küstenwacht nicht zehntausend Mann unter den Waffen gehalten. Daher war gegründete Aussicht vorhanden, daß eine Landung an geeigneter Stelle ohne Schwierigkeit auszuführen sei. Gelang aber ein solches Unternehmen, so durfte man sich außer dem nächsten Zwecke, der Schädigung der französischen Marine, auch die Wirkung davon versprechen, daß die französische Regierung genöthigt werde ihre Streitkräfte zu theilen und Truppen aus Deutschland zurückzuziehn.

Seit Anfang Juli wurden von der englischen Regierung um-

faſſende Rüſtungen betrieben, aber ſie erlitten durch Verſäumniſſe der Marineverwaltung unerwünſchte Verzögerung. Endlich am 8 September gieng die Flotte von Portsmouth in See. Sie beſtand aus etwa hundert Fahrzeugen, darunter achtzehn Linienſchiffen, und hatte mehr als 10000 Mann Landungstruppen an Bord. Dieſe befehligte General Sir John Mordaunt; das Seecommando hatte der Admiral Sir Edward Hawke. Das Ziel der Expedition war der franzöſiſche Kriegshafen Rochefort an der Mündung der Charente, der nach den vorliegenden Berichten von der Landſeite wenig befeſtigt und in deſſen Nähe eine Landung leicht auszuführen war. Der königliche Befehl gieng dahin alle Kräfte anzuwenden um die Truppen zu landen, wo möglich Rochefort durch einen tapferen Anfall zu nehmen und die dort befindlichen Schiffe, Werften, Magazine und Arſenale zu verbrennen.

Das Geheimniß war gut bewahrt. Erſt auf der See erhielten Mannſchaften und Offiziere Kenntniß von ihrer Beſtimmung. In Frankreich ergieng man ſich in Vermuthungen, ob die gewaltige Rüſtung nach der Elbe oder nach Holland oder nach den Colonien oder gegen die Küſten Frankreichs beſtimmt ſei[1]. Die franzöſiſchen Kriegsſchiffe, welche der engliſchen Flotte anſichtig wurden, flüchteten in die Gironde. Am 22 September konnte Hawke auf der Rade des Basques bei St. Rochelle vor Anker gehen: am nächſten Tage wurden die halbfertigen Werke auf der Inſel Aix vor der Charentemündung beſchoſſen und die kleine Beſatzung genöthigt ſich zu ergeben.

Jedermann an Bord erwartete den Befehl zur Landung. Aber dieſer erfolgte nicht. General Mordaunt hatte den Plan, zu deſſen Ausführung er beſtimmt war, von allem Anfange für verkehrt angeſehen und war mit Admiral Hawke nicht einig. Bevor er die Landung unternahm, forderte er von dem Admiral das Verſprechen, daß dieſer jeden Augenblick im Stande ſein werde die Truppen wieder einzuſchiffen. Hawke war bereit was in ſeiner Macht ſtand zu dem Gelingen des Unternehmens beizutragen, aber eine ſolche Zuſage zu geben weigerte er ſich mit

[1] Luynes XVI 146 f. (Aug. 27 1757).

der Erklärung, das hange nicht allein von ihm ab, sondern auch von Wind und Wetter. Darauf berief Mordaunt am 24 September einen Kriegsrath um seine vielfältigen Bedenken auseinanderzusetzen. Einer der jüngeren Offiziere, Oberst James Wolfe, erbot sich Rochefort zu nehmen, wenn ihm 500 Mann und drei Schiffe zur Verfügung gestellt würden, aber Mordaunt wies sein Anerbieten zurück. Ein paar Tage vergiengen mit Berathschlagungen und nutzlosen Vorbereitungen, während der französische Befehlshaber de Langeron durch geschickte Manöver die Engländer über die geringe Zahl seiner Mannschaften zu täuschen wußte. Endlich ward am 29 September beschlossen ohne eine Landung versucht zu haben nach England zurückzusegeln. Am 7 October traf die Flotte wieder auf der Rhede von Spithead ein.

Das war das Ende einer Expedition, von der die größten Dinge erwartet wurden und deren Ausrüstung beinahe eine Million Pfund Sterling gekostet hatte. Admiral Hawke wurde alsbald von neuem ausgesandt um im Canal zu kreuzen, Mordaunt dagegen hatte sich vor einem Kriegsgericht zu verantworten. Dieses sprach ihn frei, und die geheimen Feinde Pitt's suchten das ganze Unternehmen als unausführbar und abenteuerlich darzustellen. Aber das englische Volk blieb der Überzeugung, daß Mordaunt allein das Mislingen verschuldet habe; ja so hoch stieg die Erbitterung daß man von geheimen Befehlen sprach, durch welche Mordaunt angewiesen worden sei nichts zu thun, damit Hannover es nicht zu entgelten habe. Mit Recht war die öffentliche Meinung darüber empört, daß ein Befehlshaber nach dem andern sich eher vor ein Kriegsgericht stellen ließ, als daß er für die Ehre der britischen Waffen auch auf die Gefahr eines Fehlschlages sein Leben einsetzte.

Nicht besseren Erfolg als die englische Kriegführung in Europa und in Amerika hatte der Versuch mit Spanien ein Bündniß gegen Frankreich abzuschließen. Schon während seines früheren Ministeriums hatte Pitt es sich angelegen sein lassen mit dem spanischen Hofe freundliche Beziehungen zu unterhalten und insbesondere den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, General Richard Wall, günstig zu stimmen. Dieser, aus einer irischen

Familie entſproſſen, hatte mehrere Jahre als ſpaniſcher Geſandter am engliſchen Hofe gelebt und zeigte äußerlich ſich ſehr bereit mit der engliſchen Regierung in gutem Vernehmen zu ſtehn. Aber dennoch dauerten Zwiſtigkeiten zwiſchen England und Spanien fort, deren offener Ausbruch nur durch die Geiſtesſchwäche des Königs Ferdinand VI verhindert wurde. Es waren die alten Klagen der Spanier über die Holzſchläge britiſcher Unterthanen am Golfe von Honduras und an der Mosquitoküſte und über den Bruch der ſpaniſchen Handelſperre durch engliſche Freibeuter, deren Unterdrückung und Beſtrafung die ohnmächtige ſpaniſche Regierung von der engliſchen forderte.

Obgleich dieſer Streit unerledigt blieb, verzweifelte Pitt doch nicht daran, angeſichts der immer gefährlicher anwachſenden Übermacht Frankreichs Spanien auf die Seite Englands herüberzuziehen, und erließ deshalb am 23 Auguſt nach Beſchluß des Geheimenraths an den Geſandten in Madrid, Sir Benjamin Keene, die Weiſung, dem ſpaniſchen Hofe für ſeine Betheiligung am Kriege mit Frankreich und insbeſondere zum Zwecke der Wiedereroberung von Minorca für die britiſche Krone die Abtretung von Gibraltar an Spanien anzubieten; ferner die Räumung der ſeit dem Aachener Frieden von Engländern in Centralamerika errichteten Niederlaſſungen. Wenn Spanien auf das engliſche Bündniß eingehe, ſollten die Höfe von Neapel und Turin zum Beitritt eingeladen werden. Auf die Geſinnungen des Königs von Sardinien zählte Pitt mit Beſtimmtheit. Auch von dem Könige von Neapel hielt er ſich verſichert, daß er den Plan des Hauſes Habsburg, durch die Herſtellung eines zuſammenhängenden Territoriums vom toskaniſchen Meere bis Sachſen und bis Belgrad Italien entzweizuſchneiden und jede Verbindung der Könige beider Sicilien und Sardiniens zu unterbrechen, mit großer Beſorgniß anſehe. Um den Eifer des Geſandten für dieſe wichtige Verhandlung anzuſpornen, ſchilderte Pitt die Gefahren denen England unterliege und die Bedrängniß des Königs durch die franzöſiſche Eroberung Niederſachſens. „Die ſo wenig angemeſſe„nen Vortheile des Vertrags von Utrecht, die unauslöſchliche „Schmach der vorigen Generation, ſind der nothgedrungene, aber

„faſt unerreichbare Wunſch der gegenwärtigen geworden. Das „deutſche Reich beſteht nicht mehr, die Häfen der Niederlande „(Oſtende und Nieuport) ſind verrathen, der holländiſche Bar„rieretractat iſt ein leerer Schall, Minorca und damit das Mittel„meer verloren, und Amerika ſelbſt ſteht auf dem Spiele.“

Als Sir Benjamin Keene dieſe inhaltſchwere Inſtruction empfieng rief er aus: „Sind ſie jenſeit des Canals toll? Was „bilden ſie ſich ein! Jetzt iſt es zu ſpät.“ Er kannte hinlänglich die unter den Spaniern gegen England herrſchende Erbitterung, welche durch den neuen franzöſiſchen Geſandten, Marquis d'Aubeterre, mit vielem Geſchick genährt wurde, um zu wiſſen, daß die ſpaniſche Regierung um keinen Preis zu Gunſten von Ketzern und zumal der Engländer das Schwert ziehen werde. Dieſe Vorausſetzung trog ihn nicht. Ein lockenderes Anerbieten als die Abtretung Gibraltars konnte einem ſpaniſchen Miniſter kaum gemacht werden. Dennoch beſann ſich General Wall keinen Augenblick die engliſchen Vorſchläge rundweg abzulehnen unter lebhafter Beſchwerde, daß das ungerechte Verfahren der engliſchen Regierung es ihm unmöglich mache ſich für ein engeres Bündniß zwiſchen Spanien und England zu verwenden[1].

So trug England auch in dieſem Jahre die ſchwere Laſt des Krieges ohne irgend etwas damit zu erreichen. Das Volk litt hart durch Theurung, und die Ausführung des Milizgeſetzes rief in Irland und in England ſelbſt Unruhen hervor. Der Grund davon lag in den Beſtimmungen des Geſetzes ſelbſt, welches ſtatt allgemeiner Wehrpflicht den wohlhabenden frei ließ ſich dem Dienſte zu entziehen und damit die Laſt auf die ärmeren Claſſen wälzte[2]. Kurz wohin man auch den Blick richten mochte, erſchien die Lage Englands trauriger als je. Aber die große Mehrzahl der Engländer wankte nicht im Vertrauen auf Pitt und dieſer ſelbſt verzagte nicht.

---

[1] Pitt's Inſtruction vom 23 Auguſt und Keene's Bericht vom 26 Sept. 1757 ſ. Chatham Corresp. I 247 ff. 263 ff. Vgl. Coxe Bourbon Kings of Spain IV 197. Über die Spanien zu machenden Vorſchläge berichtet Michell am 16 Auguſt, über die Entwürfe für Italien am 23 September.

[2] Hallam constit. hist. of England. 9th Edit. London 1857. III 262.

Kaum waren die Anſtalten getroffen die verbündete Armee in Norddeutſchland wieder in Thätigkeit zu ſetzen, ſo kam die Nachricht von Friedrichs Siege bei Roßbach, nach vielen ſchlimmen die erſte frohe Zeitung. Pitt athmete auf und der alte König war wie verjüngt; ſo heiter und zufrieden hatte man ihn lange nicht geſehen[1]. Major Grant, der im Namen Friedrichs die Siegesbotſchaft überbrachte, ward mit der größten Auszeichnung empfangen und die Beziehungen zwiſchen der engliſchen und preußiſchen Regierung, welche ſeit dem Auguſt ins Stocken gekommen waren, wurden wieder vertraulich. Über die mit Richelieu hinſichtlich der Halberſtädter Convention gepflogenen Verhandlungen gab König Friedrich durch ſeine Miniſter eingehende Erklärung[2]. Auch von Stade kamen bald beſſere Berichte; Geheimerath von Münchhauſen, der am 12 December nach London zurückkehrte, war über den neuen Oberbefehlshaber den Prinzen Ferdinand alles Lobes voll. Wenige Tage ſpäter traf die Meldung von dem Siege bei Leuthen ein und ward in England mit Jubel begrüßt.

Zu dieſen guten Botſchaften aus Deutſchland kamen im folgenden Januar Siegesberichte aus Indien. Schon im Laufe des Jahres 1757 war von dorther ein Erfolg der Engländer nach dem andern gemeldet worden, welche dem Admiral Watſon, dem Contreadmiral Pococke und vor allem dem Oberſten Clive zu verdanken waren. Daß im Januar 1757 Calcutta wieder in die Gewalt der Engländer fiel, iſt früher erwähnt; wenige Tage ſpäter ward Hooghly eingenommen und reiche Warenlager der Hindus erbeutet oder zerſtört. Durch die Kühnheit der Engländer ward der Nabob von Bengalen Surajah Dowlah ſo ſehr in Schrecken geſetzt, daß er im Februar einen Vertrag eingieng, in welchem er ihnen alle ihre früheren Handelsprivilegien beſtätigte, mit dem Rechte Calcutta nach ihrem Belieben zu befeſtigen; ferner geſtand er ihnen für ganz Bengalen Zollfreiheit zu und verſprach für den im vorigen Jahre angerichteten Schaden Erſatz zu leiſten. Dieſen

[1] 1757 Nov. 22. Michell's Bericht.

[2] Nov. 15. 19. Magdeburg. Miniſterialdepeſche an Michell.

Friedensschluß benutzten Clive und Watson zu einem Angriffe auf Chandernagore, die einzige französische Station im Gangesgebiete, und es gelang ihnen am 24 März diesen wichtigen Platz, der mit 126 Geschützen ausgerüstet war, zur Capitulation zu nöthigen.

Der Friede mit dem Nabob war von kurzer Dauer. Während dieser Fürst auf das Verderben der Engländer sann, bildete sich eine Verschwörung gegen ihn zu dem Zwecke, den Befehlshaber seiner Truppen Meer Jaffier auf den Thron zu erheben, und Clive zog im Einverständnisse mit den Verschworenen ins Feld. Am 23 Juni 1757 kam es bei Plassey zur Schlacht. Die Streitkräfte der Engländer waren unverhältnißmäßig gering. Clive gebot nur über 3000 Mann, darunter ein drittel Europäer, und zehn Geschütze; der Nabob über 50000 Mann mit vierzig schweren und einer Anzahl leichter Geschütze, die von Franzosen bedient wurden. Aber die Scharen des Nabob waren unzuverlässig und wandten sich vor dem kräftigen Angriffe der englischen Truppen zur Flucht. Surajah Dowlah ward eingeholt und auf Befehl Meer Jaffiers getödtet. Dieser bestieg jetzt den Thron, ein Spielball der Engländer, deren Herrschaft in Indien mit der Schlacht von Plassey begründet ward und Schritt vor Schritt sich weiter ausbreitete.

Die seit November eintretende bessere Wendung der Dinge half Pitt über alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber der Nation und dem Parlamente hinweg und befestigte die Einigkeit des Cabinets. Der Beginn der Parlamentssession war auf den 15 November angesetzt, aber nach Empfang der ersten Nachricht von der Schlacht bei Roßbach schlug Pitt dem Könige vor die Session noch um zwei Wochen zu vertagen um die Bedeutung dieses Ereignisses besser überblicken zu können. Eine solche Vertagung unmittelbar vor dem anberaumten Termin war ungewöhnlich und imponierte Georg II: er gab seine Einwilligung und kam überhaupt von seinem Vorurteile gegen Pitt mehr und mehr zurück.

Am 1 December eröffnete der König das Parlament mit einer Thronrede, welche nach dem Hinblick auf die bisher erfolglose Kriegführung den entschiedenen Willen der Regierung

und die Zuversicht endliches Sieges aussprach. „Es ist mein „fester Entschluß," hieß es weiter, „für die Sicherheit meiner „Reiche und für die Herstellung und den Schutz der Besitzungen „und Rechte meiner Krone und Unterthanen in Amerika und „anderswo das äußerste zu thun, sowohl mit kräftigster Anwen„dung unserer Seemacht als mit allen andern Mitteln. Eine „andere große Angelegenheit, die mir am Herzen liegt, ist die „Erhaltung der protestantischen Religion und der Freiheiten von „Europa und in dieser Absicht zu meinen Verbündeten zu stehn „und sie zu ermuthigen. Für diese Sache werde ich keine Lasten „scheuen und nehme dazu Ihre herzliche Mitwirkung und kräftige „Unterstützung in Anspruch. Der letzte glänzende Erfolg in Deutsch„land hat den Dingen eine glückliche Wendung gegeben, welche „weiter zu fördern uns obliegt. In dieser kritischen Verwickelung „sind die Augen von ganz Europa auf uns gerichtet. Insbesondere „muß ich Ihnen empfehlen, daß mein guter Bruder und Bundes„genosse der König von Preußen in solcher Weise unterstützt werde, „wie seine Geistesgröße und sein thatkräftiger Eifer für die ge„meine Sache es verdienen."

Im Parlamente regte sich kein Widerspruch. Ohne erhebliche Debatten wurden die Anträge der Regierung genehmigt und die Gelder für den öffentlichen Dienst bewilligt. Pitt nahm am 14 December, bei der Berathung des Budgets für die See- und Landmacht Gelegenheit sich über den Stand der Dinge freimüthig und klar auszusprechen. Diese Rede ward bewundert wie kaum irgend eine andere die er je gehalten: um so mehr haben wir zu beklagen daß nur geringe Bruchstücke daraus aufgezeichnet sind.

Mit Bezug auf den in der Thronrede gebrauchten Ausdruck „anderswo" versicherte Pitt daß die englische Armee nur unmittelbar für England verwendet werden solle. Er sei nie ein Gegner zweckmäßiger continentaler Maßregeln gewesen, aber er werde für jetzt keinen Tropfen englisches Blutes an die Elbe senden. Eines der Mitglieder für die City von London, der hochachtbare und mit Pitt befreundete Alderman William Beckford, hatte das Verhalten der englischen Generale und Admirale gerügt, durch deren Schuld alle Unternehmungen in Amerika sowie die Expe-

dition gegen Rochefort verfehlt ſeien[1], und hatte dabei geäußert, er wiſſe nicht in weſſen Händen das Königreich ſich befinde. Pitt entgegnete: in den Händen einer wohlthätigen Vorſehung und eines allergnädigſten Königs, der von Verlangen brenne ſein Land glücklich zu machen; und rühmte in warmen Worten, wie ſehr er des Königs Güte und Vertrauen ſeit ſeinem Eintritte in das Miniſterium erfahren habe. So hoffe er ſein Amt mit Ehren fortzuführen, im Verein mit den übrigen Miniſtern, welche alle von einem Geiſte beſeelt einem und demſelben Ziele nachſtrebten.

Aber nichts könne gut gehen, fuhr Pitt fort, ſo lange die Armee nicht der Staatsgewalt untergeben ſei: ſie habe zu gehorchen, nicht zu räſonnieren. Die auf die letzte Expedition ausgeſendeten hätten über die erhaltenen Befehle gelacht, ſogar bei Tafel; ſelbſt Mitglieder des Cabinets hätten ein gleiches gethan. Schon hier ward Pitt lebhaft, jedoch hielt er an ſich mit Bezug auf die noch ſchwebende Unterſuchung; er war unmittelbar aus der Sitzung des Kriegsgerichts über Mordaunt, in welcher er als Miniſter über die ertheilten Befehle vernommen war, ins Parlament eingetreten. Aber mit der vollen Schärfe des bitterſten Redeergueſſes tadelte er das Verhalten des Lord Loudoun, welchen vorher Lord George Sackville geglaubt hatte in Schutz nehmen zu dürfen. Die großen Unkoſten, welche das Volk für die Armee in Amerika trage, ſagte Pitt, ſeien weggeworfen; es ſei nicht allein nichts gethan, ſondern es ſei nichts verſucht. Alle Strom- und Seegebiete von Amerika ſeien verloren; England habe kein Boot mehr auf dieſen Binnengewäſſern; jedes Thor ſtehe Frankreich offen. Lord George habe entſchuldigen wollen, er könne es nicht; er wolle nicht verdammen, aber ſeine Meinung gehe gegen Lord Loudoun, der viel habe thun können, hätte er nicht einen Monat lang gekundſchaftet ob die Franzoſen ſtärker ſeien oder nicht. Seit dem 5 Auguſt habe Loudoun es nicht ſeines Amtes erachtet über die Operationen welche er vor-

[1] Vgl. Beckford's Brief an W. Pitt v. 22 Oct. 1757. Chatham Corresp. I 278 ff.

habe zu berichten; man habe allen Grund zu glauben daß der General willens sei in Unthätigkeit zu verharren.

Nach dieser durchschlagenden Rüge ergieng sich Pitt in dem Lobe der Befehlshaber in Ostindien. Dort finde er Watson Pococke und Clive. Wie staunenswerthen Erfolg hatte nicht Watson mit drei Schiffen! Aber er hielt sich nicht damit auf hier zu kalfatern und dort zu mäkeln, sondern segelte kurzweg in den Ganges hinein. Mit ihm wirkte Clive zusammen, dieser vom Himmel gekommene General, dessen Heldenmuth, Einsicht, Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Thatkraft einen König von Preußen entzücken würde und dessen Geistesgegenwart Indien in Staunen setzte. Freilich sei er nicht nach allen Regeln geschult, und habe nicht aus einer Erfahrung von vierzig Dienstjahren gelernt nichts zu thun[1].

Das waren Reden nach dem Herzen des englischen Volks und sie bewegten nicht bloß die Gemüther der im Parlament versammelten Abgeordneten, sondern hallten im ganzen Lande wieder und hoben den Geist der Armee und der Flotte. Den Worten entsprach die That. So weit seine Macht reichte, wußte Pitt den öffentlichen Dienst mit der Energie zu durchdringen, welche ihm selbst eigen war. Die Marineverwaltung mußte den hergebrachten Schlendrian abthun und seinen Anforderungen in gesetzter Frist entsprechen. Das Schatzamt hatte die nöthigen Gelder herbeizuschaffen und vermochte dies ohne Schwierigkeit. Zwar wuchsen durch die immer höher angespannten Rüstungen zur See und zu Lande die Ausgaben im Vergleich mit früher ins ungeheure an: im Jahre 1753 bewilligte das Parlament noch nicht 2,800000 L. St., 1754 über 4 Millionen, in dieser Session 10,486000 L. St. Aber die Hilfsquellen Englands flossen mitten im Kriege so reichlich und der Staatscredit war so fest begründet, daß der Regierung was sie nur bedurfte zur Verfügung stand. Im Jahre 1757 belief sich die Einfuhr auf 9,873153 L. St., die Ausfuhr auf 14,266861 L. St.; jene

[1] Hor. Walpole's Memoires of the reign of George II. London 1822. II 274—276. Prinz Czartoristi an seinen Vater. London d. 20 Dec. Beil. II 110.

überſtieg die Einfuhr von 1755 um mehr als 600000, dieſe die Ausfuhr von 1755 um anderthalb Millionen L. St.[1]. Der Curs der dreiprocentigen Staatspapiere ſank ſelbſt unter dem Eindruck der ſchlimmſten Nachrichten nicht unter 86 Procent. Während erfahrene Staatsmänner an der Zukunft verzagten, brachte der Handels- und Gewerbeſtand große Opfer willig dar in dem Vertrauen, daß jeder Schilling redlich zum Beſten des Landes verwandt werde, und hegten keinen höheren Wunſch als den, daß der Krieg mit aller Kraft zu einem guten Ende geführt werden möge.

Und darauf war Pitt bedacht. Seine Leitung des Krieges war militäriſch beurteilt nicht frei von Fehlgriffen. Nicht immer entſprachen die zu erreichenden Zwecke den aufgewendeten Koſten und Anſtrengungen; man durfte ſich über die Eigenwilligkeit beklagen, mit der der Miniſter auf ſeinen Meinungen beſtand. Aber die Hauptſache war, daß ein zum Herrſchen geborener Mann mit feſtem Willen das Steuer führte und die in ſeine Hand gelegten Mittel beharrlich zu dem einen Zwecke verwandte England durch energiſche Kriegführung einen ehrenhaften und ſicheren Frieden zu verſchaffen. Der Schlaffheit, mit der engliſche Generale und Admirale über Bedenken aller Art ihre Schuldigkeit verſäumten, machte Pitt gründlich ein Ende. Mochte das Kriegsgericht auch Mordaunt mit allen Ehren freiſprechen, gerechtfertigt war damit das Verhalten des Generals nicht, ſo wenig wie die Unthätigkeit Loudoun's in Amerika, und die öffentliche Rüge, mit der Pitt unerbittlich die feigen und pflichtvergeſſenen ſtrafte, verwundete ſchärfer als Pulver und Blei. Solche Befehlshaber verloren ihr Commando und wurden durch Männer erſetzt, welche ſtatt durch vornehme Geburt und höfiſche Gunſt durch ihr Verdienſt ſich empfahlen. Jüngere Offiziere, welche Muth und Einſicht an den Tag legten, zog Pitt hervor und ſtellte ſie an den Platz, an dem ſie ſich bewähren konnten. So ward James Wolfe zum Generalmajor befördert und dem General Abercrombie an die Seite

[1] John M'Arthur, financial and political facts of the 18th and present century. 4th Ed. Lond. 1803. App. III.

gegeben, auf welchen mit Loudoun's Abberufung der Oberbefehl in Amerika übergieng. Aber die Entwürfe der Unternehmungen in ihren Grundzügen entschied Pitt selbst und wies die Mittel an: das Detail der Ausführung legte er in die Hand erprobter sachkundiger Männer. Er besaß das glückliche Talent, wie bei seinem Tode ein Ehrenmann, Oberst Barré, im Unterhause bezeugte, seinen eigenen Eifer den Seelen derer einzuflößen, welche an der Ausführung seiner Pläne Theil haben sollten: „es ist manchen Offizieren, die in diesem Hause sitzen wohl „bekannt, daß niemand je Pitt's Cabinet betrat, der nicht beim „Weggehen einen höheren Muth in sich fühlte als beim Ein„treten[1]."

Mit derselben Entschiedenheit, mit der er die oberste Leitung des Krieges führte, handhabte Pitt auch den diplomatischen Verkehr. Die frühere Regierung hatte für alle Welt gute Worte bereit gehabt, aber man konnte nicht darauf bauen: sie kam mit sich selber in Widerspruch und flößte weder Freunden noch Feinden Achtung und Zutrauen ein. Unter Pitt's Ministerium dagegen waren alle an andere Mächte gerichtete Erklärungen unzweideutig und bestimmt: mochte man die Ansichten des Ministers misbilligen, so wußte man wenigstens stets woran man mit ihm war, und was er versprach hielt er gewissenhaft. Die englischen Gesandten an auswärtigen Höfen verspürten den Unterschied der Geschäftsführung in Form und Inhalt. Fortan empfiengen sie genaue Mittheilungen und Instructionen, welche an Klarheit und Präcision nichts zu wünschen ließen. Dafür wachte Pitt auch darüber, daß sie den erhaltenen Weisungen pünctlich nachkamen und sich in völligem Einklange mit ihrer Regierung hielten.

Unter den englischen Diplomaten hatten sich durch ihre Dienste vorzüglich bewährt Generalmajor Joseph Yorke im Haag, ein Sohn des Grafen Hardwicke, Andrew Mitchell im preußischen Feldlager, Robert Keith, der frühere Gesandte in Wien, jetzt zum Nachfolger von Sir Hanbury Williams in Petersburg ausersehen. Unbedeutend war Graf Bristol, welcher nach dem

[1] Rede des Obersten Barré v. 13 Mai 1778. Parliam. Hist. XIX 1227.

Tode des wackeren Sir Benjamin Keene den wichtigen Botschafterposten zu Madrid erhielt.

Die nächste und dringendste Aufgabe des auswärtigen Amts bestand darin über das Bündniß mit Preußen, welches auf dem Vertrage von Westminster beruhte, weitere Vereinbarungen zu treffen. Wir haben oben gesehen, daß die englische Regierung im Juli 1757 Friedrichs II Vorschläge, die niedersächsische Armee von England aus zu verstärken und ein Geschwader in die Ostsee zu senden, ablehnte und anstatt bewaffneter Hilfe mit Truppen und Schiffen Subsidien anbot; daß Friedrich II in seiner höchsten Bedrängniß dieses Anerbieten mit Dank entgegennahm und eventuell vier Millionen Thaler als die erforderliche Summe bezeichnete, aber die Entschließung darüber bis zum Ausgange des Feldzugs vertagte[1]. Die englischen Minister kamen indessen auf ihren Vorschlag wiederholt zurück und wünschten, daß der König von Preußen sich über dessen Annahme erklären möge: unter der Voraussetzung, daß er die hannöversche Armee möglichst unterstütze, genehmigten sie am 23 September ausdrücklich den angegebenen Betrag von vier Millionen Thalern = 670000 L. St. Je näher die Eröffnung der Parlamentssession kam, um so mehr lag ihnen daran diese Angelegenheit ins reine zu bringen; sie baten Friedrich II, er möge nur die Zahlungstermine bestimmen, welche pünctlich eingehalten werden sollten[2].

Für König Friedrich aber war die Sache noch keineswegs abgemacht. Als er Ende Juli zu Dresden sich mit Mitchell besprach, überschwemmten die Feinde von allen Seiten die preußischen Provinzen und die letzten Hilfsquellen drohten zu versiegen: daher faßte er die Möglichkeit ins Auge, zu englischen Subsidien seine Zuflucht nehmen zu müssen. Im November dagegen waren die Franzosen zurückgejagt, Preußen von den Russen, Pommern von den Schweden geräumt: aus Schlesien sollten um jeden Preis die Österreicher vertrieben werden. Damit hatte Friedrich

[1] S. o. S. 375. 379.

[2] 1757 Aug. 16. Holderneſſe an Mitchell. Beil. II 67. Derſ. an denſ. Oct. 14. — Michells Bericht vom 23 Sept. 25. 29 Nov.

die Mittel in Händen, ohne fremde Beihilfe die Kosten des nächsten Feldzuges zu bestreiten. Was ihm abgieng war nicht mit Geld zu erkaufen, eine Flotte, um die baltischen Küsten zu decken und das abermalige Vordringen der Russen und Schweden zu hindern, und Mannschaften, um die feindliche Übermacht von seinen Staaten fernzuhalten, wo er diese nicht selbst zu decken im Stande war. Beides konnte seiner Überzeugung nach England ohne eigene Gefahr und Schaden liefern und damit den gemeinsamen Interessen den größten Dienst thun. Denn eine Landung in England stand nicht zu befürchten und die um ein beträchtliches verstärkten englischen Truppen konnten seiner Ansicht nach nirgends zweckmäßiger verwandt werden als wenn sie die Franzosen aus den von ihnen occupierten Ländern herausschlugen.

Auf Grund dieser Erwägungen nahm Friedrich die Verhandlung im November wieder auf, während die englische Regierung gerade die Anschläge der Kriegskosten aufstellte. Seinen Befehlen gemäß schrieben seine Minister Podewils und Finckenstein an den englischen Gesandten Mitchell, der sich damals noch in Leipzig aufhielt, und ersuchten ihn um Unterstützung der preußischen Vorschläge. Mitchell antwortete, er erkenne mit wahrem Vergnügen daß die Ansichten der preußischen Regierung so vollkommen mit den seinigen übereinstimmten und versprach in diesem Sinne zu berichten[1]. Dieser Zusage kam er in seinen Depeschen vom 28 November und 5 December nach. Jene war unter dem freudigen Eindruck der falschen Meldung von Beverns Siege, diese nach der zuverlässigen Botschaft von der Niederlage der Preußen vor Breslau in verzweifelter Stimmung geschrieben. Mitchell sah nach diesem Schlage den König von Preußen für verloren an und sagte grade heraus, daß die englische Regierung

---

[1] 1757 Nov. 24. Magdeburg. Ministerialschreiben an A. Mitchell. Nov. 26 Mitchell's Antwort an Podewils und Finckenstein (c'est un vrai plaisir pour moi de trouver que mes sentimens sont si parfaitement d'accord avec ceux des ministres du roi les plus éclairés). Mitchell wohnte in Leipzig „in des regierenden Bürgermeisters Herrn Stieglitzens Haus".

durch ihre Unthätigkeit und ihre verkehrten Maßregeln den Untergang ihres Verbündeten verschuldet habe[1].

Durch den Seitenblick auf die Expedition gegen Rochefort fühlte Pitt sich persönlich gekränkt und schöpfte Verdacht daß Mitchell mit seinen geheimen Gegnern in England und mit der hannöverschen Regierung einverstanden sei. Dieser durchaus ungerechte Verdacht ward genährt durch Cumberlands Rechtfertigungsschrift, welcher außer andern Documenten auch des Herzogs Briefwechsel mit Mitchell angehängt war. Es schien daraus zu erhellen daß die Auslassungen des Gesandten über den schlimmen Stand der Dinge zum Abschluß der Zevenschen Convention beigetragen hätten[2]. Jedoch unterdrückte Pitt vor der Hand seinen Unmuth über Mitchell um die Verhandlung mit dem Könige von Preußen nicht zu stören.

Den erneuten Vorschlägen Friedrichs II glaubte Pitt jetzt so wenig als früher beipflichten zu können. Nicht daß er dieselben an sich für unzweckmäßig befunden hätte; im Gegentheil erkannte er das Gewicht der sachlichen Gründe Friedrichs II vollkommen an, aber eben so unerschütterlich beharrte er dabei, daß die englische Regierung aus Rücksichten der inneren Politik ihre Zustimmung versagen müsse. Pitt's Stärke beruhte darauf daß sein System den Überzeugungen der großen Mehrheit der Nation entsprach. Diese verabscheute nach den früher gemachten Erfahrungen jede Maßregel, welche auch nur den Schein hatte hannöverschen Sonderinteressen zu dienen. Deshalb war das neue Ministerium auf die gegenseitige Verpflichtung begründet, daß keine derartige Maßregel je in Frage kommen solle. Vor diesem einmal festgestellten Grundsatze trat die Erwägung, ob in dem gegebenen Falle der Vortheil Hannovers nicht auch Englands Vortheil sei, vollkommen zurück. Was die baltische Flotte betraf, so ward diese nicht im Princip verweigert, sondern weil für jetzt die englische Marine dazu nicht ausreiche. Übrigens

[1] S. Mitchell Pap. I 394 f. Michells Bericht vom 17 Febr. 1758. Vgl. Mitchell's Brief an Holderneſſe vom 1 Nov. 1757. M. P. I 164.

[2] 1758 April 14. London. Knyphausens und Michells Bericht, nach Mittheilungen von Holderneſſe. Vgl. Mitchell Papers I 166. II 6.

getröstete sich das britische Cabinet nochmals der eitlen Hoffnung daß es dem neuen englischen Gesandten Mr. Keith gelingen werde, den russischen Hof umzustimmen. Soweit zum deutschen Kriege mit Geld geholfen werden konnte, sollte es nicht gespart werden. Pitt versicherte daß England bereit sei für die niedersächsische Armee, deren Kosten auf eine Million L. St. anwachsen würden, die erforderlichen Zahlungen zu leisten, da der König Kurfürst sich entschieden weigere aus seinen Mitteln dazu beizutragen; ferner Friedrich II vier Millionen Thaler Subsidien zu gewähren. Diese Ausgaben gedachte man nicht um Hannovers willen zu machen; Pitt sagte gerade heraus, daß die Aufrechterhaltung dieses Kurfürstenthums für die englische Regierung nur eine untergeordnete Frage sei; die Aufrechterhaltung des Königs von Preußen sei ihre Hauptsache[1].

Auf beiden Seiten ward ein stolzerer Ton angeschlagen. Ehe der Bericht des preußischen Gesandten über seine Unterredung mit Pitt eingieng, war an denselben auf Befehl König Friedrichs bereits eine neue Instruction erlassen, welche ihm vorschrieb, mit dem Nachdruck und der Würde, welche er berechtigt sei in seine Worte zu legen, so oft er im Namen des Königs rede, zu erklären: Geld allein thue es nicht; für die gemeine Sache sei es unbedingt erforderlich daß die verbündete Armee mit 4—6000 Mann britischer Truppen, namentlich Cavallerie, unterstützt werde und daß im nächsten Frühjahr ein englisches Geschwader in die Ostsee komme[2].

Aber Michell fand jetzt so wenig wie früher Gehör. Vielmehr ersuchte Pitt den Gesandten, diese Artikel nie wieder zu berühren, auf welche einzugehn nach den im Innern getroffenen Anordnungen und dem einmal festgestellten Systeme unmöglich sei. Wenn König Friedrich darauf beharren wolle, werde er damit der gemeinen Sache in England großen Schaden thun. Zugleich mit dieser Ablehnung der preußischen Vorschläge ward Michell

[1] 1757 Dec. 9. London. Michells Bericht (le soutien de l'électorat n'est pour eux qu'une cause seconde, pendant que celui de V. M. est leur objet principal.

[2] Dec. 13. Magdeburg. Ministerialinstruction (n. l. B.) für Michell.

der Entwurf des Subsidienvertrags eingehändigt, mit dem Bemerken, daß man darin die Verpflichtungen des Königs von England als Kurfürsten von Hannover so bündig wie möglich ausgedrückt habe um eine zweite Convention von Zeven zu verhüten[1].

Inzwischen fand König Friedrich in der wiedereroberten Hauptstadt Schlesiens für ein paar Monate die Ruhe, deren nach den Anstrengungen des verflossenen Kriegsjahres sein Körper und sein Geist bedurfte. Er sah seine beiden Nichten bei sich, die Gemahlinnen seines fieberkranken Bruders Ferdinand und des Prinzen Friedrich Eugen von Würtemberg, und erquickte sich an dem Umgange mit d'Argens, mit dem Minister Grafen Finckenstein und Knyphausen[2]. Unverzüglich beschied er auch Mitchell zu sich, der am 28 December in Breslau eintraf.

Den erhaltenen Weisungen gemäß gab sich Mitchell alle Mühe den preußischen Monarchen zu bestimmen, von seinen Forderungen abzustehn; aber dieser blieb dabei, daß es kein anderes Mittel gebe die Feinde zum Frieden zu zwingen, und ließ Pitt sagen, wenn er seine Grundsätze nicht ändere, sei alles ohne Rettung verloren; er werde nimmermehr sein Verhalten in dieser Sache vor dem englischen Volke rechtfertigen können[3].

Gegen die einzelnen Bestimmungen des von dem englischen Ministerium aufgestellten Entwurfs zum Subsidienvertrage fand König Friedrich nichts zu erinnern und auf Mitchell's wiederholtes Andringen schien er endlich entschlossen denselben zu genehmigen. Am 22 Januar 1758 vollzog er die von Finckenstein ihm vorgelegte Vollmacht für Michell den Vertrag zu unterzeichnen. Da trafen schlimme Meldungen aus Preußen ein und änderten den Entschluß des Königs. Am 16 Januar war General Fermor von Memel aus abermals mit der russischen Armee in Preußen eingerückt. Am 22 Januar besetzte er Königsberg und ließ am

[1] 1757 Dec. 20. Michells Bericht. An Mitchell ward der Entwurf unter dem 22 Dec. gesandt.

[2] Dec. 22. 1758 Jan. 14. Breslau. Friedrich II an den Prinzen Heinrich. Oeuvres XXVI 168. 169. Jan. 16. Friedrich II an Voltaire. XXIII 18.

[3] Jan. 21. Berlin. Ministerialdepesche an Michell.

Geburtstage des Königs den 24 Januar der russischen Kaiserin huldigen.

Unter solchen Umständen erschien es Friedrich nothwendiger als je England zu thätiger Beihilfe zu vermögen. Er wurde in dieser Überzeugung bestärkt durch die geheimen Berichte des holländischen Gesandten am russischen Hofe, de Swaert, von denen er aus dem Haag Mittheilung empfieng. Diese giengen dahin daß man in Petersburg vor einem englischen Geschwader sehr in Sorge sei; die russische Regierung suche die dänische zu bestimmen den Sund zu schließen. Bei dem schlechten Zustande der russischen Streitkräfte zur See wie zu Lande würden sechs bis acht englische Kriegsschiffe hinreichen die russische Flotte am Auslaufen zu hindern, und man werde sich gern eines solchen Vorwandes bedienen um damit zum Frühjahre bei den verbündeten Höfen die Unthätigkeit des russischen Heeres zu rechtfertigen[1].

König Friedrich beschloß deshalb einen neuen Versuch zu machen die englische Regierung zu bestimmen statt Subsidien zu zahlen zu seiner Unterstützung einige Schiffe in die Ostsee und ein Corps Truppen nach Niedersachsen zu schicken. Am 25 Januar sandte er Michell die Weisung bis auf weiteren ausdrücklichen Befehl die Convention nicht zu unterzeichnen, und erklärte rund heraus daß ihm an den englischen Subsidien wenig gelegen sei. Diese würden eine geringe Hilfe sein, wenn er nicht in seinen eigenen Staaten und seinen Finanzen die nöthigen Mittel fände seine Truppen zu dem neuen Feldzuge bereit zu stellen. Er sei keineswegs in Verlegenheit ohne irgend welche fremde Hilfe zum Frühjahr mit eben so zahlreichen und eben so gut gerüsteten Armeen im Felde erscheinen zu können als das vorige Jahr und sie mit derselben Leichtigkeit zu bezahlen, aber er wisse auch mit Bestimmtheit, daß man ihn mit so überlegenen Streitkräften und an so verschiedenen Orten angreifen werde, daß es ihm unmöglich sei überall die Stirn zu bieten. Dem Prinzen Ferdinand habe er Unterstützung versprochen: diese werde unter den jetzigen Umständen nicht so stark sein können als er sie habe

[1] 1758 Jan. 7. Haag. Hellen's Bericht.

gewähren wollen. Ohne daß England mit Soldaten und Schiffen helfe, sei eine glückliche Entscheidung nicht zu erreichen[1].

Pitt's Ungeduld war unterdessen immer höher gestiegen. Die Voranschläge für den Krieg in Deutschland waren zurückgelegt bis der Subsidienvertrag mit Preußen abgeschlossen sein werde; denn nur in Verbindung damit wollte er auf die Bewilligung der Ausgaben für die niedersächsische Armee im Parlamente antragen. Um jedoch den dringendsten Bedürfnissen dieser Armee genügen zu können, beantragte Pitt am 18 Januar auf Grund einer königlichen Botschaft die vorläufige Bewilligung von 100000 L. St., welche das Unterhaus am 23 Januar einstimmig gewährte, und sprach bei dieser Gelegenheit von der Nothwendigkeit den König von Preußen zu unterstützen, dessen er in Ausdrücken der Verehrung und Bewunderung gedachte[2].

Aber Friedrichs Forderungen nachzugeben kam Pitt nicht in den Sinn. Michell war so fest überzeugt daß alle weiteren Vorstellungen vergeblich seien, daß er der Ministerialinstruction vom 21 Januar nicht nachkam. Er meinte im Interesse des Königs von Preußen die Schilderung der schlimmen Folgen des abermaligen Einmarsches der Russen in Preußen für sich behalten zu müssen, da ohnehin König Georg II und seine hannöverschen Minister darüber in große Unruhe gerathen seien; ihnen liege vor allem andern die Unterstützung der hannöverschen Armee durch preußische Truppen am Herzen. Solch üble Botschaften würden die englische Regierung nimmermehr bestimmen weiter zu gehn als sie einmal entschlossen sei. Wohl aber könne dadurch eine Krisis herbeigeführt werden, welche den Herzog von Cumberland wieder zu Ansehen bringe. An die Verwendung englischer Truppen auf dem Continent sei nur dann zu denken, wenn Holland

---

[1] 1758 Jan. 25. Breslau. Friedrich II an Michell. Jan. 28. Berlin. Ministerialinstruction an denselben. Beil. II 121. Mitchell's Bericht vom 9 Febr. M. P. I 389—393. Finckenstein sandte die Vollmachten mit der erneuten Weisung nicht zu unterzeichnen Breslau d. 7 Febr. ab. Vgl. Mitchell's Schr. an Holderneſſe vom 9 Febr. M. P. I 398.

[2] Jan. 24. Michells Bericht. Beil. II 119. Journals of the House of Commons 1758. XXVI 38 f. 42. Parljam. Hist. XV 838 f.

dem Bunde beitrete oder Preußen an Frankreich förmlich den Krieg erkläre und diesen mit Nachdruck führen könne[1].

Die eigenmächtige Zurückhaltung Michells mußte aufhören, als er die königliche Weisung empfieng britische Subsidien abzulehnen und die früheren Vorschläge zu erneuern. Die demgemäß von dem Gesandten abgegebene Erklärung setzte die englischen Minister in Bestürzung. Sie bestanden auch jetzt auf der Unmöglichkeit englische Truppen über die See zu schicken, es sei denn daß das jetzige Ministerium aufgelöst werde, welches gemäß den Grundsätzen, auf denen seine Stärke beruhe, von seiner Weigerung nicht ablassen könne. Dann aber lasse sich nicht absehen, wie ein anderes Ministerium zu bilden sei, welches Bestand habe und Vertrauen einflößte. Sie ihrerseits seien entschlossen, bevor die Convention nicht genehmigt werde, keinen Schilling weiter für die hannöversche Armee zu fordern. Übrigens so entschieden die Erklärungen der Minister lauteten, daß sie eher ihr Amt niederlegen würden, als englische Truppen nach Hannover senden, so wenig bestritten sie grundsätzlich die Absendung eines Geschwaders in die Ostsee. Sie wiederholten, daß diese Maßregel für den Augenblick nicht möglich sei, aber versprachen, sobald ihnen die Mittel zu Gebote stünden, den Wünschen des preußischen Königs in diesem Puncte nachkommen zu wollen.

Die zwischen der englischen Regierung und dem Könige von Preußen eingetretenen Misverständnisse erregten von neuem Pitt's Unzufriedenheit mit Andrew Mitchell. Er maß diesem die Hauptschuld daran bei und hielt sich überzeugt daß der Gesandte die empfangenen Weisungen nicht gehörig ausgeführt habe. Deshalb drang er darauf daß Mitchell abberufen und ein zuverlässiger Mann statt seiner beim Könige von Preußen beglaubigt werde. Zwar stellten der preußische Gesandte und mehrere englische Minister vor, man möge erst Mitchell's fernere Berichte abwarten, aber Pitt bestand auf seinem Willen und erwirkte den Beschluß des Cabinets, Generalmajor Yorke vom Haag nach London zu berufen und denselben in außerordentlicher Mission zum Könige

[1] 1758 Febr. 3. 7. Michells Bericht. Beil. II 122.

von Preußen abzuordnen. Mitchell ward angewiesen seine Vorbereitungen zur Rückkehr nach England zu treffen, jedoch bis zur Ankunft Yorke's, aus dessen Hand er sein Abberufungsschreiben empfangen werde, auf seinem Posten zu bleiben[1].

Die Gesandten schienen es entgelten zu sollen daß Pitt und Friedrich der große sich nicht einigten. Derselben Meinung, welche Pitt von Mitchell hegte, daß die Gründe der englischen Regierung hätten überzeugen müssen, wenn der Gesandte dieselben mit dem rechten Nachdruck vertreten hätte, war man auch am preußischen Hofe in Betreff Michells. Schon am 23 Januar stellte der Cabinetsrath Ewald Friedrich von Hertzberg schriftlich dem in Berlin anwesenden Minister Podewils vor, man werde vielleicht zum Ziele kommen, wenn der König wenigstens für einige Zeit jemand nach England sende, der vermöge seiner genauen Kenntniß des Standes der deutschen Angelegenheiten das englische Ministerium ins klare setzen könne. Denn es sei undenkbar daß dieses den schlagenden Gründen, welche die preußische Regierung fort und fort geltend mache, nicht nachgeben solle, wenn Michell seine Instructionen geschickt und nachdrücklich ausführe. Man müsse daran zweifeln, sei es daß diesem Gesandten die Fähigkeit abgehe oder daß er die Angelegenheiten Deutschlands, wo er niemals gewesen, nicht kenne, oder weil er sich in sclavischer Abhängigkeit von dem englischen Ministerium befinde. Podewils theilte vollkommen Hertzbergs Ansichten und schrieb darüber an Finckenstein und den König.

Friedrich II gieng vorläufig auf die vorgeschlagene außerordentliche Mission nach London nicht ein: er meinte Mühe und Kosten würden verloren sein[2]. Aber jeder neue Bericht schien nur zu bestätigen daß Michell seiner Aufgabe nicht gewachsen sei und

---

[1] 1758 Febr. 14. 17. Michells Berichte. Beil. II 123. 124. Febr. 17. Holderneſſe an Mitchell. M. P. I 403 f. Vgl. die Berichte des spanischen Gesandten d'Abreu über diese Krisis v. 3 u. 10 März. Chatham Corresp. I 294—300.

[2] Jan. 23. Berlin. Hertzberg an Podewils; Jan. 24 Podewils Rescript an Hertzberg und Schreiben an den König. Jan. 29. Breslau. Friedrich II an Podewils. Beil. II 118.

daß er durch einen andern Miniſter erſetzt werden müſſe[1]. Als vollends Michell anzeigte daß er nach eigenem Ermeſſen den empfangenen Inſtructionen nicht nachgekommen ſei, ſtieg der Unwille des Königs aufs höchſte; den am 18 Februar erlaſſenen Immediatbefehlen an den Geſandten fügte Friedrich II eigenhändig die Worte hinzu: „Ihre Berichte ſind wie von einem „Secretär des Herrn Pitt und nicht wie von einem Geſandten „des Königs von Preußen; ich bin über die Maßen unzufrieden „mit Ihnen[2].“ Insbeſondere war es dem Könige unbegreiflich, daß ſein Geſandter Anſtand genommen den engliſchen Miniſtern über die gegenwärtige Lage Preußens die volle Wahrheit zu ſagen[3]. Kurz er fand es jetzt nothwendig Michell wenigſtens für einige Zeit einen Bevollmächtigten an die Seite zu geben, der die Lage der Dinge ohne Vorurteil überſehe und das Verhältniß Preußens und Englands ins reine bringen könne. Hiezu hielt er niemand für ſo geeignet als Knyphauſen, der ſchon ſeit Wochen in ſeiner Nähe war, und beſchloß ihn als bevollmächtigten Miniſter nach England zu ſenden.

Von beiden Seiten hatte man ſich ereifert und die Sache auf die Spitze getrieben. Indeſſen bedurften England und Preußen einander ſo dringend und der Wunſch einer Verſtändigung war hüben wie drüben ſo aufrichtig, daß man ſchließlich doch über die Meinungsverſchiedenheiten hinweg zum Abſchluſſe des neuen Vertrages und zu feſtem Einvernehmen kam. Zunächſt freilich ſchien nach der Ablehnung der Subſidien von Seiten Friedrichs II nichts geringeres als eine Miniſterkriſis bevorzuſtehen. Am 22 Februar berichtete Michell, die engliſchen Miniſter ſeien außer Faſſung über die preußiſchen Forderungen und ſähen damit ihr politiſches Syſtem vernichtet. Pitt habe ſchon auf dem Puncte geſtanden ſich zu dem Könige zu verfügen um zu erklären daß er ihm nicht länger dienen könne, in der Überzeugung daß Friedrichs II Anträge durch die hannöverſche Regierung oder durch

[1] 1758 Febr. 9. Breslau. Mitchell an Holderneſſe. M. P. I 396.
[2] Febr. 18. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 125.
[3] Febr. 21. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 126.

andere geheime Umtriebe hervorgerufen seien. Michell beruhigte Pitt durch die bestimmte Versicherung, daß er sich im Irrthume befinde und daß die erneuten Vorstellungen, welche König Friedrich an ihn und seine Amtsgenossen richte, nur in der Sache begründet seien: daß der König von Preußen eine Hilfe an Truppen Subsidien vorziehe, weil er selbst außer Stande sei die alliirte Armee erheblich zu unterstützen. Wenigstens könne er, von Feinden rings umgeben wie er sei, keine Verpflichtung dafür übernehmen, aber was in seinen Kräften stehe werde er thun.

Dies leuchtete Pitt ein. Er erklärte, unmögliches wolle er nicht fordern, aber um im Parlamente vorgehen zu können, sei es nothwendig, daß der König von Preußen der alliirten Armee einige Unterstützung zuweise und mindestens die Truppen, welche er jetzt ihr zusende, bei derselben belasse, damit das englische Volk erkenne daß England und Preußen in Gemeinschaft handeln; ferner daß er die als Aequivalent für englische Truppen angebotenen Subsidien annehme. Geschehe das nicht, so sei das ganze System des gegenwärtigen Ministeriums aus dem Sattel gehoben. Michell erwiederte, er habe seit langer Zeit in diesem Sinne berichtet, aber ohne Erfolg, ja der König habe ihm darüber sein Misfallen bezeigt. Daher müsse er jetzt auf einer kategorischen Antwort bestehen, damit der König definitiv wisse, was er von England zu hoffen und zu erwarten habe. Pitt versprach deshalb am nächsten Tage das Cabinet zu versammeln. Nach dessen Beschlüssen übergab Holderneſſe am 24 Februar dem preußischen Gesandten eine Copie der für Mitchell bestimmten Instruction, welche nachdem noch einige Puncte abgeändert waren am 25 Februar ausgefertigt wurde. Sie trug die Unterschrift von Holderneſſe, war aber nach Yorke's Versicherung Wort für Wort von Pitt aufgesetzt[1].

Mittelst dieser Instruction ward Mitchell angewiesen in Betreff der englischen Truppen dem preußischen Monarchen zu erklären, daß so lebhaft auch der König von England wünsche sich

[1] 1758 Febr. 24. 25. Michells Bericht. Febr. 25. Holderneſſe an Mitchell. Beil. II 127. 128. Vgl. Mitchell Papers II 8.

ihm gefällig zu erweisen, es unnütz sei auf einer Forderung zu beharren, der nachzukommen unmöglich sei. Die Zögerung des Königs von Preußen die vorgeschlagene Convention zu genehmigen habe alle parlamentarischen Verhandlungen in Betreff der Vertheidigung Deutschlands in Stocken gebracht: diese könnten nicht eher stattfinden, als bis dem Parlamente eine zwischen den Königen von England und Preußen abgeschlossene Convention vorgelegt werde, durch welche beide Theile sich verpflichteten ihre vereinten Anstrengungen zu ihrer beiderseitigen Vertheidigung und Sicherheit, zur Wiedereroberung ihrer Staaten, zum Schutze ihrer Alliirten und zum besten des deutschen Reiches fortzusetzen, mit einer ausdrücklichen Bestimmung daß weder von der einen noch von der andern Seite ein Sonderfriede eingegangen werde. Weder aus Mitchell's Berichten noch aus den von Michell abgegebenen Erklärungen ergebe sich daß der König von Preußen wider irgend eine Bestimmung der Convention etwas einzuwenden habe. Wäre dies der Fall, so könnten dergleichen Schwierigkeiten leicht gehoben werden: man habe gerade deshalb vorgeschlagen, daß die Convention in London unterzeichnet werde, weil Mitchell sich an den Buchstaben des Entwurfs würde haben binden müssen. Was die Unterstützung des Prinzen Ferdinand betreffe, so halte man sich überzeugt, daß Mitchell vermieden haben werde, bei dem Könige von Preußen die Meinung zu erwecken, daß man eine Zusage derselben als eine Bedingung der Convention ansehe, sondern daß seine Vorstellungen nur darauf abzielten, die Aufmerksamkeit des Königs von Preußen auf diesen Gegenstand zu richten. Des weiteren ward Mitchell im Namen des Königs von England die Rüge ertheilt, daß er es an dem pflichtschuldigen Diensteifer habe fehlen lassen, als er, wie aus seinen eigenen Schreiben erhelle, sich bei der unangemessenen und falschen Vorstellung beruhigte, daß die gegenwärtige Staatsverwaltung Englands die Angelegenheiten des Continents mit Lauheit behandle und gegen die Unterdrückung Deutschlands gleichgiltig sei. Zum Beweise daß England sich seiner Verbündeten thätig angenommen habe, ward aufgezählt: daß der König von England von Anfang an sich an Preußen angeschlossen und die Folgen davon

in ſeinem Kurfürſtenthum ertragen habe; die im vergangenen September von der britiſchen Regierung öffentlich abgegebene Erklärung; das Anerbieten von Subſidien; die erneute Thätigkeit der hannöverſchen Armee, deren Oberbefehl unter Zuſtimmung des Königs von Preußen dem Prinzen Ferdinand anvertraut worden ſei; und dies alles in einer Zeit, wo die in Amerika entfalteten Streitkräfte an Umfang alles übertreffen, was jemals in jenem Welttheile unternommen ſei. Was die baltiſche Flotte anlangte, ſo ward die Verſicherung ertheilt, daß der König von England dem Könige von Preußen dieſen neuen Beweis ſeiner Freundſchaft zu geben wünſche, ſobald es möglich ſei, d. h. ſobald entweder eine der nordiſchen Mächte gewonnen werde oder britiſche Kriegsſchiffe verfügbar ſeien.

Noch ehe dieſe eingehende Erklärung in König Friedrichs Hände gelangte, kam dieſer auch ſeinerſeits der engliſchen Regierung entgegen. Michells Bericht vom 14 Februar, deſſen Überkunft durch widrige Winde lang verzögert ward, beantwortete Friedrich durch ein Cabinetſchreiben vom 3 März[1]. In dieſem verſicherte er ſeine unveränderten bundesfreundlichen Geſinnungen und erklärte ſich bereit die Convention abzuſchließen. Wenn er die britiſchen Subſidien abgelehnt habe, ſo ſei ſein Beweggrund kein anderer geweſen als der, ſeinen Verbündeten nicht zur Laſt fallen zu wollen. Da er habe hoffen dürfen ſich ſelbſt zu helfen, hätte er des engliſchen Geldes gern entrathen. Auf das baltiſche Geſchwader jedoch kam Friedrich von neuen zurück. Wenn die engliſche Regierung ſich entſchließe ein ſolches in der Oſtſee nur kreuzen zu laſſen, werde er ſofort die Convention unterzeichnen und die ihm zugedachten Subſidien annehmen, aber unter der Bedingung, daß ſie in England deponiert bleiben und er ſich ihrer nur dann bediene, wenn die Noth ihn dazu zwinge. Auf engliſche Truppen wolle er nicht weiter beſtehen: aber er ſchlug vor die hannöverſche Armee bis um 10000 Mann zu verſtärken.

Mit demſelben Schreiben wies König Friedrich ſeinen Ge-

[1] 1758 März 3. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 130.

sandten an bei den englischen Ministern Mitchell das ihm durchaus gebührende Lob zu ertheilen als einem sehr einsichtsvollen Minister, dessen Geradheit, Treue und Eifer im britischen Dienste er nicht hoch genug loben könne, überdies von der größten Ergebenheit für die gemeine Sache; Michell sollte hinzufügen, es werde den König verdrießen und empfindlich berühren, wenn man einen so wohlgesinnten und verdienstvollen Minister vom preußischen Hofe abrufe. Friedrich II meldete ferner, daß er trotz seiner bedrängten Lage dem Prinzen Ferdinand ein Cavalleriecorps unter dem Prinzen von Holstein-Gottorp gesandt habe und zur Unterstützung der alliirten Armee durch seinen Bruder Heinrich eine Diversion ausführen lasse. Zwei Tage später, am 5 März, ward Michell ermächtigt, wenn die englische Regierung die Vorschläge hinsichtlich eines kleinen Ostseegeschwaders, der Subsidienzahlung und der Vermehrung der alliirten Armee in den hannöverschen Landen genehmige, auf Grund der in seinen Händen befindlichen Vollmachten die Convention zu unterzeichnen ohne weitere Befehle zu erwarten: die Ratification solle unverzüglich erfolgen[1].

Ganz entsprechend diesen an Michell gerichteten Weisungen wurden am 8 März Instructionen für Knyphausens Sendung nach England ausgefertigt[2]. Zu gleicher Zeit drückte König Friedrich wiederholt sein Bedauern über die ohne Grund übereilt beschlossene Abberufung Mitchell's aus: nicht als habe er etwas wider Yorke, dessen Talent und gute Gesinnung für die gemeine Sache er aus seinem Verhalten in Holland kennen gelernt habe. Aber man möge ihm einen Gesandten schicken, welchen man wolle, er werde sich nie enthalten frei und offen zu sagen, was er zum besten der gemeinsamen Angelegenheiten für unumgänglich nothwendig erachte[3].

Das preußische Cavalleriecorps, welches noch im Januar aus Pommern aufgebrochen war, stieß Ende Februar zur Armee des Prinzen Ferdinand. Es waren zehn Schwadronen Dragoner und

---

[1] 1758 März 5. Breslau. Friedrich II an Michell.

[2] Beil. II 132.

[3] 1758 März 6. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 130.

fünf Schwadronen Husaren, auserlesene Truppen, von denen Friedrich II sagen durfte, daß sie so viel wie dreißig feindliche Schwadronen werth seien. Geführt wurden sie von dem Prinzen Georg Ludwig von Holstein-Gottorp, einem der besten preußischen Cavalleriegenerale[1], der sich im vorigen Jahre bei Großjägersdorf glänzend hervorgethan hatte. Damit war dem Prinzen Ferdinand, der bereits seine Operationen wieder eröffnet hatte, gerade in der Waffe geholfen, welche ihm aufs empfindlichste mangelte, der leichten Reiterei, und er wußte sie gemäß den Rathschlägen König Friedrichs bei der Avantgarde und auf Vorposten bestens zu verwenden. Ihre Verpflegung ließ sich der englische Armeecommissar besonders angelegen sein, und die hannöverische Regierung sowohl wie die englische waren dem preußischen Könige für diese Unterstützung ebenso wie für die von dem Prinzen Heinrich unternommenen Bewegungen dankbar verpflichtet. Um so bereitwilliger gieng man auf den Vorschlag ein die hannöverschen Truppen zu verstärken. Prinz Ferdinand hatte darüber mit beiden Königen schon länger correspondiert. Da Georg II sich mit dieser Maßregel höchlich einverstanden bezeigte, schritt Ferdinand zur Ausführung, bis er zu seinem nicht geringen Befremden eine Erklärung des englischen Königs vom 14 Februar empfieng, welche besagte daß kein Geld zu diesem Zwecke vorhanden sei. Auf den hannöverschen Schatz wollte Georg nämlich nach den außerordentlichen Ausgaben des vorigen Jahres diese neuen Zahlungen nicht anweisen und englische Gelder wurden nicht gewährt, so lange die Convention mit Preußen nicht abgeschlossen sei. Darum ließ jetzt Georg II sowohl persönlich als durch seinen hannöverschen Minister von Münchhausen an Friedrich II Vorstellungen gelangen, er möge doch von seiner Forderung, daß englische Truppen nach Deutschland geschickt werden sollten, abstehen[2].

König Friedrich hatte durch die am 3 und 5 März ertheilten

[1] 1758 Jan. 26. Breslau. Friedrich II an den Prinzen Ferdinand. Westphalen II 236 ff.

[2] März 27. Michells Bericht. Ferdinands Correspondenz mit Friedrich II Westphalen II 265—268. 283 f.

Weisungen bereits im wesentlichen den Vorschlägen der englischen Regierung entsprochen als der Courier mit den Instructionen für Mitchell vom 25 Februar und dem dieselben erläuternden Berichte Michells in Breslau eintraf. Der König nahm die ihm mit so viel Offenheit gemachten Mittheilungen mit Dank entgegen und ließ den englischen Ministern erwiedern, sie dürften sich nicht wundern daß er als wahrer und treuer Bundesgenosse Englands, der keinen andern Zweck habe als ihren gemeinsamen Erfolg, bisher auf der Sendung eines englischen Truppencorps bestanden habe: da er aber aus dem letzten viel ausführlicheren Berichte Michells die Überzeugung gewinne, daß ihnen dies nicht möglich sei, so gehe er sie nur darum an die hannöverschen, braunschweigischen und hessischen Truppen so weit zu verstärken, daß die alliirte Armee nicht vor einem an Zahl zu sehr überlegenen Feinde zurückweichen müsse. An dem Bündnisse versicherte er getreulich festhalten und ohne Zustimmung Englands sich in keine Verhandlung mit den Franzosen einlassen zu wollen. Die Convention als solche zu unterzeichnen habe er nie Bedenken getragen, aber er hätte gewünscht, daß man von englischer Seite die für den Erfolg ihrer Sache nothwendigen Maßregeln mit nachdrücklicherem Eifer ins Werk setzen möchte[1]. Auf die Erklärungen der englischen Regierung näher einzugehen vermied Friedrich absichtlich, wie er gegen Mitchell äußerte: „Sie werden „einsehn daß ich leicht darauf hätte entgegnen können, aber dann „hätte ich mancherlei unangenehme Dinge erwähnen müssen; „meine Meinung ist, je weniger Erklärungen zwischen Freunden „und Verbündeten gewechselt werden um so besser[2]."

In London hatte man lange auf Friedrichs Entscheidung zu warten. Wiederum war die Schiffahrt gehemmt; erst am 28 März empfieng Michell mit einer und derselben Post die königlichen Befehle vom 3, 5 und 10 März. Nunmehr wurden die preußischen Vorschläge in mehreren Cabinetssitzungen erwogen. Die Verstärkung der alliirten Armee bis zu dem Effectivstande von

[1] 1758 März 10. Breslau. Friedrich II an Michell. Beil. II 133.

[2] März 15. Breslau. Mitchell an Holderneſſe. M. P. I 406.

50000 Mann war bereits beſchloſſene Sache und Georg II hatte ſich zu der Verſicherung herbeigelaſſen ſie aus eigenen Mitteln noch um fernere 5000 Mann verſtärken zu wollen. Außerdem faßte Pitt den Entſchluß im Intereſſe Preußens nach der Stadt Emden, welche die Franzoſen in Folge des Vorrückens der alliirten Armee und des Erſcheinens des Commodore Holmes in den oſtfrieſiſchen Gewäſſern geräumt hatten, eine engliſche Beſatzung zu legen.

Schon im Januar hatte Prinz Ferdinand dem Könige Georg II vorgeſtellt, wie wirkſam eine Diverſion in Oſtfriesland ſein werde[1], und anfangs März hatte Michell Pitt dafür zu gewinnen geſucht, aber die Entſchließung darüber war bis nach der Entſcheidung Friedrichs II über die engliſchen Vorſchläge vertagt worden[2]. Sobald dieſe vorlag, gab Pitt Befehl ein Bataillon von 8—900 Mann von Portsmouth nach Emden zu ſchicken und erklärte dem preußiſchen Geſandten, dies geſchehe um dem Könige von Preußen zu beweiſen, daß er nichts was thunlich und mit ſeinen Grundſätzen verträglich ſei unterlaſſen wolle um ihn zu unterſtützen und vor Europa zu beweiſen daß, wenn England keine Landeskinder nach Deutſchland ſchicke, dies aus ganz anderen Gründen geſchehe, als weil es nicht an Preußens Sache wahrhaft theilnehme. Michell bemerkte, dieſe Truppenſendung werde nimmermehr erfolgt ſein, wenn Emden nicht zu Preußen ſondern zum Kurfürſtenthum Hannover gehörte. Zugleich ward König Friedrich erſucht entweder ſelbſt oder durch den Prinzen Ferdinand über das Commando in Emden zu verfügen. Dieſe Angelegenheit legte Friedrich II ganz in die Hand Ferdinands[3].

Die einzige Schwierigkeit, welche noch zu löſen war, lag in der von König Friedrich aufrecht erhaltenen Forderung der Sendung eines engliſchen Geſchwaders in die Oſtſee. Pitt beharrte dabei, daß er ſie für jetzt nicht gewähren könne, weil er, nachdem ſo viele Schiffe nach entlegenen Meeren entſendet ſeien,

[1] Weſtphalen II 235.

[2] 1758 März 10. Michells Bericht.

[3] März 31. Michells Bericht. April 7. Münſter. Ferdinand an den König. April 14. Grüſſau. Friedrich II an Ferdinand. Weſtphalen II 323. 357.

die Canalflotte unter Admiral Hawke nicht weiter schwächen dürfe ohne die Franzosen verwegener zu machen und den britischen Handel zu gefährden. Dabei kam seine eigene Stellung in Frage. Pitt sah voraus daß, wenn er auf Preußens Wunsch eingehe, seine Gegner nicht unterlassen würden der englischen Nation sein Verfahren unter den gehässigsten Farben vorzustellen. Sobald er die Canalflotte zum Zwecke einer Operation in der Ostsee vermindere, würde man ihm vorwerfen, daß er fremde Interessen über die vaterländischen stelle, daß er deshalb die britischen Küsten entblöße in einem Augenblicke, wo ihre Sicherheit keineswegs unbedenklich sei, und daß er den Franzosen freies Spiel lasse alle möglichen Transporte nach Louisburg überzuführen. Ein solches Gerede würde unausbleiblich in weiten Kreisen großen Eindruck machen und könnte möglicher Weise die Auflösung des Ministeriums zur Folge haben. Aus diesen Gründen blieb Pitt, bei aller Anerkennung der Zweckmäßigkeit der von Preußen vorgeschlagenen Maßregel, dabei stehen sie vor der Hand abzulehnen, aber er sagte Michell im Vertrauen, wenn es wie er hoffe gelinge die Überlegenheit der englischen Marine den französischen Küsten gegenüber festzustellen, gedenke er plötzlich in die Ostsee ein Geschwader einlaufen zu lassen, welches im Stande sei dem englischen Namen dort Achtung zu verschaffen[1].

Die Rücksichten auf englische Parteiumtriebe waren für Friedrich II ein schlechter Trost, als er auf den wirksamen Schutz seiner offen liegenden Küsten durch die Kriegsschiffe der verbündeten Macht verzichten sollte. Da er sich jedoch überzeugte daß diese Hilfe nicht zu erreichen sei, ließ er unter dem 26 März Michell die Erklärung zugehen, daß er für die nächste Zeit auf eine baltische Flotte verzichte[2].

Damit war auch das letzte Hinderniß beseitigt. Michell vermochte das englische Ministerium die Bedingungen, von deren Gewährung König Friedrich II die Unterzeichnung der Convention

[1] 1758 April 23. Knyphausen an den König. April 7. Michells Bericht. Beil. II 142.

[2] März 26. Grüssau. Friedrich II an Michell.

abhängig machte, in einer besonderen von den englischen Cabinetsministern unterzeichneten Declaration zu gewährleisten, welche vorläufig geheim bleiben sollte. So war alles zu gegenseitiger Befriedigung festgestellt und der Unterzeichnung der Convention stand nichts mehr im Wege, doch ward sie noch verschoben, erst wegen einer Unpäßlichkeit von Holderneſſe, dann aus Rücksicht auf Knyphausen, dessen Ankunft bevorstand und der ermächtigt war an der Unterzeichnung theilzunehmen[1].

Knyphausen traf in Hamburg mit Yorke zusammen, der auf der Reise in das preußische Hauptquartier begriffen war. Dann schlug er die Route über Lingen nach Holland ein, verweilte in der Nacht vom 1 zum 2 April drei Stunden im Haag bei der Regentin Anna und dem Prinzen Ludwig von Braunschweig, welche dringend eine Unterredung mit ihm gewünscht hatten[2], und schiffte sich in Helvoetsluys ein. Sonnabend den 8 April kam er in London an. Am 11 April überreichte er König Georg II sein Beglaubigungsschreiben. Dieser empfieng ihn aufs gnädigste und ließ dem Könige von Preußen versichern, daß er unerschütterlich und ohne je zu dem undankbaren Hause Österreich sich zurückzuwenden beim Bunde mit Preußen beharren werde.

Noch an demselben Tage ward die Convention zwischen Preußen und England unterzeichnet. Die Einleitung bezeichnete als den Zweck derselben die Wiedereroberung der vom Feinde besetzten Lande, den Schutz der Verbündeten und die Aufrechthaltung der Freiheiten des deutschen Reichs. Der erste Artikel bestimmte die englischen Subsidien auf vier Millionen Thaler = 670000 L. St., zahlbar in London. Artikel II verpflichtete den König von Preußen diese Subsidien zur Erhaltung und Vermehrung seiner Streitkräfte, welche zum besten der gemeinen Sache dienen sollten, zu verwenden. Artikel III verpflichtete die contrahierenden Theile, nämlich Seine Preußische Majestät einerseits und andererseits Seine Britische Majestät sowohl als König wie als Kurfürst, keinen Friedens-, Waffenstillstands- oder Neu-

[1] 1758 April 7. Michells Bericht.

[2] April 4. Haag. Hellen's Bericht.

tralitätsvertrag noch irgend eine andere Convention oder Übereinkunft welcher Art auch immer mit den Mächten, welche an dem gegenwärtigen Kriege theilgenommen haben, anders als gemeinschaftlich und nach gegenseitigem Einvernehmen abzuschließen und darin einander namentlich einzubegreifen. Der vierte Artikel schrieb die Ratification binnen sechs Wochen vor.

Die im Namen des Königs von England ausgestellte Declaration enthielt zuvörderst die Zusicherung, daß Seine Britische Majestät das Parlament angehen werde um in den Stand gesetzt zu werden in Deutschland eine Armee von 50000 Mann auf Kosten der britischen Krone zu unterhalten, und daß S. M. außerdem in seiner Eigenschaft als Kurfürst diese Armee noch mit 5000 Mann verstärken werde. Diese gesamte Macht sollte mit dem äußersten Nachdruck im Einvernehmen mit dem Könige von Preußen, in den Gegenden wo militärische Erwägungen und die gemeinsamen Interessen es erfordern würden, gegen den Feind agieren. Ferner ward, um nichts zu versäumen, was mit der Sicherheit der britischen Reiche und der kräftigen Fortführung der unerläßlichen Operationen in Amerika verträglich sei, die Absicht des Königs ausgesprochen, einen ansehnlichen Theil seiner Landmacht und die Canalflotte zur Beunruhigung des Feindes und einer nützlichen Diversion zu verwenden: zu diesem Zwecke habe S. M. die Bildung eines Lagers auf der Insel Wight anbefohlen. Ferner sei auf den Vorschlag des preußischen Ministerresidenten Michell ein englisches Bataillon beordert, so lange bis der König von Preußen geeignete Maßregeln treffen könne, Emden zu besetzen.

Sobald das Parlament die zu den Subsidien bestimmte Geldsumme bewilligt habe, werde es von dem Könige von Preußen abhangen zu jeder beliebigen Zeit davon Gebrauch zu machen.

„Zu seinem lebhaftesten Bedauern," hieß es weiter, „befindet „sich der König noch in der absoluten Nothwendigkeit jede Ver„pflichtung über die Entsendung eines Geschwaders seiner Kriegs„schiffe in die Ostsee abzulehnen. Damit jedoch der König von „Preußen sich des weiteren versichert halte, daß die alleinige und „einzige Quelle der Schwierigkeiten, welche man hinsichtlich dieses

„Artikels erhebt, die Unzweckmäßigkeit und die Gefahr ist, ein „kleines Geschwader dorthin zu senden, und die Unmöglichkeit „eines solchen zu entrathen, welches sich dort gehörig geltend „machen könnte, und keineswegs Rücksicht auf irgend eine der „Mächte, welche am Kriege Theil genommen haben; und damit „ganz Europa um so klarer erkenne, von dem Augenblicke an, „wo die heutige Convention ratificiert sein wird, daß JJ. MM. „von Großbritannien und von Preußen dieselben Freunde und „dieselben Feinde haben, ist der König bereit eine solche Er„klärung zu erlassen, wie sie nach der Ansicht S. Preußischen „Majestät die gemeine Sache befestigen und ihren beiderseitigen „Interessen dienen kann; im Falle daß der König von Preußen „bei den an den Höfen von Petersburg und von Stockholm „gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen eine andere Sprache zu „führen empfiehlt, als S. Preußische Majestät sie bisher dem „Könige angerathen und mit ihm vereinbart hat[1].“

Zwei Tage nach Unterzeichnung der Convention, am 13 April, erfolgte deren Vorlage im Unterhause durch Pitt mit dem Antrage auf Bewilligung der für Preußen stipulierten Subsidien. Hierauf legte der Kriegsminister Barrington die Kostenanschläge vor für 38000 Mann hannöversche, braunschweigische, gothaische und bückeburgische Truppen vom 28 November 1757 bis zum 24 December 1758, im Betrage von 563084 L. St., worauf jedoch 100000 L. schon im Januar bewilligt waren; für Proviant und anderen Kriegsbedarf dieser Armee 386915 L.; ferner die vertragsmäßigen Zahlungen für 12020 Hessen vom 25 Dec. 1757 bis zum 24 Dec. 1758, in Summa 241897 L., nach Abzug der bis zum 23 April bereits bewilligten Raten noch 165175 L.; ferner zu nachträglicher Bewilligung im Jahre 1757 in Amerika und anderswo gemachte außerordentliche Kriegsausgaben im Betrage von 145454 L., worunter ein Posten von 60000 L. und ein zweiter von 4656 L. für die hessischen Truppen.

Uber diese Vorlagen fand die Committeeberathung des Hauses am 19 April statt. Pitt befürwortete persönlich die Bewilli-

[1] Den Vertrag und die Declaration v. 11 April 1758 s. Wenck III 173—178.

gungen. Er begann seine Rede damit dem Parlamente und der ganzen Nation Glück zu wünschen wegen der engen Bande, welche durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag zwischen England und dem Könige von Preußen erneuert würden, und legte dar wie nothwendig es sei diesen Fürsten zu unterstützen und mit ihm gemeine Sache zu machen. Diesem Grundsatze gemäß beantragte er die Gewährung der erforderlichen Mittel um die verbündete Armee zu unterhalten und versprach, daß deren Operationen nur auf die gemeinsamen Zwecke gerichtet sein sollten. Danach äußerte er seinen lebhaften Unwillen über das Haus Österreich, welches um seiner Undankbarkeit und seines Bündnisses mit Frankreich willen wie er hoffe immer für Englands Feind gelten werde; dagegen rechne er darauf daß der mit dem Könige von Preußen geschlossene Bund auf die Dauer bestehen werde. Das Lob dieses Monarchen pries Pitt in Ausdrücken, wie sie keinem anderen Redner so wie ihm zu Gebote standen, und verhehlte dem versammelten Hause nicht, daß nach Abschluß dieses Vertrages die englische Nation nichts sparen dürfe um sich Preußen immer enger zu verpflichten und dessen Sache als in Englands Sache inbegriffen anzusehn. Er redete ferner von den Anstalten welche getroffen seien um den Krieg in Amerika und zur See mit aller Kraft zu betreiben und deutete an, daß obgleich die Regierung nicht beabsichtige Truppen nach dem Continent zu schicken, dennoch die in England stehenden während des Feldzugs nicht unthätig bleiben sollten. Die Absendung eines englischen Bataillons nach Emden erwähnte er als eine abgemachte Sache und ließ durchblicken, daß sich noch andere Fälle ereignen könnten, wo er nicht dawider sein werde englische Truppen über die See gehen zu lassen, vorausgesetzt daß sie immer bei der Hand blieben um in ihr Vaterland zurückzukehren und daß sie nicht bloß dazu dienten kleine Staaten zu beschützen — er nannte geradezu das Kurfürstenthum Hannover —, sondern daß sie zum Nutzen der gemeinen Sache und zur Entscheidung des Kriegs im großen verwendet würden. Nachdem Pitt alsdann die Fortschritte der Armee des Prinzen Ferdinand, der die Franzosen bereits aus Hannover und Westfalen vertrieben,

nach Gebühr gewürdigt hatte, schloß er damit, daß diese Armee nicht mehr eine Observationsarmee (wie man sie im vorigen Jahre aus hannöverschen Rücksichten genannt habe), sondern eine Operationsarmee sein solle. Damit die 50000 Mann, welche England besolde in Wirklichkeit vorhanden seien, werde man sie nur nach Maßgabe der durch einen englischen Commissar, den man zu diesem Zwecke ernennen werde, beglaubigten und von dem Oberbefehlshaber unterzeichneten Listen bezahlen.

In dieser Weise legte Pitt die Convention, auf deren Abschluß er so lebhaft gedrungen hatte, dem Unterhause vor und beantragte die für den Landkrieg erforderlichen Gelder. Deren Bewilligung, im Gesammtbetrage von 1,830454 L. St., erfolgte gemäß den im Committee gefaßten Resolutionen in der Sitzung des Unterhauses am 20 April so gut wie einstimmig: nur drei oder vier Mitglieder erklärten ihren Widerspruch[1].

So waren diese Verhandlungen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Friedrich dem großen und dem britischen Cabinet auf die Probe gestellt hatten, schließlich zu beiderseitigem Einverständnisse geführt worden. Auch die persönlichen Verhältnisse der dabei betheiligten Gesandten wurden nach Wunsch geregelt. Knyphausen blieb nach dem Willen des Königs vorläufig am britischen Hofe als bevollmächtigter Minister neben Michell dem preußischen Geschäftsträger. Aber es sollte darin keine Zurücksetzung für Michell liegen; vielmehr war Friedrich II mit dessen Verhalten wieder vollkommen ausgesöhnt. Knyphausen ließ Michells Verdiensten volle Gerechtigkeit widerfahren[2] und trat zu dem sechszehn Jahre älteren Berufsgenossen, der im Range unter ihm stand, in ein enges Verhältniß gegenseitiges Vertrauens, welches nie die geringste Störung erfahren hat, gewiß ein schönes Zeugniß für den Character beider Männer.

Nicht so leicht ward über Mitchell's Verbleiben auf seinem Posten entschieden. König Georg II persönlich und die meisten

[1] 1758 April 21. Knyphausens Bericht. Journals of the House of Commons 1758 April 13. 19. 20. XXVI. 187 ff. 207. 209 f.

[2] April 12. 25. Knyphausen an den König. Auch Andrew Mitchell hatte Knyphausen gebeten to live well with Monsieur Michel. M. P. I 407.

Mitglieder des Cabinets hielten ſeine Abberufung für ungerecht und wünſchten ihn in ſeiner Stellung zu belaſſen; Pitt dagegen beſtand auf ſeiner Entfernung und ward dabei von dem Grafen Hardwicke und Lord Anſon unterſtützt. Noch am 28 März berichtete Michell, der König möge nicht auf Mitchell's Verbleiben beſtehen: dagegen mache Pitt ſich anheiſchig Sorge zu tragen daß ihm bei ſeiner Rückkehr ein angemeſſenes Amt übertragen werde, zum Beweiſe daß keine Laune im Spiele ſei, ſondern nur die Abſicht Zwieſpalt unter den Miniſtern zu verhüten. Dieſer Bericht kreuzte ſich mit der Weiſung Friedrichs II, von neuem gegen Mitchell's Abberufung Vorſtellungen zu machen, mit dem Bemerken, daß nachdem er dieſem einmal ſein Vertrauen geſchenkt und ihn deſſelben vollkommen würdig gefunden habe, kein anderer Geſandter ihm gleich angenehm ſein werde[1].

Inzwiſchen hatte ſich Yorke auf die Reiſe begeben und traf, wie wir erwähnten, in Hamburg mit Knyphauſen zuſammen; ſpäter hatte er in Berlin mehrere Unterredungen mit Finckenſtein. Yorke erklärte daß ſein Aufenthalt im preußiſchen Hauptquartier nicht von Dauer ſein werde; ſobald er ſeine Aufträge erfüllt habe, werde er ſich nach dem Haag zurückbegeben. Durch den von dem preußiſchen Könige, wie er von Knyphauſen erfahren, bereits an Michell erlaſſenen Befehl die Convention zu unterzeichnen, ſei der Hauptzweck ſeiner Sendung erreicht und dieſe überflüſſig geworden. Ferner ſagte Yorke, in England ſei nur eine Stimme über die Nothwendigkeit mit Friedrich II verbunden zu bleiben. Alle Welt ſei dort preußiſch; das Vertrauen auf Öſterreich ſei für immer dahin; man wünſche den König von Preußen an der Spitze Deutſchlands zu ſehen. Insbeſondere ſei es Pitt's Abſicht ſich noch enger mit Preußen zu verbinden und zwar nicht bloß für die gegenwärtigen Kriegsläufte, ſondern zu einem dauernden Bunde auch für die Friedenszeit. Demgemäß ſolle er dem Könige verſichern, daß die jetzt ihm dargebotene ſo wie die noch zu vereinbarenden Unterſtützungen, möchten ſie in

[1] 1758 März 28. Michells Bericht. März 30. Grüſſau. Friedrich II an Michell. Beil. II 140.

Geld oder anderer Beihilfe bestehen, sich nicht auf den gegenwärtigen Feldzug beschränken sollten, sondern daß man entschlossen sei sie für das nächste Jahr zu erneuern und bis zum Ende des Krieges damit fortzufahren. Was Mitchell angehe, so sei dessen Rückkehr eine beschlossene Sache; er überbringe Mitchell's Abberufungsschreiben und solle ermitteln ob es dem Könige von Preußen genehm sei, daß Lord Hyndford (der in den Jahren 1741 bis 1744 Gesandter am preußischen Hofe war) an seine Stelle trete. Übrigens äußerte Yorke im Vertrauen, König Georg sei fortwährend Mitchell sehr gewogen und habe nur Pitt's Andringen nachgegeben. Seiner Ansicht nach könne König Friedrich wenn er es wünsche Mitchell leicht auf seinem Posten erhalten[1].

Friedrich II war über Pitt's Verfahren mit Mitchell sehr unwillig. Er versicherte diesem Gesandten, er werde mit Yorke offen sprechen: „ich habe geweigert mich von Königen regieren „zu lassen und lasse mich nicht von Herrn Pitt regieren[2].“ Von den Rücksichten, welche Pitt seine Stellung unter zum Theil ihm innerlich widerstrebenden Amtsgenossen auferlegte, hatte Friedrich keine Vorstellung: er sah nur auf das Unrecht, welches Mitchell aus keinem andern Grunde widerfuhr, als weil er die im preußischen Feldlager herrschende Unzufriedenheit über die englische Regierung in seinen Berichten wiedergegeben hatte, und empfand daher seine Abberufung als eine ihm selbst angethane Kränkung.

Die preußische Armee belagerte Schweidnitz. Das königliche Hauptquartier befand sich in Kloster Grüssau: Mitchell wohnte eine kleine halbe Meile von dort in Landeshut. Hier kam Yorke am 9 April an, mit Sir John Goodrick, der zum englischen Gesandten in Stockholm ernannt war und sich am preußischen Hofe über die schwedischen Angelegenheiten näher informieren sollte. Mitchell's Verstimmung über Yorke's Sendung gibt sich in seinem Tagebuche und andern Aufzeichnungen unverholen kund[3]: um so mehr sind wir Yorke das Zeugniß schuldig, daß er sich

[1] 1758 März 25. Hamburg. Knyphausen an den König. April 4. Berlin. Finckenstein an den König.

[2] Mitchell Papers II 2. 3.

[3] Mitchell Papers II 2—26. I 162—167. 411—417.

in der ganzen Sache durchaus ehrenhaft und wohlwollend benahm. Yorke hatte Mitchell ein Schreiben des Grafen Holderneſſe vom 16 März zu übergeben, welchem das königliche Abberufungsſchreiben beigefügt war. Dabei ſetzte Yorke mündlich den ganzen Stand ſeiner Angelegenheit auseinander und legte Mitchell die empfangenen Inſtructionen vor. Dieſe ſtimmten in ihrem Haupttheile wörtlich mit den am 25 Februar an Mitchell erlaſſenen überein: zuſätzliche Inſtructionen wieſen Yorke an, ſich über König Friedrichs Abſichten hinſichtlich eines noch engeren Bündniſſes mit England zu unterrichten, den ferneren Feldzug der verbündeten Armee zu beſprechen und mitzutheilen, wie lebhaft die engliſche Regierung ſich bemühe Schweden und die osmaniſche Pforte zu gewinnen. Mitchell erklärte hierauf daß er am morgenden Tage das Abberufungsſchreiben dem Könige von Preußen überreichen wolle, aber Yorke bewog ihn dieſen Schritt aufzuſchieben, bis der Courier den er nach England ſchicken wolle von dort zurückkehre.

Am 10 April ſtellte Mitchell Yorke und Sir John Goodrick dem Könige in Grüſſau vor. Dieſer gab Sir John Rathſchläge für Schweden und verſprach ihm ein Schreiben an ſeine Schweſter die Königin mitzugeben: genauere Auskunft ſollte ihm Finckenſtein ertheilen, der früher Geſandter in Stockholm geweſen war. Mit Yorke hatte Friedrich eine lange Unterredung unter vier Augen, in der er mit großer Anerkennung von Mitchell ſprach, wie Yorke dieſem ſelbſt mittheilte. Friedrich II beſtand vor allem auf der Nothwendigkeit, daß Preußen und England ſich über ein feſtes Syſtem vereinigten: das hätten ihre Feinde gethan, während ſie ihrerſeits zu eigenem Nachtheile nur von einem Tag auf den andern gehandelt hätten. Er hatte nichts dagegen einzuwenden daß die Engländer ihre Hauptkraft gegen die Franzoſen in Amerika richteten und wünſchte ihnen dazu den allerbeſten Erfolg, aber er fragte, ob es denn den Engländern behage, daß Nieuport und Oſtende an Frankreich abgetreten würden. Wenn nicht, ſo müſſe man auf Mittel denken es zu hindern, und das wirkſamſte werde ohne Zweifel ein Bündniß mit Holland ſein. Man müſſe aber bei Zeiten darauf denken; nach Abſchluß des

Friedens sei die Sache nicht mehr zu ändern, denn wollten die Engländer zum Tausche den Franzosen Besitzungen in Amerika zurückgeben, so würden sie nur für die Königin von Ungarn gearbeitet haben. Überdies müßten nach Herstellung des Friedens England und Preußen sich in den Stand setzen das europäische Gleichgewicht zu erhalten, indem sie sich durch Bündnisse mit Holland, Dänemark, Schweden oder Rußland verstärkten. Aber wenn Frankreich im Besitze der belgischen Häfen bleibe, werde die Republik Holland sich zur Neutralität gezwungen sehen und in Abhängigkeit von Frankreich versinken. Kurz unter allen Gesichtspuncten suchte Friedrich II die Nothwendigkeit der Aufstellung eines Systems zur Richtschnur ihres Handelns einleuchtend zu machen[1].

In ferneren Unterredungen bemerkte König Friedrich, die englische Regierung habe im vorigen Jahre nichts gethan, aber die jetzt von ihr ergriffenen kräftigen Maßregeln hätten seine volle Billigung. Mitchell habe zu verschiedenen Malen in ihn gedrungen nicht bei seinem Vorschlage der Verwendung englischer Truppen in Deutschland zu beharren, aber er habe geglaubt zum besten Englands auf dieser, seiner Überzeugung nach zweckmäßigen, Maßregel bestehen zu müssen. Yorke erwiederte, er habe über denselben Gegenstand Bände geschrieben und an seinen Berichten habe das Ministerium keinen Anstoß genommen.

Durch die mit Yorke gepflogenen Unterredungen glaubte König Friedrich die Sache ins gleiche gebracht zu haben: am 18 April erließ er an Michell ein Cabinetsschreiben, in welchem es heißt: „Generalmajor Yorke ist hier angekommen, dessen Negociation „so bald beendigt wie begonnen war. Ich hoffe daß alle Welt „befriedigt ist und daß es nicht das geringste Misverständniß „mehr geben wird." Indessen belehrten ihn die Berichte seiner Gesandten in London von demselben Datum, daß Pitt von Mitchell's Verbleiben auf seinem Posten nichts hören wolle, und daß selbst Münchhausen, obgleich er bestätigte daß König Georg mit den Diensten des Gesandten sehr zufrieden sei, um schlimmeres

[1] 1758 April 12. Grüssau. Friedrich II an Finckenstein. Beil. II 145.

zu verhüten es für nothwendig halte daß König Friedrich seine Abberufung sich gefallen lasse. Übrigens sei noch keineswegs bestimmt, wer an Mitchell's Stelle treten solle. Nach Empfang dieses Berichtes erklärte Friedrich[1], er sehe ein daß er den dringenden Vorstellungen der englischen Minister nachgeben müsse, aber die Gesandten möchten Sorge tragen daß Mitchell's Nachfolger ebenso entgegenkommend und wohldenkend sei. Ferner sollten sie sich für diesen würdigen Mann verwenden, daß er nicht mit Undank belohnt, sondern gemäß den von Pitt gegebenen Versicherungen zu einem guten Amte befördert werde.

Aber das unerwartete geschah. Yorke's Berichte sprachen durchaus zu Gunsten Mitchell's. Überdies hatte man neue Verhandlungen im Haag einzuleiten beschlossen, zu denen Yorke's Rückkehr nach Holland unumgänglich nöthig erschien, und man wußte für den preußischen Gesandtschaftsposten keinen recht geeigneten Ersatzmann. Unter diesen Umständen kam Pitt von dem gegen Mitchell gefaßten Vorurteile zurück. Knyphausen hatte in seinen ersten Unterredungen mit Pitt kein Wort von Mitchell gesagt, was der Minister ihm sehr hoch anrechnete. Aber sobald sich später Gelegenheit bot, versäumte Knyphausen nicht sich des Gesandten anzunehmen und konnte schon am 2 Mai melden daß er einen Schimmer von Hoffnung habe Pitt zu bewegen Mitchell auf seinem Posten zu lassen. In der That ward am 8 Mai beschlossen Yorke, der inzwischen die Auswechselung der Ratificationen des Subsidienvertrags vollzogen hatte, anzuweisen, sich so schnell als möglich wieder nach dem Haag zu begeben, und unter dem 11 Mai entbot Holderneſſe Mitchell den Entschluß des Königs, ihn bis auf weiteres auf seinem Posten als Minister bei dem Könige von Preußen zu belassen. Diese Schreiben gelangten nicht früher als am 7 Juni in das preußische Hauptquartier vor Olmütz. Drei Tage später reiste General Yorke ab und traf in den letzten Tagen des Juni wieder im Haag ein, in hohem Grade befriedigt über die gnädige Aufnahme, welche er bei Friedrich dem großen gefunden.

[1] 1758 Mai 7. Aschmeritz. Friedrich II an Knyphausen und Michell.

Damit war auch dieſer Zwiſchenfall erledigt. Andrew Mitchell wußte durch ſeine ferneren Dienſte das volle Vertrauen Pitt's zu gewinnen, dem er aufrichtige Bewunderung zollte.

Der erſte Vertrag von Weſtminſter war zwiſchen England und Preußen geſchloſſen worden um während des über die amerikaniſchen Colonien entſtandenen Seekriegs den Frieden in Deutſchland zu erhalten und einen Angriff der Franzoſen auf Hannover, der Ruſſen auf Preußen zu verhüten. Aber ſtatt dieſen Zweck zu erfüllen hatte er die von den Cabinetten zu Wien, Petersburg und Verſailles geſponnenen Anſchläge nur in raſcheren Zug gebracht, und Friedrich der große ſah ſich genöthigt um ſeinen Feinden zuvorzukommen ſelbſt den Krieg zu eröffnen. Nach den erſten großen Erfolgen wandte ſich mit dem Tage von Kolin das Glück: Preußen ſchien der Übermacht zu unterliegen und Hannover ward von den Franzoſen beſetzt. Die engliſche Regierung war ſelbſt beim Seekriege im Nachtheil und hatte zwar den Willen aber nicht die Kraft auf dem Continente zu helfen. Georg II ſuchte unbekümmert um Preußen für Hannover von der Gnade der Kaiſerin Maria Thereſia einen Sonderfrieden zu erlangen; Friedrich II war bemüht mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, jedoch nur zu einem ehrenvollen Frieden, welcher den preußiſchen Staat ungeſchmälert erhielt und alle ſeine deutſchen Verbündeten einſchloß. Dieſe Verhandlungen wurden durch die Überhebung des öſterreichiſchen und des franzöſiſchen Hofes vereitelt, und nach den neuen Siegen der Preußen ward es Ernſt damit die im Vertrage von Weſtminſter übernommenen Verpflichtungen zu einem förmlichen Bündniſſe zwiſchen England und Preußen umzugeſtalten. Bei dieſen Verhandlungen traten die Anſichten Friedrichs des großen und Pitt's über das, was den gemeinſamen Intereſſen entſpreche und thunlich ſei, in ſcharfen Gegenſatz. Aber beide, der preußiſche König und der britiſche Staatsſecretär, mußten ſchließlich anerkennen, daß die Widerſprüche von der einen und der andern Seite nicht aus Laune und Eigenſinn entſprangen, ſondern auf ſachlichen Gründen beruhten. Damit hatte das engliſch-preußiſche Bündniß ſeine Probe beſtanden.

Beilagen.

I. VERTRÄGE.

1°. TRAITÉ DE SUBSIDES CONCLU ENTRE S. M. LE ROI DE PRUSSE ET S. A. S. LE DUC DE BRUNSWIC ET DE LUNEBURG.

Auszug.

Wolfenbüttel. Dec. 24. 1750.

1750 Dec. 24.

ART. I. S. A. S. s'engage de fournir dans le cas ci-dessous mentionné à S. M. le Roi de Prusse un corps de 4000 h^s^ selon qu'il est plus amplement specifié dans la liste ci-jointe.

ART. II. Ces engagemens n'obligeront cependant point S. A. S. de prendre parti si tôt ou tard la guerre venoit à se rallumer. Le corps stipulé ne sera employé contre l'auguste chef et les membres de l'Empire, mais pour être mis en garnison la moitié de 2000 h^s^ à Magdebourg et l'autre moitié de 2000 h^s^ à Stettin, où les chefs et commandeurs de ces corps dépendront des ordres des gouverneurs et commandeurs de S. M. en ces places pendant tout le temps que ces troupes y seront en garnison.

ART. III. Comme les dites troupes seront à leur arrivée duement habillées, armées et pourvues généralement de tout le nécessaire pour être employées dans une garnison, S. A. S. continuera de fournir à ce but tout ce qui est à sa charge en vertu de ce traité.

ART. IV. S. M. fera procurer à ces troupes pendant qu'elles seront employées les mêmes avances qu'aux propres troupes de S. M., tout comme on fera quand ces troupes se mettront en marche soit pour arriver soit pour retourner.

ART. V. Les dites troupes prêteront serment de fidélité à S. M. avant que de se mettre en marche selon le formulaire inséré après ce traité sans préjudicier à celui qu'elles ont prêté à S. A. S., et suivront les ordres de S. M. pour être employées en conformité de ce traité.

ART. VI. Si en cas de guerre S. M. trouve bon d'employer ces troupes, elle en avertira S. A. S., qui fera en sorte que huit semaines après la dite dénonciation le corps se mette en marche et use de la plus grande diligence pour arriver le plutôt possible à la garnison indiquée.

ART. VII. Pour cet effet S. M. enverra alors un ou deux commissaires pour recevoir le dit corps, le faire passer en revue, lui faire prêter serment de fidélité et le conduire dans les états de S. M.

ART. VIII. S. A. S. se réserve la disposition de tous les charges sans exception qui pourroient venir a vacquer dans ce corps. L'administration de la justice lui restant reservée aussi — —.

1750 Dec. 24. ART. XIII. S. M. le Roi de Prusse s'engage à payer à S. A. S. pour un corps de 4000 h^s à commencer du jour de la signature de ce traité et continuer pendant l'espace de six ans un subside annuel de 100000 écus en Frédéricsd'or en temps de paix et d'ajouter encore au subside en cas que S. M. trouve bon de se servir de ces troupes de la manière susmentionnée 200000 écus par an à commencer de la dénonciation stipulée à l'article VI.

La solde de ce corps, quand il sera employé, restera cependant à la charge de S. A. S., sans que S. M. en soit mêlée aucunement; si pourtant les circonstances demandent qu'on leur fournisse du pain quand elles seront en garnison, elles payeront chaque portion à raison de 2 gros.

ART. XIV. *Gleichstellung der braunschweigischen mit den preufsischen Truppen in Bezug auf Gottesdienst und Hospitäler.*

ART. XV. *Die beiderseitigen Offiziere rangieren im Kriegsrath nach dem Alter ihrer Patente.*

ART. XVI. S. M. aura toujours la faculté de renvoyer ces troupes..

ART. XVII. — — Si pendant le cours de ce traité S. A. S. fût attaquée dans ses états ou en danger éminent de l'être, S. M. s'engage de lui renvoyer promptement ce corps de troupes.

ART. XVIII. Il sera tenu religieusement le secret sur ce traité des deux parties.

ART. XIX. S. M. garantira non seulement S. A. S. de toutes les suites fâcheuses, qui contre toute attente lui sauroient arriver en haine de ce traité et s'engage de la défendre contre qui que ce soit, mais elle s'engage d'ailleurs de procurer à S. A. S. la garantie de la France sur ce traité pour la maintenir contre tous les préjudices qui sauroient lui arriver en égard de cet engagement. S. M. ayant donné commission et pleinpouvoir à S. A. S. le prince Ferdinand de Brunswic et de Luneburg, Lieutenant-Général des armées de S. M., de négocier ce traité et le dit Seigneur et Prince ayant traité là-dessus avec S. A. S. le Duc de Brunswic et de Luneburg, ce traité fut ainsi conclu, signé et muni des sceaux de leurs altesses sérénissimes à Wolfenbüttel le 24 de Décembre 1750.

CHARLES DUC DE BRUNSWIC ET DE LUNEBURG.

ARTICLES SÉPARÉS DU TRAITÉ DE SUBSIDE CONCLU ENTRE S. M. PRUSSIENNE ET S. A. S. LE DUC DE BRUNSWIC ET LUNEBURG.

ART. I. Comme S. A. S. souhaite qu'il soit établi entre S. M. Prussienne et elle une communication et correspondance plus étroite sur les affaires du temps, qui pourroient l'intéresser, S. M. promet et s'engage, qu'elles intéressera en toutes les affaires à la diète de l'Empire, qui regarderont les intérêts de S. A. S., de s'y employer de son mieux et de l'assister autant qu'il dépendra de S. M., de même que de communiquer confidemment en tout cas avec S. A. S. Tout comme elle s'engage de son côté d'aller toujours de concert avec S. M. dans toutes les affaires, qui pourront regarder leurs intérêts communs et ceux de l'Empire, afin de conserver, autant qu'il dépendra d'eux, la paix et la tranquillité de l'Empire et de faire en sorte qu'il ne soit impliqué ni mêlé des guerres, qui lui sont étrangères.

ART. II. En conséquence de ces intimes liaisons que S. M. prend avec S. A. S., elle s'engage à ne donner de ses troupes à aucune puissance, quelle qu'elle puisse être, que du consentiment de S. M., et que

les dites troupes ne pourront en aucun cas être employées contre S. M. ni contre ses alliés. 1750 Dec. 24.

ART. III. S. M. et S. A. S. de concert écarteront tout ce qui pourroit troubler la paix générale de l'Europe et de l'Empire. Elles uniront plutôt leurs soins et leurs efforts pour empêcher l'Empire d'être entraîné directement ou indirectement dans aucune des guerres qui pourroient survenir en Europe et détourner efficacement des états de l'Empire les calamités inséparables de la guerre, à quelle fin S. A. S. unira ses voix à celles de S. M. tant à la diète de l'Empire qu'aux assemblées des cercles, s'entend toujours, que si par hazard S. A. S. n'envisageoit pas les choses de la même façon que S. M. (ce qui n'arrivera pas aisément) elle ne soit jamais contrainte de voter contre sa propre conviction.*

Ainsi conclu, signé et scellé à Wolfenbüttel ce 24e de Décembre 1750.

CHARLES DUC DE BRUNSWIC ET DE LUNEBURG.

* *Nachträglicher von der französischen Regierung geforderter Zusatz:*

L'intention de Son Altesse S. n'est pourtant point de donner ses voix en aucun temps en aucune assemblée de l'Empire ou des cercles pendant toute la durée de ce traité contre la vue susdite d'écarter toute guerre du dit Empire ou contre le repos et la sureté de S. M. T. C. ou de S. M. Prussienne et de leurs alliés dans l'Empire, mais au contraire, s'il s'agissoit de faire déclarer une guerre d'Empire soit à S. M. T. C. soit à S. M. le Roi de Prusse, tant en qualité de Roi que d'Electeur, ou à leurs alliés dans l'Empire, S. A. S. non seulement ne donnera pas ses voix pour le succès de pareil dessein, mais au contraire, elle fera tout ce qui lui sera possible pour en détourner l'effet.

[Nach Aufnahme dieses Zusatzes vollzog der französische Gesandte Lord Tyrconnel am 1 März 1751 die französische Garantieacte.]

1b. TRAITÉ ENTRE LES ROIS DE FRANCE ET DE PRUSSE.

1751 Januar 2. Berlin.

S. M. T. C. et S. M. le Roi de Prusse, également attentives et intéressés à la conservation de la paix générale de l'Europe et de la tranquillité publique de l'Empire aussi bien qu'au maintien de son système et à celui de ses constitutions, loix fondementales, privilèges et libertés, ont cru que, pour pouvoir parvenir d'autant plus facilement à un but si salutaire, il seroit convenable de prendre avec les princes et les états de l'Empire les mieux intentionnés pour le bien public les mesures nécessaires pour écarter tout ce qui pourroit troubler le repos de l'Allemagne: c'est pourquoi S. M. le Roi de Prusse, de concert avec S. M. T. C., ayant conclu pour leurs intérêts communs un traité d'amitié, de bonne intelligence et de subsides avec S. A. S. le Duc régnant de Brunsvick-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, Leurs susdites Majestés ont trouvé nécessaire de prendre entre elles certains arrangemens à cet égard, et comme à cette fin S. M. T. C. a donnée ses pleinpouvoirs au Sr. Comte de Tyrconnell, Pair d'Irlande, Maréchal de Camp de ses armées, chevalier de l'ordre de S. Louis et son ministre plénipotentiaire auprès de S. M. le Roi de Prusse, et S. M. le Roi de 1751 Januar 2.

1751 Januar 2. Prusse les siens au Sr. Comte de Podewils, son ministre d'état et de cabinet, chevalier de son ordre royal de l'aigle noir, ces ministres après s'être communiqué leurs pleinpouvoirs respectifs, dont les copies sont ajoutés à la fin du présent traité, ont arrêté et conclu les articles suivants.

Art. I. Comme le traité conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. S. le Duc régnant de Brunsvic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750 est sensé d'être commun pour les avantages et les intérêts réciproques de LL. DD. MM., tout comme s'il avoit été conclu d'abord et en même temps entre S. M. T. C. et ce prince, généralement pour tout ce qui est stipulé tant dans le corps du traité même que dans ses articles séparés et principalement par rapport aux engagemens que le Duc de Brunswic-Wolfenbüttel y a pris de ne donner ses troupes à aucune puissance, telle qu'elle puisse être, que du consentiment de S. M. le Roi de Prusse, et que les dites troupes ne pourroient en aucun cas être employées ni contre Sa dite Majesté ni contre ses alliés; le S. Duc de Brunsvic et Wolfenbüttel s'étant engagé de plus d'agir d'un commun concert avec S. M. Prussienne dans tout ce qui regarde les affaires de l'Empire et les déliberations et les voix tant à la diète générale de l'Empire qu'aux assemblées des cercles, pour conserver la paix et la tranquillité de l'Empire et pour l'empêcher d'être entraîné dans aucune des guerres qui pourroient survenir en Europe: S. M. le Roi de Prusse aura soin que S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel remplisse toujours fidèlement et religieusement les engagemens qu'il a pris à cet égard, ainsi que pour tout le reste du contenu de ce traité et de ses articles séparés pendant tout le cours de son durée, et en conséquence S. D. M. Prussienne s'engage à donner les ordres nécessaires à son ministre à la diète de Ratisbonne pour conformément aux engagemens pris par S. A. S. le Duc régnant de Brunsvic-Wolfenbüttel envers S. M. Prussienne par le traité ci-dessus mentionné concourir à tout ce qui sera pour le bien commun et les intérêts réciproques de S. M. T. C. et de S. M. Prussienne relativement à l'accord ci-dessus mentionné et au bien général de l'Empire.

Art. II. S. M. le Roi de Prusse s'engage à ne jamais consentir pendant la durée de ce traité à ce que le Duc de Brunsvic-Wolfenbüttel puisse sous quelque prétexte que ce puisse être donner aucunes troupes contre S. M. T. C. ni contre ses alliés.

Art. III. S. M. le Roi de Prusse s'engage aussi de ne point employer, le cas existant, les troupes auxiliaires, à moins que S. M. T. C. n'en soit préalablement informée, et S. M. le Roi de Prusse ne s'en servira que du gré et du consentiment de S. M. T. C. Le Roi de Prusse promet également de ne point se servir de ces troupes auxiliaires pour remplir, le cas existant, le contingent auxiliaire auquel elle s'est obligée envers la couronne de Suède par son traité de 1747, et s'il arrivera que l'on jugeât à propos de rassembler le corps de troupes auxiliaires de l'Empire qui sera à la solde de S. M. T. C. pour marcher sur la réquisition de S. D. M. T. C. pour le service de ses alliés dans l'Empire, S. M. le Roi de Prusse s'engage en ce cas de remplacer les 4000 hommes de troupes de Brunswic, qui se trouveront alors employés à la garde de ses places, par 4000 h^{s} de ses propres troupes, à moins que S. D. M. Prussienne n'en ait besoin alors elle-même pour la défense de ses états.

Art. IV. En échange S. M. T. C. s'engage non seulement de garantir le susdit traité et en faire délivrer l'acte en dûe et bonne forme, tant à S. M. le Roi de Prusse qu'à S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-

Wolfenbüttel, mais S. M. T. C. s'engage aussi de fournir fidèlement et promptement à S. M. le Roi de Prusse le payement des subsides stipulés pour le S. Duc de Brunswic-Wolfenbüttel, sur le pied que S. M. Prussienne en est convenu avec ce prince par le susdit traité, pendant tout le temps de sa durée, à savoir en temps de paix la somme de 100000 écus courant d'Allemagne par an, et une augmentation de 200000 écus argent courant d'Allemagne par an en temps de guerre, et comme 1751 Januar 2

Art. V. il est stipulé dans l'article XIII. du susdit traité entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, que S. M. Prussienne s'engage de payer à S. A. S. pour un corps de 4000 h^s^ à commencer du jour de la signature du susdit traité et à continuer pendant l'espace de six ans un subside de 100000 écus en Frédéricsd'or en temps de paix et à ajouter encore à ce subside, en cas que S. M. Prussienne trouve bon de se servir de ces troupes, de la même manière susmentionnée à l'article III. du présent traité 200000 écus par an à commencer de la dénonciation stipulée dans l'article VI. du susdit traité fait entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, S. M. T. C. promet et s'engage de faire payer exactement à S. M. le Roi de Prusse pour ce subside pendant les six ans que ce traité dure la susdite somme de 100000 écus argent courant de l'Allemagne par an en temps de paix et une augmentation de 200000 écus argent courant d'Allemagne par an en temps de guerre, le cas existant où les dites troupes seroient employées comme il est dit ci-dessus au service de S. M. Prussienne.

Art. VI. Le payement de l'une et de l'autre somme se fera à Berlin en Frédéricsd'or par de bonnes lettres de change le plus secrètement qu'il est possible et sous d'autres prétextes aux banquiers Splitgerber et Daum, dans les temps ci-dessous spécifiés, aux frais et aux dépens de S. M. T. C., tant pour ce qui regarde le change ou ce qu'on appelle l'agio que pour les frais du transport, remise, ou tels autres quels qu'ils puissent être, sans qu'il soit rabattu pour cela la moindre chose de ces sommes, sous quelque prétexte que ce soit, S. M. T. C. s'en chargeant seule et uniquement.

Art. VII. On est convenu que le payement des sommes ci-dessus stipulées se faira tous les ans en trois termes de quatre mois à quatre mois, à compter depuis la date de la signature du traité conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, et comme S. M. T. C. s'engage d'avancer le premier terme du subside annuel de 100000 écus, elle promet de faire payer sans faute au 1 Février de l'année présente 1751 comme il est stipulé ci-dessus par les banquiers Splitgerber et Daum, ici à Berlin, frais tous faits, le premier terme de la susdite somme de 100000 écus en 33333 écus et 8 gros argent courant de l'Allemagne en Frédéricsd'or. S. M. T. C. en payera autant de la même façon le 1 de May de la même année et le reste de la somme du subside annuel de 100000 écus le 1 de Septembre de la susdite année, en continuant ainsi promptement et fidèlement pendant tout le cours de la durée du traité conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc regnant de Brunswic-Wolfenbüttel.

Il en sera de même du payement de l'augmentation de 200000 écus en temps de guerre, que S. M. T. C. fera également payer en trois termes de quatre mois en quatre mois par an, à commencer de la dénonciation stipulée dans l'article VI. du traité de subsides conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel en date du 24 de Décembre l'an 1750, et S. M. T. C. promet de faire payer

1751 Januar 2. exactement et promptement cette augmentation, le cas existant, en avançant toujours le premier terme, par de bonnes lettres de change sur les banquiers Splitgerber et Daum ici en Frédéricsd'or, aux frais et aux dépens de S. M. T. C. sans qu'il en coûte rien à S. M. Prussienne sous quelque prétexte que cela puisse être.

ART. VIII. Les deux hautes puissances contractantes sont convenues de garder le plus inviolable secret tant sur ce traité que sur celui des subsides conclu entre S. M. Prussienne et S. A. S. le Duc régnant de Brunswic-Wolfenbüttel, afin qu'il ne transpire absolument rien ni de l'un ni de l'autre de ces deux traités.

ART. IX. Le traité sera ratifié par les deux hautes parties contractantes en six semaines de temps à compter depuis la date de la signature du présent traité ou plutôt si faire se pourra. En foi de quoi nous soussignés ministres de S. M. T. C. et de S. M. le Roi de Prusse en vertu de nos pleinpouvoirs avons signé le présent traité et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Berlin ce 2 de Janvier 1751.

---

2. CONVENTION DE NEUTRALITÉ ENTRE LES ROIS DE LA GRANDE BRETAGNE ET DE PRUSSE[1].

1756. Januar 16. Westminster.

1756 Januar 16. D'autant que les différends, qui se sont élevés en Amérique entre le Roi de la Grande Bretagne et le Roi Très-Chrétien, et dont les suites deviennent de plus en plus critiques, donnent lieu de craindre pour la tranquillité publique en Europe, S. M. le Roi de la Grande Bretagne, Electeur de Brunsvic Lunebourg etc. et S. M. le Roi de Prusse, Electeur de Brandebourg etc. attentives à un object si intéressant, et également animées du désir de conserver la paix générale de l'Europe, et celle de l'Allemagne[2] en particulier, ont bien voulu se concerter sur les mesures, qui puissent contribuer le plus efficacement à une fin si désirable; et pour cet effet, elles ont authorisé leurs ministres plénipotentiaires respectifs; savoir, au nom et de la part de S. M. Britannique, ses conseillers privés, Philippe Comte de Hardwicke, son Chancelier de la Grande Bretagne: Jean Comte de Granville, président de son conseil: Thomas Holles Duc de Newcastle, premier commissaire de sa trésorerie: Robert Comte de Holdernesse, l'un de ses principaux sécrétaires d'état; et Henry Fox, un autre de ses principaux sécrétaires d'état; et au nom et de la part de S. M. Prussienne, le Sieur Louis Michell, son chargé d'affaires à la cour de S. M. Britannique; lesquels, après s'être communiqué réciproquement leurs pleinspouvoirs, sont convenus des articles suivans.

ART. I. Il y aura entre lesdits sérénissimes Rois une paix sincère et une amitié réciproque, nonobstant les troubles qui pourront s'élever en Europe, en conséquence des différends susmentionnés, en suite de laquelle aucune des parties contractantes n'attaquera, ni n'envahira directement ni indirectement le territoire de l'autre, mais au contraire elles feront, chacune de son côté, tous leurs efforts pour empêcher leurs

---

[1] Jenkinson treaties of Great Britain. London 1785. III 54. Wenck cod. jur. gent. rec. III 84.

[2] de l'Allemagne] de l'Empire Germanique. *Englischer Entwurf.*

alliés respectifs, de rien entreprendre contre ledit territoire, de quelque manière que ce puisse être. 1756 Januar 16.

ART. II. En cas que, contre toute attente, et en violation de la tranquillité que les hautes parties contractantes entendent maintenir par ce traité dans l'Allemagne[1], quelque puissance étrangère fit entrer des troupes dans la dite Allemagne[2], sous quelque prétexte que ce puisse être, les deux hautes parties contractantes uniront leurs forces pour s'opposer à l'entrée ou au passage[3] de telles troupes étrangères et à cette infraction de la paix, et pour maintenir la tranquillité en Allemagne, selon l'objet du présent traité.

ART. III. Les hautes parties contractantes renouvellent expressément tous les traités d'alliance et de garantie, qui subsistent actuellement entre elles, et nommément l'alliance défensive et de garantie réciproque conclue à Westminster entre LL. MM. Britannique et Prussienne le 18 de Novembre 1742, la convention arrêtée entre LL. DD. MM. à Hannovre, le 26 Août 1745, et l'acte d'acceptation de S. M. Prussienne de celui de garantie de S. M. Britannique du 13 d'Octobre 1746.

ART. IV. Le présent traité sera ratifié par S. M. le Roi de la Grande Bretagne, et par S. M. le Roi de Prusse, et les lettres de ratification en bonne forme seront délivrées, de part et d'autre, dans le tems d'un mois, ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de la signature du présent traité.

En foy de quoi nous soussignés, munis des pleinspouvoirs de LL. MM. les Rois de la Grande Bretagne et de Prusse, avons, en leurs noms, signé le présent traité, et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Westminster, le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

HARDWICKE, C. GRANVILLE, P. HOLLES NEWCASTLE. HOLDERNESSE. H. FOX.

ARTICLE SECRET ET SÉPARÉ.

Comme la convention de neutralité, signée en date d'aujourd'hui par les ministres de S. M. le Roi de la Grande Bretagne et de S. M. le Roi de Prusse, munis de pleinspouvoirs nécessaires pour cet effet, ne regarde que l'Allemagne, cette convention ne doit point être étendue aux Pais-bas Autrichiens et leurs dépendances, qui ne doivent point être censés compris dans la présente convention de neutralité, sous quelque prétexte que cela puisse être; d'autant plus que S. M. le Roi de Prusse n'a garanti, dans le VIII. article de la paix de Dresde, à S. M. l'Impératrice Reine de Hongrie et de Bohème, que les états qu'elle possède en Allemagne.

Cet article secret et séparé aura la même force, que s'il était inséré, de mot à mot, dans la présente convention de neutralité signée aujourd'hui; et les ratifications en seront échangées dans le même tems que celles de ladite convention. En foy de quoi nous soussignés, munis des pleinspouvoirs de LL. MM. les Rois de la Grande Bretagne et de Prusse, avons, en leurs noms, signé le présent article secret et séparé,

---

[1] l'Allemagne] le S. Empire Romain. *Englischer Entwurf.*

[2] dans la dite Allemagne] dans le dit Empire ou sur quelque partie de son territoire ou dépendance. *Englischer Entwurf.*

[3] ou au passage] *preufsischer Zusatz. Bei Jenkinson u. Wenck steht fälschlich statt* pour s'opposer — infraction: et pour punir cette infraction.

1756 Januar 16. et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à Westminster le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

HARDWICKE, C. GRANVILLE, P. HOLLES NEWCASTLE. HOLDERNESSE. H. FOX.

DÉCLARATION.

Afin de terminer les différends, qui peuvent s'être élevés entre LL. MM. Prussienne et Britannique, il est déclaré, que dès que S. M. Prussienne levera l'arrêt mis sur la dette de la Silesie, et fera payer aux sujets de S. M. Britannique ce qui leur en reste dû, selon le contrat original, tant intérêts que principal; S. M. Britannique promet et s'engage de son côté, de faire payer à S. M. Prussienne la somme de vingt mille L. St., en extinction de toute prétention de sadite Majesté ou de ses sujets à la charge de S. M. Britannique, sous quelque prétexte que ce puisse être. Fait à Westminster le 16 jour de Janvier, l'an de Grace 1756.

LOUIS MICHELL.

---

3. ARTICLES SECRETS DU TRAITÉ D'UNION ET D'AMITIÉ DÉFENSIV, CONCLU ENTRE S. M. L'IMPÉRATRICE REINE D'HONGRIE ET DE BOHÈME, ET S. M. TRÈS-CHRÉTIENNE[1].

1756. Mai 1. Versailles.

1756 Mai 1. ART. I. Quoiqu'il soit stipulé, par l'art. III du traité défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohème, que le cas de la présente guerre entre la France et l'Angleterre sera uniquement excepté de la garantie et défense promise par S. M. l'I. R. à S. M. T. C.; cependant si, à l'occasion de ladite guerre, d'autres puissances que l'Angleterre venoient à attaquer, même sous prétexte d'auxiliaires, aucune des provinces que S. M. T. C. possède en Europe, S. M. l'I. R. promet et s'engage de garantir et de défendre, dans ce cas, lesdites provinces ainsi attaquées, et de fournir à cet effet les secours stipulés par les articles VI et VII du présent traité.

S. M. T. C. promet et s'engage, de son côté, dans le cas où, à l'occasion de la présente guerre entre la France et l'Angleterre, quelque puissance venoit à attaquer, même sous le prétexte d'auxiliaire, aucune des provinces que S. M. l'I. R. possède en Europe, de garantir et de défendre, dans ce cas, lesdites provinces ainsi attaquées, et de fournir à cet effet les secours stipulés par les articles VI et VII du présent traité.

Cet article secret et séparé aura la même force etc.

ART. II. Quoiqu'il soit stipulé en général, par l'art. VIII du traité défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, que leurs dites MM. se réservent d'inviter d'autres puissances à y accéder, les hautes parties contractantes ont jugé convenable d'expliquer plus précisément leur intention à cet égard, et en conséquence elles sont convenues d'inviter de concert et non autrement à accéder au présent traité défensif S. M. l'Empereur des Romains, en sa

---

[1] F. Schoell, hist. abrégée des traités de paix. Paris 1817. III 19.

qualité de Grand-Duc de Toscane, S. M. Catholique, S. M. le Roi de Naples et de Sicile, le sérénissime Infant don Philippe, Duc de Parme, de Plaisance et de Guastalle, et autres princes dont on conviendra: lesquelles puissances par leur accession audit traité participeront pleinement tant pour elles que pour leurs héritiers, états et sujets en Europe, à la garantie et défense stipulées dans le présent traité; le tout cependant conformément à ce qui a été réglé, par rapport à leurs états, dans les traités antérieurs, et suivant la proportion des secours à fournir par les puissances accédantes, ainsi qu'il en sera convenu par leurs actes d'accession. 1756 Mai 1.

Le présent article séparé et secret aura etc.

Art. III. S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème venant d'affermir par le traité d'union et d'amitié défensif, conclu et signé aujourd'hui entre elles, la bonne correspondance et la parfaite intelligence qui subsistent déjà heureusement entre LL. DD. MM., et désirant de les rendre inaltérables, elles se proposent de s'entendre et de s'arranger sur le pied d'une convenance réciproque, juste et équitable, sur tous les cas, qui n'auroient pas été suffisamment prévus dans le dernier traité d'Aix-la-Chapelle, ainsi que sur les différends territoriaux et autres objets qui pourroient un jour troubler la tranquillité de l'Europe et diviser entre elles LL. DD. MM. ou leurs alliés, comme aussi sur les objets qui pourroient intéresser en particulier le repos d'Italie. A cet effet, elles se promettent réciproquement de prendre le plutôt possible entre elles et avec d'autres puissances qui y sont intéressées, d'un commun concert, et non autrement, et sur tous ces objets, les moyens qui leur paroîtront les plus propres à l'exécution de ces vues aussi justes que désirables.

Cet article séparé et secret aura la même force, que s'il était inséré mot-à-mot dans le traité signé aujourd'hui; et les hautes parties contractantes promettent de n'en donner connoissance à qui que ce soit, que d'un commun consentement.

En foi de quoi etc.

Art. IV. Moyennant le traité d'union et d'amitié défensif, signé aujourd'hui entre S. M. T. C. et S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, les intérêts communs de LL. DD. MM. leur paroissent exiger que, pendant la durée de la présente guerre entre la France et l'Angleterre, au sujet des limites de leurs possessions en Amérique, aucune des hautes parties contractantes ne prenne de nouveaux engagements quelconques avec d'autres puissances, à l'insu et sans la participation l'une de l'autre, LL. DD. MM. s'engagent et promettent par conséquent de n'en contracter ni même renouveler aucun, sans en donner préalablement pleine connoissance.

Cet article secret et séparé aura etc.

Art. V. Il a été convenu et arrêté que les quatre articles séparés et secrets signés aujourd'hui, seront ratifiés en même tems que l'acte ou convention de neutralité, le traité défensif et les articles séparés, également signés aujourd'hui, et que les ratifications en seront de même échangées dans l'espace de six semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, nous soussignés ministres plénipotentiaires de S. M. T. C. et de S. M. l'I. R. d'Hongrie et de Bohème, avons signé le présent article séparé et secret, et y avons apposé les cachets de nos armes.

Fait à Versailles le 1 de May 1756.

G. COMTE DE STARHEMBERG. A. L. ROUILLÉ. F. J. DE PIERRE DE BERNIS.

4. PRÉCIS DES ARTICLES PRÉLIMINAIRES DU TRAITÉ SECRET DE VERSAILLES (CONCLU LE 1. MAI 1757).

Wir geben das Précis nach der von F. Ch. Schlosser im Archiv des auswärtigen Ministeriums zu Paris genommenen Abschrift; vgl. Gesch. des 18. Jahrhunderts II³ 307 Anm. Ein Auszug ist abgedruckt in den von Soulavie herausgegebenen Mémoires du maréchal duc de Richelieu. Paris 1793. IX 509—515, unter der Ueberschrift: préliminaires et précis des articles secrets du traité de 1757 entre la France et la maison d'Autriche. Dieser ziemlich dürftige und ungenügende Auszug erstreckt sich in 21 Artikeln über Art. I—XXI und XXV. Es spricht alles dafür dafs das Actenstück von Bernis verfafst ist, wie Schlosser ausspricht, und zwar zur Information Ludwigs XV. Die Zeit der Abfassung der Präliminarien ergibt sich aus Art. II. und IV. Sachsen war von Preufsen besetzt: die Verhandlungen über die Operationen des französischen Hauptheeres waren im Gange, aber noch nicht beendigt, und der österreichisch-russische Allianz- und Subsidienvertrag vom 22 Januar 1757 noch nicht abgeschlossen: also werden wir die Unterzeichnung der Präliminarien auf December 1756 oder Anfang Januar 1757 ansetzen dürfen. Zur Vergleichung derselben mit dem am 1 Mai 1757 zu Versailles unterzeichneten Tractat sind Verweisungen auf dessen Artikel und die Seitenzahlen des Schoellschen Abdruckes (hist. abrég. des traités de paix III 129 ff.) beigefügt. Vgl. o. S. 280—289.

Art. sép. (4) S. 164. 1. Le roi renoncera à l'alliance du roi de Prusse, l'impératrice reine de son côté renoncera à l'alliance de l'Angleterre. Ni l'une ni l'autre puissance ne pourra faire aucun traité avec les rois d'Angleterre et de Prusse que d'un consentement réciproque.

Art. I S. 131. 2. S. M. T. C. comme alliée de l'I. R. et comme garante de la paix publique de l'empire s'engage d'entretenir pendant tout le cours de la guerre allumée par le roi de Prusse en conséquence de l'invasion de la Saxe et de la Bohême outre le secours de 24000 h^e^ portés par le dernier traité de Versailles 66000 h^e^ de ses propres troupes et 20000 h^e^ des troupes subsidiaires de l'empire, lesquels d'après le plan militaire, qui sera arrêté à ce sujet agiront directement contre le roi de Prusse et ses alliés.

Art. II S. 132. 3. De plus le roi s'engage de fournir pendant l'espace de quatre années s'il est nécessaire et pour plus longtems si l'on en convient de nouveau à S. M. I. un subside annuel de 12 millions de florins argent d'Allemagne. La moitié de ce subside sera payée dans l'espace de trois mois après la ratification des présens articles et immédiatement après que la garde des villes d'Ostende et de Nieuport aura été remise au roi. Les payemens ultérieurs du dit subside annuel se feront par la suite des mois en mois et par portions égales. La garde d'Ostende et de Nieuport est confiée à la France jusqu'à l'entière exécution des présens articles, et si les deux puissances contractantes étoient forcées de faire la paix avec leurs ennemis respectifs sans avoir rempli l'objet essentiel de leurs vues, le roi conserveroit encore la dite garde d'Ostende et de Nieuport dix ans après la paix en considération des grandes dépenses, auxquels S. M. s'oblige par les présens articles préliminaires.

Art. XII S. 140. Art. XIII S. 141.

4. Au moyen de ce subside annuel l'impératrice reine s'oblige de mettre en action un corps de 80000 Russes, qui agira de concert pour le succès de la cause commune. Sans cette diversion essentielle de la Russie il est stipulé que le roi ne sera plus obligé de fournir le secours de 24000 h^e^ en vertu du dernier traité de Versailles, à moins toutefois que les hautes puissances contractantes ne prennent en ce tems de nouveaux arrangemens.

5. En considération de ces différentes espèces de secours auxquels le roi s'oblige, l'I. R. promet et s'engage de céder et de transférer à S. M. T. C., deux mois après que la Silésie et le comté de Glatz seront possédés tranquillement et garantis à S. M. l'Imp. par toutes les puissances accédantes à la présente convention, les villes d'Ostende et de Nieuport, d'Ypres, de Turnes, de Mons et le fort de Quenoque avec une lieue de territoire à l'entour desdites places, la souveraineté des grands chemins, et le libre passage sur les canaux et les rivières. L'artillerie et les munitions de bouche et de guerre qui se trouveront dans les dites places sont réservées expressément à S. M. l'impératrice. Outre la cession des susdites villes il est convenu, que les fortifications de la ville et des châteaux de Luxembourg seront rasées aux frais du roi. Il est de plus convenu, que conformément au principe de réciprocité adopté de part et d'autre, la Silésie et le comté de Glatz ne sauroient être possédés réellement ou provisionellement par l'I. R. que le roi ne soit mis en même tems en possession réelle ou provisionelle des villes qui doivent faire son partage. Art. XI S. 138. Art. XXIII S. 151. Art. XXII S. 149.

6. Il est arrêté que l'échange de la totalité des Pays-bas (à l'exception des villes, qui doivent être cédées au roi) avec les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle, possédés par l'infant Don Philippe, aura lieu de même aussitôt que la Silésie et le comté de Glatz en leur entier auront été assurés et garantis par les puissances accédantes au présens articles à S. M. l'I. R. et possédés tranquillement par elle avec la clause de réciprocité ici mentionnée par rapport à la possession provisionelle ou réelle du duché de Silésie et du comté de Glatz. Art. XVII S. 143. Art. XXI S. 148.

7. En cédant la totalité des Pays-bas à l'infant Don Philippe l'I. R. se reserve le droit de voix et séance à la diète de l'empire pour le cercle de Bourgogne, le droit de présentation à la chambre impériale, le droit de conférer la toison d'or et les titres et armes de la maison de Bourgogne. Les dettes tant anciennes que récentes hypothéquées sur les Pays-bas seront acquittées par le roi et l'infant dans le cas de la susdite cession, proportionellement au partage qui est assigné à l'un et à l'autre. Ils seront tenus de conserver tous les employés civils, toutes les pensions à ceux qui s'en trouveront pourvus, de conserver tous les priviléges des villes et provinces cédées, et de payer sur les revenus des dites provinces les pensions assignées aux prince Charles et à la princesse Charlotte de Lorraine, conformément à ce qui sera convenu d'après la révision des états desdites dettes et charges, qui seront incessamment remis à cet effet. L'I. R. est soumise aux mêmes clauses et conditions par rapport aux charges et hypothèques sur les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle. Art. XVII S. 145. Art. XI S. 139. XVII S. 14 Art. sép. (S. 165. Art. XX S. 147. Art. XXI S. 148.

8. Moyennant la cession faite en faveur de l'infant de la totalité des Pays-bas le dit infant renoncera à ses droits sur les biens allodiaux des maisons de Médicis et de Farnèze et sur la succession aux royaumes de Naples et de Sicile. Cette renonciation de l'infant ne lie point sa postérité dans le cas de l'exstinction de tous les descendans en ligne directe et legitime de S. M. Sicilienne actuellement régnante. Art. XXI S. 148.

9. La réversion des Pays-bas en faveur de l'impératrice et de sa postérité est établie par les présens articles dans le cas où l'infant mourroit sans laisser de postérité legitime. Mais dans ce cas Tournay et le Tournaisis, la souveraineté de Chimay et de Beaumont, le pays communément appellé rétrocédé, seront ajoutés au partage assigné au roi par la présente convention; tous les différends au sujet de St. Hubert, des enclaves du Hainault et toutes les contestations par rapport aux limites des états respectifs étant terminés dans ce cas à la satisfaction Art. XIX S. 146. Art. XXIV S. 152. Art. XI S. 139.

de la France. De même si l'I. R. venoit à décéder sans laisser de postérité en ligne directe et légitime, les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle retourneroient de plein droit au sérénissime infant Don Philippe.

Art. sép. (1) S. 162. 10. Le roi d'Espagne venant à mourir sans enfans et avant l'exécution des présens articles, il est convenu, que l'I. R. n'inquiétera aucunement l'infant Don Philippe sur le droit de réversion établi dans ce cas au profit de sa dite M. I. par le dernier traité d'Aix-la-Chapelle sur les duchés de Parme et de Guastalle.

Art. XXIV S. 152. 11. Dans le cas, où l'infant Don Philippe refuseroit de se prêter aux présens arrangemens, il est convenu que la partie des Pays-bas qui doit être cédée au dit infant seroit conservée à l'I. R., à l'exception de Tournay et du Tournaisis, de la souveraineté de Chimay et de Beaumont et du pays appellé rétrocédé, lesquels seroient ajoutés aux villes et forteresses, qui doivent tomber en partage à S. M. T. C., tous les différends au sujet des limites étant réglés dans ce cas à la satisfaction de la France, ainsi qu'il à déja été dit, et tous les arrangemens faits en faveur du dit infant par les présens articles devenant nul et de nul effet dans le susdit cas.

Art. XXV S. 153. 12. Comme le roi de Naples a un grand intérêt d'assurer encore davantage à sa postérité la succession au trône des deux Siciles en redressant à ce sujet les articles mal interprétés du dernier traité d'Aix-la-Chapelle, le roi promet aussitôt qu'il sera assuré des sentimens de S. M. Sic. à cet égard d'appuyer la négociation qui doit être entamée par l'impératrice à la cour de Naples pour engager le roi des deux Siciles à céder à l'empereur les places de Toscane appellées *des garnisons* et à renoncer en faveur de l'I. R. aux droits sur les biens allodiaux des maisons de Médicis et de Farnèze, le tout en considération des avantages procurés à la famille de S. M. S. et de la nouvelle garantie, qui sera faite par les puissances contractantes et accédantes au traité de Vienne de 1738 par rapport à la succession aux royaumes de Naples et de Sicile, qui sera de nouveau confirmée et assurée dans tous les cas à tous les descendans de S. M. S. malgré toutes les stipulations et interprétations à ce contraires.

Art. V S. 134. 13. Tels sont les avantages réciproques que les deux puissances contractantes ont principalement en vue de se procurer; mais comme les dites puissances ne peuvent espérer d'établir une paix solide en Europe qu'autant que les auteurs de la guerre présente seront mis hors d'état de la troubler à l'avenir, il est arrêté et convenu, que les puissances contractantes employeront toutes leurs forces pour affaiblir considérablement la puissance des rois de Prusse et d'Angleterre. A cet effet elles feront tous leurs efforts pour dépouiller le roi de Prusse, outre la Silésie et le comté de Glatz, de la principauté de Crossen, du duché de Magdebourg, du pays de Hall, de la principauté de Halberstadt, de la Poméranie ci-devant Suédoise, des domaines qui ont appartenus aux anciens ducs de Clève et de la haute Gueldre, pour être lesdits états cédés et transférés ainsi qu'il en sera convenu à la couronne de Suède, à l'électeur de Saxe roi de Pologne, à l'électeur Palatin et à la république de Hollande. L'impératrice reine de concert avec les dites puissances sera mise en possession de quelques domaines à sa bienséance[1] dans le voisinage de ses états héréditaires de Bohème.

Art. IV S. 134.

[1] à sa bienséance] diese Worte, an deren Stelle Schlosser einen leeren Raum gelassen hat, sind ergänzt aus den Mém. du maréchal duc de Richelieu IX 513.

Pareillement l'isle de Minorque sera assurée pour toujours à la France. Les articles du traité d'Utrecht concernant Dunquerque seront pour jamais annullés, les isles de Jersey, Guernesey et d'Origny seront assurées et garanties à la France, si elle en fait la conquête pendant le cours de la présente guerre. Gibraltar sera de même garantie à S. M. Catholique dans le cas où elle en feroit la conquête et prendroit part aux présens arrangemens. Les duchés de Bremen et de Verden seront restitués à leurs anciens possesseurs ou même cédés à S. M. Danoise, si elle accède à la présente convention. Ce dépouillement des états de Bremen et de Verden suppose que le roi d'Angleterre comme électeur d'Hannovre et ses alliés ne garderont pas une exacte neutralité et accorderont des secours directs ou indirects au roi de Prusse. La Silésie étant une fois recouverte par l'impératrice reine, les puissances contractantes seront les maîtresses, si les circonstances l'exigent, de faire la paix avec leurs ennemis de concert et non séparément, quand même les dépouillemens ultérieurs ci-dessus énoncés n'auroient pas été effectués en tout ou en partie. C'est dans cette idée, que l'époque de quatre années a été fixé comme une espèce de tems suffisant pour remplir la totalité de leurs vues, étant raisonnable qu'après cet espace de tems révolu les deux puissances contractantes poursuivent ou terminent la guerre selon que l'état de leurs forces et de leurs moyens pourra le leur permettre. Le recouvrement de la Silésie et la cession des Pays-Bas, qui doit être faite en conséquence, sont donc les objets véritablement ostensibles de la présente convention. Toutes les autres vues ne sont que de convenance, on a soigneusement distingué ces vues d'avec les autres dans les présents articles préliminaires. Art. XXI S. 156.

14. L'exécution et l'accomplissement des conditions essentielles des présens articles dépendront du traité, qui en conséquence du recouvrement de la Silésie et du comté de Glatz sera passé entre les parties contractantes et garanti par les puissances accédantes à la présente convention, l'époque de la pacification générale pouvant être retardé trop long-tems par des événemens imprévus.

15. Pour ôter tout prétexte aux ennemis des deux puissances contractantes de vouloir troubler le repos des protestans dans l'empire, les traités de Westphalie de 1648 sont solennellement renouvelés et confirmés avec la garantie des couronnes de France et de Suède. Art. XV S. 142.

16. La liberté de la république de Pologne est assurée par les présents arrangemens, ainsi que la libre élection de ses rois. Les cours de Vienne et de Russie ne prendront aucunes mesures à cet égard que de concert avec la France, et si le trône de Pologne venoit à vaquer et qu'un des princes de la maison électorale de Saxe fut librement choisi pour l'occuper, S. M. T. C. déclare que ce choix lui seroit agréable par la tendresse, qu'elle porte à sa bien-aimée fille Madame la Dauphine. Art. VIII S. 137.

17. Dans la même vue et pour empêcher que la Porte Ottomane suscitée par les ennemis communs ne vint à troubler le concert formé entre les puissances contractantes il est convenu qu'elles entretiendront avec l'empire Ottoman la plus parfaite intelligence et qu'elles éviteront soigneusement de lui donner aucun sujet de plainte et d'ombrage.

18. Les états tels qu'ils sont possédés par les différens princes d'Italie seront assurés par les présens articles à leurs possesseurs. Les hautes parties contractantes sont convenues de veiller à la conservation du repos particulier de l'Italie, d'employer leurs bons offices pour terminer promptement les différends qui pourroient naître entre les divers princes de cette partie de l'Europe, et elles se sont engagées à s'inté-

resser encore plus particulièrement à ce qui concerne la république de Venise et l'état de Gênes.

19. Le produit des conquêtes qui seront faites pendant la guerre présente soit sur le roi de Prusse soit sur l'Angleterre sera partagé entre les puissances contractantes à proportion au nombre de leurs troupes qui auront été employées à faire lesdites conquêtes. L'autorité militaire restera dans les mains de la puissance qui aura fait la conquête et mis garnison dans les places conquises.

Art. XXXI S. 160. 20. Les présens articles préliminaires demeureront secrets tant qu'il conviendra aux puissances contractantes, et elles promettent de n'en donner communication à qui que ce soit que de concert et sous la forme dont elles seront convenues.

21. Les différends nés ou à naître entre les puissances contractantes seront terminés le plutôt possible et toujours à l'amiable.

Art. XXVII S. 156. 22. Le dernier traité de Versailles est confirmé dans tous les points excepté dans ceux qui assurent la neutralité de l'impératrice reine à l'Angleterre durant le cours de la guerre présente.

Art. XXX S. 158. 23. L'empereur accédera aux présens articles d'abord en qualité de Grand-Duc de Toscane, avec promesse d'y accéder en sa qualité d'empereur du consentement de la diète de l'empire. Il s'obligera à fermer tous les ports de Toscane aux bâtimens Anglois armés en guerre, l'I. R. ayant consenti à fermer les ports de Trieste et de Fiume aux dits bâtimens.

Art. XXX S. 158. 24. S. M. C., S. M. le roi des deux Siciles, la couronne de Suède, l'impératrice de Russie, S. M. Danoise, les électeurs de Saxe et Palatin et la république de Hollande seront expressément invités à accéder aux présens articles.

---

25. On s'est étudié dans les autres articles de la présente convention, qui ne sont proprement que de forme, de rendre toutes les clauses réciproques et toutes les conditions égales à prévenir toutes fausses interprétations et à ne laisser aucune obscurité. Si Dieu bénit les mesures prises dans la présente convention, si les négociations, qui doivent en assurer le succès, sont bien conduites, jamais la France n'aura été ni dans une position plus brillante ni plus assurée. Le roi de Prusse sera à la vérité dépouillé, mais les anciens alliés de la France seront enrichis de ses dépouilles. Par ce moyen la balance du pouvoir de la maison d'Autriche sera encore plus solidement établie. Les cours de Vienne et de Londres, dont l'union nous a été toujours si funeste ou si suspecte, seront à jamais irréconciliables, la puissance et le crédit de l'Angleterre étant considérablement diminuée. Il ne restera à la cour de Vienne aucun allié redoutable à la France, et si cette cour, étant parvenue à son but en détruisant le pouvoir du roi de Prusse, se conduisoit mal avec la France ou avec l'empire, il n'est pas difficile de prévoir, par quels moyens on pourroit s'opposer à ses nouvelles entreprises.

5. CONVENTION ENTRE L'IMPÉRATRICE REINE DE HONGRIE ET DE BOHÈME ET L'IMPÉRATRICE DE TOUTES LES RUSSIES[1].

1757 Jan. 22 (a. St.). Petersburg.

Au nom de la Très-Sainte Trinité.

1757 Januar 22.

Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, en renouvelant les engagements subsistants entre les deux Empires par le Traité d'amitié défensif, conclu entre Elles à St. Petersbourg le vingt deuxième de Mai l'an mil sept cent quarante six, n'ont eu en vue, que de procurer des suretés suffisantes à Leurs Etats respectifs contre toute invasion ennemie, de contribuer par là au maintien de la tranquillité générale et de contenir en particulier le Roi de Prusse.

Leurs dites Majestés se flattaient que ces mesures, aussi innocentes que légitimes, auraient l'effet désiré.

Mais le Roi de Prusse, venant d'attaquer pour la quatrième fois les Etats de la maison d'Autriche, contre la foi des Traités les plus solennels, et d'allumer ainsi de nouveau le flambeau de la guerre la plus injuste, Elles voient non seulement avec douleur que l'évènement n'a point répondu à Leur attente, mais Elles sentent en même temps la nécessité de pourvoir par de plus grands moyens aux objets, qui ont été le motif de Leurs liaisons susdites.

Pour cet effet et pour préserver, s'il se peut, à l'avenir l'Europe d'attentats pareils à celui, que le Roi de Prusse vient de commettre et à tous ceux qui l'ont précédé, et pour venger en particulier toutes les injustices et violences, que ce Prince exerce en Saxe, ainsi que dans les Etats de Sa Majesté l'Impératrice-Reine, et par tout où Sa convenance l'engage à porter Ses armes; Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies non-seulement fournira incessamment à Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, tous les secours portés par les Traités qui subsistent heureusement entre les deux Empires, mais Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, sont de plus déterminées à employer des forces beaucoup plus considérables contre cet ennemi commun, perturbateur du repos public, et à ne point mettre bas les armes, que par l'assistance divine, protectrice de la justice de Leur cause, on ne soit parvenu à faire rentrer toute la Silésie et Comté de Glatz sous la domination de Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême et à mettre des bornes suffisantes à la Puissance de ce Prince, dont les injustes projets n'en connaissent aucune.

Pour parvenir à un but, que la conduite passée et présente du Roi de Prusse rendent aussi juste que salutaire et qui intéresse également la sûrete et l'indépendance de tous les Souverains de l'Europe, Leurs Majestés Impériales résolues à s'arranger entre Elles en conséquence, Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies a chargé et autorisé Son Chancelier, Conseiller Privé actuel, Sénateur et Chevalier des Ordres: de Saint-André, de l'Aigle Blanc, et de Saint-Alexandre Newsky, Alexy, Comte de Bestoucheff-Rumin et Son Vice-Chancelier, Conseiller Privé actuel, Lieutenant de la Compagnie du Corps, Chambellan actuel et Chevalier des Ordres: de Saint-André, de l'Aigle Blanc, de l'Aigle Noir, de Saint-Alexandre Newsky et de Sainte Anne, Michel, Comte de Wo-

[1] Copie nach dem Originale im Hauptarchiv des Kaiserlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Moskau.

1757 Januar 22. ronzow et Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême, Son Chambellan, Conseiller actuel intime, Garde de la Couronne du Royaume de Hongrie, Chevalier des Ordres: de Saint-André et de Saint-Alexandre Newsky, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême à la Cour de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, Nicolas Esterhasy de Galantha, Seigneur héréditaire de Forckenstein, Comte du Saint Empire Romain, de concerter et arrêter au plustôt entre Eux les mesures les plus efficaces et les plus analogues à l'objet dont il s'agit et les dits Ministres, après s'être dûment communiqués Leurs pleinspouvoirs respectifs et avoir mûrement discuté et pesé l'important objet de la négociation qui leur a été confiée, sont convenus des articles suivants:

ART. I. LL. MM. II. confirment de la manière la plus solennelle et la plus obligatoire, pour autant qu'il n'y est pas dérogé par la présente Convention pour Elles, Leurs Successeurs, Héritiers, Empires et Etats, le Traité conclu à St. Pétersbourg, le 22 de Mai, l'an 1746, dans toute son étendue et nommément l'article IV. séparé et secret du dit Traité, voulant qu'il soit envisagé, comme la base et le fondement de la présente convention et se promettant en conséquence réciproquement l'amitié et l'union la plus parfaite et la plus constante.

ART. II. S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême, actuellement attaquée de la manière la plus injuste par le Roi de Prusse, s'engage et promet d'employer contre ce Prince aux fins indiquées ci-dessus, pendant tout le cours de la guerre aux moins quatre-vingt mille hommes de ses troupes réglées.

ART. III. S. M. l'Impératrice de toutes les Russies s'engage et promet également d'employer aussi contre ce Prince à telles fins pendant tout le temps que la guerre durera, au moins quatre-vingt mille hommes de troupes réglées, ainsi que de quinze à vingt vaisseaux de ligne, y compris des Frégattes et Galiottes à bombes et au moins quarante de Galères.

ART. IV. Les deux hautes Parties contractantes se communiqueront réciproquement les états détaillés et exacts des armées spécifiées et déterminées dans les articles II. et III.; Elles s'enverront aussi de part et d'autre des Généraux, qui auront droit d'assister et de voter aux Conseils de guerre; et Elles concerteront entre Elles le plan des opérations; mais comme le Roi de Prusse employe actuellement la plus grande partie de ses forces vis à vis des armées de S. M. l'I. R., S. M. I. de toutes les Russies s'engage et promet de faire avancer Son armée ou Ses armées aussi avant et aussitôt que faire se pourra dans les Etats du dit Roi, S. M. l'I. R., s'engageant de Son côté en ce cas à occuper les armées Prussiennes qui lui sont opposées, pour seconder par là les opérations de l'armée de la Russie; S. M. I. de toutes les Russies, promettant d'en user de même à l'égard des forces que le Roi de Prusse employera vis-à-vis d'Elle, et les deux hautes parties contractantes s'obligent à suivre exactement cette règle de part et d'autre pendant tout le cours de la guerre et convenant dès à présent qu'elle devra être la base de tous les plans d'opérations qu'il pourra être question de concerter et d'établir.

ART. V. LL. MM. II. se promettent de la façon la plus solennelle et la plus obligatoire, que faire se peut, non seulement de ne faire ni trève ni paix avec Leur ennemi commun le Roi de Prusse, sans le concours et le consentement l'une de l'autre; mais Elles s'engagent même à continuer la guerre avec les forces convenues aux Articles II.

et III.; jusqu'à ce que S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême soit rentrée dans la paisible possession de toute la Silésie et du Comté de Glatz; que le recouvrement de ses Etats Lui ait été assuré par un Traité de paix solennel, qui devra être garanti par S. M. I. de toutes les Russies, conformément au Traité du 22 de Mai l'an 1746 et à la présente convention et dont on promet de travailler à se procurer la garantie d'autres Puissances. 1757 Januar 22

ART. VI. Le repos de l'Europe ne pouvant jamais être solidement établi, à moins qu'on ne parvienne à ôter au Roi de Prusse les moyens de le troubler; LL. MM. II. feront tous Leurs efforts pour rendre ce service à l'humanité et Elles se concerteront pour cet effet avec toutes les Puissances qu'elles jugeront être dans les mêmes dispositions.

ART. VII. Et comme il n'est pas possible de pouvoir fixer et déterminer dès à présent toutes les mesures, qui pourront être utiles et nécessaires pour cet effet, LL. MM. II. se promettent et s'engagent mutuellement à aller et opérer de concert en tout ce qui a ou peut avoir rapport à la présente convention et en général, à en exécuter et faire remplir le contenu avec toute l'exactitude et tout le zèle, que se doivent des puissances, étroitement liées d'intérêts et d'amitié.

ART. VIII. La présente convention sera ratifiée par LL. MM. II., S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême en déans le terme de deux mois, ou plustôt, si faire se peut, et en attendant non seulement on n'arrêtera pas les mesures déjà prises, mais on fera travailler constamment et sans délai à l'exécution de celles qui résultent de cette convention.

En foi de quoi nous l'avons signée, en vertu de nos pleins-pouvoirs et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg, ce vingt et deuxième Janvier mil-sept-cent-cinquante-sept.

ALEXY, COMTE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW.
NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

ARTICLES SÉPARÉS.

ART. SÉP. I. Les deux hautes parties contractantes se réservent d'inviter de concert d'autres Puissances, à prendre part à la présente convention et particulièrement Sa Majesté Très-Chrétienne, pour y intervenir même comme partie contractante, si Elle le désire.

ART. SÉP. II. S. M. l'I. R., ayant déjà reclamé l'assistance de S. M. le Roi de Suède, comme garant de la paix de Westphalie, Elle ne doute nullement, que ce Prince ne remplisse religieusement Ses engagements, tant en cette qualité qu'en celle de membre de l'Empire. Mais comme la couronne de Suède se trouve avoir encore d'ailleurs un intérêt commun à tous les souverains à ce que le Roi de Prusse soit mis hors d'état de pouvoir attenter à l'avenir à la sureté et à l'indépendance de Ses voisins; S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'Impératrice, Reine de Hongrie et de Bohême croyent pouvoir travailler, et travailleront en conséquent de concert à engager la Suède à concourir par ses forces directement et efficacement à l'abaissement de ce Prince; LL. DD. MM. II. s'engagent dès à cette heure réciproquement, à promettre et à procurer même effectivement à cette couronne en ce cas des avantages réels et proportionnés à la part qu'Elle prendra à la guerre et l'on travaillera sur les mêmes principes vis-à-vis de la Cour de Copenhague.

1757 Janvier 22 Art. sép. III. Quoique S. M. le Roi de Pologne, Electeur de Saxe, moyennant la perfidie avec laquelle le Roi de Prusse s'est emparé de Ses Etats Electoraux soit presque entièrement hors d'état de pouvoir satisfaire à Ses engagemens et contribuer et concourir par conséquent à l'exécution du projet de l'abaissement du Roi de Prusse: Les deux Cours Impériales feront ce néanmoins tout ce qui pourra dépendre d'Elles, non seulement pour remettre ce Prince dans la possession de Ses Etats Electoraux, mais même pour lui procurer aux dépens du Roi de Prusse une satisfaction convenable pour les torts et dommages qu'il a soufferts dans la ferme confiance toutefois, que S. M. Polonaise fera de Son côté tout ce qu'Elle pourra pour seconder les efforts des deux Cours Impériales.

Art. sép. IV. Il a été convenu entre S. M. l'Impératrice de toutes les Russies et S. M. l'I. R. de Hongrie et de Bohême, que la langue Française qui a été employée dans la rédaction de l'acte de la présente convention signée aujourd'hui ne pourra pas être citée à l'avenir comme un exemple, qui puisse tirer en conséquence, ni porter préjudice en aucune manière aux parties contractantes, et que l'on se conformera à l'avenir à ce qui a été observé et doit être observé de la part des Puissances susdites, qui sont en usage et en possession de donner et de recevoir des exemplaires de semblables actes en une autre langue que la Française.

Ces quatre Articles séparés seront ratifiés par les deux hautes parties contractantes en déans le même terme, que la convention.

En foi de quoi nous avons signé et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg ce vingt et deuxième Janvier mil sept cent cinquante sept.

ALEXY, COMTE DE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW. NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

ARTICLE SÉPARÉ ET SECRET.

S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, en augmentant de la manière très considérable le secours qu'Elle s'est engagée à fournir par l'article IV séparé et secret du traité conclu le 22. de May l'an 1746: Sa dite Majesté se chargeant de plus de l'entretien de toutes ses troupes par mer et par terre, ainsi que de tous les frais des opérations qu'elles feront, et S. M. l'Impératrice Reine en vertu du dit article IV séparé et secret ayant promis de payer deux millions de florins à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, lorsqu'Elle sera rentrée dans la possession de la Silésie et du Comté de Glatz: S. M. l'Impératrice Reine déclare, promet et s'engage à payer au lieu et à titre de tous ses objets annuellement et aussi longtems que la présente guerre durera, un million de Rbls à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, et cela de la façon suivante, savoir: 500000 Rbls d'abord après l'échange des ratifications de la présente convention, et 500000 Rbls six mois après, de sorte qu'au moyen de cet arrangement ainsi réglé S. M. l'Impératrice de toutes les Russies aura à recevoir chacun des dits payements de 500000 Rbls toujours six mois d'avance pendant tout le cours de la présente guerre.

En revanche S. M. l'Impératrice de toutes les Russies tiendra S. M. l'Impératrice Reine quitte de deux millions stipulés par l'article IV séparé et secret ainsi que de tous les frais faits et à faire tant pour les différents corps des troupes stipulés par le traité de l'an 1746 et

dit article IV que pour l'augmentation arrêtée par la convention signée aujourd'hui, en un mot de toute autre prétention quelconque. 1757 Januar 21

Le présent article séparé et secret sera ratifié par les deux hautes parties contractantes en déans le même terme que la convention.

En foi de quoi nous l'avons signée et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait à St. Pétersbourg ce vingt et deuxième Janvier mil sept cent cinquante sept.

ALEXIS, COMTE DE BESTOUCHEFF-RUMIN. MICHEL, COMTE DE WORONZOW. NICOLAS, COMTE D'ESTERHASY.

---

6. TRAITÉ ENTRE LE ROI DE FRANCE ET LE DUC DE MECKLENBOURG-SCHWERIN[1].

1757 April 1. Schwerin.

Louis par la grace de Dieu Roi de France et de Navarre a tous ceux qui ces presentes lettres verront Salut. Comme notre cher et bien amé le S. de Champeaux notre Envoyé en basse Allemagne auroit en vertu du pouvoir que nous lui en avions donné conclu arrêté et signé le premier du présent mois d'Avril avec les Ministres d'Etat de notre tres cher et bien amé Cousin le Duc de Mecklenbourg, pareillement munis de ses pouvoirs un traité d'union et bonne intelligence dont la teneur s'ensuit. 1757 April 1.

Comme le Roy et le Duc de Mecklenbourg se sont trouvés dans la resolution de former les noeuds d'une sincere union sur le fondement des Traités de Westphalie ainsy que de contribuer au promt retablissement de la Paix de l'Empire, Sa Majesté et Son Alt.^se^ Ser.^me^ ont jugé, que le meilleur moyen de remplir de si louables vues étoit de constater leurs intentions par un Traité, qui fut rélatif aux circonstances presentes; Et a cet effet le Roy et le Duc ont autorisé, savoir Sa Majesté le Sr de Champeaux son Envoyé dans le Cercle de la basse Saxe, et sadite Alt.^se^ Ser.^me^ Ses Ministres d'Etat, le Bon de Ditmar, le Cte de Bassewitz, et le Sr de Both, lesquels apres avoir échangé leurs Pleins-Pouvoirs respectifs sont convenus des articles suivants.

ART. I. Il y aura une parfaitte union et intelligence entre le Roy et le Duc de Mecklenbourg et Son Alt.^se^ Ser.^me^ promet de ne fournir aucun Secours ni assistance directement ou indirectement en Troupes, recrües, argent, ni de quelque autre façon quelconque aux ennemis de S. M. T. C. et de ses alliés, ni contre le Roy, L'Imp.^ce^ Reine et leurs alliés sous quelque pretexte que ce soit, sans pourtant deroger à l'entiere liberté du commerce de grains, de Chevaux et d'autres productions du pais, assurée aux Etats et Sujets de Son Altesse par les loix du Pais. Le tout conformement aux loix et constitutions de l'Empire et nommement a la Paix publique.

ART. II. Son Alt.^se^ Ser.^me^ promet de ne se point départir des Suffrages qu'Elle a donné a la Diette dans la déliberation sur laquelle a été formée la resolution du 17 Janvier dernier; En consequence Elle s'engage de ne donner son Suffrage et son concours ni pour faire une guerre de Religion de la presente Guerre deffensive, ni pour traverser les deliberations de l'Empire, ni pour aucune opposition a l'introduction

[1] Nach dem Originale im Staatsarchive zu Schwerin.

1757 April 1. des Troupes qui sont envoyées par le Roi en Allemagne, tant comme garant des Traités de Westphalie, que comme auxiliaire de l'I. R. de Hongrie et de Boheme, a l'effet de faire cesser les troubles de l'Empire.

ART. III. Le Ser.me Duc promet et s'engage de donner aux Troupes de S. M. et de ses alliés le passage libre par ses Etats lorsqu'il en sera requis, et de n'exiger aucun droit de péage, nommement des munitions de Guerre et de bouche, habillemens, équipemens, artillerie et autres effets qui pouront passer par ses dits Etats; sauf le payement des Etapes.

ART. IV. Le Roy et le Duc s'engagent reciproquement à rendre les deserteurs de part et d'autre sur la requisition qui en sera faite, et l'on fera la dessus un Cartel en forme.

ART. V. Au moyen des presentes conditions et par consideration pour la position des Etats du Duc, S. M. promet de s'interesser aux avantages du Duc et d'employer Ses bons offices a la Cour de Vienne au Sujet des differences qu'il a ou aura avec ses voisins, et notamment avec les Rois d'Angleterre et de Prusse au sujet des douze Baillages de son Duché de Mecklenbourg qui sont detenus par ces Princes. S. M. s'employera en outre, autant qu'il sera possible, pourque dans la Paix génerale de l'empire les avantages, la sûreté et les interêts du Duc soient compris et assûrés.

ART. VI. Si en haine du present Traité ou sous quelque pretexte que ce soit, lès Etats de Son Alt.e Ser.me venoient à être attaqués pendant cette guerre, S. M. T. C. s'engage a lui donner les secours les plus efficaces pour la protection et deffense des dits Etats.

ART. VII. Le present Traité durera tant que la guerre actuellement allumée en Allemagne subsistera et jusqu'à l'entier rétablissement de la paix. Cependant on se reserve la liberté de faire à ce Traité les changements qui seroient jugés convenables de part et d'autre.

ART. VIII. S. M. T. C. et S. A. S. sont convenues de garder le Secret le plus inviolable sur le present Traité.

ART. IX. Le present Traité sera ratifié par le Roy et le Duc six semaines après la Signature ou plustost, si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés Ministres Plenipotentiaires respectifs de S. M. T. C. et de S. A. S. avons signés de nos mains le present Traité et l'avons muni des cachets de nos armes.

A Suerin le premier d'avril 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. DE BASSEWITZ. BOTH.

Es folgt die Schlußformel der zu Versailles am 19 April 1757 von Ludwig XV vollzogenen und von Rouillé gegengezeichneten Ratification.

ARTICLE SÉPARÉ.

Comme dans le Traité conclu aujourdhui entre le Roi et le Ser.me Duc avec les changemens qu'exigent les circonstances actuelles, il y a quelques expressions que par menagement pour ce Prince on n'a pas voulu trop etendre, mais qui pouroient dans la suite faire naitre des difficultés si l'on ne prenoit la precaution de les eclaircir; il a été convenu entre Sa Majesté et Son Alt.e Ser.me que dans tous les Articles ou les Termes d'Ennemis de S. M. T. C. et de ses alliés se rencontrent, on entend de part et d'autre sous cette denomination les Rois

d'Angleterre et de Prusse tant en leur qualité de Rois que d'Electeurs et tous ceux qui s'uniront a leur parti. 1757 April 1.

Cette declaration sera tenue dans le plus profond secret de part et d'autre, et elle aura la meme force que si elle etoit inserée de mot a mot dans le Traité signé cejourdhui; elle sera ratifiée de la meme maniere et les Ratifications en seront echangées en meme tems que celles du Traité.

En foi de quoy nous envertu de nos Pleinpouvoirs respectifs avons signé le present article separé.

Fait a Suerin le premier d'avril 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. DE BASSEWITZ. BOTH.

Die Ratification des Separatartikels ist ebenfalls von Ludwig XV zu Versailles den 19 April vollzogen. Die Ratificationen des Herzogs Friedrich sind zu Schwerin den 29 April 1757 ausgefertigt.

---

7. PLAN DE TRAITÉ ENTRE LE ROI DE FRANCE ET LE DUC DE MECKLENBOURG-SCHWERIN[1].

1757. December 1. Schwerin.

Le salut de l'Allemagne dépendant non seulement de la cessation de la guerre et du rétour d'une paix prompte, mais aussi du rétablissement d'un Equilibre interieur dans l'Empire, qui facilite l'observation des loix et l'execution du traité de Westphalie, S. A. S^me^ le Duc de Mecklenbourg toujours rempli du plus grand zèle pour le bien de la Patrie, n'a pas cru pouvoir se dispenser d'entrer dans les vues qui lui ont été proposées pour parvenir à cet objet et S. M. T. C. ayant chargé de cette négociation le Sr de Champeaux Envoyé de S. M. dans le Cercle de la Basse-Saxe et S. A. S. ses Ministres d'Etat, le Bon de Ditmar et le Cte de Bassewitz, ils ont échangé leurs Pleinpouvoirs respectifs, et sont convenus des articles suivants qui ne sont qu'un développement du Traité conclu le 1er d'Avril de cette année. 1757 Dec. 1.

I. Le Duc de Mecklenbourg promet que dans le cas, où il sera jugé convenable, que l'Armée auxiliaire de l'Empire se porte dans le Brandebourg et la Pomeranie pour en faire le Théatre de la guerre, S. A. S. remettra en dépot au Roi T. C. comme Garant du Traité de Westphalie et par conséquent à l'Empereur et à l'Empire pendant la présente guerre la ville de Dömitz et sa Forteresse pour y établir ses Magazins. Elle consentira aussi, que la Garnison de ses Troupes y restant, l'Armée auxiliaire de l'Empire y mette des Troupes. Celles-ci auront un Commandant François qui prêtera serment au Duc de Mecklenbourg comme Proprietaire et Souverain de cette place pour n'y pas toucher à l'administration Ecclesiastique civile et judiciaire dans cette place ni aux revenues ni aux Caisses du Duc; qui consentira en outre que l'armée auxiliaire introduisse des Troupes dans les Villes des Baillages de Mecklenbourg qui sont hypothéqués à l'Electorat d'Hannovre et dans celles des Baillages que tient le Roi de Prusse, pour en faire, pendant la guerre présente, l'usage qui sera jugé le plus convenable à la cause de l'Empire sans être pernicieux aux interêts de S. A. S^me^.

[1] Nach dem Original im Staatsarchiv zu Schwerin.

1757 Dec. 1. II. Mais dans le cas où le Roi jugera à propos de mettre des Troupes dans les villes des Baillages hypothequés et retenues, S. M. promet de ne point retirer ses Troupes sans en avertir le Duc de Mecklenbourg, et de remettre ces Villes à des Troupes Mecklenbourgeoises si le Duc souhaite d'y en introduire.

III. S'il est jugé à propos de faire des travaux à Dömitz ou ailleurs pour assûrer les places et les mettre hors de surprise, ce sera aux fraix de S. M. T. C. Le Duc de Mecklenbourg ni ses Sujets ne seront point obligés d'y rien fournir. S'ils y fournissent quelque chose que ce soit, ils seront payés, et à la paix les Villes et la Forteresse de Dömitz seront rémises immédiatement à S. A. S. avec les travaux qui y auront été faits, sans qu'on en démolisse rien et qu'on y fasse aucun changement qu'autant que le Duc pourroit le souhaiter.

IV. En cas, que les évènements de la guerre tournent peu favorablement et que le Roi de Prusse et ses alliés viennent à s'emparer de cette forteresse S. M. s'engage à ne jamais consentir à la paix, que sous la condition que cette place sera restituée à S. A. S. en son entier, sans y faire aucune démolition, brêche ou préjudice, et de même sans qu'on restitue à ce Prince les autres portions de son Territoire, qu'on pourroit lui avoir enlevé pendant la présente guerre. Et la promesse que l'Empereur a fait de la réparation de tous autres dommages subsistant toujours, le Roi engage ses bons offices en faveur du Duc, pour la remplir, si le cas arrive.

V. Le Roi T. C. s'engage à faire comprendre S. A. S. dans le Traité de paix et pour le mettre à couvert du ressentiment des Princes mécontents du parti que le Duc a pris dans les affaires présentes, S. M. s'engage à faire avec la Suede et le Mecklenbourg après le retablissement de la paix un Traité d'Alliance defensive qui aura pour objet la défense commune de leurs Etats, en cas d'une offension.

VI. S. M. s'engage encore dans le cas suposé par l'article IV. à employer au retablissement de la paix tout son credit afin que le Duc de Mecklenbourg parvienne à son juste dessein, de recouvrer les Baillages que les Cours d'Hannovre et de Berlin lui retiennent, et que ces Cours ne puissent se dispenser sous aucun pretexte de les restituer, à mésure que S. A. S. payera ce qui est du, dont on fixera la Somme et les Termes dans le Traité, s'il est possible, et en cas que cela ne se puisse pas, S. M. s'engage à faire stipuler dans le Traité que la Somme et les Termes seront fixés en six mois par des arbitres ou Commissaires, qui seront aussi nommés par le Traité.

VII. Mais dans le cas où les évènemens de la guerre seroient assez heureux pour la France et pour l'Empire pour obtenir quelque avantage par le traité de paix, le Roi s'engage à la négociation de la paix à se faire ceder en dédommagement des fraix de la guerre ou comme conquêtes tant les prétentions des Cours d'Hannovre sur les Baillages du Mecklenbourg qui lui sont hypothequés que celles de la Cour de Berlin sur les Baillages qu'elle retient, et de remettre ces Baillages au Duc de Mecklenbourg sous la condition d'entretenir pour le Service du Roi dans l'Allemagne pendant l'Espace de .... ans M. Fantassins qui cependant ne serviront jamais contre l'Empereur ni contre l'Empire, ni dans une guerre de Religion contre des Cours de la réligion protestante, et qui passeront la première Revue un an après que le Duc sera mis en possession de tous les Revenues de ces Baillages.

VIII. Si les hostilités recommencent avec l'Electorat d'Hannovre et que les évenemens soyent favorables à la France, le Roi promet au

Duc de Mecklenbourg que ses generaux s'empareront aussitôt que la raison de guerre le permettra non seulement des Baillages qu'il reclame, mais aussi du Duché de Saxe-Lauenbourg et que sur le champ S. M. lui remettra les Baillages aux conditions proposées dans l'article précedent et aussi le Duché de Saxe-Lauenbourg sous d'égales conditions pour l'entretien de M. autres Fantassins pendant .... ans et qu'à la paix Sa Majesté se fera ceder comme conquêtes ou dédommagement de fraix de la guerre non seulement ces prétentions sur les Baillages, mais aussi le Duché de Saxe-Lauenbourg pour les remettre à S. A. S. conformement à ce qui a été expliqué dans l'article précédent. En cas que la guerre presente ne fournisse pas aucun moyen de faire passer le Duché de Saxe-Lauenbourg au Duc de Mecklenbourg, comme il est proposé dans cet article, S. M. lui promet de l'aider en toute occasion de ses bons offices pour faire reconnoitre et valoir ses droits sur ce Duché. 1757 Dec. 1.

IX. S. M. promet enfin, de faire à la paix tous ses efforts de concert avec ses alliés pour engager le Roi de Prusse, à donner une satisfaction entière au Duc de Mecklenbourg sur les justes prétentions, que le Duc a sur ce Prince, et au pis-aller à ratifier la transaction faite à Ratisbonne le 1 d'Aout 1756 entre les Ministres plenipotentiaires de part et d'autre.

X. Le Roi T. C. s'engage à faire acceder à ce Traité et à ses engagemens l'Empereur, la Cour de Vienne et la Couronne de Suede attendû qu'ils en partagent les avantages et qu'en s'y prêtant S. A. S^me^ a eu leurs intérêts en vue.

Le présent Traité sera ratifié par le Roi et par le Duc six semaines après la signature, ou plûtôt si faire se peut. En foi de quoi nous soûsignés Ministres Plenipotentiaires respectifs de S. M. T. C. et de S. A. S. avons signé de nos mains le présent Traité et l'avons muni des cachets de nos armes.

A Suerin le 1er Decembre 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. BASSEWITZ.

ARTICLES SÉPARÉS.

I. Le Roi de Prusse ayant par la force et sans aucun titre enlevé depuis quelques années au Duché de Mecklenbourg une Paroisse et quelques Villages, qu'il a joints à la Terre d'un de ses Vassaux en Pomeranie et n'étant pas à présumer qu'il soit de l'intention de la Couronne de Suede de s'approprier cette usurpation ni de celle de la France de l'autoriser en cas que la Suede vient à acquérir la Pomeranie Brandebourgeoise dans la guerre présente, Sa Majesté T. C. fera tout son possible, pour engager dans ce cas la Couronne de Suède à consentir qu'on examine les Droits du Duc de Mecklenbourg sur ces Villages, afin qu'ils lui soient restitués, s'il est prouvé qu'ils lui appartiennent.

II. Le Duc de Mecklenbourg ayant réprésenté, qu'il lui seroit très-avantageux de pouvoir rentrer en possession de la Ville de Wismar et des Baillages de Neukloster et Poël, qui sont enclavés dans ses Etats, et qu'il en pourroit resulter aussi des avantages à S. M. par les traitemens que le Duc s'engagera à faire au commerce et à la navigation de la France, et ayant demandé, qu'en cas, qu'il y eut dans la suite occasion de traiter de nouveau avec la Suede pour les Con-

1757 Apr. 1. quêtes qu'elle pourra faire dans la présente guerre, S. M. promet d'employer tout son credit pour engager la Suede à ceder en retour des avantages qu'on lui feroit, au Duc de Mecklenbourg, Wismar et les dits Baillages.

En échange de quoi le Duc cederoit encore à la Couronne de Suede ses prétentions sur la Suede, le Dannemarck, la Maison Electoral de Saxe, comme aussi la prétention de deux Canonicats à Halberstadt et Magdebourg.

Ces articles auront la même force que s'ils étoient inserés de mot à mot dans le traité signé cejourd'hui. Ils seront ratifiées de la même manière, et les ratifications en seront échangées en même tems que celles du Traité.

En foi de quoi nous, en vertu de nos Pleinpouvoirs respectifs, avons signés les présentes articles separés. Fait à Suerin le 1er Decembre 1757.

CHAMPEAUX. DITMAR. BASSEWITZ.

Eine Ratification des Vertrages und der Separatartikel vom 1 December 1757 ist im Staatsarchive zu Schwerin nicht vorhanden. Vgl. o. S. 496.

II. BRIEFE. BERICHTE. ACTENSTÜCKE.

1. Graf Marishal an König Friedrich II. 1754

Sire

Mardi le 1r du mois j'ai prêsenté à M. de St. Contest M. de Knyphausen et la lettre de vos ministres. Je rends grace à V. M. du soulagement que par là vous m'accordez. Recevez aussi, Sire, mes très-humbles remerciments de ce qu'il vous a plû de me dire d'obligeant et des récompenses que vous avez la bonté de m'offrir. Celle que je souhaite est que V. M. soit persuadée que je vous ai servi fidèlement, de bon coeur et par reconnoissance. A mon âge que pourrois-je desirer? à moins que je ne vous demande un épitaphe à mettre sur l'olivier sous lequel je conte être niché un jour. J'ay l'honneur d'être avec le plus profond respect Jan. 5. Paris.

Sire
de Votre Majesté
le très humble, très obéissant et très fidèle
Serviteur
LE MARÉCHAL D'ECOSSE.

2. Friedrich II an den Freiherrn von Knyphausen. 1755

Knyphausen hatte in seinem Berichte vom 7 April 1755 sich über die finanziellen Hilfsquellen Frankreichs ausgesprochen, welche denen von England mindestens gleichkämen.

J'ai reçu votre rapport du 7e de ce mois qui m'a extrêmement choqué par le pitoyable raisonnement que vous y avez fait en voulant comparer le parti de la France en Europe contre celui de l'Angleterre, en sorte que je ne veux point vous cacher, que jamais je n'ai reçu aucune relation de quelqu'un de mes ministres aux cours étrangères aussi legère et peu solide que celle de vous, remplie de faussetés ouvertes et de gasconnades ridicules de jeune homme sans fond et sans expérience. Aussi en suis-je si mal édifié, comme si elle m'étoit venue de la part d'un jeune homme qui ne fait que de sortir du collége, qui se laisse imposer par des gens fanfarons et qui prend du clinquant pour de l'or. Enfin je ne puis pas finir sur cet article sans vous dire encore, qu'il faut que vous ayez fabriqué cette relation sur des propos légers d'une compagnie des petits-maîtres ou de quelques dames qui ne sont jamais sortis de Paris ou bien sur ceux de quelqu'un qui Apr. 19. Potsdam.

rempli de prévention ridicule n'a aucune connoissance ni de l'état de la France ni de celui de l'Angleterre. C'est donc en conséquence que je vous avertis serieusement de ne plus donner dans des pareilles bévues grossières, mais de réfléchir bien sur ce que vous voulez me mander, afin de ne pas perdre autrement toute ma confiance.

1755

3. Knyphausen an den König.

Juli 24. Compiègne.

— Mr. Rouillé m'a fait appeler pour me notifier que S. M. T. C., ne désirant rien avec plus d'ardeur que de donner à V. M. dans toutes les occasions et particulièrement dans le moment présent des preuves de sa confiance, avoit fait choix du duc de Nivernois pour lui faire part de ses vues et pour se concerter avec elle sur les mesures qu'il conviendroit de prendre, relativement à l'acte de hostilité que l'Angleterre venoit de commettre. — Qu'au reste on ne laisseroit M. de Nivernois que fort peu de temps à Berlin et simplement pour l'exécution de cette commission et que, comme il étoit actuellement plus nécessaire que jamais d'avoir quelqu'un à la cour de V. M. qui lui fût agréable et en qui elle eût confiance, on rappelleroit incessamment M. de la Touche et le remplaceroit par quelqu'un dont elle eût sujet d'être satisfaite. Le ministre m'a même fait entrevoir dans cet entretien qu'on feroit choix du marquis de Valory, si elle le désiroit, en un mot tout ceux qu'elle désigneroit seroient agréable au roi son maître. Le maréchal Belleisle, dont le fils a épousé la fille du duc de Nivernois, m'a prié le même jour d'appuyer la première de ces deux propositions auprès de V. M. et de l'assurer que M. de Nivernois contribueroit avec le plus grand zêle aux intérêts réciproques des deux cours.

4. Knyphausen an den König.

Juli 31. Compiègne.

Le duc de Nivernois — me repète tous les jours, que comme il ne veut aller à Berlin que dans la certitude morale de réussir dans sa négociation, il ne se chargera d'aucune proposition qu'il croira être contraire aux intérêts de V. M. et incompatible avec sa sûreté. J'ai tout lieu de supposer que V. M. sera contente de ce choix. M. de Nivernois ne réunit non seulement beaucoup d'esprit avec beaucoup de savoir et de douceur, mais il jouit aussi d'une grande considération, et tout ce qui sera proposé par lui sera très-bien accueilli et fera impression sur le roi et sur le ministère. C'est d'ailleurs un des plus zélés admirateurs que V. M. ait dans ce pays-ci et qui a toujours fait profession du plus grand attachement pour sa personne.

5. Friedrich II an Knyphausen.

Aug. 9. Potsdam.

— Il vous est connu ce que je vous ai dit à Wesel —: que les propos, que les ministres de l'Angleterre avoient tenus au duc de Mirepoix, n'étant pas authorisés par la nation, n'auroient dû être regardés par ce ministre que comme étant des sentiments particuliers de quelques uns des ministres Anglois, mais non pas la réponse de nation à nation. — — Je ne vois dans le ministère de France ni système ni projet arrêté.

6. Knyphausen an den König. 1755

Der Einfluſs der Pompadour wächst von Tag zu Tag. Aug. 29. Paris.

— la nomination du duc de Nivernois et l'extrême confiance qu'on temoigne à l'abbé Bernis, qui sont l'un et l'autre ses créatures, prouve évidemment — qu'elle prend part aussi aux affaires les plus importantes. Il est certain qu'on n'a entrepris aucune démarche dans la conjoncture présente sur laquelle elle n'ait été consulté. — Le duc de Nivernois, l'abbé de Bernis et le maréchal de Belleisle — ont actuellement le plus de part à sa confiance —.

7. Friedrich II an Knyphausen.

Antwort auf Knyphausens Meldung vom 22 August, daſs Rouillé vielleicht das auswärtige Ministerium an Bernis abgeben werde. Sept. 1. Potsdam.

— bien l'abbé Bernis soit un galanthomme qui a de l'esprit, la conversation agréable et des talents, je doute cependant qu'il ait la tête assez forte pour suffire à un département si important que celui des affaires étrangères, surtout dans un temps aussi épineux que celui-ci.

— que d'autre côté je ne saurois pas être avec les Saxons dans une même alliance.

8. Knyphausen an den König.

— quoique V. M. ait un grand nombre de partisans dans ce pays-ci, il n'y a aucun qui soit aussi zélé pour ses intérêts et sa gloire que l'est le maréchal de Belleisle. Sept. 8. Paris.

9. Friedrich II an Knyphausen.

— Au reste je ne veux pas vous laisser ignorer, et vous pouvez même en glisser quelque chose dans les entretiens avec M. de Rouillé, qu'on m'est venu faire des ouvertures assez singulières et importantes, dont je me réserve cependant de communiquer le détail au duc de Nivernois dès qu'il sera arrivé chez moi. Sept. 18. Au Camp de Breslau.

10. Friedrich II an Knyphausen.

— J'ai été prodigieusement surpris de la résolution que la cour de France a prise en relâchant la frégatte Angloise. — Je ne puis dissimuler à vous que la conduite que le ministère de France tient à ces égards est des plus pitoyables qu'on puisse imaginer, et qu'il me semble qu'ils fassent comme les enfants, qui en se tenant les mains devant les yeux se croyent cachés devant tout, de sorte que je crains véritablement, que ce ministère deviendra encore la risée de toute l'Europe par tant de foiblesse. Sept. 28. Potsdam.

11. Friedrich II an Knyphausen.

— Au surplus puisque vous dites que la France ne veut point se décider avant qu'elle ne se soit concertée avec ses alliés, expliquez-moi, je vous prie, qui sont proprement ces alliés, qui elle veut exciter? October 18. Potsdam.

Elle n'est point d'accord avec l'Espagne, pour la cour de Turin, elle ne la comptera pas entre ses alliés; son traité avec moi va finir au mois de May qui vient; ainsi qu'il ne me reste que le Dannemarc, la Suède et l'électeur Palatin pour se concerter. — Que M. de Rouillé se souvienne que le terme de mon traité avec la France va expirer et que de sorte qu'on se prend à mon égard relativement à la Saxe, j'aurai de la peine à renouveller mon traité, ce que vous ne laisserez pas à insinuer intelligiblement à ce ministre, quoique avec douceur et de la modération et en termes modifiés. Mais quant à vous, je veux bien vous confier, bien qu'absolument pour votre direction seule, que pourvu que la France prendra des engagemens avec la cour de Dresde, je ne pourrai que de me retirer du jeu et que je ne mettrai pas la plume à la main pour signer le renouvellement de mon traité avec la France.

12. Knyphausen an den König.

1755 ctober 27. Paris. — Le duc de Nivernois, qui est outré de la lenteur du ministère de France et croit que V. M. est seule capable de le tirer de l'inaction dans laquelle il languit, fait tout ce qu'il peut pour décider le roi à lui ordonner de partir. J'ai cependant lieu de supposer que M. Rouillé l'emportera et que le départ de ce ministre n'aura point lieu avant la fin du mois de Novembre.

13. Knyphausen an den König.

Nov. 7. Paris. — Je me suis acquitté auprès du M. Rouillé des insinuations que V. M. m'a ordonné de lui faire en conséquence de sa lettre du 18 d'Octobre touchant le traité de subsides que la France se propose à faire à la cour de Saxe. — Sur quoi M. Rouillé m'a répondu: qu'on avoit beaucoup de déférence pour les avis de V. M. et grande envie de conserver son amitié; mais qu'on s'étoit trop avancé avec la cour de Saxe pour pouvoir reculer honorablement, à moins qu'il ne se présente quelque prétexte pour cet effet. Qu'on avoit fait porter des paroles positives à cette cour par le canal du Sr de Linau —. M^{r} le Dauphin se donne de grands mouvemens pour former cette alliance et — le Cte de Vitzthum qui vient d'arriver y travaille de son mieux avec beaucoup de chaleur.

14. Friedrich II an Knyphausen.

Nov. 8. Potsdam. J'ai été bien aise d'avoir été instruit par vous des points de l'instruction qu'on va donner au duc de Nivernois, qui quelque vague, quelque misérable qu'elle soit, m'indique au moins où ces gens-là en veulent.

15. Friedrich II an Knyphausen.

Nov. 15. Potsdam. — Je vous dirai cette fois, qu'ayant réfléchi sur l'éloignement singulier que le ministère de France marque contre toute guerre de terre et son irresolution à envahir les pays-bas Autrichiens, il m'est venu la pensée s'il n'y a pas peut-être quelque chipotage secret entre les cours de Versailles et de Vienne.

16. Friedrich II an Knyphausen. 1755

— Quand à la malheureuse défaite du général Dieskau vous devez me marquer avec cette fidélité que j'attends de vous, — si toutes ces nouvelles accablantes pour la France ne font pas l'effet sur le roi pour qu'il ouvre les yeux sur la mauvaise administration de ses affaires, et qu'il soubçonne au moins qu'elles vont mal et de mal en pis. Nov. 22. Potsdam.

17. Correspondenz König Friedrichs II mit Herzog Karl von Braunschweig über die Neutralität Hannovers. August bis December 1755.

1. Apostille d'une lettre du duc régnant de Brunswig à son frère le Prince Ferdinand.

Voici le cas annoncé dans la lettre; ma précédante étoit partie deux jours quand le correspondant du président de Münchhausen m'en apporta une dans laquelle après des complimens il dit: La conviction que j'ai de l'estime infinie de S. M. le roi pour Mme la princesse Caroline ne me rend pas d'autant plus facile à me flatter, que votre cour voudra bien cimenter nos espérances connues, en évitant des démarches qui en pourroient reculer ou embarasser l'accomplissement et en montrant au roi une véritable affection et participation à la situation épineuse à laquelle un devoir indispensable de maintenir les droits de sa couronne vient l'exposer; Aug. 8.

S. A. S. est trop éclairée et connoît trop bien les intérêts de sa maison pour n'apercevoir point qu'une invasion de ce pays ne peut jamais lui être indifférente.

Elle peut compter aussi, que le roi pense effectivement de la sorte par réciprocité et relativement au pays de Brunswig, et s'il y a des raisons qui empêchent dans l'instant S. A. S. de s'engager à joindre effectivement ses forces à celles du roi pour la défense de ses possessions Allemandes, il n'en sera pas de même à l'égard des bons offices qui pourront être employés soit pour faciliter indirectement la défense du pays du roi.

D'un autre côté ou ne sent que trop bien ici de quel effet et de quelle importance sera dans cette crise la contenance qu'au cas de rupture entre l'Angleterre et la France observera S. M. le roi de Prusse, et il en résulte une idée assez naturelle que j'ose vous confier et qui est celle; qu'il plût à monseigneur le duc ou à S. A. R. madame la duchesse de disposer S. M. Prussienne à déclarer, qu'au cas que la France attaquât, ou fît mine d'attaquer à l'occasion des présentes brouilleries en Amérique les pays Allemands du roi, S. M. Prussienne n'empêchera point ni directement ni indirectement S. M. de prendre toutes les mesures possibles pour la défense de ces mêmes pays. Ce sera sûrement la plus grande et la plus essentielle marque d'amitié que LL. AA. peuvent donner au roi, et qui ne laissera d'opérer la plus vive reconnoissance; c'est pourquoi je n'en puis assez recommander l'effectuation à votre droiture et affection pour les intérêts communs des deux sérénissimes maisons, vous priant etc.

2. Réponse du roi (de Prusse) au Prince Ferdinand.

Que le duc pourroit bien croire que le roi avoit été très surpris des propositions que le roi d'Angleterre lui avoit fait; mais comme il Aug. 9.

convenoit de répondre, le roi prioit le duc de dire à son correspondant en même temps: qu'il m'avoit sondé sur les propositions du roi d'Angleterre et que j'avois répondu, qu'il étoit libre à tout le monde de prendre des précautions pour sa sûreté; que personne ne s'étoit avisé de contrecarrer le roi d'Angleterre dans les traités subsidiaires qu'il avoit conclu tant avec la Saxe qu'avec la Hesse et ceux de Gotha. Que pour de déclaration formelle ce n'étoit pas le cas ni le tems de la donner, mais qu'il seroit à désirer pour le bien de l'Europe qu'on pût accommoder les différences qui s'élevoient entre la France et l'Angleterre et qu'on étouffât cette étincelle avant que l'embrasement devint general; que je serois charmé d'y contribuer et que le roi d'Angleterre pouvoit compter que je m'y porterois avec le plus grand zêle.

1755 Aug. 11.

3. Du duc régnant de Brunswic au roi.

Vingt-quatre heures étoient à peine écoulées depuis la respédition du courier de V. M., qu'on me fit avertir d'Hannovre que mylord Holdernesse viendroit ici. Il arriva samedi et demanda hier dimanche une audience particulière, dans laquelle il m'exposa combien le roi son maître et toût le ministère Anglois reconnoissoit que la tranquillité de l'Allemagne et surtout que son maître y possède dépendoit de V. M. Il ajouta que la puissance formidable de V. M. l'étoit d'autant plus par la supériorité de génie de V. M. Que ces considérations avoient determiné le roi son maître de l'envoyer pour me prier de me charger des propositions qui, à ce qu'il espéroit, ne seroient pas trouvées indignes de l'attention de V. M.

Je ne lui ai pas dissimulé que peut-être V. M. ne pourroit pas trouver convenable que je me mêlasse de cette commission, cependant la même incertitude sur les volontés de V. M. m'empêchant cette fois-ci comme auparavant de m'y refuser entièrement, j'ai cru de mon devoir de les entendre. J'ai demandé au ministre Anglois de me donner par écrit ces propositions, mais il s'en est défendu sous prétexte d'en manquer d'ordre. Il a consenti cependant de les répéter devant un de mes ministres, qui en ayant fait à mesure qu'il parloit une minute et la lui ayant lue, il n'a pas hésité de la reconnoître tout-à-fait conforme à ses discours, ce qu'il a assuré aussi dans ma présence.

C'est cette minute que je présente ici jointe à V. M., remettant à ses lumières et son bon plaisir, si et comment elle trouve à propos que je sois chargé de ses ordres là-dessus. Il ajouta d'une façon indirecte et assez fine que ce qui procureroit le plus d'estime et de considération auprès de la nation à moi et à ma maison, seroit si on verroit que j'étois bien auprès de V. M. et qu'elle nous honoroit, moi et sa nièce, de sa haute bienveillance.

4. Précis des discours de mylord Holdernesse.

Les différends survenus entre l'Angleterre et la France pourroient bien troubler le repos général de l'Europe et même porter le fléau de la guerre au sein de l'Allemagne. On a pourtant de la peine à concevoir, sous quel prétexte on voudroit inquiéter un membre de l'Empire et comment on pourroit colorer une attaque sur les états Allemands de S. M. Britannique en haine des mesures, qu'elle s'est vue forcée de prendre pour la défense des droits et possessions de sa couronne dans le nouveau monde. Une attaque aussi injuste ne pourroit manquer d'être suivie des plus malheureuses conséquences. S. M. se verroit

obligée d'avoir recours aux puissances alliées et des inondations des troupes étrangères mettroient le comble aux malheurs de l'Allemagne. Une telle calamité intéresse trop S. M. le roi de Prusse, pour qu'elle pût la voir arriver avec tranquillité, et les sentimens patriotiques de ce prince sont trop bien connus pour qu'on puisse douter que bien loin d'appuyer l'injustice d'une telle attaque il ne fît ses efforts auprès de ses alliés pour en prévenir les suites funestes. La droiture de S. A. S. et l'intérêt qu'elle doit prendre à la conservation du repos de l'Empire et de la sûreté des états Allemands de S. M. Britannique, tant en vertu des pactes de famille qu'en considération de l'amitié qui subsiste entre les deux branches de la maison, sont des garants de l'empressement avec lequel S. A. S. employera ses bons offices auprès de S. M. le roi de Prusse dans la conjoncture présente, et les vues qu'on a de resserrer de nouveau les noeuds de parenté et d'alliance, pourroient également intéresser S. M. Prussienne et S. A. S. à l'objet en question.

Ce que l'on désire de la part de S. A. S. est qu'elle tâche de disposer S. M. Prussienne à se prêter aux vues patriotiques de S. M. le roi de la Grande-Bretagne pour la conservation de la paix en Allemagne et de la porter à donner une promesse formelle qu'elle n'entreprendra rien directement ni indirectement contre les états de S. M. Britannique dans l'Empire et qu'elle ne prêtera aucun secours à la France dans les dessins qu'elle pourroit avoir contre S. M. Britannique en Allemagne et que pareillement elle ne s'oppose pas aux mesures défensives que S. M. se verroit obligé de prendre en cas d'une telle invasion et même qu'elle préviendroit et empêcheroit la France d'entreprendre rien de pareil.

La réciprocité à accorder à S. M. Prussienne pourra être facile à trouver.

5. Réponse du roi au duc de Brunswic. 1755

Je vous avoue qu'il est fâcheux que des démêlés de peu d'importance dans le fond ayent brouillés la France et l'Angleterre. Les possessions que les deux nations se disputent dans les terres incultes de l'Acadie et du Canada sont un objet si peu important de lui-même, que les fraix que chacune de ces nations a faits pour ses armémens surpassent de beaucoup la valeur du terrain litigieux. Il paroit même que de deux côtés on a agi avec trop de précipitation et que des mesures en mesures ces deux nations se sont engagés dans une rupture ouverte, où elles se sont laissés entraîner sans paroître trop le prévoir. Quoiqu'il en soit dans la situation présente de l'Europe il est sûr, que si l'on n'y prête un promt remède la guerre de l'Amérique passera en Europe, et alors il sera sans doute à craindre que comme un mal contagieux elle ne gagne de proche en proche et ne communique enfin son épidemie à l'Allemagne comme à toutes les autres nations. Aug. 12. Potsdam.

Vous me marquez surtout les appréhensions que vous avez pour le corps Germanique et en particulier pour les possessions que le roi d'Angleterre y a. Quoique vos craintes me paroissent prématurées dans le moment présent, je ne voudrois cependant pas répondre de ce qui peut arriver. La France pour ressentir la rupture des Anglois en Amérique pourroit former des vues sur l'électorat d'Hannovre, ne pouvant attaquer les possessions du roi d'Angleterre à terre ferme. D'un autre côté tout ceci est sur le chapitre des probabilités, mais pour éviter ces troubles et toutes les suites malheureuses et ruineuses qui peuvent en résulter je suis d'opinion, qu'il ne faut point employer des palliatifs,

mais couper le mal dans sa racine, ce qui ne peut se faire que par une bonne paix; je ne vois pas d'impossibilité d'y réussir. Par l'entremise d'amis communs cet ouvrage salutaire pourroit s'acheminer. Je vous ouvre mon coeur et vous parle peut-être avec trop de franchise, mais si la Reine Impératrice ou les Hollandois ou les Espagnols ou le Dannemarc ou quelques uns de ceux là, supposé la Reine Impératrice et moi, nous chargions de la médiation, que je trouvasse le moyen de la faire agréer de la France et qu'en conséquence nous travaillions à rapprocher les esprits, il y a grande espérance qu'entre ci et le printems prochain la paix seroit faite, pourvu que sous main l'Angleterre et la France convinsent des médiateurs et agréassent leurs bons offices. Ce seroit en suite à nous à nous proposer nous-mêmes, ce qui sauveroit l'honneur et la dignité des deux couronnes et vous tireroit de tous vos inquiétudes. C'est croyez moi l'unique remède efficace et le seul par lequel nous pouvrons parvenir à maintenir l'Europe en paix et à empêcher la ruine de la patrie commune. Je me porterai à cette oeuvre salutaire avec tout le zèle possible et certainement je crois qu'après les premières illusions d'animosité dissipées les deux puissances belligérantes auroient lieu d'être satisfaites de la paix.

1755

6. Réponse du duc de Brunswic au roi.

Aug. 22. par laquelle il marque que le lord Holdernesse ayant été parti de Brunsvic avant qu'il ait pu lui communiquer la lettre du roi, il lui en avoit fait parvenir la copie mot pour mot, et qu'il avoit reçu la réponse, dont voici l'extrait:

7. Extrait de la lettre de lord Holdernesse au duc de Brunswic.

La pièce communiquée sent partout la capacité supérieure de la main d'où elle est partie; mais le roi a d'abord remarqué que le jugement, qu'on porte sur les affaires de l'Amérique, provient d'un défaut d'information, qui influe sur le reste. S. M. ne s'en étonne pas parceque le roi de Prusse n'a jusqu'ici entendu qu'une des parties. C'est à quoi il faut suppléer avant toutes choses et j'y travaillerois dès l'instant même, si le peu de jours que j'ai encore à rester ici m'en laissoit le temps et si j'avois à Hannovre les papiers nécessaires. Mon premier soin après mon retour en Angleterre sera de fournir un exposé clair et naturel de l'état de la question entre les deux nations et du progrès de la négociation entre les deux cours, et je me flatte d'être en état de prouver que les objets en dispute sont de la dernière importance pour le salut des colonies Angloises en Amérique, que les prétentions des François sont injustes en elles-mêmes et qu'elles ont été soutenues par l'insulte et la violence, que pendant tout le cours de la négociation la France n'a laissé entrevoir aucun indice d'un esprit de conciliation, que les hostilités ouvertes ont été commencées par la France dès l'année 1754 et que les différents points de dispute en Amérique sont d'une nature si délicate pour l'Angleterre, que le roi n'a pu se disposer de prendre des mesures vigoureuses de défense, sans commettre des droits décidés de sa couronne et sans se relâcher sur la protection que S. M. doit à ses sujets dans les articles les plus essentiels de leur commerce. Le roi n'a jamais varié dans le désir le plus sincère de mener les choses à un accommodement, mais tous ses efforts pour y parvenir ont été jusqu'ici infructueux. Il paroitra à qui la faute en doit être attribuée.

En attendant ces détails, le roi seroit bien aise de savoir ce que S. M. peut attendre de l'amitié de S. M. Prussienne en cas que contre toute justice la France entreprît quelque chose contre les états Allemands du roi, en conséquence des démêlés purement Anglois. L'influence de S. M. Prussienne auprès de ses alliés pourroit bien détourner les calamités d'une guerre générale; mais si ce prince s'employoit en cette occasion, sa puissance dans l'Empire empêcheroit certainement, qu'aucune des parties de l'Allemagne y fût enveloppée.

8. Du roi au duc régnant de Brunswic. 1755

— — quoique je ne prendrois aucun autre engagement avant que le terme stipulé dans ce traité (d'alliance avec la France) ne soit expiré, je ne désavouerai cependant point V. A., si elle voudra en attendant donner à entendre au Ministre Anglois, avec lequel elle est en correspondance là-dessus, mais toujours comme d'elle-même et sans que j'y sois mêlé encore, que pourvu qu'on me feroit faire des propositions raisonnables de la part du roi d'Angleterre, l'on pourroit peut-être arriver au but qu'on s'etoit proposé relativement à la neutralité des états d'Hannovre; qu'il ne falloit cependant pas s'attendre que je m'y ouvrirois le premier, mais qu'il faudroit indispensablement qu'on commenceroit à s'expliquer en me faisant des propositions acceptables. Sept. 1. Potsdam.

9. Lettre du duc de Brunswic au roi.

Un courier Anglois m'apporta hier la ci-jointe lettre, par laquelle le lord Holdernesse a accompagné la déduction qu'il souhaite d'être présentée à V. M. de même qu'une carte de l'Amérique septentrionale. — Après lui avoir promis d'avoir soin de ses déductions et de la carte, comme aussi que d'abord que je serois informé des sentiments de V. M. sur tout ceci, je ne tarderois pas d'en donner part —. Oct. 8.

10. Lettre du lord Holdernesse au duc de Brunswic.

La façon ouverte et confidentielle dont V. A. S. a daigné s'expliquer envers moi exige de ma part la plus vive reconnoissance, et je me flatte qu'elle voudra bien me permettre de m'ouvrir de mon côté avec la même franchise dans cette lettre particulière sur les conjonctures que V. A. S. a formées des intentions de S. M. Prussienne sur l'objet de la neutralité des états Allemands du roi. Sept. 30. Whitehall.

Par les pièces que j'ai eu l'honneur de communiquer à S. M. Prussienne, elle jugera de la justice et même de la modération du procédé du roi envers la cour de France, dans les différends survenus avec cette couronne en Amérique, et que c'est la France elle-même qui a commencée les hostilités dans cette partie du monde, en envahissant une province, dont la possession était décidée en faveur du roi et dont on régloit actuellement les limites, en saisissant par force ouverte et en fortifiant un pays, dont le roi étoit en possession et où la France n'a jamais prétendu même avoir le moindre droit avant l'année 1750, et en attaquant un fort érigé par ordre de S. M. dans son propre territoire. — Mais quelle que soit l'idée que l'on puisse se former des affaires d'Amérique et de leurs suites par rapport à l'Angleterre, il est constant que rien ne peut égaler l'injustice de vouloir impliquer le roi comme électeur, et le roi est trop assuré de l'attachement dévoué de tous ses sujets, pour pouvoir douter qu'il ne se trouve efficacement soutenu par la nation Angloise dans une pareille conjoncture.

Les conséquences en seront toujours fâcheuses. Le roi de Prusse est certainement en état de les prévenir et se concilieroit par ce moyen l'amitié du roi et l'affection de la nation Angloise, pour laquelle S. M. Prussienne a toujours témoigné de l'estime. Et le roi de Prusse pourroit aussi en conservant la paix agir autant pour sa gloire, qu'il n'a jamais jusqu'ici par le succès le plus brillant de ses armes et se verroit assurer par-là la tranquille possession du fruit de ses victoires passées.

Je l'avouerai, Monseigneur, que mon entière ignorance de ce que le roi de Prusse pourroit croire *proposition acceptable*, m'a empêché jusqu'ici de toucher cette corde-là; mais j'ai lieu de croire, que si le roi de Prusse voudroit bien s'expliquer ouvertement en faveur de la neutralité d'Hannovre et sur l'entretien de la paix en Allemagne, on choisiroit un ministre Anglois de confiance, et qui ne seroit pas désagréable à S. M. Prussienne, pour cette négociation, qui pourra se terminer à Berlin, sous les yeux même du roi de Prusse.

1755 Oct. 13.

11. Réponse du roi au duc de Brunswic.

J'ai reçu le factum des Anglois avec les cartes de l'Acadie, que vous avez eu la bonté de m'envoyer. C'est une chose très-compliquée et qu'il semble que le hazard ait pris plaisir d'embrouiller. Je crois qu'on auroit pu s'expliquer nettement dans le traité d'Utrecht sur ce qu'on entend par l'Acadie, et que par quelques éclaircissements on auroit alors pu prévenir les brouilleries des Anglois et des François. C'est à Dieu, le seul juge des rois à décider du droit de ces nations.

Je passe à présent de l'Amérique en Europe et de l'Europe à notre chère patrie. Si j'ai bien compris votre lettre, je crois y avoir entendu que le roi d'Angleterre exige de moi une déclaration de neutralité pour ses états d'Hannovre. Quant à la Prusse je peux lui répondre, que nous n'avons jamais eu de dessein direct ni indirect sur les possessions Allemandes du roi d'Angleterre, sur lesquels nous n'avons ni droits ni prétensions, qu'ainsi je puis répondre de la Prusse, et que certainement nous ne désirons que le maintien de la paix. Mais comment le roi d'Angleterre veut il prétendre de moi (qui ne suis ni en liaisons ni en traités avec lui) que je lui réponde des événements futurs, lui, qui ne s'explique point de ses propres desseins, et qui peut prendre telles mesures qui m'obligeroient à contre-coeur de sortir de l'inaction et de prévenir des conjonctures, dont les dangers pourroient retomber sur l'état que je gouverne. Il est vrai, que l'année 1741 je fus assez heureux que d'arrêter les opérations du maréchal de Maillebois et de donner lieu au traité que le Sr. de Münchhausen signa à Francfort sur le Mayn; mais à présent les conjonctures sont différentes. Je suis à la vérité allié de la France, notre traité est simplement et purement défensif, mais sous quel prétexte pourrois-je couvrir une démarche aussi singulière, que seroit de ma part celle de prescrire des bornes aux mesures qu'elle peut prendre? Ne seroit-elle pas en droit de me dire: „nous avons embrassé vos intérêts lors des différends que vous eûtes avec les Anglois, touchant la déprédation de quelques vaisseaux prussiens, nous vous avons assurés de nos secours, au cas que le roi d'Angleterre, pour soutenir je ne sais quelles prétensions qu'il forme sur l'Ostfriese, en vint à la rupture, et à présent nous sommes en guerre avec ces mêmes Anglois, lesquels vous n'avez pas empêché de prendre nos vaisseaux, vous voulez nous empêcher d'employer les moyens que nous jugeons les plus propres pour nous défendre?“ Ne m'accuseroit-on

pas avec justice d'ingratitude envers mes alliés, dont je n'ai point à me plaindre, et d'étourderie de m'être engagé d'un côté à seconder le roi d'Angleterre sans savoir ses intentions ni ses desseins? On exige beaucoup de moi sans s'expliquer d'un autre côté. Je serois en tout tems disposé pour mon particulier à lui donner des marques de l'estime et de la considération que j'ai pour lui, je dois cependant vous avertir, qu'en qualité d'homme qui gouverne un état, dont le bonheur et la garde m'est confié, mon premier devoir est de ne penser à ne faire aucune démarche contraire à ses intérêts, que je dois lui sacrifier mes penchants, mes haines, mon personel et en un mot, toutes mes passions, qu'ainsi si le roi d'Angleterre ou quelque prince de l'Europe me fait des propositions, il faut avant tout, que les intérêts de la Prusse s'accordent avec ceux de la nation qui me fait des propositions, et que si on exige de moi que je m'explique, je suis de même en droit qu'on s'explique de son côté.

12. Lettre du lord Holdernesse au duc régnant de Brunswic. 1755

La multiplicité des affaires qui précédent inévitablement l'ouverture d'une séance de parlement, m'ont empêché jusqu'ici de rendre à V. A. S. mes très humbles remerciments de l'honneur qu'elle a daigné me faire par ses deux dernières lettres. Nov. 21. Whitehall.

Bien que la harangue de S. M. et les adresses des deux chambres du parlement soyent peut-être déjà entre les mains de V. A. S., j'ose prendre la liberté de lui en envoyer des copies authentiques, par lesquelles elle pourra juger des sentiments qui animent le roi et le parlement. — — — — — —.

Le roi ayant déclaré publiquement que son intention est de n'offenser, bien moins d'attaquer aucune puissance Européenne, me permet d'assurer V. A. S. en son nom, que le traité que S. M. vient de conclure avec la Russie n'a pour but que la défense de ses états, et que les troupes, qui selon les stipulations du dit traité devront venir au secours du roi, ne se mettront en mouvement que dans le cas, où quelque puissance voudroit attaquer à force ouverte ses royaumes ou états. V. A. S. fera auprès de S. M. Prussienne l'usage qu'elle jugera convenable de ce que j'ai l'honneur de lui écrire. Il auroit été à souhaiter que le roi de Prusse eut bien voulu s'expliquer un peu plus clairement par rapport à l'envoi d'un ministre Anglois à sa cour. Le roi mon maître continue invariablement dans les sentiments que j'ai eu l'honneur d'exposer à V. A. par ma lettre du 30 Septembre passé. Et pour peu que le roi de Prusse y montre de l'inclination, S. M. fera choix d'une personne, qui ne sera pas désagréable à la cour de Berlin.

13. Lettre du roi au duc de Brunswic.

— que le ministre Anglois a fait de son propre mouvement des ouvertures à mon chargé d'affaires à Londres, qui vient de m'en faire son rapport. Dec. 8. Potsdam.

18*. Friedrich II an Michell.

König Friedrich weist Michell an den englischen Ministern zu erklären:

que je recevrois avec plaisir les propositions qu'ils (les ministres d'Angleterre) vous avoient chargés de me faire, et qu'étant dans l'im- Dec. 7. Potsdam.

tention de contribuer de tout mon pouvoir au maintien de la paix de l'Europe, je ne trouvois rien de plus raisonnable que de commencer par affermir la tranquillité de l'Allemagne; que je croyois que la chose pourroit se faire en concluant entre le roi d'Angleterre et moi un traité de neutralité pour l'Allemagne pour le tems des démêlés qui subsistent actuellement en Europe, sans y nommer les François ni les Russes, pour éviter de choquer personne et pour me laisser par ces ménagemens en situation de travailler plus efficacement à la reconciliation des deux nations ou brouillées ou désunies.

1756

18[b].

Verfügung Friedrichs II ad marginem des Immediatberichtes von Knyphausen, Paris den 26 Dec. 1755, über den französisch-sächsischen Subsidientractat:

Januar. que quand au traité de subsides que la France vouloit faire avec la Saxe, qu'il devoit à présent le traiter avec indifférence et se tenir tout clos et boutonné là-dessus.

19. Knyphausen an den König.

Jan. 21. Paris.

Sire

J'ai lu avec la plus grande attention la lettre de V. M. du 3 de ce mois, et me propose d'avoir demain un entretien avec Mr. Rouillé pour m'acquitter envers lui des ouvertures que cette dépêche renferme relativement à la neutralité de l'Allemagne. Comme cette négociation me paroit être de la plus grande importance, tout le zêle que j'ai pour le service de V. M. se ranime en cette occasion, et me détermine[a] à lui faire les observations suivantes, qui pourroient échapper à sa pénétration et que me suggère la connoissance que j'ai du local de la cour de France et de la façon de penser de son ministère. Ces observations concernent uniquement la forme des démarches, que V. M. aura à faire en cette occasion vis-à-vis de la France, non le fond de la question, car elle se sera aperçu plus d'une fois, que je suis persuadé que la neutralité est le parti qui convient le mieux à ses intérêts dans la conjoncture présente.

Le royaume de France est gouverné par un prince qui étant tout-à-fait livré à la dissipation et étant peu sensible à la gloire redoute la guerre comme une calamité qui appesantiroit considérablement un fardeau qu'il se sent incapable de porter. Le ministère auquel il accorde sa confiance est peu eclairé sur les véritables intérêts du royaume, souvent divisé sur ce qui les concerne, peu capable de résolution et animé continuellement par cet amour immodéré de la paix qu'il puise dans la soumission aveugle qu'il a pour les volontés de son maître, et que nourrit le sentiment de sa propre foiblesse et de sa dépendance. Ce même conseil est dirigé par une femme, qui a un intérêt tout-à-fait particulier au maintien de la paix et qui ne peut pas manquer d'avoir la plus grande répugnance pour tout ce qui peut suspendre les plaisirs et l'inaction du roi, sur lesquels sont fondés son credit et son existence à la cour.

Tel étant le tableau du gouvernement actuel françois, il est certain que les alliés de la France ne peuvent prendre aucune confiance en elle dans le moment présent. Sa conduite même prouve qu'elle ne fera la guerre qu'autant qu'elle y sera forcée et qu'elle ne la continuera

que par nécessité sans faire beaucoup d'attention à ses alliés. Il n'est donc pas douteux que de tous les partis que V. M. pourroit prendre dans la conjoncture présente celui de la neutralité ne soit le plus conforme à ses intérêts et a sa sûreté. Mais comme d'un autre côté les vices dont je viens de faire mention ne sont qu'accidentels au gouvernement de France et que le temps peut changer les goûts du roi et occasionner dans le ministère des révolutions considérables, qui pourroient en peu élever la France à ce point de gloire et de grandeur dont elle est déchue, je crois qu'il est de l'intérêt de V. M. de ne point sacrifier un allié aussi puissant à des avantages momentanés, et par la même raison je prends la liberté de lui conseiller de ne point conclure sa négociation avec l'Angleterre à l'insu de la France, mais de travailler dans l'intervalle à disposer cette dernière à donner son consentement à la neutralité de l'Allemagne. Je suis persuadé qu'il ne seroit rien moins qu'impossible de l'obtenir, et les raisons suivantes me determinent à former cette conjecture.

1°. la France paroît déjà avoir renoncé depuis quelque temps au projet qu'elle avoit formé de disposer V. M. à une invasion dans le pays d'Hannovre. Elle sent elle-même, et j'ai eu soin de le faire apercevoir plus d'une fois au ministère de France, qu'on n'est point en droit d'exiger une pareille démarche de V. M., parceque ses traités avec la France sont purement défensifs et qu'une pareille entreprise ne la commetteroit non seulement avec tous les alliés de l'Angleterre, qui sont puissans et en grand nombre, mais qu'elle pourroit armer aussitôt l'Empire contre elle. La France n'a donc à ce sujet que des lueurs d'espérance bien foibles, et V. M. verra que le duc de Nivernois n'insistera pas sur ce point avec une certaine chaleur.

2°. Ceux qui ont le plus de crédit sur l'esprit du ministère de la France lui représentent souvent qu'une invasion dans le pays d'Hannovre, soit qu'elle fût formée par des troupes françoises ou par des troupes alliées, ne seroit jamais qu'une diversion passagère, et que le succès n'en influeroit que foiblement sur la pacification des différends qui subsistent entre la France et l'Angleterre. D'autres sont allé plus loin et ont représenté au ministère: que vu l'intention où il étoit de restreindre la guerre à l'Angleterre il y auroit du danger à entreprendre une pareille opération parcequ'elle rendrait nécessairement la guerre générale en vertu des alliances, que le roi d'Angleterre a eu soin de contracter pour la défense du pays d'Hannovre. Le ministère paroît donc avoir entièrement renoncé à cette idée et il semble par tous les arrangements qu'on vient de prendre qu'on se bornera uniquement, si la guerre a lieu, à l'exécution du projet présenté par le maréchal de Belleisle sans faire aucune autre levée de bouclier ni en Allemagne ni ailleurs.

Telle étant donc la façon actuelle de penser de la cour de France, il ne se présente aucune raison qui pourroit lui inspirer la moindre répugnance pour la neutralité de l'Allemagne. Une pareille ligue la mettroit en état de tourner tous ses moyens et toutes ses forces contre la seule Grande-Bretagne, et il est certain que tant que la guerre sera restreinte aux cours de France et de l'Angleterre la pacification de leur différends sera beaucoup moins difficile que lorsque d'autres puissances se trouveront entraînées dans leur querelle. Ce dernier point me confirme donc dans l'opinion où je suis, qu'une pareille proposition ne serait nullement désagréable ni au roi ni à Mme de Pompadour ni au maréchal de Noailles ni aux garde des sceaux, qui quoique conduits par des motifs très différens se sont tous réunis pour déterminer

le roi à se borner à une guerre maritime, système que rien ne sauroit mieux consolider que la neutralité de l'Allemagne. La seule personne qui s'opposeroit vraisemblablement à une telle proposition seroit le c^te^ d'Argenson qui ne peut pas manquer de désirer une guerre de terre, par l'accroissement du crédit et de l'autorité qu'il en reçoit. Mais cette résistance serait bientôt vaincue par les efforts que ferait Mme de Pompadour et le garde des sceaux pour contrebalancer le poids de ses représentations et comme l'un et l'autre sont ses ennemis jurés, ils seroient charmés de lui donner ce nouveau dégoût et d'en faire trophée. Il sera donc assez facile de faire consentir la France à la neutralité de l'Allemagne, si V. M. s'y prend de la façon que je viens de lui indiquer. Mais il sera difficile de calmer cette cour et de conserver sa confiance, si elle négocie secrètement avec l'Angleterre et qu'elle ne lui fasse part de son traité qu'après qu'il sera conclu. Dans ce dernier cas le roi de France sera non seulement piqué de ce manque de confiance, mais l'on soupçonnera aussi que ce traité renferme des mystères dangereux pour la France, et il en resultera un levain d'aigreur qui produira des fermentations continuelles. A quoi il faut ajouter encore, que l'animosité de Mme de Pompadour et des autres antagonistes du c^te^ d'Argenson sera bien plus flatté de préparer elle-même le coup qu'on lui portera que de le voir terrassé par une main étrangère, sans pouvoir se vanter d'y avoir contribué.

Je crois donc que V. M. ne sauroit mieux faire que de déclarer franchement au duc de Nivernois, qui est chargé de lui demander son avis pour ce qui concerne les mesures qu'il conviendra de prendre relativement à l'Allemagne: qu'elle ne sauroit se charger de l'attaque du Hannovre; qu'il ne lui semble même point qu'il soit de l'intérêt de la France de faire la guerre en Allemagne; et qu'elle est d'avis que la neutralité de l'Allemagne est le parti qui convient le mieux à elle ainsi qu'à la France. En suite de quoi V. M. pourra, si elle le juge à propos, communiquer au duc de Nivernois les propositions que l'Angleterre lui fait à cet égard et l'assurer qu'elle ne veut les accepter que du consentement de la France, avec laquelle elle étoit disposée de renouveler ses anciens engagemens. Je suis persuadé qu'on souscrira à cette condition à la demande de V. M., non seulement par les raisons que j'ai alléguées ci-dessus, mais aussi parcequ'on connoît trop bien la puissance de V. M. pour ne pas savoir qu'elle peut faire pencher la balance dans la conjoncture présente en faveur du parti pour lequel elle se déclarera, et qu'on aimera mieux de conserver son alliance à ce prix que de voir passer un allié aussi considérable dans le parti opposé. D'un autre côté le duc de Nivernois, qui ne voudra pas que son ambassade soit tout-à-fait infructueuse et qui est jaloux de renouveler le traité qui subsiste entre V. M. et la France, s'employera avec zèle, lorsqu'il verra qu'on ne peut pas déterminer S. M. à des démarches offensives, pour disposer sa cour à consentir à la neutralité de l'Allemagne. Une conduite aussi franche et aussi sincère fera en même tems beaucoup d'honneur à V. M. vis-à-vis de la France et l'on n'aura aucun reproche à lui faire.

J'observerai encore à cette occasion que l'avis du duc de Nivernois, si V. M. parvient à le persuader, sera infailliblement adopté ici, parceque le roi, Mme de Pompadour et tous les ministres ont une confidence aveugle en lui, et qu'on se conformera vraisemblablement à tout ce qu'il pourra proposer. Enfin, il faut que je rappelle encore à V. M., que le duc de Nivernois lui-même est convenu avec moi, ainsi que j'ai eu l'honneur de le mander, qu'elle n'étoit point obligée par aucun traité à attaquer l'électorat d'Hannovre en faveur de la France, et qu'elle ne

sauroit agir en Allemagne qu'autant qu'on trouveroit moyen de réduire la Russie à une entière inaction, soit par l'entremise de la Porte soit par les autres moyens qu'on a tentés dans le nord et dont aucun n'a réussi jusqu'à présent. La résolution, que lui annoncera V. M., ne pourra donc pas le surprendre, et elle ne renferme rien qui soit contraire à ses principes.

Telles sont les observations que j'ai cru devoir faire à V. M. sur le contenu de la lettre susaccusée et que j'espère qu'elle voudra bien agréer en faveur de la pureté de mon zèle; l'amour seul de la vérité me les a dictées et j'ai cru être de mon devoir de les mettre aux pieds de V. M. Je suis avec le plus profond respect

Sire
de V. M.
le très humble, très obéissant et très fidèle
serviteur et sujet
KNYPHAUSEN.

P. S. 1756.

Sire

Ayant vu Mardi dernier [21] M. Rouillé, je me suis prévalu de cet entretien pour le sonder sur le contenu de la lettre de V. M. du 3 de ce mois et pour m'éclaircir sur ce qu'il pense de la neutralité de l'Allemagne, dont il y est fait mention. Il m'en a lui-même offert l'occasion en me disant: qu'on lui mandoit par ses lettres de Vienne, que l'Angleterre cherchoit à former une ligue en Allemagne pour en assurer la neutralité et pour en défendre l'entrée à toute armée étrangère. Sur quoi je lui ai fait observer, que dans l'intention où étoit la France de s'en tenir à une guerre maritime, il me sembloit qu'une pareille ligue, loin d'être contraire à ses vues, leur seroit tout-à-fait favorable, en ce qu'étant jointe aux arrangemens qu'on avoit pris pour la neutralité de l'Italie et à ceux qu'on alloit prendre encore pour celle de la Hollande, elle restreindroit la guerre uniquement à la mer et garantiroit le continent de tout incendie. A quoi j'ai ajouté qu'une pareille ligue devoit, à ce qu'il me sembloit, convenir d'autant plus à la France, qu'elle paroissoit avoir renoncé au projet qu'elle avoit eu de faire une invasion dans le pays d'Hannovre, et qu'il étoit certain qu'une pareille entreprise ne pourroit pas manquer de rendre la guerre générale en Europe par les alliances que le roi d'Angleterre avoit eu soin de former pour la défense du pays d'Hannovre. M. Rouillé ne fit non seulement aucun effort pour me prouver que V. M. pourroit se charger d'une pareille diversion, comme il l'a tenté ci-devant en plus d'une occasion, mais il convint même ingénûment avec moi, que la France n'avoit pour le moment présent point de projets relativement à l'Allemagne et qu'une invasion de sa part dans le pays d'Hannovre seroit vraisemblablement sujette à de grandes difficultés. Cependant, reprit il, quoique ce soit là notre façon actuelle de penser et qu'il y ait toute apparence, que nous ne tenterons rien en Allemagne, il seroit néanmoins bien humiliant pour nous d'avoir les mains liées à cet égard, d'autant plus que si la guerre se fait, nous ne sommes pas sûrs de réussir dans les entreprises maritimes que nous formerons. Après quoi ayant discuté quelque temps avec moi les inconvénients qui pourroient résulter du partage des forces et des moyens de la France, si elle entreprendroit une guerre de terre sans que cela pût influer à un certain point sur la pacification de ses différends avec l'Angleterre, il finit par me dire, que l'idée dont nous venions de nous entretenir méritoit d'être pesée avec la plus

Jan. 23. Paris.

grande attention, et qu'elle pouvoit être envisagée sous différens points de vue. Je crois pouvoir inférer de là, que l'éloiguement du ministère de France pour la neutralité de l'Allemagne n'est pas aussi considérable qu'on pourroit bien l'imaginer, et que V. M. n'aura pas beaucoup de peine à disposer la cour de France à donner son consentement aux engagemens qu'elle auroit envie de prendre. Au reste M. Rouillé m'a fait des reproches amers dans un entretien postérieur que j'ai eu avec lui de ce qu'il apprenoit par la voie de la Haye, qu'il passoit fréquemment par cette ville des courriers Prussiens, qui alloient en Angleterre et qui en venoient, et qu'entre autres le frère du Sr de Hellen y avoit été deux fois, sans que V. M. eût donné aucune communication à la France des propositions que lui faisoit l'Angleterre, tandis que les lettres de Londres portoient que le traité, pour lequel on étoit en négociation avec la cour de Prusse, alloit incessamment être conclu, que quelques authentiques que fussent les nouvelles qu'il recevoit à cet égard, il avoit cependant beaucoup de peine à y ajouter foi, et que la grande expérience qu'il avoit des lumières et de la pénétration de V. M. ne lui permettoit presque pas de croire, qu'elle pût regarder un instant la France comme un allié inutile ni se dissimuler que, si cette dernière se voyoit abandonnée par elle dans un moment aussi critique, elle trouveroit facilement des occasions pour prendre sa revanche, que la façon dont V. M. se comporteroit dans la conjoncture présente, deviendroit dorénavant la mesure de la confiance que le roi son maitre prendroit en elle, et que cette boussole comprendroit toutes ses actions à son égard. Sur quoi lui ayant répondu en termes vagues et généraux, il ajouta que la façon, dont V. M. s'expliqueroit sur les ouvertures que le duc de Nivernois étoit chargé de lui faire, éclairciroit incessamment sa cour sur la valeur des assurances que je venois de lui donner, réponse qui indique encore, que le renouvellement du traité qui subsiste entre V. M. et la France, est l'article qui tient le plus au coeur au ministère de France.

Je suis *ut in litteris* KNYPHAUSEN.

1756. Jan. 28. Haag.

20. Baron von Hellen an den König.

Sire

Rencontrant mardi au soir assez tard le ministre d'Angleterre seul, il m'embrassa en me disant que je saurois la grande nouvelle du traité que V. M. avoit fait avec le roi son maitre: que S. M. B. lui avoit ordonné de confier la nouvelle *sous le sçel du secret le plus absolu* à la Gouvernante, que S. A. R. ne se possédoit pas de joie. Il en parut pénétré lui-même, ajoutant que personne ne le savoit d'ailleurs ici, et qu'il auroit soin de ne le dire encore à qui que ce soit.

21. König Friedrichs II Aufsatz über die Unterredung mit dem Duc de Nivernois[1].

Jan. 24. Berlin.

Cause de droit.

1. Je n'ai point garanti l'Amérique, la guerre vient de cette cause, donc elle ne me regarde pas.

---

[1] Der Aufsatz trägt den Vermerk (rep. XI nr. 73): Copie. L'original étoit de la propre main du Roi du 24 Janvr. 1756. Aufſatz von verſchiedenen Motiven, ſo Sie in Dero heutigen Unterredung mit dem duc de Nivernois gebrauchet haben.

2. Mon alliance n'est que défensive, donc je ne suis pas obligé à des démarches offensives.

3. Mon alliance est finie, donc je suis dégagé de tout devoir d'allié.

Cause de fait.

1. Je ne puis mettre que $\frac{100}{m}$ hommes en campagne; Hannovre $\frac{60}{m}$, l'Impératrice Reine $\frac{100}{m}$, la Russie $\frac{60}{m}$, je suis donc de moitié plus foible qu'eux. Or est-il prudent, est-il conforme aux règles de la guerre, quand on est de la moitié plus foible que son ennemi? Non; si ces $\frac{300}{m}$ étoient dans un camp et moi et mes $\frac{100}{m}$ vis-à-vis d'eux, je les attaquerois; mais comme par leur position ils m'obligent à partager mes forces, je me trouve partout plus foible qu'eux. Doit on commencer une guerre quand il faut la force défensive? Non, car c'est de tous les genres de guerres la plus onéreuse et la plus risqueuse.

3. Puisse rester dans l'inaction et laisser faire à mes ennemis ce qu'ils veulent? Non. Car si les Russes entrent dans l'Empire, je ne puis pas le souffrir et me voilà entraîné dans une guerre que je dois éviter pour la conservation de l'état.

4. Pourquoi empêcher les Russes d'entrer dans l'Empire? Parceque leur jonction rendroit mes ennemis trop forts, et que je dois les combattre plutôt un par un que tous ensemble.

5. Comment éviter l'entrée des Russes? En faisant avec l'Angleterre le traité de neutralité, qu'elle me propose; donc il faut le faire.

6. Vaut-il mieux pour la France que les Russes viennent dans l'Empire, ou qu'ils n'y viennent point? Il vaut mieux qu'ils ne viennent pas; car s'ils y sont appelés, c'est pour agir contre la France, donc s'ils n'y viennent point, ce sont autant d'ennemis de moins.

7. Mais ne seroit pas bon de faire dépenser à l'Angleterre le plus d'argent qu'il se pourra en subsides pour la ruiner d'autant plus vite? Oui, si l'Angleterre faisoit seule la dépense, mais ne voit on pas qu'en multipliant les ennemis de la France on l'oblige à proportion aux mêmes dépenses pour leur resister; donc si l'on peut empêcher l'Angleterre de ne point faire usage de ses alliés, c'est faciliter les entreprises des François. Or si la guerre devient compliquée, il sera bien plus difficile à la terminer, par la complication des intérêts, que si elle ne se fait qu'entre deux puissances brouillées à présent. Si donc je restois neutre sans faire un traité de neutralité, je n'empêcherois ni les Russes de marcher ni toutes les sortes de complications auxquelles cette marche donneroit lieu. Donc mon traité de neutralité convient à la France tout autant qu'il m'est indispensable dans le moment présent.

8. Si toute l'Allemagne est en guerre et sans dessus dessous, est ce l'avantage de la France? Non! Car elle n'y gagne rien du tout que de voir peut-être ruiner les alliés qui dans d'autres conjonctures pourront lui être très-utiles. Donc la neutralité convient à tout le monde.

22. Knyphausen an den König. 1756.

Knyphausen berichtet von einer Unterredung mit Rouillé, in welcher der französische Minister erklärt:

qu'il me laissoit à considérer, combien il avoit été douloureux pour elle (S. M. T. C.) d'apprendre la conclusion d'un pareil traité dans le Jan. 30. Paris.

même instant qu'elle avoit choisi pour offrir à V. M. les gages les plus précieux de son amitié et pour lui renouveler par une ambassade solennelle des sentimens de la confiance la plus tendre et la plus véritable; que V. M. à qui cette démarche avoit été annoncée il y a plusieurs mois auroit au moins pu épargner cette mortification à la gloire du roi et empêcher qu'un citoyen illustre, qui s'étoit particulièrement signalé par son attachement pour elle, ne servît en cette occasion de trophée aux ennemis de la France.

1756.

23. Knyphausen an den König.

Febr. 2. Paris. — Mr Rouillé — m'a parlé avec plus de chaleur que la première fois sur le traité — en disant, qu'il étoit bien douleureux pour la France de se voir abandonnée dans la conjoncture présente par celui de ses alliés, en qui elle avoit eu le plus de confiance, et qu'il étoit bien plus cruel encore, que par l'effet d'une réticence, qui lui paroissoit être sans exemple, le même prince qui venoit de faire un traité avec le seul ennemi qu'eut S. M. T. C., se fût rendu le dépositaire de ses pensées les plus secrètes et les plus importantes.

24. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 8. Potsdam. J'ai bien reçu les depêches que vous m'avez adressées du 21 et du 23 du Janvier passé et ne veux point vous dissimuler, que j'ai été extrêmement satisfait tant par rapport aux nouvelles que vous m'avez indiquées que par les raisonnemens très-solides et les reflexions sages qu'elles comprennent. Mais pour entrer en matière là-dessus, je vous dirai, que dès la première audience que le duc de Nivernois a eue de moi, j'ai prévenu pour la pluplart les bons avis que vous venez me donner.

25. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 7. Potsdam. — Quant à vous je veux bien vous dire tout naturellement, que la manière dont vous vous conduirez présentement dans cette affaire me servira de pierre de touche pour en reconnoître, si vous possédez effectivement toutes les qualités requises d'un ministre habile dans les affaires; car c'est absolument dans cet instant qué vous me le prouverez en employant toute l'adresse, talents et savoir faire dont vous êtes capable, pour faire goûter aux ministres de France ma susdite convention et pour leur lever tout soupçon, toute méfiance et tout aigreur qu'il pourroient avoir conçus à cette occasion, après tous les argumens que je vous ai déjà suppedités afin d'y parvenir. Aussi devez vous être assuré, que pourvu que vous réussirez en ceci et qu'en calmant les inquiétudes du dit ministère vous rétablirez la confiance, vous vous insinuerez parfaitement dans mes bonnes graces. Et sur ce etc.

26. Friedrich II an Knyphausen.

Febr. 10. Potsdam. P. S. *de la propre main du Roi.*

Voici une occasion où vous me pouvez donner des preuves éclatantes de votre capacité. Il faut faire jouer toutes sortes de ressorts pour découvrir si une démarche très-innocente de ma part leur a donné plus que de l'humeur contre moi. Si ce n'est qu'une brutade passagère, comme il leur arrive d'en avoir, je puis renouveler le traité avec

eux; mais s'il y a un levain caché dans le fond de leur coeur, cela m'obligera à prendre des mesures toutes différentes. Pour moi je suis persuadé qu'ils ne trouveront que de belles paroles à Vienne, mais rien de plus, et que lorsqu'il verront qu'ils ne peuvent pas trouver des gens qui se sacrifient pour eux, ils seront bien aises de renouer avec moi, de même qu'avec l'Espagne, et qu'ils ne trouveront plus étrange, que ni les uns ni les autres n'ayent voulu se mêler de la guerre des Merluches. Tâchez de flatter la P. pour voir si peut-être elle se lâchera et dira par emportement ce que les ministres cachent par sagesse; peut-être sera ce elle qui réconciliera les choses.

27. Friedrich II an Knyphausen. 1756.

Febr. 17. Potsdam.

J'ai bien reçu votre dépêche du 8 de ce mois. Je suis fort content de votre relation. Il est de votre devoir, comme vous l'avez fait, de me rendre compte de tout ce que les ministres de France vous disent, ainsi que des propos du public. Mais bien loin que les décisions du vulgaire fassent impression sur mon esprit, je ne pense qu'à suivre les intérêts de l'état pied à pied, bien assuré qu'en remplissant bien cet objet-là, c'est le seul moyen de bien établir ma reputation si j'en ai une. J'ai bien lu les reproches que vous a fait M. Rouillé, mais je suis bien eloigné de croire ses arguments sans réplique, et voici ce que vous pouvez lui dire.

1° il est clair que les possessions Françoises hors de l'Europe sont expressément exclues de nos garanties; que l'Espagne, plus attachée à la France par les liens du sang et par l'intérêt commun des deux nations, ne prend aucune part aux démêlés des François et des Anglois en Amérique, et qu'ainsi à plus forte raison, comme nul traité, nul engagement me lie, peut-on exiger la moindre chose de moi, dans le cas présent de la guerre, que tant que la France n'attaquera que l'Angleterre je serois bien embarassé de voir d'où lui viendroit une diversion dans ses possessions. En supposant même à M. Rouillé les vues les plus fines, je le défie de me dire, ce que la France a à présent à craindre pour son continent.

2°. En second lieu je vois que M. Rouillé paroît surpris qu'un roi de Prusse pense à sa sûreté; ce qui me paroît à moi la chose la plus simple et la plus naturelle. Le pays d'Hannovre est attaqué par les François, la Prusse l'est par les Russes et la Silésie par les Autrichiens. Peut-on prétendre qu'un allié sacrifie deux de ses plus belles provinces pour favoriser l'invasion que son allié veut faire sur une terre ennemie? J'ai toujours cru que les alliances étoient fondées sur l'avantage réciproque des alliés; M. Rouillé a peut-être d'autres notions; je le prie de me les communiquer pour m'éclaircir là-dessus. Hugo Grotius et Puffendorff les ont ignorées; mais c'étoient apparemment des bêtes.

3° M. Rouillé articule que le traité de 1741 n'est pas expiré encore. Il le sera au mois de Juin, que les opérations vont commencer. Si on avoit attendu ce temps pour s'arranger, ne voit-on pas que chaque puissance, agissant en conséquence de ses engagemens, auroit fait usage de ses mercénaires, et que l'Allemagne se seroit vue inondée de Russes, de Calmouques, de Tartares, de toutes ces nations barbares, inconvéniens auquel il étoit nécessaire de porter remède. La chicane de trois mois peut être admise dans le cas de naissance d'enfans posthumes et encore a-t-on décidé les légitimités de naissances à onze mois. Peut-on employer de pareils argumens en politique?

4° M. Rouillé a recours à une alliance défensive conclue entre la Suède, la Prusse et la France, qui y a accédée[1]. Ne se souvient-il pas que cette alliance ne regarde que l'équilibre du nord? Il aura bien de la peine de l'interpréter aux démêlés présens qui subsistent entre la France et l'Angleterre. S'il croit cependant que cette alliance est applicable aux circonstances présentes de l'Europe, que ne se sert-il des secours des puissances mercénaires pour fortifier les armemens navals de la France? Mais il paroît dans le cas présent qu'on se relâche envers les subsidiaires, et qu'on étend au délà de leur bornes les engagemens qu'ont pris les puissances libres et indépendantes.

5°. Pour le cinquième M. Rouillé examine les préjudices que mon traité de neutralité porte aux intérêts de la France. Il ne trouvera pas mauvais que je les réduise à leur juste valeur et que je sépare les déclarations des choses. Il dit premièrement, que la neutralité de l'Allemagne fait perdre à la France le fruit des traités subsidiaires qu'elle a conclus en Allemagne. Je le prie de remarquer 1° que les traités qui ont passés par mes mains ont pour base la tranquillité de l'Allemagne. Je remarquerai d'ailleurs que dans le temps où ils furent faits, on pensoit si peu en France à la guerre des merluches, au fort de Beauséjour et de la rivière d'Ohio, que personne n'avoit sûrement alors calculé ces traités à cet objet, et que ce qui y donna lieu, ce furent les mouvemens des Russes sur les frontières de Finlande, qui menaçoient la Suède d'une guerre prochaine. Or des alliances faites pour assurer selon leur teneur le repos de l'Allemagne ne peuvent point servir à la troubler.

6° M. Rouillé croit que par ce traité de neutralité l'Angleterre se verra à même de pouvoir se servir de ses auxiliaires en Angleterre. S'il ne parle que d'une partie de ces auxiliaires, je lui avoue qu'il a raison; car, à ce qu'on apprend, les Hessois ont été requis de marcher et les sollicitations du roi d'Angleterre à la Haye feront de même partir le corps auxiliaire des Hollandois. Mais je demande à cette occasion à M. Rouillé, s'il vaut mieux que les Anglois fassent passer 14000 h^e^ d'auxiliaires pour la défense des trois royaumes ou qu'une armée de 80000 marchât en Flandre et une de 60000 sur le Rhin? C'est cependant de quoi le délivre ce traité de neutralité, contre lequel il se remue si fort, et dont il semble qu'il a pris à tâche d'interpréter tout du mauvais côté. Il seroit à souhaiter pour la France qu'elle pût faire toutes ses opérations sans résistance, mais si elle veut bien y penser, elle trouvera que cette convention de neutralité, sans lui lever tous les obstacles, lui en facilite cependant beaucoup.

Je suis effrayé de l'effroi de M. Rouillé sur l'expédition d'Hannovre. Il me permettra de lui dire en qualité de militaire, que c'étoit au mois d'Août de l'année passée qu'il falloit tenter cette expédition; mais dès-lors qu'on laissa échapper ce temps, c'est y songer après coup. Lorsque Louis XIV attaqua les Hollandois l'an 1672, il s'y porta d'abord et il eut les plus grands succès. Ces sortes d'expéditions veulent être brusquées, mais on les rate, si on donne à l'ennemi le temps de s'y préparer. M. Rouillé me permettra donc de croire qu'il est trop prudent pour vouloir s'engager dans une telle démarche mal-à-propos. Je ne doute pas qu'il n'ait encore fait quelques petites réflexions, comme par exemple, que le roi d'Angleterre et la nation Angloise ne pensent pas sur le pays d'Hannovre avec une tendresse égale; qu'on pourroit faire la conquête d'Hannovre par souscription des Anglois signée et payée

[1] S. o. S. 63, 1.

à Londres; que comme cette guerre présente est une affaire de la nation, qui regardant son commerce l'intéresse particulièrement, l'influence du roi n'est pas assez grande pour que la nation sacrifiât ses véritables intérêts pour le pays d'Hannovre, mais qu'une pareille démarche ne feroit qu'attirer les Russes dans l'Empire, causeroit une guerre générale et qu'ainsi, loin de remplir l'objet qu'on attend, la France commettroit ses alliés, au bien desquels elle dit s'intéresser, et que d'un autre côté elle éloigneroit la paix en compliquant les causes de la guerre.

7° Les craintes de M. Rouillé sur l'altération que ma convention de neutralité pourroit porter à l'égard des alliés du nord, sont mal fondées. On a pris soin d'instruire les ministres de ces cours de façon qu'ils représenteront dans leurs résidences respectives, que ces engagemens passagers n'altéroient en aucune manière les liens durables et les engagemens généraux de la Prusse, vu que le traité mentionné ne regarde que l'Allemagne.

La conclusion de M. Rouillé me paroît de la même justesse de raisonnement que le reste de ses argumens. Je crois avoir clairement établi que cette convention de neutralité n'étoit aucunement contraire à l'esprit des traités qui existent entre la France et la Prusse, compatible avec les intérêts de la France, et conforme à l'étroite harmonie de deux alliés qui doivent avoir à coeur leurs intérêts communs, point outrageante à la France, qui ne peut être plus offensée de la neutralité de la Prusse que de celle de l'Espagne, et à laquelle la circonstance de l'arrivée du duc de Nivernois ne peut rien aggraver, vu que ce n'est pas le caractère de personne, mais les conditions acceptables, qui décident du succès de la mission.

Sur les réflexions que M. Rouillé fait par rapport à mes intérêts, vous pouvez lui dire: qu'il s'en peut rapporter à moi, et que tenant celui qui a les cordons de la bourse, je n'avois rien à craindre de Vienne ni de Petersbourg, dont la mauvaise volonté ne pouvoit devenir réelle que par des secours pécuniaires étrangers. Vous pouvez l'assurer que le duc de Nivernois verra le traité avec tout ce qui y est annexé, où il ne trouvera autre chose que ce dont je lui ai donné copie. Vous direz encore à M. Rouillé que je regardois le salut de deux provinces exposées à être ravagées comme un objet assez important pour faire une convention, par le moyen de laquelle je leur épargne la dévastation; que j'étois mortifié de voir qu'on regardât de pareils objets comme des bagatelles; que pour moi je n'avois pas pensé de même lorsque le prince de Lorraine l'année 1744 pénétroit en Lorraine; que cependant je me réglerois sur la façon de penser de M. Rouillé, à moins qu'on voulût établir une différence entre les ménagements qu'il faut garder pour les provinces de la France, et qu'on n'a pas besoin d'avoir pour les provinces dépendantes de la Prusse.

Vous voyez par la conclusion de M. Rouillé que ce qui le fâche, c'est que j'ai négligé de demander sa permission pour faire ma convention, et j'en appelle à tous les Jurisconsultes pour savoir si une tête couronnée a le droit de faire des traités, ou si elle est obligée d'en solliciter la permission auprès d'un autre prince. La conclusion du discours de M. Rouillé est un aveu tacite de l'innocence de la démarche que j'ai faite, et il conclut par dire, qu'il ne manquoit que sa permission pour rendre cet acte legitime. Il me permettra de n'en point convenir, et cela vous donne un si beau champ, que je ne doute en aucune manière que vous lui ferez sentir, avec cette douceur, qui vous est propre, toute l'absurdité de son raisonnement.

Comme les matières deviennent intéressantes, ne ménagez point le papier, et qu'il vous arrive plutôt de trop écrire que d'écrire trop peu.

Je m'en rapporte à vous pour l'adoucissement des termes, sans cependant que vous n'altériez rien au fond. Sur ce etc.

1756 28. Précis de la réponse, que le chancellier d'état et de la cour (Cte de Kaunitz) a donnée de bouche à Mr. Keith[1].

Mai 9. Wien. Que S. M. l'Impératrice avoit été fort sensible à l'attention que S. M. Britannique a bien voulu lui témoigner, en lui faisant communiquer, le 7 avril, le traité qu'elle a signé avec S. M. Prussienne le 16 janvier de cette année;

Qu'elle ne sauroit lui dissimuler cependant que, d'après la première participation qui lui en avoit été faite, elle ne s'étoit pas attendue à voir désigner, dans un traité fait par S. M. Britannique, la partie de ses états que la France pourroit attaquer, sans avoir rien à appréhender dudit traité;

Que moyennant cela et les mesures, que S. M. Britannique n'a point jugé à propos de prendre avec ses alliés, l'Impératrice se trouve dans le plus grand danger;

Et qu'ainsi, dans cet état des choses, S. M. Britannique peut juger aisément de quels soins l'Impératrice peut et doit s'occuper dans le moment présent;

Qu'au reste, S. M. l'Impératrice qui souhaite toujours tout le bien imaginable à S. M. Britannique, désire beaucoup que l'Angleterre, ainsi que l'électorat de Hanovre, puissent retirer du traité en question tous les avantages que S. M. Britannique en espère.

29. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Knyphausen bemerkt zu dem österreichisch-französischen Vertrag vom 1 Mai:

Juni 4. Paris. L'abbé de Bernis, qui a décoré ce traité de sa signature, en a été le principal mobile, et la complaisance aveugle et servile du conseil pour les volontés de la maîtresse l'a porté à sa perfection —

30. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. 9 Juni 1756.

Juni 9. Petersburg. Le Cte Esterhazy s'employe à présent à faire accéder la cour de Russie aux engagements de la France et de l'Autriche. En combinant les fréquentes conférences de ce ministre avec les deux chanceliers et avec les liaisons entre le C. Esterhazy et le Sr Douglas, les allées et menues continuelles des courriers Autrichiens, la mission du marchand François Michell en France et les dispositions favorables pour la France, il paroît que la cour de Petersbourg est sur le point d'entrer dans les vues des cours de Vienne et de France.

J'ai appris de bonne part que les propositions d'Esterhazy tendent en partie à demander le secours stipulé contre la Prusse par le 4me article secret du traité de Petersbourg de l'année 1746, la cour de Vienne regardant le moment présent comme le plus favorable pour regagner la Silésie.

---

[1] Publiciert von Gachard, Bulletins de l'acad. de Bruxelles XVII 1, 393.

31. Knyphausen an den König. 1756

Über den Eindruck des Vertrags von Westminster: — je ne saurois lui (à V. M.) cacher que cette démarche a occasionné ici un germe de méfiance et d'aigreur qui subsistera long-temps et qu'il sera peut-être impossible de détruire entièrement. Il est certain que c'est uniquement cet événement et nul autre motif qui a déterminé la cour de France de se lier aussi étroitement qu'elle vient de le faire avec celle de Vienne. Je sais même de bon lieu que la convention de V. M. a ajouté un intérêt singulier au succès de cette négociation, que le roi de France a écrit de sa main plusieurs lettres à l'impératrice reine pour en applanir les difficultés, et qu'il a désiré la signature de ce traité avec tant de chaleur, que personne dans le conseil n'a osé s'y opposer. J'ajouterai encore — — qu'on l'accuse (V. M.) avoir tenu dans ces derniers temps différents propos sur le ministère de France et sur la nation, qui ont été rapportés au roi et qui à ce qu'on prétend n'ont pas peu contribué à augmenter son aigreur et le mécontentement qu'il avoit conçu. On m'a assuré entr'autres, qu'il étoit revenu au roi, que V. M. avoit dit ouvertement, que le gouvernement François étoit trop foible pour que ses alliés puissent avoir aucune confiance en lui, et que c'étoit un royaume où il y avoit beaucoup de bras, mais peu de têtes. Juni 21. Paris.

32. Auszug aus einem Briefe, Petersburg d. d. 22 Juni 1756.

Alle Kriegspreparatorien zu Waſſer und zu Lande ſeynd hier auf einmahl sistiret und contremandiret worden, und die reguliere Trouppen ſowohl als die irreguliere, die im march nach Liffland waren, haben ordre erhalten ſich zurück zu ziehen. Man iſt hier nicht ſo böſe als man es wohl zu ſeyn ſcheinen wolte. Engelland und deſſen Ministre haben ihre Sachen hier verdorben. Man ſucht nun hier mit aller Macht und Gewalt die Freundſchafft von Frankreich, dieſes wird hier keine Mühe koſten, und man wird bald hören, was vor Ministres von beyden Theilen benand ſeynd. Juni 22. Petersbur

33. Friedrich II an Knyphausen.

— Finalement je vous ferai une question —, savoir, si je venois à être attaqué par la Russie et que je me visse entraîné dans une guerre avec la reine de Hongrie, ce qu'alors je pourrois attendre de la France; si elle ne remueroit pas à cette occasion, et si contre ses intérêts essentiels, elle voudra se mêler des troubles de l'Allemagne ou non? Question à laquelle vous répondrez sur votre conscience et honneur avec toute l'exactitude qu'il se pourra. Juni 26 Potsdam

34. Knyphausen an den König.

— — Je passe maintenant au dernier article de la lettre susalléguée de V. M. (du 12 Juin), par lequel elle me demande des éclaircissements sur la façon actuelle de penser de Mme de Pompadour, du Sr de Machault et du maréchal de Belleisle à son égard. La première a toujours regardée V. M. comme un prince hardi et entreprenant et qu'elle a redouté à differens égards, non seulement comme pouvant entraîner le roi dans des entreprises qui seroient contraires à ses vues personnelles, mais aussi comme pouvant par les seuls exemples qu'elle donne à ce prince et l'émulation que sa conduite est capable d'inspirer, le tirer de l'état d'indolence et d'inaction dans lequel on cherche à Juli 2. Paris.

l'entretenir. Elle n'a dont jamais été portée pour V. M. en aucune occasion. Les ministres d'Angleterre et d'Autriche ont de tout temps été ceux qu'elle a le plus favorisés, et elle a saisi avec un empressement singulier l'événement de la neutralité conclue entre V. M. et l'Angleterre pour déterminer le roi et le conseil à adopter le plan proposé à elle à différentes reprises par le Cte de Caunitz. Le Sr de Machault a de tout temps été entièrement dévoué à la marquise; il suit en tout sa volonté et se conforme à son avis en toutes les occasions. Il est, ainsi qu'elle, l'ennemi juré du comte d'Argenson, et en cette qualité ainsi qu'en celle de ministre de la marine, toutes les liaisons qui peuvent servir d'acheminement à une guerre de terre lui répugnent singulièrement. Ce seroit donc se faire une illusion bien grossière que de le mettre au nombre des partisans de V. M. Mais heureusement il influe peu sur les affaires étrangères et est doué d'ailleurs de peu d'activité et d'expérience. Le maréchal de Belleisle a été de tout temps le partisan le plus zélé et le plus ardent de V. M., qu'elle ait eu dans ce pays-ci. Mais sa convention de neutralité avec l'Angleterre a prodigieusement rallenti la chaleur avec laquelle il parloit autrefois en sa faveur et l'a d'autant plus affligé et humilié, que c'étoit lui qui avoit été le principal promoteur de la mission de M. de Nivernois, et qui avoit rassuré le conseil sur les soupçons qu'on commençoit déjà à avoir ici lors du départ de ce dernier. Cet événement, joint à l'indisposition actuelle du roi et de son conseil contre V. M., fera que le maréchal de Belleisle n'hazardera jamais d'ouvrir aucun avis en sa faveur. Mais je suis persuadé qu'indirectement et pour peu qu'il fut sûr d'être soutenu dans le conseil il se prêteroit avec empressement à tout ce qui pourroit contribuer au rétablissement de l'ancien système. Je ne laisserai cependant point ignorer à V. M. que les ménagements, qu'il se croit obligé de garder à cet égard, sont si grands, qu'ayant ci-devant été intimément lié avec moi, il évite maintenant de me voir et ne me parle qu'avec la plus grande réserve. J'éprouve le même traitement de la part de tous ceux qui ont quelque influence dans les affaires, et c'est en essayant beaucoup de dégoûts et de peines que je viens à me procurer les notions dont j'ai besoin pour informer V. M. de ce qui me paroît digne de son attention et de sa curiosité.

1756 **35. Knyphausen an den König und das Ministerium.**

Juli 4. Paris. — les conférences de l'ambassadeur d'Espagne avec l'abbé de Bernis et le c^te de Starhemberg deviennent de jour en jour plus fréquentes. Il passe toujours pour constant que ces pourparlers ont non seulement pour objet l'accession de l'Espagne au traité de Versailles, mais qu'il s'agit aussi d'une convention particulière par laquelle S. M. Catholique s'engageroit à assister la France de toutes ses forces maritimes tant dans les mers d'Amérique que dans celles de l'Europe, tandis que S. M. T. C. promettra de céder à l'Espagne toutes les conquêtes qu'elle pourroit faire sur l'Angleterre dans la Méditerranée ainsi que de s'employer auprès l'I. R. pour prendre des arrangemens définitifs et permanens relativement aux établissemens des Infants en Italie. Il vient même de m'être assuré de très-bon lieu: qu'afin de mieux témoigner à l'Espagne, combien on désire ici d'ôter toute pierre d'achoppement par rapport à ce dernier article, on a déjà invité la cour de Naples d'accéder au susdit traité, et il vient d'arriver un courrier du marquis d'Ossun à Versailles qui doit avoir été chargé — d'un projet d'accession du roi des Deux-Siciles. — La démission du comte de

St. Severin ainsi que celle du marquis de Puisieulx, qui vient de se retirer du conseil, et lesquelles quoiqu'elles ayent été volontaires, ont pourtant vivement été sollicitées par l'abbé de Bernis et le parti dominant, prouvent suffisamment, combien on est empressé ici de captiver l'amitié de l'Espagne en expulsant du conseil tous ceux qui ont été les instrumens du traité d'Aix-la-Chapelle et par là les auteurs du refroidissement qui a subsisté depuis cette époque entre les cours de Madrid et de Versailles.

36. Friedrich II an Knyphausen[1]. 1756.

J'ai reçu votre rapport du 2 de ce mois. Je suis très content de la relation immédiate que vous y avez jointe. Dans la conjoncture présente il ne m'importe pas d'apprendre des choses agréables, mais de savoir des vérités. C'est pourquoi aussi vous ne devez point me ménager, mais me mander tout purement et naturellement les choses telles qu'elles sont véritablement. Cependant il est toujours bon, afin que les propos mauvais et mal-fondés qui se débitent là où vous vous trouvez ne fassent pas trop d'impression au public ni s'enracinent pas tout-à-fait, vous devez avoir soin de glisser dans le public, en parlant là-dessus à toute sorte de gens, les ministres de France exceptés, auxquelles vous n'en direz rien, les insinuations suivantes; savoir que quant à l'animosité de la cour de Vienne contre moi, on avoit raison de dire en France, qu'elle étoit aussi grande et extraordinaire, que si on sentoit là, que la France restant alliée avec moi sauroit avoir tôt ou tard la guerre avec les Autrichiens, il falloit que j'avouasse qu'on accusoit juste là-dessus. Cependant comme les François marquoient tant de répugnance pour m'assister dans une guerre où je pourrai être engagé avec l'Autriche, il me paroissoit que cela justifioit les mesures que j'avois pris dans la guerre présente. — — — Juli 13. Potsdam.

Si donc ou s'imagine en France, que je serois obligé de faire la guerre sans raison quand ils le jugeroient à propos, ils se sont lourdement trompés; je croyois être leur allié et non pas leur valet. Faites remarquer surtout à vos beaux raisonneurs la contradiction dans laquelle ils tombent. Les uns disent que je suis trop puissant, et que la France doit s'opposer à mon agrandissement. Les autres disent que ce n'est qu'une force précaire, qui n'est que l'ouvrage de l'industrie, que la Prusse sera un allié qui deviendra à charge à la France, c'est donc dire que la Prusse est trop foible. Que ces gens, de grâce! se décident donc et conviennent avec eux-mêmes, si je suis trop puissant ou trop foible pour eux. Je me suis aperçu de longue main, qu'on avoit en France de la prédilection pour la cour de Vienne et de la méfiance contre moi; auroit-il été prudent, vu la façon de penser de vos gens, de s'embarquer avec eux à tout hazard? Quant au système qu'ils ont adopté présentement, il est si forcé et si contraire à leurs intérêts permanents, qu'il faut attendre qu'ils en sentent eux-mêmes l'incompatibilité avec évidence, mes démarches leur paroîtront innocentes dès qu'ils verront, que la maison de Bourbon et celle d'Autriche ont des vues et des intérêts diamétralement opposés, mais à présent qu'ils abondent encore dans leurs sens, et qu'ils sont dans les premiers moments de leur ivresse, il faut les laisser aller, jusqu'à ce qu'ils commencent à cuver leur vin.

Sur ce qu'ils m'accusent d'agir durement envers mes voisins (ces voisins qu'on sousentend sont le roi de Pologne et le duc de Mecklen-

[1] Eigenhändig concipiert.

bourg) je prie qu'on me dise si jamais j'ai envoyé contre le gré de ces princes des corps de troupes comme les François vont en envoyer aux Génois, et si je les ai traité avec la hauteur que le Sr Affry a traité les Hollandois? Mais voilà les choses que leur amour propre leur cache et dont ils ne conviendront point. Un roi de France, à ce qu'on dit à présent, est un assez grand prince pour endurer des avances, pour moi, qui ne suis qu'un petit prince en comparaison de lui, je préfère mon honneur à la possession de toute la terre, et j'avoue que je n'ai pas la modération de me voir insulter impunément ni par un roi de Pologne, ni par un duc de Mecklenbourg. François I, qui étoit un preux chevalier, auroit sûrement décidé en ma faveur. Et sur ce etc.

1756

37. Knyphausen an den König.

Sire

Juli 15. Compiègne.

J'ai reçu la lettre de V. M. du 29 de Juin et ai fait tout ce qui a dépendu de moi conformément aux ordres qu'elle m'a donnés par ses précédentes dépêches pour approfondir si les soupçons qu'elles renferment relativement au traité conclu à Versailles se trouvent effectivement fondés. Tout ce que j'ai pu découvrir à cet égard me confirme dans l'opinion où je suis, que ce traité ne renferme jusqu'à présent point d'autres articles que ceux qui ont été rendus publics, et qu'on n'y a pris aucunes mesures offensives contre aucune puissance. Je crois aussi pouvoir assurer V. M. de la manière la plus positive que tout ce qui s'est répandu d'un prétendu projet qu'auroit formé la cour de Vienne pour exciter une guerre dans l'Empire entre les princes protestants et catholiques, dont il est fait mention dans la lettre immédiate du 19 de Juin est également faux et controuvé. Mais en même temps il me revient de fort bon lieu que les cours de Vienne et de Versailles, qui sont tellement énivrées du nouveau système qu'elles viennent de former, qu'elles voudroient pouvoir l'eterniser, lèvent tous les obstacles qui sauroient s'y opposer et travaillent avec la plus grande vivacité pour prendre des arrangemens stables et définitifs relativement à l'échange des Pays-bas Autrichiens contre les possessions des Infants en Italie. On prétend qu'il n'est non seulement question d'échanger les duchés de Parme et de Plaisance, mais même les royaumes de Naples et de Sicile à la mort de S. M. Catholique contre la totalité des Pays-bas, qui à l'exception de l'établissement qu'on formeroit pour l'infant Don Philippe seroient cédés à la France, laquelle, afin de déterminer l'Espagne à ratifier cet échange, s'engageroit à lui céder l'Isle de Minorque et Gibraltar à la fin de la guerre présente. L'objet de cet arrangement seroit de détruire toute rivalité entre les maisons de Bourbon et d'Autriche en rendant cette dernière toute-puissante en Italie où la république de Gênes et les états du roi de Sardaigne la sépareroient totalement de la France, tandis que la cession susmentionnée des Pays-bas éleveroit d'un autre côté un mur éternel de séparation entre ces deux cours du côté de la Flandre. Ce projet a, selon ce qu'on assure, été extrêmement goûté par la cour d'Espagne, qui, dit-on, est très disposée d'y entrer: mais l'on prétend que le roi de Naples, qui destine les royaumes de Naples et de Sicile à son avénement au trône d'Espagne à un de ses fils cadets, n'y veut nullement entendre et pousse même l'opiniâtreté à cet égard au point qu'il refuse à accéder au traité de Versailles, quoique les parties contractantes l'y ayent invité. J'ignore jusqu'à quel point ce soupçon est fondé; mais il est certain que la négociation dont est chargé le comte de Starhemberg est relative a

l'Espagne, l'ambassadeur de cette cour assistant fréquemment aux conférences que M. Rouillé et l'abbé de Bernis ont avec le ministre de LL. MM. II. Tel est à ce qu'on prétend le plan de la négociation à laquelle travaillent actuellement les cours de France, de Vienne et de Madrid. Mais l'on assure en même temps que le ministère Autrichien, dont l'objet principal est de détacher entièrement la France de V. M. et de se prévaloir s'il est possible en ce moment pour l'attaquer, insiste vivement sur l'extrême importance, dont il seroit que les deux cours se concertassent dès-à-présent par un traité séparé sur les mesures qu'il conviendroit de prendre au cas que V. M. prît des engagements plus particuliers avec l'Angleterre et qu'aidée de ses alliés en Allemagne elle attaquât la maison d'Autriche en haine de son traité avec la cour de France. Il m'est revenu, que dans la vue de déterminer la France d'autant plus aisément à un pareil traité, on lui a insinué que, s'il se formoit effectivement quelque orage en Allemagne, et que la cour de Vienne, aidée par la France et ses alliés, parvint à dépouiller V. M. de la Silésie, elle pourroit céder à cette dernière la totalité des Pays-bas en récompense de l'assistance qu'elle lui prêteroit, ce qui pourroit réaliser tout d'un coup l'exécution du projet qu'on a formé et dont il a été fait mention ci-dessus. A quoi on a ajouté, qu'en attendant qu'on prit des arrangemens définitifs à cet égard, il seroit nécessaire qu'on se concertât pour priver V. M. de toutes les ressources qu'elle sauroit trouver pour l'exécution des desseins qu'elle pourroit avoir formés en faveur de l'Angleterre. C'est en conséquence de ces insinuations qu'on a entamée avec la Russie la négociation dont est chargé le Sr Douglas et qu'on s'est considérablement échauffé envers la Bavière, qu'on enlevera certainement à l'Angleterre, si la dernière ne met promptement les fers au feu. Je sais d'ailleurs de fort bon lieu que la cour de Vienne ne s'en tient pas aux représentations, dont je viens de rendre compte; mais qu'afin de parvenir d'autant plus promptement à ses fins et de presser la conclusion du traité qu'elle propose, elle répand ici avec affectation que V. M. fait marcher un nombre considérable de troupes en Silésie, et qu'elle leur fait faire des mouvemens très suspects du côté de la Bohème. Le ministère de France est tellement imbu de ce soupçon et en est si vivement alarmé qu'il en a témoigné la plus grande inquiétude à différentes personnes de ma connoissance et qu'il les a chargées de me sonder indirectement sur ce qui pourroit en être. Cette inquiétude que je sais être très-sincère prouve, ce me semble, de la façon la plus incontestable, qu'on est fort éloigné ici jusqu'à présent d'avoir pris contre V. M. des engagemens offensifs. Mais en même temps il est à craindre que pour peu que ce soupçon continue à germer, il ne produise des effets très-conformes aux vues de la cour de Vienne et qu'elle n'entraîne le ministère de France, auquel elle a su inspirer une confiance aveugle, dans des engagemens très-contraires à la tranquillité publique et aux intérêts de V. M. Il sera donc nécessaire, ce me semble, qu'elle désabuse promptement et d'une façon authentique le ministère de France sur les soupçons qu'on cherche à lui donner, et qu'elle ne néglige rien pour la convaincre de l'innocence de sa conduite et de ses vues. Je crois aussi ne pas devoir laisser ignorer à V. M. à cette occasion que je m'aperçois par moi-même et que différents membres du conseil ont aussi fait entendre à plusieurs personnes de mes amis, que les menaces qu'elle avoit fait faire à la Suède, et que la conduite qu'elle observoit envers le duc de Mecklenbourg prouvoient bien que ses intentions n'étoient nullement pacifiques, et qu'elle ne cherchoit qu'à troubler la paix de l'Europe.

D'un autre côté il m'a été assuré de fort bon lieu, que la Saxe a fait témoigner par son ministre, qu'elle étoit extrêmement inquiète de différents mouvements de troupes que V. M. faisoit du côté de ses frontières, et que le C. de Broglie en a écrit dans le même sens au ministère de France. M. Rouillé s'est même avancé jusqu'à me parler lui-même de ce bruit, quoique seulement par manière de conversation et dans les termes les plus polis. Mais sur les assurances que je lui ai données du contraire il m'a dit sans aucun déguisement, qu'il désiroit d'autant plus ardemment que les dispositions de V. M. fussent en effet aussi pacifiques que je les lui présentois, attendu que si elle prenoit la résolution d'attaquer la maison d'Autriche dans la conjoncture présente, la France ne sauroit se dispenser, par la nature des engagemens qui subsistoient maintenant entre elle et cette cour, de se réunir avec elle pour repousser de pareils efforts. A quoi il a ajouté que la France se trouveroit en pareil cas exactement dans la même position que V. M. si sa cour prenoit la résolution d'attaquer l'électorat d'Hannovre, dont elle avoit garantie la neutralité. Il est donc à appréhender que, si la cour de Vienne parvient à fortifier à un certain point les soupçons qu'elle a déjà excités ici contre V. M., elle ne réussisse aussi dans le dessein qu'elle a formé de se concerter par un traité séparé avec la France sur les mesures qu'il conviendroit de prendre au cas qu'elle fût attaquée par V. M. en haine du traité de Versailles. Je pense donc qu'il est essentiel, que V. M. cherche à parer ce coup de bonne heure en évitant soigneusement tout ce qui pourroit tendre à favoriser les bruits que ses ennemis affectent de répandre et en cherchant à convaincre qu'elle n'a aucunes vues offensives contre aucune puissance. Mais je suis persuadé en même temps, que ce n'est pas le seul écueil que V. M. ait à craindre, et qu'elle est menacée d'autres revers dont les effets ne seront pas moins fâcheux pour elle. Je veux dire que j'ai tout lieu de supposer que la cour de Vienne fera les plus grands efforts pour déterminer la France à attaquer l'électorat d'Hannovre, afin d'avoir un prétexte pour pouvoir tomber impunément sur V. M. dans le cas où elle s'opposeroit à la diversion. J'ai à la vérité peine à croire qu'on se prêteroit aisément à une pareille démarche; mais comme on pourroit être forcé à ce parti par quelque échec sur mer et qu'il y a d'ailleurs un parti considérable dans le conseil, qui désire fort une guerre de terre, cette conjecture pourroit fort bien venir à se vérifier avec le temps et peut-être dans le courant de l'année prochaine, la distribution actuelle des troupes françoises ne permettant pas qu'elle puisse avoir lieu cette année. Il est certain qu'un pareil événement rempliroit toutes les vues que la maison d'Autriche peut s'être proposées par le traité de Versailles, par lequel elle s'est privé d'un allié considérable, auquel elle n'auroit certainement pas renoncé, si elle n'eût eu l'espérance de s'en dédommager par le projet dont je viens de faire mention. Plusieurs personnes pensent même qu'elle pourroit bien proposer à la France d'entreprendre cette diversion à ses risques moyennant un subside que la France lui payeroit à cet effet, uniquement dans la vue de détacher entièrement cette cour de V. M. et de l'entraîner dans une guerre contre elle. Il est certain que si un pareil événement venoit à avoir lieu et que V. M. se vît en devoir de remplir les engagemens qu'elle a contractés avec l'Angleterre, la France se livreroit toute entière à son ressentiment et laisseroit agir librement la maison d'Autriche sans prendre conseil de ses vrais intérêts et sans se laisser arrêter par les inconvéniens qui pourroient par la suite en résulter pour elle. Je suis donc persuadé que ce seroit se faire une illusion bien grossière que

d'imaginer que V. M. pourroit en pareil cas s'attendre à aucun secours de la part de la France, à laquelle le ministère Autrichien a tellement fasciné les yeux qu'on ne sauroit se flatter de pouvoir la désabuser. Comme il me semble que la question que V. M. me fait à cet égard dans sa lettre du 26 de Juin n'est applicable qu'à ce cas, je crois qu'il seroit superflu d'entrer sur ce point en de plus grands détails, n'étant point à supposer que la maison d'Autriche attaqueroit V. M. sous d'autres prétextes que ceux dont je viens de faire l'énumeration. Il me semble donc qu'il résulte des observations que je viens d'exposer qu'il faut distinguer dans la conjoncture présente les vues de la France d'avec celles de la maison d'Autriche, qui fera certainement les plus grands efforts pour déterminer la France à porter la guerre en Allemagne, afin de pouvoir la détacher tout-à-fait de V. M. et d'avoir un prétexte pour l'attaquer. Mais en même temps V. M. peut être persuadée que cette diversion n'aura certainement pas lieu cette année et que la France ne s'y déterminera que très-difficilement, pour peu qu'elle continue à avoir les mêmes succès sur mer qu'elle a eus jusqu'à présent. Telle est, Sire, le précis de tout ce que j'ai pu découvrir jusqu'à présent relativement aux négociations des cours de Vienne et de Versailles, le secret qu'on garde à cet égard étant si grand et su de si peu de personnes, que je n'ai pu faire usage d'aucune des voies, que V. M. m'a indiquées, pour me procurer des notions plus détaillées.

38. Friedrich II an Knyphausen. 1756

— Vous supposez que les avis qu'on a, que la cour de Vienne voudroit se réunir avec la Russie pour attaquer mes états sont destitués de tout fondement, et croyez que la France — se reconnoîtroit de son erreur. — A cela je vous réponds, que les arrangemens militaires que les Autrichiens font actuellement, deviennent de jour en jour plus dangereux et m'inspirent les plus forts soupçons d'un dessein pris contre moi. Le bruit entre eux est général qu'ils m'attaqueront si non cette année-ci encore, qu'au moins cela se feroit certainement dans celle qui vient. On a voulu m'assurer qu'ils faisoient défiler des troupes d'Italie. Je ne saurois vous l'écrire positivement, mais ce qui je puis vous prédire c'est que, s'ils font marcher des troupes d'Italie en Allemagne, je ne le regarderai jamais avec indifférence, mais me mettrai en avantage, et alors il ne faut plus douter que la guerre ne s'ensuive. Juli 17. Potsdam.

39. Friedrich II an den Geheimenrath von Klinggräff in Wien[1].

Vous demanderez une audience particulière de l'impératrice reine, et quand vous y serez admis, après les complimens ordinaires, vous lui direz en mon nom, quoique modestement et avec toute la décence convenable, qu'apprenant de beaucoup d'endroits les mouvemens que ses troupes faisoient en Bohême et en Moravie et le nombre des régimens qui s'y rendoient, je demandois à l'impératrice, si cet armément se faisoit à dessein de m'attaquer? Si elle vous répond, que c'étoit à l'exemple des mouvemens, que j'avois fait faire à mes troupes, vous lui direz convenablement, qu'il vous paroissoit que les cas étoient tout différens, qu'il vous étoit connu que j'avois fait filer des troupes Juli 18. Potsdam.

[1] Im Auszuge publiciert Valori mém. I 129 u. ö.

en Poméranie, mais que rien n'avoit remué sur ses frontières, ni qu'aucune de mes dispositions ne lui auroit pu donner de l'ombrage.

Si elle vous répond, que chacun étoit maître de faire chez soi ce qu'il veut, tenez-vous-le pour dit et contentez-vous de sa réponse. Si elle vous dit qu'elle faisoit assembler des camps en Bohème et en Moravie comme toutes les années, faites lui remarquer la différence du nombre des troupes, des magazins, des préparatifs de guerre, et demandez-lui, si c'étoit toute la réponse qu'elle avoit à vous donner. Si elle vous parle de l'affaire de Mecklenbourg ou des bisbilles que nous avons touchant le commerce et cent autre choses sur nos frontières, prenez le tout *ad referendum* et dépêchez votre courier.

Vous vous rendrez après votre audience conter au Sr. Keith de ce que s'y est passé et vous tâcherez d'en semer la nouvelle dans toute la ville, à moins que l'impératrice ne vous recommande expressément le secret.

Et sur ce etc.

1756

40ª. Friedrich II an Mitchell[1].

Friedrich II theilt Mitchell einen Bericht vom 18 Juli über das österreichische Lager bei Eger mit und fügt das eigenhändige Postscriptum hinzu:

Juli 24. Potsdam. J'en ai reçus bien d'autres encore, il ne me reste plus que *prevenire quam preveniri.*

40ᵇ. Friedrich II an Knyphausen.

Juli 24. Potsdam. — Le plan est arrêté entre les deux cours impériales de m'attaquer à la fois, et je sais qu'on l'auroit exécuté dès cette année-ci, mais qu'on a été obligé de le renvoyer jusqu'au printemps prochain parceque le corps de troupes que la Russie a tenu dans la Livonie et la Courlande ne va qu'à 53000 hᵉ effectifs, qu'elle voudroit bien à 75 ou 80000 hᵉ, et parceque d'ailleurs la cour de Vienne a de son côté aussi encore bien de détails a régler pendant l'hiver, avant d'avoir ajusté le tout au point de pouvoir mettre son vaste projet en exécution.

Quant à moi, je verrai ce que j'aurai à faire de ma part dans ces occurrences pour ne pas être pris au dépourvu et ce que ma sûreté demandera.

41. Friedrich II an Knyphausen[2].

Juli 26. Berlin. J'ai bien reçu votre dépêche du 15 de ce mois, et pour vous mettre au fait des complots qui se trament actuellement en Europe contre moi, vous saurez (n. b. *toute l'affaire des Russes et Autrichiens avec tous les détails que j'en ai, le renvoi de leur projet à l'année qui vient*).

Vous pouvez voir par ce complot monstrueux que la guerre est inévitable pour moi, que de quelque façon que les choses tournent en Europe il m'est impossible de l'éviter, pour détromper cependant les François des impostures que les Autrichiens ne cessent de leur débiter, vous direz à M. Rouillé que ce qui lui donne tant d'ombrage de mes armemens se réduit simplement à des mesures défensives que j'ai pris

[1] Aus den Mitchell Papers im Britischen Museum.
[2] Eigenhändig concipiert.

dans mon pays pour être à couvert des desseins, que je savois que les Autrichiens et la cour de Pétersbourg avoient formés contre moi, que si la cour de Vienne faisoit du bruit pour quatre régimens d'infanterie que j'avois fait marcher en Poméranie et de ce que j'avois mis mes forteresses de Silésie hors d'insulte, elle découvroit bien la mauvaise volonté qu'elle avoit contre moi, tandis que je n'ai rien dit des grands amas d'artillerie qu'elle fait sur mes frontières et des prodigieuses levées dont elle augmente ses troupes et les renforce en Bohême et en Moravie. Vous donnerez copie au M. Rouillé des ordres ci-joints qui ont été donnés au M. Klinggräf à Vienne pour demander des éclaircissemens à l'impératrice sur ce qui me fait soupçonner ses intentions; ce qui se passera ultérieurement dans cette négociation vous sera fidèlement communiqué pour être par vous remis au M. Rouillé. Les François qui n'ont pas les yeux fascinés verront de cette négociation que, si les intentions de l'I. R. sont nettes, si ce traité dont on l'accuse avec tant de certitude est faux, il ne tiendra qu'à elle de perpétuer la paix, mais si elle ne me donne pas les assurances que de droit j'exige d'elle, alors ce n'est plus celui qui attaque qui est l'agresseur mais bien celui qui a formé le projet de faire la guerre à l'autre.

Je regarde le ministère François trop foible et trop borné pour se garder des embûches de celui de Vienne, le c^te^ Caunitz les menera et les poussera si fort en avant, qu'alors ils n'ouvriront les yeux que trop tard; j'en suis fâché, ma situation est hazardée de toutes les manières, je ne puis m'en tirer que par un coup hardi. Valory a fait ici une déclaration dont j'ai vu qu'il étoit honteux lui-même, elle consistoit à m'annoncer assez sèchement que, si j'attaquois la reine d'Hongrie, le roi de France son allié seroit obligé de la secourir, comme je me trouverois obligé à secourir le roi d'Angleterre en cas qu'ils l'attaquassent. Je vois par là que toute la trame des Russes et des Autrichiens leur est inconnue, vous pouvez leur en glisser quelque chose, mais vous ne leur développerez tout le secret d'iniquité que lorsque vous aurez reçu le second mémoire que Klinggräf a ordre de présenter. Sur ce etc.

42. Friedrich II an Klinggräff. 1756

Immédiatement après la réception de cette lettre vous demanderez audience de l'I. R. Vous lui direz que je suis fâché de l'importuner encore, mais que c'est indispensable dans la situation présente des affaires, dont l'importance exige des explications plus claires que celles qu'elle vient de me donner. Ni les états de l'impératrice ni ceux de ses alliés sont menacés d'aucune attaque, mais bien les miens. Il faut que l'impératrice sache pour ne lui rien dissimuler que je suis informé d'une manière à ne pas en douter, qu'elle a fait au commencement de cette année une alliance offensive avec la cour de Russie contre moi. Il y est stipulé que les deux impératrices m'attaqueront inopinément, celle de Russie avec 120 m. hommes et l'I. R. avec une armée de 80 m. combattans. Ce projet qui devoit se mettre en exécution dès le mois de May de cette année a été différé à cause que les troupes Russes ont manqué de recrues, leur flotte de matelôts et la Finlande de blé pour les nourrir. Les deux cours sont convenues de ne remettre les choses que jusqu'au printemps qui vient, et comme il me revient à présent de toute part que l'impératrice rassemble ses forces principales en Bohême et Moravie, que les troupes campent à peu de distance de mes frontières, qu'on fait des magazins et amas considérables de mu-

Aug. 2. Potsdam.

nitions de guerre et de bouche, que l'on tire des cordons de houssards et de Cravates le long de mes frontières, comme si nous étions en pleine guerre[1], je me crois en droit d'exiger de l'impératrice une declaration formelle et cathégorique, consistant dans une assurance [verbale ou par écrit], qu'elle n'a aucune intention de m'attaquer ni cette année-ci, ni l'année qui vient; [soit que cette déclaration se fasse par écrit ou verbalement en présence des ministres de France et de l'Angleterre, cela m'est égal et dépend du bon plaisir de l'impératrice]. Il faut savoir si nous sommes en guerre ou en paix; j'en rends l'impératrice l'arbitre; si ses intentions sont pures, voici le moment de les mettre au jour, mais si on me donne une réponse en stile d'oracle, incertaine on non concluante, l'impératrice aura à se reprocher toute la suite qu'attirera la façon tacite dont elle me confirmera par-là les projets dangereux qu'elle a formé avec la Russie contre moi, et j'atteste le ciel, que je suis innocent des malheurs qui s'en suivront[2]. Sur ce etc.

1756

43. Friedrich II an Knyphausen.

Aug. 3. Potsdam.

J'ai reçu le rapport que vous m'avez fait du 22 de Juillet. Je crois pénétrer la façon dont la cour de Vienne use présentement envers la France. Quand la dite cour étoit en alliance avec l'Angleterre, elle chipota séparément et sous main avec la cour de Pétersbourg sans en laisser rien entrevoir à celle de Londres, qui ignoroit absolument les concerts que les ministres Autrichiens prenoient avec ceux de Russie. A présent que la cour de Vienne a fait son traité avec la France, elle continue de faire le même manège; elle prend des arrangemens avec la Russie, sans que la France en soit instruit, et tandis que la dite cour ne témoigne que des sentimens pacifiques à la France, elle se lie avec la Russie par des engagemens offensifs contre moi, en sorte que la France en est la dupe toute comme la cour de Londres en a étée autrefois. A présent la susdite cour de Vienne ne travaille que de m'agacer par des démonstrations guerrières qu'elle fait en Bohème et en Moravie en y assemblant deux gros corps d'armées.

44. Friedrich II an Knyphausen.

Zu der Mittheilung der zweiten Anfrage in Wien:

Aug. 7. Potsdam.

Ce sera cette réponse de l'impératrice que j'attends qui réglera mon sort, et à moins qu'elle ne soit cathégorique la guerre éclatera incessamment.

---

[1] Das folgende ist von Raumer, Beitr. II 374 aus den Mitchell Papers publiciert.

[2] Das auf Grund dieser Instruction von Klinggräff redigierte Memoire s. Valori Mém. II 162 ff. u. a. O. Die oben eingeklammerten Worte sind darin gemäfs späterer Instruction weggelassen. Das Memoire schliefst: le soussigné a ordre de demander sur ce que ci-dessus une réponse prompte, cathégorique et par écrit, ainsi que S. M. l'I. R. le lui a fait promettre en dernier lieu par S. E. Monsieur le Grand-Chancelier de la cour, le C. de Kaunitz-Rittberg.

Vienne le 18 Août 1756. KLINGGRÄFF.

45ª. Friedrich II an Knyphausen. 1756

— toutefois n'ai-je conclu ma convention avec l'Angleterre que pour conserver la tranquillité en Allemagne; c'est là à quoi étoient dirigées toutes mes mesures; mais que les Autrichiens en soyent irrités au point de vouloir mettre tout en combustion, il n'y va pas de ma faute; et je ne saurois que me tenir sur mes gardes et qu'employer les moyens propres à empêcher de n'être pas opprimé, ce qui sauroit se faire sans alliances. Aug. 14. Potsdam.

45ᵇ. Friedrich II an Knyphausen.

— Vous tâcherez d'ailleurs de faire bien comprendre à tout ce qu'il y a de bien-intentionné pour moi la distinction solide et fondée entre l'agresseur et entre les premières hostilités; que c'est l'agresseur qui fait tous les arrangemens pour mettre son plan en exécution, qui ne veut point venir à des explications et qui n'attend que le moment pour frapper son coup, au lieu que l'autre, qui se voit forcé malgré lui de commettre les premières hostilités pour ne pas être pris mains et pieds liés afin d'être égorgé impunément, n'agit qu'à son corps défendant. Comme cette distinction est exactement conforme au droit de nature et des gens, vous tâcherez de la établir en mieux. Aug. 16. Potsdam.

46. Friedrich II an Knyphausen.

J'ai reçu la dépêche que vous m'avez faite du 8 de ce mois. En conséquence duquel[1] je vois que le principal argument des Autrichiens pour me brouiller avec la France consiste dans l'intimité qui règne à présent entre le roi de la Grande Bretagne et moi. C'est donc ce soupçon de nouvelles liaisons que j'ai pris selon eux, dont vous devez vous efforcer à les détromper. Aug. 21. Potsdam.

1°. Vous pouvez dire hardiment que jusqu'ici il n'y avoit d'autre lien entre l'Angleterre et la Prusse que cette convention que le duc de Nivernois a vue et qui est très-innocente, comme je vous assure sur mon honneur, que c'est en cela que consiste tous nos engagemens; vous pouvez en parler avec la plus grande assurance.

2°. Vous pouvez y ajouter qu'à la vérité il étoit naturel et simple que dans un moment de crise comme l'est celui-ci j'aie plus d'intimité envers une nation qui m'a garanti mes possessions qu'envers une autre qui a refusé mon alliance, que par conséquent personne ne peut trouver à redire que je m'adresse à mes amis pour prendre des mesures pour ma défense.

3°. Que la mauvaise volonté des Autrichiens contre moi étoit claire, et que quoique la France fût en alliance avec eux, cela ne m'empêcheroit pas de prendre des mesures pour ma propre défense et même en cas de besoin pour prévenir les desseins de mes ennemis; qu'il y avoit deux mois que j'aurois pu attaquer la reine d'Hongrie au dépourvu si je l'avois voulu, que je lui laisse amasser tranquillement une armée de $\frac{80}{m}$ combattants, mais que si je ne reçevois pas une réponse nette et satisfaisante au dernier mémoire du Sr. Klinggräf, personne ne m'empêcheroit de prévenir les mauvais desseins de cette princesse, que je savois que la Russie s'en mêleroit l'année qui vient, mais que voyant

[1] Das folgende nach dem eigenhändigen Concept des Königs.

qu'après tout ce que j'avois fait pour empêcher cette guerre elle devenoit inévitable, je m'y porterois sans ménagement.

4°. Que jusqu'ici je n'avois point soupçonné la bonne foi des François envers moi, mais que je savois de science certaine les offres que l'I. R. vouloit faire en France pour attirer cette puissance dans la conspiration qu'elle a formée contre moi, et comme la politique de cette princesse m'est connue, je m'attendois à voir employer de sa part les impostures les plus noires pour aigrir l'esprit du gouvernement contre moi et pour profiter d'un moment d'humeur afin de l'entraîner dans ses vues: que rien ne pouvoit se comparer à ces temps que ceux de la ligue de Cambray, à la différence, qu'on ne viendroit pas aussi facilement à bout de la presse qu'on pouvoit se l'imaginer, et que certainement cela donneroit lieu à une guerre générale dont on ne pouvoit pas prévoir la fin, qu'il me seroit douloureux de voir employer à ma ruine des troupes avec lesquels j'avois été allié longtemps et qui se souviendroient encore de la diversion qu'en 1744 je fis en leur faveur, et qu'il falloit espérer que le grand mouvement, que cette guerre pourroit causer, remettroit les liqueurs de l'Europe dans leur équilibre naturel.

1756 **47. Friedrich II an den Freiherrn von Maltzahn in Dresden.**

Aug. 26. Potsdam. Les procédés injustes et les desseins dangereux de la cour de Vienne me forcent d'en venir à des extrémités que j'aurois voulu éviter pour l'amour de la paix et de la tranquillité publique, et ces mêmes circonstances me mettant malgré moi dans la nécessité de faire marcher mon armée en Saxe pour entrer en Bohême, vous vous rendrez immédiatement après la réception de cette dépêche auprès du C. de Brühl et lui demanderez d'être admis le plutôt possible à l'audience de S. M. Polonoise. Après quoi vous déclarerez à ce prince ou même simplement à son ministre, au cas que l'audience auprès du roi rencontrât des difficultés ou des retardemens; vous lui déclarerez, dis-je, de ma part, que les brouilleries survenues entre moi et l'impératrice-reine me mettoit à mon grand regret dans la fâcheuse nécessité d'entrer avec mon armée en Saxe, pour aller de là en Bohême, que l'on auroit pour les états du roi de Pologne tous les ménagemens que les circonstances présentes pourroient comporter, que nos troupes s'y conduiroient avec l'ordre et la discipline la plus exacte; mais que je me voyois forcé de prendre mes précautions de manière à ne pas retomber dans la situation où la cour de Saxe m'avoit mis pendant les années de 1744 à 45; que du reste S. M. Polonoise pouvoit être persuadée qu'on auroit pour sa personne et pour sa famille royale toute la considération imaginable et tous les égards, que le malheur des temps et ma propre sûreté pourroit permettre, et qu'en mon particulier je ne désirois rien plus ardemment que de voir arriver l'heureux moment de la paix, afin de pouvoir témoigner à ce prince toute l'étendue de mon amitié et le remettre dans la possession paisible et tranquille de tous ses états, contre lesquels je n'avois jamais eu aucuns desseins offensifs. Vous accompagnerez cette déclaration de tout ce que la politesse pourra vous fournir d'affectueux de ma part et de respectueux de la vôtre, pour lui faire sentir que c'est une affaire de nécessité, de contrainte et d'obligation, et que ce n'est qu'à la cour de Vienne seule, qu'il faut nous en prendre de tout ce que cette situation peut avoir de dur et de désagréable. Et vous ne manquerez pas au surplus de me faire sans perte de temps un rapport fidèle et circonstancié de la réponse qu'on vous aura donnée et du résultat de cette importante commission.

48. Friedrich II an Knyphausen.

1756

Votre rapport du 15 de ce mois m'est bien entré. Le dernier courier du Sr. de Klinggräf m'a apporté hier la réponse de l'I. R. — — Je me vois enfin, toute considération faite, obligé de prendre des mesures pour ma sûreté et de me mettre à cette fin en marche avec mon armée. Aug. 27. Potsdam.

Je ne saurois vous câcher à cette occasion, que la situation où je me trouve étant critique et des plus embarrassantes, qu'aucune considération ne sauroit m'empêcher de prendre mes mesures de manière à ne pas me laisser opprimer impunément par mes ennemis et de me servir des seuls moyens qui me restent pour me tirer de l'oppression de la cour de Vienne et pour prévenir l'effet de ses mauvaises intentions contre moi. Sur ce etc.

49. Ministerielle Instruction für Knyphausen.

— — Et d'abord vous ferez sentir au Sr. de Rouillé que ce n'est pas d'aujourd'hui que la cour de Vienne a commencé à manifester sa mauvaise volonté contre moi; qu'il y a plus de six ans, que cet orage roule sur ma tête; qu'immédiatement d'après la paix d'Aix-la-Chapelle elle avoit formé le plan d'une nouvelle guerre qui pût l'aider à reconquérir la Silésie; que les troubles du Nord et l'élection du roi des Romains lui ayant manqués, elle m'avoit brouillé avec la Russie et avoit travaillé contre moi à limes sourdes dans toutes les cours de l'Europe —. Aug. 31. Berlin.

50. Knyphausen an den König.

— Je ne saurois trouver des expressions assez fortes pour représenter à V. M. l'impression qu'a causée à la cour de France l'entrée des troupes Prussiennes dans l'électorat de Saxe et les incidents dont on prétend que cet événement a été accompagné. Mme la dauphine — a été informée de cette démarche par un courier que le roi son père lui a dépêché. — Le tableau que LL. MM. Polonoises ont fait à cette princesse de la triste situation dans laquelle cet événement les a constitués a tellement émue sa compassion, qu'on assure qu'elle est allée se jeter aux pieds du roi pour implorer sa protection et la supplier de vouloir bien ne pas abandonner ses parents dans ses conjonctures aussi affligeantes. Il m'est revenu que S. M. T. C. avoit été vivement touchée du récit dont je viens de faire mention et qu'elle avoit promis à Mme la dauphine de ne rien négliger de ce qui pourroit dépendre d'elle pour tarir le sujet de ses larmes et venger S. M. Polonoise de l'insulte qu'elle avoit reçu. Je sais outre cela que Mme la dauphine ne s'en est pas tenue à cette première démarche, mais qu'encouragée apparemment par l'effet qu'elle a produit et les promesses qu'elle a occasionnés, elle a prié M. Rouillé d'empêcher que je ne me présente point devant elle Mardi dernier, jour consacré à cette cour-ci aux audiences des ambassadeurs, afin de n'irriter sa douleur et ne lui en retracer le motif. — — — L'on assure aussi que le roi a dit que l'impératrice n'avoit qu'à demander le nombre des troupes qu'il lui falloit et qu'il feroit tout ce qu'il pourroit de la manière la plus efficace. Sept. 10. Paris.

51. Knyphausen an den König.

— J'appréhende vivement que pour peu que continue la fermentation que le désespoir de Mme la dauphine a excitée dans l'esprit du Sept. 12. Paris.

roi et de son ministère, on ne prenne ici dans la chaleur et le transport du ressentiment des partis très-violents et très-contraires aux intérêts de V. M. En attendant je ne saurois exprimer la révolution subite que la douleur de la famille royale a occasionné dans l'esprit de tous les courtisans, même de toute la nation, et la rapidité avec laquelle elle a soulevé contre V. M. même ceux qui paroissoient être le plus favorablement disposés pour elle et auxquels la réunion des maisons de Bourbon et d'Autriche répugnoit le plus. Ceux dans le conseil qui lui étoient le plus affectionnés sont de ce nombre et déclament avec le plus de véhémence contre les prétendues violences dont le roi de Pologne l'accuse dans ses lettres à Mme la dauphine.

1756

52. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Über den Stand der Verhandlungen zwischen dem französischen und dem russischen Hofe.

Sept. 27. Paris. — On prétend que les deux cours sont convenues de s'employer mutuellement pour établir entre elles des liaisons de commerce, qui tendissent à consolider le système qu'elles ont adopté au sujet des conjonctures présentes et à leur faire trouver un intérêt permanent à entretenir la bonne intelligence qui règne actuellement entre elles.

Ce projet — a cependant —, lorsqu'on est venu à en éplucher les détails présenté de grandes difficultés. L'on a observé en premier lieu, que le commerce de l'intérieur de la Russie, qui sert à faire transporter dans les principaux ports de ce royaume les denrées que fournissent les provinces, se fait par des marchands Anglois, qui avancent aux naturels du pays les fonds nécessaires pour ce trafic et qui sont obligés de leur faire des crédits considérables et à des termes fort éloignés, dont les moindres sont d'un an ou de quinze mois. L'on a donc objecté, qu'il seroit très-difficile de trouver en France des négociants qui fussent assez riches pour faire face à de pareilles entreprises ou qui voulussent s'expatrier à une distance aussi considérable. — —

A cette difficulté on en a fait succéder une autre qui consiste en ce que la marine marchande de la France n'est pas assez nombreuse pour pouvoir fournir seule et par ses propres navires à un commerce aussi éloigné et aussi étendu, et qu'elle seroit par conséquent obligée de former quelque entrepôt qui pût la soulager dans sa traversée. Je sais qu'on a jeté pour cet effet les yeux sur la ville de Hambourg.

Mais il reste encore une difficulté — qui regarde les influences qu'un pareil traité de commerce répandroit sur les cours de Suède et de Dannemarc, qui pourvoyent actuellement la France des mêmes denrées qu'elle voudroit tirer de la Russie et qui se trouveroient forcées par un pareil événement de se rapprocher de la Grande-Bretagne. — Il y a apparence même que leurs cours (de Suède et de Dannemarc) seront d'autant plus embarassées de parer ce coup, que la France n'est liée avec la Suède par rapport à son commerce que par une convention très-vague et générale et que le traité de commerce qui subsiste entre la première et le Dannemarc expire l'année prochaine.

53. Ministerialschreiben an Knyphausen. ad mand.

König Friedrich läßt in Betreff der von französischer Seite behaupteten Zusicherung englischer Subsidien an Preußen erklären:

1756
que j'étois jusqu'ici fort éloigné d'en demander de cette couronne, Sept. 28.
tout comme je n'en avois pas tiré de la France pendant la dernière Berlin.
guerre.

54. Friedrich II an Knyphausen.

— il est a présumer que le ministère de France — conviendra, que Sept. 30.
je n'ai absolument pu me dispenser de désarmer un ennemi qui ne fai- Sedlitz.
soit qu'épier le moment favorable pour m'enforcer le poignard dans le coeur, dès-lors que je me verrois les mains liées à ne pouvoir parer le coups mortel. — — quoique-je me voie obligé de tenir bloquées les troupes Saxonnes, la table de S. M. le roi de Pologne ne s'en ressent aucunement, le transport des vivres et de tout ce qui est nécessaire pour la servir étant très-permis et ne rencontrant pas le moindre obstacle, la reine de Pologne ayant de son côté reçu les sommes en argent qu'elle a demandées.

55. Knyphausen an den König und das Ministerium.

— — que la nation commence à ouvrir les yeux sur les inconvé- Oct. 8.
niens du traité de Versailles, et qu'on déclame avec chaleur sur la Paris.
disproportion qu'il y a dans le cas de l'alliance où l'on a excepté en faveur de la cour de Vienne la guerre présente entre la France et l'Angleterre sans avoir excepté aucun cas en faveur de la France ni compensé cette inégalité par aucun autre avantage.

Que sans les clameurs qu'occasionnent ici les violences qu'on accuse V. M. d'exercer en Saxe et qui ont déchiré le coeur du roi et de la famille royale plus que je ne saurois l'exprimer, le bandeau de l'illusion seroit tombé il y a longtemps. — Mais cet incident a tellement courroucé le roi, que ceux qui sont les mieux intentionnés et le plus zélés pour son service n'osent élever la voix pour le désabuser, et que quand ils le voudroient, ils en seroient empêchés par les cris de la famille royale et de tous ceux qui environnent ce prince.

56. Friedrich II an Knyphausen.

— Que quant à la guerre que j'avois été obligé de faire contre Oct. 12.
l'Autriche, vous pouvez l'assurer (M. Rouillé) fermement, que ce n'avoit Lobositz.
pas été ni ambition ni cupidité ni dépit ni désir de m'aggrandir ou de faire des acquisitions ni inspirations de qui que ce soit qui m'y avoit mené, et que je pouvois attester le ciel que l'unique raison qui m'y avoit entraîné étoit les complots dangereux que la cour de Vienne ourdit presque tout à l'entour de moi et les mauvais dessins qu'elle faisoit éclater, et que j'ai cru ne pouvoir plus arrêter qu'en le prévenant avant que je me trouvois mains et pieds liés devant elle, comme c'étoit son dessein. — Que d'ailleurs M. de Rouillé me rendroit tant de justice, que si jamais j'avois eu envie de rompre de gaieté de coeur ou par quelques vues intéressées avec la maison d'Autriche, je ne l'aurois pas fait dans un temps où elle venoit de faire une alliance avec la France, et que par conséquence il a fallu que les motifs ont été bien pressans qui m'ont forcé à entreprendre cette guerre pour ma sûreté avant d'être tout-à-fait prévenu.

Voilà mon cas avec la Saxe. Je ne puis que faire avec fermeté et sans me laisser décontenancer ce que j'ai été obligé d'entreprendre,

car n'ayant pas pu éviter leur mauvaise volonté, je me suis vu obligé de la prévenir et de tâcher de la désarmer pour la mettre hors d'état d'exécuter ses pernicieuses intentions contre moi.

1756

57. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Der Gesandte berichtet über die tags zuvor von Rouillé ihm angezeigte Abberufung des französischen Gesandten von Berlin. Man versichert:

Oct. 21. Fontainebleau.

que ce qui est arrivé à l'égard de M. de Broglie n'est qu'un prétexte qu'on a saisi avec avidité afin d'exécuter le projet de rappeler le marquis de Valory, qu'on a formé depuis l'entrée de V. M. en Saxe et sur lequel Mme la Dauphine a insistée sans cesse et avec la plus grande vivacité. Il est certain aussi que le roi auroit beaucoup de répugnance à prendre cette résolution, et qu'il ne s'y seroit peut-être jamais déterminé, s'il n'eût eu le coeur ulcéré par le mauvais succès de l'ambassade de M. de Nivernois et par différentes autres causes. — Enfin j'observerai encore que M. de Pompadour, l'Abbé Bernis et tous les promoteurs du nouveau système qu'on a adopté ici ont fait les plus grands efforts pour pousser le roi à une démarche, qui en élevant entre lui et V. M. une espèce de mur de séparation contribuât à consolider le nouveau système et en assurer la durée.

58. Friedrich II an Knyphausen.

Oct. 28. Sedlitz.

— comme je vois que la passion a aveuglé la cour de France au suprême dégré et qu'elle est contre rime et raison, je n'aurois aussi plus de ménagements et prendrai mes mesures en attendant que leurs menaces ne me feront mourir de peur.

59. Friedrich II an Knyphausen.

Der Gesandte wird angewiesen unverzüglich ohne Abschied zu nehmen den französischen Hof zu verlassen und über Metz und Frankfurt nach Berlin zu reisen. Dieser Instruction fügt Friedrich II das eigenhändige Postscriptum hinzu:

Oct. 30. Sedlitz.

C'est par les intrigues des Autrichiens qu'on vous fait revenir. A peine serez vous parti de Paris, que rien ne retiendra le cours des mensonges de mes ennemis. Ils feront tant de contes, ils débiteront tant de choses, que l'on ne verra que par leurs yeux et n'entendra que par leurs oreilles. S'ils veulent être mes ennemis, à la bonne heure: c'est eux qui l'ont bien voulu.

60*. Knyphausen an den König und das Ministerium.

Nov. 5. Paris.

— Je sais de bon lieu que quelques unes des pièces justificatives — ont fait beaucoup d'impression sur différens membres du conseil, qui n'ont pas fait difficulté de blâmer la conduite des cours de Vienne et de Saxe et de s'en expliquer en termes très-énergiques. Mais — il s'en faut beaucoup que les symptômes de changement se manifestent dans la conduite et le langage du roi. — — Le comte de Starhemberg — ne sauroit que s'alarmer de voir que malgré toute l'adresse dont a usé sa cour pour fasciner les yeux du ministère de France et de la nation, ce bandeau commence à tomber, et qu'il n'y a presque personne qui ignore les inconvéniens du traité de Versailles et n'en parle avec le

plus grand mépris. — Mais — la prévention opiniâtre du roi de France en faveur des nouvelles liaisons qu'il a formées et l'aigreur personnelle qu'il a conçue contre V. M. seront peut-être les plus grands obstacles qu'on aura à combattre en pareil cas.

60[b]. Knyphausen an den König und das Ministerium. 1756

— il vient encore de m'être confirmé, que la cour de Vienne vient d'insister — sur la préstation actuelle du corps auxiliaire pour garantir la Bohème des entreprises que V. M. pourroit former cette année dans la vue de prendre ses quartier d'hiver dans cette province. L'on prétend que le C. de Starhemberg, aidé du C. de Bernis, se donne les plus grands mouvemens pour faire passer en résolution les promesses qui lui ont été faites à ce sujet et dont l'accomplissement paroît tenir extrêmement à coeur à l'I. R. Cependant — l'on persiste à vouloir attendre les dépêches — du C. d'Estrées auparavant de prendre une résolution définitive sur ce point. Nov. 12. Paris.

Paris den 15 Nov. meldet Knyphausen, daſs er morgen abreisen werde. Berlin den 3 Dec. 1756 meldet er dem Könige seine Ankunft.

61. Landgraf Wilhelm VIII von Hessen-Cassel an König Friedrich II. 1757

Sire

Quoique V. M. ne sauroit ignorer la mission du ministre de France le chevalier Follard vers plusieurs cours de l'Empire et le but de cet envoy; je croirois manquer au plus essentiel de mes devoirs et à la confiance entière et respectueuse que j'ai pour elle, si je me dispensois de lui rendre compte des propositions dont il a été chargé pour moi, et de la façon que j'y ai répondu. Febr. 3. Cassel.

Le dit ministre arriva ici le 19 du passé, et ses lettres de créance avec ses propositions verbales tendoient à m'offrir une union avec sa cour et ses alliés, nommément celle de Vienne, dans la vue de maintenir le système de l'Allemagne et de procurer le rétablissement de sa tranquillité. A cette fin je devois me joindre aux mesures que S. M. T. C. prendroit pour parvenir à ce but, en rappelant mes troupes engagées au service de la Grande-Bretagne pour les donner à la France contre des subsides et d'autres avantages, et en allant tant à la diète que partout ailleurs de concert et d'intelligence avec le Roi T. C. et ses dits alliés. Le chevalier Follard fit précéder à ces propositions et les accompagnoit en suite de diverses insinuations menaçantes, annonçant entre autres la marche prochaine de deux armées françoises, dont l'une, forte de $\frac{80}{m}$ hommes, se porteroit sur le bas Rhin et l'autre, au nombre de $\frac{30}{m}$ combattans, pénétreroit en Allemagne vers la Lahn.

Les sentimens que V. M. me connoît tant par rapport à l'exécution des engagemens où je me trouve avec l'Angleterre, qu'en égard aux atteintes manifestes dont le système de l'Empire et la liberté de ses membres seroit menacée, et au zèle inviolable qui m'attache aux intérêts de V. M., la feront juger d'elle-même du parti que j'avois à prendre. Il ne s'agissoit, Sire, que de donner à mes explications le sens le plus conforme aux ménagemens que j'ai à observer envers la cour de France, et le moins susceptible d'un ressentiment, dont il seroit d'autant plus facile de faire tomber sur moi des premiers les effets pendant l'éloignement de la plus grande partie de mes troupes, et pendant que S. M.

Britannique, autant que je sache, n'a pas encore pris aucunes mesures positives, moins encore suffisantes, pour défendre ses propres pays et pour couvrir les miens en vertu de la garantie dont elle s'est chargée par le dernier traité.

J'ai porté en même tems mon attention à insinuer au ministre de France, combien peu les vues de sa cour, en favorisant les projets connus et violens de celle de Vienne, étoient compatibles avec ses propres intérêts, et en conséquence je lui ai fait connoître:

Qu'aussi sensiblement touché qu'on pouvoit l'être des troubles qui s'étoient élevés en Allemagne, je souhaitois avec un vrai empressement de pouvoir contribuer à y remettre la tranquillité. Que toutes mes démarches tant à la diète qu'ailleurs n'avoient tendu qu'à cette fin. Ainsi qu'étant persuadé que les moyens violens, proposés par la cour impériale, si contraires en eux-mêmes aux constitutions de l'Empire, et aux mesures prises ci-devant en pareil cas, au lieu de convenir à ce but, ne feroient qu'alonger la durée de la guerre et en multiplier les calamités, en y enveloppant plusieurs états et provinces innocens, qui n'y avoient aucune part; j'avois insisté que l'Empire voulût employer sous l'authorité de son chef sa médiation pour terminer ces troubles et ramener la paix. Que cette voie de la conciliation me paroissoit devoir produire un effet d'autant plus sûr après que V. M. avoit fait déclarer en plus d'une occasion et encore en dernier lieu à la diète, qu'elle ne demandoit point à faire aucunes conquêtes; qu'elle étoit même prête à restituer l'électorat de Saxe aussitôt que la sûreté de ses propres états lui seroit garantie, et qu'elle ne rejetoit point la médiation mentionnée, si l'Empire vouloit s'en charger.

J'ai ajouté qu'éloigné, comme je l'étois, de vouloir que les autres princes et états réglassent leurs sentimens sur les miens, j'espérois que par un juste retour on ne voudroit point m'obliger non plus ni les autres princes d'Allemagne, qui étoient du même sentiment, de prendre la loi de ce que la pluralité des suffrages prétendoit de conclure dans le cas dont il s'agissoit. Qu'une grande partie des suffrages portées à la diète et les menées qu'on avoit mises en oeuvre pour les obtenir, ne visoient pas à moins qu'à remettre entre les mains de l'empereur le pouvoir d'obliger le reste des états par la force d'entrer dans ces mêmes mesures, dictées par la pluralité des voix, et que si ce principe devoit s'établir, c'en étoit fait de la liberté germanique, affermie au prix de tant de sang, et soutenue malgré tant d'entreprises tentées jusques ici pour la renverser.

Que c'étoit porter le dernier coup à la paix de Westphalie, et que je me flattois que S. M. T. C. comme garante de la dite paix, loin de vouloir exiger de ceux des états de l'Empire, qui comme moi agissoient là-dedans par des principes si purs et irreprochables et sans aucuns autres motifs étrangers à cet objet, de se prêter à des mesures aussi préjudiciables à leur liberté que contraires au bien et au salut de la patrie, voudroit bien plutôt les protéger, et ne point permettre, qu'ils soient forcés ou molestés pour cela par qui que ce soit.

En même tems j'ai allégué au dit ministre de France les engagemens où je me trouve actuellement avec la Grande-Bretagne, contractés avant le commencement des présentes hostilités et dans un tems où personne ne pouvoit s'y attendre, en lui faisant connoître les obligations qu'ils m'imposent et dont je n'étois plus le maître.

Le Sr de Follard a reçu ces explications sans combattre beaucoup mes raisons ni sans y opposer de nouvelles instances que pour témoigner ses regrets, que l'union qu'il m'avoit proposée avec sa cour et pour la

conclusion de laquelle il tenoit le plein-pouvoir en main, n'avoit pu avoir lieu, et c'est de cette façon qu'il est reparti d'ici pour se rendre à ce qu'il dit à la cour de Bayreuth.

Si ce détail, Sire, que j'ose cependant la supplier très-humblement de vouloir bien faire ménager, n'a rien de particulièrement intéressant pour V. M., je me flatte, qu'elle voudra bien au moins n'en rapporter l'ouverture qu'à cette confiance souveraine qu'en tout ce qui m'arrive je mets en ses hautes lumières et en sa puissante protection. Rien ne manquera à ma consolation et je me trouverai rassuré contre tout ce que ma situation peut me faire appréhender dans cette épineuse crise, si elle daigne approuver ma conduite en cette occasion et reconnoître dans cette démarche les traces de ce zèle qui ne m'abandonnera jamais pour ses intérêts, et qui ne sauroit être égalé que par les sentimens de gratitude et du profond respect avec lesquels je ne finirai d'être

Sire
de Votre Majesté
le plus humble et plus dévoué serviteur
et cousin
GUILLAUME.

62. König Georg II von England an König Friedrich II. 1757

Monsieur mon frère, Juni 28.

J'ai vu par la lettre de V. M. du 10 Juin l'état où se trouve Prague, Kensington. et la résolution qu'elle a prise en renforçant le corps du prince de Bevern d'aller chercher les débris de l'armée de Leop. Daun pour la dissiper. J'admire en toutes occasions les desseins et l'activité de V. M. Si l'armée de Daun est détruite, je me flatte que Prague et sa garnison tomberont bientôt entre ses mains, et qu'alors V. M. se trouvera en état d'assister son bon allié. La grande superiorité des François a forcé mon fils à mettre le Weser entre lui et eux, et comme une armée inférieure et sur la défensive ne peut faire face à tout, je crains que du moins une partie ne perce quelque part. On a fait la déclaration que V. M. a souhaité à la Russie, et il ne tiendra pas à moi de donner à V. M. toute l'assistance dans mon pouvoir, étant très parfaitement

Monsieur mon frère
de Votre Majesté
le bon frère
GEORGE R.

63. Graf Alexander von Neuwied an König Friedrich II.

Mon zèle ne me permet pas de supprimer l'ouverture que me fit Juli 4. hier le colonel François de Fischer, homme d'intelligence et d'intrigue, Neuwied. très-bien avec M. de Belleisle, dont il me montra une lettre et me fit l'incluse parceque je voulois quelqu'écrit. Il assura sur sa tête que dans trois semaines il y auroit ici sous prétexte de négocier mon bataillon un lieutenant-général François actuellement employé à une cour d'Allemagne, au cas que je puisse lui donner à connoitre indirectement, qu'il plairoit à V. M. d'envoyer pareillement en secret une personne de rang pour entrer en pourparler, afin de pouvoir en cas de convenance signer des préliminaires en vertu des pleinpouvoirs, qu'ils auroient en poche. Un de mes amis a trouvé à Versailles un homme de quelque poids dans les sentimens que Fischer dépeint. Les ordres de V. M. seront ma règle

inviolable, selon le profond et soumis dévouement, avec lequel je serai, malgré les temps critiques, toute ma vie

Sire
de Votre Majesté
le très-humble, très-obéissant, très-soumis
serviteur
LE COMTE DE NEUWIED.

1757

63*. Oberst Fischer an den Grafen von Neuwied.

(Dem vorstehenden Briefe eingeschlossen.)

Juli 3. Andernach.

Monsieur,

C'est à présent à mon tour, que je vous parle politique; il est sûr, qu'il est extraordinaire à voir dépenser 200 millions la France pour les sacrifier pour l'aggrandissement de la maison d'Autriche, sûrement, Monsieur, je ne me saurois pas imaginer que c'est véritablement l'intention de la cour, et je crois qu'elle se trouve forcé et tiré par les cheveux dans cette guerre, sans s'en être aperçue, de quelle façon elle a été mené dans ce pas. Le roi de Prusse quel grand homme qu'il soit trouvera encore des ressources dans lui-même et dans l'étendue de son grand génie, je souhaite même, qu'il les trouve, mais tous les grands conquérants ont-ils été toujours heureux? Il n'y a peut-être pas 10 François à l'armée qui ne prennent pas part au dernier échec arrivé au roi de Prusse.

Je sçais a ne pas douter, que Mons. le M^{al} de Bellisle a un attachement au délà de ce que je pourrai vous dire, pour la personne du roi de Prusse, soyez persuadé, Monsieur, que si le roi de Prusse voudroit faire des propositions, que Mons. le M^{al} qui a du poids dans toutes les affaires de la cour, se prêteroit infalliblement, et si par quelque moyen, Monsieur, vous pourriez faire parvenir cette idée à S. M. Prussienne, je me fairai fort, de faire traiter cette affaire dans votre maison même et de disposer qu'on envoyât quelqu'un chargé de la cour pour entrer en affaire.

J'ai l'honneur d'être avec un profond respect
Monsieur
Votre très-humble et très-obéissant serviteur
FISCHER.

64. Minute of Privy Council[1].

Juli 14. Arlington Street.

Present: Duke of Newcastle. Mr. Secretary Pitt. Earl of Hardwicke. Earl of Holdernesse. Lord Anson.

. . . . . .

That His Majesty is sensible of the great expences, which the King of Prussia has been at; and He has been no charge to His Allies; and that the King has the interest of the King of Prussia, and his present success, so much at heart, that, if His Prussian Majesty should find, that His Revenues shall be so far diminished, by the progress of the enemy, that he shall want a pecuniary support from hence, the King of Prussia may depend upon it. But the King would be glad, in the same confidence, te know when and what sum may be wanted for such a succour.

[1] British Museum, Mitchell Papers vol. XXIX fol. 146—148, nach gütiger Mittheilung von Herrn Bergenroth.

And this Mr Mitchell may assure His Prussian Majesty in the strongest terms, it being always to be understood that the sum should be a reasonable one, and not exceed what His Majesty may, with propriety, demand of His People for that purpose.

65. Friedrich II an den Grafen von Neuwied[1]. (1757)

Juli 18. (Leitmeritz.)

Je vous suis très-obligé des bonnes intentions dans lesquels vous êtes pour mon service. J'ai lu votre lettre avec attention. Il est bien vrai que la France en a agi jusqu'à présent d'une manière incompréhensible, sans vue, sans système, et travaillant contre ses propres intérêts. Je ne sais si ceux qui gouvernent pensent comme les gens sensés desquels vous faites mention; on parle d'un traité conclu entre la France et l'Autriche qui stipule des cessions en faveur de la France. Si ce traité se trouve réel, je ne vois pas comment la France pourra s'en désister. Je passe sur tous ces difficultés, persuadé que le maréchal de Belleisle n'avancera rien qu'il ne puisse soutenir. Je dois vous dire, Monsieur, que j'ai fait cette guerre malgré moi, que j'y ai été forcé par la réponse altière de la cour de Vienne et par les complots de mes ennemis, dont les preuves authentiques sont entre les mains de tout le monde. La fortune m'a favorisé au commencement de cette guerre, j'ai reçu un échec, mais cela ne m'empêchera pas de lutter contre difficultés et de m'opposer constamment contre tous ceux qui conjurent contre les états que le devoir est de défendre jusqu'à la dernière goutte de mon sang. Vous pouvez donc insinuer s'il vous plait à ceux que vous croirez propres pour faire parvenir ceci plus loin, que préférant mon honneur à tout, je n'entendrai jamais à des conditions de paix flétrissantes; qu'il faut que tous mes alliés d'Allemagne y soient compris, secondement qu'on s'explique ultérieurement. Je mets ma confiance en vous, Monsieur, je vous confie mes intérêts; si vous pouvez tirer des François une explication claire sur ces deux points importants, je pourrois alors envoyer quelqu'un pour arranger le reste.

Curialia.

66. Friedrich II an Georg II von England. 1757

Juli 27. En marche auprès de Pirna.

Monsieur mon frère,

Je suis extrêmement sensible à la part que V. M. prend aux événemens qui me sont arrivés. J'avois espéré de pouvoir lui donner de meilleures nouvelles, mais je crois lui devoir la vérité et je lui écrive sans déguisement.

Après la levée du siège de Prague je formois deux armées, dont celle que je commandois étoit destinée pour agir contre toutes ces armées Françoises et ces troupes de l'Empire dont on me menace; l'autre commandée par mon frère devoit couvrir la Lusace et la Silésie. Je me trouvois avoir un magazin considérable à Leutmeritz qu'il falloit couvrir. Il est bon de dire une fois pour toutes, que les villes Bohémiennes sont presque toutes situées dans des fonds et commandées par des hauteurs et avec cela entourées de mauvaises murailles, tombées en ruine, ce qui oblige d'occuper ces hauteurs et ce qui employe beaucoup de troupes pour leur défense. Mon frère se trouvoit à Bohmisch-Leipa, d'où il couvroit la Lusace et Zittau, où se trouvoit son magazin. Mon intention étoit de fourager si bien ces deux rives de l'Elbe,

[1] Eigenhändig concipiert.

que l'ennemi n'auroit pas été en état de me suivre avec des gros corps, et d'occuper les gorges de la Saxe plus faciles à défendre avec peu de troupes, le moment que j'aurois été obligé à détacher. Mais voici ce qui a dérangé ces mesures. Mons. de Daun a fait une marche à Nimes qui l'approchoit d'un poste que mon frère avoit à Gabel; mon frère auroit dû marcher incessamment pour soutenir ce poste important, qui assuroit sa marche vers Zittau et ses vivres: il resta dans son camp de Leipa, Gabel fut pris et il se vit obligé de marcher par le mauvais passage de Rumburg pour gagner Zittau. Cette marche faite avec trop de lenteur a donné à l'ennemi le tems de gagner Zittau avant lui, il y est arrivé aussi, mais les Autrichiens, maîtres d'une hauteur qui commandoit la ville, l'ont bombardée et réduite entièrement en cendres. Nous avons sauvés tout ce qu'il a été possible du magazin, la garnison, ne pouvant plus se tenir dans la ville à cause des flammes et des rues étroites, a jointe l'armée de mon frère; il est a présent à Löbau. Je me suis détaché de l'armée de Bohême pour passer ici l'Elbe, joindre l'autre camp et redresser les affaires à tout prix. Ceci m'oblige à quitter la Bohême et à me borner aux gorges de la Saxe. Quoique tous ces contretems soyent très-fâcheux, il faut réparer le passé, mais je ne saurois nier à V. M. que cela me dérange beaucoup. Dans un mois d'ici je dois faire face à une armée Suédoise en Poméranie, à une armée Françoise dans le duché de Magdebourg, à une armée composée de François et d'Allemands qui doit marcher par Egre, et j'ai actuellement à combattre ici les Autrichiens et les Russes en Prusse. Si j'en excepte l'Espagne, le Dannemarc, la Hollande et le roi de Sardaigne, j'ai toute l'Europe contre moi; avec cela je ne crains pas pour les lieux où je pourrois opposer mes armées, mais pour ceux où celui qui viendra ne trouvera personne vis-à-vis de lui.

V. M. voit par ce que je viens de lui écrire le tableau fidèle et non flatté de ma situation. L'Autriche, la France et la Russie agissent avec une animosité égale, ce qui me fait soupçonner, qu'ils ont résolu entre eux de bouleverser entièrement le système de l'Europe; s'ils y réussissent, toutes ces puissances tièdes, qu'une prudence outrée rend les spectateurs de cette scène, s'en repentiront, mais trop tard, et lorsqu'ils seront forcées de se plier au joug, que les puissances ennemies de la liberté de l'Europe leur préparent.

Je fais mille voeux pour la conservation de V. M. et pour la prospérité de ses armes, étant avec la plus haute considération et estime

Monsieur mon frère
de V. M.
le bon frère
F.

1757 **67. Graf Holdernesse an Mr A. Mitchell[1].**

Aug. 16. London. — I am not informed what orders are given to the Duke, but I both hope and believe nothing will be done without a previous concert with the King of Prussia: but at all events England will remain firm in her engagements, and will assist her ally, by such means as are within her reach, and if a pecuniary assistence can be useful, the King of Prussia may depend upon as large a subsidy as ever was given at any time to the House of Austria.

[1] Britisch Museum, Mitchell Papers. Vol. XIX fol. 158 s. Nach gütiger Mittheilung von Herrn Bergenroth.

68. Georg II von England an Friedrich II.

1757

Aug. 1(
Kensingt

Monsieur Mon Frère.

J'ai vu avec douleur par la lettre de V. M. du 27 Juillet le mauvais état de ses affaires: depuis la dernière action les miennes se trouvent dans une triste situation. Les ennemis sont maîtres de la plus grande partie de mes états et de ceux de mes amis. Je n'ai aucun secours à espérer de V. M. et je me trouve hors d'état de lui en fournir. Je suis la victime de ma bonne foy, et de ma fidelité à mes engagemens. V. M. jugera elle-même que je n'ai d'autre ressource que de tâcher s'il en est encore tems de délivrer mes fidèles alliés et mes pauvres sujets de l'horrible esclavage et de l'oppression où ils se trouvent par l'injuste rage de la France, toujours ennemie de ma maison, et l'indigne ingratitude de la maison d'Autriche. En même tems je rechercherai toutes les occasions à lui marquer ma sincère amitié et la véritable estime avec laquelle je suis

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
GEORGE R.

69. Der Graf von Neuwied an König Friedrich II[1].

Aug. 2
Neuwie

Je ne puis mieux détailler à V. M. les dispositions présentes de la cour de France qu'en lui présentant la relation du Sieur Barbut de Mausac chambellan d'Anspach, particulièrement attaché à ma maison, qui s'étoit chargé de faire le voyage en France, qui m'a rapporté la réponse du M^el^ de Belleisle au sujet des ouvertures de Fischer lequel avoit aussi depuis fait un tour à Compiègne. La dite relation semble s'accorder parfaitement avec ce que j'ai appris par d'autres du système temporaire des ministres de France. Quoique l'humeur régnante ne semble pas favoriser à l'heure qu'il est les vues d'un accommodement, il est plus que probable qu'il y a eu une occasion dont on auroit pu profiter. Que l'avarice d'une certaine personne, le changement du ministre des affaires étrangères, et le succès des armes Françoises joints au contrecoup en fortune du 18 de Juin n'aient dérangé les maximes salutaires et conformes au véritable intérêt de la France, qu'on auroit suivies sous des circonstances où les cabales de la cour, l'intérêt des particuliers et la vénalité des favoris auroient eu ces con..... moins ..... Je ne manqueroi pas néanmoins de veiller soigneusement et d'avoir l'oeuil le plus attentif à tout ce qui peut tendre à la satisfaction de V. M. Elle est ..... trop éclairée pour que l'on ose lui rien suggérer, cependant il est sans doute permis de lui représenter les choses dans le jour qu'on les conçoit: c'est le devoir indispensable de ceux qui font gloire d'être dévoués à ses hauts intérêts.

Il y a toute apparence que cet hyver produira des changemens considérables dans le tempérament de la cour de France, et peut-être que l'employ d'une personne sous main ou dans ce pays-là, caractérisée par une autre cour pourroit rapporter de l'utilité à V. M.

J'avoue ingénûment, Sire, que le Sieur de B. a entrepris avec zèle ce voyage à ses propres dépens: je suis convaincu de sa discrétion et de son intégrité: j'ai de la confiance en lui et il m'est affidé; c'est donc

[1] Nach dem am Rande schadhaften Concepte in dem fürstlichen Archive zu Neuwied.

avec plaisir que j'ai vu l'empressement avec lequel il a fait cette expédition, qui n'a pas rapporté à la vérité l'utilité aux affaires de V. M. que j'aurois souhaité du fond de l'âme; cependant, Sire, si vous daignez approuver la démarche, que j'ai faite par l'effet d'un zèle le plus pur, je m'estimerai heureux qu'il se soit présenté une occasion de témoigner à V. M. le zèle et le dévouement avec lesquels je fais gloire de vivre et de mourir — LE COMTE DE NEUWIED.

1757 Wien.

70. Marquis de Stainville an Ludwig XV von Frankreich.

Lettre au Roi jointe à la dépêche de M. l'ambassadeur du 25 Août 1757.

— L'impératrice, après m'avoir parlé encore de V. M. avec le plus vif intérêt, m'a demandé des nouvelles des personnes qui vous honorez, Sire, de votre confiance et m'a témoigné pour Mme de Pompadour beaucoup d'amitié et d'estime. —

71. Friedrich II an Georg II von England.

Aug. 30. Au Camp de Dresde.

Monsieur Mon Frère

J'ai appris avec une véritable douleur tous les événemens qui depuis un mois sont arrivés dans l'électorat d'Hannover. V. M. plaint le sort du landgrave de Hesse et du duc de Brunswig et sans doute elle a raison; mais oubliera-t-elle que si j'ai perdu les duchés de Cleves, de la Marche, les principautés de Minden et d'Ostfrise et le comté de Ravensberg, que ce n'est qu'en haine du traité que nous avons fait? V. M. oublieroit-elle que si mes secours n'ont pas été aussi efficaces qu'étoit mon intention de les lui fournir, qu'on s'en doit prendre aux Moscovites, et que j'ai declaré constamment et sans varier, que si l'on ne pouvoit garantir le royaume de Prusse de l'invasion de ces peuples, je ne saurois donner des secours considérables? J'ai éprouvé depuis des malheurs, je suis fort éloigné de les croire désespérés, mais je ne me persuaderai jamais que parcequ'un allié est malheureux, ce soit une raison de l'abandonner. Je n'ai jamais été contraire à la paix, je l'ai toujours souhaitée, mais honorable et durable. V. M. saura mieux que personne ce qui lui convient de faire; j'attends dans le silence et sans émotion le dénouement de cet événement, assurant V. M. de tous les sentimens de considération avec lesquels je suis

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

72. Marquis de Stainville an den Grafen Bernis.

Aug. 31. Wien.

Monsieur

Il est arrivé avant-hier un courier de Londres au ministre d'Hanovre qui le lendemain demanda une conférence à M. le c^te^ de Kaunitz; ce ministre la lui donna. M. de Steinberg dit à M. de Kaunitz que le roi d'Angleterre comme électeur d'Hanovre désiroit obtenir une neutralité pour l'armée Hanovrienne retirée dans le duché de Bremen, que pour cet effet il prioit l'impératrice d'oublier les sujets de mécontentement que les deux cours paroissoient avoir et qu'il demandoit à S. M. Impériale d'interposer ses bons offices auprès du roi pour que S. M. acquiesçât à une convention publique, que l'électeur de Hanovre étoit *disposé* à signer avec les deux cours alliées de France et de Vienne.

M. de Steinberg ajouta que l'électeur son maître pressoit extrêmement l'impératrice d'écrire à M. le maréchal de Richelieu pour qu'il reçût les propositions qui lui seroient faites par M. le duc de Cumberland. M. de Bakoff ministre de Dannemark étoit avec celui d'Hanovre et joignit les bons offices de son maître à ceux du ministre Hanovérien.

Le C. de Kaunitz répondit à ces deux ministres qu'en absence de l'impératrice[1] il ne pouvoit pas donner une réponse sur une proposition aussi peu attendue, qu'il alloit expédier un courier à S. M. I. pour l'en informer, et que sans doute le ministre Hanovérien avoit ordre de communiquer à l'impératrice les conditions auxquelles l'électeur d'Hanovre vouloit se soumettre. M. de Steinberg assura qu'il n'avoit pas d'autres instructions que celles qu'il venoit de dire, qu'on lui mandoit simplement que le même courier, qui lui remettoit l'ordre de faire la démarche qu'il faisoit, avoit passé à l'armée de M. de Cumberland pour lui remettre les propositions que ce prince devoit faire à M. de Richelieu.

M. de Kaunitz fit sentir sur cela à M. de Steinberg le procédé singulier de sa cour, qui vouloit engager l'impératrice à faire au roi une demande dont elle ne connoissoit pas la substance. Le ministre de S. M. I. reprocha à celui de Hanovre avec beaucoup de hauteur les griefs de la cour de Vienne contre le roi d'Angleterre et il finit par dire que, si l'impératrice avoit jamais la bonté de les oublier, ce ne seroit que par le canal de la France et selon la convenance de son allié; qu'au reste, lorsqu'il sauroit les intentions de sa maîtresse, il remettroit une réponse en forme au ministre d'Hanovre.

M. de Kaunitz me parla le même jour de la proposition qui lui avoit été faite; il me dit qu'il avoit écrit à l'impératrice, laquelle seroit sûrement de son avis; qu'il me feroit voir la réponse qu'il donneroit par écrit au ministre Hanovrien avant que la lui remettre. Nous avons été étonnés l'un et l'autre de la démarche de la cour d'Hanovre et en calculant le jour du passage du courier à l'armée Hanovrienne, qui est le 15 de ce mois, avec une lettre du 18 que j'ai de M. de Richelieu, bien loin de me parler des propositions dont il est question, il me fait le détail de sa marche sur Ferden.

La réponse de l'impératrice a été telle que M. de Kaunitz l'avoit prévue; ce ministre me l'a lue ce matin mise en forme et telle qu'il l'a remise à M. de Steinberg. Elle dit en substance et plus au long ce que M. de Kaunitz avoit répondu avant-hier; elle vous sera communiquée par M. le C. de Staremberg à qui on l'enverra par un courier. —

Après avoir raisonné ce matin fort longtemps sur cette matière avec M. de Kaunitz, nous sommes convenus, ou que la cour d'Hanovre avoit perdu la tête en faisant une proposition pareille dans la forme qu'elle l'a faite, ou qu'elle cherchoit à nous amuser pour gagner du temps. M. de Kaunitz craint beaucoup que ce ne soit un piège que l'on nous tend. — D'ailleurs je ne lui ai pas caché que je vous informerois des soupçons que j'avois conjointement avec lui sur les propositions Hanovriennes, et que mon sentiment à moi étoit de rejeter toutes propositions à moins que les Hessois, les troupes de Brunswik et de Gotha ne se séparassent de l'armée du duc de Cumberland et ne fussent dispersées selon que l'on en conviendroit particulièrement avec les princes à qui appartiennent ces troupes, et que pour ce qui est de celles de Hanovre elles remettroient Ferden aux troupes du roi, seroient dispersées entre Stade et Lunebourg et de l'autre côté de l'Elbe, si

[1] Die Kaiserin war am 27 August nach Hollicht gefahren; sie wollte am 1 September zurückkehren.

cela est nécéssaire, laissant Bremen libre comme il doit l'être; que de plus l'électeur d'Hanovre voteroit dans l'Empire contre le roi de Prusse, furniroit son contingent, et que quant à son électorat, il resteroit en notre possession jusqu'à la fin de la guerre avec l'Angleterre.

Il m'a paru que quoique M. de Kaunitz fut en méfiance sur les propositions d'Hanovre et je puis dire animé contre le roi d'Angleterre, il trouvoit mes propositions un peu fortes. Elles ne me paroissent que justes, car outre l'intérêt de l'alliance, nous avons notre querelle personnelle avec le roi d'Angleterre, et ce premier principe ne me semble pas devoir être négligé dans aucune des circonstances qui se présenteront pendant la guerre. — —

Vous verrez par les détails de M. de Montazet le peu d'ensemble de l'armée Autrichienne; j'en ai fait sentir les conséquences à M. de Kaunitz, mais il n'est pas militaire quoiqu'il ait la direction des armées, et dans la partie de la guerre je ne suis nullement content de l'administration de cette cour. Ce n'est pas qu'elle manque de volonté, mais elle manque de sujets, et ceux qui sont à la tête sont sur cette matière tant à l'armée que dans le ministère d'une ignorance crasse, à laquelle ils joignent depuis leurs succès une hauteur qui n'admet qu'à peine la plus légère représentation. — —

M. de Kaunitz prétend que vous étiez instruit du traité que l'impératrice a conclu avec le grand-duc de Russie; il regarde que ce sont cent mille écus que S. M. I. jette par la fenêtre[1]; il n'est nullement content des sentimens du grand-duc, qu'il dit si entiché du roi de Prusse qu'à peine vouloit-il croire qu'il eut été battu à l'affaire du 18 Juin. Malgré les préventions de ce prince et la manière douteuse, dont se traitent les affaires à la cour de Petersbourg, le ministère de cette cour cherche tous les moyens possibles pour la ménager tant que la guerre présente durera, et l'on s'applaudit d'avoir à force de présens, de complaisances et de dissimulation tiré de Russie le meilleur parti qu'il étoit possible; mais le ministre de S. M. I. m'a ajouté qu'il n'oublieroit pas la peine que M. de Bestucheff lui donnoit; qu'il étoit nécessaire que notre cour dissimulât aussi pour le bien de la cause commune et qu'elle flattât la hauteur Russienne.

L'ambassadeur impérial à Petersbourg mande que M. de l'Hôpital réussit à merveille. — —

1757

73. Stainville an Bernis.

Sept. 3. Wien. — — M. de Kaunitz m'a dit qu'il étoit venu des avis de cette cour que le roi de Prusse avoit fait de nouvelles propositions de paix au roi plus étendues que les premières et que les dites propositions avoient été adressées à Mme de Pompadour, à laquelle le roi de Prusse offroit la principauté de Neufchatel, si elle les faisoit adopter au roi. J'ai répondu à M. de Kaunitz que cette circonstance seule prouvoit la fausseté de cet avis, qu'avant mon départ de France on avoit fait courir le bruit que Mme de Pompadour désiroit d'être souveraine de cette principauté, que j'étois certain que ce bruit n'avoit nul fondement —.

[1] 1757 Sept. 13 Hamburg meldet der preufsische Geschäftsträger von Hecht „in ganz zuverlässiger Erfahrung, dafs nachdem des Grofsfürsten aller „Reufsen kaiserliche Hoheit seit langer Zeit bei dem englischen Hofe um „eine jährliche Pension angehalten, — endlich dem Wienerschen Hofe sich „verstanden unter gewissen Bedingungen hiemit an Handen zu gehen, und „versichert man, dafs solche auf 100000 fl. regulieret worden".

74. Stainville an Bernis. 1757

— M. de Kaunitz m'a communiqué une idée qui lui est venue et qui tireroit cette cour d'un grand embarras. L'inaction et la mauvaise manoeuvre de l'armée impériale en Lusace vient en parti de la mésintelligence, qui est entre le prince Charles et M. de Daun, et du peu de confiance que l'on a ici dans le prince. Le remède le plus simple à cet inconvenient seroit de faire revenir le prince Charles. Ce point délicat ne peut pas être traité vis-à-vis de l'empereur, qui s'est expliqué qu'il regarderoit comme un déshonneur personnel le rappel de son frère. M. de Daun de son côté ne veut rien risquer sous un chef qu'il n'estime peu; il est dégoûté du rôle de précepteur qu'il joue à l'armée impériale et désireroit avoir le commandement de la seconde armée que l'on forme pour pénétrer en Silésie. L'impératrice ne veut pas lui donner ce commandement parce qu'elle n'a personne pour le remplacer auprès du prince. D'un autre côté il ne lui reste pour commander les armées que le maréchal Batthiany, qui est vieux et goutteux, et le prince de Hildburghausen. Dans cet état M. de Kaunitz désireroit que M. le prince Charles remplaçât M. de Hildburghausen à l'armée de l'Empire, que ce dernier allât commander l'armée qui se forme pour l'expédition en Silésie et que M. de Daun restât commandant de celle en Lusace. — Sept. 7. Wien.

75. Stainville an Bernis.

Depuis ma dernière lettre le ministre d'Hanovre a fait de nouvelles instances auprès de M. le C. de Kaunitz: j'ai même inféré par ce que m'a dit M. de Kaunitz que M. de Steinberg lui avoit remis une lettre du roi d'Angleterre où les propositions de S. M. Britannique sont énoncé en termes généraux: elles ont confirmé le ministre de l'impératrice ainsi que moi dans l'opinion que le seul objet des démarches de la cour d'Hanovre dans cette occasion étoit de retarder nos opérations en nous amusant par une feinte négociation. Les propositions me paroissent de nature à ne devoir pas même être écoutées. Sept. 8. Wien.

Je n'ai point laissé ignorer à M. de Kaunitz que je n'avois pas de nouvelles de ma cour, mais je lui ai ajouté que je croyois pouvoir l'engager de dire avec assurance au ministre Hanovrien, que si les 15000 Anglois, que l'on supposoit débarquer en France, y faisoient la moindre exaction contraire aux règles militaires suivies entre nations policées, l'électorat d'Hanovre répondroit des dommages, et *qu'un village François brûlé par les Anglois occasionneroit sans rémission l'incendie d'une ville Hanovrienne.* Le ministre de l'impératrice n'a rien répondu à cette déclaration de ma part, je crois que c'est qu'il la trouve juste. J'ose de dire de plus que, si j'étois dans le cas de conseiller S. M., je la ferois imprimer dans tous les papiers publics et elle seroit exécutée avec précision si le cas y échéoit.

Je sais bien que la cour impériale sans adopter le sentiment d'Hanovre voudroit cependant séparer la cause de l'électorat de la guerre avec l'Angleterre. M. de Kaunitz en rejetant toutes les fois fort bien et fort hautement les propositions Hanovriennes n'a allégué d'autres raisons que celles du tort et du retardement, que le refus de la neutralité d'Hanovre au mois d'Avril et la liaison de S. M. Britannique avec le roi de Prusse avoient causés aux opérations des deux couronnes. Ces raisons seroient suffisantes si les troupes d'Angleterre restoient dans leur île ou en Amérique, mais dès qu'il est question d'une entreprise Angloise contre la France pour le bien même de la maison de

l'Autriche il me paroît que cette expédition doit faire la matière de nos premières réflexions.

Le ministre de Dannemark est venu hier chez moi —. Je me contentai de dire à M. de Backoff —, que j'avois été étonné de voir qu'il eût mis autant de chaleur pour appuyer ici au nom du roi de Dannemark les instances de l'électeur de Hanovre. Il me répondit qu'il n'avoit selon ses ordres passé que des offices. „Si vos ordres sont tels", lui repliquai-je, „j'ai peine à croire que la vivacité que vous avez mis dans „vos démarches, le concert assidu qu'il y a entre vous et M. de Stein„berg dans tout le cours de la négociation, et le rôle de ministre d'An„gleterre que vous avez joué soient approuvés du roi de Dannemark. „Quoi qu'il en soit, ajoutai-je, je vous préviens que j'en instruerai ma „cour". M. de Backoff m'a paru embarassé et je n'ai pas poussé la conversation plus loin.

1757 **76. Etat der Armee des Herzogs von Cumberland nach Abschlufs der Convention von Kloster Zeven den 8. September 1757[1].**

Sept. 8. Kloster Zeven.

	Bataillons et escadrons:	leur force étoit complète:	malades aux hôpitaux:	effective:	manque au complet:
Infanterie.					
Hanovriennes	25	19950	1324	17222	1404
Hessoises	12	9900	976	8039	885
de Brunswick	7	6060	485	5387	188
de Saxe-Gotha	1	825	67	694	64
de la Lippe	1	1270	68	948	254
	46	38005	2920	32290	2795
Cavallerie.					
Hanovrienne	34	6765	340	6217	208
Angloise (Hessoise)	12	2100	105	1943	52
	46	8865	445	8160	260
Chasseurs Hanovriens	—	800	12	780	8
Total	47670	3377	41230	3063	

77. Bernis an Stainville.

Sept. 10. Fontainebleau.

— Il n'est pas douteux que l'impératrice de Russie ne soit de bonne foi, mais ce n'est qu'à prix d'argent qu'on peut être assuré de ses ministres, et chaque service qu'ils croyent rendre exige un payement particulier. — — Nous dissimulons une infinité de plaintes que le peu de discipline de ses troupes excite avec raison en Pologne.

Nous ne pouvons regarder que comme un piège grossier la démarche du roi d'Angleterre pour obtenir du roi par les bons offices de l'I. R. une neutralité pour l'armée Hanovrienne. — C'est avoir trop mauvaise opinion de nous que de nous croire capables d'épargner un ennemi aux abois dans le moment même où il menace par un armement considérable nos possessions en Europe et aux Indes.

La réponse de l'impératrice est telle que nous devons l'attendre de la sagesse et de l'intérêt qu'elle prend à la gloire du roi et à la prospérité des armes et des affaires de S. M.

[1] Mouvemens des armées du Roi en Allemagne 1757. Bibl. Imp. Suppl. Fr. nr. 11260.

Quant aux conditions absolument indispensables de la neutralité dont il s'agit, supposé qu'elle puisse avoir lieu, on n'en peut dicter que de dures à un ennemi qui ne demande grace que parcequ'il est le plus foible. Cette réflexion doit s'étendre à toutes les autres neutralités qu'on nous propose aujourd'hui après les avoir indécemment refusées lorsque nous avons eu la générosité de les offrir nous-mêmes.

78. Bernis an den Marschall duc de Richelieu. 1757

Vous êtes, M., plus en état que personne de juger qu'un *armistice* — exigeroit de notre part les mêmes précautions que s'il n'existoit pas. Sept. 12. Fontainebleau.

A l'égard d'une *neutralité* avec Hanovre, elle ne pourroit nous convenir qu'accompagnée de conditions que le roi d'Angleterre n'accepteroit certainement pas et que nous exigerions cependant comme indispensables.

La *paix* avec Hanovre ne doit pas être séparée de la paix avec l'Angleterre, et ce n'est qu'en faisant éprouver à l'électeur tout le poids de notre juste ressentiment que nous forcerons le roi à une paix honorable et utile pour nous. L'électorat doit être entre nos mains un moyen de représailles et un gage de conciliation. Il seroit trop singulier que tandis que la flotte Angloise, qui a mis à la voile le 8 de ce mois, va entreprendre de ravager nos côtes, de brûler nos magazins et de ruiner notre marine, nous eussions les ménagemens les plus déplacés pour les états du roi d'Angleterre, qui doivent en quelque façon être régardés comme un ôtage entre nos mains.

D'ailleurs vous êtes trop éclairé, M., pour ne pas prévoir le funeste effet, que la négociation imprudemment entamée à Copenhague produira en Europe. — —

Pour cet effet l'intention du roi est, M., que vous vous borniez à écouter toutes les propositions qui vous seront faites et que vous ne les receviez que pour en rendre compte à S. M. — Elle désire qu'en attendant vous ne suspendiez point le cours de vos opérations.

79. Bernis an Stainville.

— — Quel triomphe pour le roi de Prusse, et quelle considération ne regagneroit-il pas dans l'Empire aux dépens des deux cours alliées, s'il parvenoit impunément à braver avec mépris toutes les forces Autrichiennes pour venir exécuter le projet qu'il paroit avoir formé contre l'armée de Soubise?[1] Sept. 13. Fontainebleau.

Ce qu'on a mandé à M. le C. de Kaunitz par rapport à la principauté de Neufchatel est une idée chimérique inventée par l'ignorance ou la malignité.

Quant aux propositions de paix qui nous ont été faites par le roi de Prusse, il n'y en a pas d'autres que celles qui nous sont venues par le Chevalier Folard à qui le Margrave de Bareith les avoit confiées. J'en ai informé sur le champ M. de Starhemberg, et je lui communiquerai toujours avec la même ouverture et le même empressement tous ce qui viendra à ma connoissance relativement aux intérêts des deux cours.

---

[1] Dieser Satz auch bei Stuhr Forschungen I 189.

1757

80. Oberst von Balby an König Friedrich II.

Sept. 15. Neuwied.

Dans ce moment le 15 Septembre la lettre en chiffre m'est remise. Le malheur arrivé au courier est très-accablant pour le C. de Wied, qui vous a détaillé la tentative, que l'on a fait auprès le maréchal de Belleisle et sa réponse, comme aussi quatres .....[1]. L'entrevue avec un général François n'a pu avoir lieu, le colonel Fischer ayant avancé des mensonges.

La dite dépêche contenoit des plans et propositions, en particulier la cession de Neufchatel et Valengin à la Pompadour pour détacher la France et vous procurer une paix avantageuse, conditionelle fait tout[1]. Il y avoit aussi une grande relation du Sr Barbut, de l'entretien qu'il a eu au long avec le M^al de Balleisle. J'apprends que le courier en passant Frankfort a reçu un paquet de Freytag, concernant les mentionnés projets, avec plusieurs lettres du secrétaire du duc de Richelieu. Le paquet du comte Wied étoit déjà fermé lorsque j'arrivois chez lui, contenant dix feuilles, qui n'ont pu être en chiffre, à cause de leur volume et pour l'empressement de le faire partir, outre que le courier ayant assuré la garantie du paquet. Le comte de Neuwied court le plus grand risque du monde; il s'est proposé de se mettre à couvert en France ou en Hollande, croyant que le comté sera pillé. Le pire est qu'il se voit obéré et sans argent et sa ruine totale. Il fait partir le chambellan Barbut pour Paris — —.

81. Georg II von England an Friedrich II.

Sept. 20. Kensington.

Monsieur Mon Frère.

Ce n'est point faute de m'intéresser à la situation d'un allié malheureux que j'ai pris le parti, auquel je me suis trouvé forcé. Mon absence indispensable de mes états, et dans une occasion aussi critique, a causé par la mauvaise conduite et le manque de jugement des contretemps, auxquels par cette raison je n'ai pu remédier, et un dernier incident, qui m'a autant indigné que surpris, a mis le comble à mes chagrins et à mon impuissance de prêter comme électeur de l'assistance à V. M., mon entière destruction ne lui pouvant être d'aucune utilité. En revanche, V. M. peut être assurée que du côté de l'Angleterre on fera tout ce qui peut être humainement possible pour la soutenir et l'assister. Je souhaite toute sorte de bonheur et de prosperité à V. M., et la prie de me croire très-sincèrement

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
GEORGE R.

82. Stainville an Bernis.

Sept. 20. Wien.

— J'ai cru devoir parler fortement à M. le C. de Kaunitz sur le démarche que venoit de faire la cour de Russie dans la Prusse ducale en forçant les habitans de prêter serment à l'impératrice de Russie. Le ministre de l'I. R. est convenu de l'irrégularité de cette démarche, il a supposé, ainsi que S. M. I. m'a fait l'honneur de me le dire, que M. d'Apraxin ne s'est déterminé à faire prêter serment aux sujets du roi de Prusse que pour éviter les désordres de son armée dans la Prusse,

[1] Die Depesche ist ungenau dechiffriert.

dont les troupes légères seront contenues plus facilement lorsqu'elles pourront croire que ce pays appartient à leur souveraine.

Vous sentez, M., combien une pareille raison est futile; M. de Kaunitz le sentant m'a promis d'écrire à S. Petersbourg pour rectifier ce procédé.

Un des principaux objets, que les alliés doivent avoir actuellement, est d'empêcher que les intrigues de la cour de Londres et de Berlin à Constantinople ne prennent consistance par les mécontentemens que la Russie pourroit donner à la Porte. Il me semble, ce que j'ai démontré à leurs MM. II. et à leurs ministres, que le projet que nous exécutons tant militaire que politique ne pouvoit plus essuyer de danger et même de contradiction que par une guerre que la Porte susciteroit à la Moscovie. Il est de la dernière importance que le ministère du roi de Pologne, lequel me paroît intimément lié avec celui de Russie, évite toute occasion de déplaire à la Porte. — M. de Kaunitz m'a assuré qu'il agiroit selon ces principes vis-à-vis des cours dont il est question.

83. Stainville an Bernis. 1757

Malgré la capitulation faite par M. le maréchal de Richelieu avec M. le duc de Cumberland sous l'intervention du roi de Dannemark — j'ai cru suivre vos intentions en faisant signer à l'agent de M. de Brunswik à cette cour les quatres conditions que vous trouverez ci-jointes et qui sont les mêmes mot-à-mot que celles que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 3 de ce mois. Le dit agent de M. de Brunswik étoit muni des pleinpouvoirs nécessaires pour accepter les dites conditions et il n'a point exigé que je lui exhibasse les miens. Sept. 20. Wien.

Il m'a paru, M., que ces quatres articles accepté par le duc de Brunswik expliquoient le second article de la convention de M. le maréchal de Richelieu et le premier article séparé de cette convention en ce qui regarde principalement le licenciement des troupes alliées de l'Angleterre. M. le C. de Kaunitz a trouvé ainsi que moi que cette forme étoit la plus simple et qu'il seroit à désirer qu'elle fut suivie par les troupes de Hesse et de Gotha, d'autant plus que la convention de M. de Richelieu demande nécessairement une explication.

Il résulte de ces différentes opérations qu'il ne reste plus en Allemagne d'ennemi à la cause commune que le roi de Prusse.

P. S.

M. le C. de Kaunitz a signé de son côté au nom de l'impératrice les articles convenus entre le roi et M. le duc de Brunswik. — Je joins simplement ici l'instrument signé par le ministre de Brunswik et une copie de celui que je lui ai donné en échange[1].

84. Legationsrath von Eickstedt an König Friedrich II. (1757 Sept. 20. Braunschweig.)

Bericht über die Unterredung mit dem Marschall von Richelieu.

A.

Après avoir lu la lettre de V. M., il me dit qu'il n'avoit point d'ordre ni instruction mais qu'il croyoit avoir entendu, que V. M. avoit écrit au roi de France ou lui fait parler. Je lui dis, que non, que je ne le croyois pas, puisque V. M. m'en auroit dit quelque chose pour ma direction.

[1] S. o. S. 387.

Cela le détermina à dire qu'il en écriroit par courier à sa cour. Il ajouta que la chose étoit difficile et qu'il ne savoit pas comme sa cour se tireroit d'une affaire si embarassante. Je lui ai répondu que ce seroit la première fois que sa cour seroit embarassée pour se tirer d'affaire. Il me dit: supposons que l'Impératrice Reine ait promis les Pays-Bas, si elle lui fait avoir la Silesie, que feriez-vous? quelle proposition à faire? Le roi de Prusse employe ordinairement des gens au fait. R.: que ce n'étoit pas de mon ressort de faire les plans, que je ne savois à quel point les Pays-Bas pouvoient intéresser la France et balancer les anciens traités avec V. M., de même que les sentimens d'amitié et de reconnoissance que je devois naturellement lui supposer avec V. M., qu'en outre je savois bien que ce traité ne parloit que de $\frac{24}{m.}$ hommes. Oui, me dit-il, au commencement, mais l'I. R. voyant le sérieux, nous dit: cela ne suffit pas, cédez-moi Parme et Plaisance et je vous donne les Pays-Bas, ou à l'Infant, c'est la même chose, si vous agissez avec force pour me procurer la Silésie. Il me prioit de rester, faisant semblant de répondre à V. M.; puis embarassé se leva et me dit qu'il est embarassant de peser tous les mots. Lui ayant répondu sur le champ, je ne les pesérai pas non plus, il me demanda, pourquoi V. M., si supérieure en génie, n'avoit fait des propositions. Je répondis en général, que V. M. apparemment avoit cru tout faire se prêtant à les attendre. Il continua que c'étoit bien sérieux de V. M. de faire la paix, répondant que V. M. avoit déclaré assez clairement dès le commencement de la guerre, qu'elle ne la faisoit que pour avoir la paix, tout ce qui avoit précédé, enfin toutes ses démarches étoient des interprètes de ses intentions. Il continua: mais si le roi fait des propositions, la France demandera de grands sacrifices. Je lui répondis qu'il ne s'agissoit pas de préscrire à quelqu'un qui est aux abois, que naturellement les propositions de paix devoient être persuasifs, puisque si on perdoit par la paix autant que par la guerre, je ne voyois rien qui puisse déterminer à la faire. Il me dit: écoutez, le roi désire la paix, son ministère également et tous ceux qui l'environnent de même; il nous faut 15 jours pour la réponse, on voudra aussi la communiquer au C. Stahremberg, le roi de Prusse ne me demande pas le secret, qu'en dites vous? Je lui dis que le roi m'a ordonné le plus grand secret et incognito; ce que vous me dites tendroit à une paix générale. Il m'a répondu: mais voilà deux grandes difficultés, de contenter l'I. R. et de dédommager la Saxe. Le roi a vu le faux pas que son ministère lui a fait faire quand il étoit piqué contre le roi de Prusse *qui à la pais en* place *de s'entendre*[1] en fait de guerre avec le roi; puis il assuroit que l'abbé de Bernis est de ses amis et qu'il feroit du mieux pour répondre à la confiance de V. M. En même tems il m'a appointé à 9 heures du soir quand tout se seroit retiré, que pour mieux cacher l'affaire je pourrois me tenir en lieu tiers, et retourner avec un passe-port qu'il me donneroit du 4 d'Octobre, puisque les lettres pourroient faire soupçonner, et si l'I. R. l'apprenoit.

B.

à Bronswick le 20me Septembre 1757 le soir.

1757 Sept. 20. Braunschweig. V. M. a sans doute reçu mon très-humble rapport de ce matin. Je reviens dans ce moment du maréchal. Il m'a remis la lettre ci-jointe[2], me priant d'assurer V. M. de ses plus profonds respects. Quant aux affaires il ne m'a dit autre chose, si non qu'il ne pouvoit se dé-

[1] qui entendre] falsch dechiffriert. [2] Vgl. o. S. 419.

faire de l'idée que le roi de France ne soit déjà informé, puisque l'abbé Bernis lui avoit écrit: je vous félicite de ce que vous ferez la paix. Il ajouta que V. M. connoissoit mieux que lui la cour de France, et qu'elle savoit bien que le roi de France désire la paix. Que le courier ne partiroit que demain, parceque ses dépêches n'avoient pu s'achever. Qu'entre le 6. et le 10. d'Octobre il auroit la réponse.

85. Friedrich II an Eickstedt. 1757

— Je ne saurois répondre à la lettre du duc de R., vu qu'il ne s'y agit que des complimens, pour répondre à la lettre que je lui avois faite. Mais la première fois que vous lui parlerez vous lui direz, — qu'il étoit vrai que j'avois envoyé quelqu'un en France, quoique pas pour y négocier, mais pour sonder seulement la façon de penser de sa cour et comment elle s'expliqueroit sur un accommodement à faire. — Que quant à la paix, soit particulière soit générale, nous attendions les propositions qu'on me feroit, afin d'y pouvoir répondre. Au surplus, quand le duc de Richelieu vous parlera de cessions ou de pareilles choses, vous lui répondrez modestement, que des propositions de cette nature n'étoient pas les moyens propres pour faire acheminer la paix, et qu'il devoit se souvenir de ce qui arriva en l'an 1672 à Louis XIV, lorsqu'il fut à Utrecht. — Sept. 24. Kirschleben.

86. Friedrich II an den Oberst von Balby.

Après la lettre que le conseiller privé Eichel vous a écrit en conséquence de mes ordres le 24 de ce mois Sept., le porteur de celle-ci vient d'arriver ici, et m'a fait un fidèle rapport et précis de ce que la dépêche malheureusement perdue avec le chasseur Nadler avoit compris. J'ai été bien aise de tout ce qu'il m'a rapporté à cette occasion et me flatte que la négociation secrète et que je viens d'entamer directement prendra peut-être consistance, à moins qu'on ne prétendra pas des cessions. Comme entre autre le susdit porteur m'a dit que la négociation seroit bientôt faite, si je voulois me résoudre de céder à Mme de Pompadour sa vie durante la principauté de Neufchatel et Wallangain, je suis bien aise de vous dire que je ne ferois point de difficultés sur cet article, de sorte que je vous ordonne et autorise expressément par le présent d'en parler à vos amis où vous êtes et où il convient, afin qu'ils puissent hardiment insinuer et promettre à M. de Pompadour de ma part, que la paix entre la France et moi faite, je céderois d'abord et de bonne foi à elle sa vie durante la principauté de Neufchatel et de Wallangain avec toutes ses appartenances et revenues, ne m'en conservant que le retour et le rechange au cas de sa mort, mais qu'aussi et en revanche je me flatte qu'elle emploiera tout son crédit afin que les articles de la paix à faire me soient avantageux ou du moins point onéreux, et que pour l'ultimum tout soit remis dans l'état où les positions étoient avant la guerre présente. Au reste donnez-moi au plutôt des éclaircissemens, si vous croyez que la France voudra à la paix générale ou si elle aime mieux de la faire préalablement séparée avec moi, pour travailler après à juste pacification générale. Il m'importe extrêmement d'être instruit sur cet article pour prendre mes mesures en conséquence. Sept. 26. Kirschleben.

Ce 26 Septembre au quartier de Kirschleben[1].

FEDERIC.

[1] reçu à Dillenburg le 6 Octobre.

87. Stainville an Bernis.

October 7. Wien. — — M. de Kaunitz pense qu'il faut laisser subsister la distinction du roi d'Angleterre et de l'électeur d'Hanovre en retirant cependant tout le profit possible de la possession d'Hanovre, mais en laissant l'espérance que l'on pourra en diminuer les charges. — — Si le roi d'Angleterre comme électeur d'Hanovre doit conserver des espérances pour son électorat, c'est par nous et non par la cour de Vienne que ces espérances doivent venir.

Au reste, Monsieur, je ne peux pas vous cacher que je désapprouve dans M. de Kaunitz ce ménagement, tout spécieux qu'il paroit être, et je le désapprouve d'autant plus que ce ministre m'a caché un mémoire que M. de Steinberg lui a présenté de la part de son maitre, par lequel S. M. Britannique demande que LL. MM. II. interposent leurs bons offices pour le soulagement de l'électorat d'Hanovre. Ce mémoire finit par une phrase fort peu claire où il est question de la paix, je l'ai lu le même jour que M. de Steinberg l'a présenté et j'ai été étonné que non seulement M. de Kaunitz ne m'en ait pas parlé, mais que même depuis il ait voulu me faire sentir que l'électorat d'Hanovre demandoit des ménagemens. Je ne doute pas que M. le C. de Starhemberg ne vous fasse part du mémoire d'Hanovre: ce sera à vous à juger s'il convient que nos intérêts les plus chers passent par cette cour, et s'il ne seroit pas mieux de couper court à toutes ces négociations inutiles et dangereuses en priant LL. MM. II. de rompre absolument avec la cour d'Hanovre.

C'est le vice-chancelier de l'empire qui m'a fait voir le mémoire de M. de Steinberg en me priant de n'en point parler à M. de Kaunitz, je lui ai tenu parole, mais je suis blessé du mystère que m'en a fait le ministre de l'impératrice.

88. Etat des contributions en argent dont la levée a été ordonnée sur les pays conquis[1].

		Ecus.	
Pays Prussiens.	Sur le duché de Cleves, comté de la Mark etc., principauté de Meurs	800000	
	sur le duché de Gueldres	220000	L'écu evalué à 3 l. de France à cause du bas titre des espèces dans ces pays:
	sur le comté de Lingen	75000	
	sur le comté de Tecklenbourg	67000	
	sur le comté de Ravensberg, demande formée en entrant à Bielefeld	156430	
	sur la principauté d'Ostfriese	320000	
	sur la principauté de Minden	200000	
		1,838430	5,515290 L.
Pays d'Hanovre, de Brunswik et de Hesse.	sur la principauté de Calenberg	550000	
	sur le duché de Grubenhagen	100000	
	sur les duchés de Brême et de Verden .	320000	
	sur le comté de Diepholt	15000	
	sur le comté d'Hoya	110000	L'écu evalué à 3 L. 12 S. de France:
	sur le duché de Lunebourg	220000	
	sur le comté de Dannenberg[2]	100000	
	sur le comté de Schaumbourg	20000	
	sur le langraviat de Hesse	850000	
	sur le comté de Hanau	70000	
	sur le duché de Brunswik	425000	
		2,780000	10,008000 L.

[1] Mouvemens des armées du Roi 1757 p. 750.

[2] Das Manuscript hat Damalberg.

Récapitulation.	Ecus.	Réduction en argent de France.
Sur les pays Prussiens	1,838430	5,515290 L.
sur les pays d'Hanovre, de Brunswik et de Hesse	2,780000	10,008000 -
	4,618430	15,523290 L.

Plus la principauté de Halberstadt 200000 écus d'Allemagne. On dit qu'elle vaut environ 11 à 1200000 L. de France; selon d'autres 1,500000 L.

Le total de ces contributions considérables ne fut point payé, parceque l'on n'avoit point eu la précaution d'en faire les traités avec les différentes régences des pays, et parceque l'armée du Roy abandonna si précipitemment tous ces pays, qu'elle n'eut pas le temps de les lever.

89. Von der Kaiserin Königin an den König von Polen vom October 1756 bis September 1757 geleistete Zahlungen[1].

1.	In baarem Gelde während des Lagers bei Pirna	150000 fl. — kr.
2.	Für 3000 Pferde bei der k. k. Armee	528657 - 32 -
3.	Für die Überläufer welche sich in Ungarn befinden	276622 - 49 -
4.	Alte Waffen, welche man den besagten Überläufern geliehen hat	22958 - 20 -
		978238 fl. 41 kr.

Diese Summe beträgt in französischem Gelde 2,445596 L. 17 S. [14 S.]

90. Bernis an Stainville.

175

Oct. Versai

— — Je joins ici, M., un plan des fortifications de Schweidnitz. Cet envoi paroîtra extraordinaire au premier aspect, la cour de Vienne étant plus à portée que nous d'en tirer un de Silésie, mais celui-ci a un mérite très-particulier, puisqu'il vient du roi de Prusse lui-même, qui l'a envoyé au roi, et que l'inscription qui est au haut du plan est de la main même de S. M. Prussienne sur l'original. Comme le roi étend son attention à tout ce qui peut contribuer à la gloire et à l'avantage de l'I. R., il m'a ordonné de vous dépêcher un courier pour vous porter ce plan qu'il veut que vous présentiez de sa part à S. M. I. comme un nouveau témoignage de sa sincère amitié. S. M. désire qu'il n'y ait que l'impératrice et M. de Kaunitz qui sachent que ce plan lui ait été remis par le roi de Prusse et qu'elle l'ait envoyé à S. M. I. Le roi croit devoir cet égard aux liens qui l'ont uni autrefois avec le roi de Prusse, l'amitié exigeant des égards même après qu'elle est éteinte.

91. Richelieu an Stainville.

Oct. Halber

— *Postcriptum.*

Parmi toutes les misères qui sont en cette armée, qui ont enfanté le désordre le plus effroyable, le ton et l'indiscipline qui ne peuvent pas se croire, il nous arrive des événemens dont la tête est prête de me tourner, c'est que le prêt est au point de manquer. M. de Montmartel fait les fonds assez exactement pour être payé les premiers

[1] Ambassade de M. de Choiseul à Vienne. Tom. III. Pièces justif. en 1757. (B. I. Suppl. Fr. 7134).

jours du mois, mais à Paris toutes les distances se confondent, quand elles sont portées à un certain point. Cologne, Halberstadt et autres villes sont également de l'Allemagne, cependant il y a cent lieues de Cologne ici: le trésor ne doit arriver à Hanovre que le 11. ou le 12., et il ne sera pas ici avant le 15. ou le 16., et si les chemins devenoient plus mauvais, vous pouvez juger ce qui arriveroit. — J'ai fait mettre en prison les juifs d'ici pour les forcer à nous faire des avances, mais ce sont des gueux qui n'ont rien et dont je n'ai pu rien tirer.

1757 Oct. 13. Halberstadt.

92. Legationsrath von Eickstedt an König Friedrich II.

Toutes les lettres ont été ouvertes, c'est la raison qui m'a empêché de marquer à V. M. la cause du retardement, pour ne pas risquer d'être découvert. Avec la plus grande diligence je n'ai pu parler à M. le maréchal que ce matin à 7 heures. Il m'a lu la réponse suivante: que le roi de France ayant été obligé comme garant de la paix de Westphalie et allié de la Suède et de l'I. R. de prendre part à la présente guerre ne trouve 1° pas qu'elle puisse entrer seule dans l'ouvrage de la paix, et pas autrement que conjointement avec la Suède et les princes de l'Empire. 2° conjointement avec l'empereur, l'I. R., l'impératrice de Russie et le roi de Pologne en qualité d'électeur de Saxe. 3° l'affaire de la paix demandoit de mûres réflexions et des discussions qui n'étoient pas d'un général d'armée, mais naturellement devoit se faire avec le ministre de France et ceux de l'I. R. —

93. Stainville an Bernis.

Oct. 13. Wien.

— — M. de Kaunitz m'a communiqué le mémoire que lui avoit remis le ministre d'Hanovre. —

Mémoire de M. de Steinberg joint à la dépêche de M. l'ambassadeur du 13 Octobre 1757.

Après la suspension d'armes arrêtée entre les deux armées on auroit dû espérer qu'il seroit mis fin aux exactions et aux calamités qui avoient déjà abîmé une grande partie des pays d'Hanovre. Le blé dans les quartiers où l'armée combinée Impériale et Françoise avoit passé a été fouragé avant de parvenir à sa maturité. Plusieurs villages ont eu le malheur d'être incendiés ou dévastés, toute la récolte a du être remise entre les mains des commissaires sans qu'on ait laissé aux pauvres habitans de quoi subsister, de quoi nourrir leur bétail et ensemencer la terre pour l'année prochaine, et il seroit difficile de faire un juste tableau de toutes les misères sous lesquelles le pays succombe déjà et qui vont l'accabler davantage par les plus horribles fléaux. Non-obstant cela on continue de lui imposer des charges qui surpassent absolument ses facultés. En particulier on vient de régler encore en général pour les états-majors de chaque régiment. La partie des pays que l'armée combinée occupe est obligée de fournir 4 millions de rations, 50^{m} sacs de froment, 107^{m} sacs de seigle, et loin de se contenter de ceci, M. l'intendant Baron de Lucé a exigé tout récemment en date du 14 Septembre sous peine d'exécution militaire de la seule principauté de Calenberg 550^{m} Reichstalers de contribution, payables en 3 termes dont le dernier échéera le 20 Dec^{bre} et par dessus tout cela la fourniture des hôpitaux, les logemens, les livraisons du chauffage si cher dans ce pays-là, et de tant d'autres articles accablent les sujets; à qui ce qui plus est, on ne relâche rien des taxes

ordinaires dont de même que de toutes les caisses royales les Français se sont emparés d'abord dans le même pays de manière que si remède n'y est pas bientôt apporté tout l'électorat sera ruiné de fond en comble pour une longue suite d'années.

S. M. Britannique et Altesse Electorale de Brunswik-Luneburg se promet de la grandeur d'âme et de l'équité si connues de LL. MM. II., qu'elles ne seront point insensibles au triste sort d'un des plus considérables états de l'Allemagne, qui déjà pour long-temps est rendu inutile à l'Empire, et qu'elles voudront bien renouveler les bons offices qu'elles ont daigné employer jusqu'ici auprès de S. M. T. C. pour que la négociation de la paix soit accélérée et pour qu'on renonce aux prétentions nouvellement formées.

94. Réponse de M. le C. de Kaunitz au billet de M. l'ambassadeur du 11 Octobre[1], jointe à la dépêche du 13 Octobre.

La communication que je me suis donné l'honneur de faire à V. E. du mémoire de M. de Steinberg en original et tel qu'il m'a été envoyé n'a eu d'autre objet que celui de ne lui rien laisser ignorer de tout ce qui a rapport à sa cour et à la mienne, et moyennant cela dans mon billet je suis d'autant moins entré dans aucune dissertation sur le contenu de cette pièce, qu'entre nous elle me paroissoit n'en point avoir besoin. —

95. Friedrich II an Georg II von England. 1757

Monsieur Mon Frère, October Leipzig

Je plains V. M. qu'elle a été si mal servie dans la convention que ses généraux ont fait à Stade avec les François; mais cet acte n'est pas ratifié, mais les François même y font infraction en voulant désarmer les troupes Hessoises et en s'emparant d'un fort dans le Harz.

Je crois qu'il y auroit un moyen plus avantageux et plus convenable, en même tems plus digne de la gloire de V. M., d'expulser les François tout-à-fait du pays d'Hannovre et de les rechasser au delà du Weser.

Les Russes ont quittés la Prusse, le maréchal Lehwaldt est en pleine marche de la Prusse pour entrer en Poméranie, en chasser les Suédois et ravager les environs de Stralsund. De-là, si j'étois sûr que les Hannovriens se joignissent à lui, il n'y auroit qu'à passer l'Elbe, tomber dans les quartiers des François pour les replier bien loin en arrière. J'attends sur ceci la réponse de V. M., c'est l'affaire d'une expédition d'hiver, dont je garantirois le succès et où il ne faut que du courage et de la vigueur pour l'entreprendre. C'est de cette façon que M. de Turenne chassa les ennemis de l'Alsace, et c'est par ces mêmes ressources que les grands états se sont plus d'une fois sauvés de leur ruine. Pour moi je me mets nécessairement en marche, et après avoir fait fuir l'armée Françoise et de l'Empire jusqu'à Eisenach, j'accours au corps de Marschall en Lusace, et de-là je compte dégager la Silésie.

V. M. sera instruite de tout ce qui se passe, étant avec une parfaite estime

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

[1] In diesem Billet hatte Stainville vorzüglich betont: le roi mon maître ne fait nulle distinction dans les qualités de son ennemi comme électeur d'Hanovre ou comme roi d'Angleterre.

1757

96. Bernis an Stainville.

Oct. 19. Versailles. — La cour de Vienne raisonne mal si elle favorise l'agrandissement de la Russie dans le voisinage de l'Allemagne; elle sera peut-être la première de s'en repentir. —

Les derniers ordres du roi à M. le maréchal de Richelieu sont entièrement conformes à ce que j'ai l'honneur de vous mander concernant la négociation à entamer avec le landgrave de Cassel et le duc de Brunsvic pour prendre leurs troupes à la solde du roi. J'ajouterai seulement qu'il est ordonné au maréchal de commencer par exécuter la convention que vous avez signée à Vienne tant avec le duc de Brunsvic qu'avec les autres alliés de l'électeur de Hanovre. Le motif qui a dicté cette resolution est, que si l'on commence par négocier le traité

1° ce sera donner à la cour de Danemarc l'éveil d'une négociation et la mettre à portée d'y former des obstacles.

2° le landgrave dans la confiance qu'on le ménage parcequ'on a besoin de ses troupes demandera des conditions exorbitantes, au lieu qu'en commençant par exécuter la convention, la gêne dans laquelle il se trouvera et l'impatience de revoir son palais le porteront naturellement à modérer ses conditions et lui donneront plus d'empressement pour finir.

Quant à l'inconvénient que les troupes Hessoises ne se débandent et ne passent au roi de Prusse, on pourra le prévenir en faisant passer aux principaux officiers Hessois l'espérance de les remettre bientôt en activité.

Ce que je vous marque ici, M., sur la conduite à tenir avec le landgrave de Cassel, doit servir aussi pour le duc de Brunsvic. Mais à cette occasion je ne puis vous cacher un trait fort singulier de M. de Schliestedt, premier ministre de ce prince. Vous verrez par la copie du mémoire ci-joint qu'il ose avancer que le résident du duc à Vienne n'a point eu de pouvoir pour accepter la convention qu'il a signé avec vous. Comme j'ai envoyé à M. le maréchal de Richelieu la copie libellée de l'exemplaire de convention signée par le S. Moll, il a en main de quoi confondre l'imposture et je lui marque de faire observer à M. de Schliestedt, qu'il fait attention à la vérité des faits qu'on lui cite, afin de dégoûter ce ministre de l'envie de le surprendre par de faux exposés.

97. Bernis an Stainville.

Nov. 1. Versailles. — M. de Starhemberg m'a fait connoître combien sa cour étoit pressée par la Russie de communiquer à cette puissance nos engagemens secrets et de convenir avec elle des avantages qu'on lui a fait espérer avec imprudence dans la vue de lui donner de moindres subsides. On me presse beaucoup pour en accorder à la Saxe ainsi que nous en sommes convenus par le traité secret.

98. Friedrich II an Georg II von England.

Nov. 7. Freiburg.

Monsieur Mon Frère,

Comme j'étois en pleine marche pour la Silésie j'appris que l'armée Françoise et celle de l'Empire s'avancoient du côté de Leipzig, ce qui m'obligea à revenir sur mes pas pour défendre mes magazins et couvrir le pays de ces environs. Le 3. de ce mois je tombois dans leurs cantonnemens, je les obligeois à se replier au delà de la Sala et leur enlevois le poste de Weissenfels; après quoi nous avons passé la rivière,

nous sommes marchés à eux le 4., mais leur poste étant trop fort pour être attaqué, nous avons voulu le tourner. Le 5. ils sortirent de leur poste et ils ont été battus. Ils y ont perdu 8 généraux, 206 officiers, 4500 hommes, 62 canons, 15 étendarts, deux paires de timbals et 7 drapeaux; leur déroute a été si considérable que les trois quarts ont jeté leurs armes. Je reviens de la poursuite et je ne les ai quitté qu'auprès d'Erfort. J'ai cru peut-être que cette nouvelle pourroit ne point être désagréable à V. M.

Le duc de Richelieu avoit renforcé cette armée de 20 bataillons et de 16 esquadrons, elle étoit forte en tout de $\frac{68}{m}$ hommes. A la nouvelle de cette bataille les François se sont retirés avec précipitation du pays de Halberstadt et je laisse à juger à V. M. des suites que cela pourroit avoir, si l'on saisissoit le moment pour en profiter. Les Autrichiens ont mis le siège devant Schweidnitz; j'y marche incontinent pour y apporter du secours et pour nettoyer en passant la Lusace.

Le maréchal Lehwaldt arrivera dans huit jours à Stettin, et je ne doute pas qu'il n'expulse en peu le pays des Suédois qui l'ont infecté.

M. Mitchell m'a dit que V. M. souhaitoit que le prince de Bronswig se mit à la tête de son armée; je le fais partir incontinent, très-persuadé que si l'on agit d'abord dans la circonstance présente, on en retirera le plus grand avantage. Je fais des voeux pour la prospérité de V. M., étant avec la plus haute estime

Monsieur Mon Frère
de Votre Majesté
le bon Frère
F.

99. Bernis an Stainville.

175

— M. de Starhemberg m'a communiqué une note par laquelle cette puissance (la Russie) demande l'accession de la France à la convention de Petersbourg, la communication des arrangemens secrets des deux cours et un agrandissement proportionné à ceux de la France et de la Suède. Je suis convenu avec l'ambassadeur de LL. MM. II. qu'on répondroit à cette puissance, qu'il n'étoit pas encore tems de faire toutes ces propositions à la France, que surtout après la retraite de l'armée Russe il convenoit d'aller plus doucement et de se restreindre avec elle à l'invitation pure et simple d'accéder à la convention de Petersbourg du mois de Janvier.

Nov.
Versail

100. Aus der von dem K. Dänischen Minister Grafen Jo. Hartwig Ernst von Bernstorff dem französischen Gesandten Ogier übergebenen Denkschrift, Ostfriesland betreffend.

— Nous n'avons aujourd'hui en Europe aucune prétention qui menace davantage de troubler infailliblement la tranquillité que celle du grand-duc de Russie sur une partie du Duché de Sleswick, et aucun établissement qui soit une source plus féconde de concertation et de haine que le partage des domaines et la communauté de la souveraineté du duché de Holstein, qui subsiste entre le roi et ce même prince. — Les moyens de gagner le grand-duc sont entre les mains de ce monarque (S. M. T. C.). Il a conquis de concert avec l'Impératrice Reine, mais par la force seule de ses armes, les provinces que le roi de Prusse possédoit en Westphalie et entre elles l'Ostfrise. S'il veut rendre cette belle province à son ancien possesseur, je ne saurois

Nov.
Kopenh

trop le répéter à V. E., le roi ne me permettra pas d'y opposer des représentations. S. M. n'a aucune liaison avec S. M. Prussienne. Elle peut donc se dispenser de rien demander en sa faveur; mais elle n'est point en guerre avec ce prince et n'est par conséquent pas en droit de travailler à son dépouillement; mais si S. M. T. C. est résolue d'en faire un autre usage, si le parti est pris de disposer différemment de l'Ostfrise, quel emploi plus noble et plus digne de son coeur (et me seroit-il permis d'ajouter, plus digne de sa sagesse et de sa généreuse politique) pourroit-il en faire que de la consacrer au maintien de la paix et de l'affermissement inébranlable du système qu'elle a tant travaillé à établir dans le Nord. Le grand-duc ne résistera pas à l'appas d'une si grande acquisition.

1757

101. Stainville an Bernis.

Nov. 25. Wien. — M. de Kaunitz, après m'avoir — confié que dans peu de jours on renverroit de Vienne le ministre Hanovrien, m'a reparlé d'un plan favori qu'il a toujours eu, et qui consisteroit à reprendre la négociation de la neutralité d'Hanovre. — J'ai marqué décisivement ma répugnance à ce ministre sur son projet. — M. de Kaunitz avec assez de raison ne songe qu'au roi de Prusse, mais il me semble que nous en y songeant aussi, nous ne devons pas oublier et l'honneur et l'intérêt du roi.

102. Graf Marishal an den Minister Grafen Podewils.

Nov. 27. Neufchatel. Monsieur

Recevez mes remercimens de ce que V. E. a bien voulu à ma recommandation accorder sa protection à M. Vouga, j'en suis bien reconnoissant, et souhaiterois avoir des occasions à la lui prouver.

Je vous fais mes complimens sur la victoire du 5., je suis cependant dans des cruels alarmes, je vois que le roi s'expose plus qu'aucun soldat de son armée, il dirige tout, il fait tout, l'humanité ne pourra résister à tant de veilles et de fatigues. Si un malheur lui arrive, nous sommes perdus.

J'ai pris la liberté en bon Suisse de vous envoyer vos étrennes d'un fromage, et en vieux Espagnol un peu de tabac. Je vous prie d'avoir la bonté de dire à Madame de Camasse qu'il y a aussi pour elle un peu de tabac, et un fromage pour la reine, et que je la prie de me mettre au pieds de S. M. J'ai l'honneur d'être avec une considération respectueuse

de Votre Excellence
le très-humble et très-obéissant
serviteur
LE MARÉCHAL D'ECOSSE.

J'envois une relation d'un officier françois de l'affaire du 5.

103. Bernis an Stainville.

Nov. 30. Versailles. — Nous avons amené la cour de Copenhagen à nous faire confidence de l'unique objet de son ambition et de nous donner par écrit l'assurance de se conformer au résultat de la diète du 17 Janvier contre le roi de Prusse et de donner son contingent, si la cour de Vienne veut seconder le projet de l'échange du Holstein par la cession de l'Ostfrise au grand-duc de Russie. Nous connoissons la répugnance de

l'impératrice à faire ce sacrifice; d'ailleurs il faut s'attendre à la répugnance de M. de Kaunitz qui est un des prétendans à cette principauté, mais il y a des moyens à tout accommoder.

104. Königin Elisabeth Christine von Preufsen an den Herzog Karl von Braunschweig[1]. [1757

Vous aurez vu, cher frère, par les gazettes la victoire du roi bien grande et bien complète. Elle l'est bien d'avantage encore qu'on n'en a dit et on ne sauroit assez louer Dieu et admirer les voies de la providence, comme il a assisté le roi en lui donnant une victoire aussi grande et qui passe l'imagination. J'espère aussi que cette providence ne nous abandonnera pas et qu'il assistera aussi mon frère Ferdinand, qu'il soit celui qui a été choisi et destiné par cette sage providence pour nous tous délivrer de notre ennemi commun; et que vous n'aurez dans peu que des sujets de joie et de bonheur autant que vous avez depuis quelque tems de l'adversité. C'est bien malgré lui que mon frère a *accepté ce parti* (?) et il est bien mortifié d'avoir été obligé d'agir comme il a fait. Mais il ne sauroit le faire autrement et il espère que vous ne lui saurez pas mauvais gré, car cela le chagrine, craignant de vous avoir déplu, cher frère, et cette idée jette beaucoup d'amertume dans sa vie et surtout en voyant sa situation et la situation du prince votre fils, ce qui l'accable, mais un mot de votre part le pourroit tirer du grand chagrin et de la situation embarassante dans laquelle il se trouve. [Dec. 8. Magdeburg

105. Herzog Karl von Braunschweig an die Königin Christine von Preufsen. 1757

Madame

V. M. m'a bien agréablement réjoui par sa gracieuse attention en me donnant part par un courier de la victoire que S. M. le roi a remportée le 5. près de Lissa. Dieu soit loué que S. M. se porte bien, que le prince Ferdinand son frère est heureusement sorti aussi de cette bataille comme aussi mon frère cadet. Le tout-puissant veuille protéger et bénir plus outre. Je lui ai aussi mille obligations pour l'autre très-gracieuse lettre que j'ai reçu en même tems et de la communication des pensées du comte de Finck qui sont des plus justes. Je ferai tout ce qui est humainement possible de faire, mais il faut soutenir mon langage. Non-obstant cela les troupes ne se sépareront pas parceque mon frère y a mis ordre. Dieu l'assiste, pourvu qu'il y eût seulement des troupes Prussiennes un peu plus de ce côté-ci, car tant que cela n'est pas, Brunswic et Wolfenbüttel est toujours dans les mains des François et mon ministère aussi. Il faut espérer que Dieu aidera à la fin nous autres pauvres gens opprimés ..... jusqu'à présent entièrement. Le Landgrave de Cassel ..... n'a que ce fils qu'il n'aime pas et un ministre qui n'a rien à perdre, qui est Hardenberg, cependant il a plus négocié à Versailles que moi je n'ai jamais fait, voyant à présent qu'on l'a renvoyé il fait ces déclarations. Je lui demande excuse de cette digression, me recomman- Dec. 9. Blankenburg.

[1] Nr. 104 und 105 aus dem Kön. Preufs. Hausarchive. F. 123 E.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] Graf Finckenstein an König Friedrich I.

Dec. 11. [illegible]

J'ai cru de mon devoir de marquer très-humblement à V. M. que j'ai pris la liberté d'engager la reine à faire comme d'elle-même quelques représentations au duc régnant de Brunsvic, sur la résolution qu'il paroissoit avoir prise de vouloir rappeler ses troupes. Sa Majesté s'est prête à cette démarche avec tout le zèle imaginable et la réponse du duc, qu'elle vient de me communiquer, porte en termes exprès, qu'il avoit à la vérité été obligé de céder aux malheurs du tems et qu'il ne pouvoit pas se dispenser de conformer son langage aux engagemens qu'on l'avoit forcé de prendre, mais que ses troupes ne se sépareroient pas pour cela de l'armée alliée et qu'il seroit toujours charmé de pouvoir contribuer indirectement à l'avancement des intérêts de V. M. et de la bonne cause, témoignant en même tems la joye la plus vive à l'occasion de la victoire que V. M. a remportée sur l'armée Autrichienne.

Je me flatte que V. M. ne sera pas fâchée d'apprendre ces circonstances, qui prouvent clairement la bonne volonté du duc de Brunsvic et qui font voir que la convention qu'il a été obligé de conclure, ne portera aucun préjudice aux opérations du prince Ferdinand.

107. Stainville an Berzis.

Dec. 12. Wien.

— — — M. de Kaunitz prétend avoir des droits fondés sur la totalité de l'Ostfrise. Il m'a dit qu'il avoit fait parvenir il y a quelques années un mémoire à S. M. Prussienne, qui a tellement frappé ce prince qu'il a cru devoir entrer avec lui en négociation sur ses prétentions. Ces négociations ont abouti à rien, mais qu'il n'en est moins vrai que ses droits ont frappé S. M. Prussienne. „Les dites prétentions", ajouta ce ministre, „sont décidées en ma faveur par différents tribunaux de „l'Empire". M. de Kaunitz m'a dit que dans le cours des négociations qui ont cimenté l'alliance, il avoit évité de faire entrer le moindre intérêt qui lui fût propre, mais que dans cette occasion il croyoit qu'il ne manquoit pas à son devoir ni à son attachement aux deux couronnes en représentant plus encore pour ses enfans que pour lui le tort que le roi et l'impératrice lui feroient, s'ils contractoient des engagemens au préjudice de ses droits qu'il suppose reconnus.

J'ai répondu à ce ministre que jusqu'à présent j'avois oui que ses prétentions ne portoient que sur quelques terres de l'Ostfrise —, mais que puisqu'il regardoit ses droits comme valables pour la totalité, il étoit question de savoir si sans perdre l'idée d'attirer le Danemarc absolument dans l'alliance on ne pourroit pas dans une autre partie le dédommager. Sur cela j'ai mis au perspective le comté de la Marck comme dédommagement; il m'a paru que cette idée flattoit le ministre. — La conclusion de notre conversation a été que la cour impériale ne rejeteroit pas la proposition de l'échange de l'Ostfrise. M. de Kaunitz insiste seulement sur deux points, l'un — est que l'on n'arrête aucun

traité sans le concert de l'impératrice, l'autre que l'on ne promette rien positivement au Danemarc sans être sûr de son concours efficace et des efforts réels qu'il fera en faveur de la bonne cause. — Vis-à-vis de M. de Kaunitz, si les espérances éloignées que je lui ai données vous paroissent mériter d'être suivies, comme elles ne le paroissent à moi, non seulement dans la supposition que ses droits sur l'Ostfrise, à moi inconnus, ont de la réalité, mais encore pour gouverner un fil qui puisse retenir nécessairement à nous l'intérêt et la hauteur du ministre Autrichien —.

108. Marquis de Monciel an Bernis. 1757

— M. le duc de Wirtemberg — accepte le commandement de l'armée de l'Empire. — — Après tous ces arrangemens j'ai eu l'honneur de lui dire: „mais seroit-il possible qu'un grand prince se donnât tant „de peines sans en espérer quelque fruit?“ Il m'a répondu que l'empereur et l'impératrice lui avoient donné parole pour le premier électorat, et qu'en attendant il avoit appris que l'on vouloit former à M. de Daun une principauté dans l'Ostfrise, mais qu'il avoit fait changer ce projet, et qu'il a trouvé qu'il valoit mieux de lui donner la ville impériale de Nürenberg; que cette ville avoit fait un mauvais usage de son autorité, d'ailleurs que cela barreroit son beau-père le Margrave de Bareuth, dont l'on devoit se méfier dans les circonstances, et que par le même engagement on lui demanderoit la ville d'Ulm, qui étoit fort à sa convenance. Il m'a dit qu'il me feroit voir les minutes du plan qu'il avoit envoyé à Vienne, dont voilà à peu près le précis. Dec. 14. Stuttgart.

109. Friedrich II an den Herzog Karl von Braunschweig.

— P. S. C'est à présent le moment de tenir bon, où nos affaires prennent une forme avantageuse pour vos intérêts, pour votre gloire et pour votre honneur. Il ne faut pas vous démentir. Si votre fils vous désobéit, c'est à ma seule persuasion, et jetez-en toute votre colère sur moi, car je l'ai assuré que tout ce qui vous lui écriviez n'étoit que grimace, que vous vouliez être désobéi, et que je me chargois de tout; j'en fais mon affaire et je le prends ouvertement sous ma protection. Dec. 19 près de Breslau.

110. Prinz Czartoriski an seinen Vater[1].

(Über Pitt's Rede in der Sitzung des Unterhauses d. 14 December.)

— — Ch[r] Beckfort, le criailleur, dont je vous ai fait mention dans une de mes lettres, se leva et s'avisa de dire que c'étoit le siècle où les généraux et les amiraux de la Grande-Bretagne entamoient sottise sur sottise, et il finit par demander, entre les mains de qui ce royaume étoit. Mr Pitt reprit la parole et dit, qu'il étoit entre les mains d'une providence bienfaisante, d'un roi brûlant du désir de faire le bonheur de son pays et d'un ministère si étroitement uni, qu'en étant un des moindres membres il osoit garantir, qu'animé d'un même esprit, tendant au même but, rien ne pouvoit le séparer; qu'il n'étoit que trop vrai que les fastes de ce siècle ici ne feroient pas mention fort honorable des militaires, qui avoient paru depuis peu sur la scène et qui Dec. 20. London.

[1] Preufs. St. A. XI 73. Varia Anglica.

dégénéroient de cette bravoure naturelle à la nation; que depuis le 5 d'Août Milord Loudoun n'avoit pas jugé à propos de lui donner des nouvelles des opérations qu'il projetoit, et qu'il avoit tout lieu de croire, qu'il s'étoit déterminé à rester dans l'inactivité; que la providence avoit réuni toute la bravoure, toutes les intelligences autrefois reparties dans les chefs Anglois dans la personne du Chr Clive, qui commande aux Indes Orientales; que c'étoit un général tombé du ciel (ce sont ses propres termes); qu'il n'avoit pas, il est vrai, été élevé dans toutes les règles et qu'il lui manquoit cette expérience, que 40 années de service donnent pour ne rien faire.

Jamais on ne mit plus de feu, plus d'éloquence dans un discours que Mr Pitt dans le sien: quelqu'uns prétendent cependant qu'il a plutôt parlé en tribun de peuple qu'en secrétaire d'état.

1757

111. Michell an den König und das Ministerium.

Dec. 20. London.

Michell berichtet, bei Übersendung des Entwurfs des Subsidienvertrags, von seinen wiederholten vergeblichen Vorstellungen bei den englischen Ministern über eine baltische Flotte und die Verwendung englischer Truppen in Deutschland und fährt fort: ils m'ont même prié, et entr'autres le Sr Pitt, de ne jamais plus toucher ces articles-là, puisqu'il étoit impossible qu'en conséquence des arrangemens pris intérieurement et du système que l'Angleterre vouloit suivre, on pût les promettre, et qu'enfin, si V. M. y insistoit, il étoit bien aise de me dire que cela feroit beaucoup de tort ici au soutien de la cause commune.

Randbemerkung Friedrichs II:

Comment est-ce que la cause commune peut être soutenue sans cela?

112. Stainville an Bernis.

Dec. 20. Wien.

— Les suites de la bataille du 5. ont été plus funestes pour la destruction de l'armée impériale que l'on n'avoit imaginé d'abord. — Dans l'abattement où se trouve M. de Kaunitz il m'a communiqué en gros le projet qu'il a de faire venir en Bohême 30000 hommes d'infanterie Russienne.

113. Bernis an Stainville.

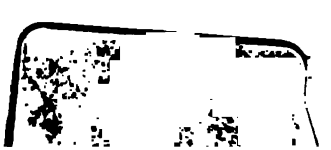
Dec. 22. Versailles.

— J'apprends, et c'est un secret, que la cour de Vienne a flatté le duc de Wirtemberg du commandement de l'armée des cercles, à laquelle il espère que le roi trouvera bon qu'il joigne ses propres troupes. — La promesse d'un électorat n'est point contraire aux vues ni aux intérêts de S. M., mais il seroit contre les bons principes de détruire les villes impériales en leur donnant des souverains particuliers ou en les joignant aux états des princes de l'Empire.

Notre traité avec le duc de Meckelbourg a été signé le 1. de ce mois et S. M. l'a ratifié. Il y a quelques articles qui suffriroient de la difficulté vis-à-vis des Suédois et de l'électeur de Hanovre, mais comme il n'est question pour le roi que d'employer ses bons offices, je n'ai pas voulu chicaner la cour de Schwerin de peur de la dégoûter: elle court assez de risque pour mériter qu'on lui laisse au moins des espérances.

114. Prinz Heinrich von Preufsen an den Grafen Mailly[1]. 1757

— Je vois bien que vous n'avez pas besoin d'être excité à rem- Dec. 26.
plir un objet aussi désirable que celui de procurer la tranquillité publique, aussi aurois-je voulu vous témoigner plutôt combien je suis touché de la manière affectueuse avec laquelle vous voulez bien vous prêter à rendre un service si essentiel. C'est pour m'informer que je pouvois vous indiquer à Paris qui soit instruit des intentions du roi mon frère que j'ai tardé à vous faire réponse; mais ayant appris qu'il ne se trouve actuellement personne qui soit chargé de ce soin, je dois vous prier de vous conduire selon vos propres lumières, persuadé que c'est le meilleur guide que vous puissiez avoir.

[1] Ambassade de M. de Choiseul à Vienne. II.

Berlin, Druck von Guſtav Schade.
Marienſtraße Nr. 10.